

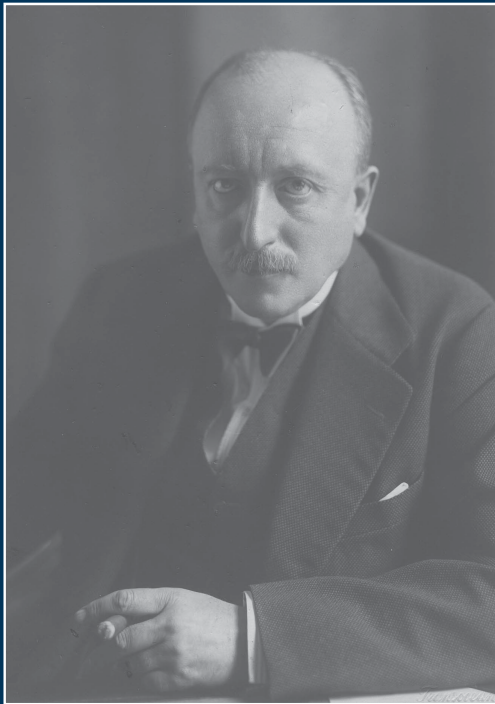
# Carl von Schubert (1882–1947)

Sein Beitrag zur internationalen Politik  
in der Ära der Weimarer Republik  
Ausgewählte Dokumente

Herausgegeben von

Peter Krüger

---



---

Duncker & Humblot · Berlin

Carl von Schubert (1882–1947)

---

HISTORISCHE  
KOMMISSION  
BEI DER BAYERISCHEN  
AKADEMIE DER  
WISSENSCHAFTEN

---

**HK**  
MÜNCHEN

---

DEUTSCHE GESCHICHTSQUELLEN  
DES 19. UND 20. JAHRHUNDERTS

HERAUSGEGEBEN  
VON DER HISTORISCHEN KOMMISSION  
BEI DER BAYERISCHEN AKADEMIE  
DER WISSENSCHAFTEN  
DURCH HANS-CHRISTOF KRAUS

BAND 73

# Carl von Schubert (1882–1947)

Sein Beitrag zur internationalen Politik  
in der Ära der Weimarer Republik

Ausgewählte Dokumente

Herausgegeben von  
Peter Krüger

Mit einer biographischen Einleitung  
von Martin Kröger



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung: Carl von Schubert  
(Foto: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts)

Alle Rechte vorbehalten  
© 2017 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Druck: CPI buchbücher.de, Birkach  
Printed in Germany

ISSN 0344-1687  
ISBN 978-3-428-15332-9

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort	
Von Hans-Christof Kraus .....	7
Danksagung	
Von Ingrid Krüger-Bulcke .....	8
Carl von Schubert (1882–1947). Eine biographische Skizze	
Von Martin Kröger .....	9
Zur Edition	
Von Peter Krüger .....	33
Dokumentenverzeichnis .....	51
Dokumente .....	91
Abkürzungsverzeichnis .....	797
Quellen- und Literaturverzeichnis .....	801
Personenregister .....	811



## Vorwort

Der lange Jahre an der Philipps-Universität zu Marburg lehrende Peter Krüger (1935-2011) galt unter den Historikern seiner Generation als der führende Spezialist für die Geschichte der deutschen Außenpolitik zur Zeit der Weimarer Republik, mit der er sich seit seiner Habilitationsschrift „Deutschland und die Reparationen 1918/19 – Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß“ (1973) immer wieder befasste. Neben einer Fülle von Einzel- und Detailstudien widmete er diesem Thema sein 1985 erschienenes, bis heute grundlegendes Hauptwerk „Die Außenpolitik der Republik von Weimar“. Bereits seit Ende der achtziger Jahre bereitete er ein auf Anregung seines Bonner Kollegen Klaus Hildebrand unternommenes Editionsprojekt aus dem politischen Nachlass des Staatssekretärs Carl von Schubert vor, das für die Reihe der „Deutschen Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“ bestimmt war. Als Peter Krüger nach kurzer schwerer Erkrankung am 16.9.2011 in Marburg starb, hatte er seine Edition fast fertiggestellt; unvollendet blieb lediglich eine (im vorliegenden Band nicht abgedruckte, jedoch anderswo publizierte) umfangreiche biographische Einleitung. Der wichtigste Teil allerdings, die von Krüger ans Licht geholten, transkribierten und kommentierten Dokumente aus Schuberts Nachlass, lag bearbeitet vor und wird hiermit der Wissenschaft und der interessierten Öffentlichkeit übergeben. Beim Weg zum Druck – der sich am Ende etwas länger hinzog als ursprünglich geplant – waren noch eine Reihe unvorhergesehener, meist technischer Hindernisse zu überwinden. In diesem Zusammenhang habe ich besonders Herrn Dr. Martin Kröger von Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin sowie Herrn Prof. Dr. Martin Hille von der Universität Passau zu danken – dem Erstgenannten ebenfalls für die von ihm beigezeichnete biographische Skizze Carl von Schuberts.

Passau, Mai 2017

Prof. Dr. Hans-Christof Kraus



## Danksagung

Bei einem Editionsvorhaben, das unter so nicht vorhersehbaren Schwierigkeiten seinen Weg in die Öffentlichkeit gefunden hat, ist es mir ein Bedürfnis, all denen zu danken, die diese Edition ermöglicht und nach dem Tode meines Mannes mitgeholfen haben, sie zum Druck zu bringen.

Es ist mir ein aufrichtiges Anliegen, ganz besonders Herrn Andreas von Schubert dafür zu danken, daß er den Zugang zum Nachlaß seines Vaters so großzügig gewährte und damit dessen wissenschaftliche Erforschung ermöglichte, deren Ergebnis die beiden Veröffentlichungen sind, die hier vorliegende Schubert-Edition sowie die Biographie Schuberts „Carl von Schubert – Außenpolitiker aus Leidenschaft. Sein Beitrag zur internationalen Politik und europäischen Ordnung in der Ära der Weimarer Republik“, welche ursprünglich gemeinsam in einem Band veröffentlicht werden sollten, nun aber parallel zueinander in demselben Verlag erscheinen werden.

Besonderer Dank geht auch an Herrn Prof. Dr. Klaus Hildebrand, der die Arbeiten am Schubert-Nachlaß mit gutem Rat und großer Anteilnahme verfolgte und deren Veröffentlichung in den *Deutschen Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts* empfohlen hatte.

Sodann möchte ich den Freunden meines Mannes vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amts für vielfältige Unterstützung danken: Frau Dr. Maria Keipert, Herrn Dr. Martin Kröger und auch Herrn Dr. Horst Biewer.

Keineswegs weniger bedankt seien einige angehende junge Historiker für ihre zeitweilige tatkräftige Mitarbeit an der Edition: Rolf Messerschmidt, Anscar Jansen, Tobias Stolte, Antje Salatzkat, Horst Hecker, Sandra Templin und Dominik Haffer.

Und vor allem ist die unermüdliche Mitarbeit von Frau Anna Britschock vom Seminar für Neuere Geschichte an der Phillips Universität Marburg dankbar zu erwähnen, die durch alle Stadien dieser Arbeit mit dabei war und nie den Überblick verlor.

Für die Erstellung der Anhänge ist Herrn Apl. Prof. Dr. Martin Hille zu danken.

Last but not least bedanke ich mich bei Herrn Prof. Dr. Hans-Christof Kraus und Herrn Dr. Karl-Ulrich Gelberg dafür, daß die Schubert-Edition in die *Deutschen Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts* aufgenommen wurde.

Ingrid Krüger-Bulcke

# Carl von Schubert (1882–1947)

## Eine biographische Skizze

Von Martin Kröger

Carl von Schubert ist keine wirklich bekannte Persönlichkeit der deutschen Geschichte. Ein „Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik“ führt ihn auf, ähnlich kurz gehalten ist Peter Krüger in der „Neuen Deutschen Biographie“, die „Deutsche Biographische Enzyklopädie“ fasst das zusammen.<sup>1</sup> Nur einmal taucht er im Brockhaus auf: im 17. Band von 1934 – da war Schuberts Karriere bereits beendet. Immerhin verzeichnet ihn heute in aller Oberflächlichkeit die Wikipedia.<sup>2</sup> Nur den Experten für die Diplomatengeschichte der Weimarer Republik war er stets ein Begriff gewesen. Vielleicht ändert sich das, wenn man sich in wenigen Jahren die Bedeutung der Verträge von Locarno im Abstand von 100 Jahren wieder bewusst macht. Welchen Stellenwert hier Carl von Schubert hatte, würde dann deutlich werden.

Die während der Weimarer Republik aktiven deutschen Diplomaten werden in der Regel heute skeptisch beäugt. Entweder gelten sie als Überbleibsel der kaiserlichen Funktionselite oder als rasche Überläufer zum Nationalsozialismus nach 1933.<sup>3</sup> Gegenstand biographischer Forschungen sind vor allem solche Diplomaten geworden, die während der Weimarer Republik „von außen“ in den Auswärtigen Dienst kamen.<sup>4</sup> Daneben haben vor allem jene Diplomaten das Interesse von Historikern auf sich gezogen, die über 1933 hinaus Entscheidungsträger blieben oder es danach wurden.<sup>5</sup> Wie anders steht Carl von Schubert in diesem personalen Kontext da: er war ein Karrierediplomat und doch auf seine Art ein Außenseiter, und 1932 wurde er bereits in den Ruhestand geschickt. Er war der wichtigste Mitarbeiter von Gustav Stresemann, und „Locarno“ hätte es ohne ihn womöglich gar nicht gegeben.

---

<sup>1</sup> Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.): Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik. München 1988, S. 302-303 (Autor Peter Grupp); NDB, Bd. 23, S. 617-618; DBE, Bd. 9, S. 238.

Vgl. für alle hier genannten Diplomaten die 5 Bände des „Biographischen Handbuchs des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871-1945“ (Paderborn 2000-2014), für Schubert Bd. 4, S. 178-179.

<sup>2</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Carl\\_von\\_Schubert](https://de.wikipedia.org/wiki/Carl_von_Schubert).

<sup>3</sup> Eckart Conze u.a. (Hrsg.): Das Amt und die Vergangenheit. München 2010, S. 31-35.

<sup>4</sup> Z.B. Ulrich Rauscher, Adolf Müller, Adolf Köster, Harry Graf Kessler, Otto Wiedfeldt.

<sup>5</sup> Z.B. Konstantin von Neurath, Bernhard Wilhelm von Bülow, Friedrich Gaus, Hans Heinrich Dieckhoff, Rudolf Nadolny und nicht zuletzt Ernst von Weizsäcker.

\*

„Der junge Schubert hat mit dem Kronprinzen in Bonn studiert und gilt für recht befähigt.“<sup>6</sup> Mit diesem Fazit endet das älteste Schriftstück in der Personalakte von Carl von Schubert. Der Vater hatte sich im März 1905 im Auswärtigen Amt nach den Karrierechancen für seinen Sohn erkundigt. Personalreferent Paul von Below musste ihn mangels freier Stellen trösten, notierte sich aber intern die Verbindung ins Kaiserhaus. Der Satz macht schon vor Schuberts Einberufung in den Auswärtigen Dienst zwei Aspekte seiner Laufbahn deutlich: die unbestrittene Befähigung einerseits, seine Beziehungen andererseits. Sein außenpolitisches Talent macht die vorliegende Edition deutlich, aber das allein hätte seine Karriere nicht ermöglicht. Vielmehr verfügte Carl von Schubert zusätzlich über ein Netz familiärer Beziehungen, das er selbst durch kollegiale Freundschaften und seine Heirat auszubauen wusste. Sein Großvater mütterlicherseits, Karl Freiherr von Stumm-Halberg, war ein reicher und einflussreicher Großindustrieller und Politiker. Dessen jüngerer Bruder Ferdinand, also ein Großonkel Carl von Schuberts, war von 1887 bis 1892 deutscher Botschafter in Madrid. Zwei Cousins der Mutter, Ferdinand Freiherr von Stumm und Wilhelm von Stumm, waren gleichfalls Diplomaten. Letzterer brachte es 1916 zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. Auch zwei Onkel von Carl waren im Auswärtigen Dienst, Hellmuth Freiherr Lucius von Stodten und Richard Kühlmann. Lucius wurde Gesandter in Stockholm (1919/20) und Den Haag (1921-27), Kühlmann war 1917/18 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. So hilfreich die Bonner Begegnung mit Kronprinz Wilhelm gewesen ist, sie dürfte vermutlich nicht ausschlaggebend für Carls diplomatische Laufbahn gewesen sein.

Schuberts Familie<sup>7</sup> führt sich auf einen um 1700 in Beuthen an der Oder ansässig gewesenen Sattlermeister zurück. Noch Carls Vater Conrad Schubert (\*1847) und dessen Bruder Richard (\*1850) wurden in einem Dorf in Posen geboren. Beide durchliefen eine erfolgreiche militärische Laufbahn, die Richard erst 1917 im Ersten Weltkrieg als Generaloberst beendete. Conrad, zuletzt als Generalleutnant Kommandeur der Preußischen Eisenbahnbrigade, wurde 1903 ins Preußische Abgeordnetenhaus, 1907 in den Reichstag gewählt, wo er sich den Nationalliberalen anschloss. Carls Mutter Ida war die Tochter des saarländischen Eisenhüttenbesitzers Karl Freiherr von Stumm. Die Heirat mit der Stummerbin hatte Schuberts Vater wirtschaftlich unabhängig werden lassen, sie brachte als „Morgengabe“<sup>8</sup> ihres Vaters das wertvolle Weingut Maximin Grünhaus im Landkreis Trier mit in die Ehe.

Carl von Schubert wurde am 15. Oktober 1882 in Berlin geboren, wo sein Vater als Hauptmann bei einem Pionierregiment diente. Die Familie wohnte zu der Zeit in der 1. Etage des Hauses Matthäikirchstraße 11 an der Ecke zur Sigismund-

---

<sup>6</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (künftig zitiert: PA AA), Personalakte 13917, pag. 6.

<sup>7</sup> Für die Familiengeschichte: GHdA Adl. H. B 1990, S. 399-403; GGT Frhr. H. 1907, S. 801-803; Kurt von Priesdorff: Soldatisches Führertum, Bd. 10, Hamburg o.J. [1942] S. 405-407; [http://zhsf.gesis.org/ParlamentarierPortal/biorabkr\\_db/biorabkr\\_db.php?id=2332](http://zhsf.gesis.org/ParlamentarierPortal/biorabkr_db/biorabkr_db.php?id=2332).

<sup>8</sup> <http://www.vonschubert.com/de/historie/>.

straße mit Blick auf die Matthäikirche.<sup>9</sup> In direkter Nähe zum Tiergarten wohnten hier vornehmlich wohlhabende Kaufleute, aber auch viele Offiziere und Beamte; der Volksmund sprach deshalb vom Geheimratsviertel. Mitte der 1920er-Jahre wohnte auch Carl von Schubert wieder dort. Carl war das älteste von fünf Geschwistern. Helene (\*1890) heiratete später in zweiter Ehe den Offizier Vicco von Bülow-Schwante, der während der NS-Zeit erst zum Protokollchef, dann zum Botschafter in Belgien aufstieg. Ihr folgten Irmgard (\*1892), Ida (\*1895) und Conrad (\*1901). Letzterer wurde 1925, als sein 19 Jahre älterer Bruder bereits Staatssekretär war, als Attaché in den Auswärtigen Dienst einberufen. Sein 1928 geborener Sohn, ebenfalls Konrad genannt, also ein Neffe Carls, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg Diplomat; er ging 1992 als Botschafter in den Ruhestand, zuletzt hatte er die Ständige Vertretung beim Europarat in Straßburg geleitet.

Waren das Elternhaus und das städtisch-bürgerliche Milieu dem sozialen Aufstieg sicher zuträglich, fehlte dem jungen Mann aber noch eine nicht ganz leicht zu erreichenden Kleinigkeit, nämlich ein Adelstitel. Conrad Schubert wandte sich am 2. Dezember 1898 an Wilhelm II. als König von Preußen mit der Bitte um Erhebung „in den erblichen Adelsstand“. Der zu der Zeit aktive Oberst und Kommandeur des Eisenbahn-Regiments Nr. 1 verwies ausdrücklich auf seine reiche Stummsche Verwandtschaft, die zehn Jahr zuvor in den Freiherrnstand erhoben worden war. Seine Frau und Kinder sollten „derselben Vorrechte und derjenigen sozialen und gesellschaftlichen Stellung theilhaftig werden [...], welche der größte Theil ihrer Verwandten genießt. Insbesondere“, so Schubert weiter, „habe ich mit meiner Frau den lebhaften Wunsch für unseren Sohn, welcher zur Zeit 16 Jahre alt die Unter-Prima des Königlichen Wilhelms-Gymnasium's besucht und voraussichtlich dereinst als ältester Enkelsohn meines Schwiegervaters in eine verhältnismäßig günstige materielle Lage gelangen wird, auch sonst alle Verhältnisse so gestaltet zu wissen, dass es ihm ohne äußere Schwierigkeit möglich ist jede Stellung und Verwendung in Eurer Majestät und des Vaterlandes Dienst auszuüben, für welche seine Begabung und Fähigkeiten ihn etwa geeignet erscheinen lassen.“ Am 15. Januar 1899, nach der Entrichtung von 4200 Mark „an Taxe, Stempel und Gebühren“, wurde die Erhebung in den Adelsstand samt Genehmigung von Wappen und Kleinod in einem Diplom Wilhelms II. vollzogen und von einem königlichen Hofrat im Heroldsamt am 21. Januar 1899 ausgefertigt.

Zu dem familiären Beziehungskomplex Schuberts gehörten auch die Familien von Hatzfeldt, von Mutius und von Bethmann. Der Generalkonsul in Kairo Hermann Graf von Hatzfeldt, selbst Sohn eines Diplomaten, hatte 1911 eine Tochter des Ferdinand von Stumm geheiratet. Carl von Schuberts Frau Renata war in erster Ehe mit dem Diplomaten Dietrich von Bethmann Hollweg verheiratet gewesen. Die vier Kinder aus dieser Beziehung wuchsen im Schubertschen Haushalt auf. Gerhard von Mutius Mutter war eine geborene Bethmann Hollweg, er selbst heiratete die Bankierstochter Marie Sophie Freiin von Bethmann. Carl von Schuberts Sohn Andreas (\*1922) kam in Hohenfinow, dem Gut der Bethmann Hollwegs zur Welt. Andreas heiratete 1923 die Tochter des Diplomaten Alfred Horstmann.

<sup>9</sup> Berliner Adressbuch 1882, S. 247 u. 912; <https://de.wikipedia.org/wiki/Matthäikirchstraße>.

Harry Graf Kesslers Urteil über dieses Netzwerk war ein hartes. Wohl aus Ärger darüber, nach einer kurzen Verwendung in Warschau nicht mehr als Diplomat, etwa als Botschafter in London, zum Zuge gekommen zu sein,<sup>10</sup> vertraute er seinem Tagebuch die folgende Wahrheit an: „(bunter Stumm-Bethmannscher Clan) genau dieselbe Familienklüppe hat die Macht inne wie vor dem Kriege und während des Krieges, der aufgeklärt liberale, lau monarchische, antiwilhelminische Bethmannsche Familienkonzern, die Bethmanns, Stumms, Harrachs, u. ihre Familienangehörigen (Kühlmann, Hatzfeldts, Schubert, Mutius u.s.w.). Hier, in diesem Familienkomplex, ist das Machtzentrum unserer Aussenpolitik (heute wie 1914 u. 1917). Heute sind sie mussrepublikanisch, pazifistisch (Locarno), einer europäischen Zollunion geneigt, aber streng auf sich und die Macht ihrer Klüppe eingestellt. Dagegen kommt nichts auf. Stresemann ist nur ihr geduldeter parlamentarischer Condottiere. Im Hintergrund steht die Schwerindustrie (Stumm).“<sup>11</sup> Kessler, der wohl eher locker mit Schubert befreundet war, schrieb dies im Februar 1926, wenige Monate nach Locarno – da war Carl von Schubert auf dem Höhepunkt seiner Karriere. Dahin war er aber nicht allein durch familiäre Beziehungen gekommen.<sup>12</sup>

Schubert hatte in Berlin zunächst das Köllnische Gymnasium, dann das Wilhelmsgymnasium besucht.<sup>13</sup> Zu dieser Zeit erlebte dieses bürgerlich geprägte Gymnasium im Tiergartenviertel einen wahren Boom. Mit bald 1000 Schülern war es besonders bei protestantischen – auch die Schuberts waren evangelisch – und jüdischen Familien äußerst beliebt. In diesem Umfeld machte Schubert im September 1900 sein Abitur. Anschließend immatrikulierte er sich für ein Jurastudium an der Universität in Bonn, wo er sich der vielleicht vornehmsten Studentenverbindung im Deutschen Reich anschloss, dem Corps Borussia Bonn. Hier zählte man Kaiser Wilhelm II. zu den Mitgliedern, hier wird der junge Schubert auch den Kronprinzen Wilhelm, ebenfalls ein Bonner Preuße, kennengelernt haben.

Nach vier Semestern wechselte er 1902 an die Universität in Berlin, wo er im Sommer 1903 seine Studien beendete. Danach nahm er sich ein Jahr Zeit, um seine juristische Dissertation zu verfassen. Am 30. Mai 1904 bestand er mit nur mäßigem Erfolg („ausreichend“) an der Universität in Heidelberg das erste juristische Staatsexamen. Schon am 10. Juni wurde er – ebenfalls in Heidelberg – promoviert.

In der Druckfassung seiner Doktorarbeit benennt Schubert gleich zwanzig Professoren, deren juristische oder volkswirtschaftliche Vorlesungen er gehört hatte. Es handelt sich durchweg um liberale Vertreter ihres Faches, was man vielleicht als Zeichen für die politische Haltung des Studenten werten mag. Interessanter ist, wenn man es von der späteren Berufswahl her sieht, die Tatsache, dass nur ein einziger Völkerrechtler darunter ist. Schubert konzentrierte sich während des Studiums auf Fragen des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Handelsrechts. Die Wahl des Promotionsthemas erscheint dann nur noch folgerichtig. Die dem Vater gewidmete Doktorarbeit behandelt die Frage des Eintritts eines Gesellschafters in ei-

---

<sup>10</sup> Peter Grupp: Harry Graf Kessler. München 1995, S. 201-226.

<sup>11</sup> Harry Graf Kessler: Das Tagebuch. Bd. 8. Stuttgart 2009, S. 721.

<sup>12</sup> Vgl. Vortrag von Peter Krüger, gehalten bei der Gedenkfeier für die Staatssekretärin Ago Freiherrin von Maltzan und Dr. Carl von Schubert, Bonn 18. September 1987, S. 12-13.

<sup>13</sup> Für das Folgende: PA AA, Personalakte 13917, pag.1-2 (Personalbogen), pag. 13-14 (englischer Lebenslauf) und pag. 16 (Personalbogen).

ne Offene Handelsgesellschaft.<sup>14</sup> Mit seinem handelsrechtlichen Thema war Schubert auf der Höhe der Zeit. Das gerade erst (1900) in Kraft getretene Handelsgesetzbuch ging grundsätzlich von einer unveränderten Zusammensetzung der Gesellschafter einer OHG aus. Ausgeschlossen war der Fall, dass ein neuer Gesellschafter eintritt jedoch nicht. Schubert diskutierte in seiner Arbeit die Folgewirkungen eines solchen Beitritts für die OHG. Fragen des Handels, später mehr die des Außenhandels, werden Schuberts Laufbahn fortan begleiten.

Zuerst aber trat der frisch Promovierte seinen Militärdienst an. Formal als Referendar beim Amtsgericht in Rixdorf bei Berlin vereidigt, leistete Carl von Schubert vom 16. Juni 1904 an seinen Einjährig-Freiwilligen Dienst sowie im Anschluss daran gleich eine zweimonatige militärische Übung im angesehenen Garde-Kürassier-Regiment ab. Am 10. August 1905 verließ er die Kaserne am Tempelhofer Feld bei Berlin als Vizewachtmeister der Reserve. Eine weitere Übung im März und April 1906 qualifizierte ihn zum Reserveoffizier. Am 16. August 1907 folgte die Beförderung zum Leutnant d.R.

Längere Urlaube hatten ihn schon während des Studiums in die frankophone Schweiz und nach Italien geführt, wo er stets seine Sprachkenntnisse zu erweitern suchte. Nach der Militärzeit reiste er erst einmal nach Ägypten, dem damals beliebtesten Reiseziel im Orient.

Die Fortsetzung des juristischen Vorbereitungsdienstes brachte Schubert im November 1905 ins Rheinland, wo er zuerst beim Amtsgericht zu Mülheim (damals noch kein Stadtteil Kölns) sowie seit September 1906 beim Landgericht in Köln als Referendar tätig war. Zeitgleich studierte er an der Handelshochschule der Stadt Köln, die zum Modernsten gehörte, was die deutsche Hochschulausbildung auf diesem Gebiet zu bieten hatte. Er widmete sich vornehmlich der politischen Ökonomie, der Handelspolitik und Fragen der Finanzierung und der Bilanzen großer Industrieunternehmen besonders bei Auslandsgeschäften. Die praktische Seite lernte er von September bis Oktober 1906 in den Neunkirchner Stahl- und Eisenwerken seines Großvaters kennen.

Auch wenn er sicher nur den geringsten Teil seiner Referendarzeit tatsächlich in Gerichten zugebracht hatte, waren die Zeugnisse von dort durchweg positiv. Ihm wurden „Fleiß, Sorgfalt, Pünktlichkeit“, „Interesse u. Verständniß“ sowie „recht gute Rechtskenntnisse“ attestiert. In einem Personalbogen des Auswärtigen Amtes hat sich ein Personalreferent die Bemerkung unterstrichen, Schubert habe seine Aufgaben mit einem „guten Blick für das Praktische u. Zweckmäßige erledigt“.<sup>15</sup> Mit Erlass vom 10. November 1906 wurde Carl von Schubert in die diplomatische Laufbahn des Auswärtigen Dienstes einberufen und zur Ausbildung der deutschen Botschaft in Washington als Attaché überwiesen. Seinen Dienst trat er dort am 17. Januar 1907 an.

Für den Beruf des Diplomaten brachte Carl von Schubert die besten Voraussetzungen mit. Er passte genau in das zeitgenössische Profil: juristisches Studium, Reserveoffizier, etwas Auslandserfahrung durch Reisen, Verwaltungskennnisse an

<sup>14</sup> Carl von Schubert: Der Eintritt eines Gesellschafter in die offene Handelsgesellschaft. Berlin 1904.

<sup>15</sup> PA AA Personalakte 13917, pag. 16: Aufzeichnung betr. von Schubert, Carl.

kleineren Gerichten. Darüber hinaus entstammte er einem protestantischen, durch die Heirat des Vaters reichen und inzwischen auch adligen Elternhaus. Zudem verfügte Schubert über verwandtschaftliche Beziehungen ins Auswärtige Amt. Dass er auch über ausgewiesene Kenntnisse in Wirtschaftsfragen verfügte, hebt ihn aus der Masse der anderen Diplomaten heraus.

Schon bald konnte Schubert seinen Sachverstand beweisen. Als Botschafter Speck von Sternburg eine Inspektionsreise in den Süden der USA nicht antreten konnte, schickte er seinen jungen Attaché, um über den wirtschaftlichen Fortschritt dort zu berichten. Schubert nutzte die Gelegenheit zu einer kleinen Studie über die industrielle Entwicklung besonders in der Eisenindustrie.<sup>16</sup> Sternburg war voll des Lobes für seinen jungen Kollegen: „Als Muster in dieser Beziehung möchte ich den Attaché von Schubert hinstellen, der nicht allein Jura praktiziert, sondern zu Hause Finanz, Handel und Industrie zum Gegenstand speziellen Studiums gemacht hat. Er zeigt daher Interesse für diese Tätigkeit und leistet Erspriessliches darin, was leider nur von wenigen der Sekretäre gesagt werden kann.“<sup>17</sup>

Nach anderthalb Jahren verließ Carl von Schubert am 13. Juli 1908 die amerikanische Hauptstadt, um nach einem kurzen Urlaub die Attachéausbildung im Auswärtigen Amt in Berlin fortzusetzen. Einem nur zweiwöchigen Einsatz in der Politischen Abteilung folgte die Beschäftigung in der Rechtsabteilung. Nach nur drei Monaten ließ sich Schubert für die Abfassung seiner drei schriftlichen Prüfungsarbeiten beurlauben. Die hierfür eingeräumte neunmonatige Arbeitspause war keine Besonderheit in der Diplomatenschulung, sondern der Normalfall.<sup>18</sup> In dieser Zeit verfasste Schubert eine historisch-politische Arbeit auf Französisch. Auf 211 handgeschriebenen Seiten befasste er sich biographisch mit dem von Napoleon als Fürstprimas der Kirche im Rheinbund eingesetzten Carl von Dalberg.<sup>19</sup> Hierzu nutzte er nicht allein die deutsche und französische geschichtswissenschaftliche und Memoirenliteratur, sondern betrieb eigene Archivstudien in Paris und Berlin. In seiner zweiten Ausarbeitung, der staats- oder völkerrechtlichen Probearbeit, verglich Schubert die Ministerverantwortlichkeit in Großbritannien mit der in den deutschen Staaten. Am Ende des fast zweihundertseitigen Typoskripts konstatiert er, dass das deutsche System zwar für mehr Stetigkeit in der Politik sorgen könne, dass aber das englische eine bessere Garantie dafür biete, das der Volkswille über die Leitung des Staates mitentscheide. Der sich daraus zwingend ergebenden Frage, welches System denn nun das bessere sei, weicht Schubert – man darf annehmen mit Rücksicht darauf, dass es sich um eine Qualifikationsarbeit handelte – ausdrücklich aus.<sup>20</sup> Die Frage aber überhaupt in diesem Zusammenhang aufgeworfen zu haben, ist zweifellos bemerkenswert. Hier spiegeln sich vielleicht schon die in den USA gemachten Erfahrungen, die Schubert bald in Großbritannien erweitern sollte.

---

<sup>16</sup> PA AA, Personalakte 13917, pag. 27: Sternburg an Bülow 21.8.1907.

<sup>17</sup> Ebd., pag. 36: Sternburg an Bülow 1.12.1907.

<sup>18</sup> Martin Kröger: Schule der Diplomatie, in: Villa Borsig. Gästehaus des Auswärtigen Amtes und der Akademie Auswärtiger Dienst. Hrsg. vom Auswärtigen Amt und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Köln 2006, S. 10-21.

<sup>19</sup> PA AA, Personalakte 13915: Carl von Schubert: Le Prince primat Charles de Dalberg (MS).

<sup>20</sup> PA AA, Personalakte 13916, S. 193 f.

Seine Zeit als Attaché in den USA hatte Schubert nicht nur für eine Reise in die Südstaaten, sondern für mehrere solche Exkursionen „zu den Hauptzentren der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie und in die wichtigsten Grubengebiete“ im Osten und Mittelwesten des Landes nutzen können. Auf der Grundlage seiner Beobachtungen verfasste er seinen dritten Text im Rahmen der Diplomatischen Prüfung. Die eigentlich geforderte staatswissenschaftlich-statistische Arbeit gab Schubert die Gelegenheit zu einer grundlegenden, noch heute interessanten Studie. Er beschreibt die Eisenerzgewinnung, den Erztransport und die Verhüttung im Bereich der Großen Seen. Breiten Raum nehmen die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben und die Lebensbedingungen der Beschäftigten ein. Zwei Beobachtungen sind dabei zentral. Auf der einen Seite verdrängten Maschinen die einfache Arbeitskraft, deren Preis durch den stetigen Zustrom an Immigranten ohnehin niedrig sei. Auf der anderen Seite wären mit den Maschinen verantwortungsvollere höher bezahlte Arbeitsplätze verbunden. Manche Arbeiter stünden dadurch besser da, als ihre Kollegen in anderen Industriezweigen oder deutsche Hüttenarbeiter: „Einige können es sogar erschwingen, sich Pferd und Wagen zu halten.“<sup>21</sup> Wie eng Lohnniveau und Lebensbedingungen miteinander verbunden waren, zeigte sich Schubert bei einem Besuch in Chicago. Das Gros der Arbeiter lebte in ärmlichen Umständen. Blumig warnte er, dass die großen Einkommensunterschiede den Samen des Sozialismus schnell emporblühen ließen. Ein Gegenmittel sah er in den überall eingerichteten betrieblichen Pensionskassen. Trotz aktueller konjunktureller Probleme, die Schubert bei seinen Besuchen im Jahr 1907 beschrieben wurden, stand es für ihn außer Frage, „dass die Vereinigten Staaten noch unabsehbare Entwicklungsmöglichkeiten bieten“.<sup>22</sup> Diese lägen in dem angesichts der bisherigen hohen Binnennachfrage noch völlig unterentwickelten Export. Wegen der hohen Schutzzölle ginge für die meisten europäischen Staaten hiervon aber keine Bedrohung aus.

Umfang, Gründlichkeit und Komplexität der Arbeit waren von der Art, dass sich der Direktor der Handelspolitischen Abteilung außer Stande sah, ein adäquates Urteil abzugeben. Dies sollte beim Handelsministerium oder dem Handelssachverständigen in New York eingeholt werden (was aber wohl unterblieb).<sup>23</sup> Am 26. November 1909 hätte sich Schubert einer mündlichen Prüfung unterziehen sollen. Bei dem Termin überraschte ihn jedoch die Prüfungskommission mit der Mitteilung, dass er wegen der durchweg mit „gut“ benoteten schriftlichen Arbeiten vom mündlichen Examen befreit sei. Geprüft wurden nur die Kollegen Reuß, Wied und Bassewitz, deren schriftliche Prüfungsteile weit weniger gut ausgefallen waren.<sup>24</sup>

Mit der bestandenen Diplomatischen Prüfung war die Beförderung zum Legationssekretär verbunden. Erst jetzt erhielt der junge Diplomat ein etatmäßiges Einkommen, die Zeit der Ausbildung hatte er noch selbst finanzieren müssen. Über den Jahreswechsel arbeitete Carl von Schubert in der Politischen Abteilung und bereitete sich hier auf seinen ersten echten Auslandsposten vor, der ihn als 2. Sekretär an die Gesandtschaft in Brüssel führte. Hier bearbeitete er „unsere Handels- und

<sup>21</sup> PA AA, Personalakte 13914, S. 182.

<sup>22</sup> Ebd., S. 211.

<sup>23</sup> PA AA, Personalakte 13917, pag. 80.

<sup>24</sup> Ebd., pag. 102.



Kolonialinteressen im Kongogebiete“, wozu auch der Elfenbeinhandel gehörte, und die Erarbeitung des regelmäßigen Wirtschaftsberichts der Gesandtschaft.<sup>25</sup> Offenbar hatte sich Schuberts Geschick in Wirtschaftsfragen bereits herumgesprochen. Der Gesandte Flotow empfand seine Mitarbeit jedenfalls als „eine wesentliche Unterstützung“. Und mit seiner Ansicht, Schubert dürfte „ein ausgezeichnetes Mitglied unseres diplomatischen Personals werden“, lag der Gesandte ebenfalls richtig.<sup>26</sup>

Als Geschäftsträger in Lissabon sollte Schubert erstmals seine diplomatischen Talente auf einem selbständigen Posten ausprobieren. Vom 1. Dezember 1911 bis zum 31. Juli 1912 vertrat er in Portugal den deutschen Gesandten Freiherr von Bodman. Das Land befand sich im Umbruch. Der König war ins englische Exil geflohen, die gewählte Nationalversammlung hatte eine republikanische Verfassung verabschiedet. Parlamentswahlen, wechselnde Regierungen, Wahlbetrug, Arbeiterunruhen, Generalstreik und zwei monarchistische Aufstände prägten Schuberts unruhige Zeit in Lissabon. Zwar setzte Wilhelm II. auf eine Eskalation des Konflikts und den Sieg der Monarchie („diese republ. Schweine“, „Die Revolution ist in Lissabon u. Oporto gemacht worden. Fällt erst Oporto in des Königs Hand, ist ihr Schicksal besiegelt. Von dort aus mit dem Landvolk verbunden, ist Lissabon zu nehmen“)<sup>27</sup>, doch es war gerade die ruhige Berichterstattung Schuberts, die in Berlin positiv auffiel. Der zuständige Referent in der Politischen Abteilung Romberg und Unterstaatssekretär Zimmermann teilten die Auffassung, dass „Schubert seine Sache in Lissabon gut gemacht“ habe.<sup>28</sup> Dass er sich dadurch für einen bedeutsameren Posten empfohlen hatte, ist augenscheinlich. Am 14. November 1912 trat Carl von Schubert seinen Dienst als Zweiter Sekretär an der deutschen Botschaft in London an. Hier war er Mitarbeiter von Karl Max Fürst Lichnowsky, Erster Sekretär war sein Onkel Richard von Kühlmann, Dritter Sekretär sein Duzfreund Leopold von Hoesch.

Mit der Beschäftigung in London gelang Schubert, zu dem Zeitpunkt gerade 30 Jahre alt, bereits früh ein wichtiger Schritt in der Karriere. Er war als vielversprechender Nachwuchsdiplomat identifiziert und konnte sich jetzt an einer bedeutsamen Schnittstelle der deutschen Außenpolitik bewähren. In London erlebte er den Zusammenbruch eines über Jahrzehnte gewachsenen Internationalen Systems in der Katastrophe des Ersten Weltkriegs. In der zugespitzten Situation der Julikrise konnte der nachgeordnete Botschaftsangehörige Schubert keine nachhaltig wirksamen Akzente setzen. Doch zeigte er in einer für den Gang der Ereignisse bedeutungslos gebliebenen Episode eine diplomatische Verhaltensweise, die für ihn typisch werden sollte. Am 1. August 1914, also unmittelbar vor Kriegsausbruch, war es zu dem bekannten Missverständnis zwischen dem britischen Außenminister Grey und Lichnowsky über die mögliche Neutralität Englands gekommen. Für die Sache des Friedens sah es alles andere als günstig aus. In dieser Situation sah Schubert immer noch die Chance zu verhandeln. Ohne ein Datum notierte er damals: „Wir müssen

---

<sup>25</sup> PA AA, RAV Brüssel 5/5, pag. 22: Flotow an Bethmann Hollweg 20.3.1911 u. Personalakte 13918, pag. 55: Flotow an Bethmann Hollweg 8.8.1911.

<sup>26</sup> PA AA, Personalakte 13918, pag. 80: Flotow an Bethmann Hollweg 12.3.1912.

<sup>27</sup> PA AA, R 9520: Randbemerkungen Wilhelms II. zu Schubert an Bethmann Hollweg 11.2.1912.

<sup>28</sup> Ebd.: Notizen Rombergs u. Zimmermanns 3./4.8.1912.

auch etwas tun“.<sup>29</sup> Er erreichte, dass ihm Lichnowsky einen informellen Kontakt zu Greys Privatsekretär William Tyrrell erlaubte. In letzter Stunde wollte Schubert noch eine Verhandlungsmöglichkeit suchen und dabei die Erklärung verwerfen, dass Deutschland keine aggressiven Absichten gegen Frankreich hege. Noch während des Gesprächs, das am späten Abend des 1. August in Tyrrells Klub stattfand, traf die Nachricht von der deutschen Kriegserklärung an Russland ein.<sup>30</sup>

Hierzu schreibt Peter Krüger: „Dieser Vorgang enthüllte einen charakteristischen Zug außenpolitischen Verhaltens, dem Schubert bis ans Ende seiner Karriere treu blieb und der ihn prägte. Er brauchte Konsultation, betrachtete einen nicht abreißen lassen den kontinuierlich gepflegten Kontakt zu anderen Regierungen als unentbehrlich für diplomatische Beziehungen, hoffte im Grunde, obwohl er den Ausdruck kaum je benutzte, dass das Europäische Konzert auf der Basis solcher enger Kontakte und Konsultationen neu errichtet und mit Leben gefüllt werden könnte, und bemühte sich und lernte Schritt für Schritt, stets mit klaren, auch in den Konsequenzen durchdachten politischen Leitlinien an internationale Aufgaben heranzugehen. In Problemstellung, Vorgehen und Lösungsmöglichkeiten war er dabei überaus genau, sachbezogen und praktisch.“<sup>31</sup>

Vor dem Krieg noch bis zur letzten Stunde verhandlungsbereit zu sein, war bei Schubert keineswegs ein Ausdruck grundsätzlich pazifistischer Gesinnung gewesen. Der Offizierssohn hatte sich zwar auch militärischen Reserveübungen mit dem Argument entziehen können, auf dem jeweiligen Posten unabkömmlich zu sein. Immerhin aber hatte der Reserveleutnant in den Jahren 1906, 1908 und 1910 drei solche Manöver mitgemacht. Ausgerechnet für den 15. August 1914 war ein weiteres Kriegsspiel angesetzt gewesen. Aus dieser Übung wurde Ernst. Am 1. Oktober 1914 trat Schubert, trotz der gegenteiligen Bitte seines Onkels Kühlmann (Dok. 1), den Kriegsdienst an. Er hat an Gefechten teilgenommen und sich mindestens vier Monate dienstlich im Kriegsgebiet aufgehalten, bevor ihn die Zuteilung zur deutschen Gesandtschaft in Bern erreichte.<sup>32</sup> Seinen Dienst in der Schweizer Hauptstadt trat er am 9. Juli 1915 an.

Zu seinen ersten Amtshandlungen in der Schweiz gehörte die Begrüßung eines Sanitätszuges mit schwerverwundeten Soldaten aus Frankreich (in seiner Reisekostenabrechnung schrieb Schubert erst „Krieger“, strich das aber wieder zugunsten von „Heeresangehörigen“).<sup>33</sup> Bei solchen Kleinigkeiten blieb es nicht. Die Gesandtschaft in Bern entwickelte sich während des Krieges zu einem Zentrum der praktischen diplomatischen Arbeit und vielfältiger Kontakte. Schubert beschäftigte sich nicht nur mit der Funktionsfähigkeit der Gesandtschaft angesichts erweiterter

<sup>29</sup> Privatbesitz, Nachlass Schubert, Mappe loser Blätter.

<sup>30</sup> BA, N 2131 (Nachlass Jagow), Nr. 1: die Aufzeichnung Schuberts v. 25.8.1914 über den Vorgang ist Teil einer Aufzeichnung Ferdinand von Stumms aus dem April 1920.

<sup>31</sup> Peter Krüger plante eine Biographie Carl von Schuberts, eine Arbeit, die er vor seinem Tod nicht abschließen konnte, und von der der Verfasser Dank der Großzügigkeit von Frau Dr. Ingrid Krüger-Bulcke Gebrauch machen durfte. Eine Publikation des Fragments ist geplant.

<sup>32</sup> PA AA, Personalakte 13919, pag. 163: Aufstellung der Militärdienstzeit; pag.: 58: Jagow an Schubert 5.7.1915.

<sup>33</sup> PA AA, Personalakte Bern Schubert: Reisekostenabrechnung v. 20.7.1915.

Aufgaben, sondern baute einen effektiven Informations- und Nachrichtendienst auf.<sup>34</sup> Erhaltene Handakten zeigen, dass Carl von Schubert in Bern alle wichtigen Politikbereiche bearbeitet hat: Politik und Wirtschaft, Presse und Propaganda, Militaria und Friedensvermittlung.<sup>35</sup> Für seine Vorgesetzten machte er sich damit unentbehrlich (Dok. 2). Erst als bei der Friedensdelegation in Versailles dringend jemand benötigt wurde, der über Organisationstalent und politische Erfahrung verfügte, wurde er Anfang Mai 1919 auf besonderen Wunsch des Außenministers Graf Brockdorff-Rantzau dorthin beordert.

Formal war Carl von Schubert während der ganzen Kriegszeit im einstweiligen Ruhestand. Der Krieg hatte die Zahl der Auslandsvertretungen zusammenschrumpfen lassen, zahlreich zurückkehrende Beamte wurden nicht gebraucht, und für die übrigen reichte angesichts der Kriegskosten das Geld häufig nicht. Das Auswärtige Amt nutzte daher die Möglichkeit, seine Personalkosten zu reduzieren, indem es viele seiner Bediensteten ganz außer Dienst stellte, andere nur als Wartestandsbeamte bei dann geringerer Besoldung weiterbeschäftigte. Gleichzeitig stiegen an einem Einsatzort wie der Schweiz im Laufe des Krieges die Lebenshaltungskosten an, während der Wert der deutschen Mark gegenüber dem Schweizer Franken rapide sank. Bei Kriegsende hatte Carl von Schubert deshalb sehr hohe Schulden. Zwar hatte das Auswärtige Amt während des Krieges versucht, das Kursrisiko der Mitarbeiter an den Auslandsmissionen auszugleichen oder wenigstens gering zu halten.<sup>36</sup> Trotzdem sah sich nach der Niederlage nicht nur Schubert einem Schuldenberg gegenüber, in seinem Fall mag lediglich die Höhe überraschen. Im März 1920 bezifferte sein Buchhalter die Verbindlichkeiten bei deutschen und Schweizer Banken auf 188.166,65 Mark plus 118.331,10 Schweizer Franken, zusammen also fast 2,2 Millionen Mark. Für den größten Teil dieser Schuld (mehr als 1,8 Millionen Mark) beantragte er die Übernahme durch den Reichsfiskus.<sup>37</sup> Tatsächlich wurde seine finanzielle Lage immer drückender, zuerst forderten die Banken neue Sicherheiten, zuletzt kündigten sie gar die Kredite.<sup>38</sup> Schubert sah sich vor der Pleite, obwohl er doch in Bern „weiß Gott wie ein Neger“ hatte arbeiten müssen.<sup>39</sup> Im März 1921, also mit gut einem Jahr Verzögerung, übernahm schließlich die Legationskasse 1,4 Millionen Mark der Schubertschen Schuld.<sup>40</sup> Bei einem Jahresgehalt

---

<sup>34</sup> Cf. Stephen Schröder: „Ausgedehnte Spionage“ – Benno von Sieberts geheime Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt (1909-1926), in *Militärgeschichtliche Zeitschrift* 64 (2005), H. 2, S. 425-463, hier S. 432-436.

<sup>35</sup> PA AA, RAV Bern, Bde. 768 u. 1130.

<sup>36</sup> PA AA, R 132366 ff.

<sup>37</sup> PA AA, Personalakte 13920, pag. 124 f.: Wehr an Rohland 1.3.1920; nach einer Berechnung des Kölner Bankhauses J.H. Stein aus dem Februar 1920 (ebd., pag. 121) war ein Schweizer Franken zu dieser Zeit 17,- Mark wert.

<sup>38</sup> Ebd., pag. 119 f.: Schubert an AA 10.2.1920; pag. 170 f.: Fragebogen betr. Valutadarlehn (17.4.1920); pag. 172: Wehr an AA 11.6.1920; pag. 176: Schubert an AA 17.6.1920, pag. 177: Schubert an AA 24.6.1920; pag. 178 Schubert an AA 1.7.1920; pag. 194 f.: Schubert an AA 15.7.1920; pag. 240 f.: Schubert an AA 2.11.1920; pag. 242 f.: Schubert an AA 23.11.1920.

<sup>39</sup> Ebd., pag. 175: Schubert an Haniel 17.6.1920.

<sup>40</sup> Ebd., pag. 247: AA an Devisenbeschaffungsstelle 26.3.1921; pag. 245: Notiz Koch 11.4.1921.

von nicht ganz 47.000 Mark im Jahr 1921 blieben ihm aber die „außerordentlich großen Geldsorgen“ erhalten.<sup>41</sup> Renata von Schubert klagte noch nach Jahren „bitter über finanzielle Schwierigkeiten. [...] Auf die Dauer werde man durch diese kleinen täglichen Geldschwierigkeiten ganz zermürbt.“<sup>42</sup>

Carl von Schubert hatte Renata geb. Gräfin Harrach, die Tochter eines Malers und geschiedene Mutter von drei Kindern, am 30. Oktober 1919 in der Schweiz geheiratet. Harry Graf Kessler beschrieb sie mit derselben Geringschätzung, die sie – glaubt man seiner Darstellung – für ihre Umgebung hatte: „Renate ist innerlich und äusserlich die schöne, elegante, impenitente [unbußfertige] Aristokratin geblieben, für die Stresemann, Luther, die Parlamentarier überhaupt noch immer ‚Leute‘ sind, ein groteskes Bürgergesindel, das sich gegen alle Ordnung in die Macht gesetzt hat. Sie die ganz grosse Dame mit ihren herrlichen Schultern u. Bewegungen, ihrem alten, etwas altmodischen Familienschmuck, den fast schon sterbenden Perlen-schnüren, dem immer etwas müden Gesichtsausdruck, den beissenden, zynischen Worten.“<sup>43</sup> In Berlin lebte die Familie zuerst in der Kurfürstenstraße 134, einem Haus, das Schuberts Vater gehörte, später in der Matthäikirchstraße 27.<sup>44</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg nahm Carl von Schuberts Karriere bald Fahrt auf. Während des Krieges hatten begabte, leistungswillige und belastbare Nachwuchsdiplomaten die Gelegenheit zur Bewährung bekommen. Sie hatten sich den Kriegsumständen gut anzupassen vermocht, waren als Verbindungsleute zu anderen Reichsbehörden und militärischen Stellen eingesetzt gewesen oder hatten hinter ihren Missionschefs in der zweiten Reihe den Großteil der Arbeitslast übernommen. Die Situation der Jahre 1918 bis 1920 wirkte sich für den Aufstieg dieser jungen Diplomaten besonders förderlich aus. Sie verfügten trotz ihrer relativen Jugend schon über umfangreiche Erfahrungen im diplomatischen Geschäft, hatten ihre Leistungs- und Anpassungsfähigkeit bereits unter Beweis gestellt, und sie standen zur Verfügung als die ältere Generationskohorte in den Ruhestand ging oder als ausgewiesene Repräsentanten der untergegangenen Monarchie ausschieden. Obwohl sie vielfach im diplomatischen Kernbereich tätig gewesen waren, gingen die Vertreter dieser jüngeren Altersgruppe als von der Vergangenheit unbelastet durch. Zudem standen sie Reformen im Auswärtigen Dienst, insbesondere einer Öffnung für außenwirtschaftliche Belange, offen gegenüber. Paradebeispiele dieser Gruppe waren Leopold von Hoesch, Ago von Maltzan, Schuberts wohl engster Freund seit Studententagen, Friedrich Gaus, den Schubert in Versailles kennenlernte, und eben Carl von Schubert selbst. Sie alle stiegen in den folgenden Jahren in leitende Positionen des Auswärtigen Amtes auf.

Schubert war inzwischen zum Wirklichen Legationsrat und Vortragenden Rat ernannt worden. Zunächst wurde er mit der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien befasst. Im August 1914 hatte er den Abbruch der Beziehungen und den Beginn des Krieges in London erlebt, 1920 kam er abermals

<sup>41</sup> Ebd., pag. 264; Einkommensaufstellung v. 21.7.1921; pag. 190: Schubert an AA 5.7.1920 (Zitat „Geldsorgen“).

<sup>42</sup> Harry Graf Kessler: Das Tagebuch. Bd. 8. Stuttgart 2009, S. 744.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> Berliner Adressbücher 1925 und 1926.

in die britische Hauptstadt, jetzt um die deutsche diplomatische Vertretung dort wieder einzurichten. Seine Entsendung stieß im Foreign Office auf Kritik. Er sei, so der britische Geschäftsträger in Berlin, „distinctly not ‚persona grata‘“. Da das Auswärtige Amt zwei andere, ebenfalls unliebsame Beamte abzog, akzeptierte man in London letztlich Schuberts kurzzeitige Abordnung.<sup>45</sup> Insgesamt blieb er von Februar bis August 1920 ein halbes Jahr dort, bis man ihm im Auswärtigen Amt die Leitung der Englandabteilung übertrug.

Bis in das Frühjahr 1920 hinein war das Auswärtige Amt nach sachlichen Kriterien unterteilt gewesen. Es hatte im Laufe der Zeit Abteilungen für Politik, Personal, Handel, Recht, Kolonien und Presse gegeben. Der nach dem Ersten Weltkrieg veränderte politische Kontext, in dem fortan die deutschen Außenbeziehungen stattfinden würden, zwang die Akteure nicht nur zu einer Wandlung ihrer Konzepte, sondern auch zu einer Reorganisation des gesamten diplomatischen Instrumentariums. Weil man nicht einfach fortfahren konnte, wo die Diplomatie 1914 geendet hatte, musste sich auch organisatorisch etwas ändern. Dabei wurde die geänderte politische Geographie aufgenommen und die Behörde nach regionalen Merkmalen umstrukturiert. Das Hauptziel war es, politische, handels- und wirtschaftspolitische sowie rechtliche und kulturelle Beziehungen zu fremden Staaten nicht mehr getrennt in verschiedenen Sachabteilungen, sondern an einer einzigen Stelle, dem für ein Land oder eine Ländergruppe jeweils zuständigen Referat in neugeschaffenen Regionalabteilungen einheitlich zu bearbeiten und wirtschaftliche Fragen insgesamt stärker als früher zu berücksichtigen. Das regionale Ordnungsprinzip veränderte die Organisation des Auswärtigen Amts grundlegend.<sup>46</sup>

Schubert leitete seit August 1920 die wichtige Englandabteilung, die 1922 noch um die Zuständigkeit für den amerikanischen Kontinent erweitert wurde. Zudem wurde er am 22. Dezember 1920 zum Ministerialdirektor ernannt. Die Abteilungsleitung war sein erster selbstständiger Posten, zuvor hatte er keiner Auslandsvertretung als Gesandter oder einer anderen Arbeitseinheit als Chef vorgestanden – Schubert stieg gleich ganz oben ein. Das zeigt deutlich die nach 1918 und unter den Bedingungen der Organisationsreform veränderten Grundvoraussetzungen. Andererseits war Carl von Schubert selbstbewusst genug, sich eine solche Position zuzutrauen. Mehr noch, er hatte danach verlangt, fand sogar, dass sie ihm zustand. Dem Staatssekretär Haniel von Haimhausen schrieb er aus London, man habe ihm die neue englische Abteilung versprochen, und die wolle er jetzt haben mit allen Konsequenzen, sonst nehme er seinen Abschied: „Man wird dabei natürlich wieder meine ‚große Jugend‘ anführen und darauf hinweisen, dass andere Leute durch meine Ernennung verärgert werden. Für das erste Gebrechen kann ich nichts, es wird auch täglich besser. Zu dem zweiten Punkt möchte ich bemerken, dass ich mich, glaube ich, auch in den letzten Jahren mehr geschunden habe, wie viele andere Leute, und dass ich vielleicht auch mehr Erfahrung gesammelt habe, wie mancher andere.“<sup>47</sup>

---

<sup>45</sup> PA AA, Personalakte 13919, pag. 137: Kilmarnock am Haniel 28.3.1920; pag. 143: Sthamer an AA 24.4.1920.

<sup>46</sup> Zur sogenannten Schülerschen Reform vgl. Eckart Conze: *Das Auswärtige Amt. Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*. München 2013, S. 48 ff.

<sup>47</sup> Cf. Dok. 10.

Als Abteilungsleiter gehörte Carl von Schubert zu der kleinen Gruppe maßgeblicher Entscheidungsträger im Auswärtigen Amt. Täglich traf er sich mit den anderen Abteilungsleitern zu Besprechungen, den sogenannten Morgenandachten. In diesen Runden war er stets – und teilweise mit Abstand – der jüngste. Ein besonderes Arbeits- und Vertrauensverhältnis verband ihn mit seinem Freund Ago von Maltzan, der zunächst die Ostabteilung leitete, bevor er im Dezember 1922 Staatssekretär wurde; Schubert nannte es seine Ehe mit Maltzan (Dok. 105). Aber auch mit dem Direktor der Rechtsabteilung Friedrich Gaus verband ihn bald eine enge Arbeitsbeziehung. Seine Position sicherte ihm auch den direkten Zugang zu den Staatssekretären und wechselnden Ministern. Erst jetzt konnte er seine außenpolitischen Erfahrungen und Grundsätze in konkrete Politik umsetzen.

Gelegenheit hierzu bot die prekäre außenpolitische Situation des Deutschen Reiches zur Genüge. Als Schubert seine Geschäfte als Abteilungsleiter aufnahm, war die Konferenz von Spa (5. bis 16. Juli 1920) gerade ergebnislos zu Ende gegangen und die außenpolitische Agenda wurde durch die aus dem Versailler Vertrag resultierenden Probleme bestimmt. Wie konnten die Reparationsforderungen der Siegermächte mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands in Einklang gebracht werden? Wie ließ sich die drohende Besetzung des Ruhrgebiets verhindern? Wie konnten die Entwaffnung und Reduzierung des Militärs kontrolliert werden? Wie ließ sich der Außenhandel wiederbeleben? Welche Stimme hatte das Reich in den internationalen Beziehungen überhaupt noch? Wie ließ sich die gespannte Situation entschärfen?

Für Carl von Schubert lag „der Schlüssel einer Politik, die uns aus dem augenblicklichen Unheil herausbringen soll, in England“ (Dok. 10). Er vertrat zudem die Ansicht, dass sich schlechte Beziehungen zwischen Frankreich und Großbritannien nachteilig für Deutschland auswirken würden (Dok. 13, 19, 26, 40). Nur von britischer Seite versprach er sich mäßigen Einfluss auf die französische Politik gegenüber Deutschland. Daher war sein Ziel die Verständigung mit Großbritannien als Basis der deutschen Außenpolitik. Tatsächlich verfolgte die britische Regierung eine auf Beruhigung und wirtschaftliche Erholung ausgerichtete Politik in Europa. In diesem Rahmen war sie auch bereit, dem Deutschen Reich entgegenzukommen. Schubert griff diesen außenpolitischen Ansatz auf: „[Es] würde sich aber dann die Lage zu unseren Gunsten ändern“, schrieb er an Botschafter Sthamer (Dok. 23), „wenn wir hoffen dürften, dass bei unseren Gegnern endlich die Einsicht zum Durchbruch kommt, dass unsere Gesundheit in ihrem eigenen Interesse liegt. [...] Ich glaube doch, dass bei den Engländern überall jetzt die Einsicht durchgedrungen ist, dass es ihnen abträglich ist, wenn auf die Dauer das wichtigste Mitglied des kontinentalen Wirtschaftslebens, nämlich Deutschland, ausscheidet.“

Schon als Abteilungsleiter, einflussreicher sicher noch als Staatssekretär, setzte er sich dafür ein, dass alle diplomatischen Maßnahmen einem langfristigen und schlüssig begründeten Gesamtkonzept folgten. Das sollte die deutschen Interessen gebührend berücksichtigen, aber auch die alliierten Sicherheitsbedürfnisse nicht außer Acht lassen. Schubert strebte einen dauerhaften, engen Kontakt auf Augenhöhe und die schließlich einvernehmliche Regelung aller auftretenden Probleme und Streitfragen auf dem Verhandlungswege an. Das bedeutete nichts weniger als die Schaffung eines neuen kooperativen Staatensystems der europäischen Mächte mit Deutschland als einem gleichberechtigten Partner (Dok. 12). Damit verlangte er

wenige Jahre nach der deutschen Niederlage viel von den Siegern des Ersten Weltkriegs. Es war aber auch viel verlangt von der deutschen außenpolitischen Führung: sie sollte, soweit das politisch und sachlich möglich war, den Versailler Vertrag erfüllen, sollte in strittigen Fragen weitreichende Zugeständnisse (Militärkontrollen) und Angebote (Reparationen) machen, sollte ganz allgemein Verpflichtungen einhalten und als zuverlässiger Partner agieren. Die Alliierten – insbesondere Frankreich – sollten überzeugt werden, dass Kooperation ihren eigenen Interessen dienlicher war als Konfrontation.

Wie kompromisslos Schubert seine Vorstellungen durchzusetzen versuchte, zeigt eine Episode aus dem März 1921. Als die politische Führung im Vorfeld der Pariser Reparationskonferenz seine Einwände unbeachtet ließ, erbat er spontan einen Urlaub und begründete dies recht unbotmäßig: „Ich würde es auf anderem Posten unter allen Umständen vermieden haben, in so kritischen Zeiten auf Urlaub zu gehen, selbst unter Aufopferung sehr wichtiger Privatinteressen; ich habe aber die bestimmte Überzeugung, dass ich hier vollkommen überflüssig bin.“ (Dok. 27 bes. Anm. 7 u. 9) In den Jahren als Abteilungsleiter wurden Schubert immer wieder Grenzen aufgezeigt. In Aufzeichnungen gegebene Hinweise liefen ins Leere, Ratschläge wurden in den Wind geschlagen. Bei den Reparationen wurde auf Eskalation gesetzt, mit der Folge der Ruhrbesetzung, und mit dem Überraschungscoup von Rapallo wurden falsche Signale gesendet. Die beiden wichtigsten Gegner der Pariser Friedensordnung taten sich zusammen – gegen wen, wenn nicht gegen Frankreich, das seine Sicherheit ohnehin bedroht sah.

Aus Schuberts Sicht stellte der deutsch-sowjetische Vertrag die Rückkehr zu einer unzuverlässigen Politik dar, die er ablehnte. Er misstraute der russischen Regierung und sah die Annäherung an die Westmächte und die wirtschaftliche Sanierung Europas gefährdet. Schubert wollte Zuverlässigkeit und Vertrauensbildung zum Kern deutscher Außenpolitik machen. Da bedeutete Rapallo einen herben Rückschlag (Dok. 45, 47), den er fragend so charakterisierte: „Warum machen die Deutschen immer etwas Neues? Können sie denn nicht zur Ruhe kommen?“ (Dok. 183 Anm. 7).

Ähnlich erging es Schubert mit den Reparationen und der Ruhrbesetzung. Während er auf Kooperation und Dialog setzte, verschärfte die Reichsregierung die Lage durch Moratoriumsgesuche bei den Reparationsleistungen, eine unzulängliche Verhandlungsposition bei der Londoner Reparationskonferenz, durch eine selbstinduzierte Hyperinflation. Der französisch-belgischen Besetzung im Januar 1923 folgte das Pathos des deutschen Widerstands und am Ende doch nur das Kleinbegeben der deutschen Regierung. Schubert musste mit ansehen, wie sich so ziemlich das Gegenteil von dem entwickelte, wofür er eintrat. Dennoch drängte er fortgesetzt darauf, diplomatisch mit allen Beteiligten in engem Kontakt zu bleiben, um jede Chance zu nutzen, aus der Spirale der Eskalation herauszukommen und eine neue Basis für ernsthafte Verhandlungen zu gewinnen. Immer wieder erörterte Schubert mit den britischen und französischen Vertretern Lösungsmöglichkeiten für die Ruhrkrise, suchte einen Ausgleich auch direkt mit Frankreich, nicht nur über den Umweg der Gespräche mit den Briten. So bildeten sich nach und nach, erst vorsichtig tastend und nicht ohne Widerspruch unter den deutschen Entscheidungsträgern, die Konturen dessen heraus, was man bald darauf als Verständigungspolitik umschrieb, als die Formulierung einer für die Republik nach Inhalt, Vorgehen und Erfolgschan-

cen aussagekräftigen Außenpolitik. Carl von Schubert hat sie konzeptionell vorge-dacht und sollte bald auch in der Lage sein, sie umzusetzen.

Noch aber fehlten ihm der richtige Minister und die nötige Machtposition im Auswärtigen Amt. Insgesamt erwiesen sich die ereignisreichen Jahre 1921 bis 1923 als prägende Phase im Leben und in der Laufbahn Schuberts, der als Außenpoliti-ker hinzulernte und reifer wurde. Die heftigen, zum Teil abrupten Änderungen der internationalen Lage und der Stellung Deutschlands haben Schuberts außenpoliti-sche Leitlinien beeinflusst und allmählich weiterentwickelt. Er sammelte Erfah-rung in moderner internationaler Politik, nutzte die Gelegenheit, seinen Blick zu weiten durch die Vielfalt der Interessen, Sachzwänge und Vorstellungen, der Tra-ditionen und des Stils von Diplomatie und Verhandlungen in auswärtigen Angele-genheiten einschließlich der immer größer werdenden Bedeutung der Öffentlich-keit. In seiner Position kam er mit nahezu allen außenpolitischen Sachverhalten und der internen Meinungsbildung in Berührung, hatte ganz unterschiedliche Si-tuationen und Einzelfragen zu behandeln und musste auch erleben, dass er mit seiner Konzeption nicht immer durchdrang.

Eine Episode aus dem Juni 1923 verweist auf heitere Weise schon auf die spä-tere Beziehung Schuberts zu Stresemann. Dieser hatte vom Außenminister Auskunft in einigen Einzelfragen erbeten, welche die Abteilungsleiter nun zu beantworten hatten. Eine Aufzeichnung des Ministers ging dann als Antwort an den Abgeordne-ten. Das Verfahren ärgerte Schubert, und er hielt einen Wink für nützlich, „damit Herr Stresemann, mit dem ich, wenn ich ihn sehe, auf ganz gutem Fuße stehe, sich endlich einmal klar macht, daß der Minister nicht dazu da ist, auf jede Bagatelle eines Parlamentariers einzugehen. Vielleicht würde Herr Stresemann dann für even-tuellen späteren Bedarf lernen, wie ein modernes Ministerium arbeitet.“ (Dok. 62).

Der außenpolitisch wenig glücklichen Regierung unter der Leitung des partei-losen Wirtschaftsmanns Wilhelm Cuno folgte eine große Koalition von SPD bis zur DVP unter Gustav Stresemann, der am 13. August 1923 – dies als nachdrückliche Unterstreichung seines politischen Schwerpunkts – auch das Amt des Außenmini-sters übernahm. Um ihm die Arbeitslast zu erleichtern, wurde Staatssekretär Ago von Maltzan nun Stellvertreter des Ministers und Schubert der Stellvertreter des Staatssekretärs. So wurden zwar beide in ihrer Bedeutung aufgewertet, Schubert aber war fortan Stresemanns wichtigste Stütze, ihre Zusammenarbeit gestaltete sich sehr eng (Dok. 64, Anm. 1). Auch außerhalb des Auswärtigen Amts wurden die Verhältnisse wahrgenommen. So will Harry Graf Kessler im Dezember 1923 erfah-ren haben, dass „der eigentliche Staatssekretär jetzt Schubert [sei], der Maltzan gei-stig beherrsche, weil Maltzan nicht arbeite, während Schubert sehr fleißig sei“.<sup>48</sup>

Am Fleiß Carl von Schuberts kann es keinen Zweifel geben. Seine zahllosen Gesprächsnotizen, Aufzeichnungen, Handakten zeugen davon. Die vorliegende Edition bietet einen repräsentativen aussagekräftigen Querschnitt, aber eben nur eine Auswahl aus schier unüberschaubarer Menge. Seine Arbeitsweise war geprägt von präziser Planung und Vorbereitung aller außenpolitischen Schritte. Stets erhob er Einspruch gegen allgemein gehaltene Erlasse ohne präzise, detaillierte Vorschlä-ge. Es sei „absolut zwecklos“, bemerkte er einmal, ohne ein klares Programm mit

<sup>48</sup> Harry Graf Kessler: Das Tagebuch. Bd. 8. Stuttgart 2009, S. 184.



ausländischen Politikern und Sachverständigen zu sprechen. Ohne „einen kurzen und prägnanten Vorschlag“, der außenpolitisch verwertbar sei, bleibe auch „jede diplomatische Konversation zwecklos“ (Dok. 51). Schubert ließ sich stets intern und außerhalb des Auswärtigen Amts von Sachverständigen unterrichten, beraten, verbreitete seine eigenen außenpolitischen Auffassungen und nahm schwierige Arbeiten auf sich, auch um tiefer in bestimmte Materien einzudringen. So verfasste er zu nahezu allen außenpolitischen Fragen ausführliche und klare Stellungnahmen. Selbst für scheinbare Nebensächlichkeiten war er sich nicht zu schade – so finden sich Schuberts Randbemerkungen sogar in den Unterlagen zur Aktenedition „Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914“.<sup>49</sup> Das alles half ihm, einen detailgesättigten Überblick über die auswärtigen Angelegenheiten zu gewinnen, und in den wichtigen Fragen Akteur, nicht Getriebener zu sein. Auf Harry Graf Kessler machte er aber offenbar den Eindruck eines ‚Workaholics‘, seinem Tagebuch vertraute er die Bemerkung an: „Er arbeitet, isst, trinkt, raucht zuviel.“<sup>50</sup>

Der britische Botschafter Lord D’Abernon, der Schubert aus ungezählten vertraulichen Gesprächen kannte, und ihm wohl auch freundschaftlich verbunden war, fasste dessen „wesentliches Kennzeichen“ zusammen als den „Wunsch nach einem gründlichen Verstehen, nach einer Erfassung aller Seiten des Problems – er will alle Einzelheiten der Frage beherrschen, bevor er sich mit einer Antwort festlegt. Er ist darin wesentlich deutsch – aber deutsch im besten Sinne des Wortes.“<sup>51</sup>

Schuberts Schriftstücke zeigen noch einen anderen Charakterzug, nämlich die skeptische, die jeweilige Lage unter allen relevanten Aspekten prüfende, Optimismus ausschließende Analyse. Der pessimistische Argwohn lief praktisch stets auf „worst case scenarios“ hinaus, die er Schritt für Schritt diplomatisch erörtern und verbessern wollte. Britische Verhandlungspartner von Schubert machten sich über diese Eigenart lustig. D’Abernon meinte, „Schubert treibt die Vorsicht so weit, daß er sich weigert, einem eine mündliche Antwort zu geben [...]“.<sup>52</sup> William Tyrrell, Unterstaatssekretär im Foreign Office, spottete während der Locarno-Konferenz, Schubert „is afraid of his own shadow“.<sup>53</sup> 1928 schrieb der britische Botschafter in Berlin Lampson: “He is addicted to pessimism and views Germany’s future from the darkest aspect. The tribulations of his country seem to affect him personally.”<sup>54</sup>

Stresemann war weit weniger pessimistisch. Aufs Ganze gesehen teilte er wohl Schuberts Ansicht über eine friedliche und kooperative, systemisch zu gestaltende Außenpolitik. Den hierzu weniger geneigten Maltzan entsandte Stresemann als Botschafter nach Washington. Der Lebemann Maltzan war nach dem Geschmack der Amerikaner,<sup>55</sup> der fleißige Zuarbeiter Schubert nach dem Geschmack

---

<sup>49</sup> ADAP, Serie A, Bd. XI, Dok. 118 u. Bd. XIII, Dok. 216.

<sup>50</sup> Harry Graf Kessler: Das Tagebuch. Bd. 9. Stuttgart 2010, S. 239 (Eintrag 9.1.1929).

<sup>51</sup> Viscount D’Abernon: Ein Botschafter der Zeitenwende. Memoiren Bd. 3. Leipzig 1930, S. 38.

<sup>52</sup> Ebd.

<sup>53</sup> PRO FO 371, Vb.10741, C 12661: Lampson an Tyrrell 4.10.1925 (Randbemerkung v. 8.10).

<sup>54</sup> PRO FO,371, Bd. 12886, C 1583: Bericht Sir Ronald Lindsays v. 22.2.1928.

<sup>55</sup> Cf. die Artikel aus US-amerikanischen Zeitungen in PA AA, Nachlass Maltzan, Bde. 55 u. 57-62.

Stresemanns. Am 16. Dezember 1924 ernannte er ihn zum Staatssekretär. Fünfeinhalb Jahre sollte Carl von Schubert dieses Amt ausfüllen. Es waren die besseren Jahre der Weimarer Republik, wirtschaftlich und innenpolitisch einigermaßen stabil, außenpolitisch geprägt durch eine Verständigungspolitik. In dieser Zeit erreichte Carl von Schubert Höhepunkt und Vollendung seiner Karriere als Diplomat.

In der Rückschau werden die Konferenz in Locarno und das dort verabredete Vertragswerk auf deutscher Seite vor allem mit dem Namen Gustav Stresemanns in Verbindung gebracht. 1926 erhielt er zusammen mit dem französischen Außenminister Aristide Briand den Friedensnobelpreis. Heute erscheint "Locarno" als die verfrühte Vision eines versöhnten, friedvollen Europas, dessen Zeit offenbar noch nicht gekommen war, dessen Möglichkeit sich aber hier einmal schon zeigte. Wenn die bekannten Außenpolitiker auf deutscher und alliierter Seite die Architekten von „Locarno“ waren, so darf man für Carl von Schubert mit einigem Recht behaupten, er habe erst das Fundament dafür gelegt.

Das Grundschemata der späteren Locarno-Verträge hatte Schubert gemeinsam mit Friedrich Gaus bereits im Frühjahr 1923 ausgearbeitet (25. April, Dok. 60). Ihrer Ansicht nach sollte die deutsche Regierung dem französischen Sicherheitsbedürfnis entsprechen und einen Rheinpakt zur Garantie der französischen Grenze vorschlagen. Darin wäre „der Auffassung Geltung zu verschaffen, daß die Fragen, von deren Regelung der Friede Europas abhängt, nicht auf dem Wege der Gewalt oder des Diktats, sondern allein auf dem Wege gegenseitiger Verständigung gelöst werden können“. Der „täglich sich verschärfenden Spannung und wirtschaftlichen Verwirrung“ in Europa müsse ein Ende bereitet werden. Der Vorschlag von Schubert und Gaus umfasste in aller Kürze das ganze Paket von Locarno: ein Kriegsverbot; die Achtung und wechselseitige Garantie der Unversehrtheit des Gebietsstandes der Beteiligten; die Garantie der in Art. 42 und 43 des Versailler Vertrags festgelegten Entmilitarisierung des Rheinlands; die Verpflichtung Deutschlands und Frankreichs, alle Streitfragen, die „nicht auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können“ einem in Schiedsverträgen geregelten „internationalen Verfahren“ zu unterwerfen; schließlich der Abschluss solcher Schiedsverträge „auch mit [Deutschlands] übrigen Nachbarn“, also Polen und Tschechoslowakei.

Die Erfahrung des Ruhrkampfes hatte die Einsicht wachsen lassen, dass fortgesetzte Konfrontationen und Gewaltmaßnahmen angesichts der vielfältigen, von Politik und Wirtschaft bis zur Kultur reichenden Interessenverflechtungen in Europa katastrophale Folgen haben würden und durch einvernehmliches Vorgehen und friedlichen Interessenausgleich ersetzt werden müssten. Ziel sollte es sein, sich ernsthaft um ein Arrangement mit Frankreich zu bemühen. Nach dem Wechsel im Amt erläuterte Schubert diesen Ansatz auch dem neuen Außenminister. Stresemann gegenüber unterstrich Schubert einmal mehr den inneren Zusammenhang von Sicherheits- und Reparationsfrage, von denen keine ohne die andere zu lösen sei (Dok. 63 u. 64). Dass und wie sehr diese Fragen zusammenhingen, versuchte Schubert intern im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages (Dok. 73) und öffentlich in Interviews (Dok. 75) zu vermitteln.

Die erste Frage, die Schubert offensiv anging, war die der Reparationen. An der Aushandlung des Dawesplans bei der Londoner Konferenz (16. Juli bis 16. August 1924) nahm er als Generalkommissar der deutschen Delegation (Hauptdelegierte Marx, Stresemann und Luther) teil. Für Deutschland war die Konferenz ein

bedeutender und wegweisender Erfolg, eröffnete sie doch der Politik der Verständigung jetzt den notwendigen Spielraum. Der Dawesplan und die Vereinbarungen des Schlussprotokolls boten erst die Voraussetzung für Locarno.

Eindrucksvoll formulierte Schubert seinen Leitgedanken in einem Brief an Sthamer (9. Februar 1925, Dok. 106): „Ich möchte, weil das eben unsere ehrliche Absicht ist, daß die Kabinette in London und Paris den Eindruck gewinnen, daß wir vertraulich, aber andererseits ganz offen und ohne Hintergedanken diese Besprechungen führen, die nur dazu dienen sollen, die Sicherheitsfrage als die wichtigste Grundfrage der ganzen Streitigkeiten in einer Weise zu lösen, welche die Franzosen befriedigt und für uns annehmbar ist.“

Schubert hatte grundsätzlich Verständnis für die französische Forderung nach Sicherheitsgarantien (cf. Dok. 73); zudem war er sich mit Blick auf die Nachbarn im Osten bewusst, wie wichtig Sicherheitsregeln waren – letzteres auch hinsichtlich der zukünftigen Rolle, die der Sowjetunion in Europa zukam, und die das deutsch-sowjetische Verhältnis für Europa spielte. Er plädierte deshalb von vornherein dafür, die Sowjetunion einzubeziehen, wenn Deutschland dem Völkerbund beitreten sollte (Dok. 72f.). Dass er die Sowjetunion mit Argwohn betrachtete, ja geradezu apokalyptische Ängste vor dem Kommunismus hegte,<sup>56</sup> blieb davon unbenommen. Die Russen sollten einen Ausgleich mit Frankreich, den engen Kontakt mit Großbritannien und darüber hinaus ein gutes Verhältnis zu den USA auf keinen Fall stören, und im Übrigen war der politische und wirtschaftliche Nutzen guter Beziehungen zur Sowjetunion nicht zu verkennen. Der andere Schwerpunkt aller außenpolitischen Anstrengungen, die Entwicklung der deutschen und europäischen Wirtschaft stand jedenfalls nie zur Debatte, und schloss Handel und Handelsvertragsverhandlungen mit der Sowjetunion so wenig aus, wie geheime Rüstungsvereinbarungen mit der Roten Armee.

Die Neugestaltung der Außenwirtschaftspolitik war dadurch notwendig geworden, dass gemäß dem Versailler Vertrag am 10. Januar 1925 die Phase der einseitigen wirtschaftlichen Vorteile für die Siegermächte abgelaufen war. Mit Wirtschaftsfragen war Schubert seit jeher vertraut. Zudem wirkten sich die Erfahrungen der Nachkriegszeit, der eigenen finanziellen Bedrängung, der Inflation und des Ruhrkampfes aus. Er folgerte, dass die Politik mit den kooperativen Anforderungen moderner ökonomischer Verflechtung Schritt halten müsse, und trat für vertragliche Liberalisierung der internationalen Wirtschaft ein. Mit der Zeit wurde die Außenwirtschaftspolitik zu einem wichtigen Teil der internationalen Zusammenarbeit, aus Dutzenden einzelner Handelsverträge und Meistbegünstigungsabkommen entstand ein regelrechtes Handelsvertragssystem.<sup>57</sup>

Die Konferenz in Locarno fand vom 5. bis 16. Oktober statt und die Verhandlungen selbst sind hier nicht zu schildern. Schubert war selbstverständlich Mitglied der deutschen Delegation und arbeitete in den Sitzungen und bei deren Vor- und Nachbereitungen intensiv mit. Über die Stimmung unter den Konferenzteil-

---

<sup>56</sup> Harry Graf Kessler: Das Tagebuch. Bd. 9. Stuttgart 2010, S. 239.

<sup>57</sup> Cf. die zahlreichen den Handel betreffenden Verträge Deutschlands aus den Jahren 1925 bis 1929 in: Weltwirtschaftliches Archiv Bd. 32 (1930, II), S. 312 u. Bd. 34 (1931, II), S. 305-308.

nehmern berichtet anschaulich ein Tagebuch, das Stresemann während des Verhandlungsmarathons geführt hat.<sup>58</sup> Schubert neigte trotz des Erfolges offenbar nicht zu positivem emotionalen Überschwang. Gegenüber Lord D’Abernon äußerte er im Anschluss an die Konferenz lediglich, dass er „tatsächlich der Ansicht (sei), daß der Sicherheitspakt und die Schiedsverträge zu allgemeiner Befriedigung ausgefallen seien“.<sup>59</sup> Die europäische Öffentlichkeit reagierte da euphorischer und knüpfte an den Geist von Locarno weitreichende Erwartungen hinsichtlich der Versöhnung der früheren Kriegsgegner. Das Vertragswerk wurde am 1. Dezember 1925 feierlich in London unterzeichnet. Als einer der wichtigsten Vorbereiter war Carl von Schubert auch hier zugegen.<sup>60</sup>

Aus heutiger Sicht überragt „Locarno“ alles andere, doch waren während Carl von Schuberts Amtszeit als Staatssekretär weitere außenpolitische Erfolge zu verzeichnen: die weitreichende Einigung in Reparationsfragen, das Ende der alliierten Besatzung im Rheinland, die Aufnahme in den Völkerbund. Daneben stand das große Ziel, „Locarno“ noch zu vertiefen, die politische Zusammenarbeit wechselseitig zu stärken und die wirtschaftliche Gemeinsamkeit in Europa hin zu einer europäischen Zollunion voranzubringen. Stresemann kleidete das in seiner letzten öffentlichen Rede am 9. September 1929 vor der Versammlung des Völkerbunds in Genf in die Frage: „Wo bleibt in Europa die europäische Münze, die europäische Briefmarke?“<sup>61</sup>

Innenpolitisch war all dies höchst umstritten, Verständigung hieß dort Erfüllung. Mit Stresemann galt auch Schubert ihren Gegnern als „Erfüllungspolitiker“ – die schlimmste Unterstellung, welche die an Invektiven nicht gerade arme Politikersprache der Weimarer Republik in ihrem Repertoire hatte. Zur parteipolitischen Opposition gesellte sich die Führung der Reichswehr, die in Fragen der Entwaffnung und Militärkontrolle auf Mitsprache und einen härteren Kurs drängte. Für sie kannte Schubert nur Spott: „Er fasse sich manchmal an den Kopf,“ zitiert ihn Harry Graf Kessler, „und bekomme Zweifel, ob die Reichswehr nicht wirklich eine fabelhafte Erfindung besitze, wo man auf einen Knopf drücke und binnen fünf Minuten alle Franzosen auf dem Bauch lägen; denn sonst müssten die Reichswehr Leute verrückt sein!“<sup>62</sup> Zweifel, ob die verständigungsbereite Außenpolitik gegen die innerdeutsche Opposition würde bestehen können, waren Schubert schon nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten gekommen. Kessler sagte er damals, „er sei, als er die Nachricht [...] bekam wie vor den Kopf geschlagen gewesen, ‚im Zustande eines Idioten, den man auf der Strasse aufließt u. der nicht weiss, wo er ist u. was los ist‘. Er habe 24 Stunden gebraucht, um sich zu erholen.“<sup>63</sup>

Tatsächlich kam die Zäsur mit Stresemanns plötzlichem Tod am 3. Oktober 1929;<sup>64</sup> danach sank Schuberts Stern rapide. Mit Julius Curtius kam ein Wirt-

<sup>58</sup> ADAP, Serie A, Bd. XIV, Anhang I, S. 689-705.

<sup>59</sup> Aufzeichnung Schuberts v. 20.10.1925, in: ebd., Dok. 157, S. 418.

<sup>60</sup> Aufzeichnung Schuberts v. 1.12.1925, in: ADAP, Serie B, Bd. 1,1, Dok. 1.

<sup>61</sup> Gustav Stresemann: Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden, hrsg. v. Henry Bernhard. Bd. III. Berlin 1933, 579.

<sup>62</sup> Harry Graf Kessler: Das Tagebuch. Bd. 8. Stuttgart 2009, S. 375.

<sup>63</sup> Ebd., S. 683.

<sup>64</sup> Conze: Auswärtiges Amt, S. 64.

schaftspolitiker in das Amt des Außenministers, der bei allem Bemühen<sup>65</sup> unter dem Druck der globalen ökonomischen Krise und der nationalistischen Rechten in Deutschland damit scheiterte, die Verständigungspolitik fortzusetzen. Das Harmonische in der Zusammenarbeit von Minister und Staatssekretär war dahin. Schubert beschwerte sich darüber, dass Curtius keine Zeit für ihn habe und seine Aufzeichnungen nicht lese.<sup>66</sup> Im Sommer 1930 kam es zu einem nicht ganz routinemäßigen Ämterrücktritt im Auswärtigen Amt.<sup>67</sup> Carl von Schubert wurde am 18. Juni zum Botschafter in Rom ernannt, im Amt des Staatssekretärs folgte ihm Bernhard Wilhelm von Bülow<sup>68</sup>, der – darin eins mit Brüning, Hindenburg und den rechten Kräften in der Reichsregierung – für eine konfrontativere Revisionspolitik eintrat. In Rom war Schubert kaltgestellt: „Mit ihm verloren all jene Diplomaten [...], die den Kurs einer deutschen Verständigungspolitik vertraten, ihre amtsinterne Führungsfigur, [...]. Die Folge waren ein rasch erkennbarer Einflussverlust und in vielen Fällen eine Marginalisierung im Amt.“<sup>69</sup>

Schubert hatte lange gehofft, als Botschafter nach London wechseln zu können (Dok. 270 zeigt, dass er diese Hoffnung auch später noch nicht aufgegeben hatte), scheiterte dabei jedoch an dem Widerstand Hindenburgs, der diese Ernennung hätte unterzeichnen müssen.<sup>70</sup> „Schubert“, so will Harry Graf Kessler vom deutschen Botschafter in London Sthamer erfahren haben, „habe wie ein wildes Tier getobt.“ Er müsse, so Sthamer weiter, „in Berlin einflussreiche politische und private Feinde haben.“<sup>71</sup> Das wiederum war nicht zuletzt die Folge der veränderten innenpolitischen Rahmenbedingungen, unter denen Schubert zum diplomatischen Fossil wurde. Er vertrat bestimmte außenpolitische Handlungs- und Denkweisen, die um 1930 nicht mehr gefragt waren (cf. Dok. 228 – 231).

Schubert erkannte das wohl auch selbst (Dok. 238). Insofern war seine Ablösung durchaus konsequent im Rahmen dessen, was im Auswärtigen Dienst üblich war – dies auch, wenn er Rom nicht als ehrenvollen Abgang, sondern als Abschiebung empfinden musste. Die Weltpolitik spielte anderswo, nicht am Tiber. Zudem war Italien ein „überaus schwieriger Boden“<sup>72</sup> für Schubert. Er kannte das Land nur als Tourist und war als Stütze Stresemann der faschistischen Regierung nicht wirklich angenehm. Umso problematischer war es, dass Schubert keineswegs daran dachte, sich aus der großen Politik zu verabschieden. Vielmehr brachte er 200

<sup>65</sup> Andreas Rödder: *Stresemanns Erbe. Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929–1931*. Paderborn 1995.

<sup>66</sup> ADAP, Serie B, Bd. XIV, Dok. 93, S. 209 u. Dok. 94, S. 210f.

<sup>67</sup> Rödder: *Curtius*, S. 80–83.

<sup>68</sup> Zu Bülow demnächst die Marburger Dissertation von Annette Schmidt-Klügmann. Von derselben Autorin: Bernhard Wilhelm von Bülow, Hans Heinrich Dieckhoff, Friedrich Gaus. Die Leitung des Auswärtigen Amtes zwischen Kontinuität und Anpassung, in: Johannes Hürter, Michael Mayer (Hrsg.): *Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur*. Berlin u.a. 2014, S.111–129.

<sup>69</sup> Conze: *Auswärtiges Amt*, S. 66.

<sup>70</sup> Cf. Harry Graf Kessler: *Das Tagebuch*. Bd. 9. Stuttgart 2010, S. 278 (Eintrag zum 6.11.1929) u. S. 332 (29.4.1930); cf. auch Dok. 236 u. 247.

<sup>71</sup> Ebd., S. 349.

<sup>72</sup> PA AA Personalakte 13919, pag. 230: Artikel des italienischen Korrespondenten der „Deutschen Tageszeitung“ v. 18.10.1930; cf. auch Dok. 234.

Handakten mit aus Berlin,<sup>73</sup> um in den wesentlichen Politikbereichen auf seine Unterlagen zurückgreifen zu können. Von Rom aus und während Aufenthalen in Deutschland mischte sich Schubert in nahezu jede außenpolitische Sachfrage ein, kritisierte die deutsche Diplomatie (Dok. 239 u. 269), ätzte gegen seinen Londoner Kollegen Neurath (Dok. 248) oder bemängelte die Personalpolitik (Dok. 268). Insofern kam die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand am 23. September 1932 wohl nur für Carl von Schubert selbst überraschend – er war zu diesem Zeitpunkt noch keine 50 Jahre alt.

Das Ende traf ihn hart. Peter Krüger zitiert ihn mit den Worten: „mir hat man meinen Beruf genommen“.<sup>74</sup> Ulrich von Hassell, Schuberts Nachfolger in Rom, fand, dieser habe sich „unglaublich unmännlich und wimmernd benommen“.<sup>75</sup> Schubert selbst schrieb an Staatssekretär Bülow, er lasse in Rom sein „halbes Leben zurück“. Er meinte sein ganzes Leben als Diplomat des deutschen Auswärtigen Dienstes, dem er mehr als 25 Jahre angehört hatte.<sup>76</sup> Das änderte nichts an der Zurücksetzung des einst (zweit)mächtigsten Mannes im Auswärtigen Amt. Nach der ‚Machtergreifung‘ Hitlers Ende Januar 1933 wurde Schubert endgültig aus dem Dienst getrieben (Dok. 285). Der § 6 des Gesetzes über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, mit dem man die Versetzung in den dauernden Ruhestand begründete, sah die Entlassung zur „Vereinfachung der Verwaltung“ vor – so einfach war das.

Gleich im Herbst 1932 hatte sich Schubert bemüht, wieder in den Dienst zu kommen. Häufig war der einstweilige Ruhestand nur der Übergang zu einem neuen Posten. Zu Anpassungen an den Zeitgeist war er aber nicht bereit. In einer privaten Aufzeichnung aus dem Mai 1933 versicherte er sich selbst der Eckpunkte seiner außenpolitischen Grundauffassungen. Er rückte nicht davon ab, die internationale Politik von der Gesamtheit des Staatensystems her zu denken, dessen Verflechtung zu berücksichtigen. Heute würde man das wohl ein Denken in vernetzten Systemen nennen. Schubert wollte auch nicht vom Ziel internationaler Verständigung ablassen. Im Gegenteil war er fest davon überzeugt, dass die deutsche, europäische und die Weltkrise nur durch erheblich intensiviertere internationale Zusammenarbeit zu lösen sei, nicht durch Abschottung, die neue Probleme und Spannungen schaffe; die europäischen Großmächte müssten ganz eng zusammenwirken, um ihre Leit- und Lenkungsfunktion für Europa und gegen jede zwei- oder mehrseitige Gruppenbildung auszufüllen; gemeinsam und genau abgestimmt müssten sie das schwierige Verhältnis zur Sowjetunion unbedingt regeln, im ausgleichenden Sinne, und ebenso abgestimmt die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ausgestalten; vor allem aber wäre eine „wirkliche Verständigung auf allen Gebieten mit Frankreich das einzig Logische und Richtige“ (Dok. 284).

Aus dem an herausragenden Persönlichkeiten nicht eben reichen Ensemble deutscher Außenpolitiker ragt Schubert markant hervor. Nimmt man alles zusam-

<sup>73</sup> Ebd., pag. 218: Verzeichnis der nach Rom mitgeführten Handakten des Staatssekretärs von Schubert.

<sup>74</sup> Vortrag, gehalten am 18.9.1987 anlässlich einer Gedenkfeier für die Staatssekretär Ago Freiherr von Maltzan und Dr. Carl von Schubert, gedruckt Bonn 1987, S. 38.

<sup>75</sup> Ulrich von Hassell: Römische Tagebücher und Briefe 1932-1938. München 2004, S. 28.

<sup>76</sup> PA AA Personalakte 13919, pag. 212-215: Schubert an Bülow 19.9.1932, Zitat pag. 213.

men, seine Herkunft, Ausbildung, Heirat, Verbindungen etc., so könnte man ihn fraglos für ein Musterbeispiel wilhelminischer Funktionselite halten. Doch wie kaum ein anderer seiner Altersgruppe hat er sich unabhängig gemacht von den Interessen jener adligen, industriellen und militärischen Umgebungen – um nicht Klasse zu sagen –, aus denen er stammte und in denen er sich bewegte. Wie nur bei wenigen seiner Kollegen im Auswärtigen Dienst war dies Folge einer generellen Aufgeschlossenheit für die Moderne, für diplomatische Professionalität, für neue Formen nationaler Politik wie internationaler Beziehungen. Schubert verband dabei größten Weitblick mit dem Verständnis für die Kernfragen der auswärtigen Angelegenheiten. Sicher, seine minutiöse, alle Umstände bedenkende Arbeitsweise war oft penibel bis an die Grenze der Übertreibung. Er durchdachte alle absehbaren Wendungen und Einflüsse, sicherte jeden einzelnen seiner Schritte ab, damit sie nur wenige Angriffsflächen boten.

Aber Schubert war ohne Zweifel ein ungewöhnliches außenpolitisches Talent mit der seltenen Fähigkeit zur intensiven, fortlaufenden, nicht erlahmenden Analyse jeder internationalen Situation und ihrer Hintergründe und der zu berücksichtigenden Interessen und Schwierigkeiten der einzelnen Akteure. Er dachte systemisch, prozedural, juristisch und normativ. Er erkannte, dass sich die europäischen Staaten bereits so sehr vernetzt hatten, dass eine Außenpolitik außerhalb dieses Handlungsrahmens nicht mehr adäquat war. Schubert betrachtete es als vernünftige Pflicht, Politik in europäischem Rahmen zu gestalten. Lord D’Abernon brachte es auf den Punkt: „[...] in Berlin sind die maßgebenden Kreise, die es am besten beurteilen können, der Ansicht, daß, wenn die europäische Befriedung so beträchtliche Fortschritte gemacht hat, es in großem Maße der Weisheit und der Mäßigung des deutschen Staatssekretärs zu verdanken ist.“ 1930 war dies nicht wirklich eine richtige Einschätzung, in Berlin dachten viele völlig anders, aus heutiger Sicht ist es gleichwohl die zutreffendste Analyse.<sup>77</sup>

Schubert musste 1932 gehen, bevor die Nationalsozialisten ihren Einfluss auf das Auswärtige Amt legten. Das ersparte ihm die Nagelprobe, wie er – ein exponierter Vertreter der Weimarer Republik – sich mit den neuen Machthabern arrangiert hätte. Manche seiner Mitarbeiter aus der Weimarer Zeit bestanden die Probe nicht!<sup>78</sup> Carl von Schubert selbst hat sich während des Dritten Reichs nicht öffentlich politisch geäußert, und der Rest seines Leben ist auch diplomatiegeschichtlich nicht mehr weiter wichtig. Er zog sich auf sein vom Vater geerbtes Weingut Grünhaus an der Ruwer zurück. Die Schlosskellerei C. von Schubert ist heute eine bekannte Marke und noch immer im Familienbesitz. In Berlin behielt Schubert Wohnung und Sekretariat zuerst in der Tiergartenstraße 34a, dann am Kurfürstendamm 188/189, um seine Kontakte aufrecht zu erhalten und vielleicht auch, um den Weinhandel zu betreiben.<sup>79</sup> Er starb am 1. Juni 1947 – „nach langem Leiden“,<sup>80</sup> wie es in einer Todesanzeige hieß – in Trier, das zu der Zeit von französischen Solda-

---

<sup>77</sup> D’Abernon: Memoiren Bd. 3, S. 40.

<sup>78</sup> Eckart Conze u.a. (Hrsg): Das Amt und die Vergangenheit. München 2010.

<sup>79</sup> PA AA Personalakte 13921, pag. 167,174, 176, 178, 181, 182 u. 187 sowie Berliner Telefonbuch von 1941, S. 1201.

<sup>80</sup> PA AA Personalakte 13921, pag. 192: Todesanzeige im Tagesspiegel v. 29.6.1947.

ten besetzt war. „Es mußte ihm scheinen, als ob sich die Geschichte wiederholte und sein Lebenswerk zerstört wurde.“<sup>81</sup>

---

<sup>81</sup> Vera Torunsky: [Artikel zu Schuberts 100. Geburtstag], in: Trierischer Volksfreund v. 18./19.12.1982, Beilage.





# Zur Edition

Von Peter Krüger

## 1. Über Sinn und Zweck dieser Edition

Es mag unschön klingen, Historiker quellengierig zu nennen, aber es trifft in der Regel den Sachverhalt, und es ehrt sie. Denn ohne Quellen vermögen sie gar nichts. Dafür müssen Quellen aber auch etwas bieten, neues Material, neue Informationen und neue Aufschlüsse über Entwicklungen und Fragen, die Historiker für wichtig halten. Am besten ist es, wenn in einem bestimmten Sachspektrum möglichst viele Einzelaspekte durch eine Quellenedition, also eine Quellenpublikation gemäß historisch-kritischem Standard, zur Sprache kommen oder wenn eine solche Edition gar zu Fragen etwas beisteuert, die über dieses Sachspektrum hinausgehen. Dazu scheint die hiermit vorgelegte Edition in der Lage zu sein.

Dass ein solcher hochgesteckter Anspruch eingelöst wird, bedarf schon prinzipiell eines eingehenderen Nachweises, um so mehr jedoch, weil es auf dem hier im Vordergrund stehenden Gebiet, dem spezifischen Sachspektrum dieser Edition, das man generell der Geschichte der deutschen Außenpolitik 1919-1932 zurechnen kann, schon eine gründliche und sehr umfangreiche Edition gibt, die „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918 bis 1945“ (ADAP)<sup>1</sup>, mit 37 Bänden allein für 1918-1933. Und man kann keineswegs behaupten, dass Carl von Schubert (geb. am 15.10.1882, gest. am 1.6.1947) darin etwa keine herausragende Rolle spielte. Kaum jemand wird so häufig im Register genannt, ganz abgesehen davon, dass weitere wichtige Editionen zusätzliche wertvolle Quellen liefern, in erster Linie auf der Basis der Kabinettsprotokolle die „Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“ (AR)<sup>2</sup>, aber auch die Editionen über die Außenpolitik anderer Staaten. Weder für die Geschichte der deutschen Außenpolitik in jenem Zeitraum noch für die Rolle, die Schubert darin spielte, scheint daher ein Quellen-Notstand zu existieren. Tut er auch nicht; doch das ist für die Geschichtswissenschaft niemals eine bedeutsame Frage gewesen. Vielmehr, was zählt, ist nur, ob über bisher Bekanntes – oder Er-

---

<sup>1</sup> Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serien A-E. Baden-Baden/Göttingen 1950-1995 (mit einem Ergänzungsband: Personenverzeichnis für Serie D, Bde. I-VII, und einem weiteren zu den Serien A-E: Gesamtpersonenverzeichnis, ausgewählte Kurzbiographien zur Dienstlaufbahn, Photos, Stellenbesetzungen, Organisations- und Personalstruktur des AA).

<sup>2</sup> Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Kabinette Scheidemann bis von Schleicher, 23 Bde. Boppard 1968-90.

kennbares, wenn man sich auf der Grundlage der bekannten Quellen um neue Auswertungen, Interpretationen, Fragen bemüht – hinaus neue Forschungs- und Erkenntnismöglichkeiten eröffnet werden können. Gerade dies jedoch, eine solche Erweiterung unserer Kenntnis auf einer ganzen Reihe von einschlägigen Forschungsgebieten scheint unsere Edition zu gewährleisten, und zwar vor allem deswegen, weil sie, der Fülle von wichtigen Einzelvorgängen entsprechend, sehr umfangreich angelegt ist.

Schon dass es sich um weiteres aufschlussreiches, bisher unbekanntes oder kaum genutztes Quellenmaterial eines leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes (AA) handelt, das der Vertiefung und Differenzierung unserer Analyse und Beurteilung der Außenpolitik der Weimarer Republik dienlich ist, verleiht der Edition ihren Wert. Dieser Aspekt gewinnt noch erheblich an Gewicht, weil die Quellen zeigen, dass es sich bei ihrem Autor nicht einfach um einen vielleicht guten, aber weniger aktiven oder bedeutenden Beobachter in gehobener Stellung handelt, sondern um einen Außenpolitiker und Diplomaten, der, wo immer er stand und eingesetzt wurde, eigene Vorstellungen entwickelte, gestaltend einzugreifen die Ergebnisse seiner Überlegungen und Erfahrungen in Anpassung an die Gegebenheiten immer wieder zu nutzen und eine bestimmte Politik mit großer Energie zu verwirklichen trachtete. Und er machte sogar eine große Karriere, statt vorzeitig von Gegnern, die er sich allenthalben schuf, daran gehindert zu werden. Er stand viele Jahre im Entscheidungszentrum der deutschen Außenpolitik.

Schubert war einer der jüngsten Staatssekretäre des AA (einen biographischen Überblick bietet seine tabellarische Karriere-Übersicht im Anhang). Er übernahm diesen Posten im Dezember 1924 im Alter von 42 Jahren, wobei selbst Kenner der Materie leicht übersehen, dass er schon seit August 1923, dem Beginn der Ära Stresemann, der Stellvertreter des Staatssekretärs war und diese Position intensiv und auf allen Gebieten dauerhaft wahrnahm. Manche sahen in ihm die eigentlich konzipierende und planende Kraft in wesentlichen Fragen der deutschen Außenpolitik (Dok. 234 und DBFP, Serie 1, Bd. XXVII, Nr. 263<sup>3</sup>). Es lohnt also, über diesen beamteten Außenpolitiker aus Leidenschaft, über seinen Einfluss und seine Erfahrungen mehr zu wissen, und zwar zunächst einmal durch weitere, intensivere Forschung fördernde Quellen. Glücklicherweise war Schubert ein sehr genauer Chronist seiner Tätigkeit.

Unter diesen Voraussetzungen persönlichen Engagements und prägender, aus seinen Papieren nicht nur genauer, sondern in einigen Fällen überhaupt zum ersten Mal zu erfassender Gestaltungskraft Schuberts in der auswärtigen Politik vermag eine Edition drei Wege zu zeigen, auf denen sie dem Untersuchungsfeld der deutschen Außenpolitik und ihrer Rahmenbedingungen in wesentlichen Fragen neue Grundlagen und Impulse vermitteln kann. Erstens in den Aktionen und Schwerpunktsetzungen, in denen Schubert unterschiedlich großen, jedenfalls aber gewichtigen Einfluss ausgeübt hat, vornehmlich also in den langen Jahren, als er leitende Positionen in der Zentrale, im AA einnahm; zweitens in der möglichst aus-

---

<sup>3</sup> Kurze Hinweise auf Dokumente, die in dieser Edition abgedruckt sind, und auf Dokumente in leicht erreichbaren Editionen, wie hier die Documents on British Foreign Policy, werden unmittelbar als Belege in den Text eingeführt.

fürlichen Präsentation dessen, was Schubert bei wichtigen Entscheidungsprozessen aus unmittelbarer Beteiligung, aber ohne maßgebenden Einfluss beobachtete und trotzdem zu beeinflussen suchte, also vornehmlich als Botschafter in Rom 1930-32, der nicht mehr für die Grundlinien der deutschen Außenpolitik mitverantwortlich war, aber oft nicht stillschweigend mitansehen konnte, was in Berlin geschah; und drittens in vielen Angelegenheiten, die mehr oder weniger als Fragestellungen der Forschung eine Rolle spielen, für die daher Schuberts Papiere nur das Material bieten: über zu klärende Strukturen und ihren Wandel, über Kommunikations-Möglichkeiten, Verhaltensweisen und Mentalitäten, über Einwirkungen und Relativierungen der Außenpolitik aus wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen oder ideologischen Gegebenheiten und über den Zeitgeist und die Möglichkeiten seiner methodisch präzisen Analyse<sup>4</sup> an Hand neuer Quellen.

Bevor diese drei Bereiche, die der Edition ihre Bedeutung, Rechtfertigung und ihr Gepräge geben, näher betrachtet werden, lässt sich aus diesem groben Überblick schon sagen, dass die Edition ganz allgemein ihren Wert als wesentliche Ergänzung und Vertiefung der ADAP hat. Die Verflechtung zwischen beiden ist denkbar eng, und dabei erwies sich im Verlauf der Auswahl der Dokumente und der editorischen Arbeit, dass häufig die interne Meinungsbildung und die Entstehung und die Art und Weise der Durchführung außenpolitischer Maßnahmen stärkere Berücksichtigung finden konnte als in den ADAP. Diese Unterstützungsfunktion kann nur erfüllt werden, wenn es sich wirklich aussagekräftige neue Quellen handelt, eine Bewährungsprobe jeder zusätzlichen Edition. Aber weiter: mit zunehmender Verfeinerung des Instrumentariums zur Untersuchung der Geschichte auswärtiger Politik und internationaler Beziehungen gewinnen – auch bei multilateralem Ansatz – die Umstände, die Art des Zustandekommens außenpolitischer Entscheidungen oder diplomatischer Schritte, das Zögern oder Vorgesprechen, die Mentalität, vor allem die Bedeutung oder das Überschreiten herkömmlichen oder üblichen Verhaltens, die Wirksamkeit bestimmter Traditionen und Denkschulen und die Ausbildung neuer Charakteristika oder eines neuen Stils von Außenpolitik und Diplomatie besondere Bedeutung für die Forschung. Zwar kann eine Edition wie die der Schubert-Papiere dies alles nicht umfassend bieten – und das verlangt auch keiner –, aber doch Schlaglichter und nicht aus dem Zusammenhang gerissene, sondern in größeren Sequenzen überprüfbare Beispiele. Und sie kann auf diese Weise dazu beitragen, auch die Dokumente in den ADAP neu zu lesen, vielleicht sogar dazu, durch das Medium einer ungewöhnlichen Persönlichkeit mehr über die Bedingungen, den Wandel und die Bedeutung von Außenpolitik zu erfahren. – Doch zurück zur genaueren Betrachtung der erwähnten drei Bereiche, in denen unsere Edition ihre Aussagekraft und Berechtigung gewinnt.

1. Felder der Einflussnahme Schuberts auf die Außenpolitik: Der Zeitraum, in dem Schubert über wachsenden Einfluß im AA verfügte, umfasste ein ganzes Jahrzehnt, von 1920 bis 1930. Er entwickelte in jeder Position sofort Pläne zur Verbesserung der Organisation und sachlichen Ausrichtung seines Arbeitsbereichs. Das war die Grundlage für häufig recht nachdrücklich verfolgte Bestrebungen, aus der

<sup>4</sup> Dazu Peter Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*. Darmstadt 1985.

Perspektive des jeweiligen Arbeitsbereichs heraus außenpolitische Konzepte und konkrete Vorschläge durchzusetzen, die seiner Beurteilung der Gesamtsituation und den Erfordernissen einer zielbewussten deutschen Außenpolitik unter wechselnden Umständen entsprachen. Weil er eine zwar schwierige, aber unabhängige und durchsetzungsfähige, dabei keineswegs kompromisslose Persönlichkeit war und weil seine Vorschläge meistens zweckdienlich und einleuchtend, jedenfalls schwer zu widerlegen waren, hatten seine Schlussfolgerungen und Äußerungen Gewicht. Er scheute sich nicht, sie mit Nachdruck vorzutragen, schon am Anfang seiner Karriere als leitender Beamter und auch dann, wenn sie nicht erwünscht waren (Dok.16 Anm. 4, Dok. 27, 29, 44, 51). Darin liegt der Ausgangspunkt und die Berechtigung dafür, sich mit seinen Überlegungen und Entscheidungen eingehend zu beschäftigen und die Quellen darüber zugänglich zu machen.

Angesichts der Bedeutung, die der Untersuchung der jeweils angewandten außenpolitischen Methoden für weiterführende Ansätze in der Geschichte der internationalen Beziehungen und Politik zukommt, erfuhr dieser Gesichtspunkt bei der Durchsicht der Dokumente besondere Beachtung. Im Ergebnis erwies sich ein solcher Leitgedanke als unerwartet ergiebig; fast in jedem Dokument klingt mehr oder weniger ausgesprochen Schuberts Reflexion angemessener Verhaltensprinzipien an, wie Zuverlässigkeit der deutschen Politik und Diplomatie (immer wieder in klarer Distanzierung vom Vorgehen vor 1914), klare Bekundung und Verfechtung deutscher Interessen, internationale Verantwortung, Verständigungsbereitschaft und Adäquatheit des eigenen Vorgehens etc. im Rahmen einer für ihn unentbehrlichen internationalen Kooperation in allen wichtigeren politischen Fragen und in der Wirtschaft – die Methoden, die Vorgehensweise demgemäß als ein grundlegendes Element der Außenpolitik unter den Bedingungen zunehmender internationaler Verflechtung. Für die konkrete Außenpolitik ergab sich in Verbindung mit derartigen Überlegungen für Schubert immer eine weitere methodische Forderung, wenn auch in einem leicht abgewandelten Sinn des Methodischen: das methodische Vorgehen, die genaue Planung des Vorgehens, der Zielsetzung im Einzelnen und der Berücksichtigung der Konsequenzen und Wirkungen, die klare vorausbedachte Linie, die einzuhalten sei, als zentrales Erfordernis außerpolitischer Maßnahmen für Schubert – und insofern auch eine Leitlinie für die Suche nach entsprechenden Texten für die Edition (sie sind reichlich zu finden, z. B. Dok. 19, 51).

Mit diesen konzeptionellen Voraussetzungen einer stetigen und erfolgreichen Außenpolitik, wie Schubert sie sich dachte und die bei den Auswahlprinzipien zu berücksichtigen sind, weil sie zur Basis der Edition im Sinne einer Erfassung wesentlicher Textbestände und Fragestellungen gehören, ist gerade für Schubert die Klärung der praktischen Bedingungen und die Verbesserung des Instrumentariums der Außenpolitik verbunden. Das ging allem vor. Hier kam der Praktiker zum Zuge, der den ganzen Apparat kannte und wusste, wie man mit ihm umzugehen hatte. Eine effiziente und übersichtliche, reaktions- und handlungsfähige, also auch flexible Organisation des auswärtigen Dienstes und eine klare Aufgabenverteilung vom Minister bis zum Büroleiter war vorrangig (zahlreiche Dok., z. B. Dok.21), ebenso – das ergab sich daraus – die Tatsache, dass Schubert eine der treibenden Kräfte für die Anpassung der Schülerschen Reform des auswärtigen Dienstes von 1919/20 in der Sach- und Leitungsstruktur des AA an die praktischen Erfordernisse war (Dok. 33, 37). Die höheren Beamten sollten für politische Aufgaben frei und

von Bürokratie entlastet werden. Es ging aber auch um eine leistungsfähige Personalstruktur und Besetzung in der Zentrale wie in den Auslandsmissionen – die Schubert übertragene Wiedereinrichtung der Botschaft London 1920 bietet Beispiele – und um die Sicherung der dafür erforderlichen Haushaltsmittel, etwa beim vor allem wirtschaftlich wichtigen Ausbau des Konsulatsnetzes nach dem Ersten Weltkrieg und den Beschränkungen, die bis zur Überwindung des Ruhrkampfes und der Währungs- und Handelskrise der Nachkriegsjahre vorherrschten (Dok. 20, 107). Dies ist ein generell wichtiges Thema, bei dem es um die Kompetenz des AA für alle auswärtigen Beziehungen in einer sich fortlaufend differenzierenden, von transnationalen Entwicklungen gekennzeichneten internationalen Verflechtungen geht. Darüber hinaus stellt die Verschiebung und beträchtliche Erweiterung der Aufgaben des AA einen Strukturwandel dar, dem noch längst nicht hinreichend durch einen dem entsprechenden Ausbau der Organisationsgeschichte und entwicklungsgeschichtlichen Strukturanalyse der für die Außenpolitik zuständigen Regierungszweige und ihrer Rahmenbedingungen Rechnung getragen wird – auch nicht in den Quelleneditionen. Hierfür die Voraussetzungen zu verbessern, liefern die Schubert-Papiere ausgezeichnetes Material. Außerdem kommen die internen Verhältnisse, Karrierefragen und Umgangsformen, die engeren persönlichen Verbindungen und sachlichen Abstimmungen sowohl innerhalb des auswärtigen Dienstes als auch im Verkehr mit anderen Ressorts, im Kabinett etc. schärfer in den Blick, ebenso der diplomatische Stil der Deutschen.

Eng damit zusammen hängt das ständige Bemühen Schuberts, für ausreichende und laufende Übermittlung exakter Informationen als Basis diplomatischer Schritte zwischen Zentrale und Auslandsvertretungen über die wichtigsten schwebenden Fragen zu sorgen (Dok. 7, 275). Das gehört in den weiteren, ständig wichtiger werdenden Umkreis des Verhältnisses zwischen Information und Öffentlichkeit. Deshalb sind instruktive Beispiele über Pressekonferenzen und ihre Vorbereitung (Dok. 147) aufgenommen und wichtige Kontakte zu führenden Parlamentariern dokumentiert worden. Schubert hat solche Kontakte bewusst gepflegt, auch im Hinblick darauf, dass er größere Vertrautheit der Reichstagsabgeordneten mit internationalen Verhandlungen, insbesondere den neuen Foren multilateraler internationaler Politik, die der Völkerbund bot, fördern wollte (Dok. 152).

Nun zu den Schwerpunkten außenpolitischer Einflussnahme und Gestaltung Schuberts. Während einige der letzten Dokumente eine Art Abgesang seiner Überzeugungen von der angemessenen Außenpolitik zu Beginn seines Ruhestands bilden, ist als Vorgeschichte und Entwicklung seiner Vorstellungen zunächst die Zeit von 1920-23 wichtig, eine Phase, in der seine Auffassung als Abteilungsleiter Gewicht, aber noch keine für die Gesamtpolitik maßgebende Bedeutung gewann. Wichtig ist hierbei durchweg die Dokumentierung des Verhältnisses zum Versailler Vertrag, der Vorstellungen davon, wie dringlich seine Revision sei, und der Entwicklung der Haltung Schuberts dazu – auch im Hinblick auf die Einstellung dazu in der Ära der Verständigungspolitik unter Stresemann. Immerhin gewähren die Dokumente neuen Einblick in die Entscheidungsprozesse während der turbulenten, unsicheren und noch ungefestigten Außenpolitik des Reiches in den Anfangsjahren der Republik. Von der Wiederanknüpfung der Beziehungen zu Großbritannien, für die er zuständig war, und seinem konsequenten Bemühen, die Politik in Abstimmung mit dem britischen Premierminister Lloyd George zu führen (Dok.

26,40), einmal abgesehen, hatten Schuberts nachdrückliche Vorstöße in die allgemeine Politik bei Staatssekretären und Ministern keinen durchschlagenden Erfolg, so etwa sein Vorschlag einer abweichenden Taktik und Vorgehensweise für die erste große Konferenz mit den Alliierten in Spa (5.-16.7.1920) und seine Betonung der Notwendigkeit kontinuierlichen Verhandels mit ihnen zum Zwecke der allmählichen gleichberechtigten Aussprache über alle wesentlichen Fragen, sein Drängen auf eine schlüssige, im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit auch leistungsbereite Reparationspolitik (mit der Konsequenz, dann auch notfalls einmal alliierte Forderungen abzulehnen), seine Kritik an Vorbereitung und Durchführung der Londoner Konferenz (12.2.-14.3.1921) sowie an der Vermittlungsaktion in der Reparationsfrage unmittelbar vor dem Ultimatum der Alliierten, die unter Einschaltung des Papstes auf ein Eingreifen der USA zielte (Dok. 27-29). Schubert befürwortete die Annahme dieses Ultimatums (vom 5.5.1921) und die Erfüllungspolitik, trat energisch für den Friedensschluß mit den USA (25.8.1921) ein, auch unter Opfern, begrüßte die Bemühungen Rathenaus 1921/22, warnte ihn aber im März 1922 eindringlich vor einer offensiven Reparationspolitik wegen der Rückwirkungen auf die deutsch-französischen und deutsch-britischen Beziehungen und wegen der Gefährdung der Genua-Konferenz (10.4.-19.5.1922), in der er den ersten Ansatz für eine gleichberechtigte Verhandlung und Verständigung mit den Alliierten und für eine gemeinsame Anstrengung zur Gesundung der vom Zusammenbruch bedrohten europäischen Wirtschaft sah. Aus diesem Grund war er auch ein dezidierter Gegner einer separaten Einigung mit Sowjetrußland und der Rapallo-Politik (Dok. 38-40, 43-47). Die Gefahren, die von den ungelösten Problemen der europäischen Wirtschaft ausgingen, verfolgten ihn bis ans Ende seiner Laufbahn. Er forderte, die wirtschaftliche Sanierung Europas in Verbindung mit einer erträglichen Reparationslösung und einem Angebot deutscher Leistungen und Verpflichtungen in ein substanzhaltiges, klar umrissenes Gesamtprogramm deutscher Außenpolitik einzubringen; andernfalls hielt er das Herantreten an die USA mit allgemeinen Aussagen und Hilfersuchen im Herbst 1922 für verfehlt (Dok. 51-53).

Schubert hat im konkreten Fall nicht immer das Richtige getroffen. Aber seine intensive, stetige Auseinandersetzung mit der Politik des AA, sein Hineinwachsen in immer umfassendere Fragestellungen und Konzeptionen haben wichtiges Quellenmaterial für eine differenzierte und präzisere Erfassung der deutschen Außenpolitik 1920-23 hervorgebracht. Der Übergang zu deren Mitgestaltung und zu maßgebenden Gesamtkonzeptionen Schuberts wurde während der Ruhrkrise 1923 eingeleitet – im Grunde mit einer internen Niederlage. Denn er hatte, unterstützt von seinem bald engsten Mitarbeiter, dem Leiter der Rechtsabteilung des AA, Friedrich Gaus, unter dem Eindruck der Ruhrkrise Ende April 1923 den Zusammenhang von Reparationslösung und Sicherheitsregelung, vor allem für Frankreich, zum Ausgangspunkt einer umfassenden Konzeption im Sinne eines für ihn nur politisch möglichen und ganz im deutschen Interesse liegenden Ausgleichs mit den Westmächten gemacht, der die Räumung der gefährdeten besetzten Gebiete an Rhein und Ruhr ermöglichen sollte (Dok. 59f.). Damit drang er nicht durch. Jedoch unter der Leitung Stresemanns, der am 13.8.1923 Reichskanzler und Außenminister wurde, wurde aus jener Konzeption die Konzeption entwickelt, die dann einerseits 1924 zum Dawes-Plan, der vorläufigen Reparationsregelung, andererseits 1925

nach Locarno, zu umfangreichen, zum Teil neuartigen Sicherheits- und Kooperationsvereinbarungen und insgesamt zur Ära der Verständigungspolitik führte.

Schubert wurde im August 1923 stellvertretender Staatssekretär und im Dezember 1924 Staatssekretär – bis Juni 1930. Maßgebenden Anteil hatte er an der konzeptionellen Ausgestaltung, Verankerung und konsequenten Durchführung von Stresemanns Programm der Verständigungspolitik und friedlichen Revision bestimmter Partien des Versailler Vertrags. Kern dieser Politik war für Schubert die enge Verbindung mit den europäischen Mächten, vor allem mit Frankreich und Großbritannien, weit über die Revisionspolitik hinaus. Darin erblickte er wie Stresemann die unentbehrliche Voraussetzung einer den deutschen Interessen bei zunehmender internationaler Verflechtung angemessenen Außenpolitik und eines europäischen wirtschaftlichen Verbunds. Deswegen liegen in dieser Phase auch die wichtigsten Schwerpunkte für neue Quellen und Aufschlüsse über Kernprobleme der deutschen Außenpolitik: Über Vorgeschichte und Durchführung der Locarno-Politik und die allgemeine, Vorgehensweise, die Leitlinien und den Stil; über die Reparationen und die Räumung der besetzten Gebiete; über die Begegnung zwischen Stresemann und Briand in Thoiry (17.9.1926) und die grundlegende Bedeutung des Verhältnisses zum amerikanischen Reparations-Agenten Gilbert; über die deutsche Politik nicht nur nach Westen, sondern im gesamten neuralgischen Raum von Nordost- bis Südosteuropa und insbesondere die Beziehungen zur Sowjetunion und zu Polen, der Tschechoslowakei und Österreich; über die Weiterentwicklung der Völkerbunds- und der internationalen Sicherheitspolitik, den Kellogg-Pakt und die Zukunft der europäischen Wirtschaft. Geradezu entscheidend war Schuberts Einfluss bei der Konzipierung, dem praktischen Ansatz und der Ingangsetzung einer endgültigen Reparationsregelung im Young-Plan und der vorzeitigen Räumung der besetzten Gebiete 1928/29.

Hinweise auf einzelne Dokumente sind hier kaum möglich; immer wieder durchdachte Schubert den Stand der Dinge und bewies seine Begabung fürs Konzeptionelle und für eine präzise, umsichtige Durchführung, die Abwägung der Konsequenzen und eine folgerichtige, berechenbare und loyale Politik gegenüber den europäischen Partnern und für internationale Verantwortung (nur auf ein charakteristisches, äußerlich eher unscheinbares Dokument sei hingewiesen: Dok. 161). Durchgehend beachtenswert ist im übrigen Schuberts Erläuterung deutscher Außenpolitik, im engsten Zirkel wie in der Öffentlichkeit.

2. Schubert als Beobachter wichtiger Vorgänge: Das ist natürlich ein durchgehend zu erwartendes Phänomen der außenpolitischen Arbeit, sich zu informieren, genauere persönliche Eindrücke zu gewinnen und zu verarbeiten, und zu kommentieren, was man erfährt. Aber es gab zwei Phasen in der Karriere Schuberts, in denen schon aus äußeren Gründen die Beobachtung und Kommentierung einzelner Vorgänge stärker und für den Historiker aufschlussreicher in den Vordergrund trat, nämlich als Schubert noch nicht oder nicht mehr im Zentrum der Entscheidungen stand, also die Phase von 1920 bis 1923, mehr noch und wichtiger die Phase von 1930 bis 1932, als er als Botschafter nach Rom abgeschoben worden war. Für den früheren Zeitraum, die Aufstiegsphase, wäre vorwiegend sein offener, auch ganz persönliche Dinge berührender Briefwechsel mit dem zweiten Mann an der Botschaft in London – „seiner“ Botschaft – Dufour-Feronce zu erwähnen. Hier kann



man einiges nicht nur über wichtigere außenpolitische Erwägungen und Entscheidungen, über Schuberts Einstellung dazu und seine Hoffnungen und Befürchtungen erfahren, sondern auch über die politische Situation und die inneren Verhältnisse, den Einfluss der Innenpolitik auf die Außenpolitik, die Besetzung des Ministerpostens im AA und die Auswirkungen der Koalitionsbildung.

Wichtiger noch für nach wie vor offene Fragen in Bezug auf bedeutsame Entscheidungen während der Weltwirtschaftskrise sind Schuberts Beobachtungen über das, was innerhalb des AA und der Reichsregierung vorging, wenn er zu Beratungen von Rom nach Berlin bestellt worden war. Er hat sie festgehalten in „Tagesaufzeichnungen“ über den Ablauf der dienstlichen und privaten Besprechungen in chronologischer Reihenfolge. Neben einer ganzen Reihe von Details und ganz abgesehen von interessanten Einblicken in die italienische Politik 1930-32, die deutsch-italienischen Beziehungen und Schuberts Verhalten am Verfassungstag der Weimarer Republik und ähnlichen Anlässen (Dok. 261, 277) in Rom, stehen im Mittelpunkt das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion im Frühjahr 1931 (Dok. 244-46, 252f, 259) mit neuen Aufschlüssen über Vorbereitung und Begründung dieses folgenreichen Schritts, ähnlich die Aufrollung der Reparationsfrage, auch in bemerkenswert offenen Gesprächen mit Brüning (Dok. 238, 249f., 259f., 263), außerdem die Entwicklung der Abrüstungsfrage (Dok. 238f., 244, 252, 273) und immer wieder einerseits der unzulängliche Geschäftsbetrieb im AA, andererseits die Weltwirtschaftskrise, für deren Lösung Schubert nach wie vor die Notwendigkeit internationaler Kooperation und Regelungen betont.

Ein weiteres Thema, das Licht auf die Personalpolitik wirft, enthalten die Dokumente, in denen es um seine eigene Karriere geht, sein vergebliches Streben nach der Botschaft in London, seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand am 10.9.1932 und die Beobachtungen und Erfahrungen, die er darüber in Berlin machen musste (Dok. 247f., 270, 280, 282f.).

3. Hinweise aus den Quellen auf Zeiterscheinungen, Verhaltensweisen, Mentalität und auf weitere Fragen: Die Edition gibt auch dafür etwas her, wenn man sie als Ausdruck des Zeitgeistes, typischer Ausdrucks- und Verhaltensweisen, Vorurteile, Stereotypen, gängige Floskeln und Denkweisen liest. Selbst Schuberts ungewöhnlich anschaulicher und konkreter Stil, dem Originalität nicht abzusprechen ist, stellt eine Fundgrube zeittypischer Ansichten und Formulierungen dar.

Politische und gesellschaftliche, aber auch allgemein kulturgeschichtliche Sachverhalte kommen in den Blick: etwa die Schwierigkeiten der Parteien, stabile Regierungsmehrheiten und Koalitionen zu bilden – Schubert hatte stets gute Beziehungen zu führenden Sozialdemokraten und wünschte ihre Regierungsbeteiligung – oder seine Sorgen, ja manchmal seine Verzweiflung darüber, dass der Mittelstand vor allem durch die Inflation zerrieben werde, aber auch seine z. T. im Hinblick auf die behauptete Unerträglichkeit der Rheinlandbesetzung schon fast agitatorische Äußerung über die „schwarze Pest“ französischer Kolonialtruppen (Dok. 22). Und obwohl er über sein Verständnis vom Staat als dem großen Ganzen loyal zur Republik stand und in Rechtskreisen als „rosarot“ galt, schimpfte auch er einmal – allerdings in der Verfallsphase 1931 – auf die Parlamentswirtschaft. Alle Vorurteile und Klischees vermochte er jedoch in entscheidenden Augenblicken, in denen er sich ganz auf sich selbst zurückzog, beiseite zu lassen und in klugen, ein-

fachen Worten den Kern einer schwierigen Angelegenheit zu erfassen und realistische, klare Lösungen eines Problems anzubieten. Darin kann man die Mehrdeutigkeit seiner Generation ermessen, ebenso in der ausgesprochenen Spannung zwischen traditionsbewusstem Betragen und erstaunlichem Sinn für Modernisierung (viele Beispiele etwa in dem Drängen auf moderne Organisationsformen und rationale Arbeitsgestaltung und Aufgabenverteilung).

Neben interessanten Einblicken in die Art und Weise, wie andere Staaten und Völker und ihre Politik gesehen wurden (vor allem Frankreich, Großbritannien und die USA, aber auch Polen: dessen Politik kritisierte Schubert gelegentlich scharf, aber mit Außenminister Zaleski verkehrte er vertraut und freundschaftlich) gewinnt der Historiker schließlich noch besondere Einblicke in das Verhalten der Zeitgenossen Schuberts. Zwei seien herausgegriffen, deren Bild an Hand der Schubert-Papiere präzisiert werden kann: zum einen Hindenburg, den er anlässlich seiner Gespräche über Belange der auswärtigen Beziehungen und der Personalpolitik des AA charakterisierte. Es herrschte eigentlich dauernd ein Zustand der Spannung zwischen beiden, aber Schubert bemühte sich stets, den „alten Herrn“ zu überzeugen, indem er eine Argumentationsweise mit z. T. deftigen Aussprüchen wählte, die Hindenburg entgegenkam (eine Rarität: Dok. 236) Und Stresemann: Schubert war sein loyalster Mitarbeiter in vollem Einvernehmen gemeinsamer Grundsätze der Außenpolitik. Das hinderte Schubert nicht, ihn in gebotener Form quasi zur Ordnung zu rufen, wenn er das Gebot der Schlüssigkeit und konsequenten Entwicklung der Außenpolitik und der Verpflichtungen, die ihre Konzeption ihnen auferlegte, überschritt. In wichtigen Situationen vermitteln Schuberts Aufzeichnungen eine Vertiefung und Präzisierung des Stresemann-Bildes aus dem täglichen Verkehr und der genauen Kenntnis und auch aus einer kritischen Bewunderung heraus. Nicht nur für Schubert, vielleicht mehr noch für Stresemann sind die Zeugnisse über Meinungsverschiedenheiten und ihre Anlässe in den letzten ein bis anderthalb Jahren ihrer engen Zusammenarbeit aufschlussreich – auch über die Loyalität Stresemanns Schubert gegenüber (u.a. Dok. 62, 161, 192?, 206f., 212).

## 2. Grundlagen und Einrichtung der Edition

### 2.1 Textbasis

Die Textbasis der Edition ist aus einer Auswahl von Dokumenten hergestellt worden, die recht strengen Kriterien folgen musste; denn das Quellenmaterial sowohl im Nachlaß Schuberts im Besitz der Familie in Grünhaus bei Trier als auch in seinen Handakten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes ist sehr reichhaltig. Der Nachlaß Schuberts galt lange als bei Kriegsende 1945 vernichtet. Zweck der Unternehmung ist es, diesen Nachlaß, soweit er sich auf die Außenpolitik bezieht, zugänglich zu machen und in enger Verknüpfung mit dem sehr umfangreichen Bestand an unveröffentlichten Handakten im Politischen Archiv (PA) des Auswärtigen Amtes, Berlin, der Forschung ein Gesamtbild der außenpolitischen Erwägungen, Beobachtungen und Entscheidungen Schuberts zu ermöglichen. Weitere Bestände sind ergänzend herangezogen worden; mehr darüber im nächsten Abschnitt.

Das Auswahlverfahren der abgedruckten Dokumente hat sich nach folgenden Maßgaben gerichtet: Soweit möglich, sind wichtige Vorgänge im Zusammenhang erfaßt worden und nicht nur einzelne, isolierte Sachverhalte, was sich trotzdem öfters nicht vermeiden ließ. Solche hier wiedergegebenen Vorgänge, Entscheidungsprozesse oder Ereignisabläufe gewinnen ihre Anschaulichkeit und zeigen die Vertiefung und Erkenntnisweiterung, zu der sie beizutragen vermögen, erst vor dem Hintergrund der ADAP – selbstverständlich weit über die zahlreichen dort aufgenommenen Schubert-Dokumente hinaus. Die Verklammerung beider Editionen ist daher eng; die ADAP gehören als stiller Teilhaber zu unserem Unternehmen. Was aber ist als wichtig einzustufen? Das ist einmal das Spektrum außenpolitischer Probleme und Entscheidungen, die sich als maßgebend sowohl für das AA und die Reichsregierung als auch für die Forschung erwiesen haben: von den Materien, die von den Friedensregelungen und den deutschen Versuchen, sie zu revidieren, bestimmt wurden, über die laufenden Angelegenheiten weiterer außenpolitischer Erfordernisse bis zu den Neuansätzen einer eigenständig konzipierten internationalen Politik der Weimarer Republik, insbesondere auf den Gebieten internationaler Verflechtung und Wirtschaft. Hinzu kommen Bereiche, die bisher vernachlässigt oder unterschätzt worden sind, wie vor allem Organisation und Effizienz des auswärtigen Dienstes oder der komplizierte Einflusskontext europäischer Kooperation und systemischer Ordnungsvorstellungen. In jedem Fall handelt es sich um Zeugnisse für Erwägungen, Motive, Begleitumstände außenpolitischer Entscheidungen und ihrer – soweit erfassbar – innenpolitischen Aspekte, außerdem natürlich um die Verdeutlichung dessen, was man als Schuberts Stil, Methodik, Vorgehensweise in außenpolitischen Fragen, seine Beobachtungen, Planungen und begleitenden Erwägungen bezeichnen könnte.

Hervorzuheben ist eine Besonderheit der Textbasis, die viel Mühe bereitete, sich aber auch als Chance erwies. Anlass war die formale Auflage, bereits in anderen Editionen publizierte Dokumente nicht noch einmal abzudrucken. Das hatte erhebliche Verzögerungen im Arbeitsablauf, die Entwicklung einer speziellen Methode, um die dadurch entstandenen Lücken zu füllen, und insgesamt einen aufwendigen, aber lohnenden Umweg zur Folge, um trotzdem eine zusammenhängende Entwicklung von Schuberts außenpolitischem Denken, seinen Methoden und Entscheidungen zu dokumentieren.

Die Notwendigkeit, anderes zusätzliches und aussagekräftiges Quellenmaterial um die bereits gedruckten Quellen herum zu erschließen – statt krampfhaft nach notwendigerweise schwächeren „ähnlichen“ Schriftstücken zu suchen –, eröffnete die Möglichkeit, die sonst selten vorhandenen oder höchstens in Anmerkungen erwähnten persönlichen Vorarbeiten für wichtige außenpolitische Schritte zu publizieren: Aufstellungen und kurze Kommentare über die teilweise einige Jahre zurückreichende Vorgeschichte, die seitdem erfolgte Behandlung, die sich ändernden Begleitumstände und Auswirkungen einer Angelegenheit zu publizieren. Denn derartige sorgfältige Vorüberlegungen hat Schubert festgehalten, ebenso seine Erwägungen und Ziele – bloß: das sind oft schwer lesbare handschriftliche Notizen, nur in wenigen zentralen Fragen maschinenschriftlich ausgearbeitete Zusammenstellungen und Problemskizzen (z. B. Dok. 182, 195, 230). Damit ist häufig eine ganz knappe rückblickende Kommentierung durch Schubert verbunden. Alle diese Unterlagen ermöglichen eine Präzisierung und Differenzierung unserer Kenntnis

von den Entscheidungsprozessen und den ihnen zugrunde liegenden Perzeptionen und Erwägungen. Durch die Verknüpfung mit den ADAP entsteht so auch eine erweiterte Interpretationsbasis für die betreffenden Vorgänge insgesamt. Nur in ganz wenigen Fällen, wenn es um zentrale und Schuberts Haltung charakterisierende Dokumente geht, erfolgte ein erneuter Abdruck.

Abschließend noch ein Hinweis auf eine bei Nachlässen ungewöhnliche Erweiterung der Textbasis: Am 14.12.1932 verlangte Schuberts Nachfolger als Staatssekretär des AA, Bernhard Wilhelm von Bülow, die nach Hause, nach Grünhaus bei Trier mitgenommenen Handakten Schuberts zurück (Dok. 98 Anm. 1). Schubert, der sich gerade in Berlin aufhielt, kommentierte diese Aufforderung am 14.12.1932 im Rahmen einer langen Aufzeichnung über die Tagesereignisse<sup>5</sup> so: „Im Hotel fand ich ein Handschreiben von Bülow vor, das mich sehr geärgert hat. Bülow verlangt in sehr merkwürdiger Art meine Staatssekretärakten von mir zurück. Woher weiss er, dass ich sie mitgenommen habe? Ich muss befürchten, dass schon wieder irgendjemand geklatscht hat.“

Allerdings, wenn man sich heute den Bestand des Büros Staatssekretär im PA anschaut, dann konnte der Abtransport der Akten nach Grünhaus, sofern er streng geheim bleiben sollte, nur mit einigem Aufwand an Erfindungsreichtum bewerkstelligt werden. Denn es hätte dazu schon ein größerer Lieferwagen in Marsch gesetzt werden müssen, und sogar in einem Möbelwagen, unter anderem Umzugsgut, wäre das keine ganz unauffällige Zuladung gewesen.

Was dabei für die Erweiterung unserer Textbasis heraussprang, ist ein Unikum. Schubert legte ein Verzeichnis der zurückgegebenen Akten<sup>6</sup> an, das zwar offensichtlich nicht zu Ende geführt wurde, aber nicht nur regestenartige kurze Eintragungen über Daten und Gesprächs- oder Korrespondenzpartner enthielt, sondern teilweise auch kurze Zusammenfassungen, kürzere oder auch längere Auszüge (Abschriften) aus Dokumenten und sogar einige rückblickende Kommentare und Bewertungen sowie Hinweise auf von ihm als wichtig angesehenes Quellenmaterial. Es kam unserer Edition zugute.

## 2.2 Aktenlage

Den Kern der Edition bilden Schriftstücke aus dem Nachlaß Schuberts in Grünhaus und den Handakten Schuberts im PA.

Der Nachlaß wird in mächtigen Holzkisten aufbewahrt. Er enthält in 14 Kisten nebst einigen kleineren Kisten und Kartons Geschäfts- und Privatpapiere, vor allem über Besitz und Weingut Grünhaus, eines der führenden Weingüter im Mosel-Saar-Ruwer-Raum, und über die Beteiligung am Erbe aus dem Stummschen Konzern, sowie 13 Kisten mit politischen Angelegenheiten befassten Schriftguts und Materialsammlungen. Für die aktive Berufsphase im auswärtigen Dienst sind aber nur 6 dieser Kisten von Bedeutung, während die übrigen, ab Herbst 1933, immer weniger Aufzeichnungen oder Korrespondenz enthalten und immer mehr Zeitungsaus-

<sup>5</sup> Nl. von Schubert, Politisches Tagebuch (1930ff.), Bd. 66.

<sup>6</sup> Nl. von Schubert, Aktenverzeichnis „S[taats-]S[ekretärs-]Akten“.

schnitte, eine Folge der Tatsache, dass Schubert am 23.9.1932 zur Disposition (z. D.) gestellt, also in den zeitweiligen bzw. vorläufigen Ruhestand versetzt, und zum 18.7.1933 auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933<sup>7</sup> die Pensionierung (Stellung außer Dienst, a.D.) ausgesprochen wurde (Dok. 285).

Die aufschlussreichsten Parteien des Nachlasses sind die reichhaltigen Bestände für die Jahre vom Februar 1920 bis zum Dezember 1924 (also bis zur Ernennung zum Staatssekretär, Dienstantritt 23.12.1924) und vom Oktober 1930 (Dienstantritt als Botschafter in Rom, Quirinal – also bei der italienischen Regierung im Unterschied zur Botschaft beim Vatikan) bis zur Entlassung. Die dazwischen liegende Phase als Staatssekretär des AA vom Dezember 1924 bis Juni 1930 läßt sich eingehend mit Hilfe der sehr umfangreichen Handakten Schuberts (Akten Büro St. S. im PA) dokumentieren, obwohl auch hierfür einzelne nicht gebundene Vorgänge und teilweise auch handschriftliches Material über Personal- und Revirementangelegenheiten, im Nachlaß zu finden und jetzt, zusammen mit Schriftstücken aus der Zeit vor und im Ersten Weltkrieg sowie von den Friedensverhandlungen, in einer Kiste mit der Bezeichnung „Pol 4“ zusammengefasst sind (unter „Pol 4“ dann auch zitiert).

Die nachgelassenen Papiere Schuberts in der Phase seines Aufstiegs als Abteilungsleiter im AA von 1920 bis 1924 nach einem kurzen, etwa ein gutes halbes Jahr umfassenden Aufenthalt in London zur Neueinrichtung der deutschen Botschaft 1920 sind fachmännisch in 34 Bänden gebunden, und zwar zunächst als „Politisches Tagebuch“ bezeichnet und als Bd. I-XV nummeriert, ab Bd. XI in einer Doppelbezeichnung übergehend zu einer zunächst parallelen Zählung von „Privatbriefen“ als Bd. 1-24. Die Zählung in lateinischen Zahlen endet mit Bd. XV, so dass danach, ab Bd. 6, wieder nur eine einheitliche Zählung vorliegt. Die Formulierung „Politisches Tagebuch“ nahm Schubert als Bezeichnung ab 1930 für seine privat angelegte Material- und Aktensammlung als Botschafter in Rom wieder auf. Es handelt sich insbesondere für 1920-24 um eine private Tagesablage von im Dienst empfangenen oder abgefassten Schriftstücken, die nur selten auch in den behördlichen Akten und Registraturen erscheinen. Ähnlich war es mit den „Privatbriefen“, die nicht nur Briefe umfassten und ebenfalls als „dienstliche Privatbriefe“, so der Fachausdruck, Korrespondenzen und Aufzeichnungen dienstlichen Charakters oder wenigstens mit dem Dienstbetrieb in Zusammenhang stehender Vorgänge enthalten. Außerdem erfüllten diese chronologisch geordneten Bände den Zweck, die im Hinblick auf Schuberts dienstliche Stellung geführten Korrespondenzen und Gespräche privater Natur zu dokumentieren. Sie sind darüber hinaus aussagekräftig, weil Schubert 1920-24 einige ständige Korrespondenzpartner hatte, vor allem den „zweiten Mann“ der Botschaft in London, Botschaftsrat und Gesandten Albert Dufour-Feronce, und im vertrauten Umgang seine Sicht der innen- und außenpolitischen Lage und der erforderlichen Maßnahmen mit aller wünschenswerten Klarheit zum Ausdruck brachte und insbesondere von „seiner“ Botschaft in London – er hatte sie nicht nur wieder eingerichtet, sondern war auch als Abteilungsleiter zuständig für sie und ersehnte, wenn er wieder einen Auslandsposten

---

<sup>7</sup> RGBl. 1933 I, Nr. 34.

übernehmen sollte, den Botschaftsposten dort – genaue Einhaltung seiner Richtlinien und Verwertung seiner manchmal etwas dick aufgetragenen Hoffnungen und Befürchtungen erwartete.

Ein Kuriosum: Bevor diese Akten akkurat gebunden wurden, gerieten die Schriftstücke für Januar und Februar und dazu einige vom März 1924 irgendwie in die falsche Ablage und in den großen Rücktransport der Staatssekretärsakten in das AA, nachdem Bülow – wie schon erwähnt – am 14.12.1932 sie zurückgefordert hatte. Im PA erkannte man, dass es sich um dienstliche Privatkorrespondenz, Aufzeichnungen und sonstige Materialien handelte. Kopfzerbrechen scheint nur die Zeitspanne bereitet zu haben. Denn die entsprechenden Akten der Staatssekretärszeit Schuberts beginnen erst mit dem 1.1.1925 und setzen daher wohlgeordnet mit dem 1. Band unter dem Aktenzeichen St.S. P (= Privatbriefe) ein. Wohin also mit diesem Kuckucksei? Sie wurden in St.S. P, Bd. 2 eingefügt. So erklärt sich die Lücke in der Sammlung des Schubertschen Nachlasses für die Jahre 1920-24, die äußerlich zunächst gar nicht auffällt, weil die Bandnummern 20 (bis Ende 1923) und 21 (ab Anfang März 1924) kontinuierlich aufeinander folgen.

Die den Aktenbänden für 1920-24 entsprechenden Sammlungen für die Zeit ab Herbst 1930 (Dienstantritt Schuberts als Botschafter in Rom), soweit sie für Schuberts außenpolitische Haltung bis zu seiner Entlassung Bedeutung haben, sind in 5 Schnellheftern abgelegt (der Einfachheit halber ebenfalls als Bände bezeichnet) und einheitlich mit der Aufschrift „Politisches Tagebuch“ (im eben erläuterten Sinn) versehen. Neben den üblichen Formen des Schriftguts tritt hier dominierend eine weniger übliche auf: die Tagesaufzeichnungen, in denen der gesamte Tagesablauf mit Besprechungen etc. festgehalten wird. Da sie in der Regel nicht mehr am selben Tag maschinenschriftlich abgefasst worden sind, wurden Überschrift und Datum dieser Dokumente diesem Umstand angepasst und z. B. als „Tagesaufzeichnung von Schuberts, Rom, zum 11. August 1932“ (Dok. 278) bezeichnet.

Auf die Besonderheit des Schubertschen Aktenverzeichnisses über die an das AA zurückgegebenen Staatssekretärsakten mit sporadischen Dokumentenauszügen (Abschriften), Zusammenfassungen und Kommentaren wurde schon hingewiesen – eine interessante, die Ebenen des Zeitgenössischen und des Nachträglichen verschränkende Quelle. Eine andere Besonderheit, die ebenfalls auf die Handakten Schuberts im PA verweist, ist schließlich ein kleiner Bestand „Material aus P“. Das sind Schriftstücke, denen Schubert innerhalb dieser dienstlichen Privatsammlung stärker privaten Charakter zugesprochen hatte (die Grenzen sind aber offensichtlich fließend) und die er mit Wissen des AA herausnehmen und bei sich behalten durfte. Die zurückgegebenen Akten aus diesem Bereich des dienstlichen Privatverkehrs sind in den zahlreichen unter dem Aktenzeichen St. S. P archivierten Bänden des PA zusammengefasst. Das in Grünhaus verbliebene „Material aus P“ ist nicht gebunden.

Nun zu den Handakten Schuberts im PA: Den weitaus wichtigsten, umfangreichsten und von Schubert selber schon ausgezeichnet nach Sachgebieten gegliederten Aktenbestand bilden die Akten des Büros Staatssekretär. Sogar längere Aufzeichnungen über ausführliche Besprechungen hat er unterteilt und in Einzel-Aufzeichnungen den einzelnen Sachgebieten zugewiesen; ähnlich verfuhr er mit längeren Briefen. Dies ist der ergiebigste Einzelbestand für die deutsche Außenpolitik von Ende 1924 – einige Bände enthalten restliches Material auch aus der Zeit

davor – bis Mitte 1930. Von kleineren, sporadischen amtlichen Aktenbeständen für die Zeit nach 1918 abgesehen hat erst Schubert diesen kompakten Fundus und seine büro- und registraturmäßige Behandlung eingeführt. Hinzu kommen die ebenfalls wichtigen, allerdings für Schubert längst nicht so zahlreichen und nicht so detailliert geordneten Akten, die heute im PA unter dem allgemeinen Signum „Handakten Direktoren“ zusammengefasst sind und Handakten der leitenden Beamten unterhalb der Staatssekretärebene, der Ministerialdirektoren oder derer, die entsprechende Befugnisse ausübten, enthalten. Bei denen, die weitaus länger als Schubert in diesem Status blieben, sind diese Bestände auch umfangreicher; für Schubert reichen sie im allgemeinen von Herbst 1922 bis Ende 1924 und werden unter der Bezeichnung „Handakten Direktoren, von Schubert“ geführt.

Die Aktenbasis der Auswahl wurde ergänzt durch den Gesamtbereich der Akten des AA im PA einschließlich der Nachlässe, außerdem durch einschlägige Akten des Bundesarchivs und einiger Nachlässe dort, vor allem von Pünder und – eigentlich eher im PA zu erwarten – von Köpke. Das noch relativ neue System der vereinfachten Aktenbandzählung nach so genannten R-Nummern im PA, die nicht mehr auf Anheb etwas über die spezifische Provenienz eines Schriftstückes verraten, wird im Anhang durch eine Konkordanz der R-Nummern mit den ursprünglichen Aktenbezeichnungen verständlich und anschaulicher gemacht.

### 2.3 Anlage der Edition

Die Edition umfasst 285 Dokumente über den Zeitraum vom September 1914 bis zum Juli 1933 und eine Reihe von Anhängen als Hilfe zur Orientierung und Erschließung. Dokumente und Dokumentenverzeichnis sind durchgehend chronologisch angeordnet und dementsprechend nach Zeitabschnitten gegliedert, die der Karriere Schuberts folgen und sich nicht zufällig mit den Zäsuren der deutschen Außenpolitik während der Republik von Weimar decken. Die Jahre von Februar 1920 bis September 1932 bilden den Kern. Was davor abgedruckt wird, bildet nur den Auftakt und veranschaulicht einige berufliche Voraussetzungen Schuberts und seiner Laufbahn; was nach dem September 1932 abgedruckt wird, zeigt das Ende einer bedeutenden Karriere und das Bemühen Schuberts, damit fertigzuwerden.

Das Dokumentenverzeichnis ist in Regestenform gehalten. Es gibt nicht nur die Überschrift sowie Ort und Datum der Abfassung der einzelnen Dokumente wieder, sondern enthält jeweils kurze Inhaltsbeschreibungen. Die Organisationsstrukturen sind bei Ministerien, Firmen, Verbänden und ähnlichen Einrichtungen jeder Art für das Verständnis der Quellen von erheblicher Bedeutung, gerade bei einem so weit verzweigten Aufgabenbereich, bei so vielfältigen inneren und auswärtigen, auf ganz unterschiedliche Sachgebiete sich erstreckenden Strukturanforderungen und angesichts des besonderen Gewichts der Vertretungen im Ausland, wie sie das Auswärtige Amt prägen. Leider sind dem entsprechende Geschäftsverteilungs- und Organisationspläne eher selten den Editionen beigegeben. Eine strahlende Ausnahme sind die ADAP, von deren vielen Geschäftsverteilungsplänen des AA drei in den Anhang übernommen worden sind, damit sie unterschiedliche Entwicklungsstadien der inneren Struktur des AA und der Position Schuberts anschaulich machen. Dazu passt dann auch eine biographische Tabelle, an der sich Schuberts Karriere im auswärti-

gen Dienst verfolgen lässt. Hilfreich und weit mehr als bloße Ergänzungen sind zwei weitere Publikationen des AA; zunächst der schon erwähnte Ergänzungsband zu den Serien A-E der ADAP.<sup>8</sup> Er enthält neben einem Gesamtpersonenregister der ADAP Daten zur Dienstlaufbahn von Ministern, leitenden Beamten, Botschaftern und wichtigen Gesandten (mit Photos), dazu Aufschlüsselung von Beamtenlaufbahnen und Amtsbezeichnungen, Fundstellennachweise von Geschäftsverteilungsplänen in den ADAP und eine Chronologie der Stellenbesetzungen in der Zentrale und den Auslandsvertretungen des AA von 1918-1945, um nur das Wichtigste zu nennen. Und vor allem das zweite, aufwendige Unternehmen von großem Wert für die Forschung, sowohl für biographische wie für strukturgeschichtliche Untersuchungen: Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871-1945, bisher Bde. 1-4: A-S.<sup>9</sup> Auch hier sind neben einer instruktiven Einleitung und methodischen Erläuterung Analysen der Organisations- und Personalstrukturgeschichte veröffentlicht – ein grundlegendes Werk.

Die Edition ist also auch darauf hin angelegt, möglichst viele weitere Quellen aus dem AA und den bisher darüber erschienen Quellenwerken und Hilfsmitteln zu erschließen. Abgerundet wird sie durch die üblicherweise zu erwartenden Anhänge: Liste der ungedruckten Quellen und der in den Anmerkungen zitierten gedruckten Quellen und Literatur, ein Abkürzungsverzeichnis sowie ein Register der Personennamen.

## 2.4 Editorische Bearbeitung

Die ausgewählten Dokumente wurden bis auf offensichtliche Schreibfehler und missverständliche Zeichensetzung wort- und buchstabengetreu sowie nach Möglichkeit vollständig abgedruckt. Da es sich jedoch bei ihnen – anders als in einer die laufende amtliche Politik dokumentierenden Edition – nicht selten um längere, zwar im Dienstzusammenhang stehende, aber doch private Korrespondenz und Aufzeichnungen handelt, die auch private Angelegenheiten, ausführlich erörterte Details oder nicht zur Sache gehörende Passagen enthalten, sind Kürzungen angebracht. Trotzdem sind davon nur ein knappes Viertel der Dokumente betroffen. Der Inhalt der gekürzten Textstellen wird in den Anmerkungen kurz referiert. Zwischen quellenkritischen Anmerkungen einerseits und Belegen oder Nachweisen von im Text erwähnten Dokumenten und Vorgängen, erläuternden Sachanmerkungen und solchen für die Verdeutlichung weiterreichender Zusammenhänge

<sup>8</sup> Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Ergänzungsband zu den Serien A-E. Gesamtpersonenverzeichnis, Portraitphotos und Daten zur Dienstverwendung, Anhänge. Göttingen 1995.

<sup>9</sup> Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871-1945, herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Historischer Dienst: Maria Keipert, Peter Grupp, Bd. 1: A-F, Bearbeiter Johannes Hürter, Martin Kröger, Rolf Messerschmidt, Christiane Scheidemann; Bd. 2: G-K, Bearbeiter Gerhard Keiper, Martin Kröger; Bd. 3: L-R, Bearbeiter Gerhard Keiper, Martin Kröger; Bd. 4: S, Bearbeiter Bernd Ispording, Gerhard Keiper, Martin Kröger; Bd. 5, T-Z, Nachträge, Bearbeiter Bernd Ispording, Gerhard Keiper, Martin Kröger, Paderborn, München, Wien, Zürich 2000-2014. (2000, 2005, 2008, 2012, 2014).



und für zusätzliche Informationen andererseits wird nicht unterschieden (also gibt es keine Buchstabenanmerkung für textkritische Hinweise). Die Anmerkungen selber sind teilweise sehr umfangreich, damit der Anspruch, ganze Vorgänge und größere Zusammenhänge zu dokumentieren, eingelöst werden kann.

Weil es ganz überwiegend nicht der Registratur des AA unterliegende Dokumente sind, die hier abgedruckt werden (im Unterschied zum Büro Reichsminister gab es zu Schuberts Zeiten kein Journal für das Büro St.S.; trotzdem können einzelne seiner von ihm weitergegebenen Schriftstücke aus den dienstlichen Privatpapieren oder Handakten durchaus in Abteilungsregistraturen und bei Aufzeichnungen vor allem in den betreffenden Sachakten des Reichsministers auftauchen), spielen Journalnummern und Registraturvermerke keine Rolle, ebensowenig Berichts- oder Telegramm-Nummern, Mitzeichnung, Verteiler oder dergleichen. Deswegen vereinfacht sich der editorische Apparat in diesem Punkt, während Arbeitsvermerke und Besonderheiten eines Dokuments selbstverständlich wiedergegeben sind.

In der Überschrift eines jeden Dokuments sind Adressaten der Briefe und Gesprächspartner der Unterredungen Schuberts mit Rang und Stellung genannt. Nur im internen Verkehr innerhalb des auswärtigen Dienstes werden die Behörde und ihre Untergliederungen nicht eigens aufgeführt. Die Quellenangabe unter der Überschrift gibt Auskunft über Herkunft und Überlieferungsform (eingeteilt nach Ausfertigung, Originalfassung, Durchschrift, Abschrift etc.) eines Schriftstückes sowie über etwaige Besonderheiten, z. B. wenn es sich um einen handschriftlichen Text handelt. Ist nichts Besonderes vermerkt, sind die Vorlagen maschinenschriftlich. Deren Auswahl richtete sich danach, dass Art und Umfang des Schubertschen Nachlasses und seiner Handakten zur Anschauung kommen sollen, vor allem auch der Zustand seiner eigenen Papiere und Unterlagen, der für seine Arbeit und Erinnerung maßgebend war. Briefe, Berichte oder Aufzeichnungen an Vorgesetzte oder Kollegen im AA etwa werden daher nach den bei Schubert verbliebenen Durchschlägen gedruckt (er hat sorgfältig letzte Änderungen vor Abgang auch in diese Durchschläge eingetragen), nicht etwa nach den beim Adressaten eingegangenen Ausfertigungen, Originalen eines Briefes oder einer Aufzeichnung. Die wenigen in die Edition aufgenommenen Telegramme waren dem Chiffrier- und Dechiffrierverfahren unterworfen, was nicht weiter vermerkt wird.

Die chronologische Einordnung der Schriftstücke Schuberts folgt dem Datum der Abfassung (soweit möglich wird gegebenenfalls das Absendedatum vermerkt); ebenso werden die wenigen aufgenommenen Eingänge und Eingangsdaten behandelt. Ausgenommen von dieser Regel sind die Tagesaufzeichnungen (siehe Abschnitt 2: Aktenlage), die Schubert sich als Botschafter in Rom (1930-32) angewöhnt hatte, in maschinenschriftlicher Form in seiner „Politisches Tagebuch“ genannten privaten Dokumentenablage über seine täglichen Dienstgeschäfte und den Tagesablauf aufzubewahren. Sie bilden wegen ihrer Aussagekraft einen wesentlichen Bestandteil der Edition für die Jahre 1930-32 (die offizielle Berichterstattung kommt hinlänglich in den ADAP zum Ausdruck<sup>10</sup>) und werden auf den Tag, über den berichtet wird, datiert und eingeordnet (kenntlich durch die Formulierung:

---

<sup>10</sup> Vergleichend ist die Aktenedition I Documenti Diplomatici Italiani, Settima Serie: 1922-1935, Bde. X-XIII, heranzuziehen.

Tagesaufzeichnung zum 19. Januar 1931, Dok. 239 z. B.). Es lässt sich nämlich meistens nicht mehr feststellen, ob sie in Ausnahmefällen noch am selben Tag zu Papier gebracht wurden – in der Regel jedenfalls erst am Tag danach; unter besonderen Umständen (etwa anlässlich der Reisen Schuberts nach Berlin) konnten auch mehrere Tage vergehen (besonders lange Verzögerung: Dok. 280).

Auf den gesamten Text eines Dokuments bezogene Vermerke oder Randbemerkungen zu einzelnen Textpassagen sowie Markierungen und Unterstreichungen werden kenntlich gemacht. Einstufungen eines ganzen Dokuments als „Geheim“, „Persönlich“ etc. werden am Dokumentenkopf wiedergegeben, und es wird zusätzlich darauf hingewiesen, wenn es sich dabei um nachträgliche Verfügungen – in der Regel handschriftlich – handelt. Die Charakterisierung eines Dokuments als „Ausfertigung“ wird nur für die letzte authentische und geschäftsfähige Fassung eines amtlichen Schriftstückes und für dienstliche Privatschreiben, die amtlichen Status erhielten, verwendet, nicht jedoch für die Originalfassung von Schriftstücken, die Schubert für den alltäglichen Gebrauch und Verkehr verfasste und privat ablegte, wie vor allem die Tagesaufzeichnungen von 1930-32. Was die Unterschrift Schuberts anbelangt, so fehlt sie auf vielen Dokumenten, weil es sich meistens um seine dienstliche Privatablage handelte. Gibt es eine eigenhändige Unterschrift, ist das besonders vermerkt (bei Paraphen – die stets zum vollen Nachnamen ergänzt werden – ist das natürlich überflüssig). Anrede und Schlussformel werden, soweit vorhanden, beibehalten. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, dass durchweg die Personalakten, etwa für Dienstreisedaten, herangezogen wurden, ohne dass diese jedes Mal kenntlich gemacht worden wäre; auf Literatur wird in den Anmerkungen nur dann verwiesen, wenn sie einen raschen Überblick über bestimmte Sachzusammenhänge gewährt; und bei Querverweisen auf weiteres Quellenmaterial in den ADAP wird bei umfangreicher Dokumentierung bestimmter Sachverhalte und Entwicklungen dort der Einfachheit halber gleich summarisch auf die Seiten des entsprechenden Kapitels im jeweiligen Dokumentenverzeichnis Bezug genommen.



# Dokumentenverzeichnis

Nr.	Dokument	S.
<b>Kapitel 1</b> <b>Im Auswärtigen Amt und an der deutschen Gesandtschaft in Bern</b> <b>(1914 bis 1919)</b>		
1	<i>Botschaftsrat von Kühlmann an von Schubert. Stockholm, 15. September 1914</i>	93
	Bitte an Schubert, sich nicht an die Front abordnen zu lassen, sondern im diplomatischen Dienst zu verbleiben, wo er gebraucht werde.	
2	<i>Telegramm des Gesandten Frhr. von Romberg an das Auswärtige Amt. Bern, 4. September 1918</i>	94
	Protest gegen die Abordnung von Schuberts ins AA.	
3	<i>Aufzeichnung von Schuberts zum Friedensvertragsentwurf. Versailles, 14. Juni 1919</i>	95
	Schubert kritisiert den Friedensvertragsentwurf der Alliierten und empfiehlt dessen Nichtannahme. Er ventiliert Konzepte zum weiteren Vorgehen Deutschlands und der Alliierten.	
<b>Kapitel 2</b> <b>An der deutschen Botschaft in London</b> <b>(Februar bis August 1920)</b>		
4	<i>Von Schubert an Unterstaatssekretär Haniel von Haimhausen (gekürzt). London, 3. März 1920</i>	100
	Charakterisierung der Deutschlandpolitik des Foreign Office. Die deutsche Presse solle den Versailler Vertrag ohne antibritische Spitzen skeptisch beurteilen. Bericht über Beratungen des Obersten Rates der Alliierten.	
5	<i>Unterstaatssekretär Haniel von Haimhausen an von Schubert (gekürzt). Berlin, 10. März 1920</i>	102
	Nachfrage nach der von diplomatischer Unruhe begleiteten Einsetzung Carows und Information über Übergriffe auf Vertreter der Entente in Deutschland.	

Nr.	<i>Dokument</i>	S.
<b>6</b>	<i>Von Schubert an Unterstaatssekretär Haniel von Haimhausen. London, 1. April 1920</i> Crowe habe vorgeschlagen, ihm „Tatsachenberichte“ über die politische Lage Deutschlands zukommen zu lassen. Schubert befürwortet dies im Hinblick auf die Schaffung einer vertrauensvollen diplomatischen Atmosphäre.	103
<b>7</b>	<i>Von Schubert an Unterstaatssekretär Haniel von Haimhausen. London, 10. April 1920</i> Das Material über die Ruhrgebietskrise aus Berlin sei nicht ausreichend, um die britische Regierung sachlich zufriedenstellend zu unterrichten.	105
<b>8</b>	<i>Von Schubert an Unterstaatssekretär Haniel von Haimhausen. London, 29. April 1920</i> Schubert soll aus London abberufen werden, weil er für die britische Regierung persona non grata sei. Voraussetzungen für seinen Nachfolger.	107
<b>9</b>	<i>Von Schubert an Unterstaatssekretär Haniel von Haimhausen. London, 14. Mai 1920</i> Das Material aus Berlin sei unzureichend, um die britische Regierung von der Nichterfüllbarkeit des Versailler Vertrags zu überzeugen.	110
<b>10</b>	<i>Von Schubert an Staatssekretär Haniel von Haimhausen. London, 10. Juni 1920</i> Vorschläge Schuberts für seine Nachfolge in London und sein Anspruch auf eine leitende Position im AA.	112
<b>11</b>	<i>Botschafter Sthamer an Staatssekretär Haniel von Haimhausen. London, 17. Juni 1920</i> Schubert skizziert Vorschläge für das diplomatische Vorgehen auf der Konferenz von Spa: die deutsche Lage sei zuerst mündlich zu erörtern und danach durch schriftliche Darlegung sachlich zu bekräftigen.	116
<b>12</b>	<i>Von Schubert an Staatssekretär Haniel von Haimhausen (gekürzt). London, 17. Juni 1920</i> Erörterung möglicher Auswirkungen der deutschen Kabinettskrise auf die Konferenz von Spa und Bericht über Probleme bei der Herstellung gesellschaftlicher Kontakte.	119
<b>13</b>	<i>Von Schubert an Staatssekretär Haniel von Haimhausen (leicht gekürzt). London, 22. Juni 1920</i> Schubert äußert sich über das weitere Vorgehen in der Kriegsschuld- und Reparationsfrage, über die britische Verständigungsbereitschaft gegenüber Deutschland und über die innerenglische Perzeption britischer Deutschlandpolitik.	121

Nr.	Dokument	S.
14	<i>Wirklicher Legationsrat von Maltzan an von Schubert (leicht gekürzt). Berlin, 23. Juni 1920</i> Bericht über die Aufnahme von Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland und Informationen über die deutsche Innenpolitik.	124
15	<i>Von Schubert an Wirklichen Legationsrat von Maltzan. London, 1. Juli 1920</i> Überlegungen zur Gründung einer Gesellschaft für Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und der Ukraine.	125
16	<i>Von Schubert an Staatssekretär Haniel von Haimhausen. London, 28. Juli 1920</i> Bericht über die Funktionsbereitschaft der Londoner Botschaft, insbesondere über die personelle Unterbesetzung der Kanzlei; Bitte um einen erfahrenen Nachfolger.	127

### Kapitel 3 Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt (August 1920 bis Dezember 1924)

#### Kapitel 3.1

Leiter der Abteilung V/England (August 1920 bis Dezember 1921)

17	<i>Von Schubert an Staatssekretär Haniel von Haimhausen. Berlin, 19. August 1920</i> Schwierigkeiten und Organisationsmängel bei Schuberts Dienstantritt.	129
18	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichsminister Simons. Berlin, 8. September 1920</i> Simons' Vorstellung von seiner künftigen Rolle als Außenminister.	131
19	<i>Von Schubert an Botschafter Sthamer (gekürzt). Berlin, 25. September 1920</i> Allgemeine Richtlinien in der Großbritannienpolitik; Reparationen nach den Vereinbarungen von Spa; Grundsätzliches über Schuberts Konzepte und Methodik deutscher Außenpolitik.	132
20	<i>Interner Dienstbrief von Schuberts an die Personalabteilung des Auswärtigen Amts sowie die Staatssekretäre Haniel von Haimhausen und Boyé. Berlin, 20. November 1920</i> Appell zur Besetzung der deutschen Konsulate in den britischen Dominionen; besondere Schwierigkeiten in Australien.	135

Nr.	Dokument	S.
21	<i>Interner Dienstbrief von Schuberts an die Personalabteilung des Auswärtigen Amts. Berlin, 19. Dezember 1920</i> Pläne zur Reorganisation des AA, insbesondere der Abteilung V, damit mehr Zeit für die Ausarbeitung von Leitlinien und politischen Gesichtspunkten gewonnen werde.	137
22	<i>Von Schubert an Geheimen Legationsrat Dufour-Feronce (gekürzt). Berlin, 20. Dezember 1920</i> Schubert berichtet über schwer zu behebbende Mängel im Geschäftsgang des AA und erörtert seine Leitgedanken über den außenpolitischen Umgang mit den Versailler Vertragsbestimmungen. Außerdem Kritik am britischen Plazet, Deutschland durch „Neger“-Soldaten überwachen zu lassen.	139
23	<i>Von Schubert an Botschafter Sthamer (gekürzt). Berlin, 27. Dezember 1920</i> Stellungnahme zur Brüsseler Reparationskonferenz; Schubert empfiehlt, die Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrags abzulehnen und auf London einzuwirken, um die Reintegration Deutschlands in die europäische Wirtschaft zu erreichen. Außerdem zur Frage der Ruhrbesetzung.	142
24	<i>Von Schubert an Botschafter Sthamer. Berlin, 15. Januar 1921</i> Erörterungen der deutschen Innenpolitik, der britisch-französischen Beziehungen und der Gefahr französischer Überlegenheit dabei.	147
25	<i>Aufzeichnung von Schuberts für Ministerialdirektor von Simson. Berlin, 22. Januar 1921</i> Schubert äußert „schwerste Bedenken“ gegen reparationspolitische Entscheidungen des AA.	149
26	<i>Von Schubert an Botschafter Sthamer (gekürzt). Berlin, 7. Februar 1921</i> Anlässlich der Pariser Konferenz Überlegungen über Lloyd Georges Politik und über die Vorbereitung der Londoner Konferenz. Kritik an Überlegungen in Berlin, von deutscher Seite eine durch eine internationale Anleihe gedeckte Gesamtreparationssumme von 50 Mrd. Goldmark anzubieten.	152
27	<i>Von Schubert an Geheimen Legationsrat Dufour-Feronce (leicht gekürzt). Berlin, 18. März 1921</i> Resümee der Londoner Konferenz, die schlecht vorbereitet und zu unpolitisch betrieben worden sei und zu deren Scheitern auch gravierende Fehler von Simons beigetragen hätten, außerdem der innenpolitische Druck.	158
28	<i>Von Schubert an Botschafter Sthamer. Berlin, 4. April 1921</i> Beurteilung des Schriftwechsels zwischen Simons und Dresel über die Voraussetzungen und Verantwortung Deutschlands für die Repa-	164

Nr.	Dokument	S.
	rationsleistungen, der den Eindruck erwecke, daß die Reichsregierung die USA gegen die früheren Alliierten ausspielen wolle.	
29	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit den Staatssekretären Haniel von Haimhausen und Boyé. Berlin, 21. April 1921</i>	166
	Schubert rät von dem Versuch ab, die USA zur Vermittlung in der Reparationsfrage zu bewegen; neue Vorschläge solle man den Alliierten direkt machen.	
30	<i>Von Schubert an Botschafter Sthamer. Berlin, 9. Mai 1921</i>	168
	Empfehlung der Annahme des Londoner Ultimatums. Die britische Regierung würde mit Rücksicht auf die englische Wirtschaft langfristige Sanktionen gegen Deutschland nicht dulden und bei weiteren französischen Forderungen partiell Paris isolieren. Skizzierung einer nun erforderlichen aktiveren Politik.	
31	<i>Von Schubert an Geheimen Legationsrat Dufour-Feronce (gekürzt). Berlin, 14. Mai 1921</i>	172
	Bericht über die deutsche Oberschlesienpolitik und Schuberts Hoffnung, daß Großbritannien Truppen entsende, um die antideutsche polnische Politik und „deutsche Elemente“ zu dämpfen.	
32	<i>Von Schubert an Geheimen Legationsrat Dufour-Feronce (gekürzt). Berlin, 23. Mai 1921</i>	176
	Erörterung der deutsch-britischen Wirtschaftskooperation in der Sowjetunion.	
33	<i>Von Schubert an Gesandten z. D. Frhr. von Romberg. Berlin, 31. Mai 1921</i>	178
	Schuberts Vorstellungen von der Reorganisation des AA und die Haltung Rosens.	
34	<i>Von Schubert an Botschafter Sthamer (gekürzt). Berlin, 18. Juli 1921</i>	181
	Beurteilung der britischen Reaktionen auf das deutsch-französische Wiesbadener Abkommen.	
35	<i>Aufzeichnung von Schuberts zum Stand der Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit den USA. Berlin, 15. August 1921</i>	183
	Darstellung der Imponderabilien des deutsch-amerikanischen Verhältnisses mit besonderer Berücksichtigung der wahrscheinlichen britischen Haltung.	
36	<i>Von Schubert an Geheimen Legationsrat Dufour-Feronce (leicht gekürzt). Berlin, 17. Oktober 1921</i>	185
	Erörterung der englischen Haltung in der Oberschlesienfrage; Darlegung der deutschen Haltung in der Oberschlesien- und Reparationspolitik. Grundsätzliches zur Notwendigkeit einer personellen Stabilität in der Führung der auswärtigen Politik.	



Nr.	<i>Dokument</i>	S.
Kapitel 3.2		
Ministerialdirektor und Leiter der neuen Abteilung III:		
1. Phase bis zum Beginn der Ära Stresemann		
(Dezember 1921 bis August 1923)		
37	<i>Von Schubert an Geheimen Legationsrat Dufour-Feronce (Auszug). Berlin, 7. November 1921</i> Informationen über die Schubert infolge der Neustrukturierung des AA zugefallenen Kompetenzbereiche. Außerdem Erörterung zusätzlicher Reorganisationspläne des AA.	187
38	<i>Von Schubert an Geheimen Legationsrat Dufour-Feronce (gekürzt). Berlin, 30. Dezember 1921</i> Resümee der deutschen Politik gegenüber Rußland, Großbritannien und Frankreich vor der Konferenz von Cannes, insbesondere der britischen Haltung zu Deutschland in den Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland und der Behauptung einer französisch-russischen Verständigung.	189
39	<i>Von Schubert an Botschafter Sthamer. Berlin, 16. Januar 1922</i> Zusammenfassung der von Rathenau mitgeteilten Ergebnisse der Konferenz von Cannes. Außerdem Schuberts erster Eindruck des neuen Kabinetts Poincaré.	192
40	<i>Aufzeichnung von Schuberts über die Politik der Westmächte. Berlin, 19. Januar 1922</i> Zusammenfassung der Überlegungen Schuberts auch in bezug auf eine Ruhrgebietsbesetzung und – mit Berücksichtigung deutsch-englischer Wirtschaftsbeziehungen – über die Leitlinien Lloyd Georges.	194
41	<i>Von Schubert an Botschafter Sthamer (gekürzt). Berlin, 14. Februar 1922</i> Informationen über Gespräche zur Vorbereitung der Konferenz von Genua und über eine etwaige russisch-französische Wirtschaftsverständigung.	197
42	<i>Von Schubert an den Industriellen Krupp von Bohlen und Halbach. Berlin, 11. März 1922</i> Schubert setzt sich nachdrücklich – angesichts der neuralgischen deutsch-amerikanischen Beziehungen – für die Besetzung des Washingtoner Botschafterpostens durch den Krupp-Direktor Wiedfeldt ein.	199
43	<i>Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce. Berlin, 13. März 1922</i> Schuberts Sorge um das instabile Kabinett Lloyd Georges und die Genua-Konferenz. Prinzipielle Stellungnahme gegen verdeckte und bezahlte Einflußnahme auf die britische Öffentlichkeit.	202

Nr.	<i>Dokument</i>	S.
44	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichsminister Rathenau. Berlin, 17. März 1922</i> Kritik an Rathenaus Empfehlung eines offensiven Vorgehens in der Reparationsfrage. Betonung der Rückwirkungen auf die deutschen Beziehungen zu London und Paris und die Genua-Konferenz.	205
45	<i>Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce (gekürzt). Berlin, 3. April 1922</i> Vorbereitungen für die Konferenz von Genua. Schubert äußert Mißtrauen gegenüber der sowjetischen Delegation.	207
46	<i>Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce (gekürzt). Berlin, 8. April 1922</i> Schubert betont die Schlüsselstellung Großbritanniens für die Restauration der wirtschaftlichen Stabilität Europas und die notwendige britischen Unterstützung der deutschen Politik gegenüber Frankreich, dessen Haltung entscheidend bleibe.	208
47	<i>Von Schubert an Botschafter Sthamer. Berlin, 24. April 1922</i> Zusammenfassung der Informationen aus der Delegation und der Begründungen für den Rapallo-Vertrag. Befürchtungen Schuberts wegen seiner Folgen.	209
48	<i>Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce (leicht gekürzt). Berlin, 3. Juli 1922</i> Schubert ventiliert personelle Möglichkeiten der Nachfolge Rathenaus und warnt vor einer europäischen Wirtschaftskrise größten Ausmaßes; vor allem England trage für die weltwirtschaftliche Stabilität Verantwortung.	213
49	<i>Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce. Berlin, 24. Juli 1922</i> Kritik an Poincarés kontraproduktiver Haltung in der Reparationsfrage und Mahnung, daß ein kurzfristiges Moratorium dem deutschen Währungsverfall nicht abhelfe. Stellungnahme zu den interalliierten Schulden, zum britischen Verlangen nach dem deutschen Völkerbundsbeitritt und zur innenpolitischen Lage infolge der Ermordung Rathenaus.	217
50	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Botschafter Wiedfeldt. Berlin, 28. Juli 1922</i> Über die Beziehungen der USA zu Frankreich und Großbritannien und die interalliierten Schulden.	220
51	<i>Aufzeichnung von Schuberts für Reichskanzler Wirth. Berlin, 21. Oktober 1922</i> Kritik an allgemein gehaltenen Erlassen ohne ein klares Programm mit präzisen Vorschlägen.	221

Nr.	Dokument	S.
52	<i>Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce. Berlin, 6. November 1922</i> Die Gefahr einer europäischen Wirtschaftskatastrophe drohe, komme es nicht kraft einer Regelung der Reparationsfrage zur Stabilisierung der Mark.	222
53	<i>Aufzeichnung von Schuberts für die Rede Reichskanzler Cunos zur Vorstellung seines Kabinetts im Reichstag. Berlin, 22. November 1922</i> Schubert empfiehlt, gemäß britischem Rat transparent über Deutschlands Finanzlage Auskunft zu geben und einen eigenständigen deutschen Plan zur Sanierung der europäischen Wirtschaft als Voraussetzung für amerikanische Wirtschaftshilfen vorzubringen.	224
54	<i>Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce. Berlin, 15. Januar 1923</i> Warnung vor einer Weltwirtschaftskrise größten Ausmaßes. Bezüglich der Ruhrbesetzung dürfe Deutschland nicht apathisch verbleiben, sondern sei auf Selbsthilfe angewiesen.	227
55	<i>Von Schubert an Botschafter Sthamer (gekürzt). Berlin, 15. Januar 1923</i> Analyse des britisch-französischen Verhältnisses.	229
56	<i>Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce. Berlin, 29. Januar 1923</i> Beurteilung der britischen Haltung; Differenzen zwischen der öffentlichen Meinung und der offiziellen Haltung der britischen Regierung; Stellung der USA.	232
57	<i>Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce (leicht gekürzt). Berlin, 12. März 1923</i> Aktion zur Ingangsetzung einer Lösungsinitiative im Ruhr-Konflikt über Großbritannien. Schubert rügt Sir Eyre Crowes Verhalten.	237
58	<i>Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce. Berlin, 26. März 1923</i> Darlegung des genauen Ablaufs der Aktion zur Ingangsetzung einer Lösungsinitiative im Ruhr-Konflikt über Großbritannien.	240
59	<i>Aufzeichnung von Schuberts für Reichsminister von Rosenberg. Berlin, 12. April 1923</i> Schubert fügt in erweiterter Form den Hughes-Plan zur Einsetzung eines Sachverständigenkomitees in die Konzeption einer konsequenten Politik ein und mahnt, gegenüber der französischen Regierung handlungsfähig zu bleiben.	246
60	<i>Aufzeichnung von Schuberts für Reichsminister von Rosenberg mit Anlage (Gaus' Skizze zur Sicherheitsfrage). Berlin, 25. April 1923</i> Erläuterung von Gaus' Skizze und ihre Einfügung in den Rahmen der geplanten Reparationsnote; Entwurf einer Mantelnote.	248

<i>Nr.</i>	<i>Dokument</i>	<i>S.</i>
<b>61</b>	<i>Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce (gekürzt). Berlin, 18. Juni 1923</i>	251
	<p>Schubert warnt vor den Konsequenzen der Beendigung des passiven Widerstands an der Ruhr als Voraussetzung für Verhandlungen auf der Basis des deutschen Memorandums vom 7. Juni: Frankreich wolle das Ruhrgebiet dauernd beherrschen; noch größer sei die Gefahr für das Rheinland. Überlegungen über eine politisch-ökonomische britische Intervention zugunsten Deutschlands und die Rolle des Völkerbunds.</p>	
<b>62</b>	<i>Von Schubert an Legationssekretär von Mackensen. Berlin, 30. Juni 1923</i>	255
	<p>Empfehlung, Stresemann über das Funktionieren eines modernen Ministeriums zu belehren; der Minister sei nicht für jede Bagatelle da.</p>	
<p><b>Kapitel 3.3</b>  <b>Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung III:</b>  <b>2. Phase, Stellvertreter des Staatssekretärs</b>  <b>(August 1923 bis Dezember 1924)</b></p>		
<b>63</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts für Reichskanzler Stresemann. Berlin, 18. August 1923</i>	256
	<p>Analyse der Konsequenzen der britischen Note vom 11. August für die internationale Politik.</p>	
<b>64</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über Gespräche mit den Botschaftern Sthamer und Lord D'Abernon. Berlin, 1. September 1923</i>	258
	<p>Besprechungen über den Stand der diplomatischen Aktionen zur Lösung der Ruhr- und Reparationskrise nach der deutschen Annahme der britischen Note vom 20. Juli. Schubert betont das Sicherheitsproblem und die Verknüpfung der Sicherheits- und Reparationsfragen, vor allem auch in bezug auf das Rheinland.</p>	
<b>65</b>	<i>Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce (gekürzt). Berlin, 3. September 1923</i>	260
	<p>Rüge der Amtsführung Sthamers und Bericht über die deutsche Italien- und Frankreichpolitik.</p>	
<b>66</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts. Berlin, 11. September 1923</i>	262
	<p>Abwägen von Verhandlungsmöglichkeiten und Betonung des Zusammenhangs von Pfandhaftung und Aufgabe des passiven Widerstands.</p>	
<b>67</b>	<i>Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce (gekürzt). Berlin, 8. Oktober 1923</i>	264
	<p>Unklare innere Lage, Notwendigkeit von Verhandlungen mit Frankreich und Belgien über ein Provisorium, Verfall der Mark.</p>	

Nr.	Dokument	S.
68	<i>Aufzeichnung von Schuberts. Berlin, 27. Oktober 1923</i> Beurteilung der Lage nach den englischen Vorschlägen zu einer internationalen Reparationskonferenz, der Rolle der USA und den zu erwartenden Bedingungen Frankreichs. Daher ist Schubert dafür, Smuts' Apell-Vorschlag weiter zu verfolgen.	265
69	<i>Von Schubert an Botschaftsrat von Hoesch. Berlin, 1. Dezember 1923</i> Anregungen für Argumente bei inoffiziellen Kontakten in bezug auf MICUM-Verträge, zügige Förderung von Reparationslösungen und Ausnutzungen der Lage, daß Poincaré auf Erfolge verweisen könne.	267
70	<i>Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce (gekürzt). Berlin, 23. Dezember 1923</i> Lob der diplomatischen Transparenz Berlins gegenüber London und Rom, die auch dem deutsch-französischen Klima zugute komme. Besondere Erwartungen an das erste Sachverständigen-Komitee.	269
71	<i>Aktennotiz von Schuberts für Reichsminister Stresemann. Berlin, 7. Januar 1924</i> Weigerung Seeckts, die zur Durchführung der Militärkontrolle nötigen Befehle zu erlassen.	271
72	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem britischen Botschafter Lord D'Abernon (gekürzt). Berlin, 11. Februar 1924</i> Besprechung der deutschen Haltung zu Sicherheit, Völkerbund und Militärkontrolle.	272
73	<i>Vorlage von Schuberts für Reichsminister Stresemann zu einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags. Berlin, 15. Februar 1924</i> Kernpunkt im Rahmen der deutschen Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich sei die Sicherheitsfrage; Skizzierung deutscher Angebote, während der Völkerbund und die Sicherung Polens von deutscher Seite nicht anzuschneiden seien. Eingehende Darlegung Gaus' ist beigelegt, darin auch die Sowjetunion berücksichtigt.	274
74	<i>Von Schubert an Botschafter Sthamer. Berlin, 18. Februar 1924</i> Kritik an der unzulänglichen Berichterstattung der Botschaft London. Der mangelhafte diplomatische Informationsaustausch mit England bewirke eine ungenügende Aufklärung über die englische Frank reichspolitik und erschwere einen fortdauernden Dialog.	280
75	<i>Disposition von Schuberts für ein Interview. Berlin, 21. Februar 1924</i> Stellungnahme zur Bedeutung der Sachverständigenkomitees, die für die Reparationsleistung Deutschlands finanzielle Lage untersuchen; Empfehlung, die Sicherheits- und Völkerbundsfragen sowie die Militärkontrolle auszuklammern.	283

Nr.	Dokument	S.
76	<i>Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce. Berlin, 13. März 1924</i> Schubert rügt Dufour, der implizit behauptete, unzureichend vom AA instruiert worden zu sein, und unterstreicht, daß die Botschaft in der Sicherheitsfrage nicht aktiv genug vorgehe.	284
77	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem britischen Botschafter Lord D'Abernon. Berlin, 15. März 1924</i> Diskussion über die britische Haltung zu den deutsch-polnischen Verhandlungen.	287
78	<i>Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce. Berlin, 17. März 1924</i> Aufzeichnung über das französische Gelbbuch in der Sicherheitsfrage.	288
79	<i>Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce. Berlin, 17. März 1924</i> Schubert spricht sich ebenso gegen eine Verlängerung der MICUM-Verträge aus wie generell gegen Verträge einzelner Industrieller mit der französischen Regierung.	288
80	<i>Von Schubert an Botschafter Sthamer. Berlin, 14. April 1924</i> Stellungnahme zum Sachverständigengutachten (Dawes-Komitee). Schubert tritt für umgehende Zustimmung ein und warnt vor der Politik Frankreichs.	290
81	<i>Von Schubert an Botschafter Sthamer. Berlin, 28. April 1924</i> Bekräftigung der reichhaltigen, zu nutzenden Instruierung in der Sicherheitsfrage. Stand der diplomatischen Erörterungen des Dawes-Gutachtens. Bedeutung Großbritanniens für die weitere Entwicklung.	291
82	<i>Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce (leicht gekürzt). Berlin, 19. Mai 1924</i> Deutsche innenpolitische Reaktionen auf das Dawes-Gutachten und Empfehlung, vorsichtig auf die britische Regierung wegen der Räumung des Ruhrgebiets einzuwirken.	294
83	<i>Von Schubert an Botschafter von Hoesch. Berlin, 28. Mai 1924</i> Sorgen wegen der MICUM-Verträge und der den Rücktritt des Kabinetts Marx auslösenden innenpolitischen Krise; das Dawes-Gutachten müsse „unter Dach und Fach“. Schwabachs Kontakt zu Painlevé.	295
84	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem britischen Botschafter Lord D'Abernon. Berlin, 9. Juni 1924</i> MacDonalds Haltung zum Rahmenabkommen über den Dawes-Plan und zu den MICUM-Verträgen. Schubert regt an, die Sicherheitsfrage zurückzustellen, und lehnt eine unbegrenzte Rheinland-Kontrolle durch den Völkerbund ab.	299
85	<i>Von Schubert an Botschafter von Hoesch. Berlin, 17. Juni 1924</i> Notwendigkeit der Reise von Hoeschs nach Berlin. Erläuterungen zur Wirtschaftsnot in Deutschland, zur innen- und außenpolitischen Di-	302

Nr.	Dokument	S.
	mension der Annahme des Dawes-Plans, zu den MICUM-Verträgen, den besetzten Gebieten und zur Militärkontrolle.	
<b>86</b>	<i>Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce (leicht gekürzt). Berlin, 23. Juni 1924</i>	305
	Verhandlungen über die Exterritorialität der sowjetischen Handelsvertretung; Besprechungen MacDonalds und Herriots in Chequers; Ruhrräumung und Militärkontrollfrage.	
<b>87</b>	<i>Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce (gekürzt). Berlin, 5. Juli 1924</i>	307
	Über die kommende Londoner Konferenz und die Zusammensetzung der deutschen Delegation.	
<b>88</b>	<i>Von Schubert an Gesandtschaftsrat Graf von Bernstorff. Berlin, 14. Juli 1924</i>	310
	Kritik an Bernstorff wegen dessen privatbrieflichen Austauschs mit Bülow über die Frage des deutschen Völkerbundsbeitritts.	
<b>89</b>	<i>Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce. Berlin, 21. Juli 1924</i>	311
	Schubert ist beunruhigt über das Vorgehen der Londoner Konferenz; Betonung der innenpolitischen Implikationen des Dawes-Berichts und der Militärinspektion.	
<b>90</b>	<i>Aktennotiz von Schuberts. London, 16. August 1924</i>	313
	MacDonald habe Schuberts Arbeit auf der Londoner Konferenz gelobt.	
<b>91</b>	<i>Notiz des Reichsministers Stresemann. Berlin, 10. Oktober 1924</i>	313
	Schubert habe ihn gefragt, warum Marx' Erklärung zur Kriegsschuldfrage am 29. August 1924 nicht sofort notifiziert worden sei.	
<b>92</b>	<i>Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce. Berlin, 20. Oktober 1924</i>	314
	Schubert habe sich nach längerem Urlaub eingehend mit der Völkerbundsfrage, außerdem mit dem Genfer Protokoll und der Militärkontrolle beschäftigt.	
<b>93</b>	<i>Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce (leicht gekürzt). Berlin, 27. Oktober 1924</i>	316
	Schwierigkeiten bei der Militärkontrolle.	
<b>94</b>	<i>Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce (leicht gekürzt). Berlin, 10. November 1924</i>	317
	Deutsch-britische Handelsvertragsverhandlungen und die 26%ige Exportabgabe des German-Reparation-Recovery-Act. D'Abernon habe die Räumung der Kölner Zone erörtern wollen. Völkerbundsfragen.	
<b>95</b>	<i>Von Schubert an Botschafter von Hoesch (gekürzt). Berlin, 4. Dezember 1924</i>	319
	Erläuterungen bezüglich der 26%igen Exportabgabe und der Rheinlandräumung.	

Nr.	Dokument	S.
<b>96</b>	<i>Gesandter Dufour-Feronce an von Schubert (gekürzt). London, 11. Dezember 1924</i> Bericht über die Folgen, die sich aus einem englisch-französischen Garantiepakt für die deutsche Politik ergäben. Britische Haltung zur deutschen Ostgrenze und zu einem deutsch-polnischen Arrangement. Außerdem Details über die Frage der Räumung der Kölner Zone.	321
<b>97</b>	<i>Von Schubert an Gesandten Rauscher. Berlin, 15. Dezember 1924</i> Erörterung eines möglichen englisch-französisch-belgischen Garantievertrages. Schubert weist auf die näherliegende britische Gegnerschaft gegen das Genfer Protokoll hin. Von Polen sei offenbar nicht die Rede.	323
 <b>Kapitel 4</b> <b>Staatssekretär des Auswärtigen Amts</b> <b>(Dezember 1924 bis Juni 1930)</b>  		
<b>Kapitel 4.1</b> <b>Der Weg nach Locarno</b> <b>(Dezember 1924 bis Oktober 1925)</b>  		
<b>98</b>	<i>Notizen von Schuberts zur West- und Ostpolitik Ende Dezember 1924. Grünhaus, Winter 1932/33</i> Anfänge der Locarno-Politik und des deutsch-sowjetischen Vertrags von 1926.	325
<b>99</b>	<i>Zusammenstellung der Vorschläge zur Sicherheitsfrage. Berlin o.D. (Anfang Januar 1925)</i> Vorschläge Cunos, Dezember 1922, und Gaus', April 1923, zum Sicherheitspakt im Westen.	326
<b>100</b>	<i>Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce (gekürzt). Berlin, 12. Januar 1925</i> Schubert äußert sich über kollegiales Verhalten von Mitarbeitern, das Selbstverständnis bei seiner Arbeit und seine Personalführung. Außerdem zur innenpolitischen Situation Deutschlands.	327
<b>101</b>	<i>Notizen von Schuberts über ein Gespräch mit dem britischen Botschafter Lord D'Abernon am 14. Januar 1925. Grünhaus, Winter 1932/33</i> Gespräch über eine eventuelle deutsche Anregung in London zur Sicherheitsfrage.	329
<b>102</b>	<i>Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce. Berlin, 19. Januar 1925</i> Bemerkungen über die Sicherheitsfrage, das neue Kabinett Luther und die Außenpolitik Stresemanns. Houghtons Wechsel nach London.	330



Nr.	Dokument	S.
<b>103</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem Reichstagsabgeordneten Hilferding (SPD). Berlin, 3. Februar 1925</i> Hilferding und Breitscheid reisen zu vertraulichen Gesprächen mit dem Generalsekretär der französischen Sozialisten. Schubert umreißt die Konzeptionen des AA in der Sicherheitsfrage und bittet, in diesem Sinne in Frankreich zu wirken.	332
<b>104</b>	<i>Von Schubert an Botschafter von Hoesch (leicht gekürzt). Berlin, 5. Februar 1925</i> Unterrichtung Hoeschs über das Gespräch mit Hilferding (Dok. 103) und über notwendige Klärungen in der Sicherheitsfrage bei Herriot, die noch vor den Gesprächen Hilferdings in Paris eine offizielle deutsche Demarche erforderlich machten.	335
<b>105</b>	<i>Von Schubert an Botschafter Frhr. von Neurath (gekürzt). Berlin, 6. Februar 1925</i> Dank an Neurath für seine Glückwünsche zur Amtseinführung; Schubert umreißt seinen neuen Tätigkeitsbereich als Staatssekretär.	336
<b>106</b>	<i>Von Schubert an Botschafter Sthamer. Berlin, 9. Februar 1925</i> Unterrichtung Sthamers über die offizielle Demarche in Paris wegen der Sicherheitsfrage.	338
<b>107</b>	<i>Unterlage für eine Eingangsrede von Schuberts vor dem Haushaltsausschuß des Reichstags (gekürzt). Berlin, 10. Februar 1925</i> Zur Notwendigkeit des Ausbaus der konsularischen Vertretungen und der Wirtschaftsabteilungen.	340
<b>108</b>	<i>Notizen von Schuberts über eine Unterredung mit Reichspräsident Ebert am 17. Februar 1925. Grünhaus, Winter 1932/33</i> Schubert habe die Unterstützung Eberts für den Vorrang der Sicherheitsverhandlungen mit dem Westen vor den Verhandlungen mit der Sowjetunion gefunden.	344
<b>109</b>	<i>Von Schubert an Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin. Berlin, 18. Februar 1925</i> Dank für die Wünsche zur Ernennung zum Staatssekretär und Schilderung der Aufgaben.	345
<b>110</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem britischen Botschafter Lord D'Abernon. Berlin, 20. Februar 1925</i> Chamberlains Überlegungen bezüglich einer deutschen Beteiligung an einem internationalen Sicherheitspakt.	347
<b>111</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Botschafter von Maltzan (leicht gekürzt). Berlin, 24. Februar 1925</i> Besprechungen über die Bedingungen der von der Sowjetunion vorgeschlagenen Vereinbarungen.	349

Nr.	Dokument	S.
112	<i>Leitlinien von Schuberts für eine Pressebesprechung in Berlin am 6. März 1925</i> Schuberts Äußerungen über die deutsche Sicherheitsinitiative und mögliche Stellungnahmen Stresemanns.	350
113	<i>Aufzeichnung von Schuberts für Reichsminister Stresemann. Berlin, 7. März 1925</i> Chronologisches Tableau der deutschen Sicherheitsinitiative.	353
114	<i>Telegramm von Schuberts an Botschafter von Hoesch. Berlin, 10. März 1925</i> Bedeutung von Schiedsverträgen für die Sicherheit der östlichen Nachbarn Deutschlands; Reaktion auf Polens Versuche, sie zu diskreditieren.	356
115	<i>Notizen von Schuberts über eine Unterredung mit Reichskanzler Luther und Reichsminister Stresemann am 12. März 1925. Grünhaus, Winter 1932/33</i> Billigung des Vorgehens Schuberts angesichts der Verknüpfung von Sicherheitsinitiative und deutschem Völkerbundsbeitritt. Vorschläge zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.	357
116	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit Philip Kerr. Berlin, 20. März 1925</i> Erläuterung deutscher Politik und Frage eines Schiedsvertrags mit Polen. Auch Kerr sei entschieden gegen Aufrollung der Ostfragen im Zusammenhang mit dem deutschen Sicherheitsvorschlag und schlage eine internationale Konferenz zur Konsolidierung der europäischen Sicherheit vor.	357
117	<i>Aufzeichnung von Schuberts für Reichsminister Stresemann. Berlin, 20. März 1925</i> Schubert erläutert noch einmal, wie es zum Aufwerfen der Sicherheitsfrage im Osten infolge der deutschen Sicherheitsinitiative im Westen gekommen sei; die damit eingeleitete deutsche Politik breche zusammen, wenn sie nicht ganz genau eingehalten und nicht jeder Verdacht ausgeschlossen werde, man denke doch schon an eine „praktische Regelung der polnischen Grenzfrage“.	360
118	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Krestinski (gekürzt). Berlin, 25. März 1925</i> Auf Krestinskis Beschwerde über mangelnde Information hin habe Schubert versucht, das sowjetische Mißtrauen gegen die Sicherheitsinitiative und den möglichen Völkerbundsbeitritt zu entkräften.	362
119	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem Reichstagsabgeordneten Hoetzsch (DNVP). Berlin, 25. März 1925</i> Unterrichtung Hoetzschs über die deutsche Rußlandpolitik und den deutschen Völkerbundsbeitritt und Versuch, in der DNVP kursieren-	364

Nr.	<i>Dokument</i>	S.
	de Gerichte auszuräumen, dass Schubert eine einseitig den Westmächten verpflichtete Außenpolitik betreibe.	
120	<i>Notizen von Schuberts zum 25.-28. März 1925. Grünhaus, Winter 1932/33</i>	366
	Reaktion auf die Anfrage Chamberlains wegen eines deutschen Gewaltverzichts bei der Revision der deutschen Ostgrenzen.	
121	<i>Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce. Berlin, 30. März 1925</i>	368
	Über die deutschen Ostgrenzen, Schiedsvertragsverhandlungen mit Beneš, falsche Pressemeldungen, europäische Zollunion und den Geschäftsverkehr.	
122	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem britischen General Wauchope. Berlin, 28. April 1925</i>	370
	Wauchope über die ausstehende Entwaffnungsnote und seine Anregung einer abschließenden Konferenz über die deutsche Entwaffnung; Schuberts Betonung der Räumung der Kölner Zone und der Hindernisse für den deutschen Völkerbundsbeitritt.	
123	<i>Telegramm von Schuberts an die Botschaft in Rom. Berlin, 30. Mai 1925</i>	372
	Über den deutsch-spanischen und den deutsch-italienischen Handelsvertrag.	
124	<i>Bemerkungen von Schuberts zu einer Rede des britischen Außenministers Sir Austen Chamberlain vom 24. Juni 1925. Berlin, o. D.</i>	374
	Analyse der Rede Chamberlains über einen Sicherheitspakt und seine Voraussetzungen.	
125	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter Schurman. Berlin, 3. Juli 1925</i>	376
	Gedankenaustausch über die französische Antwortnote vom 16. Juni auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar. Überlegungen über den Charakter einer deutschen Antwortnote.	
126	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem österreichischen Gesandten Frank. Berlin, 7. Juli 1925</i>	377
	Übereinstimmung darüber, daß „die Anschlußbewegung in erster Linie von Österreich ausgehen müsse“, doch sei es dafür zu früh. Mißbilligung der Agitation in Bayern, auch wegen Südtirol; das polnisch-tschechoslowakische Verhältnis und die Stellung Benešs in Großbritannien und Frankreich.	
127	<i>Notizen von Schuberts über seine Stellungnahme zur Sicherheitsnote gegenüber Reichskanzler Luther. Berlin, 15. Juli 1925</i>	379
	Rechtfertigung des Sicherheitspaktes.	
128	<i>Instruktion von Schuberts für acht Gesandtschaften in Europa. Berlin, 22. Juli 1925</i>	381
	Erläuterung der deutschen Antwortnote auf die französische Sicherheitsnote vom 16. Juni.	

Nr.	Dokument	S.
129	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem britischen Botschafter Lord D'Abernon. Berlin, 23. Juli 1925</i>	383
	Gedankenaustausch über die deutsche Antwortnote auf die französische Sicherheitsnote. Schubert kritisiert die englisch-französischen Vorbereitungsgespräche für eine Sicherheitskonferenz und Vertragsentwürfe ohne deutsche Beteiligung. D'Abernon habe eine vorbereitende Juristenkonferenz vorgeschlagen.	
130	<i>Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau an von Schubert. Moskau, 25. Juli 1925</i>	385
	Versuch, die Mißstimmung wegen der langen Anwesenheit Brockdorff-Rantzaus in Berlin auszuräumen.	
131	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem britischen Botschafter Lord D'Abernon. Berlin, 14. August 1925</i>	387
	Chamberlain sei für baldige Verhandlungen und Einladung Deutschlands zu einer internationalen Sicherheitskonferenz. Gaus solle die Juristen der anderen beteiligten Regierungen in London treffen, um frühzeitig Mißverständnisse auszuräumen. Schuberts Einwände gegen einen deutschen Völkerbundsbeitritt schon im September.	
132	<i>Notizen von Schuberts zur Londoner Juristenkonferenz, 24. August - 16. September 1925. Grünhaus, Winter 1932/33</i>	390
	Resümee der Gespräche mit Margerie, Stresemann, Hoesch, D'Abernon, Luther, Hindenburg und Gaus.	
133	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter Jacquin de Margerie. Berlin, 21. September 1925</i>	392
	Briand läßt mitteilen, daß die Ministerzusammenkunft („Konferenz“) ab dem 5. Oktober in Locarno stattfinden könne; kurzes Gespräch über Mussolinis Teilnahme sowie die Ost-Schiedsverträge.	
134	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem britischen Botschafter Lord D'Abernon (leicht gekürzt). Berlin, 24. September 1925</i>	393
	Annahme der Einladung zur Locarno-Konferenz; Hinweis auf begleitende mündliche Erklärungen bei der Notifizierung der Annahme betr. Räumung der Kölner Zone und Kriegsschuld. Stresemann habe sich gegenüber D'Abernon kritisch über die Rheinlandräumung und den Art. 231/VV geäußert.	
135	<i>Notizen von Schuberts zu dem deutschen Memorandum vom 26. September 1925. Grünhaus, Winter 1932/33</i>	395
	Schubert bezieht Stellung gegen das Ansinnen der DNVP, zugleich mit der Annahme zur Einladung nach Locarno eine schriftliche Erklärung zur Kriegsschuldfrage abzugeben. Überblick über die Ereignisse vom 23. bis 30. September 1925.	

Nr.	Dokument	S.
<b>136</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter Schurman. Berlin, 29. September 1925</i> Schurman unterstützt den Entschluß, die deutsche Erklärung zur Rheinlandräumung und Kriegsschuldfrage nicht zurückzunehmen.	397
<b>137</b>	<i>Notizen von Schuberts über seine Besprechungen am 15. Oktober 1925 in Locarno. Grünhaus, Winter 1932/33</i> Vor der 8. Sitzung der Locarno-Konferenz habe Schubert bei Berthelot die Annahme eines auch der britischen und der belgischen Delegation übermittelten Memorandums über die deutschen Forderungen zur Erleichterung des Rheinlandregimes erreicht. Hinweis auf die Abendbesprechung darüber unter den Vertretern der vier daran beteiligten Delegationen.	398
<b>138</b>	<i>Notizen von Schuberts über die Stellung der DNVP zu Locarno. Grünhaus, Winter 1932/33</i> Austritt der DNVP-Minister aus dem Kabinett.	399
<b>139</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Telefonat mit dem britischen Botschafter Lord D'Abernon. Berlin, 28. Oktober 1925</i> Chamberlain und Briand seien wegen des Austritts der DNVP aus der Regierung innenpolitisch in Schwierigkeiten geraten mit der Durchsetzung der „Rückwirkungen“ von Locarno. Außerdem sei Chamberlain für eine Geste gegenüber Polen. Bemerkungen zu den deutsch-polnischen Beziehungen.	400
<b>140</b>	<i>Fernschreibergespräch zwischen von Schubert und Botschafter von Hoesch. Berlin, 16. November 1925</i> Klärung einer Meinungsverschiedenheit über den Räumungstermin der Kölner Zone.	401
<b>141</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter Krestinski. Berlin, 28. November 1925</i> Besprechung über den sowjetischen Entwurf eines Nichtangriffs- und Neutralitätspaktes vom 21. November 1925.	403

#### Kapitel 4.2

#### Von Locarno zum erneuten Akutwerden der Sicherheitsfrage (Dezember 1925 bis Dezember 1927)

<b>142</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem britischen Staatssekretär Sir William Tyrrell. London, 2. Dezember 1925</i> Erörterung der sowjetischen Befürchtungen, Deutschlands Völkerbundsbeitritt und die Locarno-Verträge richteten sich gegen die Sowjetunion. Tyrrell berichtet über Berthelots Aussprache mit Tschitscherin: Vorwürfe gegen Großbritannien und die britische Rußlandpolitik.	406
------------	---	-----

Nr.	Dokument	S.
143	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond (gekürzt). Berlin, 15. Februar 1926</i>	409
	Schubert betont die Belastung für Deutschland, falls Polen einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat bekäme. Außerdem Gespräch über die deutsche Delegation für Genf sowie über Personalstellen für das Reich im Völkerbund.	
144	<i>Notizen von Schuberts über eine Unterredung mit dem Reparationsagenten Gilbert am 22. Februar 1926. Grünhaus, Winter 1932/33</i>	414
	Besprechung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und Frankreichs sowie der Frage der Räumung der zweiten und dritten Rheinlandzone gegen Verkauf deutscher Dawes-Obligationen.	
145	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem britischen Botschafter Lord D'Abernon (gekürzt). Berlin, 3. April 1926</i>	414
	Gedankenaustausch über den Charakter des geplanten deutsch-sowjetischen Vertrages.	
146	<i>Von Schubert an Reichsminister Stresemann, Locarno. Berlin, 10. April 1926</i>	416
	Bericht über eine Unterredung Hoeschs mit Briand, der wohl annahme, daß der deutsch-sowjetische Vertrag die französische Rußlandpolitik konterkariere.	
147	<i>Empfang für die Presse im Bibliothekszimmer der Reichskanzlei (gekürzt). Berlin, 14. April 1926, 7 Uhr abends</i>	417
	Über den Stand der deutsch-sowjetischen Vertragsverhandlungen. Schubert betont die Vereinbarkeit des Vertrags mit den Locarno-Verträgen sowie die diplomatische Notwendigkeit des deutsch-sowjetischen Ausgleichs.	
148	<i>Notizen von Schuberts über die Politik gegenüber Polen. Berlin, 19. April 1926</i>	422
	Befürwortung der wirtschaftliche Sanierung Polens durch eine internationale Stützungsaktion unter deutscher Beteiligung in einer Form, die langfristig die Revision der deutschen Ostgrenze vorbereite.	
149	<i>Notizen von Schuberts zum Abschluß des Berliner Vertrages, 21.-24. April 1926. Grünhaus, Winter 1932/33</i>	423
	Verhandlungen in Berlin über den Text des deutsch-sowjetischen Vertrags und seine Unterzeichnung.	
150	<i>Von Schubert an Reichsminister Stresemann (leicht gekürzt). Wien, 27. Mai 1926</i>	425
	Besprechungen in Prag und Wien: bilaterale Beziehungen, Minderheitenfragen, Beneš und der Berliner Vertrag sowie die Neubesetzung des Gesandtenpostens in Wien.	

Nr.	Dokument	S.
151	<i>Erlaß von Schuberts an die Botschaft in London. Berlin, 7. August 1926</i> Internationale Reaktionen auf den Berliner Vertrag und die außenpolitischen Gründe für den Kredit von 300 Millionen Reichsmark an Sowjetrußland, der deutsche Interessen kraft der Wirtschaftsverflechtung mit Rußland vor einseitigen sowjetischen Maßnahmen schütze.	429
152	<i>Von Schubert an den Reichstagsabgeordneten der SPD Breitscheid, Genf. Berlin, 18. August 1926</i> Schubert befürwortet nachdrücklich Breitscheids – wie auch anderer Parlamentarier – Beteiligung an der deutschen Völkerbundsdelegation und stimmt mit ihm überein in der Beurteilung der Vorarbeiten zur Ratsreform und in der zu verfolgenden Taktik. Sorge wegen der Wirkung eines nichtständigen Ratssitzes für Polen.	432
153	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem Hochkommissar des Völkerbundes Nansen (gekürzt). Berlin, 4. September 1926</i> Unterredung über die Vermehrung der ständigen Sitze des Völkerbundsrats und über die Rolle Polens und Spaniens. Außerdem Gedankenaustausch über die Fakultativklausel des Ständigen Internationalen Gerichtshofes und über Spanien.	433
154	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem tschechoslowakischen Außenminister Beneš. Genf, 25. September 1926</i> Gedankenaustausch über die Funktion des Völkerbunds und allgemein über internationale Beziehungen: vor allem über die Kriegsschuldfrage, die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen, die Kleine Entente, die deutsch-polnischen Beziehungen und über den Berliner Vertrag.	435
155	<i>Notizen von Schuberts über Besprechungen im Oktober 1926 mit dem Reparationsagenten Gilbert. Grünhaus, Winter 1932/33</i> Gespräche über den Zeitpunkt zur Revision des Dawes-Plans und über Thoiry.	439
156	<i>Telegramm von Schuberts an die Botschaft in Rom. Berlin, 18. November 1926</i> Besprechung mit Aldrovandi über den Text des deutsch-italienischen Schiedsvertrags, insbesondere über die Formulierung von Art. 11.	441
157	<i>Erlaß von Schuberts an die Gesandtschaft in Teheran. Berlin, 23. November 1926</i> Aus Anlaß eines Vorstoßes der persischen Regierung beim Völkerbund, Art. 16 der Satzung extensiv auszulegen, betont Schubert die deutsche Auffassung von einer flexiblen Auslegung unter Hinweis auf die Meinungsverschiedenheiten im Völkerbund, auf den Zusammenhang mit dem Berliner Vertrag und auf die Entwaffnungsfrage.	442

Nr.	Dokument	S.
158	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem Pressechef der französischen Botschaft Hesnard. Berlin, 29. November 1926</i> Deutsch-französische Beziehungen und Beurteilung von Locarno in Frankreich.	445
159	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter Schurman. Berlin, 23. Dezember 1926</i> Schubert tritt für eine „neue und aktiv fördernde Politik“ zur Rheinlandräumung, zur Liquidierung des Dawes-Plans und Regelung der interalliierten Schulden ein; eine Gesamtlösungsfrage trage „in sehr erheblichem Maße“ zur Sanierung Europas bei, auch im Interesse der USA. Schurman habe zugestimmt, eine Regelung der interalliierten Schulden betont und auf die noch abzuwartenden Präsidentschaftswahlen verwiesen.	446
160	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichspräsident von Hindenburg (Auszug). Berlin, 25. Februar 1927</i> Schubert empfiehlt eine maßvolle Stetigkeit in der Rheinlandpolitik.	449
161	<i>Notizen von Schuberts zum italienisch-jugoslawischen Konflikt im März/April 1927. Grünhaus, Winter 1932/33</i> Schubert drängt auf deutsche Beteiligung bei der Konfliktlösung im Sinne gemeinsamer Verantwortung im europäischen Konzert.	450
162	<i>Von Schubert an Reichsminister Stresemann, Baden-Baden. Berlin, 4. Juni 1927</i> Auskunft über Schuberts diplomatische Gespräche mit Beneš, Seipel und Peter.	453
163	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem Mitglied der französischen Völkerbundsdelegation Loucheur (gekürzt). Genf, 16. Juni 1927</i> Über die Weltwirtschaftskonferenz, deren Probleme Schubert für die wichtigsten der europäischen Politik hält, über die Ratstagung und außerdem über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion durch Großbritannien.	455
164	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem polnischen Außenminister Zaleski. Genf, 18. Juni 1927</i> Unterredung über die deutsch-polnischen Handelsvertrags- und Finanzverhandlungen und über Polnisch-Oberschlesien.	456
165	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand (gekürzt). Genf, 13. September 1927</i> Schubert empfiehlt eine Zusammenkunft der Locarno-Mächte, insbesondere ein Treffen Briands mit Stresemann, um deren öffentliches Auftreten in der Frage der Rheinlandräumung zu koordinieren. Au-	459



Nr.	<i>Dokument</i>	S.
	berdem hebt er weltpolitische Probleme hervor, die durch diplomatische Kunststücke nicht gelöst werden könnten, sondern nur durch allerengste Zusammenarbeit: das chinesische, das russische, das Balkanproblem und Italien; außerdem aber die wirtschaftliche Zukunft Europas. Briand stimmt zu und schneidet den Gedanken eines europäischen Gesamtorgans an.	
166	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem niederländischen Gesandten Graf van Limburg-Stirum. Berlin, 7. November 1927</i> Gespräch über Wirkungen der publizierten Kritik Gilberts an den öffentlichen Ausgaben Deutschlands und über Beelaerts' Genfer Sicherheitsvorschläge. Schubert warnt nachdrücklich vor einer europäischen Wirtschaftskatastrophe.	462
167	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter Jacquin de Margerie. Berlin, 9. November 1927</i> Über den polnisch-litauischen Konflikt wegen Wilna und die mögliche deutsche Beteiligung an einer Kollektiv-Demarche.	464
168	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem polnischen Abteilungsdirektor Jackowski. Berlin, 21. November 1927</i> Über die deutsche Haltung im polnisch-litauischen Konflikt.	467
169	<i>Runderlaß von Schuberts über den französisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrag (gekürzt). Berlin, 28. November 1927</i> Kritik am französischen Bündnissystem und an der Tendenz zur Blockbildung im Interesse des Status quo in Europa und im Unterschied zu Locarno. Der vorliegende Vertrag stärke aber das Gleichgewicht auf dem Balkan, vor allem gegen Italien, und fördere den Frieden.	470
170	<i>Telegramm von Schuberts an den Leiter des Sonderreferats Völkerbund von Bülow, Genf. Berlin, 1. Dezember 1927</i> Instruktion Schuberts, Bernstorff als deutschen Delegierten für das Sicherheitskomitee beim Völkerbund zu benennen, aber die Arbeit von Sicherheitskomitee und vorbereitender Abrüstungskommission strikt zu trennen.	472
171	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem litauischen Ministerpräsidenten Voldemaras und Gesandten Sidzikauskas. Berlin, 3. Dezember 1927</i> Erörterung des Termins der Behandlung des litauisch-polnischen Konflikts durch den Völkerbund. Schubert habe Voldemaras' antipolnische Einstellung und Forderung, nur die litauische Schulfrage jetzt in Genf zu behandeln, alle anderen Fragen aber erst im März, zurückgewiesen. Voldemaras sei intransigent.	473

Nr.	Dokument	S.
172	<i>Aufzeichnung von Schuberts über Unterredungen mit dem Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond und dem britischen Außenminister Sir Austen Chamberlain. Genf, 9. Dezember 1927</i> Über den Stand und die nächsten Schritte – Anwesenheit Pilsudskis und geheime Ratssitzung – im litauisch-polnischen Streitfall und die Politik Voldemaras’.	478
173	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit Selby, dem Privatsekretär Chamberlains (leicht gekürzt). Genf, 12. Dezember 1927</i> Erörterung der Nachwirkungen der Geheimsitzung des Völkerbundsrates über den litauisch-polnischen Konflikt im Beisein Pilsudskis, der Sicherheits- und Abrüstungsfrage, des Genfer Protokolls, der Fakultativklausel und des „politischen Aufmarsches“ in Südosteuropa durch die französischen und italienischen Verträge.	481

### Kapitel 4.3

#### Die Entwicklung bis zur Ingangsetzung der endgültigen Reparationslösung und Rheinlandräumung (Januar bis Dezember 1928)

174	<i>Aktennotiz des Leiters des Sonderreferats Völkerbund von Bülow. Berlin, 2. Januar 1928</i> Schubert verfügt, daß Gaus in der Sicherheitsfrage federführend sei.	485
175	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem amerikanischen Geschäftsträger Poole. Berlin, 6. Januar 1928</i> Gedankenaustausch über den amerikanischen Vorschlag eines internationalen Kriegsverzichts. Schubert will dessen Vereinbarkeit mit der Völkerbundssatzung prüfen.	485
176	<i>Notizen von Schuberts für ein Gespräch mit dem amerikanischen Geschäftsträger Poole. Berlin, 13. Januar 1928</i> Schubert begrüßt den amerikanischen Vorschlag eines internationalen Kriegsverzichts und sieht keine Kollision mit der Völkerbundssatzung.	488
177	<i>Telegramm von Schuberts an den Botschafter in Washington von Prittwitz und Gaffron. Berlin, 2. Februar 1928</i> Information über das deutsche Memorandum für das Sicherheitskomitee.	489
178	<i>Von Schubert an Reichsminister Stresemann, Cap-Martin (leicht gekürzt). Berlin, 11. Februar 1928</i> Bericht über Kabinetts- und interne Gespräche bezüglich des Stands des Revirements im auswärtigen Dienst, insbesondere über Schwierigkeiten in der Frage der Besetzung des Belgrader Postens mit dem Sozialdemokraten Köster.	491

<i>Nr.</i>	<i>Dokument</i>	<i>S.</i>
<b>179</b>	<i>Von Schubert an Reichsminister Stresemann, Cap-Martin. Berlin, 21. Februar 1928</i> Bericht über den Dienstbetrieb, u.a. über den Besuch des afghanischen Königs, das Sicherheitskomitee, die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen und den projektierten französisch-amerikanischen Antikriegspakt.	497
<b>180</b>	<i>Von Schubert an Ministerialdirektor Köpke (gekürzt). Genf, 7. März 1928</i> Hinweis auf die Schwierigkeiten, die infolge des späten Eintreffens Ritters für die deutsch-rumänischen Finanzverhandlungen entstehen könnten. Außerdem Auskunft über Schuberts Gespräch mit Berthelot, der eine Gesamtregelung von Reparationen, interalliierten Schulden, Räumung einschließlich Saargebiet empfiehlt.	500
<b>181</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem Bankier Andraea. Berlin, 4. April 1928</i> Andraea erläutert das Interesse französischer und amerikanischer Privatanleger an der Konsolidierung der Reparations- und interalliierten Schuldenfrage, die voraussichtliche Haltung der französischen Regierung, den Preis einer Reparationsregelung und Möglichkeiten deutscher Politik.	503
<b>182</b>	<i>Aktenvermerk von Schuberts zum Räumungs- und Reparationsproblem. Berlin, 9. April 1928</i> Notiz über Gespräche mit Gilbert betreffend die Liquidierung des Dawes-Plans, die interalliierten Schulden, Thoiry und die Rheinlandräumung.	505
<b>183</b>	<i>Notizen von Schuberts zum Beneš-Besuch in Berlin im Mai 1928. Grünhaus, Winter 1932/33</i> Vorbereitung und Ablauf der Gespräche. Benešs Reaktionen auf Schuberts Anregung einer engen wirtschaftlichen Verbindung der Tschechoslowakei, Österreichs und Deutschlands: erweiterte Donauförderung ohne Deutschland oder Zuziehung vor allem Frankreichs. Weitere Themen: Kellogg-Pakt, Sicherheitspakt, Anschluß Österreichs, Handelsvertragsverhandlungen.	509
<b>184</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem Mitglied der französischen Völkerbundsdelegation Paul-Boncour. Genf, 5. Juni 1928</i> Diskussion über den St. Gotthard-Fall (internationaler Waffenschmuggel) und den französischen Wunsch nach Ausweitung der Investigationskompetenz des Völkerbunds, den Schubert zugunsten einer internationalen Waffenkonvention abschwächt. Außerdem über Abrüstungs- und Rheinlandfrage.	512

Nr.	Dokument	S.
185	<i>Pressekonferenz der deutschen Völkerbundsdelegation. Genf, 5. Juni 1928</i>	515
	Thema: Konflikte in Polnisch-Oberschlesien, der St. Gotthard-Fall, die polnisch-litauischen Querelen, der ungarisch-rumänischen Op-tantenstreit, der Minderheitenschutz des Völkerbunds und die Ge-schäftsordnung des Völkerbundsrats.	
186	<i>Pressekonferenz der deutschen Völkerbundsdelegation. Genf, 9. Juni 1928</i>	519
	Information über Anstöße zur Reform des Minderheitenschutzes und, anlässlich des Comité consultatif économique, über die Notwendigkeit einer internationalen Wirtschaftszusammenarbeit; über die See- und Landabrüstung und – im Zusammenhang mit dem polnisch-litau-ischen Konflikt – über den Interpretationsrahmen des Art. 11 der Völ-kerbundssatzung.	
187	<i>Brief von Schuberts an Reichsminister Stresemann, Bühlerhöhe. Ber- lin, 30. Juni 1928</i>	524
	Bericht über Amtsgeschäfte, u.a. über die Kellogg-Pakt-Verhand- lungen, über Gespräche mit dem Reichspräsidenten und über das neue Kabinett Müller.	
188	<i>Aufzeichnung von Schuberts über die Diskussion des Kellogg-Pakts im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages (gekürzt). Berlin, 10. Juli 1928</i>	526
	Diskussion über Kellogg-Pakt, Sicherheitskomitee und Abrüstungsfr-agen.	
189	<i>Von Schubert an Reichsminister Stresemann, Bühlerhöhe. Berlin, 14. Juli 1928</i>	530
	Übermittlung wichtiger Vorgänge, vor allem des Ergebnisses der ge-heimen, inoffiziellen Juristenbesprechung (Gaus, Hurst, Fromageot) in Berlin über die Formulierung des Kellogg-Paktes, wobei sich die deutsche gegen die französische Auffassung durchgesetzt habe. Au-ßerdem Telegrammwechsel mit Hoesch über die französische Haltung zur Forderung nach Rheinlandräumung.	
190	<i>Von Schubert an Botschafter von Hoesch (gekürzt). Berlin, 24. Juli 1928</i>	534
	Die Haltung der deutschen Öffentlichkeit zum Kellogg-Pakt werde immer bedenklicher, die Kritik an den Vorbehalten Frankreichs wachse und werde mit der Frage der Rheinlandräumung verknüpft. Sie müsse jetzt vorangebracht werden. Übermittlung grundlegender Aufzeichnungen für das weitere Vorgehen auch in der Reparations-frage.	

Nr.	Dokument	S.
191	<i>Von Schubert an Reichsminister Stresemann, Karlsbad. Berlin, 1. August 1928</i> Auskunft über die Stellung der UdSSR und Spaniens zum Kellogg-Pakt und Befürwortung der Einbeziehung der UdSSR in die vertraglichen Vereinbarungen.	535
192	<i>Aufzeichnung von Schuberts: Instruktionen Stresemanns. Baden-Baden, 29. August 1928</i> Unterschiedliche Gegenstände, aber mit dem Schwerpunkt der Begegnung Poincaré/Stresemann und der Ingangsetzung der deutschen Initiative zur Rheinlandräumung. Störend seien öffentliche Äußerungen von Politikern über die Frage des österreichischen Anschlusses.	539
193	<i>Von Schubert an Ministerialdirektor Köpke (leicht gekürzt). Genf, 18. September 1928</i> In einem ganz persönlichen Brief rechtfertigt Schubert den Wert des in den Genfer Verhandlungen Erreichten: eine neue Grundlage der deutschen Politik durch Ingangsetzung von Verhandlungen über die vorzeitige Rheinlandräumung und die endgültige Regelung der Reparationen.	541
194	<i>Notizen von Schuberts zu seinen Gesprächen mit dem Reparationsagenten Gilbert von Juli bis November 1928. Grünhaus, Winter 1932/33</i> Gespräche über Opportunität und Modalitäten einer zu initiiierenden endgültigen Reparationsregelung und ihre Verbindung mit den interalliierten Schulden und der Rheinlandräumung.	546
195	<i>Auszug aus den Notizen von Schuberts über seine Gespräche mit dem Reparationsagenten Gilbert in den Jahren 1926 bis 1928. Berlin, 12. November 1928</i> Der Auszug umfaßt die Entwicklung zwischen dem letzten Gespräch mit Gilbert vor Schuberts Urlaub und dem ersten danach über die Frage der interalliierten Schulden, der Reparationsregelung und der Rheinlandräumung.	548
196	<i>Notizen von Schuberts zu seinen Gesprächen mit dem Reparationsagenten Gilbert im November 1928. Grünhaus, Winter 1932/33</i> Über Poincarés Haltung zur Verknüpfung von interalliierten Schulden und Reparationen und über Mißverständnisse zwischen Stresemann und Gilbert.	553
197	<i>Von Schubert an Ministerialdirektor Köpke. Lugano, 10. Dezember 1928</i> Auskunft über die erste Besprechungen während der Tagung des Völkerbundsrates, vor allem ein Gespräch Stresemanns mit Briand über die Reparationen und die Anschlußfrage, außerdem über eine Unterredung Schuberts mit Selby.	554

Nr.	Dokument	S.
<b>198</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichsminister Stresemann (gekürzt). Lugano, 12. Dezember 1928</i> Vorschläge Schuberts für die Gesprächsführung Stresemanns mit Briand und Chamberlain (Themen vor allem: Reparationsregelung, Rheinlandräumung, Abrüstung).	556
<b>199</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichsminister Stresemann. Lugano, 17. Dezember 1928</i> Im Kontext der Personalpolitik des AA Notizen über die Beschwerden Nadolnys, Rümelins und Dufours über die ihnen zugewiesenen Posten.	561
<p>Kapitel 4.4            Von den Reparations- und Räumungsverhandlungen bis            zur Ernennung von Schuberts zum Botschafter in Rom            (Januar 1929 bis Juni 1930)</p>		
<b>200</b>	<i>Stellungnahme von Schuberts vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages (Auszug). Berlin, 19. März 1929</i> Informationen über den Stand der Minderheitenfrage nach den beiden letzten Ratstagungen des Völkerbunds und Ausblick auf die Wilna-Frage.	563
<b>201</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium General von Schleicher. Berlin, 4. April 1929</i> Schleicher informiert über die aus der Zeit der Militärkontrollkommission unter seiner Ägide fortgeführte Telephonüberwachung verdächtigen Botschaftspersonals.	569
<b>202</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit König Boris III. von Bulgarien (gekürzt). Berlin, 10. April 1929</i> Gespräch über europäische Politik und deutsch-bulgarische Beziehungen.	570
<b>203</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem Leiter des Büros des Reichspräsidenten Staatssekretär Meissner. Berlin, 19. April 1929</i> Schubert präzisiert gegenüber Meissner, daß vom AA keine Instruktion an Hoesch zum Zwecke einer Beeinflussung der Haltung Schachts im Young-Komitee ergangen sei.	572
<b>204</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem Reparationsagenten Gilbert (gekürzt). Berlin, 3. Mai 1929</i> Gilbert erörtert vor seiner Parisreise ein mit Hilferding geführtes Gespräch über die Höhe, Annahme und Verwirklichung des Young-	573

Nr.	Dokument	S.
	Plans und hofft, daß es in Paris zu einer einvernehmlichen Regelung komme.	
<b>205</b>	<i>Aufzeichnung über die Pressekonferenz von Schuberts während der Völkerbundsratstagung, Madrid, 5. Juni 1929</i>	576
	Informationen über politische Erwartungen, die an die Erörterung der Minderheiten-, der Saar- und der Oberschlesienfrage geknüpft wurden.	
<b>206</b>	<i>Notizen von Schuberts über die Madrider Sitzung des Völkerbundsrats als Komitee für Minderheitenfragen, Juni 1929. Grünhaus, Winter 1932/33</i>	579
	Verhandlungen vom 7. bis 14. Juni 1929 und Kontroverse zwischen Schubert und Stresemann.	
<b>207</b>	<i>Notizen von Schuberts zu den Reichstagsverhandlungen im Anschluß an die Madrider Völkerbundsratstagung, Juni 1929. Grünhaus, Winter 1932/33</i>	581
	Breitscheids Intervention im Reichstag zugunsten einer Vertagung der Minderheitenfrage auf die Septembersitzung des Völkerbundes und Rückendeckung für Schubert durch Stresemann.	
<b>208</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter Jacquin de Margerie (leicht gekürzt). Berlin, 1. Juli 1929</i>	582
	Über die Vorbereitung der Ersten Haager Konferenz zur Verabschiedung des Young-Plans. Schubert drängt auf eine politische Lösung der Saarfrage und der Rheinlandräumung.	
<b>209</b>	<i>Aktennotiz nebst Anlagen vom Vortragenden Legationsrat Eisenlohr. Berlin, 3. Juli 1929</i>	585
	Auskunft über die Dispositionen zur Fortsetzung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, den Widerstand der Delegationsleiters Hermes und die Auseinandersetzungen darüber.	
<b>210</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Telefonat mit Botschafter von Hoesch (leicht gekürzt). Berlin, 8. Juli 1929</i>	589
	Hoeschs Kritik an den Leitlinien des AA für die 1. Haager Konferenz, insbesondere an der Betonung der Saar- und Rheinlandfrage; Zurückweisung durch Schubert.	
<b>211</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Telefongespräch mit Reichsminister Stresemann, Bühlerhöhe. Berlin, 8. Juli 1929</i>	592
	In Verbindung mit den feststehenden Bestimmungen des Young-Plans und mit der Vorbereitung der 1. Haager Konferenz warnt Schubert vor Plänen, die Reichsbahn wieder zu einem Staatsunternehmen zu machen.	

Nr.	Dokument	S.
212	<i>Notizen von Schuberts zu dem Briefwechsel Kaas/Wirth im Juli 1929. Grünhaus, Winter 1932/33</i> Kaas' Erregung über die Konziliations-Kommission: Wirth habe eine Verhinderung des öffentlichen Briefwechsels trotz der schweren Bedenken Schuberts für unmöglich gehalten.	593
213	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Telefongespräch mit Reichsminister Stresemann, Bühlerhöhe. Berlin, 19. Juli 1929</i> Verschiebung des Beginns der 1. Haager Konferenz auf den 6. August; die Teilnahme Reichskanzler Müllers wäre sehr zu begrüßen.	595
214	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem britischen Geschäftsträger Nicolson. Berlin, 19. Juli 1929</i> Besprechung über die etwaige Teilnahme der USA an der bevorstehenden Konferenz, über deren Ort, Vorbereitung und Behandlung der Saarfrage.	596
215	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem britischen Delegationssekretär Sir Maurice Hankey. Scheveningen, 5. August 1929</i> Besprechung von Prozedurfragen, Organisation und Vorsitz bei der 1. Haager Konferenz.	599
216	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit Reichsminister Stresemann. Scheveningen, 5. August 1929</i> Erörterung von neuralgischen Diskussionspunkten der 1. Haager Konferenz: Konziliationskommission, Rheinlandräumung, Saar, Rückgriff auf Thoiry.	601
217	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit Reichsminister Stresemann. Scheveningen, 5. August 1929</i> Schacht soll die diplomatische Vorbereitung der Sachverständigenberatungen (Young-Komitee), die durch Thoiry erschwert worden seien, kritisiert haben.	603
218	<i>Telegramm von Schuberts über eine Unterredung mit dem chinesischen Gesandten Chiang Tso-ping. Genf, 14. September 1929</i> Bericht über die dem chinesischen Gesandten mitgeteilte deutsche Position in der Frage des russisch-chinesischen Mandschureikonflikts und über die Absicht Pekings, den Völkerbund einzuschalten.	604
219	<i>Von Schubert an Ministerialdirektor Köpke. Genf, 17. September 1929</i> Aufzeichnungen über ein Gespräch Stresemanns mit Seipel und über jenes Frühstück bei Briand, in welchem dieser seinen Paneuropa-Plan umriß.	607
220	<i>Von Schubert an Reichsminister Curtius. Grünhaus, 24. Oktober 1929</i> Schubert konkretisiert seine Haltung und Beteiligung bei dem Verbot des „Stahlhelms“.	608



Nr.	Dokument	S.
221	<i>Von Schubert an den Staatssekretär in der Reichskanzlei Pünder. Berlin, 5. November 1929</i> Über außenpolitische Implikationen von Plänen zum engeren Zusammenschluß Europas.	610
222	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums Berthelot. Den Haag, 4. Januar 1930</i> Schubert und Berthelot sind sich anlässlich der 2. Haager Konferenz einig in ihrer Forderung nach einer klaren Politik ohne Verstellungen durch doppeldeutige Reden.	612
223	<i>Aufzeichnung von Schuberts über Gespräche mit dem Reichstagsabgeordneten Breitscheid (SPD), Ministerialdirektor Gaus und Reichsminister Curtius (leicht gekürzt). Den Haag, 6. Januar 1930</i> Unterredungen über etwaige Forderungen der ehemaligen Alliierten nach Sanktionen bei Verstoß gegen den Young-Plan und nach einer Beschränkung der Befugnisse des Reichsbankpräsidenten.	613
224	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichsminister Curtius. Den Haag, 8. Januar 1930</i> Erörterung von Presseangelegenheiten, der Auffassungen Schuberts über den Verkehr mit den anderen Delegationen und der erforderlichen Klarheit in den Reparationsfragen und der Haltung gegenüber Schacht.	615
225	<i>Rede von Schuberts vor dem Völkerbundsrat zum Gedächtnis an Reichsminister Stresemann. Genf, 13. Januar 1930</i> Schubert dankt dem Ratspräsidenten Zaleski für dessen Kondolenz zu Stresemanns Tod und charakterisiert in nuce Leitlinien der Außenpolitik Stresemanns, insbesondere dessen Hochschätzung des Völkerbunds. Appell an die im Gedächtnis an Stresemann fortzusetzende konstruktive Völkerbundsarbeit.	617
226	<i>Aufzeichnung von Schuberts über während der Genfer Völkerbundsratstagung geführte Gespräche (gekürzt). Berlin, 19. Januar 1930</i> Gespräche über die Londoner Seeabrüstungskonferenz, das italienische Regime, Schobers kommenden Rom-Besuch, die 2. Haager Konferenz, Ungarn und die britische Irak-Politik, vor allem mit Grandi, über die Abrüstung insgesamt, den südosteuropäischen Handel, einen europäischen Zollfrieden und wirtschaftlichen Zusammenschluß, das deutsch-französische Verhältnis und die Saarfrage.	619
227	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem Journalisten Reiner. Berlin, 10. Februar 1930</i> Schubert warnt Reiner, nach der Rheinlandräumung im Anschluß Österreichs an das Reich ein nationales Ideal für das deutsche Volk zu verkünden.	624

Nr.	Dokument	S.
228	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit Reichswehrminister Groener. Berlin, 10. Februar 1930</i> Groener habe kein Interesse daran gehabt, die deutsch-russischen Militärkontakte zu besprechen.	625
229	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit Reichsminister Curtius. Berlin, 14. Februar 1930</i> Dringende Bitte an Curtius, ihm Vortrag über die aus den deutsch-russischen Rüstungskontakten erwachsenden politischen Implikationen halten zu dürfen.	625
230	<i>Aufzeichnung von Schuberts. Berlin, 18. Februar 1930</i> Konzeption der künftigen Politik gegenüber der UdSSR.	626
231	<i>Notizen von Schuberts über den Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Schober in Berlin im Februar 1930. Grünhaus, Winter 1932/33</i> Trotz der Warnungen vor den vertraglichen Hürden gegen den Anschluß oder eine Zollunion mit Österreich sei auf Intervention Curtius' beschlossen worden, für eine Zollunion Vorarbeiten aufzunehmen.	628
232	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem italienischen Botschafter Orsini Baroni. Berlin, 15. März 1930</i> Orsini regt anlässlich von Curtius' Reise nach Locarno nachdrücklich einen Besuch bei Mussolini an und erinnert an Stresemanns Verhalten.	629
233	<i>Von Schubert an Botschafter von Prittwitz und Gaffron (gekürzt). Berlin, 13. April 1930</i> Informationen über die innenpolitischen Hürden, die Young-Gesetze und das deutsch-polnische Liquidationsabkommen durchzusetzen, und Gerüchte über ein Revirement im auswärtigen Dienst.	631
234	<i>Artikel aus der polnischen Zeitung Kurier Posnański, Nr. 221 vom 14. Mai 1930</i> Kommentar über das Wirken Schuberts im AA und die Bedeutung seines Wechsels nach Rom.	632
235	<i>Schreiben von Schuberts an den Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums Schäffer. Berlin, 18. Mai 1930</i> Übersendung interner Verfügungen von 1920 zur Abgrenzung der Kompetenzbereiche des politischen und des wirtschaftlichen Staatssekretärs im AA.	634

Nr.	Dokument	S.
<b>Kapitel 5</b>		
<b>Botschafter in Rom und Versetzung in den Ruhestand (Oktober 1930 bis 18. Juli 1933)</b>		
<b>236</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit Reichspräsident von Hindenburg und Staatssekretär Meissner. Berlin, 9. Oktober 1930</i> Abschiedsaudienz Schuberts bei Hindenburg vor Antritt des Botschafterpostens in Rom.	636
<b>237</b>	<i>Von Schubert an Vortragenden Legationsrat Eisenlohr. Rom, 18. November 1930</i> Wegen der deutschen Handelspolitik in Südosteuropa. Bitte um Erläuterung, wie Kontingentierung mit Meistbegünstigung zu vereinbaren sei.	639
<b>238</b>	<i>Tagesaufzeichnung von Schuberts, Berlin, zum 15. Dezember 1930.</i> Schubert konstatiert ein verändertes politisches Klima in Berlin. In Gesprächen mit u.a. Kühlmann, Andrae und Bülow wird er anlässlich von Schachts USA-Reise über mögliche plötzliche Maßnahmen und Konfrontationen u.a. in der Reparations- und Abrüstungsfrage und wegen der Kandidatur Beneš' für den Vorsitz der Abrüstungskonferenz informiert. Außerdem über die Wirtschaftslage und vermutete italienische Gelder für Hitler.	641
<b>239</b>	<i>Tagesaufzeichnung von Schuberts, Rom, zum 9. Januar 1931</i> Kritisches Resümee der uneinheitlichen deutschen Diplomatie gegenüber Italien beim Vorgehen beider Staaten gegen eine Kandidatur Beneš' für den Vorsitz der Abrüstungskonferenz.	646
<b>240</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Kardinalstaatssekretär Pacelli. Rom, 19. Januar 1931</i> Meinungsaustausch u.a. über die nationalsozialistische Bewegung, die Sowjetunion, Curtius' politischen Stand, die deutsch-polnischen Beziehungen und über Mussolini.	648
<b>241</b>	<i>Tagesaufzeichnung von Schuberts, Rom, zum 19. Januar 1931.</i> Schubert gibt Rechenschaft über seine, das Wort „Republik“ betonende Ansprache anlässlich der Reichsgründungsfeier. Bemerkungen über seinen Besuch bei Pacelli und die Affaire um die mißglückte deutsch-italienische Intervention gegen die Beneš-Kandidatur für die Abrüstungskonferenz.	651
<b>242</b>	<i>Von Schubert an Vortragenden Legationsrat Eisenlohr (gekürzt). Rom, 21. Januar 1931</i> Unter Berücksichtigung deutscher Interessen Überlegungen über Frankreichs und Italiens Südosteuropapolitik. Italien erlege sich han-	652

Nr.	Dokument	S.
	delspolitische Zurückhaltung wegen seiner Importabhängigkeit von Südamerika auf.	
243	<i>Zusammenstellung von Schuberts über internationale Politik. Rom, 11. März 1931</i>	654
	Kontakt u.a. mit Grandi, Mussolini, Rüsdi Aras und Bülow über Abrüstung, internationale Wirtschaft, Finanzen und Verschuldung, Reparationen und deutsch-italienische Beziehungen vom 12. November 1930 bis 5. März 1931.	
244	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Staatssekretär von Bülow. Berlin, 13. März 1931</i>	661
	Über Schwierigkeiten im Geschäftsverkehr, deutsch-italienische Beziehungen seit Stresemann, das Zwölfer-Komitee des Völkerbunds über europäische Studien, die Kandidaten für die Präsidentschaft der Abrüstungskonferenz, für die Schubert eine „deutsch-englisch-italienische Front“ empfiehlt, und über die deutsch-französischen Beziehungen. Bülow orientiert Schubert über die geplante deutsch-österreichische Zollunion.	
245	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichsminister Curtius. Berlin, 14. März 1931</i>	669
	Bülow sei zugezogen worden. Schubert habe Curtius' Zustimmung zu einer konstruktiveren deutsch-italienischen Politik erhalten. Diskussion über den Zeitpunkt der Veröffentlichung der Zollunions-Abmachung.	
246	<i>Aufzeichnung von Schuberts über Gespräche mit Staatssekretär von Bülow und den Ministerialdirektoren Gaus, Ritter und Köpke (gekürzt). Berlin, 14. März 1931</i>	673
	Schubert wird über Genese und taktische Behandlung der Zollunionsfrage aufgeklärt. Schuberts Bedenken. Alle seien sich einig über „unangenehme Weiterungen“ gewesen. Kurz über Weltwirtschaftskrise und Abrüstung.	
247	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Staatssekretär von Bülow. Berlin, 14. März 1931</i>	676
	Über das gespannte Verhältnis zwischen Schubert und Hindenburg. Schubert habe sein Streben nach dem Londoner Botschafterposten bekräftigt.	
248	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Staatssekretär von Bülow. Berlin, 14. März 1931</i>	677
	Neurath scheine seinem Aufgabenbereich „intellektuell nicht gewachsen“ zu sein.	

Nr.	Dokument	S.
249	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichskanzler Brüning. Berlin, 14. März 1931</i> Gespräch über Schuberts Sicht der deutsch-italienischen Beziehungen und dabei kurz über die Reparationspolitik. Außerdem über die parlamentarische Lage in Deutschland. Die Zollunionsfrage wird auf Bitten von Bülow's nicht vertieft, da Brüning „noch nicht ganz im Bilde“ sei.	678
250	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichskanzler Brüning. Berlin, 14. März 1931</i> Brüning berichtet über Deutschlands sehr schlechte finanzielle Lage; im Mai müsse man Erleichterungen im Rahmen des Young-Plans suchen. Das reiche nicht. Deswegen müßten später Reparationszahlungen nach dem Young-Plan eingestellt werden. Schubert empfiehlt rechtzeitige diplomatische Vorbereitung.	682
251	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Ministerialdirektor Ritter. Berlin, 14. März 1931</i> Erörterung der vernünftigsten Diplomatie, die deutsche und österreichische Demarche zur Ankündigung des Zollunionsprojektes durchzuführen.	683
252	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichsminister Curtius. Berlin, 15. März 1931</i> Schubert berät sich mit Curtius über Abrüstung, Zollunion, Reparationen und Weltwirtschaftslage.	684
253	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem österreichischen Gesandten Egger. Rom, 19. März 1931</i> Besprechungen über die durchzuführende Demarche wegen des deutsch-österreichischen Zollunionsprojekts. Egger sei kaum informiert oder instruiert gewesen.	686
254	<i>Zusammenstellung von Schuberts zur Vorbereitung einer Unterredung mit dem italienischen Außenminister Grandi. Rom, 21. März 1931</i> Stichpunkte über Gründe, Entstehung, vorbereitende Schritte und Implikationen einer deutsch-österreichischen Zollunion und ihre Besonderheiten.	690
255	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem tschechoslowakischen Gesandten Mastný. Rom, 26. März 1931</i> Rechtfertigung der deutsch-österreichischen Zollunion als ein für die europäische und in Sonderheit für die regionale Wirtschaft sinnvolles Projekt. Schubert betont, daß die Tschechoslowakei prädestiniert zu einem Wirtschaftsverbund mit Deutschland und Österreich sei. Der Gesandte pflichtet dem wegen der wirtschaftsstrukturellen Disparitäten innerhalb der Kleinen Entente bei.	693

Nr.	Dokument	S.
256	<i>Tagesaufzeichnung von Schuberts (gekürzt), Rom, zum 10. April 1931</i> Schubert und Austen Chamberlain blicken auf Vorgänge um Thoiry zurück.	694
257	<i>Zusammenstellung von Schuberts über die italienische Reaktion auf das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt (gekürzt). Rom, 24. April 1931</i> Überblick über die in der Zollunionsaffaire vom 18. März bis 21. April durch Schubert geführten Gespräche und Schriftwechsel.	695
258	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem italienischen Außenminister Grandi (gekürzt). Rom, 8. Juni 1931</i> Ausführliche Erörterung des deutsch-österreichischen Zollunionsprojekts; außerdem über die prekäre deutsche Wirtschaftslage, die Reparationen und die Situation Europas.	702
259	<i>Tagesaufzeichnung von Schuberts, Berlin, zum 15. Juni 1931</i> Bülow informiert über die Gespräche in Chequers, vor allem über die Forderung nach einem Reparationsmoratorium, die Notlage und Krise in Deutschland. Diskussion über Schuberts Vorgehen in Rom, über deutsch-französische Pläne, die England-Politik und den Stand der Zollunionsfrage. Weitere Gespräche über die innere und äußere Lage.	706
260	<i>Tagesaufzeichnung von Schuberts, Berlin, zum 20. Juni 1931</i> Bericht über die turbulente Genese eines von Präsident Hoover zur Ingangsetzung seines Moratoriums erbetenen Telegramms von Hindenburg über die Notlage Deutschlands; Kritik an dem ungeordneten Vorgehen in Berlin.	714
261	<i>Konzept einer Rede von Schuberts zur Verfassungsfeier. Rom, 11. August 1931</i> Betonung der Kontinuität der Weimarer Republik seit 1919 und der Hoffnung auf das Zusammenhalten des deutschen Volkes in der wirtschaftlichen Krise. Schubert übermittelt der deutschen Kolonie in Rom Brünings und Curtius' Grüße und würdigt das „in der Republik geeinte deutsche Volk“.	721
262	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichspräsident von Hindenburg (gekürzt). Berlin, 14. Oktober 1931</i> Über Mussolini, die Stabilität des faschistischen Italiens und die Ansichten Hindenburgs von seiner Cousine, über die Unzuverlässigkeit der italienischen Armee im Ersten Weltkrieg und der italienischen Politik.	723
263	<i>Tagesaufzeichnung von Schuberts, Berlin, zum 7. Januar 1932</i> Gespräche u.a. mit Simson über die Handelsvertragsverhandlungen mit Italien, Bülow über die Reparationen, Hoesch über dessen Haltung zum Plan der deutsch-österreichischen Zollunion und Neurath	725

Nr.	<i>Dokument</i>	S.
	über die Abrüstungskonferenz. Anlaß der Reise Schuberts nach Berlin waren die Reparationsbesprechungen in der Reichskanzlei und die Absicht Brüning's, die Reparationszahlungen zu beenden. Dabei auch Bemerkungen Brüning's über die innenpolitische Lage und seine Gespräche mit Hitler.	
<b>264</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem italienischen Abteilungsdirektor Guariglia. Rom, 9. Februar 1932</i>	738
	Schubert rügt den schleppenden Fortgang der Behandlung der Reparationen und der interalliierten Schulden und empfiehlt, sie anläßlich der Abrüstungskonferenz aufzuwerfen. Guariglia erwidert, daß mit Rücksicht auf Frankreich und die USA nur ein längerfristiges Moratorium politisch durchsetzbar sei, dessen politischen Sinn Schubert leugnet.	
<b>265</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem Kabinettschef des italienischen Außenministers Ghigi. Rom, 26. Februar 1932</i>	741
	Beanstandung der schleppenden Entwicklung der deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen wegen der Fristen für Kündigungsverzicht und der Schwierigkeiten von industriellen Absprachen.	
<b>266</b>	<i>Chronologische Zusammenstellung von Schuberts zum Tardieu-Plan und zum Südosteuropa-Problem. Rom, 14. März 1932</i>	745
	In Vorbereitung einer Unterredung mit Grandi gibt Schubert einen Überblick über deutsche Stellungnahmen vom 16. Februar bis 12. März zu Hilfsaktionen für die Donauländer und zum Tardieu-Plan.	
<b>267</b>	<i>Von Schubert an Ministerialdirektor Köpke. Rom, 6. April 1932</i>	750
	Bericht anläßlich der Gedenkfeiern zum 100. Todestag Goethes über die erfreuliche deutsch-italienische Verständigungshaltung; ferner über die konstruktiven Gespräche Posse's und Wiehls in Rom in bezug auf die Wirtschaftssanierung des Donaauraums; Bitte um Informationen über die Londoner Donau-Konferenz.	
<b>268</b>	<i>Von Schubert an Staatssekretär von Bülow. Rom, 23. April 1932</i>	752
	Rechtfertigung des Umfangs und der Intensität in der Berichterstattung der Botschaft und ihrer Organisation. Gründe gegen einen verringerten Personalstand der Botschaft.	
<b>269</b>	<i>Von Schubert an Ministerialdirektor Köpke. Rom, 15. Juni 1932</i>	754
	Optimistische Skepsis bezüglich der Arbeitsfähigkeit der „so ungefähr überhaupt nicht“ vorbereiteten Lausanne-Konferenz; außerdem Stellungnahme zur Nachfolgefrage des Militärattachés von Richthofen und weitere Interna.	

Nr.	Dokument	S.
270	<i>Von Schubert an Ministerialdirektor Köpke. Rom, 30. Juni 1932</i> Im Anschluß an Dok. 268 Stellungnahme zu Personalfragen der Botschaft. Tiefe Enttäuschung Schuberts darüber, bei der Neubesetzung der Botschaft in London nicht berücksichtigt zu werden.	756
271	<i>Tagesaufzeichnung von Schuberts (leicht gekürzt), Rom, zum 19. Juli 1932</i> Gespräch mit Grandi über die Lausanner Konferenz: die Haltung Italiens, die Kritik Schuberts am britisch-französischen Konsultativpakt und die weiterhin ungelöste Weltwirtschaftskrise; außerdem zum sog. Altonaer Blutsonntag.	758
272	<i>Tagesaufzeichnung von Schuberts (gekürzt), Rom, zum 22. Juli 1932</i> Überlegungen zur Demission Grandis. Ausführlich über eine Unterredung mit Chvalkovský: Schubert werde im Berliner diplomatischen Corps sehr vermißt, ein Beispiel sei die Behandlung der ersten Nachrichten über das Zollunionsprojekt; daraufhin eingehende Erörterung der Gespräche Schuberts mit Beneš 1928 (Dok. 183).	759
273	<i>Aufzeichnung von Schuberts zur Abrüstungspolitik. Rom, 23. Juli 1932</i> Schubert mißbilligt die in der Genfer Abrüstungskonferenz verlesene ultimative Gleichberechtigungsforderung und warnt vor den Folgen. Außerdem zur Übernahme der auswärtigen Angelegenheiten durch Mussolini.	761
274	<i>Tagesaufzeichnung von Schuberts (gekürzt), Rom, zum 26. Juli 1932</i> Über ein Gespräch mit Kastl, der Vorwürfe gegen Methoden und Ziele der deutsche Politik in Lausanne erhebt, über die Absetzung Brünings und die Berufung von Papens berichtet und auf die Kamarilla um Hindenburg verweist; außerdem über Kastls Beurteilungen der wirtschaftlichen Lage Großbritanniens und der USA.	763
275	<i>Aufzeichnung von Schuberts. Rom, 1. August 1932</i> Resümee der unzulänglichen Informationspraxis des AA anlässlich einer Audienz Schuberts bei Mussolini, der Einstellung in Berlin zur Politik Borahs und zum britisch-französischen Konsultativ-Pakt.	766
276	<i>Konzept von Schuberts für eine Ansprache in der Universität für Ausländer in Perugia am 8. August 1932</i> Eintreten für Kenntnis, Verständigung und Achtung der Völker untereinander als Aufgabe der Jugenderziehung, auch im kulturellen Austausch zwischen Italien und Deutschland.	768
277	<i>Tagesaufzeichnung von Schuberts, Rom, zum 10. August 1932</i> Zusammenstoß Schuberts mit Smend über dessen Entwurf einer der nationalsozialistischen Bewegung Beifall zollenden Rede; dagegen sei	769



Nr.	<i>Dokument</i>	S.
	Scheffers Skizze unauffektiert. Entschluß, eine eigene Rede ohne politische „Schlaglichter“ zu verfassen.	
	<i>Anlage I: Entwurf Smends für eine Rede zur Verfassungsfeier. Rom, 9. August 1932</i>	
	<i>Anlage II: Entwurf Scheffers für eine Rede zur Verfassungsfeier. Rom, 10. August 1932</i>	
	<i>Anlage III: Konzept von Schuberts für eine Rede zur Verfassungsfeier. Rom, 10. August 1932</i>	
<b>278</b>	<i>Tagesaufzeichnung von Schuberts, Rom, zum 11. August 1932</i> Vor allem über die Wirkung von Schuberts Rede zum Verfassungstag (Dok. 277 Anlage III).	775
<b>279</b>	<i>Tagesaufzeichnung von Schuberts (gekürzt), Rom, zum 7. September 1932</i> Darlegung der Intention des Beschwerdebriefes von Schubert an Neu-rath vom 5. September 1932 über die Geschäftsführung des AA.	776
<b>280</b>	<i>Tagesaufzeichnung von Schuberts über die Besprechungen in Berlin am 10. September 1932, nachträglich diktiert. Rom, 4. Oktober 1932</i> Schubert erfährt in Berlin, daß er zur Disposition gestellt wird. Reaktionen und Gespräche; Unklarheit über die Gründe. Kritik an der Abrüstungspolitik, auch von Hoesch.	778
<b>281</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Ministerialdirektor Gaus. Berlin, 17. September 1932</i> Kritik Schuberts an der deutschen Außenpolitik und der Taktik gegenüber Frankreich.	786
<b>282</b>	<i>Tagesaufzeichnung von Schuberts (gekürzt), Grünhaus, zum 7. Dezember 1932</i> Gräfin Sierkstorff berichtet über Verunglimpfungen und Gerüchte gegen Schubert, der meint, die Gründe für seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand seien weiterhin unklar.	787
<b>283</b>	<i>Tagesaufzeichnung von Schuberts (gekürzt), Berlin, zum 13. Dezember 1932</i> Ergebnislose Unterredungen mit u.a. Kühlmann und Flotow über die Gründe für Schuberts Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, über Deutschlands innere Lage und die Akteure der deutschen auswärtigen Politik.	789
<b>284</b>	<i>Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Graf Westerholt. Grünhaus, 13. Mai 1933</i> Eckpunkte der außenpolitischen Konzeption Schuberts.	795

<i>Nr.</i>	<i>Dokument</i>	<i>S.</i>
<b>285</b>	<i>Erlaß des Reichsministers Frhr. von Neurath an von Schubert. Berlin, 15. Juli 1933</i> Auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wird Schubert endgültig in den Ruhestand versetzt.	796



# Dokumente



# Kapitel 1

## Im Auswärtigen Amt und an der deutschen Gesandtschaft in Bern (1914 bis 1919)

### 1

#### **Botschaftsrat von Kühlmann an von Schubert Stockholm, 15. September 1914**

*Ausfertigung. Nl. v. Schubert, Mappe: Lose Blätter.<sup>1</sup>*

Lieber Karl!

Marguerite ist gestern angekommen und hat mir Deine freundlichen Grüße überbracht. Ich freue mich schrecklich, sie hier zu haben, denn es tut einem recht wohl, manchmal auf andere Gedanken zu kommen und etwas anderes reden zu können als immer nur Telegramme, Kriegsnachrichten, englische, schwedische und deutsche Presse. Marguerite hat mir auch erzählt, daß Du jetzt schon wieder feldgrau bist und doch noch hoffst, an die Front zu kommen. So begreiflich es ist vom menschlichen Standpunkte aus, daß Du Dich aus der Atmosphäre der Wilhelmstraße<sup>2</sup> heraussehnst ins Feld, wo wenigstens klare Verhältnisse sind, die den Wirkungskreis jedes einzelnen scharf umschreiben, so sehr würde ich es bedauern, wenn Dein Wunsch wirklich in Erfüllung ginge und sie Dich an die Front schicken würden. In einer Zeit wie der jetzigen muß man ein, ich möchte sagen, abstraktes höheres Pflichtbewußtsein haben, nicht das tun, was man gerne tut, sondern das, was man bei ernstem und aufrichtigem Nachdenken als das für die Allgemeinheit Nützlichste erkennt. Als Leutnant einer Ersatzschwadron in der Front kannst Du für das Ganze verhältnismäßig wenig leisten. Auf alle Fälle kann Deine Leistung, so vortrefflich sie ist, für die Entscheidung in einigem Umfange nicht in Frage kommen. Andernteils bist Du in dem diplomatischen Gewerbe, das wir beide – leider, möchte ich fast sagen – ausüben, einer von den 10 oder 12 Leuten, auf die bei der allgemeinen Rekonstruktion, die nötig sein wird, wie auch die Würfel des großen Kriegsspieles fallen, gerechnet werden kann und muß. Meiner Ansicht nach ist deshalb Deine klare Pflicht, so viel als möglich zu vermeiden, daß Du in einer Frontstellung unnötig eingesetzt wirst, da Du an anderer Stelle hunderttausendmal wichtiger bist.<sup>3</sup> Laß Dich meinetwegen zur belgischen Zivilverwaltung oder zu ir-

---

<sup>1</sup> Das Dok. entstammt einer Reihe von Schriftstücken, die unsortiert aufgefunden wurden. Erst mit dem Pol. Tgb., Bd. I, das den Zeitraum Februar bis Mai 1920 umfaßt, beginnt die geordnete Überlieferung.

<sup>2</sup> AA, Berlin.

<sup>3</sup> Kühlmann schrieb in seinen Erinnerungen über Schubert, dessen Vorgesetzter er als Botschaftsrat an der Botschaft London von 1912-14 war: „Neben Hoesch arbeitete Carl von Schubert, mit meiner Frau durch seine Mutter, eine Tochter des Königs Stumm verwandt, ebenfalls ein über den Durchschnitt begabter Diplomat, der seitdem das Staatsse-

gend etwas anderem kommandieren. An sich aber glaube ich, daß Du im Amte, so wenig erquicklich die Verhältnisse dort sein mögen, bei weitem am nützlichsten bist.

Laß mich gelegentlich einmal wieder von Dir hören. Grüße die Deinen von uns beiden schönsten!

[eigenhändig:] aufrichtig Dein alter Onkel  
Richard

2

**Telegramm des Gesandten Frhr. von Romberg an das Auswärtige Amt  
Bern, 4. September 1918**

*Telegrammabschrift. PA, Personalakte v. Schubert, PA, Rep. IV, Pers. 483, Bd. 3.<sup>1</sup>*

Plötzliche Versetzung des Leiters meiner politischen Abteilung bedeutet völlige Lahmlegung des weitverzweigten politischen Nachrichtendienstes der Gesandtschaft, den Schubert persönlich aufgebaut hat und dessen vortreffliche und reibungslose Arbeit lediglich auf Schuberts persönlichem Vertrauensverhältnis zu allen beteiligten Faktoren beruht.<sup>2</sup>

---

ekretariat des Auswärtigen Amts und die Quirinalbotschaft in Rom mit Erfolg verwaltet hat. Herr von Bethmann gehörte ebenfalls einige Zeit der Botschaft an. Seine Gattin, die schöne Renata Harrach, die später die Gattin des Herrn von Schubert wurde, gehörte zu meinem engen Berliner Freundeskreis [...].“ Kühlmann, Erinnerungen, S. 289.

---

<sup>1</sup> Antwort auf Erlaß vom 31. August 1918. Fundort: PA, Rep. IV, Pers. 483, Bd. 3.

<sup>2</sup> An der Gesandtschaft in Bern hatte Schubert während des Krieges – er wirkte dort vom 9. Juli 1915 bis 31. Juli 1919 – Kontakte zu verschiedenen Informanten und Vertrauensmännern (Agenten), mittels deren Hilfe er hoffte, wichtige Informationen der Entente-mächte nach Berlin liefern zu können. Am 25. März 1919 schrieb Schubert an Horstmann auf dessen Frage, ob es noch nötig sei, einen rumänischen Vertrauensmann weiter zu finanzieren, da dieser keine nennenswerten Informationen liefere: „Daß die Berichte des Vertrauensmannes heute oft nicht viel Neues enthalten, sondern sich vielfach mit dem decken, was wir bereits auch aus der Presse wissen, ist uns auch aufgefallen. [...] Den Vertrauensmann abzuschaffen, halte ich nicht für zweckmäßig. Wir haben heute nicht mehr viele Verbindungen zur Entente und müssen meines Erachtens die Verbindungen, die wir noch haben und die uns eines Tages nützlich werden können, soweit es geht, weiter zu erhalten suchen.“ -PA, R 2358. Auch der Nachrichtendienst des Heeres hatte die Gesandtschaft Bern während des Krieges als Anlaufstelle für seine Agenten genutzt. Als im Frühjahr 1919, in der Anfangsphase der Republik, von der Nachrichtenstelle Berlin des Großen Generalstabes eine Wiederbelebung des geheimdienstlichen Nachrichtendienstes eingeleitet wurde, den man in Bern als hinderlich und kompromittierend einstufte, schrieb der Gesandte Adolf Müller am 14. April 1919 an das AA: „Ich muß den wiederholten Versuch der militärischen Nachrichtenstellen, die Vermittlung der Gesandtschaft anzugehen, auf das bestimmteste zurückweisen und lege hiergegen schärfsten Protest ein. Ich bitte nachdrücklichst, mich darin zu unterstützen, daß der militärische Nachrichtendienst in der Schweiz völlig eingestellt wird.“ -PA, R 2357. Über Adolf Müller (SPD) siehe die Biographie von Pohl. Daraufhin schrieb das AA (Langwerth von Simmern) am 30. April an Reichswehrminister Noske, nachdem auch französische Zei-

[...]³ Abgesehen von schwerer persönlicher Belastung, die ich erleide, halte ich mich verpflichtet, auf große politische Tragweite der Maßnahme mit allem Nachdruck hinzuweisen.<sup>4</sup>

## 3

### Aufzeichnung von Schuberts zum Friedensvertragsentwurf Versailles, 14. Juni 1919

*Ausfertigung. PA, R 22005.<sup>1</sup>*

Sollte, wie zu erwarten steht, der Gegenvorschlag der Entente lediglich Scheinkonzessionen enthalten, die die Natur des ursprünglichen Vertrages in seinen wesentlichen Grundsätzen keineswegs verändern, so ist zunächst diese Tatsache dem Kabinett, der Nationalversammlung und der öffentlichen Meinung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln klarzumachen.

tungen über den Aufbau eines deutschen Geheimdienstnetzes in der Schweiz berichtet hatten: „Ew. pp. werden mit mir darin übereinstimmen, daß es nicht möglich ist, den feindlichen journalistischen Treibereien und ihren Folgen wirksam entgegenzutreten bei einem Andauern des bisherigen Zustandes. Nach Berichten aus der Schweiz sollen seitens des Generalstabes nach wie vor Agenten dorthin entsandt werden, um Nachrichten politischer Natur zu sammeln, die unter Umgehung der deutschen Auslandsbehörden nach Deutschland gelangen. [...] Ew. pp. wäre ich zu besonderem Dank verpflichtet, mich angesichts der Schwierigkeiten, mit denen die deutsche auswärtige Politik zur Zeit zu kämpfen hat, darin zu unterstützen, daß bei den in Betracht kommenden Militär- und Marinestellen möglichst umgehend nachdrücklich auf die Unterlassung jeglicher politischer propagandistischer Tätigkeit im Auslande hingewirkt wird.“-PA, R 2357. Erst am 5. August 1919 nahm ein Mitarbeiter des Ministeriums dazu Stellung und schrieb an das AA: „Die Versuche [...] alte Beziehungen des Nachrichtendienstes wieder anzuknüpfen, fielen in eine Zeit, in der die völlige Ablehnung des gesamten Nachrichtendienstes seitens des Auswärtigen Amtes dem Generalstab noch nicht bekannt war.“ Eine Einstellung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit wurde aber mit der Begründung abgelehnt: „Solange nicht der Gedanke des Völkerbundes in den feindlichen Ländern zum Durchbruch gekommen ist, muß ein geheimer Nachrichtendienst bestehen bleiben. Er ist im Interesse der Landesverteidigung unentbehrlich.“-PA, R 2358.

<sup>3</sup> Weitere Personalprobleme und Frage nach Schuberts möglichem Nachfolger.

<sup>4</sup> Die Einberufung Schuberts ins AA wurde daraufhin wieder rückgängig gemacht. Eine weitere Einberufung Schuberts, Tel. v. 26. Januar 1919, wurde im Tel. Müllers v. 28. Januar mit der Begründung abgelehnt: „Legationsrat v. Schubert ist hier unentbehrlich und ich bitte dringend keine anderweitige Verwendung für ihn in Aussicht zu nehmen“-PA, Rep. IV, Pers. 483, Bd. 3.

<sup>1</sup> Das Dok. hat keine Überschrift; Vermerk im AA (J.-Nr. A 173791): „Aufzeichnung des LR v. Schubert v. 14/6/19. Z. d. A. R[oediger] 27/6.“ Schubert war am 27. April 1919 von Brockdorff-Rantzau aus der Gesandtschaft Bern ins AA einberufen worden: „Ich brauche ihn zu wichtiger Orientierung weitgehendst in Versailles.“-PA, Rep. IV, Pers. 483, Bd. 3. Seinen Dienst trat er am 2. Mai an und reiste bereits am 9. Mai weiter zur deutschen Friedensdelegation nach Versailles (französischer Grenzübertritt am 11. Mai, zurück am 16. Juni laut Ministerialreisepaß für Versailles, Nl. v. Schubert, Pol 4 „Versailles“). Erst am 18. Juli kehrte er für wenige Tage nach Bern zurück, um anschließend einen längeren



Denjenigen, welche trotz alledem unterzeichnen wollen, ist darzulegen, daß sie mit der Unterzeichnung ein unverantwortliches Vabanquespiel treiben. Dabei ist folgendes auszuführen: Jeder Deutsche, welcher Partei er auch immer angehört, muß sich darüber klar sein, daß der Vertrag unerfüllbar ist und daß Deutschland durch die Annahme eines solchen Vertrages der Entente eine Handhabe gibt, um das deutsche Volk auf Jahrzehnte hinaus in Knechtschaft zu halten, wobei natürlich auch alle für die breiten Massen des Volkes durch die Revolution erstrittenen Errungenschaften illusorisch werden würden. Jeder Deutsche also, der sich für die Unterzeichnung des Vertrages ausspricht, muß von der Hoffnung ausgehen, daß die Bestimmungen des Vertrages in der jetzigen Form doch nicht zur Ausführung kommen werden. Diese Hoffnung kann sich entweder darauf gründen, daß die Entente selbst erkennen wird, daß die Bestimmungen sich nicht durchführen lassen werden, oder darauf, daß in absehbarer Zeit der völkerversöhnende Geist der Welt einen derartigen Umfang angenommen haben wird, daß unsere Feinde aus Billigkeitsgründen von der Durchführung ihrer exorbitanten Forderungen Abstand nehmen werden. In beiden Fällen steht diese Hoffnung auf sehr schwankenden Füßen. Wir geben durch die Unterzeichnung des Vertrages der Entente selbst einen Rechtstitel in die Hand, uns soweit auszusaugen, wie es ihr im eigenen Interesse gut erscheint. Auf den völkerversöhnenden Geist zu vertrauen, wo es sich um die Realisierung sehr vitaler Interessen der Ententevölker handelt, setzt einen recht naiven politischen Glauben voraus. Es würde daher dem Vabanquespiel eines verzweifelten Spielers gleichkommen, wollte man sich bei der Unterzeichnung des Vertrages von derartigen Hoffnungen leiten lassen.

Man wird, befürwortet man die Nichtunterzeichnung des Vertrages, den Einwand zu hören bekommen, besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Es ist aber durchaus nicht gesagt, daß dieser Satz für die augenblickliche Lage Deutschlands Gültigkeit besitzt.

Wenn wir jetzt erklären, daß der Vertrag auch mit den neuerdings von der Entente vorgeschlagenen Änderungen für uns unerfüllbar ist und daß wir ihn daher als ehrliche Leute nicht unterzeichnen können, so fragt es sich, welche Maßnahmen die Entente [treffen wird].<sup>2</sup>

---

Urlaub zur Wiederherstellung der Gesundheit anzutreten (1. August bis 18. November 1919). In Versailles fungierte Schubert als Koordinator für die verschiedenen Arbeitsgruppen. Er gehörte der von Haniel geführten politischen Kommission als Referent an, er war darin zuständig für die russischen Staaten, die deutsch-österreichischen Gebiete und saß gleichzeitig in der dieser angegliederten Kommission für militärische Fragen (besetzte Gebiete).-Nl. v. Schubert, Pol 4 „Versailles“ – dort auch ein Exemplar vorliegender Aufz. sowie weiteres Material über die Arbeit der Friedensdelegation, u. a. über geheime Kontakte (Aufz. Schuberts am 2. Juni 1919 über zwei Gespräche mit G[ibson], der geraten habe, die Reichsregierung solle sofort Aufnahme in den Völkerbund verlangen, und Erleichterungen bei den Friedensbedingungen in Aussicht gestellt habe; Schubert hingegen betonte den Widerspruch zwischen der Aufnahme Deutschlands in einen Völkerbund des freien Wirtschaftsverkehrs und der Gleichberechtigung und einem Friedensvertrag, „der diesen Bedingungen des Völkerbunds ins Gesicht“ schlage). Zu den deutsch-britischen Kontakten siehe Haupts, Zur deutschen und britischen Friedenspolitik.

<sup>2</sup> Unterer Rand mit diesen beiden Worten später abgeschnitten, siehe aber das Exemplar im Nl. v. Schubert, Pol 4 „Versailles“.

Es ist anzunehmen, daß die Entente versuchen wird, uns mit Gewaltmitteln zur Annahme des Vertrages zu zwingen. Es ist damit zu rechnen, daß sie erneut den Kriegszustand erklären, daß sie weitere deutsche Gebiete mit ihren Truppen besetzen und daß sie die Wiedereinführung der Blockade verfügen wird.

Es ist natürlich nicht zu leugnen, daß der feindliche Einmarsch und die Blockade sehr unangenehme Folgen für Deutschland haben werden. Es fragt sich aber, ob diese Folgen unerträglich sein werden oder ob sie nicht zur Erlangung besserer Friedensbedingungen ertragen werden müssen. Daß der feindliche Einmarsch stattfinden wird, muß wohl als sicher angenommen werden. In welchem Umfange er aber stattfinden wird, ist schwer vorauszusagen. Daß eine Besetzung sehr weiter Teile Deutschlands oder etwa ganz Deutschlands stattfinden wird, erscheint nach allen vorliegenden Nachrichten sehr zweifelhaft. Es ist ferner nicht anzunehmen, daß die feindliche Besetzung für die dadurch betroffenen Gebiete schlimmere Folgen haben wird, als sie es für die bis jetzt besetzten Gebiete gehabt hat. Es erscheint auch sehr zweifelhaft, ob es der Entente möglich sein wird, die Blockade in sehr scharfer Form wieder einzuführen. Die Stimmung in den feindlichen Ländern ist vielfach dagegen. Auch dürften sich in wirtschaftlichen und finanziellen Kreisen der Entente vielfach Widerstände gegen die Wiedereinführung einer scharfen Blockade zeigen.

Bei alledem ist aber zu beachten, daß es sich wahrscheinlich nicht um eine sehr lange Blockadezeit und [nicht] um eine sehr lange Besetzungszeit handeln wird, sondern daß aller Voraussicht nach die Verhältnisse sich in absehbarer Zeit zu unseren Gunsten verändern werden.

Es ist ganz unverkennbar, daß unsere Feinde den lebhaften Wunsch zeigen, unsere Unterschrift möglichst bald zu erlangen und daß sie in diesem Punkt sehr nervös sind.

Die Gründe für diese Nervosität liegen auf der Hand.

Es hat ohne Zweifel die größte Mühe gekostet, die verschiedenen Forderungen der feindlichen Staaten unter einen Hut zu bringen und die für die Abfassung eines gemeinsamen Friedensvertrages nötige Einigung herbeizuführen. Hierbei ist es ohne Zweifel häufig zu Reibungen zwischen den Alliierten gekommen; es hat ja schließlich 6 Monate gedauert, bis der Vertrag fertig gestellt wurde. Zeigen sich jetzt bei der Durchführung des mühsam zusammengeffickten „Friedenswerkes“ Schwierigkeiten, so steht für die Alliierten zu befürchten, daß die Reibungen zwischen ihnen sich in unliebsamer Weise verstärken werden.

Ferner ist unverkennbar, daß sich in den alliierten Ländern in weiten Kreisen die Ansicht geltend macht, daß der Vertrag zu harte Bedingungen enthält und daß er allzusehr den Stempel eines Gewaltfriedens trägt. Der Einfluß dieser Kreise ist im Wachsen begriffen; er hat sich bis jetzt noch nicht in genügender Weise geltend machen können, da diesen Kreisen bisher vorgespielt werden konnte, daß die Bedingungen des – in seinen Einzelheiten in der Öffentlichkeit nicht bekannten – Vertrages eben nicht zu hart seien und daß Deutschland ihn schließlich und endlich doch annehmen werde. Lehnen wir jetzt die Unterzeichnung des Vertrages in der geeigneten Form ab, so wird es erst dann den oben genannten Kreisen ermöglicht werden, mit ihrem Widerstande offen hervortreten. Diejenigen Leute, die ganz besonders gegen einen Gewaltfrieden sind, werden ein vorzügliches Argument gerade in dem Hinweis darauf finden, daß der von Deutschland als unmög-

lich bezeichnete Vertrag von den drakonischsten, gegen die friedliche Bevölkerung gerichteten Mitteln erzwungen werden soll. Durch den Hinweis auf den kriegsmäßigen Einmarsch in ein Land, das jeden Widerstand aufgegeben hat, und auf die Blockade gegen ein Land, das, wie alle Welt weiß, am Verhungern ist, werden sie ohne Zweifel weite Teile der Bevölkerung in den feindlichen Ländern beeinflussen.

Hierzu kommt, daß in den feindlichen Ländern das Bedürfnis nach Aufhebung des Zwischenzustandes zwischen Krieg und Frieden sehr dringend geworden ist. Handel und Wandel werden sich erst in regelmäßiger Form entwickeln können, wenn der Friede mit Deutschland gezeichnet worden ist. Daß dieses Ziel wiederum auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben worden ist, wird weite Kreise in lebhaftes Beunruhigung versetzen.

Einsichtige Finanzleute und Wirtschaftspolitiker der feindlichen Länder werden sich endlich sagen, daß die Hoffnung auf Entschädigung durch Deutschland immer mehr schwindet, je länger Deutschland daran verhindert wird, an den Wiederaufbau seines Wirtschaftslebens zu gehen.

Alle diese Leute treten mit ihrer wahren Meinung noch nicht hervor, solange damit zu rechnen ist, daß Deutschland den Vertrag annimmt. Sehen sie klar, daß dies nicht der Fall ist, so werden sie offener mit ihrer Sprache herausrücken.

Es wird hier vielleicht der Einwand gemacht werden, daß man das deutsche Volk lange genug mit der Hoffnung hingehalten hat, daß sich über kurz oder lang Uneinigheiten zwischen seinen Feinden herausstellen würden und daß gegen den Krieg gerichtete Unruhen in den feindlichen Ländern ausbrechen würden. Hierauf ist zu erwidern, daß eine solche Hoffnung vielleicht solange trügerisch war, als der Krieg dauerte und die Aussicht auf einen entscheidenden Sieg bei den Alliierten nicht verscherzt werden durfte. Jetzt aber liegen die Verhältnisse ganz anders: Der entscheidende Sieg ist da, und es gilt nun, die Früchte dieses Sieges heimzubringen. Konnte eine Einigkeit in bezug auf die Erringung eines entscheidenden Sieges hergestellt werden, so liegt das daran, daß dieser Sieg beinahe mit mathematischer Sicherheit vorausgesagt werden konnte. Ganz anders liegen die Dinge aber bei der Frage, wie dieser Sieg zu verwerten ist. Hierbei sprechen soviel Erwägungen mit, soviel Sonderwünsche sind zu erfüllen, daß es ein Wunder wäre, wenn auf die Dauer die Einigkeit unter den Siegern aufrechterhalten werden könnte.

Nach wie vor wäre es ganz falsch, das Ausbrechen von Unruhen in den feindlichen Ländern als sicheren Faktor zu unseren Gunsten in unsere Rechnung einzustellen. Selbst bei starrem Festhalten der feindlichen Regierungen an ihrem Friedensprogramm kann mit Sicherheit nicht angenommen werden, daß in einem oder in mehreren der feindlichen Länder Unruhen in solchem Umfange eintreten werden, daß dadurch ein vollkommener Umschwung zu unseren Gunsten herbeigeführt wird.

Wohl aber kann mit Sicherheit angenommen werden, daß aus den oben dargelegten Gründen sich in allen feindlichen Ländern in wenigen Wochen eine Stimmung ausbreiten wird, die von den beteiligten Regierungen gebieterisch verlangen wird, daß sie versuchen, nun endlich Mittel und Wege zum endgültigen Frieden zu finden. Es wird sich sehr bald die Überzeugung Bahn brechen, daß diese Mittel und Wege nur durch eingehende Verhandlungen mit Deutschland gefunden werden können, und es wird daher in nicht allzu ferner Zeit dazu kommen, daß sich

---

die feindlichen Regierungen zu solchen Verhandlungen bereit finden lassen müssen.

Solange können und müssen wir aushalten. Wenn auch in der Zwischenzeit noch manche deutschen Werte zerstört werden, wenn wir auch noch mit manchen schwierigen inneren Verhältnissen zu kämpfen haben werden, so ist das Aushalten der einzige Ausweg, um einer ganz unerträglichen Lage zu entgehen, in die uns die Unterzeichnung des vorliegenden Friedensvertrages bringen würde, und die alle Bevölkerungsschichten und nicht zum mindesten die unteren gleichmäßig treffen und für Generationen hinaus knebeln würde.

Natürlich wird alles auf die Form ankommen, in welche wir unsere Ablehnung einkleiden. Wir müssen abermals auf das Eingehendste betonen, daß wir bereit sind, alles nur immer in unseren Kräften Stehende zu tun, um unseren Teil zur Wiedergutmachung des Schadens beizutragen und die Konsequenzen aus dem verlorenen Kriege zu ziehen. Wir müssen abermals betonen, daß der uns aufgelegte Friede selbst mit den inzwischen vorgeschlagenen Änderungen für uns unerfüllbar ist und daß wir ihn daher als ehrliche Leute nicht unterschreiben können.

Es fragt sich endlich, ob wir zur Vermeidung etwaiger unangenehmer Folgen des wieder eingeführten Kriegszustandes noch einen Schritt weitergehen und der Entente erklären sollen, daß wir unser Land, solange die Friedensfrage noch nicht geklärt ist, dem Völkerbund zu treuen Händen überliefern wollen bzw. solange der Völkerbund noch nicht in die Erscheinung getreten ist, den 5 feindlichen Großmächten als Mandataren des zukünftigen Völkerbundes. Diese Aufforderung ließe sich vielleicht in die Form kleiden, daß wir die feindlichen Regierungen auffordern, sofort je 1 Kommissar nach Berlin zu entsenden, um mit der Reichsregierung über die geeignete Form der Durchführung des Vorschlages zu beraten. Wir könnten dabei betonen, daß dieser Vorschlag den besten Beweis für unsere ehrliche Gesinnung darstellt, die uns einerseits verbietet, einen unerfüllbaren Frieden zu unterzeichnen und die uns andererseits die Notwendigkeit auflegt, den Feinden zu zeigen, daß wir bei der Ablehnung der Unterzeichnung keinerlei Hintergedanken haben.<sup>3</sup>

[eigenhändig:] Sch[ubert] 14/6[/1919]

---

<sup>3</sup> Drei Tage später, am 17. Juni, verfaßte die Friedensdelegation ihre Empfehlung, die Unterzeichnung des Friedensvertrages abzulehnen; ADAP, Serie A, Bd. II, S. 120-126.

## Kapitel 2 An der deutschen Botschaft in London (Februar bis August 1920)

### 4

#### Von Schubert an Unterstaatssekretär Haniel von Haimhausen (gekürzt) London, 3. März 1920

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. I.<sup>1</sup>*

Vertraulich.

Lieber Herr von Haniel!

[...]<sup>2</sup>

Wir sind inzwischen in einen etwas lebhafteren Verkehr mit dem Foreign Office getreten<sup>3</sup> und ich kann nur sagen, daß der für uns in erster Linie maßgebende Mann, Sir Eyre Crowe, vorläufig recht entgegenkommend ist. Ob er seine Haltung beibehalten wird, sobald wichtigere Angelegenheiten zu behandeln sind, kann ich natürlich nicht beurteilen.<sup>4</sup>

Über das, was wir im übrigen von England zu erwarten haben, möchte ich mich immer noch eines Urteils enthalten.<sup>5</sup> Als meine eigene Ansicht möchte ich

---

<sup>1</sup> Hschr. Randvermerk Schuberts: „ab 5/4“, offensichtlich aber 5. März gemeint.

<sup>2</sup> Ungünstiger Artikel des Evening Standard; Frage, ob man über Kilmarnock Einfluß auf die Berichterstattung nehmen könne.

<sup>3</sup> Nachdem bis dahin die Gesandtschaft der Schweiz die deutschen Interessen vertreten hatte, wurde erst Anfang 1920 die deutsche Botschaft wieder eingerichtet. Als Geheimer Legationsrat war Schubert ihr am 2. Februar 1920 vom AA mit dem Auftrag, sie zu reorganisieren, zugeteilt worden. Er trat seinen Dienst am 13. Februar kurz vor dem Eintreffen des Geschäftsträgers Friedrich Sthamer an.

<sup>4</sup> Mit Crowe unterhielt er sich u.a. über die Organisation des Foreign Office, Schuberts Aufz. vom 27. Februar 1920, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. I.

<sup>5</sup> Bereits wenige Tage nach seiner Ankunft in London hatte Schubert am 16. Februar 1920 ein Gespräch mit einem namentlich nicht genannten Informanten, welches laut einem hshr. Vermerk Schuberts „mit ausdrücklichem Einverständnis von Sir Basil Tompson [richtig: Thomson], Leiter des Secret Service von Scotland Yard“ stattfand. „X führte aus, daß die Stimmung im Lande gegenüber Deutschland noch sehr schlecht sei. Es werde lange Zeit dauern, bis sich das ändere. Man werde, was die Tätigkeit der Botschaft anlangt, sehr viel Geduld haben müssen. Es werde sehr schwer fallen, Beziehungen anzuknüpfen. Man müsse es durchaus vermeiden, den Anschein zu erwecken, als ob man viel unternehmen wolle. Es käme hinzu, daß viele Leute, die sonst vielleicht die Notwendigkeit einer Annäherung zwischen England und Deutschland einsähen, außerordentliche Angst hätten, sich zu kompromittieren. Auch England sei jetzt in einer prekären Lage, und jeder müsse sehen, wo er bleibe; niemand wolle daher ein überflüssiges Risiko auf sich nehmen. Unter Mitgliedern der Labour Party seien noch am ersten [ehesten] Leute zu finden, die nicht abgeneigt sein würden, etwas Praktisches für eine Annäherung zu tun.“-

Ihnen persönlich immerhin sagen, daß ich das Gefühl habe, daß die Ansicht hier doch sehr verbreitet zu sein scheint, daß wir den Vertrag,<sup>6</sup> so wie er ist, nicht ausführen können und daß daher eine Revision des Vertrages geboten erscheint. Inwieweit die englische Regierung sich diese Ansicht zu eigen macht und ob sie geneigt ist, Folgerungen daraus zu ziehen, wird sich erst an praktischen Beispielen erkennen lassen. Einen praktischen „test case“ werden vielleicht die Verhandlungen der Seeligerschen Schifffahrts-Kommission<sup>7</sup> bilden, die heute beginnen.

Natürlich ist es außerordentlich notwendig, daß unsere Presse die äußerste Zurückhaltung bewahrt, und nicht etwa, wie sie es leider ja bereits schon getan hat, von einem Rückzug der Entente spricht oder ausführt, daß England unsere einzige Rettung sei. Je weniger die deutsche Presse von England spricht und je skeptischer sie sich zeigt, desto besser ist es für uns. Man müßte meiner Ansicht nach den stärksten Druck auf unsere Pressehäuptlinge ausüben, daß sie nicht durch ungeschickte Artikel von Anfang an eine Hoffnung verderben, die man ja ohnehin zunächst sehr skeptisch beurteilen muß.

Im übrigen sind hier allerlei Ereignisse zu vermerken, die von großem Interesse für uns sind. In erster Linie stehen natürlich die Beratungen des Obersten Rates [der Alliierten], von denen leider nur wenig in der Presse veröffentlicht wird, wir haben natürlich noch keine anderen Quellen. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist meines Erachtens das russische Problem. Die Lösung der adriatischen Frage und des türkischen Problems scheint den alliierten Staatsmännern das größte Kopfzerbrechen zu bereiten. Sehr beunruhigt ist man hier ferner über die sehr verwickelte Lage in Amerika. Man ist, wie ich feststellen konnte, im Foreign Office der Ansicht, daß zur Zeit die auswärtige Politik Amerikas, insbesondere in der Vertragsfrage, sehr stark von innerpolitischen Erwägungen beeinflußt wird und daß alles unter dem Zeichen des größten Kampfes zwischen „White House“ und Senat steht, den Amerika vielleicht je erlebt hat.<sup>8</sup>

Die innere Politik Englands wird sehr stark beeinflußt durch die Neuwahl des Herrn Asquith, die von allen Seiten zu den weitgehendsten Prophezeiungen Veranlassung gibt. Endlich wird die neue irische „Bill“ zur Neubelebung des Kampfes um die „Home Rule“ und „Ulster“-Frage führen.<sup>9</sup>

Über alle diese Materien haben wir eine regelmäßige Berichterstattung noch nicht angefangen, da wir uns erst genauer informieren und das Amt nicht mit einer Fülle unkontrollierbarer Nachrichten überschütten wollen.

---

Aufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. I. Sein aus Bern gewohntes Verfahren, Informanten und Vertrauensleute für die politische Berichterstattung heranzuziehen, versuchte er auch in London wieder aufzunehmen, denn am 9. März 1920 schrieb er an Haniel, daß dieser ihm dafür doch einen Fonds bereitstellen möge, obwohl er nicht glaube, daß sich viel Gelegenheit ergeben werde, ihn zu nutzen, PA, Botschaft London, Nr. 1257.

<sup>6</sup> Gemeint ist der Friedensvertrag von Versailles.

<sup>7</sup> Gemeint ist die Kommission, welche die im Versailler Vertrag festgesetzte Übergabe von deutschen Schiffen regeln sollte. Sie kam am 28. Februar 1920 in London zusammen. Siehe Schultheß', Bd. 61, Teil 2 (1920), S. 30.

<sup>8</sup> Am 19. März 1920 lehnte der amerikanische Senat den Versailler Vertrag und den Beitritt der USA zum Völkerbund ab.

<sup>9</sup> Dazu siehe Schultheß', Bd. 61, Teil 2 (1920), S. 11f., 16f.

Zum Schluß möchte ich hervorheben, daß, selbst unter weitgehendster Berücksichtigung unserer prekären finanziellen Lage, unser Personal durchaus unzureichend ist. Insbesondere werden wir mit einer Überfülle konsularischer Geschäfte überflutet, und ich halte es für unbedingt erforderlich, daß in kürzester Zeit ein selbständiges Konsulat hier eingerichtet wird. Wir haben unsere Wünsche in sehr bescheidener Form telegraphiert. Sie sind dankenswerter Weise zum Teil bereits erfüllt, und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns nötigenfalls weiter helfen könnten.

5

**Unterstaatssekretär Haniel von Haimhausen an von Schubert (gekürzt)**  
**Berlin, 10. März 1920**

*Ausfertigung. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd I.<sup>1</sup>*

Streng vertraulich!

Lieber Herr von Schubert!

Aufrichtigsten Dank für Ihre interessanten Mitteilungen. Es ist mir sehr lieb, wenn ich von Zeit zu Zeit durch Sie auch mehr persönliche Eindrücke erhalte, die in offiziellen Berichten naturgemäß zurücktreten müssen.

Heute möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf eine Angelegenheit lenken, wegen der mir Kühlmann mit der Bitte um streng vertrauliche Behandlung das Nachstehende schrieb:

„Ein alter Freund aus London schreibt mir das Nachstehende:

A very unfavourable impression has been produced here by the inclusion of Mr. Carow<sup>2</sup> and another member<sup>3</sup> of the former staff whose name I forget among Dr. Sthamers staff, both of whom are still regarded as suspect.

I believe that a complaint has been sent to Lord Curzon by the Police Authorities.

---

<sup>1</sup> Unter dem Datum hschr.: „An 22/3/20“.

<sup>2</sup> Am 29. April 1920 schrieb Schubert wegen der Affäre Carow an Haeften, Referat 2 der Abteilung I (Personal und Verwaltung) des AA: „Ich möchte trotzdem noch einmal die herzliche Bitte an Sie richten, sich für die Zukunft des Herrn Carow ganz besonders zu interessieren. Es ist wirklich sehr bedauerlich, daß Carow, nachdem sich [sic!] seine gänzliche Schuldlosigkeit auch von der englischen Regierung anerkannt wurde, trotzdem von hier weggehen muß. Dies wird einen sehr großen Verlust für uns bedeuten. Carows Qualitäten, daß kann ich ohne jede Übertreibung sagen, stehen weit über dem Durchschnitt.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. I. Da Carow in seiner Tätigkeit für die Botschaft London kompromittiert war, übernahm Schubert ihn später – nachdem er nach Berlin gewechselt war – in seine Abteilung und machte ihn zum Büroleiter. Siehe Dok. 17 u. 21.

<sup>3</sup> Es handelte sich um ein Mitglied des Beamtenpersonals der Botschaft, namens Schlagintweit. Dazu siehe auch Berliner Zeitung am Mittag vom 3. Juli 1920.

Carow was left behind after the declaration of war to help the Americans in their work at the Embassy. He was interned for serious indiscretion. I saw him for a few minutes of Saturday February 14th, and without then knowing anything of the official view, felt that he was a most unfortunate choice. He is altogether the strong type. As the head of the Chancery he is an unsatisfactory representative and a possible source of mischief. The promotion seems to have turned his head.

I need not to say that this is most confidential.“

Der alte Freund ist Ihnen ebenso wie mir bekannt<sup>4</sup> und hat sich bisher stets als zuverlässig und jedenfalls als vertrauenswürdig bewiesen. Vielleicht können Sie dort durch offene Aussprache im Foreign Office feststellen, ob etwas Wahres daran ist, oder ob der Betreffende vielleicht zu überängstlich ist.

Über die hiesigen Vorgänge brauche ich Sie wohl kaum zu unterrichten. Die verschiedenen Zwischenfälle mit Ententevertretern (Adlon, Prenzlau, Bremen)<sup>5</sup> sind eine höchst unerwünschte und überflüssige Belastung unserer Politik, und wir machen die größten Anstrengungen, um gegen die Täter vorzugehen und Wiederholungen vorzubeugen. Wie hat sich die dortige Presse zu den Vorgängen verhalten? (Lord Kilmarnock<sup>6</sup> fürchtete, daß die Rückwirkung auf die interalliierten Verhandlungen für uns ungünstig sein könnte, indem diese Vorgänge den Chauvinisten Wasser auf ihre Mühle liefern würden.).

[...]<sup>7</sup>

Mit aufrichtigsten Grüßen  
Ihr  
treu ergebener  
[eigenhändig:] E. Haniel

## 6

### Von Schubert an Unterstaatssekretär Haniel von Haimhausen London, 1. April 1920

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. I.<sup>1</sup>*

Lieber Herr von Haniel!

Ich hatte heute eine längere Unterredung mit Sir Eyre Crowe, der sich lebhaft für die Entwicklung der Dinge in Deutschland, insbesondere die politische Lage in

<sup>4</sup> Höchstwahrscheinlich Thomas Schroeder, von dem sich eine Visitenkarte im Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. I, findet. Siehe auch Kühlmann, Erinnerungen, S. 400.

<sup>5</sup> Siehe dazu AR, Kab. Müller I, S. 183f.

<sup>6</sup> Daneben hschr. Vermerk Schuberts: „Unterrichtsminister Fisher“.

<sup>7</sup> Haniel erwähnte noch verschiedene diplomatische Angelegenheiten.

<sup>1</sup> Hschr. Randvermerk: „Ab 1/4/20 F[ern]s[chreiber?]“.



Berlin und den Zustand im Ruhrgebiet interessierte. Ich gab ihm Auskünfte, so gut ich konnte. Er betonte, daß es für die englische Regierung von außerordentlichem Wert sei, möglichst genaue und unbedingt richtige Nachrichten aus Deutschland zu erhalten. Ich glaube aus seinen Äußerungen schließen zu können, daß das Foreign Office über solche Nachrichten nicht im genügenden Maße verfügt bzw. daß die Berichterstattung der englischen Vertreter in Berlin einige Mängel aufweist.

Ich fragte Sir Eyre, ob ich ihm täglich Nachrichten überbringen könnte, wenn ich solche erhielt. Er erwiderte, daß er dies mit großem Danke erkennen würde. Ich sagte ihm ferner, daß ich mir vielleicht auch besondere Nachrichten aus Berlin kommen lassen könnte; er begrüßte diesen Vorschlag auf das Lebhafteste.

Ich habe veranlaßt, daß Herr Sthamer heute bereits auf anderem Wege in Berlin um entsprechendes Material gebeten hat. Die Informationstelegramme, die wir erhalten, sind nicht ausreichend. Sir Eyre hob noch besonders hervor, daß er weniger auf eine Beurteilung der politischen Lage Wert lege als auf unumstößlich richtige Tatsachen, für die Gewähr geleistet werden könne.

Ich wäre sehr dankbar, wenn uns solches Tatsachenmaterial im möglichst reichen Maße zugehen könnte. Die Hauptsache ist, daß ich für die Richtigkeit der Mitteilungen unbedingt einstehen kann. Ich hoffe, daß sich durch die Übermittlung solcher Nachrichten an das Foreign Office allerlei erreichen läßt, besonders da der Vorschlag von Sir Eyre ausgegangen ist. Man könnte auf diese Weise eine Atmosphäre des Vertrauens schaffen und eine solche Atmosphäre ist das, was für uns jetzt am notwendigsten ist. Ich kann nämlich nicht verhehlen, daß Sir Eyre die Nachrichten über das Ruhrgebiet etwas skeptisch aufnahm und durchblicken ließ, daß das, was wir aus Berlin erhalten hätten, übertrieben sei. Herr Sthamer hat vor kurzem dieselbe Erfahrung mit Hardinge gemacht. Sir Eyre las mir ein Telegramm aus Koblenz vor, in dem behauptet wird, daß im Ruhrgebiet keinerlei Kämpfe stattfinden, der Generalstreik nur an einzelnen Orten befolgt und an anderen Stellen nicht durchgeführt würde.<sup>2</sup>

Dieses Mißtrauen zu beseitigen, ist unbedingt nötig. Vorbedingung dafür ist natürlich, daß tatsächlich alle Nachrichten, die wir hier geben, in keiner Weise übertrieben sind. Merken die Leute im Foreign Office allmählich, daß das, was wir sagen, unbedingt stimmt, so werden sie Vertrauen zu uns gewinnen und unseren Anträgen hoffentlich um so leichter und ohne weiteres Folge geben.

---

<sup>2</sup> Gemeint sind die Unruhen im Ruhrgebiet nach dem Kapp-Putsch. Siehe Schultheß', Bd. 61 Teil 1 (1920), S. 67f. Siehe auch Dok. 7 Anm. 4, und DBFP, First Series, Bd. IX, S. 134-169, 170-322.

**Von Schubert an Unterstaatssekretär Haniel von Haimhausen  
London, 10. April 1920**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. I.<sup>1</sup>*

Vertraulich.

Lieber Herr von Haniel!

Sie müssen mir gestatten, Ihnen über meine Erfahrungen in den letzten 10 Tagen offen zu schreiben.

Es ist ganz außerordentlich bedauerlich, daß ich in dieser Zeit gar kein ausführliches und authentisches Material über die Ruhrgebietsfrage und die innere Lage Deutschlands erhalten habe. Die gewiß gut gemeinten „Informationstelegramme“ sind, unter uns gesagt, nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind. Die kleinste hiesige Zeitung enthält bessere Nachrichten als diese Telegramme.

Hätte ich Material gehabt, so hätte ich eine solide Grundlage für Unterredungen mit Sir Eyre Crowe gehabt, die mir leider ganz fehlte. Es kommt nicht darauf an, den Engländern große Tiraden zu halten, die aus der Tiefe des Gemüts geschöpft sind; was sie wollen sind Tatsachen, die unseren Standpunkt begründen. Ich schrieb Ihnen ja bereits hierüber am 1. April.<sup>2</sup>

Ich möchte hierbei nochmals betonen, daß das Foreign Office und insbesondere Sir Eyre Crowe, offenbar zur Kontrolle der auf anderen Wegen einlaufenden Nachrichten, großen Wert darauf legt, von der hiesigen Mission über die Ereignisse in Deutschland unterrichtet zu werden. Daß eine Nachrichtenübermittlung durch uns recht angebracht ist, ersah ich unter anderem auch aus meinem gestrigen Gespräch mit Sir Eyre Crowe. Ich machte ihm im Auftrage des soeben erst eingetroffenen Herrn Sthamer Mitteilungen über das auf anderem Wege hierher übermittelte Gespräch zwischen Reichsminister Müller und Lord Kilmarnock. Diese Mitteilungen schienen Sir Eyre sehr zu interessieren; auf meine Bemerkung, daß er von dem Gespräch wohl schon von Lord Kilmarnock einen Bericht erhalten habe, erwiderte Sir Eyre, daß der Bericht Kilmarnocks etwas anderes wiedergegeben habe.

Mangels authentischen Materials habe ich Sir Eyre während der letzten kritischen Tage nur zweimal sehen können. Immer wieder fragte er nach Nachrichten, die ich, wie ich ihm ganz offen gestand, nicht geben konnte.

Ohne irgendwie die Bedeutung solcher Unterredungen überschätzen zu wollen, glaube ich doch, daß Gelegenheit gegeben war, eine Tätigkeit zu entwickeln, die vielleicht ganz erfolgreich gewesen wäre. Dabei möchte ich bemerken, daß die hiesigen Ententediplomaten das Foreign Office täglich aufgesucht haben. Ich mußte während dreier Tage meine Besuche auf dem Foreign Office mangels jeglicher In-

---

<sup>1</sup> Hschr. Randvermerk und Paraphe Schuberts: „ab eodem“.

<sup>2</sup> Dok. 6.

formation gänzlich einstellen. Das hat unter Umständen sehr schädliche Folgen gehabt, für die ich aber die Verantwortung ablehnen muß. Das einzige Argument, das ich aus Eigenem vorbringen konnte, war der Hinweis auf die Persönlichkeit des Reichsministers Müller,<sup>3</sup> der, wie ich ausführte, sicherlich dem Einmarsch der Truppen im Ruhrgebiet nicht zugestimmt haben würde,<sup>4</sup> wenn es nicht unbedingt nötig gewesen wäre. Dies Argument zog zwar, man wollte aber immer noch genauere Unterlagen für die Notwendigkeit des Einmarsches haben.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie in Zukunft Sorge dafür tragen wollten, daß wir, besonders in kritischen Zeiten, genaue Informationen über die Sachlage erhalten.<sup>5</sup> Ich kann Sie nochmals versichern, daß nur sich auf Grund solcher Informationen eine Atmosphäre des Vertrauens und die Möglichkeit zur Anbahnung kontinuierlicher Unterredungen schaffen läßt, beides Vorbedingungen für eine wirklich Erfolg versprechende diplomatische Tätigkeit in London.

Heute morgen ist endlich recht gutes Material über das Ruhrgebiet und [die] innere Lage eingetroffen. Es kam aber offenbar für die augenblicklichen Entscheidungen der englischen Regierung zu spät: Lloyd George, auf den augenscheinlich in der Hauptsache die englische Note<sup>6</sup> gegen Frankreich zurückgeführt werden muß, ist heute morgen abgereist. Sir Eyre Crowe hat Herrn Sthamer auf Anfrage sagen lassen, daß er ihn heute leider nicht empfangen könne, da er den ganzen Tag mit Lord Curzon zu tun habe. Ich muß jetzt versuchen, das Material bei einem geringeren Beamten des Foreign Office unterzubringen und diesen dazu zu bewegen, daß er die Mitteilungen doch noch Sir Eyre Crowe und Lord Curzon übermittelt. Wäre das Material gestern angekommen, so hätte es vielleicht die heutigen Entscheidungen der Englischen Regierung<sup>7</sup> stark beeinflußt. So ist das aber recht zweifelhaft!!

<sup>3</sup> Hermann Müller war seit dem 27. März 1920 auch Reichskanzler. Siehe AR, Kab. Müller I, S. XIII.

<sup>4</sup> Zur Niederschlagung des bewaffneten Arbeiteraufstandes im Ruhrgebiet nach dem Kapp-Putsch hatte die Reichsregierung Truppenteile der Reichswehr entsandt, was von der französischen Regierung als Provokation – Verletzung der neutralen Zone – empfunden wurde und weswegen französische und belgische Truppen am 6. April Darmstadt, Frankfurt und Hanau besetzten. Vgl. auch AR, Kabinett Müller I, S. XXXVI-XLII. Ebenso zahlreiche Dok. in ADAP, Serie A, Bd. III, S. XXV-XXVIII, insbesondere Tel. Sthamers vom 9. April, S. 187f.

<sup>5</sup> Parallel dazu schrieb am selben Tag Unterstaatssekretär Haniel in einem Brief an Schubert, der am 14. April 1920 in London eintraf: „Übrigens darf ich nicht unerwähnt lassen, daß im November Herr von Schwabach zu mir kam und mir mitteilte, er wisse aus ausgezeichnete französischer Quelle, daß eine gewisse, sehr mächtige Partei in Frankreich plane, den ersten Anlaß zu benutzen, um Frankfurt und einen Teil der Mainlinie zu besetzen und auf diese Weise einen Keil zwischen Nord- und Süddeutschland zu treiben.“ – Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. I.

<sup>6</sup> ADAP, Serie A, Bd. III, Dok. 106, 109.

<sup>7</sup> Aufz. Phipps' über seine Unterredung mit Schubert, 10. April, DBFP, First Series, Bd. IX, S. 375f.

**Von Schubert an Unterstaatssekretär Haniel von Haimhausen  
London, 29. April 1920**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. I.<sup>1</sup>*

Lieber Herr von Haniel!

Vielen herzlichen Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 21. d.M.<sup>2</sup> [...]<sup>3</sup>

Leider muß ich noch einmal kurz auf meine langweilige Personalangelegenheit zurückkommen.

Wie ich Ihnen seinerzeit schrieb, war Herr Sthamer der Ansicht, daß es angesichts der Tatsache, daß man mir hier sehr liebenswürdig entgegengekommen ist, besser sei, die Sache ruhen zu lassen. Wir waren daher sehr erschüttert, als wir am 24. April den Schülerschen Erlaß vom 19. April<sup>4</sup> erhielten, der Sthamer anwies, meinen Fall sofort bei Lord Hardinge zur Sprache zu bringen. Wir waren der Ansicht, daß Lord Hardinge, wenn man ihm die Pistole auf die Brust setze, nichts anderes tun könne, als seine frühere, angeblich durch Lord Kilmarnock zum Ausdruck gebrachte Auffassung aufrechtzuerhalten und meine Abberufung zu verlangen.

Daß die Unterredung erstaunlicherweise ganz anders verlaufen ist, wissen Sie.

In dem Erlaß Schülers wird gesagt, daß „in der letzten Unterhaltung, in der Lord Kilmarnock auf die Sache zurückkam, bindend verabredet worden sei, daß diese Frist Ende dieses Monats ablaufen werde“. Auch Sie schreiben mir in Ihrem Briefe vom 21. April, daß sich „Kilmarnock damals mit meiner und meiner Familie Ausreise nur gegen das ausdrückliche Versprechen einverstanden erklärt habe, daß ich nicht länger als 3-4 Wochen in London bleiben würde“.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Hschr. Randvermerk Schuberts: „ab 29.4.20 Kurier“.

<sup>2</sup> Siehe Anm. 5.

<sup>3</sup> Privatangelegenheiten zwischen Haniel und Schubert.

<sup>4</sup> PA, R 130586.

<sup>5</sup> Anlaß war Kilmarnocks Demarche vom 28. März 1920, Schubert sei „distinctly not ‚persona grata‘“. Die Begründung lautete, daß Schubert nicht nur nahe mit Kühlmann – Staatssekretär 1917/18 – verwandt, sondern ein Feind Englands sei, was auf seine Tätigkeit in Bern (Dok. 2) zurückzuführen war, PA, Rep. IV, Pers., 483, Bd. 3. Auch die Franzosen hatten Schubert auf die Liste der mißliebigen Berner Gesandtschaftsmitglieder gesetzt; MAE, Correspondance politique et commerciale 1914 à 1940, Z. Europe 1918-1929: Allemagne, corps diplomatique, Bd. 31 (16.11., 21.11., 29.11.1918). Haniel schrieb an Schubert, 21. April 1920: „Sollten die Engländer auf Ihrer Abreise bestehen, so wäre freilich die Frage Ihres Nachfolgers nicht leicht zu lösen. Schüler möchte natürlich sofort Herrn Dufour damit betrauen und behauptet, daß Sthamer damit einverstanden sei. Ich persönlich habe gegen diese Lösung indessen starke Bedenken, indem auf diese Weise Botschafter und Botschaftsrat Neulinge im Amte sind. Vietinghoff ist schließlich auch noch nicht so erfahren, würde auch nicht die notwendige Stellung haben, um Mißgriffe vermeiden zu können. Sollte sich die Regierung mit Ihrem Verbleiben einverstanden erklären, so würde die von Ihnen vorgeschlagene Lösung ja möglich sein, immer vorausgesetzt, daß Dufour politisches Verständnis entwickelt. Obwohl das hier teilweise nicht be-

Daß seinerzeit zwischen Ihnen und Kilmarnock eine solche Verabredung getroffen worden ist, haben Sie mir vor meiner Abreise nicht mitgeteilt. Hätte ich dies gewußt, so hätte dies selbstverständlich unsere Stellungnahme sehr wesentlich beeinflußt, und Herr Sthamer hätte, da er nun einmal den Wunsch hegt, mich hier noch länger zu behalten, sicherlich von sich aus bereits Schritte unternommen, um die Sache zu klären. Er wäre dann nie auf den Gedanken gekommen, die Sache auf die lange Bank zu schieben. Ich teile Ihnen dies nur mit, da Sie sonst unsere Stellungnahme ja garnicht verstehen können. Es ist allerdings etwas schade, daß wir von Ihrer Verabredung nichts erfahren haben, da es sich dann hätte ermöglichen lassen, die Anfrage an Lord Hardinge etwas weniger formell und im Anschluß an ein anderes Gespräch zu stellen. So mußte Sthamer ganz plötzlich Hardinge extra wegen dieser Sache aufsuchen.

Die Sache ist ja immer noch nicht restlos aufgeklärt, das Vorgehen Kilmarnocks ist mir ganz unerklärlich, und ich vermute eine Stänkerei von irgendeiner Seite. Wer das sein kann, ist mir unerfindlich, denn ich bin mir nicht bewußt, hier irgendwelche Feinde zu haben, wenn ich mir auch darüber bewußt bin, daß ich viele meiner früheren „Freunde“<sup>6</sup> nicht mehr als solche ansprechen kann.

Herr Dufour erzählte mir, daß Sie beabsichtigten, der Sache doch noch auf den Grund zu gehen. Sie müssen mir gestatten, persönlich zu glauben, daß es besser wäre, die Sache vorläufig ruhen zu lassen. Wenn Kilmarnock merkt, daß er ostentativ desavouiert worden ist, muß er natürlich wild werden und wird alles versuchen, um seiner Demarche doch noch zum Erfolg zu verhelfen. Das liegt, glaube ich, nicht in unserem Interesse. Trotzdem ich in einem fort sehr wichtige Familiensitzungen in Berlin versäume,<sup>7</sup> glaube ich bei aller Bescheidenheit doch, daß es ganz gut wäre, wenn ich noch etwas hier bleibe. Außerdem aber würde es sicherlich die mir von Ihnen freundlicherwise zgedachte Stellung als Leiter der Englischen Abteilung in Frage stellen, wenn ich schließlich endgültig doch hier herausgeworfen würde.

Wie ich aus Ihrem Brief ersehe, haben Sie nach wie vor Bedenken gegen die von mir als Kompromiß vorgeschlagene Lösung der Frage meines Nachfolgers. Ihre prinzipiellen Bedenken teile ich vollkommen. Herrn von Vietinghoff<sup>8</sup> kenne ich persönlich nur sehr wenig und war nur auf ihn gekommen, weil er mir in Berlin von Herrn Rümelin genannt wurde. Erstaunlicherweise bekamen wir gestern einen

---

griffen wird, so ist ein tüchtiger Kaufmann nicht immer damit auch ein guter Diplomat und Politiker. Auch ist fraglich, ob man in höherem Alter, wenn nicht direkte Begabung dafür vorhanden ist, derartiges noch lernt. Aber das würde sich im Laufe der Monate herausstellen.“-NL. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. I.

<sup>6</sup> Schubert war bereits vor dem Kriege in London tätig gewesen. Als 2. Botschaftssekretär war er von Oktober 1912 bis zum Kriegsausbruch der deutschen Botschaft in London zugeteilt.

<sup>7</sup> Schubert war als Erbe Teilhaber am Stummschen Familienbesitz, zu dem Teile der Saarindustrie gehörten. Außerdem besaß er eines der größten Weingüter im Ruwertal bei Trier.

<sup>8</sup> Hier und bei den folgenden Nennungen ist Vietinghoffs Name hschr. in freigelassenen Stellen abgekürzt eingetragen, ebenso der Name Dufours weiter unten; Grund: Vertrauliche Personalangelegenheit.

von Rümelin unterzeichneten Erlaß vom 22. April,<sup>9</sup> der die Entsendung V's. ankündigt. Wir telegraphierten heute, daß wir annähmen, daß dieser Erlaß durch die Unterredung gegenstandslos geworden sei, die auf Grund unseres Telegramms vom 24. April<sup>10</sup> zwischen Ihnen und Herrn Dufour stattgefunden habe. Es ist natürlich sehr zweckmäßig, wenn der Herr, der mich in irgendeiner Form später hier ersetzen soll, mit mir noch einige Zeit – etwa 3 Wochen vielleicht – zusammenarbeitet. Ich weiß aber nicht recht, was V. oder ein anderer hier anfangen soll, wenn er 3 Monate hier mit mir zusammen wirkt, das natürlich in der Voraussetzung, daß ich wirklich noch bis etwa Ende Juli hier belassen werden soll.

Ich möchte andererseits nochmals dringend empfehlen, daß mein Nachfolger in der Zwischenzeit bei der Englischen Abteilung in Berlin beschäftigt wird, da ich mir hiervon sehr viel Nutzen für seine hiesige Tätigkeit verspreche.

Wie die Frage meiner Nachfolgerschaft nun endgültig geregelt werden soll, muß ich Ihnen natürlich ganz überlassen. Auf das Hierbleiben Herrn Dufours<sup>11</sup> wird auch von Herrn Sthamer der größte Wert gelegt, da er auf dem sehr wichtigen Handelsgebiete wirklich ausgezeichnet zu sein scheint. Ob es ihm in seinem Alter noch möglich sein wird, sich in die eigentliche diplomatische und politische Tätigkeit einzuarbeiten, ist natürlich schwer vorauszusagen. Das kann erst die Erfahrung lehren. Es wird aber, wie ich Ihnen schon schrieb, kaum möglich sein, ihm jemand vor die Nase zu setzen, denn er hat natürlich bei aller sonstigen Bescheidenheit den an sich berechtigten Ehrgeiz, nach dem Missionschef später hier die erste Stellung einzunehmen. Er würde andernfalls, fürchte ich, weggehen. Es wird daher meines Erachtens nichts anderes übrig bleiben, als an die zweite Stelle, vielleicht mit dem Titel eines zweiten Botschaftsrats, eine Persönlichkeit zu setzen, die geeignet ist, zunächst wenigstens, direkt mit Herrn Sthamer zu arbeiten. Ob hierfür V. geeignet ist, kann ich nicht beurteilen.

Sch[ubert]

<sup>9</sup> PA, R 130586.

<sup>10</sup> PA, Rep. IV, Pers., 483. Siehe dazu auch den Bericht Sthamers vom 24. April 1920, in dem er betonte, Hardinge sei erstaunt über die Anfrage: Es lägen keine besonderen Vorwürfe gegen Schubert vor; nur sei er der Schwager [sic; richtig: Neffe] Kühlmanns und von feindlicher Gesinnung. Doch könne er durchaus noch einige Monate bleiben, ebd.

<sup>11</sup> Ursprünglich Leerstelle; „Dufours“ hschr. nachgetragen.

**Von Schubert an Unterstaatssekretär Haniel von Haimhausen  
London, 14. Mai 1920**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. I.<sup>1</sup>*

Vertraulich und Persönlich!

Lieber Herr von Haniel!

Sie müssen mir gestatten, Ihnen heute ganz offen über eine Wahrnehmung zu berichten, die ich in den letzten Monaten bei dem Empfang der meisten Erlasse gemacht habe, die sich auf unsere bedrängte Lage beziehen und Wünsche wegen Milderung in der Ausführung unmöglicher Bedingungen des Friedensvertrages enthalten.

Diese Erlasse erwecken oft den Anschein, als ob sie in höchster Eile abgefaßt worden seien. Sie behandeln den Gegenstand, auf den sie sich beziehen, in den meisten Fällen nicht gründlich genug und enthalten vor allem nicht das Belegmaterial, auf das es meines Erachtens in erster Linie ankommt. Auch habe ich die Empfindung, als ob viele dieser Weisungen viel zu spät hier ankommen.

Ich bin der Meinung, daß wir über die Periode, in der wir uns darauf beschränken konnten, mehr allgemein uns über die Härten des Friedensvertrages und über unsere bedrängte Lage zu beschweren, längst hinweg sind. Jetzt kommt es meiner Ansicht nach darauf an, in jedem einzelnen Falle unter Beibringung ausführlichen und genau durchdachten Materials nachzuweisen, daß wir vor tatsächlich unüberwindlichen Schwierigkeiten stehen. Es müßten über jeden einzelnen Punkt wahre Doktorarbeiten geschrieben werden.

Was vor allem auch die uns günstig gesinnten Leute im Ententelager von uns verlangen, sind in der jetzigen Zeit detaillierte Beweise. Ohne solche Beweise können sie uns nicht helfen. Mehr oder weniger allgemeine Redensarten, wenn sie auch noch so sehr ins Schwarze treffen, nutzen uns nichts, und ich muß leider offen aussprechen, daß in den meisten der uns zugehenden Weisungen solche Redensarten zu finden sind.

Was ich sage, bezieht sich in erster Linie auf wirtschaftliche Fragen, die ja im Vordergrund des Interesses stehen, aber auch auf politische und auf solche Fragen, bei denen humanitäre Gesichtspunkte mitsprechen. Bei all diesen Fragen dürften wir uns nicht in allgemeinen Klagen verlieren, sondern müssen unwiderlegbare Beweise in möglichst großer Anzahl für unseren Standpunkt vorbringen.

Wir versuchen zwar immer die uns zugehenden Weisungen in möglichst konkrete Formen zu gießen und sie nach bestem Wissen durch mündliche Erläuterungen zu ergänzen. Wir haben aber oft die Wahrnehmung gemacht, daß wir damit nicht sehr weit kommen, da uns das Material fehlt.

---

<sup>1</sup> Hschr. Randvermerk Schuberts: „ab Kurier 20/5/20“.

Im einzelnen möchte ich als Beispiel erwähnen die uns zugegangenen Weisungen über das Loch im Westen,<sup>2</sup> den Goldzoll,<sup>3</sup> die Oberschlesische Frage,<sup>4</sup> verschiedene Kriegsgefangenen-Angelegenheiten, die Ruhrgebiets-<sup>5</sup> und Armee-Frage,<sup>6</sup> die Ausweisung der Palästinadeutschen und auch allgemeine Fragen wie die Ernährungsfrage usw. Am besten wurde mir noch beispielsweise in der Frage Eupen-Malmedy und in der Schleswigschen Frage gedient.<sup>7</sup>

Ich wäre Ihnen im Interesse der Sache zu ganz besonderem Danke verpflichtet, wenn Sie dafür Sorge tragen würden, daß in Zukunft die uns zugehenden Weisungen möglichst gründlich durchgearbeitet und mit möglichst durchschlagendem Material versehen werden. Nur müßte dieses Material möglichst schon in 2 Exemplaren geliefert werden, von denen eins ohne weiteres weitergeleitet werden kann, damit unsere hiesigen beschränkten Schreibkräfte nicht zusammenbrechen.

Der Engländer ist, wie Sie wissen, sehr matter of fact: nur wenn wir sachlich eingehende Beweise liefern, können wir wirklich etwas erreichen!<sup>8</sup>

Indem ich hoffe, daß Sie mir meine offenen Ausführungen nicht verübeln werden, bin ich

Ihr aufrichtig ergebener

<sup>2</sup> Siehe dazu den Erl. an Sthamer vom 25. Februar 1920, ADAP, Serie A, Bd. III, S. 86-90; sowie den Runderl. vom 31. März, ebd., S. 155-61, besonders S. 159.

<sup>3</sup> Siehe AR, Kab. Bauer, S. 27 Anm. 23, S. 250 Anm. 2-4.

<sup>4</sup> Zur deutschen Haltung siehe u.a. Boyés Erl. vom 25. Februar 1920, ADAP, Serie A, Bd. III, S. 84-86, Aufz. Meyers, ebd., S. 225f.

<sup>5</sup> Siehe Dok. 7.

<sup>6</sup> Gemeint ist die Entwaffnungsfrage. Siehe die Dok. in ADAP, Serie A, Bd. III, S. XXIV-XXXI, besonders Haniels Aufz., 12. April 1920, ebd., S. 191f.; Göpperts Tel., 22. April, ebd., S. 201f.; Bernstorffs Ber. vom 8. Mai, ebd., S. 229f. Dazu siehe auch AR, Kab. Müller I, S. 189f.

<sup>7</sup> Zu Eupen-Malmedy siehe u.a. der Brief Haniels vom 26. März 1920, ADAP, Serie A, Bd. III, S. 137f.; zu Schleswig siehe den Erl. Haniels vom 23. März, ebd., S. 132-34.

<sup>8</sup> Haniel antwortete am 11. Juni 1920: „Ihr Wunsch, Material zur Verwertung bei der Englischen Regierung in möglichst gründlich durchgearbeitetem Zustand und in einer Fassung zu bekommen, die dem matter-of-fact-Sinn des Engländers entspricht, ist hier an allen hauptsächlich in Frage kommenden Stellen zur Kenntnis gebracht und zur Beachtung empfohlen worden. Auch der Wunsch, das Material möglichst in zwei Exemplaren zu erhalten, ist mitgeteilt worden und wird beachtet werden. [...] Nach Inkrafttreten der Ländergruppenorganisation ist die englische Abteilung (V) stets bemüht, zum mindesten eine Kontrolle über alle in London interessierenden Angelegenheiten in der Hand zu haben und auf eine möglichst für London passende Be- und Durcharbeitung hinzuwirken. Schwierigkeiten sind dabei allerdings nicht ganz zu vermeiden, da die Welt heute weniger denn je wirklich regional regiert wird, vielmehr alle möglichen Mächte sich für alle möglichen Gegenstände interessieren; um als Beispiel anzuführen: Die Oberschlesische Frage, in der fast sämtliche Mächte, außerdem Polen, Tschechoslowakei mitsprechen wollen. Es ist klar, daß einerseits die Bearbeitung solcher Gegenstände hier stets eher zur Spezialisierung treibt und sich mit dem allgemeinen System der Regionaleinteilung nicht immer ideal vereinbaren läßt.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II.



**Von Schubert an Staatssekretär Haniel von Haimhausen  
London, 10. Juni 1920**

*Hschr. Briefkonzept. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II.<sup>1</sup>*

Persönlich und streng vertraulich!

Lieber Herr von Haniel!

Herr Sthamer hat Ihnen heute einen privaten Dienstbrief über die hiesigen Personalverhältnisse geschrieben.<sup>2</sup> Sie müssen mir gestatten, daß ich Ihnen persönlich noch etwas mehr darüber schreibe.

Was zunächst mich selbst anlangt, so glaube ich, daß es nötig ist, daß ich London Ende Juli verlasse. Gerne tue ich das nicht, denn einmal glaube ich, daß ich hier vielleicht auch in Zukunft in vieler Beziehung ganz nützlich gewesen wäre und daß ich nach Ablauf der jetzigen unbedingt zweckmäßigen Karenzzeit allerlei nützliche weitere Verbindungen hätte anknüpfen können.

Ferner aber graut mir ganz entsetzlich vor Berlin, was Sie mir wohl nicht übelnehmen werden. Aber ewig kann ich doch nicht hierbleiben, und einmal muß doch reiner Tisch gemacht werden. Dazu kommt, daß meine Frau etwa Ende August ein Baby erwartet. Ich kann daher meine Abreise nicht gut in den August hinschieben, denn ich will natürlich nicht riskieren, daß das Kindlein auf der Bahn zur Welt kommt. Also wäre Ende Juli der letzte Abreisetermin für mich.

Die Schwierigkeiten, die meine Abreise hervorruft, hat Herr Sthamer Ihnen ausführlich auseinandergesetzt. Ich habe Ihnen versprochen, Ihnen über diese Sachen ganz offen und ohne Ansehen der Person meine Meinung zu sagen und ich tue dies in Folgendem.

Herr Sthamer hat Ihnen geschrieben, aus welchen Gründen es ihm ausgeschlossen erscheint, daß Dufour hier nach meiner Abberufung neben den wirtschaftlichen Sachen auch noch die politischen bearbeitet. Dufour eignet sich vorzüglich für die Bearbeitung der Handelssachen, wenn auch ich hervorheben muß, daß er in der Behandlung von größeren handelspolitischen Sachen noch ein Neuling ist und hier noch bisher der Führung sehr bedurfte. Ich habe alle meine schwachen Kräfte hier in jedem einzelnen Falle aufbringen müssen, um die nötigen Korrekturen vorzunehmen und der Sache den nach meiner Ansicht richtigen Dreh zu geben. Ich glaube aber, daß Dufour Ende Juli soweit sein wird, nun diese Sachen selbständig zu beurteilen. Schriftlich muß er diese Sachen ja auch noch Sthamer vortragen.

Herr Dufour hat leider durch seine Überlastung keinerlei Zeit gefunden, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen. Ich kann daher kaum ein Urteil über seine politische Befähigung abgeben. Ich habe mit ihm zwar so oft als möglich auch poli-

---

<sup>1</sup> Randvermerk: „Selbst mündiert ab 10/6/20 Kur[ier]“.

<sup>2</sup> Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II.

tische Sachen besprochen, aber das genügt nicht, um mir ein abschließendes Urteil zu ermöglichen. Ich muß allerdings gestehen, daß er hier noch sehr viel lernen muß und natürlich noch in keiner Weise befähigt ist, Sthamer als Ratgeber zu dienen.

Inwieweit Vietinghoff<sup>3</sup> hierzu im Stande ist, vermag ich nicht zu beurteilen, da ich ihn nur sehr oberflächlich kenne und dienstlich nie etwas mit ihm zu tun hatte. Er wird mir aber von verschiedenen Seiten als kluger und überlegter Kopf geschildert. Außerdem haben wir ja hier auch noch den sehr aufgeweckten Roediger, der viele und gute Intuition zeigt und wiederum eine gute Stütze und einen Ansporn für Vietinghoff bildet.

Trotzdem gestehe ich gern ein, daß die Lösung, die Herr Sthamer im Einvernehmen mit mir vorgeschlagen hat, nur einen Kompromiß darstellt. Also ich weiß sonst keinen Ausweg; man wird abwarten müssen, ob die Kombination sich bewährt.

Viel Sorge macht mir vor allem die Frage, wer Sthamer vertreten und Geschäftsträger werden soll, wenn Sthamer einmal auf Urlaub geht. Die von Sthamer empfohlene Lösung bildet doch vielleicht einen gangbaren Ausweg. Dufour ist recht geschickt und ich glaube, daß man ihm gelegentlich Verhandlungen politischer Natur auch anvertrauen kann, wenn er gut vorbereitet wird. Andererseits möchte ich dringend davor warnen, Vietinghoff Dufour vor die Nase zusetzen, denn dann würde Dufour vermutlich abdanken, und es wäre ein großer Jammer, wenn wir diesen sehr tüchtigen Mann, der im übrigen auch sehr gut hierherpaßt, verlieren würden.<sup>4</sup>

Nun komme ich noch kurz auf die Tätigkeit, die mich in Berlin erwartet. Von vornherein bitte ich Sie herzlich, nicht zu glauben, daß ich an Größenwahn leide. Andererseits möchte ich Ihnen aber sagen, daß ich vier Jahre lang in Bern und nun hier jetzt etwa vier Monate lang den „jungen Mann“ gespielt habe, der für jemand anders in vielen wichtigen Sachen die volle Verantwortung tragen mußte, die bekanntlich unendlich schwerer zu tragen ist, als die eigene. Außerdem aber verkümmert man nach und nach bei diesem Geschäft und verbraucht sich, da man keine volle Ellbogenfreiheit hat. Ich möchte endlich, wenn überhaupt auf meine Dienste noch Wert gelegt wird, eine Stellung erhalten, bei der ich, wenn auch in

<sup>3</sup> Siehe Dok. 8.

<sup>4</sup> Über die anfangs schwierige, nicht nur von der Wiedereinrichtung und personellen Ausstattung bestimmte Stellung der Botschaft in London findet sich in Schuberts Pol. Tgb., Bd. II, ein Artikel Kauders aus der Berliner Zeitung am Mittag vom 7. Juli 1920 „Der Deutsche in London“, in dem es heißt: „In der alten Botschaft in Carltonhouseterrace sitzt der neue Geschäftsträger, Senator Sthamer, mit drei Legationsräten und einem übrigen Personal von noch nicht fünfzehn Köpfen, Dienerschaft schon eingerechnet. Politisch findet diese deutsche Vertretung nicht die geringste öffentliche Beachtung. Das einzige Urteil, das ich aus englischem Munde über Senator Sthamer hörte, lautet: er scheine ein Mann von kluger Zurückhaltung, der nichts Überflüssiges rede. [...] Die Herren der deutschen Legation haben nach den Antrittsbesuchen der Regierung auch dem Doyen und den Mitgliedern der diplomatischen Korps die übliche Visite gemacht, und diese Besuche sind sogleich aufs korrekteste erwidert worden. Auch ein paar liberale Lords haben ihre Karten abgegeben. [...] In der Form ist alles untadlig. Aber darüber hinaus findet nicht der geringste außerberufliche Verkehr von seiten der Regierungsmitglieder oder der übrigen alliierten und assoziierten Diplomaten mit der deutschen Vertretung statt.“ Letzter Satz ab „nicht“ bis Satzende gesperrt gesetzt.

bescheidenen Grenzen, mein eigener Herr bin und für meine Handlungen und Entschlüsse allein einzustehen habe. Ich habe das seinerzeit auch schon Herrn Schüler gesagt, der mir die schönsten Aussichten auf Erfüllung meiner Wünsche machte und mir damals sagte, ich solle entweder die Englische Abteilung im Amt erhalten oder als Geschäftsträger nach London gehen. Daraus ist dann nichts geworden und Herr Schüler sagte mir zu, daß ich unter Sthamer nach London gehen solle, um später die Englische Abteilung zu bekommen.<sup>5</sup> Ich habe mich, da ich mich von meinen Privatinteressen in Berlin, wie Sie wissen, nur schwer trennen konnte, mit schwerem Herzen hierzu entschlossen und bin hier als „junger Mann“ unter Hintansetzung aller persönlichen Eitelkeit tätig gewesen. Nun aber möchte ich auch endlich das erhalten, was Schüler mir damals versprochen hatte.

Ich habe im übrigen eine große Hochachtung vor Schüler, den ich wegen des Mutes und der Energie bewundere, mit der er die Reorganisation des Amtes in Angriff genommen hat, eine Aufgabe, an die sich bisher keiner herangetraut hatte. Auch habe ich keine Zweifel an der Aufrichtigkeit und dem guten Willen Schülers. Nur kann er manchmal offenbar das nicht halten, was er versprochen hat.

Ich wende mich deshalb trotz Ihrer sonstigen großen Beanspruchung an Sie und möchte Sie bitten, dafür zu sorgen, daß ich in Berlin nicht Gefahr laufe, unter die Wagenräder zu kommen. Vorausschicken muß ich, daß ich mich besonders darauf freue, wenn möglich, Ihnen im Rahmen meiner Befugnisse helfen zu können; Sie werden mich jederzeit hierzu bereit finden.

Mir ist, wie gesagt, die Englische Abteilung versprochen worden. Ich muß dann aber auch unter allen Umständen verlangen, daß ich sie als vollwertiger Direktor oder Dirigent übernehme und sofort dazu ernannt werde. Ich bin unter keinen Umständen bereit, mich mit einer „Verwesung“ oder „Kommissarischen Verwaltung“ zu begnügen. Ich bin sonst absolut bereit, meinen Abschied zu nehmen;<sup>6</sup> an Arbeit würde es mir in diesem Falle nicht gebrechen, besonders da ein großer Teil meiner Familie stürmisch verlangt, daß ich mich ganz unseren Werksangelegenheiten widmen soll.

Ich habe wirklich keineswegs vor, mich als Abteilungsdirektor oder -dirigent irgendwie aufzuspielen. Wenn ich aber diese Stellung übernehme und etwas lei-

---

<sup>5</sup> Ein entsprechendes Gespräch dürfte Ende Oktober oder Anfang November 1919 in Berlin geführt worden sein, wie ein Brief Schuberts an Schüler vom 6. Oktober 1919 nahelegt, Nl. v. Schubert, Pol 4 „Versailles“.

<sup>6</sup> Auf die Einlösung dieses Versprechens drängte Schubert nochmals nachdrücklich in einem weiteren Schreiben an Haniel vom 30. Juni 1920: „Ich möchte Ihnen aber noch einmal ganz deutlich zum Ausdruck bringen, daß ich unter allen Umständen entschlossen bin, meinen Abschied zu nehmen, wenn mein Wunsch nach einer klaren und verantwortlichen Stellung im Amte nicht erfüllt wird. Ich berufe mich dabei auf das Versprechen, das mir Herr Schüler seinerzeit gegeben hat. [...] Dies soll keine Drohung sein, denn ich habe stets Drohungen mit Abschiednehmen für außerordentlich geschmacklos gehalten, besonders wenn sie von Leuten ausgehen, die wie ich finanziell unabhängig und daher nicht an ein Verbleiben im Berufe gebunden sind. [...] Ich möchte dabei hervorheben, daß ein Ausscheiden aus dem Amte für mich vielleicht den größten Schmerz meines Lebens bedeuten würde, denn ich hänge außerordentlich nicht an meiner Karriere, sondern an meinem Beruf und es würde mir eine große Genugtuung bereiten, wenn ich meine hier erworbenen englischen Kenntnisse im Amte nutzbringend verwerten könnte.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II.

sten soll, muß ich auch äußerlich als eine etwas gehobenere Persönlichkeit dokument[iert] sein und darf nicht in dem wüsten Haufen der unzähligen jetzt vorhandenen „Geheimräte“ untergehen. Ich habe den Titel eines „Geheimen Legationsrats“<sup>7</sup> nur für die Zeit meiner Beschäftigung in London zugeteilt erhalten und trage im übrigen den fürchterlichen Titel „Wirklicher Legationsrat“. Ich bin nicht gewillt, unter einer solchen Bezeichnung meine Tätigkeit im Amt aufzunehmen, auch auf den Titel „Geheimer Legationsrat“ lege ich gar keinen Wert. Ich werde damit auf eine Stufe mit einer Unzahl von Beamten gestellt, die zwar zum Teil sehr verdienstvoll sind, die aber zum Teil auch eine Tätigkeit entfalten, die der meinen, wenn sie richtig ausgeführt wird, nicht gleichwertig ist, denn ich bin, das kann ich Sie [sic!] versichern, entschlossen, meine ganze Kraft der mir zugewiesenen Aufgabe zu widmen. Ich wollte daher anregen, ob mir nicht der Titel eines Gesandten verliehen werden könnte. Es widerstrebt mir aufs äußerste, dies selbst vorzuschlagen und meine eigene Sache zu vertreten, was mir als ganz törichte Eitelkeit und Selbstüberhebung ausgelegt werden könnte. Ich betrachte dieses Schreiben aber als einen Privatbrief und glaube, offen zu Ihnen sprechen zu können, ohne daß Sie mich sofort als einen lächerlichen Querulanten verurteilen.

Wenn Sie nichts dagegen haben, würde ich in Berlin auch versuchen, mit dortigen maßgebenden Engländern und sonstigen Diplomaten Verkehr zu pflegen, z.B. mit General Malcolm, der mich hier besuchte, der mich aber leider verfehlt hat. Ich glaube, daß ich mit diesen Leuten nur dann mit Aussicht auf Erfolg sprechen kann, wenn ich etwas mehr darstelle, als einen üblichen „Geheimrat“ des Auswärtigen Amtes. Auch glaube ich nicht, daß es ihnen so sehr imponieren wird, wenn ich mich ihnen als „Direktor“ oder „Dirigent“ vorstelle. Das mag Ihnen vielleicht kindisch erscheinen, aber ich habe hier gesehen, was der gebildete Ausländer von der Bedeutung eines „Geheimen Legationsrats“ hält. Er stellt sich dabei meist ein ganz vorsintflutliches Wesen vor. Ich stelle den Antrag auch nur wegen meiner Stellung und nicht aus persönlicher Ruhmsucht.

Man wird dabei natürlich wieder meine „große Jugend“ anführen und darauf hinweisen, daß andere Leute durch meine Ernennung verärgert werden. Für das erste Gebrechen kann ich nichts, es wird auch täglich besser. Zu dem zweiten Punkt möchte ich bemerken, daß ich mich, glaube ich, auch in den letzten Jahren mehr geschunden habe, wie viele andere Leute, und daß ich vielleicht auch mehr Erfahrung gesammelt habe, wie mancher andere. Endlich möchte ich daran erinnern, daß auch vor dem Kriege schon öfters Leute Gesandte geworden sind, die sogar noch jünger waren, als ich. Auch während des Krieges haben Leute den Titel eines Gesandten erhalten, die, wie Rietzler,<sup>8</sup> jünger waren als ich oder viel weniger lange diplomatisch tätig waren, wie zum Beispiel Nadolny.

Ich will mich aber auch meinerseits nicht auf andere berufen. Ich dachte nur, daß heutzutage Schwierigkeiten da nicht mehr bestehen können, wo es darauf ankommt, irgendjemand in den Stand zu setzen, sein Amt auch nach außen hin voll und ganz zu versehen.

<sup>7</sup> Zu der Rangfolge der Titel siehe ADAP, Ergänzungsband, Anhang II, S. 559f.

<sup>8</sup> Gemeint ist Kurt Rietzler. Siehe dazu: Rietzler, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, S. 109-116.

All' das setzt selbstverständlich voraus, daß man mich überhaupt weiter verwenden will. Darüber habe ich natürlich keinerlei Urteil abzugeben.

Bitte nehmen Sie mir dieses lange Geschreibsel nicht übel, lieber Herr von Haniel, es entspring lediglich dem Wunsche nach einer Stellung, in der ich mich endlich etwas freier bewegen kann.

Mit aufrichtigen Grüßen bin ich  
Ihr sehr ergebener

11

**Botschafter Sthamer an Staatssekretär Haniel von Haimhausen  
London, 17. Juni 1920**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II.<sup>1</sup>*

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Die mir mit Erlaß vom 12. Juni zugegangene Denkschrift über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung<sup>2</sup> hat mir sehr gut gefallen. Sie läßt sich ohne Zweifel von hohen Gesichtspunkten leiten und muß in ihrer schlichten Form auf jeden nicht von vornherein mit Vorurteilen Belasteten einen erschütternden Eindruck machen.

Gerade weil aber die Denkschrift meines Erachtens nirgends ihren Eindruck ganz verfehlen kann, komme ich nach erneuter reiflicher Überlegung immer mehr zu der Überzeugung, daß sie als Beweisstück lediglich bei den mündlichen Verhandlungen in Spa dienen sollte.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Das Schreiben ist von Schubert handschriftlich mit „gez. Sthamer“ versehen, stammt aber aus seiner eigenen Feder, wie der Zusatzeintrag „von mir aufgesetzt“ beweist.

<sup>2</sup> Es handelt sich um die dritte von insgesamt drei Denkschriften, die für die Spa-Konferenz angefertigt wurden. Vgl. Tel. Haniels, 7. Juni 1920, ADAP, Serie A, Bd. III, S. 280f., außerdem AR, Kab. Müller I, S. 233-36, S. 281-83. Alle drei Denkschriften wurden am 1. Juli 1920 mit einer Note Millerand übergeben.

<sup>3</sup> Bereits am 3. Juni 1920 hatte Sthamer in einem Brief, der ebenfalls von Schubert verfaßt worden ist, darauf hingewiesen, wie wichtig die mündlichen Verhandlungen seien: „Was wir in Versailles nicht erreichen konnten, erhoffen wir nachträglich von Spa. Wir rechnen darauf, daß dort nicht lediglich Noten gewechselt werden, sondern daß ein lebendiger Gedankenaustausch stattfinden wird, der hoffentlich zum mindesten einige unserer Feinde davon überzeugen wird, daß die Ausführung des Versailler Vertrages unmöglich ist. Es würde mir unter diesen Umständen sehr bedenklich erscheinen, wenn wir unsere, wenn auch sicherlich mit vorzüglichem Material ausgestattete Denkschrift all zu sehr in den Vordergrund stellen würden. Es muß meines Erachtens der allergrößte Wert auf den mündlichen Gedankenaustausch gelegt werden. Die Denkschrift darf nur eine sekundäre Rolle spielen und lediglich als ein Beweismittel für die in den mündlichen Verhandlungen gemachten Ausführungen dienen. Rücken wir die Denkschrift allzusehr in den Vordergrund, so werden wir damit zu rechnen haben, daß sie wieder mit Denkschriften beantwortet werden wird und dann kommt die ganze Verhandlung wiederum auf den Aus-

Je mehr ich über die ungeheuerere Wichtigkeit nachdenke, welche die Verhandlungen in Spa für uns haben werden, und je mehr ich mir die verzweifelte Lage klarmache, in der wir uns befinden, desto mehr drängt sich mir die Überzeugung auf, daß wir das entscheidende Gewicht auf die mündlichen Diskussionen an Ort und Stelle zu legen haben werden und daß wir alles vermeiden müssen, was den Eindruck, den wir hervorzurufen hoffen, von vornherein abschwächt.

Diese Gefahr würde aber sicherlich heraufbeschworen werden, wenn wir schon vorher den Gegnern unsere erschütternde Lage schriftlich darlegten. Zum mindesten diejenigen unserer Feinde, die auf unsere Vernichtung eingeschworen sind, würden dann sagen, daß man über unsere Lage kaum mehr zu diskutieren brauche, da wir dieselbe ja schon schriftlich dargelegt hätten. Wir würden natürlich dann trotzdem eine Diskussion herbeiführen; aber diese Diskussion würde von vornherein darunter leiden, daß sie der so unendlich notwendigen ursprünglichen Frische entbehren würde und sich naturgemäß immer wieder auf die bereits erfolgte schriftliche Darlegung zu beziehen hätte.

Ganz anders würde unsere taktische Lage sein, wenn wir zunächst auf der Konferenz in ganz großzügiger Weise unsere erschütternde Lage auseinandersetzen und dann als Beweisstück die Denkschrift vorlegten.

Mit der vorherigen Überreichung der mir vorliegenden Denkschrift ist aber meines Erachtens noch eine andere sehr erhebliche Gefahr verbunden.

Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß zum mindesten die Franzosen es sich nicht nehmen lassen werden, den Inhalt der Denkschrift sowohl bei der vorherigen Beratung der Alliierten, welche der Konferenz in Spa vermutlich vorausgehen wird, als auch in der Öffentlichkeit gegen uns auszubeuten.

---

tausch von Noten heraus. [...] Vor allem aber möchte ich auch davor warnen, den Gegnern Gelegenheit zu geben, sich schon vorher ihre Gegenargumente einzupakuen. Wäre die Denkschrift so gehalten, daß sie im Großen und Ganzen den exorbitanten Wünschen unserer Gegner entgegenkommt, so würde auch ich es für nützlich halten, sie schon vor der Konferenz mit dem Inhalte der Denkschrift bekannt zu machen. Da die Denkschrift aber, wie ich annehme, den Gegnern nur in sehr geringer Weise entgegenkommt und nur sehr wenig anbieten kann, so halte ich eine vorherige Benachrichtigung eines oder mehrerer unserer Gegner für im höchsten Grade bedenklich. Man schneidet sich auf diese Weise auch vor allem eine mündliche Argumentation von vornherein ab, auf die es, wie ich immer wieder betonen möchte, meiner Meinung nach in aller erster Linie ankommt.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II. Haniel schrieb daraufhin am 11. Juni 1920 an Schubert: „Ich persönlich – übrigens auch Herr von Simson – bin der Ansicht, daß man sie aus den gleichen von Ihnen und Herrn Sthamer angeführten Gründen, wenn nicht erst bei Beginn der Konferenz, so doch erst ganz kurz vorher überreicht. Andererseits werden Sie aus der Denkschrift sehen, daß sie so gut wie nichts Neues enthält, sondern lediglich eine Zusammenfassung der für uns in Betracht kommenden wirtschaftlichen Gesichtspunkte. Vor allem fehlen in ihr alle positiven Vorschläge, wie sie in der Denkschrift der Sachverständigen enthalten sind. Vielleicht erscheinen Ihnen nach Durchsicht der offiziellen Denkschrift die gegen eine vorzeitige Überreichung geäußerten Bedenken minder schwerwiegend. Jedenfalls wären wir für Äußerung darüber dankbar, wie Sie sich von dort aus die Behandlung am zweckmäßigsten denken. Ich darf übrigens bemerken, daß die finanz- und steuertechnische Denkschrift, die keinerlei Polemik, sondern nur Zahlenmaterial enthält, gleichzeitig mit der wirtschaftlichen offiziellen Denkschrift durch dieselbe Note übergeben werden soll. Einstweilen scheint ja Datum und Schicksal der Konferenz noch sehr im Schoße der Götter zu liegen!“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II.

Die Kraft der Denkschrift besteht meines Dafürhaltens besonders darin, daß sie sich auf eine Darlegung unserer Lage beschränkt und keinerlei positive Vorschläge enthält. Gerade das aber werden die Franzosen vermutlich gegen uns ausschlagen. Sie werden sagen, daß wir uns lediglich darauf beschränkt hätten, unsere Unfähigkeit zu schildern, daß wir keinerlei positive Vorschläge gemacht hätten und daß daraus zu schließen sei, daß wir die Absicht hätten, keinerlei wesentliche Leistungen anzubieten. Daß eine solche Argumentation auch ganz besonders in dem Rahmen der Northcliffe Presse<sup>4</sup> hineinpassen würde, brauche ich nicht weiter auseinanderzusetzen.

Auf diese Weise könnte dann auch Lloyd George vielleicht gezwungen werden, sich von vornherein auf eine uns unbequeme Linie festzulegen.

Endlich möchte ich noch ein anderes sehr erhebliches Bedenken zur Erwägung stellen, das mit der ganzen Taktik, die wir in Spa anwenden wollen, in ursächlichem Zusammenhange steht.

Die Denkschrift mußte in ihrer durchweg sehr geschickten Argumentation von dem Grundsatz ausgehen, daß wir an sich gewillt sind, den Friedensvertrag nach Möglichkeit zur Ausführung zu bringen. Es wird aber bei den mündlichen Verhandlungen in Spa meines Dafürhaltens von unendlicher Bedeutung sein, daß wir so eindringlich wie möglich betonen, daß die Ausführung des Friedensvertrages in seiner Gesamtheit vollkommen ausgeschlossen ist. Begnügen wir uns mit Konzessionen auf einzelnen Gebieten, protestieren wir nicht gleichzeitig gegen die Unmöglichkeit des ganzen Vertrages, lassen wir nicht wenigstens für später eine Diskussion über die ungerechtfertigte Grundlage des Vertrages, nämlich die These von unserer Kriegsschuld<sup>5</sup> offen, so sind wir meiner Ansicht nach verloren. Denn wir werden später immer mit Recht sagen können, daß uns der Vertrag von Versailles mit Gewalt aufgezwungen worden ist. Wenn wir aber jetzt in Spa den Vertrag nach Erreichung einiger Konzessionen ausdrücklich oder stillschweigend in seiner Gesamtheit sanktionieren, so wird uns später immer entgegengehalten werden können, daß wir unsere Verpflichtungen erfüllen müßten, da wir sie mit kaltem Blute endgültig in Spa anerkannt hätten.

Bei geschickter Taktik muß es in mündlichen Verhandlungen möglich sein, einerseits unsern guten Willen zur Erfüllung des Vertrages zu erkennen zu geben und andererseits zu betonen, daß die Ausführung des vorliegenden Vertrages unmöglich ist. Die Denkschrift aber muß, wenn sie als besonderes, in sich abgeschlossenes Dokument allein übergeben wird, den Eindruck erwecken, als ob wir uns mit dem Verträge im großen und ganzen abgefunden hätten. Das muß meines Erachtens unter allen Umständen vermieden werden.

Meiner Meinung nach würden im übrigen die Nachteile, die von einer vorherigen Überreichung der Denkschrift zu befürchten sind, den Vorteil bei weitem überwiegen, der uns eventuell entgeht, wenn wir von der vorherigen Überreichung absehen. Es ließe sich zwar denken, daß die Denkschrift es denjenigen unserer bisherigen Feinde, von denen wir eine entgegenkommende Haltung erwarten, ermög-

---

<sup>4</sup> Lord Northcliffe, britischer Pressemagnat, der in der Schlußphase des Krieges seine Regierung in Propagandafragen beraten hatte; dazu u.a. Newton, British policy.

<sup>5</sup> Siehe dazu Dok. 13.

licht, sich von vornherein unsere hoffnungslose Lage klarzumachen. Dieser Vorteil aber darf nicht zu hoch eingeschätzt werden, besonders da es meines Erachtens unter allen Umständen nicht geraten ist, die Denkschrift den Alliierten längere Zeit vor der Konferenz zuzustellen. Besonders aber wird, wie ich eingangs angeführt habe, meines Dafürhaltens viel mehr von einer ursprünglichen, erst mit ganzer Kraft in Spa selbst einsetzenden Aktion zu erwarten sein.

Ich möchte daher nochmals dringend empfehlen, von einer vorherigen Mitteilung der Denkschrift an die Alliierten abzusehen und sie vielmehr lediglich als Beweisstück bei den Verhandlungen in Spa zu verwenden, als welches sie meiner Überzeugung nach außerordentlich gute Dienste leisten würde.

Mit dem besten Gruß bin ich

Ihr ergebener

[Hschr. von Schubert:] gez. Sthamer

## 12

### Von Schubert an Staatssekretär Haniel von Haimhausen (gekürzt) London, 17. Juni 1920

*Durchschrift. Nl. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II.<sup>1</sup>*

[...]<sup>2</sup>

Wir verfolgen mit großer Spannung die Lösung der Kabinettskrise.<sup>3</sup> Vom Standpunkte unserer Beziehungen mit England würde ich es für außerordentlich bedauerlich halten, wenn die Mehrheitssozialisten nicht im Kabinett vertreten wären. Persönlichkeiten wie der Reichskanzler Müller haben sich hier ein gewisses Vertrauen erworben. Außerdem aber würde, fürchte ich, aus dem Ausscheiden der Sozialisten die Folge gezogen werden, daß die Regierung in Deutschland sich wieder mehr nach Rechts orientiert und dies würde von den hiesigen, uns feindlich gesinnten Kreisen dahin gedeutet werden, daß die reaktionären Parteien in Deutschland wieder anfangen die Oberhand zu gewinnen, die nach der Ansicht dieser Kreise den Friedensvertrag sabotieren wollen, Revanchegeleüste haben und den „Militarismus“ wieder zur Blüte verhelfen wollen. Auch würde eine Lösung wie sie heute in den hiesigen Blättern zu finden war, daß nämlich die Mehrheitssozialisten nicht in das Kabinett eintreten, ihm aber auch keine Schwierigkeiten bereiten, sondern zunächst seine Taten und insbesondere auch das Ergebnis der Verhandlungen in Spa abwarten würden, für uns nicht ungefährlich sein, denn die Englische Regierung müßte hieraus den Eindruck gewinnen, daß sie in Spa mit einer recht wackeligen und einen großen Teil des deutschen Volkes nicht repräsen-

<sup>1</sup> Hschr. Randvermerk: „Vertraulich!“

<sup>2</sup> Einleitend wurde frühere Korrespondenz besprochen.

<sup>3</sup> Die Regierungskrise war durch das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 6. Juni hervorgerufen worden. Durch sie geriet die bisherige „Weimarer Koalition“ in die Minderheit. Am 25. Juni kam es dann zur Bildung des Kabinetts Fehrenbach, in dem die Mehrheitssozialisten nicht mehr vertreten waren. Siehe Schultheß', Bd. 61 Teil 1 (1920), S. 155-60.



tierenden Regierung zu tun hätte. Dies müßte sie dazu führen, dieser Regierung viel bindendere Verpflichtungen aufzulegen, als sie sie vielleicht einer anderen Regierung auferlegt hätte, von deren gutem Willen und deren Machtbefugnissen sie mehr überzeugt gewesen wäre. Je mehr die Alliierten davon überzeugt sind, daß die in Spa vertretene Deutsche Regierung den größten Teil des nach Ansicht der Alliierten gemäßigten und vernünftig denkenden Teil[s?] des deutschen Volkes vertritt, desto weiter werden wir dort kommen.

Einer meiner Bekannten hatte Gelegenheit, gestern mit dem berühmten Marquis Soveral zu sprechen, der immer noch eine gewisse Rolle bei Hofe und in einflußreichen politischen Kreisen spielt und jedenfalls viel hört. Soveral erklärte, daß man überall außerordentlich pessimistisch über die Weltlage denke und garnicht wisse, wie man aus der Sackgasse herauskommen solle, in die die Weltpolitik fast überall hineingeraten sei. Dazu kann ich nur bemerken: Gott gebe, daß sich hier allmählich die Ansicht durchringt, daß erst dann vernünftige Zustände in der Welt eintreten können, wenn wir wieder als gleichberechtigte Partner in das Konzert der Mächte aufgenommen worden sind! Jedenfalls sollten wir uns nach meiner besten Überzeugung nicht scheuen, in Spa ein kräftiges Nein auszusprechen, wenn sonst nichts zu erreichen ist. Wir würden damit sicherlich den Alliierten, die überall und auf jedem Gebiete alle Hände voll zu tun haben, in eine außerordentliche Verlegenheit setzen.

[...]⁴

Was durchreisende Engländer Ihnen über die Möglichkeit gesagt haben, daß unsere jungen Herren schon anfangen könnten, gesellschaftliche Fühlungnahme mit Klubs zu suchen, stimmt nicht ganz. Die hiesigen Klubs haben immer noch nicht die während des Krieges erlassenen Bestimmungen aufgehoben, wonach feindliche Ausländer, insbesondere Deutsche von dem Eintritt in die Klubs ausgeschlossen sind. Außerdem kann man aber hier nicht die Initiative zu dem Eintritt in die Klubs ergreifen, man muß vielmehr abwarten, bis man aufgefordert wird. Das ist bisher noch nicht geschehen und wir müssen uns in Geduld fassen. Dasselbe gilt für den Eintritt in die maßgebende Gesellschaft. Auch hier müssen wir abwarten, bis man an uns herantritt. Jeder Versuch, hier die Initiative zu ergreifen, wäre nicht nur unzweckmäßig, sondern erfolglos. Gerade in der besseren Gesellschaft ist fast allgemein der Glaube verbreitet, daß wir am Kriege schuld waren und uns im Kriege wie die Hunnen benommen hätten. Auch dies ist ein Beweis dafür, wie wichtig es ist, diese These auszurotten!

Mit aufrichtigsten Grüßen, auch von meiner Frau, bin ich  
Ihr sehr ergebener

Sch[ubert]

---

⁴ Schubert behandelte eine Beschwerde über das Paßbüro der Botschaft.

**Von Schubert an Staatssekretär Haniel von Haimhausen (leicht gekürzt)**  
**London, 22. Juni 1920**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II.<sup>1</sup>*

Vertraulich!

Lieber Herr von Haniel!

Ich hatte gestern Gelegenheit, unsere Aussichten in Spa mit einem hiesigen bedeutenden Geschäftsmann zu besprechen, der Deutscher von Geburt, absolut deutschfreundlich gesinnt ist und andererseits, wie ich mehrfach feststellen konnte, ein sehr vernünftiges Urteil über die Engländer hat, sie genau kennt und sich auch keinerlei Illusionen darüber macht, daß wir etwa von den Engländern eine allzu große Hilfe zu erwarten haben.<sup>2</sup>

Der Betreffende vertrat die Ansicht, es sei die Hauptsache, daß wir in Spa unsere Würde bewahrten. Natürlich müßten wir dort unsere schreckliche Lage schildern und unbedingt positive Vorschläge über das machen, was wir nach ehrlicher Überzeugung leisten könnten. Wir sollten uns aber auf keinen Fall auf faule Kompromisse einlassen, sondern lieber mit einem sachlich begründeten „Nein“ antworten, sobald Unmögliches von uns verlangt werde. Wir brauchten seiner festen Überzeugung nach uns nicht allzusehr vor den Folgen zu fürchten, die ein solches „Nein“ eventuell nach sich ziehen könnte. Mit einer weiteren Besetzung Deutschlands würden wir seiner Meinung nach zum Beispiel keinesfalls zu rechnen haben. Kein englischer Soldat werde hierfür zur Verfügung gestellt werden, und die Engländer würden auch wohl den Franzosen nicht gestatten, zu einem solchen desperaten Mittel zu greifen. Herr Sthamer, dem ich natürlich von diesem Brief Kenntnis gegeben habe, hat mich gebeten, zu Ihrer streng vertraulichen Information hinzuzufügen, daß Lord Hardinge kürzlich in einer streng vertraulichen Unterredung ihm gegenüber als seine persönliche Meinung erklärt hat, daß England nie dulden werde, daß Frankreich weitere Teile Deutschlands besetze.<sup>3</sup> Er [der Gewährsmann] betonte immer wieder, daß wir unseren Standpunkt mit Ruhe und Würde vertreten sollten; nur eine solche Haltung werde Eindruck auf die Engländer machen. Es sei englische Eigenart, nur denjenigen rettungslos zu vernichten, der durch sein Benehmen zeige, daß er sich selbst auf gebe.

Aus City-Kreisen höre ich, daß man dem Ergebnis von Spa mit großer Skepsis entgegenzusehen scheint. Man glaubt offenbar nicht daran, daß die Konferenz die Lösung der großen Weltkrise bringen werde. Man fürchtet, daß Lloyd George sich nicht gegen die Franzosen durchsetzen wird und daß diese mit ihren exorbitanten

<sup>1</sup> Hschr. Randvermerk: „ab K[urier] 24/6/20“.

<sup>2</sup> Eine Aufz. darüber wurde nicht ermittelt.

<sup>3</sup> Der vorangehende Satz wurde erst nachträglich hier eingefügt und findet sich daher in der Vorlage hschr. am Briefende.

Forderungen durchdringen werden. Überhaupt ist man der Ansicht, daß Lloyd George wie eine Wetterfahne ist, die sich je nach Bedürfnis plötzlich dreht.

Auch nach dem, was ich von anderer Seite höre, möchte ich davor warnen, allzu große Hoffnungen auf Lloyd George zu setzen.

Nimmt man aber an, daß Lloyd George bei der Stange bleiben und uns helfen will, so sollte man ihm meines Erachtens seine Aufgabe in jeder Beziehung erleichtern. Man würde dies eventuell aber nicht tun, wenn man sich zu einem faulen Kompromiß entschließt und Verpflichtungen eingeht, von denen man überzeugt ist, daß man sie nicht erfüllen kann. Eventuell könnte eine Hilfe Lloyd Georges und der Engländer überhaupt erst dann einsetzen, wenn wir durch eine sachlich begründete Ablehnung vor aller Welt gezeigt haben, daß wir die uns zugemuteten Leistungen nicht ausführen können. Ich kann mir auch nicht denken, wieso durch eine solche Ablehnung unsere Position noch wesentlich verschlechtert werden könnte. Wie mein oben genannter Gewährsmann mir versicherte, sind alle maßgebenden Leute in England davon überzeugt, daß wir den Friedensvertrag in seiner jetzigen Form nicht ausführen können. Ich möchte dem nicht so ohne weiteres beipflichten. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß viele Leute hier den Friedensvertrag und seine unmöglichen Folgeerscheinungen in ihrem ganzen Umfange garnicht kennen. Aber gerade diesen Leuten würden meines Erachtens durch eine sachlich, im Detail begründete Ablehnung die Augen geöffnet werden.

Allgemein geht allerdings die Meinung wohlwollender Engländer dahin, daß wir etwas Positives anbieten müssen. Die Hauptsache ist, daß wir in Spa eine ganz ehrliche, krystallklare Politik treiben und uns jeder kleinen taktischen Mittelchen enthalten müssen.

Die Stimmung hiesiger maßgebender Gesellschaftskreise, über die ich Ihnen bereits mehrmals schrieb, erhält eine weitere nicht uninteressante Beleuchtung durch die Erfahrung, die Baron Goldschmidt hier bei seinen Verwandten und Freunden gemacht hat. Sie haben ihm alle zu verstehen gegeben, daß Deutschland an dem Kriege und dem durch ihn in der Welt hervorgebrachten Unglück schuld sei. Auch haben sie darauf hingewiesen, daß sie sich selbst – es handelt sich dabei durchweg um sehr wohlhabende Leute – sehr einschränken müßten, während manche Deutsche dies augenscheinlich garnicht nötig hätten. Hieraus folge, daß Deutschland sehr wohl im Stande sei, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Deutschland tue ungläublicher Weise aber alles, um sich diesen Verpflichtungen zu entziehen.

[...]⁴

Ich komme immer wieder darauf zurück, daß es nötig sein wird, die These von unserer Kriegsschuld bei gegebener Gelegenheit noch einmal aufzurollen und sie nach Möglichkeit zu zerstören.<sup>5</sup> Ich halte im übrigen die Konferenz von Spa als

---

<sup>4</sup> Es folgt der Text eines Briefes einer Freundin von Baron Goldschmidt über die Stimmung in der gehobenen englischen Gesellschaft gegenüber Deutschland.

<sup>5</sup> Anfang Mai 1920 hatte Schubert eine Unterredung mit Crowe, in der dieser Deutschland diverse Kriegsgreuel vorgeworfen hatte. Schubert schrieb dazu an Haniel am 8. Mai 1920: „[...] so können wir es nicht auf uns sitzen lassen, daß wir allein Verbrecher sind und die anderen schuldlose Engel. Wir müssen mit allen Mitteln versuchen, diese Mythe zu zerstören. Wir können uns nicht auf die Phrase einlassen, daß wir erst dann wieder im Rate

keineswegs geeignet für einen solchen Versuch. Man müßte aber die Verhandlungen in Spa auf jeden Fall so führen, daß uns stets für später eine Diskussion dieser Frage offengehalten wird. Mit anderen Worten: wir müssen in Spa alles vermeiden, was später so gedeutet werden könnte, daß die Basis des Versailler Friedensvertrages, nämlich die Kriegsschuld anerkannt haben. Bei jeder Gelegenheit wird hier auf diese Basis zurückgegriffen. So gibt zum Beispiel der heutige Leitartikel der „Times“ zu, daß die finanzielle Bürde, die in Boulogne<sup>6</sup> beschlossen worden sei, zwar sehr schwer für Deutschland sei, aber immer noch angemessen im Hinblick auf die Tatsache, daß wir willkürlich das große Unglück des Krieges heraufbeschworen hätten!

[...] <sup>7</sup>

Endlich möchte ich hervorheben, daß es sehr wichtig sein wird, in Spa und anderweitig darauf hinzuweisen, daß wir schon viel getan haben, um den Friedensvertrag nach Möglichkeit auszuführen. Allgemein wird verbreitet, daß wir so gut wie garnichts getan hätten. In einem sehr wichtigen Punkte, nämlich unserer Verpflichtung zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs haben wir der hiesigen Regierung ja schon den Beweis erbringen können, daß wir durchaus bereit wären, positive Vorschläge zu machen, daß aber die Franzosen die Verhandlungen sabotiert hätten.<sup>8</sup>

Mit aufrichtigem Gruß bin ich  
Ihr sehr ergebener

---

der Völker aufgenommen werden sollen, wenn wir uns ‚gebessert‘ haben.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. I. Zur Kriegsschuldfrage äußerte sich Schubert dezidiert am 14. Juni 1920 in einem Schreiben an Haniel: „Ich halte es aber trotzdem für ungemein wichtig und unbedingt notwendig, mit allen Mitteln die These unserer Schuld am Kriege, in welcher Weise sie auch immer auftreten möge, zu zerstören.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II. Vermutlich nicht zuletzt wegen seines Engagements in der Kriegsschuldfrage erhielt Schubert als späterer Leiter der Abteilung III im Auswärtigen Amt auch das Schuldreferat (Prof. Delbrück) Anfang 1922 zugeteilt. Dazu siehe Geiss, Die manipulierte Kriegsschuldfrage.

<sup>6</sup> Gemeint ist die interalliierte Konferenz von Boulogne am 21./22. Juni 1920 und der dort behandelte Reparationsplan.

<sup>7</sup> In England herrsche der Eindruck, daß Deutschland die alliierten Forderungen wohl erfüllen könne, aber nicht wolle.

<sup>8</sup> In einem weiteren Schreiben an Haniel, 22. Juni, beschäftigte sich Schubert mit dem Auftreten der Franzosen im Saargebiet, ADAP, Serie A, Bd. III, S. 292-94. Folgende Schlußformel des Briefes dort nicht abgedruckt: „Verzeihen Sie, daß ich Sie mit dieser Sache behellige, aber es liegt mir sehr viel daran, daß Sie sich persönlich für die Frage interessieren, und ich weiß auch nicht, wer zur Zeit im Amt das Saargebiet bearbeitet.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II. Die Alliierten bereiteten die Konferenz von Spa auf einer Tagung des Obersten Rates vom 2.-3. Juli in Brüssel vor, siehe Schultheß, Bd. 61 Teil 2 (1920), S. 370. Die Konferenz von Spa fand dann vom 5.-16. Juli statt, ebd. S. 370f. Zu Verlauf und Ergebnissen siehe ADAP, Serie A, Bd. III, S. L-LI.

**Wirklicher Legationsrat von Maltzan an von Schubert (leicht gekürzt)**  
**Berlin, 23. Juni 1920**

*Ausfertigung. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II.<sup>1</sup>*

Lieber Karl!

[...]²

Mit gleichem Kurier geht an Dich adressiertes Paket ab, dasselbe enthält Handelsnachrichten von Kopp an Krassin. Es ist Kopp seinerzeit zugesagt worden, seinen diesbezüglichen Verkehr mit Krassin, der bisher in Kopenhagen weilte, zu erleichtern.<sup>3</sup> Wie ich vertraulich bemerken möchte, enthalten die Pakete nichts Verfüngliches. Ich bitte Dich, diese auf privatem Wege Krassin zukommen zu lassen. Ob und wie weit Du diese Möglichkeit zu persönlichen Beziehungen ausnutzen willst, muß ich Deiner Beurteilung insbesondere unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse überlassen. Wir haben Frau Krassin gestattet, auf längere Zeit im Herbst nach Deutschland zu kommen. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß K. die Anwesenheit seiner Frau zu einem Besuch in Deutschland ausnutzen wird. In unserer russischen Linie verfolgen wir nach wie vor denselben Kurs unter Beobachtung der englischen Verhandlungen stets bereit zu sein, auch unsererseits die wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjet-Rußland aufzunehmen und zwar 5 Minuten später als England, aber keineswegs vorher.<sup>4</sup> Betreffend Ukraine und Margolin

<sup>1</sup> Vermerk über dem Datum: „An 29/6/20“.

<sup>2</sup> Kurz über laufende Angelegenheiten.

<sup>3</sup> Der Verkehr zwischen Kopp und Krassin lief auch weiterhin über Maltzan. Siehe Schubert an Maltzan, 3. Juli 1920, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II.

<sup>4</sup> Siehe auch hschr. Aufz. Schuberts vom 26. Februar 1920 über ihm gemachte Mitteilungen: „Englische Finanz- und Handelskreise treffen alle Vorkehrungen, um sich in umfassender Weise in Rußland zu betätigen und sich insbesondere die dortigen Rohprodukte zu sichern. Es hat sich eine Gesellschaft von 10 Millionen £ gebildet zur Hebung der Bodenschätze in Sibirien.“-Ebd., Bd. I. Am 15. April 1920 hatte Maltzan an Schubert u.a. geschrieben: „Ich habe mich hier bemüht, offiziöse und wirtschaftliche englische Kreise für ein Zusammenarbeiten mit Deutschland künftig in den Randstaaten und mit weiterem Ausblick in Rußland zu gewinnen, dies scheint zunächst geglückt zu sein. Jedenfalls ist auf eine diesbezügliche Anregung meinerseits an englische Herren, die nach Kowno fahren, der dortige englische Geschäftsträger mit unseren Vertretern in Beziehung getreten und hat praktische Vorschläge, insbesondere wegen Flachs gemacht. In dieselbe Kerbe haut Euer Bericht, wonach auf Anregung des Foreign Office die Verhandlungen dort aufgenommen sind. Alle diese Möglichkeiten werden hier, insbesondere von Haniel und dem neuen Reichsminister [Simons] mit Sympathie begrüßt, und wir versuchen, auch unsere wirtschaftlichen Interessenten, speziell die Flachsleute, für die Idee dieser gemeinsamen Arbeit zu gewinnen. [...] Es ist wertvoll, daß in den dortigen [Londoner] Berichten immer wieder die Notwendigkeit des englisch-deutschen Zusammengehens in Ostfragen und die englische Geneigtheit dafür betont wird.“-Ebd. Die Bemühungen, Geschäftsanbahnungen mit großen englischen Firmen, vor allem im Veredelungsverkehr und Kreditwesen, zu fördern, würden nicht zuletzt dadurch erschwert, daß die englische Wirtschaft Angst vor einer kommunistischen Machtübernahme in Deutschland habe, Schubert an Boyé, 27. April 1920, ebd.

erhältst Du demnächst einen Spezialbrief.<sup>5</sup> Die innere Lage ist hier nach gestriger scheinbarer Klärung durch die Stellung der Mehrheitssozialisten und Demokraten verworrener denn je. Ich glaube, wir werden doch auf die alte Koalition zurückkommen müssen.<sup>6</sup> Es besteht nur die große Gefahr, daß Unabhängige und Kommunisten die jetzige Blutleere der Regierung für einen gewaltsamen Umschwung ausnutzen. Ob Simons unter den gegebenen Verhältnissen Minister des Äußeren wird, erscheint wieder fraglich. Sonst gibts in Berlin nichts Neues. Die meisten Leute gehen auf Sommerfrische, ich trete meinen Urlaub erst Ende August an.

Mit besten Grüßen  
Dein  
[eigenhändig:] Ago  
[...]<sup>7</sup>.

## 15

**Von Schubert an Wirklichen Legationsrat von Maltzan  
London, 1. Juli 1920**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II.<sup>1</sup>*

Lieber Ago!

Vielen Dank für Deinen Brief vom 23. Juni betreffend die Ukraine,<sup>2</sup> dessen Inhalt mich sehr interessiert hat.

Im Anschluß an meinen Brief vom 25. Juni<sup>3</sup> möchte ich Dir noch mitteilen, daß Margolin uns gesagt hat, er wolle hier eine englische Gesellschaft gründen, die sich mit dem Austausch von Produkten zwischen England und der Ukraine befassen solle. Er würde den größten Wert darauf legen, deutsches Kapital für diese Ge-

<sup>5</sup> Es handelte sich um einen weiteren Brief vom selben Tage, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II. Darin hieß es: „Herr Margolin hat hier auf der Rückreise nach London vorgeschlagen. Er erklärte mir, der Ukraine gingen die Mittel aus, und suchte mich davon zu überzeugen, daß seine Londoner Tätigkeit so sehr im Interesse Deutschlands liege, daß wir die Finanzierung seiner Vertretung übernehmen sollten. Er ist hier aber tauben Ohren begegnet. Es ist ihm indessen gelungen, auf anderem Wege soviel Mittel flüssig zu machen, daß seine Gesandtschaft für die nächsten drei Monate sichergestellt ist.“

<sup>6</sup> Bildung der Regierung Fehrenbach siehe Schultheß', Bd. 61 Teil 1 (1920), S. 155-60.

<sup>7</sup> Maltzan bat Schubert, ihm englischen Tabak zu schicken.

<sup>1</sup> Hschr. Randvermerk Schuberts: „ab 1/7/20“.

<sup>2</sup> Siehe Dok. 14 Anm. 5.

<sup>3</sup> Darin schrieb er: „Herr Margolin teilte mir heute mit, daß er ein Gespräch mit dem maßgebenden Privatsekretär Lloyd Georges [Kerr] gehabt habe, das ihm sehr enttäuscht habe. Herr Margolin hat ihm seine alte Idee vorgetragen, daß England als Preis für die Aufnahme der Beziehungen mit Rußland von den Russen verlangen solle, daß Rußland die selbständige Ukraine anerkenne.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II.

sellschaft zu gewinnen, da er hoffe, auf diese Weise weiterzukommen. Er wollte von uns die Adresse von Melchior<sup>4</sup> haben und ist auch vor kurzem nach Amsterdam zu einer Zusammenkunft mit Melchior gefahren.

Herr Margolin erwähnt noch, daß er vielleicht den diplomatischen Dienst quittieren werde, um sich ganz den wichtigen wirtschaftlichen Dingen widmen zu können.

Ich muß sagen, daß ich den Plänen des Herrn Margolin, der auf Herrn Sthamer den Eindruck eines kleinen Krämers gemacht hat, sehr skeptisch gegenüberstehe. Ich habe den Eindruck, daß es mit den angeblich der hiesigen Ukrainischen Mission zur Verfügung gestellten Geldern sehr schlecht bestellt ist, und daß Herr Margolin deshalb versucht, sich eine lukrativere Einnahmequelle zu verschaffen. Auch seine Absicht, deutsches Kapital für die von ihm angeblich zu gründende Gesellschaft zu gewinnen, kommt mir sehr verdächtig vor. Augenscheinlich findet er bei den Engländern kein sehr großes Interesse für seine Pläne, und er sucht daher, uns vorzuspannen.

Herr Melchior ist ja über die Verhältnisse in der Ukraine genau unterrichtet und wird wissen, was er von den Vorschlägen des Herrn Margolin zu halten hat. Immerhin wäre es doch vielleicht ganz gut, ihn zu warnen. [...]<sup>5</sup>

Mit aufrichtigen Grüßen bin ich in Eile  
Dein getreuer

Nachschrift: Eben entsendet Herr Margolin einen seiner Mitarbeiter, Herrn Vishnitzer, zu mir, der mir in seinem Auftrage mitteilt, daß er bereits wieder von Amsterdam zurück ist, wo er eine Stunde lang mit Herrn Melchior konferiert hat. [...] Herr Vishnitzer erzählte noch, daß der Privatsekretär von Lloyd George, Herr Kerr, bei einer kürzlichen Unterredung mit Herrn Margolin sehr auf die Polen geschimpft haben soll, die es garnicht verstünden, sich mit ihren Nachbarn zu vertragen, insbesondere auch nicht mit Deutschland. Ferner soll Herr Kerr gesagt haben, daß England keine Beziehungen zu der Ukraine unterhalten könne, solange noch die Bolschewisten in Kiew säßen, wenn aber die Ukrainer wieder im Besitze von Kiew wären, würde England die Ukraine sicherlich anerkennen (!?).

---

<sup>4</sup> Carl Melchior, Teilhaber des Bankhauses M.W. Warburg & Co in Hamburg. Schubert hatte selbst gute Kontakte zu Max M. Warburg, wie ein Brief vom 21. April 1920 beweist. In einem Schreiben an Staatssekretär Boyé vom 27. April 1920 hatte er vorgeschlagen, Warburg nach England zu entsenden, um die Wirtschaftskontakte zwischen Deutschland und England wieder in Gang zu bringen, ebd., Bd. I.

<sup>5</sup> Schubert legte zwei Aufzn., die ihm Margolin übergeben hatte, bei.

<sup>6</sup> Maltzan solle einen Brief Margolins an Melchior weiterleiten.

**Von Schubert an Staatssekretär Haniel von Haimhausen  
London, 28. Juli 1920**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II.<sup>1</sup>*

Streng vertraulich und persönlich!

Lieber Herr von Haniel!

Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihr Telegramm vom 21. d.M.<sup>2</sup>, in dem Sie sich mit meiner Abreise am 5. August einverstanden erklären.

Ich gehe hier sehr schweren Herzens fort. Denn es wäre, wie Sie wissen, meines Erachtens unbedingt notwendig gewesen, einen politisch und diplomatisch geschulten Nachfolger einzuarbeiten. Darüber, daß die Entsendung eines solchen Beamten unbedingt notwendig ist, bin nicht nur ich mir klar, sondern auch alle hiesigen Beamten sehen dies vollkommen ein.

Selbst auf die Möglichkeit hin, daß man mir Überschätzung vorwerfen könnte, muß ich es offen aussprechen, daß ich es für ein außerordentlich gefährliches Experiment halte, mich hier als politisch und diplomatisch geschulten Beamten nicht in irgendeiner Form zu ersetzen. Ich habe alles nur Menschenmögliche getan, um sowohl Herrn Sthamer wie auch Herrn Dufour und die anderen Herren nach besten Kräften einzuarbeiten.<sup>3</sup> Ich glaube, damit auch einige Erfolge erzielt zu haben, aber es war tatsächlich unmöglich, innerhalb von so wenigen Monaten zu einem abschließenden Resultat zu kommen. Ich sehe daher der Entwicklung der Dinge hier mit schwersten Sorgen entgegen und lege Wert darauf, Ihnen dies noch von hier aus auszusprechen.

Eine weitere große Sorge ist für mich der hiesige Kanzleibetrieb, der wegen der Weigerung des Herrn Schüler, die schon lange unbedingt nötigen 2 Beamten zu entsenden, zusammenzubrechen droht.<sup>4</sup> Sie werden mit mir darin übereinstimmen,

<sup>1</sup> Hschr. Randvermerk Schuberts: „ab K[urier] 29.7.“

<sup>2</sup> Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. II.

<sup>3</sup> Aufz. Dufours, 18. Juli 1920: „Aus allen Äußerungen des Herrn Ministers [Sthamer] geht deutlich hervor, wie außerordentlich Herr von Schubert nicht nur ihm selbst, sondern uns allen fehlen wird und dem stimme ich von ganzem Herzen und nach jeder Richtung hin zu. Niemand wird Herrn von Schubert mehr vermissen als ich. Der Herr Minister verlangt als Ersatz für Herrn von Schubert einen anderen, diplomatisch geschulten und erfahrenen Herrn.“-Ebd.

<sup>4</sup> Schubert schrieb in dieser Angelegenheit am 30. Juni 1920 an Haniel: „Zum mindesten muß ich absolut verlangen, daß uns nunmehr die erbetenen und noch ausstehenden 2 Kanzleibeamten umgehend gesandt werden. Ich bin der festen Überzeugung, daß sich auch Herr Schüler diesen Erwägungen nicht verschließen wird. Es ist schließlich auch Menschenmaterial, das wir aufs Spiel setzen, und das dürfte meines Erachtens nicht geschehen. Einer unser besten Beamten ist beim letzten Sonntagsdienst, der noch am wenigsten anstrengend ist, plötzlich zusammengebrochen und mußte sich 2 Stunden hinlegen. Solche Sachen sind auf die Dauer nicht zu vertreten.“ – Da sich in der Zwischenzeit nichts getan hatte, sah Schubert sich gezwungen in einem Schreiben an Haniel am 15. Juli 1920 auf die Angelegenheit zurückzukommen: „Was das Büropersonal anlangt, lege ich einen weiteren Brief an Sie mit der Bitte, ihn Herrn Schüler zu zeigen, bei. Es ist ein ganz



daß man die Wichtigkeit eines geregelten Kanzleibetriebes nicht unterschätzen darf. Nachdem Herr Heerling erkrankt ist, haben wir nur noch einen wirklich geschulten Kanzlisten hier, Herrn Achilles. Sollte diesem etwas passieren, so steht der Betrieb mehr oder weniger still. Es ist für mich ein tiefer Kummer, daß es mir nicht gelungen ist, wenigstens einen tadellosen Kanzleibetrieb zurückzulassen.

Ich möchte mir im übrigen natürlich nicht den Vorwurf zuziehen, daß ich unter solchen Umständen den hiesigen Posten lediglich aus Familienrücksichten verlasse. Sie sprechen ja nur insofern mit, als ich meiner Frau wegen meine Abreise nicht ins Ungemessene verschieben kann. Der 5. August ist allerdings das allerletzte Datum, und ich sehe der Reise meiner Frau wegen schon jetzt mit größten Sorgen entgegen und hoffe, daß nichts passiert.

Im übrigen aber würde ich auch, abgesehen von meinen Familienverhältnissen, der Engländer wegen dringend empfohlen haben, meine Abreise von hier nicht lange hinauszuschieben. Es ist den Engländern seinerzeit gesagt worden, daß ich bis Ende Juli hier bleiben würde. Es liegt weder im Reichsinteresse, noch in dem meinen, das Risiko zu laufen, daß Lord Kilmarnock erneut meinetwegen in Berlin vorstellig wird. Aber auch wenn dies nicht zu befürchten ist, so wäre es meiner Ansicht nach unwürdig sowohl für das Reich als auch für mich, wenn man dieses Mal die der Englischen Regierung abgegebene Erklärung nicht einhalten wollte.

Ich glaube im übrigen nicht, daß die Engländer noch etwas gegen mich einzuwenden haben. Sir Eyre Crowe war gestern ganz außerordentlich freundlich. Ich muß auch hervorheben, daß er in allen Sachen, in denen ich mit ihm verhandelt habe, restlos etwas getan hat und meistens ein für uns günstiges Ergebnis erzielt hat. Allerdings waren es meistens keine welterschütternden Sachen.

Wenn ich aber später noch einmal hier verwendet werden sollte, was ja vorläufig nicht in Frage kommt, so müßten die Engländer damit ganz aufs neue befaßt werden. Aber weiter hinziehen kann man die Sache nicht, denn ich würde dadurch in eine ganz schiefe Lage geraten.

Ich werde mich natürlich sofort nach meiner Ankunft in Berlin bei Ihnen melden. Ich bin sehr gespannt, was Sie über mich beschlossen haben werden. Meinen Standpunkt kennen Sie ja zur Genüge.

Mit aufrichtigsten Grüßen, auch von meiner Frau, bin ich  
Ihr sehr ergebener  
gez. v. Schubert

[...]⁵

---

unerhörter Skandal, daß er uns so zappeln läßt. Wenn das so weiter geht, muß die Sache vor das Parlament. Ebensowenig, wie es unter dem früheren königlich preußischen Regime anging, ist es jetzt zulässig [in der Vorlage versehentlich hschr. in „unzulässig“ korrigiert], mit Menschenleben Schindluder zu treiben. Da hört dann doch die Gemütlichkeit auf. Noch zu allen Zeiten war es üblich, nötigenfalls den für solche unhaltbaren Zustände Verantwortlichen sehr erheblich zur Rechenschaft zu ziehen. Das wird, wenn nicht sofort Remedur geschaffen wird, in diesem Falle unbedingt geschehen, dafür bürgere ich Ihnen!“-Erwähnte Briefe ebd.

<sup>5</sup> Es folgt ein Postskriptum, in dem Schubert um einen Erlaß zu seiner offiziellen Abberufung bat.

## Kapitel 3 Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt (August 1920 bis Dezember 1924)

### Kapitel 3.1 Leiter der Abteilung V/England (August 1920 bis Dezember 1921)

17

#### Von Schubert an Staatssekretär Haniel von Haimhausen Berlin, 19. August 1920

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. III.<sup>1</sup>*

Lieber Herr von Haniel!

Ich weiß, wie sehr Sie jetzt als Vertreter des Reichsministers beschäftigt sind und möchte Ihre Zeit so wenig als möglich in Anspruch nehmen. Ich halte es daher für das Beste, Ihnen schriftlich folgendes zu unterbreiten.

Ich habe sofort nach meiner Rückkehr aus Frankfurt am 14. d.M. Vietinghoff vor seiner Abreise,<sup>2</sup> so gut es ging, über die Aufgaben instruiert, die ihn in London erwarten.

Ich habe ferner, Ihrem Wunsch entsprechend, am 14. d.M. versucht, Herrn Schüler zu sprechen, was mir aber nicht gelang. Ich bat seinen Attaché, ihm mitzuteilen, daß ich da bin. Nachdem ich am 15. d.M. diesen Attaché nicht antraf, habe ich am 16. festgestellt, daß er Herrn Schüler meine Meldung übermittelt hat. Herr Schüler hat mich aber bisher nicht wissen lassen, ob und wann er mich empfangen will.

Ich möchte noch erwähnen, daß ich vor meiner Abreise nach Frankfurt am 8. d.M. an Herrn Schüler einen Brief gerichtet hatte,<sup>3</sup> in dem ich ihn in sehr höflicher Form von meiner Abreise und ihrer Notwendigkeit in Kenntnis gesetzt und ihm mitgeteilt habe, daß ich am 14. wieder in Berlin zurück sein und ihm dann ganz

<sup>1</sup> Hschr. Randvermerk: „abgegeben 19/8/1920 7 Uhr abends“.

<sup>2</sup> Zur Klärung familiärer Angelegenheiten hatte Schubert vom 8.-14. August Urlaub genommen, um seinen erkrankten Vater bei einer Familiensitzung der Stummschen Erben in Frankfurt zu vertreten. Vietinghoff wurde Nachfolger Schuberts an der Botschaft in London. Vgl. Dok. 10.

<sup>3</sup> Das Briefkonzept dazu findet sich im Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. III. Schüler wurde von Schubert recht heftig kritisiert. Am 18. September schrieb er an Dufour: „Wiedenfeld hat seine Absicht, nach London zu fahren, aufgegeben. Ebenso anscheinend Schüler. Ich würde die Reise nur aus einem Gesichtspunkt heraus begrüßt haben, weil auf diese Weise beide Herren endlich Gelegenheit bekommen hätten, sich von dem Betrieb einer Botschaft Kenntnis zu verschaffen, von dem sie beide anscheinend keine blasse Ahnung haben.“-Ebd.

zur Verfügung stehen werde. Zugleich habe ich ihn davon benachrichtigt, daß ich sehr gern verschiedenes mit ihm besprechen würde. Herr Schüler hat es nicht für nötig befunden, bis jetzt auf diesen Brief irgendwie zu reagieren.

Am 15. und 16. d.M. traf ich zufällig im Amt Herrn Rhomberg, der mir mitteilte, daß er die Englische Abteilung abgeben habe und am 16. abends abreisen werde. Er bat mich dringend, die Englische Abteilung zu übernehmen.<sup>4</sup> Ich sagte ihm, daß ich dies ohne einen Dienstauftrag doch nicht gut tun könne, worauf er mir am 16. nachmittags mitteilte, daß es ihm nach vielen Mühen gelungen sei, Herrn Schüler zu sprechen. Er habe ihn veranlaßt, die entsprechenden Schritte zu tun.

Am 17. d.M. ist mir dann von Herrn Hofrat Carow die Verfügung vorgelegt worden, die mein gestern an Sie gerichtetes dienstliches Schreiben behandelt.<sup>5</sup> Ein Erlaß ist mir indessen bisher immer noch nicht zugegangen.

Mittlerweile habe ich festgestellt, daß meine angebliche Ernennung zum Chef der Englischen Abteilung bereits in der englischen Presse steht. Der Reichsminister Simons scheint anzunehmen, daß ich bereits im Amt arbeite. Denn er hat mir persönlich eine – übrigens ganz belanglose – Sache zugeschrieben. Ferner habe ich heute aus London einige, im jetzigen Momente vielleicht nicht uninteressante politische Nachrichten erhalten, deren Verwertung mir sehr am Herzen liegt.

Unter den gegebenen Umständen und im Hinblick auf die augenblicklich kritische Zeit halte ich es für meine Pflicht, so wenig als möglich persönliche Schwierigkeiten zu machen. Ich habe daher soeben die Leitung der Englischen Abteilung übernommen.<sup>6</sup>

Sie wissen aber, unter welchen Voraussetzungen ich allein bereit bin, die Englische Abteilung dauernd zu führen, nämlich: daß ich sie endgültig als Direktor erhalte und daß man mir einen angemessenen persönlichen – wenn irgend möglich diplomatischen – Titel verleiht, der es mir ermöglicht, meiner Aufgabe in der Weise gerecht zu werden, die ich Ihnen mehrfach schriftlich und mündlich vorgetragen habe. Diese Voraussetzungen kommen im geringsten Grade mir persönlich, vielmehr in der Hauptsache der Englischen Abteilung und der von ihr zu leistenden Arbeit zugute. Ich kann Sie nochmals versichern, daß persönliche Eitelkeit dabei nicht mitspricht, sondern lediglich das Interesse an der Sache. Dies allein ist

---

<sup>4</sup> Zur Zusammensetzung der Abteilung siehe ADAP, Serie A, Bd. III, Anhang I b, S. 631.

<sup>5</sup> Schubert selbst hatte dem Staatssekretär den Wortlaut einer entsprechenden Verfügung entworfen: „Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren vom 19. August 1920 ab die Leitung der Abteilung V des Auswärtigen Amtes zu übernehmen. gez. Haniel“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. III.

<sup>6</sup> Über die ganze Angelegenheit schrieb Schubert am 21. August 1920 an Dufour: „Für Ihre Glückwünsche zur Übernahme der englischen Abteilung danke ich Ihnen sehr. Es handelt sich vorläufig nur um ein Provisorium; ich habe überhaupt noch keinen Erlaß erhalten, und es ist mir trotz eifriger Bemühungen bisher noch nicht gelungen, Herrn Schüler zu Gesicht zu bekommen. Es würde heute zu weit führen, diese ganze Affenkomödie auseinanderzusetzen. Herr von Haniel steht aber ganz auf meiner Seite und ebenso anscheinend der Minister [...]. Inzwischen versuche ich, mich mühsam einzuarbeiten. Das ist aber bei der außerordentlich komplizierten Organisation des Amtes sehr schwer. Sie müssen daher noch viel Geduld mit mir haben, können aber versichert sein, daß ich alle meine Kräfte für meine Ihnen bekannten Ziele einsetzen werde.“-Ebd.

für mich ausschlaggebend, und ich bin im Interesse der Sache sogar bereit, den Vorwurf auf mich zu laden, daß ich ein lächerlicher Querulant und Titeljäger bin.

Ich bin jedoch fest entschlossen, den Abschied zu nehmen, wenn die oben angegebenen Voraussetzungen nicht binnen eines Monates, also bis zum 20. September 1920 erfüllt werden. Sie können versichert sein, daß ich inzwischen meine ganze Kraft einsetzen werde, um den Versuch zu machen, meine Stellung auszufüllen, soweit mir das unter den vorläufigen Bedingungen möglich ist.

Sollte es sich aber schon in der nächsten Zeit herausstellen, daß die von mir angegebenen Voraussetzungen nicht erfüllt werden, so möchte ich anheimgen, schon jetzt die Frage eines geeigneten Ersatzes in Erwägung ziehen zu wollen, damit später keine Unannehmlichkeiten entstehen. Ich selbst würde natürlich auch gern baldigst Gewißheit über diesen Punkt erhalten – und zwar nicht so sehr aus persönlichen, als aus sachlichen Gründen. Ich habe u.a. persönliche Verbindungen mit der Botschaft London, im Foreign Office und mit verschiedenen anderen Persönlichkeiten eingerichtet, die ich rechtzeitig in vorsichtiger Form lösen müßte, wenn ich die Leitung der Abteilung nicht endgültig und in der von mir angegebenen Form erhalte.

Ich bedauere lebhaft, Sie mit dieser Sache behelligen und Ihnen ein Schriftstück vorlegen zu müssen, daß wie ein Ultimatum aussieht und eigentlich, besonders in der jetzigen Zeit, etwas lächerlich wirken muß. Da aber Herr Schüler keinerlei Notiz von mir nimmt und überdies auch – meiner Empfindung nach – die Ernennung zu einem so wichtigen Posten Sache des Reichsministers oder seines Vertreters ist, bleibt mir kein anderer Ausweg übrig.

Was im einzelnen die Aufgabe unserer Politik gegenüber England und entsprechend die Aufgaben der Englischen Abteilung nach den Erfahrungen meines Londoner Aufenthaltes sein werden, hoffe ich, Ihnen noch vor Ihrer Abreise ausinandersetzen zu dürfen.<sup>7</sup>

Mit aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr sehr ergebener

## 18

### **Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichsminister Simons Berlin, 8. September 1920**

*Hschr. Aufzeichnung Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. III.*

Gesprächsweise erzählte mir heute Minister Simons, daß er seinerzeit Herrn Ebert die Übernahme seines Amtes versprochen habe, aber nur temporär, zur Erledigung der Spa-Konferenz, also einer technischen Aufgabe. Nun sei aber in Spa unser

<sup>7</sup> Vgl. Schuberts Aufz. vom 10. September 1920 als Basis für einen Erlaß nach London, ADAP, Serie A, Bd. III, S. 556f. Siehe auch den Erlaß Simons' nach London vom 10. September, ebd., S. 558-60; dazu Dok. 19.

Programm nur zum Teil erledigt worden; der weitere Teil folge in Genf, und da müsse er auch bleiben,<sup>1</sup> auch zur Übermittlung der in Spa erledigten Fragen. Dann müsse er auch einige faux pas wiedergutmachen (er meinte wohl seine unglücklichen Interviews in der Schweiz); das sei er der Regierung schuldig.

Durch all diese Sachen sei er fester in sein Amt hineingeraten, als er ursprünglich beabsichtigt habe, und er werde daher auch länger im Amt bleiben, als er gedacht habe. Herr Ebert habe die Hoffnung ausgesprochen, daß er dadurch mit ihm zusammenarbeiten werde.

So könne er daher auch daran denken, für die auswärtigen Missionen die verlangten politischen Richtlinien auszugeben<sup>2</sup> (das bildete den Ausgangspunkt unserer Unterhaltung). Bisher habe er solche nicht ausgeben wollen, da er sich nur vorübergehend als mit Verwaltung des Ministerpostens betraut betrachtet habe.

Sch[ubert]

19

**Von Schubert an Botschafter Sthamer (gekürzt)**  
**Berlin, 25. September 1920**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. III.*<sup>1</sup>

[...]<sup>2</sup>

Meinen Brief vom 11. September<sup>3</sup> werden Sie mittlerweile dort vorgefunden haben und ebenso den Erlaß mit den Richtlinien des Reichsministers.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> In Spa hatte man sich geeinigt, die Frage der deutschen Wiedergutmachung zunächst auszuklammern und eine besondere Expertenkonferenz in Genf abzuhalten. Diese fand dann nicht statt. Siehe dazu die Aufz. der Sitzung in Spa am 16. Juli 1920, ADAP, Serie A, Bd. III, S. 423-429, bes. S. 428; die Aufz. Simons vom 29. Juli, ebd., S. 461f.; Tel. Simons' nach London und Rom am 24. September, ebd., S. 596f.

<sup>2</sup> ADAP, Serie A, Bd. III, S. 558-60. Siehe auch den Runderlaß Simons' vom 3. September 1920, ebd., S. 540-42; einen weiteren Runderlaß vom 9. September, ebd., S. 553f.; Tel. Simons' nach Rom und London, 24. September, ebd., S. 596f. Siehe auch Aufz. Schuberts für Simons vom 7. September, in der er um Instruktionen für die Londoner Botschaft bat, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. III.

---

<sup>1</sup> Hschr. Randvermerk: „ab 25. K[urier]“.

<sup>2</sup> Dank für übermittelte Grüße.

<sup>3</sup> Darin hieß es: „Sie erhalten mit einem heutigen Erlaß Richtlinien über unsere Politik gegenüber England, die der Minister Simons auf meine Anregung hin vorgestern selbst entworfen hat. Ich habe heute mit dem Minister über diese Richtlinien, die ich sehr gut finde, gesprochen und wir waren uns einig darüber, daß sie noch durch eine Weisung über dasjenige ergänzt werden müssen, was Sie eventuell bei besonderer Gelegenheit englischen Staatsmännern sagen könnten.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. III.

<sup>4</sup> Es handelt sich um die in ADAP, Serie A, Bd. III, S. 558-60 abgedruckten „Richtlinien für die deutsche Politik gegenüber England“. Siehe auch Brief Schuberts an Roediger,

Positive Richtlinien kann ich Ihnen heute leider noch nicht senden, da ich außerordentlich beschäftigt war und es bei der Zerfahrenheit der hiesigen Verhältnisse und der Unsicherheit unserer Politik immer schwerer wird, solche Richtlinien aufzustellen.

Auf einen Punkt aber möchte ich noch ganz besonders aufmerksam machen:

Ich halte es für absolut notwendig, sowohl in der deutschen Öffentlichkeit als auch England gegenüber darauf hinzuweisen, welche ungeheuren Schädigungen uns die in Spa eingegangenen Verpflichtungen, insbesondere das Kohlenabkommen, bringen,<sup>5</sup> anstatt nur immer zu verkünden, daß wir das Abkommen ausführen. Durch die Ausführung des Kohlenabkommens wird ohne Zweifel England indirekt geschädigt, denn hierdurch verringert sich unsere Leistungsfähigkeit in Bezug auf die Ausführung des [Versailler] Vertrages im allgemeinen.

Ich habe zunächst mit meinen Bestrebungen nicht sehr viel Erfolg gehabt, wenn man auch überall meinen Standpunkt billigte. Ich habe daher gestern erneut einen Vorstoß vorgenommen, über den Ihnen am besten die in Abschrift beigefügte Aufzeichnung Aufschluß gibt,<sup>6</sup> um deren ganz vertrauliche Behandlung ich bitten darf. Ich habe mich aber nicht nur an Herrn von Simson gewandt, sondern gleichzeitig auch [an] den stellvertretenden Staatssekretär Herrn von Rosenberg, der sei-

---

18. September 1920, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. III. In dem Brief analysierte Schubert die Politik Lloyd Georges ähnlich wie in Anm. 6, um dann daraus Konsequenzen zu ziehen: „Meiner Ansicht nach müssen wir, unbeirrt durch die angeblichen oder wirklichen Absichten unserer Gegner eine ganz klare Politik verfolgen, die darauf ausgeht, zu beweisen, daß wir unter den jetzigen Bedingungen nicht leben können, und daß der Friedensvertrag zum mindesten eine sehr weitherzige Auslegung erfahren muß. Alle unsere politischen Kundgebungen müssen hierauf eingestellt sein. Daneben noch hohe Politik nach altem Stile treiben zu wollen, ist Unsinn. Ich suche in diesem Sinne hier zu wirken und habe schon einiges erreicht.“

<sup>5</sup> Es sah die Lieferung von 2 Mio. Tonnen Kohle pro Monat aus Deutschland vor. Vgl. für den Text des Abkommens Schultheß', Bd. 61, Teil 2 (1920) S. 381f.

<sup>6</sup> Siehe Aufz. Schuberts für Simson 24. September 1920 und ein Schreiben Schuberts an Rosenberg vom selben Tage, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. III. Siehe auch die Aufz. Schuberts vom 10. September, ADAP, Serie A, Bd. III, S. 556f. Nach einer ersten Analyse der Politik Lloyd Georges vom 27. August 1920 und einer ausführlichen Würdigung der britischen Politik im Brief Sthamers vom 2. September, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. III, in der er die Bedeutung Rußlands unterstrichen hatte, schrieb Schubert am 31. Januar 1921: „Es wäre falsch, Lloyd George als einen bloßen Opportunisten anzusehen. Bei genauem Studium seiner Politik lassen sich Grundlinien erkennen, von denen er nicht abweicht. Zwei dieser Grundlinien lassen sich meines Erachtens konstatieren: 1) der Wunsch, mit Rußland wenigstens zu einer wirtschaftlichen [hschr. eingefügt] Verständigung zu gelangen, 2) das Bestreben, das deutsche Problem in irgendeiner Weise zu lösen, jedenfalls aber dem Zustand, in dem sich Deutschland befindet, ein Ende zu bereiten. In weiten Kreisen in England hat sich die Überzeugung durchgerungen, daß die Depression des englischen Wirtschaftslebens in erster Linie darauf zurückzuführen ist, das eine Störung des Weltmarktes durch den Ausfall Deutschlands eingetreten ist, die beseitigt werden muß, indem Deutschland wieder bis zu einem gewissen Grade lebensfähig gemacht wird. Dies hat ohne Zweifel auch Lloyd George eingesehen. Andererseits hört er aber auch auf die Stimmen derjenigen, die vor der Konkurrenz Deutschlands warnen und endlich zieht er auch in Betracht, daß sich für England vielleicht die Gelegenheit bietet, die Finanzkontrolle Deutschlands und eventuell Europas zu übernehmen.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VI, außerdem Dok. 26.

nerseits inzwischen mit dem Reichsminister gesprochen hat. Diese Demarche hat insofern Erfolg gehabt, als die auf Seite 2 erwähnte Aufzeichnung auf Weisung des Ministers Lord Kilmarnock vorläufig nicht übergeben worden ist. Ich hoffe daher, daß man die von mir geschilderte Gelegenheit ergreifen wird, um Lord Kilmarnock reichlich mit Material zu versehen, das beweist, wie schwer uns das Kohlenabkommen von Spa schädigt.

Im übrigen muß ich bezweifeln, ob Ihnen mit diesem Kurier [die] Abschrift der Aufzeichnung des Lord Kilmarnock<sup>7</sup> und das von mir auf Seite 2 der Aufzeichnung gewünschte Material zugehen wird.

Sie haben inzwischen ja einen Erlaß erhalten, der Ihnen schon einige Handhabe bietet. Es fehlen Ihnen aber immer noch Einzelheiten und ich werde nicht ruhen, als bis Ihnen diese zugegangen sind.

Ich halte diesen Punkt, wie gesagt, für außerordentlich wichtig. Mit der Politik, die wir anscheinend augenblicklich verfolgen, und die sich aus den verschiedensten Gründen davor scheut, einmal ein kräftiges „Nein“ zu sagen, treiben wir meiner Überzeugung nach mit mathematischer Sicherheit dem Ruin entgegen. Was hat es uns denn geholfen, daß wir immer wieder alles unterschrieben haben? Unsere Schuldenlast steigt dauernd in das Unermeßliche, der Friedensvertrag bleibt im großen und ganzen wie eine Mauer bestehen, und die kleinen Erleichterungen, die uns die Entente gewährt, helfen uns so gut wie garnichts. Zum Beispiel hat man uns gelegentlich des Kohlenabkommens in Spa Kredite versprochen. Wie ich vertraulich bemerken möchte, scheuen wir uns jetzt, diese Kredite in Anspruch zu nehmen, da die Bedingungen, unter denen sie gegeben wurden, so ungünstig sind, daß wir befürchten müssen, fürchterlich hereinzufallen, wenn wir sie in Anspruch nehmen!

Was uns eventuell ruinieren wird, das sind unter Umständen die vielen Sachverständigengutachten. Durch solche Gutachten kann ungefähr alles bewiesen werden, auch, daß ein gänzlich bankrotter Schuldner im Stande sein soll, Milliarden aufzubringen.

Ich fürchte daher sehr, daß wir in Genf<sup>8</sup> wieder einmal Verpflichtungen eingehen werden, die wir nicht erfüllen können. Wenn wenigstens dabei erreicht werden würde, daß der ganze Friedensvertrag bedeutend erleichtert wird; aber auch daran glaube ich nicht. Man wird wieder einmal einen Punkt des Friedensvertrags, nämlich die Wiedergutmachung, herausgreifen und uns darauf festnageln.

Ich tue mein Möglichstes, um darauf hinzuwirken, daß man endlich einmal erklärt, daß uns Unmögliches zugemutet wird. Viele andere Leute denken auch wie ich, aber ob wir durchdringen werden, erscheint mir sehr zweifelhaft.

Immer wieder wird hervorgehoben, daß, wenn wir die Unterschrift verweigern, die Franzosen das Ruhrgebiet besetzen werden und daß in diesem Falle Deutschland verloren ist, weil dann das unbesetzte Deutschland keine Kohlen mehr erhält und weil die Gefahr besteht, daß Süddeutschland absplittert.

---

<sup>7</sup> Siehe dazu das Schreiben Dufours an das AA, 19. September 1920, ADAP, Serie A, Bd. III, S. 576.

<sup>8</sup> Gemeint sind die in Dok. 18 Anm. 1 erwähnten Expertengespräche.

An die letztere Gefahr glaube ich nicht recht. Wenn aber tatsächlich das unbesetzte Deutschland keine Kohlen erhält, so wird allerdings ein großer, ein gewaltiger Krach entstehen; vielleicht wird es aber erst dieser Krach sein, der endlich dem Ausland die Augen über unsere wirkliche Lage öffnet.

Mit unserer jetzigen Politik kommen wir jedenfalls sicher ins Verderben; persönlich bin ich daher durchaus der Ansicht, daß wir auch eine Besetzung des Ruhrgebiets mit in den Kauf nehmen müssen.

[...]⁹

## 20

### **Interner Dienstbrief von Schuberts an die Personalabteilung des Auswärtigen Amts sowie die Staatssekretäre Haniel von Haimhausen und Boyé Berlin, 20. November 1920**

*Durchschrift. PA, R 77107.¹*

Ich habe gestern Gelegenheit genommen, auch mit dem Botschafter Sthamer die Frage zu besprechen, ob eine baldige Besetzung der Konsulate in den englischen Dominions wünschenswert erscheint.

Herr Sthamer hält eine möglichst baldige Besetzung des Generalkonsulats in Montreal für sehr angezeigt. Er erwähnte unter anderem, daß der High Commissioner für Kanada ihn kürzlich aufgesucht und sich sehr freundlich über die zukünftigen Beziehungen zwischen Kanada und Deutschland geäußert habe.

Herr Sthamer teilte mir ferner mit, daß bezüglich Australiens eine neuere englische Note vorliege, die mir nie zu Gesicht gekommen ist. In dieser Note wird anscheinend gesagt, daß Australien die Zulassung von deutschen Konsuln vorläufig ablehne.

Unter diesen Umständen muß ich den Vorschlag, den ich wegen der Besetzung des Generalkonsulats in Australien gemacht habe, zurückziehen. Herr Sthamer ist der Ansicht, daß es nicht zweckmäßig sei, die Frage in London anzuschneiden.

Immerhin glaube ich, daß es vorteilhaft sein würde, der Frage der Besetzung des Generalkonsulats schon jetzt in term [intern] näherzutreten. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß Herr Hughes, auf den bekanntlich die deutschfeindliche Tendenz der australischen Regierung in erster Linie zurückzuführen ist, nicht mehr sehr lange im Amt bleibt. Verschwindet er, so kann man mit ziemlicher Bestimmtheit auf eine Änderung des Standpunkts der Australier auch in der Konsulatsfrage

⁹ Details der bei Überreichung des Beglaubigungsschreibens zu haltenden Rede Sthamers (kurzer Entwurf beigelegt).

¹ Über dem Schreiben der Bezug: „Im Anschluß an mein Schreiben vom 18. d.M.“ (PA, R77107); zur Kompetenzabgrenzung der beiden Staatssekretäre siehe Dok. 235.



rechnen. Es wird dann darauf ankommen, alles zu tun, um einen deutschen Vertreter möglichst umgehend hinauszusenden. Denn ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß unsere Interessen außerordentlichen Schaden erleiden werden, wenn es uns nicht gelingt, in absehbarer Zeit einen Vertreter nach Australien zu entsenden. In dieser Ansicht werde ich unter anderem durch die Mitteilung des Herrn Sthamer bestärkt, daß von der Vertretung durch die Schweizer garnichts mehr zu erwarten ist.

Ich wäre auch sehr dankbar für eine Mitteilung darüber, ob es nach dem Friedensvertrag in dem Belieben unserer Feinde steht, ob sie in ihren Gebieten Konsuln von uns zulassen wollen oder nicht und ob, falls dies nicht der Fall ist, wir nicht nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen ein Recht darauf haben, Konsuln in die fremden Länder zu senden. Erforderlichen Falles könnte vielleicht die Abteilung VIII<sup>2</sup> hierüber ein Gutachten abgeben.

Sollten wir uns tatsächlich auf ein solches Recht berufen können, so möchte ich im Hinblick auf die großen Interessen, die für uns auf dem Spiele stehen, zur Erwägung stellen, ob wir vielleicht nicht jetzt, aber doch nach Ablauf einer gewissen Zeit, auch dann die Angelegenheit in London in geeigneter Form weiter verfolgen sollten, wenn die Australische Regierung ihren Standpunkt inzwischen nicht [sic] geändert hat. Ich bin zwar durchaus der Ansicht, daß wir in England nicht den Eindruck erwecken dürfen, als wollten wir die Anbahnung von Beziehungen zu England und seinen Kolonien übermäßig fördern, ich glaube aber sicher, daß die Engländer und besonders das Foreign Office Verständnis dafür besitzen werden, daß wir nicht gewillt sind, uns als Parias behandeln zu lassen.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Die Rechtsabteilung.

<sup>3</sup> In einer Aufz. vom 30. November 1920 gibt Schubert die Meinung Sthamers zu dieser Frage folgendermaßen wieder: „Er vertrat sehr stark die Ansicht, wir hätten uns in den letzten zwei Jahren gerade genug gefallen lassen. Das müsse jetzt aufhören. Was wir mit gutem Recht verlangen könnten, das sollten wir jetzt auch ohne Scheu und mit Nachdruck verlangen. Es hätte gar keinen Zweck, immer wieder ins Mauselloch zu kriechen; das imponiere den Engländern keineswegs. [...] Den Standpunkt, daß wir unserer Würde etwas vergäben, wenn wir den Engländern bzw. Australiern eine Vertretung aufnötigten, konnte Herr Sthamer nicht verstehen. Er ist der Ansicht, daß es für die deutsche Regierung in erster Linie darauf ankommt, die Interessen ihrer Staatsangehörigen mit allen Kräften zu wahren. Es käme vor allen Dingen für uns jetzt darauf an, uns die häufig verloren gegangene Würde wiederzugewinnen; machten wir uns klein, so würde uns das nicht gelingen.“-PA, R 77107.

**Interner Dienstbrief von Schuberts an die Personalabteilung  
des Auswärtigen Amts  
Berlin, 19. Dezember 1920**

*Hschr. ergänzte Durchschrift. PA, R 76780.<sup>1</sup>*

Eilt!

Ich habe schon seit längerer Zeit die Absicht, der Abteilung I einen Plan für eine den praktischen Bedürfnissen entsprechende Reorganisation der Abteilung V vorzulegen, die im übrigen keine sehr bedeutenden Veränderungen und vor allem auch keine nennenswerte finanzielle Verteuerung bringen würde. Durch die außerordentliche Überlastung mit Dienstgeschäften war ich bis jetzt nicht in der Lage, diesen Plan fertigzustellen, denn es kommt mir vor allem darauf an, daß derselbe in seinen Einzelheiten genau durchgearbeitet ist.<sup>2</sup>

Ich möchte heute nur einen Punkt dieses Plans hervorheben, der auch gesondert behandelt werden kann, und daran einen entsprechenden Antrag knüpfen.

Es hat sich herausgestellt, daß sowohl ich selbst, als auch meine Referenten durch die Bearbeitung von technischen Einzelheiten überlastet sind. Dies führt insofern zu einem großen Übelstande, als außer mir auch meine Referenten in ihren eigentlichen politischen und wirtschaftspolitischen Aufgaben sehr gestört und stark beeinträchtigt werden. Es ist meiner Ansicht nach unbedingt erforderlich, daß in der Englischen Abteilung außer dem täglich laufenden Geschäft, so wichtig es im einzelnen auch sein mag, die Grundlagen für einen Überblick über politische und wirtschaftspolitische Dinge geschaffen werden, der es allein ermöglicht, die Einzelgeschäfte von einem höheren Gesichtspunkte aus zu beeinflussen. Es muß, mit anderen Worten ausgedrückt, neben der eigentlichen praktischen Arbeit eine gewissermaßen theoretische Arbeit einhergehen, die, unbeeinflusst durch Tagesereignisse, die höheren Linien für unsere politische und wirtschaftliche Stellung gegenüber England, seinen Kolonien und Interessensphären festlegt. Bei der gewaltigen Ausdehnung des britischen Imperiums und des britischen Machtbereichs in der Welt ist es klar, daß es außerordentlich schwer ist, solche Grundlinien festzule-

---

<sup>1</sup> Wie sich aus zahlreichen hschr. Randvermerken ergibt, scheint die Ausfertigung am 20. Dezember 1920 weitergeleitet worden zu sein. Vermerke auf Wiedervorlage finden sich bis zum Juli 1921.

<sup>2</sup> Mit Schreiben vom 27. Mai 1921 an die Personal- und Verwaltungsabteilung des AA kritisierte Schubert schließlich den gesamten durch die Schülersche Reform geschaffenen Dienstbetrieb: „Nicht allein, daß innerhalb der einzelnen Abteilungen des Amts voneinander unabhängige, den Geschäftsgang regelnde Verfügungen erlassen worden sind, die Unklarheit und Unsicherheit für den Gesamtbetrieb zur Folge gehabt haben, es herrschen auch bei den Missionen und Konsulaten von den Grundsätzen des Amtes zum Teil völlig abweichende Auffassungen, die den glatten Geschäftsbetrieb nicht mehr gewährleisten.“-PA, 76775. Im Herbst 1921 fand schließlich eine Reorganisation des gesamten AA statt, an deren Zustandekommen Schubert maßgeblich beteiligt war; Verfügung Haniels vom 28. Oktober 1921, PA, 76778.

gen. Hierzu ist vor allem erforderlich, daß außer mir auch meine Referenten die Zeit dazu haben, über die einschlägigen Probleme gründlich nachzudenken, sich das nötige Material zu beschaffen und dasselbe eingehend durchzuarbeiten. Diese Zeit fehlt augenblicklich vollständig, wir leben von der Hand in den Mund und ich halte diesen Zustand für einigermaßen bedenklich. Eine gewisse Erleichterung würde dadurch eintreten, wenn meine Referenten von den oben genannten technischen Einzelheiten nach Möglichkeit entlastet werden könnten. Eine solche Erleichterung wird natürlich bereits dadurch geschaffen, daß die Referenten diese technischen Arbeiten zum großen Teil an Attachés abgeben, die dieselben unter ihrer Leitung bearbeiten. Dabei muß aber als Übelstand empfunden werden, daß die Attachés stets nach einigen Monaten ihrer Beschäftigung in der Abteilung V abgelöst werden, eine Notwendigkeit, die, wie ich vollkommen einsehe, durchaus im Interesse der gleichmäßigen Ausbildung der Attachés liegt. Hierdurch wird aber verhindert, daß sich in der Bearbeitung der von mir erwähnten Geschäfte eine gewisse Tradition herausbildet, die gerade bei solchen Geschäften von großer Bedeutung ist. Durch den Wechsel werden überdies die Referenten immer wieder aufs Neue gezwungen, die neu eintretenden Attachés anzulernen, was große Mühe verursacht, ganz abgesehen davon, daß die Kontrolle der durch die Attachés erledigten Arbeiten den Referenten sehr viel Zeit wegnimmt. Es kommt aber hinzu, daß die Attachés auf diese Weise in der Hauptsache mit Arbeiten beschäftigt werden müssen, die die Gefahr einer zu einseitigen Ausbildung mit sich bringen.<sup>3</sup>

Ich möchte mir daher den Vorschlag erlauben, für diese technischen Einzelheiten bei der Abteilung V ein besonderes Referat einzurichten. Zur Leitung dieses Referats müßte ein besonders geeigneter Beamter berufen werden, von dem vor allen Dingen anzunehmen ist, daß er die nötige Erfahrung besitzt und daß er auch in absehbarer Zeit das Auswärtige Amt nicht wieder verlassen wird.

Zur Verwaltung dieses Postens schlage ich den Hofrat Carow vor, der zur Zeit meinem Büro vorsteht. Ich halte ihn für ganz besonders geeignet hierfür und würde mir erlauben, nötigenfalls hierüber mich eingehend mündlich zu äußern.<sup>4</sup>

Damit Herr Carow seine Stellung auch nach außen hin selbständig versehen kann, müßte er meines Erachtens eine Stelle als Regierungs- oder Legationsrat der Besoldungsgruppe XI des Haushaltsplans erhalten. Ich bitte, ihm die durch die Versetzung des Konsuls Renner nach Kapstadt frei gewordene Stelle oder eine der

<sup>3</sup> Dieser Satz wurde hschr. am Rande nachgetragen. Mit dem Problem, Stetigkeit in der Führung der Geschäfte und Vielseitigkeit in der Ausbildung, also häufigen Wechsel, zu verbinden, und mit Personalfragen an der Botschaft London, vor allem mit dem richtigen Einsatz der Beamten, befaßte sich Schubert eingehend in einem streng persönlichen Brief an Dufour vom 31. März 1921. Er lobte den nach London abgeordneten Wiehl als seinen besten Attaché und brachte im übrigen seine häufig geäußerte Sorge zum Ausdruck, daß die höheren Beamten zu umfassender außenpolitischer Betrachtung nach übergeordneten Gesichtspunkten in der Lage sein müßten und sich nicht in juristisch-bürokratische Details verlieren dürften, als er über einen jungen Diplomaten sagte, er müsse „sich noch größte Mühe geben, die bürokratische Ader [...] abzubinden“. -Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VIII.

<sup>4</sup> Der ursprüngliche Satz – „Damit Herr Carow seine Stellung richtig versehen kann, müßte er meines Erachtens den Titel Regierungsrat erhalten und unter die Beamten eingereiht werden, die der Haushaltsplan für 1921 in Gruppe XI vorsieht.“ – wurde gestrichen und durch den oben nachfolgenden Absatz ersetzt.

nächsten frei werdenden Stellen zu übertragen; falls dies aber nicht zugänglich ist, für ihn eine neue Stelle durch den Etat 1921 anzufordern.

Ich mache darauf aufmerksam, daß durch die Einrichtung dieses Referats die Zahl der bei der Abteilung V bestehenden Referate nicht vermehrt werden würde. Durch den Fortgang des Herrn Renner ist ein Referat zur Zeit unbesetzt<sup>5</sup>, dessen Arbeit auf zwei andere Referate verteilt worden ist<sup>6</sup>.

Ich möchte noch besonders darauf hinweisen, daß es sich bei meinem Antrage um ein dauerndes und<sup>7</sup> wirklich dringendes Bedürfnis und um die Abstellung eines sehr erheblichen Übelstandes handelt. Ich möchte noch einmal betonen, daß gerade die Beobachtung der englischen Politik und des englischen Wirtschaftslebens eine besondere Umsicht und ein besonders tiefes Eingehen in die Materie erfordert, was wiederum nur durch ein ungestörtes und ruhiges Arbeiten erreicht werden kann.

Ich würde daher zu besonderem Dank verpflichtet sein, wenn meinem Antrage entsprochen werden könnte, besonders, da mit demselben, soweit ich es übersehen kann, vermutlich keine neue finanzielle Belastung verknüpft ist.

Natürlich müßte Herr Carow in seiner Stellung als Chef des Büros durch eine geeignete Persönlichkeit ersetzt werden, der hierdurch auftretende Wechsel jedoch dürfte<sup>8</sup> angesichts der großen Bedeutung, die ich der Schaffung des neuen Referats beilegen muß,<sup>9</sup> nicht sehr in die Waagschale fallen.

Sch[ubert]

## 22

### Von Schubert an Geheimen Legationsrat Dufour-Feronce (gekürzt) Berlin, 20. Dezember 1920

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. V.*

Persönlich und vertraulich!

Lieber Herr Dufour!

Herzlichsten Dank für Ihren Brief vom 14. d.Mts.<sup>1</sup> Ihre Klage, daß Sie so lange nichts mehr von mir gehört haben, ist durchaus gerechtfertigt. Es hat mir schwer

<sup>5</sup> Ursprünglich: „in Wegfall gekommen“.

<sup>6</sup> Ursprünglich: „dessen Neubesetzung ich nicht in Vorschlag bringen will“.

<sup>7</sup> Die letzten beiden Worte wurden hschr. nachgetragen.

<sup>8</sup> Ursprünglich: „ersetzt werden. Ich verkenne keineswegs, daß hierdurch eine neue Schwierigkeit geschaffen wird, die aber“.

<sup>9</sup> Den Schubertschen Vorstellungen, Carow betreffend, scheint bald Rechnung getragen worden zu sein, siehe Schreiben Schuberts vom 23. März 1921, daß inzwischen Carows technisches Referat eingerichtet sei, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VIII, sowie Geschäftsverteilungsplan des AA vom Mai 1921 siehe ADAP, Serie A, Bd. V, Anhang I, S. 634.

<sup>1</sup> Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. V.

auf der Seele gelegen, daß ich Ihnen in den letzten Wochen nicht mehr eingehend schreiben konnte. Leider aber hat sich das unter keinen Umständen ändern lassen.

Meine Hauptaufgabe ist, hier in der Zentrale die Behandlung sämtlicher englischer Angelegenheiten auf eine feste Basis zu stellen und auch dafür zu sorgen, daß diese Abteilung nicht in der Luft schwebt, sondern in lebendiger Föhlung mit dem Minister, den Staatssekretären und vor allem den anderen Abteilungen steht.

Es ist mir gelungen, in unablässiger Arbeit diese Aufgabe zum größten Teil zu lösen. Es geht kaum mehr ein Erlaß nach London, bei dem ich nicht mitgewirkt oder den ich nicht zum mindesten gesehen hätte.<sup>2</sup> Auch fange ich an, über die sehr verwickelten Zusammenhänge des hiesigen Geschäftsganges sowie der inneren und äußeren Politik etwas besser unterrichtet zu sein.

Ich kann Ihnen nicht beschreiben, welche Schwierigkeiten es gekostet hat, dieses Ziel wenigstens einigermaßen zu erreichen. Ehe ich es aber erreicht hatte, konnte ich nicht daran denken, mit Ihnen einen wirklich fruchtbaren Gedanken-austausch zu haben. Daher mußte auf einige Zeit leider meinerseits der intensivere Briefverkehr unterbleiben, den ich am Anfang aufrechterhalten konnte.

Andererseits kann ich Sie versichern, daß Ihre Briefe mir immer von größtem Wert gewesen sind. Ich habe sehr vieles aus diesen Briefen dem Minister persönlich vorgelegt und ich glaube, daß mancherlei für die Orientierung des Ministers sehr nützlich war.

Wenn Sie in manchem nicht viel mehr erfahren haben, als in den Zeitungen gestanden hat, so liegt das daran, daß sehr oft nicht viel mehr zu berichten war. Wir beschäftigen uns hier jetzt hauptsächlich mit großen Verhandlungen, wie Brüssel,<sup>3</sup> eine „große Politik“ wird kaum gemacht. Es ist aber auch garnicht möglich im jetzigen Moment. Es wäre sogar falsch, sich in politische Spekulationen einzulassen, die nachher doch nicht durchgeführt werden können. Das Hauptziel unserer Politik ist sehr einfach: der Entente nachzuweisen, daß wir in wenigen

<sup>2</sup> Dazu folgender Vorgang: Schubert erhielt den Entwurf einer Note vom 14. Dezember 1921 an die britische Regierung zur Überprüfung, ohne über ihren sachlichen Zusammenhang – die Zahlungen strittiger Beträge an die ägyptische Regierung – vorher unterrichtet worden zu sein. Er wandte sich mit seiner Kritik am 17. Dezember an die Abt. I: „Ich möchte bei dieser Gelegenheit dringend darum bitten, daß mir in Zukunft alle dort-seits an die Englische Botschaft gerichteten Noten sowie alle an unsere Botschaft in London gehenden Anweisungen zur Mitzeichnung vorgelegt werden.“ Hschr. Randbemerkung, „das geht zu weit Gn[ei]st] 4./1. [1921]“. Wie üblich unterzog Schubert den ganzen Vorgang zum Beleg für die Berechtigung seiner Forderungen auch einer deutlichen politischen Kritik am uneinheitlichen Vorgehen des AA in dieser Frage und am Geschäftsgang: Das AA habe sich bereit erklärt zu zahlen. „Wenn wir jetzt diese ganze Angelegenheit aufrollen, so wird uns sicherlich die Englische Botschaft auf diesen oben angeführten Tatbestand hinweisen, ohne daß wir darauf etwas Stichhaltiges zu erwidern haben würden. Der Fall würde also mit unserer Niederlage enden. Von der politischen Seite aus betrachtet, wäre es entschieden bedenklich, wenn wir durch eine ganz unnötige Hartnäckigkeit in der Verfolgung einer Bagatellsache in diesem Augenblicke, wo uns alles an einer möglichst wohlwollenden Stimmung der Engländer liegen muß, ihren hiesigen Botschafter gegen uns aufbringen würde.“ PA, II gen. 339 Türkei, Bd. 5.

<sup>3</sup> Konferenz der Reparationsexperten unter deutscher Beteiligung in Brüssel vom 16. bis 22. Dezember 1920. Siehe ADAP, Serie A, Bd. IV, S. XXXIXf.

Monaten bankrott sein werden, wenn nicht sehr bald eine bedeutende Erleichterung des Friedensvertrages auf der ganzen Linie eintritt.

Sobald wichtige politische Einzelpunkte in die Erscheinung traten, habe ich übrigens jedesmal an Sie oder an den Botschafter geschrieben. Über die Überfülle der politischen Einzelercheinungen zu referieren, ist ganz unmöglich.

Trotzdem bin ich mir sehr wohl bewußt, daß ich öfters Gelegenheit gehabt hätte, Ihnen über politische und wirtschaftspolitische Dinge zu schreiben. Daß dies nicht möglich war, bedaure ich selbst am meisten. Ich werde die Weihnachtszeit dazu benutzen, um etwaige restierende Fragen aus Ihren Briefen zu bearbeiten und Ihnen darüber zu schreiben. Ich werde ferner, hoffentlich im Januar endlich, soweit sein, daß ich etwas freier über den Wassern schweben kann und dadurch in die Lage versetzt werde, Ihnen öfters zu schreiben. Also verzweifeln Sie bitte nicht, und haben Sie noch etwas Geduld mit mir!

Heute nur kurz einiges über 3 Einzelpunkte:

1. Die Negerfrage.

Hierüber bin ich mit der zuständigen Abteilung in Verbindung getreten und wird Ihnen demnächst ein grundlegender Erlaß über diese Frage zugehen. Das, was Crowe und Waterlow Ihnen hierüber gesagt haben, ist zum Teil ganz ungeheuerlich.<sup>4</sup> Wir haben alle Ursache dazu, den Engländern, so oft es geht, unter die Nase zu reiben, wie erbärmlich sie sich benommen haben und benehmen, daß sie eine Überwachung deutscher Staatsangehöriger durch Neger zulassen. Es ist wirklich ein Schandfleck für die englische Politik, daß sie sich hierüber hinwegsetzen und daß sie es wagen, mit so dummen Argumenten zu kommen, wie etwa dem, daß die farbigen Engländer sich durch unsere sogenannte Negerpropaganda beschwert fühlen. Herr Crowe und Herr Waterlow sollten einmal sich ins besetzte Gebiet bemühen und feststellen, wie ihnen bei dieser Negerbewachung zu Mute ist. Dann würden sie sich hoffentlich wegen des albernem Unsinn schämen, den sie Ihnen gegenüber vorgebracht haben. Ich kann Sie versichern, daß dies nicht [nur] meine persönliche, sondern auch die Meinung des gesamten Auswärtigen Amtes ist.

Sie haben ja auch offenbar den beiden „Staatsmännern“ bereits die Meinung gesagt. Man kann es nicht oft genug tun. Ich bin wahrhaftig ein Freund einer Verständigung zwischen England und Deutschland: solche törichte Ausführungen können aber auch den enragiertesten Engländerfreund in Harnisch bringen.

Was im übrigen die sogenannte Negerpropaganda anlangt, so stehe ich persönlich im Gegensatz zu anderen auf dem Standpunkt, daß jede Propaganda ein Unfug

<sup>4</sup> Am 2. Dezember 1920 hatte Dufour an Schubert geschrieben: „Es war mir in gewisser Weise eine Offenbarung, was mir Crowe sagte. Er hat mir seine Unzufriedenheit über die Reden der Minister, worüber ich besonders berichte, ausgesprochen und fügte dann ungefähr folgendes hinzu: „Die Propaganda, die in Deutschland überhaupt getrieben wird, ist in mancher Hinsicht äußerst störend und trifft uns Engländer, obwohl sie uns nicht weiter angeht, an einer sehr empfindlichen Stelle, nämlich in der Negerfrage. Sie, in Deutschland, übertreiben außerordentlich die Handlungen der von den Franzosen nach Deutschland gesandten Negertuppen. Zum größten Teil ist es nicht wahr, daß die Negertuppen sich schlechter benehmen, als weiße Truppen sich benommen haben würden.““ Siehe auch Dufours aufschlußreichen Brief vom 8. Dezember über eine Unterredung mit Waterlow über das britisch-deutsche und das britisch-französische Verhältnis; beide Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. V.

ist. Etwas anderes aber ist es, ob eine solche Propaganda nicht erklärlich ist, wo Tausende und Abertausende unter der schwarzen Pest<sup>5</sup> zu leiden haben. Ich habe das noch kürzlich bei einem Besuche des Saargebiets feststellen können.

[...]<sup>6</sup>

Ich muß schließen, damit dieser Brief noch mitkommt. Empfangen Sie meine allerherzlichsten Wünsche für ein fröhliches Weihnachtsfest und übermitteln Sie bitte dieselben auch Ihrer Frau Gemahlin und Annie.

Herzlichst  
Ihr stets getreuer

23

**Von Schubert an Botschafter Sthamer (gekürzt)**  
**Berlin, 27. Dezember 1920**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. V.*

Streng vertraulich und persönlich!

Hochverehrter Herr Sthamer!

Ich will versuchen, in Folgendem in kurzen Zügen ein Bild unserer augenblicklichen Lage zu geben:

Kurz vor Weihnachten fand im Auswärtigen Amt eine Konferenz statt, an der Vertreter sämtlicher Reichsbehörden teilnahmen und in welcher die Delegierten von Brüssel<sup>1</sup> ein kurzes Referat erstatteten. Herr von Havenstein begann seine Ausführungen damit, daß er erklärte, wir könnten mit dem vorläufigen Ergebnis von Brüssel „außerordentlich“ zufrieden sein. Die Gegner seien nicht nur in der Form sehr zuvorkommend gewesen, sie hätten auch in der Sache viel Verständnis für unsere Lage gezeigt. Das Referat des Herrn von Havenstein wurde ergänzt durch einen sachlichen Vortrag des Staatssekretärs Schröder. Danach soll die Zeit bis zum Januar dazu benutzt werden, um eine Unzahl von Fragen, welche die Alliierten vorgelegt haben, zur Beantwortung vorzubereiten. Es handelt sich dabei um allerlei zum Teil recht komplizierte finanzielle und wirtschaftliche Einzelheiten, die ich hier nicht wiedergeben kann.

---

<sup>5</sup> Ursprünglich: „Besatzung“, dann hschr. geändert.

<sup>6</sup> Es folgten noch 2. Nothilfe von Quäkern für deutsche Kinder und 3. erbetenes Material zur Kohlenfrage.

---

<sup>1</sup> Gemeint sind die deutschen Teilnehmer an der Konferenz der Reparationsexperten in Brüssel (16.-22. Dezember 1920). Ein Bericht des deutschen Reparationsexperten Bonn über die Konferenz findet sich AR, Kab. Fehrenbach, S. 379-86.

Ich will keineswegs verkennen, daß Brüssel sicherlich insofern einen Fortschritt bedeutet, als unseren Delegierten endlich Gelegenheit gegeben worden ist, sich gründlicher mit der Gegenseite auszusprechen und den Versuch zu machen, unsere wirklich verzweifelte finanzielle Lage darzulegen. Das kann vielleicht einen gewissen Erfolg zeitigen. Ich muß aber sagen, daß ich über die optimistische Auffassung des Herrn von Havenstein geradezu erschüttert war.

Ich weiß mich von jedem übertriebenen Pessimismus frei. Ich bin aber leider der festen Überzeugung, daß uns die Brüsseler Verhandlungen in ihrem Enderfolg noch eine schwere Enttäuschung bringen werden. Ich fürchte, daß sich einige unserer Delegierten durch die äußerliche Zuvorkommenheit, mit der sie behandelt worden sind, dúpieren ließen. Ich glaube, daß es der Gegenseite vor allen Dingen darauf ankam, möglichst viel Material über unsere Verhältnisse zu bekommen. Ich habe große Befürchtungen, in welcher Weise sie dieses Material verwenden werden. Ich habe den Verdacht, daß sie es allein zur Stützung ihrer These verwenden wollen, daß wir immer noch leistungsfähiger zur Zahlung von Kriegsentschädigungen in mannigfacher Form sind, als wir dies glauben machen wollen. Wenn die Alliierten dabei ihre mit Absicht von vornherein übertriebenen Forderungen ermäßigen, so dürfte dies keine große Rolle spielen. Denn ich fürchte, daß sie keineswegs gesonnen sind, ihre Forderungen auf ein erträgliches Maß hinunterzuschrauben.

Ich bin der Überzeugung, daß es uns nicht erspart werden wird, doch noch einmal ein kategorisches „Nein“ auszusprechen. Ein Nein, daß wir meines Erachtens bereits in Versailles oder mindestens in Spa hätten aussprechen sollen.<sup>2</sup> Ich verschließe mich keineswegs der Befürchtung, daß durch ein solches Nein noch einmal eine sehr schwere Zeit für Deutschland herbeigeführt werden wird. Ich bin aber leider überzeugt davon, daß wir dieser schweren Zeit auf keinen Fall entgehen können und daß erst die Überwindung dieser Periode uns zu einem wirklichen Gesundwerden führen wird.

Ich hoffe sehr, daß ich mich täusche. Leider aber machen sich auch andere Anzeichen dafür bemerkbar, daß die Entente ganz folgerichtig darauf ausgeht, alle Elemente bereitzustellen, um uns nötigenfalls zur Annahme ihrer unmöglichen Forderungen zu zwingen.

Was zunächst die Frage der drohenden Besetzung des Ruhrgebiets anlangt, so hält, wie ich ganz vertraulich bemerken möchte, der Reichsminister Simons diese Gefahr für keineswegs überwunden. Er steht hierbei im Gegensatz zu verschiedenen anderen Kreisen des Amtes, die nicht mehr so recht an diese Gefahr glauben wollen.

Ich sprach vor einigen Tagen mit Herrn von Mutius, der eben aus Paris zurückgekehrt war. Er erklärte recht kategorisch, daß in Frankreich niemand mehr an die Besetzung des Ruhrgebiets denke.

Obleich ich Mutius für einen fähigen Kopf halte, stehe ich seiner Behauptung skeptisch gegenüber, besonders da er mir bei seiner Abreise nach Paris vor einigen Monaten ebenso kategorisch erklärte, daß man mit der Besetzung des Ruhrgebiets als einer vollendeten Tatsache unter allen Umständen rechnen müsse. Herr von

---

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 3, 13, 25f.



Mutius bewegt sich leider gern in Extremen; das ist bei den heutigen, außerordentlich verworrenen Zuständen außerordentlich gefährlich.

Ich möchte mich vielmehr der Meinung des Reichsministers anschließen. Ich glaube zwar, daß den Engländern die Besetzung eher unsympathisch ist und daß sie bis zu einem gewissen Grade darauf hinarbeiten werden, sie zu verhindern; aber auch nur bis zu einem gewissen Grade. Die Geschichte der letzten Monate hat gelehrt, daß die Franzosen doch die bedeutend geschickteren Taktiker sind, und ich glaube sicher, daß die Franzosen schon jetzt alles vorbereiten, um den Engländern ihre Zustimmung zu der Besetzung abringen zu können.

Hier spielt meiner Ansicht nach die Einwohnerwehrfrage<sup>3</sup> nach wie vor eine führende Rolle. Es muß den Franzosen jetzt in erster Linie darauf ankommen, die Tatsache festzunageln, daß wir das Spa-Abkommen nicht eingehalten haben und daß die Alliierten, nach den bei dieser Gelegenheit unter ihnen getroffenen Vereinbarungen, berechtigt sind, die Besetzung deutschen Gebietes vorzunehmen. Der Erreichung dieses Zieles soll ohne Zweifel die Note des General Nolleys<sup>4</sup> dienen.

Die Franzosen haben sich mit diesem Schritt aber noch nicht begnügt. General Nollet hat uns u. a. kurz vor Weihnachten eine weitere Note überreicht, in welcher kategorisch die Auflösung der Sicherheitspolizei<sup>5</sup> verlangt wird, eine Forderung, die wir natürlich nicht erfüllen können, wenn wir nicht die mühsam erreichte Sicherung unseres öffentlichen Lebens in Frage stellen wollen. Diese Note ist zunächst durch eine kurze Gegennote beantwortet worden,<sup>6</sup> in welcher um Angabe von Gründen für die Forderung gebeten wird. Ferner war gestern, wie ich Ihnen ganz vertraulich mitteilen kann, der Reichsminister beim Botschafter Laurent und hat ihn auf die schwerwiegenden Folgen hingewiesen, welche allein schon die Veröffentlichung der Note wegen der dadurch hervorgerufenen Erregung der Bevölkerung Deutschlands haben würde.

Diese neue Note ist ein weiterer Beweis für meine oben vertretene Ansicht, daß die Franzosen alle Unterlagen für eine Besetzung deutschen Gebietes bereitstellen wollen, wobei es ihnen meiner Ansicht nach in erster Linie auf eine wirksame Beeinflussung der Engländer ankommt.

<sup>3</sup> In Bayern und Ostpreußen war man nicht bereit, die im Spa-Akkommen festgelegte Auflösung der Einwohnerwehren vollständig durchzuführen. Vgl. das Schreiben Kahrs an Simons vom 1. Dezember 1920, ADAP, Serie A, Bd. IV, S. 132-34; Aufz. Göpperts, 9. Dezember, ebd., 142f.; Tel. Simons' nach Paris, London, Rom, Tokio, 21. Dezember, ebd., 175f.; Ber. Sthamers vom 27. Dezember, ebd., S. 184f.

<sup>4</sup> Eine Vorkommission der Interalliierten Militärkontrollkommission traf am 15. September 1919 in Berlin ein und hatte dort auch ihren Sitz, Schultheß', Bd. 60, Teil 1 (1919), S. 408. Die Hauptkommission sollte erst im Januar 1920 nach Berlin kommen, Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle, S. 56. In der Note General Nolleys vom 12. Oktober 1920 wurde auf das Fortbestehen der Selbstschutzorganisationen hingewiesen und deren umgehende Entwaffnung und Auflösung gefordert, Schultheß', Bd. 61, Teil 2 (1920), S. 343.

<sup>5</sup> Note General Nolleys vom 23. Dezember 1920, in der die sofortige Auflösung der Sicherheitspolizei gefordert wurde, Schultheß', Bd. 61, Teil 2 (1920), S. 349. Dazu auch Aufz. Göpperts vom 24. Dezember 1920, ADAP, Serie A, Bd. IV, S. 183f.; Schreiben Simons' an Kilmarnock, 28. Dezember, ebd. 185f.

<sup>6</sup> ADAP, Serie A, Bd. IV, S. 184 Anm. 4. Sie erging am 24. Dezember 1920.

Wann die Franzosen ihren Trumpf ausspielen werden, ist natürlich eine andere Frage. Auch ich glaube nicht daran, daß die Franzosen sich mit dem Gedanken einer sehr baldigen Besetzung des Ruhrgebiets tragen. Jedenfalls aber dürfte ihre Position bei der endgültigen Festsetzung des Ergebnisses der Brüsseler Verhandlungen eine sehr starke sein.

Nimmt man an, wovon ich überzeugt bin, daß die endgültigen Forderungen immer noch so hoch sein werden, daß wir sie mit gutem Gewissen nicht unterschreiben können, so werden sie aufs Neue mit Zwangsmaßnahmen drohen und dabei in erster Linie die Besetzung des Ruhrgebiets anführen. Wenn inzwischen festgestellt worden ist, daß sie nach den Abmachungen von Spa ohnehin zu einer solchen Besetzung berechtigt sind, so wird es ihnen nicht schwer fallen können, die Engländer zur Indossierung dieser Maßnahme zu bewegen. Wir befinden uns dann wieder in der berühmten Zwickmühle, scheuen uns durch das Risiko der Ruhrbesetzung, den befürchteten Zusammenbruch Deutschlands herbeizuführen, und es wird sich dann erneut die Frage ergeben, ob wir wieder einmal eine unmögliche Forderung annehmen sollen. Tun wir das, so unterbinden wir meines Erachtens aufs Neue die Grundbedingungen für unsere Gesundung und unseren Wiederaufbau. Tun wir es nicht, so wird, so befürchte ich, unter allen Umständen die Besetzung des Ruhrgebiets erfolgen. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Franzosen an dieser Besetzung ein vitales Interesse haben, denn es fehlt ihnen sonst an einem tatsächlichen Faustpfand für das, was sie immer noch nach dem Friedensvertrage von uns zu erlangen hoffen. Die Ruhr ist das einzige Gebiet, aus welchem sie tatsächlich wirkliche Werte herausholen können.

Die Lage sieht nach dem Obenstehenden für uns außerordentlich trübe aus. Sie kann vielleicht noch durch eine äußerst folgerichtige Politik geändert werden, aber es steht dahin, ob man eine solche Politik bei den außerordentlich verworrenen politischen Verhältnissen in Deutschland führen können wird. Außerdem würde sich aber dann die Lage zu unseren Gunsten ändern, wenn wir hoffen dürften, daß bei unseren Gegnern endlich die Einsicht zum Durchbruch kommt, daß unsere Gesundung in ihrem eigenen Interesse liegt.

Ich fürchte, daß in Frankreich sehr wenig Hoffnung für das Aufkommen einer solchen vernünftigen Beurteilung der Sachlage besteht. Die französischen Machthaber haben ihrem Volke bis in die jüngste Zeit hinein so phantastische Versprechungen gemacht, daß sie es, auch wenn sie wollten, schwer riskieren könnten, diese Hoffnungen zu enttäuschen. Man hat während des Krieges und nach dem Kriege immer wieder von dem zu erwartenden Einfluß der Sozialisten gefaselt. Wenn man die Quersumme der öffentlichen Meinung in Frankreich aus den letzten Jahren zieht, so ist von diesem Einfluß außerordentlich wenig zu spüren gewesen. Ganz ohne Zweifel haben immer noch die Chauvinisten das Oberwasser. Von einem mäßigen Einfluß der Industrie- und Handelswelt ist leider auch garnichts zu erwarten, wie ich aus eigener Erfahrung sagen kann.

Es bleibt also, da auf die Italiener nicht zu zählen ist und ebenso wenig auf die sagenhafte Hilfe der Amerikaner, nur noch die Hoffnung auf eine vernünftige Einwirkung Englands.

An sich wären, meines Erachtens, die Grundbedingungen für eine solche Hilfe gegeben. Ich glaube doch, daß bei den Engländern überall jetzt die Einsicht durchgedrungen ist, daß es ihnen abträglich ist, wenn auf die Dauer das wichtigste Mit-

glied des kontinentalen Wirtschaftslebens, nämlich Deutschland, ausscheidet. Ich glaube, daß die Mehrzahl der Engländer eingesehen hat, daß die unerquicklichen Zustände in ihrem eigenen Wirtschaftsleben auch auf diese Tatsache mit zurückzuführen sind. Andererseits wird kein Engländer behaupten wollen, daß wir ihnen noch gefährlich werden können, und endlich hat England ja bereits den Löwenanteil der Beute verschluckt.

Infolgedessen kann eigentlich England nichts daran liegen, daß uns unerfüllbare Forderungen auferlegt und daß wir daran verhindert werden, unser Wirtschaftsleben, insbesondere die ungeheuer verfahrenere Staatswirtschaft, wieder in Ordnung zu bringen. Vollends können die Engländer kein Interesse daran haben, daß mit der Besetzung der Ruhr die Organisation des deutschen Reiches erneut und vielleicht für immer erschüttert wird.

Die Gefahr liegt meiner Ansicht nach darin, daß Leute, wie Lloyd George, dies vielleicht einsehen, aber im letzten Moment immer wieder durch taktische Manöver ihres französischen Bundesgenossen eingewickelt werden. Es wird daher darauf ankommen, sie vielleicht in der richtigen Form auf diese Manöver schon vorher aufmerksam zu machen und ihnen zu Gemüte zu führen, welche unabsehbaren Folgen heraufbeschworen werden, wenn sich nicht England endlich zu einer, in seinem eigenen Interesse liegenden geradlinigen Politik entschließt. Daß England mit einem solchen Entschluß auch einige unbequeme Folgeerscheinungen in Kauf nehmen muß, liegt klar auf der Hand. Solche Folgeerscheinungen werden aber bei einer großzügig angelegten Politik immer zu überwinden sein. [...]7

Wenn von uns verlangt wird, daß wir unseren Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage bis an die Grenze unserer Leistungsfähigkeit loyal nachkommen sollen, so müssen wir hierzu auch in die Lage versetzt werden. Dies ist aber vorläufig nicht der Fall. Demjenigen, dem immerwährend unmöglich zu haltende Versprechungen abgezwungen werden, kann natürlich jederzeit der Vorwurf der Illoyalität gemacht werden.

Die deutsche Reichsregierung wird sich erst dann der ihr selbst sehr unbequemen Umtriebe von rechts und links erwehren können, wenn sie freie Bahn zur Erreichung eines wirklich möglichen Zieles hat.

Ich weiß nicht, ob Sie meine Ausführungen praktisch werden verwerten können. Jedenfalls aber wird es Ihnen, was ich für sehr zweckmäßig halten würde, vielleicht möglich sein, die Engländer endlich dazu zu bewegen, die ganze Situation von einer etwas höheren politischen Warte aus zu beurteilen.

Mit aufrichtigstem Gruß bin ich  
Ihr ganz ergebener

---

<sup>7</sup> Schubert führte hier weiteres über England aus.

**Von Schubert an Botschafter Sthamer  
Berlin, 15. Januar 1921**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VI.<sup>1</sup>*

Streng vertraulich!

Hochverehrter Herr Sthamer!

Nach den neuesten Nachrichten, die wir von berufener Seite erhalten haben, ist die innere Lage für die nächste Zeit ungünstig zu beurteilen. Es ist mit dem Ausbruch von Streiks zu rechnen, auch ist die Gefahr eines Generalstreiks nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Diese Streiks sind in erster Linie auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen und die Unmöglichkeit, den staatlichen Beamten und Angestellten ihre sehr erheblichen Lohnforderungen in dem gewünschten Ausmaß zu bewilligen.

Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß diese Streiks von radikaler Seite auch zu politischen Putschen ausgenutzt werden. Man munkelt, daß Anfang Februar größere Unruhen zu erwarten sind. Die politische Atmosphäre ist ja ohnehin durch die bevorstehenden Neuwahlen in Preußen recht unruhig.<sup>2</sup> Man nimmt übrigens an, daß diese Wahlen für die Rechtsparteien einen Gewinn bringen werden.

Außenpolitisch interessiert uns jetzt in erster Linie die politische Lage in Frankreich. Wir haben noch keine sicheren Nachrichten darüber, wie sich das neue Kabinett zusammensetzen wird.<sup>3</sup> Ich persönlich neige zu der Ansicht, daß es vielleicht an sich nicht schlecht wäre, wenn sich die von mancher Seite geäußerte Befürchtung bewahrheiten sollte, daß das neue französische Kabinett chauvinistischer gefärbt sein wird als das bisherige und daß es eine dementsprechende Politik führen wird. Denn ich glaube, daß die Franzosen mit einer solchen chauvinistischen Politik nicht weiterkommen werden und daß das neue Kabinett dann in absehbarer Zeit abwirtschaften wird. Je eher den Franzosen die Unmöglichkeit einer chauvinistischen Politik vor Augen geführt wird, desto besser ist es für uns.

Hierbei spielen natürlich die französisch-englischen Beziehungen die Hauptrolle und insbesondere die Frage, wie sich Lloyd George zu einer solchen chauvinistischen Politik stellen wird. Bringt das neue Kabinett einen Mann an die Spitze, der Lloyd George gewachsen oder überlegen ist und ihn einzuwickeln versteht, so ist das für uns natürlich sehr unangenehm und wird insbesondere die Brüsseler Verhandlungen<sup>4</sup> sehr ungünstig für uns beeinflussen. Andererseits könnte ich mir

<sup>1</sup> Hschr. Randvermerk: „ab 16. [Januar].“

<sup>2</sup> Die preußischen Landtagswahlen vom 20. Februar 1921 brachten Gewinne der Rechtsparteien, Schultheß', Bd. 61, Teil 1 (1920), S. 63.

<sup>3</sup> Nach dem Rücktritt des Kabinetts Leygues am 12. Januar 1921 gelang es Briand am 16. Januar, eine neue Regierung zu bilden, ebd., Bd. 62, Teil 2 (1921), S. 58-60.

<sup>4</sup> Gemeint sind wohl die bevorstehenden Nachfolgeverhandlungen der Alliierten (24.-29. Januar 1921) in Paris, die im Anschluß an die Brüsseler Expertenbesprechung unter Be-

denken, daß ein französisches Kabinett, das übertriebene Forderungen stellt, es Lloyd George leicht machen müßte, von Frankreich abzurücken.<sup>5</sup>

Ganz vertraulich möchte ich übrigens erwähnen, daß Lord D'Abernon die großen Hoffnungen, die man vielfach hier auf ihn gesetzt hatte, meiner Ansicht nach, wenigstens teilweise, enttäuschen wird. Er ist zwar ohne Zweifel ein traitabler Mann, mit dem man gut sprechen und dem man Manches klarmachen kann. Auf der anderen Seite aber erscheint es mir sehr zweifelhaft, in welchem Sinne er das, was er hier erfährt, verwendet. Ich kann mich des Verdachts nicht erwehren, daß er die Erfahrungen, die er seinerzeit in Constantinopel<sup>6</sup> gesammelt hat, auf uns anwenden und uns einer außerordentlich drückenden Finanzkontrolle unterwerfen will, wie eine solche bei den Balkanvölkern üblich ist. Auch habe ich Anlaß zu dem Glauben, daß er sich in wichtigen Fragen von den geschickten Franzosen einwickeln läßt.

Heute lasen wir übrigens in der Zeitung, daß sich Lloyd George nun doch zu den interalliierten Verhandlungen in Paris begeben will.

Mit aufrichtigstem Gruß bin ich  
Ihr sehr ergebener

---

teilung deutscher Sachverständiger (16.-22. Dezember 1920) die alliierte Einigung über einen gemeinsamen Reparationsplan brachten. Dazu Soutou, Die deutschen Reparationen, insbes. S. 251-270.

<sup>5</sup> Sicher war sich Schubert in dieser Beziehung allerdings nicht. Am 10. Januar 1921 schrieb er an Roediger: „Sie [Engländer] müssen bald zur Besinnung kommen, sonst ist es zu spät. In der oberschlesischen und Entwaffnungsfrage scheint man ja in England ganz vernünftig zu sein. Allerdings möchte ich auch da nicht zu optimistisch denken, denn ich fürchte die überlegene Taktik der Franzosen.“ Eine grundsätzliche Übereinstimmung vor allem mit Lloyd George zeigte sich allerdings in dem Nachdruck, den Schubert auf die Wiederherstellung der Weltwirtschaft und ihre Störung durch die Lage in Zentraleuropa legte; Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VI. Zur Beurteilung der Politik Lloyd Georges durch Schubert siehe Dok. 19 Anm. 6.

<sup>6</sup> D'Abernon war von 1889-97 Präsident der Ottomanischen Bank im Rahmen der Kontrolle der türkischen Staatsfinanzen.

**Aufzeichnung von Schuberts für Ministerialdirektor von Simson  
Berlin, 22. Januar 1921**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VI.<sup>1</sup>*

[Hschr.:] Streng vertraulich!

Aufzeichnung.

Nach der am 16. Januar d.J. an den Botschafter in London telegrafisch ergangenen Information hat sich der Herr Reichsminister mit dem französischen Botschafter Laurent am 15. d. Mts. auf folgender Basis geeinigt:

„Unter dem Vorbehalt der in Brüssel von der deutschen Delegation als Voraussetzung für deutsche Leistungen abgegebenen Erklärungen, wie z.B. [der] Frage Oberschlesiens, der Liquidationen [deutschen Eigentums] und Besatzungskosten und unter Vorbehalt einer Erörterung über die Höhe der Annuität, die voraussichtlich wohl nur aus Sachleistungen bestehen wird, ist die deutsche Regierung bereit, unter Zurückstellung der Festsetzung einer Gesamtverpflichtung zunächst in Verhandlungen über ein Abkommen hinsichtlich der in den nächsten 5 Jahren zu leistenden Annuitäten einzutreten. Diese Annuitäten sollen ebenso wie die bisherigen Leistungen Deutschlands auf die Gesamtverpflichtungen angerechnet werden. Mit Festsetzung der Gesamtschuld soll nicht bis zum Ablauf der fünf Jahre gewartet werden.“<sup>2</sup>

Ich habe, insbesondere auch vom Standpunkte unserer Politik gegenüber England, gegen diesen Beschluß die schwersten Bedenken.

Die Engländer sind bisher, soweit mir bekannt ist, stets für eine Festsetzung der gesamten Entschädigungssumme eingetreten. Auch wir haben meines Wissens diese Forderung bisher stets auf das ernsteste vertreten.

Den Franzosen wurde anscheinend in letzter Zeit der Gedanke der Festsetzung einer Globalsumme unheimlich, da sie voraussahen, daß zwischen der von ihnen verlangten und der von uns angebotenen Summe ein sehr großer Unterschied sein werde und da sie befürchteten, daß für die französische Regierung eine sehr komplizierte Situation eintreten würde, wenn es zu keiner den französischen Wünschen entsprechenden Einigung kommen würde. Man fürchtet offenbar auch sehr,

<sup>1</sup> Die Aufz. stellte er Simson mit einem Begleitbrief vom selben Tage zu, in dem er konstatierte: „Ich bin mir bewußt, daß meine Ausführungen mangels genauer Kenntnis der außerordentlich verwickelten Verhandlungen in manchen Punkten anfechtbar sein werden und dilettantisch erscheinen müssen; ich bin aber unbescheiden genug, das sichere Gefühl zu haben, daß meine Grundidee richtig ist.“ Hschr. Randvermerk Schuberts auf einem Brief an Simson vom 24. Januar: „Herr v. Simson teilte mir am 27. d. M. mit, daß er die Aufzeichnung dem Minister nicht vorgelegt habe. Sch[ubert] 28.1.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VI.

<sup>2</sup> Aufz. Simons', 15. Januar 1921, ADAP, Serie A, Bd. IV, S. 251-53. Das hier abgedruckte Zitat findet sich dort auf S. 253.

daß die Engländer auf die Herabsetzung der Summe unter das französische Niveau eintreten würden.

Die französischen Machthaber befinden sich ganz offenbar in einer außerordentlich unangenehmen Lage. Der Moment, den sie schon lange fürchten, in dem sie dem Volke gestehen müssen, daß sie es jahrelang mit falschen Hoffnungen gefüttert haben, rückt immer mehr in greifbare Nähe, wobei die Frage der Gesamtschädigung natürlich die entscheidende Rolle spielt.

Die Franzosen mußten daher einen Ausweg finden, um diesen Moment noch weiter hinauszuschieben. Sie fanden ihn in dem Vorschlag, uns zunächst nur für die nächsten 5 Jahre mit einer möglichst hohen Annuität festzulegen und die Festsetzung der Globalsumme hinauszuschieben. Sie rechnen offenbar damit, daß in 5 Jahren die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands sich so gebessert haben werden, daß dann die Festsetzung der von ihnen verlangten exorbitanten Summe keine so großen Schwierigkeiten bereiten wird wie heute.

Sie haben in aller Stille die Engländer für ihren Plan gewonnen und sie dazu gebracht, ihren Antrag bei uns zu unterstützen. Dabei scheint mir immer noch nicht klar zu sein, ob tatsächlich das gesamte englische Kabinett diese Meinung vertritt. Wenn nur Lord D'Abernon sie vertritt, so will dies meines Erachtens nicht viel besagen, auch müßte erst einmal nachgeprüft werden, was es bedeutet, wenn Lord Kilmarnock mündlich und in einem Privatschreiben an den Reichsminister behauptet, Lord Curzon habe ihm die Instruktion erteilt, „den Vorschlag des Herrn Laurent zu unterstützen“.<sup>3</sup>

Ich kann mir von dem Eingehen auf den französischen Vorschlag nur sehr wenig Nutzen versprechen; ich fürchte vielmehr, daß es unter Umständen geradezu katastrophale Folgen haben kann.

Wenn es wirklich so wäre, daß wir auf diese Weise eine großzügige Revision des Friedensvertrages erlangen könnten, so wäre das etwas anderes. Dies wird aber meiner festen Überzeugung nach nicht der Fall sein. Man wird uns vielleicht einige an sich vielleicht wichtige, im großen Rahmen aber relativ unbedeutende Konzessionen machen. Wenn wir mehr verlangen, so wird man uns vorwerfen, daß wir die Annuitäten angenommen hätten, aber in letzter Stunde die üblichen Schwierigkeiten machten, woraus hervorgehe, daß wir in bezug auf die Ausführung des Friedensvertrages eine illoyale Haltung einnehmen. Diese Schlußfolgerung ist natürlich ganz falsch; bei der außerordentlichen Geschicklichkeit der Franzosen und der großen Unfähigkeit unserer öffentlichen Meinung werden wir aber schließlich sicherlich in eine ganz falsche Position gedrängt, ins Unrecht gesetzt und schließlich wieder einmal gezwungen werden, uns mit einem relativ kläglichen Ergebnis zu begnügen.

Auf der anderen Seite werden wir vielleicht für 5 Jahre Ruhe haben, aber eine Ruhe, die uns letzten Endes mehr schadet, als nützt.

Es ist zu hoffen, daß es uns in den nächsten 5 Jahren gelingen wird, wirtschaftlich emporzukommen. Wir werden also hoffentlich nach Ablauf von 5 Jahren wirtschaftlich sehr viel kräftiger dastehen als jetzt. Es wird also nach Ablauf dieser Zeit den Alliierten möglich sein, eine weitaus höhere Entschädigungssumme festzusetzen, als sie das jetzt bei dem offenbaren Tiefstande der deutschen Wirtschaft tun

---

<sup>3</sup> Siehe Kilmarnock an Simons, 13. Januar 1921. ADAP, Serie A, Bd. V, S. 250 Anm. 3.

können. Daß bei der Festsetzung dieser Globalsumme die inzwischen geleisteten Annuitäten nicht die geringste Rolle spielen werden, liegt klar auf der Hand.

Wir hätten also an sich eigentlich gar kein Interesse daran, während dieser 5 Jahre beispielsweise unsere Staatsfinanzen sehr wesentlich zu verbessern. Denn je besser sie in 5 Jahren sein werden, desto höher wird die Globalsumme ausfallen. Andererseits haben wir aber tatsächlich ein vitales Interesse daran, unsere Finanzen endlich in Ordnung zu bringen.

Hieraus erhellt, daß wir durch die Annahme des Annuitätenvorschlages in eine hoffnungslose Zwickmühle hineingeraten werden.

Ich kann im übrigen aber auch nicht verstehen, wie eine wirkliche und nicht nur scheinbare Sanierung unserer Finanzen überhaupt stattfinden soll, solange das Damoklesschwert der Gesamtentschädigung noch über uns hängt. Auch für die großen Industrien, die erfahrungsgemäß, wenn sie solide arbeiten, auf Jahrzehnte hinaus vordisponieren müssen, wird es unmöglich sein, einen vernünftigen Finanzplan aufzustellen.

Die Hoffnung, daß sich in 5 Jahren die Zeiten geändert haben werden und daß die Alliierten sich dann eventuell mit einer geringeren Summe begnügen werden, halte ich für absolut trügerisch. Es müßten sehr merkwürdige Umstände eintreten, die zum Beispiel die kaltrechnenden Engländer davon abhalten sollten, in 5 Jahren uns mit einer verhältnismäßig geringfügigen Summe herauszulassen. Ich kann mir solche Umstände mit dem besten Willen nicht vorstellen.

Unser Hauptziel muß sein, die Milderung des Friedensvertrages durchzusetzen, indem wir die Unmöglichkeit der Durchführung und die Gefährlichkeit derselben für unsere Feinde darlegen. Wir müssen uns mit anderen Worten langsam und vorsichtig von den Ketten des Friedensvertrages freimachen. Wie können wir dies aber tun, so lange der Friedensvertrag in seinem wichtigsten Punkte überhaupt noch nicht feststeht?? Durch das Eingehen auf den Annuitätenplan ketten wir uns direkt auf 5 Jahre aufs neue an den Friedensvertrag: Gerade das, was wir vermeiden wollten!

Ich kann absolut nicht einsehen, was uns daran liegt, den Franzosen aus ihrer augenblicklichen, sehr prekären Situation herauszuhelfen. Wenn wir jetzt nach wie vor an unserer Forderung der Festsetzung der Globalsumme festhielten und unseren doch wahrhaftig durch Dokumente zu erweisenden Standpunkt, daß wir übertriebene Forderungen nicht erfüllen können, mit größtem Nachdruck aufrecht erhielten, so ist noch lange nicht gesagt, daß die Engländer durch dick und dünn die Franzosen unterstützen würden. Im Gegenteil könnten wir vielleicht auf eine Herabsetzung der Summe durch die Engländer rechnen.

Wäre im Endergebnis die Summe dann immer noch so hoch, daß wir sie nicht annehmen könnten, so müßten wir es meiner Ansicht nach auf einen Krach ankommen lassen. Es würde dann vielleicht zunächst eine sehr schwierige Periode für uns eintreten, aber diese Periode würde meiner festen Überzeugung nach überwunden werden können.

Ferner aber würde man in späteren Jahren doch wohl ein Arrangement treffen können, um die Last selbst einer hohen Summe auf irgendeine Weise los zu werden.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Am 21. Februar 1921 schrieb er an Dufour: „Die Befreiung von drückenden Verpflichtungen denke ich mir im übrigen keineswegs durch Krieg. Ich halte es vielmehr für un-



Hier könnte ich mir denken, daß sich die Umstände ändern und daß einzelne unserer Feinde ein größeres Interesse daran haben würden, mit uns zusammen eine produktive Arbeit vorzunehmen, als uns ständig weißbluten zu lassen. Keine Macht der Welt aber wird uns meiner festen Überzeugung nach in 5 Jahren von der Festsetzung einer exorbitanten Summe schützen können.

Nachdem nun einmal eine bindende Erklärung gegenüber der französischen Regierung abgegeben worden ist, wäre ich sehr dafür, daß unsere Voraussetzungen für den Annuitätenplan in ihrem vollen Umfange auf das stärkste aufrechterhalten werden. Da ich sicher annehme, daß die Alliierten auf diese Forderung nicht eingehen werden, so wird es vielleicht noch möglich sein, den unseligen Annuitätenplan hieran scheitern zu lassen.

Ich weiß wohl, wie richtig es ist, in kritischen Zeiten allen politischen und wirtschaftlichen Erwägungen Rechnung zu tragen und auch aus taktischen Gründen nötigenfalls Seitenwege einzuschlagen, um das gewollte Endziel zu erreichen. Auch habe ich für dilatorische Behandlung von schwierigen Fragen ein gewisses Verständnis. Ich bin aber fest davon überzeugt, daß in der vitalsten Frage des Friedensvertrages, der Frage der Gesamtentschädigung, uns nur eine starke und absolute geradlinige Politik helfen kann, besonders auch im Auslande und vor allem England gegenüber, das nur dann immer wieder zu Gunsten Frankreichs umfallen wird, wenn die Franzosen immer wieder mit Recht sagen können, daß wir ja schließlich doch nachgeben werden. Ich kann mich des unangenehmen Eindrucks nicht erwehren, daß wir im Begriffe stehen, die geradlinige Politik in dieser wichtigen Frage zu verlassen.

26

**Von Schubert an Botschafter Sthamer (gekürzt)**  
**Berlin, 7. Februar 1921**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VII.*

Streng vertraulich.

Hochverehrter Herr Sthamer!

[...]¹

Die Situation ist hier noch recht verworren. Es ist dabei zu bedenken, wie viele Stellen und politischen Körperschaften mitzureden haben; in einem fort haben Kabinetts- und Reichsratsitzungen stattgefunden, außerdem Besprechungen mit den

---

bedingt notwendig, daß wir die Möglichkeit eines Krieges gänzlich ausschalten.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VII.

---

¹ Schubert ging hier kurz auf einen Ber. Sthamers vom 2. Februar ein. Siehe Anm. 2.

Fraktionsführern und Sitzungen im Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten. Ferner endlose Sitzungen der Ressorts und endlich kürzlich eine Sitzung der Ministerpräsidenten Deutschlands. Ferner muß der unglückliche Minister alle möglichen Korporationen, wie zum Beispiel die Gewerkschaften, empfangen, Herr Bergmann ist auch aus Paris eingetroffen und so ist es schwer, sich von dem ganzen Durcheinander ein Bild zu machen und zu prophezeihen, zu welchem Entschluß man kommen wird. Hieraus ist es auch zu erklären, daß Sie nicht genügend Richtlinien für Ihr Verhalten bekommen haben. Es war ganz unmöglich, solche Richtlinien zu geben. Immerhin bin ich ständig bemüht, für möglichst häufige Informationen zu sorgen, was mir mit der Zeit vielleicht besser gelingen wird, je mehr ich selbst Einblick in die Interna erhalte. Vorläufig ist es damit, wie bei manchen meiner Kollegen, noch recht schlecht bestellt, denn der Minister, der für mich die einzige kompetente Stelle bilden kann, ist so überlastet, daß ich ihn allein fast nie zu sehen bekomme.

Ich doktore immer noch an der Frage herum, auf welche Motive die Stellung Lloyd Georges in Paris zurückzuführen ist, um mir ein Bild darüber zu machen, welche Politik er eigentlich treiben will.

Ihr Bericht<sup>2</sup> hat mir darüber einige sehr wertvolle Fingerzeige gegeben. Nach allem, was ich auch sonst noch höre und mir zusammenreimen kann, ist das Spiel Lloyd Georges sehr viel feiner, als es nach außen hin den Anschein hat. Deshalb finde ich es töricht, immer wieder von Umfall zu sprechen, denn in eine so einfache Formel wird sich die Politik Lloyd Georges nicht bringen lassen.

Ich bin der Meinung, daß es etwa 6 Kardinalpunkte sind, welche Lloyd George beeinflussen werden:<sup>3</sup>

1. Ich glaube doch sicher, daß Lloyd George eingesehen hat, daß die große Geschäftsdepression in England in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß Mitteleuropa und insbesondere Deutschland stagniert. Es liegt daher im Interesse der Alliierten, daß Deutschland wirtschaftlich wieder einigermaßen lebensfähig wird. Eine Andeutung dieser Art scheint sich ja auch in der Birminghamer Rede zu finden.<sup>4</sup>

<sup>2</sup> Es handelt sich um einen Ber. Sthamers vom 2. Februar 1921 über die Pariser Beschlüsse, siehe dazu Schuberts Zusammenstellung von Auszügen aus Berichten Sthamers und Dufours vom 5. Februar 1921, ADAP, Serie A, Bd. IV, S. 327 Anm. 3. Schubert hatte Sthamer am 31. Januar 1921 mitgeteilt, „daß die Beschlüsse der Pariser Konferenz in der Reparationsfrage hier wie eine Bombe eingeschlagen haben. Insbesondere hat die Haltung von Lloyd George sehr überrascht.“ Engländer und Franzosen hatten sich auf einen gemeinsamen Reparationsplan geeinigt, obwohl Lloyd George die Gesamtzahlung (verteilt auf 42 Jahre, plus 12% Exportabgabe) von 226 Milliarden Goldmark als überzogen ansah. Siehe außerdem über Lloyd Georges Politik Dok. 19, bes. Anm. 6, Schubert an Dufour, 24. Januar 1921, NL. v. Schubert Pol., Tgb., Bd. VI. Schubert an Simson, 9. Februar 1921, ebd., Bd. VII und unter Anm. 4.

<sup>3</sup> Daß französisches Entgegenkommen in Orientfragen Lloyd George zu einer Richtungsänderung bewogen haben könnte, dementierte Schubert mit Hinweisen auf die genauen Vorgänge um die vermeintlichen anglo-französischen Orientabmachungen seit 1919 in einem Brief an Simons vom 18. Februar 1921: „Von einem Nachgeben Frankreichs gegenüber englischen Wünschen im Orient kann demnach jedenfalls zur Zeit kaum gesprochen werden.“-PA, R 28219.

<sup>4</sup> Rede Lloyd Georges vom 5. Februar 1921 zur Entschädigungsfrage im Rathaus von Birmingham; Auszüge siehe Schultheß', Bd. 62, Teil 2 (1921), S. 7f. Zu dieser Rede hat

2. Andererseits spricht meiner Meinung nach sehr mit die Angst vor der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt und der daraus resultierende Wunsch, den deutschen Export nach Möglichkeit zu drosseln.

3. Ferner wird sicher vielen Engländern der Gedanke einer Finanzkontrolle über Deutschland und eventuell Europa sehr schmackhaft erscheinen. Die Stellung Englands als Weltbankier, die in den letzten Jahren durch Amerika sehr stark gefährdet worden ist, würde dadurch eine ungeheure Stärkung erfahren.

4. Vielleicht spricht auch der Wunsch mit, durch eine entsprechende Knebelung Deutschland als billigen Warenlieferanten für Überseeländer zu gewinnen, für welche die britische Industrie nicht in Frage kommen kann.

5. Ferner dürfte die Besorgnis eine große Rolle spielen, daß wir uns mit Frankreich auf Grund der Seydoux'schen Pläne<sup>5</sup> wirtschaftlich einigen, wozu später Amerika als dritter Partner hinzutreten könnte. Das zu verhindern, liegt ganz im britischen Interesse.

6. Endlich wird Lloyd George die Unmöglichkeit einsehen, das englisch-französische Bündnis jetzt in die Brüche gehen zu lassen.

Auf den letzten Punkt haben Sie ja selbst den größten Wert gelegt und ich komme immer mehr zu der Überzeugung, daß er den Entschluß Lloyd Georges in erster Linie beeinflusst hat. Ich kann mir überhaupt wohl denken, daß Lloyd George seinen Entschluß nicht auf Grund von sehr eingehenden Erwägungen gefaßt hat, sondern vielmehr ziemlich plötzlich und intuitiv, wie er es ja sehr oft zu tun pflegt.

Mittlerweile haben wir die Birminghamer Rede gelesen, allerdings nur in Form der Bruchstücke, die uns durch Wolff, Reuter und den „Temps“ zugegangen sind. Ein endgültiges Urteil möchte ich mir vorbehalten, bis mir der genaue Text vorliegt.

Aus der Rede möchte ich heute nur zwei Punkte hervorheben, nämlich erstens, daß Lloyd George gesagt hat, daß die Steuerbelastung in Deutschland geringer ist als in Frankreich und England. Dies ist eine offenbar falsche Auffassung, allerdings nur dann, wenn der Vergleich richtig gezogen wird und zwar so, indem man gegenüberstellt, was z.B. ein Deutscher oder ein Engländer und Franzose prozentual von seinem Einkommen und Vermögen abzugeben hat. Ich habe den Minister heute auf diesen Punkt aufmerksam gemacht, und er hat daraufhin sofort veranlaßt, daß genaue Aufstellungen gemacht werden, die er eventuell selbst verwenden will.

Ein zweiter Punkt ist der Hinweis Lloyd Georges auf den unprovzierten Angriff, den wir angeblich im Jahre 1914 gemacht haben. In diesem Zusammenhang

---

Schubert in einer längeren Notiz für Simons (Leitgedanken für dessen Antwortrede) und Simson vom 10. Februar 1921 Stellung genommen: Lloyd Georges Ansicht in der Entschädigungsfrage sei durch drei Grundsätze geleitet: 1. Deutschland sei moralisch verpflichtet, für die Kriegsschäden aufzukommen, da es die Alleinschuld daran trage. 2. Bei den Entschädigungsforderungen müsse auf die Leistungsfähigkeit Deutschlands Rücksicht genommen werden. 3. Den Ländern, die deutsche Zahlungen empfangen müßten, dürfte dadurch kein größerer Schaden zugefügt werden, als wenn sie keinerlei Entschädigung erhalten würden, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VII.

<sup>5</sup> Seydoux sah die Wirtschaftsprobleme Deutschlands und die dadurch eingeschränkte Zahlungsfähigkeit, weswegen er auf eine wirtschaftliche Kooperation zwischen Zahler und Empfänger (Deutschland-Frankreich) setzte. Soutou, Die deutschen Reparationen.

wird unsere Presse darauf hinweisen, daß Lloyd George selbst am 22. Dezember v. J. erklärt hat, sämtliche Staaten seien in den Krieg hineingestolpert. Hier zeigt es sich wieder einmal, eine wie wichtige Rolle die Schulfrage spielt, was man hier nicht immer einsehen will.

Im übrigen bin ich mit der Rede Lloyd Georges, soweit sie mir bisher vorliegt, nicht ganz unzufrieden. Denn er sagt vor allem, daß, wenn alternative Vorschläge unterbreitet werden würden, sie ehrlich in Betracht gezogen werden würden. Dies ermöglicht es uns, meiner Ansicht nach, nach London zu gehen, und daß wir nach London gehen müssen,<sup>6</sup> darin stimme ich Ihnen vollkommen bei. Man ist, wie ich vertraulich bemerken möchte, auch sonst hier dieser Ansicht.

Allerdings hat sich das Kabinett durch den Mund des Herrn Simons in der bekannten Reichstagsitzung insofern festgelegt, als er gesagt hat, daß wir die Pariser Beschlüsse nicht als Verhandlungsbasis ansehen können.<sup>7</sup>

Die Einladung, nach London zu gehen, ist hier durch den französischen Botschafter Laurent mündlich überbracht worden und enthält seltsamerweise keinerlei Spezifikation.<sup>8</sup> Es ist eben nur gesagt worden, daß wir nach London kommen sollten.<sup>9</sup>

Augenblicklich wird darüber beraten, wie diese Einladung zu beantworten sein wird. Es herrscht Einverständnis darüber, daß sie ebenfalls nur mündlich erfolgen soll. Über ihre Form ist man sich noch nicht ganz klar. Denn wenn wir z. B. sagen, daß „auch“ über unsere Vorschläge zum Reparationsproblem verhandelt werden soll, so involviert das, daß wir uns bereit erklären, über die Pariser Beschlüsse zu verhandeln, und damit weichen wir in gewissem Sinne bereits von dem Kabinettsbeschuß ab.<sup>10</sup> Das wird von einem gewissen Teil der öffentlichen Meinung als Rückzieher aufgefaßt werden.

<sup>6</sup> Gemeint ist die Londoner Reparationskonferenz vom 1.-7. März 1921.

<sup>7</sup> Am 1. Februar hatte Simons im Reichstag eine Regierungserklärung zu den Pariser Beschlüssen abgegeben, Schultheß', Bd. 62, Teil 1 (1921), S. 33-44.

<sup>8</sup> Die Einladung durch Laurent war mündlich am 4. Februar 1921 erfolgt. Siehe Schultheß', Bd. 62, Teil 1 (1921), S. 51. Am 8. Februar 1921 folgte dann eine schriftliche Einladung durch D'Abernon, ebd., Teil 2, S. 238f. und ADAP, Serie A, Bd. IV, S. 328 Anm. 4.

<sup>9</sup> Am 21. Februar 1921 schrieb Schubert an Dufour, daß er davon ausgehe, daß Simons als einziger deutscher Delegierter an der Konferenz teilnehmen werde; er halte es nicht für geboten, Sthamer ebenfalls als deutschen Vertreter abzuordnen: „Vor allem aber muß doch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Sache in London schief geht; dann wird unter Umständen Simons seine Entlassung nehmen müssen. Was soll dann Sthamer machen? Er müßte dann auch demissionieren und das muß unter allen Umständen vermieden werden.“ Schuberts Skepsis gegenüber den Planungen Simons' und Simons zeigte sich schon in seinen Randbemerkungen zur Aufz. Simons über das weitere Vorgehen und den Plan des Reparationsangebots von 30 Mrd. Mark vom 5. Februar; siehe auch ADAP, Serie A, Bd. IV, S. 313-15 (2. Februar 1921). Schubert wies Sthamer am 24. Februar nur an, der Delegation Dufour und Roediger für vertrauliche Aufträge des Ministers zur Verfügung zu stellen, und war am 26. Februar an Dufour entschieden dagegen, Simons als einzigen Hauptdelegierten zu benennen, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VII. Über die Pariser Konferenz und die deutsche Stellung zu ihr siehe AR, Kab. Fehrenbach, S. 440-45 (31. Januar 1921). Haltung der Alliierten: Ber. Mutius' vom 30. Januar 1921, ADAP, Serie A, Bd. IV, S. 308f. und Aufz. Simons', 6. Februar, ebd., S. 327-29.

<sup>10</sup> Man war am 5. Februar 1921 nach Verhandlung der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder zu dem Ergebnis gekommen, „daß die Pariser Beschlüsse in Deutschland nicht angenommen werden können“.-AR, Kab. Fehrenbach, S. 457.

Ich habe dem Minister heute geraten, daß er die Antwort so halten möchte, daß sie es Lloyd George ermöglicht, den Franzosen gegenüber sein Gesicht zu wahren. Wir dürfen meines Erachtens von Lloyd George keine Erklärung verlangen, die er mit Rücksicht auf seine Verbündeten nicht abgeben kann. Provozieren wir aber einen ablehnenden Bescheid, so machen wir uns eine Teilnahme an der Londoner Konferenz unmöglich und das wäre meines Erachtens ein großes Unglück.

Andererseits können wir natürlich nicht ohne weiteres die Einladung nach London annehmen und müssen jetzt schon eine gewisse Sicherheit dafür haben, daß es uns nicht ebenso ergeht wie in Spa.<sup>11</sup>

Die öffentliche Meinung ist im übrigen, besonders in Süddeutschland, vorläufig sehr für ein starkes „Nein“ eingenommen. Der Minister wird mit Telegrammen überhäuft, die von ihm eine starke Stellungnahme erwarten.

Wie ich ganz vertraulich bemerken möchte, macht die Haltung Bayerns in der Entwaffnungsfrage die allergrößten Schwierigkeiten.<sup>12</sup> Die Bayern sind verblendet genug, auch in dieser Frage eine ablehnende Haltung zu verlangen. In dieser Frage besteht offenbar im deutschen Volke durchaus keine Einigkeit und diese Uneinigkeit kann zu den schwersten Konsequenzen führen. Die Lage in dieser Beziehung ist sehr ernst und es ist immer noch unklar, wie ein Ausgleich gefunden werden soll. [...] <sup>13</sup>

Ich glaube, daß man in England sich immer noch ganz falsche Vorstellungen von der Leistungsfähigkeit Deutschlands macht. Ich glaube daher auch, daß Lloyd George selbst von dieser Meinung beeinflusst wird und, sonst guten Glauben bei ihm vorausgesetzt, die Pariser Beschlüsse doch nicht für so unmöglich hält, wie sie wirklich sind.

Es wird nun unsere Aufgabe sein, Gegenvorschläge auszuarbeiten und man ist daran sehr fleißig am Werke. Es ist natürlich beinahe unmöglich, Vorschläge zu entwerfen, die einerseits das Maß unserer Leistungsfähigkeit nicht allzu sehr über-

<sup>11</sup> Schubert am 10. Februar 1921 an Simons (wie Anm. 4): „Deutschland hat keinerlei Interesse daran, eine Politik zu treiben, die darauf hinausläuft, die Entschädigungsfrage noch weiter hinauszuschieben. Es hat vielmehr das größte Interesse daran, diese Frage möglichst bald in einer Weise zu lösen, die nicht nur Deutschland, sondern auch der ganzen Welt ein ruhiges Arbeiten und einen Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft gewährleistet. [...] Deutschland gibt sich der bestimmten Erwartung hin, daß es in London zu einer endgültigen und fruchtbaren Lösung des Reparationsproblems kommen wird, was aber zur Voraussetzung hat, daß die deutschen Delegierten Gelegenheit haben werden, ihren Standpunkt uneingeschränkt und mit allen Einzelheiten zu vertreten.“ Und am 24. Februar 1921 an Sthamer: „Außerdem halte ich an meiner These fest, daß die Festsetzung der Gesamtsumme durchaus in unserem Interesse liegt, denn erst durch diese Festsetzung wird der Vertrag [von Versailles] endgültig fertig und nur von einem endgültig fertigen Vertrag können wir loskommen. Außerdem werden unsere Gegner meines Dafürhaltens später vielleicht auf die Zahlung einer Gesamtsumme verzichten, niemals aber auf die Festsetzung dieser Gesamtsumme. Dies mag alles sehr dilettantische Weisheit sein, aber ich habe manchmal den Eindruck, daß ganz einfache Gedanken die Politik im ganzen beeinflussen und nicht die Unsumme noch so klug ausgedachter Einzelheiten.“ - Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VII.

<sup>12</sup> Vgl. Dok. 23.

<sup>13</sup> Schubert berichtete hier über die Stellungnahme D'Abernons zu den Pariser Beschlüssen; dazu Simons Aufz. vom 7. Februar 1921, ADAP, Serie A, Bd. IV, S. 331-33.

steigen und die andererseits nicht so klein sind, daß sie bei unseren Gegnern lediglich ein Hohngelächter hervorrufen.

In diesem Zusammenhange ist, wie ich zu Ihrer ganz persönlichen<sup>14</sup> Information bemerken möchte, der Gedanke aufgetaucht, den Gegnern eine ziemlich große Summe, etwa 50 Milliarden Goldmark anzubieten, falls dieselbe sofort durch eine von den Alliierten zu gebende Anleihe abgedeckt wird. Natürlich würden an einen solchen Vorschlag gewisse Voraussetzungen geknüpft werden, unter anderem auch die Anrechnung dessen, was wir bisher geleistet haben und die gleichzeitige Abdeckung verschiedener anderer Forderungen aus dem Friedensvertrage. Ich stehe dieser Idee recht skeptisch gegenüber. Wenn sie auch gewisse große Vorteile bringt, da sie uns politisch ziemlich frei macht, halte ich sie doch für sehr gefährlich, da man von Verpflichtungen, wenn sie auch noch so drückend sind, im Laufe der Jahre vielleicht frei werden kann, nicht aber von der Verpflichtung der Verzinsung und Amortisation einer Riesenanleihe. Von dieser kann man nur durch den Bankrott befreit werden. Ich bitte Sie aber, diese Idee, die noch gar keine festen Formen angenommen hat, auf das strengste geheimzuhalten<sup>15</sup>.

Der Minister beabsichtigt übrigens in nächster Zeit irgend eine Gelegenheit zu ergreifen, um auf die Rede von Lloyd George offiziell zu antworten. Ich werde bemüht sein, darauf hinzuwirken, daß diese Beantwortung so ausfällt, daß sie uns den Weg zu Lloyd George nicht verbaut.<sup>16</sup>

Sehr interessant wäre natürlich für uns, wenn Sie unter der Hand genaueres über das feststellen könnten, was Lloyd George eigentlich beabsichtigt. Sollte es Ihnen zu riskant sein, dies in einem Bericht niederzulegen, so darf ich bitten, mir privatbrieflich zu schreiben. Ich werde dann schon dafür sorgen, daß der Minister Ihre Äußerungen in der richtigen Form erhält.

Sch[ubert]

---

<sup>14</sup> Hschr. Unterstreichung.

<sup>15</sup> Hschr. Unterstreichung.

<sup>16</sup> Siehe Anm. 2 und 4. Außerdem ausführliche Analyse der Rede Lloyd Georges vom 5. Februar und Punkte für Rede Simons', Aufz. Schubert, 10. und 12. Februar; dazu Schubert an Simson, 11. Februar 1921; Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VII. Schuberts Aufz. vom 12. Februar 1921, ADAP, Serie A, Bd. IV, S. 336-38.

**Von Schubert an Geheimen Legationsrat Dufour-Feronce (leicht gekürzt)  
Berlin, 18. März 1921**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VIII.*

Strengstens persönlich!

Lieber Dufour!

Heute komme ich endlich dazu, Ihnen in kurzen Zügen die Ereignisse zu schildern, die sich während und nach der Londoner Konferenz hier abgespielt haben. Die Kenntnis dieser Vorgänge wird vielleicht, obgleich sie an sich abgeschlossen sind, auch für Sie für später von einigem Nutzen sein, denn nur durch genaues Feststellen der eventuell gemachten Fehler kann man lernen. Ich möchte gern ganz offen reden, muß mich aber ganz fest darauf verlassen können, daß Sie von diesem Briefe und seinem Inhalt Niemandem Kenntnis geben, außer vielleicht Herrn Sthamer, wenn er nach London zurückgekehrt ist. [...]¹

Ich schrieb Ihnen am 24. v. Mts.<sup>2</sup>, daß ich der Konferenz mit großer Sorge entgegensehe; ich rechnete damals bereits mit einem Scheitern der Konferenz.

Meine Sorge bezog sich aber nicht nur auf die große Diskrepanz zwischen den Forderungen der Alliierten und dem, was wir anzubieten hatten, sondern sie war auch in anderen Umständen begründet. Einmal ist nicht zu leugnen, daß unsere Vorbereitungen für die Konferenz sehr überstürzt worden sind und nicht von langer Hand vorbereitet waren, wie das eigentlich hätte geschehen können und müssen. Ich sprach kurz vor der Konferenz mit einer sehr bedeutenden Persönlichkeit im preußischen Handelsministerium,<sup>3</sup> die ihrer Verwunderung hierüber sehr drastischen Ausdruck verlieh und meinte, daß man mit den Vorbereitungen schon vor Monaten hätte beginnen sollen. Aber es ist bei uns immer wieder das alte Elend; wirklich sachliche Arbeit wird erst dann geleistet, wenn uns das Feuer auf den Nägeln brennt. Außerdem leiden wir daran, daß sich der Mißbrauch eingebürgert hat, für jede Sache unzählige Sachverständige hinzuzuziehen, die sich natürlich besonders dann nicht einigen können, wenn ein Entschluß binnen weniger Tage gefaßt werden muß.

Ferner aber war ich wegen der Zusammensetzung der Delegation sehr besorgt. Die Delegierten bestanden zwar sämtlich aus ausgezeichneten Beamten, es befand sich aber kein Politiker und vor allen Dingen kein Kenner des Auslandes darunter. Ich habe krampfhaft darauf hinzuwirken versucht, die Zuteilung einer derartigen Persönlichkeit durchzusetzen; meine Bemühungen waren jedoch vergebens. Ich habe dann wenigstens, wie Sie wissen, mein Möglichstes getan, um die Botschaft

¹ Schubert ging hier auf einen früheren Brief von Dufour ein.

² Schubert an Dufour, 24. Februar 1921, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VII.

³ Gemeint ist Hans von Flotow, Ministerialrat im preußischen Handelsministerium, hschr. Notiz auf einem Zettel vom 4. März 1921, ebd., Bd. VIII.

mit der Delegation in Verbindung zu bringen. Mir war aber aus früheren Erfahrungen von vornherein klar, daß ein inniges Zusammenarbeiten zwischen einer Delegation und einer Botschaft eigentlich nie erreicht werden kann.

Endlich aber konnte ich die Befürchtung nicht los werden, daß man auch bei der Vorbereitung der Konferenz den politischen Gesichtspunkt nicht genügend in den Vordergrund stellte.

Am Tage vor der Abreise der Delegation war Herr von Simson bei mir und zeigte mir die Gegenvorschläge, die zu diesem Zeitpunkte erst ihre endgültige Fassung erhalten hatten. Ich habe diese Gelegenheit benutzt, um Herrn von Simson einzuhämmern, daß es sich in London nicht lediglich um den Austausch von Sachverständigengutachten handle, sondern um eine politische Aktion größten Stils, und daß es daher in erster Linie auf ein richtiges taktisches Vorgehen ankommen werde. Herr von Simson war über meine Ausführungen etwas erstaunt. Welche Illusionen er sich machte, geht daraus hervor, daß er die Ansicht äußerte, er glaube, daß den Alliierten nach Kenntnismahme unserer Gegenvorschläge ein Stein vom Herzen fallen werde!

Ich selbst habe auf den Gang der Vorbereitungen leider sehr wenig Einfluß ausüben können, obgleich ich mir alle Mühe gegeben habe. Die Sache wurde eben lediglich von den Beamten bearbeitet, die im Amt für die Reparationsfrage und die Entwaffnungsfrage zuständig sind. Ich habe mich einige Tage vor der Konferenz bei Herrn von Haniel beschwert, der meinte, daß die Teilnahme der Länderabteilung England nicht erforderlich sei,<sup>4</sup> da es sich doch um eine technische Konferenz handle, bei der es ganz gleichgültig sei, ob sie in London, Spa, Brüssel oder einem anderen Orte stattfinde. Ich wendete natürlich ein, daß es sich um eine politische Affäre handle, daß England das Zünglein an der Waage sei, und daß ein Verhandeln in London doch schließlich eine genaue Kenntnis der dortigen Atmosphäre voraussetze.

Ich erwähne dies nur, um an einem Beispiel den Geist zu illustrieren, der die Vorbereitungen beeinflußt hat.

Am Dienstag, den 1. März, wurden unsere Gegenvorschläge übergeben und am nächsten Tage standen sie hier in der Zeitung. Die meisten Leute haben zunächst garnicht gemerkt, daß sie durch Weglassung des Besserungsscheins<sup>5</sup> sehr wesentlich verändert worden waren.

Über die Gründe dieser Änderung habe ich nach und nach das Folgende in Erfahrung gebracht: Schon auf der Fahrt nach London ist eine Auslassung des Besserungsscheins in Erwägung gezogen und ist bereits ein zweites Projekt ausgearbeitet worden. In London hat dann, wie er mir selbst gesagt hat, auch der Botschafter Sthamer darauf hingewirkt, daß wir nicht gleich am Anfang alles an[boten ...]<sup>6</sup> daraufhin endgültig die Weglassung des Besserungsscheins beschlossen worden.

<sup>4</sup> Es handelt sich um Schuberts eigene Abteilung.

<sup>5</sup> Damit war eine Erhöhung der Reparationsleistungen im Falle einer Verbesserung der Wirtschaftslage Deutschlands gemeint, die auf der Basis eines von Experten noch zu erarbeitenden Indexschemas (anstelle der von den Alliierten geforderten prozentualen Exportabgabe) festgestellt werden sollte. Dazu AR, Kab. Fehrenbach, S. 485-91.

<sup>6</sup> Infolge zu knapp und leicht schräg eingefügten Kohlepapiers läßt sich auf der letzten Zeile dieser Seite in der Vorlage (Durchschlag) nur noch die Fortsetzung des Wortes am Ende der vorletzten Zeile erschließen.



Ich hatte gleich den Eindruck, daß wir durch diese Weglassung einen großen Fehler begangen haben.<sup>7</sup> Es war mir nach dem Studium der Gegenvorschläge von vornherein klar, daß es, da diese Vorschläge unser Maximum darstellten, doch nicht zu einer Einigung kommen würde. Es kam daher darauf an, wenigstens zu Verhandlungen zu kommen und nach deren Scheitern eine taktisch gute Position zu erreichen.

Das größte Unglück war aber ohne Zweifel die Rede des Herrn Reichsministers am 1. März.<sup>8</sup> Es ist natürlich leicht zu kritisieren, wenn man fern vom Schuß ist. Es steht mir durchaus nicht zu, gegen Herrn Simons Angriffe zu erheben, dessen ganz hervorragende intellektuelle Eigenschaften ich nur bewundern kann. Die Rede war aber leider durchaus unpolitisch und machte es den Alliierten sehr leicht, eine ablehnende Haltung einzunehmen.

Dies sah man leider hier im Laufe der Woche in immer größeren Kreisen ein und es bereitete sich eine sehr unangenehme Stimmung vor. Die Lage verschärfte sich, als am Donnerstag, den 3. März, die Antwort seitens der Alliierten erfolgte.

Leider wurde in dieser Zeit in zweierlei Hinsicht wiederum ein großer Fehler begangen. Das Auswärtige Amt und die sonstigen maßgebenden Stellen in Berlin erfuhren so gut wie garnichts über die Vorgänge in London. Es war daher außerordentlich schwer, hier die sogenannte Einheitsfront und den festen Willen zum sogenannten Durchhalten aufrechtzuerhalten. Andererseits ist die Delegation in durchaus ungenügender Weise über die sich hier verschärfende Stimmung unterrichtet worden. Ich habe das Menschenmögliche getan, um Abhilfe zu schaffen und auf die beiderseitige bessere Information hinzuwirken. Leider ist mir dies nicht gelungen, was auch kein Wunder ist, da ich nur wenige Hebel ansetzen konnte. Ich habe öfters daran gedacht, auf eigene Faust an die Botschaft zu telegrafieren, habe aber dann davon Abstand genommen, da solche Sonderaktionen in so kritischen Zeiten höchst gefährlich und daher nicht zu verantworten sind.

Noch am Sonnabend, den 5. d. Mts., habe ich nach der Reichstags-sitzung in später Nacht Herrn von Haniel gebeten, ein von mir aufgesetztes Telegramm an Herrn Simons abzusenden,<sup>9</sup> indem [in dem] ich auf die sich mehrende Kritik gegen

<sup>7</sup> In einer hschr. Aufz. vom 4. März 1921 notierte Schubert: „1. Warum wohl Besserungsschein herausgestrichen? Kabinettsbeschluß lag doch vor; konnte Simons das machen? 2. Ungeschickte Rede Simons? Warum spricht er von 30 Milliarden? Kein Politiker, Kein Diplomat. 3. Heute Zeit zu politischer Fühlungsnahme, aber möglich? Bereit? 4. Simson: Es wird ihnen ein Stein vom Herzen fallen! Flotow: Warum Vorschläge unsererseits nicht schon seit 2 Monaten in allen Details fertig? 5. Ich bin zum ersten Mal einverstanden mit Voss. Ztg. und Bernhard: die Vorschläge sind ungeschickt formuliert und aufs Inland berechnet. 6. Warum hat man nicht Politiker befragt? Ich sah die Vorschläge 24 Stunden vor der Abfahrt der Delegation – Kein Mensch kann verlangen, daß man sich so schnell schlüssig wird. Ich sah gleich das Karlchen Mießnickhafte; aber man soll nicht nur nein sagen, sondern Positives vorschlagen und das war in so kurzer Zeit nicht möglich.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VIII. Die von David Kalisch (1820-1872) geschaffene Gestalt des ewigen Quartaners Karlchen Mießnick war durch den seit 1848 gegründeten politisch-satirischen ‚Kladderadatsch‘ zu einer wohlbekannteren Figur geworden.

<sup>8</sup> Auszüge aus der Rede Schultheß', Bd. 62, Teil 2 (1921), S. 240-44.

<sup>9</sup> „Ich halte es für unbedingt erforderlich, daß Herr Simons in vorsichtiger Form über die Kritik informiert wird, welche an seiner bisherigen Taktik überall geübt wird, und daß er auf die katastrophalen Folgen hingewiesen wird, die meiner Überzeugung nach unbe-

die Delegation hinwies und dringend empfahl, die ursprünglichen<sup>10</sup> Gegenvorschläge doch noch vorzubringen. Ich mußte an dem darauffolgenden Sonntage feststellen, daß Herr von Haniel dieses Telegramm, das er erst gebilligt hatte, nicht abgeschickt hat.

Ich fuhr dann am 6. abends bis zum 10. früh zu sehr wichtigen geschäftlichen Besprechungen nach dem Saargebiet, da ja meine Anwesenheit hier ohnehin ganz überflüssig war.

Nach meiner Rückkehr erfuhr ich, daß sich inzwischen die Stimmung gegen die Delegation und ihr Vorgehen in London so verschärft hatte, daß zu einem gegebenen Momente das politische Leben des Reichsministers nur noch an einem Faden hing. Die Krise ist dann überwunden worden, hauptsächlich dadurch, daß die übrigen Kabinettsmitglieder sich sehr loyal hinter Herrn Simons stellten. [...] <sup>11</sup>

Es folgten dann am 10. und 11. März sehr unangenehme vertrauliche Auseinandersetzungen im Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten.<sup>12</sup> Der Minister wurde eigentlich von allen Parteien angegriffen und ich muß leider feststellen, daß die geübte Kritik in den meisten Fällen durchaus berechtigt war. Der Minister gab zu, daß er mehr Informationen nach Berlin hätte gelangen lassen sollen und verteidigte, so gut er konnte, sein Vorgehen in London.

Am 12. d. Mts. hielt er dann im Reichstage seine Rede,<sup>13</sup> die Sie kennen, die aber keinen allzu großen Eindruck machte, weil er offenbar durch die viele Arbeit gänzlich am Rande seiner Kräfte angelangt war. Trotzdem erhielt er ein mit sehr großer Majorität beschlossenes Vertrauensvotum, das allerdings recht farblos gefaßt war.<sup>14</sup>

Bei den Sitzungen im Ausschuß betonte übrigens der Minister, daß die Änderung der ursprünglichen Vorschläge auf Anraten des Botschafters Sthamer erfolgt sei. Als sich dann im Ausschuß viele Redner auf die Rolle bezogen, die Herr Sthamer dabei gespielt hatte, erklärte Herr Simons<sup>15</sup>, daß natürlich Herrn Sthamer keine sachliche Verantwortung treffe, diese trage er – der Minister – und die Delegation allein. Trotzdem hat der Minister in seiner Reichstagsrede noch einmal erwähnt, daß die Änderung der Vorschläge nach langwieriger Beratung mit dem deutschen Botschafter erfolgt sei.

Ich muß offen sagen, daß diese Erwähnung des Botschafters recht überflüssig war.

---

dingt eintreten, wenn er am Montag sich darauf beschränkt, a limine die Pariser Beschlüsse abzulehnen.“-Schreiben Schuberts an Haniel vom 5. März 1921, dem der besagte Telegrammentwurf beiliegt. Weil Haniel seiner Bitte nicht nachkam, klagte Schubert in seinem Urlaubsgesuch vom folgenden Tage: „Ich würde es auf anderem Posten unter allen Umständen vermieden haben, in so kritischen Zeiten auf Urlaub zu gehen, selbst unter Aufopferung sehr wichtiger Privatinteressen; ich habe aber die bestimmte Überzeugung, daß ich hier vollkommen überflüssig bin.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VIII.

<sup>10</sup> Hschr. Unterstreichung.

<sup>11</sup> Die Ursache der Krise sei bei Simons' Mitarbeitern zu suchen.

<sup>12</sup> Schultheß', Bd. 62, Teil 1 (1921), S. 78f.

<sup>13</sup> Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 343, S. 2839-49.

<sup>14</sup> Siehe Schultheß', Bd. 62, Teil 1 (1921), S. 80-97.

<sup>15</sup> Hschr. nachgetragten, zuerst ‚Sthamer‘.

Die Stellung des Herrn Simons ist jetzt wieder gerettet, aber nicht sehr stark. Man erkennt in allen Kreisen seine außerordentliche Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit und vor allem seine erstaunliche Sachkenntnis an. Man ist aber leider vielfach zu der Überzeugung gekommen, daß er sich viel zu wenig von politischen Gesichtspunkten leiten läßt. Ich fürchte, daß ein Hauptargument, das ihn gehalten hat, das ist, daß eben mit bestem Willen kein geeigneter Nachfolger zur Verfügung stand. Das ist durchaus zutreffend; es wäre geradezu eine Katastrophe, wenn wir jetzt Simons verlören.<sup>16</sup>

Das Elend ist eben, daß Herr Simons sich in erster Linie von Juristen beraten läßt, die alle apolitisch, zum Teil aber auch antipolitisch sind. Bei den außerordentlichen Fähigkeiten, über die Herr Simons verfügt, würde er sich natürlich auch allmählich in das Gebiet der reinen Politik hineinfinden.<sup>17</sup> Aber es fehlen ihm dazu eben leider die Mitarbeiter, oder, wo sie vorhanden sind, haben sie höchst selten Gelegenheit, mit ihm zu sprechen. Ich halte mich selbst für keinen allzu großen Politiker und Diplomaten, aber ich glaube, daß ich ihm manchmal ganz gute Ratschläge geben könnte, wenn ich nur Gelegenheit hätte, ihn öfters in Ruhe zu sehen. Das scheint aber bei dem bestehenden, gänzlich unmöglichen System ausgeschlossen zu sein. Ich sehe daher für die Zukunft außerordentlich trübe.

Ich glaube, daß es unbedingt möglich gewesen wäre, aus der Londoner Konferenz mit dem Motto herauszukommen: „Die Deutschen wollen, aber sie können nicht.“ Statt dessen wurde auf uns nach Abbruch der Konferenz beinahe allgemein das Motto angewendet: „Sie können, aber sie wollen nicht!“ Das ist höchst bedauerlich und kann die schlimmsten<sup>18</sup> Konsequenzen für uns haben.

[...] <sup>19</sup>

Was werden soll, darüber ist man sich hier durchaus noch nicht im klaren. Zunächst kommt es auf unsere Stellung zu den Sanktionen an. Im Vordergrund steht die Frage, wie man sich zu dem englischen Gesetz wegen der 50%igen Abgabe stellen solle.<sup>20</sup> Es finden darüber endlose Sachverständigenberatungen statt. Vorläufig scheinen die Großindustrie und der Großhandel auf dem Standpunkt zu stehen, daß man nicht mehr nach England liefern und jedenfalls die deutschen Exporteure, wenn sie nach England liefern, von Reichswegen nicht entschädigen solle, da hierin eine Anerkennung der Sanktionen liegen würde. Widerspruch hiergegen

<sup>16</sup> „Das ... verlören.“ hschr. nachgetragen.

<sup>17</sup> Walter Simons' Karriere war über verschiedene juristische Stationen verlaufen, zunächst Richter (1905), dann Rechtsabteilung des Reichsjustizamtes (1911), Reichskanzlei (1918) und schließlich Rechtsabteilung des AA (1918) – von August 1919 bis Juni 1920 Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, diesen Posten versuchte er im Sinne der Zentralarbeitsgemeinschaft aus Unternehmern und Gewerkschaften auszufüllen –, bevor er im Juni 1920 den Posten des Reichsaußenministers antrat. Anschließend war Simons 1922-1929 als Präsident des Reichsgerichts und des Reichsstaatsgerichtshofes tätig. Siehe Gründer, Simons.

<sup>18</sup> Zunächst „schärfsten“, hschr. „schlimmsten“.

<sup>19</sup> Es folgte ein Abschnitt, in dem sich Schubert mit der Kritik Kirchers an der deutschen Außenpolitik auseinandersetzte.

<sup>20</sup> Großbritannien hatte nach dem Scheitern der Londoner Konferenz die Einbehaltung der Hälfte der deutschen Exporterlöse beschlossen. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 124.

erhebt sich jetzt von einer großen Anzahl von kleineren Firmen, die ihr Geschäft auf den Handel mit England eingestellt haben. Die Entscheidung steht noch aus.

Wie die Folgen der Besetzung der rheinischen Orte und des Zollregimes im Rheinland sein werden,<sup>21</sup> darüber ist man sich noch recht im unklaren. Wie ich von sachverständigen Leuten höre, werden die Folgen außerordentlich unangenehm sein.

Im allgemeinen aber ist die Stimmung sehr für Durchhalten und für Abwarten. Es ist nur zu begrüßen, daß in dieser Beziehung von einer allgemeinen Einheitsfront gesprochen werden kann. Was allerdings passiert, wenn sich die unangenehmen Folgen der Sanktionen einstellen werden, steht dahin.

Andererseits werden ja wohl auch für die Alliierten die Folgen nicht sehr bequeme sein, besonders, wenn die Einsicht hinzukommt, daß die Sanktionen im Grunde zu nichts führen.

Ewig kann aber unmöglich dieser Zustand anhalten, darüber muß man sich ganz klar sein. Es muß zu neuen Verhandlungen kommen,<sup>22</sup> und die einzige Frage ist, wie soll das geschehen.

Nur ganz törichte Leute können daran glauben, daß die Alliierten den ersten Schritt tun werden. Das halte ich für gänzlich ausgeschlossen, denn das verbietet den Alliierten allein die Rücksicht auf ihr Prestige.

Wir andererseits können auch nicht so bald mit neuen Vorschlägen an die Alliierten herantreten, denn sonst würde jeder Mensch sagen, daß die Sanktionen abermals ihre Wirkung nicht verfehlt hätten.

Ich kann mir daher nur denken, daß bei den vielfachen sachlichen Besprechungen, die über allerlei sonstige Fragen mit den Alliierten, besonders in Paris, stattfinden, der Anschluß zur Anbahnung neuer Verhandlungen gefunden werden kann<sup>23</sup>. Nur darf dies meiner Ansicht nach nicht zu früh erfolgen. Die Rolle von Amerika schätze ich in dem ganzen Spiel nach wie vor sehr gering ein.<sup>24</sup>

[...]<sup>25</sup>

<sup>21</sup> Die Franzosen hatten nach dem Scheitern der Londoner Konferenz und der dadurch begründeten Besetzung der Gebiete um Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort ein alliiertes Zollregime im gesamten Rheinland eingeführt, so daß die deutsche Zollgrenze am östlichen Rand des Besatzungsgebietes lag. Vgl. ebd.

<sup>22</sup> In einer Mitteilung Schuberts an Simons vom 14. März 1921 über ein Gespräch mit General Malcolm heißt es dazu: „Ich setzte Herrn Malcolm ferner auseinander, daß ernsthafte Verhandlungen unter allen Umständen einmal stattfinden müßten, denn nur durch solche Verhandlungen könne schließlich einmal das Problem der Sanierung der Weltwirtschaft gelöst werden. Es könne sich dabei nicht um hochpolitische Auseinandersetzungen handeln, sondern ganz einfach um die Verständigung über absolut notwendige wirtschaftliche Maßnahmen. Um so gefährlicher sei es, derartige Verhandlungen immer weiter hinauszuschieben. Wenn man noch länger warte, werde sich die für sämtliche Beteiligten höchst gefährliche Weltkatastrophe nicht vermeiden lassen.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VIII.

<sup>23</sup> Ursprüngl. „muß“, hschr. „kann“.

<sup>24</sup> Vgl. dazu Dok. 28.

<sup>25</sup> Schubert kritisierte hier die Neigung gewisser deutscher Diplomaten, in Deutschland Reisen zu machen, während die politische Lage ihre Anwesenheit auf ihren ausländischen Posten erfordere.

Im übrigen warte ich mit Spannung auf den Erfolg der Abstimmung in Oberschlesien.<sup>26</sup> Abgesehen von einigen sehr gefährdeten Bezirken ist man guter Hoffnung. Hoffentlich gibt es nicht Mord und Totschlag, eine Befürchtung, zu der bei der infamen Haltung der Polen durchaus Anlaß vorliegt.

Mit aufrichtigen Grüßen bin ich  
Ihr getreuer

28

**Von Schubert an Botschafter Sthamer  
Berlin, 4. April 1921**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. IX.*

Vertraulich!

Sehr verehrter Herr Sthamer!

Sie erhalten heute mit Kurier einen Erlaß, der sich mit dem Notenwechsel beschäftigt, der zwischen dem hiesigen amerikanischen Vertreter Herrn Dresel und dem Reichsminister stattgefunden hat.<sup>1</sup>

Nachrichten über diesen „Notenaustausch“ sind ja auch nun in die Presse gekommen, und die ganze Sache, von der man sich allerlei verspricht, beginnt eine Wendung zu nehmen, die mir nicht recht gefallen will.

---

<sup>26</sup> Die Abstimmung fand am 20. März 1921 statt und erbrachte ein Votum von 60% zugunsten Deutschlands. Vgl. dazu den Runderlaß vom 25. März 1921, ADAP, Serie A, Bd. IV, S. 438f. Zu der Oberschlesien-Angelegenheit findet sich wichtige Korrespondenz in Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bde. VIII, IX.

---

<sup>1</sup> Es bestand faktisch zwischen Deutschland und den USA immer nur ein Waffenstillstand, aber kein Friedensvertrag, da die amerikanische Regierung den Versailler Vertrag nicht ratifiziert hatte. Die deutschen Interessen wurden von der Schweiz vertreten. Die Sonderausgabe des Berliner Lokal-Anzeigers titelt am 4. April 1921: „Amerika und Deutschland. Eine Erklärung des Staatsdepartment. – Deutschland soll die moralische Verantwortung für den Krieg anerkennen.“ Im nachfolgenden Textteil heißt es dann: „Die Regierung der Vereinigten Staaten ist der Auffassung, daß Deutschland anerkennen soll, daß es die völlige moralische Verantwortung für den Krieg trägt und moralisch und materiell verpflichtet ist, bis zur Grenze seiner äußersten Leistungsfähigkeit alle Verpflichtungen zu erfüllen.“ Dazu siehe das Schreiben Simons' an Haniel vom 6. April 1921, ADAP, Serie A, Bd. IV, S. 483f. Der Vatikan hatte es übernommen, eine vermittelnde Rolle zwischen der Reichsregierung und den USA zu spielen. Siehe dazu Tel. Bergens vom 7. und 25. März, ebd., S. 398f., 436f.; Simons' Brief an Haniel vom 3. April, ebd., S. 468-72; Simons' Tel. an die Botschaft beim Vatikan, 12. April, ebd., S. 489f.; Bergens Tel. an das AA, ebd., S. 502f.

Zunächst muß hervorgehoben werden, daß es sich lediglich um einen Meinungsaustausch zwischen Herrn Simons und Dresel handelte, und daß das Memorandum, welches Herr Dresel zugeschickt erhielt (eigentlich hätte es der Minister übergeben wollen, es war aber leider nicht rechtzeitig fertig geworden), lediglich als eine Wiedergabe der Äußerungen des Ministers gelten sollte. Es wäre also durchaus falsch, dieses Memorandum als den Beginn eines offiziellen Notenwechsels zwischen uns und den Amerikanern anzusehen. Diese Feststellung ist meines Dafürhaltens wichtig, damit uns nicht der Vorwurf gemacht wird, als wollten wir wieder einmal im Trüben fischen, einen Alliierten gegen den anderen ausspielen und was dergleichen Vorwürfe mehr sind. Der „Temps“ hat bereits einen Artikel gebracht, der sich in dieser Linie bewegt.

Andererseits gefällt mir der Passus in dem amerikanischen Antwortmemorandum garnicht, in dem von der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg und von der moralischen Verpflichtung zur Reparationsleistung die Rede ist. Daß die Amerikaner gerade diese These jetzt wieder aufstellen, auf der, wie Sie wissen, der ganze Friedensvertrag aufgebaut ist, läßt wenig Gutes erwarten.

Heute wurde hier in der Presse eine Meldung aus Washington veröffentlicht, nach der die Vereinigten Staaten Wert auf die Feststellung legen, daß der Standpunkt der Regierung in Washington dem amerikanischen Geschäftsträger schon übersandt wurde, bevor Viviani<sup>2</sup> in New York eintraf, daß also der Besuch der französischen Sondergesandten die Beschlüsse Amerikas in der Politik Deutschland gegenüber in keiner Weise beeinflußt habe.

Man war hier zunächst geneigt, diese Äußerung zu unseren Gunsten auszulegen. Ich habe aber die Herren davon überzeugt, daß unter Umständen gerade das Gegenteil der Fall sein könne. Denn das einzige Positive in dem amerikanischen Antwortmemorandum ist doch schließlich der oben erwähnte Hinweis auf die Verantwortlichkeit und die moralische Verpflichtung Deutschlands, und die Feststellung der Vereinigten Staaten kann also in der Hauptsache doch nur den Sinn haben, daß sie einer Beeinflussung durch den französischen Sondergesandten nicht bedurften, und daß sie auch ohne eine solche schon von ganz allein der Auffassung ihrer Alliierten über die Kriegsschuld und die moralische Verpflichtung Deutschlands beigetreten seien. Hierdurch wird mit anderen Worten meiner Ansicht nach in erster Linie in einer für uns sehr unangenehmen Weise die Solidarität zwischen Amerika und seinen Verbündeten betont.

Meines Erachtens muß unter allen Umständen der Eindruck vermieden werden, als wollten wir uns an Amerika herandrängeln, als erwarteten wir, daß Amerika uns besondere Hilfe – eventuell zum Schaden seiner früheren Alliierten – angedeihen lassen werde oder daß wir sogar Amerika gegen seine Alliierten ausspielen wollten. Ein solcher Eindruck würde natürlich vor allem unsere Stellung gegenüber England sehr empfindlich beeinflussen, und ich hoffe, daß es gelingen wird, zu verhindern, daß aus der Aktion Simons-Dresel ein solcher Eindruck<sup>3</sup> ent-

<sup>2</sup> Vivianis Amerikamission bestand darin, einen französischen Interessenausgleich mit den USA in deutschlandpolitischen Fragen zu erreichen. Vgl. auch das Schreiben Simons' an Haniel vom 6. April 1921, ebd., S. 483f.

<sup>3</sup> In der Vorlage hier versehentlich „nicht“ eingefügt.

steht, und daß diese Aktion vielmehr das hier erhoffte günstige Ergebnis zeitigen wird.

Im übrigen fürchte ich immer aufs neue, daß man sich keinen zu großen Erwartungen bezüglich der „Hilfe“ Amerikas hingeben darf. Ich fürchte vielmehr, daß es hier manche Leute gibt, die sich von Amerika viel zu viel versprechen.<sup>4</sup> Allerdings glaube auch ich, daß Amerika beispielsweise in der Reparationsfrage auf jeden Fall eine große Rolle spielen wird. Es fragt sich nur, ob und welchen Nutzen wir aus dieser Rolle ziehen können werden.

Mit aufrichtigstem Gruß  
bin ich  
Ihr sehr ergebener

29

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit den Staatssekretären  
Haniel von Haimhausen und Boyé  
Berlin, 21. April 1921**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. IX.*

Ich habe heute Abend Herrn von Haniel, der gerade mit Herrn Boyé wegfahren wollte, mein Memorandum<sup>1</sup> verschlossen überreicht und bin dann mit den beiden Herren nach Hause gefahren.

---

<sup>4</sup> Ähnlich an Dufour, 4. April 1921; Schubert lehnte die ganze „amerikanische Aktion“ ab. Am 11. April 1921 schrieb er an Simson, übte scharfe Kritik an dem Entwurf einer Mitteilung an Gasparri und der Einschaltung des Vatikans in die Reparationsverhandlungen mit den USA und betonte: 1. Er schließe sich einer festen Reparationssumme von 50 Milliarden Goldmark nur an, wenn Amerika seine Vermittlungshilfe davon abhängig mache. Die politische Tragweite eines solchen Vorschlags könne er aber nicht abschätzen. 2. Man solle in diesem Verhandlungsstadium weder Kredite von Amerika verlangen, noch in das Schuldverhältnis (Problem der interalliierten Schulden) der Alliierten zu Amerika eintreten. 3. Ein entsprechender Vorschlag müsse veröffentlichungsfähig sein und dürfe das Verhältnis zu den europäischen Mächten nicht nachteilig beeinflussen. 4. Auch den Gedanken, die Alliierten über Beteiligungen an der deutschen Industrie zu entschädigen, halte er für absolut abwegig und sogar gefährlich. Am selben Tag schrieb er auch an Sthamer, daß wegen neuer Vorschläge nichts vorbereitet sei, und teilte ihm, zustimmend, eine andere Idee mit: „Ferner ist man hier allgemein der Ansicht, daß der Gedanke eines neutralen Schiedsgerichts ventiliert werden muß, bei dem vielleicht auch die Amerikaner mitwirken könnten und das über die Gesamtschäden, die Deutschland zu ersetzen hat, zu entscheiden haben würde, sowie über die Höhe von Deutschlands bisherigen Leistungen und über die Prüfung der Frage, zu welchen Leistungen Deutschland während einer Zeitspanne von vielleicht 30 Jahren in der Lage sein würde.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. IX.

---

<sup>1</sup> Es handelt sich um ein Schriftstück von 3 Seiten, in dem Schubert sich mit den allgemeinen Konsequenzen beschäftigte, die sich aus einer – strikt abgelehnten – Vermittlungstätigkeit der USA in der Reparationsfrage für die Beziehungen zu England und

Ich vertrat mit Energie die Ansicht, daß ich eine Vermittlung der Vereinigten Staaten im jetzigen Stadium für außerordentlich bedenklich und für falsch halte. Ich machte geltend, daß man sich mit neuen Vorschlägen direkt an die Alliierten hätte wenden sollen. (Ich wußte noch nichts von unserer erst am nächsten Tage in der Zeitung veröffentlichten Note, ich fußte lediglich auf dem mir bekannten Memorandum.)<sup>2</sup>

Die Herren hielten mir entgegen, daß neue Vorschläge eben nicht hätten gemacht werden können. Ich bestritt dies und meinte, daß das doch wohl möglich gewesen sei. Natürlich sei es ausgeschlossen gewesen, ganz neue Vorschläge zu machen; man hätte aber doch meiner Ansicht nach, wie ich das schon vor längerer Zeit Herrn von Haniel gesagt hatte, ein sehr kompliziertes neues Angebot machen können.

Ich äußerte auch die Ansicht, daß die Bitte um Vermittlung der Vereinigten Staaten lediglich den Erfolg haben werde, die Alliierten zu verärgern. Herr Boyé erwiderte darauf, darauf komme es garnicht mehr an. Die Alliierten seien so verärgert und intransigent, daß doch nichts mehr mit ihnen anzufangen sei. Ich erwiderte darauf, daß wir doch durch ein neues Angebot unsere taktische Stellung hätten verbessern können und darauf komme es in erster Linie an.<sup>3</sup> Die Sanktionen für seien doch nicht mehr aufzuhalten.

---

Frankreich ergäben, und für „ein sehr kompliziertes neues Angebot“ eintrat, das bis zum 1. Mai (Frist für Festlegung der Reparationssumme durch Repko) nicht mehr zu analysieren sei, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. IX.

<sup>2</sup> Siehe dazu Aufz. Simons' vom 20. April, ADAP, Serie A, Bd. IV, S. 512-14, und Dok. 28.

<sup>3</sup> Am 14. April hatte Sthamer bei Schubert angemahnt, daß Deutschland nun neue Vorschläge machen müsse. Schubert schrieb Dufour am 17. April 1921: „Was die Reparationsfrage anlangt, so bin ich nahezu verzweifelt. Ich weiß garnicht mehr, wie wir aus dieser Sackgasse herauskommen sollen, in die wir, zum Teil durch unsere Schuld, bereits geraten sind und die darin liegt, daß wir immer einen taktischen Fehler nach dem anderen machen. Ich bin ganz Ihrer Ansicht, daß wir neue Vorschläge machen müssen. Sie haben aber keine Ahnung, welches Durcheinander hier überall herrscht und wie schwer es ist, eine bestimmte Linie festzulegen und sie einzuhalten. Ich habe manchmal das Gefühl, daß alle Leute hier hysterisch geworden sind und ganz die Nerven verloren haben.“ Und ähnlich an Sthamer am selben Tag: Neue Vorschläge ja, aber wie? Man habe sich gegen die Pariser Beschlüsse festgelegt. Einen interessanten Einblick in das verzweifelte und in Teilen chaotische Agieren und Reagieren in der Reparationsfrage gibt die Überlieferung „Büro des Reichsministers“ im PA, hier: R 28130ff. Dazu Schubert am 17. April 1921 an Roediger: „Wenn das so weiter geht, gehen wir durch Mangel an politischem Verständnis zu Grunde und dann sind wir selbst schuld.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. IX. Über die direkte Anfrage bei der Regierung der USA vermerkte Schubert am 22. April in einer seiner bemerkenswerten Aufzn. über Direktorensitzungen in jenen Tagen: „Herrn von Haniel, den ich nach der Sitzung aufsuchte, erklärte ich unumwunden, daß ich den Schritt der Regierung, über den ich erst heute aus der Zeitung Kenntnis erhalte, für eine katastrophale Dummheit erklären müsse.“-Aufz. Schuberts, 22. April 1921. Bemühungen, Simons umzustimmen und doch noch vor dem ab 1. Mai drohenden Ultimatum mit eigenen Vorschlägen wenigstens die britische Regierung zu befassen, scheiterten; Schubert an Simons, 23., Aufz. vom 25. und Notiz vom 26. April. Schubert schrieb am 25. April 1921 an Sthamer: „Ich halte die amerikanische Aktion für einen schweren Fehler und fürchte, daß daraus nichts Gutes erwachsen wird. [...] Ich habe seit Wochen vor der Anrufung der Vermittlung Amerikas gewarnt. Ich habe auch noch in letzter Stunde versucht, einer direkten Verständigung wenigstens Englands das Wort zu reden. Leider waren meine Bemühungen vergeblich.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. IX.



**Von Schubert an Botschafter Sthamer  
Berlin, 9. Mai 1921**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. X.*

Strengstens vertraulich.

Hochverehrter Herr Sthamer!

Ogleich es sehr schwer ist, in kurzen Zügen ein einigermaßen richtiges Bild der Sachlage zu geben, möchte ich es doch in Folgendem versuchen:

In den ersten Tagen nach Eintreffen des Ultimatums<sup>1</sup> hat sich hier in fast allen politischen Kreisen eine sehr starke Tendenz für die Ablehnung der alliierten Bedingungen geltend gemacht. Man führte dabei hauptsächlich Argumente ins Feld, mit denen man bereits in der Zeit des Versailler Vertrages und in Spa operiert hatte, ohne meiner Ansicht nach einzusehen, daß die Sachlage jetzt eine wesentlich andere ist. Man begreift hier eben nicht, daß dieselbe<sup>2</sup> politische Aktion heute richtig, nach Ablauf bisweilen sogar einer ganz<sup>3</sup> kurzen Zeit, ganz falsch sein kann<sup>4</sup>

Man machte insbesondere geltend, daß die Bedingungen unerfüllbar wären und daß daher die Sanktionen in absehbarer Zeit doch eintreten würden.

Wie ich ganz vertraulich bemerken möchte, hat der Reichsminister Simons bis gestern anscheinend ebenfalls mehr oder weniger auf diesem Standpunkt gestanden. Er hat gestern dem Reichspräsidenten ein Votum überreicht, in welchem er für die Ablehnung eingetreten ist. [...]<sup>5</sup>

Heute aber hat der Minister sich dahin ausgesprochen, daß uns nichts anderes übrig bliebe, als anzunehmen. Er hat darauf hingewiesen, daß zwar im Parlament zur Zeit noch eine schwache Majorität für die Ablehnung vorhanden sei, daß aber die Erfahrungen der früheren Zeit und alle sonstigen Anzeichen dafür sprächen, daß diese Majorität sich sehr bald in eine Minorität verwandeln würde. Daraus gehe hervor, daß wir doch über kurz oder lang unterschreiben würden und dann hätten wir die Franzosen im Ruhrgebiet und es bestehe keine Aussicht, sie wieder loszuwerden. Auch wies der Minister auf die sehr üblen Folgen hin, welche die Besetzung nicht nur für das Ruhrgebiet, sondern besonders auch für das übrige Deutschland haben würde. Er sah voraus, daß es wahrscheinlich zu revolutionären Bewegungen und zu Generalstreiken usw. kommen werde. Endlich wies er darauf

---

<sup>1</sup> Gemeint ist das Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921. Es handelt sich um den alliierten Reparationskompromiß, der gestaffelte deutsche Zahlungsverpflichtungen von 132 Milliarden Goldmark vorsah. Durch das Ultimatum sah sich die Reichsregierung gezwungen, den Reparationskompromiß anzunehmen, da andernfalls Sanktionen zu erwarten waren; Krüger, Außenpolitik, S. 129-32.

<sup>2</sup> Urspr. „eine“, „dieselbe“ hschr. nachgetragen.

<sup>3</sup> „ganz“ hschr. nachgetragen.

<sup>4</sup> Urspr. „ist“, hschr. „sein kann“ nachgetragen.

<sup>5</sup> Schubert ging hier näher auf das Votum ein.

hin, daß wir, wenn wir ablehnten, Oberschlesien auf jeden Fall verlieren würden. Allerdings meinte er, daß die Besetzung des Ruhrgebiets doch über kurz oder lang eintreten werde, denn die Franzosen hätten sich diese Besetzung in den Kopf gesetzt.

Ich hatte schon in den vergangenen Tagen, wo ich konnte, für die Annahme plädiert, da ich diese Politik für die einzig richtige halte und eine Ablehnung für einen ungeheuren politischen Fehler erklären müßte. Nach den Ausführungen des Ministers hielt ich es aber doch für richtig, in einer kleinen Rede darauf hinzuweisen, daß mit dem späteren<sup>6</sup> Eintritt der Sanktionen und der Besetzung des Ruhrgebiets durchaus nicht unter allen Umständen zu rechnen sei. Ich führte aus, daß es wohl zum ersten Male jetzt zu einem wirklich heftigen Konflikt zwischen England und Frankreich gekommen sei und daß den Engländern die Besetzung des Ruhrgebiets im höchsten Grade unsympathisch sei. Sie würden daher alles daran setzen, um diese Besetzung zu verhindern. Ich wies darauf hin, daß [die] City und andere wirtschaftliche Kreise einen starken Druck auf die Regierung in dieser Beziehung ausgeübt hätten. Ich betonte schließlich meine These der Zwangsläufigkeit der englischen Politik, die dadurch bedingt würde, daß es der englischen Privatwirtschaft tatsächlich sehr schlecht gehe und daß dieselbe unbedingt verlange, daß endlich die Weltwirtschaft wieder in normale Bahnen zurückgeleitet würde. Ich hob hervor, daß allerdings alles davon abhängen werde, ob wir im Stande seien, die uns auferlegten Bedingungen wenigstens in den nächsten Monaten zu erfüllen.

Der Minister erwiderte hierauf, daß, sobald die wirtschaftlichen Bedingungen in Frage kämen, dies technisch ohne weiteres möglich sei. Schlimmer stehe die Sache allerdings bezüglich der Entwaffnung. Er glaube allerdings auch, daß die Engländer sich sehr gegen die Besetzung des Ruhrgebiets sträuben würden, wenn die Franzosen dieselbe eventuell wegen irgendeiner untergeordneten Entwaffnungsbestimmung durchführen wollten.

Von den übrigen Herren des Amtes war die Mehrzahl meiner Ansicht, einige allerdings betonten, daß es eigentlich der Würde des deutschen Volkes entsprechen würde, wenn wir ablehnten; sie müßten allerdings dem Minister recht geben, als er dagegen hervorhob, daß man das Volk leider nicht hinter sich bekommen könne.

Am leichtesten ist meiner Ansicht nach die im Grunde einzige These zurückzuweisen, welche die Ablehnungsfreunde für sich anführen können, nämlich, daß die Besetzung doch kommen werde, da wir die Bedingungen nicht erfüllen könnten. Ich bin der Meinung, und ähnliche Ansichten wurden auch in unserer heutigen Sitzung zu Tage gefördert, daß diese These absolut falsch ist. Wenn wir heute die Bedingungen ablehnen und die Besetzung bekommen, wird kein Mensch in der Welt für uns eintreten. Das haben wir leider durch die sehr ungeschickte Politik der letzten Monate erreicht, daß dann alle Welt sagen wird: Die Deutschen könnten schon, aber sie wollen nicht.

Ganz anders aber wird es sein, wenn die Besetzung tatsächlich in einigen Monaten von den Franzosen forciert wird. Wenn wir nicht eine sehr ungeschickte Politik treiben – und wir müßten doch allmählich durch Schaden klug geworden sein –, wird dann alle Welt für uns eintreten müssen, denn es wird klar auf der

<sup>6</sup> „späteren“ hschr. nachgetragen.

Hand liegen, daß der Einmarsch nur dazu dienen soll, um die imperialistischen Ziele Frankreichs zu fördern.

Ich vertraue aber darauf, daß die Engländer dann nun endlich die Franzosen im Zaume halten werden. Diese Ansicht hat mir bereits vielfach den Verdacht eines gänzlich von den Engländern eingewickelten Opportunisten eingetragen; – ich hoffe, zu Unrecht. –

Ich bin der festen Überzeugung, daß die Franzosen dieses Moment benutzen wollen, um sich endlich eines tatsächlichen Pfandes zu versichern, um dieses Pfand nach eigenem Gutdünken ausnutzen zu können.

Ich meine daher, daß man ihnen diesen Gefallen nicht tun sollte.

Andererseits bin ich der festen Überzeugung, daß dieser<sup>7</sup> Plan, wenn wir angenommen haben, den Franzosen von Tag zu Tag unmöglicher gemacht werden wird.

Eines steht jedenfalls fest: lehnen wir ab, so verlieren wir Oberschlesien, haben die Franzosen auf unabsehbare Zeit im Ruhrgebiet, verprellen gänzlich die Engländer und – unterschreiben in spätestens einem Monat doch!

Wie ich soeben höre, beginnt im Parlament allmählich die Stimmung für Annahme so stark um sich zu greifen<sup>8</sup>, daß wohl sehr wahrscheinlich mit derselben gerechnet werden kann.

Ich hoffe nur, daß wir in der richtigen Form annehmen werden und bin bemüht, für eine richtige Formel einzutreten, obgleich ich eingestehen muß, daß ich mir über dieselbe selbst noch nicht recht klar bin.

Wer Reichskanzler und wer Minister des Auswärtigen werden wird, darüber herrscht noch völlige Unklarheit.<sup>9</sup> Ich hoffe nur, daß wir nicht einen Minister bekommen werden, der gesonnen ist, eine antienglische Politik zu treiben. Dies würde ich allerdings für geradezu verhängnisvoll halten, denn es kommt meiner Ansicht nach jetzt lediglich in erster Linie darauf an, die Politik ganz auf England einzustellen und alles nur Menschenmögliche zu versuchen, um mit den Engländern über eine, beide Teile zufriedenstellende Politik ins Reine zu kommen. Es muß dabei jede Chance ausgenutzt werden, und man darf den Engländern in keinem der Punkte, die für uns akut werden, Ruhe lassen.<sup>10</sup>

---

<sup>7</sup> Danach „französische“ gestrichen.

<sup>8</sup> Urspr. „auszugreifen“.

<sup>9</sup> Nach Ablehnung der deutschen Vorschläge durch die USA (Note vom 3. Mai) und noch vor Eingang des Ultimatums war die Regierung Fehrenbach am 4. Mai 1921 zurückgetreten – AR, Kab. Fehrenbach, S. 661-66 –, so daß erst das nachfolgende erste Kabinettt Wirth am 11. Mai 1921 das Ultimatum annahm; ADAP, Serie A, Bd. V, S. 20.

<sup>10</sup> Schubert an Sthamer, 14. Mai 1921: „Die Würfel sind ja nun gefallen, und die Annahme des Ultimatums ist erfolgt. Ich muß schon sagen, daß mir damit ein großer Stein vom Herzen gefallen ist. Allerdings ist es ja mit der Annahme allein nicht getan, und ich kann der Ansicht des Herrn Simons nicht beipflichten, die er kürzlich in einer kurzen Abschiedsrede an uns zum Ausdruck brachte, daß wir nämlich in den nächsten Monaten eine passive Politik treiben müßten und daß sich diese Politik lediglich auf wirtschaftlichem Gebiete bewegen würde. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß im Gegenteil jetzt endlich der Moment gekommen sein dürfte, eine aktive Politik zu treiben, allerdings nicht nach außen hin, sondern hinter den Kulissen. Viel wird allerdings hierbei davon abhängen, wer nun auswärtiger Minister werden wird. Vorläufig herrscht hierüber noch absolutes Dunkel. [...] Vorläufig jedenfalls wird ein gewisses Interregnum eintreten, und es

Vor allem müssen die Engländer unbedingt dazu bewogen werden, nun auch dafür zu sorgen, daß wir in die Lage versetzt werden, die uns auferlegten, außerordentlich harten Bedingungen zu erfüllen. Sie müssen daher dafür eintreten, daß die bisherigen Sanktionen (Besetzung Düsseldorfs usw.) wegfallen und daß auch sonst uns jede Erleichterung auch in bezug auf die übrigen Bestimmungen des Friedensvertrags selbst gewährt wird. Auf der anderen Seite müssen sie rechtzeitig scharf gemacht werden, für den Fall, daß wir einige Punkte der Bedingungen nicht erfüllen können, nicht wieder ohne weiteres den Franzosen nachzugeben, sondern tatsächlich unsere Leistungsfähigkeit und unsere Erfüllungsmöglichkeiten sachlich zu prüfen.

Darüber hinaus könnte man übrigens noch andere Pläne mit England anfangen und mit anderen Worten versuchen, sich endlich einmal auf das Gebiet der höheren Politik zu begeben. Ich möchte hierüber aber mich heute noch nicht auslassen, da solche Pläne natürlich sehr genau durchdacht und ausgearbeitet werden müssen.

Im Stillen habe ich mir natürlich noch einen großen Teil des bei den Engländern immer sehr nötigen Mißtrauens bewahrt und weiß mich von jedem übertriebenen Optimismus fern. Man wird ungeheuer genau aufpassen müssen, daß nicht die Engländer uns schließlich doch auf der Nase herumtanzen. Immerhin bin ich aber doch fest davon überzeugt, daß die Linie der von mir propagierten Politik, die Sie ja auch teilen, die richtige ist.

Ich bin vielleicht ein großer Theoretiker, aber erneut möchte ich doch noch einmal meine Ansicht vertreten, daß man niemals von einem unfertigen Vertrage loskommen kann, wohl aber von einem fertigen. Durch die Übernahme der allier-

---

gibt sogar Leute, welche für eine möglichst lange Dauer desselben plädieren. Ich bin durchaus nicht dieser Ansicht und hoffe, daß die Sache möglichst bald geregelt wird. Es scheint ja beinahe so, als ob sich jetzt schon, soweit England in Frage kommt, die Früchte unserer Annahmepolitik zeigen. Ich bin aber der Ansicht, daß wir diese in England jetzt für uns vorhandene günstige Stimmung mit allen Mitteln ausnutzen müssen, ohne andererseits in die Gefahr zu kommen, uns dem Vorwurf auszusetzen, als rechneten wir nunmehr auf eine Spaltung zwischen Engländern und Franzosen. [...] Im übrigen bin ich der Ansicht, daß man alles tun muß, um den Engländern Beweise dafür zu liefern, daß wir praktisch am Werke sind, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Andererseits habe ich empfohlen, in allen den Punkten, die wir wahrscheinlich nicht erfüllen können, den Engländern rechtzeitig reinen Wein einzuschenken und ihnen ganz offen rechtzeitig klar zu machen, warum wir diese Punkte nicht erfüllen können. In dieser Hinsicht ist meiner Ansicht nach in den letzten Monaten viel gefehlt worden. Man kann von den Engländern nicht erwarten, daß sie gegen die Franzosen auftreten, wenn ihnen die nötigen Argumente immer erst im letzten Moment an die Hand gegeben werden. Die von mir empfohlene Politik setzt allerdings ein Spiel mit ganz offenen Karten voraus; ich glaube aber, daß ein solches Spiel in den kommenden Monaten den Engländern gegenüber das einzig Richtige ist. Ich bin dabei, dafür zu sorgen, daß in dieser Beziehung ein genauer Schlachtplan aufgestellt und daß dieser Plan dann konsequent durchgeführt wird.“ – Zur künftigen deutschen Politik schrieb Schubert am 23. Mai 1921 an Sthamer: „Sie können in England versichern, daß das Auswärtige Amt absolut entschlossen ist, alles zu tun, um die Bedingungen der Alliierten zu erfüllen. Wie ich vertraulich bemerken möchte, leistet allerdings das Militär noch Widerstand, dieser Widerstand wird aber wohl sicher überwunden werden. Jedenfalls wird die Entwaffnung strikt durchgeführt werden.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. X.

ten Bedingungen wird der Vertrag nun endlich fertig, und ich glaube, daß von jetzt an erst die Möglichkeit für uns gegeben ist, uns von dem Vertrage, soweit er Unmögliches von uns verlangt, langsam zu lösen.

Jedenfalls wird es für Sie und Ihre Botschaft und hoffentlich endlich auch für meine Abteilung in den nächsten Wochen und Monaten sehr viel intensive Arbeit geben, und ich hoffe sehr, daß diese Arbeit Erfolg haben und uns endlich aus dieser schauerhaften Zwickmühle herausführen wird, in die wir leider infolge der hier getriebenen, gänzlich falschen Politik der letzten Zeiten, nicht ganz ohne unsere Schuld hineingeraten sind.<sup>11</sup>

Mit den aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr sehr ergebener

P.S. Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, muß ich allerdings ausdrücklich betonen, daß nach Ansicht aller Sachverständigen die finanziellen Vorschläge der Alliierten tatsächlich ganz unausführbar sind. Ich bin aber der Ansicht, daß niemand uns das jetzt glauben wird; wir werden aber hoffentlich Gelegenheit bekommen, es zu beweisen.

### 31

#### **Von Schubert an Geheimen Legationsrat Dufour-Feronce (gekürzt) Berlin, 14. Mai 1921**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. Bd. X.*

Lieber Dufour!

Vielen herzlichen Dank für Ihren Brief vom 12. Mai.<sup>1</sup> Auch Ihren Brief an Kuenzer habe ich mittlerweile gelesen. Beide haben mich auf das lebhafteste interessiert.

Es soll mich sehr freuen, wenn es in England Leute gibt, die der Ansicht sind, daß wir die uns auferlegten Lasten [nicht] tragen können; ich bin auch überzeugt davon, daß gerade im Foreign Office solche Leute zu finden sind. Ich fürchte aber, daß die große Masse diese Überzeugung noch nicht hat und ich bin daher der Meinung, daß wir alles nur Mögliche tun müssen, um ihnen zu diesem Glauben zu verhelfen. Eine große Rolle spielt dabei immer noch die Steuerfrage und ich habe

---

<sup>11</sup> Zu dieser Zeit gab es auch Überlegungen im AA, Sthamer in London abzulösen. Schubert ging nachdrücklich dagegen vor; siehe hschr. Privatbrief Dufours an Schubert, 14. Mai 1921; Schubert an Sthamer, 19. Mai (er müsse in London bleiben, damit „in England die richtige Politik gemacht“ werde); Schubert an Wirth, 19. Mai; Schubert an Dufour 20. Mai; Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. X.

---

<sup>1</sup> Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. X.

kürzlich angeordnet, daß auf Grund Ihres Berichts über die neuen englischen Steuergesetze erneut eine Vergleichung der beiderseitigen Steuerlasten aufgestellt wird.

In erster Linie interessiert uns natürlich jetzt die oberschlesische Frage. Ihre Mitteilungen<sup>2</sup> hierüber waren mir außerordentlich wertvoll und ich hatte auch heute ein kurzes, aber intensives Gespräch mit dem eben zurückgekehrten Herrn Brauweiler.<sup>3</sup>

Im Grunde meines Herzens fürchte ich ja auch, daß wir uns letzten Endes damit abfinden werden müssen, Rybnik und Pless zu verlieren. Als unverbesserlicher Optimist habe ich aber immer noch die Hoffnung, daß es uns vielleicht durch einen glücklichen Zufall immer noch gelingen möchte, auch diese Gebiete – schlimmstenfalls wenigstens teilweise – zu retten. Auf alle Fälle aber muß es uns gelingen, die übrigen Gebiete zu retten, insbesondere Lublinitz und, falls sie als Kompensationsobjekt dienen sollen, den Polen an ihrer Stelle auf anderen Gebieten Kompensationen zu verschaffen.<sup>4</sup> Ich meine damit die Bestrebung, den Polen auf wirtschaftlichem Gebiete in jeder Weise entgegenzukommen. Herr Arnhold ist ja in dieser Beziehung bereits mit Erfolg in England tätig gewesen.<sup>5</sup> Herr Brauweiler wird aber noch einmal mit der oberschlesischen Abteilung in Verbindung treten und veranlassen, daß in dieser Beziehung ein erneuter detaillierter Plan aufgestellt wird. Er ist mit mir der Ansicht, daß diese Seite der Frage ganz besondere Beachtung verdient, weil es uns nur auf diese Weise gelingen wird, möglichst viel, wenn nicht ganz Oberschlesien zu retten.

Man scheint ja die Entscheidung über die oberschlesische Frage hinauszuziehen, was ich vom englischen Standpunkte aus durchaus verstehen kann. Ich glaube, daß wir diese Hinausschiebung auch für uns nutzbar machen können, wenn wir nur, wie bisher, die Zeit gehörig ausnutzen.

Zu Ihrer Information möchte ich Ihnen mitteilen, daß in der nächsten Zeit hier überall Versammlungen abgehalten werden, in welchen stürmisch die Zuteilung ganz Oberschlesiens verlangt werden wird. Ich habe dafür gesorgt – und hoffentlich habe ich Erfolg –, daß dabei der Gegensatz zwischen England und Frankreich<sup>6</sup> möglichst garnicht zur Sprache kommt.

<sup>2</sup> Dufour schrieb in dem oben erwähnten Brief vom 12. Mai: „Es scheint, als ob der britische und italienische Oppelner Vorschlag aber dahin geht, Rybnik, Pless und einen Teil des Zentral-Industrie-Gebiets einschließlich Kattowitz und östlich Beuthen Polen zuzuschlagen. Diesen Vorschlag will man hier im Auswärtigen Amt aber korrigieren, weil man mit Recht meint, daß das Zentralindustrieviertel erhalten bleiben muß. Dafür scheint man aber, wie mir Waterlow auf einer Karte gezeigt hat, einen großen Teil des Kreises Lublinitz an Polen abtreten zu wollen und zwar fürchte ich, daß es sich um das Stück bis östlich der Stadt Lublinitz handeln wird. Dadurch würde man die Eisenbahnlinie Tarnowitz-Lublinitz durchschneiden und auch den großen ländlichen Besitz des Fürsten Hohenlohe-Koschentin. Ich werde mein möglichstes tun, um diesen Beschluß abzuändern.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. X.

<sup>3</sup> Zu Brauweiler siehe ADAP, Serie A, Bd. V, S. 2 Anm. 3; das Tel. Sthamers vom 11. Mai 1921 ebd., S. 23f.

<sup>4</sup> Ab „den Polen“ hschr. am Rand hinzugefügt statt ursprüngl.: „ihnen als Kompensation andere Gebiete anzubieten“.

<sup>5</sup> Eine Aufz. Arnholds vom 15. Mai 1921 über seine Reise nach London findet sich in Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. X. Siehe auch das Tel. Haniels vom 2. Mai, ADAP, Serie A, Bd. V, S. 6.

<sup>6</sup> Zum französisch/britischen Gegensatz Bericht Sthamers 19. Mai 1921, ebd., S. 35-38.

Vorläufig wenigstens – und darin stimmen wir alle hier überein – müssen wir noch absolut aufs Ganze gehen und an unserem alten Standpunkte, daß wir ganz Oberschlesien behalten müssen, festhalten.

Etwas anderes ist es natürlich, daß wir uns innerlich auch auf den Moment einstellen müssen, wo von uns die Abtretung von Rybnik und Pless verlangt wird. In diesem Falle müssen wir sofort allerlei Garantien für das abgetretene Gebiet verlangen. Vor allem natürlich Garantien für die abgetretenen deutschen Minderheiten. Ferner wirtschaftliche Sicherheiten, daß wir Produkte des abgetretenen Gebietes erhalten können. Endlich aber auch eine Garantie dafür, daß das abgetretene Gebiet nicht brachliegt, sondern ausgebeutet wird. In dieser Beziehung schweben allerlei Pläne über einen Mitteleuropäischen Wirtschaftsrat oder so etwas ähnliches, in dem wir auch vertreten sein sollen. Darüber werden Sie von Brauweiler schon etwas wissen und anlässlich seiner Rückkehr von ihm orientiert werden.

Was im Übrigen den Schutz der deutschen Minoritäten anlangt, so bin ich heute auf den Gedanken gekommen, diese Idee auszubauen. Ich sage mir folgendes: Wir haben stets auf dem Standpunkt gestanden, daß Oberschlesien 200 Jahre in seiner Gesamtheit zu uns und seit 600 Jahren überhaupt nicht zu Polen gehört hat. Wir haben ferner darauf hingewiesen, daß die in Schlesien lebenden Polen keine eigentlichen Polen sind, sondern sogenannte Wasser-Polacken, die mit den Polen nur wenig zu tun haben. Ich bin daher der Ansicht, daß wir auch im Verfolge unserer bisherigen Politik, wenn es zu einer Abtretung von Rybnik und Pless kommen sollte, von den Alliierten Garantien dafür verlangen sollten, daß auch die Zukunft dieser armen Wasser-Polacken sichergestellt wird, mit denen wir seit 200 Jahren im treuen Einvernehmen gelebt haben und mit denen wir im Gegensatz zu den Leuten in Posen, niemals Konflikte gehabt haben. Daß diese Wasser-Polacken für Polen gestimmt haben, spielt dabei keine Rolle, denn es liegt auf der Hand, daß diese zum Teil ungebildeten Leute, eine leichte Beute der polnischen Propaganda geworden sind. Ich glaube, daß diese Bitte um Sicherstellung der Zukunft dieser Leute in England großen Anklang finden würde. Ich habe mit dieser Idee hier überall, auch besonders bei Herrn Brauweiler großen Anklang gefunden.<sup>7</sup> Natürlich kann man davon jetzt noch nicht sprechen, da wir ja vorläufig noch aufs Ganze gehen müssen. Immerhin könnte man aber vielleicht jetzt schon sagen, daß wir auch wegen

---

<sup>7</sup> Dufour beantwortete den vorliegenden Brief am 19. Mai 1921 und schrieb: „Wir versuchen hier natürlicherweise zu tun, was wir können in der Oberschlesischen Frage und werden, wenn es irgend geht, die von Ihnen gemachten Vorschläge der Wasser-Polacken verwerten. Sie werden ersehen haben, daß Lloyd George in seiner Unterhausrede bereits erwähnt hat, daß die Wasser-Polacken gar keine Polen seien. Daraus ergibt sich, daß die Wasser-Polackenfrage bereits zur Sprache gebracht wurde. Immerhin werden wir nochmals darauf hinweisen.“ In einem Schreiben an Dufour vom 30. Mai 1921 kam Schubert noch einmal auf dieses Thema zurück: „Ich lege Ihnen nochmals auf das Dringendste meine Idee der Wasserpolen ans Herz. Ich habe heute mit Graf Welczeck darüber gesprochen, der als vorzüglicher Sachverständiger gelten kann und mir sagte, daß er gerade wegen der Wasserpolen bereits häufig mit Mitgliedern der interalliierten Kommission, besonders General Henri Le Rond gesprochen habe.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. X. Ebd. als Anhang eine undatierte Aufz. des 1919-1923 zur Übernahme von Sonderaufgaben in Oberschlesien aus dem AA ausgeschiedenen Grafen Welczeck über die sogenannten Wasserpolen. Siehe außerdem Tooley, National identity.

der Zukunft dieser Leute auch jetzt schon besorgt sind, denen es sicherlich unter der polnischen Mißwirtschaft nicht sehr gut gehen wird.

Der Behauptung Ihrer englischen Freunde, daß der polnische Staat in seiner jetzigen Form nicht allzu lange bestehen bleiben wird, stimme ich im Grunde meines Herzens durchaus bei. Ich fürchte aber, daß diese Äußerungen, wenn sie von englischer Seite kommen, hauptsächlich dazu bestimmt sind, uns die Pille zu ver-süßen.

Herr Brauweiler wies mich heute ganz besonders darauf hin, wie wichtig es ist, daß die Engländer möglichst bald Truppen nach Schlesien schicken. Ich erken-ne die Schwierigkeit, die für England dagegen spricht, durchaus an. Aber die Entsendung auch einer kleinen Truppenmenge, vielleicht von zwei Bataillonen, ist geradezu von entscheidender Bedeutung. Sie würden unbedingt zur Beruhigung des deutschen Elements beitragen, was von weittragendster Bedeutung ist. Denn man darf sich nicht darüber täuschen, daß angesichts der ungeheuren Schandtaten der Polen in Oberschlesien das deutsche Element unmittelbar vor einer Explosion steht, die unbedingt vermieden werden muß.<sup>8</sup> Die Erregung ist ungeheuer groß und Herr Brauweiler, der heute mit Flugzeug nach Breslau geht, will auf seine eigene Verantwortung hin die Leute damit beruhigen, daß er ihnen sagt, es bestände die sichere Aussicht für englische Truppensendungen.

Er bittet Sie daher auf das allerdringlichste alles in ihren Kräften stehende zu tun, um die Engländer unter allen Umständen zur Entsendung von Truppen zu bewegen.<sup>9</sup>

Die letzte Rede von Lloyd George<sup>10</sup> ist sehr erfreulich und man kann ohne weiteres aus ihr herauslesen, daß er uns mehr oder weniger erlauben will, Oberschlesien mit eigener Gewalt für uns wiederzugewinnen. Immerhin sind seine Worte nicht ganz klar und man kann nicht fest auf sie bauen, um so mehr, als er ja nicht allein zu entscheiden hat und immerhin die Gefahr besteht, daß die Franzosen, die ganz verrückt geworden sind, auf eigene Faust irgend einen blödsinnigen Streit im Westen unternehmen, wenn wir im Osten Ernst machen.

Außerdem aber muß man sich unbedingt auf den Standpunkt stellen, den der Staatssekretär gestern dem italienischen Botschafter gegenüber eingenommen hat, als dieser auch mehr oder weniger andeutete, daß wir uns selbst unser Recht holen könnten. Herr von Haniel setzte Herrn Frassati auseinander, daß die Alliierte Kommission die Verantwortung für Oberschlesien übernommen habe und daß es daher Pflicht der Alliierten Kommission und dieser allein sei, uns Oberschlesien zum gegebenen Moment in unbeschadetem Zustande zu überantworten.

Ich hoffe also sehr, daß Sie bei Ihren Bemühungen Erfolg haben werden. Es kommt nicht so sehr darauf an, daß die Engländer große militärische Taten in

<sup>8</sup> Im oberschlesischen Abstimmungsgebiet hatte am 3. Mai 1921 ein polnischer Aufstand begonnen.

<sup>9</sup> Siehe Tel. Rosens nach London und Rom, 29. Mai 1921, ADAP, Serie A, Bd. V, S. 62. Die beiden letzten Absätze durch zwei rote Striche am Rand markiert.

<sup>10</sup> Rede Lloyd Georges am 13. Mai im Unterhaus; Schultheß', Bd. 62, Teil 2 (1921), S. 31f. Siehe auch ebd., 284f.



Oberschlesien vorführen, als auf den moralischen Eindruck sowohl auf die Polen als auch insbesondere auf die aufgeregten deutschen Elemente.<sup>11</sup>

[...]<sup>12</sup>

Meine dunkle Andeutung darüber, daß der Botschaft nunmehr eine arbeitsreiche Zeit winken wird, werden Sie vielleicht verstehen, wenn Sie von meinem heutigen Brief an den Botschafter Kenntnis erhalten.<sup>13</sup> Meine Pläne sind im Detail noch nicht ganz fertig; ich meine aber, daß wir gerade in den nächsten Wochen uns sehr rühren müssen, um – immer natürlich in vorsichtiger Form – die augenblickliche günstige Stimmung der Engländer für uns auszunutzen und die Basis für eine spätere gemeinsame Politik zu legen. Darüber aber mehr mit nächstem Kurier.

Mit herzlichstem Gruß bin ich  
Ihr getreuer

### 32

#### Von Schubert an Geheimen Legationsrat Dufour-Feronce (gekürzt) Berlin, 23. Mai 1921

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. X.*

#### Streng vertraulich

[...]<sup>1</sup>

Sehr interessant waren Ihre Mitteilungen über Ihr Gespräch mit Wise betreffend einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik in Rußland. Ich habe darüber heute mit Maltzan gesprochen, und Sie könnten die Anregung des Herrn Wise, ihm praktische Ideen in dieser Hinsicht zu entwickeln, vorläufig vielleicht im folgenden Sinne beantworten, wobei Sie ihn natürlich um vertrauliche Behandlung bitten müssen.<sup>2</sup>

---

<sup>11</sup> Letzter Absatz durch dicken roten Strich am Rand markiert.

<sup>12</sup> Schubert ging auf die innere Lage Polens sowie auf einige Personalien ein.

<sup>13</sup> Auszüge Dok. 30 Anm. 10.

---

<sup>1</sup> Einzelfragen; u.a. sei Sthamers Verbleiben in London vorerst geregelt. Über Versuche, ihn „abzusägen“, Schubert an Sthamer, 19. Mai 1921: Sthamer müsse in London bleiben, damit „in England die richtige Politik gemacht“ werde, weil in Berlin auch wegen der unerquicklichen Zustände im AA „nächstens von irgendeiner Politik nicht mehr die Rede sein wird“. -Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. X, dort auch weitere Dok. darüber, u.a. einen Brief Schuberts an Wirth vom 19. Mai wegen Sthamer.

<sup>2</sup> In einem Brief vom 19. Mai 1921 hatte Dufour geschrieben: „Da, wie Sie wissen, Wise sehr an Rußland interessiert ist, ging ich gestern zu ihm, um die Angelegenheit mit ihm zu besprechen und mich dumm stellend zu fragen, ob zwischen den Zeilen Lloyd Georges [Unterhausrede vom 13. Mai; siehe Dok. 31 Anm. 10 und Sthamers Ber., 19. Mai 1921, ADAP, Serie A, Bd. V, S. 35-38] zu lesen sei, daß Großbritannien eventuell den Plan habe, mit Hilfe von Deutschland Rußland wiederaufzubauen. Wise antwortete mir, daß die britische Regierung nicht so weit gehen wolle, daß sie einen solchen Plan offizi-

Was zunächst die Frage eines gemeinsamen wirtschaftspolitischen Vorgehens gegenüber Rußland anlangt, so kann man sagen, daß dies de facto bereits erfolgt ist. Wir haben hier den größten Wert darauf gelegt, analog dem Verhalten Englands vorzugehen. Wir sind den Engländern bei allen Schritten, die sie getan haben, gefolgt.<sup>3</sup> So haben wir z.B. unseren Handelsvertrag mit Rußland bald nach dem englisch-russischen zum Abschluß gebracht.<sup>4</sup> Wie Sie Herrn Wise ebenfalls vertraulich mitteilen können, sind hier die Engländer stets von den Schritten, die wir Rußland gegenüber unternommen haben, vorher unter der Hand durch Herrn von Maltzan unterrichtet worden. Sie wußten daher, daß wir nichts vor ihnen verbergen wollten, sondern den größten Wert darauf legten, ihnen darzulegen, daß wir in Rußland dieselbe Linie verfolgen wollen wie sie.

Was ferner die wirtschaftliche Seite anlangt, so sind die englischen interessierten Kreise auch stets von größeren Geschäften mit Rußland unterrichtet worden. So ist z.B. seinerzeit die City im Oktober vorigen Jahres von dem großen Lokomotivengeschäft durch hiesige Bankkreise orientiert worden.<sup>5</sup> Auch gerade in diesen größeren Einzelgeschäften wäre vielleicht ein Zusammengehen deutscher mit englischen Kreisen sehr am Platze. Natürlich sind wir noch nicht so im praktischen Wirtschaftsleben Rußlands drin, aber wir wären gern bereit, in einen intimen Gedankenaustausch mit den Engländern über diese Sache einzutreten und uns über etwaige Möglichkeiten eines Zusammengehens zu verständigen. Tatsächlich wäre ein solches Zusammengehen, das ja natürlich durchaus nicht an die große Glocke

---

ell kund geben wolle. Aber ohne jeden Zweifel würde die britische Regierung derartige Bestrebungen unterstützen, wenn sie in praktischer Form vorgebracht würden.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. X. Der Plan, den russischen Markt für den deutschen Warenabsatz zu nutzen, war nicht neu, denn schon am 29. Januar 1921 hatte Roediger an Schubert geschrieben: „Die Meldung [im Daily Herald vom 27. Januar 1921] weist sodann hin auf die vermutete Ansicht Lloyd Georges, daß Deutschland, das unbedingt einen Absatzmarkt für seine Waren haben müsse, Rußland als Absatzmarkt finden müsse. Dies ist eine Ansicht, die uns aus Lloyd George nahestehenden Kreisen wiederholt entgegengetreten ist; so z.B. vertritt Wise diese Ansicht.“-Ebd., Bd. VI. Am 26. Mai 1921 berichtete Dufour über die englischen Reaktionen auf Schuberts Anregungen: „Wise war sehr angenehm berührt über die Mitteilung, die ich ihm auf Grund Ihres Briefes vom 23. d. M. machen konnte. Er hofft, in absehbarer Zeit nach Deutschland und wahrscheinlich dann auch weiter nach Moskau zu reisen. [...] In hiesigen Handels- und Industriekreisen, sowie auch bei der Britischen Regierung besteht Neigung, mit Deutschland zu kooperieren. Ebenso aber wie von deutscher Seite aus vor der Hand greifbare Pläne nicht entwickelt werden können, kann es von dieser Seite aus nicht geschehen.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. X.

<sup>3</sup> Siehe Dok. 13.

<sup>4</sup> Siehe die Aufz. Maltzans, 4. Juni 1921, ADAP, Serie A, Bd. V, S. 76-80.

<sup>5</sup> Dazu hschr. Aufz. Schuberts vom 6. September 1920 über eine Unterredung mit Bücher; die Lieferung von Lokomotiven sei ein großes Geschäft für ein Konsortium von Industriellen und Banken, während die Zahlungsabwicklung über England erfolgen solle; Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. III. Am 14. Juni 1921 schrieb Schubert an Dufour, daß er von Maltzan erfahren habe, daß es wegen des Lokomotivengeschäfts noch zu keiner Kooperation zwischen deutschen und englischen Industrieunternehmen gekommen sei. Er bemerkte dazu: „Die ganze Sache interessiert mich natürlich im höchsten Grade, denn ich bin der Ansicht, daß eine deutsch-englische Kooperation in Rußland eines der wichtigsten Elemente darstellt, die geeignet sind, uns zusammenzubringen und aneinander zu binden.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. IX.

gehängt zu werden brauchte,<sup>6</sup> verhältnismäßig leicht durchzuführen und würde sicherlich beide Teile zufriedenstellen.

Ich möchte Sie aber bitten, über diese Sache nur mit Wise zu sprechen, mit dem Sie ja sehr gut stehen und der aus Ihren Darlegungen wohl sicherlich kein Mißtrauen auf etwaige andere finstere Pläne unsererseits schöpfen wird, die wir durchaus nicht haben. Im Gegenteil sind wir, soweit das Auswärtige Amt einen Einfluß ausüben kann – und dieser ist nicht gering – durchaus bereit, in diesen Sachen vollkommen mit offenen Karten zu spielen.

[...]7

33

**Von Schubert an Gesandten z. D. Frhr. von Romberg  
Berlin, 31. Mai 1921**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. X.*

Lieber Romberg!<sup>1</sup>

Vielen und sehr herzlichen Dank für Deinen Brief vom 29. d.M.,<sup>2</sup> den ich heute erhielt. [...]3

---

<sup>6</sup> Die Geheimakten betr. England enthalten einige Hinweise auf wirtschaftliche Kooperationsversuche zwischen 1920 und 1922 – beispielsweise Besuch H. Warden Chilcotts in Berlin oder die Kontakte zu Kenworthy –, die allesamt erfolglos blieben, PA, R 30601 u. R 30606.

<sup>7</sup> Schubert äußert sich besorgt über die Lage in Oberschlesien, begrüßt gute Beziehungen Dufours zu Kanadiern und Australiern im Hinblick auf seine eigenen Bemühungen um das Generalkonsulat in Australien (Dok. 20) und verweist auf seine Pläne wirtschaftlicher und politischer Annäherung an Großbritannien. Rosen sei Kandidat für den Posten des Außenministers.

---

<sup>1</sup> Es handelt sich um Konrad-Gisbert Freiherrn von Romberg, den früheren deutschen Gesandten in Bern und Vorgesetzten Schuberts; nicht zu verwechseln mit dem früheren Leiter der Abteilung V (England und das Empire) des Auswärtigen Amts und Vorgänger Schuberts, Edmund Rhomberg. Schubert führte einen ausführlichen Briefwechsel mit Romberg, der sich mit Organisations- und Personalfragen beschäftigte, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bde. X, XI. Hschr. Brief Rombergs an Schubert vom 27. Mai 1921: „Du wurdest durchaus gelobt, hättest nur Neigung etwas zu viel zu tun, worauf ich erwiderte man solle froh sein, wenn jemand wirklich etwas täte, und nicht bloß von den anderen Eingänge erledigte. Immerhin avis au lecteur, vielleicht steckt ja ein ganz kleines Körnchen Wahrheit in der Kritik insofern, als es sich immer bewährt, wenn man den anderen auch noch mehr, als Du es tust, beibringt, daß ihnen die Sachen selbst eingefallen sind, die im Grunde Du gemacht hast.“-Ebd., Bd. X. Schubert antwortete am 28. Mai, er werde den Rat befolgen und nach Kräften an der Reorganisation arbeiten; ebd. – Romberg am 7. Juni 1921 hschr. an Schubert: „Deine Sorge, daß R[osen] für seine Reform keine Zeit finden wird, sollte unbegründet sein. Die Reform muß er dem Dreimännerkollegium überlassen, die technische Durchführung, Bureauerteilung pp. muß Zech oder ein anderer nach den Richtlinien der 3 Männer besorgen, R. sollte sich in der Hauptsache auf die Auswahl dieser vier Persönlichkeiten beschränken u. im übrigen Politik machen. Hoffentlich hat er den Wunsch die Sache so anzupacken, sonst reibt er sich schon in den Anfängen der Reform auf. Ich habe versucht, ihm das beizubringen.“ Ebd., Bd. XI.

Ich hatte also richtig am vergangenen Sonntag [29. Mai] ein Gespräch mit R[osen], das auf die Minute drei Stunden dauerte und sich spazierengehender Weise im Garten der Villa abspielte.

Ich muß schon sagen, daß ich von dieser Unterredung, ungerufen, in höchstem Grade befriedigt bin. Du scheinst wirklich ganz glänzend vorgearbeitet zu haben. Anders kann ich es mir kaum erklären, daß R. im großen und ganzen mir genau dieselben Pläne entwickelte, die ich ihm eigentlich vortragen wollte. Es fiel mir auf diese Weise nicht schwer, ihm all das zu sagen, was ich seit langer Zeit auf dem Herzen trage.<sup>4</sup>

Etwas peinlich war es mir nur, daß er mich auch wegen sämtlicher Personalien um meine Meinung fragte. Ich habe mich sehr vorgesehen und im übrigen aber auch in dieser Beziehung nach bestem Wissen und Gewissen das gesagt, was ich für nötig hielt. Sein Urteil über die meisten Leute war ganz glänzend und im großen und ganzen auch durchaus wohlwollend.

Ich habe den Eindruck, daß es ihm mit der Reform ernst ist und daß er ein- sieht, daß diese Reform auch in seinem eigensten Interesse notwendig ist.<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Ebd., Bd. X.

<sup>3</sup> Schubert habe den Brief Rombergs vom 29. Mai 1921 an Mutius weitergeleitet.

<sup>4</sup> Am 28. April 1921 schrieb Schubert an Dufour: „Im Übrigen ist es nahezu unmöglich, hier Politik zu treiben, da alle möglichen Stellen, besonders das Parlament, hineinreden und durch inopportune Sachen und Indiskretion jede Aktion sabotieren. Leider ist der Minister selbst an manchem Schuld, da er Unvorsichtigkeiten und Ungeschicklichkeiten beging, die sich hätten vermeiden lassen. Außerdem hat er bei der verrückten Konstruktion des Auswärtigen Amtes und der Kabinettswirtschaft ein Unmaß von Arbeit zu leisten, der eben kein Mensch gewachsen ist.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. IX. Zu den Reformplänen siehe auch eine Aufz. Kuenzers vom 30. März (Eingang 1. Mai) 1921 mit zustimmenden Randbemerkungen Schuberts; ebd., Bd. X.

<sup>5</sup> Schubert war mit der durch die Schülersche Reform geschaffenen Organisationsstruktur des AA nicht zufrieden. Am 27. Mai 1921 hatte er in einem Schreiben an die Personalabteilung folgendes bemängelt: „Durch die auf Vereinfachung des Geschäftsganges abzzielenden Bestrebungen hat das bisherige Verhältnis zwischen den Dienststellen des Amtes untereinander und denjenigen des Auslandes in bürotechnischer Beziehung eine bemerkenswerte Verschiebung erfahren. Nicht allein, daß innerhalb der einzelnen Abteilungen des Amtes voneinander unabhängige, den Geschäftsgang regelnde Verfügungen erlassen worden sind, die Unklarheiten und Unsicherheiten für den Gesamtbetrieb zur Folge gehabt haben, es herrschen auch bei den Missionen und Konsulaten von den Grundsätzen des Amtes zum Teil völlig abweichende Auffassungen, die den glatten Geschäftsbetrieb nicht mehr gewährleisten.“-PA, R 76775. Am 23. Mai 1921 hatte Schubert bereits an Sthamer geschrieben: „Ich bin augenblicklich bemüht, darauf hinzuwirken, daß bei Gelegenheit des Ministerwechsels endlich eine Konzentration des Dienstbetriebes im Auswärtigen Amt durchgeführt wird. Ich hoffe, daß mir dies gelingen wird, denn so geht die Sache nicht weiter. [...] Der Minister muß unbedingt endlich von dem Kleinkram entlastet werden, der ihm heutzutage die Hauptarbeitszeit in Anspruch nimmt. Dazu gehört aber, daß der Staatssekretär als technischer Leiter des Auswärtigen Amtes eine handfeste Persönlichkeit ist. Eine solche habe ich vorläufig trotz scharfen Nachdenkens noch nicht finden können.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. X. Erste Erfolge begannen sich Ende Mai abzuzeichnen. Am 30. Mai schrieb Schubert an Dufour: „Es ist unerhört, wie schlecht hier der Geschäftsbetrieb funktioniert und es ist höchste Zeit, daß endlich ernsthaft die

Ich fürchte nur, daß er sehr bald von den hier üblichen Geschäften (Kabinettsitzungen, Fraktionsbesprechungen) so überlaufen sein wird, daß er keine Zeit finden wird, sich um die Ausführung seiner Pläne zu bekümmern. Ich fürchte auch die Beeinflussung durch gewisse Leute, die immer darauf aus sind, faule Kompromisse zu schließen und auf diese Art jede wirkliche Reform zu verhindern.

Die Hauptsache ist, daß er drei Länderabteilungen gründen will, von denen er eine mir übertragen will,<sup>6</sup> während er sich wegen der beiden anderen noch nicht ganz schlüssig ist. Die russische Abteilung will er vielleicht Behrendt überlassen und unter diesem hauptsächlich mit Maltzan arbeiten. Das meiste Kopfzerbrechen machte ihm die Besetzung der französischen Gruppe, für die wir vorläufig noch niemand gefunden haben. An sich sah er vollkommen ein, daß es das beste sei, die Rechts- und Friedensabteilung mit einer Abteilung für alle Fragen der Reparation[en] und sonstigen Ausführung des Friedensvertrags zu einer großen Abteilung zusammenzuschließen und diese Abteilung Simson zu übertragen. Er hat sich auch schon ausgedacht, wie er Simson zur Übernahme dieses Amtes und zur Loslösung von den eigentlichen politischen französischen und italienischen Geschäften überreden will. Gerade hier aber liegt die Schwierigkeit, denn z.B. [Name fehlt], der dazu kam, sprach sich sehr dafür aus, Simson auch die Leitung der politischen Ländergruppe zu belassen. Hierin aber liegt die Hauptcrux, wenn dieser letztere Plan durchgeführt wird, ist die ganze Reform nichts wert. Simson wäre für die Leitung der großen Friedens-, Rechts- und Reparationsabteilung geradezu unbezahlbar, während er jetzt vor Arbeit kaum weiß, wo er hin soll und insbesondere keine Zeit hat, sich in politische Ideen einzuleben. Das schlimmste aber ist, daß man niemals mit jemand über französische, italienische usw. Dinge sprechen kann, und auf diese Weise ist es natürlich gänzlich unmöglich, vernünftige politische Gesamtlinien festzulegen, die jetzt notwendiger sind als je, wie ich tagtäglich an einzelnen Beispielen erfahren muß.

Jedenfalls werde ich nicht locker lassen und hoffe, daß nun endlich doch etwas zustande kommt. Von Deinem sehr freundlichen Angebot, nochmals an R. zu schreiben, werde ich nötigenfalls Gebrauch machen. Jedenfalls werde ich Dich ständig auf dem laufenden erhalten.

Ich bin Dir wirklich ganz außerordentlich dankbar für Deine Intervention und danke Dir auch von Herzen für Deine Antwort auf meinen Brief, die mich sehr beruhigt hat.<sup>7</sup> Ich fürchte, mein Brief war etwas konfus, aber in der hiesigen Atmosphäre wird man leicht hysterisch.

---

Reorganisation des Amtes in die Wege geleitet wird. Ich kann Ihnen unter uns sagen, daß hoffentlich meine dahin gehenden Bestrebungen demnächst wenigstens bis zu einem gewissen Grade realisiert werden.“-Ebd., Bd. X.

<sup>6</sup> Ende 1921 eingeleitet: Abteilung II a (Westeuropa) – Leitung Gerhard von Mutius; Abteilung II b (Südosteuropa) – Leitung Eugen Rümelin; Abteilung III (Britisches Reich, Amerika und Orient) – Leitung Carl von Schubert; Abteilung IV a (Osteuropa und Skandinavien) – Leitung Ago von Maltzan; Abteilung IV b (Ostasien) – Leitung Hubert Knipping. Bei Abt. II erfolgte erst 1923, bei Abt. IV erst 1924 die endgültige Zusammenlegung. Vgl. dazu ADAP, Serie A, Bd. V, Anhang I, S. 641, u. Bd. VI, Anhang I, S. 603-609. Siehe dazu auch die Ausführungen Schuberts in Dok. 37.

<sup>7</sup> Siehe Anm. 1.

Ich hoffe nur, daß es mir gelingen wird, die beiden Betätigungen,<sup>8</sup> die ich jetzt ausführe, miteinander zu kombinieren. Vorläufig stehe ich unter dem Alpdruck, beide Gebiete recht oberflächlich und schlecht zu bearbeiten. Trotzdem weiß ich nicht, wo ich vor Arbeit hin soll. Vielleicht aber wird die Sache besser, wenn in beiden Gebieten eine übersichtlichere Organisation durchgeführt wird. Denn ich muß schon unter uns sagen, daß, soweit es die Organisation angeht, auch im Reiche Stumm ein recht großes Durcheinander herrscht. Mein armer Vater rauf sich beinahe die Haare aus, wenn er allein schon die Briefe der verschiedenen Familienmitglieder erhält, die alle etwas anderes wollen.

Mit allerherzlichsten Grüßen bin ich  
Dein getreuer

34

**Von Schubert an Botschafter Sthamer (gekürzt)**  
**Berlin, 18. Juli 1921**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 2.*

Hochverehrter Herr Sthamer!

Immer und immer wieder dringen auf den verschiedensten Wegen Andeutungen zu mir, daß die deutsch-französischen Wirtschafts- und Reparationsverhandlungen, die durch die Zusammenkunft von Rathenau und Loucheur in Wiesbaden eingeleitet<sup>1</sup> und von Guggenheimer, Bergmann, Hirsch u.a. in Paris fortgesetzt wor-

<sup>8</sup> Schubert wurde, wie er Romberg am 28. Mai 1921 mitteilte, durch seine Verpflichtung für die Familienunternehmungen stärker belastet: „Mein Verbleiben im Amt wird ohnehin immer problematischer.“ Es „bedeutet daher für mich unter allen Umständen ein wirklich großes Opfer [...]. Andererseits muß ich allerdings sagen, daß meine augenblickliche Betätigung, die durch die blödsinnige Organisation gehemmt ist, irgend ein Opfer wirklich nicht lohnt.“ Romberg entgegnete am 29. Mai, Schubert sei nach seiner Überzeugung „der einzige [...], der die Karre in Gang bringen“ kann. „[...] Du mußt das Opfer bringen und ich habe auch R[osen] versichert, daß Du es bringen würdest, aber er weiß auch ganz genau, ein wie großes Opfer Du bringst.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. X. Dufour schrieb am 7. Juli 1921 an Schubert: „Ich brauche Ihnen das nicht eigentlich zu erklären. Sie sind ja in einer ähnlichen Lage, nur daß es sich bei Ihnen, soweit Geld und Wichtigkeit der wirtschaftlichen Probleme in Frage kommt, um einen größeren Umfang handelt.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 2. In der weiteren Korrespondenz über die Reorganisation des AA – und das Kriegsschuldreferat, das auch zu Schuberts Abteilung geschlagen wurde – klingen auch Schuberts Bedenken an (vor allem 15. Juni an Romberg), ob die Sache vorankomme. Rosen rede mit zu vielen Leuten; Haniel sei dauernd mit Rosen zusammen, habe einen unheilvollen Einfluß und sei offenbar mit dem „Sumpff“ des AA einverstanden; ebd., Bd. 1.

<sup>1</sup> Die Gespräche vom 12./13. Juni führten am 6. Oktober 1921 zum sogenannten Wiesbader Abkommen, das einer Entkrampfung des deutsch-französischen Verhältnisses insge-

den sind, in England Argwohn gegen uns erregen oder doch gegen uns ausgenutzt werden, um uns in England anzuschwärzen. Zunächst hatte, kurz nach dem Rendezvous in Wiesbaden, die Pariser Ausgabe der Chicago Tribune eine Notiz in diesem Sinne gebracht. Seither begegnet man andauernd, zwar nicht allzu häufig, aber doch sporadisch da und dort und nicht selten an überraschender Stelle, allerhand dunklen Bemerkungen ähnlicher Art.<sup>2</sup> [...]<sup>3</sup>

Es liegt auf der Hand, daß es unter Umständen gewisse Gefahren bergen kann, wenn neben dem Auswärtigen Amt noch andere Ressorts unmittelbare Verhandlungen mit fremden Regierungen pflegen.

Es würde mich sehr interessieren, von Ihnen zu erfahren, wie Sie über die Sache denken und ob auch Ihnen etwas darüber zu Ohren gekommen ist, daß unsere Verhandlungen mit Frankreich in London zu unserem Nachteil ausgebeutet werden, sowie ob etwa besondere Remeduren vorzuschlagen sind.<sup>4</sup> [...]<sup>5</sup>

---

samt dienen sollte, weil die beiderseitigen Wirtschaftsprobleme und Schwierigkeiten beim Wiederaufbau gesehen wurden. Vgl. auch Krüger, Außenpolitik, S. 145f.

<sup>2</sup> Dazu Dufour an Schubert, 7. Juni 1921, es erscheine in London unklar, ob Deutschland mit England oder Frankreich – so Rathenau, sei der Eindruck – zusammenarbeiten wolle; ähnlich Dufour an Schubert am 11. Juni anlässlich von Churchills Vorschlag eines Zusammengehens zwischen allen drei Mächten und der Hinweise Griggs, daß die französischen Bedrohungsgefühle echt seien. Dufour an Schubert 15. Juni 1921; Schubert an Dufour 14. Juni 1921: Eine wirtschaftliche Einigung mit Frankreich habe sehr große Vorteile, sei aber angesichts der Stimmung dort noch unmöglich; deshalb, wo angebracht, Anschluß an England, auch in „untergeordneter Rolle“ wegen der Schwäche Deutschlands. „Ihre Frage in Ihrem Brief vom 7. Juni, ob die deutsche Regierung tatsächlich die Absicht habe, mit England zu gehen, oder eine gewisse Kooperation mit Frankreich vorzunehmen, ist sehr schwer zu beantworten.[...] Man braucht sich ja auch schließlich nicht auf eine oder die andere Seite festzulegen und könnte auch an ein Zusammengehen zu Dreien denken.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 1.

<sup>3</sup> Schubert legte einige Informationen zum Thema bei.

<sup>4</sup> Sthamer sah keine sonderlichen Probleme für das deutsch-englische Verhältnis, wenn man den englischen Botschafter in Berlin ausreichend über die Gespräche zwischen Rathenau und Loucheur informiere. Allerdings müsse man englische Befürchtungen bzgl. eines kontinentalen Wirtschaftsblocks von Kohle und Stahl, wie er im übrigen auch durch eine französische Besetzung des Ruhrgebiets gegeben sei, zerstreuen, Schreiben Sthamers vom 21. Juli 1921, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 2.

<sup>5</sup> Es folgt ein Hinweis über Kontakte der Deutschen Bank zu einem britischen Offizier in der Frage einer möglichen Besetzung des Ruhrgebiets.

**Aufzeichnung von Schuberts zum Stand der Verhandlungen  
über einen Friedensvertrag mit den USA  
Berlin, 15. August 1921**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 3.*

1. Die Ausarbeitung der Rechtsabteilung<sup>1</sup> ist geeignet, höchst bedenkliche Folgen zu haben. Sie ist außerordentlich schwer verständlich und sogar in einzelnen Punkten absichtlich dunkel gehalten. Sie paßt daher keineswegs für Herrn Dresel und für Washington.<sup>2</sup> Nachdem es so scheint, daß wir im großen und ganzen den Vertrag unterzeichnen wollen, werden wir als einzigen Effekt haben, daß wir vorher die Amerikaner noch einmal gründlich verärgern. So haben wir es bisher immer gemacht: vergleiche London.<sup>3</sup>

Daß Dresel irgend etwas noch gesagt wird, ist unbedingt erforderlich. Es muß nur so klar wie möglich gefaßt sein und jeden Zweifel darüber ausschließen, daß wir nicht im Trüben fischen oder die Sache hinziehen wollen.

2. Es sind noch einige Punkte vorhanden, die vom Kabinett gewünscht wurden und die nicht in der vorgenannten Aufzeichnung vorhanden sind, vor allem der von Rathenau gewünschte Punkt wegen der Verhandlungen über die Interpretation.<sup>4</sup>

3. Ferner sind noch einige Punkte vorhanden, derentwegen Herr Dresel in Washington anfragen wollte und worauf er uns keine Antwort bisher erteilt hat. Wir müssen verlangen, daß vor dem endgültigen Abschluß wir eine solche Antwort erhalten.

<sup>1</sup> Ein Gutachten der Amerikaabteilung des AA, in das Ideen eines Gutachtens der Rechtsabteilung eingeflossen waren, findet sich ADAP, Serie A, Bd. V, S. 210, bes. Anm. 1.

<sup>2</sup> Schubert war seit Juli 1921 auch für Amerika zuständig, da man ihm die kommissarische Leitung der Abteilung VI übertragen hatte, weil der zuständige Leiter in Urlaub gegangen war. Vgl. Schreiben Schuberts an Romberg vom 2. Juli 1921, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 2. Diese Entscheidung scheint bis zur Reorganisation des AA im Herbst 1921 nicht mehr rückgängig gemacht worden zu sein.

<sup>3</sup> Siehe Dok. 27. Zu den deutsch/amerikanischen Verhandlungen siehe auch die Aufzeichnungen Schuberts vom 11. Juli 1921, ADAP, Serie A, Bd. V, S. 155-59; 13. Juli, ebd., S. 163f.; vom 22. Juli, ebd., S. 181-83; vom 5. August, ebd., S. 201-03; undatiert, ebd., S. 210-24; ebenso AR, Kab. Wirth I u. II, Bd. 1, S. 190-93, S. 195-97, S. 207f., S. 208-11. Viele Dok. dazu finden sich auch in: Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bde. 2 u. 3.

<sup>4</sup> Dabei ging es um die Tragweite derjenigen Bestimmungen aus dem Versailler Vertrag, die die USA für sich in Anspruch nahmen, ohne jedoch den Vertrag selbst mitgezeichnet zu haben. Vgl. Ressortbesprechung vom 13. August 1921, Erklärung Rathenaus dazu, ADAP, Serie A, Bd. V, S. 231-36. Siehe dazu auch die in Anm. 3 genannten Dok. aus AR, Kab. Wirth I u. II, Bd. 1; Schubert schrieb über die Situation am 10. August 1921 an Horstmann: „Unsere Besprechungen mit Herrn Dresel haben sich außerordentlich kompliziert gestaltet. Jeden Tag ereignet sich etwas Neues, jeden Tag produziere ich eine neue Denkschrift. Es ist leider unmöglich, Ihnen über alle Einzelheiten Aufschluß zu geben. Soviel nur kann ich sagen, daß noch garnicht abzusehen ist, ob und wann diese Besprechungen zu einem Ergebnis führen werden.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 3.



4. Die Ressortbesprechung, die heute stattfand,<sup>5</sup> war eine Farce. Vor allem hatten die beteiligten Beamten den Eindruck, daß noch längere Zeit für Verhandlungen übrig sei vor Abschluß des Vertrages bzw. daß nach Abschluß des Vertrages durch Verhandlungen allerlei erreicht werden könnte. Es war ihnen offenbar nicht klar geworden, daß letztere Hoffnung sehr gering ist.<sup>6</sup>

5. Den Sachverständigen und Parteiführern muß unter allen Umständen die politische Seite der Sache klar gemacht werden, soweit die inneren Verhältnisse Amerikas in Frage kommen.<sup>7</sup> Sie dürfen nicht ohne weiteres zu der Ansicht kommen, daß wir gänzlich verloren sind, wenn wir den jetzigen Vertrag ablehnen oder jedenfalls noch eingehendere Verhandlungen von den Amerikanern verlangen. Umgekehrt müssen sie absolut darauf hingewiesen werden, daß wir uns mehr oder weniger ganz in die Hände der Amerikaner geben, wenn wir jetzt den Vertrag zeichnen. Sie müssen vor allen Dingen auf den absolut unklaren Zustand hingewiesen werden, der durch die Zeichnung des Vertrages entsteht, sowie darauf, daß keinerlei Garantie vorhanden ist, daß die Amerikaner sich nachher bemühen werden, diesem Zustande bald ein Ende zu bereiten. Auch müssen sie sich klar werden, daß uns eventuell ungeheure neue finanzielle Lasten aufgebürdet werden und daß es durchaus nicht ausgeschlossen ist, diesen Lasten zu entgehen, wenn wir jetzt hart bleiben und darauf bestehen, daß diese Fragen vorher geklärt werden. Wir dürfen Amerika gegenüber unter keinen Umständen eine Katastrophenpolitik treiben, dazu liegt keinerlei Anlaß vor.

6. Es ist zu beachten, daß wir durch ein Hinauszögern der Sache vielleicht Herrn Dresel vergrämen; damit ist aber durchaus noch nicht gesagt, daß wir auch die amerikanische Regierung zu vergrämen brauchen. Es liegt jetzt klar zutage, daß Herr Dresel seiner Regierung viel zu viel versprochen hat und daß er seine Versprechungen jetzt nicht halten kann. Das ist nicht unsere Schuld: denn es kann jederzeit bewiesen werden, daß wir eine durchaus gerade Linie während der Ver-

<sup>5</sup> ADAP, Serie A, Bd. V, S. 236 Anm. 10.

<sup>6</sup> In einer Besprechung mit Rosen, Haniel und Schubert am 15. August 1921 betonte der amerikanische Unterhändler Dresel kategorisch, die verlangte kleine Änderung im Friedensvertrag würde von der amerikanischen Regierung nur dann gewährt, wenn danach keine Änderungen mehr verlangt würden. Bereits am 13. August 1921 hatte Dresel ähnliches in einer Unterredung mit Rathenau vorgebracht, wozu dieser in der Ressortbesprechung am gleichen Tage erklärte, daß Dresel „ihn darauf aufmerksam gemacht hätte, der letzte Moment für die Unterzeichnung des Vertrages wäre gekommen. Die Stimmung in Amerika sei uns durchaus nicht günstig und der Friedensschluß könnte sie verbessern.“-Aufz. Grunows, ADAP, Serie A, Bd. V, S. 231. Siehe auch ebd., S. 236 Anm. 10.

<sup>7</sup> In einem Gespräch mit Rosen und Schubert am 6. August 1921 hatte Dresel festgestellt, daß sich die amerikanische Regierung im Vertrag auf keinerlei genauere Interpretationen des Friedensvertrages einlassen könne, da es sonst zu endlosen Debatten im Kongreß kommen werde, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 3. Bereits am 11. Juli 1921 hatte Schubert in einem Schreiben an Sthamer zu einem möglichen Friedensvertrag mit den USA bemerkt, „daß im amerikanischen Senat eine starke Stimmung nicht nur gegen den Versailler Vertrag, sondern auch gegen den Abschluß eines ähnlichen Instrumentes vorhanden ist, während die amerikanische Exekutive, insbesondere Hughes, mit der Absicht umzugehen scheint, uns möglichst auf den Versailler Vertrag festzulegen. Man ist sich mit anderen Worten in maßgebenden amerikanischen Kreisen durchaus nicht einig darüber, was geschehen soll.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 2.

handlungen eingehalten haben. Nur der Unfähigkeit des Herrn Dresel ist es zuzuschreiben, daß wir am Anfang nicht schneller vorwärts gekommen sind.<sup>8</sup>

## 36

**Von Schubert an Geheimen Legationsrat Dufour-Feronce (leicht gekürzt)  
Berlin, 17. Oktober 1921**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 4.*

Streng vertraulich und persönlich!

Lieber Dufour!

[...]¹

Da der unglückliche Minister in einem fort in allen möglichen Sitzungen sich befindet, habe ich ihn bisher noch nicht allein sprechen können, und aus den Erzählungen der übrigen Herren habe ich mir noch kein richtiges Bild über die englische Politik der letzten Wochen machen können.<sup>2</sup> Zwar hat heute im kleinen Kreise der Minister einiges über seine Beurteilung der Engländer gesagt; das genügt mir aber nicht, um ein endgültiges Urteil abzugeben. Der Minister ist geneigt, die englische Politik nicht ohne weiteres in Grund und Boden zu verdammen, er glaubt vielmehr, daß die Engländer auch jetzt noch in letzter Stunde bemüht sind, eine für uns halbwegs erträgliche Lösung der oberschlesischen Frage herauszuschlagen. Ich hoffe, daß er recht behält, muß mir aber selbst ein Urteil bis nach Kenntnis der Telegramme und Berichte des Botschafters vorbehalten.<sup>3</sup>

<sup>8</sup> Über den Abschluß des deutsch-amerikanischen Vertrages vom 25. August 1921 und seinen Text siehe Schultheß', Bd. 62, Teil 2 (1921) S. 299-301. Zur weiteren Entwicklung schrieb Schubert am 20. August 1921 an Dufour: „Im übrigen bin ich durchaus mit sämtlichen anderen Leuten hier der Ansicht, daß es für uns wahrscheinlich ein großes Glück bedeuten würde, wenn die Engländer und Amerikaner sich verständigen. Ich setzte sogar auf diese Verständigung die größten Hoffnungen für unsere Zukunft.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 3.

<sup>1</sup> Schubert beschwerte sich hier über das Verschwinden zweier Schriftstücke, das dem unordentlichen Geschäftsbetrieb anzulasten sei.

<sup>2</sup> Schubert war erst kurz zuvor nach einem sechswöchigen Urlaub ins Amt zurückgekehrt.

<sup>3</sup> Das Urteil über die Engländer wegen deren Zustimmung zur Oberschlesienentscheidung des Völkerbundesrates (12. Oktober 1921) gab er im Brief an Dufour vom 24. Oktober 1921 ab: „Ich gewinne den Eindruck, daß die Engländer sich nicht klar darüber geworden sind, welchen ungeheuren Unfug sie mit ihrer Zustimmung zu der unmöglichen schlesischen Lösung oder dadurch angerichtet haben, daß sie sich in letzter Zeit an der Lösung mehr oder weniger desinteressiert haben. Es wird, auch für die fernere Politik, daher vor allem darauf ankommen, den Engländern klar zu machen, daß die Lösung tatsächlich ganz widersinnig ist und daß, wenn wir dies sagen, wir nicht lediglich die übliche Propaganda treiben.“ Überall sei man enttäuscht über die britische Politik; es sei sehr

Im übrigen herrscht hier Krisenstimmung, man weiß aber noch nicht recht, in welcher Weise sich die Krisis entwickeln wird. Man spricht davon, daß nach Bekanntwerden der oberschlesischen Lösung, wenn sie etwa so ausfällt, wie die Zeitungen sie gebracht haben, das Gesamtkabinett zurücktreten wird. Ob dann Wirth<sup>4</sup> wiederkommen wird und wie sonst das Kabinett aussehen wird, ist noch eine ganz offene Frage, die natürlich auch von der Politik abhängen wird, die wir einschlagen wollen.

Mir ist garnicht recht, daß jetzt schon so viel von Rücktrittsabsichten des Kabinetts usw. gesprochen wird, ehe wir definitive Lösungen in den Händen haben. Man ist eben, und zwar nicht mit Unrecht, hier augenblicklich außerordentlich nervös. Schließlich kommt es doch zunächst auf den genauen Wortlaut der Lösung an, wenn auch vorauszusehen ist, daß sie für uns mehr oder weniger katastrophal ist.

Sehr wichtig ist natürlich die Verbindung der oberschlesischen mit der Reparationsfrage. Es wird sehr viel darauf ankommen, was unsere Regierung nach Bekanntwerden einer sehr unheilvollen Lösung über unsere Möglichkeiten zur Erfüllung der Reparationen sagen wird. Auch hierüber scheint man sich in maßgebenden Kreisen noch durchaus nicht klar zu sein. Ich möchte aber jedenfalls erwähnen, daß ich kürzlich bei einer Besprechung mit dem kompetenten Mann im Reichswirtschaftsministerium festgestellt habe, daß unsere Finanzen tatsächlich in einem gänzlich hoffnungslosen Zustande sind, falls wir wirklich gezwungen werden, die Forderungen des Ultimatums<sup>5</sup> auszuführen. Das ist tatsächlich ganz unmöglich, und falls nicht die Entente bald ihre Forderungen auf ein Mindestmaß herabschraubt, sollten wir wirklich lieber heute wie morgen den Bankrott erklären. Alle Hilfsaktionen, wie die geplante der Industrie, sind sonst gänzlich überflüssig und tragen nur dazu bei, die Substanz unseres Volksvermögens nur noch zu verkleinern.<sup>6</sup>

Ich werde dieser Tage Gelegenheit haben, eine Reihe führender Leute unseres Wirtschaftslebens zu sprechen und behalte mir vor, hierüber Ihnen mit nächstem Kurier genaueres zu schreiben.<sup>7</sup> Natürlich interessiert mich bei dem wohl als ziem-

---

schwer „die meines Erachtens einzig richtige auf England gerichtete Politik“ fortzusetzen; Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 4. Noch am 8. August an Sthamer war er verständnisvoller für die englische Politik: „Immerhin müssen wir unsere im Grunde sehr berechtigte These von der Unteilbarkeit Oberschlesiens bis zum letzten Ende verfechten. Vielleicht wird Lloyd George im letzten Augenblick, und zwar zu unseren Gunsten, eine seiner überraschenden Wendungen machen, wenn ich auch glaube, daß er sich nicht für die Zuteilung ganz Oberschlesiens an uns einsetzen kann.“-Ebd., Bd. 3.

<sup>4</sup> Das erste Kabinett Wirth trat wegen der Oberschlesien-Entscheidung am 26. Oktober zurück, doch wurde am selben Tag schon das zweite Kabinett Wirth gebildet, in dem Wirth bis Ende Januar 1922 auch das Amt des Außenministers führte.

<sup>5</sup> Gemeint ist das Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921; darüber Dok. 30.

<sup>6</sup> Gemeint ist das Angebot der deutschen Industrie, unter bestimmten Bedingungen durch eine Auslandsanleihe die zur Bezahlung der nächsten Reparationsverpflichtungen benötigte Summe zu beschaffen. Siehe AR, Kab. Wirth I u. II, Bd. 1, S. 237-41, S. 254f., S. 265-69. Dort findet sich auch weiteres Material.

<sup>7</sup> Vermutlich hängen diese Gespräche mit dem Besuch Baron Rothschilds (englischer Bankier des gleichnamigen Bankhauses) zusammen. Es ging vorrangig um die ausländische

lich sicher zu erwartenden Rücktritt in erster Linie die Frage, ob Rosen uns erhalten bleiben wird. Die Ansichten hierüber sind sehr verschieden, und die Mehrzahl der Auguren rechnet – ganz unter uns gesagt – damit, daß er ausgeschifft werden wird. Ich würde dies außerordentlich bedauern. Dieser ewige Ministerwechsel wirkt auf die Führung der auswärtigen Geschäfte geradezu katastrophal ein. Außerdem weiß ich nicht, wer Minister des Äußeren werden soll. In Rosen hatten wir endlich wieder einmal einen wirklichen Politiker, der außerdem meiner Überzeugung nach eine durchaus richtige politische Linie verfolgt hat. [...]⁸

Mit aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr getreuer

**Kapitel 3.2**  
**Ministerialdirektor und Leiter der neuen Abteilung III:**  
**1. Phase bis zum Beginn der Ära Stresemann**  
**(Dezember 1921 bis August 1923)**

37

**Von Schubert an Geheimen Legationsrat Dufour-Feronce (Auszug)**  
**Berlin, 7. November 1921**

*Durchschrift. PA, R. 36019.¹*

Sie wissen, daß ich mit anderen seit langer Zeit auf eine Konzentration unserer unpraktisch eingerichteten Behörde hinarbeite. Jetzt endlich beginnt diese Arbeit, unberufen, Erfolge zu zeitigen. Ich hoffe, daß wir damit auf dem rechten Wege sind.

Der erste Leidtragende bin allerdings ich. Denn wenn ich auch nicht leugnen kann, daß es mir Freude macht, einen erweiterten Wirkungskreis zu erhalten, so ist damit doch, ich kann das ohne Übertreibung sagen, eine ungeheure Menge von Mehrarbeit und Verantwortung verbunden.

Ich erhalte neben England, dem englischen Imperium, den englischen Interessensphären, Abessinien und Afghanistan hinzu, ganz Nord-, Zentral- und Südamerika sowie die Türkei, sodaß auf diese Weise die ganze islamitische Welt bei mir

---

Kreditbeschaffung für die kommende Reparationsrate. Eindringlicher Brief Schuberts an Dufour, vom 31. Oktober 1921; Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 4.

⁸ Schubert bat Dufour den Inhalt des Briefes an Sthamer weiterzuleiten.

---

¹ Offensichtlich eine Zusammenstellung von Schriftstücken über die Organisation des AA, datiert Januar bis August 1922, mit einigen früheren Dokumenten bzw. – wie in der Vorlage – extra angefertigten Auszügen für Schuberts Handakten.

vereinigt ist. Das Schuldreferat untersteht mir bereits seit etwa 7 Monaten;<sup>2</sup> es macht ungeheuer viel Arbeit und Mühe. Man muß da außerordentlich behutsam vorgehen und darf keine Propaganda im alten Stil treiben. Es ist daher seit längerer Zeit mein Bestreben, unser Material durch Hinzuziehung von Sachverständigen auch außerhalb des Amtes zu vertiefen und dafür zu sorgen, daß auf diesem Gebiete nur Qualitätsarbeit geleistet wird. Sehr weit bin ich damit aber leider noch nicht gekommen, da ich zwar in der Person des Professors Delbrück, eines Neffen des bekannten Historikers [Hans Delbrück] einen sehr ordentlichen Mitarbeiter habe, aber auch sonst mir die weiteren Mitarbeiter erst heranziehen muß, was große Schwierigkeiten macht. Ich schreibe Ihnen über dieses Gebiet noch einmal besonders.

Es ist mir gelungen, für meine übrigen Abteilungen einige recht gute Mitarbeiter zu gewinnen, so für Kuenzer, der wahrscheinlich demnächst ins Ausland kommt, Herrn Horstmann, für Nordamerika den früheren Diplomaten Freiherrn von Richthofen sowie für die Türkei Geheimrat Padel, der über dieses Gebiet sehr genau Bescheid weiß. Ferner werde ich handelspolitisch England und Amerika unter de Haas vereinigen, der ja für die Leitung eines solchen erweiterten Büros ganz besonders geeignet ist.<sup>3</sup>

Trotzdem wird es noch viel Mühe machen, um die vereinigten Abteilungen einzufahren, besonders da die Abteilungen räumlich vorläufig noch voneinander getrennt sind und auch bis Anfang nächsten Jahres keine große Hoffnung besteht, sie irgendwo räumlich zu vereinigen. Also drücken Sie mir die Daumen, lieber Freund, damit Alles gut geht; vorläufig habe ich noch etwas Angst vor meinem eigenen Mute.<sup>4</sup>

<sup>2</sup> Das Schuldreferat unter Leitung von Prof. Dr. Richard Delbrück gehörte ursprünglich zur Abteilung II (Westeuropa außer England). Siehe auch Dok. 13 Anm. 5. Die Umstrukturierung, die Schubert beschreibt, fand statt mit Wirkung zum 7. November 1921 aufgrund einer Verfügung Haniels vom 28. Oktober 1921, PA, R 76778.

<sup>3</sup> Im einzelnen siehe den Geschäftsverteilungsplan (Stand: 15. Februar 1922) in ADAP, Serie A, Bd. VI, S. 601-13. Über weitere Personalien Schreiben Schuberts an Dufour vom 12. November 1921, PA, R 36019.

<sup>4</sup> Bereits einen Monat später hatte sich Schubert soweit etabliert, daß er ein Abweichen von den neuen Organisationsprinzipien des Amtes nicht mehr duldete. Er kritisierte in einem Schreiben an Dufour vom 19. Dezember 1921, daß ein politischer Schriftwechsel zwischen ihm und Maltzan stattgefunden habe: „Sie werden mich richtig verstehen, wenn ich Ihnen sage, daß ein solcher Briefwechsel zwischen einer leitenden Persönlichkeit einer Botschaft und dem Leiter einer anderen Abteilung geeignet ist, die Einheitlichkeit des Geschäftsbetriebes zu stören und daß er daher unterbleiben muß.“-NL. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 6. Am 18. Januar wandte sich Rheinbaben in der Frage der Reorganisation des AA an Schubert: „Auf die deutschen Verhältnisse übertragen, käme die ganze Angelegenheit ja wohl darauf hinaus, ob es möglich ist, statt der augenblicklichen zwei Staatssekretäre wieder einen Schritt zurückzumachen und wir nur einen gehobenen (einschließlich einem kleinen Stabe) herstellen, der nun möglichst lange in seiner Position verbleibt, die Stetigkeit der Politik gewährleistet und dabei das Auswärtige Amt als Ministerium dauernd übersieht und zweckmäßig organisiert.“-Ebd., Bd. 7. Schubert antwortete am 24. Februar 1922: „Das wichtigste bei unserer Reorganisation ist der feste Ausbau der Arbeitsbasis, der nur durch eine zweckmäßige Konzentration erreicht werden kann. Hier sind wir auf gutem Wege. [...] Das an sich erstrebenswerte Ziel, über [die] Ministerialdirektoren nur einen Staatssekretär zu setzen, wird sich vorläufig nicht errei-

**Von Schubert an Geheimen Legationsrat Dufour-Feronce (gekürzt)**  
**Berlin, 30. Dezember 1921**

*Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 6.*

Streng vertraulich!

Lieber Dufour!

[...]¹

Ich sehe der Konferenz von Cannes [vom 6. bis 13. Januar 1922 zur Vorbereitung der Genua-Konferenz] mit einiger Besorgnis entgegen und fürchte, daß sie kein für uns sehr befriedigendes Ergebnis zeitigen wird. Daß die Franzosen alles tun werden, um ein zu großes Entgegenkommen gegen uns zu sabotieren, läßt sich schon jetzt deutlich erkennen. Nicht nur, daß sie in üblicher Weise wieder einmal alles in der Öffentlichkeit hervorholen, was zum Beweise dienen soll, daß wir bösen Willens sind, sie scheinen auch bereits allerlei Kompensations-Objekte bereit zu stellen, die sie sich abhandeln lassen wollen, um desto mehr in der Reparationsfrage von uns verlangen zu können. Ob die Engländer und besonders Lloyd George jetzt schon so weit sind, um diesem Ansturm standzuhalten, erscheint mir trotz der sich in England offenbar immer mehr verbreitenden Einsicht doch recht zweifelhaft. Dazu kommt, daß die verschiedenen Reparations-Probleme so komplizierter Natur sind, daß es in den meisten Fällen ohnehin unmöglich ist, eine klare Entscheidung zu treffen.

Unter den Kompensations-Objekten steht meiner Ansicht nach an erster Stelle die Forderung Frankreichs bezüglich einer hohen U-Boot-Tonnage. Ferner werden sich im Orient allerlei Objekte finden lassen, vor allem in der Türkei und in Ägypten, wo nach allen hier vorliegenden Nachrichten die Franzosen den Engländern sehr große Unannehmlichkeiten bereiten, aber vielleicht gegen Kompensationen auf anderem Gebiete geneigt sein würden, sich von einer etwas angenehmeren Seite zu zeigen. Endlich habe ich so eine Ahnung, als ob auch die russische Frage sich in gewisser Beziehung als Kompensation in irgendwelcher Weise eignen würde.

---

chen lassen. Solange das Amt noch mit Handelsangelegenheiten zu sehr überlastet ist, werden wir einen wirtschaftlichen Staatssekretär nicht entbehren können, insbesondere auch, solange die außerordentlich komplizierten Reparationsangelegenheiten nicht bis zu einem gewissen Grade liquidiert sind.“-Ebd., Bd. 8. Schuberts Idealvorstellung lief auf einen Staatssekretär, drei Länderabteilungen, zwei weitere „technische“ Abteilungen (Recht und innere Verwaltung) und Sonderreferaten für Spezialfragen (vor allem wirtschaftliche) hinaus; außerdem erwog er parlamentarische Staatssekretäre nach britischem Vorbild.

---

¹ Schubert bedankte sich für Briefe von Dufour und berichtete über die Weihnachtsfeiertage.

Das russische Problem erscheint zurzeit außerordentlich verwickelt, was schon deshalb nicht weiter verwunderlich ist, als vor allem die Russen ein recht undurchsichtiges und dabei anscheinend sehr geschicktes Spiel treiben.

Es kommt uns natürlich vor allem darauf an, daß unsere Politik Rußland gegenüber England unverdächtig erscheint. Tatsächlich sind wir, wenigstens so weit das Auswärtige Amt in Frage kommt, durchaus gewillt, mit England in Rußland Hand in Hand zu gehen und haben durchaus nicht vor, England in Rußland unbequem zu werden. Natürlich müssen wir unsere Interessen wahren und können nicht mit der Anknüpfung von Handelsbeziehungen usw. so lange warten, bis es den Engländern beliebt, ihrerseits aktiv vorzugehen. Wir streben aber durchaus in Rußland keine Sonderstellung an.<sup>2</sup>

Umso unbequemer ist es, daß sich anscheinend neuerdings in England, vielleicht unter dem Einflusse Frankreichs, ein gewisses Mißtrauen gegen uns zu zeigen beginnt.<sup>3</sup> Mir liegt heute z. B. eine Mantler-Depesche über einen Artikel der Pall-Mall and Globe vor, in dem ausgeführt wird, daß Deutschland den Handel Rußlands an sich reißt und daß bei der britischen Regierung keineswegs die Absicht bestehe, Deutschland zu gestatten, auf Kosten der Alliierten und ihres Han-

<sup>2</sup> Am 6. Dezember 1921 hatte Maltzan an Dufour, nachdem er seit dem 3. November die Leitung der Abteilung IV a, Ost- und Nordeuropa, übernommen hatte, geschrieben: „Ich darf in diesem Zusammenhang auf die bekannte Tatsache hinweisen, daß jeder meiner russischen Schritte in vertraulicher Übereinstimmung mit hiesigen englischen Kreisen gemacht worden ist. [...] Ich würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie Ihre englischen Freunde privatim darauf hinweisen könnten, daß ich für russische Angelegenheiten nach wie vor zu ihrer Verfügung stehe.“ -Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 6.

<sup>3</sup> Dufour schrieb am 17. Dezember 1921 an Maltzan, daß in London Gerüchte umgingen, daß Maltzan mit einem sowjetischen Vertreter über die Möglichkeit eines Offensiv- und Defensivbündnisses mit Rußland gesprochen habe. Am selben Tage teilte Dufour Schubert seine Ansicht mit: „Es wird außerordentlich schwierig sein, zwischen den Westmächten und Rußland so zu lavieren, daß wir es mit keinem der beiden verderben und doch unser Ziel erreichen. [...] Jedenfalls ist sehr große Vorsicht am Platze, und ich nehme an, daß auch Sie sich eingehend mit dieser Frage, die unsere Politik gegenüber England meines Erachtens sehr eng berührt, befassen werden.“ Schubert erwiderte am 19. Dezember 1921: „Maltzan hat, wie ich mehrfach feststellen konnte, in den letzten Monaten das Prinzip verfolgt, über seine Politik die Engländer zu verständigen, um auf diese Weise die Engländer von der Loyalität unserer Politik zu überzeugen. Er hat aber dabei meiner Ansicht nach, die auch von dem vorigen Minister [Rosen] geteilt wurde, einen absolut falschen Weg eingeschlagen. Er hat nämlich seine Mitteilungen stets nur an untergeordnete Mitglieder der hiesigen Botschaft oder auch hiesiger englischer militärischer Missionen gelangen lassen, und zwar in einer Form, deren Vertraulichkeit den betreffenden Engländern verdächtig erscheinen mußte. Die betreffenden Herren mußten nämlich die Mitteilungen einer für sie im übrigen nicht direkt zuständigen Persönlichkeit des Auswärtigen Amtes so auffassen, als ob es sich um Indiskretionen dieser Persönlichkeit handele. Ich fürchte daher, daß sie, wenn überhaupt, diese Mitteilungen ihrem Chef in der Form mitgeteilt haben, daß es ihnen gelungen wäre, Nachrichten über unsere Politik Rußland gegenüber aus Maltzan herauszulocken. Dadurch würde natürlich nicht erreicht, daß sich die Engländer über die Loyalität unserer Politik überzeugten, sondern unter Umständen sogar das Gegenteil. [...] Ich habe Maltzan hierauf schon einmal gelegentlich aufmerksam gemacht, ohne aber viel Verständnis zu finden; ich muß daher demnächst noch einmal ernst mit ihm darüber sprechen. Er ist ein sehr kluger Mann, der die Richtigkeit meiner Ansicht wohl schließlich einsehen wird.“ Siehe auch Dufour an Schubert, 15. und 25. Dezember 1921, alles in Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 6.

dels seine eigenen Interessen in Rußland sowohl als auch in Deutschland zu fördern.

Es kommt natürlich alles darauf an, dieses unberechtigte Mißtrauen auszuräumen. Andererseits ist es aber sehr mißlich, eine Kooperation zwischen Deutschland und England allzu stark zu betonen, da dies wiederum von den Russen übel vermerkt wird, besonders auch deshalb, weil die Engländer, wie mir kürzlich von sehr autoritativer Seite bestätigt wurde, in Rußland augenblicklich sehr unbeliebt sind.

Vor allem darf natürlich nicht der im übrigen ganz unberechtigte Verdacht aufkommen, als ob vom Auswärtigen Amte selbst eine England abträgliche Sonderpolitik in bezug auf Rußland gefördert würde. Maltzan hat gestern bei Lord D'Abernon gefrühstückt und dieser hat ihn heute zu sich gebeten. Auf diese Weise wird Maltzan in der Lage sein, D'Abernon etwas eingehender über unsere Absichten zu informieren.<sup>4</sup>

Die Russen waren vor einiger Zeit auch aus anderen Gründen wenig gut auf uns zu sprechen, die eigentlich lediglich auf bürokratischen Gebieten lagen, insofern unsere inneren Behörden der Tätigkeit der hiesigen Sowjet-Mission Schwierigkeiten in den Weg legten. Wir sind bemüht, diese Schwierigkeiten zu beheben und die Mißstimmung hat in letzter Zeit auch bereits offenbar nachgelassen.

Vor einiger Zeit haben ferner die Franzosen offenbar allerlei mysteriöse Anknüpfungen mit Rußland versucht. Was dabei herausgekommen ist, ist uns nicht ganz klar. Jedenfalls aber war die Gefahr nicht ganz von der Hand zu weisen, daß es den Franzosen gelingen könnte, zu irgendeiner Verständigung mit den Russen zu kommen und sie dazu zu bewegen, den Versailler Vertrag in gewissem Umfange anzuerkennen, wodurch es dann den Russen ermöglicht würde, auch ihrerseits uns gegenüber Entschädigungsansprüche in hohem Maße geltend zu machen.<sup>5</sup> Wenn es

<sup>4</sup> Aufz. Maltzans vom 30. Dezember 1921 über eine Unterredung mit D'Abernon: „Meine persönliche Richtlinie, die im Amt durchaus geteilt würde, sei die, daß der Weg nach Moskau nur über London ginge. Diese Linie sei bisher befolgt und würde auch künftig beobachtet werden. Beweis: Malcolm und Kilmarnock seien dauernd von mir über die einzelnen Phasen der deutschen Pläne in Moskau orientiert worden, insbesondere hätten wir bei den Verhandlungen O'Grady's und bei Abschluß eines Wirtschaftsvertrages England stets einen längeren Vortritt gelassen. Lord D'Abernon erkannte dies an.“-Ebd.

<sup>5</sup> Maltzan schrieb am 6. Dezember 1921 an Dufour: „Große Sorge macht mir die Ententeannäherung, insbesondere Frankreichs an Rußland. Ich brauche Sie nicht auf die verheerenden Folgen einer Anerkennung von Versailles durch Rußland mit Rücksicht auf Artikel 116 und 117 hinzuweisen.“ In der in Anm. 4 zitierten Unterredung mit D'Abernon kam Maltzan noch einmal auf dieses Thema zurück: „Ganz besonders würde aber das angeblich einseitige Vorgehen Deutschlands in Rußland von Frankreich betont, dies sei umso interessanter, als ich bestimmte Beweise habe, daß gerade Frankreich sich über den Art. 116 direkt mit Rußland auf Kosten anderer Leute verständigen würde. [...] Ich wahrte mich Lord D'Abernon gegenüber ausdrücklich gegen die französische Auslegung des Art. 116, wonach gegen unseren Willen eine dritte Partei dem Versailler Friedensvertrag beitreten könne und wonach ohne eine deutsch-russische Vereinbarung einseitig eine von Deutschland zu zahlende Kriegsentschädigung an Rußland von der Entente festgesetzt werden könne. Lord D'Abernon ging den englischen Text des Artikels mit mir durch und gab mir Recht, daß die französische Auslegung künstlich sei und daß ohne eine deutsch-russische Verständigung keine Zwangsmaßnahmen aus dem Art. 116 gegen uns hergeleitet werden könnten.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 6. Siehe auch Malt-



auch mit der Bezahlung solcher Entschädigungsansprüche seine guten Wege haben würde, so hätten dann doch die Franzosen ein Mittel in die Hand bekommen, um uns auch von Osten her je nach Bedarf zu zwicken.

Ich glaube nicht so recht an eine solche Gefahr, denn ich kann mir nicht denken, auf welcher Basis die Russen und Franzosen sich so schnell einigen könnten, die beiderseits sehr viel aufgeben müßten, worauf sie bisher mit allem Nachdruck bestanden haben.

Ich glaube vielmehr, daß hier wieder ein gewisses taktisches Manöver der Franzosen vorliegt und daß sie eben mit der Absicht umgehen, auch in der russischen Frage in irgendwelcher Weise den Engländern gegenüber ein Kompensationsobjekt zu konstruieren.

Ich glaube sicher, daß die russische Frage auch in Cannes zur Diskussion kommen wird. Ich las kürzlich irgendwo, daß auch Herr Wise nach Cannes berufen werden soll. Ich bitte Sie, von Obigem auch Herrn Sthamer in Kenntnis zu setzen.

[...]<sup>6</sup>

### 39

#### **Von Schubert an Botschafter Sthamer Berlin, 16. Januar 1922**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 7.*

#### Geheim und persönlich!

Hochverehrter Herr Sthamer!

Ich komme soeben von einer Sitzung, in der Herr Rathenau einen sehr eingehenden Bericht über seine Verhandlungen in Cannes<sup>1</sup> erstattet hat.

Dem Bericht war zu entnehmen, daß Herr Rathenau wirklich vorzügliche Arbeit geleistet hat. Vor allem ist es ihm, anschließend an seine vorhergehenden Besprechungen in London und Paris, gelungen,<sup>2</sup> ein Verhältnis zu Lloyd George und

---

zans Aufz. vom 15. Dezember, ADAP, Serie A, Bd. V, S. 447 Anm. 2; Köpkes Aufz. und Gaus' Gutachten, 22. Dezember; ebd., S. 451-54. Siehe auch Dok. 41.

<sup>6</sup> Einzelpunkte, u.a. Rathenaus Lob über die Botschaft London – dazu Dok. 39 Anm. 2 und Krüger, Rathenau, S. 194-196 – und über die französische Innenpolitik.

---

<sup>1</sup> Alliierte Wirtschaftskonferenz von Cannes vom 6. bis 13. Januar 1922 zum Wiederaufbau Europas, an der Rathenau als inoffizieller deutscher Beobachter teilnahm. Zu seiner Tätigkeit dort siehe AR, Kab. Wirth I u. II, Bd. 1, S. 519 Anm. 4 u. 6 (dort kein Sitzungsprotokoll zum 16. Januar 1922 ermittelt).

<sup>2</sup> Rathenau versuchte im Auftrag Wirths, durch Intensivierung der Kontakte zu den Alliierten in der Reparationsfrage eine für Deutschland günstige Situation zu schaffen, ohne den vorgegebenen Londoner Zahlungsplan direkt und gemeinsam mit ihnen erörtern zu müssen, und zwar durch „private“ Reisen nach London im November und Dezember

anderen maßgebenden Engländern herzustellen, das man beinahe als herzlich bezeichnen kann.

Es ist auf diese Weise eine sehr günstige Atmosphäre geschaffen worden, in der sich viel besser arbeiten lassen wird, als bisher, eine Atmosphäre, die mich bereits etwas an die Zeiten vor dem Kriege erinnert.

Soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, können wir auch mit dem positiven Ergebnis von Cannes vorläufig einigermaßen zufrieden sein, denn die 10tägigen Ratenleistungen sind für gewisse beschränkte Zeit wohl ausführbar.<sup>3</sup>

Trotzdem wird noch, darüber sind wir uns alle klar, ein weiter Weg zurückzulegen sein. Denn unsere Finanzlage ist, das kann nicht genug betont werden, so kläglich, daß jede Belastung mit Reparationszahlungen, mögen sie nun in Goldleistungen oder in Sachleistungen bestehen, im höchsten Grade bedenklich erscheint. Wenn wir auch einen temporären Zahlungsaufschub erhalten haben, so steht doch, garnicht zu reden von der weiteren Zukunft, das Zahlungsprogramm für 1922 noch nicht fest und die bisherigen auch wohlmeinenden Absichten bezüglich unseres Zahlungsprogramms sind immer noch derart, daß uns sehr drückende Verpflichtungen auferlegt werden sollen.

Immerhin scheinen wir nun endlich auf dem richtigen Wege zu sein, und es kommt nun alles darauf an, die Situation richtig zu erfassen und auszunützen.

Ich werde Sie, soweit ich das kann, ständig auf dem Laufenden zu erhalten [sic!] versuchen.

Ein großes Fragezeichen bildet natürlich das neue Kabinett Poincaré.<sup>4</sup> Ich glaube zwar, daß Poincaré zunächst sehr vorsichtig vorgehen wird; ich fürchte aber, daß wir von Herrn Poincaré noch sehr unangenehme Überraschungen zu erwarten haben. Poincaré hat sich so festgelegt, daß er nicht viel billiger spielen kann, als er bisher in seinen vielen Artikeln und Reden zum Ausdruck gebracht hat, wenn er nicht selbst den Boden unter den Füßen verlieren will. Er ist ungeheuer gerissen und wird natürlich alles versuchen, um hintenherum den Engländern seine Ideen beizubringen. Er wird dabei mit allen Mitteln der alten Schule arbeiten, die er leider vollkommen beherrscht.

Mit aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr sehr ergebener

---

1921 und Kontakte zu Frankreich über seine Unterredungen mit Loucheur. Siehe dazu Krüger, Außenpolitik, S. 156-62. Vgl. auch Briefe Sthamers an Schubert vom 17. über Rathenaus Londonreise und vom 22. Dezember 1921 über Gespräche zwischen Lloyd George und Rathenau, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 6.

<sup>3</sup> Mit Hilfe englischer Fürsprache einigte sich die Reparationskommission – aufgrund des deutschen Moratoriumsantrags vom 14. Dezember 1921 – darauf, daß Deutschland alle zehn Tage 31 Millionen Goldmark zahlen müsse, Krüger, Außenpolitik, S. 165f. Text des Beschlusses der Alliierten in Schultheß', Bd. 63 (1922), S. 307.

<sup>4</sup> Am 12. Januar 1922 war – noch während der Konferenz von Cannes – Briand zurückgetreten, weil seine Genua-Politik mit Lloyd George in Frankreich keine Mehrheit fand. Ebd., S. 200f.

## Aufzeichnung von Schuberts über die Politik der Westmächte Berlin, 19. Januar 1922

*Original. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 7.*

Herr Rathenau hat gestern im Auswärtigen Ausschusse des Reichstags erklärt, daß er, als er das erste Mal im November v.J. nach England gereist sei, das Terrain wenig vorbereitet gefunden habe. Charakteristisch dafür sei ein Gespräch gewesen, daß er damals auf der Botschaft gehabt habe. Ein deutscher Finanzmann,<sup>1</sup> der zufällig dort gewesen sei, habe sich sehr pessimistisch geäußert und erklärt, daß man sicher mit einer Ruhrgebietsbesetzung rechnen müsse, wenn wir am 15. Januar unsere Rate nicht zahlten. Ein deutscher Diplomat habe sogar hinzugefügt, er fürchte, die Ruhrbesetzung werde schon dann eintreten, wenn wir unsere Zahlungsunfähigkeit für den 15.1. erklärten.

Diese Ausführungen des Herrn Rathenau sind m.E. geeignet, ein unrichtiges Bild der Sachlage zu geben, das zu einer falschen Beurteilung der Politik Lloyd Georges führen muß. Meiner Ansicht nach hat Herr Rathenau nur deshalb seine sehr erheblichen Erfolge erzielen können, weil das Terrain sehr gut vorbereitet war.

Wenn man die Politik Lloyd Georges während der vergangenen 2 Jahre genau verfolgt hat, so wird man erkennen, daß 2 Grundlinien seiner Politik festgestellt werden können: das Bestreben, mit Rußland zu einer Verständigung zu gelangen, und der Wunsch, Deutschlands Lage zu bessern.<sup>2</sup>

Lloyd George wird sehr oft als politischer Opportunist bezeichnet, der es versteht, sehr geschickt die öffentliche Meinung auszunützen und sich von ihr tragen zu lassen. Das mag gewiß zutreffen, soweit es sich um die taktischen Manöver des Tages handelt. Es trifft aber nicht zu, soweit es die politischen Lebensnotwendigkeiten der Regierung Lloyd Georges angeht. Auf solchen politischen Lebensnotwendigkeiten beruhen aber meiner Ansicht nach die oben angeführten beiden Grundlinien der Politik Lloyd Georges.

Lloyd George hat meiner Ansicht nach klar erkannt, daß bei einer Fortdauer der Zustände, wie sie der Versailler Vertrag herbeigeführt hat, England dasjenige Land ist, das vielleicht am meisten leidet. Er mußte daher bestrebt sein, diese Zustände zu ändern.

---

<sup>1</sup> Zur gleichen Zeit weilten in London der Großindustrielle Hugo Stinnes und der Bankdirektor (Bleichröder Bank) Paul von Schwabach, der hier gemeint sein dürfte. Vgl. Briefe Dufours an Schubert vom 30. November und 3. Dezember 1921 sowie Informationsber. Schwabachs über seine zehntägige Londonreise vom 10. Dezember 1921, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 6. Zu Rathenaus Aktivitäten in London s. Pogge v. Strandmann (Hg.), Walther Rathenau. S. 262-73. Weiteres Material über Rathenau in London findet sich in Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 6.

<sup>2</sup> Diese Grundlinien der englischen Politik hatte Schubert bereits in einem Brief an Dufour vom 31. Januar 1921 hervorgehoben, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. VI. Siehe auch Dok. 18, 19 und die Anm. dort.

Was zunächst Rußland anlangt, so ist hier die folgerichtige Linie Lloyd Georges jetzt vollkommen deutlich zu erkennen. Er war konsequent bestrebt, zu einer wirtschaftlichen Verständigung mit Rußland zu kommen. Es ist oft gesagt worden, daß er in seiner russischen Politik umgefallen sei. Diese Ansicht ist meiner Ansicht nach absolut falsch. Es handelt sich vielmehr dabei jedesmal um taktische Erwägungen, wie sie die Umstände notwendig machten. Dafür ist z. B. die berühmte Luzerner Erklärung des Herrn Lloyd George<sup>3</sup> symptomatisch, die er abgab, als wider Erwarten die Polen den russischen Einmarsch zurückschlugen. Lloyd George hat sich augenscheinlich hier geirrt und angenommen, daß die Polen von den Russen mehr oder weniger vernichtet werden würden. Als das Gegenteil eintrat, war er ganz einfach gezwungen, nach außen hin zeitweise von den Russen abzurücken, um der französischen Politik den Wind aus den Segeln zu nehmen. Später hat er seine Politik aber unbeirrbar fortgesetzt: der letzte Schlußstein ist die Einladung der russischen Regierung nach Genua.<sup>4</sup>

Ähnlich steht es mit seiner Politik mit Deutschland, wenn sich hier vielleicht auch die Grundlinie nicht so klar abzeichnet. Immerhin aber kann schon jetzt festgestellt werden, daß Lloyd George die Besserung der Lage Deutschlands konsequent angestrebt hat, und zwar eben nicht um unserer schönen Augen willen, sondern aus einer sehr großen eigenen Lebensnotwendigkeit heraus. Er war in dieser Politik viel stärker behindert als in seiner russischen Politik, und zwar durch den außerordentlich starken Widerstand Frankreichs. Es ist ihm in den vielen vitalen Punkten mehrfach mißlungen, den Widerstand Frankreichs zu überwinden. Zu einer Gewaltpolitik gegenüber Frankreich konnte er sich nicht entschließen, da ihm die Hände auch sonst gebunden waren. Es ist aber nicht zu verkennen, daß er in vielen Fällen wenigstens versucht hat, Frankreich Widerstand zu leisten. Aus der Tatsache, daß er sehr oft nicht durchgedrungen ist, „Umfälle zu konstruieren“, ist meiner Ansicht nach ganz falsch.

Es ist oben gesagt worden, daß man allgemein annimmt, Lloyd George lasse sich von der öffentlichen Meinung tragen. Das ist ohne Zweifel auch in bezug auf Deutschland der Fall.

Die Stimmung für Deutschland hat sich unleugbar in England in den letzten 2 Jahren bedeutend verbessert. Diese Verbesserung ist in den verschiedensten Kreisen erfolgt und hat die verschiedensten Beweggründe.

Außerdem hat man fast überall in England allmählich eingesehen, daß die mißlichen wirtschaftlichen Zustände hauptsächlich darauf zurückzuführen sind, daß Deutschland sich in einer unmöglichen wirtschaftlichen Lage befindet.

Diese Meinungen werden jetzt nicht nur von der City, sondern auch von der Handelswelt und insbesondere auch der Arbeiterschaft vertreten, und zwar durch

<sup>3</sup> Es dürfte sich um eine Erklärung Lloyd Georges handeln, die dieser auf der englisch-italienischen Konferenz in Luzern am 21./22. August 1920 abgegeben hatte. In ihr hatte er auf der einen Seite Eingriffe in die inneren Verhältnisse Rußlands abgelehnt, auf der anderen Seite aber auch Berücksichtigung der Souveränität anderer Staaten durch die Russen gefordert. Siehe DBFP, First Series, Bd. VIII, S. 774f. Dazu findet sich eine Interpretation Schuberts vom 27. August 1920, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. III.

<sup>4</sup> Konferenz von Genua vom 10. April bis 19. Mai 1922, die in Cannes beschlossen worden war.

Vermittlung sehr hervorragender englischer Staatsmänner. Es ist weiter nicht verwunderlich, daß Lloyd George auf die Meinung dieser Leute Rücksicht nimmt. Meiner Ansicht nach hat die Politik des Kabinetts Wirth Lloyd George seine Stellungnahme bedeutend erleichtert und ihn dazu geführt, in den letzten Monaten stärker für dieselbe einzutreten. Die Entscheidung in der Oberschlesischen Frage war allerdings für uns eine große Enttäuschung; die Gründe für die Haltung Lloyd Georges in der Oberschlesischen Frage sind außerordentlich kompliziert. Nach sicheren Nachrichten aber dürfte feststehen, daß er selbst von der Oberschlesischen Entscheidung höchst unangenehm berührt war.

Im großen und ganzen läßt sich konstatieren, daß Lloyd Georges Politik gegenüber Deutschland sich in einer stetig steigenden, für uns günstigen Kurve bewegt hat, die nur gelegentlich durch ein Sinken nach unten unterbrochen wurde, das meiner Ansicht nach stets durch taktische Rücksichten bedingt war.

Herr Rathenau fand daher, wie oben gesagt, meines Erachtens in London einen sehr günstigen Boden vor, den er ausgezeichnet auszunutzen verstand. Diese Erkenntnis ist aber meines Erachtens außerordentlich wichtig. Denn die Erfolge, die Herr Rathenau erzielt hat, haben nur dann Wert, wenn sie im Zusammenhang mit der von Lloyd George seit 2 Jahren eingeschlagenen Politik betrachtet werden.

Wäre es anders und handelte es sich bei den Erfolgen des Herrn Rathenau nur um eine mehr oder weniger plötzlich eingetretene erfolgreiche Einwirkung, so wäre damit noch nicht viel gewonnen. Anders steht es, wenn man diese Erfolge im Rahmen einer konsequent durchgeführten und auf wahren Lebensnotwendigkeiten beruhenden englischen Politik betrachtet.

Nur dann wird man Rückschlägen mit Gleichmut entgegensehen können, die wohl sicher auch noch in Zukunft zu erwarten sein werden. Im Rahmen der Gesamtlinie werden sie keine Ausschlag gebende Rolle spielen. Wenn man aber der Ansicht ist, daß mit dem Auftreten des Herrn Rathenau gewissermaßen eine neue Epoche eingetreten ist, so wird man sie viel ernster beurteilen müssen.

Andererseits war das Auftreten des Herrn Rathenau in London deshalb außerordentlich wichtig, weil, eigentlich zum ersten Mal, ein bedeutender Sachverständiger mit englischen Sachverständigen zusammentraf. Das Fehlen einer solchen Zusammenkunft hatte sich in den vergangenen Jahren bereits oft sehr unliebsam fühlbar gemacht. Ich hatte bereits einmal von London aus vor beinahe 2 Jahren eine solche Zusammenkunft angeregt.<sup>5</sup> Vielleicht aber war es damals und überhaupt bis zum November v. J. noch zu früh für solche Besprechungen. Es fehlte bis dahin an der richtigen Atmosphäre, und nur in einer sehr wohl vorbereiteten Atmosphäre können solche Besprechungen mit Aussicht auf Erfolg geführt werden.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Am 27. April 1920, Schreiben Schuberts an Boyé, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., Bd. I. Aufz. Schuberts vom 3. August 1920 über ein Gespräch mit Spender von der Westminster Gazette: „Herr S. sieht vollkommen ein, daß sehr bald eine wirkliche internationale Zusammenkunft stattfinden müsse, um die wirtschaftlichen Fragen von Grund auf ernsthaft durchzuberaten.“ -Ebd., Bd. III.

<sup>6</sup> Schubert übermittelte Sthamer die vorliegende Aufz. am 23. Januar 1922 und bemerkte dazu: „Ich habe im Sinne dieser Aufzeichnung bereits kurz mit dem Reichskanzler gesprochen, der mir vollkommen beipflichtet. Ich hoffe, demnächst noch einmal Gelegenheit zu haben, mit Herrn Wirth und Rathenau eingehender über die Sache zu sprechen.“

Ich möchte noch hervorheben, daß nach meinen Nachrichten im November v. J. von der Befürchtung einer eminenten Gefahr eines Einmarsches in das Ruhrgebiet in England keine Rede war. Auch die Botschaft war nicht dieser Meinung.<sup>7</sup>

[eigenhändig:] Schubert

41

**Von Schubert an Botschafter Sthamer (gekürzt)  
Berlin, 14. Februar 1922**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 8.*

Vertraulich!

[...]¹

Andererseits müssen wir natürlich unbedingt versuchen, in möglichst natürlicher Weise zu Besprechungen mit den Engländern vor Genua zu gelangen. Wenn wir in Genua wieder einmal vor ein uns unbequemes *fait accompli* gestellt werden, so hat die ganze Sache für uns natürlich kaum einen Wert. Daß die Franzosen hierauf hinarbeiten, wird ja immer klarer.

Was die Frage einer Verständigung zwischen Russen und Franzosen anlangt, so hat heute eine hier veröffentlichte Meldung des Pariser Korrespondenten des „United Telegraph“ bedeutendes Aufsehen erregt, nach dem die Verhandlungen des Pariser Delegierten der Sowjetregierung Skobelew<sup>2</sup> mit der Französischen Regierung nunmehr zum Abschluß eines Vertrages mit beiden Staaten geführt hätte. Über den Inhalt dieses einstweilen geheim gehaltenen Vertrages verlautete bisher nur soviel, daß Frankreich sich verpflichte, die Sowjetregierung anzuerkennen, während diese die Kriegs- und Vorkriegsschäden übernehme. Die Sowjetregierung

---

Allerdings war Wirth, wie auch Haniel, mit Schuberts Gepflogenheiten, den Dienstverkehr mit der Botschaft London häufig auf privatbrieflichem Wege zu führen, so daß Informationen auch nur gefiltert weitergegeben wurden, nicht einverstanden. In einem hschr. Vermerk Haniels an Schubert vom 25. Dezember 1921 heißt es dementsprechend: „H[err] RK bittet die Botschaft London anzuweisen, daß die Berichterstattung – auch in politischen und geheimen Angelegenheiten – nicht in Form von Privatbriefen, sondern in dem üblichen amtlichen Berichtsform zu geschehen habe.“ Dazu auch eine Aufz. Schuberts vom 5. Januar 1922 über ein Gespräch mit Wirth und Haniel, in der er sein eigenwilliges Amtsgebaren mit den früheren Organisationsmängeln des AA begründet, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 7.

<sup>7</sup> Zu diesem Thema siehe Schreiben Sthamers an Schubert, 17. November 1921, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 5.

---

<sup>1</sup> Hinweis auf die demnächst erfolgende vorbereitende Unterrichtung für die Konferenz von Genua und die Bedeutung von Reparationsgesprächen mit Blackett unter Wahrung der Kontakte zum Foreign Office.

<sup>2</sup> Vgl. Bournazel, Rapallo: naissance d'un mythe, S. 66f.

verpflichte sich weiter, an Frankreich Aufträge an Waren und Industrie-Produkten im Werte von 8 Millionen Francs zu vergeben. Die endgültige Bezahlung dieser vorläufig von Frankreich kreditierten Waren solle auf Grund der Bestimmungen des Artikels 116 des Versailler Vertrages im Verrechnungswege für die in Rußland angerichteten Kriegsschäden durch Deutschland erfolgen.

Wir wissen noch nicht so recht, was wir aus dieser Meldung machen sollen. Herr von Maltzan glaubt zwar nicht daran, daß ein Vertrag schon unterschrieben worden sei, er befürchtet aber, daß die Verhandlungen zwischen Frankreich und Rußland doch schon zu positiven Ergebnissen geführt haben, etwa in dem in obiger Meldung wiedergegebenen Sinne.

Ich selbst kann auch an diese Möglichkeit immer noch nicht so recht glauben, wenn ich mir auch darüber klar bin, daß ich mich eventuell gründlich täusche. Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß es sich da um ein – allerdings gefährliches – Erpressungsmanöver handelt, mit dem die Russen gegenüber Frankreich und die Franzosen gegenüber Rußland und England operieren.<sup>3</sup>

Ich kann mir nicht denken, daß die Engländer einem solchen Vertrag ihre Zustimmung geben könnten, dessen Folgen für sie, besonders in der asiatischen Frage, höchst unbequem werden könnten. Ist dies aber der Fall, so kann ich mir weiter eigentlich nicht recht denken, daß die Franzosen den Abschluß eines solchen Vertrages ohne Englands Zustimmung riskieren würden.

Man muß allerdings in der Politik sämtliche Möglichkeiten berücksichtigen. Man könnte daher auf den Gedanken kommen, daß in der russischen Frage hinter den Kulissen eine französisch-englische Verständigung angebahnt worden ist oder angebahnt wird.

Aus der hiesigen englischen Botschaft ist wenig herauszubringen. Lord D'Abernon äußerte sich mir gegenüber kürzlich eher in dem Sinne, daß auch er mehr oder weniger an eine französische Chantage glaube. Vielleicht hat er mich aber an der Nase herumführen wollen, vielleicht war er auch nicht orientiert, wie er denn überhaupt in letzter Zeit über andere wichtige Fragen sich merkwürdig ununterrichtet zeigt.

[...]⁴

---

<sup>3</sup> Über eine drohende russisch-französische Zusammenarbeit hatte Schubert bereits am 23. Januar 1922 an Sthamer geschrieben: „Große Sorgen macht uns zurzeit Rußland. Wir haben gewisse Anzeichen dafür, daß die Franzosen Fühlung mit den Russen genommen haben. Auch wird behauptet, daß Poincaré besser zu den Russen stehe wie Briand. Ich glaube immer noch, daß die Franzosen in dieser Beziehung eine Chantage- und die Russen uns gegenüber eine Erpresser-Politik treiben. Aber es kann auch anders kommen und wir können vor der Tatsache stehen, daß Franzosen und Engländer sich mit den Russen auf unsere Kosten geeinigt haben.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 7.

<sup>4</sup> Bemerkungen über innenpolitische Schwierigkeiten Wirths.

**Von Schubert an den Industriellen Krupp von Bohlen und Halbach  
Berlin, 11. März 1922**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 8.*

Streng vertraulich!

Lieber Herr von Bohlen!

Sie müssen mich entschuldigen, wenn ich Sie im Drange der Not mit einer Angelegenheit behellige, die mir außerordentlich am Herzen liegt. Ich hatte sogar vor, den Versuch zu machen, Sie morgen in Essen persönlich aufzusuchen, mußte aber davon Abstand nehmen, da mich andere sehr wichtige Geschäfte zur Zeit in Berlin zurückhalten.

Es handelt sich um die Besetzung unseres Botschafterpostens in Washington. Ich habe heute gehört, daß in dieser Frage von den höchsten Stellen aus bereits mit Ihnen korrespondiert worden ist. Ich habe diese Korrespondenz leider nicht zu Gesicht bekommen. Ich möchte auch hervorheben, daß ich diesen Brief aus eigener Initiative schreibe und zwar aus folgenden Gründen.

Ich leite seit einigen Monaten unter anderem auch die amerikanische Abteilung des Auswärtigen Amtes. Ich glaube daher die Wichtigkeit beurteilen zu können, die zur Zeit unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika hat. Es werden demnächst eine Anzahl sehr wichtiger Fragen akut werden, von deren richtiger Behandlung außerordentlich viel abhängen wird.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Es ging vor allem um Anbahnung eines deutsch-amerikanischen Handelsvertrages; Schubert an Lang (Botschaft Washington), 28. Januar 1922: „Nach dem was mir Herr Bergmann sagte [Aufz. Schuberts, 23. Januar], erscheint es mir richtig, nunmehr in der Frage der Handelsvertragsverhandlungen mit den Amerikanern Föhlung zu nehmen. Wir müssen sonst befürchten, daß wir in Deutschland uns dem Vorwurf aussetzen, nichts getan zu haben. [...] Ich habe daraufhin Herrn Coffin [Aufz. Schuberts 24. Januar] zu mir gebeten und ihm gesagt, daß ich sehr gerne solche Besprechungen anfangen würde. Nur schien es mir richtig, daß die Besprechungen mit Wissen der hiesigen amerikanischen Botschaft stattfänden, da wir sonst der Botschaft gegenüber in eine schiefe Lage geraten würden. Herr Coffin sah dies vollständig ein und arrangierte ein Frühstück, das heute stattfand, an dem außer mir und ihm Herr v. Simson und der amerikanische Geschäftsträger Pennoyer teilnehmen.“ Dieser Brief behandelte ausführlich das Verhältnis zu den USA.-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 7. Aufz. Schuberts über das Frühstück, ADAP, Serie A, Bd. V, S. 537f. Über die erwähnte Unterredung mit Coffin am 24. Januar notierte Schubert u.a.: „Herr Coffin suchte mich heute auf und setzte mir auseinander, daß es seiner Ansicht nach notwendig sei, nunmehr die Anbahnung von Verhandlungen über einen deutsch-amerikanischen Handelsvertrag herbeizuföhren. Er war sich noch nicht recht klar darüber, wie dies geschehen könne. Er habe sich gedacht, daß er vielleicht in Verbindung mit Herren des Auswärtigen Amtes in ganz privaten Besprechungen eine Art Rahmen ausarbeiten könne, den er dann nach Washington schicken würde. [...] Er hob dabei hervor, daß weder er noch die hiesige amerikanische Botschaft bisher Instruktionen zur Einleitung von Vertragsverhandlungen erhalten habe. Es komme ihm etwa so vor, als ob jede der beiden Regierungen darauf warte, daß die andere den ersten Schritt



Es war mir von Anfang an klar, daß eine baldige Besetzung des Postens in Washington mit einem vollwertigen Botschafter von ausschlaggebender Bedeutung sein werde. Ich bin daher seit einigen Monaten ständig bemüht, den Reichsminister des Äußeren, der ja bei uns ziemlich häufig wechselt, sowie den Reichskanzler dazu zu bringen, eine geeignete Persönlichkeit auszusuchen und zu ernennen. Ich habe eine Anzahl Kandidaten in Vorschlag gebracht, von denen ich glaube, daß sie den notwendigen hohen Ansprüchen genügen würden. Bei den meisten dieser Kandidaten sind mir Bedenken entgegengehalten worden, die ich zum großen Teil nicht teilen konnte. Es war mir aber trotz größter Anstrengungen nicht möglich, diese Bedenken zu überwinden.

Da mir aber die Wichtigkeit der Frage immer klarer wurde, habe ich immer aufs Neue versucht, die genannten Stellen zu einer Entscheidung zu bringen; leider sind meine Bemühungen bis heute fruchtlos geblieben.

Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich Ihnen ganz vertraulich sage, daß die Sachlage allmählich einer Katastrophe zutreibt. Wir sind, wie ich ebenfalls ganz vertraulich bemerken möchte, zur Zeit in Washington ganz unvollkommen vertreten. Wenn nicht bald eine Persönlichkeit hinausgeht, die insbesondere mit unseren wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland genau Bescheid weiß, so kann ich jetzt schon mit Bestimmtheit voraussagen, daß wir ein Fiasko erleiden, wie es folgenswerer nicht gedacht werden kann. Ich könnte Ihnen mündlich hierfür die schlagendsten Belege liefern.

Nun höre ich, daß der Reichsminister den Wunsch hegt, Herrn Wiedfeldt zum Botschafter in Washington zu ernennen. Ich würde diese Wahl besonders begrüßen, da ich Herrn Wiedfeldt aus Versailles kenne und aus eigener Erfahrung bezeugen kann, daß er sich für den Posten in Washington in hervorragender Weise eignen würde.

Ich kann mir wohl denken, daß es Ihnen schwerfallen wird, Herrn Wiedfeldt zu entbehren. Ich möchte dabei aber hervorheben, daß es an sich nicht darauf ankommen würde, Herrn Wiedfeldt für eine Reihe von Jahren auf dem Posten in Washington zu belassen; es würde schon genügen, wenn er ein Jahr lang den Posten versehen würde, um über die nächste sehr wichtige und schwierige Zeit hinwegzukommen.

Fällt Herrn Wiedfeldts Kandidatur fort, so stehen wir nicht nur vor dem Nichts, sondern es würden, wie ich Ihnen ganz vertraulich bekennen muß, eventuell Kandidaturen in Frage kommen, von denen ich persönlich sehr wenig halte und die meiner Ansicht nach zu den schlimmsten Befürchtungen Veranlassung geben. Auch hier möchte ich nicht in den Verdacht kommen zu übertreiben: Ich könnte Ihnen mündlich auch hierüber Verschiedenes erzählen.

Ich möchte Sie daher auf das Inständigste bitten, Herrn Wiedfeldt wenigstens auf ein Jahr freizugeben. Ich bin mir vollkommen bewußt, daß dies ein großes Opfer für Sie bedeutet; ich möchte Sie aber auf das Herzlichste bitten, dieses Opfer zu bringen. Herr Wiedfeldt wird in Amerika eine außerordentlich wichtige Rolle zu spielen haben.

---

täte. Seiner Ansicht nach könne die Sache aber nicht länger in der Schwebe bleiben; für seine Tätigkeit brauche er jedenfalls bald eine Stabilisierung der Handelsbeziehungen durch einen formellen Vertrag.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 7.

Fällt, wie gesagt, diese Kandidatur fort, so weiß ich mir bei den hiesigen verworrenen Verhältnissen keinen Rat mehr.

Ich schreibe Ihnen dies alles aus der tiefen Besorgnis eines Mannes heraus, der seit anderthalb Jahren hier unter den größten Schwierigkeiten versucht hat, das Seinige dazu beizutragen, um gegen die ständigen Schwankungen unserer Politik und insbesondere auch unserer Wirtschaftspolitik anzukämpfen. Die größten Mißerfolge hatte ich dabei dadurch zu verzeichnen, daß ich darauf angewiesen war, mit Leuten zusammen zu arbeiten, die keinerlei Sachkunde und keinerlei Verständnis für die Aufgaben besaßen, die sie zu erfüllen hatten. In dieser Beziehung steht mir eventuell wieder einmal ein Mißerfolg bevor, wenn es jetzt nicht gelingt, einen Mann wie Wiedfeldt für Washington zu gewinnen.

Ich hoffe zuversichtlich, daß Sie meine Ausführungen würdigen und mich nicht im Stiche lassen werden. Denn Sie werden einsehen, daß ich ohne einen erstklassigen Botschafter in Washington hier nichts ausrichten kann, und Sie werden mir glauben, daß ich nach monatelangen fruchtlosen Bemühungen mich nicht zu diesem Brief entschlossen hätte, wenn ich nicht tatsächlich am Ende meines Lateins angekommen wäre.

Ich wäre Ihnen zu besonderem Danke verpflichtet, wenn Sie mir Ihre Antwort telegrafisch<sup>2</sup> nach der Kurfürstenstraße 134<sup>3</sup> mitteilen könnten.

Mit den aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr stets ergebener

<sup>2</sup> Krupp telegraphierte am 14. März 1922 an Schubert: „Wiedfeldt wird Mittwoch [, 15. März, im] Auswärtigen] [Amt] vorsprechen, um kurz bemessene besondere Mission zur Wiederanknüpfung der Beziehungen zu erörtern.“ Am 15. März hatte Schubert eine Unterredung mit Wiedfeldt, über die er folgendes festhielt: „Herr Wiedfeldt suchte mich auf und teilte mir mit, daß er nun als Botschafter nach Washington gehen werde. Er erzählte mir, daß mein Brief Herrn von Bohlen ‚umgekippt‘ habe. Herr von Bohlen habe sich in gewisser Weise bereits gegen seine Entsendung festgelegt gehabt, und Herr von Bohlen habe nicht recht gewußt, wie er aus dieser Sackgasse hätte herauskommen sollen. Mein Brief habe ihm eine goldene Brücke gebaut.“ Doch am 22. März mußte Schubert Rathenau mitteilen, daß Krupp am 21. erklärt habe, „daß er die Ernennung Wiedfeldts [am 21. März] für einen Fehler halte. Das, was Herr Wiedfeldt in Amerika tun könne, hätte auch ein Anderer machen können. Wiedfeldt sei hier unentbehrlich. Vor allen Dingen gehöre er nach Genua. [...] Ich hielt es daher für nötig, Herrn von Bohlen zu Gemüte zu führen, was eigentlich Amerika überhaupt für Europa und für uns bedeute und daß es absolut notwendig ist, festzustellen, worauf Amerika eigentlich hinaus will. Ferner setzte ich ihm auseinander, daß endlich einmal ein qualifizierter Sachverständiger in Amerika, das lediglich von französischer und englischer Seite beeinflusst würde, auseinandersetzt, was eigentlich die Lage Deutschlands sei. Ich habe mit anderen Worten von allen Einzelinteressen, deren Erledigung zwischen uns und Amerika schweben, gänzlich abstrahiert und versucht, Töne der ganz hohen Politik anzuschlagen. [...] Auch hiermit konnte ich Herrn von Bohlen nicht ganz überzeugen, der sich übrigens vielleicht garnicht überzeugen lassen wollte. [...] Ich würde es deshalb für außerordentlich zweckdienlich halten, wenn Sie in den nächsten Tagen Herrn Wiedfeldt und vielleicht auch Herrn von Bohlen über die hochpolitische Aufgabe aufklären könnten, welche Herr Wiedfeldt zu erfüllen hat.“-alle NL. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 8, dort auch weiteres Material; Dienstantritt Wiedfeldts in Washington 16. Mai. Siehe auch Krüger, Struktur, S. 131.

<sup>3</sup> Schuberts Privatadresse in Berlin.

**Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce  
Berlin, 13. März 1922**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 8.*

Streng persönlich!

Mein lieber Dufour!

Vielen Dank für Ihre letzten Nachrichten. Mit Herrn von Simson habe ich heute morgen erst kurz sprechen können; wir werden uns aber noch eingehend über seine Londoner Wahrnehmungen unterhalten.<sup>1</sup> Es ist ja schade, daß, technisch gesprochen, sein Aufenthalt in London eher ergebnislos war. Ich bin aber trotzdem, wenn er uns hier auch sehr gefehlt hat, recht froh, daß er einige Tage in London sich aufgehalten hat, da er auf diese Weise Gelegenheit fand, sich etwas mit der Londoner Atmosphäre bekannt zu machen.

Über die Ergebnisse der vergangenen Woche hier, kann ich Ihnen nichts berichten, da nicht viel vorgefallen ist. Der Minister ist leider außerordentlich überlastet und ich sehe mit Sorge, daß dadurch die Arbeit wieder zu leiden anfängt. Ich hoffe, daß hieran die Rückkehr Simsons mancherlei ändern wird.

Mit großer Sorge haben wir von der inneren Krise in England Kenntnis erhalten und von der immerhin in nähere Erscheinung tretenden Möglichkeit, daß Lloyd George eines schönen Tages verschwindet. Ich würde das für einen sehr schweren Schlag gegen uns halten und hoffe, daß dieses Ereignis in absehbarer Zeit doch vermieden werden wird.

Sehr viel Sorge macht mir auch die Stellungnahme Amerikas, indem sie, was die allgemeinen Fragen anlangt, reichlich undurchsichtig ist, und indem ferner die Fragen, die uns besonders interessieren, z.B. die Frage des [im Ersten Weltkrieg beschlagnahmten] deutschen Eigentums usw., nur sehr langsam oder in letzter Zeit sogar garnicht vorwärts kommen.

---

<sup>1</sup> Über die Besprechung im Board of Trade am 10. März zur Vorbereitung der Konferenz von Genua Aufz. Simsons vom 13. März 1922; ADAP, Serie A, Bd. VI, S. 23-25. Vorausgegangen war der Besuch Bergmanns und Kempners in London, über den Kempner nach seiner Rückkehr am 26. Februar 1922 Schubert berichtete. Siehe dessen Aufz. vom 27. Februar.-Nl. Schubert, Privatbriefe, Bd. 8. Neben der Sondierung der Lage in bezug auf die Voraussetzungen der Genua-Konferenz waren der Zweck der Reise Bergmanns und Kempners die sog. Syndikatsverhandlungen, die am 25. Februar zu Rahmenvereinbarungen und einer Satzung für das zu gründende europäische Wirtschaftskonsortium führten, das sich zunächst vor allem auf Sowjetrußland konzentrieren sollte, aber wegen des Rapallo-Vertrags und des Scheiterns der Genua-Konferenz nicht verwirklicht wurde. Beteiligt waren Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Japans, Dänemarks und Deutschlands sowie inoffizielle der USA. – Weiteres in: Sammlung von Material für die Konferenz in Genua, Ergänzungsband 2, S. 9-51. Schubert beurteilte im Brief an Dufour vom 27. Februar 1922 das Konsortium als wirtschaftlich und technisch schwierig, aber politisch gut für Deutschland.-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 8 (dort weiteres Material).

Heute will ich nur noch schnell einige wenige Spezialfragen berühren.

Wenn sie meine offene Ansicht über Ihr evtl. Urlaubsgesuch vom 1. bis 15. April wissen wollen, so muß ich allerdings sagen, daß ich sehr schwere Bedenken habe, wenn Sie gerade in dieser Zeit von London abwesend sind. Nach allem, was wir hören, scheint ja tatsächlich die Konferenz am 10. April [in Genua] beginnen zu sollen; ich halte es aber auch nicht für ausgeschlossen, daß sie abermals verschoben wird. Ich würde unter allen Umständen raten, daß Sie Ihren Urlaub nicht antreten, bevor die Konferenz in Genua tatsächlich angefangen hat. Ich glaube auch sicher, daß andernfalls auch der Reichsminister Bedenken haben würde.

Anders würde die Sache natürlich nur dann liegen, wenn Sie den Urlaub absolut nötig haben. Ich habe am eigenen Körper erfahren, daß es ein Unsinn ist, sich bis zur absoluten Erschöpfung herunterzuarbeiten. In diesem Falle ginge natürlich Ihre Gesundheit vor.

[...]<sup>2</sup>

Ich möchte vorläufig nur mit ganz wenigen Worten auf Ihre ständigen Wünsche<sup>3</sup> eingehen, der Botschaft Gelder für eine größere Aufklärungstätigkeit zur Verfügung zu stellen. Sie haben mich im Verdacht, daß ich es gewesen bin, der ein Eingehen auf Ihre Wünsche verhindert hat. Darin haben Sie bis zu einem gewissen Grade vollkommen recht und ich will Ihnen offen gestehen, daß meine Haltung durchaus vorbedacht war und auch in Zukunft sein wird.

Ich habe allerdings nichts direkt verhindert, sondern ich habe vielmehr mich für Ihre Wünsche nicht in vollem Umfange aktiv eingesetzt, denn nur so hätte unter gewissen Umständen etwas geschehen können.

Immerhin aber habe ich die Sache durchaus nicht liegen lassen, sondern sie ständig auf das Genaueste verfolgt und auch bis zu einem gewissen Grade lebendig erhalten. Gewisse Vorbereitungen sind auch bereits getroffen worden.

Ich stehe dem Gedanken einer auf absolut gesunder Basis stehenden Aufklärungstätigkeit selbstverständlich durchaus sympathisch gegenüber. Ich muß Ihnen aber ganz offen und ehrlich gestehen, daß ich mit der Art und Weise, wie Sie sich zu der Ausführung dieses Gedankens stellen, durchaus nicht einverstanden bin und daß ich insbesondere die verschiedenen Pläne, die Sie bisher hier vorgelegt haben, als sehr unzureichend und z.T. höchst gefährlich ablehnen muß. Sie müssen es mir nicht verübeln, lieber Freund, wenn ich solche Pläne auf Grund meiner wirklich sehr reichhaltigen Erfahrung auf diesem Gebiete nicht billigen kann. Ich habe zu oft miterlebt, wie solche Pläne in der übelsten Weise mißlungen sind, um mir nicht ein durchaus maßgebendes Urteil in dieser Beziehung anmaßen zu können.

<sup>2</sup> Scharfe Kritik Schuberts am „ungeheueren Umfang“ geheimer Mittelsmänner, Informanten und Auslandsbeeinflussung; es sei „ganz unverantwortlich, welche gewaltigen Summen wir für nichts und wieder nichts zum Fenster hinausgeworfen haben“.

<sup>3</sup> Briefe Dufours u.a. vom 11. Februar – Schubert möge einmal von seinem Prinzip „keine Propaganda“ abgehen – (Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 7), 9. u. 30. März (ebd., Bd. 8) sowie Sthamers vom 4. April 1922 (ebd., Bd. 9). Es ging vor allem um Aufklärung über Deutschland und Werbung für die Ziele der Reichsregierung mit Hilfe verdeckten Erwerbs von Presseorganen und Bezahlung von Journalisten.

Sie müssen mir auch nicht vom „grünen Tische“ reden, wie Sie dies in einem Ihrer Briefe getan haben. Ich glaube, daß es kaum einen Beamten im Auswärtigen Amt gibt, dem so wenig der Vorwurf gemacht werden kann, daß er Theoretiker oder Bürokrat ist, wie mir. An diesem glücklichen Zustande sind in erster Linie Sie schuld, da Sie mich, wie kein anderer, ständig auf dem Laufenden erhalten haben und mir eine lebendige Anschauung der Verhältnisse in London gewährleisten. Dazu kommt aber, daß ich hier wirklich in sehr lebhaftem Verkehr mit allen möglichen Ausländern und solchen Leuten stehe, die mein Bild vom Auslande von Tag zu Tag neu beleben. Ich glaube mich daher von jeder Bürokratie fern gehalten zu haben.<sup>4</sup>

Sie haben ja über diese Sache auch mit Simson gesprochen und dieser hat mir bereits eine Unterredung über das Thema angekündigt.

Glauben Sie nicht, daß ich die Sache unnötig in die Länge ziehen will. Ich habe die Absicht, das ganze Material, daß Sie uns in den vergangenen Monaten hierher geschickt haben, in den nächsten Tagen zusammen[zustellen] und dann auch erneut Herrn von Haniel mit der Sache zu befassen. Ich kann Ihnen aber jetzt schon ganz offen sagen, daß Sie erst dann eine beträchtliche Summe erhalten werden, wenn wir uns mit Ihnen über die Art und Weise Ihrer Verwendung ganz klar geeinigt haben werden, und diese Verwendung, das sage ich Ihnen schon jetzt, darf nicht auf der Basis solcher Pläne erfolgen, wie sie bis jetzt hier vorgelegen haben.

Auch zur Regelung dieser Sache wäre es sehr gut, wenn wir sie einmal mündlich besprechen könnten. Es wird mir sehr leicht fallen, Sie von der Richtigkeit meines Standpunktes zu überzeugen.

Übrigens möchte ich Sie zur Befriedigung kleinerer Bedürfnisse auf den allerdings kleinen Geheim-Fond hinweisen, den ich während meiner Anwesenheit in London von Herrn von Haniel erbat und erhielt. Ich habe zu meiner Verwunderung nie von einem Antrag gehört, der auf die Aufstellung dieses Fonds hinauslief. Existiert er eigentlich noch?

Im übrigen hoffe ich, daß Sie mir meine offenen Worte nicht übelnehmen werden. Ich habe, glaube ich, in der vergangenen Zeit den Beweis geliefert, daß es mein aufrichtiges Bestreben ist, der Botschaft zu helfen, wo ich nur immer kann. Ich handelte aber wie ein Schuft, sowohl Ihnen, als auch dem allgemeinen Interesse des Reiches gegenüber, wenn ich ohne weiteres Pläne unterstützte, von deren Undurchführbarkeit und Gefährlichkeit ich unbedingt überzeugt bin. Ich täte Ihnen Gott weiß damit einen sehr schlechten Gefallen! Ich habe es daher auch jetzt für meine Pflicht gehalten, Ihnen selbst auf die Gefahr Ihrer allerhöchsten Mißgunst hin das zu sagen, wovon ich überzeugt bin.

Sie werden aber im übrigen sicher im Verlauf von ungefähr einer Woche noch einmal auf amtlichem Wege und ausführlicher in der Sache von mir hören.

Mit herzlichsten und aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr stets getreuer

---

<sup>4</sup> Noch schärfer im Brief an Dufour vom 13. März 1922: „Ich glaube, daß es kaum einen Beamten im Auswärtigen Amt gibt, dem so wenig der Vorwurf gemacht werden kann, daß er Theoretiker und Bürokrat ist, wie mir.“-Ebd., Bd. 8.

## Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichsminister Rathenau Berlin, 17. März 1922

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 8.<sup>1</sup>*

Ich sagte ihm heute, ich habe gehört, daß er eine Demarche bei der Entente in der Reparationsfrage vor Genua<sup>2</sup> vor habe; er müsse es mir nicht übelnehmen, wenn ich ihm ganz offen sagte, daß ich wegen einer solchen Demarche die schwersten Bedenken habe.

Er setzte mir zunächst seinen Plan ungefähr folgendermaßen auseinander. Er will 10 Tage vor Genua, also am 1. April, eine Note an sämtliche Alliierten senden, in der auseinandergesetzt wird, was wir bereits mit den Reparationen geleistet haben und daß wir jetzt am Rande unserer Kräfte angelangt sind und nichts mehr weiter leisten können. Daran wird das Petikum geknüpft, daß im Anschluß an die Konferenz von Genua eine Konferenz der Beteiligten sich anschließen solle, auf der das Reparationsproblem gründlich besprochen wird.

Auf seine Frage, worin meine Bedenken beständen, erwiderte ich, daß die Engländer zwangsläufig genötigt seien, auf eine gründliche Revision des Reparationsplanes hinzuarbeiten. Sie hatten sich davon überzeugen müssen, daß es nicht möglich gewesen war, eine Besprechung hierüber in Genua ohne weiteres herbeizuführen. Hätten sie darauf den Franzosen gegenüber bestanden, so hätten sie riskiert, daß durch das Fernbleiben der Franzosen Genua ins Wasser fallen würde.<sup>3</sup> Dies könnte Lloyd George schon aus innerpolitischen Gründen nicht riskieren und daher müßte er sich zunächst, um Genua zu retten, damit begnügen, auf das eher vage von den Franzosen verlangte Programm von Genua einzugehen. Ich vertrat aber die Meinung, daß sich in der Atmosphäre von Genua auf englischen Druck von selbst die Notwendigkeit herausstellen werde, über das Reparationsproblem noch einmal gründlich zu sprechen. Auf der Konferenz von Genua selbst müsse dann die Anregung zu einer weiteren Reparationskonferenz der beteiligten Nationen ergehen.

Er bestritt, daß die Sache so verlaufen würde. Es werde ganz anders kommen. Man werde auf der Genueser Konferenz sehr bald feststellen, daß bei derselben nichts Vernünftiges herauskommen werde. Die Folge werde sein, daß die Hauptdelegierten nach und nach degoutiert Genua verlassen würden. Unter anderem Lloyd George, der dann endgültig erledigt sei. Zunächst würden übrigens 14 Tage lang die Russen das große Wort führen. Lenin werde große Reden schwingen, und daneben würden wir eine klägliche Rolle spielen. Ferner werde die Kleine Entente mit unzähligen Reden die Konferenz anfüllen.

<sup>1</sup> Hschr. Überschrift: „Gespräch mit W. R.“

<sup>2</sup> Konferenz von Genua vom 10. April bis 19. Mai 1922.

<sup>3</sup> In einem Gespräch am 14. Februar hatte Schubert zu optimistische Erwartungen, die Rathenau in die neue Regierung Poincarés setzte, gedämpft; Aufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 8.

Auf meine Einwendung, daß es doch sehr gut sei, wenn Lloyd George auf der Konferenz von Genua die weitere Konferenz anrege, erwiderte er, dann gehe der große Eindruck unseres Pronunciamento über unsere Reparationsleistungen verloren. Auf dieses Pronunciamento lege er den größten Wert.

Überhaupt müßten wir jetzt endlich in der Reparationsfrage von der Defensive zur Offensive übergehen. Das sei die Hauptsache. Die ganze Frage sei eine Frage der Atmosphäre, die richtig beurteilt werden müsse. Nach seinen Erfahrungen – er gab mir einige Beispiele in Bezug auf Frankreich, Belgien und Italien – sei unsere Stellung garnicht so schwach. Er glaube daher, daß wir schon etwas riskieren könnten. Das müßten wir auch schon aus innerpolitischen Gründen. In letzterer Beziehung würde die von ihm beabsichtigte Demarche eine große Entlastung bringen.<sup>4</sup>

Außerdem sei noch Folgendes zu bedenken. Wenn wir nichts machten und Genua gehe schief, so werde die auf das Kabinett Rathenau-Wirth folgende Regierung doch einmal gezwungen sein, einen starken Schritt in der Reparationsfrage zu unternehmen. Wenn aber Herr Stresemann mit seinen Leuten diese Aktion unternehme, so könne ich mir ungefähr denken, was daraus würde.

Ich wandte dann noch ein, daß wir wahrscheinlich auf unsere Demarche eine identische Note der Alliierten erhalten würden und zwar auf französischen Druck, in der unser Ansinnen zurück gewiesen wird. Auf diese Weise werde Genua noch töter gemacht, als es jetzt schon sei.

Er wies diese Möglichkeit durchaus nicht von der Hand, meinte aber, daß auch damit dann nicht das Fehlerhafte der Demarche erwiesen sein würde. Er versprache sich davon vielmehr an sich keinen Schaden: Immerhin sei dann der Welt einmal klar gestellt worden, was wir geleistet hätten und daß wir nichts mehr weiter leisten könnten.

Er gab zu, daß der von ihm beabsichtigte Schritt kühn, oder, wie er sich ausdrückte, frech sei. Wir benähmen uns dabei etwa wie unartige Kinder. Seiner Ansicht nach aber könnten und müßten wir dies riskieren. Die Hauptsache sei, daß wir zur Offensive übergingen.

Übrigens habe er einen Eideshelfer, wenn er auch nicht allzuviel auf ihn gäbe, nämlich Lord D'Abernon, der sich mit seinem Vorgehen einverstanden erklärt habe. Er (R)<sup>5</sup> hob immer wieder hervor, daß wir zu Grunde gehen würden, wenn wir nicht jetzt aktiv vorgingen.

Zum Schluß sagte er mir, es werde mir sehr schwer fallen, ihn von der Unrichtigkeit seines Standpunktes zu überzeugen. Er sei aber für jede andere gute Idee zugänglich, die ich ihm etwa bringen würde.

Sch[ubert]

---

<sup>4</sup> Vgl. dazu Rathenaus Ausführungen im Kabinett am 24. März 1922, AR, Kab. Wirth I u. II, Bd. 1, S. 629-31, 636-38.

<sup>5</sup> Von Schubert hschr. in die Lücke eingefügt.

**Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce (gekürzt)**  
**Berlin, 3. April 1922**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 9.*

[...]¹

Hier wird zur Zeit mit Hochdruck gearbeitet, um die Vorbereitungen für Genua fertigzustellen. Sogar am gestrigen heiligen Sonntag habe ich hier mit anderen Leidensgefährten 4 Stunden im Amt verbringen müssen. Man versucht, sich auf sämtliche Eventualitäten vorzubereiten, was natürlich keine leichte Aufgabe ist.<sup>2</sup>

Zur Zeit sind auch die Russen<sup>3</sup> hier und wir versuchen, mit ihnen für Genua in einen gewissen geistigen Kontakt zu kommen. Das hat natürlich sein Gutes, aber mir ist die Sache etwas unheimlich, denn nach den früheren Erfahrungen traue ich den Russen nicht über den Weg. Bisher haben sie es immer noch verstanden, uns hineinzulegen.<sup>4</sup>

[...]⁵

<sup>1</sup> Interna des Dienstbetriebs.

<sup>2</sup> Im Zuge seiner Anstrengungen, einen Kontakt mit der britischen Regierung über die Vorarbeiten für Genua herzustellen, hatte Schubert am 27. März 1922 an Sthamer geschrieben: „Was sollen wir eigentlich jetzt noch in Genua? Es ist uns immer vorgemacht worden, daß die Beratungen zwischen den französischen, englischen usw. Sachverständigen für Genua in London keine allzu große Bedeutung hätten. Das scheint mir aber doch eine recht gewagte und irreführende Behauptung zu sein. Denn wenn man jetzt in der Zeitung liest, was die guten Leute in London alles über ihre Pläne gegenüber Rußland festsetzen, so muß man sich doch sagen, daß solche Abmachungen auf eine festgefügte vorherige Verabredung unter der Entente hinauslaufen. Danach scheint eben doch die Entente die Absicht zu haben, mit einem festen gegenseitig vereinbarten Programm nach Genua zu gehen, das uns dann freundlicherweise zur Kenntnis vorgelegt wird.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 8. Siehe auch PA, St.S. Ye.

<sup>3</sup> Die russische Delegation für Genua unterbrach Anfang April 1922 ihre Anreise in Berlin, um dort konkrete politische und wirtschaftliche Vereinbarungen zum Abschluß zu bringen. Dabei wurde der später so genannte Rapallo-Vertrag weitgehend ausgehandelt. Siehe Wiedenfeld an Rathenau, 27. März 1922, ADAP, Serie A, Bd. VI, S. 68f., Aufzn. Maltzans vom 3. und 4. April, ebd., S. 78f., 79f., Maltzans Aufz. vom 4. April, ebd., S. 84f.

<sup>4</sup> Auch gegenüber D'Abernon hatte Schubert – Aufz. vom 13. Februar 1922 – angesichts des Radek-Besuchs vor „teuflischen Plänen“ der Russen gewarnt; Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 8.

<sup>5</sup> Schubert bemerkt abschließend, daß Sthamer von seiner Seite nichts mitzuteilen sei, da die „Sachen eben noch sehr im Fluß sind“.



**Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce (gekürzt)**  
**Berlin, 8. April 1922**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 9.*

Geheim!

Mein lieber Dufour!

[...] <sup>1</sup> Nun wünsche ich Ihnen denn alles Gute für Ihre Tätigkeit in Genua. <sup>2</sup> Ich wünschte, es käme etwas dabei heraus. Vorläufig kann ich leider noch nicht so recht daran glauben. Die Mitteilungen Ihres ganz geheimen Berichts vom 6. April lauten, bei Licht besehen, nicht gerade sehr hoffnungsfreudig. [...] <sup>3</sup> Was nützen uns ferner die schönen Redensarten Blacketts, wenn er uns immer wieder vertröstet und in der Zwischenzeit nicht nur wir, sondern auch die andern Länder zugrunde gehen. Die Lage ist doch etwas ernster als wie beim Pokerspiel, und wenn Blackett immer noch nicht eingesehen hat, daß eine „behutsame“ Behandlung Frankreichs nicht zum Ziel führen kann, und wenn er dann weiter äußert, Deutschland solle sich wegen der hohen Forderungen der Reparationskommission doch nicht beunruhigen, <sup>4</sup> so sind das ganz traurige und wertlose Floskeln, die um so schwerer wiegen, als sie von einer uns doch angeblich sehr wohlgeneigten Seite kommen. Gnade uns Gott, wenn die Engländer sich darauf beschränken wollen, die außerordentlich gerissenen und zielbewußten Franzosen mit solchen törichten Redensarten zu bekämpfen. Hoffentlich gelingt es dem Minister, den Engländern endlich einmal klar zu machen, um was es sich eigentlich handelt, nämlich: den Ausbruch einer Weltkatastrophe zu verhindern, die jeden Moment ausbrechen kann. Es ist damit genau so, wie mit dem Weltkriege. Jeder einsichtige Mann sah ihn in den Jahren 1913 und 1914 kommen. Jeder sprach sehr klug von dem fürchterlichen Ereignis, das über die Welt hereinbrechen könnte. Aber niemand tat etwas Tatkräftiges, um diesem Ereignis vorzubeugen. Plötzlich war es da, und alle klugen Leute behaupteten sehr

<sup>1</sup> Schubert gratulierte Dufour, daß er Gelegenheit habe, nach Genua zu fahren.

<sup>2</sup> Sthamer hatte am 30. März 1922 in einem Brief an Rathenau von einer Anregung der Vertrauensleute Dufours in der britischen Regierung berichtet, Dufour – offensichtlich „für vertrauliche Zwecke“ – nach Genua zu schicken. Nach Rücksprache mit Schubert, von dem die Formulierung stammte, telegraphierte Rathenau am 3. April nach London: „Offizielle Zuteilung Dufours zur Delegation nicht ratsam. Anheimstelle aber, daß er sich während Konferenz in privater Eigenschaft in Genua oder nahebei aufhält. Kosten würde Staat tragen.“-PA, St.S. Ye. Siehe auch Dufours Schreiben an Schubert vom 1. u. 6. April 1922, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 9.

<sup>3</sup> Schubert ging weiter auf den erwähnten Bericht ein.

<sup>4</sup> Es handelt sich um die Noten der Reparationskommission vom 21. März 1922, die zwar das Zahlungsmoratorium von Cannes bestätigten, aber darüber hinaus auch eine Finanzkontrolle des Reichshaushaltes verlangten. Die Noten sind gedruckt in: Aktenstücke zur Reparationsfrage vom Mai 1921 bis März 1922, Berlin 1922, S. 157-60, S. 162-68. Zur deutschen Reaktion siehe AR, Kab. Wirth I u. II, Bd. 1, S. 623-49.

weise, sie hätten es ja vorher gewußt. Genau so kann es mit dem ökonomischen Zusammenbruch Europas kommen, von dem jetzt soviel gesprochen wird, ohne daß etwas Wirkliches geschieht. Es bedarf jetzt zur Herbeiführung dieses Ereignisses nicht des Mordes eines Erzherzogs. Aber lassen Sie einmal in einem der Weltstaaten eine große Bank zusammenkrachen, was schließlich nicht so sehr außer dem Bereich der Möglichkeiten liegt, dann kann ein solcher Krach auf wirtschaftlichem Gebiet eventuell dieselben Wirkungen auslösen, als seinerzeit auf politischem der erwähnte Mord. Dann wird es auch wieder viele Schlaue geben, die alles vorausgesagt haben!

Der Schlüssel der Situation liegt bei Frankreich.<sup>5</sup> Alle Welt ist darüber einig, daß das Wirtschaftsleben der Welt in Ordnung kommen könnte, wenn die Franzosen nicht so verrückt wären. Wir können mit den Franzosen nichts anfangen, denn wir sind ihnen unter Mithilfe der Engländer auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Aber die anderen Großmächte könnten, wenn sie wollten, in erster Linie das Großbritannische Weltreich. Nur müßten die braven Engländer endlich aufhören, mit klugen oder törichten Redensarten um sich zu werfen, und endlich einmal etwas Entscheidendes gegen Frankreich unternehmen. England hätte, wenn es gewollt hätte, den Weltkrieg verhindern können. England ist in erster Linie dazu berufen, durch Einwirkung auf Frankreich den Ausbruch der Weltkatastrophe zu verhüten. England sollte also endlich handeln, anstatt die Dinge laufen zu lassen, sonst geht es selbst mit zugrunde. Das sollte es sich endlich klar machen, anstatt sich darauf zu beschränken, uns durch den Mund angeblich wohlmeinender Freunde ständig mit labbrigen Redebonbons zu füttern und im Grunde garnichts zu tun.

Mit herzlichsten und aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr stets getreuer  
[...]<sup>6</sup>

47

**Von Schubert an Botschafter Sthamer  
Berlin, 24. April 1922**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 9.*

Ganz geheim und streng persönlich!

Hochverehrter Herr Sthamer!

Ich habe aus Ihrem Telegramm ersehen, daß Sie mit Recht sehr ungehalten waren, weil Sie über die Beurteilung der neuesten Ereignisse in Genua ohne Nach-

<sup>5</sup> Dazu auch Dufour an Schubert vom 7. April 1922; Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 9.

<sup>6</sup> Schubert sandte einen Brief von Bergmann zurück.

richt geblieben sind.<sup>1</sup> Die Schuld liegt nicht an uns; auch wir hatten zunächst wenig mehr aus Genua gehört als in den Zeitungen zu lesen war. Ich habe dafür gesorgt, daß die erste und einzige authentische Interpretation des deutsch-russischen Vertrags-Abschlusses, die wir erhielten, sofort telegrafisch an Sie weitergegeben worden ist.<sup>2</sup>

Heute ist Herr von Simson aus Genua auf 24 Stunden hier eingetroffen, um dem Reichspräsidenten und im Kabinett Bericht zu erstatten. Ich habe ihn nur sehr kurz sprechen können. Aus dem, was er erzählte, schien ja aber hervorzugehen, daß er dem, was wir bereits wissen, nur noch wenig hinzufügen kann.<sup>3</sup>

Die Sachlage scheint, in drei Worten zusammengefaßt, die gewesen zu sein, daß wir aus augenscheinlich guten Quellen immer beunruhigendere Nachrichten über die guten Fortschritte erhielten, welche die Verhandlungen zwischen den Alliierten und den Russen machten. Es war zu befürchten, daß diese Verhandlungen auf ein Abkommen herausliefen, das uns in hohem Grade schädlich war. Dabei ist nicht von ausschlaggebender Bedeutung, ob wir vor dem formellen Abschluß dieses Abkommens noch Gelegenheit bekommen hätten, in irgendeiner Kommission uns dazu zu äußern. Denn es ist klar, daß sich dann die anderen festgelegt gehabt hätten, trotz unseres Einspruches nicht von ihrer Absicht abgegangen wären und daß wir schließlich vergewaltigt worden wären.

Als daher am Sonnabend abend vor Ostern<sup>4</sup> unsere Delegation anscheinend aus sicherer Quelle erfuhr, daß das Abkommen zwischen den Alliierten und den Russen unmittelbar vor dem Abschlusse stände, entschloß sich unsere Delegation, ihrerseits mit den Russen sich ins Einvernehmen zu setzen und den Vertrag zu zeichnen, der, wie den Alliierten wohl bekannt sein mußte, schon lange vorbereitet war.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Aber Dufour hatte am 10. April 1922 einen ausführlichen Bericht für Sthamer verfaßt, den er nach Berlin schickte mit der Bitte, ihn nach London weiterzuleiten. Mit weiteren Briefen vom 11. u. 12. April verfuhr er ebenso, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 9. Dufour schrieb darüber am 6. Mai 1922 an Sthamer: „Ich bin mir wohl bewußt, meine Korrespondenz mit ihnen vollkommen vernachlässigt zu haben und hoffe, daß Sie die Güte haben werden, mir dies freundlichst zu verzeihen. Die Gründe sind verschiedene. Die Ereignisse haben sich hier überstürzt, zumal in den ersten 2 Wochen nach meinem letzten Briefe. [...] Dann ist es mir schwer gefallen, mich mit dem deutsch-russischen Rapallo-Vertrag zu befreunden und ich gestehe, daß ich bis vor kurzem so deprimiert war, daß ich wahrscheinlich unvernünftiges Zeug geschrieben haben würde, wenn ich Ihnen brühwarm berichtet hätte. Der Bruch mit den Engländern war so groß, daß ich 10 Tage lang die Befürchtung hatte, unsere zweijährige Londoner Arbeit wäre ganz zum Teufel.“ Über die Vorgänge seit dem 12. April siehe auch die kritischen Ausführungen Dufours vom 18. April 1922 an Schubert; ebd., Bd. 10.

<sup>2</sup> Siehe dazu die Sprachregelung Rathenaus vom 18. April 1922 über den Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922, ADAP, Serie A, Bd. VI, S. 134 Anm. 8.

<sup>3</sup> Zu den Vorgängen, die zum Abschluß des Vertrages von Rapallo führten, siehe die undatierte Aufz. Maltzans, ADAP, Serie A, Bd. VI, S. 122-30. Siehe ebenso die oben Anm. 1 erwähnten Briefe Dufours.

<sup>4</sup> 15. April 1922.

<sup>5</sup> Vgl. dazu auch Aufz. Schuberts über Simsons Darstellung des Ablaufs gegenüber Haniel vom 24. April 1922, in der es heißt: „Bei dem Einwurf von Herrn Haniel, wieso denn die Russen plötzlich gedrängt hätten, mit uns in Verhandlungen einzutreten, nachdem sie ihr Abkommen mit den Alliierten nahezu unter Dach und Fach gebracht hatten, entgeg-

Den Engländern ist zu wiederholten Malen durch Maltzan und andere Delegierte auseinandergesetzt worden, daß das geplante Alliierten-Abkommen Punkte enthalte, die für uns die schädlichsten Folgen haben müßten. Die Engländer, mit denen unsere Delegierten sprachen, haben zwar behauptet, daß sie persönlich dies einsähen, [sie] könnten aber keinerlei wirklich beruhigende Versicherung abgeben.

Herr Rathenau hat verschiedentlich versucht, mit Lloyd George zusammen zu treffen, der ihn aber jedesmal auf später vertröstete.

Außerdem ist, wie Herr von Simson versichert, den Engländern und Italienern öfters klar gemacht worden, daß wir, wenn die Sache so weiter gehe, gezwungen sein würden, unsererseits uns mit den Russen zu verständigen.

Hieraus erhellt, daß unsere Behauptung, daß die Alliierten versucht haben, hinter unserem Rücken zu einem schädlichen Abkommen mit den Russen zu gelangen, trotz aller Dementis richtig und daß andererseits die Behauptung der Alliierten, daß wir ohne vorherige Warnung heimtückischerweise ganz plötzlich hinter ihrem Rücken mit den Russen uns geeinigt hätten, in dieser konkreten Form falsch [ist].

Ganz für meine Person und streng vertraulich möchte ich sagen, daß ich von der Nachricht, daß wir mit den Russen abgeschlossen hätten, außerordentlich beunruhigt und erschreckt worden bin. Ich fürchtete, daß wir es dadurch mit den Engländern verschütten würden, auf die es uns doch insbesondere wegen der Regelung der Reparationsfragen in erster Linie ankommen muß. Ferner hatte ich die Besorgnis, daß die Atmosphäre in Genua derartig vergiftet werden würde, daß man noch weniger von ihr erwarten könnte, als dies schon ohnedies der Fall war. Endlich aber befürchtete ich, daß Lloyd Georges Stellung durch dieses Ereignis endgültig erschüttert werden würde, was doch ebenfalls unseren Interessen nicht entspricht. Außerdem aber war zu besorgen, daß die Franzosen zwar bis zu einem gewissen Grade in der russischen Sache nachgeben, dafür aber desto schroffer den Engländern gegenüber in der Reparationsfrage und den übrigen uns noch sicher berührenden Angelegenheiten auftreten und auf diesem Gebiete empfindliche Kompensationen fordern würden.

---

nete Herr von Simson, die Russen hätten garnicht gedrängt: die Initiative, mit den Russen nunmehr in Verhandlungen zu treten, sei von uns ausgegangen. (!) Herr von Simson sagte ferner ganz vertraulich, daß es Herr Wirth gewesen sei, der mit großer Entschiedenheit für den Abschluß mit den Russen eingetreten sei und nicht Herr Rathenau. Als er am Sonntag mit Herrn Rathenau nach Rapallo gefahren sei, habe Wirth ihm gesagt, wenn Herr Rathenau das Abkommen nicht unterzeichnen wolle, dann solle er ihn dies wissen lassen, dann werde er nach Rapallo fahren und das Abkommen selbst unterzeichnen. (!) Herr von Simson fügte hinzu, daß allerdings er und Maltzan Herrn Wirth zugeraten hätten, mit den Russen abzuschließen. (!) "Ausrufungszeichen so in der Aufz., Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 9. Siehe außerdem Schuberts Kommentierung der „Ausführlichen Aufzeichnung“ Maltzans vom 17. April durch rote Randzeichen, ebd.; ferner sein späteres Gespräch mit Maltzan und seine Aufz. vom 1. Mai – ebd., Bd. 10 – über Nachrichten Prüfers aus Genua: Es habe eine „Hurrastimmung“ über eine endlich wieder aktive Politik in der Delegation geherrscht, nur Dufour habe Bedenken gehabt und Rathenau die Rücknahme des Vertrags erwogen, woraufhin Maltzan energische Vorstellungen bei Rathenau und Wirth erhoben und betont habe, das Kabinett müsse dann zurücktreten. Die Konferenz werde von Maltzan beherrscht. Weiteres interessantes Material über die Genua-Konferenz in den zitierten Bänden.

In wie fern sich meine Befürchtungen bewahrheiten werden, steht dahin. Vorläufig scheint ja die Konferenz weiterzugehen, aber ich glaube wirklich nicht, daß noch etwas Gesundes herauskommen kann.

Ob es wirklich nötig war, mit den Russen abzuschließen, ist natürlich außerordentlich schwer zu sagen. Vorläufig sieht es jedenfalls nicht so aus, als ob sich die Alliierten, insbesondere die Franzosen, schon so nahe gekommen gewesen wären ...

Jedenfalls kann mit aller Energie betont werden, daß unserer Delegation jede bewußte Illoyalität gegenüber den Alliierten und insbesondere gegenüber den Engländern durchaus fern gelegen hat. Man war sich, beeinflußt durch Meldungen, wie sie auf solchen Monstre-Versammlungen in einer erhitzten Atmosphäre umherzuschwirren pflegen, offenbar unsererseits nicht ganz klar über den Eindruck gewesen, den die Nachricht von unserem Vertragsabschluß mit den Russen hervorrufen könnte. Ferner aber muß dann doch nachdrücklich betont werden, daß wir tatsächlich offenbar wieder an der Nase herumgeführt werden sollten. Das kommt davon, wenn man trotz aller freundlichen Versprechungen der Engländer immer wieder auf die alten Methoden zurückgreift. Wir waren als gleichberechtigte Partner auf diese Weltkonferenz geladen worden, die gleich damit anfang, daß sich in einer der wichtigsten Fragen nach alter Sitte die Hauptbeteiligten des anderen Lagers absondert von uns zusammenfanden, um im Geheimen zu tagen. Auch die Engländer mögen an sich dabei nichts Besonderes gefunden haben; aber gerade, daß sie dabei nichts fanden, ist ein Zeichen dafür, daß sie trotz aller schönen Worte, wenn es darauf ankommt, uns immer noch als minderberechtigte Neger-Republik behandeln. Das konnten wir mit Recht übelnehmen. Was nützen alle schönen Worte eines Blackett oder Grigg, wenn wir offiziell immer wieder zu Schaden kommen! Was nützt es uns, wenn Lloyd George auf geheimen Wegen Herrn Rathenau wissen läßt, er werde gern vertrauensvoll und persönlich mit ihm zusammenarbeiten, wenn er ihn im entscheidenden Augenblick nicht einmal empfängt!

Ich fragte heute Herrn von Simson, ob er glaube, daß wir nun total mit den Engländern verkracht wären. Er bestritt dies auf das Lebhafteste. Immerhin befürchte ich aber, daß bei den Engländern ein gewisser bitterer Geschmack zurückgeblieben ist. Es ist symptomatisch, wenn ein Mann wie Grigg von dem Bruche eines Gentlemen-Agreement spricht, eine Institution, die in der britischen Diplomatie stets für das Feinste vom Feinen gegolten hat. Diese Äußerung wird in dem abschriftlich beigelegten Briefe wiedergegeben, den mir Herr Dufour kürzlich streng vertraulich schrieb.<sup>6</sup> Herr Dufour fügte übrigens hinzu, er habe leider aus Mangel an Zeit vorläufig seine Berichterstattung an Sie nicht fortsetzen, hoffe sie aber wieder aufnehmen zu können.

Es wird nun alles darauf ankommen, das Vertrauen der Engländer in vollem Umfange wieder zu gewinnen, eine Aufgabe, die, wie ich zugesteh, sehr schwierig und vielleicht nur dann zu lösen sein wird, wenn man ihnen klar macht, daß sie durch ihr zweideutiges Verhalten selbst uns zu unserem plötzlichen Schritt getrieben haben.<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup> Vom 18. April 1922, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 9.

<sup>7</sup> In seiner Antwort vom 27. April an Schubert sprach auch Sthamer von trüben Aussichten und der Stimmung gegen Deutschland. Tyrrell habe ihn auf deutsche Fehler hinge-

Ich hoffe ferner sehr, daß es Herrn Lloyd George gelingen wird, die Wogen zu glätten, daß er selbst mit einem gewissen Erfolg aus Genua zurückkehren kann. Ich muß allerdings ehrlich gestehen, daß ich dies für sehr zweifelhaft halte und daß daher zu befürchten ist, daß er sich kaum halten können wird.

Ferner aber hoffe ich sehr, daß nicht, wie oben ausgeführt, die Franzosen die Sachlage ausnützen und von den Engländern mit Erfolg Zugeständnisse auf den Gebieten erlangen werden, die uns meiner Ansicht nach unendlich viel mehr interessieren, als die russische Frage. Auch hier sehe ich nicht sehr rosig in die Zukunft. Die einzige Hoffnung ist noch, daß die Franzosen wieder einmal den Bogen überspannen und sich eklatant ins Unrecht setzen werden. Aber auch eine ziemlich vollständige Isolierung Frankreichs kann uns große Gefahren bringen, da die Franzosen in diesem Falle sich nicht scheuen werden, selbständig gegen uns vorzugehen und da es in diesem Falle doch noch recht zweifelhaft ist, ob die Engländer ihnen dann in den Arm fallen werden, von den übrigen Alliierten ganz zu schweigen.

Sie sehen aus dem Obigen, daß ich vorläufig recht trübe in die Zukunft blicke. Hoffentlich habe ich Unrecht.

Ich darf Sie bitten, diesen Brief streng geheim zu halten. Soweit Sie keine Bedenken haben und soweit es nützlich ist, könnte aber vielleicht Herr Roediger von dem Inhalte Kenntnis bekommen.

Mit aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr sehr ergebener

48

**Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce (leicht gekürzt)**  
**Berlin, 3. Juli 1922**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 11.*

Vertraulich!

Mein lieber Dufour!

[...]<sup>1</sup>

Etwas Positives kann ich Ihnen heute nicht vermelden, denn die Verhältnisse sind ungeklärter denn je. Außerdem haben wir seit Sonnabend [1. Juli] einen

---

wiesen; 1) man habe nicht nachdrücklich genug versucht, mit Lloyd George zu sprechen und 2) bei der Bekanntgabe des Rapallo-Vertrags nicht zugleich die Gründe für seinen Abschluß dargelegt, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 9.

---

<sup>1</sup> Grußformeln.

Buchdruckerstreit, sodaß man wenig erfährt. Nur soviel hört man, daß der Dollar immer weiter steigt: Er soll heute bereits auf 441 [Reichsmark] angekommen sein.

Was zunächst die Nachfolgerschaft von Rathenau<sup>2</sup> anlangt, so ist dieselbe noch vollkommen ungeklärt. Alles, was darüber in die Öffentlichkeit dringt, beruht meistens auf ganz haltlosen Kombinationen. Vorläufig will Wirth die Geschäfte des Außenministers, wie schon in früheren Fällen, weiterführen, und ich hoffe dieses Mal, daß das Interregnum recht lange dauern wird, im Gegensatz zu dem Standpunkt, den ich in früheren Fällen eingenommen hatte, denn ich weiß aus Erfahrung, daß es sich mit Wirth ganz angenehm arbeiten läßt. Er ist natürlich überlastet und man kann ihn selten sehen. Dafür hat aber doch schließlich in der Zwischenzeit die Konsolidierung des Auswärtigen Amtes sehr erfreuliche Fortschritte gemacht, sodaß die Arbeit auch bei Überlastung des Reichskanzlers weniger leidet als früher. Andererseits wäre meiner Ansicht nach nichts falscher, als wenn man jetzt überhastet zur Wahl eines vielleicht ungeeigneten neuen Ministers schreiten würde. Es ist deshalb viel besser, wenn die Sache sehr reiflich überlegt wird.

Die Kandidaten, die, wie Sie schreiben, die englische Presse nennt, haben mich sehr amüsiert. Landsberg ist offenbar nur – übrigens auch hier – genannt worden, weil er sich zufällig in Berlin aufhält und zwar aus Gründen, die rein technisch mit den Geschäften seines Postens zusammenhängen. Haniel, Breitscheid und Stresemann sind die üblichen Kandidaten, die bei der Vakanz immer genannt werden, aber auch die übrigen, hier namhaft gemachten Persönlichkeiten kommen meiner Ansicht nach alle nicht in Frage.

<sup>2</sup> Rathenau war am 24. Juni 1922 von Mitgliedern der illegalen und geheimen „Organisation Consul“ ermordet worden. Zwei Tage später, am 26. Juni, schrieb dazu Schubert an Sthamer: „Das entsetzliche Ereignis, das am Sonnabend passiert ist, hat hier einen ungeheuren Aufruhr hervorgerufen. Man muß in den letzten Sitzungen im Reichstag gewesen sein, um erkennen zu können, wie hoch die Wogen der Erregung gehen. Die Kommunisten gebärdeten sich wie eine Horde wilder Wölfe; in den Reihen der Unabhängigen und der Sozialisten war eine maßlose Wut gegen die Rechtsparteien zu verzeichnen, und auch im Zentrum und in der demokratischen Partei war der Unmut sehr groß. Man muß ja nun erst abwarten, ob die Verbrecher, die den armen Rathenau umgebracht haben, wirklich mit deutschnationalen Kreisen in Verbindung stehen. Die Wahrscheinlichkeit hierfür ist sehr groß. Jedenfalls sind wir durch dieses Ereignis wieder einmal in ein sehr kritisches Stadium des Parteikampfes hineingeworfen worden. Ich muß sagen, daß an sich die Erregung weiter Kreise des Volkes sehr begründet ist, denn die ewigen Hetzreden von rechts haben ohne Zweifel dazu beigetragen, eine große Unruhe und Unzufriedenheit in das Volk hineinzutragen.“ Für diese inneren Zustände machte Schubert auch die Alliierten mitverantwortlich, wenn er Sthamer weiter mitteilte: „Das Elend ist eben, daß die Regierung auf außenpolitischem Gebiete niemals in den Stand versetzt wird, auf Erfolge hinweisen zu können. Nur deshalb kann immer wieder auf der einen Seite der Chauvinismus, auf der anderen Seite der Bolschewismus Triumphe feiern. Insofern sind letzten Endes unsere bisherigen Feinde an diesen greulichen Zuständen in erster Linie schuld. Könnte die Regierung einmal mit Erfolgen aufwarten, so könnte sie im Innern nach rechts und links durchgreifen, könnte dann wirklich unsere Leistungsfähigkeit steigern, und dann erst könnten wir in beschränktem Maße das leisten, was die Entente von uns fordert. [...] Ich würde es daher für durchaus angemessen halten, wenn man besonders in England einmal wieder den guten Leuten unter die Nase reiben würde, was sie durch ihr ständiges Hinhalten an uns verschulden.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 10.

Wie Sie wissen, habe ich seit längerer Zeit die wirtschaftliche Lage nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas sehr pessimistisch angesehen. Ich bin der Meinung, daß der Tod des armen Rathenau nicht als Einzelereignis zu bewerten ist, sondern eben nur den Stein noch mehr ins Rollen gebracht hat. Ich bin ferner der Ansicht, daß, wenn nicht sehr bald etwas Durchgreifendes geschieht, um das gänzlich verrottete Wirtschafts-System Europas auf eine gesündere Basis zu stellen, wir ebenso in eine europäische Katastrophe hineintaumeln werden, wie wir seinerzeit im Jahre 1914 in den Krieg hineingetaumelt sind.

Blackett hat an sich vielleicht nicht unrecht, wenn er zur Geduld mahnt und darauf hinweist, daß wir immerhin, wenn man zurückblickt, schon einige nicht unbedeutende Fortschritte erzielt haben.<sup>3</sup> Das ist an sich gewiß richtig. Aber Blackett vergißt meiner Ansicht nach ein sehr wichtiges Moment. Der Niedergang der allgemeinen Wirtschaftslage geht in einem Tempo vor sich, das nach meinem Empfinden sehr viel schneller ist, als das Tempo, in dem die Maßnahmen zur Sanierung dieser Wirtschaftslage sich abspielen. Wenn ich die Berichte, die mir aus allen Teilen der Welt vorliegen, genau lese, und dabei von den darin enthaltenen Einzelheiten einen gewissen Abstand nehme, so muß ich folgerichtig zu dieser Konklusion kommen. Der Ausgang dieses Wettrennens kann, wenn es so weiter geht, nicht zweifelhaft erscheinen.

Es ist dabei kein Zweifel, daß unser armes Deutschland zunächst wenigstens neben anderen kleinen Ländern der erste Leidtragende sein wird. Man muß es am eigenen Körper gespürt haben, wie unendlich gefährlich die innere Entwertung der Mark wirkt, die der äußeren seit Anfang des Jahres viel schneller nachklettert, als dies noch im vergangenen Jahr und früher der Fall war. Diese Tatsache muß über kurz oder lang ganz unübersehbare Folgen zeitigen und zwar in erster Linie für den Mittelstand,<sup>4</sup> dessen Begriff ich heutzutage sehr weit fassen möchte. In zweiter Li-

<sup>3</sup> Am 29. Juni 1922 hatte Dufour darüber an Schubert geschrieben, daß Blackett ihm gesagt habe: „Bitte, schauen Sie 6 Monate zurück, wie ich das immer tue. Im November/Dezember v. J. schien es unmöglich zu sein, die Franzosen zu veranlassen, einem Moratorium in der Reparationsfrage zuzustimmen; außerdem fürchtete Jedermann, daß [wir] die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschieren lassen würden. Jetzt ist doch ein Moratorium bewilligt worden. Man hat Deutschland ein gewisses Entgegenkommen gezeigt in der Bezahlungsweise der Reparation, und von einem Einmarsch ins Ruhrgebiet ist keine Rede mehr.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 11.

<sup>4</sup> Eine Woche später, am 10. Juli 1922, äußerte sich Schubert in einem Brief an Dufour genauer: „Man darf sich nicht darüber täuschen, daß schon jetzt die Lage gewisser Kreise Deutschlands, und zwar gerade der besten, eine verzweifelte ist. Ich meine damit den Mittelstand im weitestem Sinne des Wortes. Diese Leute darben bereits vielfach auf das Schrecklichste; viele davon leben nur noch von der immer wieder aufrecht erhaltenen Hoffnung, daß die Zustände sich bessern werden. [...] Wenn sich nun die Zustände weiter verschlimmern, so wird sich dieses Elend noch weiter steigern, und die Lage des Mittelstands wird unhaltbar werden. Die sich hieraus ergebenden Konsequenzen sind unübersehbar.“ Auch unterstrich er die Bedeutung der USA, übte im übrigen aber scharfe Kritik an Büchern, dessen Forderung nach einer Intensivierung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit er zwar teilte, dessen Programm dafür aber nicht realistisch anwendbar sei. Bücher sei ein „unklarer Kopf“ und „undisziplinierter Geist“, der für Verhandlungen mit den Briten nicht geeignet sei und leichtfertig heikle Punkte berühre, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 11. Zu Büchern siehe das Schreiben des AA an ihn vom 2. Juni 1922, ADAP, Serie A, Bd. VI, S. 245f.



nie kommen meiner Ansicht nach erst die Industrie und die Handelswelt. Es wird ein Elend geben, wie es noch nie in der Welt da war.<sup>5</sup> Nach außen hin sieht ja alles bei uns sehr schön aus und Ausländer, die uns besuchen, sehen eben nur die Außenseite.

Um so erfreulicher sind ja die letzten Nachrichten, die wir von Simson aus London erhalten haben.<sup>6</sup> Hoffentlich schließen sich alle maßgebenden Kreise der Meinung Blacketts an, aber, ich wiederhole es immer wieder, sie müssen es sehr bald tun, sonst ist es zu spät, wenn es überhaupt nicht bereits zu spät ist!

Sie werden mich für außerordentlich pessimistisch halten. Aber meine Wahrnehmungen beruhen auf Gesprächen, die ich vor kurzem mit einigen nicht miteinander in Verbindung stehenden maßgebenden Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens hatte. Das, was sie sagten, hat auf mich einen um so größeren Eindruck gemacht, als sich diese Herren bisher stets als ausgesprochene Optimisten gezeigt hatten.

Also: Es ist keine Zeit zu verlieren! Sagen Sie das nur allen Engländern, mit denen Sie zusammenkommen. Wir tanzen alle auf einem Vulkan: Sehen wir alle zu, daß der Ausbruch nicht unerwartet erfolgt, wie es eben im Jahre 1914 der Fall war, wo sich alle sogenannten klugen Leute mit dem jämmerlichen Spruch trösteten: Das haben wir ja immer gesagt!

<sup>5</sup> „Die pessimistischen Anschauungen, die ich in meinem Brief an Sie vom 3. d. M. zum Ausdruck brachte, haben ja leider wiederum weitere Bestätigung erhalten“, schrieb Schubert am 8. Juli 1922 an Dufour. „Ich muß sagen, daß ich aufs Höchste beunruhigt bin. Es kommt jetzt nicht mehr nur darauf an, zu verhindern, daß der Kurs der Mark noch weiter abrutscht, es ist vielmehr meiner Ansicht nach notwendig, daß der Kurs der Mark sich in aller nächster Zeit sehr wesentlich wieder bessert. Denn bleibt der Kurs jetzt so [...], so werden in allernächster Zeit bereits die Kosten sämtlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens sehr wesentlich heraufschnellen, und die Konsequenzen, die sich hieraus ergeben werden, sind ganz unübersehbar. Es ist also notwendig, daß die Beeinflussung der Engländer in demselben Maße fortgesetzt wird wie bisher. Es ist jetzt der letzte Moment, um eine Rettungsaktion einzuleiten.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 11. Auch der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, der vor allem seit dem Scheitern der Genua-Konferenz in der Öffentlichkeit und Regierung Großbritanniens als Sicherung gegen die weitere Verschlechterung der internationalen Beziehungen erörtert wurde (Ber. aus London vom 18. Mai, 19. Mai u. 22. Juni 1922, Nl. v. Schubert, Privatbriefe; Bd. 10; vom 22. u. 27. Juli 1922 u. a., Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 11) hielt Schubert trotz wachsenden Interesses am Völkerbund (siehe Schubert an Bülow 15. März 1922, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 8), für keine ausreichende Lösung. Über den Besuch Shotwells in Berlin und seine internationalen Assoziierungspläne im Zusammenhang mit dem Völkerbund äußerte sich Schubert skeptisch: Prinzipiell hielt er internationale Zusammenarbeit, Mitwirkung am Haager Internationalen Schiedsgerichtshof und periodische Kongresse für erwägenswert, aber die Durchführung gerade in Deutschland für schwierig: „Ich habe den Eindruck, daß Herr Shotwell bestrebt ist, ein an sich durchaus gutes Ziel zu verfolgen, daß ferner in seinem Streben ein guter Kern steckt, daß aber vorläufig seine Pläne noch zu vage sind, um etwas Praktisches damit anfangen zu können.“-Schubert an Dufour, 25. Juli 1922, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 11.

<sup>6</sup> Siehe Simsons Aufz. vom 5. Juli 1922 über seinen London-Besuch, ADAP, Serie A, Bd. VI, S. 289-94; Aufzn. Dufours vom 3. und 5. Juli 1922, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 11. Es ging um Erwägungen Blacketts und Bradburys, ein Reparations-Moratorium für 1923 und 1924 und begleitende Maßnahmen, vor allem die Marktstabilisierung, zu erreichen.

Mit den aufrichtigsten und herzlichsten  
Grüßen bin ich  
Ihr stets getreuer  
[...]<sup>7</sup>

## 49

**Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce  
Berlin, 24. Juli 1922**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 11.*

Persönlich und streng vertraulich!

Mein lieber Dufour!

[...]<sup>1</sup>

Die größte Sorge macht mir natürlich die Reparationsfrage. Der berühmte Brief Poincarés an Dubois hat natürlich auch hier großes Aufsehen erregt. Mittlerweile hat ja Poincaré durch eine offizielle Auslassung von Havas [französische Nachrichtenagentur] einen gewissen Rückzieher gemacht. Trotzdem betrachte ich nach wie vor die Situation als überaus ernst.<sup>2</sup>

[...]<sup>3</sup>

Wie hat sich schließlich die Sache abgespielt? Auf Veranlassung der Engländer haben wir ein alle Zahlungen umfassendes Moratorium bis Ende [19]24 erbeten; man hat durchblicken lassen, daß dieses Moratorium genehmigt werden würde. Jetzt spricht man auf französischer Seite von einem Moratorium von 6 Wochen oder von 6 Monaten, und zwar noch unter besonders erschwerten Bedingungen!! Was soll uns denn so etwas nützen? Was würde uns auch ein Moratorium bis Ende 1922 nützen? Glaubt man denn, daß man hierdurch den Fall der Mark aufhalten kann?

Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß nicht viel mehr Zeit zu verlieren ist und daß jeder verlorene Tag die Gefahr nicht für Deutschland allein, sondern für ganz Europa vergrößert. Jetzt arbeitet höchst umständlich das Garantiekomitee seinen Bericht für die Reparationskommission aus. Dann wiederum fan-

---

<sup>7</sup> Postskriptum zur inneren Lage Deutschlands.

---

<sup>1</sup> Dank für ausführliche Informationen.

<sup>2</sup> Über das von der Repko einberufene Anleihekomitee führender Bankiers und Finanzexperten (Tagung in Paris vom 24. Mai bis 10. Juni 1922), den Einspruch Poincarés gegen deren Befassung mit der Reparationsfrage und daraufhin das Scheitern der Verhandlungen sowie über die Moratoriums- und Garantieverhandlungen siehe ADAP, Serie A, Bd. VI, S. XXXVIIIff.; AR, Kab. Wirth I u. II, Bd. 2, S. 855-80, 939-41, 947f., 954-60, 974-80.

<sup>3</sup> Schuberts Kritik an aufschiebenden oder abwartenden britischen Äußerungen.

gen höchst umständlich die Beratungen der Reparationskommission an. Vielleicht fährt dann Poincaré<sup>4</sup> nach London, um Lloyd George zu sehen. Was soll denn aus solch einer Verschleppung der Entscheidung über eine Lebensfrage Europas herauskommen?

Die Folgen des ungeheueren Marktsturzes zeigen sich bereits. Jetzt sollen plötzlich die Gehälter der Beamten – um nur ein Detail herauszugreifen – für den Juli um 24% und für den August um 34% erhöht werden. Auch mit dieser Erhöhung werden die meisten Beamten kaum ihr Leben fristen können, denn die Teuerung hat in den letzten Wochen ein unglaubliches Ausmaß angenommen. Allein diese Gehaltserhöhungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter bedeuten natürlich eine weitere sehr erhebliche Belastung unseres Budgets. Aber auch für die Privatwirtschaft wird natürlich das Steigen aller Preise ganz außerordentliche Folgen haben. Wenn aber jetzt die Börse erfährt, daß in absehbarer Zeit wieder nichts passiert, so wird natürlich die Mark weiter im Werte sinken. Es ist doch einfach unglaublich, daß man in England nicht einsehen sollte, daß wir auf diese Weise alle einer grauenvollen Katastrophe zutreiben.

Andererseits ist immer wieder zu betonen, daß es durchaus noch nicht zu spät für sanierende Maßnahmen ist. Wie ich schon neulich einmal betonte: der deutsche Wirtschaftskörper ist an sich gesund und kann sogar mit Leichtigkeit saniert werden. Aber nur mit guten Worten kann das nicht geschehen.

[...] <sup>5</sup>

Ich glaube, daß bei der ganzen Frage das System der internationalen Verschuldung<sup>6</sup> einen großen Einfluß auf die englische Haltung ausübt. Und hier liegt meines Erachtens der Schlüssel in Amerika.

Soweit ich diese Sache von hier aus beurteilen kann, will England seine Schulden an Amerika schon deshalb bezahlen, weil ein Zahlungserlaß seitens Amerikas eine beträchtliche Schwächung des englischen Prestiges mit sich bringen würde. Andererseits handelt es sich allerdings auch um die Modalitäten, unter denen die Tilgung dieser Schuld stattzufinden hat. Wie wir hören, wird ja – ich glaube im September – eine Kommission nach Amerika gehen, um Verhandlungen wegen der Fundierung der englischen Schuld zu pflegen.

Da nun aber doch schließlich die Gelder, die England seiner Zeit von Amerika entborgt hat, soviel ich weiß, zu einem großen Teil wieder nach Frankreich gegangen sind, so halte ich es doch nicht für ausgeschlossen, daß bei einer allgemeinen Abrechnung doch ein gewisser Schulderlaß für England herausspringt und zwar, ohne daß dadurch das Prestige Englands eine Schwächung erleidet. Jedenfalls könnte ich mir denken, daß die Engländer nicht gern an eine Regelung des Problems der internationalen Verschuldung herangehen wollen, ehe sie nicht mit den Amerikanern eingehend in Washington gesprochen haben.

---

<sup>4</sup> Ursprünglicher Text: „Indessen fährt Poincaré“, hschr. korrigiert.

<sup>5</sup> Informationen über die Vereinbarungen mit dem Garantie-Komitee der Repko und die britische Überzeugung eines langfristigen Moratoriums.

<sup>6</sup> Gemeint ist das Problem der interalliierten Schulden infolge des Ersten Weltkrieges; dazu Dok. 50 und Artaud: La question des dettes interalliées.

An dem System der internationalen Verschuldung hängt aber wieder die Regelung der ganzen Reparationsfrage: wenigstens tun anscheinend die Franzosen alles, um beide Probleme miteinander zu verquicken.

Hieraus folgt aber, daß wir eventuell wieder die Verhandlungen zwischen den Engländern und den Amerikanern im September oder Oktober freundlicherweise abwarten sollen. Das geht meiner Ansicht nach aber unter keinen Umständen: in der Zwischenzeit kann die europäische Katastrophe in schönster Blüte stehen.

[...] <sup>7</sup>

Ich habe nun in der letzten Zeit eingehend überlegt, was die Engländer eigentlich für ein Interesse daran haben, uns in den Völkerbund hineinzubringen. Versprechen sie sich etwas davon für eine Erleichterung ihrer internationalen Lage? Wollen sie etwa das Reparationsproblem nach unserem Eintritt auf den Völkerbund abschieben? Oder sind es nicht vielleicht in der Hauptsache innerpolitische Rücksichten, welche sie bei ihrem Vorgehen bewegen? Ich neige eigentlich der letzten Meinung zu und könnte mir denken, daß der Englischen Regierung der brave Lord Robert Cecil recht unbequem zu werden anfängt und daß man mit Rücksicht auf ihn und seine Hinterleute uns in den Völkerbund hineinlocken möchte.

[...] <sup>8</sup>

Das Weitere mit nächstem Kurier! Seien Sie sehr herzlich begrüßt von Ihrem stets getreuen

PS. Sie können sich denken, wie groß die innere Spannung ist, die durch den Tod Rathenaus hervorgerufen wurde. Welche Folgen sie noch zeitigen wird, läßt sich zurzeit außerordentlich schwer beurteilen. Morgen sollen allerlei Demonstrationen stattfinden, bei denen hoffentlich nichts vorkommen wird. Über die sehr kitzlige Frage der Getreideumlage, die zu einem außerordentlich heftigen Streit der Gemüter führte, hat man sich ja geeinigt. Wie es mit dem Gesetze zum Schutze der Republik steht, für dessen Annahme bekanntlich eine 2/3 Mehrheit im Reichstage notwendig ist, konnte ich heute noch nicht feststellen. Hier spielt übrigens natürlich auch der Widerstand Bayerns eine große Rolle. Es scheint aber so, als ob es nicht zur Reichstagsauflösung kommen wird, die natürlich sehr unangenehme Folgen haben könnte. Wie ich höre, wird auch noch das Gesetz wegen der Zwangsanleihe große Schwierigkeiten machen. Ich kann mir nicht recht vorstellen, wie man bei der ungeheueren und ständig wachsenden Entwertung des Geldes dem Volke auch noch eine Zwangsanleihe zumuten kann!

<sup>7</sup> Britisches Drängen auf Beitritt des Reiches zum Völkerbund, dazu ADAP, Serie A, Bd. VI, S. LVIII.

<sup>8</sup> Bevorstehendes Zusammentreffen mit Shotwell; siehe Dok. 48 Anm. 5.

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Botschafter Wiedfeldt  
Berlin, 28. Juli 1922**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 11.*

Vertraulich!

Ich fragte den Botschafter Wiedfeldt heute nach seiner Ansicht über die Stellung der Vereinigten Staaten zu dem internationalen Verschuldungsproblem.

Herr Wiedfeldt hat den Eindruck, daß die Amerikaner im Grunde bereit sein würden, den Franzosen ihre Schulden zu erlassen, nicht aber den Engländern. Für die Franzosen sprächen immer noch allgemeine sentimentale Rücksichten, dann aber auch die Erwägung, daß die Franzosen doch nicht zur Abdeckung ihrer Schulden fähig sein würden. Bei den Engländern andererseits machte man geltend, daß sie bereits während des Krieges durch die hohen Frachtraten usw. sehr viel verdient hätten und daß sie durch den gewonnenen Krieg sich so bereichert hätten, daß es durchaus nicht angängig sei, wenn sie nun auch noch den Erlaß ihrer Schulden verlangten.

Übrigens werde neuerdings von vielen Amerikanern die Bonus-Bill<sup>1</sup> mit den Schulden der Alliierten verquickt. Man höre vielfach die Ansicht, daß man ja nur die Zinsen der alliierten Schulden zu nehmen brauche, um genügend Geld für die Erfordernisse der Bonus-Bill zu haben.

Herr Wiedfeldt betonte, daß von den Amerikanern ein eigener Plan zur Regelung der Frage der internationalen Verschuldung keinesfalls zu erwarten sei. Diesen Plan erwarteten sie vielmehr von Europa und insbesondere von Deutschland.<sup>2</sup>

Herr Wiedfeldt schlug deshalb dringend vor, daß hier mit größter Beschleunigung ein Generalplan ausgearbeitet würde, der nicht nur Angaben über das, was wir leisten zu können glaubten, enthalte, sondern sich auch mit der Regelung und gegenseitigen Verrechnung der alliierten Schulden mit Amerika beschäftige. Dieser Plan könnte nach der Ansicht des Herrn Wiedfeldt natürlich Amerika auch von den Engländern suggeriert werden.

Sch[ubert]

---

<sup>1</sup> Die Bonus-Bill sah besondere finanzielle Zuwendungen für amerikanische Kriegsteilnehmer vor.

<sup>2</sup> Damit stand im Grunde das Gesamtproblem der Reparationen und interalliierten Schulden zur Debatte, die zu den Initiativen Wirths (Dok. 51 und 52) und Cunos (Dok. 53) führten. Zur speziellen Frage der deutsch-amerikanischen Anspruchsregelung: Im Juli 1922 hatte Senator Underwood einen Gesetzesantrag eingebracht, der die Bildung einer amerikanischen Kommission mit dem Ziel vorsah, die amerikanischen Ansprüche auf Grund von Schäden durch deutsche Sabotageakte aus dem beschlagnahmten deutschen Eigentum in Amerika zu befriedigen. Vgl. Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik, S. 102f. Ein deutsch-amerikanisches Abkommen zur Schuldenregulierung wurde schließlich am 10. August 1922 abgeschlossen. Aber die Verhandlungen über die konkrete Abwicklung und insbesondere über die Freigabe des deutschen Eigentums zogen sich noch jahrelang hin.

**Aufzeichnung von Schuberts für Reichskanzler Wirth  
Berlin, 21. Oktober 1922**

*Durchschrift. PA, R 36018.*

Vertraulich!

Botschafter Wiedfeldt ist heute telegrafisch gebeten worden, in ernster Form im Namen des Kanzlers auf die Katastrophe der deutschen Wirtschaft hinzuweisen und dabei auszuführen, dass, wenn nicht auf französischer Seite Einsicht in die tatsächliche wirtschaftliche Lage Platz greife, binnen ganz kurzem auch die Sachleistungen eingestellt werden müssten.<sup>1</sup>

Ich habe an sich zwar gegen die Opportunität einer solchen Instruktion keine Bedenken zu erheben, möchte aber der Ansicht Ausdruck verleihen, dass auf Grund solcher allgemein gehaltenen Weisungen von den auswärtigen Missionen erfolgreiche Demarchen kaum gemacht werden können. Denn, dass wir mitten in der Katastrophe stehen, dass die Situation ausserordentlich gefährlich ist und dass unbedingt etwas geschehen muss, das ist jedermann im Auslande jetzt klar geworden. Worüber sich das Ausland aber nicht klar ist, sind die Mittel und Wege, wie ein erfolgreicher Versuch unternommen werden könnte, der Katastrophe noch im letzten Moment Einhalt zu tun. In dieser Beziehung erwartet man vielerorts, insbesondere in Amerika, konkrete Vorschläge der Deutschen Regierung.

Es ist mir durchaus bewusst, wie schwer es ist, solche konkreten Vorschläge zu machen oder sogar, wie es der Botschafter Wiedfeldt verlangt, mit einem alles umfassenden Generalplan herauszukommen.<sup>2</sup> Ich möchte aber keinen Zweifel darüber lassen, dass es, auch hier in Berlin, absolut zwecklos ist, sich mit Politikern oder Sachverständigen fremder Länder zu unterhalten, ehe wir nicht tatsächlich uns zu irgend einem Programm entschlossen haben. Ein solches Programm darf sich nicht nur in vagen Ausführungen ergehen, wie sie die vor nicht zu langer Zeit nach Washington gesandte Instruktion<sup>3</sup> enthielt, die daher ziemlich wertlos war. Dieses Programm muss einige bestimmt gefasste Details und Vorschläge enthalten.

Es ist nicht meines Amtes, meinerseits bestimmte Vorschläge zu machen; diese können ausschließlich von sachverständiger Seite ausgearbeitet werden und müssen dann auf ihre politische Verwendbarkeit nachgeprüft werden. Es ist mir bekannt, dass zurzeit eine behördliche Sonderkommission sich mit der Prüfung dieser Fragen beschäftigt. Ich halte es für absolut notwendig, dass diese Kommission ihre Arbeit möglichst bald zum Abschluss bringt und sich auf einen kurzen

---

<sup>1</sup> Tel. Haniels nach Washington, 21. Oktober 1922; ADAP, Serie A, Bd. VI, S. 458.

<sup>2</sup> Dok. 50.

<sup>3</sup> Tel. Wirths an die Botschaft in Washington vom 3. Oktober 1922, ADAP, Serie A, Bd. VI, S. 427f. Es ging um eine deutsche Konzeption für die Reparationen und die mit ihnen zusammenhängenden Probleme.

prägnanten Vorschlag einigt, der politisch verwertbar ist. Ehe ein solcher Vorschlag nicht vorliegt, ist meiner Ansicht nach jede diplomatische Konversation zwecklos.

Sch[ubert]

52

**Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce  
Berlin, 6. November 1922**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 14.*

Streng vertraulich!

Mein lieber Dufour!

Die vergangene Woche ging mit sehr langwierigen Verhandlungen mit der Reparations-Kommission<sup>1</sup> einerseits und der Sachverständigen-Konferenz<sup>2</sup> andererseits dahin. Ob irgend etwas bei den Verhandlungen zwischen all diesen klugen Leuten herauskommen wird, steht dahin; denn um die allerwichtigste Frage geht man herum wie die Katze um den heißen Brei: nämlich um die Frage der endgültigen Lösung des Reparationsproblems.

Was ich jetzt sage, ist meine persönliche Ansicht, die ich aber auch amtlich vertreten habe; ich habe auch bisher eigentlich keinen verständigen Menschen gefunden, der anderer Meinung war.

Wie um Himmelswillen will man denn einen Versuch zur Stabilisierung der Mark oder besser gesagt zur Reformierung unserer Währung machen, wenn die Reparationsfrage nicht endgültig geregelt ist? Wie kann man sich denn einbilden, daß uns ein ausländischer Bankier einen roten Heller borgt, wenn nicht vorher festgestellt worden ist, was wir nun eigentlich endgültig zu zahlen haben? Aber auch wenn wir eine gewisse Summe zum löblichen Zwecke der „Stützung unserer Mark“ erhalten sollten, wer bildet sich denn ein, daß wir diese Stützung wirklich auf längere Zeit durchführen könnten, ehe nicht das Grundproblem gelöst ist?

Alle Stabilisierungspläne sind, solange letzteres nicht geschehen ist, absoluter Unsinn, das ist meine feste Überzeugung, andererseits aber ist es auch unmöglich, unsere innere Wirtschaft, die tatsächlich dringend der Reform und Säuberung bedarf, in Ordnung zu bringen, ehe nicht die wichtige Vorfrage gelöst ist.

Es wird mir eingewandt, daß die Franzosen hierfür noch nicht „reif“ seien. Deshalb müßte man zunächst ein Provisorium schaffen. Das wäre alles schön und gut, wenn es überhaupt möglich wäre, durch ein solches Provisorium noch irgend-

---

<sup>1</sup> Vom 31. Oktober bis 10. November 1922 weilte die Reparationskommission zu Verhandlungen mit der Reichsregierung in Berlin. Siehe dazu AR, Kab. Wirth I u. II, Bd. 2, S. 1149 Anm. 1.

<sup>2</sup> Siehe dazu ebd., S. 1154-57.

etwas zu retten. Das ist ja eben nicht der Fall! Wir sind totkrank und uns kann durch Palliativmittel nicht mehr geholfen werden. Das sieht auch im Grund jeder vernünftige und unvernünftige Mensch im Auslande ein, nur haben leider viele Leute bei uns noch nicht eingesehen, daß wir ganz klipp und klar das verlangen müssen, was uns frommt, ohne im übrigen uns davor zu fürchten, daß z.B. die Franzosen „hochgehen“ oder was es sonst noch für derartige abgedroschene Schlagwörter gibt. Selbst in diesem Falle kann uns nicht mehr viel passieren. Das eine ist aber sicher: Wenn die Zeit so weiter hingeht, ohne daß etwas Entscheidendes sich ereignet, dann gehen wir ganz sicher zugrunde. Und die andern mit, wenn auch vielleicht etwas später!<sup>3</sup>

Dabei will ich noch garnicht einmal verlangen, daß eine bestimmte endgültige Reparationssumme festgesetzt wird. Es genügt vollkommen, wenn ein Zahlungsplan aufgestellt wird, welcher für einen ganz bestimmten Zeitraum, etwa für 30 Jahre, unsere Leistungsfähigkeit fest begrenzt. Solche Pläne sind schwer aufzustellen. Aber sie existieren bereits: Nur verschwinden sie immer wieder im gegebenen entscheidenden Moment im Orkus.

Ich sprach in einem meiner früheren Briefe einmal von einer allgemein hier herrschenden Talentlosigkeit.<sup>4</sup> Dieses Übel hat sich inzwischen noch bedeutend vergrößert. Es ist einfach zum Verzweifeln, wie wenig den sogenannten Sachverständigen bei uns einfällt.

Bis zur gegenwärtigen Stunde liegt ein Votum der ausländischen Finanzsachverständigen nicht vor. Ich erwarte mir auch nicht allzu viel davon.

Übrigens stimmt Ihre Mitteilung von einer gewissen Verschnupfung von Sir John Bradbury mit dem überein, was ich von Bergmann hörte. Diese Verschnupfung scheint aber inzwischen behoben worden zu sein. Schließlich wußten wir ja nicht, daß die Finanzsachverständigen ausgerechnet zur selben Zeit hier tagen würden wie die Reparationskommission; denn die Einladung an die Sachverständigen erging, als von einer Reise der Reparationskommission noch nichts bekannt war.

Wie die Verhandlungen mit der Reparationskommission auslaufen werden, steht noch nicht fest. Ich sehe darin sehr trübe, hoffe aber natürlich, mich zu irren. Ich kann nur immer wieder sagen, all dieses Gequatsche hat nicht den geringsten Zweck, ehe man nicht an eine endgültige Lösung der Reparationsfrage herangeht.

Die Sachverständigen habe ich neulich bei einem Bierabend beim Reichskanzler kennengelernt, Keynes allerdings nur, als er sich etwas frühzeitig verabschiedete. Längere Zeit aber habe ich mich mit Brand unterhalten, der mir einen recht guten Eindruck gemacht hat.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Dieser Satz wurde hschr. nachgetragen.

<sup>4</sup> Schubert an Dufour vom 23. Oktober 1922: „Ich bin nicht Finanzsachverständiger genug, um die Fülle der verschiedenen Pläne, die hier ventiliert werden, wiederzugeben, geschweige denn auf ihren Wert beurteilen zu können. Ich will auch garnicht Finanzsachverständiger werden, denn ich komme allmählich zu der Überzeugung, daß die meisten dieser Leute selbst keine Ahnung haben.“ Siehe auch seinen Brief an Prittwitz vom 25. Oktober 1922, beide Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 13.

<sup>5</sup> Dazu auch Dufour an Schubert 9. November 1922 und Aufz. Schuberts über ein Gespräch mit Houghton 14. November 1922, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 14.



Im übrigen habe ich ganz ungeheuer viel zu tun und bin immer noch nicht mit dem Aufarbeiten des Riesenberges fertig, der mir durch meinen langen Urlaub<sup>6</sup> erwachsen ist. Von allen Seiten türmen sich Schwierigkeiten und ich wollte, ich wäre Alexander, um überall die gordischen Knoten durchhauen zu können, die allerdings meistens mit Weichselzöpfen eine verzweifelte Ähnlichkeit haben.

Mit aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr stets getreuer

53

**Aufzeichnung von Schuberts für die Rede Reichskanzler Cunos  
zur Vorstellung seines Kabinetts im Reichstag  
Berlin, 22. November 1922**

*Original. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 14.<sup>1</sup>*

Für die Rede, mit der der Reichskanzler das neue Kabinett dem Reichstag vorstellen wird, müssen, soweit eine Einwirkung auf Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika beabsichtigt wird, meines Erachtens folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:

In Amerika haben maßgebende Kreise in den letzten Monaten oft die Ansicht vertreten, daß sich die Vereinigten Staaten erst dann mit einer wirklichen Sanierung Europas beschäftigen könnten, wenn die Staaten Europas selbst die Basis für eine solche Sanierung geschaffen hätten. Andererseits hat sich die in Amerika weit verbreitete Stimmung, die Vereinigten Staaten sollten sich von den europäischen Angelegenheiten möglichst zurückhalten, in der letzten Zeit offenbar etwas geändert. Es ist z.B. in Finanzkreisen die Ansicht geäußert worden, daß man sich doch mehr wie bisher um die wirtschaftliche Lage Europas bekümmern müsse. Endlich hat der Botschafter seit langer Zeit berichtet, daß nach zahlreichen Gesprächen mit maßgebenden Amerikanern die Bedingung für eine Hilfe Amerikas darin bestehe, daß Deutschland selbst einen festen Plan zur Sanierung seiner eigenen oder sogar der Lage Europas vorbringe.<sup>2</sup>

---

<sup>6</sup> Vom 26. August bis 12. Oktober 1922.

---

<sup>1</sup> Hschr. Randvermerk Schuberts: „Nur mündlich z.T. Haniel angetragen. Sch.“ Am 23. November haben Haniel, Mutius, Maltzan und Schubert – der politische Staatssekretär und die Leiter von drei Ländergruppenabteilungen (IIa, IVa, III; vgl. ADAP, Serie A, Bd. VI, Anhang I) – dann zusammen ein Redekonzept für die außenpolitischen Fragen für Cunos Reichstagsrede am 24. November entworfen, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 14.

<sup>2</sup> Siehe dazu Dok. 50. Wiedfeldt schrieb am 3. Oktober 1922 an Schubert: „Ich kann nur wiederholen, was ich neulich von Chicago berichtete, und was mir die Herren Paul und Max Warburg auch als Auffassung anderer amerikanischer Geschäftskreise bestätigt haben, daß hier in vielen Kreisen (und die Bemerkung von Hughes schien das State De-

Nach dem, was wir in letzter Zeit aus England<sup>3</sup> gehört haben, wird uns auch von maßgebenden Engländern geraten, daß wir klipp und klar sagen sollen, wo uns der Schuh drückt und was wir verlangen müssen, um einerseits nicht selbst zu Grunde zu gehen und andererseits unseren Verpflichtungen dem Auslande gegenüber nachzukommen.

Ich würde daher vorschlagen, daß die Rede des Reichskanzlers eine ruhige und klare Sprache führt, die sich einerseits von Überschwenglichkeiten und pointierten Angriffen gegen Frankreich fernhält, andererseits aber nicht davor zurückschreckt, unsere Lage so zu schildern, wie sie tatsächlich ist, und sich auch nicht davor scheut, bestimmte Forderungen noch einmal klar zu formulieren. Diesen außenpolitischen Teil der Rede möchte ich wie folgt skizzieren:

Die vorige Regierung hat der Reparationskommission eine Note übermittelt,<sup>4</sup> hinter der nach wie vor die große Majorität des Reichstages und damit des deut-

partment einzuschließen) die gegenwärtige Deutsche Regierung, weil sie zuviel unterschrieben hat, was sie nicht halten konnte, als nicht mehr vertrauenswürdig gilt. Man will für künftige Abmachungen entweder, wie die Geschäftsleute sagen, das Indossament der deutschen Geschäftswelt, was natürlich praktisch kaum zu machen ist, oder einen verlässlichen Außenminister.“ Auch gegenüber Haniel wies Wiedfeldt am 23. Oktober auf die Notwendigkeit eines Programms hin, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 13.

<sup>3</sup> Basis der Stellungnahme war Schuberts Aufz. vom 20. November 1922 über die Lage der britischen Regierung und die deutsche Haltung: „Zusammenfassend möchte ich sagen, daß ich zwar durchaus darauf gefaßt bin, daß die neue englische Regierung verschiedene uns recht unbequeme Aktionen unternehmen wird, daß aber ein absoluter Pessimismus meines Erachtens durchaus nicht am Platze ist und daß wir auf die Dauer sogar unter Umständen von der jetzigen englischen Regierung, die doch schließlich auch mit der starken Opposition der Arbeiterpartei rechnen muß, mehr erwarten können, als von der bisherigen Koalitions-Regierung trotz des unleugbar guten Willens vieler ihrer Mitglieder. Vorbedingung hierfür allerdings ist, daß wir in unserer Außenpolitik eine feste und grade Linie verfolgen und insbesondere in England den Eindruck hervorrufen, daß wir selbst fest entschlossen sind, um alles zu tun, um aus unser prekären Lage mit allen Kräften herauszukommen.“ Dazu auch Schubert an Dufour vom 20. November 1922: „Als die Reparationskommission sich zusammen mit der Sachverständigenkommission hier befand, gelang es mit einiger Mühe, die hiesigen maßgebenden Stellen davon zu überzeugen, daß wir ein positives Programm vorlegen müßten. [...] Nun aber kam es darauf an, daß die große Majorität des deutschen Volkes hinter dieses Programm trat. Dies ist auch geschehen, da die sämtlichen Parteien außer den Kommunisten sich für dieses Programm ausgesprochen haben. Herr Wirth wollte diese erfreuliche Tatsache nun dadurch konkret zum Ausdruck bringen, indem er die große Koalition ins Leben rief. Dies ist ihm leider nicht gelungen; die außerordentlich komplizierten Gründe, die hierzu geführt haben, auseinanderzusetzen, ist mir schriftlich nicht möglich. Ich halte es für außerordentlich traurig, daß jetzt plötzlich hinter dem Reparationsprogramm keine Regierung steht. Und ich halte es für unbedingt notwendig, daß bald eine feste Regierung gebildet wird.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 14.

<sup>4</sup> Note des Kabinetts Wirth an die Reparationskommission vom 14. November 1922, Aktenstücke zur Reparationsfrage vom 12. Juli bis 11. Dezember 1922, S. 53-64. In diesem Zusammenhang einflußreich war auch der sogenannte Wassermann-Plan, der ein Zahlungsmoratorium in Verbindung mit einer großen Anleihe für die Reparationen vorsah. Siehe AR, Kab. Cuno, S. 8-15, S. 37f., S. 49f.; Tel. Sthamers vom 8. Dezember 1922, ADAP, Serie A, Bd. VI, S. 543f.; Tel. Cunos nach Washington vom 10. Dezember, ebd., S. 552f. Siehe auch Rupieper, The Cuno Government and Reparations, S. 44f., S. 59f. Schubert schrieb dazu am 11. Dezember 1922 an Dufour: „Der sogenannte Wassermann-

schen Volkes steht. Die neue Regierung tritt voll und ganz auf den Boden dieser Note und ist fest entschlossen, das Programm, welches diese Note enthält, mit allen Kräften zu vertreten. Sie gibt sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß die Reparationskommission und die Regierungen der alliierten Staaten sich bereiftinden werden, dieses Programm, das auf ausführlichen Gutachten internationaler Größen auf dem Gebiete der Finanz- und Wirtschaftsfragen basiert, zur Grundlage einer Diskussion zu machen.

Die Reparationsfrage ist das Grundproblem, welches die Außenpolitik aller europäischen Staaten in ihren Grundlagen berührt. Ehe nicht dieses Problem gelöst ist, wird es unmöglich sein, zu ruhigen Verhältnissen in Europa zurückzukommen.

Deutschland ist hieran in erster Linie interessiert. Es liegt in seinem eigensten Interesse, sein Möglichstes zu tun, um das Seine zur Lösung des Problems beizutragen. Der Vorwurf, daß Deutschland es nur darauf anlege, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen und daß es mit verschränkten Armen es nur darauf anlege, Zeit zu gewinnen, ist ungerechtfertigt. Deutschland hat keine Zeit zu verlieren. Die Blüte seines Handels und seiner Industrie ist nur eine scheinbare. (Dies wäre noch weiter auszuführen.) Die Not ist groß. (Hier wäre über die Not der Städte, Bedrängnis des Mittelstandes, Kindertuberkulose usw. zu sprechen, ohne aber in einen larmoyanten Ton zu verfallen.)

Andererseits war Deutschland ehrlich bestrebt, seinen Verpflichtungen nachzukommen, aber es hat in dieser Beziehung große Schwierigkeiten zu überwinden. Der Grad der Hoffnungslosigkeit in Deutschland ist ungeheuer groß. Diese Hoffnungslosigkeit rührt vor allem auch von dem Mißtrauen her, mit welchem das Ausland jeden unserer Schritte begleitet. Wir erhalten keinerlei Atempause, immer nur Bedrohungen.

Diese Hoffnungslosigkeit wird erst aufhören, wenn Aussicht besteht, daß das Ausland uns endlich einmal zu Atem kommen lassen will. Tritt ein solcher Zustand ein, so wird sich die Sachlage mit einem Schlage ändern.

Hierzu ist in erster Linie notwendig: die Regelung der Reparationsfrage auf einer Basis, die ausführbar erscheint. Wir hoffen daher, daß auf der bevorstehenden Brüsseler Konferenz<sup>5</sup> oder einer anderen internationalen Zusammenkunft möglichst bald eine solche Regelung gefunden wird.

Die jetzige Regierung ist fest entschlossen, durch praktische Arbeit an der Lösung dieser Fragen mitzuarbeiten. Sie glaubt in dieser Hinsicht, auch der vollen Unterstützung des Parlaments sicher zu sein. Sie vertraut darauf, daß auch die Vereinigten Staaten ihre zur Lösung des Problems unbedingt notwendige Mitarbeit nicht versagen werden, wenn sie sich davon überzeugt haben, daß Deutschland fest entschlossen ist, jeden nur irgendwie möglichen praktischen Weg zu beschreiten, der aus der jetzigen außerordentlich gefährlichen Lage herausführt.

---

sche Plan, dessen einzelne Elemente ja übrigens keineswegs neu sind, ist sehr hübsch ausgedacht und weist meiner Ansicht nach auf einen gangbaren Weg. Er hat aber meines Erachtens nur dann Wert, wenn er als einer derjenigen Pläne angesehen wird, die die Bestandteile einer endgültigen Lösung darstellen“, was Zwischenlösungen nicht ausschließt. -Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 14.

<sup>5</sup> Die alliierten Konferenzen fanden schließlich in London (9.-11. Dezember 1922) und in Paris (2.-4. Januar 1923) statt.

Die deutsche Arbeitskraft, die einen der wesentlichsten Faktoren für den Wiederaufbau Europas darstellt, ist ungebrochen, aber sie wird gelähmt, wenn nicht bald etwas Durchgreifendes geschieht, um ihr eine ruhige Entfaltung zu gewährleisten.

-----

Ich würde nicht raten, detaillierte politische Ausführungen zu machen, die sich auf unser spezielles Verhältnis zu verschiedenen Staaten beziehen. Ich würde auch nicht die Lausanner Konferenz<sup>6</sup> und unser Interesse an den Orientangelegenheiten<sup>7</sup> berühren, auch nicht in negativer Form.<sup>8</sup>

[eigenhändig:] Schubert

54

**Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce  
Berlin, 15. Januar 1923**

*Durchschrift. PA, R 35993.*<sup>1</sup>

Mein lieber Dufour!

Für Ihren ausführlichen und sehr interessanten Brief vom 11. d.M.<sup>2</sup> spreche ich Ihnen meinen herzlichsten Dank aus.

Wie ich Ihnen schon gestern telegraphierte, scheint es mir, als ob bei Ihnen unser Telegramm Nr. 21 und insbesondere unser Telegramm Nr. 23 völlig mißverstanden worden sind.<sup>3</sup>

<sup>6</sup> Es handelt sich um Verhandlungen der Alliierten und der Balkanstaaten in Lausanne vom Dezember 1922 bis Februar 1923 und vom April bis Juli 1923 über einen Friedensvertrag mit der Türkei nach dem griechisch-türkischen Krieg.

<sup>7</sup> In Deutschland bestand – wie schon früher einmal, siehe etwa Dok. 38 – der Verdacht, daß Frankreich England gegenüber in Orientangelegenheiten kompromißbereit sei, dafür aber Konzessionen von England gegenüber seiner Deutschlandpolitik erwarte, die zu Lasten Deutschlands gehen dürften. Siehe das Tel. aus Paris vom 22. November 1922, ADAP, Serie A, Bd. VI, S. 513.

<sup>8</sup> Der endgültige Text der Regierungserklärung vom 24. November findet sich in Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 357, S. 9099-9105.

<sup>1</sup> Es handelt sich um den Brief mit der Kennzeichnung „Nr. 1“.

<sup>2</sup> Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 15.

<sup>3</sup> Vom 10. Januar 1923, ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 43f., S. 44f. Dufour hatte dazu am 11. Januar 1923 an Schubert geschrieben: „Die beiden Telegramme Nr. 21 und Nr. 23 machen uns hier den Eindruck, als ob man in Deutschland leider vollkommen zermürbt ist. Ich muß den Äußerungen Hamiltons durchaus recht geben, daß Gottergebenheit auf das Ausland keinen Eindruck macht, sondern eher das Gefühl stärken wird, das man hier fast in demselben Maße hat, wie angeblich die Franzosen, daß das deutsche Volk jede

Ich kann Ihnen versichern, daß die Auffassung, welche in diesen Telegrammen niedergelegt ist, von allem andern diktiert war, nur nicht von einem Gefühl der Gottergebenheit. Die Stellung der augenblicklichen Regierung kann vielmehr in folgenden Sätzen zusammengefaßt werden:

Wir wissen sehr genau, daß wir in unserer jetzigen, außerordentlich schwierigen Lage allein auf uns selbst angewiesen sind und daß wir hiernach unser Verhalten einzurichten haben. Wir sind zu stolz, um im Auslande um Hilfe zu betteln.

Wir wissen genau, daß mit wenigen Ausnahmen die Welt vorläufig noch viel zu töricht und zu entschlußlos ist, um uns die Hilfe zu gewähren, die auch im eigenen Interesse der anderen Nationen liegen würde.

Diese Tatsache steht uns ganz klar vor Augen. Wir geben uns jedoch keinem Zweifel darüber hin, daß, wenn die Welt nicht bald Vernunft annimmt, eine Katastrophe über Europa hereinbrechen wird, die in der Weltgeschichte kaum ihresgleichen hat.

Als der Reichsminister diese Gedankengänge kürzlich Lord D'Abernon erklärte, rutschte der Botschafter ziemlich unruhig auf dem Sofa hin und her und sagte: „The Bolschewiks on the Rhine.“ Herr von Rosenberg quittierte diese Äußerung mit einem Achselzucken, ohne näher hierauf einzugehen.<sup>4</sup>

Die gegenwärtige Regierung ist sich der Schwierigkeiten bewußt, die sich vor ihr auftürmen. Sie denkt aber garnicht daran, kampfflos das Feld zu räumen und wird eher den Bürgerkrieg über sich ergehen lassen, als die einmal gewählte maßvolle Linie des Widerstandes zu verlassen. Ich möchte hierbei darauf hinweisen, daß der Reichskanzler und Herr von Rosenberg mit Herrn Sthamer kürzlich bei seiner Anwesenheit in Berlin die Sachlage in diesem Sinne bereits genau besprochen haben. Beide Herren haben Herrn Sthamer klar gemacht, daß wir auf alles Risiko hin die einmal gewählte, ruhige Linie des Widerstandes einhalten werden.

Dem ganzen Wesen der gegenwärtigen Regierung widerspricht ebenso das weibische Nachgeben, wie ein törichtes Auftrumpfen à la Ludendorff.

Damit, daß das Telegramm Nr. 23 gegenüber der dortigen Regierung nicht verwertet wurde, sind wir vollkommen einverstanden, da ja auch schon in dem Telegramm selbst dem dortigen Ermessen die geeignete Verwertung anheimgestellt war. Vielleicht wäre es aber doch möglich, in diesem Sinne mit anderen Leuten zu sprechen, denn es gibt doch sicherlich in England Persönlichkeiten, die für derartige Gedanken Verständnis besitzen.

Mit aufrichtigem Gruße bin ich  
Ihr stets ergebener

---

Schmach und jede Last mit Geduld tragen wird, die man ihm aufbürdet.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 15.

<sup>4</sup> Tel. D'Abermons, 6. Januar 1923, DBFP, First Series, Bd. XXI, S. 7-9. Siehe auch Sthamers Ber. vom 8. März, ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 317-19.

**Von Schubert an Botschafter Sthamer (gekürzt)**  
**Berlin, 15. Januar 1923**

*Durchschrift. PA, R 35993.<sup>1</sup>*

Hochverehrter Herr Sthamer!

[...]²

Natürlich können die Franzosen immer noch damit hausieren gehen, daß sie den Engländern versprechen, ihnen im Orient keine Schwierigkeiten zu machen. Natürlich wird es den Engländern darauf ankommen, solche Schwierigkeiten möglichst aus dem Wege zu räumen. Da ich aber nach allem, was wir hören, glaube, daß auch die Türken eingesehen haben, woher der Wind weht, und daß es in ihrem Interesse liegt, sich in erster Linie mit den Engländern zu verständigen, und da ferner die Türken klug genug sind, um jetzt nicht allzuviel mehr von Frankreich zu erwarten, sehe ich wirklich keinen Raum für einen Kuhhandel großen Stils,<sup>3</sup> besonders, da ja schließlich England im Grunde an einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage mindestens ebenso interessiert ist, als an einer Entwirrung des Orientproblems.

Sie schrieben ferner, das Siegel auf die Verständigung in den Orientfragen sei dann in Paris<sup>4</sup> gesetzt worden, wo Bonar Law sich dem französischen Willen vollständig gebeugt habe.

Ich muß gestehen, daß ich in Übereinstimmung mit dem Reichsminister die Haltung Bonar Laws in Paris doch wesentlich anders beurteile. Ich bin der Ansicht, daß die Haltung Bonar Laws in Paris in der Reparationsfrage wesentlich durch andere politische Fragen, wie z.B. das Orientproblem, nicht beeinflusst worden ist. Ich halte die Tatsache, daß Bonar Law nicht nur den französischen Reparationsplan abgelehnt, sondern sich auf das Entschiedenste gegen jede Sanktions- und Pfänderpolitik ausgesprochen, daß er einen eigenen wohldurchdachten Plan vorgelegt hat und daß er kurzer Hand abgereist ist, als er die Aussichtslosigkeit einer Einigung einsah, für ganz außerordentlich wichtig und konstatiere dabei, daß zum ersten Male eine Englische Regierung nicht nur sich dem französischen Willen nicht gebeugt, sondern in krasser Form Frankreich die englische Mißbilligung zum Ausdruck gebracht hat. Dies hat man in Frankreich auch durchaus begriffen und ist höchst beunruhigt darüber, umsomehr, als Amerika dem englischen Standpunkt durchaus beipflichtet.

Die jetzige Haltung Englands hat mich natürlich auch enttäuscht. Man hätte erwarten können, daß England irgendetwas Stärkeres unternommen hätte, um die

<sup>1</sup> Hschr. am Rand „Streng vertraulich!“

<sup>2</sup> Schubert ging hier auf das englisch-französische Verhältnis im Orient ein.

<sup>3</sup> Sthamer hatte in einem Ber. vom 10. Januar 1923 unterstellt, daß England sich mit Frankreich auf Kosten der Reparationsfrage in Orientangelegenheiten geeinigt habe, ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 45-47.

<sup>4</sup> Gemeint ist die alliierte Konferenz von Paris vom 2. bis 4. Januar 1923.

Ruhrbesetzung zu verhindern, und daß ferner England gegen die erfolgte Ruhrbesetzung scharf protestiert hätte.

Aus dem Fehlen solcher englischer Aktionen aber etwa auf eine vielleicht mit dem Orientproblem zusammenhängende vorherige Absprache zwischen England und Frankreich zu schließen, die eine ausdrückliche englische Billigung des französischen Ruhreinmarsches<sup>5</sup> in sich schloß, würde ich für absolut falsch halten. Möglich, daß die Franzosen den Engländern in Paris gesagt haben: „Wenn wir jetzt nicht zu einer Einigung kommen, marschieren wir ins Ruhrgebiet.“ Möglich auch, daß die Engländer den Franzosen darauf erwidert haben: „Meinetwegen, versucht's einmal!“ Das ist aber doch etwas ganz anderes.

Sehr interessant erscheinen mir die Äußerungen Tyrrells, falls Hamilton<sup>6</sup> sie richtig wiedergegeben hat, nämlich, daß England gegenüber Frankreich vorsichtig vorgehen müsse, um nicht als der Dumme da zu stehen, falls Frankreich wider Erwarten im Ruhrgebiet Erfolge haben sollte, oder aber, um bei einem Mißerfolge Frankreich aus der Patsche helfen zu können.

Das sind politische Erwägungen, die einer ernsthaften Kritik standhalten können, wenn sie auch Zeugnis dafür ablegen, daß entweder selbst Leuten wie Tyrrell der Ernst der europäischen Wirtschaftslage und die Notwendigkeit einer baldigen Remedur noch nicht ganz klar geworden sind oder aber, daß die Konsolidierung der neuen englischen Regierung immer noch nicht fest genug ist, um eine ganz starke Politik durchführen zu können, wie sie meiner Ansicht nach der katastrophale Zustand Europas von England erfordert.

Ich will nicht zu optimistisch sein oder in den Verdacht kommen, gänzlich im Schlepptau einer vielleicht mißverstandenen englischen Politik zu segeln. Wenn ich mir aber klar mache, daß aus den verschiedensten Gründen, die hier aufzuführen zu weit führen würde, England gegenüber Frankreich noch keine genügend starke Position hat, sowohl auf machtpolitischem, wie auch auf manchem rein sachlichen Gebiete, so muß ich mich doch fragen, was ein scharfer englischer Protest eigentlich genutzt haben würde. Da Herr Poincaré fest entschlossen war, komme was da wolle, jetzt die Ruhr zu besetzen, so hätte der englische Protest, wenn er vor der Ruhrbesetzung erfolgt wäre, diese unter keinen Umständen aufgehalten. Wäre er nachher erfolgt, so hätte sich Poincaré mit Eleganz über diesen Protest hinweggesetzt und die Engländer hätten eine politische Schlappe erlitten. Diese vorauszusehende Schlappe mit stärkeren Mitteln auszuwetzen, waren sie nach ihrer Ansicht – ob zu recht oder zu unrecht, will ich dahingestellt sein lassen – nicht in der Lage und schon deshalb haben sie wahrscheinlich den Protest überhaupt unterlassen und warten nun ab.

Sollte die französische Ruhraktion, wie ich zuversichtlich hoffe, zu einem Mißerfolge führen, und sollte sie ferner, wie ich befürchte, zur Evidenz beweisen, daß sie dazu beigetragen hat, das deutsche und damit das europäische Wirtschafts-

---

<sup>5</sup> Seit 11. Januar 1923 hatte Frankreich mit der Ruhrinvasion begonnen, weil die Reparationskommission absichtliche Verfehlungen bei deutschen Holz- und Kohlelieferungen konstatiert hatte.

<sup>6</sup> Über Hamiltons Artikel im Daily Chronicle siehe Dufours Brief an Schubert vom 11. Januar 1923; Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 15.

leben in ein noch viel größeres Durcheinander zu bringen, so wird die englische Regierung, die die Franzosen *volens volens* gewähren ließ, eine viel stärkere Position haben, die es ihr ermöglichen wird, dann den Franzosen ein endgültiges Paroli zu bieten.<sup>7</sup> Dieser Schritt allerdings muß dann auch erfolgen.

Viel wird natürlich auch von unserer Haltung abhängen, und sehr lange darf dieser Zustand nicht dauern. Ich schrieb heute an Herrn Dufour,<sup>8</sup> daß die augenblickliche Regierung fest entschlossen ist, die von ihr gewählte Linie des passiven Widerstandes mit Ruhe und Kaltblütigkeit bis zum äußersten inne zu halten. Ich hoffe bestimmt, daß ihr dies gelingen wird.

Allerdings ist hierzu auch nötig, daß die Engländer uns und den Franzosen gegenüber in der Zwischenzeit eine vernünftige Haltung einnehmen. Ich erwarte, daß sie allerdings nicht abwarten werden, bis die Ruhraktion die Franzosen vollständig ad absurdum geführt hat, sondern daß sie sich wenigstens in der Öffentlichkeit schon rühren werden, wenn sich nach und nach die Folgen der Ruhraktion zeigen. Ich glaube sicher, daß sie in dieser Beziehung eine Rückendeckung in Amerika finden werden, wo nach meinen Nachrichten die Stimmung mehr und mehr sich gegen Frankreich richtet.

Welche Folgen sich allerdings inzwischen für unsere armen Mittelstände in Deutschland ergeben werden, ist kaum auszudenken. Es ist zum Verzweifeln, wenn man das sich täglich steigende Elend mit ansehen muß, ohne wirklich helfen zu können!

Mit aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr sehr ergebener

---

<sup>7</sup> Schubert hatte bereits am 8. Januar 1923 an Dufour geschrieben: „Die Engländer müssen einsehen, daß Herr Poincaré sein Ziel auf höchst raffinierte Weise zu erreichen sucht. Sie müssen erkennen, welches die wahren Ziele der Franzosen sind: nämlich die Angliederung des Rheinlandes und die Hegemonie über den Continent.“-Ebd. Diese Gefahr hatte Schubert schon früher der britischen Regierung über die Botschaft zu suggerieren versucht, siehe u.a. den Brief an Dufour vom 2. Dezember 1922, ebd. Auch entnahm er den ihm zugehenden Nachrichten, vor allem dem Brief Dufours vom 30. November 1922, daß die Sicherheit Frankreichs vor Deutschland von entscheidender politischer Bedeutung war, ebd.

<sup>8</sup> Gemeint ist das in Dok. 54 abgedr. Schreiben.



**Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce  
Berlin, 29. Januar 1923**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 15.*

Streng vertraulich!

Mein lieber Dufour!

Vielen Dank für Ihre beiden sehr interessanten Briefe, die ich mit letztem Kurier erhielt.<sup>1</sup>

Der Grundton Ihrer Ausführungen ist darauf gestimmt, daß wir von den Engländern in absehbarer Zeit nichts zu erwarten hätten. Sie können sich denken, daß mich dies sehr nachdenklich gestimmt hat. Auf die Gefahr hin, für einen unverbesserlichen Optimisten gehalten zu werden und die englische Psyche falsch einzuschätzen, möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß Sie die Sachlage doch etwas zu trübe beurteilen.

Sie schreiben, daß die Engländer den Standpunkt einer wohlwollenden Neutralität einnehmen. Die englische Presse der letzten Tage – natürlich mit Ausnahme der unverbesserlichen Daily Mail und Morning Post – gibt Ihnen darin nicht recht. Bei den Ausführungen, die ich insbesondere auch in der „Times“ gelesen habe, gewinnt man kaum noch den Eindruck einer Neutralität. Es sind doch recht scharfe Zurechtweisungen, die hier den Franzosen gegeben werden.

Natürlich kann ich nicht leugnen, daß die Englische Regierung bisher nichts getan hat, was einer Intervention auch nur im entferntesten ähnlich sähe. Im Gegenteil: die Franzosen können sich darauf berufen, daß die englische Regierung ihrem frevelhaften Treiben mindestens mit Gleichmut zusieht.

Die Nachrichten, die wir von allen Seiten über die Haltung der Industriellen, der Arbeiterschaft und der Beamten im Ruhrgebiet und auch im Rheinland erhalten, lauten ganz ausgezeichnet. Überall ist ein außerordentlich starker Abwehrwille vorhanden. Es ist kein Zweifel, daß die Franzosen sich die Sache sehr viel leichter vorgestellt haben und daß sie über ihre bisherigen Erfolge sehr enttäuscht und sogar beunruhigt sind. In der französischen Presse mehren sich die Stimmen, die das Bedenkliche der französischen Aktion unterstreichen und zwar sogar in solchen Blättern, die sonst stramm für die Regierung schreiben.

Allerdings muß betont werden, daß wir erst am Anfange der wirklich schweren Ereignisse stehen. Was die Franzosen bisher getan haben, ist nur das Vorspiel. Die eigentliche Tragödie wird erst losgehen, nachdem der Militärkordon gezogen ist und die Absperrung des Ruhrgebiets tatsächlich in die Erscheinung tritt. Nachdem, was wir bisher gehört haben, wird es sich bei der Absperrung nicht um eine Zoll-Linie handeln. Vielmehr wird wahrscheinlich dafür gesorgt werden, daß die Kohlen nicht mehr aus dem Ruhrgebiet in das unbesetzte Gebiet befördert werden

---

<sup>1</sup> Es handelte sich um 2 Briefe vom 25. Januar 1923, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 15.

dürfen. Ferner wird man dann mit allen Mitteln versuchen, die geförderte Kohle nach Frankreich und Belgien zu exportieren.

Angesichts des Umstandes, daß sich deutscherseits keine Hand regen wird, um den Abtransport der Kohlen nach Frankreich zu bewerkstelligen, wird sich vermutlich als erste Folge ergeben, daß sich die Kohlenbestände auf den Zechen anhäufen. Unter diesen Umständen wird es dann wohl nicht mehr möglich sein, weiter zu fördern. Es wird dann vermutlich zu einer großen Streikbewegung kommen, deren Folgen natürlich in jeder Beziehung unabsehbar sind.

Ich habe in einem früheren Brief an Herrn Sthamer auseinandergesetzt, warum ich es, politisch gesprochen, bis zu einem gewissen Grade erklärlich fand, daß die Englische Regierung gegen den Einmarsch ins Ruhrgebiet keinen Protest erhob.<sup>2</sup> Sie selbst hoben die Hauptgründe hervor, weshalb England diesen Protest vermutlich nicht erhoben hat. Einmal, um nicht dabei zu sein für den Fall, daß Frankreich im Ruhrgebiet einen Erfolg haben sollte, weiter um den Franzosen die Möglichkeit zu geben, für den Fall eines Mißerfolges sich mit Anstand aus der Affaire zurückziehen.

Es fragt sich nun, ob nicht bald der Moment gekommen sein wird, der einen Eingriff Englands aus dem zweiten Grunde rechtfertigt.<sup>3</sup>

Was ist aber im übrigen unter Eingreifen zu verstehen? Zwischen einem starken offiziellen Protest und einer absoluten Zurückhaltung liegen doch noch sehr viele Möglichkeiten. Ich fürchte, daß die Franzosen sich tatsächlich einbilden, zur Zeit einer wohlwollenden Haltung der offiziellen Engländer sicher zu sein. Ich glaube aber, daß es ihnen sehr schwül zu Mute werden würde, wenn im Wege des üblichen diplomatischen Verkehrs die Englische Regierung den Finger erhöhe und die Franzosen zur Vernunft mahnte. Für eine solche Aktion ist der Moment meiner Ansicht nach bereits gekommen, und ich glaube, daß es im eigensten Interesse der Franzosen liegen würde, wenn die Engländer solche Demarche unternehmen würden, wenn sie es nicht etwa schon getan haben!

Inwieweit Sie dazu beitragen können, durch Ihre Verbindungen in diesem Sinne auf die Englische Regierung einzuwirken, steht natürlich ganz in Ihrem Ermessen. Es darf dabei keinesfalls der Verdacht entstehen, als seien wir bereits müde geworden, denn dies ist tatsächlich nicht der Fall. Auch die linken Sozialisten stehen bis jetzt geschlossen hinter der Regierung. Sie werden sich selber ein Bild hiervon machen können, wenn Herr Breitscheid Sie aufsucht.<sup>4</sup> Er hat seine Reise

<sup>2</sup> Dok. 55.

<sup>3</sup> Am 22. Januar 1923 hatte Schubert von Ludwig Stein die Mitteilung erhalten, daß die englische Regierung es noch ablehne, sich an einer Vermittlungsaktion zu beteiligen, da „die Zeit für eine solche Aktion noch nicht reif sei. Erst müßten die Franzosen sich noch gründlicher festgefahren haben.“-PA, R 35994, Aufz. Schuberts. Auch Dufour bestätigte Schuberts gedämpfte Erwartungen eines englischen Eingreifens im Brief vom 25. Januar 1923, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 15.

<sup>4</sup> Am 22. Januar 1923 hatte Schubert Dufour mitgeteilt, daß sowohl Breitscheid als auch Graf Kessler – über die Ergebnisse von dessen vorangegangenen London-Besuch siehe Aufz. Schuberts vom 19. Januar – in privater Mission nach London reisen würden und daß keineswegs der Eindruck erweckt werden dürfe, als handele es sich um irgendwelche deutschen „Sendlinge“. Über Breitscheid schrieb Schubert am 23. Februar 1923 an Dufour: „Wenn man mit ihm spricht, hat man manchmal unbedingt das Gefühl, daß er

etwas verschoben, wohl um den letzten parlamentarischen Verhandlungen beiwohnen zu können. Er will aber demnächst nach London fahren und hat mir versprochen, mit Ihnen gute Fühlung zu halten, woran ihm selbst sehr viel zu liegen scheint. Ganz unter uns will ich Ihnen mitteilen, daß er uns heute ein Interview zeigte, das er soeben einer Bostoner Zeitung gegeben hat. Dieses Interview ist ganz vorzüglich und steht vollkommen auf dem Standpunkt, den die Regierung vertritt.

Sie schrieben, daß die Englische Regierung sich zu schwach fühle, um allein irgend etwas gegen die französische Aktion im Ruhrgebiet zu unternehmen. Nur wenn die Regierung der Vereinigten Staaten sich entschlösse, zu intervenieren, würde sich die Britische Regierung an ihre Rockschöße hängen. Ich schicke Ihnen heute Abschrift eines langen und sehr interessanten Berichts des Botschafters Wiedfeldt.<sup>5</sup> Sie ersehen daraus, daß viele amerikanische Kreise guten Willens sind, aber daß eine Initiative von Seiten Amerikas kaum zu erwarten ist. Auch ich glaube nicht daran.<sup>6</sup> Die amerikanische Regierung ist einmal viel zu sehr von inneren Schwierigkeiten gehemmt. Ferner aber müssen Sie bedenken, daß die meisten Amerikaner nicht die leiseste Ahnung von europäischen Zuständen haben. Sie wissen daher nicht, was sie eigentlich machen sollen, und fürchten sich, durch ein ungeschicktes Vorgehen wieder einmal in einer für sie höchst unangenehmen Weise in die europäischen Händel verwickelt zu werden. Ihnen aber einen Generalplan zur Ausführung vorzulegen, wie dies Herr Wiedfeldt schon seit Monaten verlangt, ist leider aus technischen Schwierigkeiten ganz unmöglich. Die Idee ist sicher ausgezeichnet, aber in der Praxis leider undurchführbar. Trotzdem will ich versuchen, auch auf diese Weise etwas weiter vorwärts zu kommen; ich glaube aber nicht, daß dabei etwas herauskommen wird, das so schön ist, daß es die Amerikaner zu sofortigem Intervenieren veranlassen könnte.<sup>7</sup>

---

der größte Staatsmann des 20. Jahrhunderts sein wird. Ich wünsche ihm alles Glück dazu.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 15. Siehe auch Dok. 57 Anm. 1.

<sup>5</sup> Siehe den Ber. vom 7. Januar 1923, ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 29-42. Ebenso Wiedfeldt an Rosenberg 12. Dezember 1922, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 15. – Auf Dufours Feststellung vom 25. Januar, nur die USA könnten helfen, nicht Großbritannien, reagierte Schubert mit der Randnotiz „falsch!!“-Ebd.

<sup>6</sup> Am 23. Januar 1923 hatte Schubert eine Unterredung mit Houghton, aus der er den Eindruck gewann, daß Amerika sich zunächst in der Ruhrfrage zurückhalten wolle, Aufz. Schuberts ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 102f. Schubert fand Houghton aber „außerordentlich gut disponiert“ und übergab ihm eine leicht verbesserte Version des Cunoschen Rheinpakt-Vorschlags; ebd., S. 103 Anm. 4.

<sup>7</sup> Dazu schrieb Schubert am 29. Januar an Wiedfeldt: „Ich habe immer der Ansicht zugehört, daß eine englisch-amerikanische Intervention unter Englands Führung und mit Rückendeckung Amerikas den einzigen Ausweg aus der verfahrenen Situation darstellt. Dies will durchaus nicht besagen, daß ich der Meinung bin, daß wir jetzt schon eine solche Intervention verlangen müssen. Wir hoffen, noch lange Zeit durchhalten zu können. Aber es ist doch wohl nicht vorauszusehen, daß eine Einigung zwischen Frankreich und uns möglich ist ohne die Vermittlung eines Dritten. Ferner wird durch den bodenlosen Unsinn, den die Franzosen jetzt an der Ruhr begehen, das europäische Wirtschaftssystem und auch wohl das Wirtschaftssystem der Welt derartig in Unordnung gebracht, daß für alle daraus die schwersten Folgen entstehen können, sodaß es schon jetzt die Aufgabe Englands und Amerikas sein dürfte, sich zu überlegen, wann und wie eine Intervention in irgendeiner Form erfolgen kann.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 15. Nach einer Unterredung mit dem Geschäftsträger der amerikanischen Botschaft, Robbins, zeichnete

Etwas hat sich ja die Situation in Amerika verändert durch das kraftvolle und energische Vorgehen des Senators Borah.<sup>8</sup> Ich fürchte aber, daß es auch ihm und seinen Leuten nicht gelingen wird, die Amerikanische Regierung zu einem starken Schritt zu veranlassen.

Ich komme daher immer wieder zu meiner alten Idee zurück, daß die Engländer den Vortritt haben müssen und daß ihnen dabei Amerika als Rückendeckung dienen muß. Hierfür wird man die Amerikaner gewinnen können; ich glaube, daß sogar dieses Ziel schon erreicht ist. Die Engländer müssen vorangehen, was ja an sich auch ganz logisch ist, da sie im Stande sind, die europäische Situation richtig zu beurteilen und da sie schließlich bei der ganzen Sache auch mehr beteiligt sind, wie die Amerikaner.<sup>9</sup>

In dieser Beziehung haben mich die mit letztem Kurier angekommenen Berichte über die allgemeine Wirtschaftslage und über die Beschreibung des Herrn Ewer sehr interessiert.<sup>10</sup> Aus dem ersteren scheint mir hervorzugehen, daß die Engländer doch mit gemischten Gefühlen die durch die Ruhrbesetzung hervorgerufene europäische Wirtschaftslage in ihrer Rückwirkung auf England betrachten. Dabei hebe ich besonders hervor die Verteuerung, die durch die erhöhten Kohlenpreise hervorgerufen wird, sowie das Schlechterwerden des Frachtgeschäftes. In dem zweiten Berichte interessiert mich die Propaganda, welche das Comité des Forges<sup>11</sup> in England betreibt. Hiergegen wird sich von unserer Seite schwer etwas machen lassen. Wenn aber das Comité die englischen Industriellen damit zu ködern versucht, daß es ihnen einen Teil des Ruhrkuchens verspricht, so ist diese Argumentation ein absoluter Unsinn. Es liegt doch auf der Hand, daß das Ziel des Comité dahin geht, einen französisch-deutschen Trust zu schaffen. Kommt es aber zu einem solchen Trust, so wird dies den Engländern doch in höchstem Maße unangenehm werden! Aus früheren Briefen von Ihnen weiß ich, daß nun endlich maßgebende englische Kreise durch diese durchaus vorhandene Gefahr sehr beunruhigt werden, und darin haben sie vollkommen Recht!

[...] <sup>12</sup>

---

Schubert am 14. Mai 1923 das folgende auf: „Er sagte mir [...] ganz offen, daß wir von Amerika auch bezüglich der Reparationsfrage nicht zu viel erwarten dürften.“ Amerika könne sich erst dann mit dem Reparationsproblem beschäftigen, „wenn die Streitigkeiten zwischen den Völkern Europas geschlichtet seien“. -PA, R 28488.

<sup>8</sup> Borah hatte im Senat geäußert, daß Amerika bereits soweit in den europäischen Händeln drinstecke, daß es auch wirtschaftlich betroffen sei. Deswegen forderte er eine internationale Konferenz, auf der die endgültige Reparationssumme festgelegt und gleichzeitig Rüstungsbeschränkungen beschlossen werden sollten. Siehe dazu Ber. Wiedfeldts vom 7. Januar 1923, ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 32.

<sup>9</sup> Am 12. Februar 1923 schrieb er in diesem Sinne etwas schärfer an Dufour: „Eine Intervention der Engländer in nächster Zeit verlangen wir garnicht, da wir der Ansicht sind, daß sie verfrüht wäre. Aber zwischen einer Intervention und der Unterlassung jeglicher Schritte liegt doch immerhin ein großer Zwischenraum. Die Franzosen sind nur so frech, weil sie vorgeben, der wohlwollenden Neutralität Englands sicher zu sein.“ -NL. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 15.

<sup>10</sup> Siehe dazu Dufours Brief an Schubert, 25. Januar 1923, ebd.

<sup>11</sup> Interessenvertretung der französischen Eisenindustrie.

<sup>12</sup> Schubert ging hier kurz auf verschiedene Details aus Dufours Briefen ein.

Von dem Völkerbund erwarte ich mir garnichts. Im Gegenteil würde ich es für sehr bedenklich halten, wenn der Völkerbund mit der Ruhraffaire und mit dem Reparationsproblem befaßt würde. Hierzu scheint mir vorläufig allerdings keinerlei Gefahr vorzuliegen, da die Franzosen sich anscheinend heftig dagegen wehren, daß der Völkerbund mit diesen Fragen beschäftigt wird.

Auch die Brantingsche Aktion<sup>13</sup> betrachte ich mit großer Skepsis. Unser Gesandter in Schweden hat sich mehrfach mit Branting unterhalten, der tatsächlich die Sache vor das Forum des Völkerbundes bringen will. Wir haben Branting auch allerlei freundliche Sachen sagen lassen. Aber Branting, dies ganz unter uns, ist ein höchst unzuverlässiger Kunde und ist bisher noch jedesmal dem französischen Einfluß glatt unterlegen.

Unseren Standpunkt in bezug auf das Verbleiben oder Nichtverbleiben der englischen Truppen haben Sie aus unserem kürzlich abgesandten langen Telegramm<sup>14</sup> ersehen; ich habe nichts hinzuzufügen.<sup>15</sup>

Zum Schluß möchte ich noch einmal hervorheben, daß ich Ihren Standpunkt nicht teilen kann, daß nur die Amerikaner uns helfen können, die Engländer aber nicht. Ich bin gerade der umgekehrten Meinung, d.h. daß die Engländer mit Unterstützung der Amerikaner vorgehen müssen. Ich hoffe auch immer noch, daß es dazu kommen wird. Und zwar ganz allmählich, in immer gesteigerterem Maße.

Und ich betone noch einmal, daß wir durchaus guter Hoffnung sind, auf absehbare Zeit durchhalten zu können. Dabei ist aber immer zu bedenken, in welcher Weise der Ruhrfrevel auf die allgemeine Wirtschaftslage Europas einwirkt und ob sich nicht jetzt schon Folgen einstellen, die nicht mehr wieder gutzumachen sind, wenn nicht bald etwas gegen diesen Frevel geschieht. Das Sinken der Mark auf heute 34.000 für den Dollar spricht eine deutliche Sprache. [...]<sup>16</sup>

Mit den aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr stets getreuer

---

<sup>13</sup> Versuch einer Vermittlung zwischen Frankreich und Deutschland über den Völkerbund; siehe u.a. Tel. Sthamers vom 24. Januar (PA, R 35994) und Blüchers vom 12. Februar, PA, R 35996.

<sup>14</sup> ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 114-16.

<sup>15</sup> An Dufour schrieb Schubert darüber nochmals am 12. Februar 1923: „Allmählich kann man aber, wie ich ganz vertraulich bemerken möchte, sagen, daß die Anwesenheit der Engländer geeignet wird, den allgemeinen sehr gut funktionierenden Widerstand zu stören. Nützen tun sie uns fast garnicht mehr, denn man muß leider konstatieren, daß sie in ihrer Zone doch den Franzosen mittelbar recht weitgehende Konzessionen machen.“ - Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 15.

<sup>16</sup> Schubert sandte den Brief des Abgeordneten Murray wieder zurück.

**Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce (leicht gekürzt)**  
**Berlin, 12. März 1923**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 16.*

Streng vertraulich!

Mein lieber Dufour!

In aller Eile – denn wir leben hier nur noch nach Minuten – möchte ich Ihnen für Ihren Brief vom 8. d.M.<sup>1</sup> danken. [...]<sup>2</sup>

Nun aber kurz zu der Hauptsache: Sie haben ersehen, daß wir auf Ihren und Kesslers Vorschlag eingegangen sind. Allerdings mit der Einschränkung, daß wir eine vorherige Anfrage bei der Englischen Regierung für absolut notwendig hielten.<sup>3</sup> Wir sind der Ansicht, daß wir ohne eine solche mit ziemlicher Sicherheit in eine höchst unbequeme Lage gekommen wären. Denn wir durften uns nicht dem Verdacht aussetzen, als hätten wir ein abgekartetes Spiel mit der Opposition eingeleitet. Dann wären wir und vor allem die Botschaft erledigt gewesen.

So aber ist die Sache absolut loyal. Natürlich müssen Sie sehen, daß Sie umgekehrt nicht wieder bei Simon und seinen Freunden anstoßen. Ihre Aufgabe ist nicht leicht, ich bin aber sicher, daß der Botschafter, Kessler und Sie einen Ausweg finden werden. Ich hielt es für zweckmäßig, Ihnen mitzuteilen, daß wir eine Mitteilung über den vorbereitenden Schritt, den wir bei der Englischen Regierung unternehmen haben und unternehmen mußten, an Simon für unzulässig hielten. Sollte es aber tatsächlich zu der Überreichung der Handschreiben oder des Memoranden

<sup>1</sup> Darin heißt es: „Kessler hat Ihnen heute geschrieben und [...] haben wir ebenfalls heute ein längeres Telegramm ans Amt aufgesetzt, in welchem wir erneut die Absendung eines Handschreibens des Reichskanzlers an Bonar Law befürwortet haben. Ich brauche auf den Inhalt dieses Handschreibens nicht weiter einzugehen, da Kessler ausführlich darüber geschrieben hat. [...] Hoffentlich stimmen Sie und alle anderen maßgebenden Herren mit uns überein, daß es außerordentlich wichtig ist, in dem vorgeschlagenen Sinne vorzugehen, denn ich glaube wirklich, daß es sich um eine ganz einzigartige Gelegenheit handelt, die britische Regierung aus ihrer Lethargie aufzurütteln.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 16. Kesslers Schreiben (Ankunft 3. März) ist in der Anlage zu Dok. 58 referiert; dort auch weitere Informationen über Hintergrund und Verlauf der Aktion in London. Über Kesslers inoffizielle Mission nach England, die er in enger Fühlungnahme mit Schubert betrieb (viele Dok. in Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bde. 15, 16), siehe Grupp, Harry Graf Kessler, S. 613ff. Auch Breitscheid hielt sich in London auf. Dazu siehe den Ber. Lampsons vom 13. Februar 1923, DBFP, First Series, Bd. XXI, S. 109-12. In diesem Zusammenhang fiel Schuberts Kommentar Dok. 56 Anm. 4.

<sup>2</sup> Schubert ging auf Personalien ein.

<sup>3</sup> Dufour hielt diese Voranfrage in einem Brief vom 17. März 1923 für „bedauerlich“, weil sie Simons Wirkung schmälere, nachdem er schon am 13./15. März 1923 über das Scheitern der Durchführung berichtet hatte. Andere Akzente setzte Bernstorff am 15. März 1923; Inaktivität und Fehler Sthamers, der Crowe gegenüber zu zaghaft vorgegangen sei, hätten dazu beigetragen, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 16.

dums gekommen sein, so werden Sie sicherlich Mittel und Wege gefunden haben, um Simon einen Wink zu geben, ohne ihm direkt von der Tatsache der Überreichung Mitteilung zu machen.

Ich muß Ihnen ganz offen sagen, daß ich am Anfang, auch nach dem Empfang Ihres Telegramms vom 8. d.M., zweifelhaft war, ob wir die Sache machen sollten. Denn es besteht doch immerhin die Gefahr, daß wir uns in England zwischen zwei Stühle setzen. Ich habe mir dann aber überlegt, daß es unsere Pflicht ist, in dieser Zeit alles zu tun, was zu einer Lösung der verwickelten Lage beitragen kann.

Sehr wenig erbaut waren wir zunächst über den ersten Teil Ihres Telegramms vom 10. d.M.,<sup>4</sup> das in der Nacht eintraf, als ich gerade mit Rosenberg beim Reichskanzler war, um den endgültigen Text der Handschreiben an Bonar Law festzusetzen. Es ist zu dumm, daß Curzon abwesend und daß der Botschafter gezwungen war, sich an den ekelhaften Crowe zu wenden. Natürlich blieb garnichts anderes übrig, als diesen Weg zu beschreiten, denn bis zum Montag [12. März] konnte der Botschafter natürlich nicht warten.

Crowe wird uns wirklich allmählich zum Verhängnis. Bei dieser Mentalität, die sich aus dem einem im Grunde kleinen Beamten eigenen Mangel an Selbständigkeit und Verantwortungsgefühl, einem verbissenen Mißtrauen gegen alles Deutsche und einer, wie mir scheint, doch vorhandenen starken Franzosen-Freundlichkeit zusammensetzt, kann man wirklich nichts irgendwie Ersprießliches für uns erwarten. Äußerungen, wie diejenigen, daß Frankreich bestimmt keine politischen Ziele verfolge, sondern nur Forderungen wirtschaftlicher Art wünsche, sind direkt eine Unverschämtheit. Glaubt Crowe wirklich, daß er die Botschaft oder hier das Auswärtige Amt mit solchem öden Geschwätz dúpieren kann? Er scheint uns alle für absolute Idioten zu halten! Es wäre vielleicht zweckmäßig, wenn der Botschafter bei einem Gespräche einmal einfließen ließe, daß wir hier erstaunt wären, daß Crowe wirklich glaubte, mit solchem Unsinn, an den er ja selbst nicht glaube, hier irgendwelchen Eindruck zu machen. Wir sind gewiß hier keine Chauvinisten und wissen ganz genau, daß auch in Deutschland Fehler gemacht worden sind und daß hier alles nicht ganz in Ordnung ist. In dem schweren und kaum erträglichen Kampf, den wir hier zu führen haben, und bei dem ernstlichen und ehrlichen Bestreben, alle nur erdenklichen Mittel und Wege zu gehen, um Europa vor dem immer näher rückenden Zusammenbruch zu retten, wirkt es geradezu grotesk, wenn man uns mit solchen blöden Redensarten kommt. Dazu ist das Problem denn doch zu verwickelt, um es auf eine so alberne Journalistenformel zu bringen.

Wir sind nun in höchster Spannung, wie die Sache ausläuft, und ich erwarte sicher heute noch ein aufklärendes Telegramm. Wenn nur die Sache wirklich an Bonar Law gelangt: Hier liegt der Schlüssel zur Situation und nicht bei dem von Gehässigkeit und Übelwollen strotzenden Crowe!

Wie wir schon dem Botschafter telegraphiert haben, bitten wir Sie, das Tempo nicht zu forcieren. Ich kann mir nicht denken, daß sich vor Vertagung des Parlaments am 29. d.M. für Simon und seine Freunde nicht noch eine andere Gelegenheit für eine Interpellation bieten sollte. Ich habe allerdings den Herren hier auseinandergesetzt, daß die Parlamentsgebräuche in England sehr merkwürdig seien

---

<sup>4</sup> Zu den Telegrammen vom 8. und 10. März 1923 Dok. 58, Anlage, Punkte 3 und 8.

und daß ich von hier nicht übersehen könne, ob nicht doch der 13. der letzte Termin sei, den wir nicht verpassen dürften. Falls es noch nötig ist, klären Sie mich bitte mit nächstem Kurier über diesen speziellen Punkt auf.

Die Hauptsache, ich wiederhole es, ist jedenfalls, daß wir die augenblickliche englische Regierung nicht vergrämen.<sup>5</sup> Wenn z.B. Bonar Law morgen Mittag um 12 Uhr das Handschreiben oder das Memorandum zum ersten Mal sieht und er 3 Stunden später im Parlament interpelliert wird, so könnte ich mir doch vorstellen, daß er dies sehr verwunderlich findet. Das werden Sie sich aber wahrscheinlich ja auch überlegt haben. Unsere Vorankündigung hatte ja den Zweck, dieses Erstaunen zu mildern und endlich könnte ich mir auch denken, daß Bonar Law durch Tom Jones einen Wink darüber bekommen hat, was ihm bevorsteht.

Sollte im übrigen der Botschafter Bedenken gehabt haben, auch das Memorandum zu überreichen, so stehen wir vor einer neuen Situation, die einigermaßen unbequem wäre. Es wäre in diesem Fall notwendig, daß wir im engsten telegrafischen Meinungsaustausch blieben, wie wir den Faden weiterspinnen könnten.

Es fehlt mir leider an Zeit, sowohl dem Botschafter als auch Graf Kessler noch besonders zu schreiben. Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie dem Botschafter über diesen Brief Vortrag halten und auch Graf Kessler orientieren könnten. Bitte danken Sie auch in meinem Namen Graf Kessler für seinen hochinteressanten letzten Brief.<sup>6</sup>

Zu Ihrer persönlichen Information und nicht zur Weitergabe an ihn möchte ich noch hinzufügen, daß Rheinbaben<sup>7</sup> mit letztem Kurier anscheinend über die ganze Sache an Herrn Stresemann geschrieben und ihn aufgefordert hat, sich sofort mit dem Reichsminister in Verbindung zu setzen. Dies war meiner Ansicht nach

<sup>5</sup> Dies wurde vor allem im Hinblick auf die für absolut notwendig erachtete Fortsetzung von Besprechungen betont, um in einen diplomatischen Dialog zu kommen, aus dem sich „allmählich etwas herauskristallisiert, was man als eine Grundlage für eine Lösung der ganzen Reparations- und Ruhrfrage nehmen könnte und bei der man die englische und amerikanische Unterstützung haben würde. [...] Ich hoffe, daß sich diese Taktik durchführen lassen wird. Es muß endlich mit dem schrecklichen Brauch gebrochen werden, daß wir alle Monate einmal mit einem Plan ankommen, der dann abgelehnt wird, worauf dann wieder absolute Stille eintritt. Es muß die im diplomatischen Leben sonst immer übliche Kontinuität der Besprechungen, und zwar mit dem englischen Außenminister, hergestellt werden, denn nur so kann man endlich zu einem Resultat kommen. Inwieweit nebenher Kessler bei der Opposition seine Tätigkeit weiter fortsetzen will und kann, muß ihm überlassen bleiben.“-Brief Schuberts an Dufour, 19. März 1923, ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 356. Dort auch Stellungnahme zu den sich häufenden Hinweisen (Dufour 13./15. März 1923 über Bonar Law und Curzon, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 16), daß es Frankreich um die Gewährleistung seiner Sicherheit gehe; er lasse „dieses Problem zur Zeit genau studieren“.-ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 357. Über weitere private Reparations-Sondierungen – Bergmann/Dubois – Brief Schuberts an Dufour, ebenfalls 19. März, ebd., S. 340 Anm. 5. Schubert hatte erste Anregungen Kesslers nachdrücklich aufgegriffen, die britische Regierung solle sich, vorzugsweise über eine Anfrage der Opposition im Unterhaus, öffentlich nach den deutschen Absichten in der Reparationsfrage erkundigen und damit der Reichsregierung die Gelegenheit geben, ohne Schwäche zu zeigen, die deutsche Verhandlungsgrundlage bekanntzugeben. Siehe Brief Kesslers vom 23. Februar, dessen Anregung aufgegriffen wurde, Randvermerk Rosenbergs vom 26. Februar auf dem Brief und Schubert an Dufour vom selben Tag, alle Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 15.

<sup>6</sup> Erwähnt in Dok. 58, Anlage, Punkt 7.

<sup>7</sup> Siehe Brief Dufours an Schubert vom 8. März 1923 (wie Anm. 1).



höchst überflüssig, wenn ich auch natürlich nichts dagegen habe, daß Stresemann von solchen Dingen erfährt. Da aber Stresemann über die Entstehungsgeschichte, der doch immer außerordentlich delikaten Angelegenheit, nicht informiert war, lag die Gefahr einer Indiskretion immerhin recht nahe. Stresemann war dann auch – und auf diese Weise haben wir von dem Inhalte des Briefes erfahren – bei Rosenberg, der ihn natürlich sofort auf das Delikate der Situation hinwies.

Zu viele Köche verderben den Brei. Ich erkenne den guten Willen Rheinbassens durchaus an, er sollte sich aber eigentlich nicht in Dinge mischen, die ihn nichts angehen. Wir wissen selbst am besten, was wir zu tun und zu lassen haben!

Mit aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr stets getreuer

58

**Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce  
Berlin, 26. März 1923**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 16.*

Streng vertraulich!

Mein lieber Dufour!

Heute nur wenige Zeilen, die wohl auch genügen werden, da Sie aus unseren sehr ausführlichen Telegrammen wissen, welchen Standpunkt wir einnehmen.

Morgen früh werden Sie erfahren, daß wir auf Ihren neuesten Vorschlag sofort eingegangen sind. Sie ahnen aber garnicht, wie außerordentlich schwierig es ist, die Regie hier richtig anzukurbeln. Es gehört ein Unmaß von schnellster Entschlußkraft und intensivster Kleinarbeit dazu, wovon sich die an weniger komplizierte Verhältnisse gewöhnten englischen Politiker wohl kaum eine Vorstellung machen.

Nicht um zu renommieren, sondern um unsere prompte Arbeit klar zu stellen, schicke ich Ihnen die beifolgende Zusammenstellung, die über die erste Phase der Aktion Aufschluß gibt.<sup>1</sup> Ich glaube nicht, daß jemals ein Auswärtiges Amt so schnell gearbeitet hat, wie es in diesem Fall geschah.

Hoffentlich klappt nun alles morgen in Berlin und übermorgen in London. Es hat mir persönlich sehr leid getan, daß wir nicht auch schon den Asquithschen Zusatz<sup>2</sup> hineinbringen konnten. Es war aber tatsächlich nicht mehr möglich. Hoffentlich marschiert Asquith auch ohne ihn.

---

<sup>1</sup> Sie wurde maßgeblich von Schubert gestaltet und gewährt Einblick in seine diplomatische Arbeit. Zur Vorbereitung ist ADAP, Serie A, Bd. VII heranzuziehen.

<sup>2</sup> Dufour schrieb am 17. März 1923 darüber an Schubert: „Aus dem Kesslerschen Briefe an Sie vom 15. ds. Monats [Anlage zu diesem Dok. Punkt 20] werden sie auf Seite 3 unter II

Grüßen Sie bitte Kessler sehr von mir und danken Sie ihm für seinen Brief. Überflüssig zu sagen, daß der Inhalt Ihres sehr langen Privatbriefes<sup>3</sup> uns höchst wertvoll war.

Mit aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr stets getreuer

[Anlage:]

1.) 3. März 1923.<sup>4</sup>

Ankunft eines Briefes Graf Kesslers an Herrn von Schubert: Deutsche Regierung solle Bonar Law offiziell für seinen privaten Gebrauch mitteilen, welche Verpflichtungen sie bereit sei zu übernehmen als Gegenleistung für die sofortige Räumung des Ruhrgebiets durch Frankreich. Sie solle sich verpflichten, in diesem Fall, sich einem internationalen unparteiischen Schiedsgericht zu unterwerfen, dem drei Fragen vorzulegen wären:

- a) Was hat Deutschland in wahren Sachleistungen bisher geleistet?
- b) Was kann und soll es in „Fairness“ leisten?
- c) Auf welche Weise soll es diese Leistungen bewerkstelligen?

Opposition müßte von dieser Mitteilung vertraulich und inoffiziell Kenntnis erhalten und dann sofort in Tätigkeit treten. Es müsse aber Gelegenheit einer Debatte abgewartet werden. Die nächste Gelegenheit biete sich am 13. März. Die Mitteilung der deutschen Regierung an Bonar Law müßte ganz kurz vor dieser Debatte erfolgen.

---

den Vorschlag gefunden haben, die Bankierskommission, die die Anleihe auflagen soll, müsse eine kurze Frist setzen, bis zu der sie ein Anleiheprojekt ausarbeitet und die Garantien bezeichnet, die sie für die Anleihe für nötig hält. Diese Frist solle nicht länger als auf höchstens zwei Monate bemessen werden. Bis zu diesem Spruch des Bankierskomitees und bis diese neuen Garantien feststehen, würde man den Franzosen gestatten müssen, im Ruhrgebiet stehen zu bleiben und unter der Bedingung, daß sie, sobald die Entscheidung des Bankierkomitees oder einer sonstigen internationalen Sachverständigenkommission erfolgt, sofort abziehen. Es ist dies ein neuer Gesichtspunkt, der in einer etwaigen Mitteilung an die Britische Regierung berücksichtigt werden sollte um so mehr, als Asquith und Simon einen ganz besonderen Wert auf eine solche Erklärung legen. Außerdem hilft das m. E. dem Reichskanzler, von dem öffentlich erklärten Standpunkt abzugehen, wenn er das will, daß er erst dann zu Verhandlungen bereit wäre, wenn das Ruhrgebiet von den französischen und belgischen Truppen befreit worden ist.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 16.

<sup>3</sup> Briefe Kesslers und Dufours vom 22. März 1923, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 16. In beiden Briefen kam die Enttäuschung auch Simons über eine verpaßte Chance, eine Reparations- und Ruhrlösung zu initiieren, zum Ausdruck; Kessler wies auf die allgemeine Verärgerung über fehlende offizielle deutsche Vorschläge zur Reparationslösung hin, während Dufour u.a. die britischen Befürchtungen vor der langfristig wirksam werden den deutschen Wirtschaftskraft – deswegen Bevorzugung von Kooperation statt Konkurrenz – betonte.

<sup>4</sup> Ebd.; generell zum folgenden auch PA, HA Direktoren, Schubert, Schriftverkehr E, Bde. 1 und 2 (R 36002f.).

2.) 3. März 1923.<sup>5</sup>

Ankunft zweier Berichte des Botschafters in London vom 1. März: Im ersten empfiehlt er den Plan Simons, weist aber am Schluß auf den zweiten bezüglich die sachlich recht unbefriedigende Besprechung mit dem englischen König [Georg V.] hin, hält es aber trotzdem für richtig, den Bericht über Simon abgehen zu lassen, da er „einige doch vielleicht nützliche Fingerzeige gebe“. Die Verhandlungen mit Simon gingen weiter; er behalte sich deshalb weiteren Bericht vor.

3.) 9. März 1923.<sup>6</sup>

Eingang eines Telegramms des Botschafters in London vom 8. März: Kessler hat Simon gesprochen. Simon empfiehlt, Handschreiben des Reichskanzlers an Bonar Law zu senden, das spätestens 12. März in London sein müsse und zwei Punkte enthalten müsse, nämlich

- a) die bereits erwähnte Forderung unparteilichen Tribunals,
- b) Bereitwilligkeit sofort baren Vorschuß an Frankreich zu zahlen.

4.) 9. März 1923.<sup>7</sup>

Telegrafische Weisung an Botschafter, für 10. morgens Besprechung mit Lord Curzon zu arrangieren.

5.) 9. März 1923.<sup>8</sup>

Weitere telegrafische Weisung an Botschafter: Vorschlag Simons läuft auf taktisches Spiel mit verteilten Rollen hinaus. Wir müssen uns durch sehr vorsichtig gehaltene Voranfragen bei englischer Regierung decken. Botschafter soll Curzon in einer sorgfältig abgewogenen Form inoffiziell und vertraulich fragen, ob vorgeschlagene Handschreiben an Bonar Law nicht etwa englischer Regierung unbecquem sein würden.

6.) 9. März 1923.<sup>9</sup>

Ausführliche telegrafische Weisungen an Botschafter in vorstehendem Sinne. Botschafter erhält bereits Inhalt des Handschreibens. Ferner mündliche Instruktion wegen Mitteilungen in Ruhrfrage.

7.) 10. März 1923.<sup>10</sup>

Ankunft eines Briefes Graf Kesslers an Herrn von Schubert, in dem er Simons Plan näher erläutert.

8.) 10. März 1923 (Nachts 12 Uhr).<sup>11</sup>

Ankunft Telegramms des Botschafters London: Da Curzon abwesend, mußte Botschafter Crowe sprechen, der „Curzon bei Rückkehr unterrichten wird“. Crowe hatte sehr erhebliche Bedenken gegen beabsichtigten Schritt, hielt Schreiben für

---

<sup>5</sup> Sthamers „erster“ Ber., ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 266-68. Der englische oppositionelle liberale Politiker Simon hatte – vor dem Hintergrund der kritischen Stimmen in Großbritannien zur französisch/belgischen Ruhrbesetzung – den Vorschlag gemacht, der Reichskanzler möge ein Schreiben an den Premierminister richten, in dem die Einsetzung eines Sachverständigenkomitees zur Regelung der Reparationsfrage vorgeschlagen wurde. „Zweiter Bericht“, ebd., S. 267 Anm. 7.

<sup>6</sup> Ebd., S. 322 Anm. 3.

<sup>7</sup> Ebd., S. 322 Anm. 1.

<sup>8</sup> Ebd., S. 322 Anm. 2.

<sup>9</sup> Ebd., S. 322-24.

<sup>10</sup> Brief vom 8. März; PA, R 36002.

<sup>11</sup> ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 335 Anm. 1.

ungeeignet. Endgültige Antwort vorbehielt er Lord Curzon. Inhalt des Schreibens stand Crowe keineswegs ablehnend gegenüber.

9.) 11. März 1923.<sup>12</sup>

Sonderkurier geht morgens nach London ab mit zwei Handschreiben des Reichskanzlers und der Weisung, mit ihnen auf Grund weiterer telegrafischer Instruktionen zu verfahren.

10.) 11. März 1923.<sup>13</sup>

Telegrafische Weisung an Botschafter London. Er soll Curzon sagen, daß wir auf Form des Kanzlerbriefes keinen entscheidenden Wert legen, wir könnten auch Form Memorandums wählen. Es wird Botschafter anheimgestellt, entweder Memorandum zu überreichen oder Kanzler-Brief oder neue Instruktionen einzuholen. Zugleich geht an Botschafter telegrafisch Text des evtl. zu überreichenden Memorandums ab.

11.) 11. März 1923.<sup>14</sup>

Telegrafische Weisung an Botschafter, daß wir englischer Regierung gegenüber irrigen Eindruck abgekarteten Spiels vermeiden müßten. Auch dürfte bei Opposition nicht Eindruck Illoyalität entstehen.

12.) 12. März 1923.<sup>15</sup>

Telegramm Botschafters London vom 12. März, Lord Curzon sei noch nicht zurückgekehrt.

13.) 13. März 1923.<sup>16</sup>

Ankunft Telegramms Botschafter London vom 12. März, Curzon sei nachmittags 5 Uhr nach London zurückgekehrt und mit Botschafter noch nicht in Verbindung getreten. Botschafter könne ihn frühestens 13. nachmittags sehen.

14.) 13. März 1923.<sup>17</sup>

Telegramm Botschafters London vom 13. März 1923, seine Zusammenkunft mit Lord Curzon stattfinde voraussichtlich erst am 14., allerhöchstens 13. abends.

15.) 14. März 1923.<sup>18</sup>

Ankunft von Pressemeldungen über die Sitzung vom 13. März, in welcher Simon bekannte Rede hielt.

16.) 15. März 1923.<sup>19</sup>

Ankunft Telegramm Botschafters über seine Unterredung mit Lord Curzon vom 14. März, in welcher Vorschläge Zusammenkunft Botschafters mit Bonar Law und Curzon angekündigt wird [sic].

17.) 15. März 1923.<sup>20</sup>

<sup>12</sup> Ebd., S. 324 Anm. 7.

<sup>13</sup> Ebd., S. 335-36 und S. 335 Anm. 3.

<sup>14</sup> Ebd., S. 336 Anm. 7.

<sup>15</sup> PA, R 36002.

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Über die Sitzung im britischen Unterhaus, in der die Außenpolitik der Regierung angesichts der Ruhrbesetzung heftig kritisiert wurde, siehe Schultheß, Bd. 64 (1923), S. 263.

<sup>19</sup> ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 339-41.

<sup>20</sup> PA, R 36002. Rosenberg hatte am 11. März 1923 – dazu oben Punkt 10 – nach London telegraphiert: „Bitte Tempo der Entwicklung nicht zu forcieren. Wenn Termin dreizehnter März nicht eingehalten werden kann, würden die englischen Parlamentarier oder die

Ankunft Schriftberichts des Botschafters vom 13. März, in dem ausgeführt wird, daß ein englisches Verschiebemanöver vorliege, darauf angelegt, zu verhindern, daß Bonar Law in der Unterhaus-Debatte vom 13. d.M. auf die deutsche Stellung zur Ruhr- und Reparationsfrage gestellt werde.

18.) 15. März 1923.<sup>21</sup>

Telegramm an Botschafter London mit neuen Instruktionen für Zusammenkunft mit Bonar Law.

19.) 17. März 1923.<sup>22</sup>

Ankunft Telegramm Botschafters London über seine Unterredung mit Bonar Law und Curzon.

20.) 17. März 1923.<sup>23</sup>

Ankunft eines Briefes Graf Kesslers an Herrn von Schubert vom 15. März mit ausführlichem Bericht über Stand der Aktion. Kessler hatte am 14. d.M. längere Unterredungen mit Simon und Asquith, die über Inhalt unseres Memorandums informiert wurden. Kessler bat auf Wunsch Botschafters Simon, seine Anfrage [in] der am 17. endigenden Woche noch nicht zu stellen, versprach, ihn am 18. oder 19., je nach der bestehenden Situation, erneut zu instruieren.

21.) 18. März 1923.<sup>24</sup>

Ankunft eines Telegramms Geschäftsträgers in Paris [Hoesch] über Stimmung in Frankreich.

22.) 18. März 1923.<sup>25</sup>

Botschafter London erhält ausführlichere Weisungen zu seiner persönlichen Orientierung.

23.) 19. März 1923.<sup>26</sup>

Ankunft eines Schriftberichts des Botschafters vom 17. März über die Lage. Darauf sein telegrafischer Bericht über sein Gespräch mit Bonar Law in einzelnen Punkten ergänzt. Er hält es für zweifelhaft, ob aus Aktion Kessler-Simon noch Erfolg zu erwarten.

24.) 19. März 1923.<sup>27</sup>

Brief Herrn von Schuberts an Botschaftsrat Dufour über hiesige Auffassung der Lage. Hinweis auf Notwendigkeit, Konversation mit Curzon unter allen Umständen fortzusetzen.

---

englische Regierung, wenn sie den Wunsch haben, wahrscheinlich auch die Möglichkeit finden, die Debatte im Unterhaus an einem späteren Tage zu provozieren.“ Siehe auch Punkt 11.

<sup>21</sup> ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 340 Anm. 5.

<sup>22</sup> Ebd., S. 348-50.

<sup>23</sup> Ebd., S. 355 Anm. 2.

<sup>24</sup> Ebd., S. 351f.

<sup>25</sup> Ebd., S. 350 Anm. 13f.

<sup>26</sup> Ebd., S. 353f.

<sup>27</sup> Ebd., S. 355-57. Am selben Tag, 19. März 1923, Tel. Schuberts nach London: Er habe „aus guter Quelle unter Verpflichtung strengster Geheimhaltung“ erfahren, Derby „sehe nur eine Möglichkeit, aus den europäischen Sorgen herauszukommen, nämlich die Zusammenfassung von Ruhr und Rhein zu einem Staatsgebilde“, also einem Pufferstaat, der als Sicherheitszone zwischen Deutschland – lose mit ihm verbunden – und Frankreich liege, PA, R 35998.

25.) 19. März 1923.<sup>28</sup>

Ankunft Telegramm Botschafter Sthamers vom 19. März: Weitere Ergänzung seiner Berichterstattung über sein Gespräch mit Bonar Law (bezüglich Rheinlandpaktes).

26.) 20. März 1923.<sup>29</sup>

Telegramm an Botschafter London mit Weisung, Lord Curzon aufzusuchen und ihn über unsere Stellung zur Frage der politischen Sicherheiten für Frankreich ausführlich zu orientieren.

27.) 21. März 1923.<sup>30</sup>

Telegramm an Botschafter London: Enthält Weisungen für den Fall, daß Lord Curzon Sprache auch wieder auf Reparationsfrage bringt.

28.) 23. März 1923.<sup>31</sup>

Ankunft eines Telegramms Botschafter Sthamers vom 22. März. Bericht über die Unterredung mit Lord Curzon vom 22. März, in dem Curzon in der Sicherheitsfrage einen uns gegenüber ganz ablehnenden Standpunkt einnimmt.

29.) 24. März 1923.<sup>32</sup>

Ankunft eines Telegramms Botschafter Sthamers London vom 23. März. Aus Plan Kesslers wird nichts mehr. Aber am 28. März erneut Ruhrdebatte im Unterhaus, bei der Lloyd George Wortführer sein und General Spears seine Ideen der Entmilitarisierung der Rheinlande usw. erneut vorbringen wird.

<sup>28</sup> Vgl. den Ber. Sthamers vom 17. März 1923, der ebenfalls Bonar Laws Stellungnahme zum Thema hatte, ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 353f.

<sup>29</sup> Ebd., S. 361-63.

<sup>30</sup> Ebd., S. 363 Anm. 6.

<sup>31</sup> Ebd., S. 393 Anm. 2.

<sup>32</sup> Ebd., S. 393 Anm. 3. Zum weiteren Ablauf Briefe Dufours an Schubert vom 27. und 29. März 1923, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 16. Außerdem Tel. Rosenbergs, 25. März, Aufz. Schuberts vom 29. März, Schreiben Schuberts an Dufour, 31. März (ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 393-96, 408-11, 414-16), in dem es heißt: „Ich muß sagen, daß wir mit dem Verlaufe der Unterhaussitzung [vom 28. März] recht zufrieden sind.“ Schubert beschäftigte sich intensiv mit der Frage der französischen Sicherheit und meinte, „daß wir vielleicht da doch noch ganz neue Wege gehen müssen“.

**Aufzeichnung von Schuberts für Reichsminister von Rosenberg  
Berlin, 12. April 1923**

*Ausfertigung. PA, R 36019.<sup>1</sup>*

1.) Vom Standpunkt der Außenpolitik ist für Deutschland Hauptforderung, daß die Kontinuität der Politik gewahrt wird, die in der Reparationsfrage seit langer Zeit und in der Ruhrfrage seit einigen Monaten geführt wird.

Nichts wäre schlimmer, als wenn Deutschland vorgeworfen werden könnte, daß irgendeine Regierung in der Reparationsfrage oder auch in der Ruhrfrage umgefallen ist, wobei die Ruhrfrage natürlich lediglich als ein Teil der Reparationsfrage anzusehen ist.

Die jetzige Regierung würde die von ihr instradierte Politik durchaus folgerichtig fortführen können, wenn sie jetzt die Hughes-Idee<sup>2</sup> dadurch erweiterte, daß sie in dieselbe gewisse bestimmtere Angaben über unsere Absichten in bezug auf unsere Leistungen einbaute.

Dies kann aber nur die jetzige Regierung tun, ohne die Kontinuität der deutschen Politik zu gefährden. Denn wenn die jetzige Regierung auf dem Wege, den sie bisher beschritt, nicht fortschreitet, sondern Halt macht und mehr oder weniger starr jedes weitere Fortschreiten ablehnt, so wird sie diesen Standpunkt nur kurze Zeit noch einhalten können. Sie wird in absehbarer Zeit einer neuen Regierung Platz machen müssen, die dann den weiteren Schritt tun muß und wird. Wenn aber die neue Regierung diesen Schritt tut, so wird hieraus mit Leichtigkeit ein Umfall konstruiert werden können. Hierdurch würde die Kontinuität der deutschen Politik zerstört und Deutschland ein außerordentlich großer Schaden ange-  
tan werden.

2.) Bis jetzt hat die Regierung sowohl nach außen, als auch nach innen mehr oder weniger das Gesetz des Handelns in der Hand. Diese Tatsache ist eine Vorbedingung für jede aktive und fruchtbare Politik. Die Regierung muß es sich angelegen sein lassen, das Gesetz des Handelns in jeder Beziehung in der Hand zu behalten.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Am Rande des Schriftstücks findet sich ein längerer hschr. Randvermerk von Rosenberg vom selben Tage: „In allen wesentlichen Punkten einverstanden. Ich schätze einen Mitarbeiter um so höher, je unbeirrter er mir gegenüber seine Meinung äußert. Daß die Front nach außen dadurch nicht gefährdet wird, weiß ich. Die letzte Entscheidung muß fallen, der die letzte Verantwortung trägt.“

<sup>2</sup> Der sogenannte Hughes-Plan vom 29. Dezember 1922 (New-Haven-Rede Hughes' vor der American Historical Association) bestand darin, ein Sachverständigenkomitee einzusetzen, um die Leistungsfähigkeit Deutschlands und welche Reparationsmodalitäten dementsprechend gerechtfertigt erschienen, zu prüfen, AR, Kab. Cuno, S. 109 Anm. 8.

<sup>3</sup> An Dufour schrieb Schubert am 9. April 1923, man dürfe nicht die Hände in den Schoß legen. „Ich möchte gern, daß wir allmählich dazu kommen, unsererseits den Anderen das Gesetz des Handelns vorzuschreiben.“ Es gehe um aktive Politik, nicht nur passiven Widerstand. In bezug auf die Vorbereitung eines Reparationen und Sicherheitsfrage umfassenden Vorstoßes machte er nur die, wie er selbst schrieb, „mysteriöse Andeutung“, es

Dies würde außenpolitisch nicht mehr der Fall sein, wenn die Alliierten sich auf einen neuen Plan einigten, wobei es noch garnicht einmal notwendig wäre, daß sie ihn uns mitteilten und aufkrotyierten. Die Franzosen wissen ganz genau, wie unsere finanzielle Lage ist, und werden ihre Politik in erster Linie auf Abwarten einstellen, indem sie mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß wir eines Tages doch und dann ganz kapitulieren müssen.

Aber auch innerpolitisch ist es von sehr großer Wichtigkeit, daß die Regierung bei ihrer Politik in der Vorhand bleibt. Die große Gefahr besteht darin, daß die Regierung eines Tages vom Parlament zu gewissen Handlungen gedrängt wird. Unternimmt sie dann eine Aktion, so wird diese Aktion auch außenpolitisch weniger wirksam werden.

[eigenhändig:] Schubert

---

stecke „mehr dahinter, als Sie ahnen.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 16. Siehe auch Schuberts „Vorläufige Bemerkungen zur Rede Curzons [am 20. April im Oberhaus]“; in den Gesprächen mit Sthamer seit dem 14. März (Dok. 55, Anlage, Punkt 16) habe Curzon immer wieder positive Vorschläge von der Reichsregierung verlangt. Allerdings, so Schubert am 23. April an Dufour, könnte man „aus der Rede direkt herauslesen, daß Curzon uns raten will, ebenso, wie es übrigens Lord D’Abernon [Aufz. Rosenbergs, 8. April, und skeptischer Brief Schuberts an Dufour, 9. April, ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 450-53] ständig tut, keine auf einer fixen Summe basierten Vorschläge zu machen. Wenn wir das aber nicht tun, dann ist es ganz außerordentlich schwer, überhaupt bestimmte Vorschläge zu machen, wie diese andererseits Lord Curzon ständig von uns verlangt hat. Solche bestimmten Vorschläge werden aber andererseits ohne Zweifel von Frankreich verlangt, das sich meiner Ansicht nach niemals bereit finden wird, auf irgendwelche Besprechungen einzugehen, falls nicht irgend etwas Positives von unserer Seite vorliegt. Jedenfalls bin ich absolut dagegen, daß wir noch weitere Sondierungen in London vornehmen. Das würde meiner Ansicht nach schon deshalb nichts nutzen, weil den Engländern doch nichts mehr weiter einfallen wird.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 16. Auch D’Abernon trat in einem Gespräch mit Schubert (dessen Aufz. vom 24. April) dafür ein, jetzt Vorschläge zu machen, was Schubert mit seiner mehrfach geäußerten Auffassung bekräftigte, „wenn überhaupt, jetzt kraftvolle und mutige Aktion“-PA, HA Direktoren-Schubert, E, Bd. 3. Die Rede Curzons gab aber für die von Schubert geforderte aktive Politik den Ausschlag: Runderlaß Rosenbergs, 23. April 1923, ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 490.



**Aufzeichnung von Schuberts für Reichsminister von Rosenberg mit Anlage  
(Gaus' Skizze zur Sicherheitsfrage)  
Berlin, 25. April 1923**

*Ausfertigung. PA, R 28140.<sup>1</sup>*

Persönlich!<sup>2</sup>

In der Anlage beehre ich mich, eine Skizze zu einem Vorschlage in der Sicherheitsfrage vorzulegen, die Herr Gaus nach Besprechung mit mir aufgesetzt hat.

Im Einverständnis mit Herrn Gaus bin ich jedoch der Ansicht, daß es sich bei diesen Vorschlägen, die in dieser oder ähnlicher Form meines Dafürhaltens unbedingt gemacht werden müßten,<sup>3</sup> um eine so weitreichende politische Aktion mit derartig weittragenden Folgen handelt, daß ich gehorsamst anheimstellen möchte, hierüber noch eine Besprechung stattfinden zu lassen, damit die Sachlage sowohl nach der politischen als auch nach der völkerrechtlichen Seite hin absolut klargestellt wird.

Ich möchte mir ferner gehorsamst erlauben, auf das dringendste davon abzuraten, die Note<sup>4</sup> mit dem Hinweis darauf beginnen zu lassen, daß die deutsche Regierung eingeladen worden ist, einen Vorschlag zu machen. Besonders in bezug auf die Stellungnahme der britischen Regierung würde ich einen solchen Hinweis für höchst bedenklich halten. Meiner Ansicht nach kann die Note ohne besondere Schwierigkeiten auch anders eingeleitet werden; ein kurzes Schema für den Beginn der Note füge ich ebenfalls bei.

---

<sup>1</sup> Diese Aufz. findet sich auch in: ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 501f.

<sup>2</sup> Hschr. an den Rand geschrieben.

<sup>3</sup> Schubert schrieb am 31. März 1923 an Dufour: „Immer mehr komme ich zu der Überzeugung, daß wir dieses Ziel der Befreiung der Rheinlande von der Besetzung verfolgen müssen, wenn das auch schweren Kampf gegen die Franzosen setzen wird. Deshalb geht meiner Ansicht nach Kessler in seinem Briefe vom 27. d.M. [ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 415 Anm. 9] etwas weit, wenn er sich dahin geäußert hat, daß er garnicht einsehe, warum die Sicherheits- und Grenzstreifenfrage überhaupt jetzt besprochen werden muß, da sie ja frühestens 1935 akut werde. [...] Ist aber auch nur eine leise Hoffnung dafür vorhanden, daß wir den jetzigen schauerhaften Besatzungszustand mit einer anderen Kontrolle eintauschen können, die vielleicht weniger unangenehm ist, so müssen wir uns doch diese Sache sehr genau überlegen.“-Ebd., S. 416. In seinem Brief an Dufour vom 23. April 1923 betonte Schubert mit Nachdruck, er habe „seit Wochen und Monaten“ darauf gedrungen, eine „Aktion“ vorzubereiten, und zwar „möglichst effektiv“; denn es wäre eine Katastrophe, „wenn wir jetzt eine Aktion unternähmen, die dem Ernst der Sachlage nicht entspricht“. Man müsse „mindestens“ 30 Milliarden Goldmark an Reparationen bieten, klar und bestimmt und ohne Verkläusulierung, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 16.

<sup>4</sup> Vorbereitung der deutschen Note vom 2. Mai 1923, ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 526. Siehe dazu auch AR, Kab. Cuno, u.a. S. 430-52. In einer Aufz. für Rosenberg vom 28. April erklärte Schubert, er sei mit einem 30 Milliarden-Angebot nicht einverstanden. Er neigte 40 Milliarden zu und drängte auf eine Verstärkung des Angebots einer unparteiischen Kommission zur Überprüfung der Reparationsvoraussetzungen, PA, R 36 004.

Ferner erlaube ich mir gehorsamst zu bemerken, daß ich einen Hinweis auf den alten sogenannten Bergmannschen Plan,<sup>5</sup> besonders wenn auch dessen Zahlen aufgeführt werden, für sehr bedenklich halte. Ich bin der Ansicht, daß diese Erwähnung auch nicht nötig ist, um etwa damit die Kontinuität unserer Politik darzutun. Dies kann meines Dafürhaltens auch auf andere Weise geschehen.

[eigenhändig:] Schubert

[Anlage: Schuberts Entwurf der Mantelnote]

Die Deutsche Regierung hat es von Anfang an für ihre vornehmste Aufgabe gehalten, der Auffassung Geltung zu verschaffen, daß die Fragen, von deren Regelung der Friede Europas abhängt, nicht auf dem Wege der Gewalt oder des Diktats, sondern allein auf dem Wege gegenseitiger Verständigung gelöst werden können. Durch die im Widerspruch mit dieser Auffassung und mit dem Vertrag von Versailles stehende Besetzung des Ruhrgebiets ist sie zu passivem Widerstande genötigt worden, den das ganze deutsche Volk mit Erfolg durchgeführt hat und weiter durchzuführen entschlossen ist. Die deutsche Regierung teilt jedoch den Wunsch aller besonnenen Kreise der Völker Europas, daß der täglich sich verschärfenden Spannung und wirtschaftlichen Verwirrung ein Ende bereitet wird. Sie hat sich deshalb entschlossen, zur Beendigung dieses Zustandes einen praktischen Vorschlag zu machen, ohne damit ihren Rechtsstandpunkt oder den passiven Widerstand aufzugeben.<sup>6</sup>

[Anlage: Gaus' Skizze]<sup>7</sup>

Ich könnte mir für den deutschen Vorschlag in der Sicherheitsfrage folgendes Schema denken, das natürlich redaktionell dem Stil der übrigen Teile der Note anzupassen wäre.

<sup>5</sup> Gemeint ist offenbar das Reparations-Angebot der Reichsregierung, das Bergmann am 4. Januar 1923 mündlich auf der Konferenz der Alliierten in Paris vertreten sollte. Bergmann wurde nicht gehört, das Angebot nicht übergeben; AR, Kab. Cuno, S. 91-97, 100-108, 113-17; Aufz. Maltzans, 28. Dezember 1922, Tel. Rosenbergs, 30. und 31. Dezember, ADAP, Serie A, Bd. VI, S. 595-598, Tel. Bergmanns, 2. Januar 1923, Bd. VII, S. 5f., Tel. Cunos und Mayers, 5. Januar, S. 14-17.

<sup>6</sup> Der Satz ist hier hschr. von Rosenberg fortgesetzt worden: „aufzugeben, der fortgesetzt werden wird, bis die über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete geräumt und vertragsmäßige Zustände in den Rheinlanden wiederhergestellt sind.“ Zu Reichsminister Rosenberg hatte Schubert offenbar keinen direkten Gesprächskontakt mehr, denn er beklagte in einem Brief an Dufour vom 30. April 1923: „Die Fertigstellung der Note macht ungeheuerliche Schwierigkeiten. Zu viele Leute sprechen mit Recht oder Unrecht mit. [...] Er [Rosenberg] macht es sich aber auch nicht leichter, indem er seit einiger Zeit abgesehen von einigen sogenannten technischen Sachverständigen, jede Verbindung mit seinem Amt abgeschnitten hat. Es ist einfach zum verzweifeln, wenn man dasitzt, und nicht das machen kann, von dessen Richtigkeit man absolut überzeugt ist! Maltzan ist darin ganz meiner Ansicht.“ Über den endgültigen Inhalt der Note war Schubert schon skeptisch; die „wichtigsten Punkte“ seien zwar „in fürchterlicher Arbeit durchgesetzt. Es scheint aber, daß sie nicht so herauskommen, wie ich wollte.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 16.

<sup>7</sup> Die Gaus-Skizze zu einem Vorschlag in der Sicherheitsfrage enthält den Randvermerk von Gaus vom 25. April 1923: „Sofort H[er]rn Dir. v. Schubert erg[ebenst].“ Die Skizze

Deutschland schlägt zur Befriedung der deutsch-französischen Grenze einen Rheinpakt vor,<sup>8</sup> der auf folgender Grundlage zu errichten wäre:

1. Die westeuropäischen Mächte (Deutschland, Frankreich, England, Belgien, Holland, die Schweiz und vielleicht auch Luxemburg) verpflichten sich, gegenseitig die Unversehrtheit ihres gegenwärtigen Gebietsstandes unverbrüchlich zu achten. Sie garantieren, und zwar sowohl gemeinsam als auch jede für sich (*conjointement et séparément*), die Erfüllung dieser Verpflichtung und werden jede Handlung, die der Verpflichtung zuwiderläuft, als eine Angelegenheit ihres gemeinsamen Interesses ansehen.

2. In gleichem Sinne garantieren die genannten Mächte die Erfüllung der Deutschland in den Artikeln 42 und 43 des Vertrages von Versailles auferlegten Verpflichtungen zur Entmilitarisierung des linken Rheinuferes.

3. Deutschland und Frankreich verpflichten sich unter der Garantie der übrigen westeuropäischen Mächte, alle zwischen ihnen entstehenden Streitfragen, die nicht auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, in einem internationalen Verfahren zu behandeln. Dieses Verfahren besteht für alle Streitigkeiten rechtlicher Art in einem schiedsgerichtlichen Verfahren, für alle übrigen Streitigkeiten in einem Vergleichsverfahren nach dem Muster der Bryanschen Verträge.<sup>9</sup>

4. Der Pakt wird für eine Dauer von 99 Jahren abgeschlossen.

[Zusatz zum 3. Notenentwurf]<sup>10</sup>

Neben dem Rheinpakt wäre Deutschland bereit, einen allgemeinen Schieds- und Vergleichsvertrag in demselben Umfange wie mit Frankreich auch mit seinen übrigen Nachbarn abzuschließen.<sup>11</sup>

---

wurde an einigen Stellen, insbesondere von Rosenberg, korrigiert und ergänzt. Es soll hier aber die Originalskizze wiedergegeben werden, wobei die entscheidenden Ergänzungen in den Fußnoten aufgezeigt werden.

<sup>8</sup> Der erste Absatz des Vorschlags und der zweite bis zu dieser Stelle wurden später gestrichen und der nachfolgende Text in Teilen redigiert. Siehe Entwurf Schuberts zu einer Instruktion an die Londoner Botschaft vom 18. Mai 1923, PA, Nl. v. Maltzan, 1/6.

<sup>9</sup> William Jennings Bryan, amerikanischer Rechtsanwalt und früherer Außenminister. Die sogenannten Bryanschen Verträge wurden schon vor dem Ersten Weltkrieg konzipiert. Siehe dazu auch das Tel. Rosenbergs nach London, 20. März 1923, ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 361-63. Es handelt sich um ein System von Vergleichsverträgen, bei denen im Konfliktfalle zwischen zwei Staaten Streitigkeiten, die nicht einem Schiedsgericht unterworfen werden konnten, vor eine vorweg bestellte Kommission für ein internationales Vergleichsverfahren gebracht werden mußten.

<sup>10</sup> Ohne Datum, ca. 25. April 1923. Fundort: PA, R 28140; 1. Entwurf vom 24. April. Dieser Zusatz fehlt in den ADAP, weil er in der endgültigen Fassung der Vorlage für Rosenberg nicht mehr auftaucht. Dort findet sich allerdings noch der in den ADAP nicht erwähnte hschr. Randvermerk Ritters am Ende der Skizze: „2 Reihen freilassen“.

<sup>11</sup> Stark veränderter Text der Note vom 2. Mai 1923: Schultheß', Bd. 64 (1923), S. 404f. Dufour schrieb Schubert darüber am 3. Mai: „Die Note macht den Eindruck, als hätte man rechts und links, hinten und vorne mit Rücksicht auf innenpolitische Erwägungen Konzessionen machen müssen und so ist ein Fabrikat zustande gekommen, dem der Schwung fehlt.“ Schubert antwortete am 7. Mai: „Ihrer Kritik unserer Note stimme ich vollkommen bei. Nur mündlich kann ich Ihnen erklären, welche Qualen ich in der letzten Woche durchgemacht habe. [...] Die Hauptsache ist jedenfalls, daß der Faden nicht

**Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce (gekürzt)**  
**Berlin, 18. Juni 1923**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 18.*

[...]¹

Sie schreiben in Ihrem Brief,<sup>2</sup> die Britische Regierung verhandele mit der Französischen darüber, ob unter der Voraussetzung, daß der passive Widerstand aufgegeben werde, unser Memorandum<sup>3</sup> nicht doch als eine Verhandlungsbasis angesehen werden könnte. Eine solche Lösung wäre natürlich für uns ganz unerträglich. Denn wir können doch unmöglich unsern Widerstand lediglich mit der Vertröstung auf Verhandlungen aufgeben, wenn wir nicht die geringste Sicherheit dafür erhalten, daß während der Verhandlungen die Widerstands- und Räumungsfrage in einer für uns einigermaßen erträglichen Weise gelöst werden wird! Unsere Lösungsformel geht, wie Sie wissen, noch weiter und verlangt, daß die Räumungsfrage im Prinzip gelöst wird, ehe die Verhandlungen anfangen.

Nach dem, was wir aus der französischen Presse herauslesen, scheint das Bestreben Frankreichs darauf hinauszulaufen, den Engländern klarzumachen, daß Frankreich bereit sei, sich mit dem Wiederherstellen des Status zu „begnügen“, der

---

wieder ganz abreißt.“ Und am 5. Mai an Horstmann: „Wir haben allerdings sehr schwere Tage hinter uns, für mich persönlich vielleicht die schwersten, die ich bisher mitgemacht habe. Auch die Zukunft wird nicht gerade leicht sein.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 17. Über die Antworten auf die deutsche Note siehe ADAP, Serie A, Bd. VII, S. XLI.

---

<sup>1</sup> Schubert ging auf die Lage in England ein.

<sup>2</sup> Vom 14. Juni 1923, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 18.

<sup>3</sup> Gemeint ist das deutsche Memorandum vom 7. Juni 1923, Schultheß', Bd. 64 (1923), S. 408f. Auch damit war Schubert wegen des Verzichts auf die Sicherheitsfrage und der ungenügenden Darlegung der Garantien nicht zufrieden. Schubert schrieb am 28. Mai 1923 an Dufour: „Kessler wird Ihnen mitgeteilt haben, daß ich das Memorandum in der vorliegenden Form für ganz unzulänglich halte und daß ich der Ansicht bin, daß wir furchtbar hereinfliegen, wenn wir es offiziell in dieser Form loslassen. Die Folgen würden meiner Ansicht nach verheerend sein.“ Auch Maltzan, Köpke und Gaus seien damit unzufrieden. Er selbst sei „noch nie so verzweifelt“ über die Zustände gewesen; Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 17 Am 3. Juni schrieb er an Dufour: „In Übereinstimmung mit Kessler finde ich diesen Entwurf gänzlich ungenügend. Aber ich bin vielleicht ganz verwirrt geworden und sehe den einzig richtigen Ausweg vielleicht nicht mehr.“-Ebd., Bd. 18. Über seine eigenen Beiträge zu einer verbesserten Fassung siehe PA, Nl. Maltzan, 1/6. Dufour urteilte am 28. Mai an Schubert über die erste Fassung ähnlich, sie bedeute „eine ganz ungeheuerere Enttäuschung“ – Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 17 –, schrieb über die Endfassung am 6. Juni an Schubert jedoch: „Der Botschafter und ich sind, wie ich vorweg sagen möchte, mit dem Inhalt des Memorandums nicht unbefriedigt, und ich hoffe zuversichtlich, daß Sie und Kessler zu pessimistisch sind, wenn Sie meinen, daß dieser Entwurf gänzlich ungenügend ist.“-Ebd., Bd. 18. Das Memorandum wurde besser aufgenommen als dasjenige vom 2. Mai. Siehe Sthamers Tel. vom 7. Juni 1923, ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. 26f.

am 11. Januar durch die an uns gerichtete französische Note<sup>4</sup> geschaffen worden sei. D.h., die Franzosen würden bereit sein, ihre während der Ruhraktion in immer stärkerem Grade erlassenen Zwangsmaßnahmen zurückzuziehen, wenn ihrem ursprünglichen Petition Folge gegeben werde, eine unter militärischer Bewachung stehende Ingenieurkommission im Ruhrgebiet zu etablieren, deren Anordnungen Deutschland Folge zu leisten hätte. Eine solche Lösung wäre für uns natürlich unerträglich: Die Franzosen hätten dann erreicht, was sie von Anfang an wollten, nämlich die wirtschaftliche Beherrschung des Ruhrgebiets, gerade das, weswegen wir überhaupt den ganzen Ruhrkampf geführt haben.

Ich hoffe daher sehr, daß sich die Engländer in dieser Beziehung nicht einwickeln lassen und einsehen werden, daß dies kein Ausweg ist.<sup>5</sup>

Aus Ihrem Bericht und Ihrem Briefe<sup>6</sup> habe ich ersehen, daß England alles versucht, Belgien und Italien auf seine Seite herüberzuziehen. Diese Politik halte ich für sehr richtig und es ist nur schade, daß die Engländer diese Linie nicht schon längst in starkem Maße verfolgt haben.

Bei allen Ihren Besprechungen und Unterhaltungen dürfen Sie das Rheinland nicht vergessen und müssen auf diesen Punkt den allergößten Nachdruck legen. Die Absichten, die Frankreich in bezug auf das Rheinland verfolgt, treten immer klarer hervor. Mit immer größerer Konsequenz zertrümmern die Franzosen unsere Verwaltung im Rheinland und immer mehr sperren sie das Rheinland vom unbesetzten Gebiet ab. Es will mir sogar so scheinen, als ob sie mit Absicht die Ruhrfrage immer mehr in den Vordergrund schieben, um desto sicherer im Hintergrunde ihre Rheinlandpläne verfolgen zu können. Aber gerade die Verwirklichung dieser Rheinlandpläne müßte doch für England den größten Stein des Anstoßes bedeuten, denn niemals wird sich England mit einer mehr oder weniger verkappten Beherrschung des Rheinlandes durch Frankreich abfinden können.

In dieser Beziehung sind übrigens die merkwürdigsten Gerüchte im Umlauf, deren Richtigkeit ich nachzuprüfen noch keine Gelegenheit hatte. So hat mir kürzlich ein sehr ernsthafter Großindustrieller erzählt, er habe ernstlich gehört, daß die Bahnen des linken Rheinufer an die Chemins de fer du Nord verpachtet worden seien. Angestellte der französischen Bahnen säßen bereits in Bingen, Mainz, Coblenz und Ludwigshafen. Tatsächlich befinden sich in Bingen etwa 1000, in Ludwigshafen etwa 3000 französische Eisenbahn- und Verwaltungsbeamte.<sup>7</sup>

Wenn sich aber tatsächlich die Verhandlungen zwischen England und Frankreich noch längere Zeit hinziehen sollten und wenn erst in einigen Wochen eine Entscheidung getroffen werden soll, so gewinnt die Notwendigkeit unseres Durch-

<sup>4</sup> Siehe ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 43 Anm. 3.

<sup>5</sup> Ausführlich und mit differenzierten Lösungsmöglichkeiten Schubert an Kessler (z.Z. London) vom 11. Juni 1923, ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. 39-42 (mit weiterem Material). Brief Dufours (wie Anm. 2). Dazu Schubert an Dufour, 25. Juni, ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. 93-97.

<sup>6</sup> Gemeint ist Sthamers Ber. vom 14. Juni. Brief Dufours vom selben Tag; Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 18.

<sup>7</sup> Am 20. August 1923 schrieb Schubert an Dufour: „Es wird sich daher empfehlen, die Engländer immer wieder auf das Rheinland hinzuweisen und sie darauf aufmerksam zu machen, daß die Franzosen alles darauf anlegen, eine faktische Beherrschung des Rheinlandes zu erreichen.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 19.

haltens natürlich erhöhte Bedeutung. Trotz aller fürchterlichen Drangsalierungen im Ruhrgebiet und im Rheinland glaube ich, daß der Widerstand dort noch geraume Zeit durchgeführt werden kann. Vielmehr Sorge macht mir, unter uns gesagt, unsere finanzielle Entwicklung.

In irgend einem Ihrer Telegramme oder Berichte stand kürzlich, daß einflußreiche Engländer geraten hätten, wir sollten unsern Widerstand vorläufig unbeirrt fortsetzen. Dieser Widerstand dürfte im übrigen auch ein Trumpf für die Verhandlungen sein, die England mit Frankreich führt. Ist dies aber der Fall, so würde es in englischem Interesse liegen, uns unter der Hand bei der Fortführung dieses Widerstandes zu unterstützen, mindestens soweit das Gebiet der Finanzen in Frage kommt.

Ich habe hier vor einigen Tagen den Gedanken ventiliert, ob es nicht zweckmäßig sei, daß Havenstein über diese Dinge einmal mit Norman spräche, der ihn ja sehr schätzt. Man hat dieser Idee auch weitere Folge gegeben. Leider befindet sich allerdings Havenstein zurzeit außerhalb Berlins, um eine Kur zu gebrauchen. Was halten Sie von diesem Gedanken?<sup>8</sup>

Ich bin nicht sachverständig genug, um im Einzelnen auseinandersetzen zu können, was England tun müßte. Im allgemeinen käme es auf eine englische Stützung der Mark und sozusagen auf eine vorläufige Finanzierung Deutschlands hinaus. Ich glaube, daß die englische City in dieser Hinsicht etwas tun könnte, wenn sie nur wollte und von der Englischen Regierung einen entsprechenden Wink bekäme.

Ferner aber könnte meiner Ansicht nach die englische Finanzwelt andererseits auf eine Verschlechterung des französischen Franken hinwirken, der nach unseren Nachrichten gerade von England und Amerika gestützt werden soll. In dieser Beziehung könnte meiner Ansicht nach die englische Finanzwelt sehr erheblich und jedenfalls besser auf die Amerikaner einwirken, wie wir dies tun können.

Endlich könnten die Engländer darauf hingewiesen werden, daß die Franzosen offenbar in letzter Zeit große Markbeträge, darunter auch die, welche sie im Ruhrgebiet gestohlen haben, auf den Markt geworfen haben, um unsere Valuta weiter zu schwächen.

Kessler hat mir mit letztem Kurier einen sehr interessanten Brief geschrieben, den Sie natürlich kennen. Ich lege Abschrift eines kurzen Antwortschreibens bei, das ich ihm heute sende.<sup>9</sup> Vielleicht sind Sie so gut, den Inhalt meines Briefes auch mit ihm zu besprechen.

Ich hoffe, daß unser Völkerbundstelegramm<sup>10</sup> die nötige Handhabe gegeben hat, um eine ersprießliche Unterhaltung mit Cecil ermöglichen.

<sup>8</sup> Am 25. Juni 1923 schrieb Schubert an Dufour, daß das AA sich entschlossen habe, Hermann Bücher, zu dem Schubert seit seiner Londoner Zeit Kontakt hatte, nach London zu entsenden, um mögliche deutsch-englische Industriekooperationen in die Wege zu leiten; allerdings seien Teile der Schwerindustrie eher auf eine deutsch-französische Zusammenarbeit fixiert; ebd., Bd. 18.

<sup>9</sup> Kesslers Brief vom 14. Juni und Schuberts Antwort vom 18. Juni, siehe Anm. 11.

<sup>10</sup> Reichskanzler Cuno an die Londoner Botschaft, 15. Juni 1923, ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. 45f. Am 6. Juni 1923 hatte Dufour Schubert auf die Bedeutung des Völkerbundes für die englische Politik hingewiesen: „Jedenfalls ist die Sache so, daß nach unserer hiesigen

Wir erwarten also mit größter Spannung das Ergebnis der Besprechung des Botschafters mit Curzon oder Crowe. Sollte sich im übrigen aus den zahlreichen Anregungen, die Sie in bezug auf die Widerstandsfrage erhalten, etwas Positives ergeben, so wären wir für telegrafische Übermittlung sehr dankbar.

Mit herzlichstem Gruß bin ich

Ihr stets treu ergebener

innersten Überzeugung der Völkerbund ausersehen ist, im britischen außenpolitischen Leben künftig eine große Rolle zu spielen. Nur unter der [sic, richtig: Nur die] Bedingung, daß er (Cecil) das Recht haben würde, als Kabinettsmitglied der britische Delegierte im Völkerbundsrate zu sein, hat ihn vermocht, den Ruf ins britische Kabinett anzunehmen.“ Auch Kessler wurde von britischer Seite auf dieses Thema angesprochen. Am 7. Juni schrieb er Schubert: „Ich bin an der Grenze meiner Zeit angelangt, da ich sonst den Kurier verfehle; ich möchte nur noch hinzufügen, daß Fisher [...] mir sagte, er halte es für unbedingt notwendig, daß Deutschland noch vor der September-Session der Völkerbundversammlung den Antrag stelle, in den Völkerbund aufgenommen zu werden. Nur auf diesem Wege könne man zu einer befriedigenden Lösung der Frage der politischen Sicherheiten gelangen. Frankreich hätte nach seiner Ansicht niemals in die Ruhr einmarschieren können, wenn Deutschland Mitglied gewesen wäre. Allein schon der Antrag Deutschlands, in den Völkerbund aufgenommen zu werden, werde in England und vor der öffentlichen Meinung der Welt als Beweis wirken, daß Deutschland den guten Willen zum Frieden habe und nicht an einen Revanchekrieg denke.“ Kessler führte in einem weiteren Schreiben vom 14. Juni diesen Gedankengang fort: „Dieses könnte meines Erachtens wenigstens versucht werden, wenn man sich bei uns entschließen könnte, unsern Eintritt in den Völkerbund als einen Teil des zu erstrebenden Ergebnisses der jetzigen Verhandlungen ernsthaft ins Auge zu fassen und zu erstreben. Man müßte dann allerdings, aber nur dann, wenn man dies ernsthaft will und erstrebt, zunächst inoffiziell an Lord Robert Cecil herantreten und ihm mitteilen, daß ein Umschwung zu Gunsten des Völkerbundes in den maßgebenden Regierungskreisen in Berlin im Gange ist und daß dieser Umschwung den Antrag Deutschlands auf Aufnahme in den Völkerbund bei der nächsten Septembersitzung der Versammlung zweifelloso herbeiführen wird, wenn inzwischen die Saarfrage sowie die Abrüstungs- und Sicherungsfrage in einem den deutschen Wünschen einigermaßen entsprechenden Sinne geregelt worden oder in der Regelung begriffen sind. [...] Ich bin persönlich der Ansicht, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, ob er nun von der Deutschen Regierung gewünscht oder nicht gewünscht wird, nicht zu umgehen sein wird. Es ist daher, auch wenn man kein Anhänger des Völkerbundes ist, wie mir scheint, wünschenswert, daß man wenigstens aus dieser unent-rinnbaren Entwicklung die Vorteile heraus schlägt, die sich dabei heraus schlagen lassen, und zu denen rechne ich eine sofortige Einwirkung auf die Saarfrage und auf die Sicherungsfrage sowie die persönliche Beeinflussung von Lord Robert Cecil.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 18. Die Antwort Schuberts vom 18. Juni 1923 und zahlreiche Dok. zur Völkerbundfrage finden sich ebd. Siehe auch die in ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. LIIIf. genannten Dok.; außerdem den von Gaus und Schubert formulierten geheimen Erlaß Rosenbergs an Sthamer persönlich vom 8. Juli 1923, mit weiterem Material zur Anknüpfung einer Erörterung der Völkerbundsfragen mit Curzon; PA, R 29377.

**Von Schubert an Legationssekretär von Mackensen  
Berlin, 30. Juni 1923**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 18.<sup>1</sup>*

Ihre beifolgende Aufzeichnung<sup>2</sup> gibt mir Anlaß, Sie zu bitten, bei Ihrem nächsten Gespräche Herrn Stresemann zu sagen, daß ich doch einigermaßen befremdet darüber sei, daß er sich in amerikanischen und auch englischen Dingen niemals mit mir in Verbindung setzte. Wie ihm vielleicht bekannt sei, sei ich Chef der entsprechenden Abteilung des Auswärtigen Amts und, trotzdem der Minister natürlich die oberste Verantwortlichkeit trage, immerhin doch verantwortlich für eine große Reihe von Amtshandlungen. Ich sei außerordentlich überlastet und jeder auswärtige Besuch bedeute für mich eine neue Bürde. Trotzdem halte ich es für meine Pflicht, jedem Parlamentarier Auskunft zu geben, soweit dies in meinen Kräften stehe. Hiervon machte auch eine ganze Anzahl von Parlamentariern Gebrauch. Um so verwunderter sei ich, daß Herr Stresemann, dessen besonderes Interesse für englische und amerikanische Dinge ich besonders schätzte, sich niemals mit mir in Verbindung setzte, was vielleicht in beiderseitigem Interesse gelegen hätte.

Zu Ihrer ganz persönlichen Information: Ich dränge mich natürlich keineswegs dazu, von nun an in tägliche Fühlung mit Herrn Stresemann zu treten. Dazu habe ich keine Zeit. Ein Wink im oben skizzierten Sinne wäre vielleicht aber doch ganz nützlich, damit Herr Stresemann, mit dem ich, wenn ich ihn sehe, auf ganz gutem Fuße stehe, sich endlich einmal klar macht, daß der Minister nicht dazu da ist, auf jede Bagatelle eines Parlamentariers einzugehen. Vielleicht würde Herr Stresemann dann auch für eventuellen späteren Bedarf lernen, wie ein modernes Ministerium arbeitet.

---

<sup>1</sup> Auch ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. 115.

<sup>2</sup> Ebd., S. 115 Anm. 1.



**Kapitel 3.3**  
**Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung III,**  
**2. Phase: Stellvertreter des Staatssekretärs**  
**(August 1923 bis Dezember 1924)**

63

**Aufzeichnung von Schuberts für Reichskanzler Stresemann**  
**Berlin, 18. August 1923**

*Durchschrift. PA, R 36010.<sup>1</sup>*

Streng vertraulich!

Die große Bedeutung der kürzlich von der Englischen Regierung vorgenommenen Veröffentlichung ihres Schriftwechsels mit den alliierten Regierungen in der Reparationsfrage<sup>2</sup> liegt meiner Ansicht nach in erster Linie darin, daß zum ersten Male seit langer Zeit die Englische Regierung in ihrer Note vom 11. August d.J.<sup>3</sup> eine klare und unzweideutige Sprache führt, die Dinge beim richtigen Namen nennt und sich durch dieses diplomatische Dokument ganz anders festlegt, wie dies erfahrungsgemäß in Parlamentsreden führender Staatsmänner der Fall zu sein pflegt. Ich halte es für ausgeschlossen, daß in Zukunft die Englische Regierung die Leitsätze, die sie in der Note aufgestellt hat, verlassen kann und auch einer anders zusammengesetzten Regierung würde es außerordentlich schwer fallen, von diesen diplomatisch festgelegten Grundsätzen wieder abzugehen.

Vor allen Dingen hat die Englische Regierung, sich stützend auf das Urteil der Kronjuristen, klipp und klar erklärt, daß sie die Ruhrbesetzung für illegal halte und daß sie bereit sei, das Urteil hierüber dem Schiedsgerichtshof im Haag zu unterbreiten.

Ferner hat sie in klarer Weise zum Ausdruck gebracht, welcher Wert nach ihrer Ansicht der Festsetzung der Reparationsschuld des Londoner Ultimatums auf 132 Milliarden Goldmark beizumessen sei und daß es einzig und allein auf die Feststellung der Leistungsfähigkeit Deutschlands ankomme.

Drittens hat England unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß zur Vermeidung einer europäischen Katastrophe das Reparationsproblem möglichst bald ge-

---

<sup>1</sup> Dies ist die in ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. 277 Anm. 7, erwähnte Aufz. Schuberts. Der Aufz. sind als Anlagen – nicht gedruckt – undatierte Stellungnahmen in derselben Angelegenheit von Gaus und Ritter/Schmitt sowie ein Ber. Sthamers vom 14. August (PA, HA Direktoren v. Schubert, Schriftverkehr E, Bd. 9 c) beigelegt. Maltzan übermittelte Stresemann den Vorgang am 18. August mit der Bemerkung: „Das Gutachten des Herrn Ministerialdirektors von Schubert sowie der Geheimbericht der Botschaft London sind so wichtig, daß ich sie dem Herrn Reichskanzler zur Lektüre empfehlen möchte.“ Zum Thema vgl. Schreiben Schuberts an Dufour, 20. August 1923, ebd., S. 277-79.

<sup>2</sup> Ebd., S. 277 Anm. 3.

<sup>3</sup> DBFP, First Series, Bd. XXI, S. 467-82.

löst werden müsse und auch dringend zur Erreichung einer Zahl die Einsetzung einer Sachverständigen-Instanz verlangt.

Endlich hat die Britische Regierung einen neuen praktischen Vorschlag über die Regelung der internationalen Verschuldung gemacht und auch auf diese Weise der praktischen Regelung der Reparationsfrage die Wege geebnet.

Über die Entstehungsgeschichte der englischen Note gibt der beiliegende Geheimbericht der Botschaft in London<sup>4</sup> Aufschluß. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in gewissen Kreisen Englands, die vor einem Bruche mit Frankreich dringend warnen, der scharfe Ton und die deutliche Sprache der Note Anstoß erregt haben. Nach allen Informationen jedoch, die mir auch von anderer Seite zugegangen sind, steht die große Mehrheit Englands hinter Baldwin. Wie ich ferner zuverlässig erfahre, ist Baldwin durchaus entschlossen, die von ihm nunmehr eingeschlagene Linie weiter zu verfolgen. Er will sich hierbei offenbar auch der Unterstützung der englischen Dominions bedienen, die bekanntlich Anfang Oktober auf der Reichskonferenz<sup>5</sup> in London Gelegenheit haben werden, ihre Meinung zu äußern.

Über die Bedeutung des Schriftwechsels gibt, soweit die Frage des passiven Widerstandes und überhaupt das Räumungsproblem in Betracht kommt, die Aufzeichnung der Rechtsabteilung, soweit die Reparationsfrage in Frage kommt, die Aufzeichnung der Reparationsabteilung Aufschluß.

Welche Folgen die politische Aktion der Englischen Regierung in den nächsten Wochen haben wird, läßt sich zur Zeit nur schwer voraussehen. Zunächst ist von nicht zu unterschätzendem Werte, daß die Meinung der Welt in verschiedenen vitalen Punkten aufgeklärt worden ist. In Amerika scheint die Note günstige Aufnahme gefunden zu haben. In Frankreich hat sie ohne Zweifel sehr alarmierend gewirkt und zum mindesten dazu geführt, daß Herr Poincaré sich einer neuen politischen Situation gegenüber sieht. Welche Folgerungen er aus dieser Situation zieht, wird man vermutlich binnen Kürze erfahren.

Ehe die französische Antwort bekannt wird, dürfte es zweckmäßig sein, daß wir uns großer Zurückhaltung befleißigen. Die deutsche Presse hat sich bisher vielleicht etwas zu wenig mit der englischen Note beschäftigt und es ist Vorsorge getroffen worden, daß sie evtl. nunmehr in eine sachliche Würdigung der englischen Note eintritt. Eine öffentliche Äußerung führender deutscher Staatsmänner dürfte zweckmäßig zurückzustellen sein, bis die Antwort Frankreichs bekannt wird.

Was die Frage des passiven Widerstands anlangt, so ist von großer Bedeutung die englische Note vom 20. 7.<sup>6</sup> Es geht aus ihr hervor, wie sich die Englische Regierung die Lösung dieser Frage denkt, die in dem der Note beiliegenden Notentwurf an uns nur ganz vage angedeutet wird. Es wird notwendig sein, daß wir die von der Englischen Regierung in Aussicht genommene Lösung genau prüfen und uns darüber klar werden, ob wir auf den Boden dieser Lösung treten können. Ist dies der Fall, so würde ich es für zweckmäßig halten, Lord Curzon durch Herrn

<sup>4</sup> ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. 270-73.

<sup>5</sup> Siehe Dok. 67 Anm. 5.

<sup>6</sup> DBFP, First Series, Bd. XXI, S. 426-32. Dort auch der im folgenden Satz genannte Notentwurf.

Sthamer hierüber eine vertrauliche Mitteilung zu machen. Es fragt sich, ob wir mit dieser Mitteilung warten sollen, bis die französische Antwort vorliegt. Ich möchte hierfür eintreten.

In manchen Kreisen Englands scheint der auch durch die Presseäußerungen genährte Verdacht zu bestehen, daß wir nunmehr unter der Hand mit Frankreich Fühlung nehmen wollen. Ich würde es für zweckmäßig halten, diesen Verdacht zu zerstreuen, dabei aber den Engländern zu verstehen zu geben, daß wir prinzipiell einer direkten Aussprache mit Frankreich auf vernünftiger Basis nicht widerstreben, dies aber nur im Einverständnis mit England tun wollen.<sup>7</sup>

## 64

### **Aufzeichnung von Schuberts über Gespräche mit den Botschaftern Sthamer und Lord D'Abernon Berlin, 1. September 1923**

*Durchschrift. PA, R 36012.*

Botschafter Sthamer suchte heute morgen Lord D'Abernon auf und hatte eine längere Unterredung mit ihm. Wie mir Herr Sthamer berichtete, bezeichnete Lord D'Abernon ihm gegenüber die Erklärung der Deutschen Regierung über die Annahme des in der englischen Note vom 20. Juli<sup>1</sup> niedergelegten Standpunktes für sehr wichtig. Lord D'Abernons Ansicht nach könne Lord Curzon dies als einen großen Erfolg seiner Politik buchen. Insofern würde diese Erklärung nach Lord D'Abernons Ansicht auch auf Lord Curzon ihren Eindruck nicht verfehlen.

Herr Sthamer benutzte die Gelegenheit, um Lord D'Abernon zu sagen, daß die Eröffnungen, die er seinerzeit Sir William Tyrrell in ähnlichem Sinne gemacht habe, auf diesen keinen großen Eindruck gemacht hätten. Lord D'Abernon erwiderte, Sir William habe offenbar die Tragweite der Sache nicht ganz erfaßt. Um so vorteilhafter erscheine es ihm, daß er das Telegramm nach London geschickt habe.

Kurz darauf suchte mich Lord D'Abernon selbst auf und wiederholte die Erklärungen, die er Herrn Sthamer gegenüber abgegeben hätte. Er gab der Ansicht Ausdruck, daß Lord Curzon mit unserer Erklärung gegenüber den Franzosen doch sicherlich etwas anfangen könne.

Er las mir einen Telegramm-Entwurf vor, in dem er Lord Curzon, der übrigens morgen in London zurück sein wird, auf die Richtigkeit unserer Erklärungen hinweist und betont, nach seiner Ansicht sei diese Erklärung geeignet, die ganze Sache erheblich zu fördern. Nach einer kurzen Ausführung über die einzelnen wichtigen in den englischen Vorschlägen enthaltenen Punkte hebt Lord D'Abernon hervor,

---

<sup>7</sup> Vgl. dazu Schuberts Aufz. über sein Gespräch mit Stresemann vom 29. August 1923, ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. 311.

---

<sup>1</sup> DBFP, First Series, Bd. XXI, S. 426-32. Dabei ging es um die Reparationsfrage.

daß die deutsche Regierung wahrscheinlich Schwierigkeiten von rechts und links haben werde. Die Kommunisten würden wahrscheinlich von einem kapitalistischen Komplott reden. Nach Lord D'Abernon's Ansicht aber werde die Deutsche Regierung diese Widerstände überwinden können, wenn sie instand gesetzt würde, auf eine Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage hinzuweisen.

Auf meine Bitte fügte Lord D'Abernon in dem Telegramm noch hinzu, daß wir in gewissem Sinne ja auch über den englischen Vorschlag hinausgingen, indem wir auf einer breiten Basis wirtschaftliche Pfänder anzubieten bereit wären.

Lord D'Abernon erhofft zwar keine unmittelbare Wirkung seines Telegramms, meinte aber immer wieder, daß Lord Curzon unsere Erklärungen sehr nützlich wären. Der Vorschlag der Englischen Regierung sei durch die Ablehnung der Franzosen durchaus noch nicht abgetan, wie Tyrrell anzunehmen scheine.

Ich sprach dann mit Lord D'Abernon über die belgische Note<sup>2</sup> und machte ihn darauf aufmerksam, daß dieselbe sich im zweiten Teil des Punktes 4 doch erheblich dem englischen Standpunkte nähere. Lord D'Abernon gab dies durchaus zu und hielt diese belgische Erklärung für sehr wichtig.

Ich wies ihn ferner auf die Stellen der belgischen Note hin, in welchen von den politischen Sicherheiten gesprochen und gesagt wird, die Lösung dieses schwierigen Problems werde sicherlich einen glücklichen Einfluß auf die anderen zur Diskussion stehenden Fragen ausüben.

Wir sprachen dann eingehender über das Sicherheitsproblem und insbesondere den französischen Standpunkt hierzu. Ich wies Lord D'Abernon darauf hin, daß ja vor einigen Monaten das internationale Interesse an der Frage der politischen Sicherheiten sehr groß gewesen sei, und es habe sich damals eine allgemeine Diskussion über dieses Problem entfaltet, an der zunächst auch die Franzosen teilgenommen hätten. Plötzlich aber seien die Franzosen in Stillschweigen gefallen und hätten alles getan, um die Diskussion zum Einschlafen zu bringen. Auch in ihren neuesten Noten sei dann von dieser Frage nicht mehr die Rede gewesen. Der Grund dafür sei mir ganz einleuchtend: Die Franzosen hätten eben befürchtet, daß, wenn die besonders von englischer Seite ventilierten Pläne einer internationalen Sicherung feste Gestalt annehmen würden, die eigentlichen französischen Pläne auf das Rheinland sabotiert werden könnten. Die französische Politik gehe meiner Ansicht nach darauf aus, das Rheinland als Pfand für die politischen Sicherheiten, die Ruhr als wirtschaftliches Pfand auf unabsehbare Zeit in die Hand zu bekommen. Ich benutzte die Gelegenheit, um Lord D'Abernon klarzumachen, daß im Grunde die Rheinlandfrage viel gefährlicher sei, als die Ruhrfrage.

Lord D'Abernon hörte mir sehr aufmerksam zu und stimmte mir durchaus bei.

Er meinte, es wäre vielleicht gut, wenn der Reichskanzler in einer seiner nächsten Reden auch das Problem der politischen Sicherheiten berührte, indem er vielleicht ausführte, daß wir bereit seien, auch dieses Problem auf breiter großzügiger Basis einer Lösung zuzuführen.

<sup>2</sup> Vom 27. August 1923, siehe dazu ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. 312 Anm. 5. Siehe auch Schuberts Brief an Dufour vom selben Tag: Er habe den ganzen Morgen mit Stresemann verbracht und erwäge Pläne, Belgien von Frankreich abzuziehen.-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 19.

Meiner Ansicht nach hingen übrigens das Problem der politischen Sicherheiten und das der eigentlichen Reparationsfrage so eng zusammen, daß keines der beiden ohne das andere gelöst werden könne.

Ich habe natürlich im Verlaufe des Gesprächs erneut Gelegenheit genommen, Lord D'Abernon eindringlich darauf hinzuweisen, daß Eile geboten sei.<sup>3</sup>

65

**Von Schubert an Botschaftsrat Dufour-Feronce (gekürzt)**  
**Berlin, 3. September 1923**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 19.*

Ausschließlich persönlich!

Mein lieber Dufour!

Ich habe mich sehr gefreut, Herrn Sthamer hier zu sehen. Er war sehr nett und gemütlich. Er hat aber auf die wenigen Leute, die er hier sah, einen recht müden Eindruck gemacht. Ich muß auch sagen, daß er mir außerordentlich wenig Interessantes zu berichten wußte.

Daß er, wie ich in meinem anderen Brief ausgeführt habe, seine Instruktionen<sup>1</sup> nur unvollkommen ausgeführt hat, ist geradezu unglaublich. Das hat hier den schlechtesten Eindruck gemacht: Wir sind alle vor Schreck beinahe vom Stuhl gefallen.<sup>2</sup> Auch sonst war er wieder einmal recht unverständig. Der Reichspräsident hatte ihn für heute abend zu einem Essen eingeladen, das er dem Gesamt-Kabinett und einigen anderen sehr wichtigen Leuten gibt. Sthamer hätte Gelegenheit gehabt, mit einem Schlage sich ganz genau zu informieren, eine Gelegenheit, wie sie kaum je einem Botschafter geboten wird. Er zog es aber vor, aufs Land zu fahren!!

Seine persönlichen Verhältnisse sind hier mit ihm garnicht besprochen worden. Wir halten es aber alle, ganz unter uns gesagt, für absolut notwendig, daß er

---

<sup>3</sup> Über eine weitere Unterredung mit D'Abernon am Nachmittag desselben Tages siehe Dok. 65 Anm. 8, außerdem Dok. 72 Anm. 1.

<sup>1</sup> ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. 288-91.

<sup>2</sup> In Schuberts „anderem Brief“, ebenfalls vom 3. September, schrieb er: „Lord D'Abernon war sehr erstaunt, daß er von Tyrrell nichts oder doch nur Unwesentliches über dessen Unterredungen mit Sthamer gehört habe. Dieses Geheimnis wurde mir aufgeklärt, als Sthamer mir berichtete, er habe bei seinen Besprechungen mit Tyrrell es für zweckmäßig gehalten, den Teil unserer Instruktionen wegzulassen, in dem wir sehr nachdrücklich auf das Gefährliche unserer Situation hinweisen. Ich war von dieser Nachricht geradezu erschüttert, denn auf diesen Punkt hatten wir den größten Wert gelegt. Wir haben vor den Engländern nichts mehr zu verbergen und müssen den größten Wert darauf legen, daß es ihnen klar wird, daß sie sich eilen müssen, weil wir sonst gezwungen sind, uns allein mit den Franzosen zu setzen.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 19.

durch eine energischere Persönlichkeit ersetzt wird und auch durch jemand, auf den man sich bei der Ausführung von Instruktionen verlassen kann. Man ist ja sonst ganz einfach hier seines Lebens nicht sicher! [...]³

Sie schreiben, daß Sthamer die Absicht gehabt hatte, mit Tyrrell über die Völkerbundsfrage zu sprechen. Diese Unterredung scheint nicht stattgefunden oder kein wesentliches Ergebnis gehabt zu haben, denn Sthamer hat mir nicht das geringste davon erzählt und auch in der Berichterstattung finde ich nichts besonderes.

Wir erwägen zwar den Gedanken, einen Botschafter nach Paris und einen Gesandten nach Brüssel zu schicken. Ich würde dies aber im Augenblick für noch nicht opportun halten und habe es daher bisher verhindern können.

Sthamer hat mir zwar erzählt, daß bei seinem Gespräch mit Tyrrell nicht sehr viel herausgekommen sei, von einem „außerordentlich unangenehmen Eindruck“ hat er aber nicht gesprochen. [...]⁴

Über die Haltung der italienischen Regierung in der Reparations- und Ruhrfrage sind wir zur Zeit wenig orientiert. Die Demarchen, die wir in London und bei Lord D'Abernon⁵ gemacht haben, haben wir nicht in Rom gemacht, weil ich fürchtete, daß sonst Indiskretionen entstehen könnten. Ich werde aber morgen eine vorsichtige Instruktion nach Rom schicken⁶ und ich hoffe, Ihnen dann telegrafisch weitere Nachricht zukommen lassen zu können. [...]⁷

Davon, daß D'Abernon Berlin verlassen wird, haben wir in letzter Zeit nichts gehört.

Meinem anderen Briefe muß ich noch hinzufügen, daß ich den starken Eindruck habe, als ob die Franzosen gern offiziell mit uns in Verhandlungen treten würden.<sup>8</sup> In welchem Sinne, wird sich ja bald herausstellen.

<sup>3</sup> Schubert habe Dufours Briefe dem Reichskanzler vorgelesen.

<sup>4</sup> Schubert über Tyrrell.

<sup>5</sup> Siehe Schuberts Aufz. vom 29. August 1923, ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. 312-14; Maltzans Aufz., 3. September, ebd., S. 317f.

<sup>6</sup> Am 4. September 1923, ebd., S. 330 Anm. 14.

<sup>7</sup> Schubert über den ungarischen Gesandtschaftsrat Plesch.

<sup>8</sup> Aufz. Schuberts über ein Gespräch mit D'Abernon am Nachmittag des 1. September 1923: „Ich deutete Lord D'Abernon an, daß ich allerdings das Gefühl hätte, daß die Franzosen Lust hätten, in etwas intensivere Konversationen mit uns einzutreten. Was sie beabsichtigten, stehe allerdings dahin; wir hätten keine Ahnung, was sie wollten. Ich nähme an, daß der Reichskanzler sich zunächst darauf beschränken würde, daß eine Regelung der ganzen Frage nur in gemeinsamer Aussprache zwischen Deutschland, Frankreich und England gefunden werden könnte. [...] Ich sagte Lord D'Abernon, ich könnte ihm allerdings nicht verhehlen, daß von gewissen Kreisen ein starker Druck mit dem Verlangen ausgeübt würde, unverzüglich in Verhandlungen mit Paris einzutreten und sich dabei um England nicht zu kümmern. Diese Leute behaupteten, daß von England doch nichts zu erwarten sei und daß man deshalb sofort mit den Franzosen in Verbindung treten müsse, da man sonst doch nur kostbare Zeit verliere. Lord D'Abernon bat mich dringend, ihn sofort wissen zu lassen, wenn die Franzosen in ernsthafte Verhandlungen mit uns einträten. Es sei unendlich wichtig, daß er hierüber informiert werde, da man sonst in England sofort den Verdacht schöpfen würde, wir täuschten die Engländer.“-PA, Nl. v. Maltzan, 1/9.

Bernstorff hat einen Brief an Kuhlmann geschickt, von dem er mir Abschrift einsandte.<sup>9</sup> Wenn er sich auf die Versprechungen, die ich ihm gemacht habe, nicht verlassen will, so ist das seine Sache; ich habe bisher immer noch meine Versprechungen gehalten. Ich habe ihm seinen Brief sehr übel genommen und fürchte, daß der gute Mann sich durch seine ständigen ganz albernen Drängeleien anfängt, lächerlich zu machen.

Mit herzlichen Grüßen bin ich  
Ihr stets getreuer

66

**Aufzeichnung von Schuberts  
Berlin, 11. September 1923**

*Original als Reinkonzept (Vorlagen für Stresemann und Maltzan). Nl. v. Schubert,  
Privatbriefe, Bd. 19.*

Die taktische Beurteilung der Situation stellt sich mir folgendermaßen dar:

Die Franzosen zeigen, wenn nicht alles trügt, augenblicklich ein gewisses Bestreben, zu einer Regelung zu kommen. Worauf ist dies zurückzuführen? An sich hätten sie Zeit abzuwarten. Vielleicht aber rechnen sie damit, daß zur Zeit die Engländer nicht gewillt bzw. nicht in der Lage sind, irgendetwas zu tun. Andererseits müssen die Franzosen damit rechnen, daß dies sich vielleicht im Oktober ändern könnte.

Diese gewisse Bereitwilligkeit zu Verhandlungen könnte man ausnutzen. Es kommt aber darauf an, ob es gelingen wird, nicht nur die erste Etappe der Aufgabe des Widerstandes, sondern auch die zweite Etappe der Pfänderfrage jetzt schon zu lösen.<sup>1</sup> Ist man der Meinung, daß dies gelingen könnte, so soll man es versuchen.

---

<sup>9</sup> Vom 30. August 1923, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 19. Bernstorff forderte darin die ihm versprochene Gesandtschaftsratsstelle in London ein.

---

<sup>1</sup> Am 5. September 1923 hatten die zuständigen Ressorts der Reichsministerien besprochen, „in welcher Form die Pfandhaftung von Reichsbahn, Industrie und Landwirtschaft umgestaltet werden könnte, um zu produktiven Pfändern zu gelangen“. -Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 19, längerer Vermerk darüber von Maltzan vom 6. September 1923. Vgl. auch AR, Kab. Stresemann, Bd. 1, S. 206 Anm. 1, und die Aufz. Schuberts über die taktische Behandlung der Pfänderfrage gegenüber den Franzosen – man solle auf englische Hilfe dabei warten – vom 11. September 1923. Dazu hatte Schubert bereits am 27. August 1923 an Dufour geschrieben: „Natürlich ist es sehr bedauerlich, daß in England zurzeit kaum etwas zu machen scheint. Wir tun hier alles, um uns auf einen möglichst langen Widerstand vorzubereiten. Ob uns dies aber ohne englische Hilfe in irgendeiner Form gelingen wird, ist etwas zweifelhaft.“ -Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 19. Nach Informationen französischer Industrieller notierte Schubert (Aufz. vom 3. Oktober): „Übereinstimmend gewann ich den Eindruck, daß in Frankreich nicht nur bei Herrn Poincaré, sondern in allen maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Kreisen sowie im Volke ein sehr stark ausgeprägtes Mißtrauen gegen unsere Ansichten besteht. Man ist überall

Man darf aber nicht riskieren, sich die Lösung der Pfänderfrage jetzt zu verbauen, indem man zu sehr auf die Bereitwilligkeit der Franzosen rechnet, aus dem oben erwähnten Grunde vor Oktober zu einer Lösung zu kommen.

Man sollte daher die Pfänderfrage zwar weiter behandeln, aber nur bis zu einem gewissen Grade.<sup>2</sup> Sieht man, daß man sich in eine Sackgasse festläuft, so sollte man lieber die endgültige Lösung der Pfänderfrage auf Oktober oder November verschieben. In diesem Fall nämlich kann man wohl mit ziemlicher Sicherheit dann auf die Mithilfe der Engländer rechnen.<sup>3</sup>

Allerdings wird dann die Aufgabe des Widerstandes nach der innerpolitischen Seite hin außerordentlich schwer. Die Bemäntelung könnte nur darin bestehen, daß man Erleichterungen für den sogenannten Zwischenzustand eintauscht und eine gewisse Sicherheit, daß die endgültige Regelung der Pfänderfrage baldigst durch Verhandlungen in die Hand genommen werden soll.<sup>4</sup>

---

der festen Überzeugung, daß wir uns unseren Verpflichtungen aus dem Vertrage von Versailles entziehen wollen und daß die Politik aller deutschen Regierungen, die nach Beendigung des Krieges am Ruder gewesen sind, darauf hinauslief, dieses Ziel zu erreichen. Infolgedessen wird die Politik des Herrn Poincaré, soweit dies darauf hinausläuft, für Frankreich die nötigen Zahlungen zu sichern, in ihren Grundzügen überall gebilligt. Man findet es auch offenbar ganz in Ordnung, daß er in die Ruhr eingedrungen ist, da man darin das einzige Mittel erblickt, um die französischerseits verlangten Zahlungen zu sichern.“-PA, Nl. v. Maltzan, 2/15.

<sup>2</sup> Gaus schrieb dazu am 10. September 1923: „Es bleibt vielmehr eine zweite Möglichkeit, die darin besteht, daß wir die Erörterungen über die endgültige Regelung der Pfänderfrage einstweilen zurückstellen und uns jetzt nur über diejenigen Fragen verständigen, die der Anbahnung allgemeiner Reparationsverhandlungen im Wege stehen, das ist die Frage der Aufgabe des passiven Widerstandes und die Frage des nach der Aufgabe dieses Widerstandes an Ruhr und Rhein einzuführenden Regimes.“-Aufz. Gaus, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 19. Über die Vorgehensweise der deutschen Reichsregierung verfaßte Schubert am 20. September eine Aufz. für Stresemann, ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. 401-03.

<sup>3</sup> An Dufour schrieb Schubert am 10. September, er sei verzweifelt, weil alle, die gegen weitere Rücksicht auf England seien, wohl Recht bekämen; Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 19.

<sup>4</sup> Über die Ruhrbesetzung umfassend Jeannesson: Poincaré, la France et la Ruhr.



**Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce (gekürzt)**  
**Berlin, 8. Oktober 1923**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 20.*

Ausschließlich persönlich!

Mein lieber Dufour!

Vielen Dank für Ihren Brief vom 4. Oktober.<sup>1</sup> Machen Sie sich doch ja keine weiteren Gedanken über die leidige Briefaffäre, die ja nun wohl erledigt ist!

[...]<sup>2</sup>

Über die hiesige Lage kann ich Ihnen heute kein abschließendes Bild geben, da die Dinge noch zu sehr im Fluß sind. Ich muß in einer halben Stunde in den Reichstag, wo sich das weitere finden wird.<sup>3</sup> Wie wir die Sache außenpolitisch weiterzuführen gedenken, haben Sie aus unserem gestern abgegangenen Telegramm ersehen.<sup>4</sup> Es ist unbedingt notwendig, daß wir zur Erlangung eines provisorischen Zustandes zu Verhandlungen mit den Franzosen und Belgiern kommen.<sup>5</sup> Wie ge-

<sup>1</sup> Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 20. Dufour hatte gegenüber Cadogan kritische Äußerungen Schuberts zitiert; Dufour an Schubert, 27. September (ebd., Bd. 19), dazu Schuberts Aufz. (ebd., Bd. 19) vom 24. September: D'Abernon, der sich über Schuberts Äußerungen beschwerte, war mit Schuberts Erklärungen zufrieden und versprach, „sehr anerkennend“ über ihn nach London zu schreiben, was geschah (Ber. D'Abermons vom 28. September 1923 auf Anfragen aus London – C 16056 und C 16199/203/18 –: „I may add that my personal relations with Herr von Schubert have only developed during recent months but they have lasted long enough to bring me to the opinion that he is one of the best of the German officials with whom to do business. Very efficient and prompt, he is animated by a keen desire to settle outstanding difficulties. I should regard it as a loss were Herr von Schubert to leave the Foreign Office.“-PRO, Kew, FO 371, 8816, C 17053/16055/18). Dies war die Basis enger, vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen beiden.

<sup>2</sup> Gerüchte über Ernennung Wilhelm v. Stumms zum Botschafter in London.

<sup>3</sup> Im Reichstag war es zu heftigen Angriffen gegen die Außenpolitik der Regierung gekommen. Siehe Schultheß', Bd. 64, (1923), S. 186-88.

<sup>4</sup> ADAP, Serie A; Bd. VIII, S. 456-58.

<sup>5</sup> Am 18. Oktober 1923 berichtete Dufour aus London, daß man in der City ein Auseinanderbrechen Deutschlands und eine französische Hegemonie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete in Europa befürchte. In dem Bemühen, den Druck auf die englische Regierung zu erhöhen, suche man einen Kontakt zu den Dominions – besonders Südafrika. Die Gelegenheit war durch die Anwesenheit von Vertretern auf der vom 1. Oktober bis 9. November tagenden Konferenz des Empire gegeben: „Die Premiers der anderen Kolonien konnte ich noch nicht sehen; sie hatten angeblich keine Zeit, doch werde ich sie nächste Woche sehen. [...] Wie ich hörte, hat sich Bruce mehr oder weniger durch Smuts beeinflussen lassen und folgt seiner Führung. Von der ganzen Sache habe ich den Eindruck, daß die neue Stellungnahme der Englischen Regierung nicht zum wenigsten auf die Tätigkeit dieser beiden Herren zurückzuführen ist, von denen besonders Smuts die ganze Lage klarer übersieht, als die Mitglieder der Englischen Regierung.“-Hschr. Brief de Haas' an Schubert, 20. Oktober 1923, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 20. Zu der Lage in England siehe die Aufz. Schuberts vom 16. Oktober 1923, ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. 489-96; besonders S. 491f. Am 25. Oktober 1923 gab Dufour einen Überblick über die

fährlich unsere wirtschaftliche und finanzielle Lage ist, erhellt ja aus der Tatsache, daß unsere Mark vorgestern zeitweise bereits den Sowjetrubel überflügelt hat.<sup>6</sup>

Mit aufrichtigen Grüßen bin ich Ihr stets ergebener

68

**Aufzeichnung von Schuberts  
Berlin, 27. Oktober 1923**

*Durchschrift. PA, R 36001.*

Wenn auch aus verschiedenen Kundgebungen der englischen Staatsmänner in der letzten Woche die Hoffnung geschöpft werden kann, daß die Möglichkeit einer Entspannung der außenpolitischen Lage näher gerückt wird, so muß leider konstatiert werden, daß man vorläufig nicht damit rechnen kann, daß die Franzosen in einem Maße nachgeben, das uns eine tatsächliche Erleichterung bringt.

Aus der Rede Baldwins<sup>1</sup> sowie aus der amtlichen englischen Veröffentlichung über den Briefwechsel mit Amerika geht hervor, daß die Engländer sich inzwischen an Amerika und an ihre europäischen Alliierten gewandt und beiderseits gewisse Vorschläge gemacht haben.<sup>2</sup>

Das Hauptstück dieser Vorschläge bildet offenbar die Einladung zu einer Reparationskonferenz.

Die Amerikaner haben erwidert, sie würden sich sofort an einer solchen Konferenz beteiligen, sofern alle beteiligten Mächte daran teilnehmen würden. Sollte aber eine Macht dies nicht tun, so müßten sie sich ihre Stellung vorbehalten.

Diese letztere Äußerung kann auf verschiedene Weise ausgelegt werden. Sie kann bedeuten, daß in dem sehr wahrscheinlichen Falle einer Nichtteilnahme Frankreichs Amerika die Frage seiner eigenen Teilnahme auch weiterhin zum mindesten dilatorisch behandeln und schließlich doch wieder seine Teilnahme versagen wird. Man kann diese Äußerung aber auch dahin auslegen, daß Amerika sich dann schließlich doch zu einer Teilnahme an einer Reparationskonferenz entschließen wird. Für die Beurteilung der Chancen für jede der beiden Auslegungen wird allein maßgebend sein, wie hoch man die englische Einwirkung auf Amerika einschätzen will.

---

Verhandlungen mit Smuts: „Smuts hat eindringlich verlangt, daß die Deutsche Regierung den von ihm schon dem Botschafter gegenüber und dann in seiner Rede angeregten Appell an die Welt richten müsse.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 20. Zu den Verhandlungen mit Smuts siehe auch Sthamers Tel. vom 19. Oktober 1923, ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. 509-11; Maltzans Tel. nach London, 24. Oktober, ebd., S. 525-27.

<sup>6</sup> Am 24. Oktober wurde die Note an die Reparationskommission mit dem Ersuchen übergeben, nach Artikel 234 VV Deutschlands Leistungsfähigkeit zu überprüfen, einer der Ansatzpunkte für die vorläufige Reparationsregelung im Dawes-Plan; Stresemanns Tel. nach Paris vom 19. Oktober 1923, ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. 506-08; Tel. Maltzans nach London, ebd., S. 524f.

---

<sup>1</sup> Vom 25. Oktober, gehalten auf dem Parteitag der Konservativen; Schultheß', Bd. 64 (1923), S. 285f.

<sup>2</sup> Dazu Aufz. Maltzans, 26. Oktober 1923, ADAP, Serie A, Bd. VIII; S. 544f.

Amerika hat sich ferner dahin ausgesprochen, daß, falls die Reparationskommission eine Körperschaft zur Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands einsetzen würde, es sich an einem solchen Gremium vertreten lassen würde.

Wie die Vorschläge lauten, welche die englische Regierung an ihre europäischen Alliierten gerichtet hat, ist uns im einzelnen nicht bekannt. Wie wir aber aus der Rede Baldwins wissen, sind die Antworten recht wenig ermutigend, welche die englische Regierung erhalten hat.

Wie wir heute aus Kundgebungen der Agence Havas erfahren, hat Frankreich, ohne sich zunächst ausdrücklich gegen eine Teilnahme an der Reparationskonferenz auszusprechen, sich einen Teil der amerikanischen Antwort zu eigen gemacht und erklärt, es werde an dem von der Reparations-Kommission einzusetzenden Untersuchungsausschuß teilnehmen.

Wie wir aber bereits aus der Havas-Meldung ersehen können, will Frankreich diese Teilnahme von einigen Bedingungen abhängig machen. Wie wir ferner aus heutigen, allerdings unverbürgten Pressestimmen (Daily Telegraph) ersehen, ist zu befürchten, daß die Bedingungen Frankreichs derart sein werden, daß der praktische Erfolg der Arbeiten des Untersuchungsausschusses von vornherein in Frage gestellt wird. Hierauf lassen auch andere Pressestimmen aus London schließen, die behaupten, daß man mit der Haltung Frankreichs noch lange nicht zufrieden sei.

Der praktische Erfolg der englischen Schritte scheint also bis jetzt noch recht mager zu sein, woran auch eine weitere Meldung nichts ändern kann, daß Frankreich angeblich zugestimmt habe, daß die Reparations-Konferenz deutsche Vertreter anhören könnte.

Dieses Gesamtbild der augenblicklichen Situation ist zu berücksichtigen bei der Beantwortung der Frage, ob jetzt noch der von Herrn Smuts befürwortete Appell zweckmäßig erscheint.

Man könnte der Ansicht sein, daß ein solcher Appell die zur Zeit sich günstig gestaltende Entwicklung stören könnte. Diese Annahme trifft aber nur dann zu, wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß die Engländer unbeirrt und sehr aktiv in ihren Bestrebungen fortfahren werden.

Man könnt andererseits die Ansicht vertreten, daß ein solcher Appell im Gegenteil die englischen Bestrebungen fördern und ihnen einen neuen Impuls geben würde. Diese Annahme hat einiges für sich, wenn man die starke Befürwortung eines solchen Appells seitens Herrn Smuts' und auch die Tatsache in Betracht zieht, daß Herr Smuts' die Notwendigkeit eines deutschen Appells öffentlich hervorgehoben, und in diesem Punkte von der großen Mehrheit der englischen Öffentlichkeit keinen Widerspruch erfahren hat.

Unter diesen Umständen halte ich es jedenfalls für dringend geboten, der Anregung des Herrn Smuts weitere Folge zu geben, und Herrn de Haas möglichst bald mit dem Entwurf eines Appells und der Weisung nach London zu entsenden, die ganze Frage vertraulich nach vorheriger Fühlungnahme in der Botschaft mit Herrn Smuts zu besprechen.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Dies geschah; zum ganzen Vorgang siehe Tel. Botschaft London, 31. Oktober 1923, ebd., S. 564f., Tel. Maltzans, 2., 5. u. 12. November, ebd., S. 581-83, 594-96, 625-28; außerdem Dok. 67 Anm. 5.

**Von Schubert an Botschaftsrat von Hoesch  
Berlin, 1. Dezember 1923**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 20.*

Lieber Hoesch!

Vielen Dank für Deinen sehr interessanten Brief vom 27. v. M. über Dein Gespräch mit dem bewußten Abgeordneten.<sup>1</sup>

Auf Dein Telegramm,<sup>2</sup> mit welchem Du uns das Gespräch ankündigtest, konnten wir Dir leider keine neuen Richtlinien senden, da wir mitten in der Kabinetts- oder vielmehr der Parlamentskrise standen und nicht wußten, welche Richtung das neue Kabinett einschlagen und wie überhaupt die Dinge sich hier entwickeln würden.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Darin hieß es: Der französische Abgeordnete begann „mir zu erzählen, im Außenausschuß der Kammer sei neulich in einer geheimen Besprechung mit Poincaré von verschiedenen Seiten die Ansicht vertreten worden, man müsse jetzt mit Deutschland zu einer Regelung kommen. Er selber sei in ausführlichen Darlegungen dafür eingetreten und sei erstaunt gewesen, wie großen Beifall er gefunden habe. [...] Er habe den Eindruck, daß auch Poincaré eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes wünsche und einer Verständigung mit Deutschland nicht abgeneigt sei.“ – In einem weiteren Brief vom 1. Dezember an Hoesch äußerte sich Schubert auch zu der Frage des Verhältnisses der Republik zu den Hohenzollern, die durch die Rückkehr des Kronprinzen am 11. November 1923 nach Deutschland akut geworden war: „Ich kann Dir nicht verhehlen, daß wir einen ziemlichen Schreck bekamen, als wir Dein Telegramm Nr. 1189 [vom 16. November; PA, R 28602] lasen, daß Du die Erklärung abgegeben habest, die Deutsche Regierung würde die Rückkehr des früheren Kaisers keinesfalls zulassen. Wir konnten uns aber gleich denken, daß Du zu dieser Erklärung durch wichtige taktische Gründe veranlaßt worden bist. Wir haben daher in unserem Telegramm Nr. 881 [vom 17. November; ebd.] Deiner Erklärung zugestimmt. [...] Dein Brief vom 22. v.M. [ebd.] gab eine sehr erwünschte Aufklärung dieser ganzen Vorgänge. Du kannst Dir denken, daß wir die Besorgnis hatten, die öffentliche Meinung würde hier von rechts aus gegen uns sehr scharf vorgehen. Wir wurden dann aber glücklicherweise dadurch bewahrt, daß hier ein solcher Trubel war, daß der Vorgang beinahe unbemerkt vorüberging, was in Sonderheit darauf zurückzuführen war, daß die Zeitungen die französische Note mit ihrer Anlage nicht in extenso brachten. Ich bin mit Maltzan der Ansicht, daß Du ganz richtig gehandelt und durch Deinen etwas gewagten Schritt sehr wesentlich dazu beigetragen hast, daß die Kronprinzenfrage in so glimpflicher Weise erledigt worden ist. Ich beglückwünsche Dich zu Deiner Entschlußfreudigkeit und zu Deinem Erfolge, den wir hier recht gut gebrauchen konnten!“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 20. Zu dem Vorgang siehe auch Hoeschs Telegramme vom 15. November, ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. 633f. u. vom 23. November 1923, ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 26-28.

<sup>2</sup> Es handelt sich um das Tel. Nr. 1205 vom 23. November 1923, PA, R 36013. Siehe dazu auch den bereits in Anm. 1 zitierten Brief von Hoesch vom 27. November 1923.

<sup>3</sup> Hinweis auf die Ereignisse des November 1923: der Hitlerputsch, die Einführung der Rentenmark im Zuge einer Währungsreform, am 23. November das Scheitern der Regierung Stresemann und der Abschluß der MICUM-Verträge sowie schließlich am 30. November die Bildung einer neuen Regierung unter Marx. In der Außenpolitik konnte allerdings Kontinuität gewahrt werden, weil Stresemann den Posten als Außenminister beibehielt.

Mit der Sprache, die Du dem Abgeordneten gegenüber geführt hast, sind wir durchaus einverstanden,<sup>4</sup> besonders auch damit, daß Du gesagt hast, die Ruhrkontrakte<sup>5</sup> trügen den Keim des Todes in sich.

Vielleicht könntest Du bei einem erneuten Gespräch mit dem Abgeordneten anführen, daß diese Kontrakte aller Voraussicht nach nur vielleicht von den größten Konzernen, aller Wahrscheinlichkeit aber nicht von den reinen Kohlenzechen und auch nicht von den mittleren gemischten Betrieben durchgeführt werden könnten und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil es letzteren kaum gelingen wird, die zur Durchführung der Kontrakte notwendigen Kredite aufzubringen. Soweit sich die Sachlage bisher übersehen läßt, ist daher anzunehmen, daß wir in spätestens 8 Wochen und nicht erst am 15. April [1924] vor einer neuen, außerordentlich schwierigen Situation stehen werden.

Im Anschluß daran könntest Du vielleicht folgendes ausführen:

Es ist unbedingt notwendig, daß innerhalb dieses ungefähren Zeitraumes von 8 Wochen alles geschieht, um das Reparationsproblem einer Lösung zuzuführen. Herr Poincaré hat jetzt durch den Abschluß der Verträge einen gewissen Triumph eingeheimst, und ich könnte mir, rein taktisch gesprochen, denken, daß es ihm jetzt möglich sein sollte, sich auf Reparationsbesprechungen einzulassen. Wird aber abgewartet, bis die Lage im Ruhrgebiet sich wieder absolut festgefahren hat, dann wird es Herrn Poincaré seinerseits kaum möglich sein, sich zu Schritten zu entschließen, die nach außen hin als ein Nachgeben seinerseits gedeutet werden könnten. Er wird vielmehr eventuell wiederum gezwungen werden, zu neuen Zwangsmaßnahmen zu schreiten, und dann entsteht eine Situation, die überhaupt nicht mehr zu lösen ist.

Vernünftige Franzosen müßten daher einsehen, daß die nächsten 8 Wochen unbedingt in beiderseitigem Interesse ausgenützt werden sollten, um zu einer vernünftigen und beide Teile befriedigenden Regelung zu gelangen. Falls es Herrn Poincaré wirklich nicht nur auf eine Zerstörung Deutschlands ankommen sollte, so könnte auch er sich nicht diesen Argumenten verschließen.

---

<sup>4</sup> Hoesch äußerte u.a.: „Frankreich blicke mit Befriedigung und großen Hoffnungen auf die mit den Industriellen abgeschlossenen Kontrakte und bilde sich ein, diese Kontrakte seien ein Erfolg und der Weisheit letzter Schluß. Gerade diese Kontrakte aber zusammen mit dem Regiebetrieb der Eisenbahnen der besetzten Gebiete schienen mir die Aussicht für eine Regelung sehr zu erschweren. Meiner Ansicht nach könne sich eine deutsch-französische Verständigung nur auf einer Regelung des Reparationsproblems aufbauen. [...] Ich mache mir keine Illusionen darüber, daß augenblicklich nicht daran zu denken sei, Poincaré könnte etwa ein Angebot wie die von ihm seinerzeit verschmähte Offerte der Stuttgarter Rede [Stresemanns vom 2. September; Zusammenfassung in: Schultheß', Bd. 64, (1923), S. 162-64.] annehmen. Dabei sei ich mir gleichzeitig bewußt, daß die Ruhrkontrakte den Keim des Todes in sich trügen und nach Erschöpfung der Reserven der Industrie zweifellos zusammenbrechen würden, sodaß wir spätestens am 15. April [1924] vor einem neuen deadlock stehen würden.“

<sup>5</sup> Es handelt sich um die MICUM-Verträge vom 23. November 1923 zwischen der deutschen Schwerindustrie und der Mission interalliée de contrôle des usines et des mines (MICUM). Die Verträge hatten Kohlelieferungen und Zahlung einer Kohlesteuer seitens Deutschlands zum Inhalt. Sie sollten am 15. April 1924 auslaufen. Text: Ursachen und Folgen, Bd. V, S. 268-73; dazu Schultheß', Bd. 64 (1923), S. 222.

Ich weiß nicht, ob Du mit diesem Gedankengange etwas anfangen kannst. Mehr kann ich Dir vorläufig noch nicht schreiben, da die Situation sich – auch angesichts des noch ungewissen Wahlergebnisses in England – noch nicht übersehen läßt.<sup>6</sup>

Mit aufrichtigstem Gruß bin ich  
Dein stets getreuer

70

**Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce (gekürzt)**  
**Berlin, 23. Dezember 1923**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 20.*

Persönlich!

[...]¹

Nach wie vor ist unsere Politik ganz auf England eingestellt. Wenn wir jetzt mit den Franzosen über einen modus vivendi im Rheinland und an der Ruhr verhandeln wollen, so werden wir hierzu durch die bittere Notwendigkeit getrieben. Außerdem aber liegt dieses Vorgehen ja durchaus im Rahmen der Ratschläge, die uns die Engländer stets gegeben haben, nämlich, uns wegen des passiven Widerstandes und seiner Folgen allein mit den Belgiern und Franzosen zu verständigen. Daß wir aber keinerlei besondere Aktion mit den Franzosen vorhaben, geht doch daraus hervor, daß wir über jedes, auch das kleinste Detail die Engländer und übrigens auch die Italiener verständigen. Nichts Besseres könnte uns passieren, als wenn die Engländer uns bei unserem Vorgehen unterstützen würden. Vorläufig aber scheinen die braven Leute hierzu ja nicht zu bringen zu sein. Denn schöne Reden machen auf den guten Herrn Poincaré eben doch nur einen sehr geringen Eindruck.

<sup>6</sup> Aus den Neuwahlen, die der Führer der Konservativen im Unterhaus, Baldwin, am 13. November angekündigt hatte, ging schließlich eine Minderheitsregierung der Labour Party unter MacDonald hervor. Am 4. Februar 1924 schrieb Schubert an Dufour: „Immerhin müssen wir damit rechnen, daß vielleicht über kurz oder lang solche sozialdemokratischen Pläne [nämlich wegen der englischen Labourregierung einen sozialdemokratischen deutschen Botschafter für London zu fordern] an uns herangebracht werden. [...] Natürlich kommt in dieser Beziehung keinesfalls ein Botschafterwechsel in Frage, wohl aber eine Zuteilung irgendeiner Persönlichkeit an die Botschaft.“ In einem weiteren Schreiben an Dufour vom 17. Februar 1924 beklagte Schubert allerdings die Zurückhaltung und Untätigkeit Botschafter Sthamers, den er auffordern werde, gerade in Anbetracht der neuen Situation und seiner vielen Londoner Kontakte, doch nun endlich etwas aktiver zu werden, PA, R 29305.

<sup>1</sup> Keine Neubesetzung des Londoner Botschafterpostens in naher Zukunft.

Im übrigen versprechen wir uns nicht allzu viel von diesen Verhandlungen mit den Franzosen. Viel größeres Gewicht legen wir auf die Tätigkeit des ersten Reparations-Komitees,<sup>2</sup> das ja hoffentlich in Berlin tätig sein wird. Hier müssen die Engländer den Hebel einsetzen. Denn, wenn die Arbeit dieses Komitees wirklich ernsthaft getan wird, so muß das Komitee in kürzester Zeit bei der Prüfung unserer Währung und unseres Budgets zu der Konklusion kommen, daß ohne Regelung der Rhein- und Ruhrfrage und ohne Inangriffnahme der endgültigen Regelung des Reparationsproblems es uns ganz unmöglich ist, eine definitive Stabilisierung unserer Währung und unseres Budgets zu erreichen. Das kann im übrigen auch nur erreicht werden durch eine äußere Anleihe, und diese ist nur zu erlangen, wenn der Gläubiger Sicherheit hat vor gefährlichen Experimenten der Franzosen an Ruhr und Rhein.

Ich hoffe dringend, daß die Dinge diesen Lauf nehmen werden. Sonst sind wir endgültig verloren. Es ist aber allmählich wirklich keine Zeit mehr zu verlieren.<sup>3</sup>  
[...]<sup>4</sup>.

<sup>2</sup> Am 30. November 1923 wurden zwei Sachverständigenkomitees, auf die sich die Reparationskommission in Paris geeinigt hatte, gebildet: Das erste Komitee unter Vorsitz des amerikanischen Bankiers Dawes hatte die Aufgabe, „Mittel zum Ausgleich des Reichshaushaltes und Maßnahmen zur Stabilisierung der deutschen Währung zu erwägen“, das zweite Komitee unter Vorsitz des englischen Bankiers McKenna sollte den Umfang der deutschen Auslandsguthaben ermitteln; Die Sachverständigengutachten, S. 2 u. 158.

<sup>3</sup> Zu der Situation schrieb Schubert am 29. Dezember 1923 an Roediger: „War somit die Notwendigkeit der Anbahnung direkter Regierungsverhandlungen gegeben, so ergab sich aus der Sachlage auch die weitere Notwendigkeit, wegen dieser Verhandlungen zunächst allein an Frankreich und Belgien heranzutreten. Ein Versuch, das Gesamtproblem der Reparationen und der Rhein- und Ruhrfrage von neuem allen Alliierten gegenüber grundsätzlich aufzurollen, wäre für den Augenblick aussichtslos gewesen. Wir müssen zum mindesten vorher abwarten, wie sich das Vorgehen der von der Reparationskommission berufenen beiden Sachverständigen-Komitees gestaltet. Es blieb deshalb nur die Möglichkeit, aus dem Komplex der Rhein- und Ruhrfragen einige Einzelpunkte mehr technischer Art herauszugreifen, deren Regelung in rein sachlicher Hinsicht äußerst dringlich ist und deren Erörterung zugleich der Ausgangspunkt für allgemeine Verhandlungen werden kann. Um aber dem Eindruck einer Anerkennung der französischen Pfänderpolitik und ebenso der Gefahr einer Bindung für die Zukunft vorzubeugen, mußte die Verhandlung über diese Einzelpunkte in den Rahmen des großen Gesamtproblems gestellt werden und zwar dergestalt, daß unsere Anträge unter ausdrücklicher Betonung und Aufrechterhaltung unseres Endzieles auf die Schaffung eines Provisoriums, also eines *modus vivendi* abgestellt wurden.“ Und an Dufour vom 31. Dezember 1923: „Meine Arbeitslast [als stellvertretender St.S.] ist ohne Übertreibung ungeheuer geworden, denn ich muß nicht nur die Arbeit von Stresemann und Maltzan tun, der Minister verlangt vielmehr auch von mir, daß ich ihm täglich über meine Taten nach Lugano telegraphiere. Auch erhalte ich von dort allerlei leckere Aufträge, die mir z.T. recht viel Mühe machen. [...] Wir legen den größten Wert darauf, daß London über unsere Konversationen in Paris auf das Genaueste unterrichtet wird. Denn Poincaré hat uns ja gesagt, daß er sich nicht nur mit Belgien, sondern auch mit seinen übrigen Alliierten ins Benehmen setzen würde über die Punkte, welche diese Alliierten interessieren könnten. Es kommt daher sehr darauf an, rechtzeitig London über den Blödsinn aufzuklären, den Poincaré bei seinem letzten Besuche Hoesch [Hoeschs Tel., 25. Dezember 1923, ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 184-87] vorgetragen hat. Wir hoffen, daß London uns doch etwas sekundiert. [...] Sehr großen Wert müssen wir, wie Sie aus meinem kürzlichen Telegramm ersehen haben, nunmehr auf die sehr kitzliche Frage der Besatzungskosten legen. Mit der allergrößten

**Aktennotiz von Schuberts für Reichsminister Stresemann  
Berlin, 7. Januar 1924**

*Hschr. Aufzeichnung. PA, Nl. Stresemann, Politische Akten, Bd. 265.*

General von Seeckt hat es kategorisch abgelehnt, die zur Durchführung der Militärkontrolle nötigen Befehle zu geben.<sup>1</sup>

Hieraus entsteht eine außerordentlich gefährliche politische Situation.

Ich bin der Ansicht, daß sich mit Rücksicht auf den unmittelbar bevorstehenden Termin (10.) das Kabinett heute oder spätestens morgen mit der Angelegenheit beschäftigen müßte.<sup>2</sup>

Vorher müßte ich Ihnen über mein Gespräch mit dem General Vortrag halten.<sup>3</sup>

---

Mühe ist es mir in der letzten Kabinettssitzung [vom 29. Dezember, AR, Kab. Marx I u. II, Bd. 1, S. 165-71] gelungen, die vorläufige Weiterzahlung durchzusetzen. Eigentlich ist dies kaum zu verantworten, denn nach oberflächlicher Berechnung werden wahrscheinlich für den Monat Januar die Ausgaben für die Besatzungskosten nahezu  $\frac{1}{4}$  der gesamten Reichseinnahmen verschlingen! Unsere finanzielle Lage ist eben ganz einfach trostlos!“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 20.

<sup>4</sup> Schlußformeln.

---

<sup>1</sup> Der für die Durchführung der Militärkontrolle zuständige französische General Nollet hatte der Reichsregierung am 30. Dezember 1923 mitgeteilt, daß die Kontrollkommission am 11. und 12. Januar 1924 erneute Kontrollen durchführen werde. Siehe Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle, S. 240-43. Deutschland hatte seinerseits in einer Note vom 9. Januar darauf hingewiesen, daß die Entwaffnung durchgeführt worden und daß deshalb von weiteren Kontrollbesuchen der Interalliierten Militärkontrollkommission Abstand zu nehmen sei. Bereits am 6. Dezember 1923 hatte Dufour Seeckt vor Obstruktion in dieser Frage gewarnt, da dies auch in England nicht geduldet werden würde, Aufz. Dufours, ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 96-98. Daran zeigt sich nicht zuletzt der Gegensatz zwischen Staat und Reichswehr und deren mangelnde Einbindung in das demokratische System von Weimar. Vgl. Jacobsen, Militär, Staat und Gesellschaft in der Weimarer Republik, S. 365-67. Siehe auch Dok. 85. – Über eine weitere Meinungsverschiedenheit in dem Gespräch vom 7. Januar mit Seeckt siehe Schuberts Aufz. in ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 215f.

<sup>2</sup> Schon am 8. Januar 1924 fand eine Ministerbesprechung zu dem Thema statt. In ihr setzte sich Stresemann mit dem Argument der außenpolitischen Folgen einer Verweigerung der Militärkontrolle durch, AR, Kab. Marx I u. II, Bd. 1, S. 202-05.

<sup>3</sup> Am 10. Januar 1924 wies Schubert die Londoner Botschaft an, die britische Regierung von dem Einverständnis der Reichsregierung mit den vorgesehenen Kontrollen zu informieren. In dem Tel. hieß es: „Wir haben britischer Regierung die außerordentlichen inneren Schwierigkeiten, die Reichsregierung durch Wiederaufnahme Kontrollhandlungen, insbesondere durch Beteiligung französischer und belgischer Offiziere, bereitet werden, wiederholt dargelegt. Trotz der ernstesten Bedenken hat Reichsregierung diese Schwierigkeiten auf sich genommen. [...] Jedenfalls würde die Autorität sowohl der Reichsregierung als auch der obersten Befehlshaber bei der Reichswehr verloren gehen, wenn unser weitgehendes Entgegenkommen jetzt nicht die Wirkung hätte, wenigstens den persönli-



**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem britischen  
Botschafter Lord D'Abernon (gekürzt)  
Berlin, 11. Februar 1924**

*Ausfertigung. PA, R 28221.*

Geheim!

Lord D'Abernon suchte mich heute auf; bei der Unterredung kamen folgende Punkte zur Sprache:

1) Ich übergab ihm die beiliegende Aufzeichnung über die Sicherheitsfrage und den Völkerbund<sup>1</sup>, die ich ihm vorlas. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß dieses Schriftstück keinerlei offiziellen Charakter trage.

Lord D'Abernon war mit dem Abschnitt über die Sicherheitsfrage sehr einverstanden.<sup>2</sup> Er meinte, daß sein Vorschlag, der am Ende dieses Abschnitts erwähnt

---

chen Kontrollbesuchen bei den militärischen Stellen ein Ende zu machen.“-ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 218f. Siehe auch Geßlers Schreiben an das AA vom 14. Januar, ebd., S. 240f.

---

<sup>1</sup> Text ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 381-84; über die deutsche Reparations-, Ruhr- und Rheinlandräumungspolitik war die neue Regierung MacDonald schon auf der Basis des von Schubert entworfenen Erlasses Stresemanns vom 21. Januar unterrichtet worden; ebd., S. 273-80. Siehe auch Schuberts Aufz. vom 2. Februar, Gespräch mit D'Abernon: ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 346-348: „Wir kamen dann auch auf den Plan der Franzosen zu sprechen, sich der Herrschaft über die Eisenbahnen an Rhein und Ruhr als eines Mittels der politischen Sicherung zu bedienen und damit auch auf den allgemeinen Plan der Franzosen, sich am Rhein eine verstärkte politische Sicherheit zu verschaffen. [...] Ich erinnerte Lord D'Abernon daran, wie im vorigen Jahre Poincaré etwa im April und Mai das Sicherheitsproblem sehr stark ventiliert, dann aber seinerseits die Diskussion hierüber in der französischen Öffentlichkeit plötzlich abgestoppt habe. Als nämlich verschiedene englische Pläne propagiert wurden, von denen er befürchten mußte, daß sie seine französische Okkupation gefährden könnten. Der Botschafter erinnerte sich ebenfalls noch genau an diese Schwenkung Poincarés [dazu auch Dok. 64 u. 73 Anm. 9]. Er meinte ferner, auch er mißtraue Herrn Poincaré durchaus. Er hielt aber an seiner Ansicht fest, daß ein gewisses Einlenken der Franzosen nicht zu leugnen sei. Jedenfalls glaube er auf das bestimmteste, daß das Sicherheitsproblem in der nächsten Zeit eine sehr große Rolle spielen werde. Seiner Ansicht nach würde es unschwer zu erreichen sein, das Rheinland militärisch gewissermaßen zu sterilisieren. Die deutsche Regierung habe ja zur Zeit des Herrn Cuno einige recht bemerkenswerte Vorschläge gemacht. Auf der Basis irgendeines solcher Vorschläge werde man sicherlich weiterkommen können. Eine große Rolle werde dabei der Völkerbund zu spielen haben [...]. Ich erwiderte dem Botschafter, daß wir neuerdings dem politischen Sicherheitsproblem unsere Aufmerksamkeit schenken und daß wir gerne bereit wären, uns mit solchen Plänen zu befassen. Nun müßten wir sicher sein, daß eine Kontrolle irgendwelcher Art die bisherige Besatzung ersetze, nicht aber, daß die Kontrolle auf das bisherige Okkupationssystem aufgepropft werden würde.“

<sup>2</sup> Am 5. Februar 1924 notierte Schubert über eine Unterredung mit D'Abernon: „Von Garantiepakten aller möglichen Art hält er recht wenig. Er meint vielmehr, daß ein Abkommen, abgeschlossen allein zwischen Frankreich und Deutschland, der von ihm oben

wird – er bat übrigens, seinen Namen selbst in einem so inoffiziellen Schriftstück fortzulassen, was ich dann auch tat – doch recht geeignet sei, um die Sache weiterzubringen. Ich bestritt dies nicht und sagte nur, daß natürlich alles auf die weitere Konstruktion des Vorschlages ankomme.

Dabei wies ich übrigens auf eine Karte des Rheinlandes hin, in welcher die besetzten Gebiete deutlich eingetragen waren. Ich äußerte die Ansicht, daß, wenn man den Gedanken Lord D’Abermons, einen bedeutenden Sicherheitsstreifen zwischen Frankreich und Deutschland zu legen, wirklich durchführen wolle, man konsequenterweise auch das Elsaß unter seine Demilitarisierungsklausel stellen müsse. Lord D’Abernon ging hierauf sofort ein und sagte selbst, ein Blick auf die Karte genüge, um diese Notwendigkeit klar zu beweisen. Er könne sich denken, wenn man einmal an die Ausarbeitung eines solchen Planes herangehen sollte, man ganz von selbst auch zu der Forderung einer Demilitarisierung des Elsaß kommen müsse.

Auch mit den Ausführungen über die Völkerbundsfrage war der Botschafter einverstanden. Ich machte ihn besonders auf die Notwendigkeit des Eintritts Rußlands in den Völkerbund aufmerksam. Er sah unseren Standpunkt in dieser Frage vollkommen ein.

2) Wir sprachen dann über die Militärkontrolle und er sagte mir vertraulich, daß er dringend abgeraten habe, jetzt Kontrollmaßnahmen vorzunehmen.

Er riet aber dringend, daß wir unbedingt jetzt eine klare und deutliche Erklärung darüber abgeben müßten, daß wir gesonnen wären, die bekannten 5 Punkte auszuführen.<sup>3</sup> Ich entgegnete, daß wir das ja bereits in unserer Note vom 9. Januar [1924]<sup>4</sup> dadurch zum Ausdruck gebracht hätten, daß wir gesagt hätten, wir seien bereit, an der Ausführung dieser 5 Punkte mitzuwirken. Der Botschafter meinte, diese Erklärung sei reichlich vage gewesen: wir müßten sie in bestimmterer Form noch einmal abgeben. [...]<sup>5</sup>

In diesem Zusammenhang machte ich ihn auf die von Havas mittlerweile dementierte Nachricht der „Ere Nouvelle“ von gestern aufmerksam, worin gesagt wird, MacDonald habe die Absicht, den Wiederbeginn der militärischen Kontrolle in Deutschland und zwar durch den Völkerbund und unter sehr strengen Bedingungen vorzuschlagen, wenn Poincaré seinerseits sich der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nicht widersetzen werde. Ich sagte Lord D’Abernon, dies Dementi hätte mich nicht ganz beruhigen können, denn ich stände unter dem Ein-

---

skizzierten Art viel substanzieller sei. Auch von einer Garantie dieses Abkommens durch England wollte er nichts wissen. England dürfe sich an einem solchen Abkommen nicht beteiligen. Wohl aber müsse dieses Abkommen beim Völkerbund registriert werden. Den Schlußstein würde der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als vollberechtigter Partner bilden. Wenn überhaupt eine politische Garantie für Frankreich denkbar sei, so erhalte sie Frankreich auf diesem Wege.“-PA, R 28220.

<sup>3</sup> 1. Reorganisation der Polizei und Ende von deren Kasernierung, 2. Umstellung der Fabriken für Kriegsmaterial, 3. Ablieferung des restlichen verbotenen Materials, 4. Dokumentation von Material und Produktion, 5. wirksame Bestimmungen zum Ein- und Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial und zur Rekrutierung und Organisation des Heeres.

<sup>4</sup> Note der Reichsregierung an die Interalliierte Militärkontrollkommission, dazu Dok. 71 Anm. 1.

<sup>5</sup> Bedenken hiergegen auf deutscher Seite.

druck, daß man eventuell auch in England dem Völkerbund über den Vertrag von Versailles hinaus allzu starke spezielle Kontrollrechte militärischer Natur übertragen könnte. Dies würde sehr große Gefahren für uns mit sich bringen, denn einmal könnte unter Umständen Frankreich zum Ausführungsorgan dieser Bestimmungen bestellt werden – eine Möglichkeit, die Lord D'Abernon bestritt –, ferner aber könnten wir dadurch wiederum zu sehr zum Objekt des Völkerbundes werden, was uns den Eintritt in denselben unter Umständen unmöglich machen könnte.

Lord D'Abernon hielt von diesen Besorgnissen nicht sehr viel, meinte aber immer wieder, wir müßten uns fest auf den Boden der 5 Punkte stellen und in diesem Rahmen auch eventuell noch einige spezielle Kontrollmaßnahmen dulden, wenn dabei die Voraussetzung gegeben sei, daß die Tätigkeit der Militärkontrollkommission dann in absehbarer Zeit beendet sein werde.

### 73

#### **Vorlage von Schuberts für Reichsminister Stresemann zu einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages Berlin, 15. Februar 1924**

*Ausfertigung, über der Vorlage Schuberts hschr. Vermerk: „[für] RM.“; im Text hschr.  
Untersteichungen Schuberts. PA, R 28669 a.*

Zu der für den Auswärtigen Ausschuß angefertigten Aufzeichnung über die Sicherheits- und Völkerbundsfrage möchte ich hinzufügen, daß die Ausführungen dieser Aufzeichnung sich zwar für die Verwertung im Ausschuß, nicht aber für eine Verwertung in einer öffentlichen Rede des Herrn Reichsministers außerhalb des Ausschusses eignen dürften. In einer öffentlichen Rede würde m.E. die Völkerbundsfrage mit Rücksicht auf die noch völlig ungeklärte Situation am besten ganz unerwähnt bleiben. Hinsichtlich der Sicherheitsfrage würde es, falls sie überhaupt angeschnitten wird, gut sein, sich auf die Hervorhebung folgender Punkte zu beschränken:

1. Es ist völlig unlogisch, daß Frankreich überhaupt besondere Sicherheiten gegen deutsche Angriffe verlangt.

2. Schon der Versailler Vertrag sieht die weitestgehende Sicherung Frankreichs vor, da er, abgesehen von der allgemeinen Abrüstung Deutschlands, in den Artikeln 42 bis 44 die vollständige Demilitarisierung des linksrheinischen Gebiets und der 50 km-Zone rechts des Rheins anordnet, und da er außerdem im Artikel 213 dem Völkerbundsrate das Recht verleiht, die Abrüstung in Deutschland nachzuprüfen.

3. Trotzdem hat die Reichsregierung den Gedanken einer besonderen Sicherheit nicht von vornherein abgelehnt.

a) Angebot eines Nichtangriffspaktes durch Herrn Cuno 1922,<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> AR, Kab. Cuno, S. 109-10, bes. Anm. 9. – Die Ausführungen Schuberts beruhen auf einer in Absprache mit ihm ausgearbeiteten Denkschrift von „aus über die Sicherheits- und

b) Erklärung der Bereitschaft zu friedenssichernden Vereinbarungen in dem Reparationsangebot vom 2. Mai 1923;<sup>2</sup>

c) Angebot eines Rheinpaktes in der Stuttgarter Rede.<sup>3</sup>

4. Wir sind auch zu jeder anderen Form von Friedenssicherung bereit, vorausgesetzt, daß sie sich in einem zwischen unabhängigen Staaten denkbaren Rahmen halten, daß sie auf Gegenseitigkeit beruhen und daß sie die deutsche Souveränität im Rheinland nicht berühren.

Das Problem der Sicherheiten im Osten insbesondere gegenüber Polen, sollte meiner Ansicht nach von deutscher Seite bis auf Weiteres nicht<sup>4</sup> angeschnitten werden.

[eigenhändig:] Schubert

Für die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses<sup>5</sup>

Bei der Erörterung der deutsch-französischen und deutsch-englischen Beziehungen könnte über die

Sicherheits- und Völkerbundsfrage

etwa folgendes gesagt werden:

Es hat neuerdings den Anschein, als ob Frankreich wieder die Frage der politischen Sicherheiten an seiner Ostgrenze in den Vordergrund stellen will. Darauf deuten sowohl verschiedene Artikel im Temps und im Matin als auch die von mir bereits erwähnten Bemerkungen hin, die Herr Poincaré bei seiner letzten Unterhaltung mit Herrn von Hoesch über das Problem der Regiebahnen gemacht hat.<sup>6</sup> Die Französische Regierung hat ja den Gedanken der Notwendigkeit besonderer politischer Sicherungen je nach dem Stande der internationalen Diskussion abwechselnd betont und wieder zurückgestellt. Es liegt nahe, daß sie es jetzt für gut hält, den Gedanken wieder aufzunehmen. Offenbar sieht man in Frankreich ein, daß eine Loslösung der Rheinlande auf dem Wege künstlicher Separatistenbewegungen

Völkerbundsfrage (dazu die Aufforderung Schuberts vom 8. Februar, ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 357 Anm. 8), die mit Zustimmung Stresemanns und Maltzans am 11. Februar 1924 D'Abernon übergeben worden war; ebd., S. 381-84. Dazu Dok. 71.

<sup>2</sup> Siehe Dok. 60.

<sup>3</sup> Rede Stresemanns, 2. September 1923, Schultheß', Bd. 64 (1923), S. 162-64.

<sup>4</sup> Zur Ostgrenze: Dok. 60, „Zusatz zum 3. Entwurf“. Dieser Zusatz räumte die Möglichkeit einer Regelung der Sicherheitsfrage im Osten durch Schiedsverträge ein.

<sup>5</sup> Hschr. Randvermerk Gaus' vom 15. Februar: „Herrn St.S. vorzulegen.“ Hschr. Randvermerk Maltzans am Kopf des Dok.: „[Für] RM“ und „nicht für öffentliche Rede“. Sitzung vom 18. Februar 1924; teilweise auch für Stresemanns Rede vom 17. Februar in Elberfeld verhandelt; PA, Nl. Stresemann, Allg. Akten, Bd. 6.

<sup>6</sup> Am 11. Februar, Tel. Hoeschs, 12. Februar 1924, ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 385-87. Poincaré hatte auch die Frage der Sicherung Polens gegenüber Deutschland aufgeworfen, ein weiterer Anlaß für das AA, sich mit der Sicherheitsfrage, und zwar auch im Osten, zu befassen. Dazu Aufz. Roths, 18. Februar, ebd., S. 429-31. Siehe auch Jacquin de Margerier Bemerkung zu Stresemann – dessen Aufz. vom 12. Februar, ebd., S. 389 –, daß „gerade die östlichen Fragen Frankreich sehr“ bewegten; es falle auf, daß Deutschland es ablehne, Sicherheitsabmachungen für die Westgrenze „auch auf den Osten zu erstrecken“. Vgl. auch Hoeschs Beurteilung der politischen Lage in Frankreich vom 14. Februar 1924, ebd., S. 407-11, und Sthamers Ber. vom 19. Februar, ebd., S. 434-37.

jetzt nicht zu bewerkstelligen ist. Auch rechnet man in Frankreich wohl mit der Möglichkeit, daß die Sachverständigenkomitees die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit zur Voraussetzung jeder Reparationslösung machen und daß sie damit den bisherigen französischen Methoden ein starkes Hindernis in den Weg stellen werden. Dazu kommt wohl noch, daß Frankreich die Erörterung der Sicherheitsfrage jetzt auch deshalb für besonders angebracht und aussichtsreich hält, weil es hiermit den allgemeinen Tendenzen der englischen Arbeiterregierung entgegenzukommen scheint.

Um das Problem im richtigen Lichte zu sehen, muß man sich folgende Tatsachen in Erinnerung rufen. Frankreich hat sich bei den Versailler Friedensverhandlungen mit allen Kräften bemüht, den Rhein zur politischen Westgrenze Deutschlands zu machen. Es hat zum Beispiel in einem Memorandum vom 25. Februar,<sup>7</sup> das uns im Wortlaut vorliegt, mit ausführlicher Begründung den Antrag gestellt, der folgendermaßen formuliert ist:

- a) die Westgrenze Deutschlands muß am Rhein festgesetzt werden;
- b) die Rheinbrücken müssen von interalliierten Streitkräften besetzt werden;
- c) diese Maßnahmen sollen keine Annexionen zur Folge haben.

Der französische Plan war also, das Rheinland zwar nicht offen zu annektieren, es aber zu einem von Deutschland endgültig getrennten, unabhängigen Staatswesen zu machen, das unter dem Befehle der alliierten Truppen stand. Der Antrag beruhte in erster Linie auf den Forderungen des Marschalls Foch. Dieser war zunächst in seinen Forderungen sogar noch weiter gegangen als die Französische Regierung. Er hatte die offene Annexion verlangt, um die französische Armee durch Rekrutierungen im Rheingebiet verstärken zu können. Auf den Druck seiner Alliierten hat Frankreich die in jenem Memorandum vom 25. Februar aufgestellten Forderungen schließlich fallen lassen müssen. Es hat aber mit äußerster Energie bis zum letzten Moment für seine These gekämpft. Noch in der Schlußsitzung der alliierten Friedenskonferenz hat General Foch nachdrücklich gegen die Lösung des Vertrags von Versailles protestiert. Es ist besonders interessant, daß er damals betont hat, daß, wenn nach wenigen Jahren die Rheinlinie von der holländischen Grenze bis Köln geräumt werde, damit der Brückenkopf preisgegeben sei, der den Zugang zum Ruhrgebiet bilde.

Die Französische Regierung ist damals wegen der Regelung der Rheinfrage in der französischen Kammer schwer angegriffen worden. Die ganze Kammerdebatte über den Versailler Vertrag hat sich in erster Linie um diesen Punkt gedreht. Herr Barthou, der Generalberichterstatter des Kammerausschusses, sagt in seinem Bericht, daß, wenn der Ausschuß nicht vor der Alternative der totalen Annahme oder totalen Verwerfung des Vertrages gestanden hätte, er sich zweifellos mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen haben würde, den Rhein zur Westgrenze Deutschlands zu machen und die Brückenköpfe mit interalliierten Truppen zu besetzen. Die Französische Regierung hat die Preisgabe ihrer ursprünglichen Forderung gegenüber den Angriffen der Kammer nur dadurch rechtfertigen können, daß sie auf die bekannten Garantieverträge mit Amerika und England [vom 28. Juni 1919] ver-

---

<sup>7</sup> Dazu Jeannesson: Poincaré, la France et la Ruhr, S. 27 und S. 50 Anm. 14, sowie generell für das folgende.

wies und erklärte, sie habe zwischen zwei Möglichkeiten wählen müssen: entweder Annahme der Regelung des Vertrages von Versailles und Garantieverträge mit Amerika und England, oder aber Besetzung des Rheingebiets allein mit französischen Truppen und möglicherweise Bruch mit den Alliierten. Sie habe es für richtig gehalten, die erste Möglichkeit zu wählen. Es ist bekannt, daß die Garantieverträge mit Amerika und England dann in der Folge von diesen beiden Ländern nicht ratifiziert worden sind.

Aus diesen Tatsachen erklärt es sich, daß Frankreich von seinem Standpunkt aus die Regelung der Rheinfrage im Versailler Vertrag tatsächlich in gewissem Sinne als eine ungerechte Benachteiligung seiner Interessen empfindet, weil die Voraussetzung dieser Regelung, nämlich der Garantievertrag mit England und Amerika, fortgefallen ist. Ebenso erklärt sich daraus, daß man in England und vielleicht auch in Amerika nicht ohne weiteres abgeneigt ist, dem französischen Sicherheitsverlangen irgendwie entgegenzukommen, um sich so von dem infolge der Nichtratifizierung des Garantievertrages empfundenen moralischen Obligo zu entlasten.

Wenn wir mit diesen Stimmungen und Ansichten auch als Realitäten rechnen müssen, so kann sich daraus für die Reichsregierung selbstverständlich noch keine Verpflichtung ergeben, auf diesem Gebiet über den Versailler Vertrag hinaus irgendwelche Konzessionen zu machen. Wir haben jedesmal, sobald die Frage bei den diplomatischen Unterhaltungen berührt wurde, betont, daß es eine ungeheure Umkehrung der Logik ist, wenn Frankreich, das mit großem militärischem Aufgebot im deutschen Lande steht, von uns reale Garantien gegen deutsche Angriffe fordert. Wir haben auch immer wieder auf die weitgehenden Garantien hingewiesen, die der Vertrag von Versailles, ganz abgesehen von der allgemeinen Abrüstung Deutschlands, in den Bestimmungen über die vollständige Demilitarisierung des linksrheinischen Gebiets und der 50 km-Zone rechts des Rheins vorsieht.

Trotz dieser Sachlage hat sich bekanntlich schon die Regierung Cuno auf den Gedanken einer über den Versailler Vertrag hinausgehenden Sicherstellung Frankreichs eingelassen. Ich erinnere an den Ende 1922 vom Reichskanzler Cuno bei der Amerikanischen Regierung angeregten Abschluß eines Nichtangriffspaktes sowie an die in das Reparationsangebot vom 2. Mai aufgenommene Erklärung, daß Deutschland zu jeder friedenssichernden Vereinbarung, die auf Gegenseitigkeit beruhe, insbesondere auch zum Abschluß eines umfassenden Schiedsgerichtsvertrags bereit sei. Ich selbst [Stresemann] habe in meiner Stuttgarter Rede vom 2. September diesen Gedanken noch präzisiert durch den Vorschlag eines Rheinpaktes, wonach alle am Rhein interessierten Staaten, einschließlich Englands und Amerikas, den gegenwärtigen Besitzstand am Rhein gegenseitig zu garantieren hätten.

Das deutsche Garantieangebot vom 2. Mai ist damals von der Französischen Regierung in ihrer Antwortnote vom 6. Mai<sup>8</sup> als vage und illusorisch bezeichnet und außerdem noch insofern bemängelt worden, daß es sich nicht auf Belgien beziehe. Dieser letzte Einwand war selbstverständlich lächerlich, da keine Zweifel darüber bestehen konnten, daß die Deutsche Regierung dasselbe, was sie Frankreich anbot, auch Belgien gewähren würde.

<sup>8</sup> Siehe Dok. 60 Anm. 11.

Es ist ganz klar, daß die französischen Pläne, wie sie jetzt wieder vom Temps angedeutet worden sind, etwas ganz anderes wollen. Wenn auch versichert wird, daß Deutschland nicht zerstückelt werden soll und daß dem Rheinland seine Einrichtungen belassen werden müssen, so kommt doch ganz deutlich der Gedanke der Begründung eines Staatengebildes zum Ausdruck, das zwar äußerlich bei Deutschland bleiben, aber doch sowohl im Verhältnis zum Reich als auch im Verhältnis zum Ausland eine ganz besondere Rechtsstellung haben soll. Das gilt auch von all den Plänen, die sich mit einer mehr oder weniger weitgehenden Übertragung von Verwaltungsbefugnissen auf internationale Organisationen, insbesondere auf den Völkerbund, befassen. Ich muß in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß Herr Poincaré im letzten Sommer in seinem Notenwechsel mit der Englischen Regierung offiziell die Übertragung der Rheinbahnen auf eine internationale Gesellschaft, bestehend aus Franzosen, Belgiern, Engländern und Rheinländern, gefordert und dabei betont hat, von wie hohem Werte eine solche Transaktion für die Sicherheit Frankreichs sei.<sup>9</sup>

Angesichts der durch den Vertrag von Versailles geschaffenen Sicherheiten sind doch alle derartigen Pläne nur verständlich, wenn man annimmt, daß Frankreich die Sonderstellung der Rheinlande als erste Etappe einer Entwicklung anstrebt, an deren Ende ihre vollständige Herauslösung aus dem Reiche stehen würde. Über unsere Stellungnahme zu solchen Plänen kann kein Zweifel sein. Wir halten das frühere Angebot von Kautelen, die auf Gegenseitigkeit beruhen und die Souveränität des Reichs im Rheinland nicht berühren, auch jetzt noch aufrecht. Darüber hinaus kann es für uns kein Paktieren geben.

Im Zusammenhang mit der Sicherheitsfrage wird möglicherweise auch die Frage unseres Eintritts in den Völkerbund angeschnitten werden. Nach dem Projekt des Temps und nach anderen Projekten soll ja der Völkerbund eventuell dazu ausersehen sein, um das Patronat über das Rheinland zu übernehmen. Auch in den Reden des Herrn MacDonald hat der Völkerbund eine Rolle gespielt, indem er behauptet hat, Deutschland müsse sofort eintreten und er hoffe, daß sich demnächst auch Rußland zum Eintritt entschließen werde.<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Zur Erörterung der Haltung Poincarés in bezug auf Sicherheit, Kontrolle der Ruhr- und rheinischen Eisenbahnen, Besatzungskosten und Gewährleistung von Reparationszahlungen siehe Schuberts Aufz. vom 2. Februar 1924; ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 346-48, Unterredung mit D'Abernon. Dabei erwähnten beide die Betonung und plötzliche Unterbrechung der Diskussion der Sicherheitsfrage durch Poincaré im Frühjahr 1923, siehe dazu Dok. 64 u. 72 Anm. 1 und Berichte Hoeschs, 27. März, 24. April, 18. Mai 1923, ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 400-403, 498f., 594. Umfassend Jeannesson: Poincaré, la France et la Ruhr.

<sup>10</sup> Siehe den Ber. Sthamers vom 24. Januar und Schuberts Unterredung mit D'Abernon, Aufz. vom 5. Februar 1924; ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 290 u. 356-58. Seit dem Frühsommer 1923 befaßte sich Schubert immer intensiver mit der deutschen Völkerbundspolitik; reichhaltiges Material in seinen Handakten, PA, St.S. Vögen, Bde. 1ff.- Grundlegend Wintzer, Deutschland und der Völkerbund. Am 11. Februar 1924, schrieb Schubert an Dufour über Bülow's Reise nach London: „Bülow steht dem Völkerbund außerordentlich skeptisch gegenüber und es ist an sich vielleicht ganz gut, wenn er etwas Wasser in den Wein der englischen Völkerbundsenthusiasten tut. Sie müssen aber nötigenfalls verhindern, daß des Wassers zuviel werde: Wenn die Engländer auf die Idee kommen, daß wir

Ich bin der Ansicht, daß wir im Augenblick noch keinen Anlaß haben, diese Frage abschließend zu erörtern. Die Dinge liegen doch so, daß die Aufnahme Deutschlands bisher von Frankreich und seiner Gefolgschaft radikal abgelehnt worden ist. Auch die Äußerung Herrn MacDonalds kann zunächst nicht anders als eine nach dem Innern Englands gerichtete Äußerung angesehen werden. Jedenfalls ist eine entsprechende amtliche Aufforderung von der Englischen Regierung bisher nicht an uns gerichtet worden. Erst wenn eine solche Aufforderung von Seiten der Englischen Regierung oder von anderer amtlicher Seite an uns ergehen sollte, würde die Frage für Deutschland akut werden.

Wir würden dann zu prüfen haben, ob man uns die erforderlichen Garantien dafür bieten will, daß wir wirklich als gleichberechtigtes Bundesmitglied behandelt und insbesondere in das maßgebende Organ des Bundes, nämlich den Völkerbundsrat, aufgenommen werden sollen. Wir würden ferner zu prüfen haben, ob der Eintritt selbst nicht mit besonderen oder gar demütigen Bedingungen verbunden sein würde.

Außerdem würde folgender Gesichtspunkt unsere ernsteste Beachtung erfordern. Die Zugehörigkeit zum Bunde kann für Deutschland große Gefahren mit sich bringen, wenn etwa Rußland ebenso wie bisher Deutschland vom Völkerbunde ferngehalten würde. Wir könnten dann sehr leicht in die Lage versetzt werden, als Bundesmitglied eine Politik unterstützen zu müssen, die die deutschen Interessen stark beeinträchtigt.<sup>11</sup>

Endlich werden aber die Mächte, die unseren Eintritt wünschen, daran denken müssen, daß sie diesem Eintritt nicht dadurch noch neue Hindernisse in den Weg stellen, daß die verschiedenen Rheinlandpläne mit dem Völkerbund in Verbindung gebracht werden. Die Übertragung deutscher Hoheitsrechte im Rheinland auf den Völkerbund würde ein zweites Saargebiet schaffen, was wir unter allen Umständen ablehnen müssen. Die Zugehörigkeit zum Völkerbunde wäre für Deutschland eine Unmöglichkeit, wenn seine Hauptrolle darin bestände, nicht ein eigentliches Mitglied sondern ein Verwaltungsobjekt des Bundes zu werden.

---

dem Völkerbunde gänzlich ablehnend gegenüberstehen, was nicht der Fall ist, so könnte uns das natürlich schaden.“-PA, R 29305.

<sup>11</sup> Tel. Hauschilds nach Moskau, 20. Februar 1924, über Stresemanns Ausführungen vor dem Auswärtigen Ausschuß; Rußland und Deutschland sollten gemeinsam dem Völkerbund beitreten; PA, St.S. Vögen, Bd. 2.



**Von Schubert an Botschafter Sthamer  
Berlin, 18. Februar 1924**

*Durchschrift. PA, R 29305.*

Sehr verehrter Herr Sthamer!

Ich muß mich mit Ihnen einmal privatim über eine schwere Sorge aussprechen, die mich schon seit langer Zeit bedrückt. Wenn ich dabei ganz offen und unumwunden schreibe, so tue ich das, weil auf andere Weise der Sache doch nicht gedient wäre und weil ich weiß, daß ich bei Ihnen auf volles Verständnis rechnen darf.

Es handelt sich um die Berichterstattung der Botschaft über die großen politischen Fragen. Nicht nur bei mir selbst, sondern in fast noch höherem Maße bei den anderen Herren des Amtes hat diese Berichterstattung im Laufe der letzten Wochen und Monate eine immer stärkere Enttäuschung hervorgerufen. Die politischen Telegramme und Schriftberichte, die aus London kommen, werden an positivem Inhalt eigentlich ständig ärmer. Man braucht nur einmal die Länge der Ihnen in den letzten Zeiten zugegangenen Instruktionen mit der Länge Ihrer Antworten zu vergleichen, um zu erkennen, wie spärlich für uns in diesen kritischen Zeiten die Londoner Quelle fließt.

Es versteht sich ganz von selbst, daß damit weder gegen Sie noch gegen die anderen Herren der Botschaft etwa der Vorwurf erhoben werden soll, als fehle es dort an Eifer oder an Verständnis für die Wichtigkeit der schwebenden politischen Probleme. Niemand weiß besser als ich, wie schwierig das dortige Terrain ist und wie anders sich die Dinge oft an Ort und Stelle als hier von der Zentrale aus ansehen. Wenn Sie aber auch mit Recht für sich in Anspruch nehmen dürfen, daß ein Urteil über die Möglichkeiten, die sich in London für die Botschaft bieten, nur in London selbst gefällt werden kann, so werden Sie andererseits zugeben, daß die Tätigkeit hier in der Berliner Zentrale einen freieren Überblick über die Gesamtlage und einen Vergleich zwischen dem Verhalten der einzelnen fremden Kabinette gegenüber unseren Missionen ermöglicht. Ich denke dabei nicht an einen Vergleich zwischen dem materiellen Entgegenkommen der einzelnen Kabinette gegenüber den deutschen Wünschen, sondern nur an einen Vergleich zwischen dem Umfang und der Ergiebigkeit des Gedankenaustausches mit den Missionen, der ja die wichtigste Grundlage für die Berichterstattung bildet. Ein solcher Vergleich fällt, wie ich nicht verhehlen kann, sehr zu Ungunsten Londons aus, selbst wenn ich dabei auch Paris mit in Betracht ziehe.

Das ist, wenn man sich die gegenwärtige politische Konstellation vergegenwärtigt, doch wirklich eine sehr befremdliche Tatsache. Wie liegen denn die Dinge? Durch die Entwicklung der Reparationsfrage, namentlich durch die Ruhrbesetzung, ist England zwar nicht auf die deutsche Seite gebracht worden, aber doch in einen starken Gegensatz zur französischen Politik geraten. Es liegt also bis zu einem gewissen Grade eine Identität oder wenigstens Gleichartigkeit der deutschen und der englischen Interessen vor. Jedenfalls hat die Englische Regierung seit Jahr

und Tag die allgemeine Politik der Deutschen Regierung nicht mehr beanstanden können und tatsächlich im wesentlichen auch nicht mehr beanstandet. Wir haben seit dem Hervortreten der französisch-englischen Differenzen England die weitestgehende Loyalität bewiesen, ohne uns ihm irgendwie aufzudrängen oder auch nur unbequem zu werden. Wir haben die Englische Regierung in allen entscheidenden Phasen vertrauensvoll um Rat gefragt und haben, wenn uns dieser Rat erteilt wurde, ihn stets befolgt. Wir haben weder Frankreich noch einer anderen Macht gegenüber irgendwelche Schritte getan, von denen wir England nicht sofort verständigt hätten. Trotz alledem ist es bisher eigentlich niemals gelungen, die Englische Regierung zu einem offenen Meinungs austausch zu bewegen. Das war so bei den Regierungen Bonar Law und Baldwin und soll nun allem Anschein nach auch bei der Regierung MacDonald so bleiben.

Es kommt hierbei nicht darauf an, ob und inwieweit es möglich ist, oder möglich gewesen wäre, die englische Politik sachlich irgendwie zu unseren Gunsten zu beeinflussen. Wie auch die englischen Entscheidungen im einzelnen fallen mögen, so können und müssen wir doch unter allen Umständen das Eine verlangen, daß die Englische Regierung sich mit uns wenigstens einmal wirklich meritorisch über die politische Lage ausspricht. Es ist doch eine Unmöglichkeit, daß wir der Englischen Regierung fortgesetzt die ausführlichsten Informationen über die Lage in Deutschland, über die Vorgänge in den besetzten Gebieten, über unsere Schritte in Paris und Brüssel und vor allem über unsere grundsätzlichen Ansichten und Absichten in den großen politischen Fragen unterbreiten, und daß die Englische Regierung ihrerseits das alles zwar mehr oder weniger freundlich entgegennimmt, sich aber dann in einiges Stillschweigen hüllt und so tut, als ob nichts geschehen wäre und als ob wir als Regierung überhaupt nicht existierten. Das ist umso weniger verständlich, als sich doch die außenpolitischen Debatten in den englischen politischen Kreisen, insbesondere im Parlament, in erster Linie um die deutsche Frage drehen.

Sie werden mir einwenden, daß der Grund für die englische Zurückhaltung Ihnen gegenüber unter Bonar Law und Baldwin in der Unklarheit und Unentschlossenheit der englischen Politik selbst gelegen habe und daß MacDonald jetzt die Probleme noch zu wenig beherrsche, um sich ausführlicher äußern zu können. Selbst wenn man das berücksichtigt, kann damit das Verhalten der Englischen Regierung Ihnen gegenüber doch noch nicht gerechtfertigt werden, weil trotz aller dieser Umstände ein allgemeiner Gedankenaustausch in viel weiterem Umfange möglich gewesen wäre, als er bis jetzt jemals stattgefunden hat. Deutschland mag so ohnmächtig sein wie es will, wir sind doch immer noch ein Volk von 60 Millionen, dessen Botschafter sehr wohl verlangen kann, daß man ihn nicht nur anhört, sondern ihm auch etwas antwortet.

Sie müssen es mir zu Gute halten, wenn ich Ihnen das alles mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit sage. Wenn Sie sich aber einmal die hiesigen Verhältnisse deutlich vorstellen, so werden Sie verstehen, zu welchen weittragenden Folgen es führen muß, wenn in diesen Dingen nicht bald ein Wandel eintritt. Es ist doch ganz natürlich, daß, von allem andern abgesehen, das politische Interesse sich schließlich dahin wendet, wo man es betätigen kann. Herr Mussolini, Herr Jaspard und selbst Herr Poincaré sprechen sich doch wenigstens von Zeit zu Zeit einmal mit unseren Missionschefs einigermaßen deutlich darüber aus, was sie wollen und

wie sie die Dinge ansehen. Aus London hört man dagegen niemals ein Echo. Das muß auf die Dauer dazu führen, daß das hiesige Interesse für England allmählich erlahmt und zwar selbst dann, wenn die Sachlage an sich ein Zusammengehen mit England als das für beide Teile Richtige erscheinen läßt.

Ich möchte Ihnen deshalb noch einmal dringend nahelegen, doch mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die englischen Politiker zum Reden zu bringen, oder uns auf andere Weise einen klareren Aufschluß als bisher darüber zu verschaffen, was in den dortigen politischen Kreisen vorgeht. Wir können darauf einfach nicht verzichten, wenn wir nicht riskieren wollen, hier in die Irre zu gehen. Ich könnte mir sehr wohl denken, daß es bei aller gebotenen Reserve durchaus möglich wäre, alles das Herrn MacDonald ruhig zu sagen. Sie könnten ihn meiner Ansicht nach bei passender Gelegenheit unbedenklich darauf hinweisen, daß Sie persönlich Ihrer Regierung gegenüber und daß auch Ihre Regierung selbst in eine unmögliche Lage käme, wenn Sie nicht endlich einmal etwas Positives nach Berlin berichten könnten. Soweit es sich nicht erreichen läßt, mit Herrn MacDonald selbst oder den maßgebenden Beamten des Foreign Office in engere Fühlung zu kommen, besteht doch namentlich unter der jetzigen Regierung auch noch die Möglichkeit, bei den für die Botschaft zugänglichen anderen Persönlichkeiten des politischen Lebens die für uns unentbehrlichen Auskünfte einzuziehen und uns ein einigermaßen deutliches Bild von den englischen Tendenzen zu geben.

Um nur einmal einen konkreten und gerade augenblicklich akuten Punkt herauszugreifen, darf ich daran erinnern, daß wir hier bis jetzt keinerlei Nachricht darüber erhalten haben, was jetzt zwischen London und Paris vorgeht. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich annehme, daß da allerlei im Gange ist oder sich wenigstens vorbereitet, was für uns von ganz entscheidender Bedeutung sein kann. Ich sehe nicht ein, warum man die Britische Regierung, der wir unsere Unterhaltung mit Paris prompt und vorbehaltlos mitteilen, nicht wenigstens danach fragen könnte, was sie ihrerseits jetzt mit Paris verhandelt. Ich habe Sie deshalb bereits in meinem gestrigen Telegramm<sup>1</sup> um einen Bericht hierüber gebeten.

Sie wissen selbst, daß der Mangel an Nachrichten aus London in keiner Weise durch unsere hiesigen Beziehungen zu Lord D'Abernon ersetzt werden kann. Wir sehen ihn zwar sehr häufig, unterhalten uns mit ihm über alle Probleme und gehen auf alle seine Anregungen bereitwillig ein. Etwas wesentliches ist aber dabei bisher eigentlich noch niemals herausgekommen; jedenfalls vermag er über die Absichten oder Entschließungen seiner Regierung niemals etwas Authentisches zu sagen. Das ist ja auch weniger seine Aufgabe als die Aufgabe unserer eigenen Botschaft.

Das ist es, sehr verehrter Herr Sthamer, worüber ich Ihnen einmal mein Herz ausschütten mußte. Der Eindruck, daß wir qua Regierung auch in den Fragen, wo es sich um die internationale Erörterung rein deutscher Angelegenheiten handelt, von England einfach als *quantité négligeable* behandelt werden, hat sich hier allmählich so verstärkt, daß ich es für meine Pflicht halte, die Botschaft dagegen scharf zu machen. Mein Gefühl, Ihnen das alles unbedenklich und ohne diplomati-

---

<sup>1</sup> Vom 17. Februar 1924, ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 434 Anm. 1. Am 19. Februar 1924 reagierte Sthamer auf Schuberts Aufforderung und übersandte eine Reihe von Materialien zur Reparationsfrage, ebd., S. 434.

sche Umschweife sagen zu dürfen, gründet sich auf die ganz natürliche und keinerlei Vorwurf in sich schließende Tatsache, daß man bei langer Tätigkeit auf einem Außenposten auch bei den ausführlichsten amtlichen Instruktionen doch vielleicht nicht immer deutlich genug erkennt und erkennen kann, was die Zentrale braucht. Ich zweifle deshalb auch nicht daran, daß Sie diese Klagen so auffassen, wie sie gemeint sind.<sup>2</sup>

## 75

**Disposition von Schuberts für ein Interview  
Berlin, 21. Februar 1924**

*Durchschrift. PA, R 36015.*

Dem in Aussicht genommenen Interview<sup>1</sup> könnte etwa folgende Disposition zu Grunde gelegt werden:

1.) Die außenpolitische Situation wird im Augenblick ganz von der Tatsache beherrscht, daß vor allen weiteren Schritten und Entschließungen zunächst die Gutachten der beiden Sachverständigenkomitees<sup>2</sup> abgewartet werden müssen. Einstweilen haben also nicht die Kabinette, sondern die Experten der internationalen Wirtschaft und Finanz das Wort. Es ist gut, wenn die politische Auseinandersetzung ruht, bis dieses Wort gesprochen ist.

2.) Ich will daher nicht im einzelnen auf die Möglichkeiten eingehen, die sich mir für die Lösung der Reparationsfrage zu bieten scheinen, sondern will nur darauf hinweisen, daß mit der Einsetzung der Sachverständigenkomitees die Reparationsfrage auf den Weg gebracht worden ist, der nach meiner Ansicht allein zu einer Lösung führen kann. Denn diese Lösung wird nur gelingen, wenn sie sich auf einer wirtschaftlichen und zugleich internationalen Basis aufbaut.

3.) Dabei bin ich überzeugt, daß eine Lösung auf dieser Basis sich so gestalten läßt, daß sie auch den Bedürfnissen Frankreichs, denen wir keineswegs verständnislos gegenüberstehen, durchaus Genüge tun würde.

4.) Von den gleichen Gedanken läßt sich die Deutsche Regierung auch bei ihrem Meinungsaustausch mit der Französischen Regierung leiten, der letzten Endes nur den Zweck haben kann, für die Umsetzung der Sachverständigengutachten in

---

<sup>2</sup> Aufz. Schuberts vom 7. März 1924: D'Abernon habe erklärt, Sthamer sei MacDonald, der „keine offiziellen Unterredungen“ wünsche, „sondern Gespräche von Mensch zu Mensch“, zu steif; Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 21.

---

<sup>1</sup> Hschr. unterstrichen.

<sup>2</sup> Gemeint sind die am 30. November 1923 geschaffenen Sachverständigenkomitees zur Überprüfung der finanziellen Lage und Leistungsfähigkeit Deutschlands; siehe u.a. ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 83f. (Tel. Stresemanns nach Washington), im Hinblick auf eine Neuregelung der Reparationszahlungen.

die Praxis den Boden vorzubereiten. Das gilt sowohl für unsere Anregungen hinsichtlich eines *modus vivendi* in den besetzten Gebieten als auch für die Unterhaltung über die allgemeinen jetzt schwebenden Fragen.<sup>3</sup>

5.) Von größter Bedeutung ist es allerdings, daß die Entwicklung der Dinge jetzt möglichst schnell vor sich geht. Von dem wichtigen Termin des 15. April sind wir nur noch wenige Wochen entfernt. Schon in nächster Zeit muß deshalb das Problem gelöst werden, was nach Beendigung des Systems der MICUM-Verträge geschehen soll. Das Problem ist sowohl für Deutschland als auch für Frankreich von größter Tragweite. So schwierig es aber auch sein mag, so wird sich doch auch dafür eine Lösung finden lassen, wenn wir von beiden Seiten mit gutem Willen an die Frage herantreten.<sup>4</sup>

6.) Ich hoffe, daß auch die letzten Vorgänge in der Pfalz angesichts der Bemühungen der Besatzungsmächte nunmehr einer Entwicklung Platz machen, die zu einer Entspannung der Atmosphäre zwischen Deutschland und Frankreich beiträgt.<sup>5</sup>

Es dürfte sich empfehlen, in dem Interview nichts zu sagen, was auf eine Vorwegnahme des von uns erhofften Inhalts der Sachverständigengutachten hinauslaufen würde. Ebenso bleiben zweckmäßig auch die Sicherheits- und Völkerbundsfrage sowie die Frage der Militärkontrolle unerwähnt.<sup>6</sup>

## 76

### **Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce Berlin, 13. März 1924**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 21.*

#### Persönlich!

Mein lieber Dufour!

Erst heute komme ich dazu, die Briefe<sup>1</sup> genau zu studieren, die Sie mir mit letztem Kurier sandten.

Ihr langer Ergänzungsbrief zu dem Bericht des Botschafters war uns sehr wertvoll. Übrigens auch der Bericht des Botschafters selbst. Er hat mich übrigens durchaus richtig verstanden!

---

<sup>3</sup> Siehe dazu Krüger, Außenpolitik, S. 233f.

<sup>4</sup> Siehe dazu Aufz. Ritters, 21. März, Tel. Stresemanns nach Paris, 2. April, und Tel. Hoeschs vom 4. April 1924; ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 570-72, 643-36, 648-51.

<sup>5</sup> Vgl. Schreiben Maltzans an Haniel von Haimhausen vom 16. Februar 1924, ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 423-25.

<sup>6</sup> Über eine Verwendung dieser Disposition, etwa durch Stresemann, ist nichts vermerkt.

---

<sup>1</sup> Zwei Briefe vom 6. März 1924, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 21.

In Ihrem anderen Briefe schreiben Sie, daß Sie Gelegenheit haben würden, mit Winston Churchill Fühlung zu bekommen. Das freut mich sehr. Ich möchte Ihnen nur diesem Manne gegenüber die allergrößte Vorsicht empfehlen! Ich kannte ihn ja persönlich vor dem Kriege: Er ist ein ganz ungeheuer gerissener Mensch, der einem leicht Fallen stellt und vor dem man sich unendlich vorsehen muß!

Endlich muß ich noch auf einen anderen Punkt Ihres Briefes eingehen. Anschließend an die Mitteilungen über Herrn Shotwell kommen Sie erneut auf die Sicherheitsfrage zu sprechen und schreiben dann folgende Sätze: „...aber ich wäre, wie gesagt, dankbar, wenn wir erfahren könnten, wie man im Amte darüber denkt, ob man sich überhaupt mit dieser Frage eingehend befaßt oder ob man abwarten will, bis man uns offiziell eventuelle Vorschläge entgegenbringen wird.“ Ich muß Ihnen offen gestehen, daß mich diese Sätze geradezu erschüttert haben. Schon in meinem Brief vom 10. März schrieb ich Ihnen, daß mich ähnliche Äußerungen, die ich mit dem vorvorigen Kurier erhielt, in großes Erstaunen versetzt haben.<sup>2</sup>

Beim Lesen der obigen Sätze habe ich mich aber geradezu an den Kopf gefaßt, weil ich Sie ganz einfach nicht mehr begreife. Seit Wochen, seit Monaten, ja wohl seit einem Jahr erhalten Sie von uns die detailliertesten Instruktionen über die Sicherheitsfrage, durch welche Sie ganz genau über unsere Ansichten, Wünsche, Vorschläge und Pläne unterrichtet sind! Keine Botschaft ist so eingehend über diese Frage von uns unterrichtet worden. Für keine Botschaft haben wir so eingehende Arbeit geleistet! Ich frage mich, ob denn das alles ganz umsonst war? Dann hätten wir uns ja diese außerordentliche Mühe sparen können! Sind denn diese ganzen Instruktionen bei ihnen in den Papierkorb geworfen worden? Haben Sie denn ganz die Aufzeichnung vergessen, die der Botschafter selbst Herrn MacDonald über diese Frage überreicht hat?<sup>3</sup> Ist Ihnen denn ganz die Aufzeichnung aus dem Gedächtnis entschwunden, die ich Lord D'Abernon übergeben habe<sup>4</sup> und von der Sie Ab-

<sup>2</sup> Im zweiten Brief, in dem er sich auch ausführlich zur Sicherheitsfrage äußerte, teilte Dufour Schubert mit: „D'Abernon spielt mit dem Gedanken, das Rheinland sozusagen dauernd zu entmilitarisieren und, wie er sich ausdrückt, einen Schutzvorhang zwischen Deutschland und Frankreich herunterzulassen.“ Darauf habe Dufour entgegnet, „so, wie er, D'Abernon, den Vorschlag mache, habe dieser Schutzvorhang 2 deutsche Seiten, während es doch richtig sei, ihm neben der deutschen auch eine französische Seite zu geben. D'Abernon schien diese Einwendungen für richtig zu halten, aber er schien zu denken, daß Frankreich auf eine französische entmilitarisierte Zone nicht eingehen würde, eine Ansicht, die ich allerdings auch teile.“ Dufour fragte nach deutschen Vorschlägen; Schubert wies daraufhin mit Schreiben vom 10. März 1924 Dufour zurecht: „Seit mehreren Wochen erhalten Sie ständig von uns sowohl durch Kurier als auch telegrafisch die eingehendsten, ausführlichsten Vorschläge in dieser Hinsicht. [...] Ich verstehe daher absolut nicht, wenn Sie jetzt noch neue Vorschläge verlangen!!!“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 21.

<sup>3</sup> Ber. Sthamers, 19. Februar 1924 mit Anlagen, ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 434-37. Aufz. Schuberts vom 7. März über ein Gespräch mit D'Abernon, ebd., S. 488f. Außerdem Erlaß Stresemanns nach Warschau, 8. März (abschriftlich an Hoesch) und London, 10. März, ebd., S. 502-05, 514-18. Diese und weitere Erlasse in der Sicherheitsfrage beruhen – auch in bezug auf Polen – auf den von Schubert und Gaus seit April 1923 geschaffenen Vorrassetzungen, Dok. 73, und waren von Gaus in Absprache mit Schubert oder von Schubert selber verfaßt worden (Journal-Eintragungen; auch in ADAP nicht hinreichend beachtet).

<sup>4</sup> Siehe Dok. 72.

schrift erhielten? Ich möchte Sie doch auf das Dringendste bitten, sich durch einen jungen Mann, mindestens die vier oder fünf großen Instruktionen zusammenstellen zu lassen, die wir Ihnen allein seit Weihnachten geschickt haben. Ich bitte Sie, diese Instruktionen noch einmal auf das Genaueste durchzustudieren. Jeder Satz dieser Instruktionen ist hier genau überlegt. Aus dem ganzen erhalten Sie ein Bild über unsere Absichten wie es nicht klarer aufgestellt werden kann!!

Natürlich darf man nicht die allgemeine Sicherheitsfrage mit dem bekannten Genfer Völkerbundsprojekt der allgemeinen Abrüstung zusammenwerfen, auf das augenscheinlich der von Ihnen namhaft gemachte Herr Réquin anspielt.<sup>5</sup> Aber auch über dieses Projekt wissen Sie ja ganz genau Bescheid: Unsere Stellung hierzu hat Ihnen ja Herr von Bülow gelegentlich seines Besuches in London eingehend auseinandergesetzt!!<sup>6</sup> Außerdem hat ja dieses Projekt vorläufig nur ganz allgemeinen theoretischen und akademischen Wert.

Ich bin über diese Angelegenheit förmlich beunruhigt und wäre Ihnen daher sehr dankbar, wenn Sie mit nächstem Kurier mich darüber beruhigen und mir schreiben könnten, daß Sie unsere Instruktionen noch einmal durchstudiert haben. Die Sicherheitsfrage steht doch jetzt im Vordergrund des Interesses und es kommt alles darauf an, daß die Botschaft unsere Ideen in sehr intensiver und effektiver Weise in London vertritt!<sup>7</sup>

Mit aufrichtigem Grusse bin ich  
Ihr stets treu ergebener  
Sch[ubert]

<sup>5</sup> Aufz. Seeckts vom 12. März 1924, ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 529-33.

<sup>6</sup> Dufour schrieb am 28. Februar 1924 an Schubert: „Bülow wird die Erfahrung mit nach Hause genommen haben, daß der Völkerbundsgedanke hier eine große Rolle spielt, daß alle diejenigen Leute, die Krieg vermeiden wollen – und das ist natürlich die Mehrzahl aller –, ihre ganze Hoffnung auf den Völkerbund setzen. Sie sehen in dem Völkerbunde das Mittel, durch welches es hoffentlich möglich sein wird, Streitigkeiten zwischen den Völkern auf schiedsrichterlichem Wege auszugleichen, die sonst mit dem Schwert in der Hand ausgetragen werden mußten. Bülow hat den Engländern gesagt, daß der Völkerbundsgedanke uns sympathisch sei, hat aber nicht unterlassen, die Bedenken zu äußern, die uns den Eintritt in den Völkerbund erschweren.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 21. Siehe auch Bülows Aufz. vom 1. März 1924, ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 471-73.

<sup>7</sup> Am 10. März 1924 schrieb Schubert an Sthamer: „Herr MacDonald hat sich nämlich Lord D’Abernon gegenüber dahin ausgesprochen, er wünschte Gelegenheit zu haben, sich mit dem deutschen Botschafter möglichst offen als Mensch zu Mensch nicht nur über die zur Diskussion stehenden Tagesfragen, sondern auch über die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage öfters auszusprechen. Er würde den größten Wert auf derartige ganz zwanglose Unterhaltungen legen, wobei nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt zu werden brauche. Denn nur auf diesem Wege käme man sich näher und könne, gegenseitig Vertrauen zueinander fassend, gemeinsame Lösungen finden, was bei offiziell aufgelegenen Gesprächen zwischen Ministerpräsident und Botschafter nicht möglich sei. Er hat dabei – und dies möchte ich Ihnen im Interesse der Fortentwicklung Ihrer Beziehungen zu Herrn MacDonald mitteilen – in durchaus freundlicher Weise durchblicken lassen, Sie seien ihm bei Ihren bisherigen Gesprächen etwas offiziell entgegengetreten; es sei daher ihm nicht möglich gewesen, so aus sich herauszugehen, wie er dies vielleicht gemacht haben würde.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 21.

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung  
mit dem britischen Botschafter Lord D'Abernon  
Berlin, 15. März 1924**

*Ausfertigung. PA, R 29216.<sup>1</sup>*

Vertraulich

Lord D'Abernon teilte mir heute vertraulich mit, er habe einen ausführlichen Bericht des englischen Gesandten in Warschau, Max Müller, über die deutsch-polnischen Verhandlungen erhalten.<sup>2</sup>

Der Gesandte berichte, daß die Polen sehr enttäuscht über den Abbruch der Verhandlungen seien. Diese Enttäuschung teile der englische Gesandte: Denn nach seiner Berichterstattung seien zunächst die Polen ausgebrochen. Daraufhin habe sich der Gesandte bemüht, die Polen wieder zu Verhandlungen zu bringen und dies sei ihm auch gelungen. Jetzt schein es aber als ob die Berliner Regierung ausgebrochen sei. Dies sei sehr bedauerlich, da doch ein allgemeines Interesse daran bestehe, daß die Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führten.

Ich sagte Lord D'Abernon, die ganze Sache sei außerordentlich verwickelt und wir selber sähen vorläufig noch nicht ganz klar. Heute werde aber Herr von Stockhammern, der die Verhandlungen geführt habe, hier eintreffen und dann würden wir ein klares Bild über die Situation gewinnen.

Lord D'Abernon sagte mir, er wäre außerordentlich dankbar, wenn er genauer über unsere Stellungnahme informiert werden könnte, denn er beabsichtige nach London zu berichten.

Ich sagte ihm dies zu.<sup>3</sup>

[eigenhändig:] Schubert

---

<sup>1</sup> ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 544.

<sup>2</sup> D'Abernon stellte Schubert den Bericht zur Verfügung. Fundort: PA, R 29216. Bei den angesprochenen Verhandlungen ging es um die Optantenfrage. Siehe Stockhammers Tel. an das AA, 12. März 1924, ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 526f., Roths Aufz., 13. März, ebd., S. 533f., Rauschers Ber. vom 13. März, ebd., S. 536-38.

<sup>3</sup> Erst am 24. März 1924 schrieb Schubert an D'Abernon und gab die erwünschte Stellungnahme ab. Besonders betonte er dabei: „Die deutsche Delegation in Warschau hat nur Wünsche vertreten, deren Berechtigung in Genf von den Herren des Völkerbundes anerkannt war und die gerade der Befriedung Osteuropas mit dienen sollten.“-Ebd., S. 578. Aufschlußreich für Schuberts Einstellung zur deutschen Polenpolitik ist seine Aufz. vom 28. Januar 1924, ebd., S. 303-05.



**Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce  
Berlin, 17. März 1924**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 21.*

Mein lieber Dufour!

Beifolgend übersende ich Ihnen zur geeigneten Verwertung eine Aufzeichnung, die im Auswärtigen Amt über das französische Gelbbuch<sup>1</sup> betr. die Sicherheitsfrage zusammengestellt worden ist.<sup>2</sup>

Mit aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr stets getreuer

**Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce  
Berlin, 17. März 1924**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 21.*

Mein lieber Dufour!

Vielen Dank für Ihren letzten Brief und die interessanten Berichte, die wir mit letztem Kurier erhielten.

Sie schreiben, daß anzunehmen sei, daß wir noch im Laufe dieses Monats den Bericht der Sachverständigenkommission der Reparationskommission erleben würden. Auch wir warten sehnlichst auf diese Berichte und hatten eigentlich gehofft, daß sie demnächst fertiggestellt sein würden. Wir wissen nun, daß an diesen Berichten sehr emsig gearbeitet wird, nach unseren neuesten Informationen scheint sich das Herauskommen des Berichts aber doch noch erheblich zu verzögern.

Dies ist sehr unangenehm, besonders im Hinblick auf den berüchtigten 15. April, an dem bekanntlich die MICUM-Verträge<sup>1</sup> ablaufen. Wenn das Gutachten

---

<sup>1</sup> Documents relatifs aux négociations concernant les garanties de sécurité contre une agression de l'Allemagne.

<sup>2</sup> Fehlt hier. Fundort: PA, R 29015. Die Analyse verfaßte Gaus und übermittelte sie Schubert am 14. März, ein wichtiges Dok. über die Beurteilung der französischen und britischen Haltung für die Konzipierung der deutschen Sicherheitsvorschläge. Vgl. auch Stressemanns Erl. an Rauscher vom 8. März 1924, ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 502-05, Stressemanns Erl. an Sthamer, ebd., S. 514-18.

---

<sup>1</sup> Siehe Dok. 69 Anm. 5.

des ersten Komitees<sup>2</sup> nicht bis zum 15. April fertig wird, oder so kurz vorher, daß nichts mehr veranlaßt werden kann, sind wir in einer sehr unangenehmen Lage.

Die Industrie sieht diesem Datum mit begreiflicher Unruhe entgegen. Eine Verlängerung der MICUM-Verträge kommt nicht in Frage, da weder die Industriellen noch das Reich die Sachlieferungen aus den Verträgen finanzieren können.

Hierzu kommt, daß, wie Sie wissen, neben den eigentlichen MICUM-Leuten eine ganze Reihe einzelner Industrieller ähnliche Verträge abgeschlossen hat, die z.T. sogar über den 15. April noch hinauslaufen.

Verhandlungen zwischen MICUM und Industriellen über die Verlängerung der MICUM-Verträge kommen, abgesehen davon, daß sie ja sachlich zu nichts führen können, auch deshalb nicht in Frage, weil erstens sonst die Gefahr entsteht, daß Herr Poincaré wieder einmal darauf hinweisen kann, daß er mit den Industriellen schon allein fertig werde und Verhandlungen zwischen Regierung und Regierung garnicht nötig habe und zweitens, weil sie Verdacht bei den Engländern erregen könnten. Noch kürzlich hat mir Lord D'Abernon dringend abgeraten, wir sollten solche Verhandlungen unterbinden, ohne mir aber meine darauf gestellte Anfrage beantworten zu können, was denn eigentlich am 15. April geschehen soll!<sup>3</sup>

Morgen findet eine Versammlung sämtlicher MICUM-Interessenten in Elberfeld statt, über deren Ergebnis wir übermorgen informiert sein werden. Es wird darauf ankommen, für die Regierung eine klare Linie zu finden, sowohl den Franzosen als auch den Industriellen und den Alliierten gegenüber.

Über die vielerlei Erwägungen, die über den einzuschlagenden Weg gepflogen wurden, Ihnen zu schreiben, hat vorläufig keinen Zweck. Schon jetzt aber möchte ich Sie bitten, bei jeder nur möglichen Gelegenheit auf das fatale Datum des 15. April und auf die außerordentlich schwierige Lage hinzuweisen, in die wir geraten, wenn nicht rechtzeitig ein Ausweg für die Finanzierung der Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich gefunden wird. Das Schlimmste, was passieren könnte, wäre natürlich eine erneute Stilllegung der Betriebe im Ruhrgebiet. Sie käme vermutlich einem gänzlichen Zusammenbruch der Ruhrindustrie gleich!<sup>4</sup>

Mit den aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr stets getreuer

<sup>2</sup> Siehe Dok. 70, 75 Anm. 2 u. 80 Anm. 1.

<sup>3</sup> Am 21. März 1924 hatte Schubert eine Unterredung mit D'Abernon über die MICUM-Verträge, in der er diesem unumwunden mitteilte: „[...] meine ganz persönliche Meinung geht dahin, daß erzwungene Verträge wie die MICUM-Verträge zwischen der französischen Regierung und privaten deutschen Industriellen überhaupt nicht mehr abgeschlossen bzw. verlängert werden dürften, daß vielmehr die Regierung die Verhandlungen darüber, wie nach dem 15. April die Sachleistungen insbesondere für Frankreich zu bewirken wären, selbst in die Hand nehmen und dieserhalb an Paris und zugleich auch an Brüssel, London und Rom herantreten müsse.“-PA, Nl. v. Maltzan, 3/21.

<sup>4</sup> Schubert hatte in diesen Tagen auch engen Kontakt mit Hoesch, siehe dessen Briefe mit Informationen und Bewertungen vom 1., 22. u. 27. März 1924, ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 474-77, 584-88, 609-11; außerdem vom 13. März, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 21.

**Von Schubert an Botschafter Sthamer  
Berlin, 14. April 1924**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 22.*

Vertraulich!

Sehr verehrter Herr Sthamer!

Soeben, kurz vor Kurierschluß, komme ich aus der Sitzung, die das Kabinett mit den Staats- bzw. Ministerpräsidenten der Länder über die Frage unserer Stellungnahme zu dem Sachverständigengutachten sowie zu der Note der Reparationskommission abgehalten hat.<sup>1</sup>

Die Sitzung wird wahrscheinlich das Ergebnis haben, daß wir die Note in kurzer und prägnanter Form beantworten und daß wir uns darauf beschränken, lediglich auf das zu antworten, wonach wir gefragt wurden. Es hat sehr große Mühe gekostet, dieses Resultat zu erreichen. Ich hoffe aber, daß diese Antwort überall Billigung finden wird.

Wie die Sache dann taktisch von den alliierten Regierungen weiter behandelt werden wird, ist uns noch ganz unklar. Es wird viel darauf ankommen, hierüber

---

<sup>1</sup> Die beiden Sachverständigen-Komitees hatten ihre Arbeit beendet und am 9. April 1924 ihre Berichte vorgelegt. Maßgeblich waren die Vorschläge des ersten Komitees, der sogenannte Dawes-Plan. Nachdem die Reparationskommission in Paris dem Reparationsplan des Dawes-Komitees zugestimmt hatte, sandte sie der Reichsregierung die Note vom 11. April 1924 mit der Frage, ob Deutschland bei der Durchführung des Dawes-Planes seine Mitarbeit zusichere. Siehe AR, Kab. Marx I u. II, Bd. 1, S. 555 Anm. 2. Die Bedingungen zur Beantwortung der Note abzuklären, war Anlaß für die Besprechung zwischen Reichs- und Ländervertretern, die schließlich zur Antwortnote der deutschen Regierung vom 14. April führte, in der Deutschland seine Bereitschaft zur Mitarbeit am Dawes-Plan erklärte. Zu den Besprechungen siehe AR, Kab. Marx I u. II, Bd. 1, S. 555-65, 567f. mit Anm. 6. Dazu aber auch ADAP, Serie A, Bd. X, S. 62-65 (Entwurf Schuberts). In einem Gespräch teilte Stressemann am 18. April 1924 Schubert mit: Es „hat das Kabinett gestern einstimmig beschlossen, das Sachverständigengutachten als Ganzes anzunehmen und auf eine Umwandlung in einen Staatsvertrag zu verzichten [...]“-PA, Nl. v. Maltzan 4/29b, Aufz. Schuberts. Es handelte sich allerdings um eine Ministerbesprechung (AR, Kab. Marx I u. II, Bd. 1, S. 574f.), nicht um eine Kabinettsitzung. Am 17. April konnte Bernstorff Schubert aus London berichten, die Note habe in London große Erleichterung und Genugtuung hervorgerufen: „Von unseren guten Freunden wird uns dringend geraten, vorläufig keine Abänderungsanträge zu stellen und vorläufig England und Amerika die Führung unserer Sache zu überlassen. [...] Unsere Situation sei daher, wenn wir sie richtig verständen, taktisch so günstig wie seit langem nicht.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 22. In einem Schreiben vom 24. April bestätigte Bernstorff seine Aussage, ebd. Zum weiteren Verlauf schrieb er am 8. Mai 1924 an Schubert: „Wenn es wirklich noch in diesem Jahr zu einer wenigstens provisorischen Lösung des Reparationsproblems kommt – ich bin in dieser Hinsicht sehr skeptisch – so werden wir wohl der pazifistischen Grundeinstellung MacDonalds zuliebe in puncto Sicherheit usw. allerhand Konzessionen machen müssen. Nach den Wahlen wird Poincaré ja wohl erklären, daß eine demokratische Wahl seine Politik bestätigt habe und er daher noch weniger als früher in der Lage sei, von ihr abzuweichen.“-Ebd.

rechtzeitig im Detail unterrichtet zu werden. Mir wäre es am liebsten, wenn das Gutachten als solches und im Ganzen von den Regierungen und dann auch von uns offiziell angenommen werden würde und wenn über die Durchführung des Gutachtens dann Einzelverhandlungen stattfinden würden.

Dagegen würde ich es für höchst gefährlich halten, wenn man versuchen würde, das Gutachten in Paragraphenform umzugießen und einen Vertrag zwischen den Alliierten und uns daraus zu machen. Denn dann würden, fürchte ich, die Franzosen alles tun, um die verschiedenen guten Punkte des Gutachtens, z.B. Wiederherstellung unserer Finanzhoheit usw., aus dem Vertrag herauszubringen oder sie in denselben in einer abgeschwächten Form hineinzubringen; ferner würden sie sicherlich versuchen, allerlei andere für uns schädliche Sachen in den Vertrag hineinzuschmuggeln.

Ob technisch der erste Weg möglich ist, steht natürlich dahin. Jedenfalls erscheint es mir unter allen Umständen notwendig, daß das Gutachten als solches in irgend einer Form in Verträge oder Abkommen hineinkommt, die wir mit den Alliierten schließen.

Die MICUM-Verhandlungen<sup>2</sup> scheinen einen etwas besseren Verlauf zu nehmen, als wir es befürchtet hatten. Ich erwarte mit großer Spannung telefonische Nachricht aus Düsseldorf. Das Ergebnis werden wir Ihnen, mit Kommentar versehen, morgen telegrafisch mitteilen.<sup>3</sup>

Mit aufrichtigsten Grüßen bin ich  
in großer Eile  
Ihr stets ergebener

81

**Von Schubert an Botschafter Sthamer  
Berlin, 28. April 1924**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 22.*

Sehr verehrter Herr Sthamer!

Ich entnehme Ihrem Briefe vom 24. April,<sup>1</sup> daß Sie sich nicht für hinreichend informiert ansehen, um bei Ihren Unterhaltungen mit Lord Haldane positive Erklärungen abgeben zu können. Das ist mir, offen gesagt, nicht recht verständlich.

<sup>2</sup> Dazu siehe Sthamers Tel. vom 8. April 1924, ADAP, Serie A, Bd. X, S. 12f., Schuberts Schreiben an Hoesch, 10. April, ebd., S. 22-26, Hoeschs Tel. vom 13. April, ebd., S. 50-52, 52f., den Runderlaß des AA vom 30. April, ebd., S. 133.

<sup>3</sup> Die MICUM-Verträge wurden „bis zur Regelung der Reparationsfrage, spätestens bis zum 15. Juni 1924“ (ebd.) verlängert. Siehe auch den Runderlaß des AA vom 16. Juni 1924, ADAP, Serie A, Bd. X, S. 340-43.

<sup>1</sup> Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 22.

Wir haben Ihnen doch über alle schwebenden Fragen fortlaufend die ausführlichsten Instruktionen geschickt, insbesondere auch über die Fragen, die Sie mit Lord Haldane besprochen haben. Ganz abgesehen von dem letzten diesseitigen Telegramm Nr. 194,<sup>2</sup> das Ihr Telegramm Nr. 159<sup>3</sup> beantwortete und bei Absendung Ihres Briefes noch nicht in Ihrer Hand war, möchte ich nur auf

den Schriffterlaß vom 4. Februar – III E 316<sup>4</sup> –,

das Telegramm vom 6. Februar Nr. 70,<sup>5</sup>

die Anlage des Schriffterlasses vom 11. Februar III E 387<sup>6</sup>

den Schriffterlaß vom 10. März – III E 677<sup>7</sup> –,

den Schriffterlaß vom 2. April – III E 871<sup>8</sup> –

hinweisen, in denen die wohl in erster Linie in Betracht kommende Sicherheitsfrage von allen möglichen Gesichtspunkten aus in extenso erörtert worden ist. Ich sollte doch denken, daß Ihnen diese Instruktionen die volle Möglichkeit geben, Lord Haldane nicht nur passiv anzuhören, sondern auch zu den von ihm geäußerten Gedanken positiv Stellung zu nehmen. Wenn Sie sich unsere schriftlichen und telegraphischen Erlasse noch einmal im Zusammenhang vergegenwärtigen, werden Sie finden, daß die Darlegung des deutschen Standpunktes nichts an Klarheit und Ausführlichkeit vermissen läßt.

Jedenfalls wüßte ich nicht, was von unserer Seite im Augenblick noch Neues zu der Sicherheitsfrage gesagt werden könnte. Ich will nur noch einmal darauf hinweisen, daß wir ja an sich kein Interesse daran haben, die Sicherheitsfrage zu urgieren. Sie gewinnt für uns nur dann eine akute Bedeutung, wenn sie von Frankreich aufgeworfen wird, um sie mit der Reparationsfrage zu verquicken. Damit müssen wir rechnen, namentlich im Zusammenhang mit der Frage der Regiebahnen und mit der Frage der militärischen Besetzung des Ruhrgebiets. Wenn es Lord Haldane gelingen sollte, derartigen französischen Versuchen durch die Lancierung seines Garantiepaktes vorzubeugen, wäre das selbstverständlich für uns von größtem Vorteil.

Was die Reparationsfrage betrifft, so bezieht sich darauf Ihre Bitte um Mitteilung weiterer Richtlinien wohl nicht. Die Sache ist allerdings in den letzten Tagen durch die Antworten Englands, Frankreichs und Italiens an die Reparationskommission in ein neues Stadium getreten. Mit der englischen Antwort können wir, glaube ich, sehr zufrieden sein. Auch die belgische Antwort scheint mir nicht ungünstig zu sein und ein starkes Abschwanken von der französischen Linie zu dokumentieren. Dagegen ist die französische Antwort noch negativer, als man von vornherein erwarten konnte. Diese kaum verhüllte Absicht Frankreichs, das Gutachten in der von den Experten gedachten Weise nicht zu realisieren, hat zwar den taktischen Vorteil, daß Frankreich nun ganz offen in Gegensatz zu allen anderen beteiligten Regierungen getreten ist und vor der Welt als diejenige Macht dasteht,

<sup>2</sup> ADAP, Serie A, Bd. X, S. 99f.; also von Schubert vor Eingang von Sthamers Brief vom 24. April entworfen, was aus ebd., S. 99 Anm. 2 nicht klar wird.

<sup>3</sup> Ebd., S. 99 Anm. 1.

<sup>4</sup> ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 382 Anm. 1.

<sup>5</sup> Ebd., S. 358 Anm. 9.

<sup>6</sup> ADAP, Serie A, Bd. IX, S. 381-84.

<sup>7</sup> Ebd., S. 514-18.

<sup>8</sup> PA, St.S. G rep, Bd. 2.

die allein eine schnelle Lösung des Reparationsproblems verhindert. Es fragt sich aber, was nun werden soll. Deutschland kann meiner Ansicht nach einstweilen nichts anderes tun, als diese Isolierung Frankreichs nicht seinerseits durch vorzeitige Stellung von Bedingungen zu verdunkeln. Dagegen kann die eigentliche Offensive gegen den französischen Standpunkt nicht von Deutschland, sondern nur von den anderen alliierten Regierungen, in erster Linie von England, ausgehen. Hoffentlich bleibt die Englische Regierung fest und läßt sich zu keinem Kompromiß bewegen, der die für uns unumgänglichen politischen Voraussetzungen, namentlich die Wiederherstellung der Wirtschafts-, Finanz- und Verwaltungshoheit und die Rückkehr der Gefangenen und Ausgewiesenen, zu Fall bringt, oder auch den französischen Wünschen in der Sanktionsfrage entgegenkommt.

Es wäre natürlich von allergrößtem Wert, wenn es Ihnen gelänge, bei Ihren Unterhaltungen mit Lord Haldane, noch mehr aber bei Ihren Unterhaltungen mit MacDonald, über das beabsichtigte Vorgehen der englischen Regierung etwas in Erfahrung zu bringen. Wenn die Englische Regierung nicht energisch vorgeht und wenn sie sich nicht mit allen Kräften für [die] Erfüllung unserer politischen Voraussetzungen einsetzt, fürchte ich, daß die bisherige offizielle Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Gutachten gegenüber der deutschen Öffentlichkeit und dem neuen deutschen Reichstag nicht lange aufrechterhalten werden kann.<sup>9</sup> Es ist vielleicht ganz gut, wenn Sie das bei Ihren Unterhaltungen durchblicken lassen. In taktischer Hinsicht scheint es mir nach wie vor das Richtige zu sein, daß wir zunächst auf eine allseitige und bindende Festlegung der Regierungen auf das Gutachten als Ganzes hinwirken, weil wir damit die günstigste Basis für die Durchsetzung unserer politischen Forderungen hinsichtlich der besetzten Gebiete gewinnen. Der Versuch der Reparationskommission, ihrerseits eine solche Bindung der alliierten Regierungen durch die von ihr eingeforderten Erklärungen dieser Regierungen herbeizuführen, muß nach den jetzt vorliegenden Antworten einstweilen als gescheitert angesehen werden. Um so mehr Bedeutung gewinnt der Gedanke Lord D'Abernons, die Bindung durch einen besonderen internationalen Akt zu schaffen. Sie werden das bei Ihren Gesprächen wohl betonen müssen, ohne amtlich auf Lord D'Abernon Bezug zu nehmen.

Ihrem Bericht<sup>10</sup> über alle diese Fragen, den ich möglichst ausführlich zu fassen bitte, sehen wir hier natürlich mit ganz besonderer Spannung entgegen.

[handschriftlich:] Schluß[ormel]  
Sch[ubert]

<sup>9</sup> Die zweite Reichstagswahl war für den 4. Mai 1924 angesetzt. Daß die Einhelligkeit gegenüber der Annahme des Dawes-Plans nicht lange Bestand haben würde, hatte Schubert bereits am 23. April 1924 an Mutius geschrieben: „Die Deutschnationalen haben es nun glücklich fertig gebracht, die Frage, ob man das Gutachten annehmen oder ablehnen soll, zu einem Wahlschrei zu machen, obgleich sie am Anfang in ihrer Presse zugegeben haben, daß uns nichts anderes übrigbleiben würde, als das Gutachten anzunehmen. Ich hoffe, daß ihnen letzten Endes ihr Manöver, das ich recht unpatriotisch finde, schlecht bekommen wird.“ -Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 22.

<sup>10</sup> ADAP, Serie A, Bd. X, S. 100 Anm. 7, Tel. Sthamers vom 30. April, dann vom 6. Mai 1924, ebd., S. 164f. und sein Ber. vom 15. Mai, ebd., S. 210-12.

**Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce (leicht gekürzt)  
Berlin, 19. Mai 1924**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 22.*

Ausschließlich persönlich.

Mein lieber Dufour!

[...]¹

Wie Sie sich denken können, sind wir augenblicklich auf das Höchste gespannt auf die hiesige innerpolitische Entwicklung.<sup>2</sup> Wir werden, das läßt sich jetzt schon sagen, wegen des Sachverständigengutachtens noch einen sehr schweren Kampf zu führen haben. Die Stellung der Deutsch-Nationalen ist durchaus unklar. Nachdem sie sich mehr oder weniger an das Gutachten herangefühlt hatten, hat Westarp in seinem letzten Kreuzzeitungs-Artikel vorgestern wieder einmal stark gegen das Gutachten Stellung genommen und es lediglich als Verhandlungsbasis bezeichnet. Wir sind uns durchaus darüber klar, daß eine solche Stellung für eine deutsche Regierung durchaus nicht in Frage kommen kann. Wir tun alles nur Erdenkliche, um für die Annahme des Gutachtens als Ganzes tätig zu sein. Das Schlimme ist nur, daß viele Leute auch außerhalb der Deutschnationalen Partei der Ansicht sind, man müsse auf irgendwelchem Wege feste Zusicherungen verlangen, insbesondere wegen der Wiederherstellung der Verwaltungseinheit, wegen der Gefangenen und aber auch wegen der militärischen Räumung.

Die Stellung des Amts zu diesem letzten sehr kitschigen Punkt kennen Sie aus unseren sehr ausführlichen Instruktionen. Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß wir die militärische Räumung nicht erhalten können, wenn wir diese Forderung jetzt in den Vordergrund rücken. Es wird aber, fürchte ich, nichts anderes übrig bleiben, als auch diese Frage in irgendeiner vorsichtigen Form mehr wie bisher anzuschneiden. Ebenso die sehr wichtige Frage der Befreiung der drei rheinischen Städte.<sup>3</sup>

Für Sie in London bleibt es im übrigen vorläufig bei den Instruktionen, die Sie bisher erhalten haben. Hoffentlich wird es Herrn Sthamer gelingen, in absehbarer

---

<sup>1</sup> Schubert berichtete über ein Gespräch mit Schacht.

<sup>2</sup> Bereits einen Tag nach der Reichstagswahl gab Schubert gegenüber Dufour eine erste Beurteilung der Lage ab: „Wie sich die Verhältnisse innerpolitisch gestalten werden, ist natürlich außerordentlich schwer vorauszusagen. Wie das neue Kabinett zustande kommen soll, ist mir vorläufig etwas schleierhaft. Viel wird davon abhängen, wie sich die Außenpolitik in nächster Zeit gestalten wird. Kann die Regierung, die augenblicklich noch am Ruder ist, in nächster Zeit mit dem Hinweis auf einige Erfolge oder die sichere Aussicht auf solche Erfolge auftreten, so wird dies natürlich eine sehr segensreiche Rückwirkung auf eine vernünftige Regierungsbildung haben.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 22, Brief Schuberts, 5. Mai 1924.

<sup>3</sup> Infolge der gescheiterten Londoner Reparationskonferenz (1.-7.3.1921) waren Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzt worden.

Zeit Herrn Ramsey MacDonald wieder einmal aufzusuchen. Da aber Crowe<sup>4</sup> in der letzten Zeit, wie mir auch Bernstorff bestätigt hat, sich recht zugänglich zeigte<sup>5</sup>, sehen wir von hier aus keine Bedenken, all die Dinge, die in unserer letzten langen Instruktion<sup>6</sup> enthalten waren, auch mit ihm zu besprechen.

Wir müssen die Sache unbedingt weiterbringen, denn wir haben jetzt wirklich keine Zeit mehr zu verlieren. Die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns nehmen überall sehr gefährliche Formen an. Der Ruhr-Industrie geht es wirklich außerordentlich schlecht. Nirgends ist mehr Geld vorhanden und die Entwicklung der Dinge nimmt eine recht bedrohliche Wendung. Im übrigen Deutschland herrscht auch größte Geldknappheit und auch solide Firmen fangen bereits an, in unbequeme Situationen zu kommen. Es ist deshalb die größte Eile geboten.

Mit aufrichtigstem Gruße bin ich  
Ihr stets getreuer

## 83

**Von Schubert an Botschafter von Hoesch  
Berlin, 28. Mai 1924**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 22.*

Persönlich!

Mein lieber Leo!

Vielen Dank für Deinen Brief vom 23. Mai.<sup>1</sup> Deine Mitteilungen über die Tätigkeit der Deutschnationalen im Auslande haben mich sehr amüsiert, besonders die Arbeitsgemeinschaft Georg Bernhard-Tirpitz, die recht erstaunlich ist.

Deine Bemerkungen über die MICUM-Verträge habe ich nach London weitergegeben.<sup>2</sup> Die MICUM-Angelegenheit ist meine größte Sorge. Kurz vor dem 15. Juni

<sup>4</sup> Siehe dazu Sthamers Telegramme vom 7. und 19. Mai 1924, ADAP, Serie A, Bd. X, S. 181f. u. 192 Anm. 6.

<sup>5</sup> Bernstorff an Schubert, 8. Mai, siehe auch ausführlich Dufour an Schubert, 8. Mai 1924, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 22.

<sup>6</sup> Gemeint u.a. die Instruktion Maltzans vom 12. Mai 1924 betr. die MICUM-Verträge, ADAP, Serie A, Bd. X., S. 190-92, und dort Anm. 6.

<sup>1</sup> Siehe Anm. 2.

<sup>2</sup> In dem von Schubert angesprochenem Brief vom 23. Mai hatte Hoesch geschrieben: „Mir scheint, daß man bei den Engländern in der MICUM-Frage den meisten Eindruck durch die Feststellung wird machen können, daß die Aufrechterhaltung der MICUM-Kontrakte bis zur endgültigen Regelung des Reparationsproblems im taktischen Kampfplan Poincarés eine mehr gegen England als gegen uns gerichtete Waffe bedeuten solle. Wie ich oft in meinen Berichten ausgeführt habe, wollte Poincaré in die Verhandlungen mit den Alli-



werden wir wieder stehen wie der Ochs vor dem Berge und diesmal werden sich im letzten Moment die Schwierigkeiten wohl kaum beheben lassen. Die Ruhrindustrie kann einfach nicht mehr gratis leisten, sie ist eben durch die Ausführungen der MICUM-Verträge in eine außerordentlich bedrängte Lage geraten. Einige große Konzerne werden sich wohl noch weiter helfen können, die große Masse aber nicht.

Ich hatte in einem Telegramm an Dich die Anregung angefügt, ob man wegen der MICUM-Sache nicht einmal mit Seydoux sprechen könnte. Daß Du dies in Deiner Antwort zurzeit für inopportun erklärst, verstehe ich vollkommen. Ich war aber sehr befriedigt, daß Du die Sache bei Painlevé angebracht hast, der sich allerdings, wie die meisten Leute, über den Ernst der Lage im Ruhrgebiet nicht klar zu sein scheint.

In England komme ich in der Sache auch garnicht weiter. Norman hat erklärt, wir dürften die Verträge unter keinen Umständen verlängern. Das ist ganz meine Ansicht, aber Norman hat hinzugefügt, wir müßten es eventuell auf eine Stilllegung der Betriebe ankommen lassen und auch das Risiko der Verhaftung von Direktoren usw. in Kauf nehmen.<sup>3</sup> Das geht unter keinen Umständen, denn dann bricht uns die Industrie zusammen. Ich übertreibe in dieser Beziehung wirklich nicht, da ich ja auch durch meine privaten Beziehungen genau über die Lage orientiert bin.

Snowden wiegt sich allerdings in der Hoffnung, daß man die Franzosen zu einer vorläufigen Suspendierung oder starken Herabminderung der Sachleistungen bringen kann. Auch daran glaube ich nicht und Du wirst mir hierin Recht geben.

Was wir erstreben, ist eine Zusicherung, daß die MICUM-Lieferungen der nächsten Zeit entweder aus den 800 Millionen der Anleihe oder aber aus den 200 Millionen der Eisenbahn-Obligationen des [Dawes-]Gutachtens gedeckt werden sollen. Auf Grund einer solchen Zusicherung wären nach allgemeiner Ansicht die Kredite zur Finanzierung der Sachleistungen zu beschaffen, die sonst nicht zu bekommen sind.<sup>4</sup>

Ich sprach gestern über die Sache mit Lord D'Abernon, der, von einem fanatischen Optimismus beseelt, die Ansicht vertrat, zunächst müsse man das Gutachten

---

ierten mit dem ungeschmälerten Rüstzeug des Ruhrausbeutungssystems hineingehen, um dieses möglichst teuer zu verkaufen, und er beabsichtigte auch, gerade das Funktionieren dieses Systems gegen eine etwaige von den Geldgeberstaaten mit der 800 Millionen-Anleihe [entsprechend dem Dawes-Plan] im Sinne der Räumung des Ruhrgebiets auszuübene Pression auszuspielen. Es muß also im Interesse der Engländer gelegen sein, durch Zerstörung des MICUM-Kontraktssystems eine Bresche in die französische Rüstung zu schlagen und damit dem Ruhrausbeutungssystem den Wert als Pressionsmittel auf die Alliierten zu nehmen.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 22. Dort auch zahlreiche weitere Dok. zur MICUM-Frage.

<sup>3</sup> Ebd., Dufour an Schubert, 15. Mai (Norman-Schacht), 22. Mai 1924; außerdem Erlaß Maltzans vom 12. u. Ber. Sthamers vom 22. Mai 1924, ADAP, Serie A, Bd. X, S. 190-92, 242-44.

<sup>4</sup> Schubert schrieb dazu am 26. Mai 1924 an Dufour: „Den einzigsten Ausweg, den ich sehe, ist die Antizipierung der Anleihe für die Sachleistungen. Für diese Zwecke ist doch schließlich die Anleihe bestimmt!! Es wäre wirklich gut, wenn nun endlich Herr Sthamer den Versuch machte, über diese Dinge sehr energisch mit MacDonald selbst zu sprechen und ihm die drohende Gefahr in etwas größerem Zusammenhange klar zu machen.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 22.

endgültig unter Dach und Fach bringen, dann werde sich alles Weitere finden. Eventuell müßte die MICUM-Frage in elfter Stunde gelöst werden. Er war von seinem Optimismus ganz einfach nicht abzubringen.

Jedenfalls wollte ich Dich bitten, dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zu schenken, da sie meiner Ansicht nach der Kernpunkt des Problems ist. Natürlich mußt Du am besten beurteilen können, in wie weit Du dort aktiv tätig sein kannst. Für jede Anregung sind wir Dir natürlich sehr dankbar.

Für die Art Deiner Berichterstattung waren wir Dir in der Tat sehr dankbar. Sie hat uns wesentlich geholfen in unseren Bestrebungen, hier Vernunft zu predigen, was nötiger ist, denn je.

Das Kabinett ist ja nun zurückgetreten, nachdem die Verhandlungen mit den Deutschnationalen zunächst gescheitert waren. Wir rechnen mit einem erneuten Kabinett Marx mit wenigen Veränderungen. Heute geht allerdings wieder das Gerücht, daß auf Bestreben der Volkspartei erneut mit den Deutschnationalen verhandelt wird. Ich kann mir aber bei der verbohrtten Stellung der Deutschnationalen nicht denken, daß es zu einer Einigung kommen kann.<sup>5</sup>

Ob es allerdings möglich sein wird, mit dem augenblicklichen Reichstage überhaupt irgendeine Politik zu machen, erscheint mir recht zweifelhaft. Der gestrige Auftakt war geradezu grotesk.<sup>6</sup> Leider habe ich das Kasperle-Theater nicht mitmachen können, da die Regierung beschlossen hatte, der Sitzung fern zu bleiben und auch die Beamten freundlichst gebeten waren, den Reichstag ebenfalls nicht zu betreten.

Rein gefühlsmäßig glaube ich trotz alledem, daß es gelingen wird, in irgendeiner Weise das Gutachten unter Dach und Fach zu bringen. Meiner Ansicht nach müssen unter allen Umständen auch die nötigen Gesetze noch im Laufe des Juni durchgebracht werden. Denn wir haben wirklich keine Zeit zu verlieren.

Hoffentlich tritt das neue französische Kabinett möglichst bald zusammen, was mir auch deshalb sehr lieb wäre, weil die Engländer neuerdings behaupten, erst etwas tun zu können, wenn das Französische Kabinett da ist.

Kürzlich aß ich bei Schwabachs. Nach dem Essen nahm mich Schwabach bei Seite und erzählte mir, er sei durch Vermittlung irgendeines Russen im August 22 in Paris mit Herrn Painlevé zusammengetroffen, habe mit ihm gefrühstückt und daran anschließend ein sehr langes Gespräch mit ihm gehabt. Sie hätten sich bei dieser Gelegenheit miteinander sehr angefreundet. Schwabach meinte, es wäre doch vielleicht gut, wenn Deutsche, die mit der Regierung nichts zu tun hätten, mit Painlevé zusammentreffen, um ihn über die Lage in Deutschland zu orientieren. Er stellte sich für diesen Zweck zur Verfügung. Natürlich müsse zunächst festgestellt werden, ob sich Painlevé seiner noch entsinne, vielleicht durch irgendeinen Mittelsmann, und ferner, ob Painlevé Wert darauf legen würde, ihn zu sprechen.

Ich sagte Schwabach, daß ich mir die Sache überlegen und ihm bald Nachricht geben würde.

<sup>5</sup> Zum Rücktritt des Kabinetts Marx und zur Regierungsneubildung siehe Schultheß', Bd. 65 (1924), S. 37-40.

<sup>6</sup> Ebd., S. 40.

An sich hatte ich gegen eine solche Zusammenkunft nichts, wenn sie unauffällig arrangiert werden könnte. Schwabach ist, wie Du weißt, professioneller Pessimist und steht dem Gutachten sehr skeptisch gegenüber. Das schadet aber vielleicht nichts.

Auf der anderen Seite ist ja die Fühlung mit Painlevé durch Kessler und durch Dich selbst bereits hergestellt. Ich kann daher nicht ermessen, ob ein Besuch Schwabachs noch in die Landschaft passen würde.

Ich reise am 31. d. M. auf 4 Tage zu privatgeschäftlichen Besprechungen ins Saargebiet.<sup>7</sup> Wenn Du mir bis zum 31. telegrafisch über diesen Fall eine Nachricht geben könntest, so wäre ich Dir dankbar. Ich würde Dich in diesem Fall bitten, das Telegramm an mich zu adressieren und Schwabach darin mit „Paul“ zu bezeichnen.

Wenn Du's aber für der Mühe Wert hältst, noch Erhebungen anzustellen und wenn diese Erhebungen bis zum 31. noch nicht abgeschlossen sind, so muß die Sache eben bis zu meiner Rückkehr am 6. Juni liegen bleiben.<sup>8</sup>

Im übrigen würde ich gern den Briefverkehr mit Dir fortsetzen. Die Situation wird vermutlich im Juni sehr kompliziert werden und es wäre mir dann sehr lieb, privatbrieflich von Dir genau informiert zu werden, wie ich auch gern bereit bin, Dich vertraulich zu orientieren, soweit dies bei den kaleidoskopähnlichen Zuständen hier möglich ist.

Mit herzlichen Grüßen bin ich  
Dein stets getreuer

---

<sup>7</sup> Darüber schrieb er am 7. Juni an Hoesch: „Aus dem Saargebiet bin ich gestern morgen halbtot zurückgekehrt. Ich hatte sehr wichtige privatgeschäftliche Verhandlungen mit den Franzosen, die jedoch ganz zufriedenstellend verlaufen sind. Ich wollte, wir könnten auch dienstlich mit den Franzosen auf den Fuß kommen, auf welchem ich mit meinen französischen Kollegen im Saargebiet verkehre. Ich habe zwar dort auch mit großen Schwierigkeiten und Widerständen zu kämpfen, aber die ganze Sache spielt sich doch in einer recht konziliananten Atmosphäre ab.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 23.

<sup>8</sup> Nachdem Hoesch mit Tel. vom 31. Mai 1924 prinzipiell seine Zustimmung zu einer derartigen Unterredung gegeben hatte, schrieb Schubert noch am selben Tag an Schwabach: „Alles in allem genommen möchte ich dennoch raten, den Gedanken einer Reise nach Paris keinesfalls aufzugeben, die Reise aber vorläufig noch etwas aufzuschieben. In etwa einer Woche werden wir hoffentlich wissen, wie die Französische Regierung aussieht und wir werden, so Gott will, auch selbst vielleicht eine Regierung haben. Die Situation wird dann geklärt sein, auch in bezug auf die Stellung unserer neuen Regierung zu dem Sachverständigengutachten. Ich könnte mir ferner denken, daß von diesem Zeitpunkte ab die Beeinflussung P[oincaré's] in einer bestimmten Richtung noch wichtiger sein könnte, als jetzt.“ Schwabach erwiderte am 4. Juni 1924. „Ich hatte seinerzeit die Vorstellung gehabt, daß eine Fühlungnahme mit der Pariser Gruppe von Vorteil sein könnte, gerade bevor zurzeit noch freie Politiker sich in amtliche Personen verwandelt haben würden.“ Er könne sich nur in Paris aufhalten, wenn der private Charakter seines Besuches eindeutig feststünde, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 22.

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch  
mit dem britischen Botschafter Lord D'Abernon  
Berlin, 9. Juni 1924**

*Ausfertigung. PA, R 28663.*

Vertraulich!

Lord D'Abernon suchte mich heute auf und kam nach Erledigung einiger laufender Angelegenheiten auf die MICUM-Frage zu sprechen.

Er gab mir eine ihm zugesandte Aufzeichnung des englischen Ministerpräsidenten über seine Unterredung mit Herrn Sthamer vom 3. Juni d.J. zu lesen, die im wesentlichen den Bericht unseres Botschafters bestätigt.<sup>1</sup>

Ich sagte Lord D'Abernon, nach neueren Nachrichten aus London hätte ich Anlaß zu dem Glauben, daß Herr MacDonald seine Ansicht inzwischen etwas zu unseren Gunsten geändert habe; augenscheinlich habe er unsern Botschafter nicht ganz richtig verstanden.

Lord D'Abernon meinte, das möge vielleicht der Fall sein, er glaube aber nicht, daß Herr MacDonald von seinem prinzipiellen Standpunkt abgehen werde. Der englische Ministerpräsident habe das dringende Bestreben, den Dawesbericht in seiner Totalität sobald als nur irgend möglich unter Dach und Fach zu bringen. Er fürchtet offenbar, daß durch Abmachungen, wie wir sie bezüglich der 200 Millionen vorschlägen, die Erreichung seines Zieles gefährdet werden könne.

Ich entgegnete, diese Gefahr könne ich nicht recht einsehen. Im Gegenteil könne ich mir denken, daß die allseitige Annahme und Durchführung des Gutachtens gefördert werden könne, wenn man bezüglich der 200 Millionen gewissermaßen einen Anfang mache.

Der englische Botschafter widersprach dem nicht, meinte aber, daß trotz des drohend herannahenden Termins des 15. Juni und der Unsicherheit, was mangels einer Regelung der MICUM-Sache an diesem Tage geschehen könne, doch nach wie vor das Hauptziel sein müsse, den Dawes-Report unter Dach und Fach zu bringen. Seiner Ansicht nach könne dies nur geschehen, wenn der Report durch das von ihm betriebene Mantelabkommen in kürzester Frist von allen Seiten angenommen werden würde.

Ich fragte ihn, ob er Anzeichen dafür habe, ob man seine Idee in London weiter verfolge. Er gab zu, daß er leider hierfür keinerlei Anzeichen habe. Er stehe jedoch unter dem Eindruck, als ob die englische Regierung vorläufig abwarte, bis die französische sich konstituiert habe.<sup>2</sup> Er könne sich denken, daß die englische Regierung dann sofort mit einem Mantelabkommen hervortreten werde.

---

<sup>1</sup> Siehe Sthamers Tel. vom 3. Juni 1924, ADAP, Serie A, Bd. X, S. 284-86, dort auch näheres über die 200 Millionen, ebenso in Dok. 83; dazu Runderlaß Maltzans, 27. Mai, ebd., S. 262-67, Tel. Schuberts an Sthamer vom 30. Mai 1924, ebd., S. 284 Anm. 1.

<sup>2</sup> Die Wahlen in Frankreich hatten am 1. Juni 1924 zum Rücktritt Poincarés geführt, es folgte die links orientierte Regierungsbildung unter Herriot, was letztlich auf ein engeres

Ich sagte Lord D'Abernon als meine persönliche Ansicht, daß auch mir der baldige Abschluß eines solchen Mantelvertrages und zwar in der Form, wie er sie mir seinerzeit ganz vertraulich mitgeteilt habe, sehr vorteilhaft erscheinen würde.<sup>3</sup> Wenn, wie er mir seinerzeit gesagt habe, dieses Abkommen nicht nur die Bestimmung enthalte, daß unsere Gesetze bis zum 30. Juni d.J. angenommen sein müßten, sondern daß auch nach Annahme dieser Gesetze innerhalb von 14 Tagen sämtliche Bestimmungen von der Gegenseite zurückgezogen werden müßten, welche die Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Einheit hinderten, so könne ich mir vorstellen, daß dann auch die Stellung der augenblicklichen deutschen Regierung im Parlament sehr gestärkt werden würde. Ich halte es persönlich aber dann für absolut notwendig, daß es zum Abschluß dieses Mantelabkommens komme, bevor der Reichstag am 24. wieder zusammentrete.

Lord D'Abernon fand dies sehr richtig und regte an, ob ich ihm hierüber nicht einen vertraulichen Brief schreiben könne, den er dann in London verwenden könne. Ich erwiderte, ich würde mir dies überlegen, müsse aber vorher hierüber mit dem Reichsminister sprechen, der erst morgen abend vom Lande zurückkehre.

Im übrigen machte ich ihn wieder auf die gefährliche Seite des MICUM-Problems aufmerksam<sup>4</sup> und setzte ihn davon in Kenntnis, daß wir unsern Botschaf-

---

Zusammengehen zwischen Frankreich und England hinauslief. Krüger, Außenpolitik, S. 239f.

<sup>3</sup> Siehe dazu ADAP, Serie A, Bd. X, S. 44 Anm. 3, S. 106 Anm. 5.

<sup>4</sup> Siehe dazu Dok. 82 sowie Schubert an Dufour vom 26. Mai 1924: „Nach wie vor bilden meine größte Sorge die MICUM-Verträge. Wenn man wenigstens endlich von diesem verdammtten Ausdruck wegkäme! Es handelt sich doch schließlich um diejenigen Sachleistungen, derentwegen hauptsächlich der Sachverständigenbericht aufgesetzt worden ist!“ Und weiter schrieb er, daß eine Krise für das Ruhrgebiet bevorstehe, denn: „Die Löhne sind ganz unzureichend. Sie können aber nicht heraufgesetzt werden eben wegen der unter dem MICUM-System erfolgenden Gratislieferungen der Industrie. Es ist wieder mal Not und Elend im Ruhrgebiet eingekehrt.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 22. Dufour antwortete am 29. Mai: „Die innerpolitischen Kämpfe [hschr. Untersteichungen in verschiedenen Farben], die bei uns zu Hause stattfinden, machen hier in England und wahrscheinlich auch im übrigen Auslande keinen günstigen Eindruck; unwillkürlich habe ich das Gefühl, als ob diese Streitigkeiten die Veranlassung sein werden, daß man leise hier von uns wieder abrückt. Sobald die Sachverständigengutachten angenommen sein werden, wird sich die Haltung der Engländer voraussichtlich wieder ändern. Zur Zeit ist die Stimmung hier etwas schwül. Man weiß vor der Hand nicht recht, was werden wird, obwohl man im Grunde genommen – und ich teile diese Ansicht [Einschub von Schubert wegen weiterer Verteilung einzelner Partien des Briefes gestrichen] – meint, daß die Deutschnationalen in ihrer Mehrheit wenigstens gezwungen werden, nolens volens nachzugeben, weil die Alternative unseren finanziellen und möglicherweise politischen Ruin auf lange Zeit hinaus bedeuten würde. [...] Die Hauptsache ist, daß unsere Regierung vor dem 15.6. in die Lage versetzt wird, definitiv zu erklären, daß sie mit Unterstützung des Reichstags das Sachverständigengutachten annimmt. McKenna, den ich am Montag [26. Mai] sprach, sagte mir, nach seiner innersten Überzeugung würde, wenn eine solche Erklärung seitens der Deutschen Regierung, unterstützt vom Reichstag, vorliegt, die Französische Regierung nicht in der Lage sein, eine Ausbeutungspolitik im Ruhrgebiet anzudrohen oder gar auszuüben, für den Fall daß die sogenannten MICUM Verträge nicht verlängert werden können. England und die Vereinigten Staaten würden die Durchführung eines neuen Ausbeutungssystems dann einfach nicht mehr zulassen.“-Ebd.

ter in Paris beauftragt hätten, der französischen Regierung eine Note zu überreichen,<sup>5</sup> in der wir wegen der Sachleistungen Verhandlungen zwischen Regierung und Regierung anregen.

Lord D'Abernon entgegnete, dieser Schritt sei ja an sich ganz verständlich, er fürchte aber, daß er, vorläufig wenigstens, keinerlei positives Resultat zeitigen werde. Seiner Ansicht nach müßte man die MICUM-Sache als Hebel benutzen, um das Gutachten möglichst umgehend in Sicherheit zu bringen.

In diesem Zusammenhang kam Lord D'Abernon erneut auf seinen Sicherheitsplan des „eisernen Vorhangs“ zu sprechen, den er vorgestern mit Herrn von Maltzan ventiliert hatte.<sup>6</sup> Ich äußerte mich dahin, daß ich doch das Bedenken hätte, durch die gleichzeitige Inangriffnahme solcher Pläne die Annahme und Durchführung des Dawes-Berichts zu verzögern. Meiner Ansicht nach sei es besser, diese Sache erst nach Annahme des Dawes-Berichts in Angriff zu nehmen.

Lord D'Abernon sah dies auch ein. Auf seine Frage, was ich von seinem Sicherheitsplan materiell halte, erwiderte ich, daß meiner Ansicht nach alles darauf ankomme, wie der Plan im einzelnen aussehen werde. Wenn wir die militärische Besetzung nicht nur im Ruhrgebiet, sondern auch im Rheinlande loswürden, so sei diese Aussicht schon eines Opfers wert. Auf der anderen Seite aber sei zu bedenken, daß der Vertrag von Versailles ausdrücklich eine zeitlich genau begrenzte militärische Besetzung des Rheinlandes vorsehe. Es sei natürlich ganz ausgeschlossen, diese zeitliche Besetzung durch eine unbegrenzte des Völkerbundes einzutauschen. Auch müsse eine solche internationale Besetzung unter allen Umständen sich nicht nur auf deutschem, sondern auch auf französischem Boden abspielen, und ich könne mir nicht denken, daß die Franzosen darauf eingehen würden. Endlich hätte ich überhaupt gegen Besetzungen oder Überwachungen, die vom Völkerbund ausgingen, ein sehr starkes Mißtrauen. Ich benutzte die Gelegenheit, um ihm ausführlich die Zustände im Saargebiet aus eigener Anschauung zu schildern, das auch nach außen hin unter dem Völkerbund stehe, während tatsächlich die Franzosen dort uneingeschränkt nach eigenem Gutdünken schalteten und walteten.

Lord D'Abernon interessierte dies sehr. Er gab zu, daß sein Sicherheitsplan sehr schwer in die Praxis umzusetzen sein werde, meinte aber, daß wir versuchen

<sup>5</sup> In diesem Zusammenhang hatte Schubert am 7. Juni 1924 an Hoesch geschrieben: „Inzwischen naht der berüchtigte 15. Juni heran. Trotz krampfhaftester Anstrengungen ist es mir nicht gelungen, in London in der MICUM-Frage wesentlich weiter zu kommen. Du erhältst heute ein Telegramm [ADAP, Serie A, Bd. X, S. 317f.] mit der Instruktion, bei den Franzosen direkte Verhandlungen zu beantragen.“ Schubert war der Meinung, daß man unbedingt zu irgendwelchen für Deutschland stabilisierenden Abmachungen kommen müsse, denn, so schrieb er weiter an Hoesch: „Ich muß sagen, daß ich im Großen und Ganzen recht verzweifelt und sehr beunruhigt über die Zukunft bin. Unsere Kredit- und Geldnot ist so ungeheuer groß, daß möglichst bald Entscheidendes geschehen muß, um uns vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Ich habe hierbei natürlich hauptsächlich das Sachverständigengutachten im Auge [...]“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 23. Vgl. Schuberts Aufz. vom 16. Juni, ADAP, Serie A, Bd. X, S. 338f.; den Runderlaß des AA vom selben Tag, ebd., S. 340-43; das Schreiben des AA an die Pariser Botschaft, ebd., S. 374-78. Ebenso die Sitzungen vom 11. Juni, AR, Kab. Marx I u. II., Bd. 2, S. 683-89, 689-91. Auch Dok. 83.

<sup>6</sup> Aufz. Maltzans, 7. Juni 1924, ADAP, Serie A, Bd. X, S. 315-17.

müßten, auch die Sicherheitsfrage möglichst bald zu regeln, da er den augenblicklichen Zeitpunkt hierfür [als] sehr günstig erachte.

[eigenhändig:] Schubert

85

**Von Schubert an Botschafter von Hoesch  
Berlin, 17. Juni 1924**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 23.*

Persönlich!

Lieber Leo!

Du liebest mir am 14. ds. Mts. die Gründe telefonieren, die Deine von hier gewünschte Reise nach Berlin verzögerten. Ich war einige Tage verreist und habe erst nach meiner Rückkehr erfahren, daß man Dich hierher zitiert hat. Ich begreife Deine Gründe vollkommen und war zunächst der Ansicht, daß Dein Herkommen überhaupt überflüssig sei, da mir Deine Anwesenheit in Paris zur jetzigen Zeit unumgänglich notwendig erschien.

In der Zwischenzeit habe ich mich aber davon überzeugt, daß es doch recht gut wäre, wenn Du auf ganz kurze Zeit hierherkommen könntest. Es gibt mancherlei Probleme, insbesondere die Frage des Sachverständigengutachtens und die der Militärkontrolle<sup>1</sup>, welche sich auf schriftlichem Wege sehr schwer besprechen lassen. Es gibt aber auch andere Gründe, die Deine Anwesenheit in Berlin auf ganz kurze Zeit doch recht wünschenswert erscheinen lassen. Der Minister, mit dem ich die Frage besprach, meinte, es könne sich höchstens um einen Aufenthalt von zwei Tagen handeln. Vielleicht, meinte er auch, könntest Du die Reise oder einen Teil derselben per Flugzeug zurücklegen, um auf diese Weise Deine Abwesenheit von Paris noch mehr abzukürzen.

Wenn tatsächlich Herriot Ende der Woche nach London fährt, so würde es Dir vielleicht möglich sein, die Zeit der Abwesenheit Herriots zu einer solchen ganz kurzen Reise zu benutzen. Am nächsten Sonntag [22. Juni] kannst Du allerdings, soweit ich in Frage komme, nur auf den Vormittag zählen, da ich am Nachmittag meine Familie nach Bayern verfrachten muß.

Wir überlassen Dir aber ganz die Wahl des Zeitpunktes. Du mußt uns nur rechtzeitig Deine Ankunft telegrafieren.

Wir erhielten heute Vormittag Dein langes Telegramm über den Antrittsbesuch Herriots.<sup>2</sup> Ich bin sehr befriedigt darüber, daß Du einen so guten Eindruck von dem neuen Mann gewonnen hast. Wir wollen hoffen, daß wir mit ihm weiterkommen.

---

<sup>1</sup> Siehe Dok. 71 und Schuberts Aufz. vom 18. Juni 1924, ADAP, Serie A, Bd. X, S. 349f.

<sup>2</sup> Vom 16. Juni 1924, ADAP, Serie A, Bd. X, S. 344-47.

Gestern erschien der Französische Botschafter bei mir und überreichte mir die abschriftlich beigefügte Note,<sup>3</sup> die wir noch gestern mit der ebenfalls abschriftlich beigefügten Note beantwortet haben. Herr de Margerie war, wie immer, sehr zugänglich und zugleich auch außerordentlich mitteilksam. Er erzählte mir u.a., daß er mit Herrn Doumergue sehr befreundet sei, dessen Kabinett-Chef er bekanntlich vor dem Kriege war.

Es ist im übrigen unbedingt notwendig, daß wir sowohl in der Frage des Sachverständigen-Gutachtens als auch in der damit zusammenhängenden Frage der MICUM-Verträge möglichst bald zu einer definitiven Regelung kommen. Ich war kürzlich im Ruhrrevier und habe dabei festgestellt, daß die Lage der dortigen Industrie tatsächlich geradezu katastrophal zu werden beginnt. Auch sonst sieht es in Deutschland recht trübe aus: alles leidet unter der ungeheuren Geldnot.

Du hattest ganz recht, wenn Du Herrn Herriot energisch widersprachst, als er von der Möglichkeit einer Verlängerung der MICUM-Verträge bis zur Ingangsetzung des Gutachtens sprach. Das ist ganz ausgeschlossen. Wir müssen bis zum 1. Juli irgendeine provisorische Lösung gefunden haben. Über die Einzelheiten will ich mich nicht weiter verbreiten; wir werden sie am besten gelegentlich Deiner Anwesenheit in Berlin besprechen.

Wir hatten heute Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, in der auch die Frage des Sachverständigen-Gutachtens besprochen wurde. Die Deutschnationalen zeigten sich erstaunlich gemäßigt.

Was das Gutachten selbst anlangt, so scheint mir, nachdem die Arbeiten an den von uns zu erlassenden Gesetzentwürfen rüstig vorwärts schreiten, die Hauptsache zu sein, Vorsorge zu treffen, daß auch die Franzosen die für sie in dem Gutachten liegenden Verpflichtungen erfüllen und rechtzeitig mit den Belgiern und mit der Rheinland-Kommission die unzähligen Verordnungen zurücknehmen, welche sich gegen den in dem Gutachten festgestellten Grundsatz der finanziellen und wirtschaftlichen Einheit des gesamten deutschen Gebietes richten. Diese Zurücknahme und auch der Erlass positiver neuer Verordnungen in dieser Beziehung muß *pari passu* mit dem Inkrafttreten unserer Gesetze erfolgen. Auch werden wir unsere Gesetze im Reichstag nie durchbringen können, wenn nicht vorher schon eine ausdrückliche Verpflichtung Frankreichs zur Zurücknahme bzw. Erlassung der notwendigen Bestimmungen eingetreten ist.

Meiner Ansicht nach kann die Sache nur in Schwung gebracht werden dadurch, daß durch Notenwechsel die beteiligten Regierungen endgültig das Gutachten annehmen und sich ausdrücklich zur Vornahme gewisser Handlungen in dem Notenwechsel verpflichten.

Wie ich Dir strengstens vertraulich und nur zu Deiner ganz persönlichen Kenntnisnahme mitteilen möchte, ventiliert Lord D'Abernon<sup>4</sup> diese Idee bereits seit mehreren Wochen. Ich habe Anlaß zu dem Glauben, daß er mit dieser Idee seine

<sup>3</sup> Am 16. Juni 1924. Herriot hatte in der Note der deutschen Regierung mitgeteilt, daß er auch das Außenministerium übernommen habe, ebd., S. 338f. – Die erwähnten Anlagen fehlen hier.

<sup>4</sup> Siehe dazu Dok. 84.



Regierung ständig befaßt. Ich habe noch nicht recht herausbringen können, ob man in London diese Idee aufgreift und in die Wirklichkeit umsetzen wird.

Ich würde dies für sehr vorteilhaft halten; denn die Idee muß von London ausgehen und nicht von uns. Ich hoffe, daß MacDonald die Sache bei seiner Zusammenkunft mit Herriot zur Sprache bringen wird.<sup>5</sup> Einen gewissen Entwurf scheint man übrigens in London bereits ausgearbeitet zu haben. Lord D'Abernon hat mir einige Stellen daraus vorgelesen, wollte mir den Entwurf aber nicht geben. Daraus geht hervor, daß man die Sache englischerseits sehr vertraulich behandeln will, denn im übrigen zeigt mir Lord D'Abernon so ungefähr alles, was er hat.

Am schönsten wäre es natürlich gewesen, wenn wir in die Lage versetzt worden wären, schon vor dem Zusammentritt des Reichstages am 24. einen solchen Notenwechsel vorzunehmen. Wir bedürfen hierzu nicht der Genehmigung des Reichstages, auch nicht der nachträglichen. Ich fürchte aber, daß es nicht möglich sein wird, wenn überhaupt, die Sache bis zum 24. zu erledigen. Aber auch dann läßt sich die Sache noch machen, wenn auch mit größeren Schwierigkeiten.

Ich bitte Dich, Dir diesen Gedanken durch den Kopf gehen zu lassen, aber mit niemand[em] darüber zu sprechen, da ich Lord D'Abernon die strengste Verschwiegenheit gelobt habe. Ich wollte Dich aber immerhin über die Sache orientieren. Meine Ansicht über die Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens wird übrigens von Herrn Stresemann geteilt. Sehr große Sorge macht mir auch die Frage der Militärkontrolle. General von Seeckt ist bisher noch ganz intransigent und mir ist ganz unklar, wie wir die interalliierte Note<sup>6</sup> beantworten sollen. Ich bin fest überzeugt, daß wir unbedingt die General-Inspektion annehmen müssen. Wie wir das aber bei Seeckt durchdrücken sollen, ist mir vorläufig noch ganz schleierhaft. Auch über diesen Punkt müssen wir gelegentlich Deiner Anwesenheit in Berlin eingehend sprechen.

Maltzan ist an Grippe erkrankt und liegt zu Bett. Ich muß ihn daher vertreten und weiß kaum, wie ich die Arbeit bewältigen soll. Darum jetzt Schluß und herzlichen Gruß

von Deinem getreuen

---

<sup>5</sup> Das Treffen Herriots und MacDonalds fand am 21. und 22. Juni 1924 in Chequers statt. Siehe Dok. 86 Anm. 5.

<sup>6</sup> Zu der Note siehe Schultheß', Bd. 65 (1924) S. 410f.

**Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce (leicht gekürzt)**  
**Berlin, 23. Juni 1924**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 23.*

Persönlich und streng vertraulich!

Mein lieber Dufour!

[...]<sup>1</sup>

Um auf einige Punkte Ihres Briefes<sup>2</sup> zu antworten, möchte ich Ihnen zunächst mitteilen, daß unsere Verhandlungen mit den Russen außerordentlich langsam und unerfreulich vorwärts schreiten. Wir verhandeln augenblicklich ausschließlich in Moskau. Die Russen versteifen sich immer noch auf die Forderung der Exterritorialität ihrer ungeheuer großen Handelsvertretung;<sup>3</sup> eine Forderung, auf die wir, wenigstens in diesem Ausmaße, auf keinen Fall eingehen können. Ich mißtraue der Bande in Moskau auf das stärkste. Ich finde, daß ihren Umtrieben in Deutschland endlich einmal ein Ende gemacht werden müßte, denn ich bin der festen Überzeugung, daß sie mit ungeheuerlichen Geldmitteln in Deutschland arbeiten. So geht die Sache keinesfalls weiter. Leider bin ich nicht versiert genug in russischen Sachen, um eine bestimmte Linie vorschlagen zu können. Ich habe aber vor, mich in den nächsten Tagen, soweit die Zeit reicht, etwas stärker mit der Materie zu beschäftigen. Im übrigen sind obige Ansichten lediglich meine persönlichen, und ich bitte Sie dringend, hiervon keinerlei Gebrauch zu machen. [...]<sup>4</sup>

Über das Ergebnis von Chequers<sup>5</sup> liegen uns ja bisher nur zwei dürftige amtliche Communiqués vor. Auch Lord D'Abernon schien noch keinerlei Nachricht bis heute nachmittag erhalten zu haben. Offen gestanden bin ich nicht sehr entzückt von dem Inhalt der Communiqués. Ich bin mir zwar klar darüber, daß wir vor Monaten eine solche Konferenz sehr begrüßt haben würden und auch jetzt noch wird sicherlich diese Konferenz ihr Gutes mit sich bringen. Andererseits aber beunruhigt mich der Gedanke, daß die Lösung der mit dem Gutachten zusammenhängen-

<sup>1</sup> Schubert beklagte sich über die schwere Arbeit der letzten Tage.

<sup>2</sup> Vom 19. Juni 1924, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 23.

<sup>3</sup> Am 3. Mai 1924 war die russische Handelsmission in Berlin von der Polizei bei der Fahndung nach einem festgenommenen Kommunisten, der sich dort befreit hatte, durchsucht worden. Daher der nachdrückliche russische Wunsch nach Exterritorialität. Zu dem Vorfall siehe den Ber. des preußischen Innenministers vom 3. Mai 1924, ADAP, Serie A, Bd. X, S. 140f.; Krüger, Außenpolitik, S. 267. Dies wird auch in einem Brief Schuberts an Dufour vom 5. Mai 1924 erwähnt, Nl. v. Schubert, Bd. 22.

<sup>4</sup> Schuberts Treffen mit Kindersley und dessen Sohn.

<sup>5</sup> Gemeint sind die Besprechungen zwischen MacDonald und Herriot in Chequers am 21. und 22. Juni 1924. Zu ihrem Verlauf siehe Bariéty, Les relations franco-allemandes, S. 375-415. Siehe auch Stresemanns Schreiben nach London, 18. Juni 1924, ADAP, Serie A, Bd. X, S. 350-54; Sthamers Tel. vom 20. Juni, ebd., S. 367f.; Schuberts Aufz. vom 25. Juni, ebd., S. 388-90; Sthamers Ber., 26. Juni, ebd., S. 394-97.

den Fragen durch den späten Termin der Konferenz in sehr unliebsamer Weise hinausgezögert wird. Ich weiß garnicht, was wir mit unseren Gesetzentwürfen machen sollen, wenn in der Zwischenzeit wenig oder garnichts geschieht. Wie sollen wir unsere Gesetzentwürfe durchbringen, wenn von französischer Seite im Rahmen des Gutachtens nicht das Mindeste geschieht? Sie müssen doch nun auch Vorkehrungen treffen, um das zu tun, was ihnen das Gutachten auferlegt; insbesondere die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit. Dazu gehört, daß sie Anstalten treffen, die hunderte von Ordonnanzen zurückzuziehen, die sich gegen dieses Prinzip wenden. Vorläufig ist nirgends die Rede davon, was um so bedauerlicher ist, als der Erlaß dieser vielen Ordonnanzen mit außerordentlichen technischen Schwierigkeiten verknüpft sein wird.

Dann die militärische Ruhrräumung. Auch hier tappen wir ganz im Dunkeln. Die Deutschnationalen haben kategorisch erklärt, sie würden das Gutachten nur dann annehmen, wenn sie eine bindende Verpflichtung wegen der Ruhrräumung erhalten. Irgendwelche bindenden Zusagen müssen uns in dieser Beziehung gegeben werden, sonst bringen wir das Eisenbahngesetz nicht durch.

Dann die MICUM-Affäre: Wir haben heute darüber eine große Beratung, über deren Ergebnis wir Sie telegrafisch unterrichten werden.<sup>6</sup> Auch hier weiß ich vorläufig noch keinen Ausweg.

Endlich die Militär-Kontrollfrage,<sup>7</sup> über die auch heute Abend noch schwierige Beratungen stattfinden werden. Auch hier ist ein Ausweg schwer zu finden. Das Ergebnis der Beratungen werden Sie ebenfalls telegrafisch erfahren.

Hoffentlich wird es Ihnen gelingen, in allernächster Zeit Genaueres über das Ergebnis der Besprechungen von Chequers zu erfahren. Ich fürchte, daß nicht sehr viel Positives herausgekommen sein wird.

Das eine muß ich zum hundertsten Male wiederholen, wir haben nicht viel Zeit zu verlieren! In England muß man einsehen, daß bei uns aus den oben angegebenen Gründen größte Eile geboten ist. Lord D'Abernon hat dies durchaus verstanden und mir versprochen, hierüber ständig zu berichten.

Mit den aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr stets getreuer

---

<sup>6</sup> Erst am 24. Juni, siehe AR, Kab. Marx I u. II, Bd. 2, S. 735f.; Stresemanns Tel. nach London vom 27. Juni 1924, ADAP, Serie A, Bd. X, S. 400f.

<sup>7</sup> Siehe die ebd., S. XXIf. genannten Dok., außerdem AR, Kab. Marx I u. II, Bd. 2, S. 738-42 (25. Juni).

**Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce (gekürzt)**  
**Berlin, 5. Juli 1924**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 23.*

Ausschließlich persönlich!

Mein lieber Dufour!

[...] <sup>1</sup> Wie wir Ihnen heute bereits telegraphierten, haben wir noch keine Einladung zu der berühmten Konferenz <sup>2</sup> erhalten. Überhaupt schwebt ja trotz aller Nachrichten, die wir von Ihnen und anderer Seite über die Konferenz erhielten, noch ein rechtes Dunkel über die Art und Weise, wie sich die Konferenz abspielen wird. Je nach dem Charakter der Konferenz wird sich natürlich auch die Zusammensetzung unserer Delegation richten.

Vorläufig wirke ich mit aller Kraft darauf hin, daß die Delegation so klein wie möglich wird. Ich versuche dabei, den Leuten klar zu machen, wie ich es übrigens schon vor der ersten Londoner Konferenz <sup>3</sup> vergeblich tat, daß es sich bei der Konferenz nicht um eine Sachverständigenunterhaltung, sondern um ein politisches Ereignis ersten Ranges handelt. Es hat daher gar keinen Sinn, einen großen Stab mehr oder weniger überflüssiger Sachverständiger <sup>4</sup> mitzubringen, die, wie Sie ganz richtig sagen, den Betrieb nur stören.

<sup>1</sup> Schubert bedankte sich für einen Brief Dufours.

<sup>2</sup> Hschr. unterstrichen. Gemeint ist die Londoner Konferenz über den Dawes-Plan (16.7.-16.8.1924), Schultheß', Bd. 65 (1924), S. 419-39. Über die deutsche Stellungnahme siehe den ausführlichen, von Schubert verfaßten Erlaß Stresemanns vom 30. Juni 1924 nach London, ADAP, Serie A, Bd. X, S. 419-23. Dazu Schubert am selben Tage an Dufour: „Ich habe meine ganze Seele heute in die große Instruktion gekniet, die Sie mit selbem Kurier erhalten. Ich bin über die Entwicklung der Dinge höchst wenig erbaut. Einmal, weil die Engländer uns in der MICUM-Frage total im Stich gelassen haben, dann aber, was noch viel wichtiger ist, weil ich befürchte, daß die Konferenz auf ein ganz falsches Geleise kommt. D'Abnorn hat das vollkommen eingesehen. Ich weiß aber nicht, ob er genügend Einfluß in London hat, um seine und meine Idee dort durchzusetzen. Jedenfalls hat er mir fest versprochen, auf Grund unserer heutigen Unterhaltung [ebd., S. 415f.] morgen eingehend nach London mit dem Hinzufügen zu telegraphieren, MacDonald möchte unter allen Umständen Herrn Sthamer empfangen. Sthamer muß MacDonald unbedingt sehen, so schwer das ausfallen wird, denn sonst geht alles schief [Antwort Tel. Sthamers, 2. Juli, ebd., S. 423 Anm. 8].“ Schubert schrieb am 7. Juli an Dufour, „[...] daß es sich bei der Londoner Konferenz um eine rein politische Zusammenkunft handelt. Ich hoffe wenigstens, daß die Dinge sich so entwickeln werden, da auch wir uns von einer ausgedehnten Sachverständigen-Diskussion keinen Nutzen, sondern höchstens Schaden für uns versprechen können.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 23. Siehe auch Schuberts Aufz. vom 5. Juli, ADAP, Serie A, Bd. X, S. 445-47; Maltzans Aufz. vom 5. Juli, ebd., S. 447-49; Schuberts Aufz., 7. Juli, ebd., S. 458-64; Schuberts Brief an Dufour vom 7. Juli, ebd., S. 464-66. Vgl. außerdem unten Anm. 4.

<sup>3</sup> 1.-7. März 1921, Schultheß', Bd. 62 Teil 2 (1921), S. 240-59; siehe auch Dok. 27.

<sup>4</sup> Dufour schrieb am 3. Juli 1924 an Schubert: „Hoffentlich werden wir schon in den nächsten Tagen genau erfahren, wie das gestern dem Botschafter durch MacDonald in Aus-

Am aufgeregtesten ist zur Zeit die Presseabteilung, was auch kein Wunder ist, da sie von den Zeitungen bestürmt wird. Der Ansturm der Zeitungsschmucks wird sehr groß sein. Maltzan und ich tun alles, um dem unglücklichen Spie[c]ker den Rücken zu stärken, damit er sich möglichst abweisend gebärdet. Er wollte heute bereits ein Telegramm nach London schicken, worin er die Ankunft einer Delegation der Presseabteilung bestehend aus 3 Herren für den 12. d.M. ankündigen wollte. Wir haben ihm diese Absicht ausgedrückt, denn was um Gotteswillen sollen diese Unglückswürmer eigentlich in London machen? Auf meinen Rat wird Ihnen Herr Spieker mit diesem Kurier einen Brief schreiben, in dem er Ihnen mehrere Dutzend Fragen vorlegt. Antworten Sie ihm, so gut Sie können. Jedenfalls aber wollen wir beide das Ziel verfolgen, daß nicht zuviel Leute nach London gehen, auch nicht von der Presse und daß nichts Vorzeitiges und Überflüssiges geschieht. Ich habe Spieker mit tiefem sittlichem Ernst darauf aufmerksam gemacht, daß die Engländer eine zu offensichtliche Pressebefummelung sehr übel nehmen. Natürlich ist der Sinn unserer „Pressedelegation“, daß sie die deutschen Korrespondenten betreuen soll.<sup>5</sup> Für so feine Unterschiede aber haben die insularen Engländer ja manchmal nicht das richtige Verständnis.

Das Gerücht, daß der Herr Reichsfinanzminister Luther Führer unserer Delegation werden wird und daß Herr Stresemann nicht die Absicht hat, an der Konferenz teilzunehmen, ist vollkommen falsch. Wie gesagt, hat sich hier noch niemand über die Zusammensetzung der Delegation definitive Gedanken gemacht. Natürlich, wollte man alle Wünsche erfüllen, so würden  $\frac{3}{4}$  des Personals sämtlicher Ministerien auch in Preußen sich nach London begeben. Das werden wir aber wohl abbiegen können. Ich rechne mit absoluter Bestimmtheit damit, daß Stresemann auf jeden Fall nach London fährt, womöglich, wie ich hoffe, als Führer der Delegation. Dies kann sich nur dann ändern, wenn auch der Reichskanzler mitfährt. Das Letztere wiederum wird nur eintreten, wenn es nach den Einladungen absolut nicht anders geht. Luther wird wohl auch mitkommen müssen, obgleich ich ihn sehr gerne hier behalten hätte, da er außerordentlich gut nach Berlin paßt.

Der ausgezeichnete Korrespondent der Vossischen Zeitung irrt sich, wenn er Maltzan die Absicht zuschreibt, nach London fahren zu wollen. Er denkt garnicht daran. Außerdem wäre es noch schöner, wenn wir schon wieder das Ergebnis einer hochwichtigen Konferenz durch Beschäftigung mit dem dämlichen russischen Unfug gefährden wollten. Ob ich mitkommen werde, steht dahin. Ich halte es aber diesmal für eher wahrscheinlich. Ich würde mich sehr gern auch einmal außerhalb der Wilhelmstraße 74-76<sup>6</sup> nützlich machen.

---

sicht gestellte englische Programm aussehen wird. Es wird dann klar sein, welche Thematika behandelt werden. Soweit wir hier bis jetzt urteilen können, soll nur das Sachverständigengutachten beraten werden, und alle übrigen Fragen sollen anscheinend späteren Verhandlungen überlassen bleiben.“ Er sah in dieser Konzentration auf ein Thema einen Vorteil.-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 23. In einem weiteren Brief vom 3. Juli berichtete Dufour ähnlich. In beiden Schreiben wurde auch die Frage der Delegation erwähnt, ebenso im Brief Schuberts an Dufour vom 14. Juli 1924, ebd.

<sup>5</sup> Siehe dazu den in Anm. 4 zitierten Brief Dufours vom 3. Juli.

<sup>6</sup> Sitz des AA.

[...] <sup>7</sup>

Was die Konferenz im besonderen anlangt, so verhandle ich hierüber sehr vertraulich und intensiv mit Lord D'Abernon. Ich möchte erreichen, daß wir schon vor der Konferenz an den Verhandlungen über das abzuschließende Protokoll<sup>8</sup> teilnehmen. Ferner möchte ich herbeiführen, daß wir möglichst schon zu dem Anfang der Konferenz zugezogen werden und nicht erst zum zweiten Akt, denn sonst entsteht die große Gefahr, daß die ganze Sache doch wieder auf ein Ultimatum hinausläuft.<sup>9</sup> Ich kann mich ja in dieser Hinsicht auf die große Instruktion<sup>10</sup> berufen, die wir Ihnen mit letztem Kurier sandten.

Ich glaube, daß Lord D'Abernon jetzt beinahe täglich nach London telegraphiert und hoffe, daß diese Telegramme einigen Eindruck hervorrufen. Ich möchte Sie aber bitten, die Tatsache meiner Verhandlungen mit Lord D'Abernon ganz streng geheim zu halten.

Ich lasse augenblicklich das Protokoll, soweit wir es aus der Presse kennen, genau prüfen. Das Ergebnis dieser Prüfung kann ich Ihnen vielleicht am Montag [7. Juli] dann noch mitteilen.

Im übrigen möchte ich betonen, daß der Inhalt dieses Briefes ganz ausschließlich nur für Sie bestimmt ist !!

Mit den aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr stets treu ergebener

<sup>7</sup> Schubert ging hier auf verschiedene andere Briefwechsel ein.

<sup>8</sup> Dazu siehe Stresemanns Aufz. vom 10. Juli 1924, ADAP, Serie A, Bd. X, S. 481-83; Schuberts Aufz., 10. Juli, ebd., S. 483-85; Runderlaß Maltzans vom 10. Juli, ebd., S. 486f.; Tel. Hoeschs, 11. Juli, ebd., S. 487-89; Schuberts Aufz. vom 14. Juli, ebd., S. 506f.

<sup>9</sup> Darüber schrieb Schubert nochmals genauer am 9. Juli 1924 an Dufour: „Immer wieder muß ich betonen, daß es meiner Ansicht nach unbedingt notwendig ist, daß wir schon vor der Konferenz an den diplomatischen Diskussionen vertraulich teilnehmen, damit uns Gelegenheit gegeben wird, unsere Wünsche anzubringen. Ferner müssen wir immer noch darauf lossteuern, daß nicht zuerst die Konferenz ohne uns sechs Tage lang tagt und daß wir erst dann nach London gerufen werden, um eine Scheindiskussion über einen bereits vorliegenden Entschluß zu führen.“ Ferner teilte er Dufour mit, daß Maltzan diesbezüglich auch bei Margerie interveniert habe.- Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 23.

<sup>10</sup> ADAP, Serie A, Bd. X, S. 419-23.

**Von Schubert an Gesandtschaftsrat Graf von Bernstorff  
Berlin, 14. Juli 1924**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 23.*

Ganz persönlich!

Lieber Bernstorff!

Ich habe mit Interesse den Brief gelesen, den Sie in der Völkerbundsfrage an Bülow geschickt haben. Ebenso habe ich die Antwort Bülows durchgesehen, mit der ich einverstanden bin.<sup>1</sup>

In aller Freundschaft möchte ich Sie bitten, in Zukunft solche sehr delikatene Probleme nicht im Privatverkehr mit den zuständigen Referenten erörtern zu wollen. Glauben Sie nicht, daß ich ein verknöchertes Bürokrat bin und daß ich etwa soweit gehen will, jeglichen privaten Briefverkehr zu unterbinden. Aber wenn sol-

---

<sup>1</sup> Siehe Bernstorffs Brief an Bülow vom 26. Juni 1924, ADAP, Serie A, Bd. X, S. 398f; Bülows Antwort vom 9. Juli 1924, ebd., S. 479-81. Bernstorff hatte sich bereits in einem Brief an Schubert vom 15. März 1923 zugunsten eines deutschen Völkerbundsbeitritts geäußert, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 16. Schon damals korrespondierte er mit Bülow über diese Frage. Siehe sein Schreiben vom 20. März 1923 an Bülow – ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 365-67 – und dessen Antwort vom 24. März 1923, ebd., S. 387f. Am 6. Juni 1923 hatte Dufour an Schubert über den Völkerbund geschrieben. Er legte Abschrift eines Briefes von Kamphövener an Bülow bei und kommentierte: „Sie werden sehen, daß Kamphövener ziemlich stark aufträgt. Das ist mit Absicht geschehen, weil er zu wissen glaubt, daß Bülow, obwohl er das Völkerbundsreferat im Amte hat, eigentlich in seinem innersten Innern ein schroffer Gegner des deutschen Anschlusses an den Völkerbund ist.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 18. In einem weiteren Schreiben vom 21. Juni 1923 informierte Dufour Schubert, daß auch Sthamer dem Völkerbund gegenüber negativ eingestellt sei, ebd. Bernstorff schrieb am 27. Juni 1923 an Horstmann: „Was den Völkerbund anbetrifft, so bin ich im Laufe der letzten Monate auf Grund von mannigfachen Unterredungen zu der Überzeugung gekommen, daß wir unter allen Umständen eintreten sollten. [...] Ich bin daher der Ansicht, daß wir in den Völkerbund eintreten sollten, weil das von uns gewünschte und im Laufe der Zeit zwangsläufig einsetzende Rapprochement zwischen England und Deutschland gegenüber Frankreich am besten auf diesem Wege verwirklicht werden kann. Gewiß, ich verkenne die vielen Mängel des Völkerbundes nicht, glaube aber, daß England und wir zusammen daraus wirklich ein brauchbares Instrument machen könnten.“-Ebd. Schubert äußerte sich in einem Schreiben vom 25. Juni 1923 an Dufour: „Dabei muß ich hervorheben, daß man von ‚unserem‘ Standpunkt noch kaum sprechen kann, denn verständlicherweise sind die Meinungen über die Behandlung der Völkerbundsfrage noch recht geteilt. Die Ablehnung des Völkerbundes als einer für uns schädlichen Institution ist in weiten Kreisen allerdings noch recht stark. Im Auswärtigen Amt aber haben wir uns mit der Möglichkeit unseres Eintritts in den Bund in den letzten Wochen mehr befreundet wie bisher.“-ADAP, Serie A, Bd. VIII, S. 95. Schubert fuhr fort, daß er selber während der Regierung Lloyd Georges gegen einen deutschen Eintritt gewesen sei, aber nun, da es eine neue Regierung gebe, habe er seine Meinung geändert, ebd., S. 95f.

che sehr schwerwiegenden Fragen in Privatbriefen erörtert werden, so entsteht die Gefahr, daß die politische Behandlung solcher Fragen gefährdet wird.<sup>2</sup>

Dies trifft insbesondere auf die augenblicklich in ein gewisses akutes Stadium getretene Frage des Völkerbundes zu, mit der ich mich in den nächsten Tagen sehr eingehend beschäftigen werde. Die Botschaft wird hierüber in kürzester Frist einen Erlaß erhalten. Gerade in dieser Frage müssen wir eine ganz klare und bestimmte Instruktion geben, damit die Sache von hier und von London aus konform behandelt wird.<sup>3</sup> Gerade in die Frage des Völkerbunds aber spielen so viele ungewisse Elemente herein, daß wir uns über eine ganz klare Linie einigen müssen.

Mit aufrichtigsten Grüßen bin ich in größter Eile  
stets Ihr

## 89

### Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce Berlin, 21. Juli 1924

*Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 23.*

Ausschließlich persönlich.

Mein lieber Dufour!

Vielen herzlichen Dank für Ihren langen Brief vom 16. d.M.,<sup>1</sup> der mir viel Interessantes und Wissenswertes brachte. Es ist wirklich außerordentlich dankenswert, daß Sie sich trotz Ihrer großen Überlastung die Zeit nehmen, mir so genau zu schreiben, denn es kommt begreiflicherweise für uns jetzt mehr den je darauf an, über jede Nuance der Londoner Atmosphäre orientiert zu werden.

Wir haben es sehr begrüßt, gestern von Ihnen ein ganzes Bündel Telegramme erhalten zu haben. Wir antworteten hierauf in einem leider etwas lang gewordenen Telegramm.<sup>2</sup> Ich hatte erst erwogen, dies Telegramm mit Kurier zu schicken, war dann aber der Ansicht, daß bei der heutigen Sachlage jede Stunde Vorsprung bedeutsam werden kann. Es lag uns sehr daran, Ihnen unseren Standpunkt zu den verschiedenen Fragen ganz genau auseinanderzusetzen.

Ich habe dem Telegramm eigentlich nichts hinzuzufügen. Wenn ich auch immer noch hoffe, daß aus der Konferenz etwas werden und daß es uns ermöglicht werden wird, zu den Londoner Beschlüssen Stellung zu nehmen, so sehe ich vor-

<sup>2</sup> Bernstorff antwortete am 17. Juli: „Ich bedauere es auf das lebhafteste, durch meinen Brief an Bülow Ihr Mißfallen erregt zu haben, und werde mich selbstverständlich in Zukunft nach Ihren Wünschen richten.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 23.

<sup>3</sup> Erlaß Stresemanns vom 18. Juli 1924; ADAP, Serie A, Bd. X, S. 532-34.

<sup>1</sup> Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 23; Auszüge ADAP, Serie A, Bd. X, S. 539-42.

<sup>2</sup> ADAP, Serie A, Bd. X, S. 542-46.



läufig doch mit großen Bedenken in die nächste Zukunft. Wir können unmöglich etwas unterschreiben, was dem Dawes-Gutachten nicht voll entspricht. Das kann kein Mensch von uns verlangen. Ferner aber muß uns die Form der Annahme möglich gemacht werden. Die ganze Sache läuft doch sehr bedenklich auf ein Ultimatum hinaus. Das wäre ganz unerträglich.

Wenn Herriot immer sagt, man müsse auf ihn wegen seiner schwachen innerpolitischen Stellung Rücksicht nehmen, im übrigen aber an seine Aufrichtigkeit glauben, so trifft dies im verstärktem Masse auf uns zu. Die Stellung des Kabinetts Marx-Stresemann ist durchaus nicht sehr fest. Das Kabinett ist aber in seiner Zusammensetzung das einzige, was mir in absehbarer Zeit möglich erscheint. Stürzt es, so werden wir vermutlich von den schwersten inneren Krisen heimgesucht werden. Was aber ferner die Aufrichtigkeit anlangt, so haben wir doch weiß Gott in den letzten Monaten schlüssige Beweise dafür gegeben. Was z.B. die Annahme der nochmaligen militärischen Generalinspektion betrifft, so macht sich vermutlich in England kein Mensch klar, welche Mühe es gekostet hat, diese Sache durchzudrücken.<sup>3</sup> Auch sonst dürften wir z.B. durch unsere Mitarbeit an dem Organisations-Komitee bewiesen haben, wie sehr uns daran liegt, alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

Ich kann endlich nicht genug hervorheben, wie ernst die Frage der militärischen Räumung der Ruhr und der sonstigen Sanktionsgebiete genommen werden kann. Ich begreife vollkommen, daß die Aufrollung dieser Frage in London allerseits unangenehm empfunden wird. Man muß sich aber unbedingt darüber klar sein, daß, wie die Dinge hier liegen, unsere Gesetze im Reichstage nicht durchgehen werden, wenn wir nicht eine bündige Erklärung über den Zeitpunkt der militärischen Räumung erhalten. Morgen geht der Reichstag wieder los und ich bin ganz sicher, daß wenigstens im Auswärtigen Ausschuß diese Frage im Vordergrund des Interesses stehen wird. Es hilft also nichts, Sie müssen diese Frage bei jeder Gelegenheit ventilieren und die Alliierten müssen, so unbequem ihnen dieses sein mag, uns die verlangte Erklärung verschaffen. Ich bin im übrigen sicher, daß eine Formel gefunden werden könnte, welche auch Herrn Herriot erträglich erscheint, wenn er auch zuerst so tun wird, als ob es ihm unmöglich sei, diese Frage überhaupt anzuschneiden. Auch wenn ich die Stellung Herriots als nicht sehr stark einschätze, glaube ich, daß er mit letzterer Behauptung unrecht hat.

Nach heutigen Presse-Nachrichten scheint es ja nun doch, als ob wir demnächst nach London eingeladen werden sollen. Ich werde wohl mitkommen müssen, sehe aber dieser Reise naturgemäß mit sehr gemischten Gefühlen entgegen.<sup>4</sup> Hoffentlich dauert die Würgerei in London dann nur nicht zu lange. Je kürzer desto besser.

Mein einziger Trost ist, daß ich dann Gelegenheit haben werde, Sie an mein Herz zu drücken und mich an Ihrem Busen auszuweinen!

Mit herzlichen Grüßen bin ich  
Ihr stets getreuer

<sup>3</sup> Siehe u.a. Dok. 71, 85.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Schuberts Aufz. vom 23. Juli 1924, ADAP, Serie A, Bd. X, S. 547; Ritters Schreiben an Hoesch, 24. Juli, ebd., S. 552f.; Stresemanns Tel. an die Londoner Botschaft vom 30. Juli, ebd., S. 576-83; Schuberts Aufz. vom 31. Juli, ebd., S. 591f. Zur Londoner Konferenz (6.-18.8.1924) siehe auch ADAP, Serie A, Bd. XI, S. XXXIXf. und AR, Kab. Marx I u. II, Bd. 2, Anhänge 1-11.

## 90

**Aktennotiz von Schuberts  
London, 16. August 1924**

*Original. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24.*

Als ich mich nach Beendigung der Vollsitzung heute von Herrn MacDonald verabschiedete, sagte mir der Premierminister, mit dem ich während der Londoner Konferenz außer am ersten Abend keine persönliche Fühlung gehabt hatte, er habe sich besonders gefreut, mich kennen zu lernen. Er fügte hinzu: „You have been of great help during the Conference, and I thank you very much for what you have done.“<sup>1</sup>

Sch[ubert]

## 91

**Notiz des Reichsministers Stresemann  
Berlin, 10. Oktober 1924**

*Original. PA, Nl. Stresemann, Allg. Akten, Bd. 16.*

Aktenvermerk. Herr Ministerialdirektor von Schubert, der von einem Urlaub zurückgekehrt ist, erklärte mir, er begriffe nicht, daß die Erklärung zur Kriegsschuldfrage, die der Reichskanzler am 28. [29.] August 1924 abgegeben habe, nicht sofort notifiziert worden sei.<sup>1</sup>

Str[esemann]

---

<sup>1</sup> Schubert war Generalkommissar der deutschen Delegation (Hauptdelegierte Marx, Stresemann, Luther) auf der Londoner Konferenz über die Inkraftsetzung des Dawes-Plans und der damit verbundenen Fragen. Am 8. September 1924 übermittelte Bernstorff Schubert eine Aufz. über ein Gespräch, das er mit McKenna geführt hatte: „Mr. McKenna setzte als selbstverständlich voraus, daß der Dawes-Bericht de facto unausführbar sei, gab ihm aber eine Lebensdauer von 4 bis 5 Jahren. Der Reparationsagent werde dann die schwere Aufgabe haben, den Franzosen, die sich über die geringen Erträge unter dem Dawes-Gutachten aufregen würden, klarzumachen, daß nicht mehr herauszuholen sei.“ - Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24. Ungeachtet der energischen Vertretung deutscher Forderungen hatte sich Schubert tatsächlich für allseits tragbare Kompromisse eingesetzt. Er und der Generalsekretär der britischen Delegation, Hankey, waren sich darin einig, daß die Regelungen soeben noch tragbar für die französische wie die deutsche Regierung sein mußten. Im Hinblick auf den „großen Kampf“ um die Dawes-Gesetze warnte Schubert vor möglichen Versuchen Stresemanns, noch nachträglich weitere Konzessionen bei den Vereinbarungen über die Ruhr-Räumung herauszuholen. Das sei gefährlich. „Denn die Regierung muß jetzt meiner Ansicht nach eine ganz klare Linie steuern, wenn sie nicht im Auslande ihren politischen Kredit und zugleich den Kredit Deutschlands verderben will.“ Brief an Sthamer vom 27. August 1924, ebd.

---

<sup>1</sup> Text der Erklärung Marx' vom 29. August 1924 in AR, Kab. Marx I u. II, Bd. 2, S. 1006f. Sie wurde nicht, wie ursprünglich in der Kabinettsitzung vom 28. August beschlossen

**Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce  
Berlin, 20. Oktober 1924**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24.*

Persönlich!

Mein lieber Dufour!

Vielen Dank für die Briefe, die ich von Ihnen mit letztem Kurier erhielt.<sup>1</sup> Ich wollte mich schon am vorigen Kuriertage bei Ihnen vom Urlaub zurückmelden,<sup>2</sup>

---

(ebd., S. 1004), vor dem Reichstag bei Annahme der Gesetze über den Dawes-Plan abgegeben, sondern am 29. August über WTB verbreitet.

---

<sup>1</sup> Darunter Durchschläge von Briefen Dufours an de Haas. Am 9. Oktober 1924 schrieb er u.a.: „Auf etwas ganz anderes übergehend: Haben Sie sich jemals die Frage vorgelegt, ob wir ein vollgültiges Freihandelssystem einführen könnten zwischen Deutschland, Großbritannien und Frankreich? – ich meine hauptsächlich für Handels- und Industrieprodukte; für landwirtschaftliche Produkte wird es wohl kaum gehen. Es kommt mir vor, als ob ein derartiger Plan sehr stark zur Befriedung beitragen würde und zu einem besseren Zusammenschlusse der 3 Länder, als irgend ein anderer Plan, führen müßte. Es würde das eine Art Zollverein werden, vielleicht der Anfang zu einem Zollverein für ganz Europa.“ Und am 16. Oktober: „Ich bin mir, was die Durchführung eines Freihandelssystem in Industrieprodukten zwischen Deutschland, Großbritannien und Frankreich anlangt, vollkommen klar darüber, daß außerordentlich große Schwierigkeiten und ein ebenso großer Widerstand zu erwarten sein wird, besonders bei Frankreich. Als Direktor Bruhn von Krupps im vorigen Sommer mich besuchte, erwähnte er von sich aus, daß der Freihandel das einzig richtige Mittel sei, ein vernünftiges wirtschaftspolitisches und rein politisches Verhältnis in Europa wiederherzustellen. Luther hat sich gelegentlich seiner letzten Anwesenheit hier ebenso ausgesprochen und meinte, daß in vielen Kreisen der deutschen Schwerindustrie der Gedanke an Freihandel immer mehr Platz greife. [...] Bitte schreiben Sie mir, wie Schubert über diesen Punkt denkt und ob er überhaupt in die Richtlinien unserer Außenpolitik hineinpaßt.“ Eine Antwort Schuberts darauf ist nicht bekannt.

<sup>2</sup> Schubert hatte einen längeren Urlaub (29.8.-8.10.1924) genommen, doch wurde er von Horstmann und de Haas über die aktuellen Fragen informiert: betr. deutschen Völkerbundeintritt, betr. deutsch-englischen Handelsvertrag, betr. Dawesgutachten im Reichstag. Darüber hinaus schrieb Horstmann am 10. September: „Die letzten Tage waren voller Aufregung über die recht gefährliche Wendung in der Frage der Notifikation der unglücklichen Kriegsschulderklärung. Auch heute läßt es sich noch nicht übersehen, ob es den ungeheueren Bemühungen großer Kreise gelingt, die amtliche Anschneidung der Frage zu verhindern. Leider kann ich Ihnen alle Details auf diesem Wege nicht schildern. Unsere und vor allem A.s [Ago v. Maltzan] Lage, der ja von Anfang an klugerweise gegen die Notifikation war, war leider formell recht schlecht. Infolgedessen wurde die Nervosität fast zur Unerträglichkeit. A. ist nach den letzten anstrengenden Monaten solchem Sturm körperlich auf die Dauer kaum mehr gewachsen.“ Und am 25. September: „Der R.M. soll wenig erbaut gewesen sein, daß Sie Ihre Rückkehr um einige Tage verschieben müssen. Es ist ihm wohl unheimlich, mehr oder weniger allein zu sein, nachdem die

kam aber nicht dazu, da gleich in den ersten Tagen außerordentlich viel zu tun war.

Auch in der vergangenen Woche war dies der Fall und nicht anders ist es heute. Ich muß mich erst wieder richtig in die Geschäfte einarbeiten und außerdem wimmelt es hier von deutschen Missionschefs, die mir alle die wichtigsten Sachen erzählen wollen. Darunter befindet sich vor allem [Brockdorff-]Rantzau und Müller aus Bern.

Unter diesen Umständen muß ich mich darauf beschränken, Ihnen mitzuteilen, daß ich mich in erster Linie mit der Völkerbundsfrage beschäftige.<sup>3</sup> Es kommt mir darauf an, eine festere Linie für unser ferneres Vorgehen zu finden. Es geht nicht an, daß wir in der Folgezeit in dieser Frage hin und her schwanken: Wir müssen genau wissen, was wir wollen.

Sie erhalten dieser Tage einen vorläufigen Erlaß, der aber lediglich einige Gedankensplitter für etwaige Unterhaltungen enthält, insbesondere in bezug auf den berühmten Art. 16 der Völkerbundssatzung.

Ich lasse aber das große Genfer Protokoll<sup>4</sup> augenblicklich durcharbeiten, und erst auf Grund des Ergebnisses dieses Studiums kann ich Genaueres mitteilen.

Der Erfolg der Anleihe<sup>5</sup> hat mich sehr erfreut. Hoffentlich gehen unsere Geschäfte auch sonst in ähnlich guter Weise vorwärts.

---

recht schwierige Völkerbundsaktion nunmehr in großem Stile in Gang gesetzt wurde.“ Dazu de Haas an Schubert, 25. September: „Persönlich möchte ich dazu noch bemerken, daß die paar Tage wohl kaum etwas ausmachen werden, denn die wichtigsten Fragen sind ja geregelt. Dagegen will ich auch nicht verhehlen, daß Sie uns während der vergangenen Wochen hier kolossal gefehlt haben. Ich bin der festen Überzeugung, daß vieles anders gelaufen wäre, wenn Sie hier gewesen wären. [...] Maltzan ist, wie Sie richtig vermuten, am Dienstag [23. September] abgereist und hat inzwischen wohl, nachdem er bei Haniel den Cocktail getrunken hat, seinen Bestimmungsort erreicht. Es ist gar keine Frage, daß er sehr nervös war und Urlaub haben mußte.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24.

<sup>3</sup> Am 4. September 1924 hatte MacDonald die Reichsregierung zum Eintritt in den Völkerbund aufgefordert und im AA während Schuberts Abwesenheit erhöhte Betriebsamkeit ausgelöst. Die Bedingungen und Auswirkungen eines deutschen Beitritts waren zu klären, bevor die Reichsregierung, ausreichend in Kenntnis gesetzt, ihre Zustimmung geben konnte. Am 14. Oktober 1924 teilte Kessler Schubert mit: „Bei Besprechungen über unseren Eintritt in den Völkerbund tritt mir jetzt häufiger das Argument entgegen, daß die dadurch hervorgerufene Verstimmung Rußlands unsere wirtschaftlichen Aussichten dort zerstören oder wenigstens stark beeinträchtigen werde. Dieser Einwand scheint mir einer Nachprüfung nicht standzuhalten. Rußland bewegt sich gegenwärtig wirtschaftlich in einer absteigenden Linie. Es steht heute tiefer als sogar 1920.“-Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24. Am 23. September 1924 hatte die Reichsregierung den deutschen Völkerbundsbeitritt beschlossen. Runderlaß Stresemanns vom 25. September und Ber. der Botschaft London, 2. Oktober, ADAP, Serie. A, Bd. XI, S. 222-225 und Anm. 2 dazu. René schrieb Schubert am 8. Oktober (Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24), in Genf werde der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund allgemein begrüßt. Man müsse geschulte Diplomaten nach Genf schicken; Aschmann sei sehr beliebt. Er fügte hinzu, Briand sei in Frankreich der kommende Mann. Er wolle mit Deutschland zusammengehen, um es von Großbritannien zu lösen.

<sup>4</sup> Genfer Protokoll vom 2. Oktober 1924 über die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten, siehe dazu Dok. 110 Anm. 3.

Große Sorge macht mir die Militärkontrolle,<sup>6</sup> in der ich bemüht bin, möglichst voran zu kommen. Es tauchen aber große reale Schwierigkeiten auf, die nur dann zu überwinden sind, wenn auch auf der anderen Seite, insbesondere bei England, wirklich guter Wille vorhanden ist. Darüber demnächst ebenfalls mehr.

Die sogenannte innere Krise wird sich hoffentlich heute lösen, die Sache hat gerade lange genug gedauert.

Mit aufrichtigen Grüßen bin ich  
in größter Eile  
Ihr stets getreuer

93

**Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce (leicht gekürzt)**  
**Berlin, 27. Oktober 1924**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24.*

Mein lieber Dufour!

[...]¹

Die größte Sorge macht mir die Militärkontrolle, denn an dieser wird, fürchte ich, Frankreich die Frage der Räumung der ersten rheinischen Zone am 10. Januar 1925 aufhängen. Die Generalinspektion verlief bisher nicht sehr gut, ferner ist dadurch eine große Schwierigkeit in die ganze Kontrolle hineingetragen worden, daß die Alliierten nun auch erneut wieder die Besprechung der berühmten fünf Punkte verlangen.<sup>2</sup> Die Sache ist so kompliziert, und wir müssen andererseits unbedingt etwas Entscheidendes unternehmen, daß ich mich entschlossen habe, den Referenten, Herrn Legationsrat Professor Nord, begleitet von einem Herrn des Reichswehrministeriums und einem Herrn des Reichsministeriums des Innern nach Paris zu schicken, um Herrn von Hoesch genau zu informieren. Von dort sollen die Herren sich nach London begeben, um auch Sie ins Bild zu setzen.

Wie Sie allerdings des Herrn MacDonald habhaft werden wollen, ist mir unklar. Jedenfalls muß aber sehr bald irgend etwas geschehen. Die Herren sind beauftragt worden, alles genau mit Ihnen zu besprechen.

[...]³

---

<sup>5</sup> Gemeint ist die Startanleihe aus dem Dawes-Plan in Höhe von 800 Millionen Mark, die von den Amerikanern gezeichnet wurde. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 246.

<sup>6</sup> Siehe Dok. 93.

---

<sup>1</sup> Dank für einige Briefe Dufours; Sthamer sei in Berlin gewesen.

<sup>2</sup> Dazu Dok. 72 Anm. 3.

<sup>3</sup> Im übrigen sei Schubert „intensiv mit der Völkerbundsfrage“ beschäftigt und studiere sehr eifrig die Räumung der ersten (Kölner) Zone der besetzten Rheinlande.

Mit herzlichsten Grüßen bin ich  
Ihr stets getreuer

94

**Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce (leicht gekürzt)  
Berlin, 10. November 1924**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24.*

Persönlich u. streng vertraulich.

Mein lieber Dufour!

Vielen herzlichen Dank für die interessanten Briefe, die ich in letzter Zeit von Ihnen erhielt.

Ich habe Ihnen mit letztem Kurier nicht schreiben können, da, wie Sie ganz richtig annahmen, ich auf 3 Tage ins Saar-Gebiet reisen mußte. Vorher war ich übrigens auf 8 Stunden in Amsterdam. Hier hatte ich in der letzten Woche an drei Tagen Sitzungen der Fa. Gebrüder Stumm und anderer Unternehmungen unserer engeren Familie, die ich selbst präsidieren mußte.

So hatte ich eigentlich nur Zeit, mich mit den deutsch-englischen Handelsvertrags-Verhandlungen zu beschäftigen.<sup>1</sup> Hier hat Lord D'Abernon ein Tempo vorgelegt, das mich lebhaft an die Zeit in London erinnerte.

Heute sind wir nun zu einem vorläufigen Abschlusse gekommen. Sie erhalten über das Ergebnis einen Erlaß von Herrn de Haas.<sup>2</sup> Ich möchte hierzu bemerken, daß ich die dringende Hoffnung habe, daß die neue englische Regierung<sup>3</sup> keine we-

<sup>1</sup> Über den Stand hatte Horstmann am 25. September 1924 an Schubert (im Urlaub) geschrieben: „Die englisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen, die auf unserer Seite von Stockhammern unter Assistenz von de Haas und Hemmen geführt wurden, sind bisher nicht glücklich gelaufen. Zunächst fanden sie nicht, wie wir uns gewünscht hätten, im Amt, sondern in der Botschaft unter persönlichem Vorsitz D'Abernons statt. Letzterer stellte ungeheuerere Forderungen, war viel anspruchsvoller als der englische Unterhändler selbst und, wie oft, recht schwierig. Zudem lag ihm St. garnicht. D'A. beklagte sich gestern sehr bei mir, daß auf deutscher Seite die politische Seite der Sache zu sehr verkannt werde. Da man sich meiner Ansicht nach vorläufig nicht einigen wird, wird es am besten sein, die Verhandlungen zu unterbrechen, bis Sie zurückkehren und sie dann später vielleicht durch de Haas und Hemmen in London wieder aufnehmen zu lassen. Hiermit wird St. und last but not least D'A. ausgeschaltet, was nur nützen kann. Übrigens scheint D'Abernon uns tatsächlich im November zu verlassen, ich bedauere es.“ Ebenfalls am 25. September schrieb de Haas an Schubert mit detaillierten Informationen über die Verhandlungen; Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24. Eine Reihe von Einzelfragen wurde zwischen Schubert und dem englischen Botschafter D'Abernon in direkten Gesprächen geklärt. Vgl. dazu Schuberts Aufzeichnungen vom 24., 27., 30., 31. Oktober, 1., 5., 9. und 10. November 1924, PA, R 28911.

<sup>2</sup> Siehe auch Schuberts Aufz. vom 10. November 1924, ADAP, Serie A, Bd. XI, S. 377-79.

<sup>3</sup> Kabinett Baldwin nach dem konservativen Wahlsieg vom 29. Oktober 1924.

sentlichen Änderungen an dem Entwurfe des Handelsvertrags und des Protokolls vornehmen wird. Es hat ungeheure Mühen gekostet, in so kurzer Zeit alle Ressorts unter einen Hut zu bringen und sie davon zu überzeugen, daß nicht mehr zu erreichen sei. Wenn in London, besonders im Artikel II des Protokolls, wesentliche Änderungen gemacht werden, kann ich für nichts einstehen, und all die Arbeit war umsonst.

Große Sorge macht mir auch die Frage der 26%-Abgabe.<sup>4</sup> Lord D'Abernon hat mir erklärt, daß er unseren Verhandlungen hierüber in London mit sehr wenig Hoffnung entgegensähe. Ich habe immer wieder betont, daß die Sache doch eigentlich eine Angelegenheit sei, die unter den Alliierten geregelt werden müßte. Er hat dies sogar zugegeben, behauptete jedoch, daß England eben die Sicherheit haben müßte, die Zahlungen auch weiterhin zu erhalten, die es bisher aus der 26%-Abgabe bezogen hätte, und daß diese Sicherheit nur wir geben könnten.

Im übrigen muß ich mich darauf beschränken, heute nur ganz wenige Punkte zu berühren:

1. Lord D'Abernon sprach mich vorgestern ganz unvermutet auf die Frage der Räumung der Kölner Zone an.<sup>5</sup> Wie ich herausbekommen habe, tat er dies nicht aus eigener Initiative, sondern er hat hierfür Instruktionen aus London erhalten. Ich lehnte die Unterhaltung zunächst ab, da ich mich doch etwas präparieren wollte. Morgen aber werde ich mit ihm sprechen.<sup>6</sup> Über das Ergebnis werde ich Sie unterrichten. Ich muß Sie aber bitten, schon die Tatsache des bevorstehenden Meinungsaustausches zwischen mir und D'Abernon auf das Allerstrengste geheimhalten zu wollen. Ich hoffe, daß etwas dabei herauskommen wird. Denn diese Frage ist doch für uns die allerwichtigste und es ist höchste Zeit, daß wir uns aktiver damit befassen. Leider kann ich Ihnen heute Abend noch nicht sagen, in welcher Weise ich beabsichtige, das Gespräch zu führen.

Ich hatte vor 10 Tagen Hoesch gebeten, mir seine Ansicht über diese Frage privatim zu schreiben. Er antwortete vorgestern, er habe ohnehin vorgehabt, diese Frage in einem längeren Berichte zu behandeln. Diesen Bericht habe er fertiggestellt.<sup>7</sup> Ich schicke Ihnen anbei zu Ihrer und des Botschafters [Sthamer] vertraulichen Kenntnis Abschrift dieses Berichts.

Vielleicht sind Sie aber so freundlich, mir auch Ihrerseits Ihre Ansicht über die Frage mit nächstem Kurier zu schreiben. Wir müssen sehr vorsichtig vorgehen, aber auf der anderen Seite auch irgend etwas in der Sache unternehmen.

<sup>4</sup> Siehe dazu auch die Gespräche zwischen Schubert und D'Abernon über die 26%ige Abgabe des German Reparation Recovery Act – Deutschland wollte Großbritannien zum Verzicht auf die Ausfuhrabgabe zur Sicherstellung von Reparationszahlungen bewegen – vom 13. und 15. November 1924, PA, R 28911, außerdem ADAP, Serie A, Bd. XI, S. XXIX-XXXI.

<sup>5</sup> Fällig laut Art. 429 V.V. (sofern dieser „getreulich erfüllt“ werde) zum 10. Januar 1925.

<sup>6</sup> Schuberts Aufz. vom 11. November 1924: „Wenn die Zone am 1[0]. Januar nicht geräumt würde, so würde dies derjenigen Opposition in Deutschland eine ungeheure Stärkung geben, die bisher stets gegen die sogenannte Erfüllungspolitik gekämpft habe. Werde die Zone nicht geräumt, so werde es keiner Regierung in Deutschland, wie auch immer sie zusammengesetzt sein möge, möglich sein, die bisherige auswärtige Politik beizubehalten.“-ADAP, Serie A, Bd. XI, S. 385-88, Zitat S. 385.

<sup>7</sup> Ebd., S. 357-64.

[...]⁸

4. Die Äußerung des Botschafters, er sähe nicht klar, ob in Berlin die Absicht bestehe, dem Völkerbunde beizutreten oder nicht, ist mir gänzlich unverständlich. Wozu habe ich eigentlich stundenlang mit Herrn Sthamer gesprochen und ihn durch Herrn von Bülow auf das Genaueste informieren lassen? Schon die Fragestellung beweist, daß der Botschafter garnicht begriffen hat, um was es sich eigentlich handelt. Es handelt sich doch nicht um die Frage, ob wir beitreten wollen oder nicht. Diese Frage ist doch durch unser Memorandum⁹ längst entschieden. Es handelt sich vielmehr um die Frage, wie wir jetzt taktisch vorgehen sollen. Diese Frage ist allerdings sehr verwickelt. Der Botschafter ist aber auf das Genaueste über unsere Intentionen unterrichtet worden. Es fehlt mir heute leider an der Zeit, um Ihnen hierüber ausführlich zu schreiben. Eine solche ausführliche Mitteilung wäre ganz überflüssig gewesen, wenn der Botschafter sich gefälligst aufgeschrieben hätte, was er hier in allen Einzelheiten gehört hat.

5. Ich bin in der Woche vom 17.-22. d.M. hier und werde mich ganz besonders freuen, Sie begrüßen zu können. Dann können wir ja auch über den Völkerbund sprechen.

Ich muß schließen und bin mit aufrichtigsten Grüßen  
Ihr stets  
treu ergebener

95

**Von Schubert an Botschafter von Hoesch (gekürzt)**  
**Berlin, 4. Dezember 1924**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24.*

Geheim und ausschließlich persönlich!

Mein lieber Leopold!

Soeben bin ich nach sehr anstrengenden, wenn auch in mancher Beziehung recht genußreichen Tagen aus unserem guten, alten London nach Berlin zurückgekehrt. [...]¹

⁸ Punkt 2: Brief Maltzans betr. Oskar Franklin Oppenheimer; 3: Bericht Nord's aus London.

⁹ Memorandum vom 24. September 1924 an den Völkerbund, Ursachen und Folgen, Bd. VI, S. 476-78; Texte und weiteres Material auch in Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24, dazu AR, Kab. Marx I u. II, Bd. 2; S. 1050-62, 1064f.

¹ Begegnungen auf der Londonreise vom 22. November bis 4. Dezember 1924.



Von unseren Heldentaten auf dem Gebiet der Handelsvertragsverhandlungen und verwandter Materien wird Dir Herr Hemmen ausführlich berichtet haben.<sup>2</sup> Die Verhandlungen spielten sich in sehr freundschaftlicher Weise ab.<sup>3</sup> Ich hoffe, daß wir erreicht haben, was zu erreichen war. Auf dem Gebiete der 26%-Abgabe waren die Engländer außerordentlich hartnäckig. Sie wollen unbedingt sichergestellt haben, daß sie die Einkünfte, die sie bisher unter dem [German Reparation] Recovery Act erzielt haben, auch weiter erhalten. Im übrigen aber sind sie mit jeder anderen Erhebungsart einverstanden, wenn nur dieses Ziel sichergestellt ist.

Ich wollte Dir jetzt nur noch kurz über ein anderes Thema berichten, das ich in London zweimal zur Sprache gebracht habe.<sup>4</sup> Ich bitte Dich aber, diese Mitteilungen, die nur für Dich bestimmt sind, strengstens vertraulich zu behandeln.

In den 3 Wochen vor meiner Reise nach London hatte mich Lord D'Abernon ganz privatim bereits mehrfach auf die Frage der Räumung der ersten rheinischen Zone angesprochen. Er hatte offenbar Instruktion, hier das Terrain etwas zu sondieren.<sup>5</sup> Er suchte mir stets einen Kompromiß schmackhaft zu machen, der darauf hinauslief, Rhein und Ruhr am 10. Mai [1925] zu räumen. Dabei spielte aber die Entwaffnungsfrage eine funeste Rolle, die er stets in diesen Kompromiß hineinzuschmuggeln versuchte.

Ich lehnte einen Kompromiß als solchen, besonders aber einen Kompromiß in Verbindung mit der Entwaffnungsfrage immer ab. Ich hielt mich dabei an die Richtlinien, die wir aufgestellt haben und die Du ja auch bekommen hast.<sup>6</sup>

Über meine Besprechungen in London sende ich Dir beifolgende zwei in der Eile hingeworfene Aufzeichnungen.<sup>7</sup>

Wie Du hieraus ersiehst, steht die Sache nicht sehr günstig. Ich habe den Eindruck, daß die Engländer an sich gegen eine Räumung der ersten rheinischen Zone nichts einzuwenden haben, daß Sie uns aber gegen eine französische Forderung der Verschiebung der Räumung nicht sehr unterstützen werden.

Da trotz unmenschlicher Anstrengungen es wohl nicht möglich sein wird, einen absolut günstigen Bericht über die General-Inspektion zu erreichen und da ja leider immer noch die 5 Punkte in der Luft schweben,<sup>8</sup> fürchte ich sehr, daß es im Dezember zu einer außerordentlich unangenehmen Kontroverse in der Räumungsfrage kommen wird, die um so bedenklicher sich auswirken könnte, weil ich nach den Wahlen<sup>9</sup> mit recht unstabilen innerpolitischen Verhältnissen rechne.

Ich gebe innerlich Lord D'Abernon darin Recht, daß es unter diesen Umständen besser wäre, vorher schon auf einen Kompromiß hinzuarbeiten. In diesem

---

<sup>2</sup> Tel. Maltzans, 1. Dezember 1924, ADAP, Serie A, Bd. XI, S. 490; ausführliches Material über Schuberts Verhandlungen betr. den deutsch-britischen Handelsvertrag: PA, R 28911/12.

<sup>3</sup> Dazu siehe besonders die Telegramme Schubert/Sthamer an das AA vom 24.-26., 28. und 29. November 1924, PA, R 28912; außerdem ADAP, Serie A, Bd. XI, S. XXXf.

<sup>4</sup> Ebd., Telegramme Schuberts vom 24. und 27. November, S. 447 Anm. 1, 448 Anm. 6, 545 Anm. 5, 547 Anm. 11.

<sup>5</sup> Dazu Dok. 94, außerdem Dok. 93.

<sup>6</sup> Richtlinien: Tel. Schuberts vom 21. Oktober 1924, ADAP, Serie A, Bd. XI, S. 305-7.

<sup>7</sup> Fehlen hier; siehe auch Anm. 4.

<sup>8</sup> Siehe dazu Dok. 72 Anm. 3.

<sup>9</sup> Gemeint ist die Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924.

Bestreben bin ich aber in London nicht weiter gekommen, da man offenbar vorläufig das Ergebnis des Berichts der Militärkontrollkommission abwarten will, sich im übrigen im englischen Kabinett auch mit der Frage noch kaum beschäftigt hat.

Ich nehme aber an, daß auch diese Frage bei der bevorstehenden Aussprache von Chamberlain mit Herriot eine Rolle spielen wird. Es ist wirklich schade, daß Du dieser Unterredung nicht beiwohnen kannst!

Vielleicht kannst Du mir privatbrieflich mit nächstem Kurier sagen, wie sich Deiner Ansicht nach jetzt von dort aus die Frage ansieht.<sup>10</sup>

[...]¹¹

Mit den aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Dein stets getreuer

96

**Gesandter Dufour-Feronce an von Schubert (gekürzt)**  
**London, 11. Dezember 1924**

*Ausfertigung. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24.*

[...]¹

Alle Maßnahmen, die jetzt zwischen Chamberlain und Herriot bzw. zwischen den britischen und französischen Regierungen besprochen worden sind, sollen ausdrücklich keine Spitze gegen Deutschland oder Rußland in sich bergen<sup>2</sup> Findet aber eine intime Annäherung zwischen Großbritannien und Frankreich statt, und wird tatsächlich ein Garantiepakt in irgend einer Form zwischen diesen beiden Ländern geschlossen, so wird sich wohl die Frage aufwerfen, wie wir unsere Politik künftig ausgestalten werden. Ein Garantiepakt, der nur die französischen und belgischen Grenzen schützt, aber in keiner Weise zum Ausdruck bringt, daß auch unsere Westgrenzen geschützt werden müssen, würde dann auch in den Augen der Welt uns wieder als die Störenfriede hinstellen, ein Eindruck, der nach meinem Dafürhalten nicht aufkommen sollte. Ich nehme an, daß Sie, wenn D'Abernon wieder zurückkehrt, sehr eingehend mit ihm über diese Frage sprechen werden. Auf einen Garantiepakt, der die deutsch-polnischen Grenzen schützt, werden die Engländer, davon bin ich überzeugt, nicht eingehen. Sie betrachten die gegenwärtige

<sup>10</sup> Mit Tel. vom 6. Dezember 1924 bat Schubert dringend um Antwort auf seinen Brief; Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24. Zur Antwort Hoeschs Dok. 96 Anm. 3.

<sup>11</sup> Aufz. über ein Gespräch wegen des Reichskommissariats in den besetzten Rheinlanden wurde dem Brief beigefügt; fehlt hier.

<sup>1</sup> Privatangelegenheiten; außerdem u.a. Bemerkungen über deutsche Innenpolitik. – Hschr. Vermerk Schuberts: „An 13.12“

<sup>2</sup> Alle Textthervorhebungen hschr. Unterstreichungen Schuberts, einige – bei Erwähnung des Garantiepaktes und Polens – besonders kräftig und mit Markierungen am Rand.

Einteilung Osteuropas als einen Zustand, der nicht bestehen kann. Sie betrachten diese Abschlüsse des Versailler Vertrages als einen Herd künftiger Uneinigkeit, ja Kriege, und zerbrechen sich den Kopf darüber, wie eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen herbeigeführt werden könne, ohne einen kriegerischen Konflikt heraufzubeschwören. Ich schreibe über diesen Punkt in einem kurzen Bericht über eine Unterhaltung, die ich am vorigen Sonntag [7. Dezember] mit Garvin hatte.<sup>3</sup>

Wir werden unsere Politik sehr geschickt führen müssen, um bei der gegenwärtigen Konstellation nicht zu kurz zu kommen. Es scheint, daß die Engländer die Hoffnung haben, daß sie sich in irgend einer Weise mit den Franzosen so einigen können, daß die Sicherheitsfrage eine im Sinne der Franzosen befriedigende Lösung erfährt, ohne den Engländern allzu große Bürden aufzuerlegen, und daß sich dann nach und nach die Franzosen den Polen gegenüber desinteressiert zeigen werden, um es uns dann zu überlassen, uns mit den Polen auseinanderzusetzen.

[...]<sup>4</sup>

Am Freitag, den 5. d.M., besuchte ich Lampson. Der Ausfluß unserer Unterredung ist in unserem Telegramm Nr. 741 niedergelegt worden.<sup>5</sup> Lampson ist der Ansicht, daß die Kölner Zone am 10. Januar nicht geräumt werden wird. Dies hat er Ihnen ja seinerzeit auch schon gesagt.<sup>6</sup> Der andere Vertrauensmann, der am Schlusse des Telegramms erwähnt worden ist, ist der Bekannte Bernstorffs, Georgi, der wieder nach Koblenz zurückgekehrt ist, und meint, daß eine der Hauptschwierig-

<sup>3</sup> Dazu Aufz. Schuberts vom 11. Dezember 1924 (streng vertrauliche Übermittlung der Antwort Hoeschs vom 8. Dezember – Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24 – auf Dok. 95 an Stresemann und Maltzan), dazu zwei Ber. Sthamers vom 11. Dezember; ADAP, Serie A, Bd. XI, S. 545-48, 552-57.

<sup>4</sup> Der Abschluß des deutsch-britischen Handelsvertrages sei in Großbritannien sehr positiv aufgenommen worden, dazu Dok. 94f.; außerdem Vorschlag Dufours, zur Entlastung Schuberts (am 16. Dezember zum St.S. ernannt) seine persönlichen Berichte, „die vielfach auch triviale Angelegenheiten enthalten“, an de Haas zu schicken. So wurde dann in der Regel verfahren.

<sup>5</sup> PA, St.S F Kö, Bd. 1.

<sup>6</sup> ADAP, Serie A, Bd. XI, S. 545 Anm. 4 und 5, sowie Dok. 95. Maltzan forderte mit Tel. vom 13. Dezember Dufour auf, zu Besprechungen nach Berlin zu kommen; Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24. Zurück in London schrieb Dufour am 22. Dezember an Schubert, D'Abernon habe gegenüber Gerothwohl geäußert: „Es handele sich in der Hauptsache darum, zu verhindern, daß die Franzosen, wenn etwa die Engländer daran denken könnten, Köln zu verlassen, dorthin nachrückten; hauptsächlich aber darum, Herriots schon an sich schwierige Position nicht noch schwieriger zu gestalten. Wie wir schon zu glauben wußten, haben die Engländer, wenn es irgend geht, die Absicht, im nächsten Frühjahr zu veranlassen, daß die Kölner Zone und das Ruhrgebiet zu gleicher Zeit geräumt werden.“-Ebd. Stresemann telegrafierte am 19. Dezember nach London und Paris, die alliierte Taktik schein darin zu bestehen, „Berichterstattung über Generalinspektion über 10. Januar hinauszuzögern. Alliierte würden auf diese Weise über Termin hinwegkommen, ohne schon vorher endgültige Entscheidung über Nichträumung bekanntgeben zu müssen. Sie brauchten zunächst bloß zu sagen, daß Entscheidung noch nicht möglich, weil Generalinspektion durch deutsches Verschulden verzögert.“ Demgegenüber habe Deutschland alles getan, um pünktliche Durchführung zu ermöglichen; ADAP, Serie A, Bd. XI, S. 618. Mit diesem Tel. wurde auch eine Instruktion übermittelt; ebd., S. 617f. Anm. 2. Zu den Reaktionen in London und Paris siehe Sthamers Ber. vom 20. Dezember – ebd., S. 618f. Anm. 5 – und Hoeschs Tel. vom 21. Dezember; ebd., S. 623-25.

keiten die ist, daß das britische Militär noch nicht genau weiß, wohin es sich wenden soll, ob nach Düren, ob nach Trier (Koblenz scheint infolge Einwendungen von seiten der Franzosen bis auf weiteres fallen gelassen worden zu sein). Die Franzosen scheinen Düren in Vorschlag gebracht zu haben, weil sie das wahrscheinlich für harmloser halten, als die südlicher gelegenen Plätze. Düren käme in dem Moment nicht mehr in Frage, wo die Ruhr geräumt werden würde, und ich bin der Ansicht, daß die Engländer dazu neigen, auf D'Abernons Plan einzugehen und den Vorschlag zu machen, die Kölner Zone erst dann zu räumen, wenn im April oder Mai etwa die Franzosen bereit sein sollten, auch die Ruhr freizugeben. Wie wir gestern telegraphiert haben, hat Ustinow aus der Presseabteilung des Foreign Office erfahren, daß der Bericht der Militärkommission doch nicht so ungünstig für uns ausfallen würde, daß aber trotzdem vor dem nächsten Frühjahr an eine Räumung nicht gedacht werden könnte. Es muß nur dann dafür gesorgt werden, daß die Ursache zu diesem Kompromiß nicht in einer „Verfehlung“ unsererseits gesucht werden kann, sondern daß klar zutage tritt, daß ein Kompromiß gesucht und gefunden worden sei, um eine Räumung der Kölner Zone mit derjenigen des Ruhrgebiets zu vereinigen.

[...]7

Ich habe nun, glaube ich, weiter nichts zu sagen und verbleibe,  
mit den herzlichsten Grüßen, wie immer Ihr getreuer  
[hschr.] Albert Dufour [Hschr. Nachbemerkung nicht gedruckt.]

97

**Von Schubert an Gesandten Rauscher  
Berlin, 15. Dezember 1924**

*Durchschrift, mschr. Vermerk: „Durchschl[ag] f[für] H[errn] St. S. v. Schubert“.  
Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24.*

Lieber Herr Rauscher!

Da Herr Köpke noch als Leiter der Handelsvertragsverhandlungen mit Italien in Rom weilt, ist mir Ihr Brief an ihn vom 11. d.Mts.<sup>1</sup> vorgelegt worden, und ich möchte Ihnen wenigstens eine vorläufige Antwort geben, da ich nicht absehen kann, wann Herr Köpke Ihren Brief in Händen haben und Gelegenheit haben wird, ihn zu beantworten.

Auch in Rom lief während der Tagung des Völkerbundsrats<sup>2</sup> das Gerücht um, Chamberlain habe Frankreich und Belgien einen Garantievertrag angeboten, der

<sup>7</sup> Ausführliche Schilderung weiterer Begegnungen.

<sup>1</sup> Nicht ermittelt. Laut Brief Schuberts von 15. Dezember nebst Durchschlag seiner Antwort an Köpke weitergeleitet; Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24.

<sup>2</sup> 32. Tagung, Schultheß', Bd. 65 (1924) S. 471f.

sich auf die genannten Länder beschränken und Polen nicht umfassen solle. Daß über diese Frage gesprochen worden ist, erscheint durchaus glaubhaft, dagegen halte ich es für ausgeschlossen, daß ein derartiger Vertrag bereits abgeschlossen wurde. Das außenpolitische Programm der neuen englischen Regierung dürfte schwerlich bereits derartig feste Formen angenommen haben. Auch ist der Bestand der Regierung Herriot zu ungewiß, um gerade jetzt zu bindenden Abmachungen zu verlocken.

Nach unserer Kenntnis ist der Gang der Ereignisse vielmehr der, daß die schlecht bemäntelte Ablehnung des Beneš-Protokolls<sup>3</sup> durch die englische Regierung nicht nur in Völkerbundskreisen, sondern ganz besonders in Paris einen peinlichen Eindruck erweckt hat. Englands Absage, die wohl als endgültig aufzufassen ist, hat einen großen diplomatischen Erfolg, den Frankreich im September in Genf erzielte, nahezu wiederaufgehoben. Infolgedessen wurde Chamberlain in Rom hart zugesetzt, und er hat sich damit einverstanden erklären müssen, daß auf der nächsten Ratstagung, im März, über das Beneš-Protokoll verhandelt werde. Es liegt nun die Vermutung nahe, daß Chamberlain zunächst in Paris und dann in Rom, wo er mit Briand zusammen war, der vielleicht Herriots Nachfolger sein wird, das alte Thema eines englisch-französisch-belgischen Garantievertrages angeschnitten hat, um leichter über die Frage des Beneš-Protokolls hinwegzukommen.

Diese Lösung liegt der gegenwärtigen englischen Regierung auch zweifellos näher, als die eines komplizierten Systems wie des Beneš-Protokolls, dessen Verbindlichkeiten und Folgen sich nur sehr schwer übersehen lassen. Wir müssen also damit rechnen, daß die sogenannte Sicherheitsfrage möglicherweise auf dieser Linie weiter behandelt werden wird und daß der englisch-französisch-belgische Vertrag zum mindesten als Eventual-Lösung zur Erörterung steht. Für Polen ist in diesem System wohl kein Raum, und die Warschauer Besorgnisse dürften durchaus berechtigt sein. Auffallend ist ferner, daß französischerseits anscheinend von den besonderen Bedürfnissen Polens bisher noch nicht gesprochen worden ist. In den Richtlinien z.B., die Briand während der Ratstagung den in Rom anwesenden französischen Journalisten gegeben hat, ist der Gedanke einer deutsch-englisch-französisch-italienischen Verständigung zur Sicherung des Friedens bemerkenswert. Es mag dahingestellt bleiben, ob Italien hierbei aus allgemein-politischen Erwägungen oder nur aus Höflichkeit gegenüber dem Gastgeber genannt wurde; Polens und der französisch-polnischen Freundschaft hat Briand jedenfalls bei dieser Gelegenheit nicht gedacht.

Wenn also auch die Warschauer Gerüchte den Ereignissen weit vorausseilen dürften, so beziehen sie sich doch auf Dinge, die im Bereich der Wahrscheinlichkeit und auch der Möglichkeit liegen.

Mit den besten Grüßen  
Ihr stets ergebener  
gez. v. Schubert

---

<sup>3</sup> Beneš spielte eine führende Rolle beim Zustandekommen des am 2. Oktober 1924 von der Völkerbundsversammlung verabschiedeten und von den Regierungen noch zu ratifizierenden „Protocole pour le règlement pacifique des différends internationaux“, dazu Dok. 110 Anm. 3, außerdem Schultheß, Bd. 65 (1924), S. 464-70, britische Ablehnung ebd., S. 470f.

## Kapitel 4 Staatssekretär des Auswärtigen Amts (Dezember 1924 bis Juni 1930)

### Kapitel 4.1 Der Weg nach Locarno (Dezember 1924 bis Oktober 1925)

98

#### Notizen von Schuberts zur West- und Ostpolitik Ende Dezember 1924 Grünhaus, Winter 1932/33

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. FS,  
Bd. 1 (PA, R 29083).<sup>1</sup>*

Mein Gespräch mit Lord D'Abernon vom 29. Dezember 1924.<sup>2</sup>  
Sozusagen die Geburtsstunde von Locarno.

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. ORu,  
Bd. 1 (PA, R 29245).*

Brief [Brockdorff-]Rantzaus an mich vom 20.<sup>3</sup> Dezember 1924 (an 2. Januar 1925). (Abschrift liegt bei.)<sup>4</sup>

Diesem Brief liegt ein Schreiben vom 29. Dezember 1924 an Stresemann bei und diesem Schreiben wiederum eine Aufzeichnung über ein Gespräch Rantzaus-Tschitscherin vom 29. Dezember.<sup>5</sup>

Dies war die Geburtsstunde des deutsch-russischen Vertrages vom 24. April 1926.<sup>6</sup> In der Unterredung machte Tschitscherin die ersten Vorschläge, die zwei Punkte betrafen. Erstens sollten sich die deutsche und die russische Regierung verpflichten, ihrerseits mit Dritten in keine politischen oder wirtschaftlichen Bünd-

<sup>1</sup> Als Schubert im Herbst 1932 von Rom nach Grünhaus bei Trier übersiedelte, nahm er auch einen Großteil seiner Handakten als Staatssekretär, die er mit nach Rom genommen hatte, zur Durchsicht mit. Im Frühjahr 1933 gab er sie, nachdem St.S. v. Bülow sie am 14. Dezember 1932 – Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 66 – zurückgefordert hatte, an das AA zurück. Im Zuge der Durchsicht an Hand auch seines Aktenplans (Büro Staatssekretär, heute noch im PA für die Ära Schubert gültig) hat Schubert ein Verzeichnis der meisten Akten – „S[taats-]S[ekretärs-]Akten“ – erstellt, das er mit Zusammenfassungen, Auszügen oder Abschriften einzelner Dok. sowie nachträglichen Kommentaren erweitert hat. Die Zitierweise folgt dem Aktenplan und damit zugleich der Aktenordnung und Bandbezeichnung im PA.

<sup>2</sup> ADAP, Serie A, Bd. XI, S. 643.

<sup>3</sup> Irrtum Schuberts: der Brief ist auf den 30. Dezember datiert.

<sup>4</sup> Hier nicht gedruckt; ADAP, Serie A, Bd. XI, S. 646 Anm. 1.

<sup>5</sup> Ebd., S. 646-50.

<sup>6</sup> Dazu Dok. 149 und Schultheß', Bd. 67 (1926), S. 87f.

nisse oder Verständigungen einzutreten, die gegen die andere gerichtet seien. Zweitens sollten sich beide Staaten verpflichten, im weiteren Verlauf der Ereignisse in der Frage des Eintritts in den Völkerbund beziehungsweise der Entsendung eines Beobachters ihre Aktionen zu koordinieren.

99

**Zusammenstellung der Vorschläge zur Sicherheitsfrage  
Berlin o.D. (Anfang Januar 1925)**

*Original. PA, R 29083.<sup>1</sup>*

1. Vorschlag Cuno vom Dezember 1922.<sup>2</sup>

Die am Rhein interessierten Mächte, nämlich Frankreich, England, Italien und Deutschland, verpflichten sich gegenseitig zu treuen Händen der Regierung der Vereinigten Staaten feierlich, für ein Menschenalter ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmung keinen Krieg gegeneinander zu führen.

2. Vorschlag Gaus vom Mai 1923.<sup>3</sup>

1.) Die am Rhein interessierten Staaten, nämlich Deutschland, Frankreich, England, Belgien, Holland, die Schweiz und Luxemburg, verpflichten sich, gegenseitig die Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietsstandes am Rhein unverbrüchlich zu achten. Sie garantieren, und zwar sowohl gemeinsam als auch jeder Staat für sich, die Erfüllung dieser Verpflichtung und werden jede Handlung, die der Verpflichtung zuwiderläuft, als eine gemeinsame und eigene Sache ansehen.

2.) In gleicher Weise garantieren die genannten Staaten die Erfüllung der Deutschland in den Artikeln 42 und 43 des Vertrages von Versailles auferlegten Verpflichtungen zur Entmilitarisierung des linken Rheinuferes.<sup>4</sup>

3.) Deutschland und Frankreich verpflichten sich unter der Garantie der übrigen Staaten, alle zwischen ihnen entstehenden Streitfragen, die nicht auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, in einem friedlichen internationalen Verfahren zu behandeln. Dieses Verfahren besteht für alle Streitigkeiten rechtlicher Art in einem schiedsgerichtlichen Verfahren, für alle übrigen Streitigkeiten in einem Vergleichsverfahren nach dem Muster der Bryanschen Verträge.

4.) Der Pakt wird für die Dauer von 99 Jahren abgeschlossen.

---

<sup>1</sup> Hschr. Bemerkung Schuberts im Kopf des Schriftstücks: „Realer Vorschlag – oder nichts.  
1) Lokale Sicherheiten (éléments stables [ständige Überwachungseinrichtungen im entmilitarisierten Rheinland] – nur erträglich, wenn gegenseitig) 2) Vertragliche Sicherheiten a) [gegen] Krieg b) Frankreichs Besitzstand am Rhein garantiert“.-PA, R 29083.

<sup>2</sup> AR, Kab. Cuno, S. 109 Anm. 9.

<sup>3</sup> Dok. 60 mit einigen kleinen Formulierungsunterschieden.

<sup>4</sup> Hschr. Randbemerkung Schuberts: „Frühere Räumung des Rheinlandes“.

(Neben dem Rheinpakt wäre Deutschland bereit, einen allgemeinen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag in demselben Umfange wie mit Frankreich auch mit seinen anderen Nachbarn<sup>5</sup> abzuschließen.)<sup>6</sup>

## 100

**Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce (gekürzt)**  
**Berlin, 12. Januar 1925**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Material aus P.<sup>1</sup>*

Ausschließlich persönlich!

Mein lieber Dufour!

Vielen Dank für Ihren handschriftlichen Brief vom 8. ds. Mts. und nochmals herzlichen Dank für Ihren wahrhaft freundschaftlichen Wink.<sup>2</sup>

Ich muß allerdings offen gestehen, daß mich Ihr erneuter<sup>3</sup> Hinweis auf die Bekenntnisse meiner intimen Mitarbeiter nicht nur traurig gestimmt, sondern allmählich auch etwas nervös gemacht hat. Ich selbst bemühe mich, wenn es mir auch schwerfällt, alle Kritik auch dann zu ertragen, wenn sie nicht rein sachlich vorgebracht werden sollte; mir ist das schließlich in Berlin, wo alle Leute hypernervös sind, des öfteren passiert. Dasselbe verlange ich aber auch von meinen Mitarbeitern. Wenn ich hier Mitarbeiter habe, die mir die große und ehrliche Anerkennung, die ich ihnen zolle, und auch offen zum Ausdruck bringe, dadurch lohnen, daß sie sich wehmütig über rein äußerliche Vorkommnisse beschweren, so können mir diese Mitarbeiter gestohlen werden. Mimosenhafte Mitarbeiter kann ich nicht gebrauchen; dann muß ich mir eben andere suchen, die mehr Verständnis dafür haben, daß ein bisweilen nicht ganz abgewogenes Wort nur dann verletzt, wenn man voraussetzen muß, daß es böse oder unehrlich gemeint ist. Intentionen dieser beiden Arten kann man mir aber, hoffe ich, wenn man mich genauer kennt, nicht vorwerfen.

Der Posten, den ich zu bekleiden habe, ist schwer, verantwortungsreich und aufreibend, ebenso wie überhaupt die Arbeit im Auswärtigen Amt. Für Intriguen

<sup>5</sup> Bezieht sich vor allem auf Polen und die Tschechoslowakei.

<sup>6</sup> Dieses Dok. schickte Gaus am 12. Januar 1925 (Begleitschreiben ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 36-39) an Bülow, der u.a. zu Erkundungen in der Sicherheitsfrage und Militärkontrolle in London war.

<sup>1</sup> Hierbei handelt es sich um Schriftstücke, die Schubert aus den Akten St.S. P (PA, R 29304ff.) zurückbehält, als diese von Bülow nach Schuberts Verabschiedung für das PA zurückgefordert wurden (siehe Dok. 98 Anm. 1).

<sup>2</sup> PA, R 29304.

<sup>3</sup> Siehe auch Dufour-Schubert, 24. Dezember 1924, Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Bd. 24.



irgendwelcher Art darf, und für zarte Rücksichtnahme auf seelische Stimmungen kann unter diesen Voraussetzungen im Auswärtigen Amt kein Platz sein; in letzterer Beziehung liegen die Verhältnisse auf auswärtigen Posten – ich kenne die Verhältnisse von meiner Tätigkeit auf sechs auswärtigen Posten her<sup>4</sup> – vielleicht doch etwas anders. Das kommt wohl daher, daß eine so große und vielfältige Behörde nur durch eiserne Disziplin und eine vielleicht manchmal etwas harte Geschäftsmäßigkeit zusammengehalten werden kann. Es ist ein bisweilen etwas rohes Gewerbe, das wir hier betreiben, lieber Freund; das ist es aber nur äußerlich. Übrigens kann es bei einem solchen Gewerbe natürlich vorkommen, daß selbst bei den tüchtigsten und vernünftigsten Menschen gelegentlich Ausbrüche der Melancholie vorkommen; das braucht man nicht so tragisch zu nehmen. Wird aber ein solcher Zustand chronisch, so hört der Spaß auf, nur eine Kur im Ausland kann dann vielleicht noch helfen.

Anders liegt es natürlich, wenn es sich um Rücksichtnahme auf materielle, körperliche und besonders auch geistige Nöte handelt; ein Mitglied des Amts, das auf solche Nöte eines Kollegen nicht Rücksicht nimmt, soll der Teufel holen.

Glauben Sie bitte nicht, daß ich plötzlich den Größenwahn bekommen habe oder sonst übergeschnappt bin. Sie sind aber wohl der einzige, dem gegenüber ich meinem gepreßten Herzen auch in anderer Richtung einmal Luft machen kann und das habe ich hiermit ergiebig getan.

Eigentlich berührt es mich wehmütig, daß Sie mir im allgemeinen nicht mehr direkt schreiben, sondern nur noch Durchschläge Ihrer Briefe an de Haas schicken wollen. Ich hatte diese Briefe immer besonders gern, da ich auf diese Weise einen persönlichen Kontakt mit Ihnen und der Londoner Luft behielt, der mir besonders wertvoll war. Dieser Kontakt geht natürlich etwas verloren, wenn Sie an andere Leute schreiben.

Unsere Kabinettsbildung hat immer noch nicht zu einem Erfolge geführt und es ist auch noch nicht abzusehen, wann und wie sie gelingen wird.<sup>5</sup> Ich halte diesen Zustand für außerordentlich bedauerlich und habe dies allen Parlamentariern gesagt, die ich in letzter Zeit sprach. Alle stimmten meiner Ansicht zu: keiner aber wußte einen wirklichen Ausweg. Es liegt auf der Hand, daß dieser Zustand auch auf die ungünstige Entwicklung der außenpolitischen Lage zurückzuführen ist. Besonders hoffe ich, daß uns das berühmte Material der Militär-Kontroll-Kommission möglichst umgehend zugestellt wird, es wäre unerhört, wenn man damit noch länger warten wollte. Ganz unerhört aber wäre es, wenn man uns nur einen Auszug aus dem Bericht mitteilen würde.<sup>6</sup>

Daß Sie dem guten Lampson so energisch erwidert haben, ist sehr dankenswert.<sup>7</sup> Ich verstehe garnicht, wie er die hiesige Stimmung und auch die Berechti-

<sup>4</sup> Im Verlaufe seiner Karriere war Schubert vor 1914 in Washington, Brüssel, Lissabon, Bern und London gewesen, 1920 noch einmal in London.

<sup>5</sup> Zum Rücktritt des Kabinetts Marx II und der Bildung des Kabinetts Luther siehe Schultheß', Bd. 66 (1925), S. 7f.

<sup>6</sup> Siehe dazu ADAP, Serie A, Bde. XII, S. XXIf., und XIII, S. XX-XXII; dazu Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle, S. 288-90.

<sup>7</sup> Zum Zusammenhang ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 9 Anm. 5 und Sthamers Bericht vom 8. Januar 1925, ebd., S. 24-26.

gung der hiesigen Stimmung so unterschätzen konnte. Es ist überhaupt verwunderlich, daß nicht noch sehr viel stärkere Ausbrüche erfolgt sind!

[...]⁸

Mit aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr stets treu ergebener

## 101

### Notizen von Schuberts über ein Gespräch mit dem britischen Botschafter Lord D'Abernon am 14. Januar 1925 Grünhaus, Winter 1932/33

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu St.S. FS, Bd. 1 (PA, R 29083).<sup>1</sup>*

Mein Gespräch mit Lord D'Abernon vom 14. Januar 1925.

Ich setzte ihm meine Ansichten auf Grund eines Schemas für die Lösung der Sicherheitsfrage<sup>2</sup> auseinander.

Ich fragte den Botschafter nach seiner Ansicht, wie wir seiner Meinung nach am besten taktisch vorgehen können: ob er vielleicht dazu raten könnte, eine offizielle Demarche in London und Paris zu unternehmen. Lord D'Abernon erwiderte, hiervon müsse er doch wohl abraten. Erstens schien er der Meinung zu sein, daß eine solche offizielle Demarche vielleicht gewisse Gefahren in sich bergen würde, weil man nie wissen könne, ob die betreffenden Botschafter auch die richtige Form wählen würden. Zweitens schien er dagegen zu sein, diese Demarche auch gleichzeitig schon in Paris zu unternehmen.

Ich erwiderte, ich hätte Bedenken, eine solche Demarche nur in London zu unternehmen, denn ich müßte befürchten, daß man uns dann wieder den Vorwurf machen könnte, daß wir versuchten, einseitig in London eine Sache in Schwung zu bringen, die vielleicht eine Spitze gegen Frankreich haben könnte.

Der Botschafter hatte hierfür Verständnis und meinte, dann werde es wohl am besten sein, wenn ich ihm ein Memorandum über unseren Vorschlag einhändigte, das er dann nach London weitergeben könnte.<sup>3</sup> Er glaube, das ein solcher Vorschlag Herrn Chamberlain sehr angenehm sein würde. .... Er könne natürlich nicht garantieren, welche Aufnahme unser Vorschlag in London haben würde. Immerhin aber komme auf diese Weise die Konversation über die Sicherheitsfrage in Gang, und dies halte er für äußerst wichtig.<sup>4</sup>

<sup>8</sup> Schubert empfahl Dufour eine Reihe von Persönlichkeiten, die ihm aus seiner Vorkriegszeit in London bekannt waren.

<sup>1</sup> Vollständig: ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 50-54.

<sup>2</sup> Ebd., S. 53f.

<sup>3</sup> Das als Sicherheitsmemorandum bezeichnete Schriftstück übergab Schubert am 20. Januar 1925 an D'Abernon. Die Modalitäten des Sicherheitsmemorandums erläuterte Schubert dabei eingehend. Memorandum und Aufz. ebd., S. 84-89.

<sup>4</sup> Vgl. auch die ebd., S. XXXIXff. genannten Dok.

**Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce  
Berlin, 19. Januar 1925**

*Durchschrift. PA, R 29304.*

Persönlich!

Mein lieber Dufour!

Vielen herzlichen Dank für Ihre letzten beiden Briefe. Sie brauchen wirklich keinerlei Besorgnis zu haben, mein lieber alter Freund, daß Sie mit Ihrem freundlichen Wink das Gegenteil erzielt hätten, was Sie beabsichtigten, Sie haben, wie üblich, damit nur Gutes gestiftet!<sup>1</sup>

Ihre Ausführungen zur Sicherheitsfrage haben mich sehr interessiert. Wie Sie aus dem heutigen Geheimerlaß<sup>2</sup> ersehen werden, haben wir uns kurz entschlossen, nunmehr ins kalte Wasser zu springen. Hoffentlich kommt etwas dabei heraus!<sup>3</sup>

Wir haben nun auch endlich nach schrecklichem Würgen eine neue Regierung.<sup>4</sup> Ob sie Bestand haben wird, steht dahin. Ich hoffe aber doch, daß sie einige Zeit am Ruder bleiben wird, denn eine gewisse Stabilität haben wir doch dringend nötig. Daß die Franzosen dieses Kabinett mit Geifer bespritzen, war vorauszusehen. Weniger erfreut bin ich über die Aufnahme in Amerika und auch in England. Wir müssen alles tun, um den Leuten überall klarzumachen, daß dieses Kabinett den einzigen Ausweg darstellt, der bei der verfahrenen innerpolitischen Lage zu finden war, die wiederum hauptsächlich durch die schmäbliche Behandlung entstanden

---

<sup>1</sup> Dazu hatte Schubert bereits am 5. Januar 1925 an Dufour geschrieben: „Vielen ganz herzlichen Dank auch für Ihre Andeutung wegen meiner Mitarbeiter. Ich werde mir Ihren Wink durchaus zu Herzen nehmen und gerade in meiner jetzigen Stellung, wo alles sehr schnell gehen muß, ihn befolgen. Ich glaube allerdings, daß man Ihnen doch etwas zu schreckliche Sachen erzählt hat. Ich kann mir denken, daß der brave H[orstmann] Ihnen sein Leid geklagt hat, den ich allerdings mehrfach sehr schlecht behandelt habe, da er faul und indolent war. Ich habe aber das Gefühl, daß meine anderen intimen Mitarbeiter mich ganz gern haben, sonst würden sie sich auch, glaube ich, nicht in geradezu rührender Weise in Stücke reißen, wenn ich Ihnen sage, daß es irgendwo brennt.“-PA, R 29304, auch Dok. 100. Schubert war gerade bei den jüngeren Mitarbeitern des Amtes wegen seiner Grobheit und seines pedantischen Wesens gefürchtet. Vgl. Koszyk, Gustav Stresemann, S. 284, und Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne, S. 44.

<sup>2</sup> ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 84-92 und Anm. 2 dazu.

<sup>3</sup> Zu den Gefahren für die Sicherheitsinitiative schreibt Schubert am 25. Januar 1925 an Dufour: „Wir müssen in dieser Sache außerordentlich behutsam vorgehen. Sehr störend sind natürlich die Äußerungen in der französischen Presse, die, von einer ganz bestimmten französischen Clique ausgehend, das Ziel verfolgen, eine Förderung der Sicherheitsfrage, die ja in der Luft liegt, zu hintertreiben. Die Sache muß ganz geheim gehalten werden. Hierzu ist es notwendig, daß nur ein streng begrenzter Kreis von Persönlichkeiten über diese Sache Bescheid weiß. Im Amt behandle ich die Sache ganz allein mit dem Minister [...]“-PA, R 29304.

<sup>4</sup> Siehe AR, Kab. Luther I. u. II, Bd. 1, S. XIX-XXIV.

war, die man uns in der Frage der Räumung der Zone zuteil werden ließ.<sup>5</sup> Es kann keine Rede davon sein, daß dieses Kabinett einen ausgesprochen reaktionären Anstrich hat. Man sollte auch mehr die Schwierigkeiten anerkennen, mit denen insbesondere Herr Stresemann zu kämpfen hat, der immerhin doch der Politik des vorigen Jahres seinen Stempel aufgedrückt hat, einer Politik, mit der doch, weiß Gott, das Ausland einverstanden sein kann. Wenn Herr Stresemann manchmal lavieren mußte, so liegt dies in der Natur der Sache begründet und ist kein Beweis dafür, daß er nicht ehrlich bestrebt ist, die im vorigen Jahr inaugurierte deutsche Politik weiterzuführen.<sup>6</sup>

Wir bedauern das Fortgehen von Houghton auf das Lebhafteste. Eine offizielle Mitteilung hierüber ist uns übrigens noch nicht zugegangen, jedoch glaube ich, daß die Tatsache feststeht. Natürlich werde ich Houghton besonders auf Sie aufmerksam machen. Sie müssen dann, wie ich so oft, bisweilen zu ihm am späteren Abend zum Cocktail gehen. Ich glaube, daß gerade Sie sich mit ihm ausgezeichnet verstehen werden. Auch ich bin mit Ihnen der Meinung, daß wir zufrieden sein können, daß gerade Houghton nach London geht. Weniger beruhigt aber bin ich über die Frage seines Nachfolgers. Wir haben gerade jetzt einen absolut zuverlässigen Vertreter Amerikas hier nötig, dazu einen Mann, mit dem man gemütlich und vernünftig plaudern kann. Denn wenn diese Voraussetzung fehlt, kommt man bekanntlich gerade bei Amerikanern nicht weiter.

Ich muß in den Reichstag und schließe deshalb mit aufrichtigsten Grüßen  
als Ihr stets treu ergebener

[hschr., wohl von Strohm:] St.S.

<sup>5</sup> Am 13. Januar 1925 hatte Schubert die Räumung der Kölner Zone gegenüber Margerie angesprochen: „Bei einem Punkt des Gesprächs meinte der Französische Botschafter, es handle sich bei der Behandlung der Räumungsfrage eben um das wichtigste Problem Frankreichs, nämlich die Sicherheitsfrage [hschr. unterstrichen]. Ich stimmte dem Botschafter hierin bei und äußerte, hieraus ginge schon hervor, daß es sich bei dem ganzen Fragenkomplex um eine politische Frage handele, die doch schließlich nur von Politikern letzten Endes behandelt werden könne. Wir gingen auf dieses Thema im übrigen nicht näher ein, ich erwähnte nur, daß diese Frage natürlich viele Facetten habe.“-Aufz. Schuberts, PA, R 29083.

<sup>6</sup> Zu Stresemanns Schwierigkeiten siehe sein Tel. an die Botschaft Paris vom 15. Januar 1925, ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 57-60.

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit  
dem Reichstagsabgeordneten Hilferding (SPD)  
Berlin, 3. Februar 1925**

*Original. PA, R 29083.*

Ganz geheim!

Herr Hilferding suchte mich heute auf und teilte mir strengstens vertraulich mit, daß der General-Sekretär der französischen Sozialisten-Partei die hiesigen Sozialisten aufgefordert habe, nicht nur zur Sitzung des sozialistischen Kongresses am 8. d.M. nach Grenoble zu kommen, sondern auch sich mit ihnen ganz vertraulich entweder vor oder nach dem Kongreß in Paris zu treffen. Daraufhin wollen Herr Hilferding und Herr Breitscheid wahrscheinlich morgen abend nach Paris fahren, wo sie Gelegenheit haben werden, nicht nur über allgemeine sozialistische Themata, sondern auch über die Frankreich und Deutschland besonders interessierenden Probleme zu sprechen.

Ich war mir mit Herrn Hilferding darüber einig, daß die Sicherheitsfrage das Grundproblem ist. Ich sagte Herrn Hilferding, daß die Sicherheitsfrage einerseits die Basis für alle anderen schwebenden Streitfragen sei, wie z.B. die Entwaffnungs- und die Räumungsfrage, und daß andererseits gewisse Franzosen versuchten, die Sicherheitsfrage als Vorwand zu benutzen, um dahinter alle möglichen anderen Fragen zu unseren Ungunsten zu entscheiden.

Herr Hilferding stimmte mir in dieser Auffassung vollkommen bei.

Ich sagte sodann Herrn Hilferding mit der Bitte, meine Mitteilungen strengstens vertraulich zu behandeln und sie nur allein an Herrn Breitscheid weiterzugeben, daß wir gewisse Sondierungen in fremden Ländern hätten eintreten lassen und sie auch weiterhin verfolgten.<sup>1</sup> Wir erwögen ferner die Möglichkeit, auch eine gewisse Demarche zu unternehmen, wir seien uns aber klar darüber, daß eine solche Demarche nur dann Erfolg haben könne, wenn sie in der Form ganz vertraulicher Besprechungen erfolge und durchaus ernst genommen würde. Wir hätten nicht vor, eine Demarche für die Galerie zu unternehmen, denn dabei werde nicht das Geringste herauskommen. Auch beabsichtigten wir nicht, etwa in Paris bestimmte Anträge zu stellen oder Vorschläge zu machen; unsere Absicht ginge vielmehr dahin, lediglich unsere Ansichten darzulegen und es dann event. Herrn Herriot zu überlassen, ob er auf diese Gedankengänge eingehen wolle oder nicht. In unseren Bestrebungen würden wir außerordentlich gestört durch die französischen Presseäußerungen, die anscheinend durch eine öffentliche Diskussion der Materie das Ziel verfolgten, eventuelle Aktionen in der Sicherheitsfrage von vornherein tot zu machen. Ferner aber würden wir auch gestört durch gänzlich inopportune Arti-

---

<sup>1</sup> Siehe Dok. 101 Anm. 3 und Dok. 104.

kel in der deutschen Presse wie z.B. den Artikel in der Germania<sup>2</sup>, mit dem wir nicht nur nicht das Geringste zu tun hätten, dessen Erscheinen wir vielmehr außerordentlich bedauerten.

Herr Hilferding fragte, ob wir eine Konferenz der Minister der beteiligten Mächte herbeizuführen beabsichtigten. Ich erwiderte, dieses Ziel könne vielleicht letzten Endes auch erreicht werden; vorläufig aber würden wir, wenn überhaupt, nur diplomatische Verhandlungen führen. Ich machte ihm nochmals klar, daß solche Verhandlungen und Besprechungen nur dann Erfolg haben könnten, wenn sie unter Wahrung des größten Geheimnisses stattfänden. Herr Hilferding teilte meine Ansicht durchaus.

Ich ging dann auf die meritorische Seite der Sache ein und setzte Herrn Hilferding an Hand des bekannten Schemas des Herrn Gaus<sup>3</sup> die verschiedenen Lösungen der Sicherheitsfrage auseinander. Ich wies besonders daraufhin, daß für uns die Annahme von Garantien an Ort und Stelle, die von den Franzosen als „garanties physiques“ bezeichneten Garantien selbstverständlich ganz unannehmbar seien.

Ich machte Herrn Hilferding darauf aufmerksam, daß sich die französische Idee in dieser Hinsicht bereits in dem Investigationsprogramm des Völkerbundes<sup>4</sup> durchgesetzt habe, wo von „éléments stables“ die Rede sei, eine Bestimmung, die sich ebenfalls, wenn auch in etwas anderer Form in dem Völkerbundsprotokoll vorfinde. Ich bat Herrn Hilferding, doch seinen Einfluß bei seinen französischen Freunden dahin auszuüben, daß sie Herrn Herriot dahin brächten, von diesen Garantien Abstand zu nehmen und sich vielmehr den vertraglichen Garantien zuzuwenden.

Herr Hilferding teilte vollkommen meine Meinung und versprach mir, unter der Hand und ganz vertraulich in diesem Sinne zu wirken. Er war mit mir der Ansicht, daß es nicht zweckmäßig sein würde, wenn diese Sache in der Öffentlichkeit ventilert würde, auch nicht auf dem Kongreß in Grenoble.

Bei Erörterung der Garantierung der Grenzen machte ich Herrn Hilferding mit meinen Ideen über eine Sicherung Frankreichs gegen den Verdacht bekannt, daß wir nach Abschluß eines Grenzpaktes mit Frankreich uns auf die Polen stürzen würden. Herr Hilferding meinte, ob wir dann das Versprechen abgeben könnten, daß wir keine gewaltsame Änderung der Grenzen Polens vornehmen würden. Ich erwiderte, eine solche Äußerung könne vielleicht vertraulich gegenüber den Franzosen fallen gelassen werden, im übrigen aber werde es uns lieber sein, wenn wir lediglich sagten, wir wünschten einen Schiedsvertrag abzuschließen, der einen Krieg zwischen Deutschland und Polen nach menschlichen Ermessen unmöglich mache.

Ich machte Herrn Hilferding auf die Einwände aufmerksam, die uns gegenüber irgend einer Aktion in der Sicherheitsfrage geltend gemacht würden, es seien dies:

<sup>2</sup> Offensichtlich gemeint ein Artikel vom 25. Januar 1925, Nr. 41, „Deutschland und Frankreich“; dazu ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 131 Anm. 5-8. Siehe auch DBFP, Serie 1, Bd. XXVII, S. 293.

<sup>3</sup> Siehe Dok. 99 und Dok. 101 Anm. 2.

<sup>4</sup> Dazu ADAP, Serie A, Bd. XI, S. 249 Anm. 8.

1. Der event[uelle] Vorwurf, daß wir eine Diversion in der Entwaffnungsfrage und auch in der Räumungsfrage beabsichtigten. Ich setzte ihm auseinander, daß ein solcher Vorwurf leicht ausgeräumt werden könne.

2. Daß man uns vorwerfen könnte, daß wir durch derartige Anregungen das Genfer Protokoll<sup>5</sup> umstoßen wollten. Im Gegenteil könnte man sagen, daß unser Vorschlag geeignet sei, eine internationale Vereinbarung nach dem Muster des Genfer Protokolls nicht nur zu erleichtern, sondern eine solche Vereinbarung sogar unter Umständen erst möglich zu machen.

3. Daß ein von der jetzigen Regierung ausgehender Vorschlag mit dem größten Mißtrauen von Frankreich betrachtet werden müsse. Ich sagte Herrn Hilferding, gerade das Umgekehrte sei der Fall: Ein mit der jetzigen Regierung abgeschlossener Pakt müsse doch naturgemäß den Franzosen viel größere Garantien geben, als ein von einer sozialistischen Regierung oder von einer Regierung der Mitte ausgehender Pakt.

Herr Hilferding kam dann noch auf den Völkerbund zu sprechen und setzte mir auseinander, die Regierung müsse unbedingt ihre bisherige Haltung in dieser Frage ändern. Es sei absolut notwendig, daß wir in den Völkerbund einträten. Der Vorbehalt wegen Artikel 16 [der Völkerbundssatzung]<sup>6</sup> sei ja doch nicht aufrecht zu erhalten, da die anderen Mächte niemals darauf eingehen würden, uns vor Eintritt in den Völkerbund von diesem Artikel zu entbinden. Andererseits sei der Artikel für uns auch ohne praktische Bedeutung und endlich sei es ganz falsch, annehmen zu wollen, daß die Russen mit uns brechen würden, wenn wir ohne Vorbehalt wegen des Artikels 16 in den Völkerbund einträten. Die Russen würden nicht daran denken, dies zu tun, denn sie seien auf uns angewiesen. Bei dieser Gelegenheit betonte Herr Hilferding sehr energisch, daß nicht daran zu denken sei, daß die Franzosen in absehbarer Zeit sich mit den Russen einigen würden.

Herr Hilferding versprach mir am Schlusse seiner Unterredung in die Hand, daß er meine Gedanken strengstens vertraulich behandeln, und daß er auf seine französischen Freunde – er nannte insbesondere Blum –, in dem gewünschten Sinne einwirken werde.<sup>7</sup>

Sch[ubert]

---

<sup>5</sup> Société des Nations, Journal Officiel, Supplément spécial 23, S. 502-06, siehe auch Dok. 92 u. 97.

<sup>6</sup> Er sah Sanktionen aller Völkerbundsmitglieder gegen Mitglieder vor, die einen unrechtmäßigen Krieg begannen. In Verbindung mit Artikel 17, Absatz 1 u. 3 konnte er auch auf Nichtmitglieder angewandt werden.

<sup>7</sup> Hilferding berichtete am 20. Februar 1925 über seine Gespräche; Aufz. Schuberts, PA, R 29084.

**Von Schubert an Botschafter von Hoesch (leicht gekürzt)**  
**Berlin, 5. Februar 1925**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Material aus P.*

Mein lieber Leopold!

[...]¹

Mit heutigen Kurier erhältst Du nun eine definitive Instruktion für ein Gespräch mit Herrn Herriot.<sup>2</sup> Wir halten, wie Du aus dem Erlaß ersiehst, es für sehr notwendig, diese Besprechung möglichst bald herbeizuführen. Natürlich möchte ich nicht, daß Du Dich hierdurch in Deiner körperlichen Pflege stören läßt; wenn Du aber soweit bist, daß Du ohne Beschwerden zum Quai d'Orsay gehen kannst, wäre es wirklich gut, wenn die Sache ohne weiteren Verzug vom Stapel liefe.

Ich habe wirklich die größte Besorgnis, daß in den nächsten Tagen etwas sich ereignen könnte, was uns unter Umständen den Schritt bei Herriot sehr erschweren oder vielleicht sogar unmöglich machen könnte!<sup>3</sup>

Ich möchte Dir übrigens ganz vertraulich mitteilen, daß ich kürzlich Herrn Hilferding,<sup>4</sup> der sich zu der am 8. d.M. stattfindenden Sitzung des Sozialistenkongresses mit Herrn Breitscheid nach Grenoble begibt, über die allgemeinen Umriss unserer Gedanken orientiert habe. Ich habe aber Herrn Hilferding nichts davon gesagt, daß wir schon so bald eine offizielle Instruktion wegen einer Demarche bei Herrn Herriot schicken würden. Herr Hilferding war im übrigen durchaus darin mit mir einverstanden, daß man alles tun müsse, um von jetzt ab diplomatische Besprechungen ganz unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu führen. Er hat mir, zugleich im Namen von Herrn Breitscheid, versprochen, über meine Mitteilungen an ihn das allerstrengste Stillschweigen zu beobachten.

Wie er mir, ebenfalls ganz vertraulich, mitteilte, reist er von Grenoble nach Paris auf eine sehr vertrauliche Einladung der dortigen Sozialisten, die sich mit den beiden Herren nicht nur über internationale sozialistische Probleme, sondern insbesondere auch über das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich unterhalten wollen.<sup>5</sup> Ich glaube, daß die beiden deutschen Sozialdemokraten uns auch in der Sicherheitsfrage eine gewisse Hilfestellung geben können und auch geben werden. Herr Hilferding war außerordentlich verständig, und ich glaube dasselbe nach meinen letzten Erfahrungen auch von Herrn Breitscheid annehmen zu können.

<sup>1</sup> Schubert befaßte sich mit einem Autounfall Hoeschs; dazu ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 185 Anm. 8.

<sup>2</sup> Ebd., S. 163-68; dazu Tel. Schuberts vom 6. Februar, ebd., S. 183-85.

<sup>3</sup> Über taktische Bedenken in der Sicherheitsfrage hatte Schubert Hoesch bereits ausführlich am 27. Januar 1925 telegraphiert, ebd., S. 130-32.

<sup>4</sup> Dok. 103.

<sup>5</sup> Siehe Dok. 103 Anm. 7. Am 9. März 1925 hatte Schubert mit Breitscheid und Grumbach eine längere Unterredung über die Sicherheitsfrage, Aufz. Schuberts, PA, R 29085.



Sollten Dich die Herren aufsuchen, so würde ich Dich bitten, sie sehr freundlich zu empfangen, ihnen gegenüber aber meinen Brief an Dich nicht zu erwähnen. Ob Du ihnen etwas von der wohl dann inzwischen erfolgten Demarche sagen kannst, läßt sich natürlich im Augenblick schwer beurteilen. Ich glaube, daß man Ihnen ein ziemlich weitgehendes Vertrauen schenken kann, andererseits aber müssen wir eben doch versuchen, in Zukunft solche diplomatischen Erörterungen ganz geheim zu führen. Wenn dies gelingt, so können wir natürlich in Zukunft selbst solchen Herren gegenüber in der Geheimhaltung keine Ausnahme machen.

Mit aufrichtigsten Grüßen und nochmaligen herzlichsten Wünschen für eine gute Besserung  
bin ich  
Dein stets getreuer

105

**Von Schubert an Botschafter Frhr. von Neurath (gekürzt)**  
**Berlin, 6. Februar 1925**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Material aus P.*

Lieber Baron Neurath!

Für Ihre sehr freundlichen Wünsche zum Antritt meines neuen Amtes<sup>1</sup> spreche ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank aus. Es war sehr freundlich von Ihnen, meiner zu gedenken! Sie werden sich vorstellen können, daß mir vorläufig noch nicht sehr wohl zu Mute ist. Die Arbeitslast ist ganz ungeheuer groß und auch die Verantwortung ist nicht klein, da gerade jetzt auf vielen Gebieten Entscheidungen getroffen werden müssen, die eigentlich einer längeren Überlegung bedürfen, zu der man aber oft nicht die Zeit hat.

Obwohl ich wußte, daß ich vielleicht zum Nachfolger Maltzans bestimmt werden würde, hatte ich doch mit ziemlicher Sicherheit darauf gerechnet, daß Maltzan diesen Winter noch bleiben würde. Die Notwendigkeit, den Washingtoner Posten neu zu besetzen, wurde aber so plötzlich akut, daß sich Maltzan sehr schnell entschließen mußte. So bin ich denn gewissermaßen eher unerwartet in den neuen Posten hineingestolpert.

Auf manchen Gebieten war ich ja bereits eingearbeitet, auf vielen anderen aber war ich bis jetzt nur gewissermaßen Zuschauer.<sup>2</sup> Dies trifft auch bis zu einem gewissen Grade bei Italien zu und ich bin Ihnen deshalb zu ganz besonderem Dank verpflichtet, daß Sie mir freundlicherweise sagten, ich könne mich jederzeit auf Ih-

---

<sup>1</sup> Hschr. Brief Neuraths vom 27. Januar 1925, Nl. v. Schubert, Material aus P.

<sup>2</sup> Als Rosenberg Schubert am 24. Januar 1925 zu seinem neuen Amt und den damit verbundenen Aufgaben gratulierte, schrieb dieser an den Rand: „Als ob das für mich neue Probleme seien!“-PA, R 29304.

re Unterstützung verlassen. Ich habe, wie Sie sich denken können, seit Jahren ein sehr enges Verhältnis zur Botschaft in London; auch mit Hoesch stehe ich in intimerem Gedankenaustausch, ebenso wie neuerdings mit [Brockdorff-]Rantzau und auch mit Maltzan werde ich unsere hier bestehende vierjährige Ehe per distance in Washington fortzuführen versuchen. Umso wertvoller wäre es mir daher, wenn ich auch mit Ihnen nicht theoretisch, sondern praktisch einen solchen Gedankenaustausch je nach Bedarf pflegen dürfte. Sie werden auf regelmäßige geistvolle Ausführungen meinerseits etwa in Privatbriefen wohl kaum Wert legen, auch muß ich Ihnen offen gestehen, daß mir hierfür natürlich die Zeit fehlen würde. In besonders akuten Fällen aber werden Sie mir gestatten, daß ich mich vertrauensvoll an Sie wenden darf und stelle mich für denselben Zweck ganz zu Ihrer Verfügung. Sie müssen mir dabei vorläufig aber noch zu Gute halten, daß ich über Italien zur Zeit noch nicht so Bescheid weiß, wie über manche anderen Länder, in denen ich, wie z. B. in England, auch persönlich in letzter Zeit Eindrücke sammeln konnte. Ich danke Ihnen auch sehr für Ihren Brief über die Idee einer Zusammenkunft der Gesandten in den Balkanländern unter eventueller Beteiligung der Botschaft in Rom. Ich stimme Ihnen ganz darin bei, daß diese Zusammenkunft selbstverständlich in Berlin stattfinden sollte.

[...]³

Mit dem heute abgehenden Sonderkurier erhalten Sie einen Erlaß von großer Tragweite über die Sicherheitsfrage.<sup>4</sup> Hoffentlich genügen Ihnen die Ausführungen dieses Erlasses, um Sie über die sehr komplizierte Materie, die wir hier genau studiert haben, ins Bild zu setzen. Sollte noch irgendein Punkt der Aufklärung bedürfen, so bitte ich, mir an meine persönliche Adresse zu telegrafieren.

Sie werden vielleicht denken, daß wir jetzt hier eine Geheimniskrämerei ersten Ranges betreiben. Es ist aber tatsächlich endlich notwendig, eine Sache wieder einmal strikte geheim zu behandeln, über die hier außer Herrn Gaus und mir ausschließlich der Reichskanzler und der Reichsminister wissen.<sup>5</sup>

Natürlich ist es ganz fürchterlich, wie wir durch inopportune Äußerungen der Presse gestört werden. Sie können sich darauf verlassen, daß alle Presseäußerungen, welche von „Demarchen oder sonstigen Aktionen“ in der Frage wissen wollen, durchaus gegen unseren Willen erschienen sind. Besonderes Unheil hat vor kurzem ein Germania-Artikel angestiftet, über dessen Erscheinen wir vorher in keiner Weise orientiert waren.<sup>6</sup> Sie können alle diese Artikel mit bestem Gewissen durchaus dementieren.

Mit aufrichtigsten Grüßen bin ich

<sup>3</sup> Schubert ging hier auf eine geplante Reise Olshausens nach Italien ein.

<sup>4</sup> PA, R 29083.

<sup>5</sup> Besonders heikel war die Frage der deutsch-polnischen Grenze, siehe Schuberts Schreiben an Brockdorff-Rantzau vom 12. Februar 1925, ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 218-20; und Dok. 114.

<sup>6</sup> Vom 25. Januar 1925, siehe dazu auch Dok. 103 Anm. 2.

**Von Schubert an Botschafter Sthamer  
Berlin, 9. Februar 1925**

*Durchschrift. PA, R 29084.*

Ausschließlich persönlich!

Sehr verehrter Herr Sthamer!

Auch auf diesem Wege noch meinen besten Dank für die Aufklärung, die Sie uns über den bewußten Punkt Ihres Gespräches mit Chamberlain sandten.<sup>1</sup> Wir wissen nun genau Bescheid, was für die taktische Behandlung der Sache sehr wichtig ist.

Mit heutigem Kurier erhalten Sie einen geheimen Erlaß,<sup>2</sup> aus dem Sie ersehen, wie wir die Sache in Paris weiterzuführen gedenken. Unglückseligerweise haben wir in dieser Beziehung mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen, da leider Hoesch einen Autounfall erlitten hat, der zwar nicht gefährlich war, aber immerhin eine Operation notwendig machte, sodaß Hoesch voraussichtlich in dieser Woche noch aktionsunfähig sein wird. Infolgedessen müssen wir wahrscheinlich die Aktion durch den zweiten Sekretär der Botschaft, Herrn Forster, vornehmen lassen, was die Stoßkraft der Aktion natürlich nicht erhöht.

Sehr schwierig wird nun mein Verhalten Lord D'Abernon gegenüber, mit dem ich bisher ja mit ziemlicher Offenheit über alle unsere Schritte gesprochen habe, und dessen Vertrauen ich mir nicht verscherzen will. Auf der anderen Seite aber habe ich ihm bisher natürlich von der von uns beabsichtigten Demarche in Paris nichts erzählt, denn ich mußte befürchten, daß sonst vielleicht die Engländer vorher die Franzosen avantieren, was unter allen Umständen zu vermeiden war. Ich werde daher wahrscheinlich Lord D'Abernon erst einige Stunden vor dem Gespräch ins Bild setzen und zwar in einer Form, die ihm diesen Schritt ganz natürlich erscheinen läßt. Dies durchzuführen, wird etwas schwierig sein, da Lord D'Abernon, glaube ich, zur Zeit den Eindruck hat, als ob wir besser täten, vorläufig nichts zu unternehmen; auch glaubt er offenbar, daß wir diese Ansicht teilen.<sup>3</sup>

Wir sind aber der Ansicht, dass es unbedingt notwendig ist, mit den Franzosen in Fühlung zu treten, damit Herr Herriot seinerseits nicht verschnupft wird. Ei-

---

<sup>1</sup> Sthamer hatte mit Tel. vom 30. Januar 1925 berichtet. Siehe Schuberts Tel. vom 31. Januar nach Paris, ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 147-51; außerdem Ber. Sthamers vom 5. Februar; ebd., S. 176-79.

<sup>2</sup> Erlaß Schuberts vom 9. Februar, ebd., S. 198-200. Darin heißt es: „In London bitte ich auch jetzt von jeder Initiative bei amtlichen Stellen bis auf weiteres abzusehen. Wenn Sie auf die Angelegenheit angesprochen werden oder Gelegenheit zu privaten Unterhaltungen finden, würden die in dem anliegenden Schrifterlaß [ebd., S. 163-68] entwickelten allgemeinen Gesichtspunkte zu verwerten sein. Ihre Kenntnis von der bevorstehenden Demarche in Paris darf dabei einstweilen unter keinen Umständen verraten werden.“-Ebd., S. 198.

<sup>3</sup> Schubert informierte D'Abernon am 10. Februar 1925, Aufz. ebd., S. 209-13.

le scheint mir umsomehr geboten, als nach Zeitungsmeldungen mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß Herriot demnächst nach London fährt.

Es kommt mir bei dieser ganzen Sache auf zweierlei an: Einmal, daß diese diplomatische Konversation mit Frankreich und England vor der Öffentlichkeit ganz geheim bleibt und zweitens, daß man sowohl in London wie auch in Paris nicht die Ansicht gewinnt, als wollten wir interne geheime Verschwörungen anzetteln oder einen der Alliierten gegen den anderen ausspielen. Ich möchte, weil das eben unsere ehrliche Absicht ist, daß die Kabinette in London und Paris den Eindruck gewinnen, dass wir vertraulich, aber andererseits ganz offen und ohne Hintergedanken diese Besprechungen führen, die nur dazu dienen sollen, die Sicherheitsfrage als die wichtigste Grundfrage der ganzen Streitigkeiten in einer Weise zu lösen, welche die Franzosen befriedigt und für uns annehmbar ist.

Ferner danke ich Ihnen wirklich sehr für Ihre Unterredung mit Crowe in der Angelegenheit meines Briefes an D'Abernon wegen des deutsch-englischen Handelsvertrages.<sup>4</sup> Ich bin Ihnen auch sehr verbunden, daß Sie ausdrücklich erklärt haben, Sie wollten keine Beschwerde über Lord D'Abernon führen. Es kommt mir natürlich darauf an, mein vertrauensvolles Verhältnis zu dem Botschafter auch in Zukunft aufrecht zu erhalten, andererseits aber war in diesem Falle eine Korrektur durch Sie unbedingt notwendig.

Daß im übrigen seine Befürchtungen wegen des Schicksals des Vertrages nicht übertrieben waren, geht u.a. daraus hervor, daß wir auch wegen anderer Verträge, die zum Teil weit weniger wichtig sind, die größten Schwierigkeiten in unserem Parlament haben, wo leider auch innerpolitische Rücksichten in sehr unangenehmer Weise mit hineinsprechen. So haben wir z.B. die größte Sorge wegen unseres Vertrages mit Siam, der heute endgültig zur Debatte gestellt wird. Ferner haben wir die größten Schwierigkeiten wegen des deutsch-spanischen Handelsvertrages.<sup>5</sup> Bei unserem Verträge mit England aber, kommt, wie ich erneut wiederholen möchte, hinzu, daß mir sehr viel daran liegt, daß der Vertrag nicht als ein Angstprodukt angenommen wird, sondern mit einem gewissen Enthusiasmus, da ich mir hiervon sehr gute Rückwirkungen auf unser allgemeines Verhältnis zu England verspreche.

Mit den aufrichtigsten Grüßen  
bin ich  
Ihr stets ergebener

<sup>4</sup> Schuberts Tel. nach London, 5. Februar, Antwort-Tel. 7. Februar, ebd., S. 168-70, 192.

<sup>5</sup> Dazu siehe Schultheß', Bd. 66 (1925), S. 26f., 96-98.

**Unterlage für eine Eingangsrede von Schuberts vor dem Haushaltsausschuß  
des Reichstags (gekürzt)  
Berlin, 10. Februar 1925**

*Original. PA, R 29304.<sup>1</sup>*

Meine Herren!

Der Herr Reichsminister hat Ihnen gezeigt, warum ein Ausbau unseres auswärtigen Dienstes notwendig ist.<sup>2</sup> Wenn man täglich von früh bis abends tief in der Arbeit steckt, da werden natürlich nur die wichtigen Dinge an einen Staatssekretär herangetragen. Aber kein Botschafter, kein Gesandter ist bis jetzt bei mir gewesen, ohne daß er nicht von der Überlastung seines Personals, das zu stark abgebaut sei, und von der Notwendigkeit des Ausbaus unseres auswärtigen Dienstes gesprochen hätte. Meine Herren! Wenn das Personal der Gesandtschaften und Botschaften mit Arbeiten so überlastet ist, so liegt das daran, daß heute unsere Missionen eine Fülle von Aufgaben aufgebürdet erhalten haben, welche früher der Generalkonsul und der Konsul erledigten. Der Geschäftsumfang dieser Aufgaben hat aber gerade in den Monaten nach der Annahme des Dawes-Gutachtens erheblich zugenommen. Und so zeigt sich schon jetzt immer deutlicher, daß der auswärtige Dienst schon heute vielfach dem zunehmenden Geschäftsumfang und den zahlreichen neuen Aufgaben nicht mehr gewachsen ist.

Die Annahme des Dawes-Planes und die Stabilisierung unserer Währung haben, wie vorausszusehen war, eine außerordentliche Belebung unserer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande zur Folge gehabt. Das spiegelt sich am deutlichsten in den zahlreichen Berichten wieder, welche wir von unseren Außenvertretern erhalten und in welchen immer wieder über die stark zunehmende Arbeitslast berichtet wird. Aus fast allen Ländern erhalten wir Anforderungen neuen Personals sowohl höherer wie mittlerer Beamter. Wir hoffen, zunächst genügend Kräfte im Auswärtigen Amt und durch Abbau der Paß-Stellen freimachen zu können. Auf jeden Fall werden wir mit einem starken Ausbau des Personalbestandes unserer Außenvertretungen rechnen müssen, denn schon jetzt sind die meisten von ihnen nicht mehr imstande, die zahlreichen Anfragen deutscher Handelsfirmen, Banken und Schifffahrtsgesellschaften so sorgfältig wie es erforderlich ist, zu bearbeiten und außerdem eine laufende wirtschaftliche Berichterstattung durchzuführen. Ganz besonders macht sich dieser Zustand fühlbar bei den meisten Gesandtschaften und Botschaften, wo bekanntlich die früher dort bestehenden Generalkonsulate nach dem Kriege aufgehoben und durch kleine Wirtschaftsabteilungen ersetzt worden sind. Der Ausbau dieser Wirtschafts-

---

<sup>1</sup> Überschrift der Vorlage: Gedanken für eine Eingangsrede des Herrn Staatssekretärs vor dem Haushaltsausschuß; hschr. 10/2/[25].

<sup>2</sup> Zu Stresemanns Ausführungen siehe Schultheß', Bd. 66, S. 28f., außerdem allgemein über Organisations- und Personalfragen des auswärtigen Dienstes Runderlaß Schuberts vom 15. April 1925, PA, I B, Rep IV, Personalia generalia, 136 adh., Bd. 3.

abteilungen bei den Gesandtschaften wird sich nicht länger aufschieben lassen. Dabei wird sich ein Mangel in der jetzigen Organisation des auswärtigen Dienstes besonders fühlbar machen. Diese Wirtschaftsabteilungen werden jetzt – da wir bei jeder Mission nur einen Gesandtschaftsrat haben, der im wesentlichen mit der Vertretung des Gesandten und der Bearbeitung der politischen Angelegenheiten voll beschäftigt ist – von den jungen Legationsekretären geleitet, die weder für die heimatlichen noch für die ausländischen Wirtschaftsfragen die erforderliche tiefere Sachkenntnis der Dinge mitbringen können. Wir werden diese Wirtschaftsabteilungen bei den Botschaften und Gesandtschaften wohl oder übel wieder mit älteren im speziellen Konsulatsdienst erfahrenen Beamten besetzen müssen. Wir können das zur Zeit nicht, weil uns die etatsmäßigen Stellen fehlen. Die Einsetzung eines weiteren Gesandtschaftsrats bei den Botschaften und wichtigeren Gesandtschaften wird auf die Dauer nicht zu umgehen sein.

Meine Herren! So überzeugt ich von der Notwendigkeit des Ausbaus unseres auswärtigen Dienstes bin, so möchte ich als alter Praktiker auf diesem Gebiete doch raten, ihn allmählich und nach bestimmten Gesichtspunkten zu vollziehen.

Einen weiteren Ausbau unseres auswärtigen Dienstes, soweit er politische Aufgaben zu erfüllen hat, halte ich vorläufig nicht für erforderlich. Wir haben in allen Staaten, zu denen diplomatische Beziehungen wir zu unterhalten ein politisches Interesse haben, heute bereits Missionen. Es kann sich höchstens darum handeln, ob wir die eine oder andere Gesandtschaft II. Klasse in eine solche I. Klasse umwandeln sollen.

[...]³

Der Ausbau unseres auswärtigen Dienstes wird also abgesehen von großen politischen Zielen, im wesentlichen der Förderung unserer wirtschaftlichen Interessen, insbesondere der Förderung unseres Außenhandels dienen müssen. Überall dort also, wo es unsere wirtschaftlichen Interessen erforderlich machen, müssen wir neue Generalkonsulate und Konsulate einrichten.

Meine Herren! Im vorliegenden Haushaltsplan für 1925 haben wir neben den beiden neuen Gesandtschaften in Tirana und Kabul nur ein Generalkonsulat in Jerusalem und fünf Konsulate in Boston, Seattle, Mombasa, Harbin und Nowo Nikolajewsk angefordert. Das sind natürlich nur die allerwichtigsten Posten, deren Einrichtung auf keinen Fall länger hinauszuschieben war und die ja teilweise schon deshalb auch kommissarisch besetzt werden mußten. Wir haben nicht einmal diejenigen Konsulate wieder eingestellt, die uns in einer Überspannung des Abbaugedankens im Vorjahr gestrichen worden sind: St. Louis, Manila, Changsha, Bombay, Seoul, Boushir, Täbris.

Die Einrichtung des Generalkonsulats in Jerusalem ist besonders dringlich, weil die Rückgabe des dortigen deutschen Konsulatsgebäudes, die vor kurzem erfolgt ist, die baldige Einrichtung einer Vertretung ratsam machte. Angesichts der großen Bedeutung des deutschen Handels in Palästina – der deutsche Import steht an dritter Stelle; in den deutschen Kolonien Palästinas leben zur Zeit 2000 Deutsche – ist die Einrichtung einer Vertretung in Jerusalem ohne weiteres gerechtfertigt.

<sup>3</sup> Gesandtschaften II. Klasse für Tirana und Kabul. Tirana sei als „Brennpunkt der Balkanpolitik“ ein für Deutschland unentbehrlicher Beobachtungsposten.

Wir haben im nahen Orient außer Jerusalem vorläufig nur eine einzige Vertretung in Smyrna. Früher oder später werden wir eine Vertretung in Mossul einrichten müssen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika, diesem weit ausgedehnten Gebiete zwischen zwei Weltmeeren, dem Atlantischen und dem Stillen Ozean, mit welchem uns so weit verzweigte wirtschaftliche Interessen verbinden, unterhalten wir zur Zeit im ganzen vier Konsulate. Wir fordern als neue Posten Seattle und Boston an. Boston ist das wichtigste politische Zentrum des Ostens, die Stadt der traditionellen Bildung, der Kunst und der Wissenschaft. Hier sitzt ein Teil des intellektuellen Amerikas, der die öffentliche Meinung des ganzen Ostens entscheidend beeinflusst. Wir haben deshalb Boston als Sitz des Konsulats gewählt, obwohl Philadelphia wegen seines größeren Handels- und Schiffsverkehrs mit Deutschland vor Boston den Vorrang verdienen würde. Wir werden freilich die Einrichtung eines Konsulats in Philadelphia nicht viel länger aufschieben können wie die mir dringlichst erscheinende Wiedereinrichtung des Konsulats in St. Louis. In dem weit ausgedehnten Wirtschaftsbecken beiderseits des Mississippi, über dessen Bedeutung für die Weltwirtschaft ich Ihnen nichts weiter zu sagen brauche, besteht heute keine einzige Außenvertretung mehr; das ist ein nicht länger haltbarer Zustand.

An der Westküste der Vereinigten Staaten haben wir zur Zeit das Generalkonsulat in San Francisco. Los Angeles, Seattle und Portland sind die drei Plätze, die für uns von annähernd gleicher Wichtigkeit sind. Aus Sparsamkeitsgründen haben wir auf die Einrichtung mehrerer Konsulate verzichtet und Ihnen als einziges neues Konsulat Seattle vorgeschlagen, wo wir besonders wichtige Export- und Schifffahrtsinteressen haben. Die Roland-Linie in Bremen, die Hapag unterhalten regelmäßige Schiffsverbindungen dorthin. Auf die Dauer werden wir aber von Seattle aus unsere Wirtschaftsinteressen in Süd-Kanada nicht wahrnehmen können. Wir müssen auch in Vancouver, dem Ausgangspunkt der Canadian Pacific, früher oder später einen Beobachtungsposten errichten.

Die Einrichtung von Wahlkonsulaten kommt hier leider überhaupt nicht in Frage, weil wir aus naheliegenden Gründen eine objektive Beobachtung und Berichterstattung über so wichtige wirtschaftliche Dinge nur vom Berufskonsul erwarten können.

Ich nehme an, daß der Reichstag keine Bedenken mehr haben wird, die seinerzeit beschlossene Aufhebung des Konsulats in Manila zu gegebener Zeit wieder rückgängig zu machen. Allerdings hat Singapore, der Welthafen und Weltstapelplatz des indischen und niederländisch-indischen Wirtschaftsgebietes in den letzten Jahren für uns eine so große Bedeutung erlangt, daß wir zuerst daran denken müssen, hier ein Generalkonsulat wieder einzurichten.

Auch in Ostasien sind wir leider nicht in dem Maße vertreten, als es den dort vorhandenen deutschen Exportinteressen entspricht.

In ganz Japan haben wir ein einziges Generalkonsulat in Kobe. Nicht einmal in Yokohama haben wir einen Vertreter.

In China nur die Hälfte der Konsulate, die wir vor dem Kriege hatten. Im vorliegenden Haushaltsplan schlagen wir Ihnen lediglich die Errichtung eines Konsulats in Harbin vor. Bisher war der Schutz der Deutschen in Harbin und die Beobachtung der dortigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse dem Konsul in Mukden übertragen. Es hat sich herausgestellt, daß dieser Zustand auf die Dauer

nicht haltbar war. Harbin ist der wichtigste Platz und Verkehrsknotenpunkt der nördlichen Mandschurei, die in Ostasien immer größere politische und wirtschaftliche Bedeutung erlangt. Wir haben uns deshalb entschlossen, schon 1923 nach Harbin einen Beamten kommissarisch zu entsenden.

An der Grenze des europäischen Rußlands halten wir ein Konsulat in Nowo Nikolajewsk und in Saratow für unaufschiebbar. Neben den ausgedehnten wirtschaftlichen Interessen, die wir in Saratow haben, ist die Betreuung der zahlreichen Deutschen (es leben allein in der Gegend von Saratow etwa 800.000 deutsche Kolonisten) eine unumgängliche Notwendigkeit. Diese Deutschen, die dort leben, dürfen wir nicht im Stiche lassen, denn sie sind ein wichtiger Stützpunkt für den deutschen Handel, die deutsche Wirtschaft und die deutsche Kultur.

Meine Herren, wir hatten ursprünglich vor, eine Reihe weiterer Konsulate zu beantragen. Ich darf hier nur Varna, den wichtigsten Hafen in Bulgarien nennen, in dem der deutsche Schiffsverkehr ständig zunimmt, Czernowitz, das als politischer Beobachtungsposten in Nordrumänien für uns unentbehrlich ist. In der Tschechoslowakei brauchen wir, wenn einmal die Paßstellen aufgehoben werden, was, wie ich hoffe, in absehbarer Zeit möglich ist, wenigstens drei neue Konsulate, eins in Pilsen, einer rein deutschen Stadt, eins in Reichenberg, dem Mittelpunkt der nordböhmischen Industrie, und eins in Mähren (Kaschnu) [wohl Kaschau]. Ähnlich wird es in Deutsch-Österreich.

Wenn, wie wir hoffen, noch der Handelsvertrag mit Frankreich zum Abschluß gelangt, werden wir vor allem auch noch in diesem Jahre an die Einrichtung der Konsulate in Frankreich gehen müssen.

Generalkonsulate: Marseille, Algier.

Konsulate: Lyon, Bordeaux, Le Havre, eventuell Nancy, Lille, Tunis, Haiphong, Saigon.

In dem für uns wirtschaftlich so wichtigen Wirtschaftsgebiet, das sich um den Indischen Ozean gruppiert, haben wir jetzt nur Mombasa angefordert, das neben Lourenço Marques an der gesamten Ostküste Afrikas die einzige Vertretung ist. Wir werden früher oder später auch an ein Konsulat in Colombo denken müssen.

Sie sehen schon aus diesen Andeutungen, wie stark in allen Gegenden der Welt unsere wirtschaftlichen Interessen uns die Einrichtung von Generalkonsulaten und Konsulaten nahelegen. Dabei möchte ich eine Spezialfrage kurz berühren, nämlich die Frage der Generalkonsulate I. und II. Klasse [...].<sup>4</sup> Wir finden keine verdienten und hochqualifizierten Beamten des auswärtigen Dienstes mehr, die freiwillig bereit wären, auf konsularischen Posten zu wirken, weil ihnen die 31 Gesandtenposten I. Klasse viel aussichtsreicher erscheinen. Wenn wir mehr Generalkonsuln I. Klasse schaffen, so hat das übrigens praktisch nicht die geringste finanzielle Bedeutung, denn Generalkonsuln I. und II. Klasse werden gleich hoch besoldet. Lediglich bei der Bemessung der Pension wirkt sich der Unterschied aus.<sup>5</sup>

<sup>4</sup> Kurzbehandlung dieses Problems.

<sup>5</sup> Schubert hat sich als Abteilungsleiter von Beginn an für den Ausbau der konsularischen Vertretungen und der Wirtschaftsabteilungen eingesetzt, siehe Dok. 20.



**Notizen von Schuberts über eine Unterredung mit Reichspräsident Ebert  
am 17. Februar 1925  
Grünhaus, Winter 1932/33**

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. ORu, Bd. 1  
(PA, R 29245).*

Mein Gespräch mit dem Reichspräsidenten Ebert vom 17. Februar 1925.<sup>1</sup>

Es fand nach einem Diner bei Herrn Deutsch statt. Ich sagte dem Präsidenten, ich machte mir große Sorge, daß es uns bisher unmöglich gewesen sei, dem Grafen [Brockdorff-]Rantzau eine positive Instruktion zu erteilen. Der Präsident erwiderte, er fände es durchaus richtig, wenn wir vorläufig auf die Vorschläge<sup>2</sup> noch nicht eingegangen seien. Er würde es für außerordentlich gefährlich halten, dies zu tun, ehe wir nicht etwas mehr Klarheit über die Aufnahme unserer Anregungen wegen des Sicherheitspaktes im Westen<sup>3</sup> erhalten hätten. Wir müßten seiner Ansicht nach zunächst abwarten, bis wir im Westen etwas weiter gekommen seien, da wir sonst Gefahr liefen, uns zwischen zwei Stühle zu setzen. Dabei müßten wir das Risiko einer gewissen Verstimmung auf russischer Seite ruhig in Kauf nehmen. Eine solche Verstimmung sei im übrigen unberechtigt, da bei unsern Verhandlungen im Westen Rußland ja vorläufig in keiner Weise tangiert würde.

(Wie ich jetzt nachträglich notiere, gewährte mir dieses Gespräch damals eine sehr große Beruhigung. Ich war damals durchaus der Ansicht, die Verhandlungen mit den Russen möglichst dilatorisch zu führen, um die Westverhandlungen nicht zu stören. Ich wurde sehr nervös gemacht durch Vorstellungen von Gaus, der mir ständig in den Ohren lag, wir müßten den Russen irgendetwas Bestimmtes sagen. Mit Stresemann war garnichts anzufangen, da er sich für die Sache leider garnicht interessierte, ebensowenig wie der Reichskanzler Luther. Ich stand damals ganz allein und hatte die ganze Verantwortung auf mir. Deshalb war mir die Deckung, die ich durch den, wie immer, außerordentlich verständigen Reichspräsidenten Ebert erhielt, von größtem Wert.)

---

<sup>1</sup> Eine andere Aufz. Schuberts über das Gespräch: ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 220 Anm. 7.

<sup>2</sup> Siehe Dok. 98.

<sup>3</sup> Dok. 102.

**Von Schubert an Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin  
Berlin, 18. Februar 1925**

*Briefkonzept. Nl. v. Schubert, Material aus P.<sup>1</sup>*

Lieber Großherzog!

Für die sehr freundlichen Wünsche, die Du mir zu meiner Ernennung zum Staatssekretär Ende vorigen Jahres sandtest, spreche ich Dir meinen aufrichtigsten und herzlichsten Dank aus. Es war sehr unmanierlich von mir, daß ich Dir auf Deinen Brief<sup>2</sup> nicht sofort geantwortet habe. Als Erklärung für diese Nachlässigkeit kann ich nur anführen, daß ich seit dem Tage der Übernahme meines Amtes ganz außerordentlich in Anspruch genommen war. Dies ist aber nur eine Erklärung, keine stichhaltige Entschuldigung und dies um so mehr, als ich mich über Deine Wünsche sehr gefreut hatte und zwar besonders auch deshalb, weil sie mir bewiesen, ein wie großes Verständnis Du für die Schwierigkeiten der Aufgabe hast, die mir zugefallen ist.

In der Tat sind diese Schwierigkeiten gerade in jetziger Zeit nicht gering. Dadurch, daß nach dem Vertrage von Versailles der 10. Januar [1925] der Stichtag auf den verschiedensten Gebieten<sup>3</sup> ist, häuften sich unsere Geschäfte in geradezu unerhörtem Maße. Wir führen nicht nur schwierige und politisch wichtige Handelsvertragsverhandlungen gleichzeitig mit elf verschiedenen Staaten, sondern wir stehen vor allem in einem sehr scharfen, wenn auch leider bisher ergebnislosen Kampfe über die Räumung der ersten rheinischen Zone. Die Räumung dieser Zone bildet jetzt unsere Hauptaufgabe, und wir kommen hierin deshalb leider nur langsam vorwärts, weil diese Frage unerhörterweise mit der Frage unserer militärischen Entwaffnung und neuerdings auch von den Franzosen mit der von ihnen aufgeworfenen Frage der „Sicherheit“ verquickt wird und andererseits auch die Frage unseres Eintritts in den Völkerbund hineinspielt. Das alles sind Probleme, die seit langer Zeit hinter den Kulissen spielen und die jetzt akut werden.

Du hast sehr recht, wenn Du in Deinem Briefe von der bei uns herrschenden üblen Unsitte sprichst, alles, was nicht zur Parteifahne schwört, in Grund und Boden zu verdammen. Wenn ich auch natürlich ein gewisses Verständnis für die Kämpfe habe, die auf allen möglichen Gebieten zwischen unseren verschiedenen Parteien ausgefochten werden, so muß ich doch leider feststellen, daß die Mehrzahl unserer Politiker es nicht fertig bringt, über die Grenzpfähle ihrer Parteiinteressen hinauszusehen. Auf dem Gebiete der äußeren Politik bestehen im Grunde zwischen den Parteien keine wesentlichen Diskrepanzen; trotzdem erlebt man jeden Augenblick das traurige Schauspiel, daß aus rein parteipolitischen Rücksichten zwischen den Parteien und auch zwischen der Regierung und den Parteien

<sup>1</sup> Das Konzept enthält den Randvermerk: „Mit d. Hand geschr[ieben] ab eodem.“

<sup>2</sup> Vom 28. Dezember 1924, Nl. v. Schubert, Material aus P.

<sup>3</sup> Hier vor allem Art. 280 über die einseitige Gewährung deutscher Meistbegünstigung.

Kämpfe entstehen, die mit der Sache selbst oft kaum etwas zu tun haben und die nur ad majorem gloriam der Partei ausgefochten werden. Diese Tatsache macht sich leider auch das Ausland zunutze, indem es durch seine Presse in bestimmten Fällen auf uns einzuwirken sucht: Wir sind sehr oft dumm genug, auf diese ganz plumpen Manöver hereinzufallen.

Daß es unter diesen Umständen sehr schwer ist, die geradlinige auswärtige Politik zu führen, die uns allein aus der sehr gefährlichen Lage, in der wir uns immer noch befinden, befreien kann, liegt auf der Hand. Wir tun natürlich unser Möglichstes, um aufklärend zu wirken und womöglich auf dem außenpolitischen Gebiet einen gewissen Burgfrieden zu schaffen. Da aber der Tag nur 24 Stunden hat, sind unsere Bemühungen hierbei natürlich begrenzt.

Du wirst verstehen, daß man manches Mal ganz verzagen möchte, wenn man die Überzeugung hat, daß ein in sich nach außen geschlossenes Deutschland sehr viel mehr erreichen würde als ein Deutschland, dessen Kraft sich stets nur in Parteikämpfen zersplittert. Immer noch, wenn es gelang, unseren früheren Feinden die Überzeugung beizubringen, daß in einer bestimmten Frage Deutschland ganz einig war, haben wir erreicht, was wir wollten. Wir dürfen uns allerdings unsere Ziele nicht zu hoch stecken und müssen uns klarmachen, daß man aus dem furchtbaren Niederbruch bloß Schritt für Schritt herauskommen kann. Hierzu gehört viel Geduld und Umsicht. Unsere Lage ist, wie schon gesagt, immer noch sehr gefährlich und wir haben mit viel Übelwollen in fast jedem ausländischen Staate zu rechnen. Andererseits aber bin ich fest davon überzeugt, daß wir, wenn wir unser Ziel stetig und hartnäckig verfolgen, wieder hochkommen werden. Hierzu gehört aber eine unendlich schwere und langwierige Arbeit: mit Phrasendrescherei, wie sie leider bei vielen unserer Landsleute jetzt so beliebt ist, kommt man nicht weiter.

Du wirst hoffentlich entschuldigen, wenn ich Dich etwa mit diesen etwas langatmigen Ausführungen gelangweilt habe. Es ist mir aber ein wohlthuendes Bedürfnis, bisweilen meinem gepreßten Herzen etwas Luft zu machen und hierzu bot mir Dein Brief einen sehr willkommenen Anlaß.

Deine guten Wünsche zum neuen Jahr erwidere ich auf das aufrichtigste und hoffe, daß auch für Dich das neue Jahr nur Gutes und Erfreuliches bringen möge.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Du am Sonnabend [21. Februar] zum Korpsessen kommen würdest<sup>4</sup> und ich dabei Gelegenheit fände, Dir auch persönlich für Deinen sehr freundlichen Brief zu danken.

Mit meinen aufrichtigsten und herzlichsten Grüßen bin ich,  
Dein Dir stets treuer und ergebener  
Korpsbruder

---

<sup>4</sup> Schubert gehörte dem Bonner Corps Borussia an.

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit  
dem britischen Botschafter Lord D'Abernon  
Berlin, 20. Februar 1925**

*Durchschrift. PA, R 29084.*

Ganz geheim!

Der englische Botschafter erzählte mir heute ganz vertraulich, er habe einen Brief von Herrn Chamberlain<sup>1</sup> erhalten, aus dem er zu seiner großen Befriedigung ersehe, daß Herr Chamberlain nunmehr das größte Interesse für unsere Ideen habe. Während Chamberlain bisher unseren Ideen zwar ein gewisses Interesse entgegengebracht, aber die Wichtigkeit nicht recht eingesehen hätte, sei dies jetzt, aus seinem Brief zu schließen, ganz anders geworden.<sup>2</sup> Lord D'Abernon führt dies auch darauf zurück, daß er Herrn Chamberlain noch einmal die Bedeutung der Sache sehr gründlich auseinandergesetzt habe. Außerdem, meinte Lord D'Abernon, habe sich der Londoner Standpunkt zu dem Sicherheitspakt in Verbindung mit dem Genfer Protokoll<sup>3</sup> gänzlich geändert. Während man bekanntlich früher die Meinung vertreten habe, wie dies ja auch Herr Chamberlain Herrn Sthamer<sup>4</sup> gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, daß England zunächst mit Frankreich über das Genfer

<sup>1</sup> In DBFP und BDFA nicht ermittelt. Zu Fragen der deutschen Einbindung in einen projektierten europäischen Sicherheitspakt siehe die aufgeführten Dok. in BDFA, Part II, Serie F, Bd. 36, VIff.

<sup>2</sup> Der Meinungswechsel Chamberlains hatte sich schon früher angedeutet: „Mein Gespräch mit Lord D'Abernon vom 2. Februar 1925. [...] Über die Sicherheitsfrage hat Lord D'Abernon angeblich aus London noch nichts erhalten. Ich las ihm das Telegramm Sthamers [Dok. 106 Anm. 1] vor. Ich sagte, Chamberlain habe eigentlich nicht viel gesagt. Lord D'Abernon erwiderte, das sei auch wohl nicht zu erwarten gewesen, da Chamberlain wegen Frankreich in einer sehr prekären Situation sei. Als Lord D'Abernon mich schließlich fragte, was wir nun weiter machen würden, sagte ich, darüber hätte ich mir noch kein Bild gemacht. Von der englischen Regierung erführen wir im allgemeinen jetzt eine außerordentlich schlechte Behandlung. Was mich persönlich angehe, so hätte ich eigentlich gar keine Lust, noch irgendetwas zu unternehmen, denn unsere guten Absichten würden doch immer falsch ausgelegt und dieses ganze Hin und Her, wobei wir niemals, auch in England nicht, auf wirkliche Gegenliebe stießen, hätte ja eigentlich keinen Zweck.“-Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu St.S. FS, Bd. 1 (PA, R 29083). Am 6. Februar konnte Schubert dagegen ebd. notieren: „Mein Gespräch mit Lord D'Abernon. Er hat einen Privatbrief von Chamberlain erhalten, worin er über sein Gespräch mit Sthamer [ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 185 Anm. 9] berichtet. Chamberlain schreibt, er habe das Memorandum [Ebd., S. 88f.] des Herrn Sthamer mit den wärmsten Worten begrüßt und ihm gesagt, daß er die darin enthaltenen Ideen ausgezeichnet fände. Er habe dem Französischen Botschafter [de Fleuriau] nichts davon gesagt, daß ihm ein Memorandum überreicht worden sei.“

<sup>3</sup> Société des Nations, Journal Officiel, Supplément spécial 23, S. 502-06 (2. Oktober 1924), dt. Text: Schwendemann, Abrüstung und Sicherheit, S. 510-22; erste Stellungnahme Gaus', Schubert am 22. November 1924 übermittelt: PA, R 29378, siehe auch Dok. 92, 97 sowie Aufz. Gaus' über das Genfer Protokoll vom 5. März 1925, ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 338-41.

<sup>4</sup> Ebd., S. 147-51.

Protokoll einig werden müsse, ehe man einem Sicherheitspakt mit Deutschland nähertreten könne, sei man jetzt im Gegenteil der Meinung, daß man zuerst einen Sicherheitspakt schließen müsse, an dem Deutschland irgendwie zu beteiligen wäre, und daß dann der Sicherheitspakt als Kernstück für eine internationale Lösung nach dem Muster des Genfer Protokolls dienen könne.<sup>5</sup>

Lord D'Abernon äußerte sich wiederholt sehr begeistert über die neue Stellungnahme Chamberlains und meinte, daß die Sache einen sehr guten Fortgang nähme.<sup>6</sup> Er ventilerte die Möglichkeit, was man jetzt zur Förderung der Sache tun könne. Er müsse offen gestehen, daß ihm aber noch nichts Konkretes eingefallen sei, vielleicht sei es das Beste, zunächst abzuwarten, was Herr Herriot tun würde.

Wir kamen dann auch noch kurz auf unser gestriges Gespräch über die „éléments stables“ zu sprechen.<sup>7</sup> Lord D'Abernon sagte, er bekäme dann wohl demnächst von mir ein Memorandum, das er zur Grundlage seines Berichts machen könne. Ich erwiderte, die Sache sei doch recht delikater und ich hätte einige Bedenken, ihm ein solches Memorandum, selbst wenn es nur zur Grundlage seines Berichts dienen sollte, zu übergeben.

Lord D'Abernon entgegnete, allerdings sei die Materie etwas knifflig und vielleicht sei es daher besser, wenn er vorläufig noch nichts darüber nach London berichte. Wenn wir aber die Sache vorbringen wollten, so sei es doch sicherlich das Beste, sie im Zusammenhang mit dem Völkerbund vorzubringen.<sup>8</sup>

Wir sprachen dann noch kurz über unseren Eintritt in den Völkerbund, wobei ich hervorhob, daß auch diese Frage doch sehr delikater sei. Lord D'Abernon meinte, vielleicht sei es auch besser, diese Frage jetzt nicht anzuschneiden, wenn die Sicherheitsfrage einen offenbar doch so guten Fortgang nähme. Man müsse sich das taktische Vorgehen in allen diesen Fragen sehr genau überlegen und es sei natürlich sehr schwer, eine Entscheidung zu treffen.<sup>9</sup>

Sch[ubert]

<sup>5</sup> Hschr. Unterstreichung Schuberts.

<sup>6</sup> Am 19. Februar 1925 hatte Schubert D'Abernon über Hoeschs Gespräch vom 17. Februar mit Herriot unterrichtet (ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 236-39): „Lord D'Abernon meinte, es sei doch ganz ausgezeichnet, daß Herriot so auf unsere Ideen einginge [...]“ (ebd., S. 252).

<sup>7</sup> Ebd., S. 252-54 über die deutschen Bedenken gegen ständige Kontrollorgane im Rheinland auf der Basis von Art. 213 V.V. und des am 27. September 1924 vom Völkerbundsrat genehmigten Investigationsprotokolls (dazu ADAP, Serie A, Bd. XI, S. 249 Anm. 8), vor allem seines Kap. V, wobei Schubert betonte, er „müsse befürchten, daß man dem Kapitel V eine Auslegung geben könnte, welche zu den unangenehmsten Folgen führen würde. Durch eine solche Auslegung könnte zunächst die endgültige Regelung der Entwaffnungsfrage auf das Empfindlichste gefährdet werden, ferner aber könnte durch die Einrichtung dauernder Kontrollorganisationen in den Rheinlanden uns der Eintritt in den Völkerbund verbaut werden. Auch die Lösung der Sicherheitsfrage könnte auf diese Weise gefährdet werden.“ In einer Begegnung mit Sir Eric Drummond am 2. März 1925 bei D'Abernon vertiefte Schubert das Thema im Zusammenhang mit offenen Fragen eines deutschen Völkerbundsbeitritts, vor allem des Art. 16 der Völkerbundssatzung; ebd., S. 324-26.

<sup>8</sup> Hier und im folgenden Satz hschr. Unterstreichung Schuberts.

<sup>9</sup> Fortsetzung der Erörterung über Investigation und Eintritt in den Völkerbund am 24. Februar 1925, vor allem über Art. 16 und das deutsch-sowjetische Verhältnis: langer Be-

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Botschafter von Maltzan  
(leicht gekürzt)**

**Berlin, 24. Februar 1925**

*Ausfertigung. PA, R 29245.*

Ganz geheim!

Vor seiner morgen bevorstehenden Abfahrt nach Amerika hatte ich Gelegenheit, mit Herrn von Maltzan noch einmal eingehend die russische Frage<sup>1</sup> zu besprechen.

Ich ging von dem Vorschlage Tschitscherins<sup>2</sup> aus und bat Herrn von Maltzan, mir noch einmal seine Meinung, die er mir bereits früher geäußert hätte, zu wiederholen.

Herr von Maltzan bestätigte mir darauf, daß er der Meinung sei,

1) daß nicht anzunehmen sei, daß die Russen den mit uns geschlossenen Vertrag halten würden,

2) daß nicht darauf zu rechnen sei, daß die Russen einen Vertrag, den wir als Geheimvertrag abschließen, auch wirklich geheimhalten würden,

3) daß er dazu rate, die Verhandlungen mit Tschitscherin weiterzuführen, dabei aber die größte Vorsicht walten zu lassen,

4) daß er der Ansicht sei, daß die russischen Vorschläge viel zu weitgehend seien.

[...]³

Herr von Maltzan meinte ferner, daß wir uns nur nicht von den Russen drängen lassen sollten, die Russen kämen uns, wenn wir Geduld hätten, ganz von selber. Ferner sagte Herr von Maltzan, seiner Ansicht nach werde das Pendel in Rußland bald wieder nach rechts ausschlagen. Endlich meinte er, wir sollten uns

---

richt D'Abernon's (25. Februar; DBFP, First Series, Bd. XXVII, S. 322-25) und Übermittlung zweier Memoranden über „Der Artikel 16 der Völkerbundssatzung“ und „Artikel 213 des Vertrags von Versailles“ am 25. Februar an D'Abernon, ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 286-91.

---

<sup>1</sup> Schubert formulierte seinen Standpunkt gegenüber Rußland in einem Brief an Brockdorff-Rantzau vom 23. Februar 1924: „Ich glaube im übrigen mit Ihnen darin übereinzustimmen, daß es weniger auf die Regelung der Frage ankommt, welche Politik wir Rußland gegenüber verfolgen wollen, als auf die Lösung des Problems, wie unsere Politik Rußland gegenüber zweckmäßig in unsere Gesamtpolitik eingebaut werden kann. [...] Jedenfalls muß er [der Einbau] erfolgen, ehe wir im einzelnen uns über die Einzelheiten unserer Politik Rußland gegenüber schlüssig werden können.“-ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 272f.

<sup>2</sup> Die Sowjetregierung hatte Deutschland einen Bündnisvertrag angeboten. Siehe Brockdorff-Rantzaus Ber., 24. Februar 1925, ebd., S. 280-82.

<sup>3</sup> Schubert unterrichtete Maltzan über die Verhandlungen zum russisch-japanischen Vertrag.

bei unseren Verhandlungen auf Leute, die Vertrauen verdienten, wie Tschitscherin und Kopp, beschränken. Wir sollten Tschitscherin auch ruhig sagen, daß wir solange mit unseren Verhandlungen mit Rußland sehr vorsichtig sein müßten, als dort Leute an der Spitze ständen und maßgebenden Einfluß hätten, zu denen wir kein Vertrauen haben könnten.

[eigenhändig:] Schubert

112

**Leitlinien von Schuberts für eine Pressebesprechung in Berlin  
am 6. März 1925**

*Durchschrift. PA, R 29.085.<sup>1</sup>*

I. Gründe für die bisherige Geheimhaltung

Wir hatten bei unserer Aktion<sup>2</sup>, wie ich Ihnen später zu zeigen hoffe, ein bestimmtes taktisches und sachliches Ziel im Auge. Das konnten wir nur erreichen, wenn wir der ausländischen, namentlich der französischen Presse die Möglichkeit nahmen, unsere Aktion madig zu machen. Erinnerungen an den sehr wichtigen und ernsthaften Cuno-Pakt<sup>3</sup>, der von Poincaré und der französischen Presse bereits totgemacht war, ehe er noch das Licht der Welt erblickt hatte. Auch Herriot und Chamberlain haben von sich aus der geheimen Behandlung durchaus zugestimmt. Die Aktion läuft doch jetzt schon eine Reihe von Wochen, ohne daß etwas in die Presse gekommen wäre. Erst in Senatskommissionssitzung 27. Februar<sup>4</sup> ist Herriot gezwungen worden, Schleier etwas zu lüften. Das war nicht vor auszusehen und ist bedauerlich, da wir dadurch unserer Öffentlichkeit gegenüber etwas ins Hintertreffen geraten sind, was von uns keineswegs beabsichtigt war.

II. Vorgeschichte der Aktion

Mit allem Nachdruck zurückzuweisen, daß wir etwa englischen Einflüsterungen zum Opfer gefallen wären. Auch die heutigen deutschen Meldungen über gestrige Rede Chamberlains<sup>5</sup> sind hinsichtlich der Vorgeschichte nicht ganz richtig. Besser ist der englische Text der Rede. Danach hat Chamberlain keineswegs gesagt,

---

<sup>1</sup> Die Leitlinien wurden Stresemann mit folgendem kurzem Brief Schuberts vom 7. März 1925 übergeben: „Beifolgend beehre ich mich, die Aufzeichnungen vorzulegen, aufgrund deren ich die Presse gestern in großen Zügen informiert hatte. Es ist ein sehr roher Entwurf, der Ihnen aber doch vielleicht gewisse Gesichtspunkte für Ihren Vortrag [vor der Presse] geben könnte. Ich würde allerdings sehr empfehlen, die Person Lord D’Abernons möglichst aus dem Spiel zu lassen, da sich sonst Weiterungen ergeben könnten. Eine genauere chronologische Darstellung der einzelnen Stadien der Aktion folg[t] in einer Stunde nach [Dok. 113].“

<sup>2</sup> Gemeint ist die deutsche Initiative zum Sicherheitspakt; siehe Dok. 108 Anm. 2 und Dok. 101-106.

<sup>3</sup> ADAP, Serie A, Bd. VI, S. 560. AR, Kab. Cuno, S. 109 Anm. 9.

<sup>4</sup> ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 327 Anm. 3.

<sup>5</sup> Vom 5. März 1925, Schultheß’, Bd. 66 (1925), S. 236-40.

daß er uns erst hätte darauf aufmerksam machen müssen, daß wir nicht mit England allein geheim verhandeln könnten. Wirklicher Verlauf ist folgender. Schon Ende Dezember und Anfang Januar habe ich, da Sicherheitsfrage ja in der Luft lag, darüber wiederholt mit hiesigen Diplomaten, z.B. auch Margerie und Faille, gesprochen, etwas intensiver mit D'Abernon, weil er sich nach seiner ganzen Art besonders dafür interessierte. Wir haben dabei allerlei Möglichkeiten ventiliert, wobei unsererseits aber von vornherein ganz stark betont wurde, daß unsere Aktion nicht in London, sondern zum mindesten gleichzeitig auch in Paris zu unternehmen sein würde. Selbstverständlich war es für uns angenehm, einmal zu hören, wie man in England über die uns vorschwebenden Gedanken urteilt. D'Abernon hat darüber, wie sich von selbst versteht, an seine Regierung berichtet, und Herr Chamberlain hat dann von sich aus das Gespräch Herrn Sthamer gegenüber darauf gebracht. Auch Herr Sthamer hat dann betont, daß wir nicht eine Aktion in England, sondern in erster Linie in Paris machen wollten. Dementsprechend sind wir dann auch tatsächlich vorgegangen. Um den Verdacht zu widerlegen, wir hätten nur auf englische Einflüsterungen gehandelt, möchte ich Ihnen im strengsten Vertrauen sagen, daß unsere Aktion weder der Form noch dem Inhalt nach den englischen Wünschen ganz entsprach, wie ich sie aus meinen laufenden Gesprächen mit D'Abernon zu erkennen glaubte.

### III. Inhalt der Aktion

Im Großen genommen ist die politische Situation die, daß unser Ziel im Westen nicht eine Revision des Versailler Vertrages, sondern vielmehr die Zurückweisung der Franzosen in die Grenzen dieses Vertrages ist. Wir wollen die Integrität des Rheinlandes retten. Im Osten ist dagegen unser großes Ziel eine Beseitigung der unerträglichen Grenzen (Korridor und Oberschlesien).

Alle diese Fragen sind durch die Frage der Räumung von Köln ins Rollen gebracht. Wir waren uns klar darüber, daß Herr Herriot, ohne seinem Volke irgendeine Sicherheitsgarantie aufweisen zu können, kaum aus Köln herauszubringen sein würde. Andererseits zögern die Engländer, sich durch einen Garantiepakt der von Frankreich gewünschten Art zu stark zu engagieren. Es bestand unter diesen Umständen die sehr ernste Gefahr, daß England an Frankreich Konzessionen auf unsere Kosten machen würde, indem es z.B. auf dem Umwege über die Völkerbundskontrolle eine gefährliche Belastung des Rheinlandes zugestand. Investigationsprotokoll, *éléments stables*, General Desticker.<sup>6</sup>

Aus diesem Grund haben wir versucht, uns mit Anregungen für einen Sicherheitspakt in die Situation hineinzuschieben, und zwar einen Sicherheitspakt, der selbstverständlich in erster Linie nicht auf englische oder französische, sondern auf deutsche Interessen abgestellt ist. Angesichts unseres vorhin erwähnten Zieles der Rhein-Sicherung haben wir den Schwerpunkt unserer Anregungen unter Anknüpfung an die Gedanken, die schon dem Cuno-Pakt zugrundelagen, auf die Sicherung des Besitzstandes am Rhein gelegt. Selbstverständlich mußten wir, wenn wir die Franzosen zur Innehaltung der Versailler Grenzen zwingen wollten, diese Grenzen auch unsererseits als maßgebend zugrunde legen. Es gibt der ganzen Aktion aber

<sup>6</sup> Dazu Dok. 110 und ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 325.



eine falsche Nuance, wenn man sie so darstellt, als ob wir Frankreich zuliebe den Verzicht auf Elsaß-Lothringen ausgesprochen hätten.

Nach der ganzen Vorgeschichte der Sicherheitsfrage war nicht daran zu zweifeln, daß die Franzosen ihrerseits die Frage der polnischen Grenzen in den Vordergrund stellen würden. Es war mit der Hauptzweck unserer Aktion, dieser französischen Tendenz entgegenzuwirken. Indem wir für den Westen die Versailler Basis akzeptierten, konnten wir um so aussichtsreicher die Versailler Basis für den Osten ablehnen. Wir haben deshalb für den Osten jede auf die gegenwärtigen Grenzen abgestellte Bindung kategorisch abgelehnt und haben uns lediglich bereit erklärt, ohne dabei Polen und die Tschechoslowakei ausdrücklich zu erwähnen, mit allen unseren Nachbarstaaten einen Schiedsvertrag abzuschließen, wie wir ihn mit der Schweiz und Schweden bereits abgeschlossen haben.<sup>7</sup> Ich glaube, daß wir durch dieses Vorgehen in der polnischen Frage nicht unerheblich an Terrain gewonnen haben. Selbstverständlich hat weder Herr Herriot noch auch Herr Chamberlain unseren Standpunkt etwa endgültig akzeptiert. Wir haben aber doch den Eindruck, daß unsere offenen Erklärungen in Verbindung mit den loyalen Anregungen nicht ohne Wirkung geblieben sind.

#### IV. Äußere Form unserer Aktion

Es kann, wie schon im WTB betont, nicht von endgültig formulierten Vorschlägen die Rede sein. Wir haben vielmehr mit den Gedanken, die ich eben andeutete, lediglich den Rahmen bezeichnet, innerhalb dessen wir uns an Sicherheitsregelungen aktiv beteiligen könnten. Wir haben verschiedene Möglichkeiten eines Sicherheitspaktes angedeutet, ohne uns auf eine dieser Möglichkeiten endgültig festzulegen.

Es ist von Verbalnote und Memorandum die Rede gewesen. Das ist in dieser Form nicht richtig. Eine Verbalnote haben wir an keine Regierung gerichtet. Dagegen entspricht es der ganzen diplomatischen Übung, daß man bei so wichtigen Gesprächen ein Schriftstück hinterläßt, welches die Hauptgedanken kurz zusammenfaßt. Wir hatten an diesem Verfahren in diesem Falle ein besonderes Interesse, weil wir uns dagegen sichern mußten, daß die mündlichen Mitteilungen unserer Missionschefs aus irgendwelchen Gründen entstellt oder schief wiedergegeben werden würden. Wie gefährlich das ist, zeigt, um nur ein Beispiel zu zitieren, die bekannte Konversation Bergmann-Poincaré Dezember 1922<sup>8</sup> über die Reparationsfrage.

#### V. Wünsche für künftige Behandlung

Bitte in der Presse nicht auf Vorgeschichte eingehen. Wir haben kein Interesse, gegen Chamberlain zu polemisieren oder Rolle D'Abernons zu kritisieren. Damit erschweren wir nur Stellung Chamberlains in Paris und geben der französischen

---

<sup>7</sup> Deutsch-schweizerischer Schieds- und Vergleichsvertrag vom 3. Dezember 1921, dazu Schreiben Wirths vom 9. August 1921, ADAP, Serie A, Bd. V, S. 207f.; zum Vertrag mit Schweden, 29. August 1924, ebd., Bd. XI, S. 173 Anm. 2. Zum deutsch-polnischen Schiedsvertrag siehe Krüger, Der deutsch-polnische Schiedsvertrag, HZ, Bd. 230 (1980), S. 577-612.

<sup>8</sup> Siehe dazu u.a. Tel. Bergmanns, 2. Januar 1923, ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 5f.; für den Hintergrund PA, R 35991f., außerdem Rupieper, The Cuno Government and Reparations, S. 72-75.

Opposition Nahrung für den Vorwurf, daß Deutschland oder England eine Konspiration gegen Frankreich versucht hätten.

Auch in der Beurteilung der Anregungen selbst wären wir für möglichste Zurückhaltung dankbar. Die ganze Aktion ist noch im Anfangsstadium, und die gute Position, die wir durch unsere Aktion erreicht haben, kann von der französischen Opposition immer noch leicht zerstört werden. Wenn, namentlich von unserer Rechtspresse, betont wird, daß in unseren Anregungen doch ein großes Opfer liege, so kann das natürlich nichts schaden. Auch die Unmöglichkeit der Ostgrenzen kann natürlich stark unterstrichen werden. Nur muß im Auge behalten werden, daß es nicht gut ist, die Reichsregierung zur Preisgabe aller Einzelheiten zu zwingen, da wir damit lediglich der französischen Opposition nutzen. Das ist besonders zu berücksichtigen, da jetzt bei der Zusammenkunft Chamberlain-Herriot und bei der nächsten Tagung des Völkerbundsrates voraussichtlich grundlegende Entscheidungen getroffen werden.

## 113

**Aufzeichnung von Schuberts für Reichsminister Stresemann  
Berlin, 7. März 1925**

*Durchschrift. PA, R 29085.*

Anbei folgt die vorhin<sup>1</sup> von mir angekündigte chronologische Aufzeichnung.

Ich würde es nicht für nützlich und unter Umständen sogar für gefährlich halten, wenn wir in der Öffentlichkeit die Details des chronologischen Verlaufs der Aktion zur Diskussion stellten. Besonders gefährlich würde mir ein genauerer Eingehen auf das erste Stadium der Aktion und eine ausdrückliche Erwähnung D'Abernon's erscheinen.

Aus der Anlage ergibt sich, daß offiziell weder Herr Herriot noch Herr Chamberlain den genaueren Inhalt unserer Anregung preisgegeben haben. Auch wir sollten davon in der Öffentlichkeit bis auf weiteres absehen, und zwar nicht etwa mit Rücksicht auf Frankreich und England, sondern lediglich mit Rücksicht auf unsere eigenen Interessen. Denn unsere Interessen machen es erforderlich, der französischen Opposition, solange irgend möglich, eine Zerpfückung unserer Anregungen unmöglich zu machen. Wenn die ausländische Presse auch schon nahezu alle Einzelheiten unseres Memorandums erwähnt hat, haben wir doch sicherlich keinen Anlaß, die Diskussion durch Bestätigung dieser Angaben neu zu entfachen.

[Anlage: Chronologische Aufzeichnung]

Erstes Stadium

In der ersten Hälfte des Januars kommt es bei den laufenden Unterhaltungen mit Lord D'Abernon zu einer intensiveren Unterhaltung über die Sicherheitsfrage,

<sup>1</sup> Dok. 112 Anm. 1. Zusätzlich zu den im Folgenden genannten Dok. siehe ADAP, Serie A, Bd. XII, S. XXXIX-XLIV.

wobei D'Abernon zunächst anregt, den Gedanken des Cuno-Paktes wiederaufzunehmen. Nach Fühlungnahme mit Herrn von Hoesch wird ein Memorandum aufgesetzt, das jedoch nicht nur auf den Cuno-Pakt, sondern auch auf einen regionalen Garantiepakt für den Westen (entsprechend der Stuttgarter Rede)<sup>2</sup> abgestellt ist und zugleich auf die Möglichkeit des Abschlusses weitgehender Schiedsverträge mit allen Nachbarstaaten hinweist. Dieses Memorandum wird am 20. Januar D'Abernon<sup>3</sup> übergeben, unter nachdrücklicher Betonung, daß wir nach unserer Auffassung nicht den Umweg über London nehmen dürften, sondern in erster Linie mit Frankreich unmittelbar verhandeln müßten. Lord D'Abernon, der zunächst anderer Ansicht zu sein schien, stimmte unserer Auffassung schließlich unzweideutig zu, meinte aber, es sei doch ganz interessant, zunächst einmal die Ansicht der Englischen Regierung festzustellen. Etwa gleichzeitig wird Sthamer informiert, mit dem Auftrage, seinerseits in London nicht die Initiative zu Besprechungen zu ergreifen.<sup>4</sup> Am 22. Januar kommt es zu einer vorläufigen Besprechung Sthamers mit Sir Eyre Crowe<sup>5</sup> und am 29. Januar zu einer eingehenderen Besprechung Sthamers mit Chamberlain.<sup>6</sup> Chamberlain nimmt unsere Gedanken sehr freundlich auf und gibt nach einigem Schwanken zu erkennen, daß es wohl richtig sei, wenn zunächst mit Frankreich verhandelt würde. Bei dieser Gelegenheit hat er auch einleitend bemerkt, daß er natürlich mit uns keine geheimen Verhandlungen hinter dem Rücken seiner Alliierten führen könne, worauf Sthamer unsere Auffassung in der gleichen Weise dargelegt hat, wie dies hier bereits gegenüber D'Abernon geschehen war. Am 23. Januar hatte übrigens auch eine, wenn auch nur ganz oberflächliche Erörterung der Angelegenheit mit de Margerie stattgefunden.<sup>7</sup>

### Zweites Stadium

Am 5. Februar ergeht Erlaß an Herrn von Hoesch,<sup>8</sup> worin die Überreichung unseres Memorandums in Paris angeordnet wird. Infolge Erkrankung Hoeschs wird Memorandum am 9. Februar vom Gesandtschaftsrat Forster Herrn Herriot übergeben.<sup>9</sup> Darauf folgt am 17. Februar eingehende Unterhaltung zwischen Hoesch und Herriot, bei der Herriot unsere Anregungen sehr freundlich entgegennimmt, ohne sich allerdings im einzelnen festzulegen.<sup>10</sup> Es wird beiderseits strengste Diskretion zugesagt. Am 20. Februar übergibt Ministerialdirektor Laroche Herrn von Hoesch die kurze französische Formalantwort.<sup>11</sup> Während dieses Stadiums wird Lord D'Abernon fortlaufend informiert.

---

<sup>2</sup> Gemeint ist eine Rede Stresemanns vom 2. September 1923, Schultheß', Bd. 64 (1923), S. 162-64.

<sup>3</sup> Aufz. Schuberts, ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 84-88. Das Memorandum findet sich ebd., S. 88f.

<sup>4</sup> Am 19. Januar 1925, ebd., S. 84 Anm. 2.

<sup>5</sup> Ebd., S. 105 Anm. 8.

<sup>6</sup> Auszug, ebd., S. 147 Anm. 2.

<sup>7</sup> Aufz. Schuberts, ebd., S. 109-11.

<sup>8</sup> Ebd., S. 163-68.

<sup>9</sup> Aufz. Forsters, ebd., S. 200-03.

<sup>10</sup> Aufz. Hoeschs, ebd., S. 236-39.

<sup>11</sup> Aufz. Hoeschs, ebd., S. 256-59.

### Drittes Stadium

Da in der schriftlichen französischen Antwort angekündigt wurde, daß Frankreich mit seinen Alliierten ins Benehmen treten werde, ergeht Auftrag nach Brüssel und Rom, dort gleichfalls das Memorandum zu übergeben.<sup>12</sup> Die Übergabe erfolgt in Brüssel am 24. Februar<sup>13</sup> und in Rom am 25. Februar.<sup>14</sup> Herr Hymans äußerte sich nicht unfreundlich, aber sehr reserviert, während Herr Contarini unseren Schritt sehr begrüßt und als außerordentlich geschickt bezeichnet.

### Viertes Stadium

Am 27. Februar wird Herriot in der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten durch die Opposition zu Andeutungen über unsere Anregungen gezwungen.<sup>15</sup> Die sich daran anknüpfenden französischen Pressekommentare, die über den Inhalt unserer Anregungen ziemlich eingehende Angaben machen, werden durch ein amtliches Communiqué der Senatskommission dementiert. Am 3. März findet aufgrund diesseitiger Instruktion eine erneute Besprechung zwischen Sthamer und Chamberlain statt, bei der sich der Letztere nunmehr sehr eingehend über unsere Aktion ausspricht und diese in jeder Richtung als nützlich und aussichtsreich bezeichnet.<sup>16</sup> Im gleichen Sinne äußert sich Herr Chamberlain am 5. März im englischen Parlament, wobei er eine Mitteilung über den konkreten Inhalt unserer Anregungen ablehnt.<sup>17</sup> Er hat lediglich einige Bemerkungen über die Vorgeschichte gemacht, in dem Sinne, daß England nicht hinter dem Rücken Frankreichs mit uns habe verhandeln können, daß ihm aber dies auch sofort vom Deutschen Botschafter als Auffassung der deutschen Regierung mitgeteilt worden sei.<sup>18</sup>

<sup>12</sup> Am 21. Februar, ebd., S. 259 Anm. 13.

<sup>13</sup> Ebd., S. 275 Anm. 5.

<sup>14</sup> Ebd., S. 259 Anm. 13.

<sup>15</sup> Siehe ebd., S. 327 Anm. 3.

<sup>16</sup> Die Instruktion war bereits am 25. Februar ergangen, ebd., S. 292-95. Unterredung Sthamer/Chamberlain vom 3. März, ebd., S. 295 Anm. 11.

<sup>17</sup> Siehe ebd., S. 343 Anm. 6.

<sup>18</sup> In einer Besprechung in der Reichskanzlei am 17. März 1925 hatten Schubert und auch Stresemann die Meinung vertreten, daß man in den Fragen der Militärkontrolle, des angestrebten Sicherheitspaktes und des vorgesehenen deutschen Völkerbundbeitritts bald zu einer Konferenz mit den Alliierten kommen werde, AR, Kab. Luther I u. II, Bd. 1, S. 178-80.

**Telegramm von Schuberts an Botschafter von Hoesch  
Berlin, 10. März 1925**

*Abschrift. PA, R 29086; abgesandt 23 Uhr 10.<sup>1</sup>*

Für Botschafter persönlich.

Ihre Auffassung<sup>2</sup> über Sinn und Zweck unserer Anregung wegen Abschluß Schiedsvertrags mit östlichen Nachbarstaaten ist durchaus richtig. Von unserem Standpunkt aus haben Ostfragen mit den aktuellen politischen Problemen, die zu unserer Sicherheitsdemarche Anlaß gegeben haben, überhaupt nichts zu tun. Da aber von vornherein klar war, daß Frankreich anderen Standpunkt einnehmen würde, haben wir dem entgegenkommen wollen und Schiedsgerichtsgedanken zur Erörterung gestellt, und zwar nicht allein für Oststaaten, sondern allgemein für alle Nachbarstaaten.

Man mag über den Wert von Schiedsverträgen denken wie man will. Auf alle Fälle sind sie doch nicht das Zeichen eines Angriffswillens, sondern ein Beweis für den Willen zur friedlichen Verständigung. Es ist deshalb eine direkte Verdrehung der Tatsachen, wenn Polen diesen unseren Schritt jetzt als Beginn einer aggressiven deutschen Politik und sogar als Grund für die Verstärkung militärischer Rüstung hinstellt.

Mit hiesigem polnischen Gesandten ist bereits Fühlung genommen, um auf ihn in diesem Sinne einzuwirken.<sup>3</sup> Das wird natürlich ohne großen Effekt bleiben, da Polen nur daran liegt, unseren Vorschlag zu diskreditieren und seine eigene Gefährdung ins Licht zu stellen. Wir werden deshalb in nächsten Tagen voraussichtlich mit offiziöser Verlautbarung an die Öffentlichkeit treten, was im Augenblick aus gewissen Erwägungen taktischer Art noch nicht opportun erscheint. Es wäre aber sehr erwünscht, wenn Sie unseren Standpunkt und die offensichtliche mala fides Polens in dortigen politischen Kreisen mit allem Nachdruck betonen könnten.

Schubert

---

<sup>1</sup> Es handelt sich um das Antworttel. Nr. 301 auf das Hoesch-Tel. Nr. 173 vom 7. März 1925; siehe Anm. 2. Vgl. auch Schuberts Aufz. vom 10. März, ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 366-73; Schuberts Aufz., 12. März, ebd., S. 394-400; Hoeschs Tel. vom 19. März, ebd., S. 447f.; Schuberts Tel. nach Paris, 21. März, ebd., S. 481-83.

<sup>2</sup> Ebd., S. 350 Anm. 3.

<sup>3</sup> Siehe ebd., S. 349-51, die Aufz. Dirksens vom 7. März über eine Unterredung mit Olszowski, der heftig gegen eine Territorialklausel in dem geplanten Schiedsvertrag, also gegen dessen mögliche Anwendung auf die Schlichtung von Grenzstreitigkeiten per Schiedsspruch protestierte; dazu auch Schuberts Ausführungen anläßlich einer Besprechung in der Reichskanzlei zwischen ihm, Stresemann, Luther und Kempner am 17. März 1925, AR, Kab. Luther I u. II, Bd. 1, S. 178-80.

## 115

**Notizen von Schuberts über eine Unterredung mit Reichskanzler Luther  
und Reichsminister Stresemann am 12. März 1925  
Grünhaus, Winter 1932/33**

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. FS, Bd. 4  
(PA, R 29086).<sup>1</sup>*

Mein Vortrag vom 12. März 1925, gehalten Luther und Stresemann. Meine Vorschläge bezüglich einer Formel für unsern Eintritt in den Völkerbund, die ich dem Englischen Botschafter übergeben könnte, werden genehmigt.

## 116

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit Philip Kerr  
Berlin, 20. März 1925**

*Ausfertigung. PA, R 27367.*

**Geheim!**

Heute besuchte mich Herr Philip Kerr, um das Gespräch fortzusetzen, das wir kürzlich auf der Englischen Botschaft begonnen hatten.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Aufz. Schuberts über seine Unterredung vom 12. März 1925 mit Luther und Stresemann ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 398 Anm. 9, in der er betonte, „mit meinen übrigen Absichten waren die Herren ebenfalls einverstanden“. Dort auch beigelegt als Anm. 2 die als persönliche Auffassung (Entwurf von Gaus) D’Abernon zu übergebende Formel für eine den deutschen Interessen entgegenkommende Erklärung des Völkerbundes zu Art. 16, die dann in der Unterredung mit D’Abernon am Abend des 12. März (ebd., S. 394-400) abgeändert wurde (beide Fassungen als Anlage I u. II dort, S. 398 Anm. 10 u. 11). Die ebd., S. 398 Anm. 9, als Anlage 1 erwähnte Aufz. Schuberts, auf die er seine von Luther und Stresemann genehmigten Vorschläge stützte und die seine beabsichtigte Argumentation gegenüber D’Abernon skizzierte, ist dort nicht gedruckt; es handelt sich (PA, R 29086) um hschr. Notizen Schuberts: „1.) Völkerbundsfrage. Anerkenntnis, daß England wegen Verschnupfung in Frankreich mit Frankreich Schwierigkeiten hat. Aber die ganz neue Situation, daß Sicherheitspakt nun abhängig sein solle vom Völkerbundseintritt, ist doch für uns höchst unbequem. Daß nun plötzlich wir auf unsere Position, für die wir doch neuerdings Verständnis voraussetzen [siehe u.a. Dok. 110 Anm. 6], verzichten sollen, kann kein Mensch von uns verlangen. [Links am Rand dazu: „Gewisse Erpressung“] Diese Position hat doch sogar schon mittleres Kabinett eingenommen. [...]“ Zum weiteren Verlauf nach der Note des Völkerbundsrats an die Reichsregierung vom 14. März 1925 siehe Schuberts Runderlaß vom 17. März, ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 423f. Über den Hintergrund, die deutsch-sowjetischen Beziehungen, Dok. 110 Anm. 7 und Dok. 111.

---

<sup>1</sup> Siehe auch Schubert an Dufour, „strengstens vertraulich“ vom 23. März, ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 497-500.

Ich setzte ihm vertraulich die Richtlinien unserer Politik, die wir seit Oktober vorigen Jahres betrieben hätten, genau auseinander. Ich teilte ihm insbesondere die Absichten mit, die wir mit unserem Vorschlage eines Schiedsvertrages mit Polen verfolgt hätten.<sup>2</sup>

Herr Kerr hatte für meine Ausführungen absolutes Verständnis und stimmte mir in allen Punkten bei. Spontan und aus eigener Initiative äußerte er, der größte Fehler, den wir machen könnten, wäre, wenn wir jetzt schon die Frage der Ostgrenzen aufrollen würden. Die Zeit sei keineswegs hierfür reif. Wir würden lediglich unseren Finger auf einen sehr feinfühligen Nerv der gegen uns gerichteten öffentlichen Meinung in England legen. Der größte Teil der öffentlichen Meinung würde dann gegen uns sein und uns vorwerfen, daß wir lediglich mit unserem Sicherheitsvorschlage die Aufrollung des Ostproblems verfolgt hätten.

Ich erwiderte Herrn Kerr, ich sei einigermaßen erstaunt über diese Äußerung, denn es sei mir vor einiger Zeit mitgeteilt worden, daß man in weiten Kreisen Englands es durchaus verstehen würde, wenn wir jetzt die praktische Regelung unserer Ostfrage in die Hand nehmen würden.

Herr Kerr erwiderte, diese Ansicht sei ganz falsch. Wahr sei nur, daß man allgemein in England der Ansicht sei, daß die Grenze zwischen Polen und Deutschland nicht so bleiben könnte, wie sie jetzt bestände. Hierüber bestehe wohl beinahe allgemeine Übereinstimmung. Etwas ganz anderes sei es aber, wenn wir schon jetzt dieses Problem praktisch in die Hand nehmen würden.

Ich erwiderte, ich stimmte mit ihm hierin ganz überein. Einerseits könnten wir unter keinen Umständen die Ostgrenze noch einmal garantieren, andererseits liegt uns aber durchaus die Absicht fern, schon jetzt das Grenzproblem lösen zu wol-

<sup>2</sup> Im Erlaß Schuberts vom 19. Januar 1925 an Sthamer hieß es: „Von französischer Seite könnte gegen den [Sicherheits-]Pakt eingewendet werden, daß er die Frage der Sicherung Polens gegen deutsche Angriffe offen läßt. Dieser Einwand ließe sich aber auch, und zwar in erhöhtem Maße, gegen den Cuno-Pakt geltend machen, da dieser einen Krieg Deutschlands gegen Polen nicht ausschliesse und Frankreich im Falle eines solchen Krieges sogar an der Unterstützung Polens hindern würde. Die einzige besondere Sicherheit, zu der wir uns hinsichtlich Polens bereitfinden könnten, wäre der Abschluß eines weitgehenden Schiedsvertrages.“-PA, R 29083; dazu ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 84 Anm. 2; außerdem Dok. 112-114. Schubert sprach am 12. März 1925 mit dem britischen Botschafter über die Ostgrenzen: „Zunächst kam Lord D’Abernon auf den Sicherheitspakt zu sprechen, und zwar auf die Frage der Ostgrenzen. Er behauptete, daß der Reichsaußenminister ihm einmal gesagt habe, daß wir bereit wären, eine feierliche Verpflichtung dahingehend einzugehen, die Ostgrenzen nicht mit Gewalt zu ändern. Ich erwiderte, hier müsse unbedingt ein Mißverständnis vorliegen. Es sei vollkommen ausgeschlossen, daß Herr Stresemann jemals eine solche Erklärung abgegeben habe. Im Gegenteil habe er doch aus den zahlreichen Unterredungen mit mir und auch dem Herrn Außenminister ersehen müssen, daß wir uns nicht nur auf keine Grenzgarantierung gegenüber Polen einlassen könnten, sondern daß wir es für ausgeschlossen hielten, Polen gegenüber die Grenzen überhaupt zu erwähnen. Um den Verdacht der Franzosen auszuräumen, als wollten wir nach Erreichung eines Paktes im Westen uns auf die Polen stürzen, um eine gewaltsame Änderung der Grenzen vorzunehmen, seien wir bereit, mit den Polen einen weitgehenden Schiedsvertrag abzuschließen, der de facto einen Krieg mit diesem Lande ausschließe.“ Aufz. Schuberts, ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 394f. Siehe auch Schuberts Aufz. vom 20. März, ebd., S. 468f.

len.<sup>3</sup> Herr Kerr erwiderte, diese Auskunft interessiere ihn sehr und sei für ihn höchst wertvoll, denn er würde es für außerordentlich bedauerlich halten, wenn wir jetzt den Fehler begehen würden, zu rasch vorzugehen.

Für die von mir sehr bestimmt ausgesprochene Ansicht, daß wir keinesfalls die Ostgrenzen besonders garantieren könnten, schien Herr Kerr zwar durchaus Verständnis zu haben; aus seinen Äußerungen ging aber hervor, daß er Zweifel zu haben schien, ob die Gefahr einer solchen Forderung von der Seite der Entente schon ganz beseitigt sei; er wies dabei auch auf die wahrscheinlichen Pläne von Herrn Beneš hin, den er wahrscheinlich morgen oder übermorgen sprechen werde. Herr Beneš schiene mit der Idee umzugehen, ähnliche Garantiepläne in Gang zu bringen, wie wir sie für den Westen vorgeschlagen hätten.<sup>4</sup>

Ich erwiderte, daß solche Pläne geeignet sein würden, die ganze politische Lage über den Haufen zu werfen. Der Westpakt sei etwas sehr Ernstes und Notwendiges. Durch die Hereinnahme des Ostens würde dieser Pakt auf jeden Fall zu seinem Schaden verwässert werden. Man sollte doch um Gotteswillen Schritt für Schritt vorwärts schreiten und nicht den Versuch machen, alle Probleme auf einmal lösen zu wollen. Jede Gefahr für die Polen werde doch durch unseren Schiedsvertrag ausgeräumt und damit könnten sie sich vorläufig durchaus zufrieden geben. Einen ähnlichen Pakt können wir ja auch mit der Tschechei abschließen, die jedoch offenbar wegen ihrer Grenzen durchaus nicht beunruhigt sei.

Herr Kerr fragte mich dann, was ich von dem Gedanken halte, den ganzen Fragenkomplex auf einer großen Konferenz nach dem Muster der Londoner Konferenz vom vorigen Jahre zu behandeln. Ich erwiderte, dieser Gedanke erschiene mir nicht uneben, wenn er auch gewisse Gefahren mit sich bringe. Denn wenn wieder einmal die Alliierten sich zunächst zusammenfänden und etwa sich auf Pläne à la Beneš festlegten, die wir dann, später hinzugezogen, unterschreiben sollten, so würde unter Umständen die ganze Sache mit einem grauenhaften Mißerfolg enden.

Herr Kerr sah dies ein und gab mir auch Recht, als ich ihm sagte, daß jedenfalls wir eine solche Idee nicht propagieren könnten.

Herr Kerr führte aber für die Konferenzidee noch das Argument an, daß wir zur Durchführung unserer Ideen unter Umständen die öffentliche Meinung z.B. auch Amerikas gewinnen müßten, was anläßlich einer Konferenz möglich, aber auf diplomatischem Wege nicht so ohne weiteres zu erreichen sei.

Herr Kerr sprach dann auch noch von dem Völkerbund und meinte, unser Eintritt würde doch sehr viel dazu beitragen, um die Friedensstimmung in England und Amerika, die wir sehr nötig hätten, sehr bedeutend zu stärken und für unsere Zwecke zu vertiefen.

In diesem Zusammenhange sagte ich ihm, daß wir natürlich gezwungen seien, auch auf Rußland Rücksicht zu nehmen. Herr Kerr stimmte mir hierin sehr lebhaft

<sup>3</sup> Schubert war auch beunruhigt wegen Luthers Versuch, über das Stichjahr 1869 für die Westgrenze die Eupen-Malmedy-Frage nicht unter den Sicherheitspakt fallen zu lassen. In einer hschr. Notiz „Akten [betr. Sicherheitsinitiative] gelesen 21.2.25“ hielt Luther als Merkpunkt u.a. fest: „4) Eupen-Malmedy!“. Am Rande eines Tel. aus Brüssel vom 23. Februar 1925 schrieb Schubert: „Luther will Eupen-Malmedy herauslassen!“-PA, R 29084.

<sup>4</sup> Siehe Schuberts ganz geheimen Erlaß vom 10. März 1925 nach Prag, ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 375-78, bes. S. 377.



zu. Bei der Beurteilung Rußlands befänden wir uns in völliger Übereinstimmung, insbesondere teilte er meine Meinung, daß man aus dem augenblicklichen Darniederliegen Rußlands nicht den Schluß ziehen dürfe, daß Rußland eine Macht zweiten Ranges sei. Auch England müsse infolge seiner großen Grenzen, die es in Asien mit Rußland habe, diesen Punkt mehr denn je würdigen.

Schließlich gab mir Herr Kerr Recht, als ich ihm auseinandersetzte, wie schwierig es für uns infolge unserer unglücklichen geographischen Lage sei, eine auch nach außen folgerichtige Politik zu treiben. Er meinte lachend, das sei für England viel leichter. Der Kanal sei das beste Atout, das England für seine Politik in der Hand habe.

[eigenhändig] Schubert

117

**Aufzeichnung von Schuberts für Reichsminister Stresemann  
Berlin, 20. März 1925.**

*Durchschrift. PA, R 29087, Adresse: „Dem Herrn Reichsminister [hschr. Schubert:]  
(der es dem H[errn] RK weiterleitete)“.<sup>1</sup>*

**Streng geheim!**

In der Anlage überreiche ich ergebenst eine Aufzeichnung des Generalkonsuls von Dirksen<sup>2</sup> über sein Gespräch mit dem Senatspräsidenten Sahm, eine Aufzeichnung über mein Gespräch mit dem Senatspräsidenten,<sup>3</sup> sowie eine Aufzeichnung über mein Gespräch mit Herrn Philip Kerr.<sup>4</sup>

Ich beehre mich darauf aufmerksam zu machen, daß die Grundlage der Politik, die wir seit Anfang des Jahres geführt haben, darin bestand, daß wir den Franzosen den Abschluß eines Sicherheitspaktes im Westen anboten und daß wir die Ostfrage

---

<sup>1</sup> Auch in ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 468f., aber zeitlich falsch eingeordnet: Das Dok. gehört hinter die Unterredung mit Pacelli (ebd., S. 469f.) vom selben Tag über das Verhältnis der Sicherheitsinitiative zur deutsch-polnischen Grenzfrage (Anfang der Aufz. Schuberts: „Der Nuntius erschien heute bei mir und begann sofort ein Gespräch über die aktuellen hochpolitischen Fragen“; im weiteren Verlauf setzte Schubert ihm die deutschen Absichten und den Vorschlag eines deutsch-polnischen Schiedsvertrages „genau auseinander“), ein wichtiges Dok. zum Schubertschen Verständnis dieser Fragen in ihrer längerfristigen Entwicklung. Siehe auch Aufz. Schuberts vom 19. Januar 1931 über das Gespräch mit Pacelli in Rom, Dok. 240. Diese Vorgänge stehen in engem Zusammenhang mit dem deutsch-sowjetischen Verhältnis und der Notwendigkeit, der sowjetischen Führung eine Sicherheitsinitiative akzeptabel zu machen, siehe den ausführlichen, von Schubert und Gaus vorbereiteten Erlaß für Brockdorff-Rantzau, dessen kritische Haltung gegenüber der Sicherheitsinitiative bekannt war, vom 19. März (ebd., S. 456-65).

<sup>2</sup> Letzte fünf Worte hschr. unterstrichen; Auszug ebd., S. 477 Anm. 1 (vom 18. März 1925).

<sup>3</sup> Ebd., S. 488 Anm 3 (vom 18. März).

<sup>4</sup> Dok. 116.

nur deshalb anschnitten, um bei den Franzosen den Verdacht auszuräumen, als wollten wir die Sicherung im Westen zu einem Überfall auf Polen ausnutzen. Wir haben bei allen unseren Besprechungen und Demarchen stets betont, daß wir zwar bereit seien, mit den Polen einen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag abzuschließen, daß wir jedoch unter keinen Umständen bereit seien, unsere Ostgrenzen noch einmal zu garantieren. Wir haben infolge der falschen Nachrichten, welche von französischer und polnischer Seite über unsere Absichten gegenüber Polen ausgestreut wurden, in letzter Zeit darauf hingewiesen, daß wir weder daran dächten, den Schiedsvertrag für eine Bereinigung der Ostgrenzen auszunutzen, noch im entferntesten die Absicht hätten, schon jetzt das Problem unserer Ostgrenze aufzurollen. Wir haben darauf hingewiesen, daß sich nach unserer Ansicht die Verhältnisse in Polen so entwickeln würden, daß damit zu rechnen sei, daß sich in absehbarer Zeit die Grenzregulierungsfrage von selbst stellen würde.<sup>5</sup>

Ich würde es im Interesse der Weiterverfolgung der Ziele, welche wir mit unseren Demarchen auf den verschiedenen Gebieten erreichen wollen, für geradezu katastrophal halten, wenn wir von unseren Richtlinien in bezug auf den Osten auch nur um Haaresbreite abweichen würden. Meines Erachtens würde es daher mit einem Zusammenbruch unserer im Anfang dieses Jahres inaugurierten Politik gleichbedeutend sein, wenn wir jetzt auch nur den Verdacht erwecken würden, als dächten wir doch daran, schon jetzt an die praktische Regelung der polnischen Grenzfrage heranzutreten.

Die Anschneidung der Grenzfrage im jetzigen Moment halte ich für vollkommen aussichtslos; eine solche Absicht unsererseits würde unzweifelhaft mindestens dazu führen, daß die Entente die Garantierung unserer Ostgrenze in schärfster Form von uns verlangen würde.<sup>6</sup>

Im übrigen beehre ich mich darauf hinzuweisen, daß meiner Ansicht nach die Gefahr, daß an uns doch die Forderung der Garantierung der Ostgrenze gestellt werden wird, noch lange nicht ausgeräumt ist. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß dieses Hindernis das schwierigste ist, das in dem ganzen Fragenkomplex zu überwinden sein wird.

Sch[ubert]

<sup>5</sup> ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 349-51 (Aufz. Dirksen/Olszowski, 7. März), S. 405-07 (Ber. Pfeiffer, Wien, 12. März), S. 415-19 (Aufz. Schubert/de Margerie, 16. März).

<sup>6</sup> Dieser Absatz hschr. von Schubert am Rand durch mehrere Striche markiert.

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem sowjetischen  
Botschafter Krestinski (gekürzt)  
Berlin, 25. März 1925**

*Durchschrift. PA, R 29087.*

Ganz geheim!

[...]<sup>1</sup>

Nachdem das Gespräch hierüber dann endlich erledigt war, und der Botschafter keine Anstalten machte, um auf politische Dinge zu kommen, sagte ich ihm, daß wir die Abreise des Attachés unseres Botschafters, Hencke, am vergangenen Sonntag [22.3.1925] benutzt hätten, um dem Botschafter eine sehr eingehende Instruktion<sup>2</sup> über die politische Lage zukommen zu lassen. Wir legten sehr großen Wert darauf, die Russen über unsere Absichten genau zu informieren.<sup>3</sup> Bekanntlich sei kürzlich die Antwort des Völkerbundsrates auf unsere Note vom 12. Dezember v.J.<sup>4</sup> eingetroffen, und wir beabsichtigten, uns über das jetzige Stadium der Völkerbundsfrage zuallererst mit Rußland zu unterhalten.

Der Botschafter begrüßte dies sehr. Er müsse, so fügte er hinzu, mir offen sagen, daß man in Rußland über unsere Verhandlungen mit den Westmächten, die wir in den letzten Monaten über die Sicherheitspaktfrage geführt hätten, sehr beunruhigt sei. Man habe sich darüber gewundert, daß wir den Russen, wahrscheinlich als einziger Großmacht, über diese Verhandlungen niemals eine Mitteilung hätten zugehen lassen. Hierdurch wäre der Eindruck entstanden, daß diese Verhandlungen eine Spitze gegen Rußland hätten.

Ich erwiderte Herrn Krestinski, seine Darstellung sei nicht ganz richtig. Denn unser Botschafter in Moskau habe ja bereits vor einiger Zeit mit Herrn Litwinow ein längeres Gespräch über unsere Westpolitik gehabt.

Der Botschafter entgegnete, das sei zwar richtig, aber die Information sei doch sehr spät, und zwar zu einer Zeit erfolgt, als ja bereits die gesamte Presse der Welt schon nahezu alles publiziert hätte. Auch der Außenminister habe ihm ja einige Aufschlüsse gegeben, aber auch erst in letzter Stunde, und zwar unmittelbar vor den Darlegungen, die er im Auswärtigen Ausschuß gegeben habe. Die Russen seien übrigens immer schlecht behandelt worden. So habe ihm z.B. Herr Wallroth seinerzeit unsere Note an den Völkerbundsrat vom 12. Dezember erst ungefähr am 19. Dezember mitgeteilt, und zwar unmittelbar vor der Publikation.

---

<sup>1</sup> Laufende Angelegenheiten.

<sup>2</sup> Siehe dazu Anm. 5.

<sup>3</sup> Über Schuberts Vorgehen siehe Dok. 108 und 112 Anm. 1; über die Haltung der Reichsregierung siehe AR, Kab. Luther I u. II, Bd. 1, S. 202, Aufz. Schuberts über eine Ministerbesprechung vom 21. März 1925. Über die deutsch-sowjetische Erörterung der Sicherheitsinitiative sowie die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem AA und Brockdorff-Rantzau im März und April 1925 ADAP, Serie A, Bd. XII, S. LI-LV.

<sup>4</sup> Note vom 12. Dezember 1924, Antwort 14. März 1925, Schultheß', Bd. 65 (1924), S. 115; Bd. 66 (1925), S. 450f; siehe auch Dok. 115 Anm. 2.

Ich erwiderte Herrn Krestinski, daß an sich kein besonderer Anlaß vorgelegen habe, um die Russen früher zu orientieren. Wir hätten den Grafen Rantzau<sup>5</sup> stets auf dem laufenden gehalten, und auch er sei derselben Meinung gewesen. Es habe sich bei den Verhandlungen mit den Alliierten über die Entwaffnungs-, Räumungs- und Sicherheitsfrage um unendlich viele Details gehandelt, welche die Russen keinesfalls interessiert haben würden. Außerdem hätten wir ja den Alliierten keinen festformulierten Sicherheitspakt angeboten, sondern ihnen nur gewisse vage Anregungen mitgeteilt. Es sei also nichts wirklich Faßbares gewesen, was wir den Russen hätten mitteilen können.

Andererseits könne ich vielleicht zugeben, daß wir unter Umständen gut daran getan hätten, mit den Russen etwas früher über diese Dinge zu sprechen. Wenn wir dies unterlassen hätten, so hätten wir es jedenfalls nicht mala fide oder deshalb getan, weil die ganze Politik irgendeine Spitze gegen Rußland gehabt habe. Im Gegenteil könne ich ihm auf das Bestimmteste versichern, daß wir bei den ganzen Verhandlungen stets uns als Leitmotiv die Aufrechterhaltung unserer guten Beziehungen zu Rußland vorgehalten hätten. Die Demarche, welche Graf Rantzau jetzt unternehmen solle, könne jedenfalls als Beweis unseres guten Willens dienen, da tatsächlich Rußland die erste Macht sei, mit der wir nach Eingang der Antwort des Völkerbundsrats in meritorische Verhandlungen über diese Frage eintreten.

Was im übrigen die polnische Frage anlange, so ständen für uns zwei Thesen absolut fest: Erstens, daß wir unter keinen Umständen die Garantierung unserer Grenzen mit Polen noch einmal vornehmen würden und zweitens, daß wir nicht daran dächten, die Grenzfrage schon jetzt praktisch aufzurollen. Daran anknüpfend setzte ich dem Botschafter auseinander, was wir mit einem Schiedsvertrage mit Polen bezweckten. Der Botschafter fragte mich, welche deutschen Parteien denn gegen eine Garantierung der Ostgrenzen seien. Ich erwiderte: alle, was Herrn Krestinski etwas zu erstaunen schien.

Ich fügte hinzu, daß wir aber gerade auch über die polnische Frage gern mit der Russischen Regierung uns offen unterhalten würden, weil wir wüßten, daß für die polnische Frage auch die Russen ein großes Interesse hätten.

Der Botschafter fragte mich sodann, was denn die deutschen Parteien über unseren Eintritt in den Völkerbund dächten und meinte, daß die Sozialdemokraten und die Demokraten wohl absolut dafür wären, während die Rechtsparteien wohl dagegen seien.

<sup>5</sup> Am 22. März 1925 hatte Stresemann Brockdorff-Rantzau einen 21seitigen von Schubert und Gaus am 19. März vorgelegten, danach noch an einigen Stellen korrigierten Erlaß gesandt, in dem es hieß: „Erst mit dem Aufwerfen der Völkerbundsfrage ist in die Situation ein Moment hineingetragen worden, das unser Verhältnis zu Rußland unmittelbar berührt.“ Deswegen kam er zu der abschließenden Bemerkung: „Es wäre meines Erachtens aber ein großer Fehler, wenn wir mit der Prüfung der möglichen Rückwirkungen unseres Eintritts [in den Völkerbund] auf Rußland und mit einer Fühlungnahme mit der Sowjetregierung bis zu dem Augenblick warten wollten, in dem wir der endgültigen Entscheidung nicht mehr ausweichen können.“-ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 456-65 (Zitate S. 461 u. 465). Vgl. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. ORu, Bd. 1 (PA, R 29245), ebenso dort Eintragungen zum Brief Brockdorff-Rantzaus an Schubert, 21. März 25 (ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 484-490), und zum Tel. nach Moskau, 1. April 25 (ebd., S. 579-585).

Ich erwiderte, daß sei wohl richtig. Im übrigen sei meiner Ansicht nach die Frage unseres Eintritts in den Völkerbund wohl jetzt nicht akut und könne erst später entschieden werden.<sup>6</sup>

Der Botschafter meinte, daß es uns doch recht schwer fallen werde, den schmalen Weg innezuhalten, den wir offenbar einzuschlagen gedächten und der uns in der Frage unseres Eintritts in den Völkerbund durch unsere Interessen im Westen einerseits und unsere Rücksichtnahme auf Rußland andererseits vorgezeichnet zu sein scheine.

Ich erwiderte, diese Politik sei allerdings vielleicht schwierig. Aber gerade hierüber wollten wir uns ja eben mit Rußland in voller Offenheit unterhalten. Für mich sei jedenfalls die Hauptsache, daß kein Mißtrauen zwischen unserer und seiner Regierung aufkomme. Das müsse auf jeden Fall vermieden werden.

Im Anschluß hieran bat ich den Botschafter, künftig doch zu mir zu kommen, wenn er Anlaß zu dem Glauben habe, daß wegen irgendwelcher Aktionen unsererseits Mißtrauen in Moskau entstehen werde oder entstanden sei. Ich sei jederzeit bereit, ihm jede verlangte Auskunft zu geben.

[...]<sup>7</sup>

119

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit  
dem Reichstagsabgeordneten Hoetzsch (DNVP)  
Berlin, 25. März 1925**

*Durchschrift. PA, R 29087.*

Ganz geheim!

Der Abgeordnete Hoetzsch suchte mich heute auf, um mit mir die allgemeine Situation zu besprechen. Er sagte mir, daß der Zwischenfall zwischen den Deutschnationalen und dem Herrn Reichsminister<sup>1</sup> höchst bedauerlich sei, und daß er mit einiger Sorge in die Zukunft sehe.

---

<sup>6</sup> Der beabsichtigte deutsche Eintritt in den Völkerbund beunruhigte die Russen so sehr, daß Krestinski immer wieder versuchte, Gegengründe ins Feld zu führen, etwa, daß eine sowjetische Unterstützung im Falle eines deutscherseits geführten Krieges dann nicht mehr in Frage komme, Aufz. Schuberts vom 2. Juni 1925. Radek betonte, in der Sowjetunion „befürchte man, daß wir nach Abschluß des Sicherheitspakts und besonders nach unserem Eintritt in den Völkerbund notgedrungen uns der englischen Politik nähern würden, die ausgesprochen darauf ausgehe, eine Koalition gegen Rußland ins Leben zu rufen“; Aufz. Schuberts vom 13. Juni.-ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. 198-202, 327-29 (Zitat S. 327).

<sup>7</sup> Krestinski habe betont, nicht er sondern Moskau sei gegenüber Deutschland mißtrauisch. Hinweis Schuberts auf eine Rede Baldwins, daß der Sicherheitspakt im Westen nur Auftakt für eine gesamteuropäische Lösung sei. Krestinski wolle Litwinow über sein Gespräch mit Schubert informieren.

---

<sup>1</sup> Die DNVP hatte in einem Brief an Stresemann vom 21. März 1925 schwere Vorwürfe gegen seine Außenpolitik erhoben. Bereits am 22. März kam dies in einer Besprechung von

Ich setzte ihm dann ganz vertraulich unsere Politik noch einmal ausführlich auseinander. Ich habe dabei die polnische Frage auch eingehend beleuchtet, die Bedeutung des etwa in Frage kommenden Schiedsvertrages mit Polen auseinandergesetzt und ihm den finnisch-deutschen Schiedsvertrag<sup>2</sup> eingehändigt.

Bei dieser Gelegenheit betonte ich sehr energisch, daß der nach meinen Nachrichten bei einigen Deutschnationalen gehegte Verdacht, als habe Herr Stresemann doch hinter den Kulissen mit den Alliierten über einen mit Polen abzuschließenden Nichtangriffspakt verhandelt, völlig unbegründet sei. Im Gegenteil hätten wir stets zum Ausdruck gebracht, daß wir den Polen lediglich eine Beruhigung in Gestalt des Schiedsvertrages geben könnten, daß wir aber nicht in der Lage seien, eine Erklärung des Inhalts abzugeben, daß wir die polnischen Grenzen nicht mit Gewalt ändern wollten.

Wir kamen dann auch auf die russische Frage zu sprechen, die Herrn Hoetzsch besonders zu interessieren schien. Ich setzte Herrn Hoetzsch unsere Absichten in bezug auf Rußland ausführlich auseinander und gab ihm auch – ich hatte hierzu die Genehmigung des Herrn Außenministers eingeholt – streng vertraulich unseren Erlaß an den Grafen [Brockdorff-]Rantzau vom 19. d.M.<sup>3</sup> zu lesen.

Nach der Lektüre dieses Erlasses meinte Herr Hoetzsch, daß er eine sehr klare Darstellung unserer Politik gebe, daß aber Graf Rantzau doch aus unserem Erlaß den Schluß ziehen müsse, daß unser Eintritt in den Völkerbund beschlossene Sache sei. Infolgedessen werde der Botschafter ein sehr schweres Spiel mit den Russen haben.

Ich erwiderte, daß am Schluß des Erlasses<sup>4</sup> ja gerade betont würde, daß wir innerlich noch garnicht entschlossen seien, ohne weiteres in den Völkerbund einzutreten. Ich setzte Herrn Hoetzsch die Voraussetzungen und die Bedingungen auseinander, von denen wir meiner Ansicht nach unseren Eintritt in den Völkerbund abhängig machen müßten. Ich machte ihm aber klar, daß wir unter keinen Umständen eine zweideutige Politik treiben und den Eindruck erwecken dürften, als seien wir andererseits entschlossen, letzten Endes doch nicht in den Völkerbund einzutreten, und als seien die genannten Voraussetzungen und Bedingungen nur leere Vorwände.

Schließlich und endlich hätten wir schon im September v.J. erklärt, daß wir prinzipiell zum Eintritt bereit seien: In dieser Beziehung hätten wir ja gesagt und könnten jetzt unmöglich nein sagen.<sup>5</sup>

---

Vertretern der Partei mit Luther, Stresemann und Schiele zur Sprache, AR, Kab. Luther I u. II, Bd. 1, S. 203-08. Schubert hatte am 17. März mit den DNVP-Abgeordneten v. Freytag-Loringhofen und Graf Eulenburg gesprochen und versucht, ihre Bedenken zu zerstreuen, Aufz. Schuberts, PA, R 29086.

<sup>2</sup> Vom 14. März 1925, dazu Gaus an Simons über die Schiedsvertragspolitik, ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 112-15.

<sup>3</sup> Ebd., S. 456-65. Vgl. auch Schuberts Aufz., 25. April 1925, ebd., S. 714-19.

<sup>4</sup> Dazu ebd., S. 464 Anm. 25. – Außerdem Dok. 118 Anm. 5.

<sup>5</sup> Siehe dazu Dok. 92. Außerdem Aufz. Schuberts über die Ministerbesprechung vom 21. März 1925, AR, Kab. Luther I u. II, Bd. 1, S. 202f. Am 20. Mai 1925 notierte Schubert, er habe streng vertraulich das Sicherheitsmemorandum Hoetzsch, H. Müller (SPD) und Kaas (Zentrum) übergeben, PA, R 29090.

Im übrigen ständen wir auf dem Standpunkt, daß die Frage unseres Eintritts jetzt keinesfalls akut werden dürfe: Wir müßten zunächst sehen, daß die übrigen Probleme einer uns günstigen Lösung zugeführt würden.

Herr Hoetzsch schien die Richtigkeit dieses Standpunktes einzusehen. Er machte aber darauf aufmerksam, daß es außerordentlich schwer sei, die deutschnationale Partei auf der Linie einer mittleren Politik zu halten. Der radikale Flügel sei sehr einflußreich, und man müsse da sehr aufpassen. Man müsse ferner bedenken, daß die sechs Millionen Deutschnationalen schließlich seit Jahren auf eine gewisse radikale Politik eingeschworen seien, und daß es unmöglich sei, diese Linie ganz plötzlich zu ändern. Hier könne man nur Schritt für Schritt vorwärts gehen.

Am Schluß unserer Unterhaltung sagte ich Herrn Hoetzsch, es sei mir zu Ohren gekommen, daß man in gewissen deutschnationalen Kreisen der Ansicht sei, daß der Wechsel im Staatssekretariat des Auswärtigen Amtes eine Änderung in unserer Politik herbeigeführt habe, was insbesondere darauf zurückzuführen sei, daß ich vollkommen auf eine Politik mit den Westmächten eingeschworen sei. Ich setzte Herrn Hoetzsch im einzelnen auseinander, daß dies vollkommener Unsinn sei.

Herr Hoetzsch versprach mir, diese Meinung, von der er übrigens noch nichts gehört habe, im Interesse der Sache nötigenfalls auszuräumen. Er empfahl mir im übrigen den Reichsinnenminister Schiele, der eine sehr verlässliche und ruhig denkende Persönlichkeit sei.

## 120

### **Notizen von Schuberts zum 25.-28. März 1925 Grünhaus, Winter 1932/33**

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. FS, Bd. 5  
(PA, R 29087).*

25. März 1925

Telegramm Sthamers vom 25. März 1925.<sup>1</sup>

Chamberlain hielt im Unterhause eine Rede, in welcher er sagte, Deutschland sei bereit, jeden Gedanken an eine kriegerische Lösung der Ostgrenzen aufzugeben und auf sie zu verzichten. Das veranlaßte Herrn Sthamer, im Unterhause sofort Chamberlain aufzusuchen und ihm zu sagen, das sei nicht ganz unser Standpunkt. Chamberlain geriet hierüber in außerordentliche Aufregung usw.

26. März 1925

D'Abernon kündigt eine sehr wichtige Demarche an.

---

<sup>1</sup> Sthamer hatte im Gespräch mit Chamberlain unmittelbar nach dessen Unterhausrede am 24. März 1925 den Eindruck erweckt, Deutschland sei nicht bereit, in der Frage der Ostgrenzen sich auf friedliche Revision zu beschränken, Sthamers Tel. vom 25. März 1925, ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 511f.

Er sucht mich auf und liest mir ein sehr aufgeregtes Telegramm Chamberlains vor, der wissen will, welchen Standpunkt wir denn nun eigentlich in der Ostfrage einnehmen.<sup>2</sup>

D'Abernon sucht mich dann noch einmal auf. Er will absolut etwas Beruhigendes nach London telegrafieren. Der Reichskanzler ist abwesend. Er bittet, doch mit dem Reichskanzler in Verbindung zu treten.<sup>3</sup>

27. März 1925

Mein Gespräch mit Lord D'Abernon vom 27. März 1925.

Ich gab ihm eine Erklärung in der Ostfrage. (Inzwischen hatten wir uns mit dem abwesenden Reichskanzler in Verbindung gesetzt.)<sup>4</sup>

28. März 1925

Mein Gespräch mit Lord D'Abernon vom 28. März 1925.

Erneute Unterredung über die „Erklärung“.

Erneutes Gespräch vom gleichen Tage.

Wir vereinbaren eine endgültige „Erklärung“.<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Tel. vom 25. März 1925, DBFP, First Series, Bd. XXVII, S. 416-18. Vgl. auch den Brief Chamberlains an D'Abernon vom 26. März, ebd., S. 421f.

<sup>3</sup> Aufz. Schuberts über die beiden Gespräche mit D'Abernon ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 514f., 516f.

<sup>4</sup> Ebd., S. 525f., 527f.

<sup>5</sup> Beide Gespräche, ebd. S. 543-46, 546f.; Text der Erklärung ebd. S. 547f. Diese schriftliche Erklärung war nach intensiven Erörterungen mit Luther und Stresemann von Schubert und Gaus aufgesetzt worden. In ihr wurde der britischen Regierung versichert, daß die Reichsregierung „renounce any idea“, die deutsch-polnische Grenze durch „warlike measures“ zu verändern. Eine zusammenfassende Darstellung der Angelegenheit übermittelte Schubert am 30. März 1925 an Sthamer, ebd., S. 550-53. Darin hieß es: „Mit anderen Worten, wir müssen den Ton darauf legen, daß wir eine kriegerische Änderung der deutsch-polnischen Grenzen nicht wollen und daß wir das beste und allein praktische vertragsmäßige Mittel für die Ausschaltung deutsch-polnischer Kriegsmöglichkeiten in einem Schiedsvertrage sähen. [...] Auf der anderen Seite müssen wir allerdings, sobald die Alliierten auf eine vertragliche Vereinbarung zu sprechen kommen, worin expressis verbis auf kriegerische Maßnahmen gegen Polen verzichtet wird, daran festhalten, daß eine solche Vereinbarung neben dem Schiedsvertrag weder notwendig noch für uns annehmbar sei, da sie mindestens mittelbar auf eine Anerkennung unserer Ostgrenzen hinauslaufe.“-Ebd., S. 551. Siehe auch ebd., S. 553 Anm. 12. – Außerdem Dok. 121.



**Von Schubert an Gesandten Dufour-Feronce  
Berlin, 30. März 1925.**

*Durchschrift. PA, R 29087.*

Persönlich und streng vertraulich!

Mein lieber Dufour!

Vielen Dank für Ihren Brief vom 26. ds. Mts..<sup>1</sup>

Von dem Gerücht, das Strzynski [Skrzynski] in Paris den Vorschlag gemacht haben will, wir müßten veranlaßt werden, die deutsch-polnischen Grenzen auf 10 bis 15 Jahre zu garantieren, halte ich vorläufig sehr wenig. Ein solcher Vorschlag würde m.E. von den übrigen Alliierten kaum sehr ernst genommen werden.

Wie ich Ihnen ganz vertraulich mitteilen möchte, beabsichtigen wir mit dem „unheilvollen Beneš“ in eine Konversation einzutreten, nachdem ein Gespräch, das unser Gesandter [Koch] kürzlich mit ihm gehabt hat, ganz gut verlaufen ist.<sup>2</sup> Sie werden über diese Sache orientiert werden.

Wenn Sie Kerr sehen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie ihm sagen würden, wie sehr es mich gefreut hätte, mit ihm hier gesprochen zu haben.<sup>3</sup>

Der gute Gerothwohl fängt aber wirklich an, allmählich einen fürchterlichen Unsinn im Daily Telegraph zu schreiben: dafür legen die Artikel von 25. und 26. März, die Sie mir schickten, ein leider sehr beredtes Zeugnis ab.

Daß Chamberlain an D'Abernon nach seiner Rückkehr aus Genf (nicht Genua) Instruktionen geschickt habe, um uns davon zu überzeugen, daß wir nichts von unseren Sicherheitsvorschlägen zurückziehen sollten, hat sich der gute Mann meiner Ansicht nach vollkommen aus den Fingern gesogen, ebenso, daß Chamberlain angeblich darüber beunruhigt sein sollte, daß wir eine ähnliche Absicht hatten. Ich hab doch mit D'Abernon mich seit der Rückkehr Chamberlains fast täglich unterhalten: niemals hat er auch nur andeutungsweise gesagt, daß Chamberlain eine ähnliche Befürchtung hätte, geschweige denn, daß er beauftragt sei, uns eine entsprechende Mitteilung zu machen. Es lag im übrigen ja auch gar kein Anlaß vor, von uns derartige sonderbare Absichten anzunehmen.

Der zweite Artikel ist beinahe noch unverständlicher. Was er dort über unsere angeblichen Absichten sagt, ist so konfus, daß es einen halben Tag nehmen würde, um die Sache richtig zu stellen. Offenbar beruht das ganze Zeug auf einer mißverständlichen Auslegung unserer Schiedsgerichtsverträge.<sup>4</sup> Unsere „juristischen Bera-

---

<sup>1</sup> ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 500 Anm. 11.

<sup>2</sup> Beneš hatte sich verständnisvoll über die deutsche Schiedsvertragspolitik geäußert, ebd., S. 565 Anm. 1; außerdem Aufz. Zech-Burkersrodas, 17. März 1925, S. 431-32, Tel. Schuberts, 17. März, S. 438f., Schreiben Stresemanns, 31. März, S. 572-74.

<sup>3</sup> Siehe Dok. 116.

<sup>4</sup> Dazu Dok. 112 Anm. 7.

ter“ haben jedenfalls keine Gelegenheit gehabt, sich in Berlin mit „englischen Vertrauensleuten“ zu unterhalten.

Das Geschwätz über den Reichskanzler entbehrt jeglicher Grundlage und ist völlig aus der Luft gegriffen.

Der Gedanke eines europäischen Zollvereins hat mich auch schon gelegentlich beschäftigt. Ein solcher Zollverein wird einmal kommen müssen, weil wir sonst die amerikanische Konkurrenz auf die Dauer nicht werden aushalten können. In wie weit es gut ist, diese Idee zu propagieren, vermag ich im Moment nicht zu übersehen.

Am Ende Ihres Briefes führen Sie handschriftlich an, meine Telegramme No. 129 und 130 hätten Sie geärgert, auch schon deshalb, weil ich mich geärgert hätte. Über den letzteren Punkt können Sie sich beruhigen: wenn ich dienstliche Telegramme aufsetzte, pflege ich mich nicht von Ärger beeinflussen zu lassen, wohl aber kann ich Sie erneut versichern, daß wir durch das Fehlen jedes authentischen Textes in eine wirklich ganz unmögliche Situation geraten waren. Ihr Telegramm<sup>5</sup> mit dem englischen Text traf übrigens hier ein, als eben mein zweites Telegramm abgegangen war. Daß Sie sich geärgert haben, tut mir wirklich leid. In der Befürchtung, dieses Gefühl abermals bei Ihnen erregen zu müssen, möchte ich Ihnen aber doch sagen, daß im schroffen Gegensatz zu Paris stets, wenn im englischen Parlament wichtige Reden gehalten werden, die Botschaft in London in technischer Beziehung ganz versagt. An dieses Bild kann auch Ihr Bericht der Botschaft – B. 682 – vom 26. März leider nichts ändern. Die Hauptsache ist, daß ich von der Botschaft direkt unterrichtet werde, und zwar auf schnellstem Wege. Meiner Ansicht nach ist die Einrichtung eines Nachtdienstes, wie sie in dem Bericht erwähnt wird, nicht notwendig. Es genügt, wenn einer der jüngeren Herren sich um 8 Uhr morgens auf die Botschaft bemüht, sich die Reden vornimmt, in chronologischer Reihenfolge die wichtigen Stellen mit Blaustift anklammert, diese Stellen auf ein Telegrammformular aufklebt und dieses Telegramm sofort offen an mich absendet. Dann kann ich die Sache bis 11 Uhr auf meinem Schreibtisch haben. So war die Übung vor dem Kriege, die immer gut funktioniert hat. Deshalb ist es noch lange nicht notwendig, daß 10.000 Worte für 125 Pfund hierher telegraphiert werden! Es ist wirklich, lieber Freund, absolut notwendig, daß die Sache das nächste Mal klappt, was in Paris möglich ist, muß auch in London möglich sein!

Die Sthamersche Demarche bei Chamberlain am Abend des 24. ds. Mts. hat uns, so sehr ich die Initiative des Botschafters und den Zweck, den er mit seiner Demarche verfolgte, anerkenne, einen hochpolitischen Zwischenfall eingetragen, dessen Konsequenzen ich vorläufig noch nicht überschauen kann.<sup>6</sup> Jedenfalls kann ich wohl sagen, daß es ganz außerordentliche Mühe gekostet hat, die Sache ins Reine zu bringen. Ich nehme an, daß dieser Zwischenfall, der der schwerste war, den ich wohl in den letzten zwei Jahren mitgemacht habe, nunmehr erledigt ist. Es wäre unbedingt zu wünschen, daß diese Sache nicht in die Öffentlichkeit kommt, und auch zwischen uns und den Engländern geheim gehalten wird. Sie erhalten

<sup>5</sup> Vom 25. März 1925. ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 511 Anm. 2.

<sup>6</sup> Dok. 120.

mit heutigem Kurier eine ausführliche Information über den Verlauf der Dinge, wie er sich hier abgespielt hat.<sup>7</sup>

Mit herzlichsten Grüßen bin ich  
Ihr stets getreuer

122

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit  
dem britischen General Wauchope  
Berlin, 28. April 1925**

*Durchschrift. PA, R 29171.*

Geheim!

Ich frühstückte heute bei dem General Wauchope. Nach Tisch bat mich der General beiseite und sagte mir, daß er in dieser Woche nach Paris und von dort aus auch nach London fahre. Der Hauptzweck seiner Reise sei der, sich in Paris nach dem Schicksal der an uns ergehenden Entwaffnungsnote zu erkundigen.

Nach seinen Nachrichten würden wir diese Note sehr bald erhalten.<sup>1</sup> Der General meinte, ob ich nicht auch der Ansicht sei, daß dann die Entwaffnungsfrage am besten durch eine Konferenz, bei der wir beteiligt seien, gelöst werden könne. Dabei wolle er aber gleich betonen, daß nach seinen Informationen eine Konferenz zwischen den beteiligten Premierministern nicht in Frage kommen könne.

Ich erwiderte, daß auch mir eine solche Konferenz sehr zweckmäßig erscheinen würde. Denn ich sei der Ansicht, daß durch Notenwechsel die Sache nicht erledigt werden könne. Natürlich komme alles auf den Inhalt der Note an: Wenn sie ganz exorbitante Forderungen enthalte, so könne ich mir auch von einer Konferenz wenig versprechen.

General Wauchope erwiderte, daß seiner Ansicht nach solche Forderungen in der Note nicht enthalten sein würden, wohl aber würden unzählige Einzelheiten in der Note vorgebracht werden. Er aber sei der Ansicht, daß diese Einzelheiten unmöglich erledigt werden könnten, wenn dies auf dem bisher üblichen Wege zwischen den beiden Militärkommissionen geschehe.

Ich entgegnete, darin sei ich ganz seiner Ansicht. Mir schwebte eine Konferenz vor, an welcher natürlich auch in erster Linie Militärs beteiligt seien, deren Leitung aber in diplomatischen Händen liege.

---

<sup>7</sup> 30. März 1925, ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 550-53.

---

<sup>1</sup> Tatsächlich traf die alliierte Entwaffnungsnote erst am 4. Juni 1925 in Deutschland ein. Zur Sache selbst ADAP, Serie A, Bd. XII, S. XXIf. und Erlaß Schuberts vom 4. Mai 1925 nach Paris; ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. 49f.

General Wauchope meinte, dieser Gedanke scheine ihm durchaus einleuchtend, er könne aber als Militär nur den Gedanken anregen, ihn aber weiter nicht fördern. Das werde wahrscheinlich am besten durch eine Vereinbarung geschehen können, die ich mit Lord D'Abernon treffen könnte, der wahrscheinlich Ende dieser Woche nach Berlin zurückkehren werde.

Ich erwiderte, ich würde natürlich sofort mit Lord D'Abernon nach seiner Rückkehr über diesen Punkt sprechen. Jedenfalls hielte ich die Absicht des Generals für sehr gut, auch seinerseits für den Konferenzgedanken zu wirken.

Ich fragte dann den General, wie lange es wohl seiner Ansicht nach dauern werde, sich über den Inhalt der Note zu einigen. Der General erwiderte, es seien so viele Einzelheiten in der Note enthalten, daß er die zur Regelung der Frage nötige Zeit auf mindestens drei Monate veranschlagen müsse. Außerdem sei er der Ansicht, daß die Konferenz, wenn überhaupt, wohl erst Ende Mai zusammentreten könnte. Wenn aber die Sache auf dem bisher üblichen Wege, also durch Notenwechsel erledigt werden müsse, so könne er jetzt schon sagen, daß die Erledigung der ganzen Frage wahrscheinlich 8-9 Monate dauern werde!

Ich entgegnete, diese Aussicht sei allerdings außerordentlich alarmierend. Der General gab dies zu, besonders im Hinblick darauf, daß ja die Alliierten die Räumung von einer Erledigung der Entwaffnungsfrage abhängig machten.

Ich setzte hieran anschließend dem General auseinander, daß das Rheinlandproblem unter allen Umständen in diesem Jahr geregelt werden müsse. Ich verbreitete mich sodann in kurzen Zügen über unsere Politik in der Sicherheitsfrage und über unsere Stellung zum Völkerbund, wobei ich betonte, daß wir niemals in den Völkerbund eintreten könnten, ehe nicht die effektive Räumung der Zone unter Garantie eines Wegfalls der von den Franzosen immer noch ventilierten permanenten Kontrolle erfolgt sei.

Der General hatte für diesen Standpunkt durchaus Verständnis und hielt ihn für selbstverständlich. Wir rechneten dann aus, daß wenn tatsächlich die Septembertagung des Völkerbundes über unseren Eintritt zu beschließen haben sollte, es die allerhöchste Zeit sei, die Regelung der Entwaffnungsfrage in die Hand zu nehmen.

Ich fragte sodann den General, ob etwa die Entwaffnungsnote in einem ultimativen Tone gehalten sei. Der General erwiderte, er glaube das nicht. Soweit er wisse, seien in dieser Note in ruhigem Tone lediglich diejenigen Sachen aufgezählt, die wir noch bezüglich der Entwaffnung erledigen müßten.

Während der Unterredung hatte ich auch noch Gelegenheit, dem General auseinanderzusetzen, daß meiner Ansicht nach die Wahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten keine Änderung in unserer auswärtigen Politik herbeiführen werde.<sup>2</sup> Im Gegenteil werde unter Umständen die Wahl auch

<sup>2</sup> Am 2. Juni 1925 besprach Schubert die Entwaffnungsfrage mit Hindenburg: „Der Herr Reichspräsident stimmte mir vollkommen bei, als ich ihm sagte, man müsse dafür sorgen, daß die Entwaffnungsnote von der öffentlichen Meinung mit Ruhe aufgenommen würde. Der Herr Reichspräsident sagte, wie in militärischen Situationen käme es wohl auch in politischen darauf an, sich die Handlungsfreiheit nicht nehmen zu lassen. Er stimmte mir bei, als ich betonte, daß es wichtig sei, daß wir unsererseits unangenehme Forderungen in der Note nicht besonders affichierten.“-ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. 195.

bezüglich unserer Außenpolitik gute Früchte tragen. Der General hatte für diese Ausführungen sehr viel Verständnis.

Am Schlusse der Unterredung betonte der General nochmals, daß er sich in Paris für die Beschleunigung einer beide Seiten befriedigenden Regelung der Entwaffnungsfrage einsetzen und für den Konferenzgedanken wirken werde.<sup>3</sup>

Sch[ubert]

## 123

### **Telegramm von Schuberts an die Botschaft in Rom Berlin, 30. Mai 1925**

*Abschrift. PA, R 28907; abgesandt 31. Mai 1925, 0 Uhr 20.*

Mit nächstem Kurier folgt schriftliche Information über Situation, die sich für italienische Verhandlungen aus Annahme spanischen Vertrages durch Reichstag ergibt.<sup>1</sup> Nachstehendes zur vorläufigen Information, um Ihnen Gelegenheit zu alsbaldiger drahtlicher Stellungnahme zu geben.

I. Annahme spanischen Vertrags nur dadurch erreicht worden, daß Reichsregierung öffentlich zugesagt, daß alsbald neue Verhandlungen mit Spanien begonnen werden, ferner intern gegenüber Parteien sich verpflichtet hat, spätestens 1. August auf 1. November zu kündigen, wenn Verhandlungen bis 1. August zu befriedigendem Ergebnis nicht geführt. Rücksicht auf spanische Situation verbot es, diese Fristen noch stärker vorzuverlegen, was vom Standpunkt italienischer Verhandlungen erwünscht gewesen wäre. Es muß daher Mittelweg eingeschlagen werden, um zeitlichen Ablauf spanischer Vorgänge in italienische Notwendigkeit einzufügen.

Botschafter Madrid hat daher Weisung erhalten, zunächst sofortige Ratifizierung herbeizuführen und dann alsbald Verhandlungen über bestimmte Einzelpunkte zu verlangen. Falls, wie zu erwarten, Spanische Regierung Verhandlungen hinauszuzögern versucht, soll Botschafter Madrid nach 14 Tagen offen erklären, daß

---

<sup>3</sup> Ein weiteres Gespräch nach Eingang der Entwaffnungsnote erstreckte sich auch auf die Stellung Seeckts als Chef der Heeresleitung;-Aufz. Schuberts vom 22. Juni 1925, PA, R 29172.

---

<sup>1</sup> Vgl. auch Dok. 106 Anm. 5. Die innenpolitischen Widerstände erschwerten auch den Abschluß eines Handelsvertrages mit der Sowjetunion. Am 25. Juni 1925 schrieb Schubert an Schlesinger: „Ich stimme Ihnen aber auch vollkommen darin bei, daß der m.E. unmögliche Versuch, einen Wirtschaftsvertrag, wie ihn die Russen anbieten, der Wirtschaft und dem Reichstag gegenüber durchzusetzen, in jedem Fall eine derartig negative öffentliche Kritik auslösen würde, daß darunter auch das politische Verhältnis zu Rußland nach außen hin schwer beeinträchtigt werden würde.“-ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. 420. Zum deutsch-spanischen Handelsvertrag siehe auch Stresemanns Tel., 28. Mai 1925, und Ritters Erlaß an Langwerth vom 24. Juni, ebd., S. 177f., S. 405-07. Zu den deutsch-italienischen Verhandlungen siehe Neuraths Ber. vom 12. Januar und Tel. vom 10. Februar, ebd., Bd. XII, S. 41f., S. 213f.

wir spätestens 1. August Entscheidung über Beendigung Vertrags treffen müßten. Sobald diese Erklärung in Madrid abgegeben, soll Italienische Regierung offiziell von dieser Madrider Demarche in Kenntnis gesetzt und ihr gleichzeitig mitgeteilt werden, für welche einzelnen Positionen, also Wein, Weintrauben, Tomaten, Apfelsinen, Reis usw. Erhöhung der in spanischem Vertrag vereinbarten Sätze verlangt wird. Italienischer Regierung werden im Anschluß daran auch für die Italien interessierenden Positionen die Mindestsätze mitgeteilt werden, auf deren Annahme wir bei den neuen Verhandlungen mit Spanien bestehen werden. Diese Mindestsätze werden auch für italienischen Vertrag unsere äußersten Konzessionen darstellen. Falls wir Spanien gegenüber bei der einen oder anderen Position wider Erwarten doch noch unter diese Mindestsätze heruntergehen würden, so verpflichten wir uns, Italien auch solche niedrigen Sätze gleichzeitig aus eigenem Recht zu geben. Diese Verpflichtung kann entweder in Notenwechsel festgelegt werden, oder es kann in Vertrag selbst vereinbart werden, daß solche niedrigeren Sätze gegebenenfalls automatisch Italien aus eigenem Recht für Dauer italienischen Vertrags zustehen.

Ressorts und Delegation glauben, daß dies geeignete Grundlage, um Verhandlungen mit Italien aktiv und mit energischem Tempo fortzusetzen. Es bleibt dabei nun eine zeitliche Lücke von etwa 8-10 Tagen, nämlich bis obige Erklärung in Madrid abgegeben ist und dann entsprechende offizielle Erklärung auch in Rom erfolgen kann. Wir möchten vermeiden, daß neuer Delegationsleiter auch nur für kurze Zeit gezwungen ist, Verhandlungen hinhaltend zu führen. Wir möchten ihm vielmehr Basis verschaffen, um Verhandlungen sofort mit nötiger Stoßkraft aufzunehmen. Dies kann nach Annahme Ressorts nur geschehen, wenn erwähnte offizielle Erklärung gegenüber Italienischer Regierung alsbald nach erster Fühlungnahme zwischen Delegationen erfolgen kann. Wir möchten aus diesem Grunde nur eine kleine zeitliche Verschiebung von etwa 8 Tagen eintreten lassen, sodas Verhandlungen also 15. Juni in Rom aufgenommen werden. Im übrigen halten wir unbedingt daran fest, daß in Anbetracht der gesamtpolitischen Lage und insbesondere unseres Verhältnisses zu Italien jeder Aufschub der Verhandlungen von unserer Seite unbedingt vermieden werden muß.

II. Falls Italienische Regierung bei Ihnen wegen Wiederaufnahme Verhandlungen anfragt oder falls Sie selbst Gespräch darüber aus eigener Initiative für zweckmäßig halten, bitte ich Italienischer Regierung mitzuteilen, daß wir nach wie vor größten Wert auf schleunigste Beendigung Verhandlungen legen, daß wir aber hoffen, daß spanische Situation in 8 Tagen schon mehr geklärt sei und daher Verschiebung auf 15. Juni vorschlagen. Da italienische Delegation Ungeklärtheit spanischer Situation selbst wiederholt beanstandet hat, glauben wir, daß dieses Vorgehen italienische Zustimmung findet.

III. Falls Gespräch dabei auf Zolltarifnovelle<sup>2</sup> kommt, bitte darauf hinzuweisen, daß dieses zweite Hindernis für schnellere Einigung auch zum Teil beseitigt, da gesetzgebenden Körperschaften inzwischen vorgelegt. Sollte Italienern dies noch nicht genügen, so sind Sie ermächtigt, folgendes zu sagen: Wenn deutsch-italienische Verhandlungen unter Zugrundelegung der Sätze des Entwurfs der Zolltarifnovelle zu Abschluß führen und Vertrag zwischen Regierungen unterzeichnet

<sup>2</sup> In Kraft 17. August 1925; RGBl. 1925, I, S. 261ff. – neue Basis deutscher Handelspolitik.

wird, bevor Zolltarifnovelle im Reichstag verabschiedet, so verpflichtet sich Reichsregierung, auf italienischen Wunsch trotz vorheriger Unterzeichnung in erneute Verhandlungen über einzelne Zollpositionen einzutreten, wenn die Regierungsvorschläge in wichtigen, Italien interessierenden Positionen durch Reichstag nennenswert heruntergesetzt würden. Entsprechender Notenwechsel könnte bei Unterzeichnung Vertrags erfolgen. Bei belgischen Verhandlungen hat gleiches Bedenken bestanden. Es ist durch diesen Notenwechsel ausgeräumt worden.

IV. Bindende Richtlinien für italienische und spanische Verhandlungen werden voraussichtlich Ende nächster Woche festgestellt sein. Ministerialdirektor Denhard könnte daher Montag, den 8., [in] Rom sein, falls Sie angesichts der durch Zusammenhang zwischen italienischen und spanischen Verhandlungen etwas komplizierten Lage mündliche Information und Aussprache mit Denhard wünschen.

Schubert

124

**Bemerkungen von Schuberts zu einer Rede des britischen Außenministers  
Sir Austen Chamberlain vom 24. Juni 1925  
Berlin, o. D.**

*Hschr. Aufz. PA, R 29091.*

Konklusionen aus der Rede Chamberlains<sup>1</sup>

A) (S. 1)

Dreimächtepakt gegen Deutschland<sup>2</sup> kommt nicht mehr in Frage, aber Sicherheitsbedürfnis Frankreichs muß befriedigt werden.

B) S. 2

Genfer Protokoll<sup>3</sup> genügt hierfür nicht, war auch für England unannehmbar.

C) S. 3

Politik der Isolierung kann für England nicht mehr in Frage kommen: Nichtzustandekommen englisch-amerikanischen Pakts<sup>4</sup> hat zu Verträgen Frankreichs mit östlichen Mächten geführt.

---

<sup>1</sup> Zur Datierung auch Anm. 6, Chamberlains Unterhaus-Rede vom 24. Juni 1925; Text als Vorlage nach Hauptpunkten eingeteilt siehe Anm. 5. Eine Zusammenfassung der Rede und der sich anschließenden Debatte in: Schultheß, Bd. 66 (1925), S. 247-50. Weitere Angaben finden sich unter ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. 378 Anm. 4. Am 27. Juni 1925 fand eine Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder über die Außenpolitik statt. Dabei kam es zu Kritik an der Vorgehensweise der Regierung in der Sicherheitspaktfrage, AR, Kab. Luther I u. II, Bd. I, S. 388-95. Hschr. Aufz. Schuberts darüber, PA, R 29091.

<sup>2</sup> Gemeint ist ein Garantiepakt zwischen Großbritannien, Frankreich und Belgien. Siehe Dok. 96 und Krüger, Außenpolitik, S. 270.

<sup>3</sup> Dok. 110 Anm. 3.

<sup>4</sup> Gemeint sind die voneinander abhängigen Garantiepakete zwischen den USA und Frankreich sowie den USA und Großbritannien vom 28.6.1919 (Locarno. Eine Dokumenten-

D) S. 4

Neue Verpflichtungen Englands können sich nur auf Westgrenzen beziehen.

E) S. 5

Für Änderung der Ostgrenzen kommt Artikel 19 der Völkerbundssatzung, für österreichische Anschlußfrage Artikel 80 des Versailler Vertrages in Frage. 6 Jahre nach Friedensschluß kann nur ein Verrückter an Grenzänderungen denken.

F) S. 5

Es handelt sich nicht um einen Vertragsentwurf, sondern lediglich um einen Meinungsaustausch.

G) S. 6

Guter Wille der Deutschen, es muß gegenseitiger, nicht einseitiger Pakt geschaffen werden.

H) S. 6

Neue Abmachungen müssen mit Völkerbundssatzung im Einklang stehen.

I) S. 7,8

Acte hostile – immédiatement – dann kein Schiedsgericht.

K) S. 9

Konflikt im Osten: wir stehen schlechter da, als Frankreich.

L) S. 9

Sicherheitspakt Schritt zur Abrüstung.

M) S. 10

Sicherheitspaktvorschläge haben Weltlage schon erleichtert – französische Ruhrräumung.<sup>5</sup>

#### Konklusionen aus der Replik Chamberlains.<sup>6</sup>

S) S. 16

Note<sup>7</sup> enthält zwar einseitigen Standpunkt, aber es liegt ja noch gar kein Vertrag vor; Deutschland ist nicht gezwungen, Propos anzunehmen. Gleichberechtigte Verhandlung.

T) S. 18

Neue Abkommen stipulieren in keiner Form ein neues Durchmarschrecht.<sup>8</sup>

---

sammlung, S. 38-43), die wegen der Weigerung der USA, den Versailler Vertrag zu ratifizieren, nicht in Kraft traten. Damit fehlte ein wesentlicher Teil der Absicherung Frankreichs gegenüber Deutschland.

<sup>5</sup> Dieser Punkt war Schubert besonders wichtig; siehe seine starken Markierungen in Gaus' Aufz. „Hauptpunkte der Rede Chamberlains“, 24. Juni 1925, PA, R 29091. Generell dazu ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. XIXf.

<sup>6</sup> Nachdem seine Rede im Unterhaus diskutiert worden war, hatte Chamberlain erneut das Wort ergriffen. Siehe Anm. 1. Fehlende Punkte N-R: Äußerungen MacDonalds und Lloyd Georges in der Debatte, der geplante Vertrag gehe einseitig zu Lasten des Reiches; Frankreich habe freie Hand; PA, R 29091. Auch die „Konklusionen“ tragen hschr. das Datum „24/6“, das sich möglicherweise nur auf die Unterhausdebatte bezieht.

<sup>7</sup> Französische Antwort vom 16. Juni 1925 auf die deutsche Sicherheitsinitiative; dazu Aufz. Schuberts vom 15. Juni, ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. 336-38.

<sup>8</sup> Gemeint ist das Problem eines eventuellen Durchmarschrechtes französischer Truppen durch Deutschland im Falle eines polnisch-russischen Krieges.



U) S. 19

Wider Willen kann kein Durchmarsch erzwungen werden.

125

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung  
mit dem amerikanischen Botschafter Schurman  
Berlin, 3. Juli 1925**

*Durchschrift. PA, R 29092.*

Als ich heute dem Amerikanischen Botschafter seinen Besuch erwiderte, kam das Gespräch auch auf die allgemeine politische Situation.

Ich setzte dem Botschafter, den ich bereits bei seinem Besuche bei mir<sup>1</sup> ausführlich ins Bild gesetzt hatte, erneut die Schwierigkeiten auseinander, in denen wir uns augenblicklich befinden.

Ich betonte insbesondere die technischen Schwierigkeiten, in die uns der Schlußabsatz der französischen Note<sup>2</sup> versetzte, indem er verlange, daß wir auf die französische Note „avec précision“ antworten sollten. Wenn wir hierauf eingingen, müßten wir eine lange juristische Note schreiben, da, wie der Botschafter wisse, die französische Note mehrere Punkte enthalte, die wir unmöglich annehmen könnten. Es sei damit zu rechnen, daß dann die Franzosen sich erneut mit ihren Alliierten in Verbindung setzen und in eingehende Beratungen über unsere Antwort eintreten würden, was sicherlich geraume Zeit in Anspruch nehmen würde. Dann erhielten wir voraussichtlich wieder eine Note. Auf diesem Wege käme man natürlich nicht weiter.

Wenn wir andererseits eine allgemein gehaltene Antwort erteilten, so sei eine solche Note geeignet, die schwierigen Punkte späteren Verhandlungen vorzubehalten. Wir liefen aber in diesem Falle Gefahr, daß die Franzosen diese Note als ihren Wünschen nicht entsprechend bezeichneten und uns vielleicht sogar Hinterhältigkeit vorwerfen würden.<sup>3</sup> Das Mißliche bei allen solchen Noten sei überhaupt, daß sie ja mindestens zur Hälfte für die Galerie geschrieben werden müßten.

---

<sup>1</sup> Antrittsbesuch Schurmans; PA, R 29092.

<sup>2</sup> Gemeint ist die französische Antwortnote vom 16. Juni 1925 auf das deutsche Sicherheitsmemorandum vom 9. Februar. Zum Inhalt der französischen Antwort siehe Schultheß', Bd. 66 (1925), S. 422-24; außerdem Dok. 124 Anm. 7.

<sup>3</sup> Am 30. Juni besprachen Schubert und Gaus die französische Note und die deutschen Einwände mit D'Abernon: „Der Botschafter hatte keine wichtigen Gegengründe vorzubringen. Er beschränkte sich darauf zu antworten, daß wir die Bedeutung unserer Bedenken erheblich übertrieben und daß man sich über die verschiedenen Punkte unschwer einigen könnte. Er empfahl erneut, den Franzosen eine möglichst allgemein gehaltene Antwort zu erteilen und das Weitere den späteren Verhandlungen zu überlassen. Heute nachmittag traf ich den Botschafter auf dem Empfang des Reichspräsidenten. Er sagte mir, daß er über unsere heutige Morgenunterhaltung sehr befriedigt sei. Als ich ihn fragte, in welchem Sinne, erwiderte er, daß sein Gespräch mit Herrn Gaus ihn in seiner Ansicht bestärkt habe, daß eine Einigung über die Punkte, die uns unannehmbar erschienen, sehr leicht sei.“-Aufz. Schuberts, PA, R 29092.

Der Amerikanische Botschafter erklärte, er sehe diese Schwierigkeiten vollkommen ein. Vielleicht aber lasse sich ein Ausweg dadurch finden, daß wir eine allgemeine Note schrieben und zugleich den Französischen Botschafter darüber verständigten, warum diese Note allgemein gehalten sei und daß sie den Zweck verfolge, weitere Verhandlungen zu ermöglichen, denen vielleicht durch eine sehr spezifizierte Note in unangenehmer Weise präjudiziert werden könnte.

Herr Schurman hatte im übrigen sehr viel Verständnis dafür, daß man durch Notenwechsel nicht weiterkomme und daß die späteren Verhandlungen auch nur dann Aussicht auf Erfolg hätten, wenn man sich im kleinen Kreise träfe und mündlich über die vorhandenen Streitpunkte berate.<sup>4</sup>

126

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch  
mit dem österreichischen Gesandten Frank  
Berlin, 7. Juli 1925**

*Original. PA, R 29347.*

Streng vertraulich!

Der Österreichische Gesandte machte mir heute seinen Antrittsbesuch.

Im Verlaufe einer langen politischen Konversation kam er natürlich auch auf die Anschlußfrage zu sprechen. Ich hatte den Eindruck, daß er in dieser Frage einen sehr vernünftigen Standpunkt einnimmt. Er ist der Ansicht, daß die Anschlußbewegung in erster Linie von Österreich ausgehen müsse, und er stimmte mir darin bei, daß es falsch sei, wenn von Deutschland in dieser Sache zu viel getan und gesprochen würde. Auch ist er der Meinung, daß der Anschluß jetzt unmöglich sei.

Er kam dann von selbst auf die Stellung zu sprechen, die Herr Mataja in der Frage einnimmt. Er sagte mir, Herr Mataja habe sich in einer vertraulichen Sitzung in Wien dahin ausgesprochen, daß es durchaus falsch sei, ihn als Anschlußgegner und Förderer einer Donaukonföderation zu kennzeichnen; er halte es nur für falsch, jetzt auf den Anschluß loszusteuern. Der Gesandte meinte, man könne von

<sup>4</sup> Dazu auch Tel. Sthamers, 3. Juli 1925: Äußerungen Houghtons gegenüber einem Botschaftsmitglied. Houghton „habe befürchtet, daß die deutsche Regierung vielleicht in der Beantwortung der französischen Sicherheitspaktnote zu sehr in Einzelheiten gehen würde. [...] die ganze Frage des Sicherheitspakts, wie von Deutschland vorgeschlagen, ließe sich aber besser auf dem Wege einer Konferenz als durch Notenwechsel regeln. Darum beantrage deutsche Regierung tunlichst baldige Einberufung einer Konferenz. Wenn durch deutsche Regierung in dieser Antwort eine Form gewählt würde, die Friedenswillen Deutschlands bekunde, dann dürfte mit Zustimmung der amerikanischen und britischen öffentlichen Meinung gerechnet werden, um so mehr als es den Wünschen der amerikanischen und britischen Regierung entspräche, sobald als möglich eine Konferenz herbeizuführen.“-ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. 516; dazu Ber. Hoeschs mit Analyse der Lage, 30. Juni, ebd., S. 465-72, und Aufz. Schubert/D'Abernon, 3. Juli, ebd., S. 506-08.

dieser Äußerung ja halten, was man wolle. Herr Mataja sei eine sehr impulsive Natur. Er habe manchmal ganz plötzlich „geniale Ideen“ und fasse Entschlüsse, die er aber dann wieder nicht halte. Eines aber sei sicher: Es sei ganz falsch, Herrn Mataja im Verdacht zu haben, daß er eine großangelegte Politik treibe. Eine solche Politik sei ihm keineswegs zuzutrauen, also auch nicht in bezug auf eine Politik gegen oder für den Anschluß.

Wir kamen in diesem Zusammenhange dann auch auf die Bestrebungen zu sprechen, die in Bayern sich für den Anschluß und auch für Südtirol geltend machen.<sup>1</sup> Ich erzählte dem Gesandten, daß Italien sich bitter darüber beschwert habe, daß in München in offenen Versammlungen, an denen auch bayerische Minister angeblich teilgenommen hätten, für den Anschluß und gegen Italien, auch bezüglich Südtirols gesprochen worden sei. In einer dieser Versammlungen habe auch ein österreichischer Abgeordneter gegen Italien eine donnernde Rede gehalten.

Der Gesandte stimmte mit mir vollkommen darüber überein, daß solche Veranstaltungen und Bestrebungen durchaus die Sache des Anschlusses schädigten, aber auch die Sache Südtirols. In diesem Zusammenhange sprachen wir auch über den Andreas Hofer-Bund, von dessen Tätigkeit der Gesandte ebenfalls sehr wenig zu halten schien.

Wir kamen dann auch auf das Verhältnis der Tschechei zu Polen zu sprechen. Ich erwähnte, daß nach den uns zugegangenen Nachrichten bei der berühmten Zusammenkunft in Warschau<sup>2</sup> irgend welche geheimen politischen Abmachungen zwischen den beiden Staaten getroffen worden seien. Wir hätten Beneš auf diese Sache gestellt, der aber den Abschluß auch von mündlichen Abmachungen irgend welcher Art kategorisch abgestritten habe.

Auch unser Gesandter in Warschau sei der Ansicht, daß von bindenden Abmachungen keine Rede sein könne, besonders auch deshalb, weil sich kurz nachher die Polen mit den Tschechen wegen wirtschaftlicher Sachen sehr erheblich in die Haare geraten seien. Trotzdem sei ich der Ansicht, daß, wenn auch vielleicht nur mündlich, irgend etwas zwischen Polen und der Tschechei abgemacht worden sei.

Der Gesandte bestätigte meine Ansicht, auch ist er der Meinung, daß irgend eine Vereinbarung getroffen wurde. Er glaubt, daß die Tschechen den Polen wegen

<sup>1</sup> Zu den Vorgängen in Bayern schrieb Schubert am 6. Juni 1925 an Staatsrat Schmelzle: „Der Grund, weswegen die Frage des Schicksals Österreichs in den europäischen Erörterungen der letzten Zeit wieder einen breiteren Raum eingenommen hat, liegt einmal in der bekannten wirtschaftlichen Notlage Österreichs begründet. Dazu kommen aber Tatsachen, die in der allgemeinen außenpolitischen Lage ihren Grund haben. Polen und die Tschechoslowakei haben erkannt, daß unser Sicherheitspakt für die französische Ostpolitik schwere Gefahren in sich birgt, und haben in dem Wunsche, den Pakt zu sabotieren, die Anschlußfrage, zu deren Aufrollen anlässlich der Sicherheitsverhandlungen an sich nicht der geringste Anlaß vorliegt, in den Fragenkomplex hineingeworfen. Darin liegt für uns eine große Gefahr. Denn wir stehen fest auf dem Standpunkt, daß wir in der österreichischen Anschlußfrage neue Bindungen nicht eingehen können und nicht eingehen werden. Auf der anderen Seite kommt heute ein Anschluß Österreichs an Deutschland, wie die Dinge liegen, nicht in Betracht, weil er schlechterdings nicht zu erreichen wäre.“-ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. 258-61, Zitat S. 260; Aufz. Zechs, 22. Juli 1925, ebd., S. 615f.

<sup>2</sup> Am 23. April 1925 waren zwischen der Tschechoslowakei und Polen in Warschau verschiedene Verträge geschlossen worden, Schultheß', Bd. 66 (1925), S. 347.

des Korridors oder Oberschlesien usw., die Polen den Tschechen wegen des Anschlusses usw. gewisse Versprechungen gemacht haben.

Der Gesandte ist allerdings der Ansicht, daß man solche Abmachungen nicht zu tragisch nehmen brauche, denn im Grunde sei den Tschechen das Schicksal des Korridors usw. herzlich gleichgültig. Auch im übrigen sei der Antagonismus zwischen Polen und der Tschechei ganz einfach nicht zu überbrücken, dieser Antagonismus sei außerordentlich groß.<sup>3</sup>

Wir kamen dann auch auf Herrn Beneš zu sprechen. Der Gesandte bestätigte meine Ansicht, daß die Stellung des Herrn Beneš in der Tschechei nicht mehr sehr stark sei. Vor allen Dingen spiele da der Antagonismus gegen Herrn Kramář eine große Rolle. Herr Beneš habe im übrigen seiner Ansicht nach in England ganz ausgespielt, da man Herrn Beneš englischerseits seine Mitwirkung und Urheberchaft am Genfer Protokoll<sup>4</sup> sehr verübelt habe. Es sei doch immerhin kennzeichnend, daß in einer Parlamentsrede sich Herr Chamberlain über Beneš ganz einfach lustig gemacht habe.

Der Gesandte war ferner der Ansicht, daß auch das Interesse Frankreichs an Herrn Beneš langsam zu erlahmen beginne.

Ebenfalls habe die Politik des Herrn Beneš, sich auf Frankreich und England zu stützen, bereits Schiffbruch erlitten. Herr Beneš habe auf diese Politik offenbar sehr großen Wert gelegt, um nicht ganz Frankreich ausgeliefert zu werden.

Wir sprachen dann auch über Italien und Herr Frank ist der Ansicht, daß sich Mussolini wahrscheinlich noch einige Zeit halten werde. Zur Zeit sei er offenbar sehr verschnupft gegen Frankreich und England. Er habe offenbar das Gefühl, daß Italien in letzter Zeit von beiden Staaten sehr schlecht behandelt und zu wenig berücksichtigt werde.

## 127

### **Notizen von Schuberts über seine Stellungnahme zur Sicherheitsnote gegenüber Reichskanzler Luther Berlin, 15. Juli 1925**

*Hschr. Notizen. PA, R 29093*

[Zu] Luther

1) Note<sup>1</sup> schlecht, weil letzter Teil geschwächt.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Köpkes Aufz. vom 20. April 1925, ADAP, Serie A, Bd. XII, S. 696f. und den geheimen Erlaß Schuberts nach Prag, 13. Mai, ebd., Bd. XIII, S. 98-101.

<sup>4</sup> Siehe Dok. 92 und 110 Anm. 3.

<sup>1</sup> Antwortentwurf für die deutsche Antwortnote auf die französische Note vom 16. Juni 1925 – dazu Dok. 125 und ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. 360-62 – in der Fassung V von Gaus, 15. Juli mit hschr. Randbemerkungen Schuberts, der Anfang und Schluß „dünn“ fand. Basis der Entwürfe: Aufz. Stresemanns, der u.a. eine starke Friedensklausel am

2) [Note] darf nicht noch schlechter werden, vielleicht besser, indem Punkte im [sic] Ende mit hineingenommen werden<sup>2</sup>.

3) Sie muß diese Woche heraus.

4) Was Norman sagte und der Holländer.<sup>3</sup>

5) Wir können durch Note, die doch diplomatisch sein soll und nicht clumsy (à la MacDonald<sup>4</sup>), alles verderben.

Wir müssen im Sicherheitspakt weiter machen, sonst sind Folgen geradezu katastrophal.<sup>5</sup>

Zeit ist günstig.

Sicherheitspakt ganz große Sache, erste gute.

---

Schluß wünschte, vom 7. Juli, im Fortgang laufend besprochen mit Schubert und Gaus, der jeweils nach Ministerbesprechungen vom 10., 11., 15. Juli seinen ersten Entwurf vom 7. Juli abänderte. PA, R 29093. – Ministerbesprechung vom 15. Juli auch in AR, Kab. Luther I u. II, Bd. 1, S. 430-37.

<sup>2</sup> Ab Komma vor ‚vielleicht‘ nachträglich eingefügt.

<sup>3</sup> Anspielung auf schädliche Rückwirkungen einer unbefriedigenden Note auf den deutschen Auslandskredit; vgl. AR, Kab. Luther I u. II, Bd. 1, S. 432f. Der Hinweis ‚der Holländer‘ ließ sich nicht eindeutig klären; vielleicht Vissering, dazu ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. 292f.

<sup>4</sup> Gemeint ist MacDonalds Vorwurf, deutsche Diplomatie sei „clumsy“; siehe dazu Dok. 137 Anm. 3, außerdem ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 132.

<sup>5</sup> Zum Hintergrund: Seit Ende Juni hatte sich der innenpolitische Widerstand – vor allem bei der DNVP – gegen die Sicherheitsinitiative bis ins Kabinett verstärkt. Es kam zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Stresemann und Luther, der wankend zu werden schien, über die Frage, wann er vom AA über die Initiative in Kenntnis gesetzt wurde. Siehe Aufz. Gaus' vom 24., Bernhards vom 29. Juni, Schuberts vom 2. Juli 1925, PA, R 29092. AR, Kab. Luther I u. II, Bd. 1, Ministerbesprechung vom 24. Juni, S. 356-74, vom 25. Juni, S. 375f., Besprechung mit dem Ministerpräsidenten vom 27. Juni, S. 388-98, Kabinettsitzung vom 2. Juli, S. 403-11, ferner Schreiben Stresemanns an Luther vom 17. und Ministerbesprechung vom 18. Juli über die Schlußredaktion der Note, S. 444-46. Schubert fügte hschr. in den letzten Satz des Entwurfs VI vom 17. Juli von Gaus ein: „[...] sowie die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten normalen weltwirtschaftlichen Beziehungen.“ -PA, R 29093.

**Instruktion von Schuberts für acht Gesandtschaften in Europa  
Berlin, 22. Juli 1925**

*Telegrammabschrift. PA, R 29093.<sup>1</sup>*

Für Gesandten persönlich.

Zu unserer Antwort<sup>2</sup> auf französische Sicherheitsnote<sup>3</sup> bemerke ich zur Information und geeigneten Verwertung folgendes<sup>4</sup>:

1. Antwort ist in allen Einzelheiten nicht nur von sämtlichen Kabinettsmitgliedern, sondern auch von allen Parteien Reichstags mit Ausnahme Kommunisten und Deutschvölkischer sowie ferner auch von allen Ministerpräsidenten der Länder gebilligt, sodaß positive Sicherheitspolitik Reichsregierung von geschlossenem Willen großer Mehrheit getragen wird. Deutsche Pressekontroversen letzter Zeit durchweg auf innenpolitische Motive zurückzuführen.

2. Wenn sich Note nicht einfach auf allgemein gehaltene zustimmende Äußerung beschränkt, sondern kritisch auf verschiedene Einzelfragen eingeht, so war dies nötig, weil französische Note detaillierte Forderungen enthielt und ausdrücklich präzise Stellungnahme forderte. Außerdem waren in französischer Note Forderungen von solcher Tragweite gestellt, daß wir dazu nicht einfach stillschweigen konnten.

3. In französischer Note wurden in unnötig prononcierter Form Friedensverträge und Rheinlandabkommen geradezu als für alle Zukunft sakrosankt hingestellt. Das zwang uns, auf selbstverständliche Möglichkeit friedlicher Anpassung bestehender Verträge an künftige Änderung Verhältnisse, insbesondere gemäß Art. 19 Völkerbundssatzung, hinzuweisen und außerdem zu betonen, daß Zustandekommen Sicherheitspaktes nicht ohne Rückwirkung auf Okkupationsregime Rheinlands bleiben könne. Wir haben letzteres aber in der Note nicht zu formeller Bedingung gemacht.

4. Konstruktion Schiedsverträge in französischer Note würde Garantiepakt für Deutschland illusorisch machen. Wir mußten deshalb in unserer Antwort die scheinbar harmlose, in Wahrheit aber juristisch äußerst raffinierte Fassung Abschnitts IV französischer Note genauer analysieren und auf mögliche Konsequenzen hinweisen. Wir rechnen gerade auf Verständnis dafür, daß Ziel Sicherheitspakts völlig verfehlt wäre, wenn Frankreich jederzeit Vorwand hätte, aufgrund ein-

<sup>1</sup> Das Telegramm ging an folgende Gesandtschaften: Bern, Haag, Kopenhagen, Stockholm, Riga, Wien, Budapest und Belgrad.

<sup>2</sup> Die deutsche Note wurde am 20. Juli in Paris übergeben, Schultheß', Bd. 66 (1925), S. 424-27. Zu ihrer Entstehung siehe die verschiedenen Sitzungen AR, Kab. Luther I u. II, Bd. I, S. 358-74, 403-11, 417-25, 430-37, 444f., 445f. Sitzungsprotokoll des Auswärtigen Ausschusses vom 1. Juli 1925, ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. 485-94 und die dort auf S. XLII-XLV genannten Dok.

<sup>3</sup> Vom 16. Juni 1925 siehe Dok. 125 Anm. 2.

<sup>4</sup> Vgl. auch den Erlaß Stresemanns an die Botschaft Paris vom 18. Juli 1925. ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. 585-88.

seitiger Entscheidung militärisch gegen Deutschland vorzugehen und damit Befriedung Westgrenze zu vereiteln.

5. Hinsichtlich Völkerbunds machen wir Zugeständnis, daß wir auf getrennte Behandlung Sicherheitsfrage und Eintrittsfrage verzichten. Auch hinsichtlich Eintrittsfrage selbst sind unsere Darlegungen geeignet, Fortschritt anzubahnen. Wir fordern nicht formelle Befreiung von Artikel 16, sondern lediglich Lösung, die unserer besonderen Lage gerecht wird. Zu solcher Lösung bedarf es nicht Satzungsänderung, sondern nur authentischer Feststellung, daß bei Anwendung Artikels 16 besondere Lage eines Mitgliedsstaates zu berücksichtigen ist, und daß ihm gegebenenfalls Recht zusteht, Neutralität zu bewahren.

6. Wir haben nicht direkt Konferenz vorgeschlagen, da es taktisch besser ist, wenn Konferenzgedanke von anderer Seite kommt. Daß wir mit Konferenz einverstanden sein würden, ergibt sich daraus, daß wir in unserer Note Wunsch nach Beschleunigung Erörterungen ausdrücken.

7. Allgemein hervorzuheben, daß unsere Stellungnahme in keinem Punkte rein negativ, sodaß bei gutem Willen Gegenseite weitere Verhandlungen mit Aussicht auf Erfolg durchaus möglich. Bei uns jedenfalls aufrichtiger Wille, zu positivem Ergebnis zu gelangen. Wir fordern nur restlose Sicherung Friedens auf Basis Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit. Dieser elementaren Forderung wurde französische Note in wichtigen Einzelpunkten nicht gerecht.

8. Die ersten Nachrichten aus Paris, Brüssel und London über die Aufnahme unserer Antwort lauten verhältnismäßig günstig.<sup>5</sup> Briand hat bei Unterredung mit Hoesch für unsere Kritik auffallend weitgehendes Verständnis gezeigt. Hoesch hat erneut Eindruck gewonnen, daß Französische Regierung ernstlich bemüht, Sicherheitspakt zustandezubringen. Nur zu unserem Vorbehalt wegen Artikel 16 hat Briand sich ziemlich ablehnend geäußert. In dieser Hinsicht sind indes Äußerungen Vanderveldes gegenüber Keller interessant. Vandervelde erklärte vertraulich, daß sich Schwierigkeiten wegen Artikel 16 im Benehmen mit Frankreich voraussichtlich überwinden lassen würden. Briand selbst habe Vandervelde gesagt, daß Frankreich nicht an Durchmarsch durch Deutschland denke, da es sich über die dagegen sprechenden Bedenken durchaus klar sei. Frankreich werde daher an der Erörterung einer praktischen Formel, die unseren Bedenken Rechnung trage, willig mitwirken. Ob und inwieweit diese Äußerungen Vanderveldes, die ich streng vertraulich zu behandeln bitte, richtig sind, läßt sich einstweilen nicht erkennen.

Schubert

---

<sup>5</sup> Tel. Hoeschs vom 20. Juli 1925, ebd., S. 603-05; Tel. Kellers vom selben Tag, ebd., S. 605 Anm. 13; Tel. vom 20. und Ber. Sthamers vom 23. Juli, ebd., S. 620-22.

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch  
mit dem britischen Botschafter Lord D'Abernon  
Berlin, 23. Juli 1925**

*Durchschrift. PA, R 29093.*

Ganz geheim!

Als der englische Botschafter mich heute aufsuchte, fragte ich ihn, welchen Eindruck er von unserer Antwortnote in der Sicherheitsfrage<sup>1</sup> erhalten habe. Lord D'Abernon erwiderte, die Note sei ganz ausgezeichnet.

Wir sprachen sodann darüber, wie die Sache sich weiter entwickeln werde. Ich erzählte dem Botschafter in kurzen Zügen wie die Besprechung zwischen Herrn von Hoesch und Herrn Briand verlaufen sei.<sup>2</sup>

Der Botschafter sagte mir vertraulich, daß, wie er mir bereits vor kurzem mitgeteilt habe, man in Paris und auch in London mit der Ausarbeitung der Verträge beschäftigt sei. Er habe gehört, daß Herr Fromageot nach London reisen sollte, um dort über die Festsetzung der Texte zu sprechen; ob Herr Fromageot inzwischen tatsächlich nach London gereist ist, wisse er allerdings nicht.

Ich erwiderte Lord D'Abernon, daß mir dieses Verfahren, wonach die Alliierten sich zunächst unter sich über einen Text einigten, doch höchst bedenklich erscheine. Es seien doch Verträge unter Wahrung der vollen Gegenseitigkeit (bilateral) beabsichtigt. Es wäre meiner Ansicht nach daher ganz unlogisch, wenn solche gegenseitigen Verträge vorbereitet würden durch einseitige Verhandlungen zwischen den Alliierten. Es bestehe dann die Gefahr, daß die Alliierten sich auf einen Text festlegen, von dem sie auf Grund von Einsprüchen unsererseits später schwer wieder herunterkommen könnten. Das müsse meiner Ansicht nach vermieden werden.

Lord D'Abernon stimmte diesen Gedankengängen auf das Lebhafteste zu. Er betonte, daß auch er in einem solchen Verfahren eine sehr große Gefahr erblicke. Eine alliierte Festlegung auf einen bestimmten Text könne in der Tat zu den größten Unbequemlichkeiten und Gefahren führen. Er halte es für sehr gut, wenn er über diesen Punkt nach London telegraphiere.

Er habe sich im übrigen schon überlegt, ob es nicht zweckmäßig sei, daß Herr Gaus sich möglichst bald mit Herrn Fromageot und dem englischen Experten treffe. Er überlege sich, ob er er nicht auch zweckmäßigerweise hierüber einen Vorschlag nach London telegraphieren sollte.<sup>3</sup> Lord D'Abernon ventilierte sodann den Ge-

---

<sup>1</sup> Siehe Dok. 128.

<sup>2</sup> Ebd. Anm. 5.

<sup>3</sup> In einer Unterredung mit D'Abernon am 24. Juli kam Schubert auf diesen Gedanken zurück; dabei „[...] sagte ich dem Botschafter, daß ich nach reiflicher Überlegung doch sehr gegen den Gedanken einer Zusammenkunft der Rechtsexperten sei. Die Streitpunkte, welche zwischen den Alliierten und uns bestünden, seien doch hauptsächlich politischer Natur, und diese politischen Streitfragen könnten doch die Experten nicht erledigen.“



danken einer Konferenz beziehungsweise einer Entrevue. Er zog dabei einen Vergleich mit der Londoner Konferenz im vorigen Jahre, bei der ja zunächst die Alliierten zusammengekommen und wir erst später hinzugezogen worden seien.<sup>4</sup>

Ich entgegnete Lord D'Abernon, daß dieser Vergleich nicht zutreffe. Im vorigen Jahre habe es sich um eine Materie gehandelt, die sich unmittelbar auf den Versailler Vertrag bezogen hätte. Unter diesen Umständen sei es vielleicht verständlich gewesen, daß sich zunächst die Alliierten getroffen hätten, wenn ich auch, wie er sich erinnern werde, trotzdem im vorigen Jahre auch gegen dieses Verfahren Protest eingelegt hätte. Jedenfalls aber handele es sich bei dem Sicherheitspakt um eine Sache, die an sich nicht das Geringste mit dem Versailler Verträge zu tun habe. Deshalb müsse bei den formellen Verhandlungen das Gesetz der absoluten Gegenseitigkeit gewahrt werden.<sup>5</sup>

gen. Daher könnte ich mir von einer Zusammenkunft der Experten nur dann Erfolg versprechen, wenn sich zugleich die maßgebenden Politiker der beteiligten Länder trafen, die dann den Experten wegen der Formulierung der Verträge gewisse Richtlinien geben könnten.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. 625. Insbesondere am 31. Juli kam D'Abernon auf die Idee einer juristischen Expertenzusammenkunft zu sprechen, in der alle noch offenen Fragen innerhalb kürzester Zeit geklärt werden könnten. Worauf Schubert entgegnete: „[...] ich könnte nur auf meiner Ansicht beharren, daß eine solche Zusammenkunft unzweckmäßig sei, da doch die Juristen keine Vollmacht hätten und auch nicht erhalten könnten, sich über rein politische Streitfragen zu einigen.“-Ebd., S. 657.

<sup>4</sup> Gemeint ist die Konferenz über den Dawes-Plan vom 16. Juli bis 16. August 1924. Siehe Dok. 87, 89f.

<sup>5</sup> Am 28. Juli führte Schubert D'Abernon gegenüber aus: „Überhaupt sei ich der Ansicht, daß man in dieser Sache seitens der Alliierten von vornherein eine falsche Taktik eingeschlagen habe und offenbar gesonnen sei, diese Taktik auch weiterhin zu verfolgen. Wir hätten seinerzeit mündlich vertrauliche Anregungen gegeben und dieselben, lediglich um eine Basis zu schaffen, durch ein schriftliches Memorandum belegt. Man habe uns sodann vier Monate warten lassen und uns dann eine hochoffizielle Note ins Gesicht geschleudert [dazu Dok. 104, 106, 125]. Lord D'Abernon wisse am besten, in welcher ungeheueren innerpolitischen Schwierigkeiten uns diese Note geführt habe. Mit der größten Mühe und nach harten Kämpfen hätten wir diese Schwierigkeiten überwunden. Wenn aber jetzt, wie aus den Äußerungen, die er mir gegenüber kürzlich getan habe, zu befürchten sei, daß uns wiederum eine offizielle Note seitens der Franzosen im Namen der Alliierten zugehen werde, der bereits feststehende Vertragstexte beigefügt seien, so könne ich ihm auf das Bestimmteste erklären, daß dann die Sache verloren sei. Einmal könne man, wenn auch unter größten Schwierigkeiten, den Kampf gewinnen, ein zweites Mal aber nicht.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. 641. Den britischen Entwurf des Sicherheitspaktes schickte Dehn-Schmidt (Dublin) am 2. August an Schubert; Fitzgerald hatte ihn unter strengster Geheimhaltung Dehn-Schmidt übergeben, ebd., S. 690 Anm. 2. Dieser Entwurf und die noch offenen, wegen der weitreichenden politischen Implikationen schwer zu lösenden Probleme führten zu einem grundlegenden Gedankenaustausch zwischen Schubert (5. und 11. August, ebd., S. 690-97, 747-49) und Hoesch (8. August, ebd., S. 716-21; dazu Schubert im Nl., Aktenverzeichnis 1932/33 zu PA, St.S. FS, Bd. 12 – PA, R 29094: „Lange dogmatische Ausführungen.“). Basis war neben dem britischen Entwurf eine grundlegende, in fortlaufender Diskussion mit Schubert weiterentwickelte Aufz. Gaus' vom 30. Juli über die bei den Verhandlungen mit den Alliierten „sofort“ auftretenden Fragen: Schiedsobligatorium, französische Garantie der Schiedsverträge, Artikel 16 Völkerbundssatzung, Dauer des Sicherheitspakts (HA Gaus, Aufzeichnungen, Bd. 4, 3689/D 826506-22), in ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. 651 Anm. 6 als „nicht ermittelt“ gekennzeichnet. Auch die abgedruckte erweiterte Fassung wird nach der dort verwendete-

Auch für diese Ausführungen zeigte Lord D'Abernon ein sehr lebhaftes Verständnis. Er meinte, man könne einen Vergleich hauptsächlich auch dadurch ausschalten, daß man sage, man habe auf der Londoner Konferenz über ein Projekt verhandelt, daß von den Dawes-Leuten mehr oder weniger unter Beteiligung von deutschen Sachverständigen aufgesetzt worden sei. Er meinte damit, daß uns eben bereits vor der Londoner Konferenz eine gewisse Mitwirkung zugebilligt worden sei.

Lord D'Abernon meinte, auch über diesen Punkt wolle er wahrscheinlich nach London telegraphieren.

Er wird mich morgen erneut aufsuchen, um mir seine verschiedenen Telegramme vor Absendung zu zeigen.<sup>6</sup>

Sch[ubert]

130

**Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau an von Schubert  
Moskau, 25. Juli 1925**

*Abschrift. PA, R 29247.*

Verehrtester, lieber Herr von Schubert!

Mein Bruder schreibt mir, er hätte eine dienstliche und daran anschließend auf Ihren Wunsch eine private Unterredung mit Ihnen gehabt.<sup>1</sup> Aus seinen Mittei-

---

ten Vorlage nicht einwandfrei zugeordnet (ebd., Bd. XIV, S. 34-45). Sie ist von Gaus, vom 20./21. August (HA Gaus, Aufzeichnungen, Bd. 5, 3689/ D 827156-81). Dies war zugleich die Ausgangsbasis des AA für die Juristenkonferenz in London vom 31. August bis 4. September 1925. Vervollständigt wurde darin die Analyse durch eine Darlegung der Veränderungen, Schwierigkeiten und besonderen Konsequenzen, die sich aus Sicherheitsinitiative und Völkerbundsbeitritt für die deutsche Außenpolitik ergaben, und durch die als undatiert Ende September eingeordnete Aufz. von Gaus, ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 278-83. Sie ist vom 22. August (HA Gaus, Aufz., Bd. 5, 3689/ D 826788-98).

<sup>6</sup> Zum Fundort jenes Gespräches siehe Anm. 3.

---

<sup>1</sup> Die Unterhaltung zwischen Schubert und Graf Ernst zu Rantzau fand am 15. Juli 1925 statt. Schubert hatte dem Grafen erklärt: „Es hätte mir natürlich fern gelegen, ihm [Brockdorff-Rantzau] einen Vorwurf daraus zu machen, daß er aus eigener Initiative zu lange in Berlin geblieben sei. Vielmehr hätte ich meine große Sorge darüber zum Ausdruck bringen wollen, daß durch die lange Abwesenheit des Botschafters, an der er ja selber nicht schuld sei, jede Verbindung mit Moskau verloren gehe. Daß ich in dieser Sorge recht gehabt hätte, habe sich ja gezeigt.“-Aufz. Schuberts, PA, R 29248. Brockdorff-Rantzau hatte sich zu Besprechungen über die zukünftige Rußlandpolitik in Berlin aufgehalten. Seitens der sowjetischen Regierung wurde nach den Vorschlägen zum Sicherheitspakt ein Hinübergleiten Deutschlands ins westliche Lager befürchtet. Siehe Scheidemann, Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau, S. 658-66. Während seiner Anwesenheit in Ber-

lungen entnehme ich zu meiner Freude, daß beide Unterredungen durchaus zufriedenstellend verlaufen sind, ich hoffe insbesondere, daß durch die private Aussprache Mißverständnisse, soweit sie noch vorhanden sein konnten, endgültig beseitigt sind.<sup>2</sup> Was mich anlangt, trifft dies jedenfalls zu, ich glaube, wir könnten uns auf der Basis verständigen, daß wir beide recht gehabt haben. Jedenfalls sehe ich ein, daß Ihr Wunsch, mich möglichst bald wieder in Moskau zu wissen, vollkommen berechtigt war, denn ich habe hier ein mehr als unerfreuliches Tohuwabohu vorgefunden. Auf der anderen Seite möchte ich für mich die Berechtigung meines Wunsches, auf Ersuchen des Reichskanzlers und des Reichsministers bei den vorbereitenden Entscheidungen für unsere Antwort auf die französische Note mitzuwirken, in aller Bescheidenheit in Anspruch nehmen.<sup>3</sup> Wir haben also beide recht gehabt, und es wäre sicher, lieber Herr von Schubert, angezeigt gewesen, Ihrem Wunsche sofort zu entsprechen, wenn ich die Eigenschaft des lieben Gottes der Allgegenwart besäße.

Die Lage hier ist so ernst, daß ich fürchte, sie wird uns bald ein, mir im übrigen sehr erwünschtes, Wiedersehen bescheren.<sup>4</sup>

---

lin sandte Schubert am 30. Mai 1925 folgendes Tel. an den Botschaftsrat Hey, nachdem dieser Brockdorff-Rantzau aus Moskau berichtet hatte: „Bitte Berichterstattung ausschließlich an das A.A. zu richten. Orientierung des Botschafters erfolgt durch A.A.“-PA, R 29246. Dazu Vermerk Schuberts – Nl., Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. ORu, Bd. 2 (PA, R 29243): „Mein Telegramm an den Geschäftsträger Hey vom 30. Mai 1925. Ich bitte Hey, die Berichterstattung ausschließlich an das Auswärtige Amt zu richten; die Orientierung des Botschafters erfolge durch das Auswärtige Amt. (Hey hatte sich angewöhnt, ständig Telegramme an Rantzau über das Amt zu schicken, wodurch eine ziemliche Verwirrung eintrat. Meine ominösen Telegramme, von denen Hey dem Botschafter nach seiner Rückkehr in Moskau leider Mitteilung machte, führten zu dem berühmten Zerwürfnis Rantzaus mit mir).“

<sup>2</sup> Eine Zusammenstellung Schuberts über seine Meinungsverschiedenheiten mit Brockdorff-Rantzau vom 23. Juni 1925 in ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. 388-90. Siehe dazu auch Stresemanns Aufz. vom 21. Juni, ebd., S. 366-69; Schuberts Aufz., 25. Juni, ebd., S. 414f.

<sup>3</sup> Brockdorff-Rantzau hatte von Stresemann am 21. Juni genaue Instruktionen erhalten, ebd., S. 416-20. In ihnen hieß es: „Es ist deshalb ein Mißverständnis, wenn die russische Regierung meint, daß die deutsche Regierung zwar mit den Ententemächten Verhandlungen über den Abschluß besonderer schriftlicher Verträge führe, daß sie sich aber gegenüber Rußland einstweilen auf mündliche freundschaftliche Versicherungen beschränken wolle. Es ist richtig, daß die deutsche Regierung die Dezembervorschläge [siehe Dok. 98] nicht sofort in ihrer Gesamtheit aufgenommen, sondern zunächst das Einzelproblem des deutschen Eintritts in den Völkerbund angeschnitten hat. Das ergab sich aus der Tatsache, daß, als die Dezembervorschläge in Berlin der Prüfung unterlagen, bei den gleichzeitigen Verhandlungen mit den Westmächten über einen regionalen Sicherheitspakt die Völkerbundsfrage schnell in den Vordergrund trat und daß die Reichsregierung Wert darauf legte, sich über dieses akute Problem vorerst mit der russischen Regierung zu verständigen.“-Ebd., S. 418.

<sup>4</sup> Brockdorff-Rantzau berichtete am 20. Juli 1925 aus Moskau: „Im übrigen glaube ich, daß hier, von Herbette verhetzt, einflußreiche Kreise vorhanden sind, die unsere Antwort auf die jetzt vorliegenden russischen Vorschläge zum Anlaß einer völligen Neuorientierung und einer gegen Deutschland feindlich gerichteten Politik auch auf wirtschaftlichem Gebiet nehmen möchten. Diesen Kreisen muß nach Möglichkeit das Wasser abgegraben werden.“-Ebd., S. 602.

In alter aufrichtig freundschaftlicher Gesinnung  
gez. Graf Brockdorff-Rantzau

P.S. Dirksen ist ganz charmant, und wir arbeiten in großer Harmonie.<sup>5</sup>

131

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch  
mit dem britischen Botschafter Lord D'Abernon  
Berlin, 14. August 1925**

*Durchschrift. PA, R 29094.*

Ganz geheim!

Lord D'Abernon suchte mich heute auf und sagte mir, er könne mir sehr gute Nachrichten bringen.

Er habe einen Brief von Herrn Chamberlain<sup>1</sup> erhalten, dem er folgendes entnehme.

Wir würden zunächst die französische Note erhalten,<sup>2</sup> aus der uns sicher keine Schwierigkeiten erwachsen würden. Die Antwort auf diese Note würde uns sehr leicht fallen. Wir würden in den Stand gesetzt werden, zu antworten, daß wir bereit seien zu einer Zusammenkunft zwischen Vertretern der beteiligten Länder.

Ich fragte Lord D'Abernon, ob denn die Note selbst von der Möglichkeit einer solchen Zusammenkunft spreche. Nachdem Lord D'Abernon den Brief Chamberlains, den er mitgebracht hatte, nochmals konsultiert hatte, meinte er, wahrscheinlich würde in der Note von einer Einladung gesprochen werden, in Verhandlungen einzutreten. Er sei sich aber über diesen Punkt nicht ganz klar, und er bitte mich, ihn hier nicht festzulegen.

Augenscheinlich liege die Sache so, daß Herr Briand noch vor einiger Zeit nicht gewollt habe, daß etwa deutscherseits Verhandlungen angeregt würden; jetzt

<sup>5</sup> Dirksen war nach Moskau gereist, um den Russen die deutsche Politik zu erläutern. Siehe Dirksens Schreiben an Schubert, 29. Juni 1925, ebd., S. 463-65; Brockdorff-Rantzaus Tel. vom 3. Juli, ebd., S. 517-19.

<sup>1</sup> DBFP, First Series, Bd. XXVII, S. 723-25. Am 8. August hatte Dehn-Schmidt (Dublin) nach Information durch Fitzgerald einen Auszug der britischen Note an die französische Regierung vom 27. Juli (ebd., S. 695-98) telegraphiert. Darin kam die Genugtuung über die deutsche Note vom 20. Juli (siehe Dok. 128 Anm. 2) – bei Bedauern über die Detailliertheit, auf die man keinesfalls eingehen solle – und das Drängen, jetzt unbedingt die Konferenz zu veranstalten, zum Ausdruck; PA, R 29094.

<sup>2</sup> Die französische Note wurde am 24. August 1925 übergeben und enthielt die Einladung zu mündlichen Verhandlungen, Schultheß', Bd. 66 (1925), S. 427-30. Vgl. auch Stresemanns Aufz. vom selben Tage, ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 70-73.

aber sei er offenbar umgeschwenkt und wünsche, daß eine solche Anregung von deutscher Seite komme.

Ich fragte Lord D'Abernon, wann wir die Note zu erwarten hätten. Lord D'Abernon erwiderte, das hänge von der Antwort Italiens und Belgiens ab, die aber den Entwurf wohl schon in den Händen hätten. Er persönlich rechne damit, daß wir die Note Anfang nächster Woche, also vielleicht am 17. oder 18. d.M. erhalten würden.

Über den weiteren Fortgang der Angelegenheit habe sich Herr Chamberlain etwa die folgende Ansicht gebildet!

Nachdem wir die Note erhalten und sie beantwortet hätten, solle Herr Gaus nach London fahren, um dort mit den alliierten Sachverständigen in Verbindung zu treten. Der Sinn dieser Zusammenkunft sei aber, wie Lord D'Abernon auf Grund des Chamberlainschen Briefes wiederholt betonte, nicht etwa der, daß Herr Gaus mit seinen Kollegen dort eine meritorische Verhandlung führen solle. Vielmehr solle die Reise des Herrn Gaus den Zweck haben, das Terrain zu sondieren („to explore“). Herr Gaus solle sich darüber informieren, was in bezug auf die Formulierung der verschiedenen Dokumente die Absichten der Alliierten seien, damit von vornherein Mißverständnisse ausgeschlossen würden. Der eigentliche Sinn der Reise des Herrn Gaus, meinte Lord D'Abernon, sei schließlich der, uns auf elegante Weise mit den Entwürfen der Alliierten genau bekannt zu machen.

Herr Gaus solle dann nach verhältnismäßig kurzem Aufenthalte in London nach Berlin zurückkehren, um dem Reichsaußenminister und mir Bericht zu erstatten. Herr Stresemann würde dann in die Lage versetzt, seinerseits mit dem Reichskabinettsrat zu sprechen und es genau ins Bild zu setzen.

Dann sei Herr Chamberlain bereit, in Genf oder in der Nachbarschaft von Genf mit Herrn Stresemann, Herrn Gaus und event[uell] anderen deutschen Vertretern sowie mit Herrn Briand und Herrn Vanderfelde zusammenzutreffen. Herr Chamberlain habe in seinem Brief mehrfach hervorgehoben, daß diese Zusammenkunft durchaus allerseits auf gleichem Fuße (full equality) erfolgen solle.

Es müsse jedoch auf jeden Fall das Wort „Konferenz“ vermieden werden, da die Franzosen nach wie vor von einer offiziellen Konferenz nichts wissen wollten.

Ich fragte Lord D'Abernon, ob sich zu dieser Konferenz wohl auch Herr Mussolini einfinden werde. Lord D'Abernon erwiderte, das glaube er nicht. Er wisse aber, daß Mussolini dem Sicherheitspaktgedanken durchaus wohlwollend gegenüberstehe, im Gegensatz zu Graf De Bosdari, der gegen den Pakt eingenommen sei.

Lord D'Abernon meinte, daß es sehr wichtig sei, vor der Völkerbundssitzung in Genf zu einer Verständigung zu kommen, damit schon dort über unseren Eintritt in den Völkerbund ein Entschluß gefaßt werden könnte; andernfalls müsse damit noch ein Jahr gewartet werden, und auch der Sicherheitspakt müsse folgerichtig noch ein Jahr liegen bleiben.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Am 19. August 1925 telegraphierte Schubert an Hoesch: „Wir haben hier den Eindruck, als ob zwischen Französischer und Englischer Regierung ein gewisser Gegensatz hinsichtlich weiterer taktischer Behandlung der Sicherheitsfrage besteht. Englische Regierung möchte offenbar Angelegenheit beschleunigen und möglichst noch vor Völkerbundsver-

Ich erwiderte, ich könne mir unter keinen Umständen vorstellen, daß die jetzige Völkerbundssitzung bereits über unseren Eintritt in den Völkerbund einen Entschluß fassen könne. Denn ein solcher Entschluß setze doch ein deutsches Eintrittsgesuch voraus und dieses Eintrittsgesuch könnten wir bekanntlich, abgesehen von der notwendigen Verständigung über den Artikel 16, erst stellen, wenn die erste Rheinlandzone effektiv geräumt sei. Mit einer solchen Räumung bis zur Völkerbundssitzung sei ja wohl kaum zu rechnen, da ja auch die Verhandlungen über die Entwaffnung noch nicht weit genug vorgeschritten seien.

Lord D'Abernon meinte, immerhin würde doch vielleicht schon in Genf eine Resolution in dem Sinne gefaßt werden können, daß unser Eintritt in den Völkerbund erfolgen werde, sobald gewisse Voraussetzungen erfüllt seien.

Ich bezweifelte auch die Möglichkeit einer solchen Resolution und meinte, es könne ja eventuell eine Sondersession des Völkerbundes im Laufe des nächsten Jahres einberufen werden. Lord D'Abernon erwiderte, nach seinen Informationen mache die Einberufung einer solchen Sondersession große Schwierigkeiten.

Lord D'Abernon stellte dann einen Kalender für die nächste Zeit auf. Wenn wir am 18. d.M. die Note erhielten, so könne vielleicht Herr Gaus am 21. bis 25. mit den alliierten Sachverständigen in London zusammensein. Vom 26. bis 30. könnten dann Besprechungen mit dem Reichskabinett stattfinden und dann könne sich Anfang September die Zusammenkunft der beteiligten Minister abspielen. Ich erwiderte, das sei doch ein etwas übertriebenes Eiltempo. Lord D'Abernon antwortete, seiner Ansicht nach könne gerade dann gute Arbeit geleistet werden, wenn man die Sache möglichst prompt erledige.

Ich entgegnete, man habe hier bisher damit gerechnet, daß nach Eingang der französischen Note eine gewisse Ruhepause eintreten werde. Lord D'Abernon erwiderte, eine solche Pause würde er für höchst gefährlich halten. Jetzt sei die Atmosphäre sehr gut. Das könne sich aber auch durch irgendwelche Zwischenfälle wieder ändern. Außerdem könnten wir aber im Hinblick auf die bevorstehende Völkerbundssitzung mit einem bestimmten Datum rechnen, bis zu dem der ganze Fragenkomplex geregelt werden könne. Nach der Völkerbundssitzung bestehe ein solches Datum nicht, und die ganze Sache könne sich dann noch lange hinziehen, was auch garnicht in unserem Interesse liege.

Wir sprachen dann nur noch ganz kurz über die Nachrichten, welche über die Londoner Beratungen, betreffend die Verträge selbst,<sup>4</sup> in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Lord D'Abernon erwähnte selbst den Begriff des „flagrant délit“ und meinte, dieser Punkt sei geeignet, einige Schwierigkeiten zu bereiten. Ich erwähnte in dieser Beziehung die vier Fälle, welche vom *Matin* wiedergegeben seien und betonte, daß mich dieser Punkt doch sehr beunruhige. Lord D'Abernon entgegnete, genau wisse er nicht Bescheid; jedenfalls sei er der Ansicht, daß natürlich zwi-

---

sammlung zu einem gewissen Abschluß bringen. [...] Demgegenüber scheint Französische Regierung auf Beschleunigung keinen besonderen Wert zu legen, sondern es vorzuziehen, daß vor weiteren entscheidenden Schritten zunächst Völkerbundsversammlung über die Bühne geht. Vielleicht will sie dadurch die Möglichkeit gewinnen, in Genf gegen England noch einmal Genfer Protokoll [Dok. 110 Anm. 3] aufs Tapet zu bringen.“-PA, R 29094.

<sup>4</sup> Siehe den vorläufigen Vertragstext, DBFP; First Series, Bd. XXVII, S. 726-31.

schen den Alliierten und uns über diese Sache noch eingehend verhandelt werden müsse.

Er meinte dann, es wäre doch sehr nützlich, wenn wir endlich eine Formel wegen des Artikels 16 vorschlagen könnten. Ich hätte neulich gesagt, unsere Formel verfolge das Ziel, den Artikel 16 nicht zu durchlöchern, sondern ihn vielmehr lediglich zu interpretieren und ihn unter Umständen durch diese Interpretation zu verstärken.<sup>5</sup> Diese Argumentation habe ihm sehr eingeleuchtet und umso wichtiger sei es, eine entsprechende Formel ausfindig zu machen.

Ich erwiderte, es sei für uns sehr schwer, einseitig eine solche Formel zu finden. Ich sei der Ansicht, daß es besser sei, hierüber mündlich zu verhandeln.

Lord D'Abernon betonte mehrfach, daß sich Herr Briand in London außerordentlich verständlich und entgegenkommend gezeigt habe.

Lord D'Abernon bat mich dringend, seine Mitteilungen vorläufig strengstens vertraulich behandeln und davon nur dem Herrn Reichsaußenminister und dem Herrn Reichskanzler persönlich Kenntnis geben zu wollen.<sup>6</sup>

Sch[ubert]

## 132

### **Notizen von Schuberts zur Londoner Juristenkonferenz, 24. August - 16. September 1925 Grünhaus, Winter 1932/33**

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. FS,  
Bd. 13 (R 29095).*

Mein Gespräch mit dem Französischen Botschafter vom 24. August 1925.<sup>1</sup>

Er verliest die Note.<sup>2</sup>

Diskussion.

Er spricht von der Juristen-Konferenz, die einen diskreten Charakter tragen soll.

Meine Aufzeichnung vom 25. August 1925.

Ich legte Stresemann vor der Kabinettsitzung<sup>3</sup> nahe, Herrn Gaus sobald als irgend möglich nach London zu entsenden.

---

<sup>5</sup> Siehe dazu Dok. 115.

<sup>6</sup> Zur weiteren Entwicklung vgl. ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. XXXIX-XLVI; außerdem Dok. 132.

---

<sup>1</sup> ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 73-76.

<sup>2</sup> Französische Antwortnote in der Sicherheitsfrage mit Einladung zur Juristenkonferenz, Schultheß', Bd. 66 (1925), S. 427-30. Siehe auch Schuberts positive Randbemerkungen zum Text der französischen Note, PA, R 29095.

<sup>3</sup> Ministerbesprechung, 25. August 1925, AR, Kab. Luther I u. II, Bd. 1, S. 530-34; dazu Schuberts hschr. Notizen vom 24. August über die Ministerbesprechung vom 24. August

Telegrafische Instruktion an Hoesch vom 26. August 1925.<sup>4</sup>

Kurze Beantwortung der französischen Note. Mit der Juristen-Konferenz sind wir einverstanden.

Mein Gespräch mit dem Englischen Botschafter vom 28. August 1925.<sup>5</sup>

Wir sprachen über die bevorstehende Reise des Herrn Gaus nach London.

Gaus fuhr dann nach London und verhandelte dort.<sup>6</sup>

Rundtelegramm vom 9. September 1925 an unsere Missionen.

Ich reise mit Gaus nach Norderney zu Stresemann. Von dort nach Sylt zu Luthar.

Herr Gaus hielt am gleichen Tage in meiner Gegenwart dem Reichspräsidenten einen Vortrag über den Verlauf der Londoner Juristenzusammenkunft.<sup>7</sup>

Der Reichspräsident fragte, was von der beabsichtigten Minister-Konferenz zu halten sei. Ich sagte, wir hätten daran das größte Interesse. Ich betonte, vor allen Dingen würden wir jetzt endlich auf diese Weise Gelegenheit haben, den Feind an der Gurgel zu packen.<sup>8</sup>

Hierfür schien der Reichspräsident Verständnis zu haben.

Der Reichspräsident meinte, vielleicht sei es besser, daß Stresemann nicht allein führe. Ich erwiderte, es sei bereits ins Auge gefaßt, daß der Reichskanzler mitführe.

---

(ebd. 525-30), in denen er seine Ausführungen als „Schützengrabenrede“ charakterisierte (vor allem gegen Schiele), PA, R 29095.

<sup>4</sup> ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 98f. Siehe auch seine positiven Randbemerkungen zum Text der französischen Note, PA, R 29095.

<sup>5</sup> Ebd., S. 102-04. Runderlaß Schuberts vom selben Tage über das Ergebnis des Notenwechsels; darin heißt es: „Alliierte Ansicht, daß weiterer Notenwechsel unfruchtbar, entspricht auch unserem Standpunkt und Interesse. Wir haben uns daher mit mündlich vorgeschlagener Zusammenkunft der Rechtssachverständigen einverstanden erklärt. Andererseits war es aber nötig, gegenüber der im Schlußsatz französischer Note gestellten Bedingung, daß Verhandlungen auf den von den Alliierten dargelegten Grundlagen stattzufinden hätten, unseren Standpunkt zu wahren. Das ist im Schlußabsatz unserer Empfangsbestätigung, die Sonnabend [29. August] veröffentlicht wird, unzweideutig geschehen. Briand hat, wie Botschaft Paris meldet, bei Übergabe Empfangsbestätigung diesen Schlußabsatz nicht beanstandet und dazu nur bemerkt, daß unsere Antwort ja sehr vorsichtig abgefaßt sei.“-Ebd., S. 105.

<sup>6</sup> Siehe Gaus' Aufz. vom 8. September, ebd., S. 129-32 (dort als „undatiert“ eingeordnet, siehe aber HA Gaus, Aufzeichnungen, Bd. 5, D 826946-52).

<sup>7</sup> Aufz. Schuberts, ADAP, Serie A, Bd. XIV S. 147-49.

<sup>8</sup> Schubert ging davon aus, daß Frankreich zur Zeit durch innenpolitische Schwierigkeiten in der Handlungsfähigkeit eingeschränkt sei: „Es komme daher darauf an, den jetzigen günstigen Moment dazu auszunutzen. Es sei im diplomatischen Leben wohl nicht anders wie im militärischen: Heute lasse sich eine Aktion noch ausführen, die vielleicht in gar nicht so ferner Zeit nicht mehr möglich sei. Der Herr Reichspräsident hatte für diese Ausführungen sehr viel Verständnis, auch, als ich anknüpfend hieran bemerkte, daß die Leute unrecht hätten, welche einer dilatorischen Behandlung der ganzen Sicherheitsfrage das Wort redeten.“-Ebd., S. 149.



16. September 1925.

Der Französische Botschafter übergibt die Einladungsnote für die Ministerkonferenz.<sup>9</sup>

Ort ist: Schweiz.

133

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit  
dem französischen Botschafter Jacquin de Margerie  
Berlin, 21. September 1925**

*Durchschrift. PA, R 29096.*

Ganz geheim!

Der Französische Botschafter suchte mich heute nachmittag auf und teilte mir mit, er habe ein Telegramm von Herrn Briand mit dem Auftrage erhalten, uns davon zu verständigen, daß nunmehr Einverständnis (il est convenu) darüber bestehe, daß die Ministerzusammenkunft am 5. Oktober beginnen solle.<sup>1</sup> Herr Briand habe bekanntlich darauf Wert gelegt, daß die Konferenz an einem Montag anfangen, damit die Verhandlungen, deren Dauer man wohl auf eine Woche ansetzen könne, nicht durch einen Sonntag unterbrochen würden. Es passe daher sehr gut, daß der von Herrn Stresemann in Vorschlag gebrachte 5. Oktober ein Montag sei.

Ferner sei er beauftragt, als Ort der Konferenz zugleich im Namen von Belgien, England und Italien Locarno vorzuschlagen.

Augenscheinlich sei die Wahl dieses Ortes auf einen Wunsch Mussolinis zurückzuführen. Böse Zungen behaupteten, daß Mussolini Bedenken trage, sich ins Ausland zu begeben, da er befürchte, daß er antifaschistischen Angriffen ausgesetzt werden könne, und daher im Auslande seines Lebens nicht sicher sei. Locarno aber sei nur einige Kilometer von der italienischen Grenze entfernt.

Ich hatte dem Botschafter gleich am Anfang unserer Unterredung gesagt, daß ich nur wenig Zeit hätte, da ich zu einer Kabinettsitzung gehen müsse. Er hatte daher nicht viel Zeit, Fragen an mich zu stellen, er kam aber doch kurz auf die in der Presse veröffentlichte Erklärung der Tschechischen Regierung zu sprechen, daß sie bereit sei, mit uns die Verhandlungen über die Schiedsverträge zu eröffnen. Ich bestätigte kurz, daß Herr Krofta gestern bei mir gewesen sei, und daß ich mich darauf beschränkt hätte, ihm zu sagen, daß wir diese Anregung begrüßten, da sie geeignet sei, die ganze Sache zu fördern.<sup>2</sup>

---

<sup>9</sup> Schultheß', Bd. 66 (1925), S. 430.

<sup>1</sup> Ebenfalls am 21. September 1925 besprach Schubert die Angelegenheit mit D'Abernon, Aufz. Schuberts, ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 188-92.

<sup>2</sup> Schuberts Aufz. über das Gespräch ebd., S. 185-87. Außerdem Vorlage Schuberts für Stresemann vom 25. September 1925 über das weitere Vorgehen in bezug auf die Schieds-

Ferner fragte mich der Botschafter, ob denn die Polen auch bereits an uns herangetreten seien, was ich verneinte.

Endlich fragte mich der Botschafter, wie unsere Delegation sich wohl zusammensetzen und ob wohl auch Herr Gaus mitgehen würde; er selbst habe nichts darüber erfahren, ob Herr Fromageot an der Konferenz teilnehmen würde.

Ich erwiderte, daß über die Zusammensetzung unserer Delegation noch keinerlei Beschlüsse gefaßt seien.

Sch[ubert]

134

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem britischen Botschafter Lord D'Abernon (leicht gekürzt)**  
**Berlin, 24. September 1925**

*Durchschrift. PA, R 29096.*

Ganz geheim!

Der Englische Botschafter, bei dem ich heute frühstückte, fragte mich nach dem Ergebnis der heutigen Sitzung des Kabinettsrats.<sup>1</sup>

Ich teilte Lord D'Abernon mit, daß der Kabinettsrat beschlossen habe, die Einladung der Alliierten zu der Ministerzusammenkunft anzunehmen; diese Tatsache werde auch alsbald veröffentlicht werden. Auf eine weitere Frage des Botschafters erwiderte ich, daß die Annahme der Einladung nicht mit Bedingungen verknüpft sei.

Ich fügte hinzu, daß die offizielle Notifizierung der Einladung frühestens am Sonnabend [26. September] erfolgen könne; diese Notifizierung werde wahrscheinlich in London und Paris erfolgen. Der Grund der Verzögerung sei, daß die Reichsregierung morgen mit den Ministerpräsidenten der Länder<sup>2</sup> und übermorgen mit dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages konferieren müsse. Da der Ausschuß erst am Sonnabend tagen könne, sei es noch zweifelhaft, ob tatsächlich die offizielle Notifizierung der Antwort bereits am Sonnabend erfolgen könne. Hierüber könne ich ihm aber erst gegen Abend Mitteilung machen.

Ich sagte dem Botschafter ferner, daß bei dieser Gelegenheit gewisse Erklärungen der Deutschen Regierung abgegeben werden würden.<sup>3</sup>

---

vertragsverhandlungen zwischen beiden Mächten und ihre Abstimmung mit den Verhandlungen über den Sicherheitspakt (ebd., S. 216f.) sowie eine grundlegende Instruktion Schuberts vom 30. September (ebd., S. 276f.).

---

<sup>1</sup> AR, Kab. Luther I u. II, Bd. 1, S. 567-73.

<sup>2</sup> Sie fand am 25. September statt, ebd., S. 574-79.

<sup>3</sup> Gemeint ist die deutsche Erklärung, die sich mit der Kriegsschuld- und Räumungsklage befaßte – siehe dazu ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 207-12. Das Memorandum wurde am 26. September übergeben. Siehe auch Dok. 135.

Der Botschafter meinte, ob es nicht besser sei, die offizielle Notifizierung der Antwort in Berlin stattfinden zu lassen. Ich erwiderte, wir würden diese Notifizierung lieber in den Hauptstädten der Alliierten vornehmen, wogegen Lord D'Abernon dann nichts weiter einzuwenden hatte.

Der Botschafter fragte zunächst nicht weiter nach dem Inhalte der von mir erwähnten Erklärungen der Deutschen Regierung. Er sagte mir, daß der Herr Reichsaußenminister ihm vorgestern bereits einige Andeutungen gemacht habe, die er inzwischen nach London weitergegeben habe. Er schlug in seinem Aktenband das betreffende Telegramm auf, in dem er gesagt hatte, er habe vom Herrn Reichsaußenminister erfahren, daß Herr Stresemann bei der Antwort auf die Einladung der Alliierten mündlich einige Erklärungen der Deutschen Regierung abgeben werde. Diese Erklärungen würden sich beziehen erstens auf die Räumung der Kölner Zone als Vorbedingung für unseren Eintritt in den Völkerbund und zweitens auf die in unserem Memorandum vom September<sup>4</sup> vorigen Jahres erwähnte Kriegsschuldfrage. Lord D'Abernon meinte, er habe auf dieses Telegramm bisher keine Antwort erhalten und schließe daraus, daß man in London gegen diese Erklärungen wohl nichts einzuwenden haben werde. Er fragte mich sodann, ob die Erklärungen endgültig diesen Inhalt haben würden. Ich erwiderte, sie würden ungefähr in dem ihm von Herrn Stresemann gekennzeichneten Sinne gehalten sein, der letzte Text stehe aber noch nicht ganz fest. Mit dieser Auskunft schien Lord D'Abernon durchaus befriedigt zu sein.

[...]<sup>5</sup>

Der Botschafter sagte mir, er wolle das Telegramm erst heute abend abschicken, nachdem ich ihm eine weitere Auskunft hätte zugehen lassen.<sup>6</sup>

Er fragte mich dann noch, ob große Schwierigkeiten zu überwinden gewesen wären. Ich erwiderte, dies sei in der Tat der Fall. Wir müßten große Rücksicht auf die Haltung der Parteien nehmen, und es müsse uns insonderheit sehr viel daran liegen, daß die Partei der Deutschnationalen mit uns gehe.

In letzterem Punkte stimmte mir Lord D'Abernon mit großem Nachdruck bei.

Lord D'Abernon fragte mich schließlich noch nach der Zusammensetzung unserer Delegation. Ich erwiderte, daß diese Delegation wahrscheinlich aus dem Herrn Reichskanzler, dem Herrn Reichsaußenminister, Herrn Ministerialdirektor Gaus und mir bestehen werde.

Lord D'Abernon meinte, seiner Ansicht nach würde es sehr zu begrüßen sein, wenn sämtliche Delegationen ganz klein gehalten würden.

---

<sup>4</sup> Siehe Dok. 41. Vgl. dazu ADAP, Serie A, Bd. XI, S. XXXIIIff.

<sup>5</sup> D'Abernon setzte in Schuberts Gegenwart ein Tel. nach London auf, in dem er über dieses Gespräch berichtete.

<sup>6</sup> D'Abermons Tel. vom 22. September 1925, DBFP, First Series, Bd. XXVII, S. 784, Chamberlains Tel. 24. September, ebd., 786 u. D'Abermons Antwort. vom 25. September, ebd., S. 786 Anm. 2.

**Notizen von Schuberts zu dem deutschen Memorandum  
vom 26. September 1925  
Grünhaus, Winter 1932/33**

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. FS, Bd. 14  
(R 29096).*

[23. September 1925]

Ich habe zusammen mit Gaus dem Reichskanzler Vortrag über die von den Deutschnationalen ausgehende Anregung gehalten, im jetzigen Stadium und zwar gelegentlich der Überreichung der Antwortnote auf die Einladung der Alliierten die Kriegsschuldfrage zu berühren.<sup>1</sup> Ich habe ausgeführt, daß, wenn jetzt in schriftlicher Form in Paris und London unser Standpunkt zur Kriegsschuldfrage notifiziert würde, sehr schwerwiegende politische Folgen zu gewärtigen seien. Die Hoffnung, daß die Regierungen in Paris und London eine Verbalnote in diesem Sinne einfach einstecken würden, ohne irgendetwas darauf zu antworten, sei äußerst gering. Auch glaube ich, daß wir die ganze Weltmeinung, auch die in Amerika gegen uns haben würden.

Es wurde ein Memorandum, von Gaus aufgesetzt, besprochen, welches den Alliierten übergeben werden soll und das eine Erklärung in der Kriegsschuldfrage enthält; ferner beschäftigt sich das Memorandum mit der Rheinlandräumung.

Der Reichskanzler meinte am Schluß der Besprechung, man könne das Memorandum zwar noch etwas abmildern, es werde uns aber nichts anderes übrig bleiben, als die Antwort in der noch übrig bleibenden Fassung zu versuchen.

Kabinettsitzung vom 24. September 1925 unter Vorsitz des Reichspräsidenten.<sup>2</sup>

Mein Gespräch mit dem Englischen Botschafter vom 24. September 1925.<sup>3</sup>  
[...]

Mein Gespräch mit dem Englischen Botschafter vom 25. September 1925.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 207-10.

<sup>2</sup> AR, Kab. Luther, Bd. I, S. 567-73. In der Sitzung erklärte Stresemann: „Ich hoffe deshalb, daß dieser Schritt [Übergabe des Memorandums], der nicht durch zu starke Töne der deutschen Presse begleitet werden darf, vor sich gehen kann, ohne daß mehr als eine zeitweilige Verstimmung und Verschärfung der politischen Lage sich ergibt. Allerdings sind die Herren meines Amtes der Auffassung, daß unter Umständen eine scharfe und ablehnende Antwort von der Gegenseite erfolgt, welche die Konferenz erschweren kann. Auf der anderen Seite aber müssen wir die seelische Bedrückung und Belastung unseres Volkes ausräumen, ehe wir zu einer wirklichen Verständigung kommen können.“-Ebd. S. 568. Vgl. auch Dok. 136.

<sup>3</sup> Dok. 134. Vgl. den tel. Runderlaß Stresemanns vom 24. September 1925, ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 210-12.

<sup>4</sup> Ebd., S. 224-26.

Chamberlain rät dringend von der Abgabe von Erklärungen ab.

Ich erwiderte mit großem Ernst, nicht nur die Deutschnationalen, sondern auch andere Parteien verlangten, daß jetzt eine Erklärung in der Kriegsschuldfrage erfolgte.

Diskussion.

D'Abernon bezeichnet den Moment für eine solche Erklärung als außerordentlich ungünstig gewählt.

Er will nach London telegrafieren.

Die Erklärung wurde dann abgegeben.<sup>5</sup>

In Paris bezeichnet Berthelot die Erklärung als höchst inopportun.<sup>6</sup>

Auch Chamberlain war sehr ungehalten.<sup>7</sup>

Mein Gespräch mit dem Amerikanischen Botschafter vom 28. September 1925.<sup>8</sup>

Ich setzte ihm auseinander, warum wir eine Erklärung in der Kriegsschuldfrage abgeben mußten.

Lange Verhandlungen mit Briand über die Veröffentlichung unserer Erklärung.<sup>9</sup>

Telegramme aus London vom 29. September 1925.<sup>10</sup>

Ein Beamter des Foreign Office übermittelt die englische Antwort, die im Ton sehr unerfreulich war. Chamberlain nannte unsern Schritt provozierend usw.

Mein Gespräch mit dem Französischen Botschafter vom 30. September 1925.

Briand ist über unsere Erklärung in der Kriegsschuldfrage sehr verschnupft.

Es erfolgt die Veröffentlichung unserer Erklärung.<sup>11</sup> Es laufen Antworten auf unsere Erklärung ein. Die Sache lief noch einigermaßen glimpflich ab.

---

<sup>5</sup> Stresemanns tel. Instruktion vom 25. September 1925, ebd., S. 227f.

<sup>6</sup> Siehe Hoeschs Ber. vom 26. September 1925, ebd., S. 233-35.

<sup>7</sup> Dies berichtete Sthamer am selben Tage aus London, ebd., S. 228f.

<sup>8</sup> Ebd., S. 237 Anm. 8.

<sup>9</sup> Siehe das Fernschreibgespräch zwischen Schubert und Hoesch, 28. September 1925, ebd., S. 244-46.

<sup>10</sup> Tel. Sthamers nach Berlin vom 29. September 1925, ebd., S. 255f. Britische Antwort vom selben Tage auf die Demarche Sthamers DBFP, First Series, Bd. XXVII, S. 803f.

<sup>11</sup> Schultheß', Bd. 66 (1925), S. 430f.

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit  
dem amerikanischen Botschafter Schurman  
Berlin, 29. September 1925**

*Durchschrift. PA, R 29096.*

Ganz geheim!

Der Amerikanische Botschafter suchte mich heute morgen verabredungsgemäß wieder auf und ich erzählte ihm, was gestern in Paris vor sich gegangen sei<sup>1</sup> und welche Instruktion wir Herrn von Hoesch erteilt hätten.<sup>2</sup> Ich erklärte ihm, warum wir den Briandschen Vorschlag nicht hätten annehmen können. Der Botschafter sagte mir, er sei der Meinung, daß unser Entschluß der einzig richtige gewesen sei. In der Politik sei es immer falsch, etwas von einem Schritt zurückzunehmen, den man einmal getan habe oder auch nur zu riskieren, daß der Anschein eines solchen Zurückziehens entstehe.

Er sprach die aufrichtige Hoffnung aus, daß der geschickte Briand einen Weg finden werde, um seine Antwortnote so zu fassen, daß sie uns immer noch die Beteiligung an der Ministerkonferenz erlauben werde.<sup>3</sup>

Sch[ubert]

---

<sup>1</sup> Hoesch hatte Schubert am 28. September 1925 mitgeteilt, daß Briand die deutsche Regierung ersuche, ihre Erklärung zur Räumungs- und Kriegsschuldfrage zurückzuziehen, andernfalls sähe er sich gezwungen, sie schriftlich zurückzuweisen, ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 244-46.

<sup>2</sup> In der Instruktion vom 29. September 1925 hieß es: „Wenn die französische Regierung bei dieser Sachlage tatsächlich eine schriftliche Antwort an Reichsregierung nicht glaube vermeiden zu können, so würde Reichsregierung hierin an sich kein Hindernis sehen, an der Minister-Entrevue teilzunehmen. Selbstverständlich gehen wir hierbei davon aus, daß die französische Antwort in Ton und Fassung unserer Erklärung entspricht und nicht eine Brüskierung der Reichsregierung oder des deutschen Volkes darstellt.“-Ebd., S. 252.

<sup>3</sup> Hoesch gelang es am 29. September, einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiß zu finden, ohne auf die deutsche Erklärung zu verzichten, Tel. Hoeschs, ebd., S. 253-55.

**Notizen von Schuberts über seine Besprechungen am 15. Oktober 1925  
in Locarno  
Grünhaus, Winter 1932/33**

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. FS,  
Bd. 15 app. 7a (PA, R 29108)*

Protokoll über die achte Sitzung vom 15. Oktober 1925 (vormittags).<sup>1</sup>

Mein Besuch vorher bei Herrn Berthelot. Herr Briand kam dazu.

Bei diesem Besuche übergebe ich ihm ein Schriftstück, über unsere Forderung betr. die Änderung des Rheinlandregimes. Berthelot wollte es zunächst nicht annehmen, tat es aber doch, und zwar in der Form, ich hätte ihm die Abschrift eines Dokumentes übergeben, das ich gestern den Engländern und Belgiern übermittelt hätte.<sup>2</sup>

(Diese Feststellung ist wichtig. In späteren Zeiten hat Briand behauptet, er hätte mit uns vor der Unterzeichnung von Locarno niemals über Fragen des Rheinlandes verhandelt!)

Lange Abendbesprechung vom 15. Oktober über Rheinlandfragen (Luther, Stresemann, Chamberlain, Briand, Vandervelde, Berthelot, Lampson, Selby, Hesnard und ich).<sup>3</sup>

Am Abend fand bekanntlich das Geburtstagsdiner statt, das Luther mir gab.

<sup>1</sup> Die Unterlagen über den Ablauf der Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 sind ausführlich und mit Hinweisen auf weiteres Quellenmaterial in ADAP, Serie A, Bd. XIV und AR, Kab. Luther I u. II, Bd. 2 abgedruckt, darunter eine große Zahl von Dokumenten, die Schubert verfaßte. Protokoll der 8. Sitzung ebd., S. 750-52.

<sup>2</sup> Aufz. Schuberts vom 15. Oktober 1925. ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 403f. – Ein Memorandum zur Rheinlandfrage hatte Schubert Lampson anlässlich einer Unterredung am 14. Oktober 1925 übergeben. In diesem Gespräch drängte Schubert darauf, daß die Alliierten doch irgendeine bindende Erklärung in Bezug auf das Rheinlandregime noch in Locarno abgeben müßten. Dem stand Lampson allerdings sehr ablehnend gegenüber, weshalb es Schubert auch nicht gelang, entsprechende Zugeständnisse zu erhalten. Am selben Tage versuchte Schubert ebenfalls erfolglos, Vandervelde von der Notwendigkeit einer alliierten Erklärung zur Entwaffnungsfrage und zur Räumung der Kölner Zone zu überzeugen. Bereits am 12. Oktober hatten geheime Besprechungen darüber zwischen deutschen Konferenzteilnehmern und Chamberlain sowie Briand stattgefunden, die allerdings negativ verlaufen waren, weshalb wohl Schubert auch nachträglich versuchte, in Einzelgesprächen doch noch voranzukommen, ebd. S. 366-72, 374f., 390-400.

<sup>3</sup> Aufz. Schuberts vom 15. Oktober 1925; AR, Kab. Luther I u. II, Bd. 2, S. 753-63. – Charakteristisch für die entspannte, fast inoffizielle Atmosphäre der Konferenz, die sich in „sehr angenehmer Form“ und in „denkbar günstigsten“ äußeren Umständen abgestpielt habe – Schubert an Sthamer, 21. Oktober 1925, ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 430 –, sind die Schlußsätze der Aufz. vom 15. Oktober: Als Briand Zweifel daran äußerte, daß seit der Londoner Konferenz von 1924 eine Verpflichtung zur Räumung der Sanktionsstädte bestanden habe, habe – so notiert Schubert – Luther gesagt, „vielleicht könnte ich [Schubert] im einzelnen den Tatbestand auseinandersetzen, da ich an der Sache mitgearbeitet habe und genau Bescheid wisse. Herr Briand erklärte darauf lachend, er wolle gern auf mein Plädoyer verzichten und von vornherein erklären, daß mein Plädoyer maßgebend

### Notizen von Schuberts über die Stellung der DNVP zu Locarno Grünhaus, Winter 1932/33

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. FS, Bd. 16  
(PA, R 29108).*

Mein Gespräch mit dem Französischen Botschafter vom 24. Oktober 1925.<sup>1</sup>

Der Botschafter zeigte sich beunruhigt über einen vorgestern gefaßten Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die im Ergebnis der Verhandlungen von Locarno nicht die Erfüllung der Forderungen sah, die den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes gerecht wird.<sup>2</sup>

---

sei und nichts dagegen erwidert werden könne.“ Für die Darlegung der Voraussetzungen deutscher Politik in einem langen Gespräch mit Chamberlain siehe Aufz. Schuberts vom 13. Oktober 1925 (ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 375-81), wo es u.a. heißt: „Es komme dabei nicht darauf an zu behaupten, daß wir auf eine Opposition Rücksicht nehmen müßten. Ein solches Argument habe immer etwas Jammervolles. Bei uns aber stehe etwas ganz anderes auf dem Spiel, nämlich einen sehr bedeutenden Teil des Volkes, und zwar nicht den schlechtesten Teil, der durch die Deutschnationalen repräsentiert werde, ein für allemal für unsere Politik zu gewinnen. Das sei ein Ziel, das auch von den anderen Nationen in seiner ungeheueren Bedeutung gewürdigt werden müsse. [...] Ich sagte Herrn Chamberlain ferner, es sei uns einmal von Herrn McDonald, und zwar in einem Brief, den er an den Reichskanzler Marx geschrieben habe, vorgeworfen worden, wir trieben eine ‚clumsy diplomacy‘. Das sei ein Vorwurf, der doch wohl nicht berechtigt sei. Wozu wir aber nach der Lage der Dinge nach den vielen Enttäuschungen, die Deutschland in den letzten Jahren durchzumachen gehabt hätte, gezwungen würden, sei vielleicht eine Art von ‚primitive diplomacy‘. Wir könnten sehr oft nicht mit diplomatischen Feinheiten operieren, sondern seien nach Lage der Dinge gezwungen, ganz offen und unverhüllt unsere Wünsche und Forderungen darzulegen. Dies beziehe sich auch auf das Memorandum, das ich morgen Herrn Berthelot übergeben und von dem ich ihm eine Abschrift zugehen lassen würde.“ Abschließend erklärte Schubert, daß auch er – wie Chamberlain – „immer die Ansicht vertreten hätte, daß ein Zwiespalt zwischen Frankreich und England niemals zu unserem Nutzen ausfallen könne“; ebd. S. 378 u. 381.

---

<sup>1</sup> ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 462-65.

<sup>2</sup> Schubert erwiderte, „daß der Botschafter sich klarmachen müsse, daß das Volk in Deutschland in den letzten Jahren immer und immer wieder getäuscht worden sei. Ich selbst wolle aus meiner Überzeugung keinen Hehl machen, daß in Locarno ein enormer Schritt vorwärts getan worden sei. Die Bedeutung dieser Entwicklung aber könne der Mann in der Straße verständlicherweise nicht so schnell fassen, und deshalb sei es eben außerordentlich bedauerlich, daß in der Frage der sogenannten Rückwirkungen in Locarno nicht mehr erreicht worden sei. Die Frage des französischen Botschafters, welche innerpolitische Entwicklung in Deutschland nunmehr zu erwarten sei, beantwortete ich dahin, daß man zunächst einmal die Entscheidung der deutschnationalen Reichstagsfraktion abwarten müßte, die morgen getroffen werden würde; wie sie ausfallen werde und ob die Reichstagsfraktion zu einer anderen Entscheidung kommen werde als die Dele-



Dann längere Diskussion über verschiedene, mit Locarno zusammenhängende Einzelpunkte.

[...]

Pressemitteilung vom 25. Oktober 1925.

Die Fraktion der deutschnationalen Volkspartei billigte den Beschluß der Herren Minister Schiele, Neuhaus und von Schlieben durch den Herrn Reichskanzler ihre Entlassung nachzusuchen.

(Die historische Dummheit der Deutschnationalen!)

139

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Telefonat mit  
dem britischen Botschafter D'Abernon  
Berlin, 28. Oktober 1925**

*Durchschrift. PA, R 29108.*

Geheim!

Lord D'Abernon telefonierte mich heute nachmittag an und teilte mir mit, er habe telegrafisch von Herrn Chamberlain die Weisung erhalten, uns Folgendes mitzuteilen:

Herr Chamberlain und Herr Briand seien durch die Haltung der Deutschnationalen, die zur Ausscheidung der drei Minister aus dem Kabinett geführt hatte, in große Schwierigkeiten geraten. Die Politik, die sie besonders in bezug auf die Rückwirkungen des Vertragwerks von Locarno eingeleitet hätten, würde ihnen jetzt sehr erschwert. Herr Chamberlain gebe sich der Hoffnung hin, daß man dies den Deutschnationalen klar machen und sie dazu bewegen könne, ihre intransigente Haltung zu ändern.<sup>1</sup> Es sei doch sehr befremdend, so heißt es in dem Telegramm, daß die extremen deutschen Nationalisten die Räumung der Kölner Zone, sowie die Erleichterung für ihre Landsleute im Rheinlande, für weniger wichtig hielten, als ihre parteipolitischen Ziele.

---

gierntenversammlung gestern, stehe noch dahin. Eines sei aber sicher: der Reichskanzler und Herr Stresemann seien fest entschlossen, das Werk von Locarno zu einem guten Ende zu führen.“-Aufz. Schuberts, ebd. S. 463.

---

<sup>1</sup> Am 29. Oktober besprachen Schubert und D'Abernon die Sache erneut. Schubert führte aus: „Ich könne ihm in Beantwortung dessen, was er mir gestern von Herrn Chamberlain bestellt hätte [gemeint ist das obige Dok.], ganz vertraulich sagen, daß die Regierung durchaus noch in Fühlung mit den Deutschnationalen stehe und daß sie alle Anstrengungen mache, um die verständigen Elemente dieser Partei von der unbedingten Notwendigkeit zu überzeugen, ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Werke von Locarno zu ändern. Es seien auch bereits Erfolge in dieser Hinsicht erzielt worden.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 505.

Ferner habe Herr Chamberlain darauf hingewiesen, daß doch die Haltung der Polen in der Optantenfrage sehr zu begrüßen sei.<sup>2</sup> Er würde es für sehr wünschenswert halten, wenn wir Herrn Skrzyński ermutigten, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten. Vielleicht könnten wir dies durch irgendeine freundliche Geste gegenüber den Polen tun.

Ich erwiderte Lord D'Abernon, eine solche Geste sei schwer zu finden. Lord D'Abernon meinte, ob wir nicht auf dem Gebiet der Ausweisungen eine solche Geste machen könnten, indem wir gewisse Ausweisungen vielleicht unterließen.<sup>3</sup>

Endlich bat mich Lord D'Abernon dringend, die Liste der Herren und Damen ihm morgen mitzuteilen, die am 1. Dezember nach London [zur Unterzeichnung der Locarno-Verträge] kommen würden.

## 140

**Fernschreibergespräch zwischen von Schubert und Botschafter von Hoesch  
Berlin, 16. November 1925**

*Abschrift. PA, R 29174.*

Fernschreiberstelle des Auswärtigen Amts.

Telegramm aus Paris, vom 16. November 1925 [hschr. Vermerk: 4<sup>30</sup> nachm.].

Hier Staatssekretär von Schubert, bitte Herrn von Hoesch: Hier Hoesch:

Hier Schubert: Ich muß Dir offen sagen, daß wir über Deine Mitteilungen und die Formulierungen wegen Räumungstermin<sup>1</sup> geradezu entsetzt sind. Der Herr

<sup>2</sup> Schon am 23. Oktober hatte D'Abernon bei Schubert angeregt, sich über das deutsch-polnische Verhältnis Gedanken zu machen, Aufz. Schuberts, ebd., S. 446.

<sup>3</sup> Am 29. Oktober 1925 informierte Schubert D'Abernon, daß die Reichsregierung den Entschluß gefaßt habe, auf die Ausweisung von polnischen Optanten zu verzichten, Aufz. Schuberts, ebd., S. 508.

<sup>1</sup> Siehe Hoeschs Tel. vom 11. (ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 587f.; Anm. 7 dazu: die hier zugrundeliegende Note der Botschafterkonferenz vom 14. und die Note Briands vom 16. November) und 12. November 1925, ebd., S. 593-95. In einem Gespräch mit D'Abernon am 3. November 1925 wies Schubert darauf hin, daß es jetzt für die deutsche Regierung erforderlich sei, außenpolitische Erfolge vorweisen zu können: „Wir sprachen sodann noch über das, was sonst noch von der Gegenseite geschehen müsse. Ich entwickelte auf neue den Gedanken, daß: 1. möglichst umgehend die bedingungslose Erklärung wegen der Räumung der Kölner Zone erfolgen müsse; 2. müsse umgehend der Reichskommissar [für die besetzten rheinischen Gebiete] eingesetzt werden. Diese Einsetzung würde hier keineswegs als eine große Konzession gewertet werden. Die schnelle Einsetzung des Kommissars sei aber deshalb notwendig, damit man in den Rheinlandfragen vorwärts komme. 3. Wenn es möglich sei, auch die Entwaffnungsfrage in den nächsten 14 Tagen zu bereinigen, so sei das ein weiterer Atout für uns. Nur dürfe man natürlich nicht darauf rechnen, daß die Bereinigung der ausstehenden Punkte selbst bei bestem Willen beiderseits in den nächsten Tagen erfolgen könne. In diesem Zusammenhang setzte ich Lord D'Abernon erneut die in Locarno besprochene Formel der Antwortnote auf unsere Ent-

R[eichs] K[anzler] erklärt kategorisch, daß er mit einer solchen Formel nicht vor den Reichstag treten kann, da sie auf jeden Menschen den Eindruck machen muß, daß die Räumung beliebig hinausgeschoben und vielleicht noch mit der Entwaffnungsfrage in Zusammenhang gebracht werden kann. Mit Gründen, wie der notwendigen hygienischen Reinigung der Quartiere oder wegen der Wohnungsnot in Belgien, können wir dem deutschen Publikum unmöglich kommen. Besonders der letztere Grund ist doch geradezu unglaublich. Du mußt jetzt wirklich Dein Letztes dafür einsetzen, daß die Formel wesentlich geändert wird. Als allenfalls noch tragbar könnten wir uns eine Formel etwa folgender Art denken: Die Räumung wird im Laufe des Monats Januar [1926] beendet werden. Sollten Ende Januar wegen unüberwindlicher technischer Schwierigkeiten einige Truppeneinheiten noch nicht haben zurückgezogen werden können, so wird ihre Zurückziehung in kürzester Frist, spätestens bis Ende Februar nachfolgen. Bei dieser Formel haben die Alliierten drei volle Monate bis zur restlosen Räumung Zeit. Wenn ihnen das nicht genügt, so wird es hier ganz allgemein als ein sicherer Beweis dafür angesehen, daß sie irgendwelche Hintergedanken haben. Was denkst Du hierüber?

Hoesch: Ich möchte zunächst darauf aufmerksam machen, daß meine Franzosen alles tun wollen, was wir wünschen, und daß bezüglich der Engländer und Belgier die Demarchen in London und Brüssel hätten einsetzen müssen und daß ich hier lediglich Möglichkeit habe, mit den ausführenden Organen zu arbeiten, die selbst erst Instruktionen einholen müssen. Aus Deinem Formel-Vorschlag ersehe ich im übrigen, daß Ihr die Sachlage vollkommen verkennt. Irgendwelche Hintergedanken bestehen nicht. Eure Formel ist viel zu weitgehend, wir brauchen überhaupt nicht von Ende Februar zu reden und könnten wahrscheinlich sofort die Anberaumung des definitiven Endtermins auf den 15. Februar erreichen. Meine Bestrebungen gingen bisher nur dahin, möglichst den Januar als Endtermin zu fixieren und darüber hinaus nichts anderes übrig zu lassen als höchstens noch etwaige technische Abschlußregelung. Die Verquickung mit der Entwaffnungsfrage ist nicht zu befürchten. Wir haben im Gegenteil heute morgen, wie ich vorläufig unverbindlich mitteile, die Entwaffnungsfrage durch ein von Desticker und Nord zu unterzeichnendes Protokoll endgültig zum Abschluß gebracht.<sup>2</sup> Ich hoffe, daß dies auch in der heutigen Note, an deren Abfassung wir mitarbeiten, zum Ausdruck kommen wird. Ich bitte Dich, mir zu sagen, ob ich Eure Formel mit der Modifizierung durchzusetzen versuchen soll, daß anstelle Ende Februar der 15. Februar gesetzt wird.

---

waffnungsnote auseinander. Diesmal hatte Lord D'Abernon durchaus Verständnis für die Zweckmäßigkeit einer solchen Formel und kam nicht mehr darauf zurück, daß alle Entwaffnungsfragen geregelt werden müßten, bevor die Räumung ausgesprochen würde. Er betonte nur, daß Chamberlain alles tue, um die Entwaffnungsfrage auch möglichst bald zu bereinigen. 4. Nachdem inzwischen unsere Verhandlungen wegen der Erleichterungen im Rheinlande sehr stark gefördert worden seien, müßte meiner Ansicht nach die Regierung bei Beginn der Reichstagsverhandlungen in Stand gesetzt werden, auf einen sehr wesentlichen Erfolg auf diesem Gebiet hinzuweisen, und zugleich mit Recht sagen zu können, daß diese Entwicklung folgerichtig bis zur endgültigen Erledigung unserer Forderung fortschreiten werde.“-Ebd., S. 527-29, Zitat S. 529. Vgl. zu diesem „Programm“ Schubert an Sthamer, 21. Oktober 1925, ebd., S. 430-33.

<sup>2</sup> Vgl. Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle, S. 312-25.

Schubert: Ja, damit bin ich einverstanden und hoffe nur, daß es Dir gelingen wird. Noch zwei kurze Fragen: Erstens, wann ist heute Botschafterkonferenz? Zweitens, wann ist Ergebnis der Konferenz bzw. Räumungs- und Entwaffnungsnote hier zu erwarten?

Hoesch: [... Anfang fehlt], da Rintelen augenblicklich noch im Quai d'Orsay wegen Notentext verhandelt. Unter diesen Umständen nehme ich an, daß wir Note etwa wie am Sonnabend gegen ½ 8 oder 8 Uhr erhalten werden. Ich selbst esse heute abend beim Nuntius mit dem Präsidenten der Republik um 8 Uhr, sodaß ich persönlich nach 8 Uhr nicht mehr zur Verfügung stehe.

Schubert: Ich nehme also an, daß Du noch Gelegenheit hast, jetzt auf Annahme unseres soeben besprochenen Vorschlages hinzuwirken. Die anderen von Dir mitgeteilten Formulierungen würden, das muß ich nochmals betonen, hier eine geradezu verheerende Wirkung haben. Schluß.

[Hoesch:] Botschafterkonferenz sollte eigentlich um 3 Uhr tagen, es scheint mir aber, daß Beginn auf 5 Uhr verschoben ist.<sup>3</sup>

## 141

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit  
dem sowjetischen Botschafter Krestinski  
Berlin, 28. November 1925**

*Durchschrift. PA, R 29249.*

Ganz geheim!

Auftragsgemäß empfang ich heute abend ½ 8 Uhr den Botschafter Krestinski, der von Herrn Brodowsky begleitet war.

Ich sagte den Herren, daß in den letzten Tagen und noch heute eine eingehende Prüfung des russischen Vorschlags stattgefunden hätte.<sup>1</sup> Leider hätten an den hierüber gepflogenen Besprechungen der Herr Reichsaußenminister nicht teilnehmen können, da er leidend gewesen und auch nur in sehr beschränktem Maße imstande gewesen sei, den Parlamentsdebatten beizuwohnen. Heute hätte ich mit den Herren des Auswärtigen Amts Gelegenheit gehabt, dem Reichskanzler Vortrag zu halten; an dieser Besprechung aber habe Herr Stresemann ebenfalls nicht teilnehmen können.<sup>2</sup>

---

<sup>3</sup> Zum Fortgang der Angelegenheit Aufz. Schuberts, 1. Dezember 1925, ADAP, Serie B, Bd. I/1, S. 1-10.

---

<sup>1</sup> Die sowjetische Regierung drängte vor und besonders nach der Locarno-Konferenz auf eine politische Abmachung mit Deutschland. Dazu hatte die sowjetische Regierung am 21. November 1925 einen Vertragsentwurf überreicht; Schuberts Aufz. vom 21. November, ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 634-38 (Text des sowjetischen Entwurfs S. 638).

<sup>2</sup> Ebd., S. 678-82. Siehe Aufz. Schuberts vom 23. November 1925 über einen ausführlichen Vortrag bei Hindenburg; ebd., S. 647-49.

Ich habe Auftrag bekommen, die Herren hierüber zu informieren und ihnen zu sagen, daß wir unter diesen Umständen leider nicht imstande seien, vor der Abreise nach London<sup>3</sup> ein meritorisches Urteil über den russischen Vorschlag abzugeben. Es liege uns daran, kein vorschnelles Urteil abzugeben und deshalb müßten die Herren sich gedulden bis der Minister aus London zurückgekehrt sei. Unterdessen werde aber die Prüfung des russischen Vorschlags fortgesetzt werden. Es liege auf der Hand, daß man in dieser Sache mit der größten Umsicht vorgehen müsse, denn es liege doch wohl uns beiden daran, zu einem durchaus unanfechtbaren Ergebnis zu gelangen. Hierin pflichtete mir Herr Krestinski durchaus bei.

Ich fügte hinzu, ich fühlte mich aber persönlich verpflichtet, über einen Punkt den Herren meine Ansicht zu sagen. Ein Vergleich des jetzigen russischen Vorschlags mit demjenigen, den uns Herr Tschitscherin seinerzeit durch die Hand des Grafen Brockdorff-Rantzau übermittelt habe,<sup>4</sup> habe ergeben, daß der neue Vorschlag über den des Herrn Tschitscherin noch hinausgehe. Dies setze mich einigermaßen in Erstaunen, da wir doch seinerzeit durch den Grafen Rantzau in Moskau unsere Bedenken gegenüber dem Tschitscherinschen Vorschlag geltend gemacht und nach meiner Ansicht schließlich bewiesen hätten, daß dieser Vorschlag in verschiedenen Punkten undurchführbar sei.

Herr Krestinski erwiderte, daß ich wohl hauptsächlich auf den neu hinzugekommenen Absatz abziele, der von der Neutralität spreche. Dieser Absatz sei dadurch hereingekommen, daß der Herr Reichsaußenminister zu wiederholten Malen ihm von dem tschechisch-russischen Verträge gesprochen habe, der ja auch bekanntlich eine Neutralitätsklausel enthalte.<sup>5</sup> Es sei doch wohl als sicher anzunehmen, daß wir nicht hinter der Tschechoslowakei zurückstehen wollten, und er habe daher einen entsprechenden Satz in dem neuen Vorschlag aufgenommen, nachdem er sich hierüber mit Moskau verständigt und von dort hierzu die Ermächtigung erhalten habe.

Im übrigen gehe seine Ansicht dahin, daß

1) der neue Satz bezüglich der Neutralität den ursprünglichen Tschitscherinschen Vorschlag durchaus nicht verstärke,

2) daß der letzte Satz betreffend den Eintritt in den Völkerbund sich lediglich der nach Locarno veränderten Sachlage anpasse,

3) wolle er darauf hinweisen, daß vor Locarno in einem Gespräch, daß er mit Herrn Tschitscherin geführt habe, Herr Stresemann selbst erklärt habe,<sup>6</sup> daß unsere Vorschläge wegen des Völkerbundes geändert werden könnten und müßten.

Seine persönliche Ansicht gehe dahin, daß unsere Stellung – wenigstens nach unserer Ansicht – nach Locarno doch wesentlich gestärkt sei und daß wir hierdurch instand gesetzt würden, auch den Russen mehr zu bieten wie bisher.

<sup>3</sup> In London sollten am 1. Dezember 1925 die Locarno-Verträge unterzeichnet werden.

<sup>4</sup> Unterredung zwischen Tschitscherin und Brockdorff-Rantzau am 20. Juli 1925, in der Tschitscherin den russischen Vorschlag vorgebracht hatte, Tel. Brockdorff-Rantzaus, ADAP, Serie A, Bd. XIII, S. 600-02. Siehe auch die „Richtlinien für die Fortsetzung der politischen Verhandlungen mit Rußland“ vom 21. Juni, ebd., S. 416-20.

<sup>5</sup> Siehe dazu ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 637 Anm. 10.

<sup>6</sup> Stresemann hatte mit Tschitscherin zwei Gespräche geführt, am 30. September 1925 und am 2. Oktober, Aufz. Stresemanns, ebd., S. 284-91 und S. 292-96.

Ich erklärte den Herren, es sei mir ja sehr interessant, ihre Ansicht über einen Teil der Entstehungsgeschichte des neuen russischen Vorschlags erfahren zu haben. Das könne aber nichts an meiner Feststellung ändern, daß der neue russische Vorschlag weit über den von Herrn Tschitscherin seinerzeit gemachten und von uns mit guten Gründen abgelehnten Vorschlag hinausgehe.

Der Botschafter kam darauf erneut auf den tschechischen Vertrag zu sprechen und sagte von sich aus, er wisse nicht genau, ob er [beim Völkerbund] registriert worden sei.<sup>7</sup> Ich erwiderte, nach unseren bisherigen Feststellungen sei er nicht registriert und das würde doch, soweit die Tschechoslowakei in Frage komme, eine große Anomalie bedeuten.

Herr Krestinski erwiderte, die Frage der Registrierung ändere doch nichts an der Tatsache, daß der Vertrag in Kraft sei. Er könne sich doch, wie er erneut betonte, nicht denken, daß wir hinter der Tschechoslowakei zurückbleiben wollten.

Ich erwiderte, das sei an sich auch durchaus nicht unsere Absicht. Auf der andern Seite aber – und das sei nur meine ganz persönliche Ansicht, wie ich ihm aber gerne heute schon mitteilen wollte – müsse ich die Herren darauf hinweisen, daß die Formel, die in dem tschechischen Vertrag enthalten sei, doch sehr zweideutig sei und Zweideutigkeiten müßten wir doch auf alle Fälle vermeiden. Als der Vertrag im Jahre 1922 zwischen Rußland und der Tschechoslowakei abgeschlossen worden sei, habe man natürlich sicherlich keine Zweideutigkeiten damit beabsichtigt. Inzwischen aber sei diese Art von Problemen derartig vertieft worden, daß man mit einer solchen zweideutigen Formel jetzt sicherlich nichts mehr anfangen könne. Dieser Deduktion stimmten die beiden Herren durchaus zu.

Ich sagte ihnen sodann, daß ich ihnen ehrlich versichern könne, daß wir zu einem Arrangement zu kommen beabsichtigten, das an die äußerste Grenze dessen ginge, was wir tatsächlich tun könnten. Nur müsse dieses Arrangement in seinen Einzelheiten durchaus klar und eindeutig sein. Wie gesagt, würden wir uns weiter intensiv mit der Sache beschäftigen und nach der Rückkehr von London gerne in weitere Besprechungen eintreten.

Herr Krestinski schien über diese Auskunft durchaus befriedigt. Er meinte lachend, er hoffe, daß wir nach unserer Rückkehr von London einen vergrößerten Mut haben würden. Er würde sich im übrigen sehr freuen, wenn es ermöglicht werden könnte, daß noch vor seiner am 10. Dezember bevorstehenden Abreise nach Moskau die Sache unter Dach und Fach gebracht oder sogar unterschrieben sein würde. An die letztere Möglichkeit schien er aber im Ernst selbst nicht zu glauben.

Sch[ubert]

<sup>7</sup> Der sowjetisch-tschechoslowakische provisorische Vertrag vom 5. Juni 1922 – Text: Martens, 3. Serie, Bd. XVIII, S. 643ff. – war nicht registriert worden; dazu ADAP, Serie A, Bd. XIV, S. 635 Anm. 7 u. S. 637 Anm. 10.

**Kapitel 4.2**  
**Von Locarno bis zum erneuten Akutwerden der Sicherheitsfrage**  
**(Dezember 1925 bis Dezember 1927)**

142

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit**  
**dem britischen Staatssekretär Sir William Tyrrell**  
**London, 2. Dezember 1925**

*Original mit hschr. Ergänzungen u. Unterstreichungen Schuberts PA, R 29249.*

Geheim!

Während der Unterhaltung, die ich heute im Foreign Office<sup>1</sup> mit Sir William Tyrrell hatte, kam das Gespräch auch auf Rußland.

Ich sagte Sir William, es sei ihm ja wohl bekannt, daß wir zur Zeit einige Schwierigkeiten mit den Russen hätten. Wie sie ja auch in ihren sämtlichen Zeitungen verbreiteten, stellten sie sich auf den Standpunkt, daß durch den Abschluß des westlichen Sicherheitspakts, der Schiedsverträge, sowie durch unseren Eintritt in den Völkerbund unser Verhältnis zu Rußland eine schwere Beeinträchtigung erfahren werde.<sup>2</sup> Immer wieder behaupteten sie, daß der Völkerbund eine Institution sei, die, unter der Führung Englands stehend, eigentlich keinen anderen Zweck habe, als Rußland auf allen Gebieten zu bekämpfen. Ich habe den Eindruck, daß die Russen von diesem ganz schroffen Standpunkt schon etwas abgekommen seien. Immerhin aber bestehe doch ein großes Mißtrauen bei den Russen, das schwer zu überwinden sein werde.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Anlaß des Besuchs in London war die Unterzeichnung des Vertragswerks von Locarno; weitere Unterredungen: Aufz. Schuberts vom 1. und 2. Dezember 1925, ADAP, Serie B, Bd. I/1, S. 3-5.

<sup>2</sup> Zu den Schwierigkeiten mit Rußland und den Vorgängen, welche schließlich zum Abschluß des Berliner Vertrages führten, siehe ADAP, Serie B, Bd. II, 1, S. XXV-XLII.

<sup>3</sup> Schubert schrieb am 20. Januar 1926 – unter teilweiser Verwendung eines als Entwurf dienenden nicht abgesandten Briefes von Dirksen – an Hoersch: „Es ist gewiß richtig, daß wir mit Locarno nicht für den Westen optieren wollten, sondern daß unsere ganze Aktion lediglich defensiv der Befreiung des Rheinlandes dienen sollte. Ebenso wenig ist aber zu leugnen, daß Locarno sich schließlich doch zu einer viel größeren politischen Bedeutung entwickelt hat, als wir und wohl auch die Gegenkontrahenten anfänglich vermuteten. Über die defensive Absicht hinaus haben sich doch Möglichkeiten höchst aktiver Art ergeben. Die Worte Chamberlains ‚Locarno ist nur ein Anfang!‘ sind durchaus ernst zu nehmen. Wenn demnach die Befürchtung Rußlands, daß wir uns dem Westen in höherem Grade verschrieben haben, als wir selber glauben, vielleicht nicht so ganz unberechtigt ist, wird auch die andere russische Befürchtung, daß Locarno einer Abkühlung der deutsch-russischen Beziehungen dienen sollte, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sein. Zweifellos bestehen derartige Tendenzen in weiten englischen Kreisen. Im Grunde stehen wir also wieder einmal vor dem alten Problem unserer Außenpolitik, unsere Interessen im Osten mit denen im Westen in Gleichklang zu bringen, einem Pro-

Sir William erwiderte, daß ihm die Stellungnahme Rußlands und besonders Tschitscherins gegen England ja zur Genüge bekannt sei. Diese Stellungnahme habe Tschitscherin, wie ihm Berthelot erzählt habe, auch in Paris zum Ausdruck gebracht.

Berthelot habe ihm – Tyrrell – erzählt, daß er eine längere Aussprache mit Tschitscherin gehabt habe. Tschitscherin habe sofort mit einem außerordentlich heftigen Angriff gegen England begonnen und behauptet, daß England nichts anderes im Sinn habe, als auf der ganzen Linie gegen Rußland vorzugehen. Berthelot habe ihm erwidert, diese Ansicht sei vollkommen falsch. England denke nicht daran, aktiv gegen Rußland vorzugehen. Vielmehr liege England durchaus daran, korrekte Beziehungen zu Rußland zu unterhalten.

Tschitscherin habe sich dann, wie Berthelot Tyrrell weiter erzählte, dem Verhältnis Rußlands zu Frankreich zugewandt. Er habe betont, daß Rußland sehr viel daran liege, die alte Freundschaft zwischen den beiden Ländern zu erneuern. Darauf habe Berthelot mit einem französischen Sprichwort geantwortet, dessen Sinn dahin gegangen sei, daß nichts schwerer sei, als Freundschaften zwischen früheren Freunden wieder anzuknüpfen. Im übrigen, habe Berthelot betont, sei es für Rußland sehr leicht, die Freundschaft mit Frankreich wieder anzuknüpfen: Rußland brauche sich nur der 1,2 Millionen armen Franzosen zu erinnern, die durch die Nichtzahlung der zaristischen Schulden in Bedrängnis gekommen seien und brauche nur diese Franzosen auszubezahlen. Dann sei sofort die Freundschaft zwischen Rußland und Frankreich wiederhergestellt. Hierauf habe, nach der Erzählung Berthelots, Tschitscherin erwidert, darüber ließe sich reden; er wolle sich zunächst zur Erholung nach Süd-Frankreich begeben und sich die Sache überlegen. Nach seiner Rückkehr nach Paris könne man dann weiter über die Sache sprechen.

Ich sagte darauf Sir William, ich hätte doch einige Zweifel, ob Tschitscherin gewillt und in der Lage sein werde, die löbliche Absicht einer Tilgung der russischen Schulden an Frankreich durchzuführen, meines Wissens seien in bezug auf die Festsetzung und Auszahlung der in Betracht kommenden Summe die Russen und die Franzosen noch etwa um rund 12 Milliarden Goldfranken auseinander. Sir William fand das sehr richtig; außerdem glaube er nicht, daß die Russen die zaristischen Schulden bezahlen würden und zwar nicht nur deshalb nicht, weil sie hierzu ganz einfach nicht imstande seien, sondern weil diese Zahlung der zaristischen Schulden gegen ihr bolschewistisches Programm verstoße.

---

blem, das uns durch unsere geographische Mittellage unvermeidlich aufgezwungen und durch unsere Machtlosigkeit nur umso brennender geworden ist. Während unsere Vorkriegspolitik daran gescheitert ist, daß wir uns nicht rechtzeitig für die eine Seite entschieden haben, weil wir uns nicht binden wollten, ist gegenwärtig das Problem dadurch für uns leichter geworden, daß die Möglichkeit einer Bindung für uns überhaupt nicht gegeben ist. Weder der Osten noch der Westen vermag oder will uns zu einem wirklichen Bündnis verlocken, das uns zur Aufgabe unserer Politik der freien Hand veranlassen könnte.“-Ebd., S. 120-26, Zitat S. 124. – Der Brief Schuberts war Teil einer Grundsatzdiskussion mit Hoesch über die Bestimmung von Ost- und Westpolitik; Krüger, Außenpolitik, S. 316-18.



Sir William setzte mir dann ziemlich ausführlich seine Ansicht über das augenblickliche Regime in Rußland auseinander. Er erwähnte zunächst die außerordentlich heftige Propaganda, welche die Russen in Asien gegen England trieben. Diese Propaganda werde ganz nach zaristischem Vorbilde betrieben, aber sie sei viel wirkungsvoller, da diejenigen Leute, welche diese Propaganda leiteten, viel geschickter und fähiger seien, als die Leute, die unter dem zaristischen Regime in dieser Beziehung gearbeitet hätten.

Im übrigen sei seiner Ansicht nach für die russischen Machthaber das bolschewistische System geradezu ein Evangelium („gospel“)<sup>4</sup>. Es liege ihnen ganz augenscheinlich lediglich an der Durchführung dieses Evangeliums, ganz gleichgültig, ob Rußland dabei zu Grunde gehe.

Er leugne im übrigen nicht, daß Rußland immer noch ein sehr bemerkenswerter Faktor sei. Er sei aber der Ansicht, daß, wie auch in früheren Zeiten, Rußland nicht imstande sein werde, einen Angriffskrieg zu führen. Auf der anderen Seite werde Rußland, ebenso wie früher, stets imstande sein, mit Erfolg einen Defensivkrieg zu führen, woraus hervorgehe, daß irgendein Versuch, Rußland anzugreifen und mit Erfolg zu Boden zu schlagen, von vornherein aussichtslos sei.

Die Englische Politik gehe darauf hinaus, durchaus korrekte Beziehungen zu Rußland zu unterhalten, es im übrigen aber sich selbst zu überlassen. Wenn Rußland jetzt in der ganzen Welt die Erteilung aller möglichen Konzessionen, wie Erz, Öl usw. anbiete, so lehnt England ab, sich darauf einzulassen. Denselben Standpunkt nähmen im übrigen die Franzosen ein. Berthelot habe kürzlich die großen Öl-Interessenten Frankreichs zusammengerufen und ihnen Rußland gegenüber Zurückhaltung empfohlen.

Die Russen hätten kein Geld und seien deshalb darauf bedacht, überall in der Welt bares Geld („cash“)<sup>5</sup> sich zu verschaffen. Dieses gelinge ihnen natürlich nur in sehr kleinem Umfange; man müsse eben abwarten.

Ich wandte ein, daß nach unseren Berichten immerhin es den Anschein habe, als ob trotz alledem das augenblickliche staatliche Monopolsystem gut für Rußland sei, da man immer in Betracht ziehen müsse, daß Rußland schließlich mindestens 100 Jahre hinter dem übrigen Europa zurückgeblieben sei.

Tyrrell erwiderte, er habe auch von englischer Seite Berichte erhalten, die ähnlich lauteten. Man müsse eben abwarten, und, wie gesagt, die Russen sich ganz selbst überlassen: dann sei am ersten damit zu rechnen, daß sie von selbst kommen und vernünftig werden würden.

Tyrrell verbreitete sich dann über die politische Entwicklung in Rußland. Er vertrat die Ansicht, daß ein Umschwung vielleicht aus dem Kreise des Bauernstandes kommen werde, denn es stehe fest, daß der Bauernstand mit dem herrschenden bolschewistischen System garnicht einverstanden sei. Natürlich müsse er zugeben, daß sich ein Führer wahrscheinlich sehr schwer finden lassen werde. Es werde vielleicht sehr lange dauern, bis diese Evolution zu einem Erfolg führen werde. Vielleicht würden wir diese Evolution nicht mehr erleben, vielleicht werde sie ein Menschenalter dauern.

<sup>4</sup> Hschr. v. Schubert eingefügt.

<sup>5</sup> Hschr. v. Schubert eingefügt.

Sir William betonte dann sehr energisch, daß England in keiner Weise eine gegen Rußland gerichtete Politik treiben wolle. Man habe mit Rußland korrekte diplomatische Beziehungen und ein Handelsabkommen; im übrigen könne man warten. Man habe auch nichts dagegen, wenn gewisse industrielle Kreise in England die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland fördern wollten. Diese Leute aber seien zum großen Teil sehr einseitig eingestellt und glaubten wirklich an dasjenige, was Rußland vorspiegeln wollte, nämlich, daß die Russen genau dieselben Ziele und Zwecke verfolgten wie die anderen Staaten. Hierauf dürften wir Diplomaten jedenfalls im internen Verkehr nicht hineinfallen, denn es sei eben seine feste Überzeugung, daß den jetzigen russischen Machthabern ihr bolschewistisches internationales Regime an erster Stelle am Herzen liege und daß ihnen das eigentlich nationale Interesse Rußlands erst an zweiter Stelle stehe.

Im übrigen betonte Sir William, daß man in England durchaus Verständnis für unsere schwierige Lage und unseren berechtigten Wunsch habe, unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland fortzusetzen.<sup>6</sup> Nichts liege England ferner, als uns gegen Rußland benutzen zu wollen. Ich müsse zugeben, daß Herr Chamberlain, seitdem er zur Regierung gekommen sei, niemals uns eine Anregung in dieser Beziehung gegeben habe. Herr Chamberlain habe das schon allein aus einem ganz bestimmten<sup>7</sup> Grunde nicht tun können, weil er sonst nämlich mit Recht<sup>8</sup> die Antwort von deutscher Seite hätte befürchten müssen, daß wir wegen unser exponierten geographischen Lage ~~hierzu~~ garnicht in der Lage seien, uns einer Aktion gegen Rußland anzuschließen.<sup>9</sup>

Schu[bert]

143

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem Generalsekretär  
des Völkerbundes Sir Eric Drummond (gekürzt)  
Berlin, 15. Februar 1926**

*Durchschrift. PA, R 29384.*

Streng vertraulich!

Sir Eric Drummond suchte mich heute nach einer vorher mit Lord D'Abernon getroffenen Verabredung auf.<sup>1</sup>

<sup>6</sup> Das AA stand während der Verhandlungen zum Berliner Vertrag im laufenden Kontakt mit den anderen Mächten. Siehe Notizen Schuberts, Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. ORu, Bd. 8 bis 10 (PA, R 29254-56).

<sup>7</sup> Beide Worte hschr. v. Schubert eingefügt.

<sup>8</sup> Beide Worte hschr. v. Schubert eingefügt.

<sup>9</sup> Von „uns“ bis „anzuschließen“ hschr. v. Schubert eingefügt.

<sup>1</sup> Am 8. Februar 1926 hatte Stresemann formell den deutschen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund unter Berufung auf den Notenwechsel seit September 1924 gestellt; Text

Nach einem kurzen einleitenden Gespräch über das Stadium, welches die Völkerbundsfrage in den letzten Monaten in Deutschland durchlaufen hätte, meinte Sir Eric, daß die Entwicklung ja nun auf dem besten Wege sei.

Ich erwiderte, an sich sei dies zwar der Fall. Sehr beunruhigt seien wir in der letzten Zeit durch die Nachrichten, aus denen hervorgehe, daß die Zahl der ständigen Ratssitze vermehrt werden solle. Hieraus würde unserer Ansicht nach eine ganz neue Situation entstehen, da wir bisher, was unseren Eintritt in den Völkerbund anlange, die betreffenden Verhandlungen aufgrund des jetzigen Status des Völkerbundes geführt hätten. Sollte wirklich beabsichtigt werden, insbesondere an Polen einen neuen ständigen Ratssitz zu geben, so würde für uns eine ganz neue und höchst schwierige Situation entstehen, deren Folgen garnicht abzusehen seien.

Sir Eric sagte, er habe hierfür durchaus Verständnis. Er halte aber den Stand der Angelegenheit für garnicht so bedenklich. Soweit er aus der Presse und sonst erfahren habe, sei Schweden ganz entschieden dagegen, daß außer Deutschland noch ein anderer Staat einen ständigen Völkerbunds[rats]sitz erhalte. Über die Schaffung eines neuen und ständigen Ratssitzes müsse bekanntlich zunächst der Völkerbundsrat einstimmig entscheiden. Es genüge also eine Stimme, um einen entsprechenden Antrag zu Fall zu bringen. Natürlich könne kein Staat daran verhindert werden, etwa in der nächsten Völkerbundsratssitzung einen solchen Antrag einzubringen. Er wisse aber, daß, falls ein solcher Antrag eingebracht würde, Schweden zum mindesten dafür votieren würde, daß hierüber nicht in der Völkerbundsrats- bzw. Völkerbundsversammlung vom März, sondern erst in den Sitzungen im Herbst verhandelt werden solle.

Seinen Gesamteindruck faßte Sir Eric dahin zusammen, daß Spanien Chancen habe, den ständigen Ratssitz zu erhalten, Polen aber nicht.

Meine Frage, wie die Englische Regierung sich zu der Frage stelle, konnte oder wollte Sir Eric nicht beantworten. Aus seinen Äußerungen ging aber hervor, daß er der Ansicht zu sein schien, daß Chamberlain nicht ohne weiteres für den Völkerbundsratssitz eintreten werde.

Sir Eric bezeichnete es ferner als außer jedem Zweifel stehend, daß der Völkerbund in seiner Sitzung im März einstimmig beschließen werde, Deutschland einen ständigen Ratssitz zu geben. Er hielt es auch für absolut ausgeschlossen, daß

---

ADAP, Serie B, Bd. I/1, S. 219. Kurz zuvor – siehe dazu bis zum Scheitern der Genfer Sondertagung des Völkerbunds vom 8.-17. März 1926 über eine Aufnahme Deutschlands ebd., S. LVII-LXVII – trafen Nachrichten über eine vor allem von der französischen Regierung unterstützte Zuweisung eines ständigen Sitzes im Völkerbundsrat gleichzeitig auch an Polen in Berlin ein; denselben Anspruch erhoben auch Spanien und Brasilien. Schubert – siehe seine Aufz. v. 10. Februar (ebd., S. 227-29) – protestierte gegen das französische Vorgehen im Gespräch mit D'Abernon, der vorschlug, darüber mit Drummond zu reden, der vom 15.-17. Februar in Berlin Details der deutschen Aufnahme erörtern wollte. Am 18. Februar hatte Schubert eine weitere Unterredung mit D'Abernon (ebd., S. 266-72). Er beschwerte sich über die britische Haltung, argumentierte gegen den polnischen Ratssitz und erklärte: „Ich sagte dann dem Botschafter, er wolle mir gestatten, ihm zu sagen, was ich tun würde, wenn ich Chamberlain wäre. Ich würde allen Beteiligten sagen, daß offenbar die Stimmung ziemlich allgemein gegen die Erweiterung des Völkerbundsrats sei, daß daher das Problem augenscheinlich noch nicht reif und daß es daher vorzuziehen sei, die Frage vorläufig zu vertagen.“-Ebd., S. 270.

der Völkerbund beschließen könnte, diese Frage der Zuteilung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland etwa auf den Herbst zu vertagen.

[...]²

Sir Eric teilte mir mit, er habe uns einen Brief geschrieben, in dem er uns bitte, ihm die Namen der Delegierten für die Völkerbundsversammlung zu schicken. Diesen Brief habe er am Sonnabend [13. Februar] in Genf unterzeichnet. Er könne daher kaum bereits hier eingetroffen sein.<sup>3</sup>

Ich bat Sir Eric, er möge mir offen sagen, wie nach seiner Meinung die Deutsche Delegation aussehen solle, dies werde sich doch wohl auch ganz danach richten, wer von seiten der anderen Staaten käme und wie überhaupt die allgemeine Übung jetzt sei.

Sir Eric erwiderte, bestimmte Regeln beständen nicht. Frankreich habe sich stets mehr oder weniger auf den Standpunkt gestellt, zu den Sitzungen einen ständigen Delegierten zu entsenden; England dagegen stehe auf einem etwas anderen Standpunkt und es sei dort in der letzten Zeit jedenfalls stets Sitte gewesen, ein englisches Kabinettsmitglied zu entsenden und ihm je nach der Tagesordnung noch eine oder mehrere andere Persönlichkeiten beizugeben.

Herr Briand sei bekanntlich neuerdings zum ständigen Mitglied ernannt worden.

Auf meine Frage, was eintreten würde, wenn in der übernächsten Völkerbundsratssitzung das Kabinett Briand nicht mehr am Ruder sei, Briand als ständiges Mitglied und daher als erster Delegierter nach Genf gehe, zugleich aber der dann am Ruder befindliche aktive französische Außenminister mitzugehen wünsche, erwiderte Sir Eric, daß seinerzeit bekanntlich Léon Bourgeois ständiges französisches Ratsmitglied gewesen sei. Es sei vorgekommen, daß mit ihm zusammen einmal ein aktiver englischer<sup>4</sup> Minister mitgegangen sei. Dies sei bei dem sehr großen Renommé von Léon Bourgeois möglich gewesen. Ob dasselbe etwa sich ereignen könne bei dem von mir skizzierten Fall, könne er mir nicht sagen.

Wir besprachen dann ganz vertraulich die Frage, ob zu der Völkerbundsversammlung und Ratssitzung Herr Stresemann allein oder auch der Reichskanzler Luther kommen sollte. Sir Eric meinte nach einigem Nachdenken, seiner Ansicht nach würde es wohl einen sehr guten Eindruck machen, wenn zu der Völkerbundsratssitzung [gemeint offenbar: Völkerbundsversammlung] die Herren Luther und Stresemann kommen würden. Er halte es aber für dringend geboten, daß an der Völkerbundsratssitzung nur Herr Stresemann teilnimmt. Es sei seiner Ansicht nach ganz sicher, daß an der Sitzung des Völkerbundsrates diesmal ständig als einzige Delegierte Chamberlain und Briand teilnehmen würden.

Ich fragte dann Sir Eric, ob dann also als Delegierte nur event[uell] die Herren Luther und Stresemann genannt werden sollten oder ob er es etwa für nötig halte, noch eine andere hervorragende Persönlichkeit, etwa einen hervorragenden Parlamentarier<sup>5</sup> mitzubringen. Sir Eric erwiderte, das sei ganz überflüssig.

<sup>2</sup> Drummond informiert Schubert über die Daten der Sondersitzung des Völkerbundes im März und die vorraussichtlich zu behandelnden Punkte.

<sup>3</sup> Siehe dazu AR, Kab. Luther I u. II, Bd. 2, S. 1156f.

<sup>4</sup> Gemeint ist wohl „französischer“.

<sup>5</sup> Schubert trat (u.a. Dok. 152; vgl. auch Dok. 103) wie Stresemann (u.a. Ministerbesprechung 20. September; AR, Kab. Marx III u. IV, Bd. 1, S. 210) nachdrücklich für die Betei-

Ich fragte Sir Eric ferner, wen etwa die Herren noch mitbringen müßten. Sir Eric erwiderte, es werde sich die Mitnahme einiger Sachverständiger erforderlich machen, hauptsächlich über Budget- und auch über Rechtsfragen. Außerdem hänge es ja auch von der Tagesordnung ab, die er mir, wie gesagt, zugänglich machen werde.

Aus England käme nur Herr Cadogan mit, der seinerseits Chamberlain die nötigen Experten mitbringe.

Sir Eric meinte, es wäre vielleicht gut, wenn mindestens zu der ersten Völkerbundsversammlung auch ich mitkäme. Es sei doch sehr wichtig für mich und das Auswärtige Amt, einmal den ganzen Betrieb kennenzulernen. Er habe Anlaß zu glauben, daß auch Herr Berthelot kommen werde, der bis jetzt noch nicht in Genf erschienen sei. Denn die Franzosen hätten ein besonderes Völkerbundsbüro am Quai d'Orsay, dessen Mitglieder eben dann stets nach Genf kämen.

Ich fragte Sir Eric endlich, in welcher Sprache die Reden in der Völkerbundsversammlung gehalten würden.

Sir Eric erwiderte, auf englisch und französisch. Dies seien die Sprachen des Völkerbundes. Natürlich könne man auch in einer anderen Sprache, z.B. auch deutsch reden, wie das Herr Seipel stets tue. Das Unbequeme sei nur, daß dann solche Reden sowohl auf englisch als auf französisch übersetzt werden müßten.

Schließlich sprachen wir auch über Personalfragen des Völkerbundssekretariats, wenn auch nur verhältnismäßig kurz.

Ich schilderte Sir Eric die Qualitäten, die meiner Ansicht nach deutsche Vertreter im Völkerbundssekretariat haben müßten. Ich sagte ihm, daß meiner Ansicht nach es in erster Linie darauf ankomme, daß diese Vertreter absolut zuverlässige Persönlichkeiten seien, daß sie zu arbeiten verständen und daß sie schließlich weder Völkerbundsgegner noch pazifistische Phantasten sein dürften.

Sir Eric stimmte mir hierbei lebhaft zu.

Ich sagte ihm dann, ich wisse nicht genau, ob Sir Eric sich bereits deutsche Kandidaten ausgedacht habe. Wir hätten uns auch noch garnicht festgelegt, weil wir ja garnicht wüßten, welche Posten wir im Sekretariat erhalten würden. Ich bat Sir Eric, mir zunächst über diese Frage Auskunft zu geben.

Drummond erwiderte, daß wir event[uell] auf einen Untergeneralsekretär rechnen könnten, aber erst von Beginn des nächsten Jahres ab. Die Völkerbundsversammlung, der er sein Budget vorlegen müsse, habe kürzlich verlangt, einen Untergeneralsekretär überhaupt zu streichen. Er habe dies als ganz unmöglich bezeichnet, sondern sich im Gegenteil (soweit ich ihn verstand) für einen neuen Untergeneralsekretär eingesetzt. Sir Eric sagte mir aber, daß er diesen Antrag nur dann mit Aussicht auf Erfolg durchbringen könne, wenn dieser Untergeneralsekretär zugleich einen Direktorposten bekleide. Denn er müsse der Versammlung beweisen können, daß der neue Sekretär auch wirklich genug zu tun habe.

Ich erwiderte Sir Eric, diese Mitteilung bedauerte ich sehr lebhaft, denn wir rechneten darauf, gleich von Anfang an auf jeden Fall die Stelle eines Untergeneralsekretärs zu erhalten.

---

ligung von Reichstagsabgeordneten ein, um sie mit dem Völkerbund und internationalen Fragen vertraut zu machen.

Außerdem rechneten wir darauf, mehrere Direktorenstellen zu bekommen.

Sir Eric erwiderte, das sei leider ganz unmöglich, denn eine solche Stelle sei nicht frei. Überhaupt beständen über die Besetzungsfrage zum Teil innerhalb des Völkerbundes reichlich unklare und falsche Vorstellungen.

Er beabsichtigt, zehn neue membres A [Spitzenstellen] beim Völkerbund vorzuschlagen, wovon dann eventuell Deutschland sechs erhalten könne.

Außerdem aber werde in Berlin ein Informationsbüro des Völkerbundes, wie ein solches auch in England bestehe, eingerichtet werden, und auf diese Stelle könnten wir natürlich auch rechnen.

Ich schüttelte zu diesen ganzen Mitteilungen sehr bedenklich den Kopf und äußerte, daß wir uns mit so wenig Stellen wohl sicherlich nicht abfinden würden.

Sir Eric erwiderte, es könne uns doch nur auf die großen Stellen ankommen, denn die mittleren Stellen, wie chef de comptabilité, würden tatsächlich nicht nach der Staatszugehörigkeit besetzt, sondern lediglich nach der Tüchtigkeit der Kandidaten.

Sir Eric sagte mir übrigens, daß er den Kontrakt mit Mantoux nicht verlängert habe.

Sir Eric erklärte dann sehr klar, daß die Staaten, die bisher stets im Völkerbund gewesen seien, ihrerseits, indem sie auf die pünktliche Bezahlung ihrer Mitgliedsbeiträge hinwiesen, ihn immerfort um Stellen im Völkerbundssekretariat bedrängten, hierauf müßten wir Rücksicht nehmen.

Als ich ihm sagte, daß wir doch einen neuen großen Beitrag mitbrächten, und dabei die Summe von rund zwei Millionen Francs nannte, meinte Sir Eric, er riete dringend davon ab, aufgrund unseres großen Mitgliedsbeitrages Posten im Sekretariat zu verlangen.

Ich erwiderte, Sir Eric habe mich falsch verstanden. Ein solches Verfahren schlug ich nicht vor. Ich wolle nur damit beweisen, daß Sir Eric durch unseren Eintritt so viel mehr Geld erhalte, daß es ihm leicht sein müsse, nötigenfalls neue Stellen zu schaffen.

Sir Eric gab dies zu, indem er meinte, die neuen Stellen, die er schaffen wolle, würden ungefähr 800.000 Francs kosten. Dabei aber müsse er eben berücksichtigen, daß die Stelleninhaber eben wirklich etwas zu tun hätten.

Da ich zu einem diplomatischen Frühstück zu gehen hatte, mußte ich nach etwa 1 Stunde das Gespräch abbrechen.

Wir verabredeten, daß Sir Eric Drummond mich morgen um 11 Uhr aufsuchen solle, und daß wir zu unserer Unterredung Herrn Geheimrat von Bülow zuziehen wollten.<sup>6</sup>

Schu[bert]

<sup>6</sup> Am 16. Februar gab Stresemann ein Frühstück für Drummond, an dem auch Schubert teilnahm, Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. I/1, S. 253. Ob bei dieser Gelegenheit das verabredete Gespräch stattfand, läßt sich nicht mehr ermitteln.

144

**Notizen von Schuberts über eine Unterredung mit dem Reparationsagenten  
Gilbert am 22. Februar 1926  
Grünhaus, Winter 1932/33**

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. Cgil, Bd.1  
(PA, R 29004).<sup>1</sup>*

Aufzeichnung vom 22. Februar 1926 über mein Gespräch mit Parker Gilbert.  
Falsche Finanzpolitik des Finanzministers von Schlieben.  
Wirtschaftliche Lage Deutschlands.  
Finanzen in Frankreich.

Frage einer eventuellen Fruktifizierung eines Teils der deutschen Industrie bzw. Eisenbahn-Bonds für die Stabilisierung des Franc und die Sanierung der französischen Finanzen in Verbindung mit der Frage der Räumung der zweiten und dritten Rheinlandzone.<sup>2</sup> Gilbert hält das für verfrüht. Sehr wichtige Besprechung mit Gilbert: seiner Ansicht nach müßten diese Bonds für einen weit größeren Zweck reserviert gehalten werden, nämlich für die Regelung des Ganzen. (Offenbar meinte er damit neue Reparationsregelung.)

145

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit  
dem britischen Botschafter Lord D'Abernon (gekürzt)  
Berlin, 3. April 1926**

*Durchschrift. PA, R 29254.*

Ganz geheim!

Lord D'Abernon kam bei seinem heutigen Besuche erneut auf die russische Angelegenheit zu sprechen, über die ich ihn neulich informiert hatte.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vollständige Aufz. Schuberts über dieses Gespräch ADAP, Serie B, Bd. I/1, S. 285-88. Über seine Gespräche mit Gilbert schrieb Schubert einleitend zu PA, St.S. Cgil (R 29004-10) in Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33: „Der Inhalt dieser Bände ist ganz besonders interessant und enthält höchst wichtiges historisches Material, das besonders in den Aufzeichnungen meiner Gespräche mit Herrn Parker Gilbert niedergelegt ist. Ich glaube, daß eine ganze Reihe von Stücken sich nur in diesen Bänden vorfindet. Eine Aufbewahrung gerade dieser Akten ist daher besonders wichtig.“

<sup>2</sup> Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 415f.

---

<sup>1</sup> Gemeint ist die lange Unterredung zwischen beiden am 31. März 1926 über die deutsch-sowjetischen Vertragsverhandlungen, die schließlich am 24. April 1926 zum Abschluß des Berliner Vertrages führten. Dazu meinte Schubert: „Wann es eventuell zum endgültigen

Er habe in der Zeitung gelesen, daß Herr von Hoesch gestern bei Herrn Briand gewesen sei und fragte mich, ob Herr von Hoesch bei dieser Gelegenheit mit Herrn Briand bereits über die russische Sache gesprochen hätte.

Ich erwiderte, dies sei nicht gut möglich, da die Kuriersendung, welche Herrn von Hoesch über die russische Sache orientiere, erst gestern abend in Paris eingetroffen sei.<sup>2</sup>

Lord D'Abernon antwortete, dann stimme das mit seinen Berichten an Chamberlain überein. Er habe nämlich Herrn Chamberlain mitgeteilt, daß wir einen Kurrier nach Paris schicken und Herrn von Hoesch beauftragen würden, mit Herrn Briand über die Sache gelegentlich zu sprechen.

Lord D'Abernon ging dann noch einmal kurz auf die Frage ein, welchen Eindruck unser Vertrag wohl im Westen machen werde.<sup>3</sup>

Ich erwiderte, ich hätte bei unserem vorgestrigen Gespräch vielleicht etwas zu wenig die Tatsache unterstrichen, daß nach meiner festen Überzeugung in der Tat von keiner Seite etwas gegen unsere Abmachungen mit Rußland eingewendet werden könnte. Diese Abmachungen enthielten keinerlei Bestimmungen, welche irgendwie gegen unsere Locarno-Politik ausgelegt werden könnten; im Gegenteil: Diese Abmachungen paßten ausgezeichnet in den bisherigen Rahmen unserer Politik hinein.<sup>4</sup>

---

gen Abschluß der genannten Abmachungen mit den Russen kommen werde, könne ich noch nicht wissen. Ich sei es aber bei den Russen gewöhnt, daß sie Verhandlungen sehr lange hinschleppten, dann aber, wenn die Verhandlungen abschlußreif geworden seien, es mit der Zeichnung solcher Verträge außerordentlich eilig hätten.“-ADAP, Serie B, Bd. II/1, S. 252. Am 6. April 1926 hatte Schubert darüber auch eine sehr lange Aussprache mit Margerie und erneut mit D'Abernon, Aufz. Schuberts, ebd., S. 269-75. Am 1. April 1926 hatte Schubert an Hoesch geschrieben: „Ich bemerke noch, daß ich gestern Gelegenheit genommen habe, die Angelegenheiten im Sinne der vorstehenden Ausführungen mit Lord D'Abernon zu besprechen. Er verhielt sich meinen Ausführungen gegenüber anfangs etwas skeptisch und äußerte namentlich die Befürchtung, daß man das Abkommen mit den Russen doch vielleicht als eine Folge der Märztagung [des Völkerbundes; Scheitern der Aufnahme Deutschlands] ansehen werde und daß es möglicherweise auch zu Schwierigkeiten mit dem Völkerbunde führen könne. Ich habe diese Befürchtungen durch Klarstellung des Sachverhalts zu entkräften versucht und hatte schließlich den Eindruck, daß Lord D'Abernon für unser Vorgehen Verständnis gewann. Er will Sir Austen Chamberlain streng vertraulich benachrichtigen. Von einer entsprechenden Verständigung Herrn Briands durch Vermittlung Herrn de Margeries, die an sich wohl der Sachlage mehr entspräche als ein Schritt in Paris, glauben wir angesichts der ganzen Art, wie Herr de Margerie derartige Mitteilungen aufzunehmen pflegt, absehen zu sollen.“-Ebd., S. 258.

<sup>2</sup> Seit dem 31. Dezember 1925 führte Schubert einen Briefwechsel mit Hoesch über den deutsch-russischen Vertrag. Siehe ebd., S. XXVII-XLI.

<sup>3</sup> Schubert schrieb am 6. April an Maltzan: „Ich sehe der Aufnahme des Vertrages im Auslande offen gestanden nicht ganz ohne Besorgnisse entgegen, wenn unsere Linie sachlich auch vollkommen klar und einwandfrei ist. Das Wort von einem zweiten Rapallo wird man uns wohl kaum ersparen. Umso wichtiger ist es, daß wenigstens das Echo in Amerika einigermaßen verständlich ist.“-Ebd., S. 279.

<sup>4</sup> Bereits am 31. März 1926 hatte D'Abernon Schubert gefragt (siehe Anm. 1), was sich Deutschland von einem Vertrag mit den Russen verspreche. Schubert hatte darauf entgegnet: „Immerhin aber bekämen wir ein Instrument in die Hand, mit welchem wir doch gegenüber den Russen operieren zu können hofften. Z.B. werde es uns hoffentlich mög-



Lord D'Abernon erwiderte, hiervon sei er nach den Mitteilungen, die ich ihm gemacht hätte, überzeugt. Man müsse aber trotzdem mit großer Vorsicht vorgehen, denn die Befürchtung sei doch nicht ausgeschlossen, daß man im Westen von unseren russischen Abmachungen ein falsches Bild bekommen könne. Deshalb müsse man die Sache einigermaßen vorbereiten.

Lord D'Abernon sagte dann von sich aus, man sollte doch die These vertreten, daß Deutschland an erster Stelle dazu berufen sei, Rußland zu bändigen. Der Weg vom Westen nach Rußland, müsse man sagen, gehe durch das Brandenburger Tor. Auch habe er großes Verständnis dafür, daß wir weniger von den Russen zu fürchten hätten, wenn wir einigermaßen gut mit ihnen ständen als umgekehrt.

[...] <sup>5</sup>

146

**Von Schubert an Reichsminister Stresemann, Locarno  
Berlin, 10. April 1926**

*Durchschrift. PA, R 29337.*

Sehr verehrter Herr Minister!

Beifolgend sende ich Ihnen den heutigen Leitartikel der D.A.Z.<sup>1</sup>, sowie das Ihnen bereits telegrafisch angekündigte Telegramm Hoeschs über seine Unterredung mit Briand.<sup>2</sup>

Alles in allem scheint mir die Stellungnahme Briands doch nicht so ganz ehrlich und offen zu sein. Sie verrät ein bißchen das Bestreben, uns als diejenigen hinzustellen, die jetzt etwas Übles tun, denen er aber in seiner friedlichen und väterlichen Gesinnung doch verzeihen will. Wir müssen deshalb stark darauf ach-

---

lich sein, aufgrund dieser Abmachungen irgendwelche finsternen Pläne, die Rußland zu unseren Ungunsten eventuell mit Polen vorhabe, zu durchkreuzen. Ferner aber sei es eben jetzt ganz unmöglich, den bisherigen Zustand noch länger aufrecht zu erhalten. Wir hätten uns entschließen müssen, jetzt nach jahrelangem Hinziehen irgend etwas zu tun.“

<sup>5</sup> Es folgte eine Erörterung verschiedener anderer osteuropäischer Fragen.

---

<sup>1</sup> Der Artikel ist hier nicht gedruckt worden. Es handelt sich um den Leitartikel des Chefredakteurs Fritz Klein mit dem Titel „Deutsche Aufgaben“ (PA, St.S. ORu, Bd. 8).

<sup>2</sup> Tel. Hoeschs vom 10. April 1926, ADAP, Serie B, Bd. II/1, S. 302-04. In dem Tel. ging es um das geplante deutsch-sowjetische Abkommen und die französische Reaktion. Schubert antwortete am 10. April telegrafisch, ebd., S. 306f., u.a.: „Wir können mit gutem Gewissen den Standpunkt vertreten, daß wir weder einen Zickzackkurs noch eine zweideutige Politik verfolgen, daß vielmehr die wirklich am friedlichen Wiederaufbau Europas interessierten Regierungen uns nur dankbar sein können, wenn es uns gelingt, die Russen trotz unserer loyalen Mitarbeit im Völkerbund in Fühlung mit uns und dadurch in Fühlung mit der westeuropäischen Politik zu halten.“-Ebd., S. 307. Dieses Tel. veranlaßte Hoesch seinerseits zu einigen Überlegungen, welche er am 11. April nach Berlin übermittelte, ebd., S. 314-16.

ten, daß unsere loyale und vertrauliche Information nicht auf das Niveau einer Entschuldigungsaktion herabgedrängt wird.

Ich kann mich des Verdachts nicht erwehren, daß den Franzosen unsere russische Aktion weniger wegen der Fortführung der Locarno- und Völkerbundspolitik als vielmehr deshalb unbequem ist, weil sie vielleicht ihre eigenen Verhandlungen mit den Russen stört oder erschwert. Es ist doch sehr bemerkenswert, daß Briand das Geständnis macht, er habe nach dem Besuch Tschitscherins den Polen zu einer Verständigung mit Rußland geraten.

Ich füge ferner bei drei Aufzeichnungen über meine gestrige Besprechung mit Lord D'Abernon.<sup>3</sup>

Lord D'Abernon ist nun gestern nach England abgereist, was natürlich sehr unbequem ist.

Er erzählte mir übrigens streng vertraulich, Chamberlain habe ihn gebeten, bis nach der Herbsttagung des Völkerbundes in Berlin zu bleiben.<sup>4</sup>

Mit aufrichtigsten Grüßen bin ich,  
sehr verehrter Herr Minister

147

**Empfang für die Presse im Bibliothekszimmer der Reichskanzlei (gekürzt)**  
**Berlin, 14. April 1926, 7 Uhr abends**

*Protokoll-Vervielfältigung, PA, R 29255.*

Reichskanzler Dr. Luther: Meine Herren! Heute Morgen hat die „Times“ Mitteilungen gebracht, die Ihnen allen bekannt sind, und zwar Mitteilungen über angebliche deutsch-russische Verhandlungen. In dieser Beziehung möchte ich Ihnen zur Information – nicht etwa als Worte, die von mir herrühren, bitte ich, diese Äußerungen wiederzugeben – nach zwei Richtungen Mitteilungen machen, einmal in rein tatsächlicher Beziehung über das, was nun denn eigentlich da ist, und zweitens in der Richtung der Würdigung dessen, was wir zur Wahrnehmung des deutschen Interesses in der Beziehung unternommen haben. Vielleicht hat Herr Staatssekretär von Schubert die Güte, über das, was tatsächlich geschehen ist, Ihnen zunächst Auskunft zu geben.

Staatssekretär von Schubert: Auch ich schließe mich zunächst der Bitte des Reichskanzlers an, daß Sie die Auskünfte hier, die ich gebe, ganz vertraulich behandeln mögen.<sup>1</sup>

<sup>3</sup> ADAP, Serie B, Bd. I/1, S. 459f. u. Bd. II/1, S. 295-302.

<sup>4</sup> D'Abernon ging in den Ruhestand und wurde durch Sir Ronald Lindsay ersetzt. Am 8. Oktober hatte D'Abernon seine Abschiedsaudienz beim Reichspräsidenten und am 9. November 1926 überreichte Lindsay sein Beglaubigungsschreiben.

<sup>1</sup> Am Vormittag hatte Schubert – Stresemann war auf Urlaub in der Schweiz – Krestinski von seiner Absicht unterrichtet, die deutsche Presse zu informieren: „Im Gegenteil könne

[...]<sup>2</sup>

Es haben ständige (Zurufe) – bis jetzt haben ständige Konversationen mit den Russen darüber stattgefunden und es war schwierig, ihnen klarzumachen, daß wir nichts unternehmen dürften, was nicht bloß den legalen Verträgen von Locarno, sondern was auch der Politik den Westmächten gegenüber widerspräche. Aber, so haben wir gesagt, wir wären bereit, ihnen das zu geben, was mit den anderen Verträgen, mit der anderen Politik verträglich ist.<sup>3</sup> Diese Konversationen haben sich nach konkreter Richtung verdichtet und zwar soweit verdichtet, daß unter Umständen sie bald zu einer Vereinbarung mit den Russen führen könnten. Aber diese Vereinbarungen – und das möchte ich hier besonders betonen – sind noch nicht endgültig zum Abschluß gekommen. Es ist nicht gut möglich, ihnen jetzt schon genaue Einzelheiten zu geben, weil über wichtige Punkte eine endgültige Einigung mit dem Russen noch nicht erfolgt ist. Deshalb bitte ich, da auch vorsichtig zu sein. Es ist aber wohl damit zu rechnen, daß die Angelegenheit ziemlich bald zum Abschluß kommen wird. Besonders möchte ich betonen, daß alles seinerzeit zu veröffentlichende Pläne sind und daß es sich hier nicht um irgend welche geheimen Abmachungen handelt.

Reichskanzler Dr. Luther: Zur Würdigung der zweiten Frage, zur Würdigung dessen, was wir zur Wahrnehmung des deutschen Interesses auf diesen Gebiete getan haben, erinnere ich daran: Es gibt einen Punkt, worin die deutsche Regierung und die deutsche Öffentlichkeit wenn auch mit Abschattungen, im ganzen völlig einig sind, und das ist der, daß wir in unserer geographischen Lage und bei unsere Ohnmachtstellung nicht in der Lage sind, zwischen Ost und West [zu] optieren. Dieser Satz, den ich persönlich oft ausgesprochen habe, ist eigentlich niemals auf irgend einen Widerspruch gestoßen. Nun müssen wir die jetzige Situation demgemäß unter dem Gesichtspunkt betrachten – und da bitte ich die deutsche Öffentlichkeit um ihre Unterstützung – daß wir nicht Politik mit verschiedenen Vorzeichen treiben, daß wir nicht durch unser Verhalten den Eindruck erwecken, als

---

man der Presse ja sagen, daß das neue Abkommen gerade eine Fundierung des Rapallovertrages bedeute. Auf der anderen Seite aber sei es absolut notwendig, darauf hinzuweisen, daß das eventuelle neue Abkommen mit Rußland vereinbar sei mit Locarno. An letzterem Punkte nahm Herr Krestinski auch zunächst Anstoß. Er sagte, nach unserer Ansicht sei zwar des deutsch-russische Abkommen mit Locarno vereinbar; nach russischer Ansicht aber sei es eben nicht mit Locarno vereinbar. Ich erwiderte Herrn Krestinski, daß ich diese Äußerung nicht verstehen könne. Im weiteren Verlaufe des Gespräches sagte dann Herr Krestinski, es sei selbstverständlich möglich, daß wir der Presse sagten, das Russen-Abkommen richte sich nicht gegen Locarno.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. II/1, S. 330.

<sup>2</sup> Beschreibung der Vorgeschichte.

<sup>3</sup> In dem bereits in Anm. 1 zitierten Gespräch mit Krestinski hatte Schubert ausgeführt: „Ich knüpfte sodann an die vielen Konversationen an, die ich mit Herrn Krestinski im vergangenen Jahr gehabt und in denen ich ihm mitgeteilt hätte, daß während unserer Verhandlungen mit den Westmächten Rußland stets eine große Rolle gespielt habe. Wir hätten den Westmächten gegenüber stets auf das Energischste betont, daß unsere Abmachungen mit den Westmächten unter keinen Umständen dazu führen dürften, uns mit Rußland zu veruneinigen. Diese Erwägung sei ja auch das Hauptmoment für unseren sehr scharfen Kampf um den Artikel 16 [der Völkerbundssatzung] gewesen, der dann zu der berühmten Erklärung der Locarno-Mächte in London über den Artikel 16 geführt habe.“-Ebd., S. 328f.

wenn wir zwischen Ost und West irgendwie optieren wollten. Wir müssen diese beiden Gefahren unserer Lage vermeiden. Nach der Seite der Westmächte müssen wir die Gefahr vermeiden, den Eindruck zu erwecken, als ob wir uns von der Politik mit den Westmächten, von einer Politik der Locarno-Verträge, durch eine Vereinbarung mit den Russen loszulösen suchten. Wenn wir diesen Eindruck erwecken, würde für uns mit Notwendigkeit folgen, daß die Stellungnahme, besonders in der englisch-amerikanischen Öffentlichkeit, die uns gegenüber in sehr großen Linien der Politik seit Genf [sic] durchaus günstig ist, durch eine solche Idee, wie daß wir uns mit Rußland verbündeten und vom Westen abwendeten, durchaus beeinträchtigt werde. Auf der anderen Seite dürfen wir Rußland gegenüber nicht den Eindruck erwecken, als wollten wir das, was wir mit Rußland machen wollen, nur als nebensächlich, als ganz geringfügig betrachten, gewissermaßen nur als ein Anhängsel an die Locarno-Verträge, sondern wir müssen danach trachten, daß die beiden Dinge durchaus als gleichwertig nebeneinander stehend erachtet werden. Dazu müssen wir natürlich ein allgemeines Vorzeichen für unsere Politik haben, und das ist das, was sich aus der allgemeinen Lage unseres Landes ergibt, es ist das allgemeine Vorzeichen der Friedenspolitik. Eine andere Politik zu treiben, sind wir schlechterdings nicht imstande. Die Betonung unserer Friedenspolitik, die ausgesprochene Friedenspolitik ist gerade, wie mir scheint, in dem Augenblicke notwendig, wo von der einen oder anderen Seite Zweifel in unsere Aufrichtigkeit gesetzt werden. Demgegenüber müssen wir stark zum Ausdruck bringen, daß wir diese Friedenspolitik nach dem Westen naturgemäß mit anderen Mitteln betreiben, wie nach dem Osten, wie mit Rußland, unserem großen Nachbarlande, das dem Völkerbund nicht angehört und mit dem wir keine Bestimmungen verabreden können, die an den Völkerbundsgedanken anknüpfen. Es scheint uns infolgedessen richtig, diese Unterstreichung des allgemeinen, deutschen Friedenswillens als die charakteristische Grundlinie unserer Gesamtpolitik gerade jetzt vorzunehmen, wo von London her die Weltöffentlichkeit auf unsere Verhandlungen mit Rußland hingewiesen wird; es erscheint uns richtig, daß diese starke Friedenstendenz auch stark zum Ausdruck kommt. [...]<sup>4</sup>

Staatssekretär von Schubert: Gestatten Sie mir, einen Punkt nochmals hervorzuheben, der eigentlich schon aus dem, was ich vorher gesagt habe, sich ergibt. Ich möchte der Auffassung vorbeugen, daß etwa ein Kausalzusammenhang bestände zwischen demjenigen, was in Genf passiert ist, und dem jetzigen Reifwerden der russischen Sache. Ein solcher Zusammenhang besteht nicht, und wir machen nicht etwa jetzt diese Politik mit den Russen, weil wir in Genf nichts zu tun bekommen haben. Diese Anschauung ist irrig. Sondern diese russischen Konversationen beruhen auf längeren Verhandlungen und sind deren Frucht. Daß es zu unserem Eintritt in den Völkerbund in Genf nicht gekommen ist, ist nicht unsere Schuld; aber diese Sachen, die reif geworden sind, wollen wir doch nicht länger kalt stellen, weil wir das auch den Russen gegenüber nicht für richtig halten.

[...]<sup>5</sup>

<sup>4</sup> Bekräftigung des Gesagten.

<sup>5</sup> Details über die Reaktion der Presse und – sehr vorsichtig – der Reichsregierung auf den Times-Artikel. Luther erklärte u.a.: „Herr Min.Dir. Dr. Kiep macht mich darauf aufmerk-

Dr. Kriek: Wir unsererseits haben Paris und London offen von unseren Verhandlungen unterrichtet. Sind wir denn nun auch von Frankreich oder aus dem Westen unterrichtet worden über die Absichten der französischen Politik in Polen usw.?

Staatssekretär von Schubert: Wir haben gewisse Anhaltspunkte über Frankreichs Politik zu Polen bekommen. Es sind uns einige Angaben gemacht worden. Aber was z.B. Paul-Boncour im einzelnen in Polen machen wollte oder sollte, darüber haben wir nichts Genaueres erfahren und ich glaube auch nicht, daß eine bestimmte Richtung von französischen amtlichen Stellen in bezug auf diese Angelegenheit beachtet worden ist.

Min.Dir. Dr. Kiep macht auf die Zwangsläufigkeit aufmerksam, die aus Artikel 16 folge.

Bernhard beklagte es, daß die deutsche Presse es wieder erlebe, daß die englische Presse in der Unterrichtung über deutsche Schritte der deutschen Presse vorausgeht.

Staatssekretär v. Schubert: Ich weiß nicht, ob das gut oder schlimm ist. Ich habe heute, wie ich ganz vertraulich bemerke, den englischen Geschäftsträger gesprochen, der war ganz erschüttert. Ich habe auch geschimpft.<sup>6</sup>

Bernhard: Stimmt denn die Voraussetzung von Dr. Kriek, daß wir in London und Paris mitgeteilt haben, offiziös oder offiziell, daß wir mit Rußland verhandelten?

St.S. v. Schubert: Wir haben im allgemeinen immer wieder gesagt, daß wir mit Rußland unser bisheriges Verhältnis weiterführten: Über Einzelheiten konnten wir nicht orientieren, weil die Verhältnisse bis dahin noch außerordentlich unklar waren.

Reichskanzler: Wir haben in den Besprechungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir nicht daran denken, unsere Beziehungen zu Rußland aufzulockern. Ich darf Sie vielleicht darauf aufmerksam machen, daß ich in der Rede, die ich bei der Einbringung der Locarno-Verträge im Reichstage gehalten habe,<sup>7</sup> mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen habe, daß wir den Handelsvertrag mit Rußland abgeschlossen hätten, um damit deutlich zu machen, daß wir nicht daran dächten, uns von Rußland abzuwenden.

[...]<sup>8</sup>

---

sam und deshalb erwähne ich es noch: Der weitere Zweck der Unterrichtung hier ist auch der, Sie in den Stand zu setzen, wenn nun von draußen aus der Welt her scharfe Angriffe auf unsere Politik kommen, vielleicht morgen oder in späteren Tagen, daß Sie dann gerüstet sind und die Möglichkeit haben, sich zu wehren und uns zu schützen.“

<sup>6</sup> Schubert erklärte gegenüber dem englischen Geschäftsträger Ingram: „Ich sagte ihm, daß hier eine sehr unangenehme Indiskretion vorgekommen sein müsse, die uns in eine sehr unbequeme Lage bringe und auch geeignet sei, unsere Verhandlungen mit den Russen, die bekanntlich noch garnicht abgeschlossen seien, sehr bedeutend zu erschweren, was durchaus nicht im Interesse der Westmächte liege.“-Aufz. Schuberts, 14. April 1926, ADAP, Serie B, Bd. II/1, S 331f.

<sup>7</sup> Vom 23. November 1925, Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 388, S. 4475-83.

<sup>8</sup> In englischen Meldungen sei vom „Rückversicherungsvertrag“ (1887) die Rede. Frage nach der Tendenz deutscher Sowjet-Politik.

St.S. v. Schubert: M[eine] H[erren], es ist nichts Sensationelles; es ist schwer, etwas darüber zu sagen, wenn man nicht das Dokument selbst preisgeben will. Aber in dem einen Punkt ist die Einigung noch nicht erreicht und deshalb ist es mißlich, auf Einzelheiten einzugehen. Durch die Tatsache, die der Herr Reichskanzler dargelegt hat, daß wir in Fühlungnahme mit den Russen bleiben, wird kein neuer Zustand geschaffen.

[...] <sup>9</sup>

Auf weitere Anfragen, ob denn auch Rußland und Amerika – nicht bloß England und Frankreich – von uns über unser Verhandlungen stets ins Bild gesetzt worden seien, erteilt Staatssekretär von Schubert eine bejahende Antwort. <sup>10</sup>

[...] <sup>11</sup>

Stamper vermißt, daß das Wort Polen in der bisherigen Erörterung gefallen sei. Denn eine Verständigung zwischen Deutschland und Rußland könne doch nur über Polen, mit Polen oder gegen Polen stattfinden. Wie denkt sich Deutschland die Rückwirkung auf Polen?

St.S. v. Schubert: Wir haben die Polen nicht informiert. Wie die anderen Staaten dazu stehen, weiss ich nicht. Es haben schon reichlich viel Staaten unterrichtet werden müssen, nämlich die vier Staaten. Leider Gottes haben wir keine Geheimdiplomatie mehr. Die Sache wird Polen reichlich unangenehm sein, und es wird dagegen stänkern. Aber das sind wir ja bereits gewöhnt. Aber vielleicht abgesehen von dieser politischen Bewegung, betone ich, daß diese Arrangements sich in keiner Weise gegen Polen richten. Aber wie die Polen es auffassen werden, ist natürlich eine andere Frage.

Bernhard erhebt das Bedenken, daß nun, wenn ein deutsch-russischer Vertrag entstehe, sich die übrigen Verträge gegen Deutschland etwas fester gestalten würden. Darin sehe er eine große Gefahr.

St.S. v. Schubert: Die Gefahr liegt vor. Aber andererseits kann ich mir nicht denken, was den Polen noch über die bisherigen Verträge hinaus gegeben werden könnte. Die Nervosität der Polen ist sehr groß. Das zeigt sich auch darin, daß, obgleich sie doch mit Rußland in einem guten Verhältnis stehen sollten, sie doch den alten polnisch-rumänischen Vertrag wieder erneuert haben, <sup>12</sup> obwohl sie damit Russland sehr verstimmt haben. (Zuruf: Dieser Vertrag ist doch sehr abgeschwächt worden). Ich kenne den Vertrag sehr gut. Die Polen sind nervös, weil es ihnen sonst nicht gerade gut geht und sie hoffen auf andere Hilfe. Ich nehme an, daß es möglich sein wird, die Westmächte von der Notwendigkeit einer solchen Aktion zu überzeugen, und daß diese Westmächte, in diesem Falle auch England, wieder beruhigend auf Polen einwirken werden.

[...] <sup>13</sup>

<sup>9</sup> Luther spricht von „betontem Staatsakt“, nicht von einer Geste.

<sup>10</sup> Siehe Dok. 142 Anm. 6.

<sup>11</sup> Reaktionen des westlichen Auslandes.

<sup>12</sup> Die beiden Staaten hatten am 26. März 1926 ihr Defensivbündnis erneuert. Beide Seiten legten bei Vertragsschluß besonderen Wert darauf zu betonen, daß der Vertrag sich nicht gegen die Sowjetunion richte, Schultheß', Bd. 67 (1926), S. 381.

<sup>13</sup> Abschließende Bemerkung Luthers über Paul-Boncours Besuch in Polen.

**Notizen von Schuberts über die Politik gegenüber Polen  
Berlin, 19. April 1926**

*Hschr. Notizen. PA, R 29328.*

Polen

I. Deutschland hat ein Interesse daran, daß an seiner Ostgrenze nicht ein wirtschaftlich schwacher Staat vorhanden ist; Deutschland hat daher ein Interesse an der Sanierung Polens.

II. Diese Sanierung muß aber eine wirkliche, und nicht nur eine scheinbare oder vorübergehende sein. Eine wirkliche Sanierung Polens ist aber nur möglich, wenn es wieder vernünftige Grenzen erhält, die es ermöglichen, daß Polen sein Staatsgebiet richtig verwalten kann. Nur dann kann eine weitere Bedingung für ein Florieren Polens erreicht werden: vernünftige Handels- und sonstige Beziehungen zu Deutschland.

III. Die Schwierigkeit liegt darin, daß bei der zur Zeit noch vorhandenen chauvinistischen Haltung der Majorität in Polen an eine freiwillige – nur diese kommt in Frage – Abtretung des Korridors und Oberschlesiens nicht zu denken ist. An sich müßte man daher auch zuwarten, bis der Druck der bitteren Notwendigkeit Polen mürbe gemacht hat.<sup>1</sup>

IV. Das Problem durch sogenannte „Zwischenlösungen“ regeln zu wollen, ist ganz abwegig. Solche Zwischenlösungen würden das Problem nur erschweren; niemals übrigens wären sie geeignet, die Basis für eine endgültige Lösung abzugeben.

V. Unter diesen Umständen besteht die einzige mögliche Lösung in folgendem:

1) Eine durchgreifende Sanierung Polens ist unmöglich, solange die jetzigen ganz unmöglichen Grenzen bestehen;

---

<sup>1</sup> In einer Unterredung mit Schacht am 17. April 1926 führte Schubert aus: „Es sei zweifellos, daß eine Verbindung der politischen mit der finanziellen Sanierung Polens nur dann Aussicht auf Erfolg habe, wenn Polen sich in einem Zustande befinde, der an völlige Wehrlosigkeit grenze. [...] Zur Zeit sei jedenfalls Deutschland noch nicht politisch gekräftigt genug, um seine politischen Wünsche bei der finanziellen Sanierung durchzusetzen; andererseits aber scheine ihm Polen selbst noch garnicht einmal finanziell sanierungsreif zu sein.“-Aufz. Dirksens, ADAP, Serie B, Bd. II/1, S. 359. „Es wird also, in der großen Linie gesehen, unser Ziel sein müssen, eine endgültige und dauerhafte Sanierung Polens so lange hinauszuschieben, bis das Land für eine unseren Wünschen entsprechende Regelung der Grenzfrage reif und bis unsere politische Machtstellung genügend gekräftigt ist.“-Erlaß Stresemanns an die Botschaft in London, 19. April 1926, ebd., S. 364. Dort auch Hinweis auf die Disposition Schuberts für diesen Erlaß, dessen hschr. Vorformulierung oben gedruckt ist. Im August 1927 befürwortete Schubert die deutsche Beteiligung an einer 70-Millionen-Anleihe für Polen, Aufz. Schuberts, 1. August 1927, ADAP, Serie B, Bd. VI, S. 161.

2) der jetzige Verfallszustand Polens bildet eine Gefahr, die beseitigt werden muß.<sup>2</sup>

3) Daher muß unter Beteiligung Deutschlands eine Art „Stützungsaktion“ eingeleitet werden, die nur die Vorstufe zu einer Sanierung bildet.<sup>3</sup>

4) Diese Stützungsaktion muß so eingeleitet werden, daß sie die Grenzregulierung nicht nur nicht präjudiziert, sondern sie vielmehr vorbereitet.<sup>4</sup>

## 149

**Notizen von Schuberts zum Abschluß des Berliner Vertrages,  
21.-24. April 1926  
Grünhaus, Winter 1932/33**

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. ORu, Bd. 9  
(PA, R 29256).*

Telegramm aus Moskau vom 21. April 1926.<sup>1</sup>

<sup>2</sup> Gegenüber Lindsay betonte Schubert am 15. Februar 1927. „Drittens aber ließe sich doch nicht leugnen, daß die wirtschaftlichen Zustände in Polen außerordentlich schlecht seien und daß alle Aussicht dafür bestände, daß sich diese Verhältnisse immer weiter verschlechterten. Es liege durchaus nicht in unserem Interesse, daß ein Deutschland benachbartes Land sich sozusagen im Zustande der Verwesung befinde. Wir hätten vielmehr das größte Interesse daran, daß Polen floriere.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. IV, S. 319.

<sup>3</sup> Über die deutsch-polnischen Beziehungen führte Schubert am 30. Juni 1926 ein Gespräch mit Diamand: „Ich fragte Herrn Diamand, was er unter diesen ‚Gebieten‘ verstehe. Herr Diamand erwiderte, hauptsächlich komme es Polen an auf die Erleichterung des Verkehrs durch den Korridor und auf die Niederlassungsfrage. [...] Ich benutzte die Gelegenheit, um Herrn Diamand sehr offen zu sagen, daß ich die Politik, welche die Polen in den letzten zwei Jahren geführt haben, nicht recht verstehe. Sie machten eine Politik mit England und Frankreich, mit den Randstaaten, mit der Kleinen Entente: die einzig vernünftige Politik, nämlich die mit uns, machten sie aber nicht. Im Gegenteil: bei jeder Gelegenheit (Locarno, deutscher Völkerbundseintritt, deutsch-russischer Vertrag) stänkten sie in der wildesten Weise gegen uns. Dies sei umso törichter, als sie dabei nirgends auf Gegenliebe gestoßen seien. Ferner aber sei meiner Ansicht nach eine Politik mit Deutschland die einzige, die geeignet sei, Polen aus der außerordentlich gefährlichen wirtschaftlichen Lage herauszubringen.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. II, 2, S. 66.

<sup>4</sup> In der unter Anm. 2 zitierten Unterredung mit Lindsay äußerte Schubert: „Zwischen Polen und uns stehe natürlich das Grenzproblem. Ich könne ihm aber versichern, daß wir nichts täten, um dieses Problem akut zu machen. Erst die Zeit könne es zur Reife bringen. Im übrigen aber täten wir alles, um mit allen Kräften auf eine Politik der Beruhigung und der Verständigung mit Polen hinzuwirken, auch auf wirtschaftlichem Gebiete.“-ADAP, Serie B, Bd. IV, S. 318.

<sup>1</sup> ADAP, Serie B, Bd. II/1, S. 380f. Es ging um die in derartigen Klauseln übliche Formulierung der Voraussetzung der Neutralität des einen Vertragspartners im Konfliktfall: den unprovozierten Angriff von dritter Seite auf den anderen Vertragspartner. In Art. 2 des Vertragsentwurfs bestand die sowjetische Regierung auf ersatzloser Streichung des Wortes ‚unprovoziert‘.



Die Russen halten scheinbar in der Frage der Streichung des berühmten Wortes ihre Stellung für stark, weil wir bereits die Westmächte informiert hätten und wir uns dadurch hinsichtlich des Zustandekommens des Vertrages gewissermaßen bereits festgelegt hätten.

Telegramm Stresemanns nach Moskau vom 21. April 1926.<sup>2</sup>

Vor der Kabinettsitzung hat Stresemann Krestinski kommen lassen und ihm eine neue Fassung vorgeschlagen, in der das Wort „unproviziert“ durch die Worte „trotz friedlichen Verhaltens“ ersetzt wird.

23. April 1926.<sup>3</sup>

Herr Jakubowitsch sucht Herrn Gaus auf und teilt mit, daß die Sowjetregierung sich mit der vorgeschlagenen Änderung einverstanden erklärt.

Die Russen schlagen Zeichnung für den nächsten Tag vor.

(Ich notiere jetzt, daß ich vorgestern Krestinski gesagt hatte, unser Vorschlag sei unser allerletztes Wort. Er könne nur mit ja oder nein beantwortet werden. Dirksen war darüber ganz außer sich und bat mich, doch noch ein klein wenig „zuzulegen“. Ich erwiderte Dirksen, wenn er mir noch einmal einen solchen Vorschlag machte, würde ich ihn hinauswerfen. Ich weiß aber noch, daß die zwei Tage, die vergingen, ehe die Russen unsern Vorschlag annahmen, doch sehr aufregend waren. Ferner erinnere ich mich, daß für unsere stramme Haltung maßgebend die Erwägung war, daß der russische Groß-Sowjet-Kongreß vor der Tür stand. Wir sagten uns, daß die Russen ein großes Interesse daran haben würden, auf diesem Kongreß den Abschluß unseres Abkommens bekannt machen zu können.<sup>4</sup> Diese Annahme erwies sich als richtig. Sehr spaßhaft war, daß, wenn ich mich richtig entsinne, die Russen, ehe sie unsern Vorschlag endgültig annahmen, der daraufhinaus lief, das Wort „unproviziert“ wenn auch in anderer Form aufrecht zu erhalten, sowohl in Berlin als auch in Moskau erklärten, durch dieses Wort werde der ganze Vertrag wertlos, während sie nachher auf dem Sowjet-Kongreß erklärten, ein so schöner Vertrag, wie dieser, sei von Sowjet-Rußland noch niemals abgeschlossen worden.)

Telegramm aus Moskau vom 23. April 1926.<sup>5</sup>

Litwinow teilt Rantzau mit, er werde Krestinski zur Zeichnung des Vertrages ermächtigen.

---

<sup>2</sup> Ebd., S. 382-84.

<sup>3</sup> Aufz. Schuberts, ebd., S. 389f.

<sup>4</sup> In der Aufz. Schuberts über das Treffen Gaus/Jakubowitsch – siehe Anm. 3 – hieß es: „Herr Jakubowitsch teilte ferner Herrn Gaus mit, daß die Botschaft gern noch heute der Regierung in Moskau mitteilen würde, daß die Zeichnung morgen stattfinden könne. Es tage nämlich zur Zeit in Moskau irgendein Ausschuß, der morgen seine Sitzungen schließe. Die Sowjetunion lege Wert darauf, die Tatsache der Zeichnung diesem Ausschuß noch mitzuteilen.“-Ebd., S. 389f. In Moskau tagte vom 14. bis 24. April das Zentralexekutivkomitee.

<sup>5</sup> Ebd., S. 388f.

Mein Gespräch mit Lord D'Abernon vom 24. April 1926.<sup>6</sup>

Er rät mir, bei Abschluß unseres Vertrages mit Rußland durch irgendeine starke Geste zu bekunden, daß wir gesonnen seien, unbedingt an der Locarno-Politik festzuhalten.

Ich bog dieses Verlangen ab.

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. ORu, Bd. 10 (PA, R 29256).*

Ministerrat vom 24. April 1926.<sup>7</sup>

Der Reichsminister drückt die sofortige Zeichnung mit einigen Schwierigkeiten durch.

Zeichnung des Vertrages.<sup>8</sup>

(24. April 1926)

## 150

### Von Schubert an Reichsminister Stresemann (leicht gekürzt)

Wien, 27. Mai 1926

*Ausfertigung. PA, Nl Stresemann, Polit. Akten, Bd. 281.*

#### Persönlich!<sup>1</sup>

Hochverehrter Herr Minister!

Nochmals erlaube ich mir Ihnen meinen aufrichtigsten Dank dafür auszusprechen, daß Sie zugestimmt haben, daß ich nach Marienbad noch eine Nachkur anschließe.<sup>2</sup> Die Kur in Marienbad war recht anstrengend, und ich glaube, daß es notwendig ist, sich von dieser Kur noch etwas zu erholen.

In Prag habe ich mich zwei Tage aufgehalten. Ich habe bei dem Gesandten Koch gewohnt und Gelegenheit gehabt, sehr eingehend die ganzen Verhältnisse in der Tschechoslowakei mit ihm zu besprechen. Was die Frage der deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei anlangt, so sieht Herr Koch darin sehr trübe. Ich fürchte, daß er mit seinem Pessimismus recht hat, denn auch verschiedene an-

<sup>6</sup> Aufz. Schuberts, ebd., S. 399-401.

<sup>7</sup> AR, Kab. Luther I u. II, Bd. 2, S. 1300f.; ADAP, Serie B, Bd. II/1, S. 402 Anm. 1.

<sup>8</sup> Der Text des Vertrages und die bei seiner Unterzeichnung ausgetauschten Noten ebd., S. 402-06.

<sup>1</sup> Nachträglich hschr.

<sup>2</sup> Schubert hatte sich am 29. April 1926 zur Kur dorthin begeben. Am 9. Juni 1926 kehrte er nach Berlin zurück. Siehe dazu ADAP, Serie B, Bd. III, S. 287 Anm. 1.

dere Wahrnehmungen, die ich während meines Aufenthaltes in diesem Lande machen konnte, bestätigen seine Ansicht.

Da Herr Beneš von Prag abwesend war, mußte ich mich darauf beschränken, eine Karte bei ihm abzugeben. Ferner ließ ich eine Karte bei dem Ministerpräsidenten Czerny.

Auf Rat des Gesandten suchte ich den Vertreter Benešs im Außenministerium, Herrn Girsu, auf, der über meinen Besuch anscheinend ganz erfreut war. Wir sprachen allerlei über Politik, die Unterredung ergab aber natürlich kein wesentliches Ergebnis. Am Schlusse des Gesprächs konnte ich es mir nicht verkneifen, Herrn Girsu zu sagen, ich hoffe, daß Herr Beneš sich mittlerweile über den deutsch-russischen Vertrag beruhigt hätte.<sup>3</sup>

Hier wurde Herr Girsu sehr lebhaft und betonte sehr nachdrücklich, Herr Beneš habe seine damalige Aktion nur deshalb unternommen, weil er befürchtet hätte, daß eventuell durch den Abschluß des Vertrages unser Eintritt in den Völkerbund gefährdet werden könnte. Herr Beneš habe also nur die menschenfreundlichsten Motive gehabt.

Ich erwiderte, daran hätte ich auch nie gezweifelt. Ich hoffte aber nur, daß sich Herr Beneš jetzt auch tatsächlich davon überzeugt hätte, daß unser Vertrag nicht nur mit Locarno vereinbar sei, sondern einen großen Schritt auf dem Weg der allgemeinen Befriedung Europas bedeute.

Herr Girsu beeilte sich zu entgegnen, daß Herr Beneš durchaus zu dieser Ansicht gekommen sei.

Auf den Rat des Gesandten besuchte ich ferner Herrn Šámal, der das Amt eines Kanzlers bekleidet und die rechte Hand von Masaryk ist. Dieses Gespräch verlief ebenfalls in der angenehmsten Form. Dabei gab mir Herr Šámal eine sehr amüsante Beschreibung der Wesensart des Präsidenten, der trotz seiner 77 Jahre eine sehr energische und tatkräftige Persönlichkeit zu sein scheint. Eine Anregung des Herr Šámal, zu dem Präsidenten nach Lana hinauszufahren, lehnte ich mit der Begründung ab, unbedingt wegen Fortsetzung meiner Kur abreisen zu müssen.<sup>4</sup>

Hier in Wien besuchte ich zunächst den Generalsekretär Peter, mit dem ich eine ganz interessante Unterredung hatte, über die ich eine geheime Aufzeichnung beilege.<sup>5</sup> Herr Peter war offenbar ehrlich erfreut, mich wiederzusehen.

[...]<sup>6</sup>

<sup>3</sup> Beneš wollte formell über den Völkerbund Auskünfte bei der Reichsregierung einholen, ob der Vertrag sich überhaupt mit der Völkerbundssatzung vertrage, was jedoch von der britischen Regierung unterbunden wurde. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 318f., und Campbell, Confrontation in Central Europe, S. 176. Vgl. auch Tel. Schuberts, 23. April 1926, ADAP, Serie B, Bd. II/1, S. 391-93 u. Tel. Stresemann, 1. Mai, ebd., S. 437f.; außerdem Dok. 154.

<sup>4</sup> Während seiner Kur in Marienbad hatte Schubert durch Vermittlung der Frau von Einem sich auch mit dem Gegner Beneš', Milan Hodža, getroffen, was sich wohl in Prag wiederholte. Davon machte er Stresemann aber keine Mitteilung, weil die Angelegenheit brisant war. Dieses Treffen wurde später vom Prager Tageblatt zum Anlaß genommen, Schubert direkt darauf anzusprechen, um zu eruieren, weshalb er sich mit Hodža getroffen habe. Vgl. Aufz. Schuberts vom 20. November 1926, PA, R 27378. Siehe auch Schuberts Aufz. vom 27. Januar 1927, ADAP, Serie B, Bd. IV, S. 164f., insbesondere dort Anm. 2.

<sup>5</sup> Vom 27. Mai 1926, ebd., Bd. III, S. 287-90.

<sup>6</sup> Schubert berichtete Näheres über seine Wiener Gespräche.

Im übrigen wollen Sie mir, hochverehrter Herr Minister, gestatten, noch kurz über einen Teil des Gespräches mit Herrn Peter zu berichten, den ich in meine Aufzeichnung nicht aufgenommen habe.

Herr Peter fragte mich nämlich, ob ich ihm sagen könnte, wer der Nachfolger des Herrn Pfeiffer würde.

Ich erwiderte, dies sei mir nicht bekannt, da bei meiner Abreise aus Berlin Herr Pfeiffer noch gelebt und ich inzwischen keine Verbindung mit Berlin gehabt hätte.

Herr Peter sagte mir dann, Herr Frank sei heute bei ihm gewesen und habe ihm vertraulich berichtet, daß er mit Ihnen über die Neubesetzung des hiesigen Postens gesprochen hätte. Bei dieser Gelegenheit hätten Sie Herrn Frank angedeutet, daß in bezug auf die Besetzung dieses Postens verschiedene Schwierigkeiten vorhanden seien.

Herr Peter erwähnte dann ganz von sich aus, daß er von verschiedenen Kandidaturen gehört habe; er erwähnte an erster Stelle den Grafen Lerchenfeld, der hier natürlich sehr genehm sein würde. Herr Peter ließ dann aber durchblicken, indem er betonte, daß er nur für seine eigene Person spreche, daß man am liebsten hier einen zünftigen Diplomaten haben würde. In diesem Zusammenhang erwähnte er die Namen Lucius und Hatzfeldt, die ja wohl auch, sogar in der Presse, erwähnt worden seien.

Endlich machte er eine Andeutung, aus der ich schließen muß, daß es den hiesigen Leuten darauf ankommt, daß der Posten möglichst bald wiederbesetzt wird. Herr Peter erwähnte nämlich, ohne daß diese Bemerkung boshaft klang, daß die Tschechen seinerzeit die Österreicher beinahe ein Jahr lang mit der Besetzung des Gesandten hätten warten lassen.

Ich verhielt mich natürlich sehr zurückhaltend und äußerte mich nur dahin, daß meines Dafürhaltens die genannten drei Herren sämtlich für den hiesigen Posten sehr geeignet sein würden. Ich betonte auch meinerseits, daß leider das Auswärtige Amt bei der Besetzung des Postens nicht ganz freie Hand habe, daß wir aber den größten Wert darauf legen, eine Persönlichkeit hierher zu senden, welche imstande sei, den hiesigen Anforderungen voll und ganz zu genügen.

Ich vergaß übrigens zu erwähnen, daß Herr Peter auch Herrn Mertens erwähnte, ohne sich aber mit dieser Persönlichkeit besonders zu beschäftigen.

Sie wollen mir ferner gestatten, daß ich zu dieser Frage, die mir ganz besonders am Herzen liegt, noch einige kurze Bemerkungen anfüge.

Erstens halte ich es für zweckmäßig, wenn die Ernennung des hiesigen Gesandten bis Ende Juni erfolgt; früher ist es meiner Ansicht nach, von hier aus gesehen, nicht nötig.

Zweitens würde ich Ihnen zu ganz besonderem Dank verpflichtet sein, wenn im Interesse der Beamtenschaft des Auswärtigen Amtes hierher ein zünftiger Diplomat ernannt wird. Ganz abgesehen hiervon aber würde ich es auch sonst für richtiger halten, wenn ein Diplomat unseres Dienstes herkommt, als ein Outsider.

Was die Auswahl unter dem Personal unseres diplomatischen Dienstes anlangt, so möchte ich nach wie vor an erster Stelle für Herrn von Lucius<sup>7</sup> votieren.

---

<sup>7</sup> Alle angegebenen Personennamen sind von hier an hschr. eingesetzt worden.

Wie Sie wissen, ist es ein sehnlicher Wunsch des Herrn von Lucius, hierher zu kommen. Herr von Lucius ist immerhin einer unserer verdientesten Beamten, dem man einen solchen Wunsch ohne ganz besondere Gründe doch nicht abschlagen sollte.

Sollte aber wegen des Zentrums unbedingt ein Katholik hierher kommen müssen, so sehe ich es als meine Pflicht an, Ihnen zu sagen, daß Herr Mertens meines Dafürhaltens für den hiesigen Posten nicht geeignet ist. Er ist ein außerordentlich zuverlässiger und braver Mann, ich fürchte aber bestimmt, daß er hier nicht am Platze wäre.

Anders steht es meiner Ansicht nach mit Prinz Hatzfeldt. Ich kenne ihn als einen sehr überlegten ruhigen Menschen, der außerdem den Vorzug besitzt, daß er das hiesige Land bereits kennt. Er ist nicht sehr aktiv, dies ist richtig. Ich glaube aber doch, daß er seinen hiesigen Posten gut ausfüllen würde.

Sollte er aus irgendeinem Grund nicht genehm sein, so wäre vielleicht noch ein Ausweg zu finden in der Ernennung des Grafen Berchem. Er ist unleugbar ein sehr kluger Mensch, welcher die hiesigen Verhältnisse ganz ausgezeichnet kennt.

Ohne seine Schuld ist er aus der Karriere ausgeschieden.

Natürlich würde mir diese letzte Lösung insofern nicht behagen, als sie keine Entlastung unserer Karriere bedeuten würde.

Sie müssen freundlichst entschuldigen, wenn ich mich über diese Sache verbreite, obgleich ich nicht weiß, wie sich die Dinge in letzter Zeit in Berlin entwickelt haben. Ich möchte Sie aber nochmals sehr herzlichst bitten, für uns sorgen und verhindern zu wollen, daß hierher ein Outsider ernannt wird, der, wie gesagt, auch aus anderen Gründen hier nicht gelten würde.

Sehr mißlich ist es, daß wieder einmal so viel über die verschiedenen Kandidaten in der Zeitung gestanden hat. Auch aus diesem Grunde wird es wohl gut sein, den Posten bald endgültig zu besetzen.<sup>8</sup>

Am Sonntag [30. Mai] will ich nach Alt-Aussee weiterfahren, um dort meine Nachkur endgültig zu beendigen.

Mit den aufrichtigsten Grüßen und verbindlichsten  
Empfehlungen bin ich,  
hochverehrter Herr Minister,  
[eigenhändig:] Ihr sehr ergebener  
Schubert

---

<sup>8</sup> Siehe dazu Krüger, Struktur, S. 101f.; am 15. Juli 1926 wurde Graf Lerchenfeld zum neuen Gesandten in Wien ernannt.

**Erlaß von Schuberts an die Botschaft in London  
Berlin, 7. August 1926**

*Vervielfältigte Ausfertigung. PA, R 28931.<sup>1</sup>*

Streng geheim

Die Verhandlungen über den Abschluß des von der deutschen Industrie an die Sowjetregierung mit einer 60%igen Ausfallgarantie des Reiches bzw. der Länder ausgestatteten 300-Millionen-Kredits,<sup>2</sup> dessen Ausnutzung infolge der Finanzschwierigkeiten erst bis zur Hälfte gesichert ist, haben, wie vorauszusehen war, dazu geführt, daß die konkurrierenden Industriestaaten auch ihrerseits nach Wegen suchen, um eine Steigerung des Warenabsatzes nach der Sowjetunion herbeizuführen. Unmittelbare Anfragen der Amerikanischen, Englischen, Französischen, Japanischen, Tschechischen und Österreichischen Regierungen bzw. deren Wirtschaftskreise haben erkennen lassen, mit welcher besonderen Aufmerksamkeit die Entwicklung der deutsch-sowjetrussischen wirtschaftlichen Beziehungen verfolgt wird.

Die Notwendigkeit der Beteiligung der öffentlichen Hand an dem Risiko bei der Steigerung des deutschen Exportes nach Rußland wurde allgemein als eines der Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit angesehen. Die durch das Außenhandelsmonopol in Sowjetrußland geschaffenen besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse, die keine Verteilung des Risikos gestatten, ließen es ausreichend erklärlich erscheinen, daß der Antrag auf die Übernahme der Ausfallbürgschaft durch die gesetzgebenden Körperschaften auf den Export nach Sowjetrußland beschränkt blieb.

Wenn somit die Ausfallbürgschaft des Reiches bzw. der Länder bei der Hergabe dieses Kredits aus innerwirtschaftlichen Gründen ausreichend gerechtfertigt ist, so bedarf es keines besonderen Hinweises, daß für das Auswärtige Amt bei der Behandlung dieses Kredites weitergehende Gesichtspunkte maßgebend waren.

Mit einer wirtschaftlichen Wirksamkeit des am 12. Oktober 1925 abgeschlossenen deutsch-russischen Vertrages konnte nicht gerechnet werden, da es in diesem Verträge, dessen Scheitern mit Rücksicht auf den damals bevorstehenden Abschluß der Locarno-Verträge verhindert werden mußte, nicht gelungen war, eine tatsächliche wirtschaftliche Bindung der Sowjetunion an den deutschen Markt herbeizuführen. Bei Abschluß dieses Vertrages war bereits erkennbar, daß infolge mangelnden Getreideexportes ein wirtschaftlicher Rückschlag unvermeidbar war, der trotz des abgeschlossenen Vertrages zu einem starken Rückgang der deutschen Einfuhr nach Sowjetrußland führen mußte.<sup>3</sup> Der Kredit sollte daher im wesentli-

---

<sup>1</sup> ADAP, Serie B, Bd. II/2, S. 174-77 (Entwurf Schlesingers). Schubert hatte ein gutes Verhältnis zu Schlesinger. Siehe Schlesinger, Erinnerungen, S. 102 et pass. Siehe auch Dok. 123 Anm. 1.

<sup>2</sup> Zu den Kreditverhandlungen siehe die in ADAP, Serie B, Bd. II/2, S. XXXV-XXXVII genannten Dok.

<sup>3</sup> Text: RGBl., 1926, II, S. 1-88. „Der im Oktober 1925 gewährte 75-Millionen-Kredit stellt sich nur als eine Einzelmaßnahme dar, löst mithin nicht auf die Dauer die allgemeinen

chen dazu dienen, durch Steigerung des Exportes nach der Sowjetunion den geschlossenen Vertrag wirtschaftlich zu rechtfertigen. Darüber hinaus waren es aber besonders außenpolitische Gründe, die den Abschluß dieses Kredites wünschenswert erscheinen ließen.

Der nach Locarno erfolgte Abschluß des Berliner Vertrages<sup>4</sup> brachte in Verbindung mit dem deutsch-russischen Verträge vom 12. Oktober 1925 eine weitere, wenn auch in seinem Ausmaß begrenzte Angleichung der politischen Interessen mit sich. Ein wirkliches wirtschaftliches Fundament war jedoch nicht gegeben, auf das einem Staat gegenüber, bei dem – wie dies in der Sowjetunion der Fall ist – Wirtschaft und Politik eine Einheit darstellen, nicht verzichtet werden kann. Es erschien höchst unzweckmäßig, nach dem Abschluß des Berliner Vertrages die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen der Sowjetregierung sich unabhängig von unseren politischen Beziehungen gestalten zu lassen. Es mußte zu verhindern versucht werden, daß die wirtschaftliche Bindung Sowjetrußlands anderen Mächten überlassen blieb, die der Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen nicht gleichgültig gegenüberstehen. Ausgehend von der Tatsache, daß die Sowjetregierung im Interesse der Erhaltung ihrer Macht in entscheidenden Augenblicken gezwungen sein kann, aus politischen Gründen anderen Mächten wirtschaftliche Zugeständnisse wie ebenso aus wirtschaftlichen Nöten politische Zugeständnisse zu machen, erschien es notwendig, diese Gefahren nach Möglichkeit zu begrenzen. Es kam also zuerst darauf an, unsere politische Stellung in Rußland wirtschaftlich zu festigen, um sie von der Entwicklung der Beziehungen der Sowjetunion zu anderen Staaten möglichst unabhängig zu gestalten. Man war sich darüber vollständig im klaren, daß wir der Sowjetregierung, deren wirtschaftliche Situation Anfang d.J. höchst kritisch war, durch die Gewährung eines 300-Millionen-Kredits einen außerordentlichen Dienst erwiesen, indem wir ihr gewissermaßen damit ein Akkreditiv auch in anderen Ländern eröffneten. Man ging aber dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß, da Deutschland doch nicht in der Lage sei, annähernd auch nur einen Teil des Bedarfs der Sowjetunion zu decken, es uns aus politischen Gründen nur erwünscht sein kann, wenn sich die europäischen Beziehungen der Sowjetunion weiter wirtschaftlich auswirken würden. Das Auswärtige Amt hoffte, daß durch eine schnelle und volle Ausnutzung des 300-Millionen-Kredits für eine gewisse Zeit die Bindung der russischen Zahlungsmittel zu erreichen war, um so der willkürlichen politischen Ausnützung des sowjetrussischen Außenhandelsmonopols gewisse Grenzen zu ziehen. Was darüber hinaus tatsächlich erreicht werden sollte, das war die Absicht, die mit Hilfe des 300-Millionen-Kredits wirtschaftlich untermauerte politische Stellung zu einem deutschen Brückenkopf für die wirtschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion nach dem Westen auszubauen. Dieser Gesichtspunkt muß vorläufig maßgebend bleiben, da wir in Ermangelung machtpolitischer Möglichkeiten nur wenige Voraussetzungen schaffen können, um unsere

---

Schwierigkeiten“, hieß es in der Anlage zum Schreiben Curtius' und Stresemanns vom 26. Januar 1926 an die Reichskanzlei, mit der die Behandlung des 300-Millionen-Kredits im Kabinett eingeleitet und begründet wurde; ADAP; Serie B, Bd. II/1, S. 145-53. Siehe weiter ebd., S. XLV-XLVIII u. Bd. II/2, S. XXXV-XL.

<sup>4</sup> Dazu Dok. 149.

Stellung in Sowjetrußland halten bzw. um verhindern zu können, daß die deutschen Interessen zum Kaufpreis der Verhandlungen mit anderen Staaten gemacht werden.

Wenn es uns indessen gelingt, den Zustrom fremden Kapitals und besonders in der ersten Zeit von uns abhängig zu machen, dann würde das eins der wenigen Mittel sein, um uns vor einseitigen Maßnahmen der Sowjetregierung schützen zu können. Durch die Engagements anderer Staaten in Rußland und der damit verbundenen Verflechtung sowjetrussischer und kapitalistischer Wirtschaftsinteressen würden weiter die Möglichkeiten einer europäisch-sowjetrussischen Verwicklung, die uns für absehbare Zeit sehr unerwünscht sein muß, wesentlich verringert werden.

[...] <sup>5</sup>

Euer Hochwohlgeboren werden gebeten, die Entwicklung der dortigen wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion unter Berücksichtigung der dargelegten Gesichtspunkte einer besonderen Aufmerksamkeit zu unterziehen und rechtzeitig von sich bietenden Möglichkeiten wirtschaftlicher Zusammenarbeit nach hier Kenntnis zu geben. <sup>6</sup>

Auf die bereits im einzelnen vorliegenden Möglichkeiten, deren Förderung als erwünscht erachtet wird, behalte ich mir vor, in aller Kürze zurückzukommen.

[Eigenhändig:] Schubert

<sup>5</sup> Weitere Erörterung der Problematik und der sowjetischen Haltung.

<sup>6</sup> In einer eingehenden Unterredung mit Briand in Genf am 13. September 1927 (ADAP, Serie B, Bd. VI, S. 434f.) erklärte Schubert u.a., es sei schwer, mit den Russen auszukommen: „Trotzdem aber, so fügte ich hinzu, sei es meiner Ansicht nach unbedingt notwendig, trotz aller Schwierigkeiten, das Verhältnis zu Rußland zu pflegen. Der Gedanke, Rußland zu boykottieren oder einzukreisen, sei absurd. Herr Briand erwiderte, das sei durchaus seine Ansicht. Auch er wolle alles versuchen, um einen modus vivendi mit den Russen herzustellen. Er glaube übrigens, daß dies an sich auch die Absicht von Chamberlain sei. [...] Ich glaubte aber nicht, daß, zur Zeit wenigstens, unsere Industrie- und Handelswelt gesonnen sei, weitere Risiken in Rußland zu übernehmen. Sehr gefährlich sei es wohl immer noch, Konzessionen in Rußland zu nehmen. [...] Im übrigen spielten sich meiner Ansicht nach hinter den Kulissen doch sehr scharfe Kämpfe zwischen den ganz radikalen Elementen und den etwas gemäßigteren Elementen ab. Meiner Ansicht nach bestehe ein großes Interesse nicht nur für Deutschland, sondern auch für die anderen Staaten Europas darin, diese gemäßigten Elemente zu stärken und hierzu sei eben ein gewisser modus vivendi mit den Russen notwendig. Herr Briand stimmte mir hierin vollkommen bei.“ Über die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsprobleme siehe den Briefwechsel zwischen Kastl und Stresemann, 27. August, 28. September 1927, ebd., S. 326-29, 513-15.



**Von Schubert an den Reichstagsabgeordneten der SPD Breitscheid, Genf  
Berlin, 18. August 1926**

*Durchschrift. PA, R 29313.*

Sehr geehrter Herr Breitscheid!

Besten Dank für Ihren freundlichen Brief vom 15. August,<sup>1</sup> der gestern in meine Hände gelangte.

Ihre Frage, ob Ihre Beteiligung an der deutschen Delegation für Genf noch in Frage kommt, kann ich nur bejahen. Ich habe die Angelegenheit sofort noch einmal mit dem Minister besprochen; er läßt Ihnen sagen, daß das Kabinett die Zuziehung von Parlamentariern grundsätzlich bereits beschlossen hat. Er werde dementsprechend zu gegebener Zeit an Sie und die anderen in Frage kommenden Herren herantreten.<sup>2</sup> Im Augenblick möchte er das noch nicht tun, um die Möglichkeit zu behalten, Anfragen der Presse und anderer Stellen wegen der Zusammensetzung der Delegation ausweichend beantworten zu können. Andernfalls würde ja bei der Erörterung der Delegationszusammensetzung in der Presse der Eindruck entstehen, als ob Deutschland trotz der bestehenden Zweifel mit der Abreise nach Genf als einer absolut feststehenden Tatsache rechne. Außerdem ist es ja auch gut, eine vorzeitige Kritik der Presse an der Zusammensetzung der Delegation nach Möglichkeit zu vermeiden.

Ich bin mir natürlich klar darüber, daß wir die endgültige Ernennung der Delegationsmitglieder nicht allzu lange hinausschieben dürfen, um zusammen mit den einzelnen Herren die praktischen Vorarbeiten in Angriff nehmen zu können. Diesen Gesichtspunkt werde ich selbstverständlich bei der weiteren Behandlung der Sache beachten.

In der Völkerbundsfrage teile ich durchaus Ihre Auffassung und zwar sowohl hinsichtlich der mit der zweiten Lesung der Mai-Beschlüsse<sup>3</sup> verbundenen Gefahren als auch hinsichtlich der von uns zu befolgenden Taktik.<sup>4</sup> Die Frage der Ver-

<sup>1</sup> PA, R 29313; siehe auch Dok. 143.

<sup>2</sup> Über die endgültige Zusammensetzung der deutschen Delegation wurde am 2. September 1926 entschieden. Außer Breitscheid gehörten ihr noch die Reichstagsabgeordneten Graf Bernstorff (DDP), Kaas (Zentrum), Frhr. von Rheinbaben (DVP) an. Siehe AR, Kab. Marx III u. IV, Bd. 1, S. 183f., insbesondere S. 184 Anm. 7.

<sup>3</sup> Die Studienkommission für die Reform des Völkerbundes nach der gescheiterten Sondersitzung des Völkerbundes zur Aufnahme Deutschlands im März 1926 hatte eine Reihe von Kompromißvorschlägen erarbeitet. Siehe ADAP, Serie B, Bd. I/1, S. 537f. Anm. 2.

<sup>4</sup> Breitscheid schrieb in dem in Anm. 1 erwähnten Brief: „Nun kommt nach meinem Eindruck Deutschland in eine recht schwierige Lage. Die Einberufung der Studienkommission ist wohl kaum zu vermeiden. Erklären wir uns auf ihr strikte gegen jede Erweiterung der Zahl der ständigen Ratssitze, so wird man uns das nicht nur als Eigensinn auslegen, sondern wir stoßen auch Spanien vor den Kopf. Sind wir aber einverstanden, so wird es in Deutschland einiges Geschrei geben, und was meiner Meinung nach bedenklich ist,

mehrung der ständigen Ratssitze wird man praktisch doch wohl als erledigt ansehen können, wobei nur zweifelhaft bleibt, welche Konsequenzen Spanien daraus zieht.<sup>5</sup> Meine Hauptsorge ist aber die Wiedereröffnung der Diskussion über die nichtständigen Sitze. Man kann nicht wissen, wohin eine solche Diskussion führt und ob sie uns nicht, selbst bei vorsichtigster Zurückhaltung, in eine heikle Lage bringt. Eine Änderung der Mai-Beschlüsse in dem allen Anschein nach von Polen gewünschten Sinne wäre eine so unverhüllte und offensichtlich gegen Deutschland gerichtete Begünstigung Polens, daß wir uns schwerlich damit abfinden können. Wir haben meiner Ansicht nach ein gutes und für jedermann plausibles Recht zu sagen, daß wir für jede aus gesunden Völkerbundsinteressen erwachsene Lösung zu haben sind, daß wir uns aber nicht auf eine Regelung einlassen können, die lediglich den Zweck verfolgt, individuelle und ungerechtfertigte Gelüste einer einzelnen Macht zu befriedigen. Im Augenblick wissen wir übrigens noch nicht einmal, an welchem Tage die Ratssitzung zusammentreten soll.

Mit aufrichtigsten Grüßen bin ich

gez. Schubert

153

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem Hochkommissar  
des Völkerbundes Nansen (gekürzt)  
Berlin, 4. September 1926**

*Durchschrift. PA, R 29403.*

Streng vertraulich!

Herr Nansen suchte mich heute auf der Durchreise nach Genf auf, und wir hatten eine nahezu einstündige, außerordentlich freundschaftliche Unterredung.

Herr Nansen erklärte am Anfang, er hoffe, daß nun die Bahn für unseren Eintritt [in den Völkerbund] ganz frei sei. Ich erwiderte, ich glaubte diese Hoffnung durchaus teilen zu können.

---

wir kommen Polen gegenüber in eine schiefe Stellung, da dieses uns nachsagen wird, wir hätten das von uns aufgestellte Prinzip zu Gunsten Spaniens aufgegeben, hielten aber zu Ungunsten Polens daran fest. Ich weiß nicht, ob meine Ansicht die richtige ist, aber ich meine fast, wir sollten uns in der Studienkommission, an der wir uns ja wohl werden beteiligen müssen, die denkbar größte Zurückhaltung auferlegen und die anderen sich alleine die Finger verbrennen lassen, nachdem wir unseren grundsätzlichen Standpunkt – Festhalten an dem Beschluß vom Mai – dargelegt haben. Ich könnte mir denken, daß eine solche Reserve noch am ehesten ein möglichst weites Entgegenkommen an unsere Auffassung bewirken würde. Allerdings werden wir uns dazu nachträglich entscheiden müssen, und diese Entscheidung wird von dem Werte abhängen, den wir selbst unserer Zugehörigkeit zum Völkerbund beilegen.“-PA, R 29313.

<sup>5</sup> Austritt aus dem Völkerbund am 11. September 1926 wegen Verweigerung des ständigen Ratssitzes.

Sodann erkundigte Herr Nansen sich nach dem Ergebnis der Prüfungskommission, das ich kurz schilderte.<sup>1</sup>

Herr Nansen sagte, seine Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkte, daß eine Erhöhung der nichtständigen Mitglieder von 6 auf 9 durchaus zweckmäßig sei; ferner sei seine Regierung durchaus dagegen, daß innerhalb der nichtständigen Mitglieder ein Unterschied gemacht werde. Er sähe zwar ein, daß die Sache jetzt wohl entschieden und nichts mehr zu machen sei, immerhin aber werde er trotzdem noch einmal den Standpunkt seiner Regierung vertreten.

Herr Nansen meinte ferner, bei den Beratungen in Genf habe es sich wohl weniger um Spanien, sondern um Polen gehandelt. Ich erwiderte, daß es sich doch wohl auch um Spanien gehandelt habe, wenigstens habe Lord Robert Cecil Spanien stets in den Vordergrund gestellt. Natürlich aber habe die polnische Sache eine sehr große Rolle gespielt, das sei durchaus zuzugeben. Wir sprachen dann auch über Spaniens Stellungnahme und Herr Nansen äußerte sich hierüber ganz außerordentlich abfällig. Er sagte, das Gefährlichste für den Völkerbund würde es sein, wenn der Völkerbund aus politischen Rücksichten Konzessionen machen müsse; wenn sich so etwas einbürgere, dann sei der Völkerbund erledigt. Deshalb solle man Spanien ruhig ziehen lassen und nicht etwa nachgeben.

Herr Nansen gab dann eine Anregung. Er sagte, es würde einen außerordentlich guten Eindruck machen, wenn wir nach unserem Eintritt den Artikel 23 – um diesen Artikel handele es sich seiner Erinnerung nach – des optional protocol des Haager Schiedsgerichts<sup>2</sup> annehmen würden. Soweit er sich entsinne, hätten die meisten Staaten, wohl auch Frankreich, dieses Protokoll jetzt angenommen, nicht allerdings Großbritannien.

Ich erwiderte, ich konnte die Materie nicht genau genug, um schon jetzt sagen zu können, wie wir uns zu dieser Frage stellten. Er wisse, daß im allgemeinen unsere Politik darauf hinauslaufe, mit möglichst vielen Staaten Schiedsverträge abzuschließen.

Herr Nansen erwiderte, gerade weil er diese Politik kenne, mache er seine Anregung.

Ich erwiderte, daß wir in unseren Schiedsverträgen bekanntlich zwei Verfahren hätten und daß wir es für unzulässig hielten, in diesen Verträgen ein reines Obligatorium einzuführen. Ich wisse nicht, wie es in dieser Hinsicht mit dem Haager Schiedsgerichtshof stehe.

Herr Nansen erwiderte, soweit er es im Augenblick sagen könne, seien die Fälle, die dem Haager Schiedsgerichtshof unterworfen würden, sehr beschränkt.

Ich sagte endlich, ich danke ihm sehr für seine Anregung und würde mich sofort mit der Sache beschäftigen.

---

<sup>1</sup> Dazu Dok. 152.

<sup>2</sup> Der Ständige Internationale Gerichtshof in Den Haag war dem Völkerbund assoziiert und hatte die Aufgabe, zwischenstaatliche Konflikte zu schlichten. Nansen meint hier die sogenannte Fakultativklausel zum Statut des Gerichtshofes. Sie verpflichtete die unterzeichnenden Staaten, Rechtsstreitigkeiten mit anderen Unterzeichnerstaaten dem bindenden Urteil des Haager Gerichtshofes zu unterwerfen. Allerdings hatte im September 1926 noch keine Großmacht sich auf diese Klausel verpflichten lassen. Siehe dazu Dok. 173 und Krüger, Außenpolitik, S. 387f.

Wir sprachen dann eine Zeitlang über Einzelheiten der bevorstehenden Tagung.<sup>3</sup> [...]<sup>4</sup>

Sch[ubert]

154

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit  
dem tschechoslowakischen Außenminister Beneš  
Genf, 25. September 1926**

*Durchschrift. PA, R 29410.<sup>1</sup>*

Ich besuchte heute Herrn Beneš und hatte ein sehr langes politisches Gespräch mit ihm.

Herr Beneš fragte mich zunächst, welche Eindrücke ich über den Völkerbund erhalten hätte.

Ich erwiderte, ich hätte mich davon überzeugt, daß hier in Genf sehr nützliche Arbeit geleistet werden könne, wenn man wirklich etwas Ernstes zustande bringen wolle. Außerdem biete sich eine gute Gelegenheit, allerlei politische Angelegenheiten durch offene Aussprache zu regeln.<sup>2</sup>

<sup>3</sup> Gemeint ist die 7. Völkerbundsversammlung vom 6.-25. September 1926, die die Aufnahme Deutschlands am 8. September in den Völkerbund beschloß; ebd., S. 354 mit Versehen beim Datum für den Einzug der deutschen Delegation am 10. September.

<sup>4</sup> Nansen erwähnte die Themen der Völkerbundstagung im einzelnen.

<sup>1</sup> ADAP, Serie B, Bd. III, S. 394-97.

<sup>2</sup> Gegenüber Krestinski führte Schubert am 30. September aus: „Ich äußerte mich dann noch ganz allgemein über meine Eindrücke in Genf und sagte, es [der Völkerbund] sei doch eine politische Börse, bei der mitzumachen für uns außerordentlich notwendig sei. Ich ließ durchblicken, daß wir eine nicht unwesentliche Rolle in Genf gespielt hätten und auch in Zukunft zu spielen hofften. Bisher sei, wie wir ja wüßten, der Völkerbund lediglich ein Instrument in der Hand der großen Siegerstaaten gewesen. Ich glaubte aber nicht zu optimistisch zu sein, wenn ich die Ansicht ausspräche, daß dieser Zustand sich durch unseren Eintritt ändern würde. Daß schon jetzt es einzelnen maßgebenden Mächten nicht möglich sei, die anderen Mächte ohne weiteres ins Schlepptau zu nehmen, erläuterte ich daran, daß China schließlich gegen den Willen Englands gewählt worden und daß es den Franzosen nur schwer gelungen sei, genügend Stimmen für die Wiederwählbarkeit Polens zusammenzubringen [siehe Schultheß', Bd. 67 (1926), S. 482f.]. Ich sagte dann, ich hätte mit einigen Leuten auch über Rußland gesprochen, so z.B. mit den Franzosen, und mit diesen auch über die französisch-russischen Verhandlungen, wobei ich hervorgehoben hätte, uns würde es durchaus angenehm sein, wenn diese Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis kommen würden. Endlich sagte ich Herrn Krestinski, es wäre doch sehr gut, wenn sich Sowjetrußland in absehbarer Zeit entschliesse, ebenfalls in den Völkerbund einzutreten: Ich sei der Ansicht, daß Rußland dort eine sehr wichtige Rolle spielen würde. Herr Krestinski sagte etwas sarkastisch, wir seien im Völkerbund jetzt so ungefähr auf dem äußersten linken Flügel und natürlich würde es uns

Herr Beneš erwiderte, er stimme mir durchaus bei. Was im übrigen das Herkommen von aktiven Ministern der verschiedenen Länder nach Genf angehe, so sehe er hierin eine gewisse Gefahr. Der Boden sei hier nicht ungefährlich und die Minister riskierten unter Umständen, hier vor unmittelbare und sehr unbequeme Entscheidungen gestellt zu werden. Dies lasse sich vermeiden, wenn andere Leute hierher geschickt würden, die sich ihre Entscheidung vorbehalten könnten.

Wir kamen dann auf die allgemeine Lage in Europa zu sprechen, und ich entwickelte meine Theorie über die zu erwartende Katastrophe in Europa, wenn man nicht alles tue, um die europäischen Staaten zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzufassen.<sup>3</sup>

---

angenehm sein, wenn noch ein anderer Staat im Völkerbund vorhanden sei, der noch weiter links sitze. Ich erwiderte, das sei wirklich nicht der Grund, warum ich den Eintritt Sowjetrußlands wünschte. Wir würden schon allein im Völkerbund fertig werden: Ich hielte es aber besonders in Rußlands eigenem Interesse begründet, wenn ich der Ansicht sei, daß Rußland eintreten sollte.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. II/2, S. 287f.

<sup>3</sup> Hier erwähnte Schubert eine politische Idee, die für ihn zentrale Bedeutung hatte. In einer Besprechung mit Gessler über die möglichen Folgen eines Bekanntwerdens der geheimen Zusammenarbeit zwischen der Roten Armee und der Reichswehr am 14. Juli 1926 erklärte von Schubert: „Auch der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund würde unter Umständen im Falle einer Kompromittierung in Frage gestellt werden. Wir würden also nicht nur, was mit Sicherheit zu erwarten sei, unsere Beziehungen mit Rußland erheblich verschlechtern, sondern auch die mit den Westmächten aufs Spiel setzen. Der Herr Staatssekretär schloß diese Ausführungen mit dem Bemerken, er sehe überhaupt katastrophale Folgen für Europa voraus, wenn es nicht innerhalb der nächsten zwei Jahre gelänge, einen wirtschaftlichen Zusammenschluß der europäischen Staaten zu erreichen. Auch im Hinblick hierauf sei es im höchsten Maße bedenklich, wenn der mühevoll angebahnte Weg einer europäischen Verständigung durch eine erneute Isolierung Deutschlands zerstört würde.“-Aufz. Dirksens, ebd., S. 129. Zu einer englischen Anregung, ein Treffen zwischen englischen und deutschen Wirtschaftsfachleuten zu organisieren, schrieb Schubert am 3. September 1926: „Bei einer Vorbesprechung mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie hat Übereinstimmung darüber bestanden, daß wir uns dieser Anregung nicht entziehen dürfen, einesteils, weil bei einer solchen Zusammenkunft für die Beziehungen der beiden Länder immerhin wertvolle Anregungen gegeben werden, andernteils, weil wir dem Umstande, daß sowohl die englischen Wirtschaftskreise wie auch Parlament und Regierung bereits wegen einer allzu weitgehenden wirtschaftlichen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich reichlich nervös sind, im eigenen Interesse Rechnung tragen sollten.“-PA, R 28910. Siehe auch ADAP, Serie B, Bd. I/2, S. 338-47 und Anm. 2 dazu; außerdem Wurm, *Business Diplomacy*, S. 131-57. Am 17. September, auf einer Bootsfahrt während der Völkerbundstagung, führte Schubert ein Gespräch mit Zaleski über die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen: „Hieran knüpfte sich ein längeres Gespräch über die Notwendigkeit, durch geeignete Abkommen auf industriellem und landwirtschaftlichem Gebiete Europa möglichst zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzufassen. Ich entwickelte meine These, daß, wenn dieses Ziel nicht erreicht würde, wir in einigen Jahren vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas stehen würden. Herr Zaleski ging sehr lebhaft auf diese Gedankengänge ein, und es zeigte sich, daß er meine Ansicht durchaus teilte.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. II/2, S. 278. Mit Briand besprach Schubert dieses Thema am 9. Dezember 1926: „Schließlich sprachen wir von den wirtschaftlichen Verhältnissen in Europa und ich sagte Herrn Briand, meiner Ansicht nach müsse man alles tun, um eine großzügige Einigung der Nationen Europas auf wirtschaftlichem Gebiete zu erlangen. Man müsse sonst befürchten, daß doch einmal eine große Katastrophe in Europa eintreten werde. Herr Briand stimmte mir lebhaft zu, auch als ich

Herr Beneš stimmt mir hierin bei. Er kam dann auf die Weltwirtschaftskonferenz<sup>4</sup> zu sprechen und ließ durchblicken, daß diese Konferenz ihn mit einiger Sorge erfülle, denn, meinte er, wenn eine solche Konferenz nicht schon vorher sehr gut vorbereitet sei, so könne sie anstatt zu nutzen, zu sehr wenig angenehme Konsequenzen führen, denn es sei nicht gut, gewisse schwierige Fragen ohne genügende Vorbereitung auf einer solchen allgemeinen Konferenz zu behandeln.

Irgendwie kam dann das Gespräch auf die Kriegsschuldfrage. Herr Beneš meinte mit einiger Besorgnis, diese Frage könne vielleicht einmal hier in Genf zur Diskussion kommen. Dann sähe er aber große Gefahren voraus.

Ich setzte ihm unseren Standpunkt in der Kriegsschuldfrage auseinander, bezeichnete dabei als eigentliche Schuldige Frankreich und Rußland und fügte hinzu, daß ferner Österreich-Ungarn, Deutschland und England von einer Verantwortung für den Krieg nicht freizusprechen seien.

Herr Beneš widersprach mir in bezug auf die Kriegsschuld Frankreichs und die Verantwortung der anderen drei Länder nicht, er versuchte aber, Rußland zu exkulpieren. Zum Beweise dieser These führte er an, daß im Februar 1914 tschechische Politiker in Petersburg gewesen und dort für die Befreiung Böhmens eingetreten seien. Diesen Herren sei russischerseits erwidert worden, man könne sich um diese Frage nicht kümmern und man beabsichtige keineswegs, einen Krieg anzufangen.

Ich erwiderte Herrn Beneš, dieser Tatbestand sei für mich kein Beweis gegen die russische Kriegsschuld. Ich sagte ihm, daß für mich an einer Kriegsschuld Rußlands kein Zweifel bestehe, erläuterte die Politik Poincarés und wies auch hin auf unsere Veröffentlichung der Iswolski-Akten,<sup>5</sup> die Herr Beneš zu kennen vorgab.

Wir kamen dann auf die innerpolitischen Verhältnisse in der Tschechoslowakei zu sprechen, und ich sagte Herrn Beneš, nach meinen Nachrichten habe er wohl einige Schwierigkeiten zu erwarten.

Herr Beneš setzte mir daraufhin in einzelnen die innerpolitische Situation in der Tschechoslowakei auseinander. Dann erklärte er sehr kategorisch, er habe vor den bevorstehenden Auseinandersetzungen nicht die geringste Angst. Er habe früher viel schwierigere Kämpfe zu bestehen gehabt. Die Schwierigkeiten, die er jetzt vielleicht zu erwarten hätte, seien durchaus keine großen.

Ich brachte das Gespräch auf die im nächsten Jahr bevorstehenden Präsidentschaftswahlen, wobei mir Herr Beneš ebenfalls ganz kategorisch erklärte, es sei nicht der geringste Zweifel daran vorhanden, daß Herr Masaryk wieder gewählt werden würde.

Herr Beneš erwähnte dann nebenbei, er werde von den Radikalen in der Tschechoslowakei hauptsächlich auch deshalb angegriffen, weil er stets im Einver-

---

sagte, daß der Lothringer Eisenpakt [Internationale Rohstahlgemeinschaft, ebd., Bd. I/2, S. 294-96] ein geeigneter Schritt auf diesem Wege sei.“-Aufz. Schuberts, PA, R 29411.

<sup>4</sup> Vom 4.-23. Mai 1927 in Genf; siehe dazu Krüger, Ansätze zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, S. 163-67; Schulz, Europäische Wirtschaftsordnung, S. 86-131.

<sup>5</sup> Gemeint ist der Schriftwechsel des ehemaligen russischen Botschafters in Paris, Alexander Petrowitsch Iswolski (1910-1917). Siehe zu den Iswolski-Akten ADAP, Serie B, Bd. III, S. 395 Anm. 4.

nehmen mit Herrn Masaryk für eine Ausgleichspolitik gegenüber den Deutschen in der Tschechoslowakei eingetreten sei.

Wir sprachen sodann im speziellen über die Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei. Herr Beneš meinte, zwischen beiden Ländern beständen ja keine wirklichen Streitpunkte. Ich erwähnte bei dieser Gelegenheit die Stellung der Deutschen in der Tschechoslowakei und streifte im speziellen als Beispiel die Marienbader Angelegenheit.<sup>6</sup>

Herr Beneš ließ sich aber auf diese Einzelheiten nicht ein und erklärte, er hoffe sehr, daß die Deutschen in die Regierung eintreten<sup>7</sup> und dadurch selbst in die Lage versetzt werden würden, sich um ihre Interessen zu kümmern.

Herr Beneš verbreitete sich sodann ganz von sich aus über die Politik der Kleinen Entente.<sup>8</sup> Er erklärte, er habe innerhalb der Kleinen Entente stets den Leitsatz verfolgt: „Zentraleuropa den Zentraleuropäern“. Die Hauptsache sei, daß die Kleine Entente eine unabhängige Politik treibe, die weder vom Osten noch vom Westen abhängig sei. Insbesondere müsse vermieden werden, daß sich, wie früher, Rußland in die Angelegenheiten des Balkans einmische: deshalb sei er auch durchaus gegen die Idee des Panlawismus. Die Kleine Entente dürfe auch nicht eine Spitze gegen Deutschland haben. Die Hauptsache sei, daß die Kleine Entente vollkommen unabhängig sei.

Ich erwiderte Herrn Beneš, ich freue mich sehr, dies von ihm zu hören. Ich sei der Ansicht, daß man heutzutage eine außerordentlich einfache und klare Politik treiben und sich von dem großen Fehler der Vorkriegspolitik fernhalten müsse, die darauf ausgegangen seien, eine möglichst komplizierte Politik zu treiben, die darauf hinausgelaufen sei, immer einen gegen den anderen auszuspielen.

Herr Beneš stimmte mir hierin sehr lebhaft zu. Ich erwähnte dann noch das polnische Problem, das, wie ich sagte, uns alle gleichmäßig interessiere.

Herr Beneš erwiderte, der Kleinen Entente und insbesondere der Tschechoslowakei komme es darauf an, mit Polen korrekte und womöglich freundschaftliche Beziehungen aufrecht zu erhalten, ohne sich jedoch auf besondere Bindungen einzulassen.

Ich meinerseits erklärte, daß die Polen meiner Ansicht nach bisher versucht hätten, nach überallhin eine Politik zu treiben, sowohl mit Rußland als auch mit dem Balkan, mit England und Frankreich. Nur eine Politik hätten sie nicht getrieben, nämlich die Politik einer Verständigung mit Deutschland. Das sei meiner Ansicht nach sehr töricht gewesen, denn wir seien durchaus bereit, einen Ausgleich mit Polen anzustreben.

Allerdings müsse ich offen gestehen, daß es ein Problem gebe, das zwischen uns und Polen unbedingt geregelt werden müsse, nämlich die Frage Danzigs, des Korridors und Oberschlesiens. Dieses Problem sei noch nicht akut, einmal muß es

<sup>6</sup> Die tschechoslowakische Regierung wollte das Heilbad Marienbad in staatliche Obhut nehmen (Staatsbad), wogegen sich die deutsche Bevölkerung des Ortes und insbesondere der tschechenfeindliche Abt des dortigen Stiftes auflehnte. Schuberts Aufz. vom 18. Januar u. 7. April 1926, ebd., S. 65, 226.

<sup>7</sup> Über den Eintritt zweier deutscher Minister in das Kabinett Švehla siehe Kochs Ber. vom 15. Oktober 1926, ebd., S. 403-05.

<sup>8</sup> Bestehend aus Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei.

aber unbedingt zu unseren Gunsten geregelt werden und dies liege auch im Interesse Polens, was ich durch einen kleinen politischen Exkurs über die Vergangenheit Polens erläuterte.

Herr Beneš schien mir beizustimmen, soweit Danzig und der Korridor in Frage komme, nicht aber bezüglich Oberschlesiens. Er setzte mir auseinander, daß ähnliche Verhältnisse wie in Oberschlesien im Gebiet von Teschen vorgelegen hätten und hier habe er damals, und zwar eigentlich zu Ungunsten der Tschechoslowakei, sich sehr stark für eine Teilung dieses Gebietes<sup>9</sup> eingesetzt, weil er dies aus politischen Gründen für notwendig gehalten hätte.

Ich erwiderte, die Verhältnisse dieses Gebietes seien mir nicht so bekannt, aber immerhin glaubte ich, daß doch die Verhältnisse in Oberschlesien ganz anders lägen. Der augenblickliche Zustand der Teilung Oberschlesiens sei auf die Dauer vollkommen unmöglich, was ich im einzelnen auseinandersetzte.

Herr Beneš schien einiges Verständnis für diese Gründe zu haben, aber nicht ohne weiteres überzeugt zu sein.

Ich kam schließlich auch auf Rußland und auf unseren Berliner Vertrag zu sprechen, wobei ich der Hoffnung Ausdruck gab, daß Herr Beneš sich wohl inzwischen davon überzeugt hätte, daß dieser Vertrag keineswegs schädlich sei.<sup>10</sup>

Herr Beneš erklärte, er habe seinerzeit tatsächlich einige Bedenken wegen der Rückwirkungen dieses Vertrages auf den Völkerbund gehabt: diese Bedenken seien aber nach den Erklärungen, die seinerzeit Herr Gaus Herrn Fromageot in Genf gemacht habe,<sup>11</sup> vollkommen ausgeräumt worden.

## 155

### **Notizen von Schuberts über Besprechungen im Oktober 1926 mit dem Reparationsagenten Gilbert Grünhaus, Winter 1932/33**

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. Cgil, Bd.1  
(PA, R 29004).*

Gespräch Stresemanns mit Gilbert vom 9. Oktober 1926.<sup>1</sup>

Nach Gilberts Ansicht Zeit für die Revision des Dawes-Plans noch nicht reif.

Meine Unterredung mit Parker Gilbert vom 9. Oktober 1926.<sup>2</sup>

Über Thoiry<sup>3</sup> und damit zusammenhängende Themata.

<sup>9</sup> Entscheidung des Obersten Rates der Alliierten vom 28.7.1920.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 150, insbesondere Anm. 3.

<sup>11</sup> ADAP, Serie B, Bd. I/1, S. 515f.

<sup>1</sup> ADAP, Serie B, Bd. I/2, S. 312f.

<sup>2</sup> Ebd., S. 313-17.

<sup>3</sup> Während der Besprechung zwischen Stresemann und Briand in Thoiry am 17. September 1926 war vereinbart worden, daß Deutschland einer Mobilisierung der Eisenbahnobliga-



Ich fragte ihn, wann er glaube, daß die Liquidierung des Dawes-Plans eingeleitet werden könne. Gilbert: vielleicht in zwei bis drei Jahren, vorher nicht, und zwar hauptsächlich deshalb, weil damit aufs Engste die Frage der Reduzierung der interalliierten Schulden zusammenhänge.<sup>4</sup>

Das weitere Gespräch, (verschiedene Einzelheiten, die mit Thoiry zusammenhängen)<sup>5</sup> sehr interessant.

---

tionen in Höhe von 1,5 Milliarden Mark zustimme und die Saargruben für 300 Millionen zurückkaufe. Dafür sage Frankreich die vorzeitige Rückgabe des Saargebiets, das Ende der Militärkontrolle und die vorzeitige Rheinlandräumung zu; Aufz. Stresemanns vom 17. u. 20. September, ebd., S. 188-91, 202-10; außerdem AR, Kab. Marx III u. IV, Bd. 1, Ministerbesprechung 20. September 1926, S. 209-35. Gleichzeitig solle Deutschland mit Belgien eine Einigung über Eupen-Malmedy anstreben. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 356f. Siehe auch Dok. 256.

<sup>4</sup> Im einzelnen hieß es: „Ich sprach dann ganz offen von der Liquidierung des Dawes-Plans und fragte ihn, wann er glaube, daß diese Liquidation mit Aussicht auf Erfolg eingeleitet werden könne. Ich hätte gehört, daß er dem Herrn Reichsminister gesagt habe, vielleicht in 2 bis 3 Jahren. Herr Gilbert erwiderte, das sei richtig. Er glaube nicht, daß es vorher möglich sein werde und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil damit aufs engste die Frage der Reduzierung der interalliierten Schulden zusammenhänge. Für eine Reduzierung dieser Schulden sei aber zur Zeit, in Amerika wenigstens, keinerlei Meinung vorhanden. Vielleicht aber werde sich dies in 1 bis 2 Jahren ändern. Deshalb müsse man vorläufig abwarten. Ich sagte darauf Herrn Gilbert, daß ich meine Bedenken, die ich auch ursprünglich gegen eine Teillösung wegen der eventuellen Gefährdung der Gesamtlösung gehabt hätte, aus einer ganz besonderen Erwägung heraus jetzt zurückgestellt hätte. Ich erinnerte mich daran, daß, als der Dawes-Plan vor zwei Jahren in London zur Diskussion gestanden hätte, die Lösung dieser Frage damals ganz außerordentlich erschwert worden sei dadurch, daß andere Probleme, nämlich die Räumung der Ruhr und der Sanktionsstädte usw., noch nicht gelöst worden seien. Wenn zu einer gegebenen Zeit die Liquidierung des Dawes-Planes zur Erörterung komme und es seien dann noch die erste und zweite Zone im Rheinland und die Saar besetzt, so müsse ich befürchten, daß sich hieraus ein sehr unangenehmer Kuhhandel entwickle und dieser Kuhhandel eine reinliche Lösung der Dawes-Frage bedeutend erschweren würde. Deshalb sei es meiner Ansicht nach durchaus wünschenswert, diese Fragen vorher zu bereinigen, damit sie nachher die Lösung des Gesamtproblems nicht mehr erschweren würden. Diese Argumentation machte offenbar auf Herrn Gilbert einen sehr lebhaften Eindruck. Er meinte, ich hätte vollkommen recht. Er glaube sogar, daß, umgekehrt gesprochen, die rechtzeitige Ausräumung der Rheinland- und der Saarfragen der endgültigen Regelung des Dawes-Plans und des Problems der interalliierten Schulden in einer sehr nützlichen Weise den Weg bereiten könnten.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. I/2, S. 315.

<sup>5</sup> Schubert sprach u.a. die Erwartungshaltung der deutschen Öffentlichkeit an: „Ich sagte Herrn Gilbert, auch ich sei der Meinung, daß man die Sache jetzt nicht forcieren dürfe. Auf der anderen Seite aber müsse er bedenken, daß, und zwar nicht durch unsere Schuld, in der deutschen öffentlichen Meinung durch die Unterhaltung von Thoiry sehr große Hoffnungen erweckt worden seien. Wenn nun in absehbarer Zeit nichts geschehe, so könne dies hier sehr unbequeme innerpolitische Folgen haben, die zu einer Gefährdung des Kabinetts Stresemann [sic!] führen könnten. Außerdem sei zu bedenken, daß bei der nächsten Völkerbundsratstagung in Genf die Staatsmänner der in erster Linie beteiligten Länder sich dort wieder treffen würden, und ich hielt es für gut, daß bis dahin immerhin eine gewisse Basis gelegt sei, auf der man dann weiterbauen könne.“-Aufz. Schuberts, ebd., S. 317.

**Telegramm von Schuberts an die Botschaft in Rom  
Berlin, 18. November 1926**

*Ausfertigung. PA, R 53343; Vermerk: „Abgesandt 18.11. 9<sup>25</sup> Nm.“*

Im Anschluß an Telegramm Nr. 322.<sup>1</sup>

Graf Aldrovandi suchte mich heute auf, um mir mitzuteilen, daß er unser neues Gespräch über Artikel elf Schiedsvertrags<sup>2</sup> nach Rom telegraphiert und darauf heute eine Antwort von Mussolini erhalten habe. Italienische Regierung denke danach nicht daran, dem Schiedsvertrag durch Artikel elf den allgemeinen Charakter zu nehmen. Artikel elf sei aber durchaus gerechtfertigt, weil sich entsprechende Bestimmungen auch in den in Locarno abgeschlossenen Schiedsverträgen<sup>3</sup> fänden. In diesen Verträgen stände nämlich eine Bestimmung des Inhalts, daß sie sich nicht auf die Vergangenheit bezögen.

Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß ich mir eine solche Bestimmung in den Locarno-Verträgen nicht denken könne. Da ich natürlich den Wortlaut dieser Verträge nicht im Kopf hätte, würde ich die Sache nachprüfen. Im übrigen war ich mit dem Botschafter darüber einig, daß wir hier die Sache nicht zu verhandeln hätten, sondern den Verlauf der Verhandlungen in Rom abwarten wollten.

Zu dem Vorbringen des Botschafters selbst bemerke ich folgendes: Die Italiener denken anscheinend an den Artikel eins Absatz zwei der Schiedsverträge von Locarno, wonach er keine Anwendung auf Streitfragen findet, die aus Tatsachen entsprungen sind, die zeitlich vor diesen Abkommen liegen und der Vergangenheit angehören. Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß diese Bestimmung etwas ganz anderes ist als der Artikel elf des italienischen Entwurfs. Die Bestimmung besagt lediglich, daß solche Einzelfälle, die in der Vergangenheit liegen und keine aktuelle Bedeutung mehr haben, nicht nachträglich aufgerollt werden sollen. Dagegen läuft der Artikel elf des italienischen Entwurfs darauf hinaus, jede Streitfrage, gleichviel ob sie in der Vergangenheit entstanden ist oder künftig entsteht, dann auszuschließen, wenn es sich dabei um einen in der Vergangenheit liegenden Vertrag handelt. Das italienische Argument ist deshalb vollkommen verfehlt.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> ADAP, Serie B, Bd. III, S. 460 Anm. 2.

<sup>2</sup> Dies war der Hauptstreitpunkt in den deutsch-italienischen Verhandlungen über einen Schiedsvertrag (dazu ebd., S. XXII-XXIV); Text des italienischen Entwurfs: PA, R 29353.

<sup>3</sup> RGBl. 1925, II, S. 982ff.

<sup>4</sup> Neurath telegraphierte am 19. November 1926 aus Rom u.a.: „Ich hatte heute eine längere Unterredung mit Grandi in Sachen des Schiedsvertrages, wobei ich ihm unter Verwendung der Ausführungen des oben genannten Erlasses mein Befremden über die Aufnahme des Artikels 11 in den italienischen Gegenentwurf aussprach. Nach einigen allgemeinen Redensarten gab Herr Grandi unumwunden zu, daß die Italiener bei der Aufnahme dieses Artikels in erster Linie an die Frage des Anschlusses Österreichs und der Brennergrenze sowie an die sogenannte Südtiroler Frage gedacht haben.“-ADAP, Serie B, Bd. III, S. 460f. In Stresemanns Antworttel. vom 24. November heißt es u.a.: „Der Hauptgrund unseres Widerspruchs gegen Artikel elf liegt vielmehr in folgendem: Die ausdrückliche Ausschließung aller Streitfragen aus früheren Verträgen würde von Italienern politisch so

Ich bitte, dies bei Ihren dortigen Unterhaltungen zu berücksichtigen.

Schubert

157

**Erlaß von Schuberts an die Gesandtschaft in Teheran  
Berlin, 23. November 1926**

*PA, R 29427; mschr. Vermerk: „Durchdruck für Herrn Staatssekretär.“*

In der Anlage übersende ich Abschrift einer Note der Persischen Regierung an den Völkerbund vom 25. Oktober, die vom Generalsekretär des Völkerbundes allen Völkerbundsmitgliedern mitgeteilt worden ist.<sup>1</sup> [...]²

Die persische Note hat eine Vorgeschichte, die zum Teil bekannt ist. Persien war das erste Völkerbundsmitglied, das sich anlässlich der russischen Besetzung von Enseli im Jahre 1920 mit der Bitte um Hilfe an den Völkerbundsrat gewandt hat, freilich ohne Erfolg. [...] In der Plenarsitzung der 4. Bundesversammlung vom 25. September 1923 erklärte der persische Delegierte Prinz Arfaed-Dovleh, seine Regierung könne sich keinesfalls mit einer Abschwächung des Artikels 10 einverstanden erklären. [...] Bei der Begründung seiner Stellungnahme ging der persische Delegierte von der zweifellos unrichtigen Auslegung des Artikels 10 aus, wonach alle Völkerbundsmitglieder verpflichtet seien, den Empfehlungen des Rates zur Durchführung der Verpflichtungen des Artikels 10 Folge zu leisten. Eine derartig weitgehende Verpflichtung besteht nicht, und es ist besonders darauf hinzuweisen, daß sich der Artikel 16 der Völkerbundssatzung nicht auf den Artikel 10 bezieht. Persien ist aber jedenfalls stets für eine weitgehende Interpretation der Verpflichtungen der Bundesmitglieder aus Artikel 10 und 16 eingetreten [...].

Diese Tatsache allein genügt aber nicht, um die in der Anlage wiedergegebene persische Note zu erklären. Es ist vielmehr anzunehmen, daß fremde Einflüsse unter Ausnutzung der bekannten persischen Einstellung zu Artikel 16 auf die Haltung

---

gedeutet werden können und sicherlich nach außen hin so gedeutet werden, daß alles, was mit Versailler Vertrag zusammenhängt, als sakrosankt anerkannt worden sei, weil die Ausschließung den deutsch-italienischen Streitfragen über Versailler Vertrag einen ganz anderen Charakter verliehen hätte als allen sonstigen Streitfragen. Ebenso würde die Ausschließung aller Fragen des inneren Rechts in der vorgeschlagenen Formulierung politisch auf das Anerkenntnis hinauslaufen, daß die Italiener auf ihrem Staatsgebiet, insbesondere in Südtirol, tun und lassen können, was ihnen beliebt.“-Ebd., S. 467. Unterzeichnung am 29. Dezember 1926 (RGBl. 1927, II, S. 461-65); dazu Schuberts Aufz. vom 29. Dezember, ADAP, Serie B, Bd. III, S. 504f.

---

<sup>1</sup> Hier nicht gedruckt.

<sup>2</sup> Es folgt ein Hinweis auf weiteres übersandtes Material. Die Darlegung der Vorgeschichte seit 1920 im folgenden Absatz ist um einige Details gekürzt.

der Regierung in Teheran eingewirkt haben. Ich bitte den Ursachen dieses unerwarteten und ungewöhnlichen persischen Schrittes nachzuforschen.

Hinsichtlich der allgemeinen Bedeutung des persischen Vorstoßes verweise ich auf folgende allgemeine Gesichtspunkte.

Seit Bestehen des Völkerbundes hat die ungeschickte Fassung des Artikels 16 der Satzung und die daraus folgende Ungewißheit über seine Tragweite Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten und zu Debatten in der Bundesversammlung gegeben. Es zeichneten sich deutlich zwei Strömungen ab: Eine Gruppe von Mitgliedern suchte den Artikel und die aus ihm erwachsenden Verpflichtungen durch milde Auslegung und durch Betonung ihrer souveränen Rechte abzuschwächen, während eine andere Gruppe von jeher den Artikel 16 auszubauen bestrebt war, um den Schutz des Völkerbundes so wirksam wie möglich zu gestalten.

Die Beschlüsse betreffend die Abänderung und Auslegung des Artikels 16, die die Bundesversammlung am 4. Oktober 1921 faßte, bringen zwar eine Präzisierung der Verpflichtungen der Mitglieder, sollen aber zweifellos die Tragweite der Sanktionsbestimmungen der Satzung abschwächen. Keine dieser Satzungsänderungen von 1921 ist in Kraft getreten und die 19 Punkte der Interpretationsbeschlüsse von 1921 sollen jetzt vom Ratskomitee neu überprüft werden.

Das Genfer Protokoll von 1924<sup>3</sup> bewegte sich hinsichtlich der Sanktionen auf der gleichen Linie der Präzisierung und Abschwächung. Die Locarno-Note vom 16. Oktober 1925 (Anlage F [des Locarno-Vertrags])<sup>4</sup> knüpft an die Gedankengänge des nichtratifizierten Genfer Protokolls an. Sie stellt keine Ausnahme zu Gunsten Deutschlands dar, sondern gibt ganz allgemein den Verpflichtungen aus Artikel 16 eine restriktive Interpretation, auf die sich jedes Völkerbundsmitglied berufen kann.

Innerhalb des Völkerbundes dauert der Meinungsstreit über Ausbau oder Abschwächung des Artikels 16 fort. Bis zu seinem Eintritt hatte Deutschland naturgemäß keinen Anlaß, zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Es war aber unerlässlich, vor der Aufnahme in den Völkerbund klarzustellen, daß Deutschland keine Verpflichtungen übernehmen würde, denen es infolge seiner Entwaffnung nicht gewachsen wäre. Hierbei kam eine authentische Neuinterpretation des Artikels 16 durch den Völkerbund oder gar eine Abänderung dieses Artikels praktisch nicht in Frage. Für unsere Zwecke genügte es aber, daß die drei ständigen europäischen Ratsmächte sich uns gegenüber auf eine Auslegung des Artikels 16 festlegten, die uns gegen Hineinziehung in Konflikte, denen wir nicht gewachsen wären, schützt.

Es ist aber nicht weiter erstaunlich, daß Staaten, die eine Verstärkung des Völkerbundsschutzes und damit der Sanktionsbestimmungen des Artikels 16 erstreben, an der Locarno-Interpretation Anstoß nehmen, wenn auch die Art des Vorgehens insbesondere der finnischen Delegation<sup>5</sup> in Genf, der sich die Persische Regierung jetzt anschließt, durchaus zu beanstanden ist. Das Vorgehen dieser Mächte

<sup>3</sup> Dok. 110 Anm. 3.

<sup>4</sup> Über die Locarno-Verträge s. Dok. 137.

<sup>5</sup> Zur Haltung Erichs siehe die hier nicht gedruckte Anlage (vorläufiges Protokoll der 8. Sitzung der 1. Kommission des Völkerbunds am 22. September 1926).

richtet sich fraglos gegen die deutsch-russischen Beziehungen und gegen den Berliner Vertrag vom 24. April 1926<sup>6</sup>, der zum Teil auf der Locarno-Note vom 16. Oktober 1925 beruht. Das was von unserem Standpunkt hierzu zu sagen ist, haben wir in Genf dem finnischen Vertreter sofort entgegengehalten, und die Delegierten der alliierten Mächte haben es bei dieser Gelegenheit auch ihrerseits abgelehnt, auf die finnischen Anregungen einzugehen. In welcher Form die Diskussion im Völkerbund wiederaufleben wird, läßt sich von hier aus noch nicht übersehen. Eine Erörterung des Problems im Sinne einer Kritik an der Locarno-Note ist uns natürlich unerwünscht; sie kann auch zu keinen Ergebnissen führen.

Falls sie auf die Angelegenheit angesprochen werden, wird Ihrerseits zu betonen sein, für unsere Stellungnahme in Locarno und in Genf sei lediglich entscheidend gewesen, daß wir auf Grund unserer militärischen und geographischen Lage unmöglich an Bundesexekutionen größeren Umfangs teilnehmen können. Wir stehen aber noch immer außerhalb des theoretischen Meinungsstreites über den Ausbau oder Abbau des Artikels 16. Unsere Lage ist eine besondere, die keine Parallele mit nichtabgerüsteten Staaten zuläßt. Sie ist uns durch den Versailler Vertrag aufgezwungen worden, und die Änderung unserer Haltung gegenüber den Sanktionsverpflichtungen der Völkerbundssatzung hängt nicht von unserem guten Willen, sondern von der allgemeinen militärischen Lage ab. Wenn der von uns angestrebte Rüstungsausgleich in Europa erreicht wird, würden die Voraussetzungen der Locarno-Note von selbst fortfallen. Natürlich können wir niemals selbst die Forderung nach Aufrüstung erheben, müssen vielmehr abwarten, bis diese Notwendigkeit sich von selbst mit logischer Klarheit aus der Situation ergibt. Es wäre jedoch verfehlt, wenn wir uns jetzt für alle Zeit zu Gunsten einer Verwässerung des Artikels 16 festlegen wollten. Wir dürfen sogar, wie ich zu Ihrer vertraulichen Information bemerke, zum mindesten dann, wenn Rußland einmal sich zum Eintritt in den Völkerbund entschlossen haben sollte, Bestrebungen, den Artikel 16 auszubauen und die Verpflichtungen der Hilfeleistung gegenüber angegriffenen Völkerbundsmitgliedern zu verschärfen, an sich begrüßen, da sie sich angesichts der Anerkennung von Deutschlands besonderer Lage mit der Zeit notwendig zu Gunsten eines Rüstungsausgleichs innerhalb Europas bzw. einer Befreiung von den uns durch den Versailler Vertrag auferlegten Rüstungsbeschränkungen auswirken müssen. Die Organisierung eines wirksamen Völkerbundsschutzes ist ohne deutsche Beteiligung nicht möglich, und diese Beteiligung hängt von der Beseitigung unserer Sonderstellung im Wege der Gleichstellung mit den anderen Völkerbundsmitgliedern hinsichtlich der Rüstungsfreiheit ab. Je mehr sich der Völkerbund um die Organisierung eines solidarischen Vorgehens zum Schutze seiner Mitglieder bemüht, umso stärker wird das Rüstungsvakuum im Herzen Europas empfunden werden, das durch die einseitige Entwaffnung Deutschlands und seiner früheren Verbündeten geschaffen wurde.

gez.  
v. Schubert

---

<sup>6</sup> Siehe dazu Dok. 149.

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem Pressechef  
der französischen Botschaft Hesnard  
Berlin, 29. November 1926**

*Durchschrift. PA, R 29038.*

Herr Hesnard suchte mich heute auf und erzählte mir, er habe auf Grund unseres letzten Gespräches Herrn Berthelot mitgeteilt, ich würde wahrscheinlich nach Genf fahren und in diesem Fall den größten Wert darauf legen, dort Herrn Berthelot zu treffen. Herr Hesnard las mir daraufhin einen Antwortbrief des Herrn Berthelot vor, in dem dieser sich in sehr schmeichelhafter Weise über mich äußert und sagt, daß er unmöglich in Abwesenheit von Herrn Briand Paris verlassen könne und es auf das Lebhafteste bedauere, auf diese Weise nicht mit mir zusammentreffen zu können.

Wir sprachen dann, aber nur in ganz allgemeiner Weise, über die bevorstehende Tagung in Genf.<sup>1</sup> Ich sagte Herrn Hesnard, ich hoffte, daß diesmal öfters Gelegenheit zu einem zwanglosen Zusammensein zwischen Herrn Briand und Herrn Stresemann sich bieten werde. Es müsse endlich der Zustand aufhören, daß jedes Zusammensein zwischen den beiden Herren zu einem historischen Ereignis gestempelt würde.

Herr Hesnard stimmte mir hierin sehr lebhaft zu.

Wir sprachen dann auch noch über die Militärkontrolle, und ich sagte Herrn Hesnard sehr nachdrücklich, daß diese Sache nun wirklich zu einem Ende kommen müsse.

Herr Hesnard stimmte mir auch hierin bei und meinte, daß doch wohl auch Hoffnung zur Erreichung dieses Zieles bestehe.<sup>2</sup>

Bei dem weiteren Gespräch über die Stimmung in Frankreich meinte Herr Hesnard, es sei sehr bedauerlich, daß die französische Öffentlichkeit sich allmählich ein ganz falsches Bild über die Bedeutung des Sicherheitspaktes von Locarno mache. Man habe in Frankreich vergessen, daß dieser Pakt ein großes Opfer und Entgegenkommen Deutschlands sei. Herr Briand habe offenbar diesen Punkt nicht in den Vordergrund gestellt, um nicht der Deutschen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Trotzdem könne man wohl sicherlich von einem französischen Regiefehler sprechen. Denn in Frankreich herrsche jetzt ganz fälschlich die Meinung vor, als ob die Franzosen lediglich die Gebenden seien und als ob die Deutschen nur immer mehr verlangten, ohne zu Gegenleistungen bereit zu sein.<sup>3</sup>

Sch[ubert]

---

<sup>1</sup> 43. Tagung des Völkerbundsrates vom 6.-11. Dezember 1926.

<sup>2</sup> Die Militärkontrolle wurde nach schwierigen Verhandlungen vom 5.-12. Dezember anläßlich der Sitzung des Völkerbundsrates – dazu ebd., S. XXIII-XXVI – am 31. Januar 1927 beendet.

<sup>3</sup> Bariéty, A la Recherche de la Paix France-Allemagne. Les carnets d'Oswald Hesnard 1919-1931.

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit  
dem amerikanischen Botschafter Schurman  
Berlin, 23. Dezember 1926**

*Durchschrift. PA, R 29038.<sup>1</sup>*

Geheim!

Der amerikanische Botschafter suchte mich heute auf, brachte eine laufende Angelegenheit vor und kam dann auf die Freisprechung des Leutnant Rouzier<sup>2</sup> zu sprechen. Hieran knüpfte sich ein längeres politisches Gespräch.

Herr Schurman meinte, dieser Fall beweise wieder einmal klar, zu welchen Konsequenzen das weitere Fortbestehen der Besetzung am Rhein führen müsse.

Ich erwiderte, indem ich auf das Dawes-Abkommen und die Locarno-Verträge hinwies, daß in der Tat jeder unparteiische Mann zugeben müsse, daß für die Besetzung logischerweise kein Raum mehr sei. Ich sei daher der Ansicht, daß die Räumung des Rheinlandes möglichst bald erfolgen müsse. Ich fügte hinzu, daß meines persönlichen Dafürhaltens wir vielleicht den Franzosen, die sich ja nur noch allein für die Besatzungsfrage interessierten, gewisse Erleichterungen verschaffen, daß wir aber einen wirklichen Preis für die frühzeitige Räumung unmöglich zahlen könnten.

Herr Schurman bezeichnete diese Auffassung als durchaus richtig.

Ich erinnerte sodann Herrn Schurman an die Eröffnungen, die Herr Briand Herrn Stresemann seinerzeit in Thoiry gemacht hatte.<sup>3</sup> Hiernach sei Briand offenbar damals der Ansicht gewesen, daß die deutsche Gegengabe in einer Teilmobilisierung der Eisenbahn-Obligationen, d.h. in einer gewissen finanziellen Leistung bestehen solle. Dieser Gedanke sei jetzt in Genf vollkommen in den Hintergrund getreten. Herr Briand ventiliere offenbar die Idee, als „Gegengabe“ eine gewisse weitere Sicherung im Rheinlande zu erhalten.<sup>4</sup> Er habe zwar hervorgehoben, daß eine solche Sicherung durchaus zweiseitig sein solle. Ich hätte aber sehr großen Zweifel, ob sich dieses Ziel erreichen lassen werde. Ich setzte dem Botschafter sodann vertraulich im einzelnen auseinander, welche Ideen vielleicht in Frage kommen könnten. Ich betonte dann sehr stark, daß ich persönlich gegen jede Lösung sei, welche ein Überbleibsel darstelle der ursprünglichen Neutralitätspläne für das Rheinland und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil ich der Ansicht sei, daß solche Ideen zum Rüstzeug der alten und schlechten Politik gehörten, während wir jetzt eine neue und aktiv fördernde Politik treiben müßten.

Herr Schurman schien diese Gesichtspunkte sehr einleuchtend zu finden.

---

<sup>1</sup> ADAP, Serie B, Bd. I/2, S. 644-47.

<sup>2</sup> Zur Freisprechung des Leutnants Rouzier, eines Mitglieds der französischen Besatzungstruppen im Rheinland, siehe ebd., S. 642 Anm. 2.

<sup>3</sup> Siehe Dok. 155 Anm. 3.

<sup>4</sup> Dazu u.a. Tel. Stresemanns an AA vom 8. Dezember aus Genf, ADAP, Serie B, Bd. I/2, S. 569f.

Ich sagte dem Botschafter dann, über die Idee einer Teilmobilisierung der Eisenbahnobligationen könne man ja sehr zweierlei Meinung sein. Bei einiger Vorsicht hielte ich diesen Gedanken aber doch für durchführbar. Ich glaubte auch, daß diese Idee noch nicht ganz begraben sei. Sie könne aber meiner Ansicht nach erst wieder aufleben, wenn die Franzosen das Schuldenabkommen mit den Vereinigten Staaten<sup>5</sup> ratifiziert hätten. Dies sei nach meinen Informationen vielleicht im Januar zu erwarten.

Der Botschafter erwiderte, auch ihm seien derartige Informationen zugegangen.

Viel besser allerdings sei es, fuhr ich fort, wenn die Möglichkeit bestände, bereits im nächsten Jahr auch schon die endgültige Liquidierung des Dawes-Planes in Angriff zu nehmen. Ich sei mir allerdings darüber klar, daß die letztere Frage unbedingt verknüpft sei mit der Frage der endgültigen Liquidierung des interalliierten Schuldenproblems. Nach meinen Nachrichten sei aber die Zeit hierfür in Amerika noch nicht reif.<sup>6</sup>

Ich würde natürlich eine Gesamtlösung der drei großen Probleme deshalb sehr begrüßen, weil ich der Ansicht sei, daß eine solche Lösung in sehr erheblichem Maße dazu beitragen würde, Europa endgültig zu sanieren. Es sei aber meiner Ansicht nach unbedingt notwendig, mit allen Kräften an eine wirtschaftliche Sanierung Europas heranzugehen und in dieser Beziehung keine Zeit zu verlieren, wenn man nicht riskieren wolle, daß in garnicht zu langer Zeit über Europa als Folge des Krieges noch eine grauenhafte Katastrophe hereinbreche.<sup>7</sup> Auch glaubte ich, daß eine Sanierung Europas durchaus im amerikanischen Interesse liege.

Der letzten Bemerkung stimmte der Amerikanische Botschafter sehr lebhaft zu. Er sagte mir, auch er sei der Ansicht, daß Amerika das größte Interesse an einer wirtschaftlichen Gesundung Europas habe und daß alle verständigen Leute in Amerika der Ansicht seien, daß ein erstarktes Europa von amerikanischer Seite durchaus nicht als eine lästige Konkurrenz empfunden werden dürfe. Im Gegenteil könne er sich denken, daß ein wirtschaftlicher Zusammenbruch Europas auch für Amerika die größten Gefahren mit sich bringen würde.

Ich sagte sodann, daß man unter den oben geschilderten Umständen vielleicht auf den Gedanken kommen könnte, alle die erwähnten großen Probleme, nämlich das der Räumung, der Liquidierung des Dawes-Plans und der Liquidierung des interalliierten Schuldenproblems, um zwei Jahre zurückzustellen. Dies gehe aber nicht an, da meiner Ansicht nach das Räumungsproblem schon so weit fortge-

<sup>5</sup> Mellon-Bérenger-Abkommen vom 29. April 1926; Moulton / Pasvolsky, *World War debt settlements*, S. 363-71.

<sup>6</sup> In einer Unterredung mit Lindsay kam am 12. April 1927 auch dieses Thema zur Sprache: „Seiner [Lindsays] Ansicht nach seien es eben zwei Probleme, die immer noch die ganze Atmosphäre vergifteten, einmal das Problem der Rheinlandbesetzung und zweitens das Problem der internationalen Zahlungen. Diese Probleme müßten seiner Ansicht nach so bald wie möglich aus der Welt geschafft werden. Ich entgegnete, das sei durchaus meine Meinung. Was das zweite Problem anlange, so hätten wir es ja alle mit Amerika zu tun. Hier wurde Sir Ronald sehr lebhaft und sagte, Amerika sei eben ein Blutegel allergrößten Ausmaßes.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. V, S. 170f. Siehe auch Dok. 155.

<sup>7</sup> Vgl. Dok. 154, besonders Anm. 3.



schritten sei, daß man an seine Lösung unbedingt im nächsten Jahre herantreten müsse.

Der Botschafter erwiderte, das sehe er vollkommen ein. Er machte dann etwa folgende Ausführungen:

Er erzählte mir, er habe während seines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten Gelegenheit genommen, die großen internationalen Finanzprobleme eingehend mit führenden Bankiers und Industriellen zu besprechen.

Ein sehr hervorragender Bankier, mit dem er die Möglichkeit der Teilmobilisierung der Obligationen besprochen habe, habe gesagt, daß er von der Möglichkeit des Unterbringens dieser Obligationen in Amerika wenig halte. Er persönlich sei der Meinung, daß er die ihm zur Verfügung gestellten Gelder besser unterbringen könne. Der betreffende Bankier habe aber, und das sei sehr interessant, hinzugefügt, das Bild würde sich dann ändern, wenn man in Amerika die Überzeugung gewänne, daß durch die Ausgabe solcher Obligationen eine Stabilisierung der Verhältnisse in Europa herbeigeführt würde, an der man in Amerika größtes Interesse habe.

Er habe, führte der Botschafter weiter aus, Gelegenheit gehabt, auch mit mehreren hervorragenden Finanziers und Politikern über die Frage der interalliierten Schulden zu sprechen. Er könne nur sagen, daß sowohl bei den Republikanern als auch bei den Demokraten die Zahl derjenigen sehr gering sei, die für eine Ermäßigung bzw. eine Streichung der interalliierten Schulden einträten.

Vor allem müßte man sich darüber klar sein, daß das Geld für die Alliierten in Amerika damals in der Weise aufgebracht worden sei, daß Anleihen ausgegeben worden seien, die sich in den Händen des amerikanischen Publikums befänden. Würden nun die Anleihen gestrichen, so werde sich die Notwendigkeit ergeben, die Steuern in Amerika zu erhöhen. Eine solche Entwicklung leuchte natürlich der großen Masse des amerikanischen Volkes keineswegs ein.

Er selbst sei persönlich der Ansicht, daß eine Verminderung bzw. eine Streichung der interalliierten Schulden auf die Dauer garnicht zu umgehen sei. Um aber die breite Masse des amerikanischen Volkes für diese Idee zu gewinnen, müsse man seiner Ansicht nach einen indirekten Weg einschlagen. Man müsse den Leuten in Amerika klarmachen, daß sie ein Interesse daran hätten, in einem gesunden Europa einen kaufkräftigen Kunden zu schaffen bzw. zu erhalten. Man müsse sie darauf hinweisen, daß ein wirtschaftlich schwaches Europa auf die Dauer nicht mehr imstande sein würde, die großen Stapelprodukte<sup>8</sup> der Amerikaner zu kaufen, z.B. Getreide und Baumwolle. Zu einem solchen Aufklärungsprozeß gebrauche man aber natürlich Zeit.

Übrigens wolle er mir sagen, daß die Leute, die jetzt für eine 62 Jahre dauernde Abzahlung der alliierten Schulden einträten, selbst nicht daran glaubten, daß diese Zahlungen auf die Dauer möglich sein würden. Man sei sich selbst in diesen Kreisen absolut klar darüber, daß die Sache nur verhältnismäßig kurze Zeit dauern könne.

Ferner sei ausgerechnet worden, daß bei Streichung sämtlicher interalliiertter Schulden die Steuererhöhung pro Kopf der Bevölkerung lediglich etwa 2 \$ betragen würde.

---

<sup>8</sup> Hschr. geändert aus „Landesprodukte“.

Der Botschafter wies dann aber auch noch hin auf die politischen Verhältnisse in Amerika. Im November 1928 fände bekanntlich die Präsidentenwahl statt. Wegen der üblichen Wahlrücksichten halte er es für ganz ausgeschlossen, in der Frage des interalliierten Schuldenproblems vor diesem Datum irgend etwas zu unternehmen. Nach den Wahlen aber sehe die Sache ganz anders aus. Wenn Herr Coolidge, was der Botschafter übrigens für möglich zu halten schien, wieder gewählt würde, so sei es nach der Verfassung seine letzte Amtsperiode, und dann brauche Herr Coolidge keinerlei politische Rücksichten mehr zu nehmen und habe ganz freie Hand.

Wenn man daher eine internationale Konferenz ins Auge fasse, die sich mit dem interalliierten Schuldenproblem zu beschäftigen haben werde, so könne seiner Ansicht nach mit Aussicht auf Erfolg diese Konferenz erst nach dem November 1928 einberufen werden.

Zum Schluß unterstrich der Botschafter noch einmal, daß nach seiner Ansicht das beste Mittel, um dem amerikanischen Volke die eigentliche Bedeutung des interalliierten Schuldenproblems nahezubringen, der indirekte Weg der Aufklärung darüber sei, daß Amerika das größte Interesse an einer wirtschaftlichen Gesundung Europas habe.

Sch[ubert]

## 160

### **Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichspräsident von Hindenburg (Auszug) Berlin, 25. Februar 1927**

*Abschrift. PA, R 29040.*

Auszug aus einer Unterredung des Herrn Staatssekretärs mit dem Herrn Reichspräsidenten vom 25. Februar 1927.

..... Der Herr Reichspräsident fragte mich sodann nach der Räumungsfrage. Ich setzte ihm den augenblicklichen Stand auseinander und sagte ihm, ich hätte vor, dem Herrn Reichsminister wegen der Behandlung dieser Frage folgenden Vorschlag zu machen. Ich hielt es für falsch, die Räumung jetzt forciert zu betreiben. Briands Stellung sei zwar wiederhergestellt, er müsse sich aber, besonders in Genf, sehr vorsehen.<sup>1</sup> Ich sei der Ansicht, daß man die Franzosen etwas schmoren lassen

<sup>1</sup> Am 14. Februar 1927 hatte Schubert die Räumungsfrage mit Hesnard besprochen: „Über die Haltung der Reichsregierung in der Räumungsfrage könne ich im Augenblick nichts Bestimmtes sagen. Die Formulierung der Regierungserklärung [von Marx, 3. Februar 1927; Verhandlungen des Reichstages, Stenographische Berichte, Bd. 391, S. 8791-96] beweise, daß wir auch in diesem Kardinalpunkt unserer Politik nicht die Absicht hätten, Herrn Briand das Leben schwer zu machen. Selbstverständlich dürfe das nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir moralisch und rechtlich einen Anspruch auf baldige Räumung

müsse. Auf der anderen Seite müsse aber unbedingt von der Räumungsfrage gesprochen werden, um den Faden nicht abreißen zu lassen. Wir müßten auch den Artikel 431 [Versailler Vertrag] erwähnen, eventuell auch etwas von der Truppenreduktion und der Ordonnanzenfrage sprechen.<sup>2</sup>

Der Herr Reichspräsident erklärte sich hiermit vollkommen einverstanden.

161

**Notizen von Schuberts zum italienisch-jugoslawischen Konflikt  
im März/April 1927  
Grünhaus, Winter 1932/33**

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. Serba, Bd. 1-4  
(R 29340-43).*

Band 1:

Einige recht interessante Aufzeichnungen.<sup>1</sup>

Band 2:

Chamberlain hatte mir durch Lindsay allerlei Mitteilungen machen lassen (8. März 1927). Chamberlain hatte sagen lassen, Groß-Britannien, Frankreich und Deutschland möchten den Italienern und den Jugoslawen die Anregung unterbreiten, daß die drei genannten Staaten unter Hinzuziehung von Italien und Jugoslawi-

---

hätten und daß wir diesen Anspruch auch nicht fallen lassen könnten.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. IV, S. 315. Am 1. März besprach Schubert die Angelegenheit mit Lindsay: „Bei dieser Gelegenheit sagte ich Sir Ronald, ich nähme als gegeben an, daß die Engländer kein großes Interesse an der Fortdauer der Besatzung haben würden; eine Bemerkung, die Sir Ronald mit einem zustimmenden Lächeln quittierte.“-Aufz. Schuberts, ebd., S. 436.

<sup>2</sup> Zu diesem Komplex siehe Marx' Schreiben an Schubert vom 28. Februar 1927, ebd., S. 430-34.

---

<sup>1</sup> Noch am 19. Januar 1927 hatte sich Schubert dem jugoslawischen Gesandten Balugdzic gegenüber dahingehend geäußert, „daß wir nicht wünschten, in die komplizierte Balkanpolitik hineingezogen zu werden.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. IV, S. 98. Und gegenüber dem ungarischen Gesandten Kánya erklärte er am 27. Januar 1927, „daß wir [...] auf dem Balkan eine sehr naive Politik führten, die lediglich darauf hinauslaufe, ganz allgemein unsere Beziehungen zu den verschiedenen Balkanstaaten zu verbessern, besonders in wirtschaftlicher Hinsicht. Wir vermieden aber alles, was dazu führen könne, uns in die verwickelte Balkanpolitik hineinzuziehen. Wir hätten an unserer West- und Ostgrenze gerade genug zu tun.“-Aufz. Schuberts, ebd., S. 163. Ähnlich äußerte sich Schubert gegenüber dem bulgarischen Gesandten Popoff, der Deutschland aufforderte, auf dem Balkan eine aktivere Rolle zu spielen, am 26. März 1927: „Ich erwiderte dem Gesandten, daß wir auf dem Balkan eine sehr vorsichtige und zurückhaltende Politik treiben müßten, da wir vorläufig noch Probleme zu regeln hätten, wie z.B. das Problem der Befreiung des Rheinlandes, die für uns Lebensnotwendigkeiten darstellten.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. V, S. 85.

en eine militärische Investigations-Kommission zwecks Feststellung an Ort und Stelle entsenden sollten. Ich hatte über diesen Punkt mehrere lange Gespräche mit dem sehr vernünftigen Lindsay.<sup>2</sup>

Stresemann brachte die Sache am 24. März 1927 in den Ministerrat, wo Hergt und Gessler Einwände erhoben, während der Reichskanzler zustimmte.<sup>3</sup>

Am 24. März nachmittags läßt der Reichspräsident den Minister bitten, dem Englischen Botschafter noch keine definitive Antwort zu geben. Der Reichspräsident hat nach wie vor starke Bedenken.

Am 25. März habe ich Stresemann, bevor er sich zum Reichspräsidenten begab, eine kurze Aufzeichnung über den Stand der Sache gegeben.<sup>4</sup> Mündlich habe ich ihm nach einer Notiz von mir folgende Gedanken vorgetragen<sup>5</sup>:

1.) Wenn wir uns jetzt zurückhalten, so stellen wir uns auf eine Stufe mit den Russen, die sich auch stets von allen europäischen gemeinsamen Beratungen fernhalten.

2.) Briand hat auf die Anfrage von Chamberlain sofort geantwortet, es macht einen kläglichen Eindruck, wenn wir zögern.

3.) Es ist die erste große politische Frage, die uns an sich nichts angeht, mit der wir aber befaßt werden. Wir müssen eine klare Antwort geben, denn wir müssen doch die Linie unserer Politik einhalten.

4.) Es muß eine klare Antwort gegeben werden, sie muß entweder ja oder nein lauten. Wie wir allerdings ein eventuelles „nein“ begründen wollen, ist mir unklar.

5.) Es ist für den Herrn Reichsminister unmöglich, sich auf die Dauer hinter dem Ministerrat zu verstecken.

6.) Chamberlain hat recht, wenn er sagt, daß die Mitteilung der italienischen Regierung, die sie in London, Paris und Berlin machte, den betreffenden Mächten eine Verantwortlichkeit auferlege.

7.) Unsere Antwort darf nicht dadurch, daß sie immer wieder hinausgeschoben wird oder nicht bestimmt lautet, etwas Gequältes bekommen.

8.) Es ist doch stets unsere Politik gewesen, auf eine Zusammenarbeit der großen europäischen Mächte hinzuwirken. Das haben wir seit Jahren urbi und orbi erklärt. Bei der ersten Sache, durch welche unsere Stellungnahme auf die Probe gestellt wird, können wir uns doch nicht drücken, das würde sehr zweideutig aussehen.

9.) In welche Lage würden wir später kommen, wenn wir jetzt ablehnten oder zweideutig antworteten usw.

10.) Wenn wir nicht mitmachen, so bringen wir uns in den Verdacht, daß wir stets auf eine gemeinsame Mitarbeit dringen, wenn wir eigene Wünsche verfolgen,

<sup>2</sup> Zwei Aufz. Schuberts vom 24. März 1927 finden sich ebd., S. 54-58 u. 58-61. Der Hinweis Schuberts auf den 8. März beruht offensichtlich auf einem Versehen. Es ging um die Folgen einer italienischen Demarche vom 19. März wegen angeblicher militärischer Vorbereitungen Jugoslawiens gegen Albanien und die daraus entstandenen Spannungen; ebd., S. XXXIIIff.

<sup>3</sup> AR, Kab. Marx III u. IV, Bd. 1, S. 654-56.

<sup>4</sup> Auf. Ulrichs vom 25. März 1927. Siehe ADAP, Serie B, Bd. V, S. 63 Anm. 3.

<sup>5</sup> Ebd., S. 63f.

daß wir uns aber vor einer solchen internationalen Politik drücken, wenn wir eigene Wünsche nicht zu vertreten haben.

Nach dem Empfang beim Reichspräsidenten erzählte mir der Minister, der Reichspräsident habe nach wie vor große Bedenken gegen unsere Teilnahme an der Chamberlainschen Aktion.

Am 25. März besuchte dann der Englische Botschafter Stresemann.<sup>6</sup> Danach trat dann der Chamberlainsche Plan wieder etwas in den Hintergrund. Briand soll jetzt auf Belgrad und Chamberlain auf Rom wirken. Als der Botschafter fragte, ob Deutschland bereit sei, falls die Dinge sich änderten und erneut ein Zusammenwirken mit Deutschland in Betracht käme, der Anregung Englands zu folgen, erwiderte Stresemann, daß er sich mit aller Kraft dafür einsetzen würde, eine solche Mitwirkung Deutschlands zustande zu bringen. (Stresemann kam unter diesen Umständen nicht dazu, von einer Erklärung Gebrauch zu machen, die ich ihm aufgesetzt hatte.)

Am gleichen Tage (25. März) informierte ich auf seinen Wunsch den italienischen Botschafter über die Demarche Lindsays.<sup>7</sup>

Noch einige weitere interessante Aufzeichnungen.

Band 3:

29. März 1927: Der Englische Botschafter machte Mitteilung von einem „unmöglichen“ Vorschlag der Franzosen.

31. März 1927: Sehr interessantes Gespräch zwischen Lindsay und mir.<sup>8</sup>

1. April 1927: Lindsay gibt mir Nachricht von einem neuen Vorschlag Chamberlains, den er bereits in Italien gemacht hat.<sup>9</sup> Falls Unruhen in dem jugoslawisch-albanischen Grenzgebiet entstehen, sollen sich der britische und der französische Militärattaché an Ort und Stelle begeben. Chamberlain hofft, daß sich auch ein Mitglied der Deutschen Gesandtschaft anschließen wird.

Offenbar habe ich dann Stresemann, und zwar im positiven Sinne, Vortrag gehalten. Die Akten enthalten hierüber nichts.

Am 2. April aber befindet sich eine Notiz, wonach der Ministerrat dem von uns vorgeschlagenen Verfahren in der albanischen Frage zustimmt.<sup>10</sup>

Ich notiere, es komme darauf an, den Engländern zu sagen, wir seien bereit, bei der Kommission mitzumachen, wenn Italien, Jugoslawien und Albanien zustimmten und vorbehaltlich der Regelung der Einzelheiten der Funktionen der Kommission.<sup>11</sup>

---

<sup>6</sup> Aufz. Stresemanns, ebd., S. 65 Anm. 2.

<sup>7</sup> Aufz. Schuberts, ebd., S. 65-67.

<sup>8</sup> Schuberts Aufz., ebd., S. 107f. Anm. 2. In dem Gespräch erklärte Schubert dem englischen Botschafter: „Auf der anderen Seite seien aber auch wir uns unserer Verantwortlichkeit bewußt, und ich könne ihm als meine persönliche Ansicht sagen, wobei ich glaubte, daß dies auch die Ansicht des Herrn Reichsministers sei, daß wir gern uns an jeder aussichtsreichen Aktion beteiligen würden, welche der Verständigung und dem Frieden dienen könne.“

<sup>9</sup> Siehe ebd., S. 118 Anm. 3.

<sup>10</sup> AR, Kab. Marx III u. IV, Bd. 1, S. 671f.

<sup>11</sup> Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. V, S. 118f. Anm. 5. Am 28. November 1927 erklärte Schubert dem bulgarischen Gesandten: „Ich erwiderte, wir seien bestrebt, unsere wirt-

Am gleichen Tage langer Besuch des italienischen Botschafters (Aldrovandi).<sup>12</sup> Am Schluß der Unterredung notiere ich, Aldrovandi habe gesagt, die Stellungnahme Stresemanns in der Frage sei von Anfang an unzweideutig gewesen.

6. April [1927]: Ich orientiere den Englischen Botschafter über unsere Antwort.

7. April 1927: Ich orientiere, nachdem noch Herr Hergt schnell einige Einwände gemacht hatte, den Englischen Botschafter endgültig.

Der Band enthält noch einige andere sehr interessante Aufzeichnungen.

Band 4:

Interessante Verhandlungen mit den Gesandten Italiens, Jugoslawiens, Englands über albanische Zwischenfälle.

Es geht daraus die sehr intime Zusammenarbeit mit den fremden Vertretern unzweideutig hervor.<sup>13</sup>

## 162

### Von Schubert an Reichsminister Stresemann, Baden-Baden Berlin, 4. Juni 1927

*Durchschrift. PA, R 29315, Anschrift: „Herrn Reichsminister Dr. Stresemann,  
Baden-Baden, Brenners Kurhof.“*

Hochverehrter Herr Reichsminister!

Heute morgen nach Berlin zurückgekehrt, beehre ich mich, Ihnen zu melden, daß ich meinen Dienst soeben wieder angetreten habe.

Ich habe ein sehr schlechtes Gewissen, daß ich so lange auf Reisen gewesen bin. Andererseits aber möchte ich Ihnen meinen aufrichtigen Dank für die Bewilligung dieses Urlaubs aussprechen, da ich eine wirkliche Erholung doch sehr nötig hatte. Ich hoffe, ein gutes Resultat dadurch erreicht zu haben, daß ich mit meiner Frau in Marienbad die dortige Kur sehr ernsthaft betrieben und dann auf dem Semmering diesmal eine vernünftige Nachkur angeschlossen habe.

---

schaftlichen Beziehungen zu sämtlichen Ländern des Balkans zu verbessern und hätten auf diesem Wege schon recht ansehnliche Erfolge erzielt. [...] Aber auch im übrigen sei ich der Ansicht, daß wir keine Veranlassung hätten, uns allzusehr in die sehr verwickelten Verhältnisse auf dem Balkan hereinziehen zu lassen.“-Aufz. Schuberts, PA, 29370. Vgl. auch Anm. 1.

<sup>12</sup> Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. V, S. 117-20.

<sup>13</sup> In einer Unterredung mit Beneš am 17. Mai 1927 kam Schubert auch auf Albanien zu sprechen: „Ich erwiderte, auch ich hielt dies Problem für sehr schwierig. Ich skizzierte kurz unsere bisherige Stellung. Ich betonte, ich hätte aus der Balkankrisis 1912/13 gelernt, wie delikant und wie gefährlich solche Probleme seien, da sehr leicht auch die großen Mächte in einen Konflikt verwickelt werden könnten. Damals sei es der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland gewesen. Jetzt liege eine gewisse Gefahr vielleicht in dem italienisch-französischen Gegensatz.“-Aufz. Schuberts, ebd., S. 355.

Gern hätte ich mich während dieser Zeit jeder politischen Beschäftigung enthalten. Das war aber leider nicht möglich, da sowohl Koch in Prag als auch in verstärktem Maße Graf Lerchenfeld mir schrieben, daß Herr Beneš und Herr Seipel sowie Herr Peter mich sehr gern sprechen würden. Über das Resultat meiner Besprechung in Prag sind Sie bereits unterrichtet.<sup>1</sup> In Wien hatte ich bereits auf der Durchreise Graf Lerchenfeld gebeten, kein großes Festprogramm aufzustellen. Trotzdem waren die beiden Tage recht besetzt. Die Österreicher waren aber ganz besonders freundlich und besonders Herr Seipel schien sich über den Besuch tatsächlich zu freuen. Ich hatte eine zweistündige Unterredung mit ihm. Zunächst waren wir 10 Minuten allein; diese Zeit benutzte er vor allem dazu, um sich sehr angelegentlich und in sehr herzlicher Weise nach Ihnen und Ihrem Befinden zu erkundigen. Später zog er Graf Lerchenfeld und unseren alten Freund den Generalsekretär Peter hinzu.<sup>2</sup> Er ging, wie man mir sagte, ganz gegen seine Gewohnheit sehr aus sich heraus. Ich habe über den Inhalt dieser Unterredung kurz telegraphiert; soeben geht auch eine Aufzeichnung des Grafen Lerchenfeld über die Unterredung ein, die ich Ihnen nach Ihrer Rückkehr vorlegen werde; jetzt möchte ich Sie damit nicht behelligen.

Auf die Bitte des Herrn Seipel wurde vereinbart, eine ganz kurze Notiz in die Presse zu geben, die ich dann später mit Herrn Peter vereinbarte. Wie ich dann in den Zeitungen feststellte, hat offenbar Herr Seipel persönlich dieses Kommunique, das in der österreichischen Presse sonst keinerlei Aufsehen erregt hat, etwas voller gestaltet.

Ich habe während dieser beiden Tage einige Eindrücke sammeln können, die, glaube ich, für mich ganz wertvoll waren; ich darf mir hierüber einen mündlichen Bericht vorbehalten.

Wie ich erfahre, werden Sie am Mittwoch [8. Juni] vormittag hier wieder eintreffen. Ich werde die Zwischenzeit benutzen, um mich in die verschiedenen Materien wieder einzuarbeiten, die mir natürlich etwas fremd geworden sind. Soeben höre ich übrigens, daß auch Herr Gaus am Mittwoch morgen seinen Dienst wieder

<sup>1</sup> Schubert hatte seine Kur Ende April angetreten und auf der Reise zum Semmering am 17. Mai in Prag mit Beneš und Krofta gesprochen. Es kamen dabei sowohl der Anschluß als auch die Frage der Schaffung einer Donau-Konföderation zur Sprache. Schubert bemerkte dazu: „Ich erwiderte, für die Verfolgung solcher Ideen gelte dasselbe, was ich in der Anschlußfrage bemerkt hätte: man dürfe eine solche Entwicklung keinesfalls irgendwie forcieren. Ich deutete dann an, daß ich mir von dem Wiederaufleben der alten Donau-Konföderation wegen ihrer heterogenen Zusammensetzung nicht allzu viel versprechen könne. Ob hinter diesen von ihm selbst als theoretisch bezeichneten Äußerungen des Herrn Krofta mehr steckt, als er sich den Anschein geben wollte, ist schwer zu beurteilen.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. V, S. 357f.

<sup>2</sup> Am 30. Mai 1927, Aufz. Peters, ebd., S. 423-30. Im Anschluß an diese Unterredung hatte Schubert alleine ein längeres Gespräch mit Peter, in dem einzelne Punkte der vorangegangenen Unterhaltung nochmals vertieft wurden. Siehe Schuberts Aufz. vom 30. Mai 1927, ebd., S. 430-32. In beiden Gesprächen ging es u.a. auch um den Anschluß und die Donau-Föderation. In einer weiteren Aufz. vom 30. Mai 1927 beschreibt Schubert Gespräche anläßlich eines Dinners am 29. Mai, die zu einem wichtigen Meinungsaustausch über Österreich mit Pineton de Chambrun führten, ebd., S. 432 Anm. 1. Eine weitere Aufz. über seinen Wienbesuch, die vor allem auf eine gewisse Aktualität der Anschlußfrage einging, verfaßte Schubert am 31. Mai 1927; ebd., S. 432-34.

antreten wird, sodaß Sie dann endlich wieder über einen vollbesetzten Stab verfügen können.

Endlich erfahre ich, daß Herr Tschitscherin Sie am Dienstag in Baden-Baden besuchen wird.<sup>3</sup> Ich habe Herrn Köpke gefragt, ob irgendwelche neueren Nachrichten oder Momente vorlägen, deren Kenntnis für Ihre Gespräche mit Herrn Tschitscherin von Wert sein könnten. Herr Köpke hat dies verneint. Auch ich persönlich hätte im Augenblick keine besondere Anregung zu geben.

Mit den gehorsamsten Empfehlungen und in der Hoffnung, daß Sie in Baden-Baden, abgesehen von dem Besuche unseres russischen Freundes, einige angenehme und ruhige Tage verleben werden, bin ich,  
hochverehrter Herr Reichsminister,

gez. Schubert

### 163

#### **Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem Mitglied der französischen Völkerbundsdelegation Loucheur (gekürzt) Genf, 16. Juni 1927**

*Original. PA, R 27380.*

Vor der Sitzung des Völkerbundsrates hatte ich Gelegenheit zu einem kurzen und zufälligen Gespräch mit Herrn Loucheur.

Herr Loucheur sprach von der Wirtschaftskonferenz<sup>1</sup> und sagte mir, er könne mit Genugtuung feststellen, daß die Hoffnungen, die wir beide in Berlin auf die Konferenz gesetzt hätten, sich inzwischen erfüllt hätten.<sup>2</sup> Die Deutsche Delegation – er erwähnte insbesondere Herrn Trendelenburg – habe hier sehr nützliche Arbeit

<sup>3</sup> Das Gespräch fand am 7. Juni 1927 statt; Aufz. Stresemanns, ebd., S. 465-73.

<sup>1</sup> Gemeint ist die erste Weltwirtschaftskonferenz, die vom 4.-23. Mai 1927 in Genf tagte; zu ihrem Verlauf siehe Schultheß', Bd. 68 (1927), S. 543-46. Aufz. Feblers, 3. Juni 1927, ADAP, Serie B, Bd. V, S. 451-54.

<sup>2</sup> In einer Unterredung mit D'Abernon, der sich auf der Durchreise von Rom nach London befand, am 27. April 1927 in Berlin, kam Schubert auch auf die Weltwirtschaftskonferenz zu sprechen: „Ich sagte Lord D'Abernon, es käme meiner Ansicht nach sehr viel darauf an, daß diese Konferenz zu positiven Resultaten komme. Ich erwähnte in diesem Zusammenhange meine These von dem drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas. In diesem Zusammenhange sagte ich, ich sei zu der Idee gekommen, daß die bisher üblichen Handelsverträge nicht der richtige Weg seien, um zu einem wirtschaftlichen Ausgleich zu kommen. Meiner Ansicht nach sei dieser Weg ganz unmodern. Man müsse neue Wege suchen, die meiner Ansicht nach darin beständen, daß die Interessen der verschiedenen Länder zusammengebracht würden und sich einigten.“-Aufz. Schuberts, PA, R 27379. Zu diesen Ideen Schuberts siehe auch Dok. 165; 166; Dok. 154 Anm. 3 und Schulz, Deutschland, der Völkerbund und die Frage der Europäischen Wirtschaftsordnung.



geleistet; das habe er auch nach seiner Rückkehr nach Paris Herrn Briand und Herrn Poincaré gesagt.

Ich erwiderte, die Probleme, welche auf der Konferenz behandelt worden seien, hielte ich nach wie vor für die wichtigsten, die in der Gesamtpolitik der europäischen Länder überhaupt behandelt worden seien. Ich sei der Ansicht, daß man jetzt kräftig weiterarbeiten müsse.<sup>3</sup>

Hierin stimmte mir Herr Loucheur zu.

Herr Loucheur fragte mich dann, wie ich mit der Verlauf der diesmaligen Genfer Besprechungen zufrieden sei.

Ich erwiderte, die wichtigste Besprechung schein diejenige gewesen zu sein, die sich mit der hohen Politik und insbesondere mit dem russischen Problem beschäftigt habe.<sup>4</sup> Mir schein es, als ob diese Besprechung sehr fruchtbar gewesen sei.

Herr Loucheur erwiderte, das sei auch die Ansicht des Herrn Briand, mit dem er über diese Zusammenkunft geredet habe.

[...]<sup>5</sup>

[eigenhändig:] Schubert

## 164

### **Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem polnischen Außenminister Zaleski Genf, 18. Juni 1927**

*Original. PA, R 29413.*

Nach einem Diner bei dem Holländischen Außenminister [Beelaerts] hatte ich gestern Gelegenheit, mit Herrn Zaleski eine längere Unterhaltung zu führen, die in sehr freundschaftlicher Form verlief.

Ich sagte Herrn Zaleski, ich sei kurz vor der Abreise nach Genf vom Urlaub zurückgekehrt und daher leider im allgemeinen über den Verlauf der politischen Geschäfte während meiner Abwesenheit wenig orientiert. Auch bezüglich der Einzelheiten der deutsch-polnischen Verhandlungen<sup>1</sup> sei ich unter diesen Umständen wenig informiert, hoffte aber, daß sie einen befriedigenden Verlauf nehmen würden.

---

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Runderlasse des AA vom 10. u. 25. Juni 1927, ADAP, Serie B, Bd. V, S.490-95, 586-96.

<sup>4</sup> Über den britischen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR am 24. Mai 1927 und seine Konsequenzen ebd., u.a. S. 405-07 (Tel. Sthamers u. Runderlaß Stresemanns, 25. Mai) und 536-40 (Aufz. Stresemanns, 15. Juni, über die Besprechung am 14. Juni der um Ishii erweiterten Vertreter der „Locarno-Mächte“).

<sup>5</sup> Stimmung der Öffentlichkeit in Frankreich und Deutschland gegenüber der Sowjetunion.

---

<sup>1</sup> Gemeint sind die Handelsvertragsverhandlungen. Zu ihnen und dem folgenden siehe ADAP, Serie B, Bd. IV, S. XXXVf. u. Bd. V, S. XXXVIIIff. Krüger, Außenpolitik, S. 305.

Herr Zaleski erwiderte, er teile durchaus diese Hoffnung.

Ich sagte dann, daß nach dem, was mir gemeldet worden sei, die Verhandlungen über das Niederlassungsrecht<sup>2</sup> immer noch nicht zu einem befriedigenden Resultat geführt hätten.

Herr Zaleski erwiderte, ohne auf irgendeine Einzelheit einzugehen, er glaube doch, daß man auf diesem Gebiet unschwer zu einer Einigung kommen werde. Ich entgegnete, ich sähe doch noch gewisse Schwierigkeiten voraus, würde mich aber natürlich freuen, aus seinen Worten schließen zu können, daß diese Schwierigkeiten behoben werden könnten.

Herr Zaleski sagte dann, wegen der eigentlichen Tarifverhandlungen würden wir wohl einen schweren Stand haben wegen unserer Agrarprodukte.

Ich bestätigte dies und es knüpfte sich hieran eine kurze Diskussion über die schwierige Situation, in der sich Deutschland in dieser Beziehung auch anderen Ländern gegenüber befände. Herr Zaleski schien hierfür sehr viel Verständnis zu haben. Über irgendeine Einzelheit wurde hierbei ebenfalls nicht gesprochen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs hatte ich Gelegenheit, mit leichter Hand das seinerzeit abgemachte Gentlemen-Agreement<sup>3</sup> zu berühren und darauf hinzuweisen, daß es doch sehr zweckmäßig wäre, den durch dieses Agreement geschaffenen Zustand vorläufig weiterbestehen zu lassen.

Herr Zaleski erwiderte sofort, er sei seinerseits gern bereit, dieses Gentlemen-Agreement um einen Monat zu verlängern.

Ich wies ihn darauf hin, daß das Agreement bereits am 21. d.M. ablief, worauf Herr Zaleski in etwas scherzhaftem Tone sagte, er hoffe, rechtzeitig in Warschau eintreffen zu können, um die Sache in Ordnung zu bringen, ehe vielleicht auf Grund des Ablaufes des Abkommens irgendein Unglück passiere.

Ich sagte dann Herrn Zaleski, daß es doch gut wäre, wenn wir den Versuch machten, die Verhandlungen über die Liquidation von Grundstücken auch zunächst auf diplomatischem Wege zu behandeln. Herr Zaleski erwiderte, er sei hierzu gern bereit.

Seinerseits kam Herr Zaleski, und zwar mit ziemlichem Nachdruck, auf die „finanziellen Verhandlungen“ zu sprechen, die zwischen uns schwebten und von beiderseitigen Kommissionen behandelt würden. Er meinte, diese Art der Behandlung sei außerordentlich umständlich und unpraktisch. Er sagte, es würde doch besser sein, von jeder Seite einen geeigneten Mann zu ernennen. Diese beiden Herrn könnten dann auf rein geschäftsmäßiger Basis sehr viel eher zu einem Resultat kommen. Einmal handele es sich darum, daß Polen an Deutschland etwas zu zahlen habe, ein anderes Mal darum, daß Deutschland an Polen etwas zu zahlen habe. Bei dem jetzigen Verfahren käme es dann auf großmächtige Prozesse heraus. Sehr viel einfacher wäre es doch, auf dem von ihm angeregten Wege eine Art Clearing-House zu schaffen: dann werde man sehr viel schneller vorwärts kommen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Martius' Aufz., 9. Juni 1927, ADAP, Serie B, Bd. V, S. 480-84.

<sup>3</sup> Stresemann und Zaleski hatten sich am 9. März 1927 geeinigt, für drei Monate auf Ausweisungen zu verzichten, da die Niederlassungsfrage noch unklar sei, Schuberts Aufz. vom 9. März 1927, ADAP, Serie B, Bd. IV, S. 507-10.

Ich erwiderte Herrn Zaleski, daß ich über diese Materie garnicht informiert sei. Ich wolle mich aber gern sofort nach meiner Rückkehr um die Sache bekümmern, Prinzipiell sei ich jedem Wege zugeneigt, der unter möglicher Ausschließung von Bürokratismus schnell zu einem praktischen Ergebnis führen könne.

Herr Zaleski, dem die Sache sehr am Herzen zu liegen schien, fragte mich, ob er dann durch Herrn Rauscher Nachricht erhalten könne, was ich ihm ehestens zusagte.

Schließlich brachte ich noch kurz die Zustände in Ost-Oberschlesien zur Sprache und zwar in der Form, daß ich Herrn Zaleski fragte, ob der „schreckliche Herr Grazynski“ noch vorhanden sei. Herr Zaleski bejahte dies lachend, meinte aber, daß Herr Grazynski sehr viel milder geworden sei. Da mir Einzelheiten über die letzten Ereignisse in Ost-Oberschlesien nicht zur Verfügung standen, hielt ich es für besser, das Gespräch in diesem Punkte nicht zu vertiefen.<sup>4</sup>

Sch[ubert]

<sup>4</sup> Dazu Runderlaß Schuberts vom 23. März 1927, ebd., Bd. V, S. 40. Nachdem schon die erste Begegnung beider beim Völkerbund am 10. Dezember 1926 (ebd., Bd. II/2, S. 411-13) weit weniger dramatisch verlaufen war, als in der Forschung angenommen, bezeichnete Schubert rückblickend das Gespräch vom 18. Juni 1927 als „sehr freundschaftlich“. -Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. Vötäg, Bd. 5 (PA, R 29413). Und bereits anlässlich des Genfer Aufenthalts im März war der Ton recht freundschaftlich gewesen (ebd., zu Bd. 4; PA, R 29412): „Meine Besprechung vom 12. März 1927. Briand hatte Stresemann vor einigen Tagen gesagt, die Saarländer seien ja ganz vernünftig, ich aber sei der ‚l’homme terrible‘; er meinte das offenbar in scherzhafter Weise. Vorgestern bei einer Automobilausstellung wandte auch mir gegenüber Briand diesen Ausdruck an und später sprach er vom ‚homo terribilis‘. Am gleichen Nachmittag hatte ich ein anderes Gespräch mit Herrn Hesnard, dem ich davon erzählte und dem ich sagte, ich verstehe vollkommen, daß Herr Briand diesen Ausdruck in scherzhafter Weise gemeint habe. Ich legte aber doch sehr Wert darauf, ihm für Herrn Briand darzulegen, daß ich es gewesen sei, der während der Abwesenheit des Ministers in Berlin dafür gesorgt hätte, daß die Rede Briands keine offizielle Erwiderung seitens des Herrn Reichskanzlers erfahren hätte. Heute nachmittag traf ich während der Teepause auf Herrn Briand. Ich sagte ihm, er nenne mich immer ‚l’homme terrible‘. Ich verstehe aber unter fürchterlichen Leuten diejenigen, deren einziges Ziel es sei, im Trüben zu fischen. Herr Briand erwiderte, er habe mich mit diesem Titel im Gegenteil in eine sehr bemerkenswerte Kategorie von Leuten versetzen wollen. Wir sprachen dann über andere Sachen, worauf Herr Zaleski hinzutrat. Abermals produzierte Herr Briand sein törichtes ‚l’homme terrible‘. Hierauf sagte Zaleski, das stimme, man könne mich als das ‚mauvais génie‘ der Wilhelmstraße bezeichnen. Herr Briand protestierte hiergegen und meinte, man könne mich vielleicht noch besser ‚l’homme formidable‘ nennen. Ich bemerkte hierzu, dieser Titel gefalle mir wesentlich besser.“ Anlaß dieses Geplänkels war die um einen Tag, auf den 12. März, verschobene Abreise Zaleskis, der dafür Schubert verantwortlich machte, was Schubert noch einmal aufnahm: „Als ich mich am Abend von Herrn Zaleski verabschiedete, fragte ich ihn, ob er den Goetheschen Faust kenne, was Zaleski bejahte. Ich sagte ihm darauf, ich wolle ihn an die Stelle erinnern, wo Mephistopheles sage: Ich bin ein Teil jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Herr Zaleski sah mich zuerst etwas erstaunt an, dann meinte er lachend, das sind wohl Sie? Ich bejahte dies, worauf wir uns beiderseits glückliche Reise wünschten.“ Vgl. Aufz. Schuberts, 12. März 1927, ADAP, Serie B, Bd. IV, S. 529.

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit  
dem französischen Außenminister Briand (gekürzt)  
Genf, 13. September 1927**

*Ausfertigung. BA, Nl. 1005 Pünder, Nr. 66.<sup>1</sup>*

Nach einem Frühstück, zu dem er mich eingeladen hatte und dem außer mir noch Herr Hesnard beiwohnte, hatte ich eine etwa einstündige Unterredung mit Herrn Briand.

Ich knüpfte an die Mitteilung an, die Herr Briand heute morgen durch Herrn Hesnard dem Reichsminister hatte zugehen lassen, daß Herr Briand es für besser hielte, wenn jetzt keine Zusammenkunft der Locarno-Mächte stattfände. Ich sagte Herrn Briand, es werde immerhin doch erwartet, daß auch dieses Mal eine Zusammenkunft stattfände. Falle sie aus, so sei zu befürchten, daß hieran in der Presse unbequeme Kommentare etwa der Art geknüpft werden könnten, daß der Zusammenhalt der Locarno-Mächte nicht mehr so groß sei wie früher.

Herr Briand erwiderte, er müsse andererseits befürchten, daß eine Zusammenkunft der Locarno-Mächte gerade im jetzigen Moment zu sehr unliebsamen Kommentaren, besonders auch in der französischen Presse, führen würde. Anknüpfend an die Debatte in der Vollversammlung [des Völkerbundes] werde man wieder sagen, daß die Locarno-Mächte sich absentierten. Wenn aber weiter bekannt würde, daß bei dieser Zusammenkunft über die Rheinlandräumung gesprochen würde, so sehe er die schärfsten Angriffe gegen sich in der französischen Presse voraus, was um so bedauerlicher sein würde, als die französische Presse jetzt sehr gut läge und die nationalistischen Zeitungen in Frankreich, besonders angesichts des großen Erfolges der Rede des Herrn Stresemann,<sup>2</sup> garnicht mehr wüßten, was sie schreiben sollten.

Ich erwiderte, ich hätte Verständnis für diese Argumentation, wenn ich auch wiederholen müßte, daß ein Nichtzusammenkommen der Locarno-Mächte ebenfalls zu unliebsamen Kommentaren führen könnte. Ich fügte hinzu, Herr Vandervelde begründe ja seinen Anspruch auf einen Ratssitz u.a. damit, daß ihm auf diese Weise Gelegenheit gegeben würde, jedesmal an den Besprechungen der Locarno-Mächte teilzunehmen; wenn jetzt keine solche Zusammenkunft mehr stattfände, so sei doch eigentlich ein wichtiger Grund für die Wahl des Herrn Vandervelde hinfällig geworden.

Herr Briand zuckte hierzu nur mit den Achseln und meinte abermals, daß er eine Zusammenkunft der Locarno-Mächte sehr unzweckmäßig finden würde. Was im übrigen die Rheinlandräumung anlange, so hätten wir ja unseren Rechtsanspruch auf die Basis des Artikels 431 [des Versailler Vertrags] gestellt und er könne mir nur sagen, daß dieser Gedanke immer mehr Wurzeln fasse.

---

<sup>1</sup> Auch ADAP, Serie B, Bd. VI, S. 431-35. Das vorliegende Exemplar trägt den hschr. Randvermerk: „Herrn Staatssekretär Pünder“.

<sup>2</sup> Es handelt sich um die Rede Stresemanns vom 9. September 1927 vor dem Völkerbund in Genf, dazu Stresemann, Vermächtnis, Bd. 3, S. 180-187.

Ich erwiderte, hierin liege meines Erachtens gerade die Schwierigkeit. Wir hätten unleugbar diesen Rechtsanspruch und man könne uns, wenn wir ihn jetzt nicht auch in aller Form geltend machten, später einmal vorwerfen, daß wir uns präjudiziert hätten. Es könne also möglicherweise für später doch eine Art von Präjudiz geschaffen werden.

Herr Briand entgegnete, dieser Meinung sei er nicht. Der Anspruch sei bekannt, es frage sich nur, wann er mit Aussicht auf Erfolg geltend gemacht werden könne.

Indem ich hervorhob, daß ich nur für meine Person spreche, erklärte ich, meines Dafürhaltens sei unbedingt damit zu rechnen, daß Herr Stresemann nach seiner Rückkehr von seinem Kabinett gefragt würde, wie sich denn die Weiterentwicklung des Problems der Rheinlandräumung gestalten würde. Er müsse unbedingt in der Lage sein, auf diese Frage eine klare Antwort geben zu können. Es sei daher meiner Ansicht nach absolut notwendig, daß Herr Stresemann noch einmal eingehend mit Herrn Briand über die Sache spreche. Die Herren müßten sich darüber klar werden, was sie in dieser Beziehung nach ihrer Rückkehr nach Paris und Berlin zu sagen und zu tun hätten. Auf die Sache selbst wolle ich nicht eingehen, da ich dies Herrn Stresemann überlassen wolle. Ich wolle nur betonen, daß hier absolute Klarheit darüber geschaffen werden müsse, wie sich die Herren die Weiterentwicklung der Sache dächten.

Herr Briand erwiderte, das leuchte ihm ein. Er sei auch durchaus bereit, mit Herrn Stresemann über diese Frage zu sprechen. Vielleicht könne man sogar, wenn es auf unauffällige Weise geschehen könne, hierüber mit Chamberlain und Vandervelde sprechen. Hierfür gebe sich vielleicht eine Gelegenheit morgen nach dem Frühstück, was Herr Villegas gebe: dann könnten sich vielleicht die vier Herren zusammen zurückziehen.<sup>3</sup>

Was die Frage selbst anlange, so sei es seiner Ansicht nach notwendig, daß sie mit größter Behutsamkeit weiter verfolgt würde. Im vorigen Jahr hätte ja die Zusammenkunft in Thoiry stattgefunden, wobei ganz bestimmte Vorschläge behandelt worden seien.<sup>4</sup> Diese Verhandlung könne man zu einem bestimmten Zeitpunkt wieder aufnehmen. Er werde Herrn Stresemann von Paris aus ein Zeichen geben, wann er diesen Zeitpunkt für gegeben erachte, wie auch den Zeitpunkt, wo wir mit Aussicht auf Erfolg unseren Rechtsstandpunkt geltend machen könnten. Es könnten dann richtige Verhandlungen anfangen.

Herr Briand wies dann auf die Schwierigkeiten hin, die er in seinem Kabinett habe und führte aus, daß er außerordentlich vorsichtig vorgehen müsse. Im Augenblick habe durch die Rede des Herr Stresemann Deutschland unleugbar einen großen Erfolg in Frankreich erzielt. Noch gestern habe er mit einem Franzosen gefrühstückt, der sonst ein großer Chauvinist sei, sich aber ganz begeistert über die Rede des Herrn Stresemann geäußert habe. Die Entwicklung würde man dadurch stören, wenn jetzt bekannt würde, daß das Problem der Rheinlandräumung hier unter den Locarno-Mächten besprochen worden sei.

---

<sup>3</sup> Darüber Aufz. Stresemanns vom 15. September, ADAP, Serie B, Bd. VI, S. 445-48.

<sup>4</sup> Vgl. dazu auch Dok. 155.

[...]⁵

Am Schluß der Unterhaltung kam dann das Gespräch noch auf die allgemeine Weltlage. Indem ich hervorhob, daß ich eventuell riskierte, für einen Phantasten gehalten zu werden, erklärte ich Herrn Briand, daß es gewisse, ganz elementare Weltprobleme gäbe, welche nicht durch diplomatische Kunststücke gelöst werden könnten. Als solche Probleme bezeichnete ich das chinesische, das russische und das Balkanproblem, das in Zusammenhang mit Italien betrachtet werden müsse; ich erwähnte ferner das Problem der wirtschaftlichen Zukunft Europas. Ich sagte, die Lösung dieser ganz großen Probleme werde noch einmal die Staatsmänner Europas vor ganz außerordentlich schwere Aufgaben stellen, die nur dann gelöst werden könnten, wenn die Staatsmänner auf das allerengste zusammenarbeiteten. Zur Erreichung einer solchen Zusammenarbeit sei es aber meiner Ansicht nach unbedingt notwendig, daß vorher alle anderen Probleme, die im Vergleich zu den von mir genannten großen Problemen ganz klein erschienen, gelöst werden müßten.

Herr Briand hörte mich sehr aufmerksam an und erklärte sodann, er finde diese Ideen in keiner Weise phantastisch, sondern sehr wohl begründet: er könne mir nur voll und ganz beistimmen.<sup>6</sup> Der albanische Zwischenfall, der durch die hier von den Mächten gemeinsam beschlossene Demarche geregelt worden sei,<sup>7</sup> sei ein Beweis dafür, wie wertvoll eine solche Zusammenarbeit sei.

Ich erwiderte, das sei auch meine Meinung; immerhin sei aber vielleicht der albanische Zwischenfall nur als ein Signal für spätere, sehr viel schwerer zu lösende Probleme anzusehen.

Herr Briand erwiderte, das sei sehr richtig. Ich hätte auch ganz recht gehabt, wenn ich vielleicht als größtes Problem das Problem der wirtschaftlichen Zukunft Europas hingestellt hätte. Der wirtschaftlichen Entwicklung Europas müßten wir uns in erster Linie annehmen. Hieran sei übrigens vielleicht England am meisten interessiert, da seine Industriemethoden zum Teil gänzlich veraltet seien. Leider sei in England die Erkenntnis für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Europas noch nicht vollkommen entwickelt. Das habe sich auch unter anderem gezeigt bei den Beratungen über den Fortgang der Arbeiten der Wirtschaftskonferenz.<sup>8</sup> Man müsse ein Organ schaffen, was wirklich arbeiten und als Sicherheitsventil dienen

<sup>5</sup> Unterhaltung über die französische Öffentlichkeit, die Entwaffnungsfrage, die Lage in Belgien, die bevorstehenden Wahlen zum Völkerbundsrat und die UdSSR (dazu Dok. 151 Anm. 6).

<sup>6</sup> Schuberts Notiz, Winter 1932/33 (Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. Vötag, Bd. 7): „13. September 1927: Ich frühstücke allein bei Briand. Lange und sehr interessante, freundschaftliche Unterhaltung. Am Schlusse der Unterhaltung kam das Gespräch auf die allgemeine Weltlage. Dabei erwähnte ich als sehr wichtig das Problem der wirtschaftlichen Zukunft Europas, worüber ich mich verbreitete. Hier sei eine internationale Zusammenarbeit höchst wichtig. Briand stimmte mir sehr lebhaft zu und wurde bei diesem Teil des Gesprächs sehr interessiert und munter.“

<sup>7</sup> Siehe Dok. 161. Demarche zum albanischen Konflikt vom 17. Juni 1927. Siehe dazu Schuberts Aufz. vom 16. Juni 1927, ADAP, Serie B, Bd. V, S. 552-555; zum Hintergrund Dok. 161.

<sup>8</sup> Gemeint ist die Weltwirtschaftskonferenz in Genf vom 4.-23. Mai 1927, dazu Dok. 163 Anm. 1.

könne. Diese Notwendigkeit hätten offenbar die Engländer noch nicht recht eingesehen.

[...]⁹

[eigenhändig:] Schubert

166

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit  
dem niederländischen Gesandten Graf van Limburg-Stirum  
Berlin, 7. November 1927**

*Durchschrift. PA, R 29146.*

Bei seinem heutigen Besuche sagte mir der Holländische Gesandte, wie aus der Presse zu ersehen sei, habe ja der Briefwechsel mit Herrn Parker Gilbert in Frankreich eine sehr ruhige Aufnahme gefunden<sup>1</sup>, dagegen sei die Kritik in Amerika gegen uns ziemlich stark gewesen.

Ich erwiderte, das sei richtig; auch in England sei man recht kritisch, ein diesbezüglicher Timesartikel sei mir aufgefallen.<sup>2</sup> Ich erläuterte sodann, wie schwer es sei, Herrn Gilbert über die tatsächlichen Verhältnisse und Bedürfnisse, z.B. auf kulturellem Gebiet, aufzuklären.<sup>3</sup>

Hierin stimmte mir der Gesandte lebhaft zu.

Wir kamen dann auf die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Europas zu sprechen und das Gespräch wandte sich zunächst den letzten Genfer Verhandlungen<sup>4</sup> zu.

---

⁹ Terminabsprachen.

---

<sup>1</sup> Anlaß war Gilberts Kritik an den Ausgaben der öffentlichen Hand, auch in der Kultur- u. Sozialpolitik; dazu Ministerbesprechung vom 24. Oktober 1927, ADAP, Serie B, Bd. VII, S. 116-19. Hoesch berichtete am 7. November 1927 über die Reaktionen in Frankreich, ebd., S. 180f.

<sup>2</sup> Am 8. November 1927 sprach Schubert mit Lindsay darüber und betonte, wie wichtig es sei, künftig den Kontakt zwischen Gilbert und dem AA enger zu gestalten.-Aufz. Schuberts, ebd., S. 187-89.

<sup>3</sup> Gilbert und Schubert trafen sich am 14. November 1927, um den Schriftwechsel und die Reaktionen darauf dazu zu besprechen. Schubert führte aus: „Nach dieser Einleitung sagte ich Herrn Gilbert, daß es meiner Ansicht nach doch außerordentlich notwendig wäre, einen richtigen Kontakt zwischen ihm und den deutschen Behörden herzustellen, einen Kontakt, der doch wohl bisher viel zu wünschen übrig gelassen habe. Außerdem aber sagte ich ihm, daß das Auswärtige Amt – dafür würde ich mich persönlich wenigstens auf das schärfste einsetzen – in Zukunft mehr Gelegenheit haben müßte, bei der Verhandlung der Reparationsfragen teilzunehmen. Das sei bisher sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht worden durch die Tatsache, daß die Feder für die Reparationsfragen bekanntlich beim Finanzministerium liege.“-Aufz. Schuberts, ebd., S. 232.

<sup>4</sup> Gemeint ist die 8. Versammlung des Völkerbundes vom 5.-27. September; über ihren Verlauf ADAP, Serie B, Bd. VI, S. XLVII-XLIX.

Ich sagte als meine persönliche Meinung, daß dieses Mal vielleicht etwas zu viel schöne Reden gehalten worden seien, obgleich man ja wohl mit dem Gesamtergebnis von Genf zufrieden sein könne. Ich erwähnte auch, daß es mir nicht unbedenklich erschiene, daß so viele Vorschläge auf dem Gebiete der Sicherheit gemacht worden seien.

Der Gesandte fühlte sich daraufhin bemüht, den Beelaertschen Vorschlag<sup>5</sup> zu verteidigen. Er sei deshalb gemacht worden, weil doch unbedingt etwas habe geschehen müssen, um der Abrüstungskonferenz zu einem Erfolge zu verhelfen.

Ich erwiderte, Herr Beelaerts selbst habe in Genf die Gründe auseinandergesetzt, die zu seinem Vorschlage geführt hätten. Außerdem wüßte ich aus den sehr komplizierten Vorbereitungen für Locarno, wie außerordentlich delikats dieses Gebiet und daß es nicht günstig sei, mit Vorschlägen hervorzutreten. Ich erwähnte auch die anderen in Genf gemachten Vorschläge, von denen man nicht wissen könne, wohin sie führten.

Der Gesandte erwiderte, das sähe er vollkommen ein. Auf der anderen Seite aber sei es doch für eine kleine Macht wie Holland nicht möglich, sich vorher mit Großmächten, wie z.B. England, über solche Vorschläge ins Benehmen zu setzen, da sonst die selbständige Initiative dieser kleinen Staaten ganz unterbunden werden würde.

Wir sprachen dann auch über die Weltwirtschaftskonferenz<sup>6</sup> und ich sagte, daß diese Konferenz immerhin einige, wenn auch kleine Erfolge gezeitigt habe.

Der Gesandte erwiderte, das sei vielleicht der Fall. Er schien aber von den augenblicklichen Wirtschaftsverhandlungen über Ein- und Ausfuhrbeschränkungen usw. in Genf sehr wenig befriedigt zu sein.<sup>7</sup>

Ich äußerte mich ferner sehr skeptisch über die Aussichten der Abrüstungskonferenz.<sup>8</sup> – Der Gesandte stimmte mir bei. – Herr Loudon sei derselben Ansicht.

Der Gesandte fragte ferner danach, wie wir die französischen Wahlaussichten beurteilten.

Ich erwiderte, diese Aussichten seien sehr schwer zu beurteilen; immerhin hätte ich die Hoffnung, daß die Richtung Briand gestärkt aus den Wahlen hervorgehen werde.

Der Gesandte schien diese Aussicht skeptisch zu beurteilen. Er meinte, Herr Briand habe sich in letzter Zeit doch außerordentlich wenig aktiv gezeigt.

Ich erwiderte, von einer Inaktivität des Herrn Briand habe man in der ersten Hälfte dieses Jahres sprechen können; in der Zwischenzeit habe er sich aber doch etwas mehr geregt. Allerdings sei ich zu der Ansicht gekommen, daß die großen zwischen Deutschland und Frankreich noch zu bereinigenden Probleme, wie z.B. in erster Linie die Räumung des Rheinlandes, mit Aussicht auf Erfolg erst nach den französischen Wahlen wirklich in Angriff genommen werden könnten.

<sup>5</sup> Beelaerts hatte vorgeschlagen, die Debatte über das Genfer Protokoll vom 2. Oktober 1924 wieder zu eröffnen. Siehe den Runderlaß des AA, 5. Oktober 1927, ADAP, Serie B, Bd. VII, S. 23f.; Ministerbesprechung vom 8. Oktober, ebd., S. 50-54; außerdem Dok. 110 Anm. 3 und Dok. 173.

<sup>6</sup> Vom 4.-23. Mai 1927 in Genf, dazu Dok. 163 Anm.1.

<sup>7</sup> Die Verhandlungen zu dieser Frage fanden vom 17. Oktober-8. November statt.

<sup>8</sup> Siehe Dok. 173.



Ich kam dann auf meine These von der großen Gefahr zu sprechen, die meiner Ansicht nach über Europa schwebe, wenn nicht auf möglichst allen Gebieten ein wirtschaftlicher Ausgleich und ein wirtschaftlicher Zusammenschluß stattfindet.<sup>9</sup>

Der Gesandte hatte für meine Ausführungen anscheinend sehr viel Verständnis. Als ich dabei in einem Nebensatze sagte, an die Gefahr eines Krieges glaube ich nicht, erwiderte der Gesandte, hierin könne er mir nicht beistimmen. Er hielt z.B. die italienische Gefahr für sehr groß.

Ich erwiderte, diese Gefahr sähe ich auch, ich hoffte aber doch sehr, daß ein Krieg, auch wenn sich an demselben nur eine Auswahl von Mächten beteiligten, vermieden werden könnte, denn ich sei der festen Überzeugung, daß angesichts der großen Gefahr, in der Europa in wirtschaftlicher Beziehung schwebe, ein solcher Krieg wirklich das Ende Europas bedeuten könnte.

Hier stimmte mir wieder der Gesandte sehr lebhaft zu.

Der Gesandte meinte schließlich, daß das Jahr 1927 in jeder Beziehung doch recht wenig befriedigend verlaufen sei.

Ich erwiderte, das sei durchaus meine Ansicht.

Sch[ubert]

## 167

### **Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter Jacquin de Margerie Berlin, 9. November 1927**

*Abschrift. PA, R 35664.*

#### Vertraulich!

Bei seinem heutigen Besuche kam der Französische Botschafter auch auf Litauen zu sprechen.

Er sagte mir, er habe ein Schriftstück aus Paris erhalten, aus dem hervorgehe, daß Herr von Hoesch oder Herr Rieth ja wohl mit Herrn Berthelot oder mit Herrn Briand gesprochen hätten.<sup>1</sup>

Schon aus dieser Äußerung ging hervor, daß Herr de Margerie nur eine sehr vage Mitteilung aus Paris erhalten oder aber sie nicht sehr genau gelesen hat. Er sagte mir, er habe aus dem Schriftstück den Eindruck erhalten, daß Herr Briand über das Gespräch sehr befriedigt gewesen sei.

---

<sup>9</sup> Siehe Dok. 163 Anm. 2, 165.

---

<sup>1</sup> Zur Vorgeschichte dieser Besprechungen über die litauisch-polnische Wilna-Krise siehe ADAP, Serie B, Bd. VII, S. XVif.

Ferner aber ging aus den weiteren Mitteilungen des Herrn de Margerie hervor, daß er doch wohl irgendwelche Instruktionen erhalten hat.

Er sagte mir nämlich, ob wir uns wohl an den eventuellen Demarchen in Kowno und Warschau beteiligen würden oder ob wir vielleicht sogar wünschten, an einer solchen Demarche teilzunehmen.

Ich erwiderte, Herr von Hoesch habe in der Tat zwei Gespräche über die litauische Frage mit Herrn Briand gehabt.<sup>2</sup> Herr Briand habe sich dahin geäußert, daß ihm daran liege, den Kriegszustand zwischen Litauen und Polen zu beseitigen und einen modus vivendi zwischen diesen beiden Ländern zu erreichen.<sup>3</sup> Ferner habe er mitgeteilt, daß er die Idee einer Hinzuziehung Deutschlands an eventuellen Demarchen erwäge und daß er wegen der litauischen Frage mit London in Verbindung stehe.

Ich hätte, so fügte ich hinzu, gestern mit Sir Ronald Lindsay gesprochen.<sup>4</sup> Nach seinen Äußerungen müsse ich annehmen, daß auch die Englische Regierung für eine Beseitigung des Kriegszustandes sei und daß man auch in London unsere Hinzuziehung zu eventuellen Demarchen willkommen heißen würde.

Über unseren Standpunkt äußerte ich mich etwa folgendermaßen. Es sei natürlich, daß wir an der Entwicklung des litauisch-polnischen Verhältnisses ein ganz besonderes Interesse hätten. Denn wenn dort ein großer Konflikt ausbreche, seien wir natürlich die ersten Leidtragenden. Wir hätten das größte Interesse daran, daß ein solcher Konflikt nicht ausbreche. Wir seien auch durchaus bereit, an irgendwelchen Demarchen in Kowno und Warschau teilzunehmen.<sup>5</sup> Vielleicht würde sich das empfehlen, denn es habe sich gezeigt, daß bisher solche Demarchen, die wir zusammen mit Frankreich und England unternommen hätten, stets sehr erfolgreich gewesen seien. Ich erwähnte dann auch Italien, wobei ich feststellte, daß Herr de Margerie keine Ahnung davon hatte, daß Italien an solchen Demarchen in Kowno und Warschau bisher immer beteiligt war.

Ferner setzte ich dem Botschafter auseinander, daß nach unserer Ansicht irgendeine Regelung zwischen Litauen und Polen einen durchaus neutralen Charakter haben müsse. Es dürfe keine Regelung erfolgen etwa auf den Schultern Litauens. Ich erwähnte dabei auch die Wilnafrage und sagte, meiner Ansicht nach könne diese Frage jetzt unmöglich gelöst werden. Aber wenn jetzt überhaupt von der

<sup>2</sup> Am 22. Oktober 1927, ebd., S. 162 Anm. 2; und am 4. November, ebd., S. 169f.

<sup>3</sup> Die polnisch-litauische Grenzfrage war durch die handstreichartige Besetzung Wilnas 1920 durch Polen akut geworden. Seitdem befanden sich beide Staaten formal im Kriegszustand. Am 15. Oktober 1927 versuchte Litauen über eine Minderheitenbeschwerde, die Streitfrage wieder aufzurollen; dazu Krüger, Außenpolitik, S. 398-401.

<sup>4</sup> Aufz. Schuberts vom 8. November 1927, PA, R 29297. Nach dem Gespräch verfaßte Schubert eine hschr. Zusammenstellung zur Politik gegenüber Litauen, ebd.

<sup>5</sup> Am 10. November 1927 telegraphierte Schubert der Botschaft Paris: „Dagegen, daß die Angelegenheit erst in Genf zur Entscheidung gebracht wird, haben wir nichts einzuwenden. Auch der in Aussicht genommenen Einsetzung des Komitees, dem Herr Reichsminister Stresemann angehören soll, werden wir voraussichtlich zustimmen können. Wenn vor Genf keine weiteren Demarchen in Warschau und Kowno mehr unternommen werden sollen, so kann uns das durchaus recht sein. Uns liegt nur daran, daß die englische, französische, und italienische Regierung sich zu solchen Demarchen nicht ohne jedes Einverständnis mit Deutschland entschließen.“-ADAP, Serie B, Bd. VII, S. 204.

eventuellen Regelung der Verhältnisse zwischen Litauen und Polen gesprochen würde, so müsse auch nur eine Erwähnung der Wilnafrage so ausfallen, daß sie ebenfalls ganz neutral sei und nicht etwa dieser Frage für später zu Gunsten Litauens oder zu Gunsten Polens präjudiziere. Sonst entstehe die Gefahr, daß wieder ein sehr gefährliches Saatkorn für einen späteren Konflikt gepflanzt würde.

Herr de Margerie fand meine Ausführungen sehr einleuchtend und stimmte mir in allen Punkten auch in bezug auf den letzten lebhaft zu.

Er stellte aber dann weiter an mich die Frage, ob ich glaubte, daß man bei einer Regelung zwischen Litauen und Polen sich würde ganz auf den Kriegszustand beschränken können, oder ob es notwendig sein würde, auch der Wilnafrage in irgendeiner Weise Erwähnung zu tun.

Ich erwiderte, an sich wäre es natürlich das Beste, wenn lediglich der Kriegszustand in der von mir skizzierten absolut neutralen Form geregelt würde und wenn der Wilnafrage in keiner Weise Erwähnung getan würde. Wir hätten keinerlei Interesse daran, daß das Wilnaproblem jetzt erwähnt oder angeschnitten würde. Auf der anderen Seite aber fürchtete ich, daß sowohl die Litauer als auch die Polen verlangen würden, daß der Wilnafrage Erwähnung getan würde.

Endlich stellte Herr de Margerie die Frage, ob ich glaubte, daß es zweckmäßig sei, noch vor Genf, wo ja die Sache auf jeden Fall verhandelt werden würde, Demarchen in Kowno und Warschau zu unternehmen.

Indem ich hervorhob, dies sei nur meine persönliche Ansicht, sagte ich, daß 50% für und 50% gegen solche Demarchen sprächen.

Auf der anderen Seite müsse man sich klar darüber sein, daß Herr Voldemaras eine außerordentlich komplizierte Persönlichkeit sei, und daß man ja auch von Warschau – nicht etwa persönlich von Herrn Zaleski – sagen müsse, daß auch von dort aus die Sache oft recht kompliziert würde. Es sei deshalb eventuell die Gefahr vorhanden, daß, wenn man nichts vorbereite, die Diskussion in Genf außerordentlich delikats und schwierig werden würde.

Auf der anderen Seite stehe ja für eventuelle Demarchen in Kowno und Warschau nur noch verhältnismäßig wenig Zeit zur Verfügung. Es sei daher zweifelhaft, ob man noch vor Genf zu irgendeinem positiven Resultat kommen könnte oder ob man nicht Gefahr laufe, durch solche Demarchen die Sache noch weiter zu komplizieren.

Herr de Margerie erwiderte, das leuchte ihm ein. Auf der anderen Seite sei es aber vielleicht nicht nötig, vor Genf schon zu einem Resultat zu kommen: vielleicht sei es möglich, die Lösung immerhin doch schon etwas vorzubereiten.

Ich erwiderte, darin hätte er vielleicht Recht. Im übrigen wisse ich ja immer noch nicht ganz genau, wie man eigentlich wirklich in Paris, London und Rom über die Sache denke. Herr Briand habe offenbar bei seinen letzten Gesprächen mit Herrn von Hoesch die Details der Sache auch nicht im einzelnen gewußt. Bezüglich London sei ich bisher nur auf einige wenige persönliche Bemerkungen des hiesigen Englischen Botschafters angewiesen. Aus Rom hätte ich bisher noch gar nichts gehört.

Herr de Margerie sagte schließlich, daß man die Sache doch noch recht reiflich überlegen müsse.

Als er übrigens Rußland erwähnte, sagte ich ihm vertraulich, Herr Tschitscherin habe sich dem Grafen [Brockdorff-]Rantzau gegenüber recht besorgt über die li-

tausch-polnische Affäre gezeigt. Er habe die Meinung geäußert, man müsse die Wilnafrage jetzt möglichst schnell lösen.<sup>6</sup> Wir seien anderer Ansicht und hätten den Grafen Rantzau beauftragt, dies Herrn Tschitscherin zu sagen.

gez. v. Schubert

168

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit  
dem polnischen Abteilungsdirektor Jackowski  
Berlin, 21. November 1927**

*Durchschrift. PA, R 35664.*

Streng vertraulich!

Nachdem bei dem heutigen Besuche des Herrn von Jackowski zunächst über Handelsvertragsverhandlungen<sup>1</sup> gesprochen worden war und dabei auch die Entstehungsgeschichte der jetzigen Besprechungen erwähnt wurde, ergab sich eine natürliche Überleitung auf politische Dinge dadurch, daß ich Herrn von Jackowski fragte, ob Herr Zaleski nach Genf kommen würde, was er bejahte. Hieran knüpfte sich ein längeres Gespräch über den litauisch-polnischen Streitfall, der ja in Genf zur Verhandlung kommen würde.

Herr von Jackowski kritisierte es, daß die Litauer ihre Beschwerde auf Art. 11 des Völkerbundsstatuts gegründet hätten. Dies, meinte er, sei doch eine recht gefährliche Sache, denn auf Art. 11 folge unter Umständen Art. 15.

Ich erwiderte, daß es allmählich Usus zu werden beginne, solche Sachen auf Grund von Art. 11 vorzubringen: dasselbe hätten ja bereits die Rumänen bezüglich des rumänisch-ungarischen Streitfalles<sup>2</sup> getan. Dies war Herrn von Jackowski neu.

Herr von Jackowski sagte mir dann, nachdem wir beiderseits uns darüber verständigt hatten, daß unser Gespräch ganz vertraulich aber auch ganz offen sein solle, es würde ihn interessieren, unsere Stellungnahme zu diesem Konflikt kennen zu lernen. Er fügte hinzu, die Polen beabsichtigten, nicht nur den speziellen Streitfall in Genf zu behandeln, sondern endlich auch einmal über den noch vorhandenen Kriegszustand zu sprechen. Es sei doch übrigens eine sehr sonderbare Sache, daß der hohe Völkerbund, der doch überall in der Welt für Frieden Sorge und zu sorgen habe, es zulasse, daß immer noch dieser Kriegszustand zwischen Litauen und Polen bestehe.

<sup>6</sup> Tel. Brockdorff-Rantzaus, 31. Oktober 1927, ebd., S. 142f.

<sup>1</sup> Dazu siehe ADAP, Serie B, Bd. VII, S. XXXIV-VI.

<sup>2</sup> Ungarisch-rumänischer Optantenstreit; siehe Dok. 185f. und Wörterbuch des Völkerrechts, Bd. III, S. 1106-26.

Ich erwiderte, was den polnisch-litauischen Spezialfall angehe, so verträten ja die Polen den Standpunkt, daß das polnische Vorgehen im Wilna-Gebiet nur eine Gegenmaßnahme gegen das litauische Vorgehen in Litauen darstelle.

Herr von Jackowski bejahte dies und sagte, durch das litauische Vorgehen werde der polnische Unterricht in Litauen vollkommen unterbunden. Die Litauer gingen ja wohl, wie er einer Äußerung des Herrn Reichsministers entnommen habe, in ähnlicher Weise im Memelgebiet vor.

Ich sagte dann Herrn von Jackowski, daß wir, was den Spezialfall anlange, nur das eine Interesse hätten, daß diese Sache in irgendeiner, beide Teile befriedigenden Form beigelegt würde.

Was die Frage des Kriegszustandes anlange, so hätten wir ein großes Interesse daran, daß dieser Kriegszustand aufhörte, der doch immerhin eine gewisse Gefahrenquelle darstelle. Allerdings sei die Sache dadurch etwas kompliziert, als ja wohl die Wilna-Frage hineinspiele.

Das Gespräch nahm hierauf eine etwas allgemeinere Wendung. Herr von Jackowski sagte mir, ich möge ihm gestatten, einmal ganz offen über die Politik zu sprechen, die wir Litauen gegenüber trieben. In Warschau bestehe vielfach der Eindruck, als ob diese Politik antipolnisch eingestellt sei. Er könne dafür keine konkreten Tatsachen anführen, sondern nur von einer allgemeinen Stimmung sprechen. Unsere Politik scheine eine Fortsetzung derjenigen Politik zu sein, welche wir im Kriege in dem besetzten Litauen getrieben hätten. Man sei damals – er erwähnte dabei auch den Namen des Prinzen Ysenburg –, von der Absicht ausgegangen, Litauen auf Kosten von Polen möglichst groß zu machen. Dieser Gesichtspunkt scheine auch jetzt noch mitzuspielen. Diese antipolnische Tendenz sei um so bedauerlicher, als doch die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen in den letzten 1½ Jahren sehr erfreuliche Fortschritte gemacht hätten. Wir hätten allerlei Abkommen getroffen und auch sonst hätten sich die Beziehungen doch wesentlich gebessert.

Ich erwiderte, ich freute mich, ihm hierin beistimmen zu können. Was unsere Politik gegenüber Litauen anlange, so könne man von einer antipolnischen Tendenz nicht gut sprechen. Was die von ihm angeführte historische Reminiszenz anlange, so wolle ich darauf nur insofern eingehen, als ich damals von der Schweiz aus nur litauische Klagen über den Prinzen Ysenburg gehört hätte, den die Litauer damals als den zweiten Henker Litauens bezeichnet hätten.

Was ferner unser Verhältnis zu den Litauern angehe, so sei es manchmal gar nicht sehr erfreulich, da die Litauer leider den größten Unfug in Memel anstellten. Die Politik, die die Litauer in Memel verfolgten, sei ganz absurd.

Ferner aber gehe unsere Politik gegenüber Litauen von dem Grundsatz aus, daß die Existenz und die Selbständigkeit Litauens unbedingt sichergestellt bleiben müsse, auch schon aus dem Grunde, weil sich, wie er ja wisse, auch die Russen für diesen sehr kleinen Staat sehr interessierten.

Ich wolle ihm ganz offen sagen, daß doch öfters Gerüchte verbreitet worden seien, daß Polen sich mit der Absicht trage, über Litauen herzufallen und es einzustecken. In Paris und in London habe man sich z.B. Anfang dieses Jahres hierüber sehr aufgeregt, und habe auch uns auf diese Möglichkeit hingewiesen.<sup>3</sup> Wir hätten

<sup>3</sup> ADAP, Serie B, Bd. IV, S. XVI-XVIII. Auch aus Moskau waren Berlin Warnungen über einen polnischen Gewaltstreich übermittelt worden. Schubert konfrontierte am 19. No-

bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß wir selbstverständlich einer so gewaltsamen Entwicklung nicht stillschweigend zusehen könnten. Aber auch in der Folgezeit wäre öfters das Gerücht verbreitet worden. Ich könne ihm aber sagen, daß wir jedesmal auch andererseits unsere Ansicht dahin ausgesprochen hätten, daß wir an die Wahrheit solcher Gerüchte nicht glaubten. Denn ich könne mir nicht denken, daß Polen es riskieren würde, sich durch einen solchen Gewaltstreich in eine außerordentlich unbequeme Lage zu bringen. Ich wäre z.B. davon überzeugt, daß ein so engagierter Völkerbunds- und Friedensfreund wie Chamberlain einer solchen Entwicklung niemals mit Ruhe gegenüberstehen würde.

Ich hätte ferner gehört, daß Herr Pilsudski absolut gegen eine solche Gewaltpolitik sei, auch schon wegen seines litauischen Ursprungs. Andererseits hätte ich aber auch gehört, daß Herr Pilsudski mehrfach schon nahe daran gewesen sei, seine Geduld Litauen gegenüber zu verlieren und daß er schon mehrfach daran gedacht hätte, Schluß zu machen.

Herr von Jackowski erwiderte, meine Beurteilung der Lage sei ganz richtig. Herr Pilsudski denke nicht daran, irgendwie mit Gewaltmitteln vorzugehen. Es sei aber auch richtig, daß er schon mehrfach am Rande seiner Geduld angelangt sei.

Ich entgegnete, das erscheine mir verständlich, denn auch wir hätten z.B. mit Herrn Voldemaras schon mehrfach sehr wenig angenehme Erfahrungen gemacht. Andererseits glaubte ich aber, dargelegt zu haben, daß unsere litauische Politik an und für sich keinerlei Spitze gegen die Polen in sich schließe.

Hierauf antwortete Herr von Jackowski, er habe auch nur die Gelegenheit ergriffen und auf derartige Stimmungen in Warschau hinweisen wollen.

Das Gespräch wandte sich sodann der Kriegszustands- und der Wilna-Frage zu.

Herr von Jackowski erklärte, Herr Pilsudski sei in dieser Beziehung sehr bescheiden. Er steuere zunächst nicht darauf hin, sofort die diplomatischen Beziehungen im vollem Umfange wiederherzustellen. Was er wolle, sei lediglich, daß die wirtschaftlichen Beziehungen allmählich in Gang gebracht würden. Ihm genüge es, wenn z.B. ein Konsul nach Kowno ginge, um die Sache anzukurbeln.

Übrigens sei die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen noch insbesondere für Memel wichtig, das auf den Holztransport auf dem Njemen angewiesen sei und jetzt nicht leben und nicht sterben könne.

Was die Wilna-Frage anlange, so existierte sie doch ebensowenig wie irgendeine andere Grenzfrage. Dies setzte mir Herr von Jackowski im einzelnen auseinander, wobei er den Versailler Vertrag erwähnte, der für die ganze Sache die Basis bilde, ferner den russisch-polnischen Vertrag von Riga und endlich die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 15. März 1923.<sup>4</sup> Es gehe unter diesen Umstän-

---

vember 1927, ohne jedoch die Quelle zu nennen, Jackowski mit diesen Nachrichten, der sie zurückwies. Aufz. Schuberts vom selben Tag, PA, R 96640. In einer Unterredung mit dem polnischen Gesandten Olszowski in Berlin am 25. November 1927 kam Schubert darauf zu sprechen, daß Gerüchte umliefen, die von einem polnischen Gewaltakt noch vor der Sitzung des Völkerbundsrats wissen wollten, Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. VII, S. 352f.

<sup>4</sup> Der Friedensvertrag von Riga vom 18. März 1921 (Freund, Rußlands Friedens- und Handelsverträge 1918-1923, S. 161-84) hatte den russisch-polnischen Krieg beendet. Zur Festlegung der polnischen Nord- und Ostgrenze durch ein Protokoll der alliierten Botschafterkonferenz siehe ADAP, Serie A, Bd. VII, S. 368 Anm. 2.

den doch nicht an, daß man nun plötzlich die Frage der polnisch-litauischen Grenze diskutiere. Jedenfalls würden sich die Polen auf die Diskussion der Wilna-Frage nicht einlassen können.

Im Verlaufe des Gespräches bot sich mir die Gelegenheit, Herrn von Jackowski unauffällig zu fragen, ob die Polen sich vielleicht auf eine Erwähnung der Wilna-Frage insofern einlassen könnten, als erklärt und festgestellt würde, daß die Wilna-Frage später verhandelt werden würde.

Dies verneinte Herr von Jackowski, indem er erneut betonte, es gehe doch eben garnicht an, über die litauisch-polnische Grenze, die definitiv geregelt sei, zu sprechen.

Indem ich betonte, daß die Litauer meines Wissens ihrerseits die These verträten, daß nicht sie, sondern die Polen an dem Bestehen dieses Kriegszustandes Schuld wären, erklärte ich erneut, daß wir ein großes Interesse daran hätten, daß dieser Kriegszustand ein Ende nähme. Nur seien wir der Ansicht, daß eine Regelung dieser Frage weder zu Ungunsten Polens noch zu Ungunsten Litauens erfolgen dürfe.

Was die Wilna-Frage anlange, so müsse ich gestehen, daß mir ihre komplizierten Verfädelungen augenblicklich nicht geläufig seien. Es sei schließlich auch nicht meine Sache, ihm gegenüber den litauischen Standpunkt zu vertreten. Auch in der Wilna-Frage, die uns nichts anginge, beabsichtigten wir, uns beiden Parteien gegenüber ganz loyal zu verhalten. Wenn wir aber unter Umständen den polnischen Standpunkt nicht ohne weiteres akzeptierten, so dürfe er hieraus nicht auf eine antipolnische Tendenz unserer Politik schließen.

Auf diese letztere Bemerkung antwortete Herr von Jackowski nicht und ging wieder auf die polnischen Handelsvertragsverhandlungen über, die ihm sehr am Herzen zu liegen schienen, da die Zeit schon vorgeschritten war. Aus demselben Grunde kam es nicht mehr zu Besprechungen von anderen politischen oder sonstigen Fragen.

[eigenhändig:] Schubert

169

**Runderlaß von Schuberts über den französisch-jugoslawischen  
Freundschaftsvertrag (gekürzt)  
Berlin, 28. November 1927**

*ADAP, Serie B, Bd. VII, S. 374f.*

[...]<sup>1</sup>

Für die dortige Regelung der Sprache möchte ich noch auf folgende allgemeine Gesichtspunkte hinweisen.

---

<sup>1</sup> Erläuterung der deutschen Haltung zum französisch-jugoslawischen Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsvertrag vom 11. November 1927 (dazu ADAP, Serie B, Bd. VII, S. 356f., Aufz. Schuberts vom 26. November) auf der Basis eines Kommentars von Gaus; der Vertrag enthalte keine mittelbare Spitze gegen Deutschland.

Die systematische Bündnispolitik Frankreichs, wie sie nach seinen Verträgen mit Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien auch in diesem neuen Verträge zum Ausdruck kommt, kann vom deutschen Standpunkt aus selbstverständlich nicht gebilligt werden. Der Ausgangspunkt dieses Systems liegt in der Absicht, den im Jahre 1919 geschaffenen territorialen Status von Europa durch eine Koalition zu sichern, die allen auf Änderung dieses Status abzielenden Bestrebungen geschlossen entgegenzutreten soll. Es handelt sich nicht um Verträge, die wie die Locarno-Verträge einen Ausgleich widerstreitender Interessen schaffen, sondern regelrechte Bündnisse, deren politischer Charakter nicht wesentlich dadurch geändert wird, daß man ihnen die Form der Defensivallianz gegeben hat. Auch die Tatsache, daß die Verträge formal den Bestimmungen des Völkerbündnisses angepaßt sind, kann die grundsätzlichen Bedenken gegen sie nicht beseitigen. Ihr Effekt ist schließlich doch der, Europa wieder wie vor dem Weltkriege in getrennte Lager zu spalten, anstatt den notwendigen Gedanken einer gemeinsamen und einheitlichen europäischen Kooperation zu fördern.

Wenn dies von der französischen Bündnispolitik im allgemeinen gilt, so könnte der neue Vertrag vielleicht insofern eine heilsame Wirkung haben, als er das durch die prononcierte italienische Politik in Frage gestellte Gleichgewicht der Kräfte auf dem Balkan einigermaßen wiederherstellt und für die nächste Zukunft sichert. Er stärkt die Position Jugoslawiens und nimmt etwaigen italienischen Versuchen, Jugoslawien auf dem Balkan zu isolieren, viel von der Aussicht auf Erfolg. Da Deutschland auch auf dem Balkan nur an der Aufrechterhaltung des Friedens interessiert ist, könnten wir einen solchen Effekt des Vertrages von unserm Standpunkt aus begrüßen.

Die Anlage bitte ich streng geheim zu behandeln, bis der Vertrag von anderer Seite veröffentlicht wird.<sup>2</sup>

Schubert

---

<sup>2</sup> Bereits am 18. November 1927 war der Text des Vertrages Stresemann durch den französischen Botschafter übergeben worden, ebd., S. 373 Anm. 2. Darüber Aufz. Schuberts vom selben Tag – PA, R 29372 –, in der es heißt: „Bei dieser Gelegenheit teilte der Botschafter vertraulich mit, der Französische Botschafter in Rom sei kürzlich bei Herrn Mussolini gewesen und habe bei ihm angeregt, ob nicht Italien ähnliche Verträge abschließen wolle. Mussolini habe dem Botschafter erwidert, Italien sei auch glücklich ohne solche Verträge und habe dabei auf das Beispiel Englands hingewiesen.“



**Telegramm von Schuberts an den Leiter des Sonderreferats Völkerbund  
von Bülow/z.Zt. Genf  
Berlin, 1. Dezember 1927**

*Ausfertigung. PA, R 96638; Vermerk: „Abgesandt 1.12. 14<sup>45</sup>“.*

Für Herrn von Bülow.<sup>1</sup>

Antwort auf Telefonat am 30. November.

Wir halten es natürlich für dringend erwünscht, daß wir in einem etwa zu bildenden Unterausschuß des Sicherheitskomitees vertreten sind.

Aus Gründen, welche hier ja eingehend besprochen worden sind, halten wir es aber nach wie vor für richtig, Graf Bernstorff zum Delegierten auch im Sicherheitskomitee zu benennen. Die Ernennung des Grafen Bernstorff müßte doch die beste Gewähr dafür sein, daß wir an dem Unterausschuß beteiligt werden. Um aber nicht Eindruck entstehen zu lassen, daß wir Abrüstungskommission und Sicherheitskomitee als eine Einheit betrachten, was als eine Unterstützung des französischen Standpunktes ausgelegt werden könnte, wird – und hierauf muß entscheidender Wert gelegt werden – Graf Bernstorff in geeigneter Form zum Ausdruck zu bringen haben, daß die Aufgaben der beiden Organe durchaus verschieden seien und daß die Deutsche Regierung sich deshalb vorbehalten müsse, je nach dem Charakter der einzelnen im Sicherheitskomitee zu behandelnden Fragen gegebenenfalls an seiner Stelle oder als seinen Vertreter einen anderen Delegierten zu beauftragen.<sup>2</sup>

Schubert

---

<sup>1</sup> Daneben Schubert hschr.: „Eilt sehr!“ Bülow hatte telefonisch am 30. November 1927 (von Poensgen Schubert sofort vorgelegt) nach Berlin durchgeben lassen, daß die Absicht bestehe, das auf der Völkerbundsversammlung vom September gegründete Sicherheitskomitee, das die Voraussetzungen für die Abrüstung sicherheitspolitisch überprüfen sollte, sofort nach seiner Einsetzung zusammenzurufen. Schubert hatte auf der Anzeige Poensgens am 30. November notiert: „Eilt! Dem Herrn RM vorzulegen! Ich bitte Vortrag halten zu dürfen.“ Das Ergebnis ist das vorliegende Tel. an Bülow (PA, R 96638) mit Paraphe Stresemanns am Rand.

<sup>2</sup> In einer Instruktion für den deutschen Delegierten Johann Heinrich Graf von Bernstorff hatte Schubert am 26. November geschrieben: „Immer deutlicher zeichnet sich die Gefahr ab, daß die Sieger des Weltkrieges den allgemeinen bestehenden Wunsch nach Ausbau der *sécurité* dazu ausnutzen, um die aus dem Weltkrieg hervorgegangene Ordnung Europas neu zu befestigen, und daß wir vor die Wahl gestellt werden sollen, hierbei entweder freiwillig mitzuwirken oder als der Staat zu erscheinen, der die Herstellung eines allgemeinen Weltfriedens verhindert. Ich brauche wohl nicht weiter auszuführen, daß wir keinerlei Maßnahmen zur Stabilisierung der jetzigen Gebietsverhältnisse in Europa mitmachen können, die uns den Weg für die Revision der Ostgrenzen und den Anschluß Österreichs verbauen würden. Dieser Gesichtspunkt müßte sowohl bei der bevorstehenden Tagung der Abrüstungskommission als auch bei den kommenden Arbeiten des Sicherheitskomitees als feststehende – wenn auch niemals ausgesprochene – Grundvoraussetzung für unsere Politik in erster Linie beachtet werden. Wie Eurer Exzellenz aus den

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem litauischen  
Ministerpräsidenten Voldemaras und Gesandten Sidzikauskas  
Berlin, 3. Dezember 1927**

*Original. PA, R 28645*

Streng vertraulich!<sup>1</sup>

Ich hatte heute bei und nach einem Frühstück bei Herrn Sidzikauskas in dessen Gegenwart eine 2½ stündige Unterredung mit Herrn Voldemaras, welche sich, der Eigenart des litauischen Ministerpräsidenten entsprechend, in zum großen Teil außerordentlich komplizierten Gedankengängen bewegte.

Das Gespräch beschäftigte sich zunächst mit der rein taktischen Frage, wann die polnisch-litauische Angelegenheit<sup>2</sup> vor den Rat kommen würde. Herr Voldemaras meinte, es sei doch zweckmäßig, zunächst während einiger Tage hinter den Kulissen die Sache zu besprechen und dann die Beratungen im Rat selbst zu vereinfachen. Ich erwiderte, gewisse Vorbesprechungen hielte auch ich für sehr zweckmäßig, andererseits rechne man damit, daß die Sache einem Ratskomitee [des Völkerbundsrats] übertragen würde. Man werde besonderen Wert darauf legen, daß dieses Komitee ziemlich bald in Funktion trete. Denn allgemein sei die Tendenz in Genf stets maßgebend, die Länge der Ratssitzungen nicht über eine Woche auszudehnen.

Nachdem Herr Sidzikauskas mich gefragt hatte, ob ich neuere Nachrichten aus England oder Frankreich erhalten hätte, was ich verneinte, fragte ich Herrn Voldemaras, wie er denn die Sache einzuleiten gedächte.

Herr Voldemaras erwiderte, er werde in seiner Rede<sup>3</sup> auseinandersetzen, daß die Schulsache ein Glied in einer Kette von Provokationen sei, welche sich die Polen den Litauern gegenüber hätten zu Schulden kommen lassen. Er werde fragen,

---

Genfer Verhandlungen bekannt, geht das Bestreben Frankreichs und seiner Anhänger dahin, die Abrüstung mit der Sicherheitsfrage untrennbar zu verbinden. Unsere These, nach der die Fragen der Sicherheit und der Abrüstung getrennt zu behandeln sind, hat sich auf der letzten Bundesversammlung nur insoweit durchsetzen können, als weitere Fortschritte auf dem Gebiet der Sicherheit nicht zur Voraussetzung gemacht wurden für die Einberufung der 1. Abrüstungskonferenz und als das Problem der Sicherheit einem besonderen Komitee anvertraut wurde. Wir werden darauf hinzuwirken haben, daß die beiden Fragen, die gewissermaßen zur Zeit nur durch ein Stück Papier getrennt sind, nicht wieder enger miteinander verknüpft werden, sondern daß im Gegenteil die Trennung zwischen ihnen womöglich noch deutlicher herausgearbeitet wird.“-ADAP, Serie B, Bd. VII, S. 360.

---

<sup>1</sup> Darüber hschr. von Schubert: „Eilt!“, und am Rand: „Dem Herrn Reichsminister vorzulegen. Sch. 3.12.“

<sup>2</sup> Siehe Dok. 167 u. 168.

<sup>3</sup> Vom 5.-12. Dezember 1927 fand in Genf die 48. Tagung des Völkerbundsrats statt. Voldemaras sprach am 7. Dezember, Schultheß', Bd. 68 (1927), S. 534-37.

ob ein solches Vorgehen sich mit der Mitgliedschaft des Völkerbundes vereinbaren lasse. Schließlich werde er verlangen, daß diese Schulsache, und diese allein, beraten würde. Auf eine Rückfrage fügte er hinzu, bei dieser Rede werde er auf die Frage des Kriegszustandes und auf die Wilna-Frage nicht eingehen.

Wir besprachen dann, was wohl möglicherweise die Polen antworten würden. Es bestand Einverständnis darüber, daß die Polen nun ihrerseits auf den Kriegszustand zu sprechen kommen, die Beseitigung des Kriegszustandes verlangen und damit die Gesamtfrage der litauisch-polnischen Beziehungen aufs Tapet bringen würden.

Aus der hierauf folgenden Diskussion zwischen den beiden litauischen Herren und mir, die sich im einzelnen garnicht wiedergeben läßt, greife ich Folgendes heraus:

Herr Voldemaras, der, zunächst wenigstens, außerordentlich selbstsicher auftrat, erklärte, es handele sich hier, wie vor Gericht, um einen rein prozessualen Vorgang. Er hätte gewissermaßen eine Klage eingereicht. Wenn nun die Polen, indem sie vom Kriegszustand sprächen, eine Gegenklage einreichten, so sei er berechtigt, zu verlangen, daß dieser Gegenstand nicht auf der jetzigen, sondern erst auf der nächsten Ratssitzung, nämlich im März behandelt würde.

Ich erwiderte, auf die rechtliche Seite der Sache wolle ich nicht eingehen, aber immerhin erwähnen, daß die Litauer doch ihre Sache auf Grund des Art. 11 vorgebracht hätten. Ich wolle aber lediglich im politischen Sinne den Ministerpräsidenten fragen, ob er es für sehr praktisch halten würde, jetzt lediglich nur die Schulsache zu behandeln, alle übrigen Fragen aber bis zum März in suspenso zu lassen: ob er nicht auch für Litauen hierin eine Gefahr sehe.

Herr Voldemaras verneinte dies. Er sagte, es könne ja bis März garnichts passieren. Nach den Nachrichten, die er insbesondere von dem Französischen Gesandten in Kowno habe, sei Frankreich, das ja auch sonst noch allerlei andere Sorgen habe, fest entschlossen, Polen von irgendeiner gewaltsamen Aktion gegen Litauen abzuhalten. Wenn Pilsudski jetzt mit solchem Nachdruck die Abschaffung des Kriegszustandes verlange, so habe dies einen ganz bestimmten Grund. Im Februar nächsten Jahres fänden nämlich in Polen Wahlen statt, denen Pilsudski mit einiger Sorge entgegensehe. Aus diesem Grunde wünsche er die polnisch-litauische Frage vorher zu bereinigen.

Ich erwiderte Herrn Voldemaras, ich glaube, ihn vor übertriebenen Optimismus warnen zu müssen. Ich sei nicht der Ansicht, daß Frankreich diesen Standpunkt einnehme: Ich glaube vielmehr, daß es Frankreich ebenso wie England darauf ankomme, die aus einem eventuellen Konflikt zwischen Polen und Litauen entstehenden Gefahren möglichst bald zu beseitigen.<sup>4</sup> Außerdem aber sei nun ein-

---

<sup>4</sup> Siehe dazu Schuberts Tel. nach Paris, 10. November 1927, ADAP, Serie B, Bd. VII, S. 202-04; Schuberts Tel. an die Moskauer Botschaft, 12. November, ebd., S. 225-28. Auf sowjetische Befürchtungen wegen Beteiligung der Reichsregierung an einer gemeinsamen Demarche in Kowno und auf den Hinweis, die UdSSR werde eine Vergewaltigung Litauens nicht hinnehmen (Tel. Brockdorff-Rantzaus, 12. November, ebd., S. 216-18), telegraphierte Schubert am 14. November (ebd., S. 239) u.a.: „Daß Frankreich und England bei etwaigen gemeinsamen Demarchen in der litauisch-polnischen Frage versuchen würden, uns vor ihren Wagen zu spannen, ist nicht zu bezweifeln. Größer als die hierin liegende

mal von Polen die These aufgestellt worden, daß es doch unmöglich sei, daß an einem Punkte Europas noch ein Kriegszustand bestehe. Dieser Standpunkt habe auch in sonstigen Völkerbundskreisen seinen Eindruck nicht verfehlt. Ferner aber sähe ich doch immerhin recht große Gefahren für Litauen voraus. Es brauche sich ja gegebenenfalls nicht um einen direkten und offenen Angriff auf Litauen von Polen zu handeln, man könne ja die Sache geschickter unter Zuhilfenahme litauischer Emigranten anstellen.

Als dann Herr Sidzikauskas an mich die Frage stellte, wie sich wohl meiner Ansicht nach der Rat zu dem Begehren Litauens, nur die Schulfrage zu behandeln und alle übrigen Fragen bis zum März glattweg zu vertagen, stellen würde, sagte ich, ich glaube, daß wohl die große Mehrheit des Rates anderer Meinung sein würde.

Wir sprachen dann über die Frage, ob Litauen nicht eine Erklärung dahin abgeben könne, daß es den Kriegszustand aufhebe, indem es vielleicht eine Reserve wegen der späteren Behandlung der Wilna-Frage beifüge.

Herr Voldemaras, übrigens unterstützt von Herrn Sidzikauskas, nahm in seiner Beantwortung zunächst einen sehr intransigenten Standpunkt ein. Er sagte, die Frage des Kriegszustandes sei doch absolut identisch mit der Wilna-Frage. Litauen könne doch nicht einfach den Kriegszustand aufheben. Hierzu bedürfe es eines Gesetzes, das sehr weittragende Folgen haben werde.

Bezüglich eines Vorbehaltes wegen Wilna sagten die Herren zunächst, daß eine einseitige Erklärung doch gar keine rechtliche Bedeutung habe. Später aber sagte Herr Voldemaras, er glaube nicht, daß die Polen eine solche Erklärung annehmen würden. Die utopische Erwartung, daß etwa die Polen eine solche Erklärung schriftlich indossieren würden, hatte Herr Voldemaras inzwischen anscheinend völlig aufgegeben.

Herr Voldemaras kam dann aber darauf zu sprechen, was denn eigentlich der Ausdruck „Aufhebung des Kriegszustandes“ bedeute. Er meinte, und zwar nicht mit Unrecht, daß sich hieraus doch sofort praktische Folgen ergeben müßten, nämlich die Aufnahme von allerlei Beziehungen. Er fügte hinzu, daß dies eben unmöglich und außerdem sehr gefährlich sei. Gefährlich deshalb, weil die Litauer dann den ersten Schritt gegenüber Polen getan hätten, dann gezwungen werden würden, den zweiten Schritt zu tun und dann gäbe es eben kein Halten mehr.

Als ich den Begriff „Aufnahme der Beziehungen“ dann im einzelnen zu zergliedern versuchte und hervorhob, nach meinen Nachrichten verlangten die Polen

---

Gefahr scheint mir aber doch der Nachteil zu sein, der für uns entstehen würde, wenn wir bei der weiteren diplomatischen Behandlung der Frage einfach ausgeschaltet würden [...].“ In einer Aufz. Schuberts vom 22. November 1927 (PA, R 29297) heißt es, de Margerie „berührte dann auch die bevorstehenden Genfer Verhandlungen. Er sagte mir, daß er eine Zusammenarbeit zwischen Herrn Stresemann und Herrn Briand im Dreierkomitee ganz außerordentlich begrüßen würde, denn er sei der Ansicht und habe diese Ansicht auch Herrn Briand gegenüber gelegentlich seines Pariser Aufenthaltes zum Ausdruck gebracht, daß es sehr nützlich wäre, wenn die beiden Außenminister in möglichst vielen delikaten Fragen eng zusammenarbeiteten: dann hierdurch werde der Kontakt zwischen Deutschland und Frankreich immer mehr gefördert.“ Im wesentlichen bestand zwischen den drei Mächten Einigkeit. Siehe Schuberts Gespräch mit Margerie vom 29. November 1927, PA, R 29298.

ja garnicht die volle Aufnahme sämtlicher, auch nicht der diplomatischen Beziehungen, und als ich die Unmöglichkeit<sup>5</sup> z.B. der Aufnahme der telegrafischen und telefonischen Beziehungen, der Memelflösserei, des Transitverkehrs erwähnte, erwiderte Herr Voldemaras, besonders die Aufnahme der telegrafischen Beziehungen käme nicht in Frage. Was die Memelflösserei angehe, so sei die Sache ja eigentlich in Ordnung: nur die Polen wollten die Sache praktisch ja nicht durchführen. Auch behauptete er, daß ein Transitverkehr bis zu einem gewissen Grade ja jetzt schon möglich sei. Als eine große Gefahr bezeichnete Herr Voldemaras es ferner, daß, wenn die Polen einmal nach Litauen hereingelassen würden, ehe die Wilna-Frage geregelt sei, die Polen dann eine Handhabe hätten, um von innen heraus Litauen umzustürzen.

Ich erklärte Herrn Voldemaras, ich müßte ihn, nach allem, was ich gehört hätte, dringend warnen, in Genf einen zu intransigenten Standpunkt einzunehmen. Ich glaubte kaum, daß er mit seiner Forderung, nur den Schulfall in Genf zu behandeln und alles andere, und zwar ohne Einsetzung eines Ratskomitees, bis März zu vertagen, durchdringen werde. Aber auch wenn dies der Fall sei, so sähe ich hierin große Gefahren für Litauen. Jedenfalls sei die Ansicht allgemein, daß irgendetwas geschehen müsse, um die Beziehungen zwischen Litauen und Polen zu verbessern. Dann hätte ich, soweit ich die eigentliche Wilna-Frage übersehen könne, großes Verständnis für den litauischen Standpunkt. Ich glaubte allerdings nicht daran, daß der Rat bereit und instande sein würde, die Wilna-Frage bei der kommenden März-sitzung anzuschneiden oder gar zu lösen. Mir schwebte aber persönlich eine gewisse Zwischenlösung vor, indem nämlich die Litauer den Kriegszustand aufhoben und gewisse Beziehungen herstellten, indem sie zugleich die Aufnahme der weiteren Beziehungen und die Regelung der territorialen Fragen weiteren Verhandlungen vorbehielten. Natürlich werde es sehr schwer sein, eine Formel hierfür zu finden und diese Formel zur Annahme zu bringen. Jedenfalls warnte ich den Ministerpräsidenten dringend, einen ganz intransigenten Standpunkt einzunehmen: Ich sei sicher, daß er damit hereinfallen werde.

Herr Sidzikauskas suchte mich nun etwas zu unterstützen, während Herr Voldemaras seine bisherigen Gegenargumente wiederholte und noch einige Dutzend hinzufügte. Schließlich wurde er aber etwas nachdenklich.

Ich sagte übrigens Herrn Voldemaras, ich glaubte, daß Litauen vielleicht von Polen eine gewisse feierliche Anerkennung der Integrität Litauens erreichen könne.

Herr Voldemaras erwiderte hierauf, eine solche Erklärung habe nicht den geringsten Wert, denn auf das Wort der Polen sei absolut nichts zu geben. Herr Sidzikauskas seinerseits erwiderte, eine solche Erklärung habe große Gefahren, da damit vielleicht eine Festlegung Litauens auf seine jetzigen Grenzen verbunden sein könne.

Schließlich sagte Herr Voldemaras, daß man vielleicht den Gedanken ventilieren könne, in Genf eine Art Burgfrieden zwischen Polen und Litauen zu stipulieren, der sich vielleicht auf mehrere Jahre ausdehnen könne. Als ich ihn darauf fragte, ob er damit eine Aufhebung des Kriegszustandes verbinden wolle, antwortete er etwas vage. Er schien darauf hinauszuwollen (eingehend auf meine Gedanken, daß irgendetwas zur Stabilisierung des Verhältnisses zwischen Polen und Litauen geschehen

---

<sup>5</sup> Wahrscheinlich Schreibfehler, richtig: ‚Möglichkeit‘.

müsse), man könne vielleicht den jetzigen Zustand dadurch etwas verbessern, daß man festsetze, daß kein Staat gegen den anderen etwas unternehmen dürfte.

Herr Sidzikauskas fragte mich dann auch nach der Stellungnahme der Russen, wie sie bei unseren Gesprächen mit Herrn Litwinow<sup>6</sup> zum Ausdruck gekommen sei; insbesondere fragte er mich, ob ich etwas von polenfreundlichen Tendenzen der Russen gehört hätte.

Ich erwiderte, die Russen hätten auch uns gesagt, daß sie es immer noch für das Beste halten würden, wenn die Litauer, und zwar noch vor Genf, den Kriegszustand ganz einfach für beendet erklärten. Wir hätten ihnen klagemacht, daß man das den Litauern doch eigentlich nicht zumuten könne. Von einer polenfreundlichen Tendenz der Russen hätte ich nichts verspürt. Ich glaubte vielmehr, daß die Russen lediglich und tatsächlich von der großen Sorge erfüllt seien, daß die Gefahr bestehe, daß die Litauer von dem „bösen Völkerbund“ in Genf vergewaltigt werden sollten.

Am Schlusse nach unserer Stellungnahme gefragt, erwiderte ich, daß wir durchaus dafür eintreten würden, daß Litauen nicht in Genf vergewaltigt würde. Wir hätten auch in den vergangenen Wochen stets sowohl den Engländern als auch den Franzosen erklärt, daß eine faire Lösung gefunden werden müsse, die weder auf den Schultern Polens noch auf den Schultern Litauens erfolge. Ich glaubte nicht, daß wir uns für eine einfache Vertagung aller litauisch-polnischen Fragen außer derjenigen des Schulfalles, einsetzen könnten, wie ich sie oben skizziert hätte. Eine Vermittlertätigkeit, wenn uns eine solche zufiele, würden wir aber nur dann annehmen können, wenn sich Herr Voldemaras nicht allzu intransigent zeige. Schließlich erklärten mir beide Herren, auch Herr Voldemaras, daß sie alles tun würden, um sich konziliant zu zeigen, soweit ihnen dies unter Wahrung ihres wohl begründeten Rechtsanspruches möglich sei.

Wegen der Zusammensetzung der litauischen Delegation von mir befragt, erklärte Herr Voldemaras, er werde zunächst mit einem Herren, dessen Namen ich nicht verstand, nach Genf fahren, wo er Herrn Klimas, den Litauischen Gesandten in Paris, vorfinden werde. Etwas später werde wahrscheinlich Herr Sidzikauskas nachkommen. Er wolle nicht gleich mit einer großen Delegation in Genf eintreffen, um bei den Polen den Eindruck zu vermeiden, als sei er ohne weiteres zu weitgehenden Verhandlungen bereit.

Die bei dem Gespräch zwischen dem Herrn Reichsminister und Herrn Sidzikauskas<sup>7</sup> von letzterem ventilerte Idee einer direkten Verhandlung zwischen Polen und Litauen wurde in unserer Unterredung nicht berührt.

[eigenhändig:] Schubert

<sup>6</sup> Zu diesen Gesprächen siehe Schuberts Aufz. vom 25. November 1927, ADAP, Serie B, Bd. VII, S. 340-48. In der polnischen Presse hatte das anschließend veröffentlichte Communiqué Beunruhigung hervorgerufen. Schubert telegraphierte deshalb der Gesandtschaft in Warschau am 30. November: „Die Polnische Regierung wird Verständnis dafür haben müssen, daß wir anlässlich Besuchs Litwinows eine so brennende Frage wie polnisch-litauischen Streit zum Gegenstand von Besprechungen machten, ebenso wie wir es den Westmächten gegenüber getan haben.“-PA, R 28315.

<sup>7</sup> Vom 29. November 1927; Stresemanns Aufz. ADAP, Serie B, Bd. VII, S. 383-88.

**Aufzeichnung von Schuberts über Unterredungen mit dem Generalsekretär  
des Völkerbundes Sir Eric Drummond und dem britischen Außenminister  
Sir Austen Chamberlain  
Genf, 9. Dezember 1927**

*Durchschrift. PA, R 29416.*

Streng vertraulich!

Nach einem Diner bei Sir Eric Drummond fragte ich Sir Eric, was eigentlich inzwischen in der polnisch-litauischen Frage geschehen sei.<sup>1</sup> Wir seien etwas beunruhigt, da wir nichts gehört hätten und andererseits erfahren hätten, daß morgen eine geheime Sitzung des Rates stattfinden solle.

Sir Eric erwiderte, er halte es allerdings für sehr wichtig, mich zu orientieren. Er habe heute morgen Herrn Beelaerts aufgesucht und mit ihm die Angelegenheit gründlich durchgesprochen. Herr Beelaerts sei im Begriff, einen Bericht und eine Resolution aufzusetzen. Sir Eric sagte die sechs Punkte dieser Resolution, er sagte sie aber so schnell her, daß ich sie leider nicht behalten habe. Inzwischen sei ja auch Herr Pilsudski eingetroffen, mit dem Herr Briand gesprochen habe. Herr Briand habe sodann seinerseits Herrn Beelaerts aufgesucht; auch Zaleski und Pilsudski hätten mit Beelaerts gesprochen. Beelaerts werde sich außerdem heute abend noch nach dem Essen mit Herrn Voldemaras in Verbindung setzen, er selbst, so fügte Sir Eric hinzu, habe den Marschall noch nicht gesehen. Herr Beelaerts werde seine Resolution morgen in der geheimen Sitzung vortragen. Die Schwierigkeit bestehe nur darin, daß Herr Pilsudski morgen abend bereits abreisen wolle. Seiner – Sir Eric's – Ansicht nach werde es schwer sein, die Sache bis morgen abend in Ordnung zu bringen, denn es sei doch recht gefährlich, eine solche Sache durchzupfeitschen.

Ich erwiderte, ich sei vor allem sehr zufrieden darüber, daß Herr Beelaerts auch Herrn Voldemaras sehen werde. Dies sei bei der mißtrauischen Natur des Litauers unbedingt notwendig.

Sir Eric sagte dann noch, die Resolution des Herrn Beelaerts komme den Litauern sehr weit entgegen. Auch die Polen schienen ja ganz vernünftig zu sein.

Ich ließ übrigens bei Sir Eric durchblicken, daß wir es doch etwas sonderbar fänden, daß wir sozusagen bei den heutigen Verhandlungen ganz ausgeschaltet gewesen seien. Ich hatte den Eindruck, daß Sir Eric unseren Standpunkt durchaus verständlich zu finden schien.

---

<sup>1</sup> Siehe Dok. 171.– Nachdem die Litauer mit der Bitte um Entsendung deutscher Offiziere an das Reichswehrministerium herangetreten waren, telegraphierte Schubert am 3. Dezember 1927 an die Gesandtschaft in Kaunas: „Nachdem wir uns bisher derartigen Anregungen gegenüber ausweichend und ablehnend verhalten haben, beabsichtigen wir eine Änderung dieser Haltung am allerwenigsten in diesem Augenblick, in dem litauisches Offiziers-Korps schwere Zersetzungerscheinungen zeigt und gesamte Lage Litauens außerordentlich prekär ist.“-PA, R 84944.

Bald darauf brach Sir Austen Chamberlain das Gespräch, das er mit einigen anderen Ratsvertretern hatte, ab, trat auf mich zu und setzte sich mit mir zusammen in eine Ecke. Er fing sofort von der litauisch-polnischen Sache zu sprechen an. Er erzählte mir, daß die Herren Briand und Paul-Boncour heute Pilsudski zu einem Frühstück eingeladen hätten, an dem er auch eigentlich hätte teilnehmen sollen, was ihm aber unmöglich gewesen sei, da er selbst ein Frühstück für Herrn Stresemann gegeben habe. Er sei dann nach diesem Frühstück noch zu Herrn Briand gekommen und habe noch gerade Gelegenheit gehabt, mit auf die allgemeine Photographie zu kommen. Er habe dann ferner Gelegenheit gehabt, mit Herrn Pilsudski zu sprechen, nachdem sich die Herren Briand und Boncour entfernt hatten. Er habe Herrn Pilsudski ganz vernünftig gefunden.<sup>2</sup>

Meine Frage, ob das Gerücht wahr sei, wonach Herr Pilsudski mit einem ganz besonders großen Programm hier eingetroffen sei, verneinte Chamberlain. Er sagte, er hätte den Eindruck, daß Pilsudski einen ganz vernünftigen Standpunkt einnehmen werde. Er werde übrigens morgen nacht um 1 Uhr bereits wieder abreisen und zwar wegen der bevorstehenden Wahlen, die seine Anwesenheit in Warschau unbedingt notwendig machten.

Herr Pilsudski, so fuhr Sir Austen fort, habe ihm allerlei schöne Sachen über Litauen gesagt und dabei auch erwähnt, daß er selbst litauischen Ursprungs sei.

Soweit ich in der nun folgenden Unterhaltung verstand, hat Chamberlain Herrn Beelaerts seinerseits heute nicht gesehen.

Wir sprachen dann über die Stellung, die wahrscheinlich Herr Voldemaras einnehmen werde. Ich sagte Sir Austen, daß Voldemaras ein Zwischending zwischen einem schlauen Bauern und einem spitzfindigen Professor sei, worauf Chamberlain erwähnte, das sei eine schlechte Kombination, was ich zugab. Ich sagte weiter, gerade diese Natur des Herrn Voldemaras führe ihn dazu, sehr mißtrauisch zu sein. Ich glaubte, es komme hauptsächlich darauf an, das Vertrauen des Herrn Voldemaras zu gewinnen. Dann könne man meiner Ansicht nach sehr viel mehr anfangen, als man dies selbst nach dem ersten Eindruck glaube, den man von Herrn Voldemaras gewinnen müsse.

Chamberlain erwiderte, darin hätte ich vollständig recht. Auch er habe alles versucht, um Herrn Voldemaras das Gefühl beizubringen, daß er hier in Genf Vertrauen haben könne. Auch ihm scheine es das Wichtigste zu sein, das Mißtrauen des Herrn Voldemaras zu überwinden. Ich sagte Sir Austen ferner, daß Herr Vol-

<sup>2</sup> Am 8. Dezember 1927 telegraphierte Schubert aus Genf an die Gesandtschaften von Kowno und Warschau: „In heutiger ganz geheimer Ratssitzung mitteilte Herr Briand, nach seinen Informationen sei zu befürchten, daß in nächster Zeit sich ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen litauischen und polnischen Truppen an der litauisch-polnischen Grenze ereignen werde. Er halte es deshalb für unbedingt notwendig, daß die in beiden Orten stationierten Militär-Attachés der fremden Mächte sich sofort in das Grenzgebiet begäben, um dort festzustellen, ob tatsächlich eine solche Gefahr vorliege. Die Ratsmitglieder waren sich darüber einig, daß ein solches Verfahren zweckmäßig sei. Es ist anzunehmen, daß Chamberlain und Briand sofort ihren beiderseitigen Militär-Attachés die nötigen Weisungen erteilen werden; vielleicht wird auch Italien ähnliche Instruktionen ergehen lassen. Ich bitte Sie, auch Ihrerseits in geeignet erscheinender Weise die notwendigen Feststellungen zu treffen und das Ergebnis sofort über Berlin hierher zu drahten.“-PA, R 29416.



demaras offenbar sehr große innerpolitische Schwierigkeiten zu Hause zu überwinden habe. Ferner aber sei seine These die, daß er fürchte, durch ein Entgegenkommen gegenüber den Polen auf eine abschüssige Bahn zu geraten, und auf diese Weise den prinzipiellen Standpunkt zu gefährden, den er bisher in der Wilnafrage eingenommen habe. Dann sei er sich darüber klar, das die Wilnafrage jetzt nicht gelöst werden könne. Was mich anbetreffe, so wolle ich die meritorische Würdigung dieser Frage für den Moment außer acht lassen.

Sir Austen ging aber doch kurz auf die Wilnafrage selbst ein und tat den meiner Ansicht nach sehr bemerkenswerten Ausspruch, daß mindestens die Form, mit der die Polen seinerzeit Wilna den Litauern abgenommen hätten, sehr wenig schön und sehr wenig fair gewesen sei.

Was aber im übrigen die Politik anlange, die Herr Voldemaras geführt habe, so habe er einmal Voldemaras gesagt, es gehe doch nicht an, sämtliche Nachbarn zu brüskieren. Das sei eine Politik, wie sie sich nicht einmal das immerhin doch sehr mächtige England leisten könne.

Ich erwiderte, Ähnliches hätten sowohl der Herr Reichsminister als auch ich einmal dem sehr vernünftigen litauischen Gesandten in Berlin gesagt.<sup>3</sup>

Als ich dann Sir Austen sagte, wir hätten ja Herrn Voldemaras auch gelegentlich der Behandlung der Frage von Memel kennengelernt, wo er den größten Unfug mache, trotzdem aber sei ich der Ansicht, daß man diesen kleinen Litauer doch fair behandeln müsse, stimmte mir Sir Austen durchaus zu. Er meinte schließlich, daß er glaube, daß doch eine Formel gefunden werden könne, welche beiden Parteien

<sup>3</sup> Dazu Dok. 171 sowie Tel. Schuberts, 9. November 1927, ADAP, Serie B, Bd. VII, S. 202-04, Tel. Schuberts vom 12. November, ebd. 225-28, Aufz. Stresemanns, 29. November, ebd., 383-88, 406-08. Nach seiner Rückkehr nach Berlin besprach Schubert mit dem litauischen Gesandten Sidzikauskas die Genfer Ergebnisse bzgl. des polnisch-litauischen Konflikts und erklärte, „daß die Litauer mit dem erreichten Ergebnis sehr zufrieden sein könnten“. Der Gesandte meinte daraufhin, es gehe jetzt darum, wieder Verhandlungen zwischen Polen und Litauen in Gang zu bringen, um einzelne offene Fragen, insbesondere die Wilna-Frage, zu klären. Schubert entgegnete daraufhin: „Was die Wilna-Frage angehe, so wolle ich ihm, ohne daß er daraus einen großen Optimismus schöpfen dürfe, sagen, daß ich den Eindruck hätte, daß in manchen Kreisen, die ich nicht nennen wolle, doch mehr Verständnis für die Wilna-Frage und die Behandlung, welche die Litauer in den vergangenen Jahren in dieser Frage erfahren hätten, bestände, als ich das bisher angenommen hätte. Auf der anderen Seite müsse ich aber konstatieren, daß man allerseits der Ansicht sei, daß die Wilna-Frage ein ganz außerordentlich delikates Problem sei, dessen Lösung ganz außerordentliche Schwierigkeiten bereiten würde. Unter diesen Umständen würde es meiner Ansicht nach ein großer Fehler sein, wolle Herr Voldemaras bei den kommenden Verhandlungen mit Polen mit dieser Frage anfangen oder sie überhaupt meritorisch behandeln. Ich sei vielmehr der Ansicht, daß Herr Voldemaras auf dem Gesamtgebiet, das mit dem Begriff ‚normale Beziehungen‘ umfaßt werden könne, doch einige Fortschritte machen könne.“-Aufz. Schuberts vom 16. Dezember 1927, PA, R 35664. Am 15. Dezember hatte Schubert die Genfer Verhandlungen mit dem italienischen Botschafter Aldrovandi erörtert: „Ich sagte ihm, meiner Meinung nach sei hier ein nicht unwesentlicher Erfolg des Völkerbundes zu verzeichnen, der vor allen Dingen darin bestehe, daß, wenn auch eine endgültige Regelung der Beziehungen zwischen Polen und Litauen noch nicht erreicht worden sei, doch wenigstens Vorsorge dagegen getroffen worden sei, daß die Gefahr irgendwelcher bewaffneter Konflikte zwischen den beiden Ländern so gut wie beseitigt worden sei.“-Aufz. Schuberts, PA, R 29299.

akzeptabel erscheine. Er könne mir nochmals darin beipflichten, daß es die Hauptsache sei, das Vertrauen des Herrn Voldemaras zu gewinnen, der vor allem auch aufgrund der Erfahrungen, die er in Litauen selbst gemacht habe, natürlicherweise sehr mißtrauisch sei.

Hier wurden wir leider durch Sir Eric Drummond unterbrochen, der offenbar den Wunsch hatte, auch seinerseits noch ein Gespräch mit Sir Austen über die litauisch-polnische Frage zu haben, das anscheinend dann auch stattfand.

An einer Stelle der Unterhaltung sagte ich übrigens Chamberlain, es sei doch etwas schwierig für Herrn Stresemann, der an den heutigen Verhandlungen unbetheilt geblieben sei, sozusagen ganz unvorbereitet in die geheime Sitzung zu gehen. Chamberlain beschränkte sich darauf, zu erwidern, auch er habe heute abend erst erfahren, daß morgen vormittag eine geheime Sitzung stattfinden werde.

Sch[ubert]

173

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit Selby,  
dem Privatsekretär Chamberlains (leicht gekürzt)  
Genf, 12. Dezember 1927**

*Durchschrift. PA, R 27380.*

Streng vertraulich!

Ich frühstückte heute bei Herrn Selby, der auch Miss Howard (Völkerbundsekretariat) eingeladen hatte.

[...]¹

Herr Selby kam dann darauf zu sprechen, daß Herr Stresemann, soweit er gehört habe, über den Gang der Ereignisse des Vortages wenig erbaut gewesen sei.

Ich erklärte Herrn Selby die Gründe. Ich sagte ihm, Herr Stresemann habe bis zum Abend eigentlich garnicht gewußt, was nun eigentlich erfolgen werde: zum Beispiel habe er erst kurz vor der Ratssitzung erfahren, daß außer den Beteiligten niemand reden solle usw. Vor allem aber sei Herr Stresemann beunruhigt worden durch einige Pressenachrichten, besonders in der amerikanischen Presse, daß die Einigung des Rates eigentlich nur durch die Pression zustande gekommen sei, die im letzten Moment Herr Pilsudski ausgeübt habe. Auf diese Weise sei die Gefahr entstanden, daß die Ratsmitglieder, und darunter auch Herr Stresemann, nicht gerade in einem sehr glorreichen Lichte erscheinen könnten. Das habe Herr Stresemann verhindern wollen und dieses Ziel sei ja durch seinen Briefwechsel zwischen dem chinesischen Ratspräsidenten [Tcheng-Loh] und ihm erreicht worden.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Über Personalien der britischen Politik vor dem Eintreffen von Miss Howard.

<sup>2</sup> Es ging um den litauisch-polnischen Konflikt; Aufz. Stresemanns vom 11. Dezember 1927, ADAP, Serie B, Bd. VII, S. 484. Über Stresemanns – veröffentlichte – Stellungnah-

Herr Selby, der den Eindruck gehabt zu haben scheint, daß sich die Kritik des Herrn Stresemann insbesondere gegen Herrn Chamberlain richte, erklärte, jetzt verstehe er die Sache und er finde die Gründe des Herrn Stresemann sehr einleuchtend.

Dieses Gespräch wurde zum größten Teil bereits beim Frühstück und in Anwesenheit der Miss Howard geführt. Wir kamen dann auf die polnisch-litauische Sache zu sprechen und ich bezeichnete die Regelung, die gefunden worden sei, als einen bemerkenswerten Erfolg des Völkerbundes.<sup>3</sup> Herr Selby stimmte mir darin zu.

Wir sprachen sodann über die bevorstehenden Arbeiten der Abrüstungs- und Sicherheitskommission.

Ich sagte, daß mich die Arbeiten der Sicherheitskommission etwas beunruhigten, und zwar nicht nur deshalb, weil dabei die Gefahr eines Ost-Locarno entstehen könnte, was wir, wie allgemein bekannt sei, nicht mitmachen könnten.<sup>4</sup> Ich sei vielmehr der Ansicht, daß auch ganz im allgemeinen eine Gefahr dadurch entstehen könne, daß man zu viel über diese delikatsten Dinge spreche, und hierdurch alle möglichen Reibungen entstehen könnten. Ich sei der Ansicht, daß nur sehr einfache Abkommen Aussicht hätten, im Falle der Gefahr standzuhalten. Andererseits brächten allzu komplizierte Vereinbarungen die Gefahr mit sich, schon zu gewöhnlichen Zeiten die Leute auf dumme Gedanken zu bringen: als warnendes Beispiel erwähnte ich, daß ungefähr nach jeder Haager Friedenskonferenz vor dem Kriege dann ein Krieg entstanden sei. Als neueres Beispiel erwähnte ich den französisch-jugoslawischen Vertrag, sowie den Tirana-Vertrag und den neuesten italienisch-albanischen Vertrag. Bei Licht besehen stellten diese beiden letzteren Verträge bereits einen mindestens politischen Aufmarsch zweier Mächtegruppen gegeneinander dar.<sup>5</sup>

---

me an Tcheng-Loh vom 11. Dezember, ebd., S. 489 Anm. 9, und über seine Begegnung mit Pilsudski ebd. S. 483f.

<sup>3</sup> Aufz. Stresemanns, 6. Dezember 1927, ebd., S. 437-39, zur Ratssitzung, 10. Dezember, ebd., 478f.; Schultheß', Bd. 68 (1927), S. 536f.

<sup>4</sup> Am 9. Dezember 1927 schrieb Schubert aus Genf an Köpke: „Was die von Ihnen gemeldeten Gerüchte über ein drohendes Ost-Locarno anlangt, so hat Ihnen der Minister in seinem Telegramm Nr. 23 [ADAP, Serie B, Bd. VII, S. 473f.] auch hierüber bereits geantwortet. Ich möchte Ihnen ganz vertraulich sagen, daß diese Gerüchte wahrscheinlich auf die Russen zurückzuführen sind, und zwar entweder auf hiesige Russen oder aber auch auf Äußerungen von Herrn Litwinow und Genossen in Berlin.“-PA, R 29416.

<sup>5</sup> Siehe Torunsky, Entente der Revisionisten?, S. 195-207. Die genannten Verträge markierten die italienisch/französische Rivalität in Südosteuropa; zu den Verträgen von Tirana (Italien/Albanien), 27. November 1926, ADAP, Serie B, Bd. III, S. 483f., zwischen Frankreich und Jugoslawien, 11. November 1927, Dok. 169, zwischen Italien und Albanien, 22. November 1927, Aufz. Schuberts und Stresemanns vom 26. November (ebd., Bd. VII, S. 356-58) und Schuberts vom 2. Dezember, der Lindsay u.a. erklärte, „wir hätten vor allem die dringende Hoffnung, daß aus der Sache nicht ein großer Konflikt [Dok. 161] entstehen würde. [...] Ferner aber glaubte ich sagen zu können, daß wir dieselbe Haltung einnehmen würden, welche wir seinerzeit in dem ersten albanischen Konflikt eingenommen hätten. Wenn wir etwas für den Frieden tun könnten und wenn wir dazu aufgefordert würden, so würden wir uns unseren Verpflichtungen jetzt ebensowenig entziehen, wie wir es seinerzeit getan hätten.“-Ebd., S. 420.

Herr Selby gab mir Recht und meinte, für England liege das ganze Problem ja noch sehr viel komplizierter und zwar wegen der Stellung der Dominions, die ja zum Beispiel noch nicht einmal Locarno ratifiziert hätten.

Man sprach dann über das Genfer Protokoll<sup>6</sup> und Selby erläuterte im einzelnen, welche Rolle England bei den Beratungen über dieses Protokoll gespielt habe. Diese Rolle sei nicht sehr angenehm für England gewesen, da es stets habe Barrikaden errichten müssen.

Herr Selby fragte mich dann danach, ob wohl Deutschland das Genfer Protokoll noch zeichnen würde.

Als meine persönliche Ansicht erwiderte ich, daß Deutschland dies nicht tun werde. Ich sei der Ansicht, daß das Genfer Protokoll zu der Kategorie der Verträge zähle, die ich bereits als zu kompliziert bezeichnet hätte. Etwas anders sei es, zu prüfen, ob vielleicht das Genfer Protokoll einige besondere Gedanken enthalte, welche man irgendwie verwerten könne. Ich wolle aber noch einmal betonen, daß meiner Ansicht nach eben nur sehr einfache Vereinbarungen und zwar solche verabredet werden sollten, die keine Bestimmungen enthielten, welche zweideutig seien und infolgedessen verschiedene Interpretationen zuließen. Als warnendes Beispiel erwähnte ich dabei den Artikel 16 des Völkerbundsstatuts, der meiner Ansicht nach ganz schlecht redigiert sei.

Miss Howard warf darauf die Fakultativklausel in die Debatte und erwähnte die Tatsache, daß wir diese Klausel schon gezeichnet hätten.<sup>7</sup> Zu Herrn Selby gewandt, trat sie darauf in sehr energischer Weise dafür ein, daß England diese Klausel doch ratifizieren müsse und könne.

<sup>6</sup> Genfer Protokoll über die friedliche Regelung internationaler Streitfälle vom 2. Oktober 1924, dazu Dok. 110 Anm. 3.

<sup>7</sup> Siehe Dok. 153 Anm. 2. Schubert war gegen die Zeichnung der Klausel ohne wirklichen Anlaß; hschr. Notizen vom 13. Juli 1927: „Facultativ-Protokoll. 1) Wenn wir die Sache plötzlich machen, Charakter eines Tricks (was haben die Deutschen vor?). 2) Popularitätshascherei bei den Kleinen, wird man sagen. 3) Große aus diesen, aber auch aus anderen Gründen vor den Kopf gestoßen. Warum machen die Deutschen immer etwas Neues? Können sie denn nicht zur Ruhe kommen?“-ADAP, Serie B, Bd. VI, S. 77f. Anm. 3. Doch war er an grundsätzlicher Analyse interessiert, die Gaus am 15. Juli (ebd., S. 76-78) lieferte. Als durch vertrauliche Informationen Ende August die polnische Absicht bekannt wurde, auf der Völkerbundsversammlung im September 1927 einen generellen, der indirekten internationalen Garantie der bestehenden Grenzen dienenden Nicht-Angriffs-Pakt vorzuschlagen, ersuchte die deutsche Völkerbundsdelegation das Kabinett um die Ermächtigung, die Fakultativklausel zu zeichnen. Im entsprechenden Tel. vom 1. September wollte Schubert jedoch weiter gehen: „Es wird sich vielleicht als dringend erwünscht erweisen, daß auch wir, und zwar möglichst vor den Polen, mit einem generellen Antrag auf dem Gebiete der Befriedung Europas hervortreten. Dazu könnte eine starke Betonung des Prinzips der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit dienen, die um so mehr Effekt haben würde, wenn wir sie mit der Erklärung verbinden, daß Deutschland beabsichtige, die Fakultativklausel zu zeichnen, die bisher noch von keiner großen Macht mit bindender Wirkung gezeichnet worden ist.“-Ebd., S. 369f. Die Unterzeichnung erfolgte am 23. September; der weiterreichende Gedanke obligatorischer Schiedsgerichtsbarkeit wurde als umfassendere Konzeption in neuen deutschen Initiativen zur Sicherheitsfrage seit November 1927 verfolgt, siehe Anm. 9 (erste Aufz. Gaus' vom 24. November, PA, R 96638).

Herr Selby suchte zunächst nachzuweisen, daß für England eine Zeichnung der Fakultativklausel sehr schwierig sei, und zwar besonders wegen der Stellung der Dominions.

Miss Howard drang aber immer weiter in ihn und fragte mich, ob ich nicht glaube, daß die Zeichnung der Klausel durch England einen sehr großen Eindruck machen würde, was ich bejahte. Miss Howard operierte vor allen Dingen mit dem Argument, daß die Zeichnung dieser Klausel doch schließlich England keine unerträglichen Bindungen auferlegen würde.

Herr Selby wurde daraufhin etwas nachdenklich. Scherzhaft meinte er schließlich, vielleicht würde sich England zur Zeichnung der Klausel bereitfinden unter der Bedingung, daß dann kein Wort mehr über Sicherheit gesprochen werden dürfe.

Nach dem Frühstück und nachdem sich Miss Howard verabschiedet hatte, machte ich noch einen Spaziergang mit Herrn Selby.

Dabei kam Herr Selby auf die Abrüstungsfrage zu sprechen. Er fragte mich, ob ich denn an die Möglichkeit einer Abrüstung glaube.

Ich erwiderte, die Sache sähe ja vorläufig recht hoffnungslos aus. Ich sei aber der Ansicht, daß die Arbeiten der Kommission unbedingt fortgesetzt werden müßten, und zwar ohne Rücksicht auf irgendwelche Ergebnisse der Sicherheitskommission.<sup>8</sup> Ich sei davon überzeugt, daß bis zu einem gewissen Grade schon jetzt eine Abrüstung möglich sei, wenn nur die Beteiligten den guten Willen hätten, der ja aber an manchen Stellen allerdings zu fehlen scheine. Es sei klar, daß wir auf einer Weiterverfolgung der Sache unbedingt bestehen müßten.<sup>9</sup> Übrigens hielte ich

<sup>8</sup> Dazu Dok. 170.

<sup>9</sup> In den von Gaus in Absprache mit Schubert (siehe auch Dok. 174) verfaßten Denkschriften über die deutsche Haltung im Sicherheitskomitee und die künftige deutsche Sicherheitspolitik, die von Schubert am 31. Dezember an Stresemann weitergeleitet und von diesem gebilligt wurden (ADAP, Serie B, Bd. VII, S. 596-607), heißt es: „Die These, daß schon die gegenwärtig vorhandenen Sicherheitsgarantien eine Aufrechterhaltung der bestehenden Rüstungsunterschiede als ungerechtfertigt erscheinen lassen und zum mindesten eine erste Etappe der allgemeinen Abrüstung ermöglichen, muß von uns auch weiterhin vertreten werden. Wir müssen uns aber klar darüber sein, daß diese These auf die Dauer nicht ausreicht, um die französische These ‚Erst Sicherheit, dann Abrüstung‘ zu entkräften. [...] Eine Politik, die darauf abzielte, durch starres Festhalten an unserm bisherigen Standpunkt einen Erfolg der Abrüstungsberatungen zu vereiteln und dadurch unserer eigenen Aufrüstung den Weg zu bereiten, kann für uns nach Lage der Dinge nicht in Betracht kommen.“-Ebd., S. 600f. Zu den gesonderten Verhandlungen über die Seeabrüstung im Gefolge der Washingtoner Konferenz 1921/22, an denen Deutschland nicht beteiligt war, erklärte Schubert (Aufz. v. 17. Februar 1927, ebd., Bd. IV, S. 333-35) Schurman im Anschluß an Coolidges Memorandum vom 10. Februar: „Auf der anderen Seite aber wolle ich ihm offen sagen, daß wir gewisse Befürchtungen hätten, daß dadurch, daß Amerika jetzt in erster Linie die Abrüstung zur See in Angriff nähme, das amerikanische Interesse an den Verhandlungen über die Abrüstung zu Lande abflaue. Dies würden wir sehr bedauern, da wir stets die amerikanische Mitwirkung an den Beratungen über die Abrüstung zu Lande sehr befriedigend empfunden hätten. Ferner aber müsse er verstehen, daß wir natürlich auch an der Angelegenheit der Abrüstung zur See ein großes Interesse hätten. Dies bestehe naturgemäß auch in den Kreisen der deutschen Marine. Unter diesen Umständen wären wir sehr dankbar dafür, wenn wir vertraulich mit der amerikanischen Regierung und auch mit den amerikanischen Delegierten in Genf Fühlung haben könnten, um über den Fortgang der Sache orientiert zu werden. Auch wäre es uns angenehm, in informeller Weise den Wortlaut des Memorandums des Herrn

es doch für sehr gut, daß die Russen anwesend seien und zwar schon deshalb, damit manchen Parteien ein Vorwand gegen die Abrüstung genommen würde.  
[...]<sup>10</sup>

[eigenhändig:] Schubert

**Kapitel 4.3**  
**Die Entwicklung bis zur Ingangsetzung der endgültigen**  
**Reparationslösung und Rheinlandräumung**  
**(Januar bis Dezember 1928)**

174

**Aktennotiz des Leiters des Sonderreferats Völkerbund von Bülow**  
**Berlin, 2. Januar 1928**

*Hschr. Notiz. PA, R 96639*

Der H[err] St.S. hat am 30.12.27 verfügt, dass für die Sicherheitsfrage H[err] M[inisterial] D[irektor] Gaus federführend sei.

B[ülow].

175

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit**  
**dem amerikanischen Geschäftsträger Poole**  
**Berlin, 6. Januar 1928**

*Durchschrift. PA, R 29072.*

Nach einem Diner, das gestern abend stattfand, bedankte ich mich bei dem anwesenden Amerikanischen Geschäftsträger dafür, daß er uns die amerikanische Note an Frankreich übermittelt hatte.<sup>1</sup>

---

Coolidge zu erhalten.“-S. 334. Coolidge hatte am 10. Februar 1927 die Grundzüge des Memorandums zur Seeabrüstung vorgestellt. Zum weiteren Verlauf Schultheß', Bd. 68 (1927), S. 433f.

<sup>10</sup> Das Gespräch berührte kurz die britische Haltung zu den Balkanfragen und Italien wobei Selby mehrfach betonte, „daß der Einfluß, den England auf Mussolini ausüben könne, doch sehr gering sei“.

---

<sup>1</sup> Gemeint ist der Vorschlag des amerikanischen Außenministers Kellogg vom 28. Dezember 1927 an Frankreich für einen Pakt zwischen den Großmächten, denen sich später an-

Herr Poole erwiderte, er habe sich gedacht, daß uns doch der Text dieser Note interessieren würde. Er würde mir auch sehr dankbar sein, wenn ich ihm gelegentlich meine Ansicht über den amerikanischen Standpunkt sagte, wenn auch vielleicht nur in inoffizieller Weise. Er würde sich dann erlauben, diese Ansicht, die sicherlich Washington sehr interessieren würde, dorthin zu telegrafieren.

Ich erwiderte, ich hätte die Note mit dem größten Interesse gelesen. Den amerikanischen Vorschlag, ein Abkommen, welches den Krieg verdamme, mit möglichst vielen Mächten abzuschließen, könne ich nur sehr begrüßen.

Herr Poole erwiderte, das freue ihn sehr. Der französische Vorschlag, einen solchen Pakt allein mit den Vereinigten Staaten abzuschließen, sei doch eben vom amerikanischen Standpunkte aus unannehmbar: ein solcher Pakt würde doch eigentlich den Charakter einer einseitigen Allianz zwischen Amerika und Frankreich haben, und auf eine solche Bindung mit einer einzelnen Macht Europas könnten sich die Amerikaner doch nicht gut einlassen.

Herr Poole fragte mich dann, ob ich glaube, daß ein solcher Pakt, welcher mit Völkerbundsmächten abgeschlossen würde, kollidieren könnte mit den Verpflichtungen, die diese Mächte nach den Völkerbundssatzungen übernommen hätten.

Ich erwiderte, ich hätte noch keine Zeit gehabt, die Sache genau durchzustudieren. Ich glaube aber nicht, daß eine solche Kollision eintreten könne. Derartige Abkommen könnten meiner Ansicht nach auch zwischen Völkerbundsmächten abgeschlossen werden. Ich hätte auch soeben ein Telegramm aus Washington<sup>2</sup> erhalten, wonach das State Department sehr stark der Ansicht sei, daß eine Kollision nicht eintreten könne.

Ich sagte sodann dem Geschäftsträger, ich entnehme Zeitungsnachrichten, daß die Franzosen auf die amerikanische Note bereits geantwortet hätten.

Herr Poole erwiderte, das sei nach seinen Informationen der Fall. Offenbar habe man mit der Veröffentlichung der Note gewartet, um den Franzosen Zeit zu ge-

---

dere Staaten anschließen könnten, über den Verzicht von Krieg als Mittel der Politik und die Verpflichtung zur friedlichen Regelung von Streitfällen. Kellogg reagierte damit auf ein ähnliches, aber bilaterales französisches Vertragsangebot an die USA vom 20. Juni 1927, das praktisch einen Nichtangriffspakt zwischen beiden bedeutet und damit eine Rückendeckung für Frankreich im Falle eines europäischen Konflikts geschaffen hätte. Vgl. Krüger, Friedenssicherung und deutsche Revisionspolitik, VfZ 22 (1974), S. 242-47. Zur Übermittlung der Note Kelloggs, die am selben Tag veröffentlicht wurde – Tel. Kieps, 4. Januar, ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 5 –, siehe Aufz. Schuberts vom 4. Januar: „Endlich sprach ich den Botschafter [Lindsay] auf die Zeitungsnachrichten über den offenbar zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten gepflogenen Gedankenaustausch über eine Art von Schiedspakt an. [...] Offenbar hätte ursprünglich Herr Briand etwas anderes gewollt, als Herr Kellogg jetzt angeboten habe. Sir Ronald erwiderte, auch er habe diese Pressenachrichten gelesen und auch er könne sich angesichts des Ausbleibens jeder Information aus London kein rechtes Bild von der Sache machen. Rein prinzipiell, so meinte er, würde man es sehr begrüßen können, wenn die Amerikaner auf diesem Gebiete jetzt mehr Verständnis zeigten, nachdem sie bisher nur Unfug angestiftet hätten. Wenn die Amerikaner jetzt verständig würden und sich jetzt in vernünftiger Weise um Europa kümmern, so könne das seiner Ansicht nach für alle Staaten Europas nur von dem größten Nutzen sein. [...] Unmittelbar nachdem mich Sir Ronald verlassen hatte, übermittelte mir Herr Ministerialdirektor de Haas den Text der amerikanischen Note, die ihm soeben der amerikanische Geschäftsträger eingehändig hat.“-Ebd., S. 4.

<sup>2</sup> Siehe Anm. 1.

ben, ihrerseits zunächst dazu Stellung zu nehmen. Soweit er wisse, habe die französische Regierung auf die amerikanische Note, welche sich mit den Schiedsverträgen beschäftige, mit juristischen Detail-Ausführungen geantwortet, während sie die Note über das Anti-Kriegs-Abkommen scheinbar mit der Bemerkung beantwortet habe, sie müsse diese Sache noch gründlich studieren. Herr Poole meinte, vielleicht sei es die Absicht der Franzosen, diese zweite Anregung der Amerikaner einfach liegen zu lassen.

Ich erwiderte, ich glaube eigentlich nicht, daß Herr Briand das tun könne und zwar deshalb, weil doch eben die Amerikaner vorgeschlagen hätten, mit Herrn Briand über einen Pakt zu verhandeln, dem dann auch noch viele andere Mächte beitreten könnten.<sup>3</sup>

Schließlich sagte ich Herrn Poole, ich hätte vor, die amerikanische Anregung und auch die Frage, wie ein solcher Pakt sich mit dem Völkerbundssystem vereinigen ließe, genau zu prüfen und sei dann gern bereit, ihm meine persönliche Ansicht hierüber zu sagen.<sup>4</sup>

Sch[ubert]

<sup>3</sup> Analyse der französischen Haltung durch Hoesch, Tel. vom 6., 9. u. 13. Januar, ebd., S. 19-22, 25-29, 41-44. Damit begann auch eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit Schubert über das weitere Vorgehen. Antwort Schuberts Tel. v. 16. (ebd., S. 44 Anm. 7) und 19. Januar (ebd., S. 62-66). – Am 12. Januar 1928 betonte Schubert gegenüber Krofta, daß man den amerikanischen Vorschlag als eine Annäherung der USA an den Völkerbund interpretieren müsse, Aufz. Schuberts, ebd., S. 30. Ähnlich am 19. Januar 1928 gegenüber Lindsay, ebd. S. 59. In einem Runderlaß schrieb Schubert am 12. Januar 1928: „Die Ablehnung eines bloß bilateralen Paktes seitens der amerikanischen Regierung ist vom deutschen Standpunkt aus natürlich sehr zu begrüßen, ebenso wie die politische Wiederannäherung der Vereinigten Staaten an europäische Probleme. Der reale Wert eines multilateralen Paktes würde allerdings davon abhängen, daß der Begriff der verbotenen kriegerischen Aktionen weit gefaßt und eventuell auch der Begriff des Angreifers möglichst präzise bestimmt werden sowie daß ferner der Kriegsverzicht durch einen konkreten Schiedsvertrag und nicht nur durch eine vage Schiedsklausel ergänzt wird. Wie aber der Pakt bei etwaigem erfolgreichem Verlauf der Verhandlungen schließlich auch redigiert werden mag, so würde sich Deutschland, wenn es zum Beitritt aufgefordert wird, dem schwerlich entziehen können. Eine ablehnende Haltung erscheint mir selbst dann kaum möglich, wenn der Pakt unsere Handlungsfreiheit in Europa über die Verpflichtungen der Völkerbundssatzung und der Locarnoerträge hinaus beschränken sollte. Der etwaige Nachteil einer solchen Beschränkung würde jedoch für uns dadurch vermindert werden, daß sich auch andere Staaten, insbesondere Frankreich ihr zu unterwerfen hätten. Auch ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß ein zwischen Amerika und Frankreich allein verhandelter Pakt eine für uns untragbare Form annehmen könnte, während es selbstverständlich schon aus allgemeinen politischen Gründen erwünscht wäre, daß wir mit den übrigen Hauptmächten alsbald zu den Verhandlungen zugezogen würden.“-Ebd., S. 35f.

<sup>4</sup> Das tat Schubert bereits am 13. Januar 1928. Er konstatierte zum einen, er halte es für einen Fortschritt, daß jetzt ein multilateraler Pakt realisiert werden solle. Zum zweiten fände er es sehr gut, alle Großmächte, darunter auch Deutschland, an den grundlegenden Verhandlungen zu beteiligen, und zum dritten betonte er, daß er sich nicht vorstellen könne, „daß ein Pakt, der die Herstellung einer wirklichen Befriedung in der Welt zum Ziele habe, mit den Bestimmungen des Völkerbundes kollidieren könne, dessen Sinn und Wesen doch ebenfalls auf die Befriedung der Welt hinauslaufe“.-Aufz. Schuberts,



**Notizen von Schuberts für ein Gespräch mit  
dem amerikanischen Geschäftsträger Poole  
Berlin, 13. Januar 1928**

*Original. PA, R 29072.*

Notizen für das Gespräch mit Herrn Poole vom 13. Januar 1928.<sup>1</sup>

1) Wir wollen nicht in Verhandlungen eingreifen; das steht uns nicht zu. Sie wollten inoffiziell Antwort persönlich von mir haben, die kann ich geben.<sup>2</sup>

2) Wir begrüßen es sehr, daß sich Amerikanische Regierung an Bestrebungen über Friedenssicherung beteiligt.

3) Wir würden es für einen großen Fortschritt halten, wenn Idee Amerikas bezüglich multilateralen Pakts realisiert würde, natürlich in einer Form, die nicht nur eine leere Geste bedeuten würde.

4) Ich finde die von den Amerikanern vorgeschlagene Prozedur gut, die darauf hinausläuft, daß wir von Anfang an beteiligt werden.

5) Eine Kollision mit der Völkerbundssatzung erscheint bei dem Charakter des von Amerika vorgeschlagenen Pakts doch undenkbar. Ein wirklicher Friedenspakt kann doch nicht kollidieren. Die schließliche Fassung hängt von der Formulierung ab.

6) Hoffentlich überwindet Frankreich die Schwierigkeiten, die in seinem Bündnissystem begründet sind.<sup>3</sup> Sonst kann auch in Europa ein wirklicher Friedenspakt schließlich nicht zustande kommen.

---

ebd., S. 40. Siehe dazu auch Dok. 176. Auch in Völkerbundskreisen war man von der Vereinbarkeit des Paktes mit der Völkerbundssatzung überzeugt. Über entsprechende Äußerungen Salters notierte Schubert am 8. März 1928: „Sir Arthur brachte von sich aus das Gespräch auf den amerikanischerseits vorgeschlagenen multilateralen Antikriegspakt. Er trat mit sehr großer Lebhaftigkeit für diese Idee ein und meinte, das Zustandekommen eines solchen Paktes würde sehr wichtig auch für den Völkerbund sein, mit dessen Satzungen er keineswegs in Konflikt stehen würde.“-Aufz. Schuberts, PA, R 29417.

---

<sup>1</sup> Darüber Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 38-40.

<sup>2</sup> Siehe Dok. 175.

<sup>3</sup> Dazu und zu den übrigen aufgeworfenen Fragen das juristisch von Gaus vorbereitete Tel. Schuberts vom 19. Januar 1928 an Hoesch, ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 62-66. Darin heißt es: „Wenn die Franzosen jetzt ihr Ziel, die Durchführbarkeit ihrer Bündnisverträge [in Ostmittel- und Südosteuropa] aufrechtzuerhalten, durch die Beschränkung des Pakts mit Amerika auf den Angriffskrieg erreichen wollen, so ist das nur dann erklärlich, wenn auch sie von der Ansicht ausgehen, daß die von der Völkerbundssatzung zugelassenen Kriege keine Angriffskriege sind. Gleichviel aber, ob diese Ansicht nach der Völkerbundsterminologie richtig ist oder nicht, so stimmen unsere eigenen Interessen in dieser Hinsicht mit den Interessen Frankreichs keineswegs überein. Einem entwaffneten Staate wie Deutschland kann es nicht in erster Linie darauf ankommen, formale Möglichkeiten zu Angriffskriegen zu behalten. Es ist ein wichtigeres Ziel für uns, die überragende mili-

7) Wir werden weitere Diskussionen zwischen Amerika und Frankreich ruhig abwarten: sollten wir aufgefordert werden, so werden wir uns gern beteiligen. Bekanntlich wollen wir alles tun, was ernstlich dem Frieden dient.

8) Im allgemeinen kann ich nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß es zu irgendetwas kommen wird.

177

**Telegramm von Schuberts an den Botschafter in Washington von Prittwitz  
und Gaffron  
Berlin, 2. Februar 1928**

*Telegrammkonzept. PA, R 96640; abgesandt 21 Uhr 20.*

Auf Telegramm Nr. 46.<sup>1</sup>

Deutsche Bemerkungen zu Sicherheitskomitee,<sup>2</sup> deren Wortlaut unterwegs, bezeichnen als Kernfrage Verfahren zur friedlichen Regelung von Streitigkeiten,

---

tärische Machtstellung von Staaten wie Frankreich durch rechtliche Bindungen möglichst zu entwerten. Aus diesem Grunde könnten wir es schließlich akzeptieren, wenn der sich aus der Völkerbundssatzung ergebende Kriegsverzicht durch den Pakt mit Amerika erweitert, wenn insbesondere die sich aus Artikel 15 Absatz 7 ergebende Handlungsfreiheit beschränkt würde. Daß eine Kriegsächtung nach der Formel des ursprünglichen, von Amerika angenommenen Briandschen Vorschlags mit den Verpflichtungen aus der Völkerbundssatzung unvereinbar sei, trifft unseres Erachtens nicht zu. Im Falle des Artikels 15 Absatz 7 haben die Völkerbundsmitglieder ja keine Verpflichtung, irgend etwas zu tun oder zu unterlassen; sie haben vielmehr in diesem Falle die gleiche Handlungsfreiheit, die sie haben würden, wenn der Völkerbund nicht bestünde. Was dagegen ein internationales Vorgehen auf Grund der Artikel 10 oder 16 angeht, so würde es nach unserer Ansicht mit dem von Briand ursprünglich vorgeschlagenen Verzicht auf jeden Krieg als Instrument der nationalen Politik nicht im Widerspruch stehen, wenn auch zuzugeben ist, daß diese Briandsche Formulierung eine verschiedene Auslegung zuläßt. [...] Mag auch das Vorgehen der Vereinigten Staaten zum großen Teil durch Rücksichten auf die bevorstehenden Wahlen zu erklären sein, so ist die amerikanische Grundeinstellung doch für uns eine recht wertvolle Unterstützung in unserer Bekämpfung des französischen Bündnissystems. Es ist doch nicht zu bezweifeln, daß dieses System für uns in Kriegs- und Friedenszeiten eine sehr ernste Gefahr bedeutet. Wir müssen deshalb dagegen angehen, auch wenn wir nur die Aussicht haben, es zu diskreditieren, und nicht, es zu beseitigen.“-Ebd., S. 64f. Siehe dazu auch Dok. 177.

---

<sup>1</sup> Tel. Prittwitz' vom 30. Januar 1928, in dem er über die erhebliche Beachtung, die das deutsche Sicherheitsvorhaben in den USA gefunden habe, berichtete und um Orientierung bat, PA, R 96640.

<sup>2</sup> Gemeint sind die „Bemerkungen der deutschen Regierung zu dem Arbeitsprogramm des Sicherheitskomitees“-ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 94-97, fertiggestellt am 26. Januar und sofort nach Prag an den Vorsitzenden Beneš für Vorkonferenz dort und an Drummond übermittelt. Zur Sache Dok. 170, 173. Günstige Aufnahme in Frankreich: Tel. Hoeschs, 30. Januar, ebd., S. 114; Instruktion: Runderlaß AA, 31. Januar, ebd., S. 117-21.

von dem alle Streitfälle ohne jede Ausnahme umfaßt werden müßten; gedacht wird hierbei, wie zu Ihrer Information bemerkt wird, besonders an territoriale Fragen; obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit für politische Streitfragen sei gegenwärtig nicht erreichbar, jedoch könne Annäherung an dieses Ziel auf anderem Wege z.B. durch Ausbau Vergleichsverfahrens erfolgen.<sup>3</sup> Ferner sei Vervollständigung der Maßnahmen zur Verhütung des Kriegsausbruchs anzustreben,<sup>4</sup> Organisierung des Sanktionsverfahrens nach Artikel 16 der Völkerbundssatzung sei zur Zeit nicht durchführbar. Der Gedanke regionaler Sicherheitsverträge über gegenseitige Unterstützung, Nonaggression, Garantie und dergleichen, der von anderer Seite angeregt ist, sei von Sicherheitskomitee zu prüfen, jedoch dürfe vom Völkerbund keinesfalls auf Staaten, die zum Abschluß solcher Regionalverträge nicht bereit, Druck ausgeübt werden. Als Muster für Regionalverträge könne Locarnopakt gelten, der keine Tendenz gegen außenstehende Staaten enthalte. Defensivallianzen dagegen brächten die Gefahr der Spaltung des Völkerbundes in Krisenzeiten.<sup>5</sup> Allgemein weist Schriftstück auf Dringlichkeit der Abrüstung hin und betont Notwendigkeit, Mittel zur Regelung aller den Weltfrieden gefährdenden internationalen Verhältnisse zu schaffen.

Wie hieraus hervorgeht, ist Genfer Meldung amerikanischer Korrespondenten, daß deutsche Denkschrift mit französischem Standpunkt in Paktfragen sympathisiere, völlig verfehlt. Weder auf diese Frage noch auf amerikanische Rüstungspolitik wird irgendwie angespielt. Unsere Denkschrift, nach der friedlicher Ausgleich von Konflikten und Verhütung des Kriegsausbruchs im Vordergrund steht, die Organisierung des Krieges gegen den Friedensstörer dagegen zurückzutreten hat, und Defensivallianzen, die unter Umständen Unterstützungskriege notwendig machen können, zu verwerfen sind, dürfte im Gegenteil Grundgedanken des amerikanischen Vorgehens in Paktfrage<sup>6</sup> entsprechen.<sup>7</sup> Französische Presse hat denn auch die

<sup>3</sup> Auch in Völkerbundskreisen fanden diese Gedanken Anklang. In einem Gespräch Schuberts mit Sugimura am 16. Januar erklärte dieser: „Zur Frage der Schiedsgerichtsbarkeit hob er die großen Schwierigkeiten hervor, die darin bestehen, daß ein allgemeiner Schiedsvertrag notwendigerweise den Bedürfnissen und Möglichkeiten des am wenigsten geeigneten [geneigten?] Staates angepaßt sein müßte, daß also nur ein niederes Niveau erreicht werden würde, während ein idealer allgemeiner Schiedsvertrag nur auf den Anschluß weniger Staaten rechnen könne. Sugimura betonte die Notwendigkeit, reale Arbeit und politische Arbeit zu leisten und nicht irgendwelchen Utopien nachzulaufen, die heute nicht verwirklicht werden könnten.“-Aufz. Schuberts, PA, R 96639. Sugimura war zu Vorgesprächen in Berlin.

<sup>4</sup> In der Vorlage findet sich der später gestrichene Zusatz: „etwa nach dem Muster der Artikel 4 und 5 des Locarnopaktes.“

<sup>5</sup> In der in Anm. 3 zitierten Gesprächsaufz. heißt es: „Über regionale Abkommen sprach er [Sugimura] sich sehr vorsichtig aus. Er verurteilte die Nachkriegsallianzen, insbesondere das Bündnissystem der Kleinen Entente. Das anzustrebende Ziel sei die Umgestaltung dieser Bündnisse in Abkommen nach Art der Locarnoverträge durch Einschluß des Staates, gegen den die Bündnisse gerichtet seien. Über die Schwierigkeiten dieses Programms mache er sich keine Illusionen, doch glaube er, daß es sich werde verwirklichen lassen, wenn auch natürlich nicht in kurzer Zeit. Wie er sich die Verwirklichung denkt, sagte er nicht.“

<sup>6</sup> Siehe Dok. 175.

<sup>7</sup> Im Runderlaß (siehe Anm. 2) vom 31. Januar heißt es: „Von besonderer Bedeutung ist in den ‚Bemerkungen‘ der Hinweis auf den möglichen Ausbau der Maßnahmen zur Kriegs-

von dem Genfer Korrespondenten der Times gemeldete Auffassung, soweit ersichtlich, nirgends vertreten. Tatsächlich war mit deutscher Denkschrift weder Stellungnahme für, noch gegen amerikanische Vorschläge beabsichtigt. Unsere Haltung zu diesen ergibt sich aus Reichstagsrede Reichsministers [Stresemann] vom 30., wo dieser ausführte: Wir begrüßen, daß Vereinigte Staaten durch Paktverhandlungen aktives Interesse an Sicherheitsproblem bekunden, hoffen, daß dadurch Genfer Beratungen neuen Impuls erhalten, müssen uns aber weiteres Eingehen auf amerikanisch-französische Paktfrage versagen, da Angelegenheit noch Gegenstand diplomatischer Verhandlungen, in die wir weder eingreifen können noch wollen.<sup>8</sup>

Schubert

178

**Von Schubert an Reichsminister Stresemann, Cap-Martin (leicht gekürzt)**  
**Berlin, 11. Februar 1928**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol 4, lose Blätter (1928/29).<sup>1</sup>*

Hochverehrter Herr Reichsminister!

Bei der endgültigen Regelung der Revirementsangelegenheit hat es leider noch Schwierigkeiten gegeben, die in einem Punkt auch heute noch nicht ausgeräumt werden konnten. Ich telegraphierte vorgestern am 9. d.Mts. über das Generalkonsulat Marseille; diese telegrafische Nachricht möchte ich jetzt ergänzen, da es mir darauf ankommt, daß Sie über den Hergang der Dinge genau unterrichtet sind.

Am Tage Ihrer Abreise [an die Riviera] hatten Sie mich beauftragt, mit der Absendung der Agrémentstelegramme zu warten, bis der Herr Reichskanzler sich zu der Liste geäußert hätte, die Sie ihm überreicht hatten.

---

verhütung. Gedacht ist dabei an das Beispiel der Vorschriften der Locarno-Verträge, in denen die Staaten sich verpflichten, Empfehlungen und Vorschläge des Rates zu befolgen, die den Zweck haben, durch Anordnungen, wie z.B. betr. das Unterlassen gewisser Truppenbewegungen, den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhüten. In dieser Anregung liegt ein positiver Beitrag, den wir zu der Sicherheitsfrage im engeren Sinne liefern und der es uns erleichtern soll, diejenigen von anderer Seite vorgeschlagenen Maßnahmen, die unseren politischen Interessen zuwiderlaufen, zu bekämpfen.“-ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 119f.

<sup>8</sup> Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 394, S. 12490-95. In dem in Anm. 7 zitierten Erlaß heißt es dazu: „Wir wollen zunächst nur zeigen, daß wir die Hand im Spiel haben und dem Gegner nicht das Feld zu überlassen beabsichtigen. Positive Vorschläge sind einstweilen absichtlich unterlassen worden; sie kommen eventuell erst in einem späteren Stadium in Frage.“- ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 120.

---

<sup>1</sup> Im Nl. von Schubert finden sich im Bestand „Pol 4“ mehrere hschr. Entwürfe Schuberts für Revirements 1928/29.

Am nächsten Tage, nämlich am 7. d.Mts. traf ich gelegentlich einer unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten tagenden Ministerratssitzung Staatssekretär Pünder, der mir versprach, mir sobald als möglich eine Meinungsäußerung des Herrn Reichskanzlers zugehen zu lassen. Pünder und auch Meissner sagten mir aber ferner, es bestehe eine feste Verabredung, vor einem bevorstehenden Revirement den Reichsminister Hergt für seine Person ganz vertraulich in Kenntnis zu setzen. Ich sagte den Herren, davon sei mir nichts bekannt und ich hätte auch keinen diesbezüglichen Auftrag von Ihnen erhalten. Die Herren sagten mir aber, eine solche Information des Herrn Hergt müsse unbedingt erfolgen; geschehe sie nicht, so würde dies die schwersten Folgen haben.

Ferner bat ich Herrn Pünder, auf die Tagesordnung der nächsten Kabinettsitzung die „Personalfragen des Auswärtigen Amts“ zu setzen. Diese Sache war ja noch zu erledigen, da nach der Vorschrift Ernennungen im Auswärtigen Amt selbst der Billigung des Kabinetts unterliegen.

Am nächsten Tage teilte mir Herr Pünder mit, daß der Herr Reichskanzler mit dem ihm vorliegenden Revirement vollkommen einverstanden sei.

Vor der am Nachmittag desselben Tages stattfindenden Kabinettsitzung, die auch noch andere Punkte umfaßte, suchte ich Herrn Hergt im Reichstag auf. Ich sagte ihm, ich hätte gehört, es bestehe die Übung, ihn persönlich zu orientieren, falls Personalveränderungen im auswärtigen Dienst des Amts bevorstünden. Herr Hergt sagte mit Betonung, das sei allerdings der Fall und er sei mir sehr dankbar für eine Orientierung.

Ich trug sodann Herrn Hergt, ohne ihm ein Schriftstück in die Hand zu geben, das gesamte Revirement vor.

Herr Hergt machte zu keinem Punkt des Revirements irgendeine Bemerkung, außer zu der Ernennung des Herrn Köster nach Belgrad. Er erklärte, diese Ernennung sei doch sehr bedenklich. Der Posten von Belgrad sei außerordentlich wichtig für die weitere Entwicklung unserer Beziehungen auf dem Balkan. Unter diesen Umständen gehe es nicht an, einen Sozialdemokraten wie Herrn Köster dahin zu senden. Er könne jetzt schon sagen, daß es, falls es zu dieser Ernennung komme, einen außerordentlichen Krach in seiner Partei geben werde.

Ich setzte hierauf Herrn Hergt über die Persönlichkeit des Herrn Köster ins Bild. Ich bezeichnete ihn als einen sehr tüchtigen Beamten, der in Riga fünf Jahre lang sehr gute Dienste geleistet habe. Allerdings habe er gewisse Schwierigkeiten mit der deutschen Kolonie gehabt. Diese Schwierigkeiten seien aber überwunden worden. Wir müßten den größten Wert darauf legen, Belgrad nach dem Weggang von Herrn Olshausen richtig zu besetzen. Herr Köster schiene uns der geeignete Mann zu sein, auch der Umstand, daß in Belgrad ein Hof sei, mache meiner Ansicht nach keine besonderen Schwierigkeiten.

Herr Hergt erwiderte, das sei alles gut und schön. Er wolle auch nichts gegen die Person des Herrn Köster einwenden, wohl aber sei die Tatsache, daß er Sozialdemokrat sei, ausschlaggebend.

Schließlich sagte mir Herr Hergt, er bitte sich bis morgen Bedenkzeit aus und werde mir dann Nachricht geben.

Ich machte übrigens Herrn Hergt darauf aufmerksam, daß die Erledigung der Revirementsangelegenheit große Eile habe. Es bestehe die Gefahr, daß die Öffentlichkeit, die bisher Stillschweigen bewahrt habe, sich damit beschäftigen werde.

Ferner aber bildeten sämtliche Ernennungen mehr oder weniger ein zusammenhängendes Ganzes.

Ich ging sodann in die Kabinettsitzung,<sup>2</sup> der Herr Hergt nicht beiwohnte. Ich trug die Veränderungen, die sich auf das Auswärtige Amt beziehen, vor, indem ich die Versetzung des Herrn Wallroth ins Ausland, seine Ersetzung durch Herrn von Dirksen, die Versetzung des Herrn von Baligand ins Ausland und seine Ersetzung durch Herrn von Kaufmann<sup>3</sup> erwähnte. Ich sprach ferner von der Besetzung der vier vortragenden Ratsstellen und fügte hinzu, daß je nachdem diese Stellen durch die Auslandsveränderungen frei werden würden, neun weitere vortragende Ratsstellen besetzt werden würden. Ich sagte schließlich, daß die auf diese Veränderungen bezüglichen Personalbogen dem Kabinett zugehen würden.

Hieran knüpfte sich eine kleine und nicht sehr angenehme Diskussion. Herr Köhler behauptete, daß doch in der Presseabteilung eine Stelle mit einer dem Zentrum nahestehenden Persönlichkeit besetzt werden solle, daher könne er vorläufig keine Zustimmung erteilen. Mit der Unterstützung der Herren Pünder und Meissner führte ich aus, daß es sich dabei um eine ganz andere Stelle als die des Dirigenten handle. Weiter fragte mich Herr Köhler, wohin denn die Herren Wallroth und von Baligand versetzt würden. Hierauf erklärte ich, von den Herren Pünder und Meissner abermals unterstützt, daß Mitteilungen über Veränderungen im Auslandsdienst im Kabinett erst nach Eintreffen der eingeholten Agréments gemacht werden könnten; dabei wurde auch von den anderen Herren auf die völkerrechtliche Prerogative hingewiesen, die sich der Herr Reichspräsident vorbehalten habe.

Weiter erklärte Herr Staatssekretär Joël, daß die Entscheidung unbedingt ausgesetzt werden müsse bis Herr Hergt informiert worden sei, und Herr von Keudell, er könne sich so kein Bild machen und die ganze Sache müsse vertagt werden.

Ich erwiderte, ich hätte soeben ausführlich mit dem Reichsminister Hergt gesprochen, der sich mit den Veränderungen, die ich soeben vorgetragen hätte, einverstanden erklärt hätte. Ich hatte eigentlich garnicht vor, die Tatsache meines Gesprächs mit Herrn Hergt zu erwähnen, angesichts der Bemerkung der Herren Joël und von Keudell blieb mir aber garnichts anderes übrig.

Ich wies sodann darauf hin, daß ich bitten möchte, die Entscheidung sofort zu fällen, da die Sache sehr eilig sei und keinen Aufschub erleiden könne, schon wegen der Gefahr von Indiskretionen in der Presse.

Schließlich erklärte dann Herr Brauns, der den Vorsitz führte, das Kabinett nehme also meine Mitteilung zur Kenntnis: eine besondere Zustimmung könne wohl kaum in Frage kommen, da ja kein Kabinettsmitglied die von mir genannten Herren kenne, eine Bemerkung, die durch Zwischenrufe von einigen der Anwesenden als nicht ganz richtig bezeichnet wurde.

<sup>2</sup> In AR, Kab. Marx III u. IV, Bd. 2, S. 1298.

<sup>3</sup> In „Pol 4“ findet sich ein Faszikel Kaufmann/Haas, aus dem hervorgeht, daß Kaufmann seinen neuen Posten (Dirigent in der vereinigten Presseabteilung der Reichsregierung und des AA) im Sommer 1928 immer noch nicht angetreten hatte, weil keine Dirigentenposten besetzt werden durften und inzwischen ein neuer Kandidat für diesen Posten (Haas) ins Spiel gebracht worden war. Schubert war hierüber außerordentlich ungehalten.

Nach der Kabinettsitzung sprach ich mit Herrn Meissner noch etwas über die Angelegenheit. Herr Meissner sagte mir, der Reichspräsident stehe auf dem Standpunkt, er habe nicht etwa die ganze Liste, die Sie ihm vorgelegt hätten, gebilligt, sondern, er habe lediglich gesagt, er nehme davon Kenntnis unter der Voraussetzung, daß keine Widerstände von irgendeiner Seite geltend gemacht würden. Ich erwiderte, Sie hätten mir lediglich gesagt, der Herr Reichspräsident habe der ganzen Liste zugestimmt.

Am nächsten Tage, am 9. Februar wurde mir der „Börsen-Courier“ vorgelegt, der die in Abschrift beigefügte Meldung brachte.<sup>4</sup> Dann rief mich Herr Hergt an und teilte mir mit, er habe sich für verpflichtet gehalten, über meine gestrigen Mitteilungen mit den Herren Graf Westarp und Wallraf zu sprechen. Die Herren seien einstimmig der Ansicht, daß die Ernennung des Herrn Köster ganz einfach „Tusch“ für die Deutschnationalen wäre.

Ich erwiderte, ich hätte hoffentlich gestern genügend die Qualitäten des Herrn Köster klargestellt.

Herr Hergt erwiderte, dieser Punkt sei klar. Die Herren wollten auch nicht gegen die Persönlichkeit des Herrn Köster Einwendungen erheben, sondern nur gegen die Tatsache, daß er Sozialdemokrat sei.

Indem er betonte, daß dies keinen offiziellen Protest darstellen sollte, äußerte sich Herr Hergt auch bedenklich über die Ernennung des Herrn Horstmann; er zog dabei einen Vergleich mit Herrn Landsberg, worauf ich erwiderte, dieser Vergleich sei doch wohl nicht ganz zutreffend. Endlich äußerte sich Herr Hergt nicht sehr befriedigt über die Ernennung des Herrn von Kaufmann.

Kurz vorher hatte ich übrigens erfahren, daß sich Herr Hergt beim Reichspräsidenten angesagt hatte. Ich hatte an diesem Tage dem Abschiedsempfang des Herrn Nano beizuwohnen und stellte fest, daß Herr Hergt nach mir zum Reichspräsidenten kommen würde.

Ich begab mich sodann zum Reichskanzler, den ich an seinem Bett aufsuchte. Ich trug ihm die ganze Angelegenheit vor. Der Herr Reichskanzler sagte, er riete sehr, an der Ernennung des Herrn Köster nach Belgrad festzuhalten. Er ermächtigte mich, auch dem Herrn Reichspräsidenten dies mitzuteilen. Er glaube nicht daran, daß die Deutschnationalen wirklich einen so großen Krach schlagen würden. Auch er werde übrigens vielleicht Schwierigkeiten mit seiner Partei bekommen; das sei ihm aber ganz gleichgültig.

Vor und nach dem Empfang des Herrn Nano hatte ich sodann Gelegenheit, unter vier Augen mit dem Herrn Reichspräsidenten zu sprechen. Ich stellte fest, daß der Herr Reichspräsident sehr eingenommen gegen Herrn Köster war. Sachlich allerdings äußerte er eigentlich nur Bedenken gegen die äußere Erscheinung und das äußere Auftreten des Herrn Köster. Ich trat dann sehr stark für Herrn Köster ein und erwähnte auch seine Frau, die einen sehr guten Eindruck mache. Ich sagte schließlich, ich fände es doch sehr ungerecht, gegen die Ernennung eines Beamten des auswärtigen Dienstes auf einen anderen Posten nur deshalb Einwendungen zu machen, weil er Sozialdemokrat sei.

---

<sup>4</sup> Fehlt hier.

Der Herr Reichspräsident äußerte dann auch bemerkenswerterweise einige Bedenken gegen Herrn Horstmann, ohne aber diese Bedenken im einzelnen zu begründen. Ich trat darauf auch stark für Herrn Horstmann ein.

Ferner erzählte ich dem Herrn Reichspräsidenten meine Erfahrungen in der gestrigen Kabinettsitzung und erwähnte auch, daß bereits und zwar im „Börsen-Courier“ eine Indiskretion passiert sei. Ich bezeichnete dies als sehr sonderbar, nachdem die Sache, ohne irgendwie in die Öffentlichkeit zu dringen, etwa vier Wochen im Amt ausgearbeitet worden sei.

Schließlich bat ich den Herrn Reichspräsidenten um seine Befehle. Er versprach, mir dieselben durch Herrn Meissner zugehen zu lassen, nachdem er Herrn Hergt gesprochen hätte.

[...] <sup>5</sup> Diese Nachricht erhielt ich dann kurz vor 3 Uhr. Herr Meissner teilte mir mit, der Herr Reichspräsident ordne an, daß das gesamte Revirement in Gang gesetzt werden solle. Nur Belgrad solle offen bleiben. Dies sei, so fügte Herr Meissner hinzu, so zu verstehen, daß die Besetzung Belgrads durch Herrn Köster aber nicht definitiv abgelehnt sei. Vielleicht werde nach Rückkehr des Herrn Stresemann die Sache irgendwie geregelt werden können. [...] <sup>6</sup>

Dies ist der Tatbestand. Ich habe ihn absichtlich etwas ausführlich dargestellt, um Sie genau ins Bild zu setzen.

Es fragt sich nun, was zu machen ist. Die Öffentlichkeit ist zur Zeit durch die innere Politik und den Mordprozeß des Primaners Krantz <sup>7</sup> sehr in Anspruch genommen. Kurze Zeit kann daher die Entscheidung über die Besetzung von Belgrad noch aufgeschoben werden. Wenn man aber noch längere Zeit damit wartet, so befürchte ich, daß dann doch wieder in der Öffentlichkeit und hinter den Kulissen ein großes Rätselraten losgehen wird. Längere Zeit dürfen wir ohnehin mit der Neubesetzung von Belgrad nicht warten, da Belgrad schließlich in der Tat ein recht wichtiger Posten ist.

Erschwert wird die Sachlage dadurch, daß unerhörterweise die Absicht, Herrn Köster nach Belgrad und Herrn Stieve nach Riga zu entsenden, in die Presse gekommen ist. Um diese Absicht wußten bisher bekanntlich ausschließlich Sie, Herr Schneider und ich. Keiner der Beamten des Auswärtigen Amtes war von diesen Plänen in Kenntnis gesetzt worden: die Indiskretion muß daher unter allen Umständen außerhalb des Amtes vorgekommen sein. Daß ausgerechnet die „Nachtausgabe“ diese Nachricht als erste brachte, finde ich immerhin kennzeichnend. Soweit ich feststellen konnte, hat sich die sozialdemokratische Presse mit dieser Teilfrage überhaupt noch nicht beschäftigt.

Mit Parlamentariern, besonders mit Sozialdemokraten hatte ich keine Gelegenheit, über die ganze Revirementsfrage zu sprechen: ich habe es vermieden, diese Gelegenheit zu suchen, und werde mich auch in diesen Tagen solchen Gesprächen entziehen.

<sup>5</sup> In der Zwischenzeit waren weitere Nachrichten über geplante Personalveränderungen im AA in der Presse erschienen. Schubert versuchte, solche Veröffentlichungen zu verhindern.

<sup>6</sup> Trotz Schuberts Bemühungen erschienen weitere Pressemeldungen.

<sup>7</sup> Mordfall unter Schülern mit zwei Opfern in Steglitz.



Ich wäre Ihnen, hochverehrter Herr Reichsminister, sehr dankbar, wenn Sie mir baldmöglichst einen Auftrag bezüglich der Weiterbehandlung der Angelegenheit erteilen wollten. Die Sache hat ja, soweit der Fall Köster in Frage kommt, leider ein politisches Gesicht bekommen. Vor allem ist zu entscheiden, ob an der Ernennung Kösters nach Belgrad festgehalten werden soll.

Herr Meissner äußerte seine persönliche Ansicht dahin, er glaube, daß in einigen Wochen, wenn sich die innerpolitische Lage geklärt haben würde, wohl daran zu denken sei, Herrn Köster durchzubringen, ohne daß dadurch schwere innerpolitische Konsequenzen zu befürchten seien. Ich weiß aber nicht, ob es möglich ist, die Entscheidung noch einige Wochen hinauszuziehen.

Wird aber, nachdem leider die Absicht, Herrn Köster nach Belgrad zu schicken, bekannt geworden [ist], Herr Köster in Riga belassen, so könnte ich mir denken, daß die Sozialdemokraten sich zu Wort melden. Bei der ungeheueren Indiskretion, die in Berlin herrscht, werden sie sicherlich erfahren, worauf es zurückzuführen ist, daß Herr Köster in Riga verblieb.

Ein anderer Posten ist für Herrn Köster nicht vorhanden und kann nicht freigebracht werden.

Daß die Deutschnationalen Krach machen werden, falls Herr Köster doch ernannt wird, ist anzunehmen. Ob der Krach sehr groß werden wird, vermag ich nicht zu beurteilen: der Herr Reichskanzler scheint eigentlich nicht damit zu rechnen.

Ob der Herr Reichspräsident seine Bedenken zurückstellen wird, ist auch schwer zu beurteilen. Ich glaube, daß es dabei in erster Linie auf Ihre Meinungsäußerung ankommen wird.

Was endlich die Qualitäten des Herrn Köster anlangt, so haben wir mehrfach hierüber gesprochen. Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß er auf dem schwierigen Terrain in Belgrad gut funktionieren wird und man deshalb auch einige Bedenken, die in seiner Lebensführung liegen könnten, in Kauf nehmen sollte. Ich bin jedenfalls davon überzeugt, daß er sich außerordentliche Mühe geben würde, seinen Posten gut auszufüllen.

Es tut mir wirklich außerordentlich leid, Sie mit dieser leidigen Sache behelligen zu müssen. Ich konnte die Entwicklung nicht voraussehen und will natürlich zunächst auf keinerlei Entscheidung hinwirken, ehe ich nicht Ihre Weisung erhalten habe.<sup>8</sup>

gez. Schubert

---

<sup>8</sup> Köster wurde am 31. März 1928 zum Gesandten I. Kl. in Belgrad ernannt.

**Von Schubert an Reichsminister Stresemann, Cap-Martin  
Berlin, 21. Februar 1928**

*Durchschrift. PA, R 29338.*

Hochverehrter Herr Reichsminister!

Leider mußte ich gestern den Kurier anhalten, da ich durch Russen-Besprechungen und Kabinettsitzungen so in Anspruch genommen war, daß ich zu einem Brief nicht gekommen war. Der Geschäftsbetrieb wird hier immer grotesker. Es ist kaum noch durchzukommen. Außerdem schlägt der morgen bevorstehende Besuch des Königs von Afghanistan [Aman Ullah Chan] bereits die wildesten Wogen. Das Programm ist sehr reichhaltig. Ich werde die nächsten vier Tage vermutlich größtenteils durch den Besuch ganz ausgeschaltet sein.<sup>1</sup>

Sie wollen gütigst gestatten, daß ich im Folgenden Ihnen die wichtigsten Vorkommnisse ungeordnet und in etwas lapidarem Stil vortrage.<sup>2</sup>

1.) Verlegung des Völkerbunds nach Wien. Ich füge ein Telegramm des Gesandten Müller, zwei Berichte aus Prag sowie drei Berichte aus Wien bei.

Mit dem Gesandten Frank zu sprechen, hatte ich bis jetzt noch keine Zeit. Ich werde dies aber auch vor meiner Abreise tun. Ich halte die Frage nicht mehr für sehr ernst.

2.) Leider kommt Sir Ronald Lindsay fort, um Under-Secretary of State in London zu werden. Nachfolger entweder Rumbold oder Howard. Beide sind eigentlich ganz annehmbar, auch Rumbold, über den ich in letzter Zeit Gutes gehört habe.<sup>3</sup>

3.) Litauen und Polen.<sup>4</sup> Herr Voldemaras ist wieder einmal sehr bockbeinig. In Paris ist man darüber besorgt. Anbei ein Telegramm aus Paris.<sup>5</sup> Ich wirke sowohl durch Sidzikauskas als auch in Kowno stark auf Voldemaras ein.<sup>6</sup> Erfolg vorläufig noch zweifelhaft.

<sup>1</sup> Dazu Schuberts Aufz. vom 22. Februar 1928, ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 225f.

<sup>2</sup> Die im folgenden erwähnten Dok. fehlen bei der Vorlage.

<sup>3</sup> Rumbold wurde der Nachfolger Lindsays. Am 26. Juli 1928 traf Sthamer mit Lindsay in London zusammen und berichtete Schubert mit Privatbrief vom gleichen Tage: „Er [Lindsay] sprach dann noch darüber, wie besonders erfreulich ihm die Zusammenarbeit mit Ihnen gewesen sei, und wie hoch er Ihre Person und Ihre Tätigkeit schätze. In diesem Zusammenhang nannte er das zwischen Ihnen und dem Herrn Reichsaußenminister bestehende Verhältnis ein geradezu ideales, sprach aber mit Lebhaftigkeit und großer Wärme davon, wie wertvoll für ihn bei den vielen Einzelheiten, die er zu besprechen gehabt habe, gerade seine häufigen Verhandlungen mit Ihnen gewesen seien. [...] Ihnen hierzu als einem großen persönlichen Erfolg aufrichtigst Glück zu wünschen, ist der Zweck dieser Zeilen.“-PA, R 29318.

<sup>4</sup> Zum polnisch-litauischen Konflikt siehe Dok. 167; 168; 171-173.

<sup>5</sup> Tel. Hoeschs, ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 204-05.

<sup>6</sup> Tel. Schuberts am 20. Februar nach Kowno, Voldemaras solle zu sofortigen Verhandlungen mit Polen gedrängt werden, ebd., S. 209f. So auch am 27. Februar zu Sidzikauskas, ebd., S. 258f.

4.) Investigationssache St. Gotthard.<sup>7</sup> Ich füge ein Telegramm aus Paris sowie Aufzeichnung über meine Unterhaltung mit dem Ungarischen Gesandten [Kánya] bei.<sup>8</sup> Aus ganz geheimer Quelle weiß ich, daß Italien in Genf unbedingt gegen jede Investigation eintreten wird. Der Herr Reichspräsident sprach mich neulich auf die Sache an. Eine Aufzeichnung über dieses Gespräch ist beigefügt.<sup>9</sup> Ich hoffe, daß die Sache in Genf nicht sehr kompliziert werden wird.

5.) Sicherheitskomitee. Mit Herrn von Simson haben wir vor seiner Abreise die Tagung des Sicherheitskomitees genau besprochen.<sup>10</sup> Die Sache wird allmählich sehr verwickelt. Beifolgend die Instruktion, die ich Herrn von Simson mitgegeben habe. Sie ist auf das Genaueste mit den Militärs besprochen und vereinbart worden. Es war absolut notwendig, auch unsererseits mit positiven Vorschlägen zu kommen. Das Kabinett habe ich mit der Sache nicht befaßt, es wäre auch gar keine Zeit dazu gewesen, auch kein Interesse. Mittlerweile hat Simson seine Antrittsrede gehalten. Gaus hat heute stundenlang mit Genf telefoniert. Vorläufig scheint die Sache leidlich zu verlaufen. Ich werde Gaus aber doch wohl in einigen Tagen herunterschicken müssen.

6.) Räumungsfrage. Ich füge ein Telegramm aus Paris bei.<sup>11</sup>

7.) Italienisch-französische Besprechungen. Ich füge ebenfalls ein Telegramm nach Paris bei.<sup>12</sup> Zwei Telegramme aus Moskau füge ich bei (über andere Sachen).<sup>13</sup>

8.) Russen-Verhandlungen.<sup>14</sup> Die eigentlichen Handelsvertragsverhandlungen nehmen ihren normalen Verlauf. Sie werden wahrscheinlich einige Wochen dauern. In der Kredit-Frage fand gestern eine Sitzung statt; eine Aufzeichnung hierüber füge ich bei.<sup>15</sup> Eine Kabinettsitzung fand nicht statt aus den obigen Gründen. Offenbar wollte uns der brave Scheinmann festlegen. Dies ist ihm, hoffe ich, nur teilweise gelungen. Die Kredite a limine abzulehnen, schien Curtius und mir nicht richtig. Der Wunsch der Russen beruht schließlich nicht nur auf Bosheit. Ich glaube, daß wir freie Hand behalten haben, soweit es möglich war.

9.) Anbei die letzte Tagesordnung für den [Völkerbunds-]Rat.

10.) Morgen findet nach langer Verzögerung endlich eine Sitzung des Reparationsausschusses statt.<sup>16</sup> Danach werde ich endlich in der Lage sein, Parker Gilbert

---

<sup>7</sup> Dazu siehe Dok. 184.

<sup>8</sup> PA, R 29338.

<sup>9</sup> ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 206f.

<sup>10</sup> Brief Schuberts an Simson, 8. Februar, über die Lage; Instruktion werde wegen politischer Bedeutung der Sache mündlich erteilt. Simson erhielt in Berlin am 10. Februar Gaus' Aufz. „Die Haltung Deutschlands im Sicherheitskomitee“ und dessen Entwurf für die erste Rede, von Simson am 20. Februar im Sicherheitskomitee in Genf gehalten. Eine weitere Instruktion im Anschluß an Telefonat Gaus-Simson im Tel. Schuberts vom 21. Februar; PA, Abt. V M, Völkerbund.-Abrüstung, Schiedsgerichts- u. Sicherheitskomitee, Bd. 1. Weiterer Verlauf ebd. u. ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 274f. (Tel. Simson, 29. Februar), 292f. (Aufz. Dirksens, 6. März, über Steins Kritik an deutschem Entgegenkommen), 341-46 (Runderl. Schuberts, 15. März, Entwurf Gaus), 384f. (Gaus an Koch, 22. März).

<sup>11</sup> Ebd., S. 201f.

<sup>12</sup> Ebd., S. 205f.

<sup>13</sup> „(über andere Sachen)“ hschr. eingefügt.

<sup>14</sup> Vgl. dazu ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. XXXVII-IX.

<sup>15</sup> Aufz. Schuberts, ebd., S. 217-23.

<sup>16</sup> Aufz. Schuberts über die Sitzung am 22. Februar 1928, ebd., S. 226-32.

vernehmen zu können. Bisher bin ich einem intensiven Gespräch mit ihm ausgewichen.<sup>17</sup>

11.) Allerlei großpolitische Probleme werden zu studieren sein.

Erstens: Räumungsproblem.

Zweitens: Problem des Dawes-Planes und der interalliierten Schulden.

Drittens: Plan von Beneš in bezug auf Österreich.

Viertens: Französisch-Italienische Verhandlungen.

Fünftens: Deutschland-Italien.

Sechstens: Pläne und Absichten des guten Herrn Seipel.

Siebtens: Französisch-amerikanischer Antikriegspakt. Nach Nachrichten aus Washington soll dieser Plan noch nicht fallengelassen worden sein.

Achtens: Deutsch-amerikanischer Schiedsvertrag. Die Amerikaner haben uns Verhandlungen angeboten und wir haben sie angenommen. Dies geht über Washington. Herr Schurman, den ich gestern darauf ansprach, hatte keine blasse Ahnung.<sup>18</sup>

Neuntens: Sie werden mir gestatten, Ihnen hierüber und über noch manches andere in Cap-Martin Vortrag zu halten.

12.) Die Angelegenheit der Miss Cawell<sup>19</sup> hat sich in letzter Zeit gut entwickelt. Wir haben aus London gehört, daß der Film verboten werden wird. Ich hoffe, daß das stimmt. Wir waren sehr tätig. Ihrer Anregung wegen des Schuldreferates habe ich entsprochen.

13.) Die Angelegenheit der Schutzfrist steht zur Zeit nicht zur Diskussion. Sie ist noch nicht ins Kabinett gekommen und wird auch vorläufig nicht vom Kabinett behandelt werden. Sie ist lediglich, wie man so schön zu sagen pflegt, zwischen den Ministerien im Umlauf. Ich habe Herrn Köpke beauftragt, die Sache nötigenfalls in gewünschtem Sinne zu vertreten.

14.) Auf das Ergebnis Ihrer Besprechung mit Titulescu bin ich sehr gespannt.<sup>20</sup> Als Sachverständiger für Genf kommt nur Herr Ritter in Frage, den man nötigenfalls sofort kommen lassen kann.

15.) Sie sagten mir vor Ihrer Abreise, ich möge Sie vor Ihrer Abreise nach Genf in Cap-Martin wie im vorigen Jahre aufsuchen. Ich will, wenn Sie dies für richtig halten, entweder am Montag, den 27. Februar oder, wenn ich bis dahin nicht fertig werde, am Dienstag, den 28. Februar von hier abreisen. Sollten Sie auch Herrn Gaus noch in Cap-Martin zu sehen wünschen, so kann er nach Cap-Martin von Genf hinzitiert werden. Im jetzigen Moment ist er wegen der außerordentlich komplizierten Sicherheitssache hier unentbehrlich. In der nächsten Woche wird er voraussichtlich bei dem Endkampf in Genf sehr viel zu tun haben. Das alles läßt sich ja zwischen Genf und Cap-Martin eventuell telefonisch feststellen.

16.) Eben kommt das beigefügte Telegramm aus Wien Nr. 5 an.

<sup>17</sup> Das Gespräch fand am 28. Februar 1928 statt, Schuberts Aufz., ebd., S. 263-69.

<sup>18</sup> Vgl. Schuberts an Botschaft Washington vom 13. Februar 1928, ebd., S. 179-81.

<sup>19</sup> Krankenschwester, die im Ersten Weltkrieg als Spionin der Alliierten hingerichtet worden war.

<sup>20</sup> Stresemanns Aufz. vom 20. Februar, ebd., S. 211-17. – Es ging um die Regelung finanzieller Forderungen an das Reich aus dem Ersten Weltkrieg, siehe Dok. 180.

**Von Schubert an Ministerialdirektor Köpke (gekürzt)**  
**Genf, 7. März 1928**

*Durchschrift. PA, R 29417.*

Ausschließlich persönlich!

Mein lieber Herr Köpke!

Ich benutze den einzigen von gesellschaftlichen Verpflichtungen freien Abend, um Ihnen schnell Einiges zu schreiben. Der besseren Übersicht wegen versehe ich die einzelnen Abschnitte mit Nummern.

1) Die Arbeit hier wickelt sich dieses Mal, unberufen, mit großer Ruhe und sehr zufriedenstellend ab. Der Minister ist sehr ausgeruht und frisch. Dasselbe kann man eigentlich auch von dem ergebenst Unterzeichneten behaupten. Der arme Gaus ist etwas abgearbeitet; im übrigen verträgt sich alles sehr gut.

[...]¹

6) Wie Sie wissen, haben wir nun doch Herrn Ritter herantelegrafieren müssen. Sein Antworttelegramm, in welchem er sein Herkommen als unzweckmäßig bezeichnete, war recht überflüssig. Den größten Teil seines Telegrammes hätte er sich sparen können, da ich und auch der Minister diese Gegengründe ja nun zur Genüge kennen. Nachdem ich heute noch einmal mit Titulescu gesprochen hatte, habe ich Herrn Ritter telegraphiert und auch telefonieren lassen, er möge kommen. Recht befremdet war ich dann, als ich heute abend ein Telegramm von Herrn Ritter bekam folgenden Inhalts: „Ich habe Mitteilung so spät erhalten, daß ich heute nicht mehr reisen konnte. Ich werde Freitagnachmittag eintreffen.“ So etwas geht doch wirklich nicht. Auf Grund meiner ursprünglichen Weisung hätte er sich primär unbedingt auf die Reise einrichten müssen, die er dann vielleicht im letzten Moment hätte aufgeben können. Er hat das Umgekehrte getan und das geht doch gegen jede Kleiderordnung. Das werde ich ihm auch sehr deutlich sagen, wenn er hier eintrifft. Was im übrigen seine mir bekannten Gegengründe anlangt, so sind sie noch dazu falsch. Wenn Herr Ritter jetzt nicht hierher kommt, so ist zu befürchten, daß Herr Titulescu Lunte riecht und erst recht nicht nach Berlin kommt.<sup>2</sup> Titulescu – ich füge eine Aufzeichnung über mein heutiges Gespräch bei<sup>3</sup> – will eben nur beweisen können, daß er hier ernsthafter verhandelt hat: dies wird ihm, wie er sag-

---

<sup>1</sup> Abschnitte 2-5 über Verhandlungen im Völkerbundsrat.

<sup>2</sup> Siehe Dok. 179 Punkt 14. Titulescus Reise nach Berlin hatte den Hintergrund, daß beide Länder seit Jahren über ein Finanzabkommen verhandelten, wodurch deutsche Vorkriegsansprüche und rumänische Entschädigungsforderungen für das deutsche Besatzungsgeld im Ersten Weltkrieg geregelt werden sollten. Die Verhandlungen darüber kamen schließlich im November/Dezember 1928 zum Abschluß. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 468. Dazu siehe auch ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 309f. (Erl. Köpkes nach Bukarest, 7. März 1928) u. 457 Anm. 4.

<sup>3</sup> Aufz. Schubert/Titulescu, 7.3.28, PA, St.S. Vötag, Bd. 8.

te, seine Reise überhaupt erst ermöglichen. Ich glaube, daß dies kein Schwindel ist. Es wird meiner Ansicht nach nicht schwierig für Herrn Ritter sein, irgend etwas mit Herrn Titulescu zu besprechen, ohne daß er daraus den Schluß zieht, daß nichts zu machen ist. Das Abschnappen Titulescus ist auch insofern nicht [un]gefährlich, als – dies bitte vertraulich – die Reise des Herrn Titulescu nach Berlin hauptsächlich dem Zwecke dienen soll, dort einen Arzt zu konsultieren; denn der Mann ist wirklich sehr krank. Wenn Titulescu aber durch das Fernbleiben des Herrn Ritter merkt, daß die Sache faul ist, ist tatsächlich zu befürchten, daß er sogar seine Absicht, sich in Berlin kurieren zu lassen, aufgibt. Das späte Eintreffen des Herrn Ritter ist unter diesen Umständen wirklich sehr unbequem.

7) Was die sonstigen hochpolitischen Gespräche unter vier Augen anlangt, so haben bisher nur zwei stattgefunden, eines zwischen Herrn Stresemann und Herrn Briand und ein anderes zwischen mir und Herrn Berthelot.<sup>4</sup> Über das Gespräch des Herrn Stresemann telegraphierte ich Ihnen nur einige Stichworte. Der Minister hat mir dann noch etwas mehr erzählt. Er hat seine eigentliche Aufzeichnung aber bis zur heutigen Abendstunde anscheinend noch nicht fertiggestellt. Sobald ich sie erhalte, schicke ich sie Ihnen. Mein Gespräch mit Herrn Berthelot – dies ausschließlich für Sie – war recht interessant und bezog sich in der Hauptsache auf die Frage der Rheinlandräumung. Das Gespräch war außerordentlich vertraulich, und ich will Ihnen nach meiner Rückkehr nach Berlin weiteres erzählen. Ich bitte Sie, auch die Tatsache, daß ich mit Berthelot gesprochen habe, ganz geheim zu halten. Bisher hat, glaube ich, nichts in der Presse gestanden. Der Kernpunkt der Ausführungen des Herrn Berthelot bestand darin, daß er der Ansicht ist, alles müsse in einem Akt geregelt werden: Rheinland-, Saar-Räumung, Reparationen und interalliierte Schulden. Eine Verwirklichung der Thoiry-Idee hält er nicht für möglich. Hier habe ich ganz deutlich den Einfluß von Parker Gilbert – vgl. meine Aufzeichnung über mein Gespräch mit ihm<sup>5</sup> – konstatieren können. Ich sagte Berthelot, daß doch verabredetermaßen im Juni nach den deutschen und französischen Wahlen das Problem zwischen Herrn Stresemann und Herrn Briand verhandelt werden solle. Herr Berthelot habe selber gesagt, daß die Gesamtregelung erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 erfolgen könne. Ich fragte mich also, was denn eigentlich im Juni verhandelt werden solle? Es sei doch die Gefahr vorhanden, daß, wenn nichts herauskomme, eine große Enttäuschung die Folge sein werde. Herr Berthelot gab dies ohne weiteres zu, und meinte, wir müßten beide hierüber noch einmal scharf nachdenken. Ich habe dies alles natürlich dem Minister erzählt, der mir zugab, daß die Sache einigermaßen schwierig werden würde. Ich bitte Sie aber dringend, lieber Herr Köpke, diese meine Erwägungen ganz und gar für sich zu behalten und mit Niemand, auch nicht im Amt, darüber zu reden. – Der Minister wird wahrscheinlich morgen mit Briand [sic]<sup>6</sup> zusammenkommen, und er rechnet darauf, daß er auch Herrn Briand noch einmal

<sup>4</sup> Die Unterredung Stresemanns mit Briand fand am 5. März 1928 statt, Aufz. Stresemanns, ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 302-05. Schubert/Berthelot: Aufz. Schuberts, 6. März, ebd., S. 293-96. Vgl. Dok. 159f.

<sup>5</sup> Gemeint ist Schuberts Aufz. vom 28. Februar 1928, ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 263-69.

<sup>6</sup> Gemeint ist offenbar Chamberlain. Aufz. Stresemanns über eine Unterredung mit Briand vom 5. März, ebd., S. 302-05.

sehen wird. Ob ich noch ein weiteres Gespräch mit Berthelot haben werde, steht dahin. Berthelot war sehr freundlich, aber etwas zurückhaltend.

8) Die Sicherheitsverhandlungen sind nun glücklich heute zu Ende gegangen.<sup>7</sup> Simson, der sich nach allgemeinem Urteil ganz ausgezeichnet gemacht hat, reist morgen früh zu seiner Frau nach St. Moritz. Ich hatte, offen gestanden, noch keine Zeit, mich eingehender mit dem Ergebnis zu beschäftigen. Gaus, den ich heute abend kurz vernahm, sagte mir, man könne im allgemeinen recht zufrieden sein; natürlich hätten wir einige Haare lassen müssen. Ich hoffe also, daß das ziemlich dickleibige Ergebnis einer Kritik standhalten wird. Gaus will noch von hier aus Ihnen einen Runderlaß an die Missionen schicken, welcher kurz über das Ergebnis referiert.

[...]<sup>8</sup>

Mit herzlichsten und aufrichtigsten Grüßen bin ich  
Ihr stets getreuer

<sup>7</sup> Siehe Dok. 179 Punkt 5. Nicht zufrieden war Schubert hingegen mit dem Ergebnis der Abrüstungsverhandlungen. In einem Gespräch mit Lindsay am 31. März 1928 äußerte er: „Ich sagte dem Botschafter sehr ernst, daß die Verhandlungen der letzten Abrüstungskommission mich nicht nur enttäuscht, sondern, eigentlich zum ersten Male, sehr beunruhigt hätten. Ich sähe vollkommen ein, daß das Problem schwierig sei, daß es nicht von heute auf morgen gelöst werden und daß man nur schrittweise Erfolge erwarten könne. Die Art und Weise, wie der Völkerbund die Sache behandle, könne m.E. zu sehr schweren Konsequenzen führen. Für uns sei diese Behandlungsweise auf die Dauer ganz unerträglich. Wir müßten uns daher überlegen, irgendeinen Schritt zu unternehmen. Bestimmte Beschlüsse in dieser Richtung hätten wir noch nicht gefaßt.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. XVIII, S. 413. Während der Genfer Verhandlungen sprach Schubert auch mit Sugimura: „Nach einem Diner bei ihm sagte mir gestern Herr Sugimura, er habe über den amerikanischerseits angeregten Multilateral-Pakt gesprochen und den Eindruck gewonnen, daß Chamberlain nicht bereit sein würde, mit den Amerikanern über einen solchen Pakt zu verhandeln. Den Grund hierfür sieht Herr Sugimura hauptsächlich in der ausgesprochenen Amerika-Feindlichkeit des Herrn Chamberlain.“-Aufz. Schuberts, 7. März 1928, PA, R 29417. In einem weiteren Gespräch äußerte Sugimura „Herr Beneš wolle, bevor er sich aus dem politischen Leben zurückziehe, noch eine Sache fertigbringen, nämlich den von ihm angestrebten mitteleuropäischen Regionalpakt. Auf meine Frage, welche Staaten denn dieser Pakt umfassen solle, erwiderte Herr Sugimura: die Kleine Entente, Österreich und Ungarn.“-Aufz. Schuberts, 7. März 1928, ebd. – Ein weiteres wichtiges Gespräch führte Schubert mit Loucheur und fertigte darüber getrennte Aufzeichnungen an (10. März 1928, ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 316f. u. 317-19); zum einen über europäische branchenspezifische Rohstoff- und Agrarvereinbarungen betr. Produktion und Preis-/Absatzgestaltung. Schubert stimmte zu, warf aber die Frage der Zollsenkungen und Zolltarif-Vereinheitlichung auf und betonte: „Ich könne nur sagen, daß mich diese ganze Entwicklung auf das höchste interessiere, weil ich darin die Rettung Europas erblickte. Wir sprachen dann noch kurz über andere Möglichkeiten einer internationalen Einigung, besonders auch auf dem Gebiete der Schwerindustrie. Dabei kam auch das Problem Amerika zur Sprache, und Loucheur teilte ganz meine Meinung, daß wir für den Fall einer weichenden Konjunktur in Amerika eventuell großen Gefahren ausgesetzt sein würden.“ Zum anderen wurden die bevorstehenden Wahlen in Frankreich besprochen und die danach einzuleitenden Verhandlungen über die Rheinlandräumung.

<sup>8</sup> Abschnitte 9 u. 10 Revirement, Schubert u.a.: „Daß Meissner sein mir gegebenes Versprechen bezüglich Köster (Belgrad) nicht hat einhalten können, wie aus dem von Ihnen soeben eingetroffenen Telegramm hervorgeht, ärgert mich sehr“, dazu Dok. 178.

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem Bankier Andreae  
Berlin, 4. April 1928**

*Durchschrift. PA, R 28953.*

Streng vertraulich!

Der Bankier Fritz Andreae, mit dem ich andere Sachen zu besprechen hatte, redete mich heute auf das Reparationsproblem an und wir hatten eine längere Unterredung hierüber. Aus den Mitteilungen des Herrn Andreae hebe ich kurz Folgendes hervor.

Herr Andreae hat kürzlich Gelegenheit gehabt, mit maßgebenden amerikanischen und französischen Bankiers über die Reparationsfrage und auch die Frage der interalliierten Schulden zu sprechen. Dabei hat er festgestellt, daß neuerdings auf amerikanischer als auch auf französischer Seite ein großes Interesse für diese Fragen zu bestehen scheint. Herr Andreae führt das amerikanische Interesse auf die Tatsache zurück, daß die Amerikaner sehr große Summen privatwirtschaftlich vor allem in Deutschland angelegt haben und auch noch anlegen wollen, und daß daher das amerikanische Interesse an Deutschland in ständigem Wachsen begriffen ist. Als Kuriosum erwähnte Herr Andreae dabei, daß die amerikanischen Bankiers ihre Kunden, die ihr Geld in Deutschland angelegt hätten, beruhigt und getröstet hätten, als seinerzeit Herr Gilbert seine bekannten Ausführungen über die deutsche Mißwirtschaft gemacht habe.<sup>1</sup> Das französische Interesse führt Herr Andreae auf die Tatsache zurück, daß die Franzosen ein immer stärkeres Interesse daran hätten, sich wegen der französischen Schulden an Amerika mit den Amerikanern auseinanderzusetzen. Dabei spielt u.a. die im nächsten Jahre fällige Zahlung von 400 Millionen Dollar eine nicht unwesentliche Rolle. Die Franzosen glauben, daß, um mit den Amerikanern zu etwas zu kommen, auch eine Auseinandersetzung mit uns in der Reparationsfrage erforderlich sei.

Herr Andreae ist angesichts dieses lebhaften französischen und amerikanischen Interesses an den Schuldenfragen nach reiflicher Überlegung zu der Ansicht gekommen, das es das Beste sein würde, wenn wir uns ganz zurückhielten und der anderen Seite das Wort überließen.<sup>2</sup> Er ist zu dieser Überzeugung auch deshalb ge-

<sup>1</sup> Am 20. Oktober 1927 hatte Gilbert der Reichsregierung ein Memorandum überreicht, daß sich kritisch mit der deutschen Finanzpolitik auseinandersetzte, Schultheß', Bd. 68 (1927) S. 489-507. Zur deutschen Reaktion siehe ADAP, Serie B, Bd. VII, S. XXXVIII-XLII. Gilberts Kritik wurde auch im Ausland aufgenommen, wie Andreae am 15. November 1927 aus London berichtete, Aufz. Schuberts, ebd., S. 255-57.

<sup>2</sup> In einem Runderlaß Stresemanns vom 18. April 1928 heißt es: „Ebenso wie in der Spezialfrage beabsichtigen wir auch in der allgemeinen Frage der Endregelung die in dem Vorerlaß empfohlene Zurückhaltung weiter einzuhalten. Wir befinden uns dabei in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Generalagenten und anderer einsichtiger Ratgeber. Diese Haltung scheint uns jetzt um so mehr geboten, als verschiedene Anzeichen dafür vorliegen, daß man Deutschland die formelle Initiative in der Aufrollung der endgültigen Reparationsregelung zuschieben will.“-ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 505.



kommen, weil er der Ansicht ist, daß die endgültige Reparationssumme für Deutschland, wenn sie schon in absehbarer Zeit festgesetzt werden würde, doch viel zu hoch ausfallen würde und weil er ferner glaubt, daß, vorläufig wenigstens, der Transferschutz, welchen das Dawes-Arrangement gewährt, ein nicht zu unterschätzendes Aktivum für uns darstellt.

Im Zusammenhang mit dieser letzten Erwägung machte mich Herr Andreae darauf aufmerksam, daß zur Zeit privatwirtschaftlich deutscherseits 2 ½ Milliarden Goldmark kurzfristige Verpflichtungen gegenüber Amerika bestehen, die in Dollar zurückzuzahlen sind. Die Abgeltung dieser Verpflichtung kann, wenn es den Amerikanern einmal paßt, innerhalb von drei Monaten zurückgefordert werden. In diesem Falle würde natürlich eine nicht unbedenkliche Krisis in Deutschland entstehen, die u.a. zu einer gewissen Schwächung des Markkurses und zu einem Goldabfluß aus Deutschland führen würde. Wenn dann in diesem Falle Parker Gilbert an uns herantreten und die Transferierung von Reparationszahlungen verlangen würde, so würden wir die Transferierung auf Grund des Dawes-Arrangements verweigern können. In diesem Falle würden dann aber wahrscheinlich die Franzosen z.B. uns nahelegen, eine Auslandsanleihe aufzunehmen. Dies würden wir dann unter der Begründung ablehnen können, daß wir eine solche Staatsanleihe nicht aufnehmen könnten, da wir ja als solide Leute über unseren finanziellen Status insofern keine Auskunft geben könnten, als wir nicht angeben könnten, wie groß denn eigentlich die Gesamtsumme unserer Reparationsverpflichtungen sei. Dann würde sich ganz naturgemäß auf der anderen Seite ein Interesse an einer vernünftigen Festsetzung dieser Gesamtsumme einstellen.<sup>3</sup>

Unter diesen Umständen bezeichnete Herr Andreae die Tatsache, daß wir 2 ½ Milliarden kurzfristiger Auslandsverpflichtungen hätten, als ein „vielleicht nicht unerwünschtes Damokles-Schwert“.

Sch[ubert]

---

<sup>3</sup> In einer zweiten Aufz. (vgl. Anm. 1) vom 15. November 1927 (PA, R 28952) notierte Schubert die Äußerung Andreaes, daß in absehbarer Zeit eine wirtschaftliche Krise zu erwarten sei. „Hiervon werde dann wieder die Folge sein, daß Herr Parker Gilbert nicht mehr in dem Umfange, wie er das jetzt voraussehe – er beabsichtige, im nächsten Jahr 1 Milliarde zu transferieren –, transferieren könne. Dann würden wahrscheinlich unsere Gläubigerstaaten mit dem Ansinnen an uns herantreten, eine zweite Reparationsanleihe aufzulegen, vielleicht in Höhe von 1 Milliarde. Dann sei der Moment gekommen, wo wir ohne Bedenken anregen müßten, zu einer endgültigen Negierung des Dawes-Plans zu schreiten.“

**Aktenvermerk von Schuberts zum Räumungs- und Reparationsproblem  
Berlin, 9. April 1928**

*Hschr. Aktenvermerk<sup>1</sup>. PA, R 29004*

I. Vorgänge:

1) Mit Gilbert 22. Februar 26.<sup>2</sup>

Ich erwähnte Pläne der Fruktifizierung der E[isenbahn-] und I[ndustrie]-Bonds, um dadurch Geld für Stabilisierung des fr[anc] zu gewinnen.

G[ilbert]: Viel zu früh, solche Pläne zu verwirklichen. Außerdem: Franzosen müssen aus Eigenem fr. stabilisieren.

Ich: Erwähnte Pläne, das Obige + Rheinlandräumung.

G.: Hat das schon gehört, bittet, ihm Näheres zu sagen.

Ich: Berthelot zu Hoesch, der sagte, Sache ginge uns direkt nichts an.<sup>3</sup>

G.: Sehr gut. Nochmals: Fruktifizierung zu früh! X [Querverweis auf Punkt 4, 9. Oktober 1926] Wir sollten uns im übrigen nicht verplempern, sondern Bonds aufsparen für weit größeren Punkt: für Regelung des Ganzen.

2) Thoiry (September 26).<sup>4</sup>

3) Str[esemann] und Gilbert 8. Oktober 26.<sup>5</sup>

Revision Dawesplan noch zu früh. Erst wenn Amerika einwilligt, Ansprüche E[ngland], Fr[ankreich], I[talien] herabzusetzen, dann werden, bes. E[ngland] und I[talien], in eine Reduktion gegenüber D[eutschland] einwilligen. Er sprach von „Zusammenspiel“! Zu Thoiry will G. sich noch nicht definitiv äußern.

4) Mit Gilbert 9. Oktober 26.<sup>6</sup>

Ich erinnerte ihn an X [Querverweis auf Punkt 1, 22. Februar 1926]; er ja!

G.: Franzosen müssen Schuldenabkommen + E[ngland] und V[ereinigte] St[aa]ten ratifizieren. [Franzosen müssen] Franken stabilisieren, fremdes Geld in geringem Maße nötig.

G.: Höhe der Bonds: 1 ½ Milliarden ungefährlich, 2 Milliarden zweifelhaft, 3 zu hoch.

G.: Zunächst muß F[rankreich] fr. stabilisieren.

5) Mit Gilbert 25. Februar 1927.<sup>7</sup>

Über Rede Köhler,<sup>8</sup> der von Dawesplan gesprochen hätte.

G.: Stabilisierung fr.: Poincaré hat Erfolge gehabt.

G.: Liquidierung Dawesplans und i[n]terallierter Schulden. Erst nach amerikanischen Wahlen.

<sup>1</sup> Angelegt unmittelbar vor Antritt einer sechswöchigen Kur- und Urlaubsreise. Hschr. Unterstreichungen im Text.

<sup>2</sup> Siehe dazu Dok. 144.

<sup>3</sup> Ber. Hoeschs vom 1. Dezember 1925, ADAP, Serie B, Bd. I/1, S. 10f.

<sup>4</sup> Zu Thoiry siehe ebd., Bd. I/2, S. XXXI.

<sup>5</sup> Ebd., S. 312f.

<sup>6</sup> Ebd., S. 313-17.

<sup>7</sup> Ebd., Bd. IV, S. 414-16.

<sup>8</sup> Reichstagsrede vom 16. Februar 1927, Schultheß', Bd. 68 (1927), S. 42-46.

G.: Gegen Thoiry größter Widerstand in England, da man dort größten Wert darauf lege, daß beides [Liquidierung Dawesplans und interallierter Schulden] zusammen!

G.: Thoiry: Es kommt darauf an, daß Fr[ankreich] die Idee wieder aufgreift, aber vorläufig wohl nicht.

Ich: Wichtigkeit der Räumungsfrage.

6) Der Brief Gilberts an Köhler (Ende Oktober? 27).<sup>9</sup>

Mit Angriffen.

7) Mit Gilbert 24. [14.] November 27.<sup>10</sup>

Darüber.

G.: Poincaré hat sich sehr gewandelt.

8) Der Bericht Gilberts mit der Andeutung der Revision des Dawesplanes (Dezember).<sup>11</sup>

9) Mit amerikanischem Botschafter 21. Januar 28.<sup>12</sup>

Ich: Motive Gilbert?

Sch[urman]: ?

Sch.: Kein Zusammenhang zwisch[en] Dawesplan und i[nteralliierten] Schulden!

10) Wirth 26. Januar 28.<sup>13</sup>

+ Poincaré. Räumung + Vorwegnahme d. Zahlungen. Keine Verbindung zwischen Reparationen und i. Schulden. Keine Unterzeichnung Mellon-Bérenger-Abkommens.<sup>14</sup>

11) RM + Gilbert 6. Februar 28.<sup>15</sup>

Amerika nie auf Basis: Frankreich sicher, nicht mehr zu zahlen, als es von D[deutschland] erhält.

12) Hoesch + Berthelot 4. Februar 28.<sup>16</sup>

Berthelot. Gesamtlösung.

13) Rede Briands (Thoiry), Rede Stresemanns.<sup>17</sup>

14) Mit Gilbert 28. Februar 28.<sup>18</sup>

---

<sup>9</sup> Vom 21. Oktober, ADAP, Serie B, Bd. VII, S. 117 u. ebd. Anm. 2.

<sup>10</sup> Ebd., S. 230-34.

<sup>11</sup> Darüber Aufz. Valettes vom 17. Dezember 1927, ebd., S. 531-34.

<sup>12</sup> Ebd., Bd. VIII, S. 77-80.

<sup>13</sup> PA, R 29004; außerdem ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 33f. (Tel. Hoeschs, 12. Januar), 41f. (Tel. Hoeschs, 13. Januar), 101-03 (Hoesch an Schubert, 27. Januar).

<sup>14</sup> Amerikanisch-französisches Schuldenabkommen vom 29. April 1926. Siehe dazu Hoeschs Ber. vom 15. März 1927, ebd., Bd. IV, S. 555-57, insbesondere Anm. 6.

<sup>15</sup> Dazu Aufz. Schuberts vom 6. Februar, PA, R 28952.

<sup>16</sup> ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 136-38.

<sup>17</sup> Über Briands Rede vom 2. Februar 1928 telegraphierte Hoesch am folgenden Tage, ebd., S. 132-35. Siehe auch Stresemanns „Stichworte zu Rede Briands“ vom 3. Februar, ebd. S. 130f. Zu Stresemanns Rede vom 26. Januar 1928 siehe Hoeschs tel. Stellungnahme vorab, 20. Januar, ebd., S. 68f.

<sup>18</sup> Aufz. Schuberts, ebd., S. 263-69. Schubert hatte sich auf das Gespräch sorgfältig vorbereitet und einen Fragekatalog verfaßt. Zum ersten wollte er Gilberts Stellung zu dem Wiederaufleben der Thoiry-Idee und der vorweggenommenen Mobilisierung eines Teils der Obligationen erfahren. Dann wollte Schubert von Gilbert wissen, wie er zu weiteren Auslandsanleihen stehe. Dabei wollte der Staatssekretär nach Anleihen des Reiches oder der

Gilbert: Thoiry unmöglich aus praktischen Gründen.

Ich: Räumung vor Daweslösung, sonst Kuhhandel.

G.: Ja, hilft nichts.

G.: Verbindung Dawesplan + int. Schulden unmöglich!

Ich.: Int. Schulden gehen uns nichts an, aber faktischer Zusammenhang.

G.: Bzgl. Dawesplan: wir müßten Initiative ergreifen!

G.: Erst nach amerikanischen Wahlen, d.h. noch später!

G.: Nicht in d[utschen] und frz. Wahlkampagnen.

15) Gespräch Str[esemann] + Br[iand] in Genf 5. März 28.<sup>19</sup>

16) Ich + Berthelot 6. März 28.<sup>20</sup>

Berthelot:

a) Thoiry nicht.

b) Gesamtlösung (trotz Amerika) – [19]29!

c) ohne contrepartie [Gegenleistung]: nicht.

d) Mellon-Bérenger[-Abkommen] nicht.

e) Qua Juni-Tagung skeptisch.

f) Mit Räumung nicht warten.

17) René 27. März 28.<sup>21</sup>

1. Poincaré hat neuen Finanzplan ausgearbeitet.

2. Poincaré einverstanden wäre er mit Räumung dieses Jahr

18) Schacht zu RM über Gilbert 27. März 28.<sup>22</sup>

G.: in 1 Jahr wissen wir, ob Durchführung möglich, oder in 4-5 Jahren.

G.: mehr für bald.

19) Silberberg [Silverberg]: 31. März 28.<sup>23</sup>

P[oincaré] hat Plan.

Länder, der Kommunen, der Industrie oder der Landwirtschaft fragen. Zum dritten war an Gilbert die Frage zu richten, ob er eine Transferpriorität der privaten oder kommunalen Anleihen vor dem Reparationstransfer wünsche. Abschließend wollte er von dem Reparationsagenten wissen, was er von einer möglichen endgültigen Regelung halte. Als Schlußfolgerung aus deutscher Sicht heißt es: „[...] wir möchten uns darüber vergewissern, daß wir uns darauf verlassen können, daß Gilbert auch bei der weiteren formellen Behandlung Hand in Hand mit uns arbeitet. Wir möchten nicht eines schönen Tages überrascht werden damit, daß Gilbert einen entscheidenden Schritt bei den Reparationsgläubigern getan hat, um die Frage der Endregelung aufzurollen, ohne daß wir etwas davon wissen.“-Aufz. Schuberts, 28. Februar 1928, PA, R 29004. Notiz im Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu St.S. Cgil, Bd.1 (PA, R 29004): „Mein Gespräch mit Gilbert vom [2]8. Februar 1928: Über allerlei, auch darüber, ob die Thoiry-Ideen noch immer durchgeführt werden können. Gilbert darüber skeptisch. Wieder sehr wichtige Bemerkungen: er glaube, daß aus rein tatsächlichen Gründen die Thoiry-Idee als Teillösung sich nicht werde verwirklichen lassen. Ganz anders aber würde die Sache aussehen, wenn die Thoiry-Idee mit der endgültigen Regelung verknüpft würde ... Vor den amerikanischen Wahlen sei aber nichts zu machen. Auch der sonstige Inhalt des langen Gesprächs sehr interessant.“

<sup>19</sup> ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 302-05.

<sup>20</sup> Ebd., S. 293-96.

<sup>21</sup> PA, R 29004; dazu Schreiben René's, 27. März 1928, ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. S. 398-401.

<sup>22</sup> PA, R 29004.

<sup>23</sup> R 28952.

20) Poincaré Rede 1. April.<sup>24</sup>

Andeutung des Gesamtplanes!

21) Plan Times (New York).<sup>25</sup>

(32 Milliarden) Unsinn.

22) Andreae 4. April.<sup>26</sup>

Interesse Amerikas, Interesse Frankreichs am Dawesplan. Wir sollten warten.

23) Gilbert/Ruppel 4. April.<sup>27</sup>

a) Poincaré: Fortschritt.

b) Wir sollten uns zurückhalten.

c) Keine Verkopplung D[awesplan] mit i[n]teralliierten Sch[ulden]. Wir nicht!

Beide Fragen getrennt: Franzosen haben eingesehen (aber Berthelot!!). Engländer noch nicht!

d) Times-Artikel ohne Bedeutung.

24) Telegramm aus London über Besprechungen mit P. Gilbert 4. April (zu Churchill).<sup>28</sup>

Verquickung unmöglich. Aber Engländer: Balfour-Note,<sup>29</sup> gleichzeitig Gilbert + Times: Vorbereitung auf Dawesplan-Regelung im nächsten Jahr.

25) Rundreise Gilberts.

26) Brief Hoeschs über Berthelot.<sup>30</sup>

Gesamtregelung. Räumungsfrage im Juni: Br[riand] nicht, da Ber[thelot] glaubt, Enttäuschungen!

27) Telegramm Prittwitz 5. April.<sup>31</sup>

Kein Bankiersplan.

## II. Konklusionen:

1) Gilbert:

a) will Trennung,

b) naiv, kein Politiker (Rheinlandräumung!),

c) muß auch beeinflußt werden,

d) ist beeinflußbar durch Poincaré,

e) wenn zurück, muß mit ihm gesprochen werden!

2) Poincaré.

Zum Teil Schwindel, Wahlmache.

3) Briand.

Vage, obwohl er Einzelheiten weiß.

4) Berthelot.

Genau, aber auch nicht ganz zu trauen.

---

<sup>24</sup> Siehe dazu Tel. Hoeschs vom 2. April 1928. ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 428-31.

<sup>25</sup> Dazu ebd., S. 430 Anm. 2.

<sup>26</sup> Dok. 181.

<sup>27</sup> ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 430 Anm. 4.

<sup>28</sup> Ebd., S. 455f.

<sup>29</sup> Gemeint ist die Balfour-Note vom 1. August 1922, in der Großbritannien seine Haltung gegenüber seinen alliierten Schuldner festgelegt hatte. Zum Inhalt siehe Schultheß', Bd. 63 (1922), S. 190f.

<sup>30</sup> Vom 3. April 1928, ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 431-37.

<sup>31</sup> R 28953.

- 5) [Für] Gespräch im Juni.  
 RM zu Br[iand]:<sup>32</sup>
- a) Thoiry geht nicht mehr,
  - b) ohne contrepartie willst Du nicht, obwohl [Du] Verständigung willst,
  - c) wir haben [Art.] 431 [V.V.], das hast Du zugegeben.
  - d) Was willst Du? (Warum wir immer?).
- 6) Wir dürfen nicht int. Schulden besprechen.  
 7) Änderung der Rheinlandpolitik?! Jetzt sagen: warten! (?)  
 8) Gefahr Sicherheitssache nicht so groß, aber Gefahr Garantie für Polen (Artikel Sauerwein!).

## 183

**Notizen von Schuberts zum Beneš-Besuch in Berlin im Mai 1928  
 Grünhaus, Winter 1932/33**

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. Sobe (PA, R 29359).*

Der Band enthält zahlreiche recht interessante Aufzeichnungen von mir.

23. März 1928:<sup>1</sup>

Stresemann fragte mich, was ich von den Plänen des Herrn Beneš hielte. Ich sagte ihm unter anderem, Beneš habe offenbar große Besorgnisse vor dem Anschluß Österreichs an Deutschland usw. Sodann sagte ich, mir schwebte ein Gedanke vor, den man jetzt aber garnicht aussprechen dürfe: Ich sei der Ansicht, daß man unter Umständen den ganzen Spuk zerstören könne, wenn man sich entschließen würde, auf ein enges Zusammengehen Deutschlands, der Tschechoslowakei und Österreichs hinzuwirken. Ein solches Zusammengehen könne zunächst auf wirtschaftlichem Gebiete erfolgen. Zweitens aber könne man sich vielleicht vorstellen, auch irgendeinen politischen Pakt zwischen den drei Staaten abzuschließen. Das müsse alles natürlich sehr gründlich geprüft werden usw.

Stresemann gab zu erkennen, daß er meine Ideen für interessant hielte.

In der zweiten Hälfte des Mai 1928 erfolgte der Besuch des Herrn Beneš in Berlin. Der Besuch war inoffiziell. Der Reichspräsident empfing Beneš nicht. Stresemann war krank: so mußte ich allein die Gespräche mit Beneš führen.

Bevor ich Herrn Beneš zum ersten Mal empfing, befahl mich der Reichspräsident am 21. Mai 1928 zur Audienz.<sup>2</sup> Er sagte mir, vor Beneš müsse man sich ja sehr vorsehen.

---

<sup>32</sup> Im Völkerbundsrat; wegen des schlechten gesundheitlichen Zustandes Stresemanns kam es dann nicht zustande. Schubert verwertete seine Gedanken auch in zwei Aufz., die er am 24. Juli dem Außenminister sandte, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 412-20.

---

<sup>1</sup> ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 392f. – Zum Hintergrund siehe Rauscher: Ignaz Seipel, Edward Beneš und der Mitteleuropagedanke.

<sup>2</sup> ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 49f.

Ich hielt dem Reichspräsidenten dann einen Vortrag, nicht nur über Beneš und seine Pläne, sondern verbreitete mich auf seinen Wunsch auch über andere Themata, Österreich, Völkerbund usw. Nach meiner Aufzeichnung sagte der Reichspräsident schließlich, er glaube zu seiner Freude feststellen zu können, daß wir in allen Punkten einig seien. Am Ende des Gesprächs beklagte sich der Reichspräsident bitter über die falsche von den Deutschnationalen geführte Politik. Er meinte, das komme wohl auch zum größten Teil daher, weil keine richtigen Führer vorhanden seien usw.

21. Mai 1928:

Mein erstes interessantes Gespräch mit Herrn Beneš. Hauptsächlich über den Kellogg-Pakt.<sup>3</sup>

2[2]. Mai 1928:

Mein zweites Gespräch mit Herrn Beneš.<sup>4</sup> Auch sehr interessant. Kleine Entente usw. Sicherheitskomitee. Frage der Regionalpakte. Ich führte aus, wie falsch es sein würde, solche Pakte generalisieren und sie auch dort abschließen zu wollen, wo sie nicht nötig seien. Beneš erzählte mir über das Verhältnis der Tschechoslowakei zu Österreich. Wir sprachen auch über den Anschluß. Beneš ist aus drei Gründen dagegen: 1) Im Falle eines plötzlichen Anschlusses kann eine kriegerische Verwicklung eintreten. 2) Auch wenn eine solche nicht eintritt, würde sich eine allgemeine Front gegen Deutschland aufrichten. 3) Wenn Deutschland und Österreich wirtschaftlich durch den Anschluß zu einer absoluten Einheit kommen, so gerät die Tschechoslowakei wirtschaftlich in eine unmögliche Situation.

Ich machte Gegengründe geltend.

23. Mai 1928:

Drittes Gespräch mit Herrn Beneš über Handelsvertragsverhandlungen.<sup>5</sup>

Ich stellte dann unsere wirtschaftlichen Beziehungen in einen etwas größeren wirtschaftspolitischen Rahmen. Nach längerer Vorrede sagte ich, es ließe sich sehr gut denken, daß ein wirtschaftliches Zusammengehen größten Stils zwischen Deutschland, der Tschechoslowakei und Österreich nicht nur im Bereich der Möglichkeit liege, sondern auch sehr erfolgversprechend sei. Ein solcher Zusammenschluß dürfe sich aber nicht gegen Dritte wenden, sondern vielmehr Dritten offenstehen.

---

<sup>3</sup> Ebd., S. 51-54. Die Vorarbeiten zum Kellogg-Pakt, der am 27. August 1928 in Paris unterzeichnet wurde, waren in vollem Gange. Zu den mitunter komplizierten Verhandlungen siehe ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. XXII-XXV, Bd. IX, S. XXVII-XXXI. Zur Vorgeschichte siehe Dok. 175 u. 176. Am 20. März 1928 äußerte Schubert gegenüber Lindsay: „Ich sei ferner der Meinung, daß ein solcher Pakt, richtig formuliert, doch nicht nur den Wert einer reinen inhaltslosen Geste, sondern eine große moralische und reale Bedeutung haben würde. Natürlich müsse dieser Pakt ganz einfach und klar sein, und gerade darin würde meiner Ansicht nach seine Kraft bestehen.“-Aufz. Schuberts, ebd., S. 374. Schubert betrachtete den Kellogg-Pakt als ein gesamteuropäisches Projekt, weshalb er die Erweiterung der Zahl der Erstunterzeichner begrüßte, Runderlaß Schuberts, 18. Juli 1928, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 386f. Sein besonderes Interesse galt dabei der UdSSR. Siehe Schuberts Aufz. vom 16. und 25. Juli 1928, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 370f. und S. 429f. Letzten Endes hatten seine Bemühungen wegen der amerikanischen Ablehnung und der Distanzierung Stresemanns keinen Erfolg.

<sup>4</sup> Ebd., S. 54-58.

<sup>5</sup> Ebd., S. 65-71.

Beneš erwiderte, meine Gedankengänge interessierten ihn sehr. Ihm schwebte aber ein Zusammengehen der Staaten der Kleinen Entente mit Österreich, Ungarn, Bulgarien und Griechenland vor.<sup>6</sup> Meine Idee habe gegen sich, daß sie eine hochpolitische Bedeutung von größtem Ausmaße habe. Es müsse befürchtet werden, daß ein solcher Zusammenschluß einen sehr starken Widerstand in Frankreich und England hervorrufen würde, besonders aber in Italien. Man werde sagen, Deutschland wolle nun auf diesem Wege versuchen, seine großdeutschen Pläne zu verwirklichen.

Schließlich sagte Beneš, meine Idee sei aus politischen Gründen außerordentlich schwierig durchzuführen, während die seine sehr viel weniger politische Widerstände finden würde.

Ich machte Gegengründe geltend. Dabei sagte ich auch, daß der von mir erwähnte Zusammenschluß, wirtschaftlich gesprochen, logisch sei, was man von dem Zusammenschluß der von ihm genannten Staaten nun wirklich nicht sagen könnte. Schließlich sagte Herr Beneš, mein Plan sei vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, natürlich sehr interessant.

Im weiteren Verlaufe des Gespräches meinte Herr Beneš, daß, falls eine Verständigung größten Stils zwischen Deutschland und Frankreich gelingen würde, hierdurch natürlich die Chancen für einen mitteleuropäischen Zusammenschluß außerordentlich wachsen würden.

Beneš fügte hinzu, in diesem Fall könne er sich sogar den Anschluß Österreichs an Deutschland vorstellen.

Am 24. Mai 1928 erfolgten dann noch einige weitere Gespräche mit Herrn Beneš, und zwar bei Gelegenheit von Dinern.<sup>7</sup>

Am 24. Mai 1928 hielt ich dem Reichspräsidenten einen Vortrag über das Ergebnis sämtlicher Besprechungen.

In den folgenden Tagen fanden sich nach und nach sehr viele Diplomaten ein, die alle wissen wollten, was denn eigentlich mit Herrn Beneš passiert sei. Am schwierigsten war das Gespräch mit dem Ungarn.

Ich hatte die Aufzeichnungen Herrn Koch nach Prag geschickt, der mir am 3. Juni eine Stellungnahme sandte, die aber recht wenig Neues brachte. Herr Koch berichtete übrigens, daß Herr Beneš sich sehr befriedigt über seinen Besuch in Berlin ausgesprochen habe.<sup>8</sup>

Meine Aufzeichnung vom 19. Juni 1928:<sup>9</sup>

Der ungarische Gesandte Kánya fing ein hochpolitisches Gespräch mit mir an, wobei er sehr mysteriös andeutete, in der ferneren Zukunft werde sich ein großer Gegensatz zwischen Deutschland und der Kleinen Entente ergeben.

Bei dieser Gelegenheit trat die Ballplatzmentalität, an der Baron Kánya immer noch leidet, deutlich hervor.

<sup>6</sup> Gemeint ist die sogenannte „Donauföderation“.

<sup>7</sup> ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 72-76, 76, 77f.

<sup>8</sup> Ebd., S. 124-27. Weitere Details darüber in Dok. 272.

<sup>9</sup> Siehe auch Aufz. Schuberts vom 26. Juni 1928, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 236-38.



**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem Mitglied  
der französischen Völkerbundsdelegation Paul-Boncour  
Genf, 5. Juni 1928**

*Original. PA, R 29418.*

Vertraulich!

Nach vorheriger Verabredung hatte ich heute ein langes Gespräch mit Herrn Paul-Boncour.

Ich sagte ihm, ich hätte gehört, daß Herr Briand und daß man in Frankreich nicht zufrieden sei mit dem St. Gotthard-Bericht<sup>1</sup> und vor allem mit dem Bericht über die [Völkerbunds-]Ratsfunktionen.<sup>2</sup> Ich hätte mir beide Berichte, besonders aber den letzten genau angesehen und wäre ihm dankbar, wenn er mir sagen könnte, was denn eigentlich die Ausstellungen und die Wünsche der Franzosen seien.

Herr Paul-Boncour erwiderte, man hielte es französischerseits für absolut notwendig, daß in Fällen wie dem St. Gotthard-Fall eine sofortige Konstatierung des Tatbestandes erfolge. Eine ähnliche Möglichkeit sei ja auch im Privatrecht vorgesehen. Eine solche Möglichkeit gebe es bisher nicht, wie sich bei dem St. Gotthard-Fall herausgestellt habe. Das eigentliche Investigationsverfahren habe man nicht angewandt und eine Konstatierung des Tatbestandes sei nicht möglich gewesen, da die Ungarn eben den Tatbestand vorher verändert hätten.

Ich fragte Herrn Boncour zunächst, ob er bereits bestimmte Formulierungen bezüglich einer Erweiterung des Ratsberichtes und der darin enthaltenen Resolutionen im Auge habe.

Herr Boncour erwiderte, das sei durchaus nicht der Fall. Man müsse sich eben überlegen, vielleicht könne das auch im Generalsekretariat erfolgen, was zu tun sei.

Ich erwiderte, die Absicht, in dieser Weise den Ratsbeschluß zu ergänzen, erschiene mir bedenklich.

Einmal sei es mir zweifelhaft, ob es denn richtig sei, den Rat sozusagen als Gerichtsvollzieher im internationalen Leben zu etablieren. Die eigentliche Verantwortung müsse doch immer bei den Staaten selbst bleiben.

Zweitens aber wolle ich ihm ganz offen sagen, daß auf diese Weise eine Art kleineres Investigationsverfahren eingeführt würde. Dies würde meiner Ansicht nach zu den schwersten politischen Konsequenzen, besonders auch bei uns, führen.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Zu dem St. Gotthard-Fall, einer Affäre um einen Waffenschmuggel an der österreichisch-ungarischen Grenze (also zwischen zwei in den Friedensverträgen weitgehend entwaffneten Staaten), siehe Schultheß', Bd. 69 (1928), S. 230. Zu dem Bericht siehe ebd. S. 448. Siehe auch Dok. 179, 185.

<sup>2</sup> Zu diesem Bericht siehe Schultheß', Bd. 69 (1928), S. 448.

<sup>3</sup> Zu Chamberlain hatte Schubert am 4. Juni 1928 gesagt: „Wir hätten ja seinerzeit, wie er selbst gesagt hätte, und zwar mit großer Mühe, eine neue Regelung des Investigationsverfahrens [Note Stresemanns, 12. Januar 1926, ADAP, Serie B, Bd. I/2, S. 102 Anm. 7; Ver-

Herr Boncour erwiderte, er sei durchaus bereit, dafür zu plaidieren, daß auch in solchen Fällen das alte Verfahren angewendet würde. Nur sei dieses Verfahren dann sehr schwerfällig. Außerdem gebe es ja Fälle, die schließlich nicht so gefährlich seien, um die Ankurbelung des eigentlichen Verfahrens zu rechtfertigen.

Andererseits könne ich mir kaum vorstellen, wie groß die Aufregung in Frankreich sei, die durch die Behandlung des St. Gotthard-Falles heraufbeschworen worden sei. Man sage, daß es eben dem Völkerbundsrat unmöglich gewesen sei, etwas zu konstatieren.

Das brachte uns zu einer kurzen Besprechung des ersten Berichtes. Ich sagte, ich hätte ihn studiert und müsse doch sagen, daß immerhin durchaus etwas konstatiert worden sei. Wenn das Ergebnis nicht genüge, so sei das eine andere Frage: immerhin seien doch ganz bestimmte Feststellungen gemacht worden. Auf Kulissengerüchte könne man doch nichts geben.

Herr Boncour erwiderte, die Kulissengerüchte müßten natürlich ausscheiden, er könne mir aber versichern, daß seiner Ansicht nach das Ergebnis der Feststellungen durchaus unbefriedigend sei, und der diesbezügliche Bericht des Rates, wenn er, besonders auch mit seinen Anlagen, veröffentlicht würde, von ganz Frankreich als durchaus unbefriedigend angesehen werden würde.

Ich führte dann aus, daß mir die in dem zweiten Bericht enthaltenen Vorschriften über die Funktionen des Ratspräsidenten doch durchaus wirkungsvoll erschienen, und daß sie sogar nach meinem Geschmack die äußerste Grenze dessen darstellten, was man tun könne.

Als dann über alle möglichen Waffentransporte, z.B. über einen in Belgrad, über den kürzlich die Presse referiert hatte, gesprochen wurde, sagt ich, in dieser Frage könne man eben doch vielleicht andere wirksame Mittel finden, um illegale Waffenschleibungen zu unterbinden. Ich erwähnte dabei die Möglichkeit einer internationalen Waffenkonvention, die verschiedenen Gesetze über das Verbot des Waffenhandels mit China usw.

Das Resultat unserer Besprechung läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

- 1.) Herr Paul-Boncour blieb bei seiner Meinung, daß der Ratsbericht über die Funktionen des Präsidenten nicht genüge.
- 2.) Er ist daher der Ansicht, daß man irgendetwas finden müsse, um für solche Fälle die sofortige Konstatierung des Tatbestandes festzustellen.

---

handlungsabschluß u. Investigationsprotokoll 11. Dezember 1926, AR, Kab. Marx III u. IV, Bd. 1, S. 433 u. Anm. 6 dazu] vereinbart. Nichts läge uns ferner, als dieses Verfahren irgendwie abzuschwächen oder irgendetwas tun zu wollen, um es illusorisch zu machen. Auf der anderen Seite aber befürchtete ich, daß sein Vorschlag darauf hinauslaufen könnte, dem bisherigen großen Investigationsverfahren sozusagen ein kleines Investigationsverfahren an die Seite zu stellen. Das sei vom deutschen Standpunkte aus ganz unmöglich und unerträglich. Wenn ein schwerer Fall entstehe, so müsse eben in Gottes Namen nach sorgfältiger Prüfung das eigentliche Investigationsverfahren in Funktion treten. Handele es sich aber um kleinere Fälle, die eben nicht unter das Investigationsverfahren fielen, so sei es meiner Ansicht nach nicht nötig, hierfür ein neues Verfahren einzusetzen zu wollen. Mit Recht würde man sonst in Deutschland sagen, daß auf diese Weise jederzeit einer Investigation, wie immer sie auch aussehe, Tür und Tor geöffnet werde.“-Aufz. Schuberts, PA, R 29418.

3.) Er sagte mir, mein Argument, daß auf diese Weise ein kleines neues Untersuchungsverfahren eingeführt würde, leuchte ihm als sehr maßgebend durchaus ein. Es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß es tatsächlich in Frage komme, ein solches Verfahren einzuführen.

4.) Er sagte, wir müßten eben alle zusammen versuchen, einen Ausweg zu finden. Wir würden ja morgen in der geheimen Sitzung [des Völkerbundsrates] Gelegenheit haben, uns ganz offen auszusprechen.<sup>4</sup>

Als Herr Paul-Boncour die Nützlichkeit der Einführung eines solchen Verfahrens besprach, streifte er übrigens auch ganz kurz die Rheinland- und Abrüstungsfrage.

Er sagte mir, er sei mit seinen Freunden immer dafür eingetreten, daß die Rheinlandfrage geregelt würde. Man habe ja dann von gewissen speziellen Kontrollen im Rheinlande gesprochen.<sup>5</sup> Er wisse, daß das uns sehr unangenehm sein würde. Es wäre doch dann aber ein Ausweg gefunden, wenn ein allgemeines Verfahren eingeführt würde, was uns die Sache erleichtern würde, da wir ja in einem solchen Verfahren als Ratsmacht immer mitzusprechen hätten. Derselbe Gedankengang leitete ihn bei der Abrüstungsfrage.

In meiner Erwiderung sagte ich ihm u.a., ich sei der Ansicht, daß, politisch gesprochen, der von mir mit allen Mitteln angestrebte Weg einer deutsch-französischen Verständigung nicht erleichtert würde dadurch, daß man solche Reglements einbaute, welche nur immer wieder ein Element des Mißtrauens bilden würden.

Bei der Unterhaltung sagte ich auch mehrfach, man müsse doch diese ganzen Dinge praktisch betrachten und sich überlegen, ob denn bei der großen Publizität, die allgemein vorhanden sei, wirklich so schlimme Dinge sich ereignen könnten.<sup>6</sup>

Sch[ubert]

---

<sup>4</sup> Darüber notierte Schubert am 7. Juni: „Ich glaube, daß wir Anlaß haben, mit dem Ergebnis recht zufrieden zu sein. Die Franzosen haben von dem, was sie offenbar angestrebt, nichts erreicht. Es ist weder zu einer Verschlechterung der Untersuchungsregeln zu unseren Ungunsten noch zur Einführung eines besonderen Verfahrens neben dem Untersuchungsverfahren gekommen. In der Resolution ist auch vom Ratspräsidenten und besonderen Befugnissen desselben überhaupt nicht mehr die Rede.“-ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 149.

<sup>5</sup> Gemeint ist das Bemühen, im Rheinland permanente Kontrollorgane („éléments stables“) einzurichten, siehe u.a. Dok. 110, bes. Anm. 7; ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 44f. (Tel. Hoeschs, 14. Januar 1928) u. Bd. IX, S. 174f. (Ber. Hoeschs, 15. Juni 1928).

<sup>6</sup> Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, Notiz Schuberts zu St.S. Vötag, Bd. 9 (PA, R 29418): „Langes Gespräch, das sehr nutzbringend war. Ich hatte beschlossen, den Stier bei den Hörnern zu packen, was mir auch gelang.“

**Pressekonferenz der deutschen Völkerbundsdelegation  
Genf, 5. Juni 1928**

*Protokoll-Vervielfältigung. PA, R 29418. Mschr. unter der Überschrift: „abends  
7.30 Uhr“; hschr.: „korrigiert“.*

Leg. Rat v. Twardowski: Meine Herren, der Zweck unser heutigen Zusammenkunft ist nicht, Ihnen irgendwelche Erklärungen abzugeben, sondern Ihnen nur Gelegenheit zu geben, an den Herrn Staatssekretär Fragen zu stellen. Wegen der Verwertung möchte ich darauf aufmerksam machen, daß es natürlich nur Material ist. In Berlin nennen wir das II. Es darf kein Name genannt und auch nichts als Erklärung von seiten der Deutschen Delegation gebracht werden.

Staatssekretär Dr. v. Schubert: Meine Herren, ich möchte noch einmal unterstreichen, daß ich Ihnen gern über alles, was Sie wissen wollen, Auskunft zu geben bereit bin, natürlich mit der nötigen diplomatischen Zurückhaltung. Ich möchte Ihnen jetzt also nicht bestimmte, fest und scharf umrissene Erklärungen abgeben, sondern mit Ihnen über das plaudern, was bisher passiert ist und vielleicht noch passieren wird.

Um mit irgendeinem Punkte anzufangen, so sind da die oberschlesischen [Minderheiten-]Angelegenheiten.<sup>1</sup> Diese Angelegenheiten sind recht zahlreich, jede an sich der Größenordnung nach zwar nicht sehr bedeutend, aber doch alle recht symptomatisch. Setzt man sie zusammen, so ergibt sich ein sehr unerfreuliches Mosaik. Wir sind dabei, die einzelnen Punkte zu verhandeln. Wie Sie wissen, sind die ersten 3 Punkte a, b und c einem Komitee überwiesen worden, die anderen Punkte werden nächstens herankommen, und wir stehen ja auch deswegen mit dem Sekretariat in Verbindung. Ich muß natürlich davon absehen, die zum Teil sehr verschmitzten Einzelheiten dieser Punkte durchzugehen. Das würde auch keinen Zweck haben. Es ist Ihnen bekannt, daß die Sache sehr kompliziert ist, soweit die Schulfrage in Betracht kommt. Sie wissen, daß seiner Zeit der Schulkompromiß hier geschlossen worden ist, daß dann daraus sich Schwierigkeiten ergeben haben und dann das Urteil im Haag erlassen wurde, das zwar an sich klar, aber in seinen Folgewirkungen sehr schwer zu übersehen ist. Gerade aus dem in der Schulfrage äußerst komplizierten Tatbestand gehen alle diese verschiedenen, zum Teil recht kleinen, aber wie ich schon sagte, recht symptomatischen Einzelfälle hervor. Wie die Sache auslaufen wird, ist nicht sicher. Wir werden unser Möglichstes tun, um diese Fälle in unserem Sinne zu entscheiden. Aber Sie wissen ja, wie das geht. Man kann hier nicht immer mit 200% Siegen kommen, sondern muß sehen, was sich machen läßt. Daß in dieser Linie alles Menschenmögliche getan wird, auch in den anderen Fällen, die nicht mit der Schulsache zusammenhängen, ist selbstverständlich.

---

<sup>1</sup> Société des Nations, Journal Officiel, Jg. IX, 1928, S. 881f., 922-26, 946-51. Die 3 Punkte finden sich ebd., S. 945f.

Ein weiterer Punkt: Die Gotthard-Affaire.<sup>2</sup> Es ist allgemein bekannt und der Presse wohl auch schon von der anderen Seite gesagt worden, daß die Franzosen besonders mit dem Bericht, welcher sich auf die Funktionen des [Völkerbunds-] Rates während der Sitzungen bezieht usw., aber auch mit dem anderen Bericht unzufrieden sind und beabsichtigen, darauf zu dringen, daß dieser Bericht geändert wird. Nun glaube ich zu wissen oder gelesen zu haben, daß man den Franzosen ganz besonders fürchterliche Absichten unterschiebt. Deshalb möchte ich auch da sagen: Immer mit die Ruhe. So fürchterlich wird also die Sache vielleicht doch nicht werden. Wie die Lösung allerdings sein und worauf die ganze Sache hinauslaufen wird, das ist – das kann ich wirklich ehrlich nach den bisherigen diplomatischen Gesprächen, die ich hatte, sagen – durchaus unklar. Immerhin kann ich in diesem Zusammenhange wohl sagen, daß wir unsererseits alles tun werden, um zu verhüten, daß aus dieser Sache irgendwelche eindeutigen oder zweideutigen Beschlüsse hervorgehen, die geeignet sind, das bisherige Verfahren usw. zu unseren Ungunsten zu ändern. Immerhin möchte ich warnen, zunächst schon anzudeuten oder zu sagen, daß da ganz furchtbare Sachen herauskommen werden. So heiß wird diese Sache nicht gegessen, wie sie vielleicht ursprünglich gekocht war.

Ich gehe über zu der Voldemaras-Angelegenheit – ich nenne sie zusammenfassend Voldemaras-Angelegenheit –, also zu den litauischen Fällen.<sup>3</sup> Es sind ja 3 Punkte auf der Tagesordnung. Ich spreche bloß von dem eigentlichen litauischen Konflikt. Da gehen auch die wildesten Gerüchte, es würde zu einem kolossalen Kampf oder Krach kommen. Es ist auch viel orakelt worden, wie man sich Voldemaras gegenüber hier stellt, daß er vollständig unten durch wäre und eins auf den Kopf kriegen werde. Ich glaube, das ist vorläufig auch etwas übertrieben. Die Sache ist doch die, daß der Rat im Dezember eine Empfehlung gegeben hatte, die Leute sollten miteinander verhandeln, um, wenn auch nicht gerade zu normalen, so doch zu Beziehungen zu gelangen, die ein freundschaftliches Verhältnis zueinander gewährleisten. Die Verhandlungen haben daraufhin auch angefangen. Sie haben sich ziemlich lange hingezogen, sind aber nicht fertig geworden, sind abgebrochen oder unterbrochen worden, sie gehen weiter. Welche Rolle beide Parteien dabei spielen, darüber Werturteile abzugeben, ist eigentlich nicht unsere Sache. Ich kann mir nach dem, was ich bisher weiß – ich bin ja kein Prophet –, vorläufig auch nicht denken, daß diese Sache durch die weitere Verhandlung vor dem Rat zu einer ungeheuerlichen Sensation werden sollte. Unseren Standpunkt in der Frage kennen Sie. Uns wäre es auch sehr angenehm, weil doch aus der Ecke allerlei passieren kann, wenn beide Teile das Möglichste täten, um zu einer vernünftigen Verständigung zu gelangen. Auf der anderen Seite haben wir durchaus gewisse Sympathien für den Standpunkt von Voldemaras, der eben gewisse Sachen, auf die er großen Wert legt, nicht geopfert haben will, und wir würden durchaus nicht etwa der Ansicht sein, daß ein solches Arrangement in allen Punkten auf dem Rücken des Herrn Voldemaras zustande käme. Der Mann hat ja auch eine ziemlich schwierige Stellung.

---

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 184.

<sup>3</sup> Gemeint ist der polnisch/litauische Streit. Siehe Dok. 167; 168; 171-173 Außerdem ADAP, Serie B, Bd. IX, S. XVII-XX.

Ich darf ferner vielleicht den ungarisch-rumänischen Optantenstreit<sup>4</sup> erwähnen. Da kann ich wohl, ohne daß man mich wird desavouieren können, sagen, daß keine der beteiligten Parteien die leiseste Ahnung hat, was nun eigentlich zu machen sein möchte. Der Standpunkt ist ungefähr immer wieder der gleiche. Wie es weitergehen wird, weiß zur Stunde noch kein Mensch. Auch nicht, ob es etwa wieder zu einem homerischen Redegefecht kommen wird. Immerhin glaube ich nicht, daß die Sache zu irgendeinem sensationellen Ausgang führen wird. In der Beziehung kann ich nach meinen Feststellungen eben auch nur konstatieren, daß vorläufig kein Mensch weiß, wie eigentlich diese Sache, die doch in allen Ecken bis in die tiefsten Winkel besprochen worden ist, weiter werden soll.

Ich habe natürlich von mir aus und weil ich Herrn Stresemann vertrete, allenthalben politische Gespräche gehabt,<sup>5</sup> die größtenteils auf Anregung der Anderen stattgefunden haben, aber auch auf meine Anregung hin. Das ist hier, wie Sie wissen, meine Pflicht. Aber ich muß leider auch wieder sagen, diese Unterredungen waren keineswegs sensationell, abgesehen vielleicht von derjenigen mit Voldemaras, der die Gelegenheit benutzte, alle möglichen Punkte zu besprechen. Ich habe mich mit den anderen Herren nur über Ratsfragen besprochen, denn im Moment kommt die ganze hohe Politik gerade hier, vielleicht hinter der Kulisse, nicht sehr zu Worte. Zusammenfassend möchte ich meinem Bedauern Ausdruck geben, daß es hier so langweilig ist. Ich würde gern etwas tun, um sie aufzustöbern, aber ich glaube, ich unterlasse es lieber. Ob noch irgendetwas Sensationelleres sich ereignen wird, kann ich noch nicht wissen. Vorläufig sieht es nicht so aus.

Ein Pressevertreter beklagt, daß auf der Tagesordnung bei den oberschlesischen Punkten immer die unschönen polnischen Namen genannt werden, und fragt, ob nicht von der Deutschen Delegation die deutschen Ortsnamen bekannt gegeben werden können.

Ein anderer Pressevertreter verweist darauf, daß die Erklärung von Politis in der heutigen Vormittagssitzung<sup>6</sup> ein gewisses Aufsehen erregt habe, und bittet um Auskunft, wie man deutscherseits dazu stehe und ob man beabsichtige, dazu Stellung zu nehmen.

Staatssekretär Dr. v. Schubert: Dazu möchte ich Folgendes sagen, was ich aber nicht als Erklärung aufzufassen bitte. Der Tatbestand ist folgender: der Albaner hat seine Sache als Partei vorgetragen, darauf hat Politis als Partei geantwortet und darauf wieder, wie das immer ist, die andere Partei repliziert. Darauf ist dieser Teil von uns abgeschlossen worden. Man hat einen Berichterstatter ernannt, die Sache wird geprüft und kommt dann zur allgemeinen Diskussion, die heute noch nicht stattgefunden hat, wieder an den Rat zurück. Daraus geht hervor, daß es nicht an dem Verfahren lag, daß heute kein anderer das Wort ergriffen hat. Was nun die Äußerungen des Herrn Politis anlangt über die Minderheitensache, so darf sie nicht so angesehen werden – ich bitte sich zu erinnern an die zweistündige Rede von Titulescu, wo auch Seitensprünge nach allen politischen Richtungen stattgefunden ha-

<sup>4</sup> Siehe dazu Schultheß', Bd. 69 (1928), S. 449.

<sup>5</sup> Vgl. dazu ADAP, Serie B, Bd. IX, S. XLIX. – Stresemann befand sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit auf Kur.

<sup>6</sup> Société des Nations, Journal Officiel, Jg. IX, 1928, S. 868-77.

ben –, als ob ihr programmatische Bedeutung beikomme. Politis ist ja nicht Ratsmitglied. Es war das ein Teil des Plaidoyers, aber keine Äußerung von programmatischer Bedeutung, zu der der Rat Stellung zu nehmen hätte. Sie können versichert sein – wie die Sache weitergeht, weiß ich auch noch nicht –, daß wir nichts zulassen werden, was etwa dem politischen [Politischen?] Standpunkt in der Minderheitenfrage irgendwie Recht gäbe. Was ferner die Ernennung Zaleskis<sup>7</sup> anlangt, so möchte ich für die Pressebehandlung sagen, an sich ist Zaleski ein sehr verständiger integerer Mann, aber andererseits ist er natürlich Vertreter einer stark interessierten Macht, und ich gestehe, daß ich baß erstaunt war, daß ausgerechnet er ernannt wurde. Ich hatte vorher keine blasse Ahnung davon, daß er ernannt werden sollte. Aber es war natürlich unmöglich, daß irgend einer, am allerwenigsten ich, gesagt hätte: Ich protestiere gegen die Ernennung von Zaleski, weil er einer stark interessierten Macht angehört. Immerhin finde ich den Vorgang einigermaßen sonderbar. Übrigens wird ja meist ein Dreierkomitee eingesetzt. Und es scheint, als ob er noch zwei Leute hinzuziehen soll. Aber das weiß ich nicht genau. Immerhin scheint es so zu werden, damit die Sache einen nicht zu ostentativen Anblick erhält.

Ich werde eben darauf aufmerksam gemacht, es ginge hier das Gerücht, daß zwischen den hohen Juristen, von denen wir den ersten<sup>8</sup> hier zu sitzen haben, hinter den Kulissen großmächtige Verhandlungen wegen des Kelloggpaktes stattfänden. Das ist nicht der Fall.

Ein Pressevertreter wünscht zu wissen, ob die Ernennung von Berichterstattern nicht im Einvernehmen mit den einzelnen Delegationen erfolge, oder wer das entscheide.

Staatssekretär Dr. v. Schubert: Das weiß ich offen gestanden nicht. Die Übung ist hier so, daß der Ratspräsident im Benehmen mit dem Sekretariat sich die Leute aussucht. Sie haben heute erlebt, wie unglücklich und traurig Beelaerts war, daß er Mitglied wurde.<sup>9</sup> Das ist ein gutes Beispiel dafür, daß manchmal sogar die Betroffenen vorher nichts davon wissen. Er hat gesagt, er möchte nicht, worauf einfach kategorisch der Präsident erklärte: Hiermit wird entschieden, Du bist es.

Derselbe Pressevertreter sagt: Das Haus hier kennen wir einigermaßen, aber wer ist der deus ex machina? Ist das das Generalsekretariat oder ein Untergeneralsekretariat oder sonst ein einflußreicher Beamter, der das arrangiert?

[Vortragender] Legationsrat von Weizsäcker: In erster Linie berät der Generalsekretär den Präsidenten.

Staatssekretär Dr. v. Schubert: Ich möchte glauben, in den meisten Fällen wird es wirklich ganz vernünftig gemacht. Es werden, wie Sie sehen, hauptsächlich die

<sup>7</sup> Zaleski war zum Berichterstatter in der Streitfrage der griechisch/albanischen Minderheiten ernannt worden. Zur informellen Beschwerde über diese Ernennung bei Drummond Aufz. Schuberts vom 8. Juni 1928, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 154f., dort auch – Anm. 1 – Tel. Köpkes vom 6. Juni, der Anlaß für Schuberts Schritt (Schubert, 6. Juni: „Ich antwortete Köpke [ebd.] in einem außerordentlich munteren Telegramm [...]“.-Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33 zu PA, St.S. Vöttag, Bd. 9 (PA, R 29418).

<sup>8</sup> Gemeint ist Gaus.

<sup>9</sup> Société des Nations, Journal Officiel, Jg. IX, 1928, S. 866. Zum Verfahren Scheuermann, Minderheitenschutz.

kleineren Mächte mit herangezogen, damit die auch etwas arbeiten. Wir haben seit längerer Zeit als Großmacht z.B. die wichtigsten Wirtschaftsfragen. Ich weiß nicht mehr, wie das damals war. Aber ich glaube, daß man von allgemeinen Erwägungen ausgeht und manchmal die Personen vom Generalsekretariat danach ausgesucht werden, ob sie wohl auch genug Zeit haben. Ich glaube nicht, daß da Bosheit oder besondere Schiebung im allgemeinen stattfinden. Aber in diesem Falle war ich wirklich baß erstaunt und bin beinahe auf den Rücken gefallen. Ich sage ganz ehrlich, ich habe vorher nichts davon gewußt. Ich habe gestern noch jemand im Völkerbund gefragt, wie sich der albanische Film abspielen würde, wer da Regisseur wäre.

Ein anderer Pressevertreter wüßte gern, was Paul-Boncour<sup>10</sup> gesagt hat.

Staatssekretär Dr. v. Schubert: Schade, daß Sie nicht dabei waren. Wir haben z.B. auch über Herrn Stresemanns Gesundheit gesprochen. Und alle möglichen Sachen, auch über Fragen der Tagesordnung. Aber es würde Sie gewiß sehr gelangweilt haben, wenn Sie dieser Unterhaltung beigewohnt hätten, denn es war eine rein technische Unterhaltung, wie ich sie gestern auch mit Herrn Chamberlain<sup>11</sup> und noch einigen anderen Herren gehabt habe.

## 186

### Pressekonferenz der deutschen Völkerbundsdelegation Genf, 9. Juni 1928

*Protokoll-Vervielfältigung. PA, R 29418, mschr. Vermerke: „abends 6 Uhr“ und „(Deutsche Presse.)“.*

Staatssekretär v. Schubert: Meine Herren, ich möchte zunächst darauf eingehen, daß es in der Presse verschiedentlich Verwunderung erregt hat, daß niemand auf die Ausführungen von Politis einzugehen für notwendig gehalten habe. Ich habe schon neulich auseinandergesetzt, warum ich das, soweit wir in Frage kamen, nicht für zweckmäßig hielt.<sup>1</sup> Als nun heute der Bericht des Herrn Zaleski zur Erörterung stand, war die Gelegenheit gegeben, das, was angeblich versäumt worden ist, nachzuholen. Ich habe mich aber in meinen Darlegungen darauf beschränkt, auf denjenigen Teil des Plaidoyers von Herrn Politis zu antworten, in dem er einen Ausflug in das allgemeine Gebiet [des Minderheitenschutzes] unternommen hat.<sup>2</sup> Darauf hat er nicht geantwortet, wohl auch deswegen, weil nichts darauf zu antworten war. Vertraulich kann ich mitteilen, daß mir einige Diplomaten gesagt haben, sie hätten das begrüßt, denn diese zuweit gehenden Folgerungen, die Politis

<sup>10</sup> Siehe Dok. 184.

<sup>11</sup> Ebd. Anm. 3.

<sup>1</sup> Dok. 185.

<sup>2</sup> Aufz. Schuberts, 9. Juni 1928, PA, R 29418.



aus der Sache gezogen habe, wären ganz falsch gewesen. Übrigens glaube ich nicht, daß er seine Bemerkungen direkt gegen uns gemünzt hat. Offenbar hatte er sich in eine furchtbare Rage hineingeredet. Trotzdem war es gut, daß sie nicht unwidersprochen blieben.

Dann möchte ich die litauische Angelegenheit<sup>3</sup> kurz erwähnen. Es wirkte in der Tat etwas komisch, nachdem es den Litauern von ihrem Standpunkt aus gelungen war, zugezogen zu werden, daß sowohl der hohe Herr Voldemaras wie der Gesandte Sidzikauskas einfach weggefahren sind. Sie haben den kleinen Vorstoß des rumänischen Vertreters miterlebt. Ich hielt es für richtig, dem entgegenzutreten und zu sagen, es wäre eine Rohheit, die Sache ohne die Leute zu machen. So wurde die Vertagung beschlossen.

Eine andere kleine Bemerkung. Sie erinnern sich, daß bezüglich des Königs- hütter-Falls<sup>4</sup> Herr Zaleski sagte, er könne die Rechtsauffassung nicht anerkennen, außerdem wäre es schade, daß der Rat sich mit so kleinen Dingen beschäftigen müsse. Demgegenüber habe ich unseren prinzipiellen Standpunkt aufrechterhalten, im übrigen mich seinem Bedauern angeschlossen, aber hinzugefügt, ich hoffe dringend, daß in Zukunft kein Anlaß mehr sein würde, daß solche Petitionen an den Rat gelangen müssen. Das war nicht etwa als süße Hoffnung, sondern als Ironie gemeint, die am Ratstisch, wie ich an dem traurigen Gesicht des Herrn Zaleski und an den lächelnden Mienen einiger anderer Mitglieder erkennen konnte, auch als solche verstanden wurde.

Endlich lag der Bericht des Comité Consultatif<sup>5</sup> vor. Das ist ja nun keine politische Angelegenheit und interessiert vielleicht deshalb nicht so stark. Indessen halte ich die Konklusionen dieses Berichts, die Feststellung der Arbeiten und des Antriebs, der gegeben worden ist, darin fortzufahren, für äußerst wichtig, wie ich überhaupt das Problem der internationalen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet für eines der größten politischen Probleme halte, die es gibt. Wenn wir uns in der bisherigen Art des wirtschaftlichen Ausgleichs wie wir sie bei den Handelsverträgen erleben, weiter amüsieren, dann fürchte ich, daß wir einmal eine recht große Katastrophe erleben können. Neue Wege müssen gesucht und können nur gefunden werden u.a. in den Linien, die das Comité Consultatif angibt. Nun wurde von Italien eine Änderung vorgeschlagen, die eine starke Abschwächung bedeutet hätte, wenn sie durchgegangen wäre, indem z.B. die Verhandlungen über Kohle und Zucker, die im Mai eine große Rolle gespielt haben, nicht erwähnt worden wären. Ich habe das auf Grund von Verhandlungen mit anderen Ratsmitgliedern etwas abgeschwächt, sodaß es doch drin geblieben ist, weil ich der Meinung war, das gerade auch auf praktischen Gebieten, namentlich auf dem Gebiet der Kohle, etwas geschehen muß, und weil ich persönlich große Hoffnungen habe, daß die Sache weitergehen wird. Die Sache ist mit einigen Änderungen dann auch in Ordnung gekommen.

Ehe ich mit wenigen Worten auf die Gesamttagung eingehe, möchte ich auch einmal ein wenig schimpfen, zumal es so heiß ist. Ich fühle mich ja sonst ganz ge-

---

<sup>3</sup> Société des Nations, Journal Officiel, Jg. IX, 1928, S. 883-88, 893-97, 940f.

<sup>4</sup> Ebd., S. 946-49.

<sup>5</sup> Comité consultatif économique; ebd., S. 951-56, 958-61.

ehrt, wenn man angegriffen wird. Aber die Äußerungen, die in einem Teil der Presse heute morgen oder gestern abend gestanden haben über die gestrige Optantensitzung,<sup>6</sup> haben mich diesmal furchtbar geärgert. Sie können sich, weiß Gott, denken, daß man sich solche Sachen überlegt. Ich erkläre klipp und klar: Ich hätte es für vollkommen falsch gehalten, gestern etwas zu sagen. Einmal war ich über die Ansichten der Ungarn, trotzdem ich sie jeden Tag gesehen habe, nicht unterrichtet, sie hatten mir gegenüber keine Wünsche geäußert. Außerdem stand doch die Sache so, daß vorgeschlagen wurde, beide Nationen [Ungarn und Rumänien] sollten miteinander verhandeln. Dagegen hat sich schließlich auch Ungarn nicht gesträubt. Hätte ich nun dazwischen gefunkt, zumal man nicht wissen kann, was alles hinter den Kulissen geschwebt hat, und gesagt: Alles Quatsch, hier wird nicht verhandelt, hoch Schiedsgericht, hier wird gefälligst ein Richter ernannt, ich glaube nicht, daß ich selbst Ungarn damit einen großen Gefallen erwiesen hätte. Andererseits eine reine Wald- und Wiesenrede ohne Sinn und Verstand zu halten, wäre töricht gewesen. Dazu ist vor allen Dingen der Vertreter einer großen Macht nicht da. Bedenken Sie auch, was hier zu Protokoll gegeben wird, das besteht. Wie oft haben wir nicht sogar bei an sich unbedeutenden Reden auf das Protokoll zurückgegriffen.

Schließlich hat der ausgezeichnete Präsident, um die Sache zu Ende zu bringen, gesagt: Damit ist die Sache nun erledigt. Das ist nun wieder so ausgelegt worden, als wäre die Sache für immer clos und würde nie wieder an den Rat kommen. Davon ist selbstverständlich keine Rede. Übrigens hat das auch der ungarische Vertreter in einem Brief an den Ratspräsidenten geschrieben, worin er zum Ausdruck bringt, es sei durchaus richtig, wenn aus den Verhandlungen nichts herauskomme, daß sich Ungarn und Rumänien wieder an den Rat wenden könnten. Diese Ansicht hat auch in den Ratskreisen bestanden. Es war jedenfalls für uns vollkommen unmöglich, unseren Standpunkt bezüglich der Ernennung der Richter zu unterstreichen, und wir haben das bei dieser Bandwurmgeschichte ja oft genug getan, sodaß jeder weiß, wie die Sache steht. Wie gesagt, ich habe mich etwas geärgert, und ich kann Ihnen erklären, ich würde, wenn ich noch einmal an dem Tisch säße, bei einer derartigen Situation ganz gewiß nicht das Wort ergreifen.

Nun darf ich wohl zu der Gesamttagung übergehen. Wir haben neulich schon über die wichtigen Fragen, die verhandelt worden sind, gesprochen. Große politische Dinge hinter den Kulissen sind, glaube ich, nicht vor sich gegangen.<sup>7</sup> Zusammenfassend darf ich erklären, daß ich von meinem politisch-technischen Standpunkt aus mit dem Resultat dieser Tagung eigentlich ganz zufrieden bin.

Ein Journalist: verweist darauf, daß Meldungen zufolge sowohl Chamberlain wie Paul-Boncour darauf aufmerksam gemacht hätten, es sei zwischen beiden über die Frage der Abrüstung gesprochen worden. Vorbereitet sei das bereits in Paris. Es würde interessieren, zu erfahren, ob auf der Reise zwischen Briand und Chamberlain irgend etwas vereinbart wurde und ob die Verhandlungen mit Paul-Boncour in Genf fortgesetzt worden seien, insbesondere, ob Frankreich auf dem Gebiet der Seerüstung Konzessionen gemacht habe und England auf dem Gebiet der Landrüstung.

<sup>6</sup> Ebd., S. 919-40.

<sup>7</sup> Aufz. Weizsäckers vom 23. Juni 1928 über die Völkerbundsratstagung, PA, R 29381.

Staatssekretär Dr. v. Schubert: Ich war nicht dabei, glaube aber Anlaß zu haben zu der Annahme, daß über diese Sache nicht verhandelt, sondern gesprochen worden ist. Bezüglich dieser Besprechungen, von denen ich auch weiß – ich bin ja ein Mann von der alten Schule und weiß eine ganze Menge darüber – kann ich Ihnen sagen, daß es noch nicht soweit ist, daß diese Probleme richtig verhandelt worden sind. Soweit ist es leider noch nicht, daß bezüglich dieser schwierigen Probleme etwa beinahe Papiere ausgetauscht worden sind. Das Problem Amerika-England bezüglich der Seerüstungen ist wirklich äußerst schwierig und spielt natürlich auch in den Verhandlungen zwischen Frankreich und England mit. Es wäre deshalb auch nicht richtig, wollte man sagen, zwischen den beiden hätten hier großmächtige Verhandlungen stattgefunden.<sup>8</sup>

Ein Pressevertreter: gibt zu bedenken, ob in dem Bericht des Herrn Zaleski, der doch einen Einzelfall betraf, wirklich eine prinzipielle Stellungnahme zur Frage des Minderheitenrechts und des Art. 11 [Vbd.-Satzung] notwendig gewesen wäre.

Min. Dir. Dr. Gaus: Wie hätte dieser Fall anders entschieden werden sollen? Bei der litauischen Angelegenheit<sup>9</sup> war es doch ebenso. Es mußte entschieden werden, ob die albanische Sache unter Art. 11 anzubringen war oder nicht. Vorher mußte also eine Diskussion über die Minderheitenfrage stattgefunden haben. Ich finde die Lösung, die man gewählt hat, nicht ungünstig. Haben wir denn wirklich ein Interesse daran, Art. 11 so zu entwerfen, daß in jeder noch so unbedeutenden Sache seine Anwendung möglich wird? Es ist längst festgelegt, daß z.B. in einem Streit zwischen Österreich und Italien Österreich als Nicht-Ratsmacht sich mit seiner Beschwerde nicht unmittelbar an den Rat wenden könnte. Denselben Vorgang haben Sie bei dem Polnisch-Litauischen Fall erlebt. Litauen hatte seine Beschwerde zunächst auch als Minderheitensache vorgebracht und den Art. 11 angerufen. In jener berühmten Nachtsitzung<sup>10</sup> haben Zaleski und Voldemaras erklärt, sie seien einverstanden, daß diese Frage der litauischen Minderheiten in Wilna und Brodno à pas im Minderheitenverfahren behandelt werde. Daraus ergab sich die üble Folge, daß Voldemaras eigentlich nicht hätte am Ratsische Platz nehmen dürfen. Erst durch gewisse juristische Kunststücke ist ein Votum erzielt worden, daß er in diesem besonderen Falle doch mit am Tische sitzen durfte. Ich glaube, daß das im allgemeinen nicht zu beanstanden ist. Für uns besteht kein besonderes Interesse, das anders zu machen.

Auf die Bemerkung des Pressevertreters, daß demnach Art. 11 für schwere Fälle immer offenbleibe, erwidert

<sup>8</sup> In einem Gespräch mit Paul-Boncour am 7. Juni 1928 kritisierte Schubert den schlep-penden Gang der Abrüstungsverhandlungen: „Ich entgegnete, dann könne aber eine sehr unangenehme Situation eintreten. Unter Umständen, werde Herr Stresemann gezwungen werden, in der Septembertagung eine sehr deutliche Sprache in der Abrüstungsangelegenheit zu führen. Hierdurch könne unter Umständen eine sehr unbequeme Verschärfung der allgemeinen politischen Situation eintreten. Deshalb müsse meiner Ansicht nach vor der Septembertagung des Völkerbundes irgend etwas in der Abrüstungsfrage geschehen.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 147; ähnlich am 8. Juni gegenüber Chamberlain, ebd., S. 151f.

<sup>9</sup> Dazu Dok. 167, 168, 171-173. Außerdem ADAP, Serie B, Bd. IX, S. XVII-XX.

<sup>10</sup> Völkerbundsrat am 10. Dezember 1927; ADAP, Serie B, Bd. VII, S. 479 Anm. 4 u. S. 484.

Min. Dir. Dr. Gaus: Das steht ausdrücklich drin. In Bagatellfällen wird man ihn ohnehin nicht anrufen. Wir haben kein Interesse, Art. 11 durch alle möglichen Interessen entwerten zu lassen, wie es hier wiederholt versucht worden ist. Es ist doch sehr angenehm, daß man derartige Versuche abbiegen kann. Sie werden sich erinnern, daß Chamberlain das heute nochmals zu sagen für notwendig hielt, damit nicht auf die Dauer Beunruhigung entstehen kann. Für die ständigen Ratsmitglieder steht die Möglichkeit immer offen.

Staatssekretär Dr. v. Schubert: Vertraulich kann ich sagen, in der „Suisse“ von heute abend steht auf der zweiten Seite ein kleiner Artikel, in dem zu lesen ist, ich hätte Abänderungsvorschläge zu diesem Bericht gemacht, die mit Donnergepolter abgeschmettert worden wären. Das ist absolut unwahr. Wahr ist das Gegenteil.

Min. Dir. Dr. Gaus: Der erste Teil ist wahr, der zweite Teil, daß sie abgelehnt worden seien, ist unwahr.

Staatssekr. Dr. v. Schubert: Ich bitte davon Kenntnis zu nehmen, damit Sie wissen, was der Wahrheit entspricht. Ich habe in zwei wesentlichen Punkten Abänderungsvorschläge gemacht, die sofort angenommen wurden.

Ein Pressevertreter bemerkt: Wenn man Art. 11 nicht um jede Kleinigkeit heranziehen will, wäre es nicht angebracht, darauf hinzuarbeiten, daß das Minderheitenverfahren einmal reformiert würde? Da ist z.B. vor einem Jahr eine Klage eingereicht worden. Über die Entscheidung in diesem Fall ist seither nie etwas verlautet.

Min. Dir. Dr. Gaus: Was das Minderheitenverfahren anlangt, so ist 1925 eine Bestimmung hineingebracht worden, daß im Dreierkomitee keine Länder sitzen dürfen, die dem Staat, der die Minderheit hat, benachbart sind oder die Nationalität dieser Minderheit darstellen. Diese Bestimmung hat tatsächlich etwas Unangenehmes. Den Fall, von dem Sie sprechen, kenne ich nicht. Für uns kann aber jedenfalls daraus nichts Schlimmes resultieren. Wenn ein Dreierkomitee Sachen in den Papierkorb wandern läßt, dann ist doch Berlin nicht so weit von diesen Gegenden entfernt, daß man die Berliner Regierung nicht irgendwie verständigen könnte. Ich glaube doch, daß wir ungefähr Bescheid wissen, was von den Minderheiten gemacht wird. Wenn es nicht geschieht, dann ist das die Schuld dieser Minderheiten. Wenn sie uns benachrichtigen, haben wir es stets in der Hand, uns zu überlegen, ob wir die Sache als Ratsmacht anbringen wollen oder nicht. Darüber ist kein Zweifel, daß das Dreierkomitee niemals eine endgültige Entscheidung fällen kann.

Auf die Bemerkung eines anderen Pressevertreters, daß doch wohl jeder Ratsmacht mitgeteilt werde, was eingehe, erwidert

Min. Dir. Dr. Gaus: Gewiß. – Ein typisches Beispiel war die Beschwerde der Memelländer, die zunächst keine Wirkung hatte. Da haben wir als Ratsmacht uns der Sache angenommen, und sofort erschien sie auf der Tagesordnung und mußte verhandelt werden. Von einem Dreierkomitee ist dann nicht mehr die Rede, wenn eine Ratsmacht für eine Sache eintritt. An sich ist es, abgesehen von dieser etwas üblen Bestimmung von 1925, durchaus plausibel, wenn eine Sache hier unter den Titel Minderheitenfrage einläuft, daß sich nicht 14 Außenminister damit beschäftigen können und werden. Das würde die Stimmung im Rat durchaus verderben. Es geht an die äußerste Grenze dessen, was man überhaupt als denkbar bezeichnen kann, wenn der Völkerbundsrat sich mit einzelnen Sachen beschäftigen müßte, in denen er praktisch doch nichts tun kann, weil er nicht weiß, wieviel Lehrkräfte,

wieviel Schulzimmer vorhanden sein müßten. Das eingeschlagene Verfahren ist also meiner Meinung nach durchaus nicht unberechtigt.

Derselbe Pressevertreter will das in dem Sinne gemeint haben, daß die Minderheitensektion etwas offener arbeite, damit man wisse, was vorgehe, zumal wir doch in allen Sektionen deutsche Beamte hätten.

Vortr. Leg. Rat v. Weizsäcker: Sie denken wohl an die Minderheitenkommission, die immer in der Luft schwebt, die auch von der Liga für Völkerbund behandelt wird und jedenfalls im Juni behandelt werden soll. Diese Sache ist aber noch nicht reif.

[...]¹¹

187

**Brief von Schuberts an Reichsminister Stresemann, Bühlerhöhe  
Berlin, 30. Juni 1928**

*Durchschrift. PA, Nl. Stresemann, Politische Akten, Bd. 294.*

Hochverehrter Herr Reichsminister!

Für Ihren Brief vom 26. d.M.<sup>1</sup> erlaube ich mir, Ihnen meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Ich freue mich, aus Ihrem Brief zu ersehen, daß es Ihnen besser geht und wünsche von ganzem Herzen, daß diese Besserung auch weiterhin starke Fortschritte machen wird.

Hier war in der letzten Woche der sogenannte Teufel los. Ich möchte mir erlauben, Ihnen ohne logische Reihenfolge einiges zu berichten.

1) Die Kellogg-Pakt-Angelegenheit ist insofern in ein neues Stadium eingetreten, als der französische Botschafter mir laut beifolgender Aufzeichnung heute eine Anregung der französischen Regierung überbracht hat.<sup>2</sup> Wie Sie daraus ersehen wollen, versuchen es die Franzosen nun auf diesem Wege, ihr Ziel zu erreichen, nachdem ihnen eine Änderung des Paktes nicht geglückt ist. Ich muß sagen, daß mir die Sache allmählich zu dumm wird. Ich hoffe nur, daß die Amerikaner fest bleiben. Übrigens sind auch von den Gebrüdern Hurst und Fromageot von Genf aus

---

<sup>11</sup> Ritter über Verhandlungen Bulgariens mit der Disconto-Gesellschaft; dazu Aufz. Schuberts vom 25. Juni 1928, ebd., Bd. IX, S. 226-30.

---

<sup>1</sup> PA, R 29338.

<sup>2</sup> Die Anlagen fehlen hier. – Margerie teilte Schubert mit, daß die französische Regierung die Vereinbarkeit des Kellogg-Paktes mit bereits existierenden Verträgen überprüfen lassen wolle. Schubert erwiderte darauf: „Ich sagte ferner, meine persönliche Meinung gehe dahin, daß ich nicht recht einsähe, weshalb ein solches Verfahren nötig sei. Wir seien stets der Ansicht gewesen, daß der neue Pakt durchaus beispielsweise mit den Völkerbundsstatuten und Locarno-Verträgen vereinbar sei.“-Aufz. Schuberts, 30. Juni 1928, PA, R 29074.

Versuche gemacht worden, Herrn Gaus dorthin zu locken.<sup>3</sup> Wir haben diese Versuche unter Hinweis auf die Unabkömmlichkeit des Herrn Gaus abgelehnt. Ich weiß noch nicht recht, wie wir die Sache behandeln werden, glaube aber, es wäre garnicht schlecht, wenn wir einmal hinter den Kulissen auf den Tisch schlägen und uns dieses Dauerspiel verbäten.

2) Ich füge noch fünf Telegramme des Herrn von Hoesch über seine letzte Unterredung mit Herrn Briand bei. Das Telegramm No. 679<sup>4</sup> konnte ich nicht mit der Post schicken, sondern benutze diese erste Gelegenheit zur sicheren Übermittlung. Ich habe dieses Telegramm auch nicht in die Reichskanzlei und nicht in das Büro des Reichspräsidenten gegeben, sondern mich darauf beschränkt, es dem Reichspräsidenten und dem neuen Reichskanzler vorzulesen.

3) Die von Ihnen erwähnten Glückwünsche sind erledigt; Ich lege die seinerzeit abgegangenen Telegramme bei.

4) Mit Lindsay, der morgen wegfährt, habe ich in der gewünschten Weise über die Rheinlandräumung gesprochen.<sup>5</sup>

5) Kürzlich war ich ungefähr eine Stunde beim Reichspräsidenten, der allerlei wissen wollte. Alles ging recht glatt.

6) Das alte Kabinett hielt vorgestern seine Abschiedssitzung und das neue gestern seine Antrittssitzung.<sup>6</sup> Bei letzterer Gelegenheit wurde mir Ihre Bestallungsurkunde für Sie überreicht, die ich mich beizufügen beehre.

7) Den Ihnen zugegangenen Entwurf des außenpolitischen Teils der Regierungserklärung habe ich noch etwas verschärft.<sup>7</sup> Morgen, am heiligen Sonntag, findet leider eine Kabinettsitzung statt, in welcher die ganze Regierungserklärung besprochen und zusammengesetzt werden soll. Nach den vorläufigen Entwürfen der verschiedenen Ministerien wird sie meiner Schätzung nach ungefähr 150 Seiten enthalten. Ich nehme aber an, daß die Sache sich wesentlich kürzen lassen wird.

<sup>3</sup> Siehe dazu Gaus' Aufz. vom 29. Juni 1928, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 250-52. Am 6. und 7. Juli 1928 fanden dann doch geheime Verhandlungen zwischen Gaus, Fromageot und Hurst in Berlin statt. Siehe Dok. 189

<sup>4</sup> Tel. Hoeschs vom 22. Juni 1928 über Briands Standpunkt zur Räumungsfrage, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 204-06. Grundlegende Auseinandersetzung Schubert/Hoesch: Ber. Hoeschs vom 15. Juni, ebd., S. 173-85; Tel. Schuberts vom 30. Juni (ebd., S. 252-54), Hoeschs vom 12. (ebd., S. 327-31), Schuberts vom 21., Hoeschs vom 24. (beide ebd., S. 331 Anm. 6) und 26. Juli (ebd., S. 443-46) in Antwort auf Schuberts Brief vom 24. Juli, Dok. 190.

<sup>5</sup> Aufz. Schuberts vom 29. Juni 1928 (PA, R 29049).

<sup>6</sup> Am 12. Juni 1928 war das Kabinett Marx zurückgetreten und Hermann Müller von Hindenburg mit der Regierungsbildung betraut worden. Am 29. Juni 1928 übernahm die Regierung Müller die Geschäfte. Die Abschiedssitzung hatte am 28. Juni stattgefunden, AR, Kab. Marx III u. IV, Bd. 2, S. 1478. Am 29. Juni tagte dann erstmals das neue Kabinett, AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. 3-10.

<sup>7</sup> Schubert hatte in der Kabinettsitzung vom 29. Juni folgende Stellungnahme abgegeben: „Nach seiner persönlichen Auffassung müßten im außenpolitischen Teil u.a. Räumungs-, Reparationsfrage und wahrscheinlich wohl auch [der] Kellogg-Pakt berührt werden. Über das Verhältnis zu Österreich werde man wohl besser in dem Abschnitt über das Reichsjustizressort in der Regierungserklärung etwas sagen.“-AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. 9. Der Text der endgültigen Regierungserklärung ist gedruckt: Schultheß, Bd. 69 (1928), S. 125-30.

Heute hatte ich auf seinen Wunsch das erste allgemein-politische Gespräch mit dem neuen Reichskanzler, das sehr glatt und befriedigend verlief.

8) An Hoesch, der um unsere Stellungnahme in der Frage eines eventuellen Angebots der Räumung der zweiten Zone gebeten hatte, sandte ich soeben ein Telegramm,<sup>8</sup> von dem ich leider keinen Abdruck zur Hand habe. Dieses Telegramm enthält vorläufig noch keine Instruktion, sondern nur eine Meinungsäußerung, die etwa den Rahmen dessen einnimmt, was ich Ihnen kurz vor der Abreise über diesen Punkt vorzutragen die Ehre hatte.

Mit den nochmaligen aufrichtigsten Wünschen habe ich die Ehre zu sein

gez. Schubert

188

**Aufzeichnung von Schuberts über die Diskussion des Kellogg-Pakts  
im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages (gekürzt)**

**Berlin, 10. Juli 1928**

*Durchschrift. PA, R 29075.*

[...]<sup>1</sup>

Herr Stöcker: Er verlangte vor endgültiger Entscheidung Beratung im Plenum.

Den Kellogg-Pakt bezeichnete er als einen Vorstoß des amerikanischen Imperialismus, der darauf ausgehe, sich eine Schiedsrichterstelle innerhalb Europas an-

---

<sup>8</sup> 30. Juni 1928, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 252-54. Darin hieß es: „Die Stimmung der Bevölkerung Rheinlandes ist derart gefaßt und opferwillig, daß wir durchaus nicht genötigt sind, etwa nur aus Rücksicht auf sie kleinere Konzessionen zu erkaufen. Hiernach könnte ich mir von Räumung zweiter Zone allenfalls noch gewissen Nutzen versprechen, wenn Erfüllung folgender Voraussetzungen sichergestellt ist: 1.) keine für uns ins Gewicht fallende Gegenkonzession, 2.) keine Mehrbelastungen, sondern Erleichterungen für die dritte Zone, 3.) Aktion müßte im Gegensatz zur Absicht Poincarés so aufgezogen werden, daß sie als erster Teil einer größeren Aktion, also als Auftakt für die Räumung des ganzen Gebiets und der Rückgabe des Saargebiets erscheint.“ Schubert betonte: „Unsere starke Position in der Räumungsfrage, die längst reif für Gesamtlösung ist,“ dürfe nicht preisgegeben werden.

---

<sup>1</sup> Schubert ging einleitend auf Entwicklung und Stand der Kellogg-Pakt-Verhandlungen mit einem Seitenblick auf das Sicherheitskomitee ein und erklärte dann: „Was uns anlangt, so kann uns dieser einfache Pakt mit seiner sehr starken, mindestens moralischen Stoßkraft in unseren Interessen doch wohl ein gutes Stück weiterbringen, besonders in der Frage der Abrüstung und der Rheinlandräumung. Endlich, was Amerika selbst anlangt, haben wir jetzt zum ersten Male eine gewisse politische – nur politische – Garantie der Amerikaner für die Handhabung von gewissen Verträgen, die in Europa bestehen. Jedes Mal wenn eine Konflagration kommt und ein Krieg bevorzustehen scheint, wird Amerika mindestens insofern ein Wort mitzureden haben, als es in jedem Fall zu prüfen haben wird, ob ein Verstoß gegen den Kellogg-pakt vorliegt. Ganz allgemein gesprochen ist es zu begrüßen, daß sich Amerika wieder etwas um die Dinge in Europa kümmert und eben im allgemeinen auch bei solchen Konflikten ein Wort mitzureden haben wird.“

zumaßen. Außerdem sei er ein Vorstoß gegen Frankreich und England und den Völkerbund. Die im Kellogg-Pakt vorgesehenen sogenannten Friedenssicherungen ständen lediglich auf dem Papier. Alle Möglichkeiten seien vorbehalten, um zum Kriege zu schreiten. England habe Vorbehalte bezüglich der Monroe-Doktrin eingeführt. Die Behauptung, daß die französischen Bündnisse zurückgewiesen seien, sei nicht richtig. Das gehe schon hervor aus der Hinzuziehung der sämtlichen Bündnisstaaten Frankreichs. Der Kellogg-Pakt habe eine sehr scharfe Tendenz gegen Rußland. Das gehe aus der Rede Kelloggs hervor, vor allen Dingen aber aus der Note der Britischen Regierung.<sup>2</sup> Ferner aus einem Passus der letzten Note Kelloggs.

[...]³

Herr von Rheinbaben:

1. er fragt an, ob der Kellogg-Pakt ohne Locarno undenkbar gewesen wäre,  
2. er beschäftigte sich mit der Frage der Bündnisverträge Frankreichs. Wieweit diese in Betracht kämen usw.,

3. Er machte Ausführungen über das weitere praktische Vorgehen Deutschlands in all' den zur Diskussion stehenden Fragen nämlich Kellogg-Pakt, Sicherheitsvorschläge, Abrüstung. Er erwähnte, daß doch Graf Bernstorff im März gesagt habe, die Deutsche Regierung werde einen Schritt unternehmen.<sup>4</sup> Wie es mit diesem Schritt stehe.

4. Er fragte, ob der Gedanke der Revision in unserer Mitte [Note] vom 27. April<sup>5</sup> verankert sei. Er machte Ausführungen über den Artikel 19 [Vbd.-Satzung].

5. Er stelle auf dem Gebiet der Sicherheitsfrage eine spezielle Anfrage an Herrn Gaus.

Herr Hoetzsch: Er sprach über die Arbeiten des Sicherheitskomitees. Die Deutschnationalen behielten sich ihre Stellungnahme vor. Die Behauptung des Herrn von Simson, wir hätten auf diesem Gebiet 100% erreicht, sei nicht richtig. Der Französischen Regierung sei doch allerlei gelungen. Es seien doch große Gefahren vorhanden. Die Protokoll-Idee<sup>6</sup> scheine doch noch nicht tot zu sein. In der neuesten Kellogg-Note ständen doch in bezug auf Frankreich für uns gefährliche Stellen.

Er ging auf die Haltung Englands ein. Es scheine doch so zu sein, daß Rußland und China dem Pakt nicht beitreten sollten. Es sei unsere Pflicht, den Weg zu Rußland offen zu halten. Dann sprach Hoetzsch über die Abrüstung. Ferner über die Arbeiten des Sicherheitskomitees. Er stellte einige technische Thesen auf. Man müsse die Revisibilität der Verträge vertreten. Es müsse eine Aktivität der deutschen Politik verlangt werden. Es seien Gegensätze vorhanden zwischen England

<sup>2</sup> Rede Kelloggs vom 28. April 1928, britische Note vom 19. Mai 1928, Schultheß', Bd. 69 (1928), S. 496f.; Note Kelloggs vom 23. Juni: Schubert an Stresemann, 24. Juni, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 221-23, u. Tel. an Prittwitz vom 27. Juni, ebd., S. 243-45. – Dazu auch Schuberts Haltung, Dok. 183 Anm. 3.

<sup>3</sup> Eine kurze Zwischenfrage Wallrafs, die sofort von Simson beantwortet wurde.

<sup>4</sup> Tel. Bernstorffs vom 24. März 1928, ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 393f.

<sup>5</sup> Schultheß', Bd. 69 (1928), S. 495f.; Aufz. Köpkes, 27. April 1928, ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 542-45.

<sup>6</sup> Forderung, durch besondere Protokolle die Vereinbarkeit des Kellogg-Paktes mit der Völkerbundssatzung und dem Locarno-Vertrag festzustellen. Siehe Tel. Schuberts nach London, 2. Juli 1928, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 258-60.



und Amerika, zwischen Amerika und Frankreich. Es sei wichtig, daß Deutschland und Amerika sich näherten.

Herr Breitscheid: Er verbreitete sich über die Arbeiten des Sicherheitskomitees.<sup>7</sup> Der Auswärtige Ausschuß müsse noch einmal zusammentreten, bevor die Deutsche Delegation ihre endgültigen Aufträge für Genf erhalte. Er sprach über den Kellogg-Pakt. Äußerte sich zustimmend. Ins Plenum Pakt zu bringen, sei nicht nötig, hierfür sei der Auswärtige Ausschuß da.

Auch ihm schiene es, als ob Rußland und China vom Pakt grundsätzlich ferngehalten werden sollten. Man müsse Rußland den Weg zum Pakt offenhalten. Er rege an, an England die Anfrage zu richten, ob Rußland ferngehalten werden soll.

Der Herr Reichskanzler, welcher übrigens der Sitzung von Anfang bis zu Ende beiwohnte und neben mir saß, antwortete nach Verabredung mit mir zuerst:

Er wies die Absicht des Herrn Stöcker, die Sache ins Plenum zu bringen, zurück. Er antwortete, ich hätte ausgeführt, daß die Entscheidung jetzt zur Debatte stehe.<sup>8</sup> Es komme jetzt darauf an, unsere Stellungnahme zu fixieren. Was die anderen machten (Franzosen, Engländer) gehe uns vorläufig garnichts an, das müßten wir abwarten. Die Protokoll-Idee sei wohl tot. Was die Russen eigentlich wollten, wüßten wir nicht.

Herr Bredt: Er machte einige Ausführungen. Billigte den Kellogg-Pakt.

Herr Wirth: Er führte aus, es sei viel hin und her geredet worden. Der Sinn dieser Sitzung sei doch eben festzustellen, wie unsere Stellung sei.

Was den Beitritt weiterer Mächte anlange, so stellte er die Frage, wie es mit den Staaten stehe, die nicht allgemein anerkannt wären.<sup>9</sup> Wegen Rußland an andere Mächte eine Anfrage zu richten, halte er für falsch.

Herr Dernburg: Er machte einige sehr ruhige und kluge Ausführungen. Stimme dem Kellogg-Pakt zu.

Ich antwortete auf einige Fragen.

Ich erwiderte Rheinbaben: die Frage, ob der Kellogg-Pakt ohne Locarno undenkbar gewesen wäre, sei etwas schwer zu beantworten. Meine Ansicht sei, daß der Locarno-Vertrag die Basis unserer ganzen Politik sei. Ich könnte mir denken, daß der Locarno-Vertrag den Amerikanern einen gewissen Antrieb gegeben hätte.

Ich antwortete Rheinbaben auf seine Anfrage über die Bündnis-Verträge Frankreichs. Ursprünglich hätten sie scheinbar alle ihre Bündnisverträge revidieren [reservieren?] wollen. Dann seien sie auf die Locarno-Verträge mit der Tsche-

---

<sup>7</sup> Siehe Runderl. AA, 14. Juli 1928 über die 3. Tagung des Sicherheitskomitees vom 27. Juni bis 4. Juli, ebd., S. 354-58.

<sup>8</sup> Eingangs hatte Schubert ausgeführt: „Das diplomatische Bild stellt sich nun so dar, daß wir die ganze Angelegenheit als soweit geklärt ansehen können, daß nunmehr die Reichsregierung beschlossen hat, die amerikanische Note im zustimmenden Sinne zu beantworten. Diese Antwort wird sehr kurz ausfallen, da wir ja in unserer Note vom 27. April bereits den amerikanischen Vorschlag angenommen und auch insofern eine gewisse Eile haben, als uns Amerika seit einigen Wochen zur Antwort drängt, indem es mit Recht darauf hinweist, daß wir schon damals die ganze Sache angenommen hätten und es doch etwas merkwürdig erschiene, wenn wir noch länger warten würden. Wir wollen die Antwort dieser Tage erteilen.“

<sup>9</sup> Die USA hatten die Sowjetunion nicht anerkannt.

choslowakei und Polen zurückgeworfen worden. Jetzt werde es wahrscheinlich gelingen, auch diese auszuräumen.

Dann erwiderte ich etwas in bezug auf die Abrüstung. Indem ich hervorhob, daß ich nur für die Vergangenheit sprechen könne, nicht aber für die Zukunft, erzählte ich einiges über meine Besprechungen mit Chamberlain und Paul-Boncour in Genf.<sup>10</sup> Die Anfrage, ob der Revisionsgedanke in unserer Note vom 27. April verankert gewesen sei, bejahte ich.

Auf die letzte Frage des Herrn von Rheinbaben werde Gaus antworten. (Dies geschah dann später nicht mehr.) Wenn der Abgeordnete Hoetzsch gesagt habe, es beständen Gefahren, so könne er versichert sein, daß mir das wohl bekannt sei. Wir hätten kaum je so verwickelte Verhandlungen zu führen gehabt, wie bezüglich des Kellogg-Paktes. Wir hätten die Gefahren, glaubte ich, überwunden. Wir würden sie, hoffte ich, auch in Zukunft überwinden. (Ich sagte dies mit einigem Temperament). Was den Beitritt weiterer Mächte anbelange, so sei die Sache an sich ganz klar. Der Pakt werde zunächst von den namhaft gemachten Hauptmächten unterzeichnet werden, dann stände er auch allen anderen Nationen zur Zeichnung offen. Was Rußland anbelange, so könne ich dem Abgeordneten Stöcker erwidern, daß es richtig sei, daß die englische Note eine Spitze gegen Rußland enthalte. Im übrigen aber habe Rußland bei den Verhandlungen, soweit wenigstens wir beteiligt gewesen seien, keinerlei Rolle gespielt. Auch sei die Russische Regierung nicht an uns herangetreten. Ich erwähnte ein kurzes Gespräch, das ich vor vielen Wochen mit dem russischen Botschafter gehabt hätte. Ich hätte ihn damals gefragt, wie Rußland zu dem Pakt stehe. Herr Krestinski habe erwidert, er wisse nicht Bescheid. Seiner Ansicht nach stehe Rußland aber dem Pakt günstig gegenüber. Das sei alles, was ich über Rußlands Stellung wisse. In der Zwischenzeit hätten uns die Russen nicht wieder auf die Sache angesprochen. Meiner Ansicht nach wäre es im höchsten Grade zu begrüßen, wenn Rußland beitreten würde. Ich wolle nicht als Optimist gelten, wenn ich sagte, ich hielte diese Möglichkeit nicht für ausgeschlossen.<sup>11</sup>

Herr Hoetzsch: Er habe erst nach den Ausführungen des Reichskanzlers verstanden, daß jetzt eine Entscheidung getroffen werden müsse. Die französischen Vorschläge müßten abgelehnt werden. Es genüge nicht, den russischen Punkt mit Aufmerksamkeit zu verfolgen: Man müsse etwas tun. Er halte es für nötig, bei England anzufragen, ob es geneigt sei, Rußland zuzulassen.

Herr Reichskanzler erwiderte nach Verabredung mit mir. Er sagte sehr deutlich, er würde es für ganz falsch halten, wenn jetzt eine Anfrage wegen Rußland an Amerika und England gestellt würde. Ich hätte ja schon genau ausgeführt, wie die diplomatische Sachlage wäre. Jetzt komme es lediglich darauf an, festzustellen, daß wir kurz und bündig die Kellogg-Note beantworten würden.

Ein Zentrumsabgeordneter fragte mich, ob nicht die Schwierigkeit des Beitritts Rußlands darin bestehe, daß die Vereinigten Staaten Rußland nicht anerkannt hätten.

Ich erwiderte, das sei ganz richtig. Wie diese Schwierigkeit überwunden werden könnte, könne ich jetzt auch noch nicht sagen. Der Zentrumsabgeordnete war

<sup>10</sup> Siehe Dok. 184-186.

<sup>11</sup> Vgl. auch Dok. 191.

mit dieser Auskunft zufrieden. Schließlich billigte der Ausschuß, außer den Kommunisten, daß die kurze Antwort an Amerika ergehen solle.<sup>12</sup>

Der Ausschuß beschloß ferner, er müsse noch einmal vor der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes gehört werden, falls etwa die Situation sich durch französisches oder englisches Vorgehen ändern sollte. Blicke es bei der jetzigen Situation, so könne auch ohne den Ausschuß unterzeichnet werden.

[...] <sup>13</sup>

189

**Von Schubert an Reichsminister Stresemann, Bühlerhöhe  
Berlin, 14. Juli 1928**

*Durchschrift. PA, R 29338.*

Streng vertraulich!<sup>1</sup>

Hochverehrter Herr Reichsminister!

Herr Curtius wird heute abend zu Ihnen fahren. Ich benutze die Gelegenheit, um Ihnen auf diesem sicheren Wege Einiges zu senden.

Sie wünschten die Protokolle der Ausschußsitzung zu erhalten. Protokolle gibt es nicht. Ich füge aber eine Aufzeichnung über den Verlauf der Sitzung bei.<sup>2</sup> Ich mußte sie selbst machen, da nur, glaube ich, außer dem Herrn Reichskanzler, ich der Diskussion vom Anfang bis zum Ende gefolgt bin und nur ich infolge meines Tischplatzes die Möglichkeit hatte, mir einige Notizen zu machen. Sehr schön ist die Aufzeichnung nicht. Ich hatte aber, wie Sie verstehen werden, nicht Zeit genug, um sie genauer auszuarbeiten.

Wie ich Ihnen auf diesem sicheren Wege jetzt mitteilen kann, haben sich und zwar am vorvorigen Freitag und am vorigen Sonnabend die drei Juristen nun doch und zwar in ziemlicher Heimlichkeit in Berlin getroffen. Zunächst hatten Hurst und Fromageot krampfhaft versucht, Herrn Gaus nach Genf zu bekommen. Dies konnte abgeschlagen werden. Dann aber regten die beiden Herren an, nach Berlin zu kommen. Hurst kriegte hierfür eine ausdrückliche Instruktion von Chamberlain. Dies konnten wir nicht gut abschlagen. Es bestand aber Einverständnis darüber, daß die Zusammenkunft ganz vertraulich und privatim erfolgen sollte. Sie fand dann statt im Hause von Herrn Gaus. Es setzte ein 16stündiger Kampf ein. Schließlich hat Gaus, meiner Ansicht nach, hundertprozentig gesiegt. Die beiden Herren

---

<sup>12</sup> Unterrichtung Stresemanns am 10. (PA, R 29075) und Überreichung der Note an Schurman am 11. Juli 1928 durch Schubert, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 305-07.

<sup>13</sup> Beschluß weiterer Sitzung über das Sicherheitskomitee.

---

<sup>1</sup> Hschr. eingefügt.

<sup>2</sup> Dok. 188 – Anlagen fehlen hier.

traten schließlich ganz auf unseren Standpunkt.<sup>3</sup> Dieser wurde inoffiziell, aber schriftlich fixiert. Hurst und Fromageot machten sich stark, in London und Paris ihr Möglichstes zu tun, um ihre Regierungen dazu zu bringen, im selben Sinn zu antworten. Natürlich müssen die französische und die englische Antwort länger ausfallen.

Ich habe von der geheimen Juristenbesprechung ganz vertraulich dem Herrn Reichspräsidenten und dem Herrn Reichskanzler Mitteilung gemacht. Der Herr Reichskanzler war mit mir der Ansicht, diese Zusammenkunft sowohl vor dem Kabinett als auch vor dem Ausschuß geheim zu halten. Dies ist geschehen. Weil ich mit dem Bonbon des Gausschen Sieges nicht aufwarten konnte, bin ich natürlich bei meinen Ausführungen vor dem Ausschuß etwas gehandikapt gewesen.

Natürlich ist dann die Juristenkonferenz doch herausgekommen. Ob in Paris oder in London ist nicht ganz klar; um diesen Ruhm streiten sich augenblicklich, wie ich hinter den Kulissen erfuhr, die betreffenden beiden Auswärtigen Ämter. In unserer Presse, die ich nach Verabredung mit den Engländern genau instruieren ließ, ist aber garnichts passiert, auch nicht in der englischen und französischen Presse.

Jedenfalls ist stets zu betonen, daß es sich nicht um eine Juristen-Konferenz gehandelt hat, sondern lediglich um eine private Juristen-Zusammenkunft, die zum Zweck haben sollte, Ansichten auszutauschen.

Ich habe dann am vorigen Mittwoch die Antwortnote Herrn Schurman überreicht.<sup>4</sup> Der Botschafter hat mich beinahe umarmt, er war ganz selig. Eben erhielt ich eine Note von ihm, in der uns der Dank des Herrn Kellogg ausgesprochen wird. Ich füge Abschrift dieser Note bei. Ferner erhielt ich einen Brief von Herrn Schurman, von dem ich ebenfalls Abschrift beifüge. Wie Sie daraus ersehen wollen, ist die Zeichnungsaffaire, soweit Ihre Beteiligung in Frage kommt, in Ordnung.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Die Verhandlungen fanden am 6. und 7. Juli statt. Über das Ergebnis telegraphierte Schubert am 8. Juli 1928 der Washingtoner Botschaft: „Das unerwartet gute Ergebnis der Juristenbesprechung ist wohl im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß Englische Regierung nach letzten Unterhaltungen ihres Botschafters in Washington mit Kellogg die Aussichtslosigkeit ihrer Bemühungen, dem französischen Standpunkt noch über Konzession letzter amerikanischer Note hinaus zum Siege zu verhelfen, erkannt hat und daß unter diesen Umständen auch französische Regierung sich gezwungen sah, sich mit einem einigermäßen plausiblen Ausweg aus der Sackgasse abzufinden. [...] Ich bitte, der amerikanischen Regierung von der Juristenbesprechung nichts zu sagen. Sollte ihr auf anderem Wege etwas davon bekannt werden, so bitte ich darauf hinzuweisen, daß es sich um eine rein private Unterhaltung der drei seit Jahren befreundeten Kollegen handele, die umso natürlicher sei, als Hurst und Fromageot Gaus in Genf nicht angetroffen und deshalb in Berlin aufgesucht hätten. Sie können auch mit gutem Grunde hinzufügen, daß Amerikaner allen Anlaß haben, mit dem Ergebnis zufrieden zu sein, da jetzt weder die Engländer noch die Franzosen noch irgendwelche Schwierigkeiten grundsätzlicher Art machen werden.“-ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 297. Im selben Tel. findet sich der Text der Übereinkunft, ebd., S. 295-97.

<sup>4</sup> Am 11. Juli 1928, Aufz. Schuberts, ebd., S. 305-07.

<sup>5</sup> Am 9. Juli 1928 hatte Schubert die Botschaften in Paris, London, Washington und Rom darüber informiert, daß Stresemann an der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes persönlich teilzunehmen wünsche. Dies sei bei der Festlegung eines Termins zu berücksichtigen, PA, R 29075.

Wie die Sache weitergehen wird, ist noch nicht ganz klar. Ich hoffe sehr, daß sich die Franzosen und Engländer an das fest umrissene Ergebnis der hiesigen Juristenbesprechung halten werden. Natürlich ist nicht ausgeschlossen, daß die Franzosen in ihre Note einige Schweinereien hineinbringen werden. Das kann uns aber meiner Ansicht nach zunächst gleichgültig sein, denn dann haben zunächst die Amerikaner das Wort. Unsere Stellung ist jedenfalls ganz klar zum Ausdruck gebracht worden. Unsere Note ist, glaube ich, gerade im richtigen Moment übergeben worden. Übrigens werde ich wahrscheinlich heute abend klarer sehen, denn der französische Botschafter hat sich bei mir angesagt.<sup>6</sup> Ich vermute, er wird mir Abschrift der französischen Note geben, die demnächst veröffentlicht werden soll. Die Juristen hatten nämlich verabredet, daß wir unsere Noten vor Veröffentlichung austauschen sollen.

Ferner füge ich das lange Telegramm bei, welches Herr von Hoesch gestern über seine Unterhaltung mit Herrn Poincaré<sup>7</sup> übersandte.

Zu diesem Telegramm möchte ich Folgendes bemerken.

Dem Herrn Reichskanzler und mir war seinerzeit ein in der Vossischen Zeitung vom 6. d.M. erschienener Artikel über die Sitzung des französischen Ministerrats aufgefallen und zwar deshalb, weil der Berichterstatter u.a. davon gesprochen hatte, Briand habe in dieser geheimen Sitzung gesagt, es liege vorläufig kein Grund vor, sich mit der Forderung Deutschlands auf bedingungslose Räumung des Rheinlandes zu beschäftigen, solange eine solche Forderung am Quai d'Orsay nicht bekannt sei. Man müsse sich aber darauf gefaßt machen, daß sie nicht lange mehr auf sich warten lassen werde. Sicherlich werde Deutschland im Herbst mit Wiederezusammentritt der Parlamente einen diplomatischen Vorstoß in diesem Sinne unternehmen, um dann einen solchen Antrag auf der September-Tagung des Völkerbundes zu stellen usw.

Da aus den Telegrammen, die bis zu diesem Datum von Herrn von Hoesch vorlagen, nichts über eine derartige Bemerkung Briands hervorging, habe ich im Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler bei Herrn von Hoesch noch einmal angefragt. Der Hauptgrund hierfür lag darin, daß vielleicht zu befürchten ist, daß die Franzosen später sagen werden, sie hätten ja garnichts in der Rheinlandfrage zu tun brauchen, da ja ein Antrag Deutschlands nicht vorliege.

Hierauf antwortete Herr von Hoesch mit dem Telegramm Nr. 746, das ich beifüge.

In dem beiliegenden Telegramm Nr. 755 über seine Unterhaltung mit Herrn Poincaré kommt nun der Satz vor: „Poincaré wollte offenbar zunächst Diskussion dieses Themas vermeiden, indem er bemerkte, Räumungsfrage sei niemals formell anhängig gemacht worden, worauf ich erwiderte, wir hätten formelle Anhängigmachung bisher vermieden, um nicht durch Erwartung Ablehnung Problem nur zu komplizieren und uns auf informelle Erörterung beschränkt, was Poincaré anerkannte.“

<sup>6</sup> Aufz. Schuberts und französische Note vom 14. Juli 1928, PA, R 29076; Analyse von Köpke/Göppert vom 14. (ebd.) und Schubert vom 15. Juli nach Telefonat mit Gaus, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 360-62.

<sup>7</sup> Ebd., S. 327-31. Hierbei handelt es sich um das später im Text erwähnte Tel. Nr. 755; zum Vorgang PA, R 29075f.

Dieser Satz ist nicht vollständig klar und die Sache beunruhigt mich immer noch etwas. Wenn die Franzosen den oben skizzierten Standpunkt einnehmen würden, so wäre das außerordentlich illoyal, denn Sie erinnern sich, daß sowohl Briand als auch Chamberlain sich stets bisher gedrängt und Ihnen gesagt haben, Sie möchten doch die Frage, weil sie nicht reif sei, noch nicht anschneiden.

Zweitens möchte ich zu dem Telegramm des Herrn von Hoesch bemerken, daß ich es recht bedenklich finde, daß er von sich aus die Frage der Möglichkeit einer Räumung der zweiten Zone angeschnitten hat. Soweit ich feststellen konnte, ist, abgesehen von einigen Zeitungsäußerungen, diese Idee bisher lediglich in den Gesprächen berührt worden, welche Herr Breitscheid mit den Herren Briand und Poincaré geführt hat.<sup>8</sup> Herr Briand hat das Wort „zweite Zone“ Herrn von Hoesch gegenüber nie fallen lassen. Wir müssen meiner Ansicht nach in diesem Punkt ganz außerordentlich vorsichtig sein. Ich würde es für vollkommen falsch halten, wenn wir diese Sache in Frankreich ankurbeln würden. Das müssen die Franzosen von sich aus tun. Außerdem ist ja, wie ich Ihnen vortrug<sup>9</sup> – und Sie stimmten ganz mit mir überein – die Räumung der zweiten Zone eventuell ein Danaer-Geschenk. Dies hatte ich ausführlich vor einigen Tagen in einem längeren Telegramm Herrn von Hoesch auseinandergesetzt.<sup>10</sup>

Ich habe nun vor, Herrn von Hoesch auf sein langes Telegramm zu antworten und die beiden genannten Punkte dabei deutlich zur Sprache zu bringen.<sup>11</sup> Es ist unbedingt notwendig, daß wir jetzt ganz sauber arbeiten.

Im übrigen behalte ich mir vor, auf den ganzen Fragenkomplex (zweite Zone, Räumungsfrage, Reparationsfrage, interalliierte Schulden) noch einmal in einer Aufzeichnung zurückzukommen. Ich muß aber erst einmal Zeit haben, hierüber scharf nachzudenken. Hoffentlich gelingt es mir in der nächsten Woche, wenn ich mit den „Aufräumungsarbeiten“ fertig geworden bin.<sup>12</sup> Es ist allerlei liegen geblieben, was erledigt werden muß.

Über den immerhin interessanten Abgang des sehr bedeutenden italienischen Finanzministers Volpi füge ich übrigens einen telegrafischen Bericht des Barons Neurath bei, den ich mir bestellt hatte.

Herr Gaus ist gestern morgen auf Urlaub gefahren. Er hatte ihn außerordentlich notwendig. Ich kann aber, wenn es nötig ist, mit ihm in Verbindung treten.

<sup>8</sup> Zu Breitscheids Gesprächen siehe Schuberts Aufz. vom 23. Juni 1928, ebd., S. 214-18.

<sup>9</sup> Dok. 187 u. Anm. 8 dazu.

<sup>10</sup> Am 30. Juni, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 252-54.

<sup>11</sup> Tel. Schuberts vom 21. Juli 1928, ebd., S. 331 Anm. 6.

<sup>12</sup> Am 24. Juli 1928 übersandte Schubert Stresemann zwei Aufz. zum weiteren außenpolitischen Vorgehen, ebd., S. 412-20. Siehe Dok. 190 Anm. 4.

**Von Schubert an Botschafter von Hoesch (gekürzt)**  
**Berlin, 24. Juli 1928**

*Durchschrift. PA, R 29048.*

Eilt sehr!

Mein lieber Leopold!

In großer Eile zwei Sachen:

1) Die Haltung der hiesigen Presse und der deutschen Öffentlichkeit zum Kellogg-Pakt wird trotz aller Beeinflussung immer bedenklicher. Es ist dies in erster Linie eine Folge der Haltung der französischen Presse. Ich habe Dir ja darüber schon telegraphiert.<sup>1</sup> Die Deutsch-Nationalen nicht nur, sondern auch die Sozialdemokraten, beginnen sich immer stärker gegen den Pakt einzustellen, und zwar mit der Begründung, es sei ja nun klar, daß den Franzosen ihr Ziel gelungen sei. Sie hätten alle Vorbehalte durchgedrückt und dadurch erreicht, daß sie trotz Kellogg-Pakt im Ernstfall ihren sämtlichen Bündnisverpflichtungen nachkommen könnten.<sup>2</sup> Ich weiß kaum mehr, was ich machen soll. Außerdem aber beginnt jetzt die Presse, Kellogg-Pakt mit Rheinlandräumung zu verbinden. Damit komme ich zum zweiten Punkt.

2) Aus den verschiedensten Gründen sind wir gezwungen, jetzt irgend etwas in der Rheinlandräumung zu tun, so unbequem dies auch erscheinen mag. Es kommt hinzu, daß ja Herr Briand Herrn Stresemann zur Zeichnung des Kellogg-Pakts am 27. August nach Paris einladen wird.<sup>3</sup> Niemand würde es verstehen, wenn Herr Stresemann diese Reise unternähme, ohne das vorher das leiseste Wort über die Rheinlandfrage diplomatisch gesprochen worden sei. Ich bin mit Arbeit, und zwar sehr schwierigen Arbeiten, in einem Grade überlastet, den Du Dir kaum vorstellen kannst. Trotzdem habe ich kürzlich mir einige Stunden reserviert und diese Zeit dazu benutzt, um aufgrund des vorliegenden sehr umfangreichen Materials eine kleine Skizze über den Stand der Rheinland- und Reparationsfrage zu entwerfen. Abdruck dieser Skizze sowie einer Aufzeichnung, welche über einen Vortrag beim Herrn Reichskanzler Aufschluß gibt, füge ich bei.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Tel. Schuberts vom 17. (PA, R 29076) und Runderlaß vom 18. Juli 1928, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 386f.

<sup>2</sup> Über französische Bemühungen, den Text des Kellogg-Paktes wegen Beeinträchtigung des Locarno-Paktes, weiterer Verträge und der Demilitarisierung des Rheinlandes zu ändern, siehe u.a. Tel. Schuberts nach Washington, 15. Juni (ebd., S. 166-68), sowie Dok. 187, 189.

<sup>3</sup> Wegen Bedenken Hindenburgs siehe Schuberts Aufz. vom 10. August über die Unterredung mit ihm und Meißner, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 552-56.

<sup>4</sup> Die „Skizze“ vom 20. Juli 1928 bildete für die weitere Politik in der Räumungs- und Reparationsfrage die Basis, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 413-19; Vortrags-Aufz. vom 21. Juli, ebd., S. 419-20. Beide Schriftstücke übersandte Schubert Stresemann am 24. Juli 1928; ebd., S. 412f. Müller habe am 21. Juli erklärt: „Auch er halte es für notwendig, schon vor

[...]<sup>5</sup>

Mit aufrichtigsten Grüßen  
bin ich

191

**Von Schubert an Reichsminister Stresemann, Karlsbad  
Berlin, 1. August 1928**

*Durchschrift. PA, R 29077.*

Hochverehrter Herr Reichsminister!

Leider muß ich Sie schon wieder behelligen. Ich halte es aber für meine Pflicht, Sie in diesem Stadium über zwei mit dem Kellogg-Pakt zusammenhängen-

---

Genf ganz generell die Frage anzuschneiden.“-Ebd., S. 419. Wenige Tage später, am 28. Juli 1928, instruierte Schubert die deutschen Vertretungen in London, Paris, Brüssel und Rom: „Nach der Entwicklung der politischen Gesamtlage ist es unvermeidlich, daß wir im September in Genf oder vielleicht schon bei Gelegenheit der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris in den politischen Unterhaltungen die Räumungsfrage in bestimmterer Form zur Diskussion stellen, als dies bisher geschehen ist. [...] Der Kernpunkt unserer Außenpolitik ist das, was man als Locarnopolitik zu bezeichnen pflegt. Seit der deutschen Initiative im Februar 1925 haben wir unter dieser Politik eine ständig enger werdende Annäherung zwischen Deutschland und den Westmächten verstanden, und zwar eine Annäherung auf der Grundlage, wie sie durch den konkreten Inhalt der Locarnoverträge geschaffen worden ist.[...] Wir würden eine Außenpolitik im Sinne der Locarnopolitik auch dann angestrebt haben, wenn der Versailler Vertrag die Besetzung garnicht vorgesehen hätte. Die Beseitigung der Besetzung ist demnach für uns, wie wir stets betont haben, nicht der Endzweck der Locarnopolitik, sondern nur ein – allerdings notwendiger – Schritt auf dem politischen Wege, der uns vorschwebt. Es muß jetzt in offener Aussprache Klarheit darüber geschaffen werden, ob und inwieweit diese grundsätzliche Auffassung von der Gegenseite geteilt wird.“-Ebd., S. 476f. Siehe dazu auch Schuberts langen Brief an Botschafter Hoesch vom 4. August 1928, in dem er nochmals auf die Frage der Rheinlandräumung Bezug nimmt und sich empört über die französische Betrachtungsweise: „Bilden sich denn die Franzosen im Ernst ein, daß der deutsche Außenminister ganz unabhängig von der Feier des Kellogg-Paktes seine Reise nach Paris unternehmen kann, ohne zum mindesten Besprechungen über das Rheinland für Genf in Aussicht zu nehmen?“-Ebd., S. 519f. Für diese Instruktion – ebenso wie für die juristisch komplizierten Konsequenzen des Kellogg-Pakts – bat Schubert immer wieder Gaus um Rücken- deckung und Formulierungshilfe, auch in dessen Urlaub; siehe u.a. Aufz. Schuberts, 10. Juli, ebd., S. 360-62, Schubert an Gaus, 24. Juli, ebd., S. 423-26, und Gaus an Schubert, ebd., S. 434-39.

<sup>5</sup> Schubert teilte mit, daß er vorhabe, die Aufzeichnungen Stresemann zu senden und um seine Genehmigung nachzusuchen. Abschließend stellte er Hoesch eine Reihe von Fragen zu dessen Beurteilung der Situation. Antwort-Tel. Hoeschs vom 26. Juli, ebd., S. 443-46.



de Fragen zu orientieren, und zwar erstens über die spanische Frage,<sup>1</sup> die etwas verworren liegt, und zweitens und vor allem über die russische Frage, die meiner Ansicht nach in das Gebiet der ganz hohen Politik fällt.

Vorweg möchte ich bemerken, daß ich leider vorgestern und gestern gefechtsunfähig war. Vorgestern morgen bekam ich plötzlich sehr heftige Schmerzen, die ein hinzugerufener Arzt als eine Art Nierenkolik diagnostizierte. Dank seiner Behandlung habe ich bereits vorgestern abend keine Schmerzen mehr gehabt, mußte mich aber gestern ganz ruhig halten. Ich bin heute noch etwas schlapp und mußte zu Hause bleiben. Morgen aber hoffe ich, wenn auch vielleicht nur auf einige Stunden, wieder ins Amt gehen zu können. Ich werde dann auch einen Spezialisten konsultieren, um womöglich Vorsorge dagegen zu treffen, daß ein solcher Unfall sich nicht wiederholt.

Was die russische Frage anlangt, so muß ich einen kurzen historischen Abriß geben. Wie Sie wissen, hatte man sich im Auswärtigen Ausschuß sehr für die Frage einer eventuellen Zuziehung Rußlands zum Kellogg-Pakt interessiert, und zwar sowohl von deutschnationaler Seite als auch von sozialdemokratischer Seite.<sup>2</sup> Meine und des Herrn Reichskanzlers Erwiderung kennen Sie aus dem Ihnen vorliegenden Protokoll. Natürlich haben die Kommunisten sofort haarklein alles nach Moskau berichtet. Der Ausschuß war am 10. Juli; bereits am 11. Juli hatte ich bei einem Besuch des Amerikanischen Botschafters, der sich nach dem Verlauf der Ausschußsitzung erkundigte, eine ganz natürliche Gelegenheit, um von Rußland anzufangen.<sup>3</sup> Der Botschafter konnte mir über die Stellung seiner Regierung keinen Aufschluß geben. Er stimmte mir aber rein prinzipiell zu, als ich den Beitritt Rußlands als im allgemeinen Interesse doch für sehr wünschenswert erklärte. Ich habe am selben Tage dann auch nach Moskau telegraphiert, um Graf Brockdorff-Rantzau über den allgemeinen Stand des Kellogg-Paktes zu orientieren.<sup>4</sup> Das geschah ja fortlaufend und ist auch nötig. Sie erinnern sich, als die Russen seinerzeit immer behaupteten, wir hätten sie über die Locarno-Verhandlungen total im Dunkeln gelassen. Im erwähnten Telegramm referierte ich auch über mein Gespräch mit dem Amerikanischen Botschafter und bat den Grafen Brockdorff-Rantzau, doch einmal vertraulich mit den Russen zu sprechen und sie zu fragen, wie sie eigentlich zum Kellogg-Pakt ständen und ob sie irgendwelche Wünsche hätten. Am 16. Juli besuchte mich Herr Stomoniakow mit Herrn Krestinski.<sup>5</sup> Bei dieser Unterredung kam das Gespräch auch auf den Kellogg-Pakt. Herr Stomoniakow konnte meine Frage, wie die russische Regierung denn wohl zu dem Kellogg-Pakt stehe, nicht beantworten. Herr Stomoniakow sagte, Rußland sei ja von

<sup>1</sup> Bei der spanischen Regierung war der Eindruck entstanden, daß sie zu den Erstunterzeichnern des Kellogg-Paktes zugelassen sei. Schubert war nicht prinzipiell gegen eine Vermehrung der Anzahl der Unterzeichnerstaaten, hielt jedoch zu Beginn einen kleinen Kreis für praktischer. Gegen eine Zulassung Spaniens gleich zu Anfang sprach in seinen Augen besonders die Tatsache, daß dies Rußland brüskieren müsse. Siehe Schuberts Aufz. über seine Gespräche mit Schurman vom 25. Juli und 1. August 1928, ebd., S. 426-31, 495-500.

<sup>2</sup> Siehe Dok. 188.

<sup>3</sup> Schuberts Aufz., ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 305-07.

<sup>4</sup> Ebd., S. 371 Anm. 5.

<sup>5</sup> Schuberts Aufz., ebd., S. 370f.

Amerika nicht eingeladen worden, und Herr Krestinski, mit dem ich ja schon einmal vor sehr vielen Wochen kurz gesprochen hatte, sagte erneut, Rußland sei eben vor ein fait accompli gestellt worden und das sei für eine Großmacht doch sehr unangenehm. Ich erwiderte, Amerika hätte doch Rußland aus dem einfachen Grund nicht einladen können, weil Amerika Rußland nicht anerkannt hätte. Meiner festen Überzeugung nach beruhe die Nichteinladung nicht auf einer Bosheit. Im übrigen erklärte ich, daß ich den Beitritt Rußlands persönlich für sehr wünschenswert halten würde, was die Herren offenbar mit Genugtuung erfüllte. Am 17. Juli erhielt ich ein Telegramm vom Grafen Brockdorff-Rantzau, der inzwischen mit dem Stellvertreter Tschitscherins, Herrn Alexandrowski, gesprochen hatte.<sup>6</sup> Herr Alexandrowski erklärte, er könne über die Haltung der Sowjetregierung nichts aussagen, er werde die zuständige Instanz verständigen und uns dann die Stellung der Sowjetregierung mitteilen. Am 18. Juli meldete mir Herr von Prittwitz aus eigener Initiative, der Englische Geschäftsträger in Washington habe ihm erzählt, in seinen Unterredungen mit Kellogg sei en passant auch die Frage des russischen Beitritts zum Kellogg-Pakt gestreift worden.<sup>7</sup> Kellogg habe geäußert, er werde zwar die Russen nicht auffordern, er habe aber keine Einwendungen gegen einen späteren russischen Beitritt. Am 20. Juli sprach ich erneut mit dem Amerikanischen Botschafter über den Kellogg-Pakt und bei dieser Unterredung wurde die Rußlandfrage erneut besprochen.<sup>8</sup> Ich teilte Herrn Schurman den Inhalt des oben erwähnten Telegrammes aus Washington mit, worauf mir Herr Schurman sagte, er habe über das Gespräch, das wir am 11. Juli gehabt hätten, nach Washington telegraphiert. Er habe eine Antwort erhalten, wonach er mir, wenn auch nur in inoffizieller Form, bestätigen könne, daß Herr Kellogg gegen einen späteren Beitritt Rußlands nichts einzuwenden haben würde. Ich erzählte dann Herrn Schurman aus meinem Gespräch mit Herrn Stomoniakow. Auf meine Bitte bestätigte mir übrigens Herr Schurman, daß meine Bemerkungen zu ihm über Rußland nur ganz persönlich gewesen seien und daß es sich keineswegs um eine deutsche Vermittlerrolle handeln könne, um die uns Niemand gebeten habe. Am 21. Juli suchte mich dann wieder Herr Krestinski auf, um über andere Dinge mit mir zu verhandeln.<sup>9</sup> Am Schluß der Unterredung kam das Gespräch auf den Kellogg-Pakt.<sup>10</sup> Ich sagte Herrn Krestinski, ich hätte aufgrund meiner Gespräche mit dem amerikanischen Botschafter erneut Anlaß zu dem Glauben, daß Amerika gegen einen späteren Beitritt Rußlands nichts einzuwenden haben würde. Krestinski seinerseits, der an diesem Tage recht frech war, sagte mir, trotzdem aber habe doch Amerika Rußland nicht eingeladen, während es doch offenbar wegen der Hinzuziehung der letzten „sogenannten“ Großmacht Spanien in Verhandlungen stehe. Über die Stellungnahme seiner Regierung konnte er mir keinen Aufschluß geben. Am 25. Juli suchte mich der Amerikanische Botschafter zu einer sehr interessanten Unterredung auf. Abschrift über diese Unterredung füge ich bei.<sup>11</sup> Am Tage darauf

<sup>6</sup> Ebd., S. 371 Anm. 5.

<sup>7</sup> Ebd., S. 394 Anm. 6.

<sup>8</sup> Schuberts Aufz., ebd., S. 392-96.

<sup>9</sup> Aufz. Schuberts, ebd., S. 404-06.

<sup>10</sup> Aufz. Schuberts, PA, R 29076.

<sup>11</sup> Siehe Anm. 1. – Anlagen fehlen hier.

erhielt ich ein Telegramm aus Moskau, wonach Herr Karachan, der Stellvertreter Tschitscherins, zwei Fragen an unseren Geschäftsträger gestellt hatte, nämlich erstens, ob es sich darum handele, daß die Sowjetregierung mit den an erster Stelle aufgeführten Mächten den Pakt unterzeichne, oder ob ein späterer Beitritt in Frage komme, und zweitens, ob die dem Pakt später beitretenden Mächte bei der Unterzeichnung Vorbehalte machen könnten. Der Geschäftsträger erwiderte, er werde in Berlin anfragen. Nun kommt das Wichtigste: eine Unterredung zwischen Litwinow und mir, die am 28. Juli stattfand. Eine Aufzeichnung hierüber füge ich bei.<sup>12</sup> Den Schlußstein bildet eine Unterredung, die ich heute mit dem Amerikanischen Botschafter hatte und die auf meine Anregung in meiner Wohnung stattfand. Auch hierüber füge ich eine Aufzeichnung bei.<sup>13</sup>

Dies ist der historische Abriß, bei dem ich alle überflüssigen Einzelheiten weggelassen habe. Der Stand der Angelegenheit geht genau aus den beigefügten Aufzeichnungen hervor.

Ich wäre Ihnen nun sehr dankbar, wenn Sie mir kurz telefonisch mitteilen würden, ob Sie die allgemeine Linie billigen, die ich eingehalten habe. Wie Sie sehen, habe ich es bisher vermieden, den Vermittler im eigentlichen Sinne des Wortes zu spielen.<sup>14</sup> Andererseits habe ich es für richtig gehalten, mit leichter Hand sowohl mit den Russen als auch mit den Amerikanern zu sprechen. Es handelt sich meiner Ansicht nach um eine Angelegenheit von höchstem politischen Grade. Der Pakt ist unvollkommen – diese Ansicht trat beim Auswärtigen Ausschuß ja auch sehr sinnfällig zutage – solange Rußland ihm nicht beitritt.<sup>15</sup> Ich habe den Eindruck, daß die Russen das Gefühl haben, daß sie mitmachen müssen, wenn sie nicht die Gesamteinstellung ihrer Politik verleugnen wollen. Mit den Russen muß man sehr vorsichtig sein, damit sie nicht entweder uns den Vorwurf machen, wir hätten in dieser Sache nicht mit ihnen zusammengearbeitet, oder damit sie nicht plötzlich in dieser Frage uns umgehen und ausschalten. Ich glaube, bisher den richtigen Mittelweg eingehalten zu haben.

<sup>12</sup> ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 462-67.

<sup>13</sup> Siehe Anm. 1.

<sup>14</sup> Mit Schreiben vom 4. August 1928 antwortete Stresemann, daß Deutschland sich darauf beschränken müsse, zwar „von der russischen Anschauung Kenntnis zu nehmen, aber selbst weder Vorschläge für die Regelung zu machen noch uns gewissermaßen als die Bundesgenossen Rußlands in dieser Angelegenheit zu exponieren“. -ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 527. Daraufhin informierte Schubert am 16. August 1928 den sowjetischen Botschafter darüber, daß der Kreis der Erstunterzeichner des Kellogg-Paktes bereits geschlossen sei und die Sowjetunion daher keine Chance mehr habe, dabei zu sein, ebd., S. 574-77.

<sup>15</sup> Gegenüber Schurman äußerte Schubert am 1. August 1928: „Es handele sich bei der Beurteilung der Frage, ob Rußland dem Pakt beitrete oder nicht, keineswegs um eine deutsch-russische Frage, sondern um ein internationales Problem von größter Bedeutung. Meiner Ansicht nach wäre es wünschenswert, im allgemeinen internationalen Interesse, daß Rußland beiträte. Rußland übernehme in diesem Falle die Verpflichtung, sich friedlich zu verhalten. Das sei z.B. auch wichtig für Polen. Es sei andererseits meines Dafürhaltens verkehrt, den Russen gegenüber eine Isolierungspolitik zu betreiben; es liege vielmehr meiner Ansicht nach im allgemeinen internationalen Interesse, Rußland in den Kreis der Bestrebungen der anderen Mächte hineinzuziehen.“ -ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 498. Kelloggs Ablehnung: Aufz. Schuberts vom 2. und Prittwitz' vom 10. August 1928, ebd., S. 500 Anm. 15; Schuberts Rechtfertigung seiner Rolle: Aufz. vom 7. August, ebd., S. 498 Anm. 13.

Auf diese Bemerkungen kann ich mich, glaube ich, heute beschränken. Vorläufig muß ich abwarten, bis ich die Antwort des Herrn Kellogg erhalte.

Was die Spanier anlangt, die sich an uns bisher noch in keiner Weise gewandt haben, so glaube ich, alles getan zu haben, daß sie durch unsere Haltung nicht vergrämt werden. Man muß sich da nach den Vorgängen, die sich bei unserem Eintritt in den Völkerbund abgespielt haben,<sup>16</sup> natürlich sehr vorsehen.

Über die inzwischen erfolgte und an Sie gerichtete offizielle Einladung zur Zeichnung<sup>17</sup> hat Sie Herr Köpke ja gestern bereits telefonisch verständigt. Ich glaube, sehr lange können wir mit der Antwort nicht warten. Auf der anderen Seite kann die Antwort nicht gegeben werden, bevor nicht sichere Aussicht besteht, daß der leidige Zweibrücker Zwischenfall<sup>18</sup> seine Erledigung findet. Daß der Fall restlos in wenigen Tagen erledigt wird, wage ich kaum zu hoffen. Darin liegt eben die Schwierigkeit.

Mit verbindlichsten Empfehlungen und aufrichtigsten Wünschen für eine ständige weitere Besserung<sup>19</sup> bin ich,  
hochverehrter Herr Minister,  
Sch[ubert]

## 192

### **Aufzeichnung von Schuberts: Instruktionen Stresemanns [Baden-Baden], 29. August 1928**

*Original. PA, R 29050.*

Auftrag des Ministers für Genf.<sup>1</sup>

- 1) Ich soll Cushendun sagen, Herr Stresemann würde ihn sehr gerne gesprochen haben, wenn es ihm die Ärzte erlaubt hätten.<sup>2</sup>
- 2) Telegramm an Hoesch wegen seines Urlaubs.
- 3) Das Gespräch mit der Gegenseite stellt sich der Herr Reichsminister folgendermaßen vor.

<sup>16</sup> Vgl. dazu Dok. 143.

<sup>17</sup> Die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes war auf den 27. August 1928 festgesetzt.

<sup>18</sup> Zum Zweibrücker Flaggenzwischenfall siehe u.a. Schuberts Tel. vom 27. Juli 1928, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 455-57.

<sup>19</sup> Stresemann befand sich zu dieser Zeit zu einer Genesungskur in Karlsbad. Aufgrund ihrer langjährigen Zusammenarbeit sandte Schubert Stresemann am 13. August 1928 ein Glückwunschtelegramm zu dessen fünfjährigem Dienstjubiläum im Amte des Außenministers, PA, Nl. Stresemann, Bd. 69.

<sup>1</sup> Stresemann war zur Nachkur in Baden-Baden, wo Schubert von ihm Anweisungen im Hinblick auf die Genfer Tagung des Völkerbundsrates erhielt.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 193 Anm. 2.

a) Es ist nicht unsere Schuld, daß Thoiry nicht zustande gekommen ist.<sup>3</sup>

b) Jetzt können wir nichts anderes anbieten.

c) Er möge sagen, was zu machen ist.

4) Ich soll ihm die Aufzeichnung über sein Gespräch mit Poincaré schicken.<sup>4</sup> Er wird sie dann durchkorrigieren. (Herr Redlhammer sollte Herrn von Maltzan sagen, daß ich dann diese korrigierte Aufzeichnung via durchreisenden Reichskanzler nach Genf bekomme.)

5) Mit Kaas soll ich darüber sprechen, daß es sehr unbequem war, daß Marx während der Anwesenheit von Stresemann in Paris in Wien über den Anschluß gesprochen hat.<sup>5</sup>

6) Mit Rheinbaben soll ich darüber sprechen, daß er kürzlich einen politischen Artikel geschrieben hat, in welchem er überflüssigerweise über den Anschluß sprach.

7) Für die Pressebehandlung: Über das Gespräch Stresemann-Poincaré nur Folgendes:

Die beiden Staatsmänner haben sich zum ersten Mal gesehen. Sie haben natürlich die Gelegenheit benutzt, um über alle interessanten Fragen zu sprechen. Mehr soll unter keinen Umständen gesagt werden, da man es sonst ganz mit Poincaré verschütten würde.

Ich habe entsprechend Herrn Redlhammer für Berlin und Herrn Twardowski für Genf instruiert.

Herrn von Twardowski habe ich ermächtigt zu sagen, es müsse als befriedigend bezeichnet werden, daß endlich zwischen den zwei Herren es zu einer persönlichen Fühlungnahme gekommen sei. Konklusionen über ein befriedigendes Ergebnis sind abwegig, da es sich ja garnicht um richtige Verhandlungen gehandelt hat.

---

<sup>3</sup> Dazu siehe Dok. 155 Anm. 3 u. Aufz. Stresemanns, 3. Februar 1928, ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 130f. In dem Gespräch mit Poincaré – siehe Anm. 4 – hatte Stresemann erklärt: „Er hätte damals mit Briand verabredet, daß nach Thoiry die beiderseitigen Kabinette mit der Sache befaßt werden sollten. Er – Stresemann – habe in seinem Kabinett den ursprünglichen Widerstand beseitigt. Dann sei aber die Pariser Presse wild gegen Briand geworden, der ihn dann gebeten habe, die Sache nicht weiter zu verfolgen. [...] Er hätte jetzt, als er gehört hätte, daß die Idee wieder auftauchte, sich mit Parker Gilbert in Verbindung gesetzt, jetzt aber habe Parker Gilbert das Gegenteil gesagt. Er habe ausgeführt, daß Amerika jetzt kein Interesse mehr daran habe, einzelne Tranchen aufzunehmen, solange Amerika nicht wisse, wie hoch die Gesamtverpflichtung Deutschlands sei. Da sehe er – Stresemann – jetzt keine Möglichkeit mehr, einen Plan à la Thoiry auszuführen.“-Aufz. Schuberts, PA, R 29050.

<sup>4</sup> Stresemann hatte Schubert ausführlich über sein Gespräch mit Poincaré, das er am 27. August 1928 anlässlich des Aufenthalts in Paris zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes hatte, informiert, PA, R 29050. Eine Aufz., die Stresemann noch in Paris anfertigte, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 634-42.

<sup>5</sup> Poincaré hatte auf die Gefährlichkeit der Anschlußfrage hingewiesen. Stresemann gab zwar zu, daß breite Kreise der deutschen Öffentlichkeit einem Anschluß Österreichs positiv gegenüber stünden, meinte im übrigen aber: „Seit fünf Jahren führe ich die deutsche Außenpolitik, und es ist mir nicht bekannt, daß in diesem halben Jahrzehnt verantwortliche Persönlichkeiten, die das Kabinett vertreten, etwa die Forderung aufgestellt hätten, jetzt die Frage des Anschlusses zwischen Österreich und Deutschland aufzuwerfen. Die Verträge sind mir genau bekannt, und ich weiß, daß die Forderung der Vereinigung der beiden Länder gegenwärtig eine Geste sei, die zur Erfolglosigkeit verurteilt sein wird.“-Aufz. Stresemanns, 27. August 1928, ebd., S. 636.

**Von Schubert an Ministerialdirektor Köpke (leicht gekürzt)**  
**Genf, 18. September 1928**

*Durchschrift. PA, R 29053.<sup>1</sup>*

Ausschließlich persönlich!

Mein lieber Köpke!

Für Ihren ausführlichen Brief vom 17. d.M. sage ich Ihnen meinen aufrichtigsten Dank. Es ist wirklich rührend von Ihnen, daß Sie mich trotz Ihrer außerordentlichen Beschäftigung über die Berliner Vorgänge so ausführlich orientiert haben!

Das ist sehr wertvoll für mich, um so mehr, als aus Berlin ziemlich wilde Gerüchte hierher dringen.

Die letzte Woche war für mich die schwerste, die ich je in Genf erlebt habe. Sie wurde mir dadurch erleichtert, daß meine Zusammenarbeit mit dem Reichskanzler,<sup>2</sup> von mir aus gesehen, geradezu ideal war. Ich werde stets mit Dankbarkeit an diese Zusammenarbeit zurückdenken.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> ADAP, Serie B, Bd. X, S. 100-03. Es handelte sich um das Antwortschreiben auf Köpkes Brief vom 17. September 1928, ebd., S. 82-86. Strohm sandte Maltzan am 30. September 1928 eine Abschrift dieses Briefes, „den der Herr Staatssekretär in diesen Tagen nachts um 1 Uhr – also aus vollem und offenem Herzen – an Herrn Köpke geschickt hat und der mir ein besseres Bild der Lage zu geben scheint, als die zwischen Berlin und hier gewechselten verknurkselten Telegramme. [...] Für den hohen Verkehr mit dem Minister würde der Herr Staatssekretär, wie ich ihn kenne, geschliffenere Formen gewählt haben, aber ich finde, gerade dieser nächtliche Schrei kommt von Herzen und spricht die Wahrheit.“-PA, R 29338.

<sup>2</sup> Schubert verhandelte zusammen mit Reichskanzler Müller in Genf, weil Stresemann zur Kur in Baden-Baden weilte. Wegen seiner schwer angeschlagenen Gesundheit hatte Schubert ihn dort kurz vor seiner Reise nach Genf aufgesucht und sich über die Unterredungen Stresemanns in Paris anlässlich der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes unterrichten lassen; siehe Dok. 192. Vgl. dazu auch die Richtlinien vom 3. September 1928 für die Behandlung der Räumungsfrage während der Tagung des Völkerbundsrates in Genf, die, auf einem Beschluß des Kabinetts fußend, den deutschen Standpunkt zusammenfassend darstellen, PA, R 29052. Die enge Tuchfühlung zwischen Schubert und Stresemann in allen außenpolitischen Angelegenheiten war im Sommer 1928 insofern gestört, als Stresemann wegen seines schlechten Gesundheitszustandes die Amtsgeschäfte über lange Monate nicht selbst tragen konnte. Für Schubert bedeutete dies, er mußte nicht nur den Reichsminister vertreten, sondern konnte auch mit eigenen Initiativen selbst hervortreten, mit denen er hoffte, die deutsche Außenpolitik vorzubringen. Unter den Regierungsparteien waren es auch einige Vertreter der Sozialdemokratie, die der Außenpolitik Stresemann-Schubertscher Prägung insofern skeptisch, ja sogar ablehnend gegenüberstanden, als sie substantielle Erfolge erwarteten und die Geduld verloren. Das zeigt insbesondere ein Brief des preußischen Ministerpräsidenten Braun an Reichskanzler Müller vom 25. August 1928. Braun kritisierte zunächst die Personalpolitik des AA und schrieb, daß, „wie einst unter dem alten Regime, das Personal des auswärtigen Amtes aus dem mehr oder weniger geistig beschränkten Kreise der Bonner Borussen“ – dazu gehörte Schubert – rekrutiert werde. Und weiter konstatierte er scharf: „Das hat dazu geführt, daß bei allen wichtigen außenpolitischen Aktionen ein Schwarm monokelgeschmückter Af-

Ich möchte Ihnen nun, trotzdem es bereits tief in der Nacht ist, doch noch schnell einige Bemerkungen zu der augenblicklichen Lage machen. Ich möchte aber ausdrücklich hervorheben, daß diese Bemerkungen ausschließlich für Sie bestimmt sind. Inwieweit Sie sie „zur Regelung Ihrer Sprache“ verwenden wollen, stelle ich Ihnen aber natürlich ganz anheim.

[...]⁴

Was das sogenannte Resultat der hiesigen Besprechungen anlangt, so werden Sie inzwischen ja Gelegenheit gehabt haben, mit dem Reichskanzler hierüber zu sprechen. Von Herrn Twardowski hörte ich, daß in Berlin in vielen Kreisen die Meinung verbreitet sei, daß die diplomatische Aktion, die zu den hiesigen Besprechungen geführt hat, falsch eingeleitet gewesen sei oder besser ganz unterblieben wäre. Mein persönlicher Standpunkt ist folgender:

Unsere Aktion hatte, wie jetzt nachträglich orakelt wird, nicht etwa den Zweck, hier in Genf die Gesamträumung herbeizuführen.<sup>5</sup> Daß das unmöglich war,

---

fen geschäftig herumscharwenzelte“; zu wichtigen Verhandlungen sollten „Männer aus anderen Ämtern oder aus dem Kreis der Parlamentarier herangezogen werden müssen. So wird das nicht weiter gehen können. Denn mit der Schwäche Stresemanns auf diesem Gebiete und der stupiden Borniertheit Schuberts auf allen Gebieten werden sich die großen außenpolitischen Probleme, bei denen für Deutschland soviel auf dem Spiele steht, in den nächsten Jahren nicht lösen lassen.“-ASD, NI. Müller, I, 7. In anderen Parteien war die Krise der Locarno-Politik noch offensichtlicher. Besonders wurden Fortschritte in der Räumungsfrage vermißt. So nahm der Auswärtige Ausschuß nach der Genfer Tagung am 4. Oktober 1928 einen Beschluß an, der zwar der deutschen Delegation Dank für geleistete Arbeit aussprach, es jedoch bedauerte, daß in bezug auf die Rheinlandräumung nicht versucht worden sei, mehr zu erreichen, Schultheß', Bd. 69 (1928), S. 165.

<sup>3</sup> Dazu auch Dok. 187 Punkt 7.

<sup>4</sup> Kommentar zu einem Tel.-Wechsel Berlin/Genf und dem sog. Gausschen Vorschlag (siehe Anm. 12). Schubert betonte: „Natürlich müssen wir aber alles tun, um Gaus aus der öffentlichen Debatte herauszuhalten.“

<sup>5</sup> Bereits am 27. Juli 1928 kam Schubert in einem Gespräch mit Gilbert auch auf Genf zu sprechen: „Ich sagte dann Herrn Gilbert, vielleicht würde sich in Genf – ich spräche ganz theoretisch – die Möglichkeit ergeben, über alle diese Fragen [Reparationen, Räumung] zu sprechen. Ich müsse daher mir genau die Grundlage überlegen, auf welcher diese Gespräche geführt werden könnten. Herr Gilbert machte darauf zunächst wieder eine Bemerkung, die den Sinn hatte, er halte nicht viel von den Genfer Besprechungen, weil Poincaré nicht dabei sei. (Ich erwähnte übrigens etwas später, vielleicht wäre auch Raum für solche Gespräche gelegentlich der Zeichnung des Kellogg-Paktes in Paris.) Herr Gilbert meinte dann ferner, seiner Ansicht nach könnten wir Gespräche in Genf über die Rheinlandfrage doch nur dann mit einiger Aussicht auf Erfolg führen, wenn wir uns innerlich bereit erklärten, auch über die Reparationsfrage zu sprechen. Vielleicht sei sogar die Ankurbelung der Rheinlandfrage der beste Weg, um in unauffälliger und natürlicher Weise in Besprechungen über die Reparationsfrage hineinzukommen.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 454. Und zu Hilferding am 26. Juli 1928: „Bei dem Gespräch habe ich übrigens Herrn Hilferding im strengsten Vertrauen gesagt, ich hätte im Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler und dem Reichsaußenminister eine gewisse Aktion vor, welche zum Ziele habe, eine Besprechung über die Rheinlandfrage in Genf vorzubereiten. Einzelheiten sagte ich Herrn Hilferding nicht.“-Aufz. Schuberts, PA, R 28953. Schließlich telegraphierte Schubert am 28. Juli an die deutsche Botschaft in London und bat darum, Chamberlain zu informieren, daß in Genf oder bei der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes Stresemann die Räumungsfrage ansprechen werde: „Vorweg bemerke ich, daß Zweck und Ziel Ihres Schrittes lediglich der ist, diese politische Aussprache über das Räumungsproblem vorzubereiten, nicht aber, dieses Problem irgendwie jetzt schon

mußte sich doch jeder vernünftige Mensch sagen. Sie hatte ferner nicht den Zweck, die Franzosen, wie jetzt so schön gesagt wird, an den Pranger zu stellen und die hiesigen Besprechungen mit einem wohltuenden großen Krach zu beenden. Vielmehr war das Ziel, das ich persönlich in dieser Aktion verfolgen wollte, folgendes: Es lag mir daran, die Rheinland-Frage aus dem infamen Halbdunkel, in welchem sie sich seit etwa einem Jahr befand, herauszuziehen und eine neue Basis zu schaffen, um auf dieser Basis unsere Politik neu aufbauen zu können. Dieses Ziel ist, wie ich, glaube ich, ohne Übertreibung sagen kann, 100%ig erreicht.

Einige Schönheitsfehler können das Bild nicht verändern. Auch ist es durchaus richtig und zweckmäßig, nach außen hin eine Enttäuschung darüber zutage treten zu lassen, daß zunächst in der Rheinland-Frage nichts erreicht worden ist.

Zunächst muß ich allerdings zugeben, daß das Pressecommuniqué<sup>6</sup> nicht sehr glücklich gefaßt ist. Dabei muß aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß dieses Communiqué eben nur ein Pressecommuniqué war und nicht ein Protokoll. Außerdem haben wir uns in der Sitzung ausdrücklich vorbehalten, dieses Protokoll zu interpretieren, was dann auch in einer vorzüglichen Rede, welche der Reichskanzler am Sonntag<sup>7</sup> vor der Presse gehalten hat, geschehen ist. Was ist erreicht worden?

Erstens, daß zum ersten Male offizielle Besprechungen, und zwar beschränkt auf sechs Mächte, über die vorzeitige Räumung des Rheinlandes eingeleitet worden sind. Dies ist meiner Ansicht nach ein sehr wichtiger Punkt, der nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Zweitens sind, getrennt hiervon, Reparationsverhandlungen eingeleitet worden, wobei von unserer Initiative und einer für uns bestehenden Notwendigkeit, die Verhandlungen mit deutschen Vorschlägen zu beginnen, nicht mehr die Rede ist.<sup>8</sup> Trotz aller Umdeutungen der französischen Presse ist festgesetzt worden, daß

---

anhängig zu machen. Es handelt sich also für Sie nicht um eine Demarche im eigentlichen Sinne, sondern lediglich um die Vorbereitung einer solchen.“-ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 476. Schuberts Beurteilung der Verhandlungen in Genf gegenüber Gilbert am 1. Oktober 1928: „Ich sagte Herrn Gilbert, daß wir, soweit die Rheinlandräumung in Frage komme, doch recht enttäuscht seien. Zwar seien offizielle Verhandlungen eingeleitet worden. Die Gegenseite habe aber vorläufig in Genf einen sehr zurückhaltenden Standpunkt eingenommen. Andererseits sei man ja übereingekommen, daß Reparationsverhandlungen – ganz getrennt von der Rheinlandfrage – anfangen sollten; dies betrachte ich als einen Erfolg. Herr Gilbert erwiderte, von seinem Standpunkt aus sei er höchst befriedigt über das Ergebnis von Genf. Nach den Eindrücken, welche er in Paris erhalten hätte, hätte er nie geglaubt, daß wir in der eigentlichen Rheinlandfrage weiter kommen würden, als dies jetzt geschehen sei. Die Art und Weise andererseits, wie die Reparationsverhandlungen angekurbelt worden seien, fände er höchst glücklich.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. X, S. 141f. Über die Verhandlungen in Genf auch BA, R 43 I, 502, und, im Nachgang zur Genfer Völkerbundsversammlung, BA, R 43 I, 276; außerdem AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. 68-140.

<sup>6</sup> ADAP, Serie B, Bd. X, S. 82 Anm. 3.

<sup>7</sup> 16. September, dazu AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. 126f. Anm. 6 u. 7.

<sup>8</sup> Aus der Vorbereitung Aufz. Schuberts vom 28. Juli 1928 (PA, R 28953): „Herr Hilferding ist der Ansicht, man solle sich ruhig darauf einstellen, mit Herrn Poincaré die Reparationsfrage zu besprechen. Man könne doch garnicht wissen, ob sein eventueller Nachfolger besser sein werde. Er gab mir vollkommen recht als ich sagte, daß es erstens falsch sei, auf den physischen oder politischen Tod eines Mannes zu spekulieren und daß zweitens,



diese Verhandlungen durchaus getrennt von den anderen Verhandlungen geführt werden sollen.

Drittens die Frage der berühmten Conciliations-Kommission.<sup>9</sup> Was die Sache selbst angeht, so mache ich darauf aufmerksam, daß es uns doch schließlich gelungen ist, in den letzten drei Jahren den *éléments stables*<sup>10</sup> Zentimeter für Zentimeter den Schwanz abzuhacken. Es ist mir gelungen, gelegentlich der St. Gotthard-Affäre<sup>11</sup> im Juni das letzte Schwanzstück zu beseitigen. Der Stummel, der jetzt noch übrig blieb, ist, das gebe ich zu, immer noch recht unbequem, an der Vergangenheit gemessen ist er aber doch nur noch recht klein und struppig. Außerdem aber ist in der letzten Besprechung vom Reichskanzler aus mit der größten Entschiedenheit darauf hingewiesen worden, daß wir diese Kommission nur bis 1935 zulassen wollen. Wir haben also in dieser Sache durchaus freie Hand. Der dritte, hierauf bezügliche Punkt des *Kommuniqués* ist allerdings recht unglücklich abgefaßt. Hieraus aber schließen zu wollen, daß nun die vorzeitige Räumung des Rheinlandes an dieser Sache scheitern könnte, ist, politisch gesprochen, meiner Ansicht nachbarer Unsinn. Wenn das Räumungs- und auch das Reparationsproblem ins Rollen kommt, was ich erhoffe, so wird diese gewaltige Lawine über diesen Kieselstein hinwegrollen. Ich bin, weiß Gott, derjenige gewesen, der am allerschärfsten und mit Erfolg für die Beseitigung jedes Wurmfortsatzes der *éléments stables* gekämpft hat. Ich werde der letzte sein, der aus Opportunitätsgründen diesen Standpunkt aufgibt. Gerade deshalb aber sehe ich der weiteren Entwicklung mit kühler Ruhe entgegen, und habe durchaus keine Angst davor, mich mit dieser Materie in aller Ruhe zu beschäftigen. Der sogenannte Gaussche Vorschlag<sup>12</sup> war mir, wie ich ihm auch gesagt habe, sehr unheimlich. Ob es einen ungefährlichen Ausweg gibt, lasse ich dahingestellt; dieser Punkt interessiert mich nicht besonders, nachdem wir zunächst unseren Standpunkt, wir könnten uns auf keine Kommission über 1935 hinaus einlassen, auf das Unzweideutigste zu erkennen gegeben haben.

Überhaupt scheint es mir, als ob wir wieder einmal in eine Periode eingetreten sind, wo unsere Politik in erster Linie durch Angstgefühle beeinflusst wird. Ich kann eine solche Politik nicht mitmachen. Wir müßten den Willen haben, weiterzukommen und dürfen dabei nicht immerzu Angst haben, daß wir von der Gegenseite „hineingelegt“ werden. Das ist unwürdig und taktisch falsch. Ich muß leider feststellen, daß ich neuerdings in dieser Beziehung garnicht mehr ganz einig mit Gaus bin, wenn er auch manchmal nach der strengen Regel der Formaljuristerei mehr Recht haben könnte, als ich. Überhaupt müssen wir uns bemühen, endlich einmal aus diesem verfluchten Formalkram herauszukommen und wieder etwas

---

wenn Herr Poincaré sich innerpolitisch eine neue Rückenstärkung durch das Reparationsproblem schaffe, wir es immer noch in der Hand hätten, ihm sein Konzept, wenn es uns richtig erschiene, zu verderben, daß also nicht wir von ihm, sondern er von uns abhängig sein würde.“

<sup>9</sup> Briand hatte als Bedingung für die Räumung eine „Feststellungs- und Konziliationskommission“ für die entmilitarisierten Gebiete, die weiterhin die Einhaltung der Entmilitarisierung überwachen sollte, gefordert, über die man sich allerdings in Genf nicht einigen konnte; ADAP, Serie B, Bd. X, S. 63-82.

<sup>10</sup> Dok. 110, insbesondere Anm. 7.

<sup>11</sup> Siehe Dok. 184; 186.

<sup>12</sup> In Müllers Tel. vom 14. September 1928, ADAP, Serie B, Bd. X, S. 64f.

mehr politisch zu denken. Dabei will ich natürlich sicherlich einer leichtfertigen, in der Luft schwebenden Politik nicht das Wort reden.

Wenn behauptet wird, daß die vom „Auswärtigen Amt“ eingeleitete Aktion verfehlt war, so ist das ganz einfach falsch. Wir mußten an die frische Luft kommen. Wir sind an die frische Luft gekommen. Vielleicht holen wir uns dabei zunächst einen Schnupfen, der überwunden werden kann, aber sicherlich keine Lungenentzündung, an der wir schwer erkranken oder zugrunde gehen.

Weitere Einzelheiten, deren ich noch eine Fülle anführen könnte, muß ich mir angesichts der vorgerückten Nachtstunde versagen. Natürlich graut mir vor der Rückkehr ins traute Heim. Ich bin aber fest entschlossen, mir in Berlin nicht an den Wagen fahren zu lassen. Auch daß der Reichskanzler hier war, hat sich als durchaus richtig und notwendig erwiesen. Ich bin überzeugt, daß der Reichskanzler sich durch das Pressegeschwätz nicht irremachen lassen wird. Im übrigen ist der Unsinn, den die hiesige Presse, um die ich mich persönlich leider garnicht kümmern konnte, gebracht hat, diesmal besonders grotesk gewesen. Verschiedene Artikel des Herrn Georg Bernhard muß ich als kindisch und unerhört bezeichnen. Ich habe versucht, auf ihn Einfluß zu nehmen, was mir aber leider mißlungen ist.

[...] <sup>13</sup>

Nun aber werde ich schließen. Man soll sich nur nicht durch die vielen Klugredner, die nachher alles besser wissen wollen, irremachen lassen. Auch ich hätte ja gewünscht, daß die Franzosen hier den Zylinder abgenommen, uns tausendmal um Entschuldigung gebeten, die zweite Zone am 1. Oktober als Zeichen ihrer Ergebenheit geräumt, die Räumung der dritten Zone für den 1. November und die Räumung des Saar-Gebietes für den 1. Dezember unter Verzicht auf jede finanzielle Entschädigung für die Saar-Gruben in Aussicht gestellt hätten. Daß das nicht erreicht wurde, damit müssen wir uns eben, wie der schöne Ausdruck lautet, vorläufig „abfinden“!

Mit vielen herzlichsten Grüßen bin ich  
Ihr stets getreuer

<sup>13</sup> Schubert legte eine Aufz. über ein Gespräch mit Loucheur vom 18. September (ebd., S. 96-100) bei und teilte Köpke mit, daß er Hilferding durch Berger habe ausrichten lassen, er möge Schuberts Rückkehr nach Berlin abwarten, bevor er in der Frage der Reparationen etwas unternahme: „Es ist ungeheuer wichtig, daß diese Reparationsbesprechungen richtig eingefädelt werden. Ich würde daher gern mit Herrn Hilferding über diese Sache vertraulich sprechen, ehe etwas Entscheidendes geschieht.“ Antwort Köpkes vom 20. September: PA, R 29419 (siehe Aktenverzeichnis zu PA, St.S. Fab., Bd. 14).

**Notizen von Schuberts zu seinen Gesprächen mit dem Reparationsagenten  
Gilbert von Juli bis November 1928  
Grünhaus, Winter 1932/33**

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. Cgil, Bd. 1  
(R 29004).*

Mein Gespräch mit Hilferding vom 26. Juli 1928:<sup>1</sup>

Hilferding hat mit Gilbert gesprochen, und zwar über die Reparationsfrage.

Mein Gespräch mit Gilbert vom 27. Juli 1928:<sup>2</sup>

Lange und komplizierte Unterhaltung.

Ich setzte Gilbert auseinander, daß er sich verschiedenartig über die Zweckmäßigkeit einer baldigen Anschneidung der Reparationsfrage geäußert hätte.

Herr Gilbert klärte mich auf. Er warnte davor, die Sache damit anzuschneiden, daß wir sagten, wir könnten die Dawesverpflichtungen nicht mehr erfüllen. In dieser Hinsicht kritisierte er auch Herrn Schacht.

Als ich Herrn Gilbert fragte, ob wir seiner Ansicht nach die Initiative zu Besprechungen über die Reparationsfrage ergreifen sollten, meinte er, diese Frage sei außerordentlich schwer zu beantworten. Man könne das nur tun, wenn die Vorfrage geklärt sei, wie wir uns eine solche Initiative dächten. Wir müßten das sehr geschickt machen.

Wir behandelten das schwierige Thema des Zusammenhanges der deutschen Reparationsfrage und des Problems der interalliierten Schulden. Ziemlich komplizierte Äußerungen Gilberts. Er meinte aber, es werde zu nichts kommen, wenn man bei der Behandlung der ganzen Angelegenheit immer die Behandlung des einen Problems von der des andern abhängig mache.

Ich sprach auch von der Rheinlandräumung.

Schließlich sagte er, vielleicht sei die Ankurbelung der Rheinlandfrage der beste Weg, um in unauffälliger und natürlicher Weise in Beprechungen über die Reparationsfrage hineinzukommen.

Meine Unterredung mit Herrn Gilbert vom 27. Juli 1928:<sup>3</sup>

Herr Gilbert sagte mir, daß er doch gewisse Bedenken habe, in der Frage der Reparationen Herrn Schacht eine führende Rolle zuzuteilen: 1) sei Schacht außerordentlich eifersüchtig auf Herrn Stresemann und zweitens arbeite Herr Schacht viel zu viel mit Zahlen und Ziffern.

Mein Gespräch mit Hilferding vom 28. Juli 1928:<sup>4</sup>

Hilferding berichtet mir über seine Besprechung mit Herrn Schacht.

Meine Unterredung mit Herrn Gilbert vom 18. August 1928:<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Siehe Dok. 193 Anm.5.

<sup>2</sup> ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 448-55.

<sup>3</sup> Ebd., S. 450 Anm. 2.

<sup>4</sup> Dok. 193 Anm. 8.

<sup>5</sup> ADAP, Serie B, Bd. IX, S. 588f.

Reparationsfrage.

Ratschlag Gilberts, wie Stresemann mit Poincaré sprechen soll.

Herr Gilbert hob hervor, daß die Regelung der Reparationsfrage, wenn sie jetzt komme, vielleicht erst nach schwierigen Verhandlungen zu erreichen und vielleicht auch teuer sei. Er sei aber andererseits der Meinung, daß die Regelung später noch sehr viel teurer werden könnte und daß auch der jetzige Zustand für uns reichlich kostspielig sei.

Sehr interessante Ansichten Gilberts darüber, wie man mit Poincaré verhandeln soll.

Ich resümiere in der Aufzeichnung meinen Eindruck, sage, daß Herr Gilbert den Moment zur Ankurbelung der Reparationsfrage für gegeben hält.

Mein Gespräch mit Parker Gilbert vom 1. Oktober 1928:<sup>6</sup>

Wir sprachen über die Genfer Verhandlungen. Ich sagte ihm, daß wir, soweit die Rheinlandräumung in Frage komme, doch recht enttäuscht seien.

Herr Gilbert sagte, er sei sehr befriedigt.

Wichtige Besprechung darüber, wie die Verhandlungen in der Reparationsfrage weitergehen sollten.

Herr Gilbert sagte, die deutsche Regierung dürfe mit nicht zu großen Illusionen in die Verhandlungen hineingehen. Er stehe aber nach wie vor auf dem von ihm dargelegten Standpunkt, daß eine baldige Lösung, auch wenn sie teuer sei, immer noch billiger sei, als wenn keine Lösung erfolge und wenn man so lange mit der Lösung warte, daß sie in einem für uns sehr ungünstigen Moment erfolgen müsse.

Mein Gespräch mit Herrn Gilbert vom 10. Oktober 1928:<sup>7</sup>

Gilbert war von Paris zurückgekehrt und erzählte mir unter anderem auch über seine Eindrücke von Herrn Poincaré. Einzelheiten über das Komitee (späteres Young-Komitee).<sup>8</sup>

Aufzeichnung vom 12. November 1928:

Zusammenfassung meiner Gespräche mit Gilbert in diesem Jahre [vorliegendes Dok.].

<sup>6</sup> Ebd., Bd. X, S. 141-45.

<sup>7</sup> Ebd., S. 161-64.

<sup>8</sup> Basis des Komitees: Genfer Communiqué vom 16. September (Dok. 193 Anm. 6) und Übereinkunft u.a. „über die Notwendigkeit, das Reparationsproblem vollständig und endgültig zu regeln und zu diesem Zweck eine Kommission von Finanzsachverständigen“ einzusetzen.

**Auszug aus den Notizen von Schuberts über seine Gespräche mit  
dem Reparationsagenten Gilbert in den Jahren 1926 bis 1928  
Berlin, 12. November 1928**

*Hschr. Notizen. PA, R 29004.*<sup>1</sup>

[...]

1) 10. Oktober: Mein letztes Gespräch mit Gilbert.<sup>2</sup>

Am selben Tage Abreise Gilberts nach Paris und London.

2) 12. Oktober: Meine Abreise; bis dahin nichts Neues.

3) 15. Oktober: Telegramm London (667)<sup>3</sup>

Gilbert + Churchill; Gilbert + Churchill und Leith-Ross.

Guter Eindruck.

4) 17. Oktober: Telegramm nach London.<sup>4</sup>

Shepard Morgan an R[eichs]K[anzler]: Nicht an Gilbert: Ganz befriedigt über Churchill.

Bevorstehend Dieckhoff + Leith-Ross.

5) 18. Oktober: Telegramm aus London (677)<sup>5</sup>

Gilbert + Baldwin

Churchill zu  $\frac{3}{4}$  überzeugt

Gilbert nach Paris reist.

Uns wird Initiative zugeschoben.

6) 19. Oktober: Telegramm aus London (682)<sup>6</sup>

Dieckhoff, Leith-Ross, Ruppel.

Treasury arbeitet Memo[randum] aus.

England will keine Initiative wegen Zusammenrufung entfalten.<sup>7</sup>

England bereit zu allgemeiner Streichung Reparationen und Kriegsschulden.

Bisher Amerika will nicht: also nicht mehr verlangt E[ngland], als bezahlen muß.<sup>8</sup>

<sup>1</sup> Die ersten 21 Seiten liegen maschr. vor. Hier Abdruck des daran anschließenden hschr. Teils. Die Aufz. wurde von Schubert nach einem vom 13. Oktober bis 7. November dauernden Urlaub angefertigt.

<sup>2</sup> Vor Schuberts Urlaub, Dok. 194 Anm. 7.

<sup>3</sup> ADAP, Serie B, Bd. X, S. 181 Anm. 2.

<sup>4</sup> Ebd., S. 181 Anm. 4.

<sup>5</sup> Ebd., S. 181.

<sup>6</sup> Ebd., S. 188-90.

<sup>7</sup> In dem Tel. heißt es: „Er [Leith-Ross] könne aber schon jetzt sagen, daß seine Regierung zwar keine Initiative zwecks Ingangbringung der in Genf vereinbarten Expertenbesprechung ergreifen, andererseits aber die Arbeit der Sachverständigen, wenn sie einmal begonnen habe, keinesfalls sabotieren, sondern im Gegenteil unterstützen werde.“-Ebd., S. 188.

<sup>8</sup> Dazu hatte Leith-Ross geäußert: „Sie [britische Regierung] würde nach wie vor bereit sein, eine allgemeine Streichung [von Reparationen u. Kriegsschulden] anzunehmen und eine solche Entwicklung auf das äußerste begrüßen. Solange dies nicht erreichbar sei, weil die Amerikaner einstweilen darauf beständen, ihre Kriegsforderungen einzukassie-

Zweifel, ob Zeitpunkt für Lösung gekommen.

7) 20. Oktober: Telegramm aus London 686<sup>9</sup>

D'Abernon pessimistisch über Verhandlungen.

Rheinlandkommission ruhig über [19]35 hinaus,<sup>10</sup> besser, nur Aufhebung Transferklausel.

8) 20. Oktober: Telegramm aus London (684)<sup>11</sup>

Befürchtung wegen Initiative.

9) 23. Oktober: Telegramm nach London.

Über Initiative.

10) 23. Oktober: Telegramm aus Brüssel 88

Gilbert vom König [Albert I.] empfangen, pp.

11) 24. Oktober: Telegramm aus London 697<sup>12</sup>

a) Churchill (also der in Paris!) hat von Poincaré Zusicherung erhalten, daß frz.[französische] Regierung Ratifizierung englisch-französischen Schulden-Abkommens nunmehr energisch betreiben wird.<sup>13</sup>

b) Churchill-Poincaré-Gilbert.

Fr[ankreich]+E[ngland]: Baldige Endregelung<sup>14</sup>

England: Balfour-Note<sup>15</sup>

Frankreich: surplus [über die Abdeckung von Kriegsschäden und Schulden hinaus].

pp.

P. Gilbert autorisiert, Standpunkt Fr[ankreichs] & E[nglands] Deutschland mitzuteilen.

12) 23. Oktober: Telegramm aus Paris 1087<sup>16</sup>

Erkundung durch Corbin und Massigli

Churchill vertrat Balfour-Note, Poincaré: surplus

Poincaré will Mellon-Bérenger-Abkommen<sup>17</sup> ratifizieren.

Poincaré: Deutsche Zahlungen über gleichen Zeitraum, wie französische (62 [Jahre])

13) Rückkehr Gilberts:<sup>18</sup> Wann? Wer verhandelte mit ihm? Was sagte Hoesch?<sup>19</sup>

Wie kam unsere Instruktion zu Stande?

---

ren, hielte sie an dem Grundsatz fest, daß sie für sich nicht mehr verlangt, als sie an Amerika zu zahlen hätte.“-Ebd., S. 188.

<sup>9</sup> Ebd., S. 190 Anm. 3.

<sup>10</sup> Siehe dazu die Unterredung zwischen Müller, Schubert, Cushendun, Briand, Hymans, Scialoja und Adatci in Genf am 16. September 1928, ebd., S. 73-82.

<sup>11</sup> Ebd., S. 188 Anm. 2.

<sup>12</sup> Ebd., S. 206 Anm. 1.

<sup>13</sup> Zu dem Problem der interalliierten Schulden siehe Schultheß', Bd. 69 (1928), S. 445.

<sup>14</sup> Hier und für die folgende Zeile erfolgt im Original ein Querverweis auf Punkt (a), und zwar durch einen Pfeil in Richtung auf: „energisch betreiben“.

<sup>15</sup> Dazu Dok. 182 Anm. 29.

<sup>16</sup> Ebd., S. 206-08.

<sup>17</sup> Dazu Dok. 159 Anm. 5.

<sup>18</sup> Am 25. Oktober 1928 informierte Gilbert die Reichsregierung über das Ergebnis seiner Verhandlungen, AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. 173-76.

<sup>19</sup> Dieser Satz ist im Original über der Zeile geschrieben. Am Anfang der Zeile findet sich eine Markierung in Form eines X.

- 14) 27. Oktober: Unsere Zirkular-Instruktion<sup>20</sup>  
a) Schreiben – Idee zu kurz: fehlt: Fehler von internationalem Standpunkt aus.  
Verbindung mit Comité<sup>21</sup> unnütz hergestellt!  
b) War es richtig, daß wir Initiative ergriffen?
- 15) 27. Oktober: (Telegramm nach London am 29. Oktober).<sup>22</sup>  
Das Dokument in der Tasche.
- 16) 30. Oktober: Telegramm aus London 712<sup>23</sup>  
Dieckhoff-Cushendun  
Wegen: 1) Dieckhoff ankündigt Schriftbericht<sup>24</sup>  
2) Cushendun will ihm weitere Mitteilung machen.
- 17) 30. Oktober: Telegramm aus Brüssel 97<sup>25</sup>  
Horstmann-Hymans  
Markfrage scheinbar ungefährlich.<sup>26</sup>  
Aufgefangenes Telegramm!!!!<sup>27</sup>
- 18) 30. Oktober: Telegramm aus Paris 1120.<sup>28</sup>  
Hoesch-Briand.  
a) Sachverständige (unabhängige)  
b) Ort: Berlin und Paris  
c) Mandatsfrage.<sup>29</sup>  
Briand will Limitierung.  
Hoesch soll mit Poincaré sprechen.  
d) Repko  
e) Notiz:<sup>30</sup> Briand will sie nicht.  
f) Schuldenabkommen

---

<sup>20</sup> Nach Paris, London, Rom, Brüssel, ADAP, Serie B, Bd. X, S. 224-30; beigelegt war eine „Notiz“ mit Stellungnahme der Reichsregierung über das Vorgehen bei der Einsetzung eines Sachverständigen-Ausschusses zur Regelung der Reparationsfrage, ebd. S. 230f. Der Instruktion war eine Ministerbesprechung am 26. Oktober 1928 vorausgegangen, AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. 177-80.

<sup>21</sup> Gemeint ist das Dawes-Komitee von 1924; siehe dazu Dok. 85.

<sup>22</sup> Korrigierender Zusatz zum Erlaß vom 27. Oktober; ADAP, Serie B, Bd. X, S. 230 Anm. 4. Weitere Korrektur erfolgte durch Tel. vom 30. Oktober, beide von Ritter; ebd., S. 230 Anm. 5.

<sup>23</sup> Ebd., S. 231f. – Diese beiden Punkte sind nach rechts herausgerückt und mit Markierung am Rand versehen.

<sup>24</sup> Punkte (1) und (2) rechts hinter einer X-förmigen Markierung.

<sup>25</sup> Ebd., S. 234f. – Markierung der beiden folgenden Zeilen am Rand.

<sup>26</sup> In Genf hatte Hymans am 16. September 1928 erklärt: „Es gebe jedoch zwischen Belgien und Deutschland noch eine besondere Frage, über die er bereits unter vier Augen mit dem Herrn Reichskanzler gesprochen habe: Die Markfrage, die die Quelle der belgischen Inflation und anderer finanzieller Schwierigkeiten Belgiens geworden sei. [...] Er müsse die Forderung aufstellen, daß neben den Verhandlungen des Finanzsachverständigen-ausschusses parallel besondere deutsch-belgische Verhandlungen über die Markfrage geführt würden.“-Aufz. Schmidts, ebd., S. 78.

<sup>27</sup> Mehrfach hschr. unterstrichen. Hinweis nicht geklärt.

<sup>28</sup> Ebd., S. 235-38.

<sup>29</sup> Gemeint ist die Frage des Aufgabengebiets der Sachverständigen.

<sup>30</sup> Gemeint ist das „Notiz“ betitelte Schriftstück, das mit der Instruktion vom 27. Oktober übersandt wurde, siehe Anm. 20.

Briand will beide Abkommen [mit den USA und Großbritannien] ratifizieren.

19) 30. Oktober: Telegramm aus Washington 524<sup>31</sup>

Kellogg hat nichts gegen amerikanische Sachverständige.

20) 31. Oktober: Telegramm aus Paris 1123<sup>32</sup>

Hoesch-Poincaré<sup>33</sup> –Hoesch erwähnt s[eine] Unterredung mit Gilbert vom 27.  
[Oktober]

a) Amerika: ja:

Einmal später D[Deutschland] + Fr[ankreich] an Amerika

Vielleicht Einladung Amerikas durch Repko.

b) Sachverständige

Wolle unabhängige in Betracht ziehen

Was ist das?

Jedenfalls: Sachverständige in Kontakt!

c) Ort egal

4) [sic statt (d)] Mandatsfrage.

surplus.

62 Jahre.

Angst vor Banken.

Rede Chambéry mit Churchill und Amerika einig.<sup>34</sup>

„Loyal“: Frankreich kann nur solcher Lösung zustimmen.

!Kundgebung von uns! Notiz.

Wir brauchen nicht zu antworten.

!Auch P. Gilbert: ja

Hoesch Bedenken

—  
Nicht grundsätzlich gegen Genfer Formulierung.<sup>35</sup>

5) [sic statt (e)] Repko zu berücksichtigen.

21) 31. Oktober: Telegramm aus Rom 197<sup>36</sup>

Neurath + Mussolini.

Ganz gut (Exp[erten])

Beteiligung Repko erforderlich.

22) 1. November: Telegramm aus Paris 1129<sup>37</sup>

Beurteilung Hoesch

Mitteilung desiderata<sup>38</sup> bedenklich.

Nur Hindernis formeller Art!!

<sup>31</sup> ADAP, Serie B, Bd. X, S. 239.

<sup>32</sup> Ebd., S. 245-49.

<sup>33</sup> Im Original folgt nach einer kleinen Lücke eine X-förmigen Markierung; dann der zusätzliche Vermerk.

<sup>34</sup> Diese Zeile findet sich im Original am Rande. Zu der Rede Poincarés am 16. September 1928 in Chambéry siehe ebd., S. 145-47.

<sup>35</sup> Dok. 194 Anm. 8.

<sup>36</sup> ADAP, Serie B, Bd. X, S. 244f.

<sup>37</sup> Ebd., S. 250-52.

<sup>38</sup> Gemeint ist das Bestreben der Franzosen – die britische Regierung verhielt sich ähnlich – schon vor Verhandlungsbeginn eine Anerkennung ihres Forderungsrahmens zu erreichen; Krüger, Außenpolitik, S. 460.



- a) Annahme: Hohe Summe
- b) Ablehnung: mysteriöser Satz  
„Rheinlandräumung natürlich zu Ende“.

+ Ruppel: auch so weiter: frz. [französische] Stellung nicht mit Ablehnung zu beantworten.

Hoesch zu rauh; wir sind doch noch nicht so weit: Ablehnung oder Annahme!!

23) Telegramm nach Paris – 2. November<sup>39</sup>

Argument: Amerika wird sich rühren??

Sonst gut.

24) 2. November: Telegramm aus London 723<sup>40</sup>

F[oreign] O[ffice] beabsichtigt, Dieckhoffs Demarche durch Schritt britischen Botschafters in Berlin am 6. November zu beantworten, auch frz. [französischer] Botschafter

(wohl nicht wegen Rücktritt Poincarés)<sup>41</sup>

Festhalten an Balfour-Note

!Sachverständige sollen nicht nur capacity zu beurteilen haben<sup>42</sup> (das doch gut für uns, eventuell!!!)

25) 3. November: Telegramm aus Paris 1141<sup>43</sup>

Hoesch + Poincaré

P[oincaré]: keine Verstimmung Amerikas.

Rheinland nicht geräumt/Pfand.

Rheinland nicht aus Sicherheitsgründen nicht geräumt!

Nicht so sehr gegen Genfer Formel!

Sachverständige zwar unabhängig, aber mit Instruktionen über desiderata.

Repko.

H[oesch]: 3 Möglichkeiten wegen Desiderata.<sup>44</sup>

---

<sup>39</sup> ADAP, Serie B, Bd. X, S. 253-55.

<sup>40</sup> Ebd., S. 252f.

<sup>41</sup> Das Kabinett Poincaré trat am 6. November 1928 zurück.

<sup>42</sup> In dem Tel. heißt es: „[...] und daß Finanzsachverständige nicht ausschließlich darauf beschränkt sein sollen, Untersuchungen über Deutschlands Zahlungsfähigkeit anzustellen. Experten soll nicht verwehrt sein, gewisse Fragen außer Deutschlands ‚Capacity to pay‘ aufzuwerfen, zu diskutieren.“-Ebd., S. 253.

<sup>43</sup> Ebd., S. 266-70.

<sup>44</sup> Hoesch hatte geäußert: „1. Frankreich verzichtet auf die Mitteilung; 2. Frankreich teilt uns lediglich, daß es sich volle Entschlußfreiheit gegenüber Sachverständigenbefund wahre; 3. Frankreich teilt uns, daß es den Sachverständigenbefund nicht annehmen werde, wenn er nicht seinen bekannten Forderungen entspreche, und wir antworten, daß Deutschland diese Forderungen nicht als maßgebende Grundlage einer Lösung anerkennen könne, worauf Frankreich nicht weiter repliziere.“-Ebd., S. 269. Poincaré hatte daraufhin eine vierte Möglichkeit hinzugefügt, die Hoesch als „kaum gangbar“ bezeichnete; ebd. S. 269f. Mit den französischen Desiderata oder Bedingungen für die Gestaltung und Annahme eines Sachverständigen-Gutachtens für die endgültige Reparationsregelung war die Frage nach deren Übermittlung an das AA in Antwort auf die vorbereitenden Bemerkungen (als Eröffnung einer diplomatischen Diskussion) der deutschen Demarche vom 27. Oktober 1928 verknüpft. Eine solche schriftlich fixierte Antwort sollte vermie-

26) 5. November: Telegramm aus London<sup>45</sup>

Dieckhoff + Churchill.

Balfour-Note

Zeitpunkt?

Gilbert: Deutschland akzeptiert englische Stellungnahme. Deutsche Regierung soll vorher zusichern!! („vertraulich“)

26) [(26) versehentlich zum zweiten Mal] 5. November: Telegramm aus London<sup>46</sup>

Leith-Ross

Ganz gut

27) 5. November: Telegramm nach Paris<sup>47</sup>

Instruktion an Hoesch Noch nicht ausgeführt!<sup>48</sup>

Gut.

Auch Sachverständige = desiderata!

Auch Repko.

28) 5. November: aus Brüssel

Horstmann + Hymans

29) Neueste Telegramme, Zeitungen pp.

30) Ich will sehen: 1) Hilferding 2) Schacht 3) Gilbert.<sup>49</sup>

## 196

### Notizen von Schuberts zu seinen Gesprächen mit dem Reparationsagenten Gilbert im November 1928 Grünhaus, Winter 1932/33

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. Cgil, Bd. 1  
(R 29004).*

Gespräch des Herrn Stresemann mit Parker Gilbert vom 13. November 1928 (zwei Stunden): Es ist dies die berühmte Unterredung, über die sich Stresemann einerseits und Gilbert andererseits Aufzeichnungen gemacht hatten, die, wie sich später herausstellte, von einander nicht unbedeutend abwichen.<sup>1</sup>

den werden, weil darin deutlich werdende weitreichende Gegensätze das Scheitern der ganzen Initiative heraufbeschworen.

<sup>45</sup> Ebd., S. 271-73.

<sup>46</sup> Ebd., S. 273f.

<sup>47</sup> Ebd., S. 274-76.

<sup>48</sup> „Noch nicht ausgeführt!“ notierte Schubert am Seitenrand.

<sup>49</sup> Aufz. Schubert/Gilbert 14. November 1928, Dok. 196; Schubert/Schacht 24. November, ADAP, Serie B, Bd. X, S. 379 Anm. 4; Schubert/Hilferding 26. November, ebd., zur Vorbereitung der Unterredung Hilferdings mit Gilbert, 27. (AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. 242-45) u. 28. November (ADAP, Serie B, Bd. X, S. 415f.). Hilferding berichtete Schubert über diese Gespräche, siehe dessen Aufz. vom 1. Dezember, PA, R 28957.

<sup>1</sup> Aufz. Stresemanns vom 22. November 1928, ADAP, Serie B, Bd. X, S. 376-83 (zur späten Entstehung der Aufz., ebd. Anm. 1, zur Aufz. Gilberts Anm. 2).

Mein Gespräch mit Gilbert vom 14. November 1928:<sup>2</sup>

Gilbert gestand mir, die gestrige Unterredung mit Stresemann sei von Mißverständnissen offenbar nicht ganz frei gewesen.

Frage des Zusammenhangs der Reparationen und der interalliierten Schulden. Gilbert verbreitete sich über die Absichten Poincarés.

Ich sagte Gilbert unter anderem, ich hätte ihn stets davor gewarnt, daß Poincaré bei seiner ganzen Einstellung uns noch die größten Schwierigkeiten machen werde. Er habe mir damals erwidert, er glaube nicht, daß wir von Poincaré Schwierigkeiten zu erwarten hätten. Wer habe Recht behalten? Herr Gilbert erwiderte, so optimistisch habe er sich doch nicht über Herrn Poincaré geäußert usw. ... Gilbert versuchte mehrfach meine Bedenken gegen gewisse Mitteilungen des Herrn Poincaré abzuschwächen.<sup>3</sup>

Ich fragte Herrn Gilbert, ob er auch angesichts der letzten Entwicklung glaube, daß jetzt der richtige Zeitpunkt da sei, um die Reparationsfrage mit Aussicht auf Erfolg in Angriff zu nehmen. Er erwiderte mit starker Betonung, nach wie vor sei er absolut der Ansicht, daß der Moment für eine Regelung der Reparationsfrage gekommen sei.

Ich fragte Herrn Gilbert zweitens, ob unter den gegebenen Umständen die Sache im Endeffekt nicht so teuer für uns werde, daß es für uns unmöglich sei, sie anzunehmen. Er erwiderte, daß er eben stets angedeutet habe, daß die Lösung für uns nicht billig sein würde. Er könne aber nochmals wiederholen, seiner festen Überzeugung nach werde sie jetzt immer noch billiger für uns werden, als wenn wir warteten und eventuell gezwungen würden, eine Lösung in einem Augenblick zu finden, der uns sehr unangenehm sei.

Das weitere Gespräch sehr interessant.

## 197

### Von Schubert an Ministerialdirektor Köpke Lugano, 10. Dezember 1928

*Durchschrift. PA, R 29420.*

Persönlich!

Mein lieber Herr Köpke!

Ich wäre sehr stolz, wenn es mir gelingen würde, Ihnen dieses Mal mit einem Brief zuzuvorkommen! Jedenfalls will ich den Versuch machen.

---

<sup>2</sup> Ebd., S. 315-22.

<sup>3</sup> In einer weiteren Notiz (Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. C, Bd. 18, R 28956) über dieses Gespräch heißt es: „Als im Verlaufe des Gesprächs Gilbert sagte, er sei der Überzeugung, daß Herr Poincaré sich uns gegenüber nur loyal zeigen wolle, indem er uns ganz klar von vornherein über den französischen Standpunkt aufkläre, sagte ich Herrn Gilbert (wie ich notiert habe, erneut), ich hätte kaum je einen Mann gesehen, der so sehr von Herrn Poincaré eingewickelt worden sei, wie Parker Gilbert.“

Bisher ist folgendes passiert. Gestern hat Herr Briand Herrn Stresemann hier im Hotel aufgesucht.<sup>1</sup> Die Unterhaltung dauerte länger als Briand offenbar ursprünglich beabsichtigt hatte, nämlich 1 ½ Stunden. Zu gleicher Zeit empfing ich den Besuch des Privatsekretärs von Chamberlain, Selby.<sup>2</sup> Heute war eine kurze und uninteressante Ratssitzung mit allgemeiner herzlicher Begrüßung. Heute nachmittag wird der Minister Chamberlain sehen. Bei mir hat sich u.a. Herr Vasconcellos angesagt, der mir eine „sehr wichtige Sache“ erzählen will.<sup>3</sup> Mir liegt vorläufig nur ein Telegramm unseres Freundes Baligand vor, das ich leider in keiner Weise verstehen kann. Ich habe daraufhin ja um Material gebeten. Sollte dasselbe noch nicht hier sein, wenn ich Vasconcellos sehe, so werde ich nach berühmtem Rezept mich „ganz rezeptiv“ verhalten.

Der Minister hat ja gestern höchst eigenhändig den Teil des Gespräches mit Briand nach Berlin telegraphiert, der über Reparationen handelt.<sup>4</sup> Wie der Minister mir heute erzählte, kam Herr Briand, um von anderen Dingen abzulenken, immer wieder auf die Reparationsfrage zurück. Briands Ankündigung, daß wir „die Antwort der Gegenseite“ demnächst, vielleicht schon heute erhalten würden, hat mich etwas bestürzt. Denn ich hatte angenommen, daß zunächst einmal Poincaré seine Konversation mit Hoesch<sup>5</sup> fortsetzen würde. Wir müssen befürchten, daß in der Antwort, auch vielleicht in bezug auf die Einladung der Amerikaner durch die Reparationskommission, Sachen stehen, welche den Fortgang der Verhandlungen sehr erschweren. Ich werde jedenfalls dafür sorgen, daß möglichst die Gespräche über die Reparationsfrage hier nicht vertieft werden, damit kein Durcheinander entsteht.<sup>6</sup> Andererseits rechne ich darauf, daß uns mit größter Beschleunigung jede Neuigkeit in der Reparationsfrage zugeht.

Der Minister hat ferner heute ein zweites Telegramm über den Teil seines Gespräches mit Briand nach Berlin gesandt, der von der Anschlußfrage handelt,<sup>7</sup> und

<sup>1</sup> Im Rahmen der Tagung des Völkerbundsrates; Aufz. Stresemanns vom 10. Dezember 1928, ADAP, Serie B, Bd. X, S. 476-82. Am 9. Dezember sprach Stresemann auch mit Chamberlain, Aufz. Stresemanns, ebd., S. 460-65.

<sup>2</sup> Mit ihm hatte Schubert die Reparationsverhandlungen, die englische Haltung zur Rheinlandräumung, die Abrüstungsfrage, die Zukunft der Politik der Locarno-Mächte und die französischen Sicherheitsinteressen besprochen, Aufz. Schuberts, 9. Dezember 1928, ebd., S. 465-68.

<sup>3</sup> Aufz. Schuberts über seine Begegnung mit Vasconcellos vom 10. Dezember 1928.-PA, St.S., Vötag, Bd. 11.

<sup>4</sup> ADAP, Serie B, Bd. X, S. 476 Anm. 1.

<sup>5</sup> Zum Beginn dieser Besprechungen siehe Dok. 195 Punkt 18, 20, 22, 25; zum Ergebnis Krüger, Außenpolitik, S. 467f.

<sup>6</sup> In der Unterhaltung mit Selby am 9. Dezember hatte Schubert zu dem Thema geäußert: „Ich ließ mich aber auf weitere Einzelheiten nicht ein, sondern sagte nur, mich langweilten diese Vorverhandlungen erheblich, denn über das Prinzip, daß die Sachverständigen unabhängig und gleichberechtigt sein sollten, sei man sich doch klar. Andererseits sei klar, daß wir uns vor Herrn Poincaré sehr vorsehen müßten, der außerordentlich knifflig in bezug auf Formulierungen sei und in späteren Zeiten immer wieder auf seine berühmten Formulierungen zurückkomme. Jedenfalls seien wir der Ansicht, daß hier nicht der Ort sei, um diese Frage zwischen den drei obengenannten Herren [Briand, Stresemann, Chamberlain] zu diskutieren.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. X, S. 465f.

<sup>7</sup> Erster Teil mit Tel. vom 9., zweiter Teil vom 10. Dezember, PA, R 28958.

zwar im Hinblick darauf, daß der Herr Reichskanzler morgen vor der deutschen Presse sprechen will.

Die Aufzeichnung des Ministers über sein Gespräch mit Briand ist noch nicht ganz fertig. Es ist fraglich, ob sie mit heutigem Kurier nach Berlin gehen kann. Jedenfalls hoffe ich, sie morgen auf jeden Fall expedieren zu können. Eine Aufzeichnung über mein Gespräch mit Selby füge ich bei.<sup>8</sup>

Über das Gespräch kann ich vorläufig nur so viel sagen, daß Briand natürlich die Situation so dargestellt hat, als ob in bezug auf die Locarno-Politik usw. alles in schönster Butter sei. Der Minister hat ihm selbstverständlich entsprechend erwidert. Im übrigen mußte das Gespräch abgebrochen und wird fortgesetzt werden.

Das Wetter ist hier saumäßig. Die Gegend ist aber so schön, daß man das weniger empfindet als in dem scheußlichen Genf.

Dem Minister geht es, unberufen, recht gut. Er geht abends früh ins Bett und schont sich sehr. Hoffentlich kann er das auch weiter durchführen.

Natürlich sind in großer Aufmachung auch die Saarleute eingetroffen.<sup>9</sup> Ich habe sie aber noch nicht gesehen.

Mit herzlichsten Grüßen bin ich  
Ihr stets getreuer

198

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichsminister Stresemann  
(gekürzt)  
Lugano, 12. Dezember 1928**

*Original. PA, R 29420.*

Für das bevorstehende Gespräch mit Herrn Briand, sowie das Gespräch mit Briand und Chamberlain zusammen, welches hierauf folgen soll,<sup>1</sup> hielt ich heute nachmittag dem Herrn Reichsminister einen kurzen Vortrag.<sup>2</sup> Ich regte Folgendes an:

---

<sup>8</sup> Siehe Anm. 2.

<sup>9</sup> Über die Saarverhandlungen des Völkerbundsrates siehe die Aufz. Voigts vom 10. und ca. 20. Dezember 1928. ADAP, Serie B, Bd. X, S. 482-86, 564-66.

---

<sup>1</sup> Hier fügte Schubert hschr. ein: „zu 3: Dieses Gespräch fand heute nicht mehr statt, weil keine Zeit mehr war. Es fand am 13. statt.“

<sup>2</sup> Bis dahin hatte Stresemann sich nur mit Briand und Chamberlain alleine unterhalten. Siehe Dok. 197 Anm. 1. Am 12. Dezember sprach Stresemann mit Briand, Aufz. Schmidts, ADAP, Serie B, Bd. X, S. 496-503. Am 13. fand schließlich das Dreiergespräch statt, Aufz. Schmidts vom 14. Dezember, ebd., S. 519-26.

I. Briand:

1.) Briand wäre noch auseinanderzusetzen, daß aus allgemein politischen Gründen die Rheinlandräumung notwendig<sup>3</sup> ist. Dabei machte ich auf folgende Punkte aufmerksam. Augenscheinlich mache die Gegenseite jetzt in Optimismus in bezug auf die sogenannte Gesamtregelung, indem sie erstens sagt, die Reparationsfrage käme ja jetzt in Fluß und außerdem durchblicken läßt, daß die Reparationsfrage günstig geregelt werden wird. Es wäre deshalb gut, Briand darauf hinzuweisen, und auch Chamberlain, daß vor einem übertriebenen Optimismus durchaus gewarnt werden müsse. Es kann auch so kommen, daß das Expertenkomitee ein Resultat erzielt, bei dem es zweifelhaft ist, ob die Deutsche Regierung es annehmen und diese Annahme zu Hause durchsetzen kann. Dies wird aber außerordentlich erschwert, wenn im übrigen die Politik nicht in Ordnung ist, wenn in der Rheinlandräumungsfrage garnichts vorgewiesen werden kann usw.

2.) Gegenüber Briand auf die Schlichtungskommission einzugehen, dürfte sich nicht empfehlen. Wenn Briand davon anfängt, wäre dieselbe Sprache zu führen, wie gegenüber Chamberlain. Der Minister habe Herrn Chamberlain bekanntlich gesagt, vielleicht könne man die Kommission bis 1935 einsetzen und dabei stipulieren, man wolle ½ Jahr vorher zusammen kommen, um zu sehen, ob die Kommission sich wirklich so bewährt habe: eventuell könne man dann beschließen, sie über 1935 hinaus bestehen zu lassen.<sup>4</sup>

Der Herr Reichsminister sagte mir, diese Bemerkung habe sich aus dem Gespräch heraus ganz natürlich ergeben; eine besondere Bedeutung sei ihr nicht beizumessen.<sup>5</sup>

Ich wies ferner darauf hin, daß Herr Gaus bereits dem Minister ja gesagt habe, bei dieser Gelegenheit wäre es gut, der Gegenseite zu sagen, zu welchem Zwecke sie denn eigentlich die Einsetzung dieser Kommission betreibe: ob denn damit die

<sup>3</sup> Schuberts Unterstreichungen im Text sind hschr.

<sup>4</sup> Markierungsstrich am Rand. – Aufz. Stresemanns vom 9. Dezember 1928, S. 464f.

<sup>5</sup> Briand kam in der Dreierzusammenkunft auf die Schlichtungskommission zu sprechen. Stresemann erklärte Schubert gegenüber am 17. Dezember, „die Sache habe sich so abgespielt, daß er – der Herr Reichsminister – in bezug auf die Verhandlungen stets als Thema von der Rheinlandräumung gesprochen habe, Herr Briand aber von der Schlichtungskommission“-Aufz. Schuberts, ebd., S. 537. Und zur Frage des Verfahrens habe er „sich ungefähr folgendermaßen geäußert. Er habe gesagt, zunächst gebe es doch den diplomatischen Weg, falls irgendwelche Zwischenfälle im Rheinland sich ereigneten. Sollt sich wider Erwarten dieser diplomatische Weg dann nicht als ausreichend herausstellen, so könnte man ja, bevor Frankreich an den Völkerbund wegen eines Investigationsverfahrens herantrete, sich über irgendeine Art der Vermittlung verständigen. Hierüber wiederum könnte man ja dann eine generelle Verständigung treffen.“-Ebd., S. 537. Außerdem teilte Stresemann mit: „Wenn die Reparationsverhandlungen zu einem guten Ergebnis führen, so soll, wie Herr Chamberlain besonders betonte, das Rheinland von allen Truppen befreit werden, wobei Herr Chamberlain besonders unterstrich, daß von einer etappenweisen Räumung keine Rede sein kann. Bei dieser Gelegenheit sagte mir der Herr Reichsminister, Herr Sauerwein habe ihm gestern erzählt, Parker Gilbert habe in Paris eine etappenweise Räumung (in Verbindung mit der Kommerzialisierung der Dawes-Plan-Bonds usw.) angeregt, Gilbert schein allmählich sich als internationaler Botschafter aufzuspielen. Ich erwiderte, daß sei doch recht interessant angesichts der Tatsache, daß Gilbert auf eine Rückfrage des Herrn Hilferding kategorisch erklärt habe, über die Rheinlandräumung habe er nicht gesprochen, das sei nicht seine Sache.“-Ebd., S. 538.

Absicht verbunden sei, aus dem Rheinlande herauszugehen. An sich sei ich auch der Ansicht, daß es gut sei, eine solche Bemerkung zu machen. Nur wolle ich eine gewisse Warnung aussprechen. Die Sache dürfe nicht so verlaufen, daß die Gegenseite dann sage, jetzt hätten sie uns soweit, daß wir uns in Unterhandlungen über die Kommission einließen: es werde daher ein Leichtes sein, uns auf die Kommission festzunageln und uns wegen der Räumung aber nur mit vagen Versprechungen abzuspeisen.<sup>6</sup>

3.) Ich machte den Herrn Reichsminister auf seine mündliche Mitteilung aufmerksam über den mysteriösen Vorschlag Briands, wegen der Finanzierung der Reparationszahlungen den Völkerbund zu befassen. (Der Minister bestätigte mir übrigens, diesen Punkt mit Absicht nicht in seine Aufzeichnung aufgenommen zu haben.) Ich sagte dem Minister, dieser Punkt stimme mich etwas bedenklich. Der Minister wisse ja, daß Herr Poincaré z.B. Herrn von Hoesch öfters gesagt habe, Frankreich und Deutschland sollten Arm in Arm Amerika gegenüberreten. Dieser neue mysteriöse Vorschlag Briands schiene mir auch eine Spitze gegen Amerika zu enthalten. Man müsse sich, glaubte ich, sehr vorsehen.

4.) Was die Reparationsfrage anlange, so schlug ich vor (der Minister hatte die beiden Telegramme aus Berlin über die Unterhaltung Hoesch-Poincaré<sup>7</sup> nur flüchtig und nur zum Teil gelesen) irgendwelche Besprechungen über Details abzulehnen.<sup>8</sup> Der Minister würde am besten nur ganz allgemein sagen können, die Kommission solle bald zusammentreten, nachdem doch das Prinzip der Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der Experten voll anerkannt sei. Außerdem aber

<sup>6</sup> In der Unterredung Schubert/Stresemann am 17. Dezember fragte sich Stresemann, warum nicht bereits vorher deutsche Vorschläge gemacht worden seien: „Bei der Gelegenheit sagte mir der Herr Reichsminister, er habe nie recht verstanden, warum im September in Genf der Presse so stark gesagt worden sei, daß wir keinen Vorschlag gemacht hätten. Es sei doch eigentlich schade, daß wir solchen Vorschlag nicht gemacht hätten. Denn in der Zwischenzeit hätte man doch hierüber verhandeln können. Ich erwiderte, die Sache sei damals in Genf recht schwierig gewesen. Herr Gaus habe bekanntlich einen Vorschlag ausgearbeitet [Siehe ebd., S. 64f., sowie Dok. 193], der auch nach Berlin gegangen, aber vom Kabinett abgelehnt worden sei. Die Tatsache, daß ein solcher Vorschlag ausgearbeitet worden sei, sei leider bekannt geworden und habe zu allerlei sehr unerwünschten Kommentaren Anlaß gegeben. Das Schlimme sei eben gewesen, daß der ganze Fragenkomplex ständig in den Delegationssitzungen besprochen worden sei, schon hierdurch seien Indiskretionen entstanden. Es sei noch hinzugekommen, daß verständlicherweise die Verhandlungen, die der Herr Reichskanzler geführt hätte, in etwas kurzer Form geführt worden seien. Wenn man alle diese Umstände zusammenhalte, so sei daraus ersichtlich, wie gefährlich es gewesen sei, schon damals in Genf Vorschläge zu machen. Es sei notwendig gewesen, die Sache mindestens bis zur Dezembersitzung zu vertagen. Der Herr Reichsminister schien meine Ausführungen einleuchtend zu finden. Er sagte mir, er glaube, man müsse in Zukunft vermeiden, im September überhaupt über hochpolitische Themata zu sprechen. Ich stimmte ihm zu.“-Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. X, S. 537f.

<sup>7</sup> Siehe Hoeschs Tel. vom 11. Dezember 1928, ebd., S. 491-96.

<sup>8</sup> In einer Unterredung mit Stresemann am 13. Dezember vor dem Dreiergespräch wiederholte Schubert seine Warnung: „Ich machte den Herrn Reichsminister darauf aufmerksam, daß die Reparationsverhandlungen nach den neuesten Telegrammen aus Paris allmählich wirklich unerträglich würden. Ich riet davon ab, Einzelheiten mit den Herren zu besprechen. Ich empfahl, lediglich hervorzuheben, daß die Sache nun endlich geregelt werden müsse.“-Aufz. Schuberts, PA, R 29420.

müsse er wohl (siehe oben) einen gewissen Skeptizismus gegenüber dem Ausgehen der Experten-Besprechungen an den Tag legen.

## II. Chamberlain:

[...]<sup>9</sup>

3.) Ich sagte dem Herrn Reichsminister, daß, wie ich festgestellt hätte, er die Frage des französisch-englischen Seeabkommens und die Frage der trained reserves Chamberlain gegenüber bisher nicht erwähnt hätte. Ich hätte zwar sowohl Rumbold als auch Selby gegenüber, wie er wisse, unseren Standpunkt hierzu dargelegt, ich empföhlte aber doch, daß auch der Herr Reichsminister dies Chamberlain gegenüber noch einmal tue. Einmal, weil das Benehmen der Engländer in der Frage der trained reserves politisch symptomatisch sei. Zweitens aber wegen der Zukunft, denn es sei wohl damit zu rechnen, daß die Seeverhandlungen zwischen Frankreich, England und Amerika weitergehen würden. Es sei nicht ausgeschlossen, daß auch dabei wieder die Landabrüstung hineinspielen werde. Man muß meiner Ansicht nach Chamberlain klar machen, daß wir es unerträglich finden würden, wiederum vor ein fait accompli gestellt zu werden.<sup>10</sup>

Der Herr Reichsminister stimmte meiner Meinung, daß es nützlich sei, Herrn Chamberlain hierauf noch einmal anzusprechen, zu, meinte aber, daß er hierüber doch nur mit Chamberlain allein sprechen könne, was ich bejahte.<sup>11</sup>

## III. Allgemeines.

1.) Der Minister hatte heute vormittag mit mir die Idee ventiliert, ein Communiqué mit den beiden Herren zu vereinbaren, etwa so, daß gesagt würde, unbesch-

<sup>9</sup> Unter 1.) und 2.) kam Schubert auf mit der Reparationsfrage verknüpfte innenpolitische Vorgänge in Großbritannien zu sprechen.

<sup>10</sup> Zum international viel erörterten britisch-französischen Abrüstungskompromiß vom Juli 1928, der die politische Möglichkeit einer Wiederbelebung der Entente ohne Deutschland enthielt, ADAP, Serie B, Bd. X, S. XV. Schubert hatte Rumbold am 6. Dezember 1928 erklärt: „Ich erwiderte, rein technisch gesprochen erschiene es mir doch recht zweifelhaft, ob eine Landabrüstung unter Ausschluß der ausgebildeten Reserven überhaupt einen Zweck habe und überhaupt als ein Fortschritt angesehen werden könnte. Jedenfalls müßte ich ihm offen sagen, daß wir meines Dafürhaltens Anlaß hätten, um uns über das ganze Vorgehen der Engländer in dieser Frage recht beschwert zu fühlen. Wenn ich der Ansicht seien müßte, daß dieses ganze Kapitel abgeschlossen sei, so hätte ich vielleicht keinen Anlaß, mich noch lange damit aufzuhalten. Ich hätte aber doch Anlaß zu dem Glauben, daß die Engländer erneut versuchen würden, in der Frage der Seeabrüstung mit Frankreich und Amerika weiterzukommen. Wir hätten, insoweit eine Einigung über die Seeabrüstung die Abrüstung im allgemeinen fördern könnte, durchaus ein Interesse an solchen Verhandlungen, deren Einzelheiten uns vielleicht angesichts unserer minimalen Marine weniger interessierten. Sollte aber die Frage der ausgebildeten Reserven dann wieder eine Rolle spielen, dann allerdings hätten wir ein großes Interesse an dem Verlauf solcher Verhandlungen. In diesem Falle aber, das müsse ich offen sagen, rechneten wir bestimmt darauf, daß man uns auch in irgendeiner Weise an der Sache beteiligen und nicht wie bisher hinter und auf unserem Rücken Vereinbarungen auch über die Landabrüstung treffen würde.“-Aufz. Schuberts, Ebd., S. 455f.

<sup>11</sup> In Stresemanns Gespräch mit Briand am 12. Dezember sprach Briand gleich zu Beginn dieses Thema an. Stresemann erwiderte ganz im Sinne Schuberts, Aufz. Schmidts, ebd., S. 496f.



det des Rechtsstandpunktes sei festgestellt worden, daß man alles tun wolle, um im Interesse der Verständigung die Rheinlandräumung zu fördern. Ich sagte dem Minister, ein solches Communiqué könne sehr gefährlich werden, wenn es nicht sehr gut würde. Der Minister erwiderte, indem er mir eine etwas breitere Formulierung sagte. Ich entgegnete, eine solche Formulierung würde mir natürlich nützlich erscheinen. Ich müsse aber abermals vor einem solchen Communiqué warnen.<sup>12</sup> Denn wenn es nicht sehr gut würde, so würde man mit Recht uns den Vorwurf machen, daß dieses Communiqué nur den Zweck haben solle, den Tatbestand, der für uns ungünstig sei, zu verschleiern. Ich erinnerte an das auch etwas verunglückte Genfer Communiqué.<sup>13</sup>

2.) Ich sagte dem Herrn Reichsminister, vielleicht würden die Herren auch über die Abrüstung reden. Herr Colban habe mir heute morgen gesagt, er werde nicht von Lugano abreisen, ohne von den Herren Chamberlain, Briand und Stresemann genaue Instruktionen darüber empfangen zu haben, was er Herrn Loudon sagen solle. Werde daher der Herr Reichsminister von den beiden Herren darauf angesprochen, so würde ich raten, folgenden Standpunkt einzunehmen. Wir seien der Meinung, daß der im September gefaßte Beschluß des Völkerbundes<sup>14</sup> ausgeführt werden müsse, wonach die Commission Préparatoire au Début des nächsten Jahres zusammentreten solle. Ferner müsse man unbedingt verlangen, daß die Commission Préparatoire sich befassen müßte mit sämtlichen Gegenständen, auch mit der Seeabrüstung. Graf Bernstorff habe mir gesagt, er habe vor, in der Commission Préparatoire, falls etwa bezüglich der Arbeiten der Commission Préparatoire Schwierigkeiten unter Hinweis darauf gemacht werden sollten, daß vorläufig mangels einer Einigung unter den hauptsächlich interessierten Mächten nichts auf dem Gebiete der Seeabrüstung geschehen könne und daß daher die ganze Sache am besten zu vertagen sei, zu beantragen, daß Unterkommissionen eingesetzt werden könnten, eine für die Seeabrüstung und andere für verschiedene Punkte der Landabrüstung. Die Seeabrüstungs-Unterkommission könne dann sich ja schließlich auf einige Zeit vertagen. Ich sagte, ob jetzt Briand und Chamberlain gegenüber dieser Punkt schon besonders berührt werden könnte, das müsse ich vorläufig noch dahingestellt sein lassen.<sup>15</sup>

Sch[ubert]

<sup>12</sup> Am 13. Dezember – siehe Anm. 8 – kam Schubert abermals darauf zu sprechen: „Ich machte den Herrn Reichsminister aufmerksam auf die Gefährlichkeit eines gemeinsamen Communiqués. Jedenfalls bäte ich ihn, sich auf eine Formulierung an Ort und Stelle nicht festzulegen, sondern sich zu irgendeiner Formulierung die Stellungnahme nach Rücksprache mit uns vorzubehalten.“-Aufz. Schuberts, PA, R 29420, außerdem Dok. 193 zum Communiqué vom 16. September 1928. Siehe auch Aufz. Schubert/Stresemann vom 14. Dezember, ADAP, Serie B, Bd. X, S. 515f. Nachdem Stresemann am 14. Dezember Schubert über einen Kommuniqué-Entwurf, der in der Dreiersitzung entstanden war, informiert hatte – Aufz. Schuberts, ebd., S. 526 – erarbeiteten Gaus, Schubert und Stresemann am 15. Dezember einen deutschen Gegenvorschlag, ebd., S. 530-33.

<sup>13</sup> Vom 16. September 1928; ADAP, Serie B, Bd. X, S. 82 Anm. 3.

<sup>14</sup> Darüber Runderlaß des AA vom 12. Oktober 1928; ADAP, Serie B, Bd. X, S. 174-76.

<sup>15</sup> Über die Aufz. betr. das Dreiergespräch (Anm. 2) äußerte sich Schubert am 17. Dezember sehr kritisch: „Bei dieser Gelegenheit bat ich den Herrn Reichsminister, er möge sich

## Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichsminister Stresemann Lugano, 17. Dezember 1928

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol 4, Fasz. Nadolny.*

Ich sagte dem Minister vor meiner Abreise von Lugano, er hätte mir neulich gesagt, daß zwei Missionschefs sich bei ihm brieflich darüber beschwert hätten, daß sie nicht Botschafter geworden seien.

Der Herr Reichsminister erwiderte, er habe soeben einen sehr langen Brief von Herrn Nadolny<sup>1</sup> erhalten, den er aber noch nicht gelesen hätte. Ferner habe neulich Herr Rümelin an ihn geschrieben. Endlich habe er einen Brief von Herrn Dufour bekommen, der auch gestern beim Abendessen sich darüber beklagt habe, daß er sich in Genf garnicht wohl fühle.

Zugleich habe Herr Dufour davon gesprochen, daß ihm ein industrielles Angebot gemacht worden sei. Er – der Minister – sei der Ansicht, daß es sich dabei wahrscheinlich um die Hapag handele. Herr Dufour habe bei diesem Gespräch übrigens erklärt, er habe an mich die Frage gestellt, ob er darauf rechnen könne, nach regulärer Beendigung seiner Tätigkeit im Völkerbunde, also in etwa drei Jahren, wieder eine Verwendung im diplomatischen Dienst Deutschlands zu finden und

---

doch noch einmal die Aufzeichnungen des Herrn Schmidt ansehen und sie verbessern. So, wie die Aufzeichnung jetzt vorliege, sei sie nicht zu verwenden. Der Herr Reichsminister sagte mir, die Aufzeichnung sei allerdings unzulänglich, weil Herr Schmidt dieses Mal keine Gelegenheit gehabt habe, mitzuschreiben. Er wolle sich die Aufzeichnung aber noch einmal ansehen.“-Ebd., S. 538. Schon vorher, am 14. Dezember hatte Stresemann Schubert von Korrekturen berichtet, ebd., S. 515f. – Über seine Aufz. vom 17. Dezember (ebd., S. 536-39) notierte Schubert (Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33 zu PA, St.S. Vötag, Bd. 11; R 29420) später: „Meine Aufzeichnung über das Gespräch, das ich am Bett Stresemanns hatte, der in Lugano zurückblieb. Ich schlug ihm vor, wie ich in Berlin über das Resultat von Lugano referieren solle.“

---

<sup>1</sup> Nadolny hatte versucht, hinter Stresemanns Rücken über Hindenburg seine Versetzung aus der Türkei auf den durch den Tod Brockdorff-Rantzaus am 8. September 1928 vakanten Moskauer Posten zu erreichen. Siehe dazu Pünders Aufz. vom 28. September 1928, ADAP, Serie B, Bd. X, S. 133-36; Schuberts Schreiben an Stresemann vom 29. September und vom 12. Oktober, ebd., S. 141 und S. 170-73; Schneiders Brief an Stresemann, 20. Oktober, ebd., S. 198-201; Stresemanns Aufz., 18. November, ebd., S. 358-62. Nach langen Auseinandersetzungen beugte sich Hindenburg schließlich am 22. November 1928 dem Druck des AA, Schreiben Hindenburgs an Stresemann, ebd., S. 385f. Am 30. November 1928 sprach Schubert mit Stresemann über die Angelegenheit: „Der Herr Reichsminister sagte mir, solche Gerüchte [auch über die Neubesetzung in London] seien doch recht unerfreulich, da sie dazu führen könnten, daß Herr Sthamer den Abschied vorzeitig einreichen könnte. Er werde übrigens auch einen Brief an den Reichspräsidenten senden und für sich jede Verantwortung ablehnen. Ich fragte den Herrn Reichsminister, was er gedenke, morgen Herrn Nadolny zu sagen. Der Reichsminister erwiderte, er werde Herrn Nadolny lediglich sagen, daß er für später für einen anderen Botschafterposten in Aussicht genommen sei. Er wolle dabei aber keinen Posten nennen.“-Aufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Pol 4, Fasz. Nadolny. Dort auch weiteres Material.

einen guten Posten zu erhalten. Ich hätte ihm erwidert, das könne ich ihm nicht zusagen.

Ich erwiderte, Herr Dufour habe unser Gespräch vollkommen falsch wiedergegeben. Herr Dufour habe mich vielmehr ebenfalls auf das industrielle Angebot hingewiesen, über das er sich bald zu entscheiden hätte. Hieran anknüpfend habe mich Herr Dufour gefragt, ob er in absehbarer Zeit, d.h. vor Ablauf seiner regulären Tätigkeit beim Völkerbund, darauf rechnen könne, einen guten und interessanten Posten in unserem Dienst zu erhalten. Hierauf hätte ich ihm erwidert, das könne ich ihm nicht zusagen.

Der Herr Reichsminister erwiderte, das sei allerdings etwas ganz anderes. Im übrigen verstehe er nicht ganz, warum Herr Dufour sich so ganz unglücklich fühle. Herr Dufour habe ihm gesagt, der Direktorposten, den er jetzt bekleide, sei ganz uninteressant. Der einzige interessante Direktorposten sei der des politischen Direktors, den aber Deutschland nicht erhalten könne. Der Herr Reichsminister fügte hinzu, er verstehe trotzdem nicht recht, warum aus dem Posten, den Herr Dufour augenblicklich einnehme, nicht mehr zu machen sei, da er doch Gelegenheit biete, viele Leute kennenzulernen usw.

Ich erwiderte, auch ich sähe das nicht ganz ein. Herr Dufour sei eben seiner Natur nach ein sehr heftiger Arbeiter, der sich leider häufig aber auch in Kleinigkeiten verliere. So habe er im letzten Jahre über 350 Briefe nach Berlin geschrieben.

In diesem Zusammenhang erzählte mir der Herr Reichsminister, Herr Dufour habe gesagt, das Schlimme sei, daß er auf seine Briefe von mir nie eine Antwort erhalte.

Ich erwiderte, die wenigsten Briefe, die Herr Dufour nach Berlin schreibe, seien nicht an mich gerichtet. Außerdem seien die Briefe reichlich verworren, sodaß es recht schwer sei, darauf zu antworten.

Der Herr Reichsminister sagte mir schließlich, er habe natürlich auch Herrn Dufour keinerlei Zusage machen können. Auf eine Bemerkung von mir fügte er hinzu, selbstverständlich komme Herr Dufour für London nicht in Frage. Auf der anderen Seite, so meinte der Minister, sei es ja recht und billig, Herrn Dufour nach Ablauf seiner Tätigkeit eine Belohnung dadurch zu gewähren, daß man ihm einen guten Posten verschaffe. Da Herr Dufour dann 63 Jahre alt sei, handele es sich ja nur noch um 2 Jahre. Er habe aber Herrn Dufour gesagt, er könne ihm schon deshalb für die Zeit in drei Jahren keine Zusage machen, weil er doch garnicht wisse, ob er – der Reichsminister – dann noch lebe, seinen Posten noch inne habe usw.

---

**Kapitel 4.4**  
**Von den Reparations- und Räumungsverhandlungen**  
**bis zur Ernennung von Schuberts zum Botschafter in Rom**  
**(Januar 1929 bis Juni 1930)**

200

**Stellungnahme von Schuberts vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages**  
**(Auszug)**  
**Berlin, 19. März 1929**

*Protokollabschrift. PA, R 29213.*

[...]<sup>1</sup>

Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Verhandlungen der letzten Ratssitzungen des Völkerbundes,<sup>2</sup> führt Staatssekretär von Schubert folgendes aus:

Wenn ich hier mit möglichster Kürze über die Verhandlungen in Genf berichte, so möchte ich erst bemerken, daß die Frage der Minderheiten in Genf in einer Weise behandelt worden ist, wie das, glaube ich, noch niemals der Fall gewesen war. Ich glaube, daß sich das ganze Interesse der jetzigen Tagung allein auf diese Frage konzentriert hat. Diese Frage ist auch insofern sehr wichtig, als sie eine außerordentlich interessante Vorgeschichte hatte. Ich glaube auch, daß es meine Aufgabe sein wird, weniger über die materiellen Punkte zu referieren, weil Sie die ganzen Dokumente usw. bereits durch die Presse kennengelernt haben. Vielmehr wird es meine Aufgabe sein, Ihnen in möglichster Kürze ein diplomatisches Bild dieser ganzen Angelegenheit zu geben.

Sie wissen, daß der Ursprung der ganzen Angelegenheit in Lugano lag, als zunächst einmal Dandurand einen Antrag stellte, nach welchem der Rat sich überhaupt mit dem Minderheitenverfahren zu beschäftigen habe, und als der Vorstoß des Herrn Zaleski erfolgte, worauf der Herr Reichsaußenminister repostierte und einen Antrag ankündigte, nach welchem sich der Völkerbund mit der Minoritätenfrage im allgemeinen zu beschäftigen hätte. Der Herr Reichsminister hat diesen Antrag nachher unter dem Titel gestellt: „Die Garantie des Völkerbundes für die Bestimmungen über den Schutz der Minoritäten“. Diese beiden Anträge des Herrn Dandurand und des Herrn Reichsaußenministers sind in einem Punkt der Tagesordnung der Ratssitzung zusammengezogen worden. Wir haben zu einem gegebenen Zeitpunkt vor der Märztagung des Völkerbundsrats eine sehr intensive diplomatische Vorbereitung eintreten lassen, und zwar vor allen Dingen in den Städten, die besonders wichtig waren, nämlich in London, Paris und Rom. Wir haben ganz

---

<sup>1</sup> Unter Tagesordnungspunkt 1 wurde der Entwurf eines Gesetzes über das Genfer Protokoll betreffend das Verbot des Gaskrieges beraten.

<sup>2</sup> Vom Dezember 1928 (Lugano) und 3.-9. März 1929 (Genf), ADAP, Serie B, Bd. X, S. XLVI, und Bd. XI, S. L sowie Schultheß', Bd. 69 (1928), S. 461-64 u. Bd. 70 (1929), S. 525-32.

kurz skizziert, worauf wir hinaus wollten, und haben gesagt, daß wir einmal verlangen würden, daß der Völkerbund generell zu dem ganzen Minderheitenproblem Stellung nehmen [müßte], und haben außerdem angekündigt, daß wir Anträge in bezug auf die Verbesserung des Minoritätenverfahrens selbst stellen wollten.

[...]³

Was unsere Einstellung für Genf anbelangt,<sup>4</sup> so haben wir nicht darauf lossteuern wollen, daß schon in Genf konkrete Beschlüsse gefaßt würden. Die Prozedurfragen sind eine außerordentlich komplizierte Sache. Wir können nicht wünschen, daß die Sache so leichtthin über der Hand erledigt würde. Unser Ziel war, die Sache auf eine höhere Basis zu stellen, denn nur so können wir hoffen, das Problem in seiner ganzen Wichtigkeit herauszustellen und eine tiefgreifende Prüfung vor aller Welt in Gang zu bringen.

Wir sind uns von vornherein darüber klar gewesen, daß wir einen sehr schweren Stand haben würden. Denn von den Minoritätenstaaten abgesehen waren im Rat England und Frankreich nicht für die Sache begeistert, auch nicht Italien. Daß die anderen Staaten, namentlich die südamerikanischen, sich ein Bein ausreißen würden, war auch nicht zu erwarten, besonders angesichts der Tatsache, daß der Chilene Villegas, der uns immer sehr gut unterstützt hatte, leider der Sitzung nicht beiwohnen konnte.

Unser Ziel war, die Sache so in Gang zu bringen, daß sich die Bundesversammlung endgültig mit ihr beschäftigen muß. Wir mußten sehr vorsichtig sein. Es bedurfte und bedarf einer sehr großen und gründlichen Vorbereitung, damit nicht in dem bekannten Genfer Milieu im September [1929] die ganze Sache in eine große Rederei ausartet, ohne schließlich zu einem praktischen Ergebnis geführt zu haben.

Einen Punkt möchte ich noch erwähnen. Es ist manchmal fälschlich davon gesprochen worden, als ob wir die Absicht gehabt hätten, eine große Denkschrift vorzubereiten, die wir im letzten Moment wieder zurückgezogen hätten. Das ist nicht richtig. Wir hatten aus taktischen Gründen davon abgesehen, vorher eine Denkschrift vorzulegen. Wenn wir uns auf bestimmte Punkte festgelegt hätten, so hätten wir der Gegenseite Gelegenheit gegeben, unsere Sache von vornherein zu bekämpfen.

In Genf haben wir hinter den Kulissen weitergearbeitet. Zunächst hat der Herr Reichsminister mit Herrn Chamberlain gesprochen.<sup>5</sup> Dieser stellte sich zunächst der Sache ganz sympathisch gegenüber. Allerdings meinte er, daß es doch falsch sei, die bisherige Tätigkeit des Dreierkomitees gänzlich in Grund und Boden zu verdammen. Er behauptete, wie er es auch nachher in seiner Rede getan<sup>6</sup> hat, daß doch immerhin Wesentliches geleistet worden sei. Ich möchte dabei etwas Menschliches erwähnen. Herr Chamberlain hat, seit es ihm politisch in England nicht sehr gut geht, seinen Ruhm in Genf finden wollen. Er hat selber in Dreierko-

<sup>3</sup> Schubert erwähnte kurz die internationale Reaktion auf den deutschen Vorschlag.

<sup>4</sup> Siehe Anm. 2.

<sup>5</sup> Am 7. März, Aufz. Stresemanns, ADAP, Serie B, Bd. XI, S. 256f.

<sup>6</sup> Chamberlain sprach am 6. März zur Minoritätenfrage, Société des Nations, Journal Officiel, Jg. X, 1929, S. 523-526.

mitees eifrig mitgearbeitet und ist infolgedessen persönlich an der Beurteilung dieser Dinge interessiert.

Sodann hat der Herr Reichsminister mit Herrn Briand gesprochen,<sup>7</sup> der wenig Enthusiasmus zeigte. Nicht uninteressant war die Haltung der Rumänen. Es wurde mit Herrn Titulescu verhandelt und auch mit dem dort anwesenden Staatssekretär Gafencu,<sup>8</sup> der sich dahin äußerte, daß Rumänien die Sache an sich unbequem sei, aber ihretwegen in keine antideutsche Front hineingeraten wolle. Die Minoritätenverhältnisse in Rumänien seien in guter Entwicklung und die Majorität sei auch der Minorität gegenüber ganz gut eingestellt. Es sei nun zu befürchten, daß dieses schöne Resultat durch eine Polemik in Genf gestört würde.

Was Kanada anbelangt, so haben wir bewußt mit Kanada keine Fühlung genommen. Das ist nun in der Presse und in der Öffentlichkeit beanstandet worden; ich glaube aber, daß unsere Haltung sehr richtig war. Ich habe ganz kurz vor der endgültigen Beschlußfassung den kanadischen Vertreter weisungsgemäß aufgesucht und mit ihm über diese Punkte gesprochen. Ich kann vertraulich sagen, daß er sich bedankt hat, daß wir keinen Konnex mit ihm aufgenommen hatten, weil sonst der Anschein erweckt worden wäre, als ob wir unter einer Decke steckten.

Ich komme nun zum Vorspiel der Genfer Verhandlungen. Kurz bevor wir nach Genf abreisten, erschien hier der litauische Vertreter [Sidzikauskas] und sagte, daß Herr Voldemaras in die Sache hineingezogen werden wollte. Er deutete dabei im Vertrauen an, daß Herr Voldemaras die Gelegenheit benutzen wollte, um gegen seinen alten Widersacher [Polen] in breitester Front vorzugehen. Wir haben dem Gesandten gesagt, daß wir große Achtung vor dem Mut und der Tatkraft seines Herrn Ministerpräsidenten hätten, daß wir aber fürchteten, daß gerade diese Art und der Ton, der durch das Vorbringen der Wilnafrage in die Debatte gebracht werde,<sup>9</sup> unabsehbare Folgen haben würden. In der Behandlung der Minoritätsfragen<sup>10</sup> wollten wir nicht einzelne Staaten angreifen, sondern wollten versuchen, die Sache auf eine höhere Basis zu stellen. Der litauische Gesandte hatte Verständnis für diese Ausführungen, nur meinte er, daß sein Herr weniger Verständnis dafür haben würde. Herr Voldemaras ist nicht nach Genf gefahren, sondern hat seinen Staatssekretär Zaunius hingeschickt, der dort einen litauischen Antrag einbrachte. Herr Zaunius hat gesagt, dies sei ihm nicht gerade angenehm, aber er hätte seinen Auftrag auszuführen.<sup>11</sup>

Der erste Akt war der, daß in einer Geheimsitzung darüber beraten wurde, was mit dem litauischen Antrag geschehen sollte. Dieser Antrag wurde einem juristischen Komitee überwiesen, das für „Nein“ entschied. Die Litauer sollten aber in

<sup>7</sup> Das Gespräch fand am 5. März statt, Aufz. Schmidts, ADAP, Serie B, Bd. XI, S. 241-43.

<sup>8</sup> Aufz. Schuberts vom 5. März 1929, ebd., S. 244. Er erklärte Gafencu: „Wir wollten einerseits das Verfahren verbessern, andererseits aber auch den Völkerbund veranlassen, ganz generell seine Stellung zu der Minoritätenfrage noch einmal zu präzisieren. [...] Schließlich sagte ich, wir wollten die Diskussion von sehr hoher Warte führen. Soweit es auf uns ankomme, solle die Diskussion nicht politisch und damit unangenehm werden.“-Ebd., S. 244.

<sup>9</sup> Vgl. zur Wilnafrage und zum litauisch-polnischen Konflikt Dok. 167, 168, 171-73, 185.

<sup>10</sup> Société des Nations, Journal Officiel, Jg. X, 1929, S. 511-32, 541, 553-60.

<sup>11</sup> Aufz. Schuberts, 3. März 1929, PA, R 29421.

einem späteren Stadium beteiligt werden, und Beschlüsse sollten, ehe sie in Kraft gesetzt werden, der litauischen Regierung zur Begutachtung und Beschlußfassung vorgelegt werden. Dies wurde in der Sitzung Herrn Zaunius eröffnet. Es entwickelte sich ein Wortgefecht zwischen ihm, dem polnischen Vertreter und Herrn Chamberlain. Herr Zaunius sprach nicht vom Wilnagebiet, aber er löckte etwas gegen den Stachel. Nachdem sein Antrag abgelehnt war, reiste Herr Zaunius ab, eine Lösung, von der er im Grunde ganz befriedigt war.

Im Verlauf der Aussprache, über welche Sie aus der Presse informiert sind, kam dann zunächst die Rede des Herrn Dandurand und dann die Rede des Herrn Reichsaußenministers, in welcher er seinen Antrag eingehend begründete, und zwar sowohl in bezug auf die grundsätzliche Stellung des Völkerbunds zu dem Problem als auch in bezug auf das Procedere.

In der darauffolgenden Nachmittagsitzung kam zunächst der Vorstoß Polens. Der Pole [Zaleski] sagte, daß eine Generalisierung der ganzen Angelegenheit auf Schwierigkeiten zu stoßen schiene, verlangte aber, daß zunächst einmal ein Dreierkomitee sich mit der Frage beschäftigte, ob durch den Antrag Dandurands den Minoritätenstaaten neue Verpflichtungen auferlegt würden. Dies war ganz offensichtlich ein raffinierter Versuch, der den Zweck verfolgte, die ganze Angelegenheit zu vertagen und versacken zu lassen. Diesem Antrag hat sich Rumänien angeschlossen. In einer ganz kurzen Rede sagte der Rumäne [Titulescu], er fände diesen Vorschlag ganz ausgezeichnet, weitere Mitteilungen zu der Sache selbst behielt er sich vor.

Hierauf folgte die Rede des Herrn Chamberlain, die vielleicht, wie ich schon vorhin sagte, aus seiner persönlichen Einstellung dem Völkerbund gegenüber zu verstehen ist. Aus dieser Einstellung heraus bezeichnete er das bisherige Verfahren als eigentlich zufriedenstellend und wies auf Erfolge hin, die erzielt worden seien. Nun kommt ein sehr wichtiger Punkt. Eingehend auf die allgemeinen Ausführungen des Herrn Reichsaußenministers ging er selber ein auf das, was sich im Jahre 1925 im Völkerbund abgespielt hätte. Damals hatte Mello Franco seine Assimilationstheorie vorgebracht, welche besagte, daß die Minoritäten nur dazu da seien, assimiliert zu werden und endgültig zu verschwinden.<sup>12</sup> Bekanntlich hatte Herr Chamberlain i.J. 1925 sich dieser Idee angeschlossen. Nun war es interessant, daß er jetzt klipp und klar erklärte, diese Mello Francosche Rede sei falsch übersetzt worden; er habe nicht die Ansicht vertreten wollen, daß es der Sinn der Minoritätenregelung sei, die Minderheiten verschwinden zu lassen. Er habe vielmehr sagen wollen, daß sie sich in den Staaten, in welchen sie lebten, staatsbürgerlich einfügen, daß sie aber kulturell nicht verschwinden sollten. Er hat mit anderen Worten seine damalige Erklärung in eindeutiger Weise zurückgezogen, was auch allgemein so aufgefaßt worden ist. Dann ist Herr Chamberlain auf die Ausführungen des Herrn Reichsaußenministers eingegangen, der auf Art. 19 [der Völkerbundssatzung] anspielte und sagte, daß er es gefährlich fände, diese Sachen in das Minderheitenproblem hineinzubringen. Endlich äußerte er sich dahin, daß es zweckmäßig sei, ein Dreierkomitee einzusetzen, welches sich mit der Sache zu be-

---

<sup>12</sup> Société des Nations, Journal Officiel, Jg. VI, 1925, S. 878f. Dazu Scheuermann, Minderheitenschutz, und Schot, Nation oder Staat?

schäftigen habe. Der Herr Reichsaußenminister hat sofort repostiert und ihn auf die Erklärung über seine Haltung im Jahre 1925 festgenagelt und hat die Bemerkung des Herrn Chamberlain über den Art. 19 wirkungsvoll zurückgewiesen.

Dann hat Briand geredet, der, wie ich weiß, eigentlich garnicht reden wollte, nachher aber doch, von seiner außerordentlichen Begabung fortgerissen, eine große Rede hielt, die nicht gerade sehr erfreulich war. Der H[er]r Reichsaußenminister hat es nicht für richtig befunden, darauf zu antworten. Die Sitzung schloß damit, daß Herr Dandurand zunächst in ziemlich temperamentvoller Weise auf verschiedene Anzapfungen, die ihm zuteil geworden waren, antwortete, und daß dann der Berichterstatter, ein Japaner [Adatci], sagte, daß die Sache geprüft und vertagt werden solle.

Es haben dann außerordentlich komplizierte Verhandlungen hinter den Kulissen stattgefunden. Dabei haben sich ganz klar 3 Strömungen abgezeichnet. Die 1. ging dahin, daß in der jetzigen Sitzung bereits die ganze Sache totgemacht werden sollte. Diese Strömung wurde vor allen Dingen von dem Ratspräsidenten, Herrn Scialoja, befürwortet, der behauptete (auch mir gegenüber in einem längeren Privatgespräch)<sup>13</sup>, es habe gar keinen Zweck, sich mit der Sache weiter zu befassen, es könnten vielleicht ein paar Änderungen in dem Minoritätsverfahren eingeführt werden, im übrigen sei es aber am allerbesten, die Sache jetzt schnell zu erledigen. Denselben bequemen Standpunkt vertraten Polen und Rumänien.

Sehr interessant war auch, daß der Rumäne am Anfang gesagt hatte, er wolle auch noch eine große Rede halten. Herr Titulescu hatte sich auch, wie ich selbst gesehen habe, ein Manuskript von 14 Seiten aufgeschrieben. Er ist aber nicht zu Wort gekommen, weil durch die Rede des Herrn Chamberlain der ursprüngliche Antrag von Polen einfach unter den Tisch gefallen ist. Es passiert ja manchmal in Genf, daß eine Sache unter den Tisch fällt.

Die 2. Strömung ging dahin, der Sache ein leises Begräbnis zu bereiten. Es sollte ein Dreierkomitee eingesetzt werden, das sich ein bißchen mit der Sache beschäftigen sollte, vielleicht auch einen kleinen Bericht erstatten sollte, weiter aber nichts. Dieser Gedanke wurde von Frankreich gefördert, in angenehmer Gefolgschaft von Polen und Rumänien.

Wir hingegen haben gesagt, daß von einer Vertagung oder einer Totmachung angesichts der ungeheuren Bedeutung der Sache in der jetzigen Session absolut keine Rede sein könnte und daß ein Dreierkomitee uns in dieser Form nicht genügen könnte.

Ich möchte dabei einschalten, daß ich vielleicht durch das, was Sie die Atmosphäre in Genf heißen, etwas beeindruckt bin, ich bin 14 mal in Genf gewesen. Ich glaube aber, daß kaum jemals eine Sitzung in Genf stattgefunden hat, die von einer solchen Spannung getragen war, wie die an dem berühmten Mittwoch. Ein Kenner des Völkerbundes sagte mir, daß diese Sitzung viel eindrucksvoller war wie die i.J. 1925, auf der Mello Franco seine berühmte These aufgestellt hatte, die bis jetzt immer wieder gespukt hat und die auch zutage trat, als ich im Juni vor[igen] J[ah]r[e]s Herrn Politis auf eine entsprechende Bemerkung zu antworten hatte.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Aufz. Schuberts vom 6. März 1929, ADAP, Serie B, Bd. XI, S. 248f.

<sup>14</sup> Siehe Dok. 186.



Wir haben also erklärt, daß uns ein Dreierkomitee nicht genüge. Wir wollten nicht direkt jetzt schon die Einsetzung einer großen Studienkommission verlangen, aber eine bessere und intensivere Behandlung der Frage. Diese Verhandlungen haben stattgefunden mit dem politischen Direktor des Völkerbundes [Avenol]. Es wurde ein Dreierkomitee vorgeschlagen, welches aus Adatci, Chamberlain und Quiñones de León bestehen sollte. Wir haben den Herren erklärt, daß die Zusammensetzung eines solchen Komitees in Deutschland auf keinen sehr großen Enthusiasmus stoßen würde, und zwar einmal im Hinblick auf die Rede des Herr Chamberlain, die doch bedeuten könnte, als ob das bisherige Verfahren doch ein wunderschönes sei und weil in dem Komitee Herr Quiñones säße, dessen Tätigkeit in Oberschlesien vor einigen Jahren ja bekannt sei.<sup>15</sup>

Wir hatten beraten, wer sonst in dieses Komitee eintreten könnte. Dabei hat sich gezeigt, daß die Auswahl der Herren in Genf für ein solches Komitee ziemlich gering ist. Frankreich und Italien kamen nicht in Frage, die Südamerikaner ebenfalls nicht. Wir haben schließlich angeregt, das Komitee zu vergrößern, vielleicht durch die Hinzuziehung von Herrn Dandurand und Herrn Dr. Stresemann, worauf der Japaner sagte, daß dann die Polen auch dabei sein möchten. Kurz und gut, die Sache ging auch nicht. Schließlich kamen wir auf eine ganz andere Idee, nämlich auf die, daß sich der Rat selber zu gegebener Zeit als Komitee konstituieren sollte. So ist es nachher auch gekommen. Ich muß sagen, daß diese Lösung eine durchaus günstige ist. Solange wir im Völkerbund sind, ist so etwas noch nicht vorgekommen. Die Sache wird sich so abspielen, daß dieses Dreierkomitee zunächst einmal die vorbereitenden Arbeiten macht. Bis zum 15. April können [nicht nur] die Minoritätsstaaten und die Antragsteller, sondern alle Staaten des Völkerbunds Material dem Komitee einreichen. Das Komitee wird sodann dieses ganze Material sichten. Dann findet eine dreitägige Sitzung des Rates als Komitee vor der eigentlichen Ratstagung statt. Eine Entscheidung hat also das Komitee nicht zu treffen.

Ich bin nach der Sitzung bei dem kanadischen Vertreter gewesen, der sehr beglückt war, da er zuerst befürchtete, daß seine Vorschläge ziemlich unter den Tisch fallen würden. Er hat mir gegenüber eine ganz interessante Bemerkung gemacht. Er sagte nämlich, daß er das Empfinden habe, daß die Anwesenheit des Herrn Chamberlain im Komitee garnicht schlecht sei, denn er wisse ganz genau, daß in England selbst neuerdings sich starke Strömungen für die Minoritäten bemerkbar machten und daß Herr Chamberlain sich vor seiner liberalen Opposition außerordentlich deutlich vorsehen müsse.

Noch ein Wort über Herrn Quiñones. Er wird immer dargestellt – ich sage das vertraulich – als ob er ein besonderer Deutschenfeind sei. Das ist in diesem Ausmaß nicht der Fall. Ich glaube vielmehr nach vielem, was ich gehört habe, annehmen zu können, daß er mehr eine vorgeschobene Figur war, die leider sehr gut funktioniert hat, daß sich aber jetzt seine Stellungnahme sehr wesentlich geändert hat. Ich glaube nicht, daß wir besondere Befürchtungen vor seiner Person zu hegen brauchen.

---

<sup>15</sup> Er war 1921 Mitglied der Vierer-Kommission des Völkerbundsrats für Oberschlesien.

Ich wiederhole also, daß bis zum 15. April alle Staaten ihr Material einreichen können. Ich brauche nicht zu versichern, daß wir bemüht sind, unser Material auszuarbeiten und einzusenden.

Ich kann keine Prognose stellen, wie die Sache auslaufen wird. Es wird einen schweren Kampf geben. Ob dann im Juni der Rat bereits bestimmte Beschlüsse fassen wird, läßt sich noch nicht übersehen. Ich könnte mir auch denken, daß der Rat noch zu keinem endgültigen Beschluß kommen könnte, daß vielleicht eine weitere Kommission eingesetzt wird; ich kann mir auch denken, was ich für richtig hielte, daß die eigentliche Entscheidung erst von der Bundesversammlung getroffen wird. Ich bin aber der Überzeugung, daß wir die Sache vollkommen nach der taktischen Seite hin in der Hand haben. Wir müssen abwarten, was der Rat als Komitee vor der nächsten Ratssitzung zustande bringt und wie sich die Verhandlungen im Rat selbst abspielen werden.

Ich glaube, daß man sagen kann, daß wir unser Ziel, nämlich eine allgemeine Besprechung des Minoritätenproblems anzubahnen, vollkommen erreicht haben, trotz der außerordentlichen Quertreibereien, die besonders Polen gemacht hat, und trotz der sehr zurückhaltenden Stellung, die auch die anderen Minoritätenstaaten eingenommen haben, und trotz der wenig zustimmenden Haltung, die Frankreich eingenommen hat. Ich glaube, dieses Ziel, daß wir uns vorläufig gesteckt haben und vorläufig auch nur stecken konnten, ist erreicht.

## 201

### **Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium General von Schleicher Berlin, 4. April 1929**

*Durchschrift. PA, R 29161.*

Geheim!

Vor einiger Zeit hatte ich mit dem General von Schleicher ein Gespräch über die Überhörung der Telefone. Ich habe heute Herrn von Schleicher noch einmal aufgesucht und von ihm Folgendes erfahren:

In der Zeit der Anwesenheit der Militärkontroll-Kommission fand eine starke Telefonüberwachung der Mitglieder dieser Kommission statt, vor allem, um rechtzeitig zu erfahren, wann eine Kontrollmaßnahme bevorstehe. Aus dieser Zeit ist in beschränktem Umfange noch eine Telefonüberwachung übrig geblieben. Es werden besonders verdächtige Persönlichkeiten der Botschaften überwacht, z.B. der französische Marineattaché Prévoux, der französische Handelsattaché Wilhelm u.a. Als dieser Dienst noch dem Hauptmann Schwantes unterstand, gingen Nachrichten, die auf diesem Weg einliefen und das Auswärtige Amt interessierten, an den Gesandten Köster. Jetzt ist dieser ganze Dienst dem General von Schleicher direkt unterstellt. Herr von Schleicher sagte mir kategorisch, daß jede generelle Überwachung strengstens verboten sei. Er selber wache darüber, daß ausschließlich spionageverdächtige Leute überwacht würden. Von einer Überwachung der Gespräche

des Auswärtigen Amtes könne absolut keine Rede sein. Er – Schleicher – habe im übrigen allein darüber zu entscheiden, was mit den eingehenden Meldungen zu geschehen habe, ob sie in den Papierkorb zu wandern hätten, ob sie dem Reichswehrminister zu übermitteln wären, ob dem Auswärtigen Amt usw. Wenn eine Nachricht das Auswärtige Amt interessieren sollte, so werde er sie mir persönlich sofort zugehen lassen.<sup>1</sup>

Sch[ubert]

202

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit König Boris III.  
von Bulgarien (gekürzt)  
Berlin, 10. April 1929**

*Durchschrift. PA, R 29374.*

[...]<sup>1</sup> Hieran anknüpfend sprach der König dann kurz über die deutsch-bulgarischen Beziehungen. Er deutete an, man dürfe es Bulgarien nicht übelnehmen, wenn es sich in den ersten schweren Jahren nach dem Kriege manchmal etwas sehr zurückhaltend benommen und auch wohl manche Dummheiten gemacht habe. Er könne aber konstatieren, daß man allgemein in Bulgarien jetzt einsehe, wie förderlich ein gutes Verhältnis, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, zu Deutschland sei. Er glaube bestimmt, daß sich diese Stimmung und der bereits vorhandene Kontakt zwischen den beiden Ländern verstärken werde. Aus diesem Grunde sei auch er sehr für die Bereinigung der Angelegenheit der Disconto-Gesellschaft.

Der König sagte dann weiter, manche Leute in Bulgarien seien für „eine Politik der starken Hand“. Er sei ganz dagegen, da er der Ansicht sei, daß das Mittel der starken Hand, zu oft angewandt, sich leicht abnutze.

Ich erwiderte, ich sei durchaus derselben Meinung. Darüber hinaus aber sei ich ferner der Ansicht, daß alle Staaten Europas sich bemühen sollten, eine einfache und geradlinige Politik zu betreiben und nicht in den Fehler vieler Vorkriegs-politiker zu verfallen, die Politik zu kompliziert zu gestalten. Leider seien in der Politik der Nachkriegszeit immer noch Anzeichen für diese Fehler der Vorkriegszeit vorhanden. Glücklicherweise aber würden solche Fehler heutzutage sehr bald erkannt. Als ein Beispiel für einen verfehlten Schachzug erwähnte ich die geheime Abmachung zwischen England und Frankreich in der Abrüstungsfrage bezüglich

---

<sup>1</sup> Daß offenbar die normalen Leitungen des AA relativ leicht abgehört werden konnten, belegt eine Zuschrift vom 21. Januar 1929, PA, R 29161.

---

<sup>1</sup> Dank für die Haltung der Reichsregierung im Streit Bulgariens mit der Disconto-Gesellschaft. Zu dem Streit siehe Dok. 186 und die Aufz. Schuberts vom 24. Januar (ADAP, Serie B, Bd. XI, S. 60-62) und 16. April 1929 (ebd., S. 401-03).

der ausgebildeten Reserven.<sup>2</sup> Ferner spielte ich auf ein Gespräch an, daß Herr Tschitscherin mit dem Herrn Reichsminister und mir vor etwa zwei Jahren gehabt habe,<sup>3</sup> in dem ich im übrigen hervorhob, daß ich natürlich vor der Intelligenz des Herrn Tschitscherin eine große Achtung hätte.

Der König erwiderte, er könne meiner Ansicht nur voll und ganz beipflichten.

Ich benutzte dann die Gelegenheit, um ein sehr lobendes Wort für die Tätigkeit des Herrn Popoff anzubringen. Ich sagte, daß erstens Herr Popoff uns stets in durchaus objektiver und richtiger Weise über die Verhältnisse in Bulgarien und auf dem Balkan orientiert habe. Ferner aber scheue sich Herr Popoff durchaus nicht, hier die bulgarischen Interessen mit aller Energie zu vertreten, wobei ich den Zusammenstoß erwähnte, den ich in der Angelegenheit der Disconto-Gesellschaft einmal mit ihm gehabt hätte.<sup>4</sup>

Der König erwiderte, er sei sehr befriedigt davon, so viel Gutes über Herrn Popoff zu erfahren. Er habe Herrn Popoff mehrfach in Berlin gehalten, als sich in Bulgarien Strömungen bemerkbar gemacht hätten, diesen Posten für einen Parteipolitiker freizumachen. Er hoffe, Herrn Popoff auch ferner halten zu können, fürchte allerdings, daß ihm das nicht mehr allzu lange gelingen würde.

Im Anschluß hieran kam der König auch auf seine eigene Stellung zu sprechen. Er sprach von seinem Vater und schilderte, wie König Ferdinand<sup>5</sup> eigentlich die Armee und die auswärtige Politik ganz allein geleitet hätte. Dann sei der Umsturz gekommen und sehr schwierige Verhältnisse seien entstanden.<sup>6</sup> Er selbst – König Boris – sei eigentlich nur noch ein gekrönter Präsident einer Republik. Er finde sich aber im Interesse seines Landes mit dieser Rolle ganz gut ab, denn er sei der Ansicht, daß man vor allen Dingen ein Volk davor bewahren müsse, daß plötzlich wieder ein großer Umschwung da sei, und daß dann das Volk dieser neuen Situation hilflos gegenüberstehe.

Ich erwiderte, ich wolle mir erlauben, hier einen Vergleich zu ziehen. Ich glaubte, das konstitutionelle Leben und seine Entwicklung in England ziemlich genau zu kennen. Ich könne daher konstatieren, daß schon seit sehr langer Zeit der

<sup>2</sup> Gemeint ist die Nichtanrechnung ausgebildeter Reserven bei der Erstellung eines Abrüstungsschemas. Die Frage war von Beginn an zwischen Frankreich und Deutschland, das im Unterschied zur französischen Wehrpflicht nur Berufsmilitär gemäß V.V. und nur geringfügige ausgebildete Reserven hatte, umstritten. Die anfangs geheime Abmachung in Form eines britisch-französischen Notenwechsels (Juni/Juli 1928) war ein Abrüstungskompromiß, der für französische Unterstützung der britischen Vorstellungen in der Seeabrüstung britische Unterstützung der französischen Haltung in der Landabrüstung vorsah und damit den Eindruck einer erneuten Entente erweckte. Jacobson, Locarno diplomacy, S. 187-92; außerdem ADAP, Serie B, Bd. IX, S. XVf., Neuraths Ber. vom 7. Februar 1929, ebd., Bd. XI, S. 103f. und die Richtlinien des AA für Bernstorff, 8. April 1929, ebd., S. 357-59, außerdem Dok. 226.

<sup>3</sup> Unklar.

<sup>4</sup> Aufz. Schuberts, 25. Juni 1928, ebd., Bd. IX, S. 226-30.

<sup>5</sup> Der aus dem Hause Sachsen-Coburg-Gotha stammende Ferdinand hatte 1887 sein Amt angetreten.

<sup>6</sup> Im Juni 1923 war es in Bulgarien zum Staatsstreich und zur Ermordung des damaligen Ministerpräsidenten Stamboliski gekommen. Im September 1923 kam es zu einem Aufstandsversuch der Kommunisten, der allerdings blutig scheiterte. Dazu: Schultheß', Bd. 64 (1923), S. 379f.

König von England die Stellung eines gekrönten Präsidenten einer Republik einnehme, wie sie König Boris für sich in Anspruch genommen habe. Der König von England fühle sich nun aber in dieser Rolle durchaus wohl und in gesicherter Stellung: es sei mein aufrichtiger Wunsch, daß auch König Boris sich noch lange Zeit in dieser Position befinden und darin wohl fühlen werde.

Der König sagte mir, er empfinde meine Bemerkung sehr angenehm.  
[...]<sup>7</sup>

203

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem Leiter des Büros  
des Reichspräsidenten Staatssekretär Meissner  
Berlin, 19. April 1929**

*Ausfertigung. PA, R 28964; Stempel: „An R. M. [Schubert hschr.] (mündlich)  
Min.-Dir. Köpke, Gaus, Ritter, de Haas, Trautmann“.*

Heute nachmittag sagte mir Staatssekretär Meissner, nach Lektüre des Telegramms des Herrn von Hoesch über seine Beurteilung der Lage in Paris und seine Einwirkung auf Herrn Schacht habe der Herr Reichspräsident bemerkt, Herr von Hoesch solle doch nicht Herrn Schacht in den Arm fallen, sondern ihn ruhig gewähren lassen.<sup>1</sup> Er habe dem Herrn Reichspräsidenten erwidert, schließlich kämen

---

<sup>7</sup> Abschließend kam der König noch auf die bulgarische Eisenbahn zu sprechen und dankte für seine Aufnahme in Berlin.

---

<sup>1</sup> Schacht versuchte, die Verhandlungen über den Young-Plan mit territorialen Revisionsforderungen zu verknüpfen. Außerdem war es sein Ziel, die Gesamtsumme der Reparationen deutlich zu reduzieren. Siehe Schachts Schreiben an Stresemann, 26. Februar 1929, ADAP, Serie B, Bd. XI, S. 209f.; Kastls Schreiben an Schubert, 5. April, ebd., 350-53. In Telegrammen vom 14. und 16. April 1929 hatte Hoesch den Verhandlungsspielraum analysiert, vor den Konsequenzen eines Scheiterns der Verhandlungen gewarnt, dementsprechend auf die deutsche Delegation eingewirkt und ein deutsches Memorandum als Antwort auf das Memorandum der Sachverständigen der Reparationsgläubiger empfohlen, ebd., S. 394-98. Text des auf Schachts Vorstellungen beruhenden deutschen Memorandums Tel. Ruppels, 18. April, ebd., S. 408-12. In einer vorbereitenden Aufz. vom 20. für den Ministerrat am 21. April bemerkte Schubert dazu: „Das von den deutschen Sachverständigen vorgelegte Memorandum hält sich nach seiner schriftlichen Fassung nicht im Rahmen des den Sachverständigen erteilten Mandats.“-Ebd., S. 420. Diese Aufz. (S. 420-22) sollte Stresemann als Basis für das weitere Vorgehen der Reichsregierung sowohl in den Sachverständigen-Verhandlungen als auch in der anstehenden Auseinandersetzung mit Schacht dienen. Siehe auch AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. 569-76. Vorrangegangen war eine Kontroverse zwischen Schacht (Brief vom 8. April – ADAP, Serie B, Bd. XI, S. 360f., dazu ebd. Anm. 4, Hinweis Schuberts, er wolle für eine Antwort sorgen, mit der „die Sache zwischen Herrn Stresemann und Herrn Schacht in Ordnung komme“ – und vom 15. April, ebd., S. 370 Anm. 8) und Stresemann (Brief vom 10. April, ebd., S. 368-70). Dazu Notizen Schuberts, Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33 (zu PA, St.S. C, Bd. 23 app. 2, PA, R 28968) zu Schacht, 8. April: „Sehr grob“, und zu

die beiden Herren doch häufig zusammen und es sei doch schließlich die Aufgabe des Botschafters, auch Stellung zu nehmen.

Ich erwiderte Herrn Meissner, ich wolle Folgendes feststellen: Das Telegramm des Herrn von Hoesch sei erfolgt auf eine kurze telegrafische Anfrage des Herrn Reichsministers nach der Beurteilung der Sachlage. Hieraus gehe hervor, daß wir aus Berlin Herrn von Hoesch keine Weisungen über eine Beeinflussung des Herrn Schacht erteilt hätten. Im übrigen aber pflichte ich seiner – Meissners – Meinung, die er dem Herrn Reichspräsidenten gesagt habe, durchaus bei.

Herr Meissner sagte, der Herr Reichspräsident werde wohl nicht mehr auf die Sache zurückkommen. Trotzdem bat ich ihn, doch über die Entstehung des Telegramms des Herrn von Hoesch den Herrn Reichspräsidenten noch zu unterrichten.

Sch[ubert]

## 204

### **Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem Reparationsagenten Gilbert (gekürzt) Berlin, 3. Mai 1929**

*Ausfertigung. PA, R 29005; Stempel: „An R. M. [Schubert hschr.:] (mündlich) [...],“  
außerdem an Ritter und Hoesch.*

#### Streng vertraulich!

Herr Parker Gilbert, der sich telefonisch bei mir angesagt hatte, suchte mich heute nachmittag um 5 Uhr auf.

Er sagte mir, er sei zu mir gekommen, um mir mitzuteilen, daß er heute abend nach Paris reisen werde, wo er bleiben wolle, bis die Entscheidung endgültig gefallen sei.<sup>1</sup> Er nehme an, daß diese Entscheidung in wenigen Tagen fallen werde. Er werde aber nicht in Paris bleiben, bis der Bericht in allen Einzelheiten endgültig

---

Schacht, 15. April: „Am gleichen Tage [16. April] beschloß der Reichsminister auf meinen Vortrag hin den Brief nicht zu beantworten“. Es ging vor allem um die durch Kühnmann, den Schacht um seine Hilfe in Paris gebeten hatte, ausgelösten Verwicklungen; siehe ADAP, Serie B, Bd. XI, S. XXXVIff. Reichhaltige Akten: PA, R 28564-68.

---

<sup>1</sup> Die Verhandlungen der Sachverständigen zur endgültigen Lösung des Reparationsproblems, die bereits im Februar 1929 begonnen hatten, waren zunächst Ende April unterbrochen, Anfang Mai wieder aufgenommen und Anfang Juni erfolgreich abgeschlossen worden. Siehe dazu Schultheß', Bd. 70 (1929), 477-85; ADAP, Serie B, Bd. XI, S. XXXII-XLI; AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. XXII-XXV. Ritter faßte in einer Aufz. vom 3. Mai den Stand der Verhandlungen zusammen, ADAP, Serie B; Bd. XI, S. 485f. Die Reichsregierung erklärte sich ebenfalls am 3. Mai bereit, dem Vorschlag Youngs zuzustimmen, Tel. Stresemanns, ebd., S. 486f. Am 24. Mai berichtete Gilbert über Paris, Aufz. Schubert, ebd., S. 564-67. – Außerdem Dok. 203, 208 und Anm. 1 dazu.

ausgearbeitet worden sei. Er habe es für richtig gehalten, mich von seiner Reise zu verständigen, bevor er sie antrete.

Ferner fragte mich Herr Gilbert, ob er, falls er etwas Wichtiges zu sagen habe, erneut Herrn von Hoesch aufsuchen könne. Ich erwiderte ihm, das solle er nur tun. Herr von Hoesch werde dann dem Herrn Reichsminister über solche Unterredungen sofort berichten.

Endlich sagte mir Herr Gilbert, er habe heute morgen mit Herrn Hilferding, der ihn zu sich gebeten habe, eine eher schlechte Unterhaltung („rather bad conversation“) gehabt. Herr Hilferding habe ihm gesagt, wenn er im November vorigen Jahres gewußt hätte, daß die Ziffern so hoch werden würden, dann hätte er niemals dem Zusammentritt des Experten-Komitees zugestimmt. Er – Gilbert – habe hierauf geantwortet, daß er eine solche Feststellung, wonach man hier nicht gewußt habe, zu welchen Ziffern es kommen könne, nicht annehmen könne. Er habe betont, daß er in den Unterhaltungen, die er damals mit den deutschen Ministern gehabt habe, stets darauf hingewiesen habe, daß die Ziffern eine solche Höhe erreichen könnten, wenn er auch – dies sagte er auf eine Zwischenbemerkung von mir – eine Zahl vielleicht nur in der bekannten Unterredung mit dem Herrn Reichsminister Stressemann genannt habe.<sup>2</sup> Außerdem habe er Herrn Hilferding auf die diplomatischen Erörterungen aufmerksam gemacht, welche damals stattgefunden hätten. Herr Gilbert fügte hinzu, er halte es doch für gut, mir auch die Aufzeichnungen zu übersenden, welche er über diese Gespräche damals gemacht habe. Er werde sie mir noch heute schicken.<sup>3</sup>

Im Anschluß daran erwähnte ich kurz die Unterhaltungen, die Herr Gilbert im vorigen Jahr mit mir gehabt habe, besonders die letzte Unterhaltung vom 15. November.<sup>4</sup> Ich sagte ihm, er habe mir stets gesagt, die Lösung würde wahrscheinlich kostspielig sein, wir täten aber gut daran, selbst eine kostspielige Lösung anzunehmen. Ich hätte ihm stets erwidert, ich könne ihm nur darauf antworten, daß ich stark befürchtete, daß diese Lösung zu kostspielig ausfallen werde. Herr Gilbert bestätigte mir die Richtigkeit dieser Darstellung.

Herr Gilbert sagte dann, nötigenfalls müsse er sich eben auch öffentlich dagegen wehren, wenn ihm weiter vorgeworfen würde, daß er die Regierungen irreführt hätte. Er wolle dies aber, wenn irgend möglich vermeiden: denn eine solche Aktion würde er für einen „bad issue“ halten.<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Dok. 196.

<sup>3</sup> In den fortlaufenden Text der Aufz. ist ein einzelnes Blatt eingeschoben, das offensichtlich als Ergänzung zum Text hierher gehört: „Im übrigen bemerkte Herr Gilbert, er habe den Eindruck gehabt, als ob sich Herr Hilferding vor irgendetwas sehr fürchte. Was das sei, wisse er nicht: er wolle auch in dieser Beziehung keine Frage an mich stellen. Ich erwiderte, ich würde auch beim besten Willen nicht in imstande sein, ihm auf eine solche Frage eine Antwort zu geben.“

<sup>4</sup> Gemeint wohl Unterredung vom 14. November, siehe ADAP, Serie B, Bd. XI, S. 470 Anm. 6. Aufz. Schuberts, 14. November 1928, ebd., Bd. X, S. 315-22. – Außerdem Dok. 194-96.

<sup>5</sup> Gegenüber Hoesch hatte Gilbert sich am 29. April über Presseangriffe beschwert und – falls die Reichsregierung hinter diesen Dingen stehe – mit Veröffentlichung seiner Gespräche mit deutschem Staatsmännern gedroht; Tel. Hoeschs, ADAP, Serie B, Bd. XI, S. 454-56. Ebenso im Gespräch mit Schubert am 1. Mai, siehe Anm. 7.

Ich sagte dann Herrn Gilbert, der sehr das Bedürfnis zu haben schien, sich auszusprechen, er müsse doch aber aus allen Gesprächen, welche er damals hier gehabt hätte, den ganz bestimmten Eindruck gewonnen haben, daß die sämtlichen beteiligten Herren die bestimmte Erwartung gehegt hätten, daß es zu einer vernünftigen und viel niedrigeren Lösung kommen werde. Herr Gilbert gab dies ohne Einschränkungen zu. Wenn dem aber so sei, so fuhr ich fort, so müsse ich ihm ganz offen sagen, daß ich doch sehr hoffte, daß er der Gegenseite nicht etwa zu verstehen gegeben habe, wir würden uns schließlich und endlich auch mit einer teureren Lösung abfinden. Herr Gilbert erwiderte mit Nachdruck, das habe er nie getan. Allerdings habe er vielleicht hie und da zu verstehen gegeben, daß wir uns mit einer eher teureren Lösung abfinden „sollten“. Ich gab mein Erstaunen hierüber zu erkennen und äußerte meinen Zweifel darüber, ob ein solches Vorgehen zweckmäßig gewesen sei. Er erwiderte, er habe eine solche Meinung nur in größerem Zusammenhange und im besten Sinne geäußert, indem er eben gesagt habe, daß eine Lösung, welche besser sei, als der augenblickliche Zustand unter dem Dawes-Abkommen, für Deutschland vorteilhaft sei, auch wenn sie schwere Lasten mit sich bringe.

[...] Ich sagte Herrn Gilbert ferner, daß ich über unser Gespräch vorgestern dem Herrn Reichsminister Stresemann, sowie den Herren Hilferding und Curtius Bericht erstattet hätte.<sup>7</sup> Endlich erwähnte ich die Tatsache, daß über unsere Unterredung etwas in die Zeitung gekommen sei, indem ich hervorhob, es sei mir diese Indiskretion ganz schleierhaft. Herr Gilbert erwiderte, er sei auch sehr erstaunt hierüber gewesen. Er habe niemand etwas darüber gesagt, sein Büro auch nicht.

Übrigens erzählte mir Herr Gilbert so nebenbei, Herr Schacht sei vorgestern vormittag, also vor seinem Gespräch mit mir, bei ihm gewesen und dann noch einmal am Nachmittag desselben Tages.

Herr Gilbert, der mich dann noch immer nicht verließ, sagte dann von sich aus, in Paris hätten ja jetzt große Besprechungen eingesetzt. Er wolle mich auf einen Punkt aufmerksam machen, nämlich, daß die Belgier sehr viel Wesens von der Marksache<sup>8</sup> machen würden. Es sei jetzt ja klar, daß diese Marksache in den Rahmen der Pariser Besprechungen nicht hereingehöre. Die Belgier würden sich aber sicherlich auf den Standpunkt stellen, sie könnten den Bericht nicht unterschreiben, ehe sie nicht sicher wären, daß die Marksache geregelt würde. Hieraus resultiere die Möglichkeit und Notwendigkeit baldiger diplomatischer Verhandlungen über diese Sache.

Ich sagte Herrn Gilbert, wir hätten vor längerer Zeit ja schon einmal über diese belgischen Ansprüche gesprochen und er habe damals gesagt, daß die Forderung der Belgier außerordentlich übertrieben sei; wenn ich mich recht entsinne, hätte er damals die Ansicht vertreten, daß die Belgier allerhöchstens einmal einige 100 Millionen Mark verlangen könnten.

<sup>6</sup> Amerikanische Presseberichte, die deutsche Angriffe auf Gilbert zum Thema haben.

<sup>7</sup> Aufz. Schuberts vom 1. Mai 1929, ADAP, Serie B, Bd. XI, S. 467-74. – Am Rande mschr.: „Der Herr Reichsminister würde Herrn Gilbert selbst auch sehr gern empfangen. Er sei in diesen Tagen aber durch Kabinetts-, Fraktions- und Reichstagssitzungen so in Anspruch genommen worden, daß ihm dies unmöglich gewesen sei.“

<sup>8</sup> Siehe Dok. 195 Anm. 24.



Herr Gilbert erwiderte, das sei ganz richtig. Auch jetzt noch sei er der Ansicht, daß die Belgier allerhöchstens etwa 300 Millionen Mark verlangen könnten, deren Zahlung vielleicht auf 10 Jahre verteilt werden müsse.<sup>9</sup>

Über die Möglichkeit einer Einigung in Paris äußerte sich Herr Gilbert weiter nicht, er äußerte nur die Hoffnung, daß es zu einer Einigung kommen werde. Ich erwiderte, an sich teilte ich diese Hoffnung. Ich wolle aber doch, ohne mich auf irgendwelche Zahlen einzulassen, ihn fragen, ob er nicht der Meinung sei, daß das jetzige Schema doch herabgesetzt und erleichtert werden könne. Herr Gilbert erwiderte sehr bestimmt, diese Hoffnung bestehe nicht. Er halte es außerdem für seine Pflicht, mich sehr nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß es durchaus noch nicht sicher sei, ob die Franzosen und Belgier die neusten Youngschen Zahlen annehmen würden, bisher seien sie hierzu nicht bereit.

[...] <sup>10</sup>

Sch[ubert]

205

**Aufzeichnung über die Pressekonferenz von Schuberts  
während der Völkerbundsratstagung  
Madrid, 5. Juni 1929**

*Durchschrift. PA, R 29422.*

St.S. von Schubert: Meine Herren! Ich möchte Sie zunächst begrüßen und nach alter Sitte sagen, daß wir ordentliche und gute Fühlung miteinander haben wollen, soweit das bei stürmischen Ereignissen möglich ist. Ich kann im Moment natürlich noch nicht viel sagen, denn die Sache ist noch nicht richtig losgegangen, schon deshalb nicht, weil einzelne Ratsmitglieder bisher nicht in Madrid eingetroffen sind. Soviel ich weiß, kommt Briand erst heute abend, ebenso Zaleski.<sup>1</sup> Andere von den Herren waren noch nicht aufzuspüren, z.B. Titulescu, von dem ich erfahren habe, daß er schon hier sein soll, den aber bisher eigentlich niemand recht gesehen hat.

Im Vordergrund des Interesses steht natürlich das morgen beginnende Ratskomitee über die Minoritätenfrage.<sup>2</sup> Unser Standpunkt ist Ihnen bekannt, denn wir

---

<sup>9</sup> Siehe auch Gilberts Äußerungen in seiner Aufzeichnung vom 25. Oktober 1928, ADAP, Serie B, Bd. X, S. 213.

<sup>10</sup> Schubert äußert Enttäuschung über vorliegendes Ergebnis; Gilbert wiederholt seinen Standpunkt, daß teure Lösung besser sei als jetziger Zustand.

---

<sup>1</sup> Auch Stresemann traf erst einige Tage später in Madrid ein; er hatte Schubert gebeten, ihn dort zu vertreten, weswegen dieser auch die Pressekonferenz alleine gab. Siehe auch Ausführungen Schuberts weiter unten.

<sup>2</sup> Schubert hielt dem Reichskanzler am 1. Juni 1929 Vortrag über die Verhandlungen des Völkerbundsrats: „Die wesentlichen deutschen Forderungen, nämlich die grundsätzliche

haben unsere Denkschrift seinerzeit veröffentlicht.<sup>3</sup> Ich kann nur sagen, daß nach meinen bisherigen Eindrücken kein Anlaß vorliegt, etwa zu glauben, daß wir in irgendeinem Punkte genötigt werden können, von den ganz klaren Richtlinien unserer Denkschrift abzugehen. Auf der anderen Seite ist ebenso klar, daß sich ein sehr schwerer Kampf um die Sache erheben wird. Dabei darf ich bemerken, daß alles, was ich sage, bloß als Richtlinien und als allgemeine Information unter uns zu gelten hat. Ich kann natürlich nicht über den Bericht der Gegenseite und seine Anlagen Bericht erstatten, weil er vorläufig noch nicht veröffentlicht worden ist, und nur durch mancherlei Indiskretionen einige Parteien in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Aber auch ohne daß ich Ihnen etwas aus dem Bericht verrate, können Sie sich denken, wie die Stellung der Kleinen Entente zur Sache ist. Deren Denkschrift ist ja, glaube ich, veröffentlicht worden.<sup>4</sup> Diese Stellung[nahme] ist außerordentlich scharf. Die Kleine Entente stellt sich auf den Standpunkt, daß der jetzige Zustand eigentlich schon das höchste der Gefühle darstellt und ein Maximum ist. Sie kennen unseren allgemeinen Standpunkt, der darauf hinausläuft, daß die Garantie des Völkerbundes, und zwar aus eigener Initiative, stabilisiert werden muß, und daß keine Rede davon sein kann, daß die Tätigkeit des Völkerbundes sich darin erschöpft, lediglich die Petitionen entgegenzunehmen, sie nur als Informationen zu behandeln und dann in einem Geheimverfahren sozusagen totzuschlagen. Ich glaube, wir können und müssen uns auf den Standpunkt stellen, daß es sich in der Minoritätenfrage, wie es schließlich auch Briand in der berühmten Schlußsitzung in Lugano seinerzeit deklariert hat,<sup>5</sup> um eine „obligation sacrée“ des Völkerbundes handelt, welche sich nicht in dem jetzigen Verfahren erschöpfen darf. Es werden bei der Sache sehr schwierige, aber auch sehr wichtige prinzipielle Gesichtspunkte zu berücksichtigen sein, und wir werden sicher einen ziemlich schweren Stand haben, der sich vielleicht durch mancherlei Umstände, die sich aber noch nicht voraussehen lassen, modifizieren könnte. Bei der jetzigen Zusammensetzung des Rates haben wir jedenfalls wenig Hoffnung, daß unsere Vorschläge und Anregungen ohne weiteres angenommen werden. Vielmehr haben wir von sehr verschiedenen Seiten mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Es wurde aber dabei betont, daß es sich um sehr schwierige und wichtige prinzipielle Fragen handelt, die eigentlich eine Kompromißmöglichkeit ausschließen. Es ist das doch etwas anderes als bei den oberschlesischen Fällen, wo man, um den Leuten etwas zu verschaffen, denen das Feuer auf den Fingern brennt, etwas nachgeben kann. Hier liegt es anders.

---

Anerkennung einer ständigen Minderheitenbetreuung durch den Völkerbund, die Schaffung eines ständigen Ausschusses für Minderheitenfragen und endlich die Zuziehung von Vertretern der interessierten Mächte zur Verhandlung über Petitionen von Minderheiten, seien abgelehnt worden.“ Schubert bezeichnete es als unwahrscheinlich, daß sich jetzt Verbesserungen erreichen ließen: „Unter diesen Umständen werde die deutsche Delegation auf erneute Vertagung hinarbeiten müssen, damit dies Problem vor der Vollversammlung des Völkerbundes verhandelt werden könne.“ Müller billigte diese Taktik, Aufz. Plancks, ADAP, Serie B, Bd. XII, S. 32.

<sup>3</sup> Deutsche Denkschrift, 12. April 1929, Société des Nations, Journal Officiel, Jg. X, 1929, S. 1456-61.

<sup>4</sup> Denkschrift Griechenlands, Polens, Rumäniens, Jugoslawiens u. der Tschechoslowakei, 7. März 1929, ebd., S. 1168-71.

<sup>5</sup> Gemeint ist die Völkerbundsratstagung im Dezember 1928; dazu Dok. 197, 198.

Ich muß mich in dieser Minoritätenfrage vorläufig auf diese allgemeinen Andeutungen beschränken, bin aber bereit, auch in dieser Frage Rede und Antwort zu stehen, falls noch Auskünfte verlangt werden.

Was die übrige Tagesordnung des Völkerbundes anlangt, so ist auf der Tagesordnung eigentlich nichts besonders Aufregendes.<sup>6</sup> Es sind ja allerlei Punkte vorgehen. Einige Fälle werden wir mit großer Aufmerksamkeit bearbeiten müssen, so die Saaranleihe.<sup>7</sup> Vielleicht können auch einige andere Punkte noch interessant werden.

Was die Frage anlangt, ob Dr. Stresemann kommen wird, so besagt die letzte Nachricht, die ich erhielt, daß er heute abend abfahren will. Er hat das wenigstens vor. Ob seine Dispositionen noch geändert werden, weiß ich nicht.

Was meine eigene segensreiche Tätigkeit hier angeht, so habe ich die übliche Fühlungnahme aufgenommen. Ich habe einen Besuch von Primo de Rivera gehabt. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkt, daß es, trotzdem wir hier etwas in splendid isolation stehen, nicht meine Aufgabe sein kann, hier wie eine aufgezogene Maus herumzulaufen, sondern ich bin überzeugt und habe absolut vor, das morgen in der Privatsitzung des Rates auch zum Ausdruck zu bringen, daß es besser ist, wenn ich mich entschlossen habe, keine schönen Reden zu halten, sondern rein zur Sache zu reden, daß ich nicht gewillt bin, mich auf irgendwelche Spitzfindigkeiten einzulassen. Diese ganze Sache ist ja natürlich, wenn man sie falsch aufzieht, geradezu ein gefundenes Fressen für die Gegenseite. Wenn Sie die Denkschrift der Entente und auch die andere[n] lesen würden, so würden Sie finden, daß das Fundgruben für eine Menge advokatorischer Kniffe sind, mit denen man wunderschön das allgemeine Prinzip verdunkeln kann. Also ich bin entschlossen, mich auf dergleichen nicht einzulassen, sondern ganz klar unsere früher aufgestellten Prinzipien zu verfechten. Ich glaube, wenn man in dieser Beziehung durchhält, kann man sich zwar recht unbeliebt machen, aber es wird doch dann ungeheuer schwer sein, gegen unsere Hauptprinzipien etwas einzuwenden. –

Ich stehe den Herren natürlich auch sonst für gelegentliche Rückfragen und Anregungen zur Verfügung. Ich bitte Sie aber, wenn ich nicht immer gleich zu haben bin, mir das nicht zu verübeln, denn meine Tätigkeit hier ist eine ziemlich vielfältige, besonders da sie sich in einem Hotel abspielt, wo man seines Lebens nicht ganz sicher ist, weil man von allen Seiten überfallen wird. Wenn ich dann etwas eilig bin, bitte ich das nicht als Grobheit von mir aufzufassen, sondern als Verkehrshindernis. – Die morgige Sitzung wird voraussichtlich für vertraulich erklärt werden, sodaß ich Ihnen dann wahrscheinlich auch noch nicht viel mehr sagen kann.<sup>8</sup> Ich bitte Sie, mir das nicht als Geheimniskrämerei auszulegen, auch dann nicht, wenn die üblichen französischen Indiskretionen vorkommen, die ja meist den Vorzug haben, daß sie nicht ganz stimmen.

---

<sup>6</sup> Überblick siehe Schultheß', Bd. 70 (1929), S. 532-36.

<sup>7</sup> ADAP, Serie B, Bd. XII, S. 39, Tel. Hoeschs vom 8. Juni 1929.

<sup>8</sup> Eine weitere Pressekonferenz fand am 10. Juni 1929 statt, bei der allerdings Schubert wesentlich stärker im Hintergrund blieb und sich nur auf einzelne Fragen bezog, weil jetzt auch Stresemann anwesend war und im Mittelpunkt des Pressegesprächs stand, Protokoll der Pressekonferenz PA, R 29423.

**Notizen von Schuberts über die Madrider Sitzung des Völkerbundsrats  
als Komitee für Minderheitenfragen, Juni 1929  
Grünhaus, Winter 1932/33**

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. Vötag, Bd. 13f.  
(PA, R 29422f.).*

[Band 13]

7. Juni 1929: schwierige Sitzung des Ratskomitees.<sup>1</sup>

Kurz vor Schluß der ziemlich verworrenen Diskussion sagte mir Herr Titulescu über den Tisch herüber, er müsse schon feststellen, daß ich allein wisse, was ich wolle, die Anderen, er selbst inbegriffen, wüßten das nicht.

7. Juni 1929: Prokope und ich.

8. Juni 1929: Schwierige Sitzung des Ratskomitees.  
Ich gab Erklärungen ab.

Band 14

10. Juni 1929:

Die Aufzeichnung, wie der Reichsminister irgend jemand kommen ließ, obwohl ich ihm gestern mit Gaus zusammen genau Bericht erstattet hatte.

Der Reichsminister meinte, es sei doch so leicht gewesen, der Anregung Dan-  
durands folgend, die Sache zu vertagen. Der Betreffende bestritt das und suchte  
mich herauszupauken. Dann ließ der Minister auch Herrn von Weizsäcker kom-  
men.

10. Juni 1929:<sup>2</sup>

Stresemann hält eine Pressebesprechung ab. Ich bin gezwungen, dabei auch  
das Wort zu ergreifen, um meinen Standpunkt darzulegen.

12. Juni 1929: ich spreche mit dem Reichsminister über die Frage, warum ich  
die Frage nicht vertagt hätte. Ich konnte ihn nur mit Mühe einigermaßen von der  
Richtigkeit meiner Haltung überzeugen.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Siehe auch Dok. 200, 205; der Rat hatte sich als Komitee für die Erörterung von Verfah-  
rensverbesserungen in Minderheitenangelegenheiten konstituiert, Hintergrund: Scheu-  
ermann, Minderheitenschutz; Schot, Nation oder Staat?; ADAP, Serie B, Bd. XII, S. 57f.,  
Aufz. Schuberts, 12. Juni 1929, und Tel. Stresemanns, 5. Juni (ebd., S. 57 Anm. 1): „Bitte  
mit allen Mitteln Vertagung Minderheitenfragen auf Septembersitzung betreiben.“

<sup>2</sup> Siehe Dok. 205 Anm. 8.

<sup>3</sup> In der Aufz. Schuberts heißt es: „Der Minister schien aber auch hiervon nicht überzeugt  
zu sein. Er meinte, man hätte doch etwa sagen können, daß man auf Herren, die die Sa-

13. Juni 1929: Paulucci sagt mir, er wolle mir zu dem guten Ausgang der Minoritätensache gratulieren. Er wolle mich auch dazu beglückwünschen, daß die Sache so ausgegangen sei, wie ich sie von Anfang an gewünscht hätte und daß es mir gelungen sei, dem Reichsminister in die Hand zu spielen. Er wolle mir offen sagen, daß einer meiner „deutschen Kollegen im Rate“ ihm gesagt habe, wenn Stresemann im ersten Stadium der Verhandlungen hier gewesen wäre, so wäre alles viel besser verlaufen. Dieser Meinung könne er durchaus nicht beipflichten.

Ich habe dann durch Besprechungen mit Renthe-Fink mehr oder weniger herausbekommen, daß der Kollege im Rat Herr Dufour gewesen ist.

14. Juni 1929: Eintreffen der Aufzeichnung des Herrn Köpke vom 10. Juni, wonach sich der Herr Reichspräsident darüber aufregt, daß wir eventuell das Gutachten des Dreier-Komitees annehmen könnten. Köpke hat Meissner bei dieser Gelegenheit daran erinnert, ich hätte vor Antritt meiner Reise den Reichskanzler (Müller) genau über meine Absichten in den Verhandlungen der Minderheitenfrage orientiert, die Bewilligung des Reichskanzlers erhalten und mich inzwischen an das von mir selbst vorgeschlagene Procedere gehalten.<sup>4</sup>

---

che noch nicht so beherrschten, Rücksicht nehmen müsse. Ich hätte ferner sagen können, daß das Ratskomitee jetzt zwar ganz allgemein über die Sache sprechen, sich dann aber noch einmal im September mit der Sache beschäftigen könnte. Ich erwiderte, ich müsse offen sagen, ich hätte auch eine solche Erklärung für nicht richtig gehalten. In einem späteren Stadium des Gespräches sagte ich dem Minister sehr präzise, viel besser wie diese anfängliche Vertagung, bei der doch immer noch der Londoner Rapport [Bericht des Dreier-Komitees zur Minderheitenfrage] dagestanden hätte, würde es doch sein, wenn wir jetzt folgendes Resultat erzielten: 1) Auflockerung der ganzen Angelegenheit zugunsten der Minoritäten; 2) konkrete Verbesserungen in dem Verfahren; 3) tatsächliche Vertagung bzw. Verschiebung der prinzipiellen Probleme auf später, d.h. auf den September, wo uns dann die berühmten Engländer unterstützen könnten. Dem widersprach der Minister nicht, allerdings weniger, weil er sich mit der Richtigkeit meiner These über die anfängliche Vertagungsmöglichkeit einverstanden erklären wollte, sondern weil er sich bereits überlegte, wie dieses von mir eben geschilderte Resultat in seiner morgigen Rede erreicht werden könnte.“-ADAP, Serie B, Bd. XII, S. 58. Stresemann gelang es, dieses ‚Resultat‘ im Völkerbundsrat durchzusetzen. Mit Tel. vom 13. Juni 1929 informierte Pünder den Reichskanzler, Köpke und Meissner, ebd., S. 59. Pünder unterstützte und rechtfertigte Schuberts Entscheidung im Tel. vom 12. Juni, AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. 731-34 (eingehende Erörterung der Vorgänge).

<sup>4</sup> Siehe Dok. 205 Anm. 2.

**Notizen von Schuberts zu den Reichstagsverhandlungen im Anschluß  
an die Madrider Völkerbundsratstagung, Juni 1929  
Grünhaus, Winter 1932/33**

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu St.S. CF, Bd. 1  
(PA, R 28975).*

Reichstagsdrucksache vom 24. Juni 1929.

Breitscheid bespricht auch die Verhandlungen über das Minderheiten-Verfahren in Madrid. Er fragt, ob nicht dort taktische Fehler gemacht worden seien. Er fragt, ob es nicht möglich gewesen wäre, das Thema und seine Behandlung zunächst einmal auf die Ratssitzung im September zu verschieben. Er hat in der Presse gelesen, daß Herr Dandurand bereit gewesen wäre, mit uns einen gemeinsamen Vorstoß zu machen. Er will wissen, ob durch das Verfahren der Delegation irgendetwas versäumt wurde.<sup>1</sup>

(Nach dieser Rede stellte Herr Strohm, wie ich jetzt notiere, Breitscheid, machte ihn darauf aufmerksam, daß er einen sehr wunden Punkt berührt habe und daß er im Grunde durch seine Ausführungen mir an den Wagen gefahren sei und setzte ihn kurz über die unangenehme Diskussionen in's Bild, die über die Vertagungsfrage in Madrid stattgefunden hatten.

Breitscheid war ganz entsetzt. Er suchte mich sofort auf und sagte mir, wenn er den Tatbestand gewußt hätte, so hätte er diesen Teil seiner Rede niemals gehalten.

Es war nun die Frage, was Stresemann tun würde. Ich bat Strohm, in dieser Beziehung nichts zu unternehmen. Wie aus dem Folgenden hervorgeht, hat sich Stresemann in seiner Antwortrede sehr anständig benommen, obwohl er, mindestens damals, durchaus nicht davon überzeugt war, daß es richtig war, die Sache nicht zu vertagen.)

Stresemann sagte in seiner Antwortrede, gerade Dandurand sei es gewesen, der ihn gebeten habe, dem Bericht in Madrid zuzustimmen; er habe ihn gebeten,

---

<sup>1</sup> Breitscheid hatte im Einzelnen ausgeführt: „Eine der wichtigsten ist die Frage der nationalen Minderheiten, die vor kurzem wieder auf der Völkerbundsratssitzung in Madrid behandelt worden ist. Es ist ein Ruhmestitel für Deutschland, daß es sich innerhalb des Völkerbundes der Wünsche und der berechtigten Forderungen der Minderheiten annimmt. Der Erfolg, der damit erzielt worden ist, ist bis heute nicht sehr groß, und auch in Madrid ist man wahrhaftig nicht sehr viel weiter gekommen. [...] Ich wage aber doch die Anfrage an das Auswärtige Amt und an den Herrn Außenminister, ob nicht etwa bei der Einleitung des Minderheitenverfahrens in Madrid taktische Fehler begangen worden sind? Ist nicht das eine oder andere versäumt worden? Wäre es nicht möglich gewesen, das Thema und seine Behandlung zunächst einmal auf die Ratssitzung im September zu verschieben? Aus der Presse hatte man den Eindruck, daß diese Möglichkeit bestand. Wir entnehmen aus der Presse, wie der sehr verdienstvolle kanadische Vertreter Dandurand in dieser Beziehung wahrscheinlich mit uns einen gemeinsamen Vorstoß zu unternehmen bereit gewesen wäre. Ich hätte gern Aufschluß darüber, ob hier durch das Verfahren von seiten der Delegation irgend etwas versäumt worden ist.“-Verhandlungen des Reichstages, Stenographische Berichte, Bd. 425, S. 2817.

das, was nun für die Minderheiten erreicht worden sei, nicht dadurch auf's Spiel zu setzen, daß er nun diesen Bericht etwa ablehne. Das sei nicht mehr der Bericht desjenigen Dreier-Komitees gewesen, das zuerst eingesetzt gewesen sei. „Im Gegenteil, schon Herr von Schubert hat in den ersten Tagen erklärt, daß die deutsche Reichsregierung diesen Bericht für sich ablehne und auch nicht als Diskussionsgrundlage anerkenne. .. Unsere Erklärungen, die Erklärung der deutschen Reichsregierung, die Erklärung des Herrn von Schubert, meine Erklärung sind ebenso aufgenommen in dem Bericht, der jetzt an alle Staaten, die dem Völkerbunde angehören, gegangen ist. ..“<sup>2</sup>

## 208

### **Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter Jacquin de Margerie (leicht gekürzt) Berlin, 1. Juli 1929**

*Ausfertigung. PA, R 28979; Exemplare an Stresemann, Köpke, Gaus, Ritter, außerdem an Hilferding.*

Der Französische Botschafter, der sich heute morgen bei mir angesagt hatte, suchte mich heute nachmittag auf und teilte mir Folgendes mit:

Er habe gestern mittag eine Instruktion von Herrn Briand erhalten, die, wie er annehme, vorgestern mittag von Paris abgegangen sei. Er sei von Herrn Briand beauftragt worden, uns Folgendes mitzuteilen: Lord Tyrrell habe Herrn Briand im Auftrage von MacDonald einen Brief geschrieben, in welchem er die Ansichten der Französischen Regierung bezüglich der politischen Konferenz erbeten habe. Hierauf habe Herr Briand eine schriftliche Antwort erteilt. Der Inhalt dieser Antwort sei in einer kurzen Notiz enthalten, welche er mir übergeben wolle. (Die Notiz liegt in der Anlage bei [nicht gedruckt]).<sup>1</sup>

Der Botschafter erläuterte mir dann diese Notiz noch folgendermaßen: Was den Punkt 2 (Zusammensetzung und Zusammentritt der Konferenz) anlange, so sei französischerseits beabsichtigt, folgendermaßen zu prozedieren. In der ersten Hälfte August soll eine erste Sitzung der 6 Mächte stattfinden, die sowohl an der Be-

---

<sup>2</sup> Ebd., S. 2877-84. Siehe auch die Ministerbesprechung vom 21. Juni 1929, AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. 764f., dort auch in Anm. 3 u. 4 die vereinbarten Verfahrensverbesserungen.

---

<sup>1</sup> Zum Vorgang und zur britischen Haltung Tel. Sthamers, 26. Juni u. 8. Juli 1929, ADAP, Serie B, Bd. XII, S. 102-04 u. 152-54. – Die seit 9. Februar 1929 in Paris tagende Sachverständigen-Kommission für die endgültige Reparationsregelung hatte am 7. Juni ihren Bericht (Young-Plan) vorgelegt. In Madrid (Tagung des Völkerbundsrats) waren Briand und Stresemann übereingekommen, möglichst bald auf einer Regierungskonferenz über den Young-Plan zu beschließen und „alle übrigen politischen Fragen zwischen Deutschland und Frankreich“ zu lösen (Briand), Tel. Pünders vom 11. Juni 1929, ebd., S. 47-50 (Zitat S. 48). Die Regierungskonferenz fand vom 6.-31. August statt (1. Haager Konferenz).

sprechung in Genf<sup>2</sup> als auch an der Sachverständigen-Konferenz<sup>3</sup> in Paris teilgenommen hätten. In dieser Konferenz sollten die „lignes générales“ festgesetzt werden. Dann sollten Techniker zusammentreten, welche die Einzelheiten auszuarbeiten hätten. Die Arbeiten dieser Techniker würden auf etwa ein bis zwei Monate veranschlagt und schließlich solle im Herbst eine zweite Sitzung stattfinden, zu der auch alle anderen an den Reparationszahlungen interessierten Mächte hinzugezogen werden sollten. In dieser zweiten Sitzung sollte dann das „règlement d'application“ festgesetzt werden.

Was den Ort anlange, so hätte Frankreich an sich wohl in erster Linie Anspruch darauf gehabt, daß Paris gewählt würde, da doch Frankreich in erster Linie an den Reparationszahlungen interessiert sei. Frankreich sei aber bereit, hierauf zu verzichten. Unter diesen Umständen können man aber auch von England verlangen, daß es seinerseits auf London verzichte, und daß es sich bereit finden lasse, als Sitz der Konferenz einen Ort in einem neutralen Lande zuzustimmen.

Zum Schluß sagte der Botschafter, er sei lediglich beauftragt worden, mir die obige Mitteilung zu machen. Einen Auftrag, meine Meinung oder gar eine Antwort zu erbitten, habe er nicht. Trotzdem sei er natürlich gern bereit, weiterzugeben, was ich ihm zu sagen hätte.

Ich erwiderte dem Botschafter, ich wolle ihm vorläufig Folgendes sagen:

Ich erzählte dem Botschafter zunächst die verschiedenen Daten, welche uns von französischer Seite in Paris und Madrid genannt worden seien. Ich erwähnte ferner die Verhandlungen in dem französischen Ausschuß wegen des 1. August. Ich sagte, es sei mir sehr lieb, nunmehr die Ansicht Briands über das Datum zu hören, denn durch das ständige Hin und Her seien wir allmählich in eine recht unbequeme Lage geraten. Als ich übrigens auf die Kammerverhandlungen etwas näher einging, mußte ich feststellen, daß der Botschafter offenbar nur sehr wenig von diesen Sachen wußte. Dies ging auch daraus hervor, daß er die erneute Anfrage Frankreichs an Amerika<sup>4</sup> als einen besonders geschickten Schachzug Poincarés hinzustellen versuchte.

Zum zweiten Punkt der Notiz bemerkte ich, daß mir die Idee, die Konferenz in drei Teile zu zerlegen, doch höchst bedenklich und unzweckmäßig zu sein scheine. Ähnliche Gedanken hätten wir bereits aus London gehört.<sup>5</sup> Ich setzte dann unseren Standpunkt in dieser Frage auseinander, indem ich besonders hervorhob, daß im Jahre 1924 [anlässlich der Londoner Konferenz über den Dawes-Plan] doch in der-

<sup>2</sup> Verhandlungen im Rahmen der Völkerbundsversammlung vom 5.-16. September 1928 über das Räumungs- und Reparationsproblem. Siehe Dok. 193.

<sup>3</sup> Siehe Anm. 1.

<sup>4</sup> Dazu Tel. Hoeschs, 28. Juni 1929, ADAP, Serie B, Bd. XII, S. 113-16.

<sup>5</sup> In einem Gespräch mit Nicolson kam Schubert am 28. Juni 1929 auch darauf zu sprechen: „Ich erwähnte ferner, daß man sich in England anscheinend mit dem Gedanken trage, die Konferenz in verschiedene Phasen zu zerlegen. Ich bezeichnete diesen Plan als durchaus überflüssig und gefährlich. Ich sagte, es komme darauf an, daß die Organisationskomitees möglichst umgehend ihre Arbeit begönnen. Indem ich dann einen Vergleich mit der Dawes-Konferenz von 1924 zog, erklärte ich, daß das Verhandlungsprogramm des Young-Plans viel weniger kompliziert sei als das Programm des Dawes-Planes von 1924, und daß es daher durchaus möglich seien müßte, dieses Programm auf der Konferenz selbst zu erledigen.“-Aufz. Schuberts, PA, R 28975.



selben Zeit eine viel größere Arbeit geleistet worden sei. Ich wies vor allem auch darauf hin, daß doch die Organisations-Komitees jetzt reichlich Zeit hätten, um vor Beginn der Konferenz mit ihrer Arbeit fertig zu werden. Der Botschafter erwiderte, vielleicht basiere der französische Vorschlag auf der Erwägung, daß es doch falsch sein würde, schon im ersten Stadium die anderen Reparationsstaaten hinzuzuziehen. Ich erwiderte, das sei doch kein richtiges Argument: Am Ende der Augustsitzung könnten, wenn nötig, diese Reparationsstaaten immer noch hinzugezogen werden. Dies schien der Botschafter einzusehen. Ferner aber sagte Herr de Margerie, es wäre doch vielleicht zu erwarten, daß die beteiligten Staaten in einigen Punkten den Youngplan ändern wollten. Das könne doch dann noch sehr viel technische Arbeit nötig machen. Ich erwiderte, auch dies Argument schiene mir nicht stichhaltig zu sein. Nach allem, was ich hörte, sei lediglich vor auszusehen, daß einige, wenn auch schwierige technische Einzelheiten noch in Ordnung gebracht werden müßten, eine Arbeit, welche durchaus bereits durch die Organisationskomitees erledigt werden könnte. Ich glaubte daher, daß bei der eigentlichen Konferenz in bezug auf den Youngplan nicht mehr viel zu tun übrig bleiben werde, sicherlich aber wohl nicht schwierige prinzipielle Punkte noch zu regeln wären.<sup>6</sup>

Zu dem dritten Punkt der Aufzeichnung übergehend sagte ich dem Botschafter, daß wir unbedingt verlangen müßten, daß auch die Saarfrage auf der Konferenz eine Regelung finden müsse. Der Botschafter erwiderte, dieser Punkt sei aber doch in der Abmachung von Genf nicht enthalten. Ich erwiderte, das am 16. September v.J. herausgegebene Presse-Communiqué<sup>7</sup> sei doch kein Protokoll. Es komme vielmehr auf die Besprechungen selber an, die damals geführt worden seien. Bei diesen Besprechungen sei auch beiläufig die Saarfrage erwähnt worden. Ich wies aber ferner auf die Besprechungen des Herrn Reichsministers mit den Herren Briand und Chamberlain von Lugano<sup>8</sup> hin, sowie auf die letzte Besprechung zwischen dem Herrn Reichsminister und Herrn Briand in Madrid.<sup>9</sup> Ich betonte ferner, daß wir stets Rhein und Saar in einem Atem genannt hätten. Ich sagte, daß es außerordentlich gefährlich sein würde, die Saar beiseite zu lassen, da sich dann das ganze übrig gebliebene Gift in der Saar konzentrieren würde.<sup>10</sup> Herr Briand habe ja stets von

<sup>6</sup> „noch zu regeln wären“ hschr. von Schubert eingefügt.

<sup>7</sup> Siehe Schultheß', Bd. 69 (1928), S. 439f. Dazu Dok. 193.

<sup>8</sup> Tel. Stresemanns, 22. Dezember 1928, ADAP, Serie B, Bd. X, S. 568-71.

<sup>9</sup> Aufz. Schmidts, 11. Juni 1929, ADAP, Serie B, Bd. XII, S. 42-46.

<sup>10</sup> Siehe auch Anm. 5, Aufz. Schubert/Nicolson: „Ich sprach dann ferner von der Saarfrage und sagte Herrn Nicolson, wir seien uns darüber klar, daß es unmöglich sein würde, auf der politischen Konferenz das ganze Saarproblem in allen Einzelheiten zu lösen. Ich betonte aber ferner, daß eine generelle Verständigung unbedingt notwendig und auch möglich sei. Herr Nicolson meinte zunächst, ob es genügen würde, wenn in dem auf der politischen Konferenz abzuschließenden Gesamtprotokoll in einem Satz die Notwendigkeit der Lösung der Saarfrage erwähnt würde. Ich erwiderte, das würde uns keinesfalls genügen. Im weiteren Verlauf der Diskussion sagte Herr Nicolson, er glaube, mich verstanden zu haben. Wenn nämlich auf der Konferenz nur der Young-Plan und die Rheinlandräumung erledigt würden, so sei zu befürchten, daß sich das ganze noch vorhandene Gift im Saargebiet konzentrieren würde, was doch höchst bedenklich sei. Ich erwiderte, das sei ganz richtig: wenn man eine Operation durchführen wolle, so müsse man sie ganz durchführen.“ Zur Saarfrage findet sich eine Zusammenstellung Schuberts über den Zeitraum vom 6. August 1929 bis zum 30. August 1929 (1. Haager Konferenz)

einer Gesamtliquidation des Krieges gesprochen. Hierzu gehöre unbedingt auch die Saar. Endlich führte ich aus, daß mir eine generelle Einigung über die Saar durchaus möglich erschiene. Wir könnten uns z.B. auch darüber einigen, in welcher Form wir, d.h. Deutschland und Frankreich, an den Völkerbund herantreten sollten. Der Botschafter hatte schließlich nichts mehr auf meine Ausführungen zu erwidern.

[...] <sup>11</sup>

Ich hatte im Verlauf der Diskussion Herrn de Margerie erzählt, daß wir Herrn von Hoesch eine längere Instruktion <sup>12</sup> geschickt und ihn beauftragt hätten, den ganzen Fragenkomplex mit Herrn Briand zu besprechen. Die Besprechung habe wahrscheinlich heute stattgefunden. <sup>13</sup>

Hieran anknüpfend sagte der Botschafter schließlich, er werde sich wahrscheinlich darauf beschränken, nach Paris zu melden, daß er seinen Auftrag ausgeführt habe und daß die „sentiments“ der Deutschen Regierung Herrn Briand durch Herrn von Hoesch übermittelt werden würden. Herr von Hoesch sei derjenige, welcher ständig die Französische Regierung über unsere Absichten unterrichte und unter diesen Umständen wolle er von einer eigenen Berichterstattung lieber absehen, da er aus Erfahrung wisse, daß aus solchen Parallel-Aktionen leicht Mißverständnisse und Durcheinander entstehen könnten.

Sch[ubert]

## 209

### **Aktennotiz nebst Anlagen vom Vortragenden Legationsrat Eisenlohr Berlin, 3. Juli 1929**

*Ausfertigung. PA, R 28925.*

Notiz.

Der abschriftlich beiliegende Brief wurde heute von dem Gesandten Rauscher an den Herrn Reichskanzler abgesandt. <sup>1</sup> Die ebenfalls beiliegende Aufzeichnung ist

---

im Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33 zu PA, St.S. CF, Bd. 1 app. 3 (PA, R 28978). Über den Verlauf der Konferenz ADAP, Serie B, Bd. XII, S. XXXIV-XLIV.

<sup>11</sup> Das Gespräch kam dann auf den Ort der Konferenz.

<sup>12</sup> Tel. Stresemanns vom 29. Juni 1929, ADAP, Serie B, Bd. XII, S. 116-19.

<sup>13</sup> Hoeschs Tel. vom 1. Juli 1929, ebd., S. 119-24.

---

<sup>1</sup> Hier nicht gedruckt, Text siehe ADAP, Serie B, Bd. XII, S. 131f. Rauscher teilte u.a. mit: „Wie bei der Besetzung der Ministerbank (ohne Dich, Stresemann, Curtius und Wirth) vorauszu sehen war, kam es weder zu einer präzisen Fragestellung durch den Vorsitzenden Schätzel, noch zu einer eindeutigen Beantwortung. Dafür aber kamen wir der Entscheidung sehr viel näher durch die Feststellung des Herrn von Schubert über den klaffenden Widerspruch der Auffassungen des Kabinetts und des Herrn Hermes bezüglich der Schweinezölle.“ Dazu AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. 788-91 (Ministerbesprechung vom 2. Juli 1929 über die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen).

dem Ministerialdirektor in der Reichskanzlei, Herrn von Hagenow, auf dessen Wunsch zur näheren Unterrichtung des Herrn Reichskanzlers über die Sache zur Verfügung gestellt worden.

Hiermit

1. dem Herrn Staatssekretär [Schubert]
2. Herrn Ministerialdirektor Ritter

vorgelegt.

Berlin, den 3. Juli 1929.

[eigenhändig:] Eisenlohr

Anlage 1 [siehe Anm. 1].

Anlage 2: Aufzeichnung Eisenlohrs  
Streng vertraulich!

Die gestrige Ministerbesprechung<sup>2</sup> war auf Ersuchen des Herrn Reichsaußenministers, der allerdings selbst dabei nicht mehr anwesend sein konnte, einberufen worden, um die Erörterung über die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen fortzusetzen. Am Schlusse der letzten am 1. Juni 1929 wegen dieses Gegenstandes abgehaltenen Ministerbesprechung hatte der Herr Reichskanzler die Meinung des Kabinetts dahin zusammengefaßt, daß die überwiegende Anzahl der Kabinettsmitglieder dafür sei, die Verhandlungen kontinuierlich und zwar in Warschau zu einem positiven oder negativen Ergebnis durchzuführen.<sup>3</sup> Die Frage war nicht weiter vertieft worden, weil inzwischen eine diplomatische Aktion Polens über die Art der Verhandlungsführung eingesetzt hatte, deren Ergebnis zunächst abgewartet werden sollte. Der Herr Reichskanzler hatte aber am Schluß der Ministerbesprechung vom 1. Juni an den deutschen Delegationsführer, Herrn Reichsminister a.D. Hermes, die Bitte gerichtet, Herr Hermes möge prüfen, ob er seine sonstigen Aufgaben nicht eine Zeitlang zurückstellen und sich verpflichten könne, die Verhandlungen in Warschau zu Ende zu führen. Die Antwort des Herrn Hermes erbat sich der Herr Reichskanzler für den Zeitpunkt, wo die polnische diplomatische Aktion abgeschlossen sein würde.

Diese polnische diplomatische Aktion dürfte nunmehr ihr Ende durch eine heute abgehende deutsche Verbalnote gefunden haben.<sup>4</sup> Es ist das beiderseitige Einverständnis festgestellt worden, die Verhandlungen auch während der Sommermonate kontinuierlich in Warschau fortzuführen. Es besteht weiter Einigkeit mit der Polnischen Regierung darüber, daß bei der Fortführung der Verhandlungen

---

<sup>2</sup> Siehe Anm. 1.

<sup>3</sup> AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. 704-12.

<sup>4</sup> Ebd., S. 788 Anm. 2.

an die Besprechungen angeknüpft werden soll, die im April d.J. zwischen dem polnischen Delegationsführer [Twardowski] und dem deutschen Gesandten in Warschau stattgefunden haben.<sup>5</sup> Der polnische Delegationsführer hat aber anerkannt, daß keine der beiden Seiten sich bei den späteren Verhandlungen auf irgendwelche Zugeständnisse werde berufen dürfen, die in jenen früheren Besprechungen etwa gemacht worden sind. Bezüglich des Rindfleisches wurde von deutscher Seite erklärt, daß wir unsere ablehnende Haltung nicht ändern können, daß aber die Frage bis zum Ende der Verhandlungen als eine offene betrachtet werden könne. Bezüglich des Verhandlungsorts haben die Polen den Wunsch ausgesprochen, die Verhandlungen möchten in Warschau geführt werden. Die deutsche Seite hat, um der Kabinettsentscheidung nicht zu präjudizieren, geantwortet, wir würden diesem Wunsche im Rahmen des Möglichen entsprechen.

In der gestrigen Ministerbesprechung hat der Vertreter des Auswärtigen Amts, Herr Staatssekretär von Schubert, vorgetragen, daß nunmehr der Zeitpunkt gekommen sei, wo der Delegationsführer auf die vom Herrn Reichskanzler gestellte Frage antworten müsse. Er hat aber weiter darauf hingewiesen, daß es noch einen anderen möglichen Differenzpunkt gäbe, über den vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen volle Klarheit bestehen sollte. Bei diesem letzten Punkt handelt es sich um folgendes:

Bei der Behandlung des Agrarprogramms im Reichstag ist die Frage einer Erhöhung der Zölle für lebendiges Vieh nicht erledigt, sondern auf den Herbst verschoben worden. Das Kabinett hatte bekanntlich den Anträgen, die der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft [Dietrich] in dieser Hinsicht gestellt hatte, bezüglich der Zölle für Rindvieh und Schafe zugestimmt, dagegen den dreimal wiederholten Antrag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft auf Erhöhung des Zolls für lebende Schweine von dem jetzt geltendem Satz von 16,- auf 24,- M ebenso oft abgelehnt. Einer der Gründe der Ablehnung war die Rücksichtnahme auf die polnischen Verhandlungen, denn es ist klar, daß die Polen, die eine Herabsetzung des Zolls für lebende Schweine gefordert haben, den Vertrag nicht schließen werden, wenn der Zoll, statt wenigstens auf der jetzigen Höhe gebunden zu werden, noch eine wesentliche Erhöhung erfährt. Dementsprechend hatten die früheren Instruktionen an den Delegationsführer dahin gelautet, daß der Zoll für lebende Schweine auf der jetzigen Höhe von 16,- M gebunden werden könne. Angesichts der Tatsache nun, daß Herr Hermes als einer der anerkannten Führer der deutschen Landwirtschaft eine Erhöhung des Zolls für lebende Schweine anstrebt, dafür Propaganda macht und sie im Herbst im Reichstag zu verwirklichen hofft, muß die Gewähr bestehen, daß er sich in dieser Hinsicht den Instruktionen der Regierung über die Bindung des Zolls gegenüber Polen fügt. Der Vertreter des Auswärtigen Amts stellte daher den Antrag, der deutschen Delegationsführer möge dem Kabinett über seine Haltung zu dieser Frage Aufschluß geben.

Zum ersten Punkt, Verhandlungsort Warschau, erklärte Herr Hermes, daß er dem seinerzeit ausgesprochenen Wunsche der Mehrheit des Kabinetts, sich zu einem ununterbrochenen Aufenthalt in Warschau zu verpflichten, nicht entsprechen könne. Er habe jetzt noch etwa 14 Tage dringend in agrarpolitischen Fragen zu tun,

---

<sup>5</sup> Siehe dazu ADAP, Serie B, Bd. XI, S. XXX-XXXII.

und bedürfe dann einer kurzen Erholung. Er sei bereit, am 1. August die Verhandlungen in Warschau aufzunehmen und sei auch bereit, 4 bis 5 Wochen lang in Warschau zu verhandeln. Wenn sich aber dann für ihn die Notwendigkeit herausstellen sollte, sich vorübergehend anderen Aufgaben in Deutschland zu widmen, so erbäte er die Erlaubnis, zu jenem späteren Zeitpunkt die Entscheidung des Kabinetts einzuholen. Mit dieser Erklärung gab sich die Mehrheit der anwesenden Kabinettsmitglieder zufrieden.

Zur zweiten Frage erklärte Herr Hermes, daß er sich nicht verpflichten könne, die Instruktionen der Reichsregierung über die Bindung des Zolls für lebende Schweine auszuführen. Er sei überzeugt, daß sich im Herbst im Reichstag eine Mehrheit für die Zollerhöhung finden werde, es sei ihm deshalb unmöglich, sich jetzt auf diese Bindung einzulassen. Vielmehr empfehle es sich, diese Frage zu vertagen, wenn er auch zugeben müsse, daß sie von den Polen wenige Tage nach Beginn der Verhandlungen werde aufgeworfen werden. Sollte aber von ihm verlangt werden, daß er die Instruktionen der Reichsregierung in dieser Hinsicht durchführe, so müsse er erklären, daß er sein Amt als Delegationsführer nicht beibehalten könne.

Herr Reichsminister Dietrich erklärte es als nicht wünschenswert, daß jetzt die Verhandlungen mit Polen wieder aufgenommen würden. Es wurde aber von Seiten des Auswärtigen Amts darauf hingewiesen, daß eine weitere Verschiebung angesichts der bereits im Einverständnis mit dem Kabinett den Polen gegenüber übernommenen Verpflichtungen kontinuierlicher Verhandlungen auch während der Sommermonate nicht in Frage kommen könne.

Die Mehrheit des Kabinetts war zwar der Meinung, daß keinerlei Anlaß vorliege, die mehrfach bestätigte Haltung des Kabinetts über die Frage einer Zollerhöhung für lebende Schweine zu ändern, oder aber über diese Frage auch nur erneut Beschluß zu fassen. Herr Reichsminister Severing hob aber hervor, daß nach der Erklärung des Herrn Hermes von der Beantwortung der gestellten Fragen das Verbleiben des Delegationsführers in seinem Amte abhängen. Aus diesem Grunde solle das Kabinett nicht entscheiden, ohne daß zuvor der Herr Reichskanzler seine Ansicht äußern könne.

Es wurde deshalb beschlossen, den Herrn Reichskanzler über die Sachlage zu unterrichten und eine Entschließung erst am Montag, den 8. Juli herbeizuführen.<sup>6</sup>

Berlin, den 3. Juli 1929.

---

<sup>6</sup> AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. 815-21.

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Telefonat mit dem Botschafter  
von Hoesch (leicht gekürzt)  
Berlin, 8. Juli 1929**

*Ausfertigung. PA, R 28980.*

Herr von Hoesch telefonierte mich heute vormittag an und sagte mir in bezug auf die ihm erteilte Instruktion<sup>1</sup> folgendes:

1.) Herr Briand sei auf dem Lande, komme erst morgen abend wieder. Morgen finde aber unglücklicherweise ein französischer Ministerrat statt. Unter diesen Umständen müsse er die Demarche heute bei Herrn Berthelot ausführen.

Ich erwiderte, ich nähme aber doch an, daß Herr von Hoesch die Demarche dann später auf alle Fälle auch bei Herrn Briand ausführen werde. Herr von Hoesch antwortete, das werde er natürlich tun.

2.) Herr von Hoesch sagte, die Aufzeichnung,<sup>2</sup> die er auftragsgemäß den Franzosen übergeben solle, enthalte nicht das, was Herr Briand wünsche und was er – Hoesch – in seinem Telegramm vom 1. Juli<sup>3</sup> erbeten habe. Herr Berthelot habe ihm ein ganz genaues Schema für die Arbeit der Konferenz vorgelegt. Er – Hoesch – hätte daher erwartet, daß wir ihm ein ebensolches Schema geschickt hätten, in welchem genau auseinandergesetzt würde, welche Punkte auf der Konferenz in den Kommissionen zu behandeln seien, wie lange die Behandlung dieser Punkte wohl dauern werde usw.

Ich erwiderte, das Petikum sei aber doch in Hoeschs Telegramm nicht zum Ausdruck gekommen. Meiner Ansicht nach hätten wir genau das in der Aufzeichnung behandelt, worauf es Herrn Briand ankomme. Es sei doch ganz klar, was wir wollten. Nämlich erstens, daß die Organisationskomitees am 15. Juli zusammenträten und ihre Arbeiten beschleunigten. Dann komme die Konferenz am 5. August. Wenn die Arbeiten der Organisationskomitees noch nicht ganz beendet seien, könnten sie doch auf der Konferenz beendet werden.<sup>4</sup> Die Punkte, welche die Kon-

---

<sup>1</sup> Gemeint ist die Instruktion Schuberts vom 6. Juli 1929 mit zwei Anlagen, den deutschen Vorstellungen über Organisation und Ablauf der Konferenz und einen Entwurf für das Schema eines Saar-Abkommens, ADAP, Serie B, Bd. XII, S. 143-47, vorbereitet durch den Stresemann (Bühlerhöhe) orientierenden Brief Schuberts vom 4. Juli, ebenfalls mit zwei Anlagen zu diesen beiden Fragen, ebd., S. 134-38. Am 5. Juli gab Stresemann Schubert telephonisch sein Einverständnis zu den beiden Anlagen, ebd., S. 134 Anm. 6.

<sup>2</sup> Gemeint ist die Anlage 1 der Instruktion vom 6. Juli 1929. Siehe Anm. 1.

<sup>3</sup> ADAP, Serie B, Bd. XII, S. 119-24.

<sup>4</sup> Diese Reihenfolge wurde vor allem auch im Hinblick auf die geplante Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) von deutscher Seite vorgezogen. Siehe ebd., S. 124 Anm. 8, Tel. Schuberts an Hoesch vom 4. Juli sowie Aufz. Schuberts (mit Schacht) vom 11. Juli: „Ich entwickelte abermals, aus welchen Gründen mir es notwendig erschiene, daß das Bankkomitee vor der Regierungskonferenz zusammentrete. Ich erwähnte die Mobilisierungsfrage und die Frage der Kontrolle über die internationale Bank. Ich sagte, daß, wenn das Bankkomitee erst nach der Regierungskonferenz zusammentrete, die große Gefahr bestände, daß in diesen beiden Fragen bereits durch die Konferenz Beschlüsse gefaßt werden könnten, durch welche dann die Mitglieder des Bankkomitees gebunden oder

ferenz zu behandeln habe, jetzt genau zu bestimmen, besonders auch danach, wie lange die Behandlung dauern werde, erschiene mir doch unzweckmäßig und unmöglich.

Herr von Hoesch behauptete, Herr Ruppel, der bei ihm wäre, sei derselben Ansicht wie er. Ich erwiderte, dann habe eben leider Herr Ruppel eine falsche Ansicht.

3.) Herr von Hoesch bemängelte, daß wir in der Aufzeichnung sprächen von zwei „Sonderkonferenzen“. Dadurch gäben wir doch der Gegenseite die Handhabe, zu sagen, dann könnten die beiden Konferenzen hintereinander stattfinden.

Ich erwiderte, in der Aufzeichnung sei unsere Absicht doch ganz klar zum Ausdruck gebracht. Es solle sich um eine einheitliche Konferenz handeln, die sich in zwei Sonderkonferenzen zerspalte. Die Hauptsache sei aber eben doch, daß diese beiden sogenannten Sonderkonferenzen gleichzeitig stattfänden.

4.) Herr von Hoesch bemängelte besonders, daß in der Aufzeichnung die Saarfrage besonders erwähnt worden sei. Herr Berthelot habe ihm doch vorgestern<sup>5</sup> ausdrücklich erklärt, die Saar-Frage dürfe unter keinen Umständen auf dem Konferenzprogramm stehen. Wenn er jetzt für die Einheitlichkeit der Konferenz kämpfe, so würde ihm dieser Kampf zerschlagen dadurch, daß die Saarfrage extra erwähnt würde. Man könne doch rein generell in der Aufzeichnung von politischen Fragen sprechen.<sup>6</sup>

Ich machte Herrn von Hoesch darauf aufmerksam, daß eine Änderung der Aufzeichnung deshalb kaum möglich sei, weil diese Aufzeichnung doch auch in anderen Städten übergeben werden würde. Wahrscheinlich sei die Übergabe schon erfolgt. Nach einigem Hin und Her versprach ich aber Herrn von Hoesch, mich noch einmal mit den übrigen Städten in Verbindung zu setzen.

5.) In verdeckter Form machte ich Herrn von Hoesch auf ein Schema eines Abkommens in der Saarfrage<sup>7</sup> aufmerksam und sagte ihm, daß dieses Schema zwar erwähnt, aber weder überreicht noch auch Herrn Briand gezeigt werden solle. Herr von Hoesch erwiderte, daß sei auch seine Absicht. Im übrigen fände er diesen Vertragsentwurf doch reichlich dünn.

---

unter Druck gesetzt würden. Außerdem aber bestehe, wenn das Bankkomitee vor der Regierungskonferenz überhaupt noch nicht gearbeitet hätte, die von mir bereits erwähnte Gefahr der Verschleppung der Sache bzw. Vertagung der politischen Konferenz.“-Ebd., S. 192-93 (Zitat S. 192).

<sup>5</sup> Hoeschs Tel. über die Unterredung mit Berthelot am 6. Juli 1929, ebd., S. 140-42.

<sup>6</sup> Am 6. Juli – siehe Anm. 1 – hatte Schubert geschrieben: „Es ist ein nichtiger Vorwand zu behaupten, daß die Saarfrage ein Sonderproblem sei, das nicht auf die Konferenz gehöre. Diese Frage steht im Gegenteil mit der Regelung der Reparationsfrage in direkten Zusammenhang. Der Vertrag von Versailles selbst gibt bekanntlich als Hauptmotiv für die Einführung seines Saarstatuts die Notwendigkeit an, Frankreich die Ausbeutung der Saargruben als Ersatz für die Zerstörung der nordfranzösischen Gruben zu gewährleisten. Das Saargebiet ist also in Wahrheit nichts anderes als eine Reparationsprovinz. Ihre Aufrechterhaltung steht im diametralen Gegensatz zu dem Grundgedanken des Youngplans [...]“-Ebd., S. 144.

<sup>7</sup> Gemeint ist die Anlage 2 der Instruktion vom 6. Juli 1929. Die deutsche Regierung war bereit, über den Rückkauf der Kohlengruben, die Garantierung französischer wirtschaftlicher Interessen und einen schrittweisen Übergang der Saar vom französischen in deutsches Zollgebiet zu verhandeln, ebd., S. 145 Anm. 5; siehe auch S. 136f.

[...]⁸

Herr von Hoesch kam dann erneut auf die Frage der Zerspaltung der Konferenz in Sonderkonferenzen zurück, worauf ich ihm unseren Standpunkt noch einmal kurz auseinandersetzte.

Herr von Hoesch fing abermals davon an, daß er ein genaues Programm für die Konferenz von uns erwartet hätte. Er sagte, am liebsten würde er Herrn Berthelot sagen, seine Mitteilungen seien nur vorläufig, wir würden ein genaueres Programm noch nachliefern.

Hierauf setzte ich Herrn von Hoesch unseren Standpunkt auch in dieser Frage noch einmal mit aller Dringlichkeit auseinander. Herr von Hoesch sagte mir, es wären etwa noch vier ganz bestimmte Fragen innerhalb des Youngplanes, welche der Konferenz zur Regelung vorbehalten blieben. Ferner habe er, was die Rheinlandräumung anlange, doch mehrfach auf die Artikel 8, 12 und 6 hingewiesen.

Schließlich sagte Herr von Hoesch, ich habe immer noch kein richtiges Verständnis für seinen Standpunkt.<sup>9</sup> Wenn die Franzosen noch mehr haben wollten, so könne er uns das nach seinem Gespräch mit Herrn Berthelot ja mitteilen. In diesem

<sup>8</sup> Schubert veranlaßte eine kleine Änderung im Text der Demarche, ebd., S. 143 Anm. 1.

<sup>9</sup> Schubert schrieb Hoesch am 13. Juli 1929 zu allen noch offenen Fragen einen ausführlichen Brief, der über Stresemann lief, der Hoesch ohne Wissen Schuberts nach Baden-Baden bestellt hatte, ebd., S. 204-08; Schuberts Schreiben an Stresemann, ebd. S. 204 Anm. 1. Aufz. Schuberts vom 15. Juli (ebd., S. 212f.), Stresemann habe angerufen und ihm mitgeteilt, daß er Hoesch die Instruktion übergeben habe. Er ging dann auf die Konziliations-Kommission – siehe dazu Dok. 193 u. 212 – ein: „Da ich mich an dem Wort ‚ständige‘, das der Herr Reichsminister mehrfach in bezug auf die Kommission bis 1935 gebrauchte, stieß, setzte ich zunächst kurz auseinander, daß wir unter ‚ständiger Kommission‘ doch immer eine Kommission über 1935 hinaus verstanden hätten. Als dann der Minister ferner sagte, die Engländer hätten ja eine Kommission bis 1935 vorgeschlagen, erwiderte ich, die Engländer hätten dies nicht vorgeschlagen, sondern den Gedanken im Gespräch mit Herrn Sthamer nur übernommen. Ich sagte weiter dem Minister, ich sei auch der Ansicht, daß, wenn wir eine Kommission bis 1935 konzidierten, diese Kommission nicht im Rheinland sitzen dürfe. [...] Schließlich sagte ich dem Herrn Reichsminister, eine Gefahr bestehe darin, daß uns vorgeschlagen werden könnte, die Kommission bis 1935 einzusetzen und zugleich zu stipulieren, daß wir uns im Jahre 1935 darüber unterhalten sollten, ob die Kommission noch weiter bestehen solle. Ich bezeichnete die Möglichkeit als ausgeschlossen. Der Minister erwiderte, darin stimme er mir durchaus zu: im Jahre 1935 müsse auf jeden Fall Schluß sein. Ich kam dann meinerseits noch einmal auf die Saar zu sprechen. Ich sagte dem Herrn Reichsminister, ich müsse ihn darauf aufmerksam machen, daß wir nach reiflicher Überlegung zu der Ansicht gekommen seien, daß die Saarvorschläge, die wir gemacht hätten, durchaus ein Minimum darstellten. Es müsse aber unbedingt ein Junktim hergestellt werden zwischen den Verhandlungen und dem Verhandlungsergebnis über den Youngplan und der Rheinlandräumung einerseits und der Saarfrage andererseits. Sonst bestehe die ungeheure Gefahr, daß es nur zu vagen Saarbesprechungen kommen werde und das sei unerträglich. Der Herr Reichsminister schien dies einzusehen und sagte schließlich, Herr Briand werde morgen sprechen und dann werde man ja sehen wie wir weiter zu arbeiten hätten.“ In der immer häufiger werdenden Abwesenheit Stresemanns von Berlin übernahm Schubert einen großen Teil der anfallenden Arbeit. So führte er im Rahmen der Vorbereitung der Ersten Haager Konferenz sowohl die Verhandlungen im Inland als auch mit den anderen Mächten weitgehend alleine. Vgl. etwa Dok. 211-13.



Fall müsse er uns aber ganz genau auseinandersetzen, was eigentlich verlangt würde.

Sch[ubert]

211

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Telefongespräch mit Reichsminister  
Stresemann, Bühlerhöhe  
Berlin, 8. Juli 1929**

*Original. PA, R 28980.*

Ich habe heute morgen dem Herrn Reichsminister etwa Folgendes mitgeteilt:

Vorgestern und gestern hat sich bei den Besprechungen über die Reichsbahn<sup>1</sup> und die hierauf bezüglichen Instruktionen für die Organisationskomitees<sup>2</sup> der Reichsminister [für Verkehr] Stegerwald darauf berufen, daß der Herr Reichsminister bei einer Kabinettsitzung erklärt habe, wir hätten den Young-Plan nur als Grundlage angenommen und wir könnten daher noch Änderungen herbeiführen. Herr Stegerwald hat diese Äußerung des Herrn Reichsministers aber in Zusammenhang damit gebracht, daß er – Stegerwald – der Ansicht sei, man müsse auch noch durchdrücken, den Beschluß des Young-Plans, die Eisenbahnen in der jetzigen Form bestehen zu lassen, d.h. als Gesellschaft, umzustoßen und darauf hinzuwirken, daß die Reichsbahn ein Unternehmen würde, wie z.B. die Post. Ich habe darauf erklärt, ich hätte mit dem Herrn Reichsminister über diesen Punkt nicht besonders gesprochen. Ich sei aber der Ansicht, daß der Herr Reichsminister nur habe sagen wollen, daß gewisse Details noch durchgekämpft werden könnten, aber nicht, daß es möglich sei, so schwerwiegende prinzipielle Punkte, welche das Inkrafttreten des Young-Plans überhaupt gefährden könnten, zu ändern.<sup>3</sup> Ich bat den Herrn Reichsminister, mir die Richtigkeit dieser Ansicht zu bestätigen. Ich deutete

---

<sup>1</sup> Vom 6. u. 7. Juli, AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. 802-04, 810-12. Stegerwald erklärte am 6. Juli, „daß die Selbstständigkeit der Reichsbahn parlamentarische Komplikationen mit sich bringen werde. Man werde es im Reichstag nicht verstehen können, daß man das Reichsvermögen, das einmal die Eisenbahn ist, einer vollständig unabhängigen Gesellschaft überantworte, auf die man keinen nennenswerten Einfluß habe. Zur Durchbringung der kommenden Gesetze sei es erwünscht, daß die Reichsregierung die Möglichkeit erlange, auf die Gestaltung der Dinge bei der Reichsbahn, starken Einfluß auszuüben.“-Ebd., S. 803. Zur Reichseisenbahn im Young-Plan siehe Schultheß', Bd. 70 (1929), S. 499f.

<sup>2</sup> Sie wurden am 8. Juli verabschiedet, AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. 815f.

<sup>3</sup> Unterredung Schubert/Gilbert am 11. Juli: „Wir sprachen sodann über die Notwendigkeit, die Organisationskomitees möglichst bald in Marsch zu setzen. Herr Gilbert sagte, er hielte es für unbedingt erforderlich. In allen Ländern mache sich eine steigende Opposition gegen den Young-Plan bemerkbar. Es sei daher sehr gefährlich, die Sache auf die lange Bank zu schieben. Ich erwiderte, das sei auch meine Ansicht.“-Aufz. Schuberts, PA, R 28980.

an, daß hinter der Sache auch gewisse parteipolitische Einstellungen des Herrn Stegerwald mitsprächen.

Der Herr Reichsminister erwiderte, in der Tat sei er an sich dafür, daß, besonders in bezug auf die Beamten die Reichsbahn ein Unternehmen würde. Herr Stegerwald befinde sich, das muß er doch anerkennen, in einer sehr schwierigen Stellung.

Ich erwiderte, ich glaubte aber, daß der Versuch, den Beschluß des Young-Plans umzustößten, doch sehr schwierig sein würde. Außerdem aber seien aus verschiedenen Gründen das Finanzministerium, Herr Curtius und ich der Ansicht, daß es zweckmäßiger sei, wenn die Reichsbahn eine Gesellschaft bliebe. Auch Herr Stegerwald habe sich schließlich jetzt damit abgefunden.

Der Herr Reichsminister erwiderte, man könne aber vielleicht dafür sorgen, daß die Zeit abgekürzt würde.

Ich entgegnete, auch das schiene mir unmöglich zu sein: man müsse sich wohl doch mit 37 Jahren abfinden.

Der Herr Reichsminister sagte dann, man müsse unbedingt dafür sorgen, daß der Einfluß der Reichsregierung auf die Reichsbahn, insbesondere soweit der Verwaltungsrat in Frage komme, bedeutend gestärkt würde. Es komme hier besonders auf die Beamten an, die sich mit Recht beschwerten. Infolgedessen sei es unbedingt notwendig, daß ein Vertreter der Beamten in den Verwaltungsrat hineinkomme.

Ich erwiderte, in dieser Beziehung, d.h. in bezug auf die Verstärkung des Einflusses der Reichsregierung auf die Reichsbahn seien wir alle einig.

Schließlich sagte ich, ich hielte mich also für ermächtigt, im Auftrage des Ministers zu sagen, es müsse der Einfluß der Reichsregierung auf die Reichsbahn unbedingt verstärkt werden, insbesondere soweit der Verwaltungsrat in Frage komme und in diesem Zusammenhang vor allem, daß die Beamten einen Vertreter im Verwaltungsrat hätten. Wenn der Minister auch glaube, daß wir an sich berechtigt wären, auch den Standpunkt des Young-Plans, die Gesellschaftsform beizubehalten, zu bekämpfen, so halte er allerdings einen solchen Versuch für hoffnungslos und seiner Ansicht nach solle man ihn besser unterlassen.

Sch[ubert]

**Notizen von Schuberts zu dem Briefwechsel Kaas/Wirth im Juli 1929  
Grünhaus, Winter 1932/33**

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. CF, Bd. 3 app. 1  
(PA, R 28981).*

Meine Aufzeichnung vom 12. Juli 1929.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Zur Vorgeschichte des öffentlichen Briefwechsels Kaas/Wirth und vollständiger Text: PA, R 28981.

Über die Vorgeschichte eines Briefwechsels zwischen Kaas und Wirth.<sup>2</sup> Unter anderem: ich hatte am 8. Juli erfahren, daß der Reichsminister sich ein Interview über die sogenannte Conciliations-Commission<sup>3</sup> für die Times bestellt habe. Das Interview wurde von Gaus ausgearbeitet. Am 9. Juli telefonierte ich Stresemann an, man könne zweifelhaft über die Opportunität des Interviews sein. Am 10. Juli war Herr Wirth bei mir und sprach mit mir über die Reparationsfrage.<sup>4</sup> Er äußerte Besorgnis über die Frage der Conciliations-Commission. Herr Wirth erzählte, Herr Kaas sei auf das Lebhafteste beunruhigt. Er trage sich sogar mit der Absicht, Wirth einen, auch für die Öffentlichkeit bestimmten Brief zu schreiben. Ich äußerte große Bedenken, die Sache in der Öffentlichkeit groß aufzumachen.<sup>5</sup> Ich bat Herrn Wirth, Kaas zu beruhigen, was mir Wirth versprach.<sup>6</sup> Am 12. Juli wurde mir in der Pressebesprechung ein Artikel der „Germania“ vorgelegt, worin ein Briefwechsel zwischen Kaas und Wirth angekündigt wurde. Am gleichen Vormittage zeigte mir auf einer großen Besprechung Herr Wirth einen Brief des Herrn Kaas und sagte, dieser Brief sei zur Veröffentlichung bestimmt: daran ließe sich nichts mehr ändern. Er werde diesen Brief natürlich beantworten müssen. Herr Wirth gab mir einen Antwortbrief zu lesen. Ich zeigte den Brief Gaus. Herr Wirth sagte mir, Herr Kaas befinde sich in ganz entsetzlicher Aufregung: an der Veröffentlichung lasse sich nichts mehr ändern. Herr Gaus fand den Antwortbrief des Herrn Wirth bedenklich. Wirth zeigte sich für die Argumente des Herrn Gaus zugänglich. Am Abend des 12. Juli rief mich Kaufmann an und sagte mir, er habe soeben den Briefwechsel Kaas-Wirth zur Veröffentlichung durch W.T.B. erhalten.<sup>7</sup> Er habe große Bedenken gegen

<sup>2</sup> Dazu auch Aufz. Strohm's vom 13. Juli über einen Anruf Stresemann's, ADAP, Serie B, Bd. XII, S. 202f.

<sup>3</sup> Dazu u.a. Dok. 210 Anm. 9. Kaas und Wirth wandten sich gegen die Kommission, vor allem falls sie permanent werde; siehe auch AR, Kab. Müller II, Bd. 2, S. 841 Anm. 13.

<sup>4</sup> Aufz. Schubert's vom 10. Juli 1929, ADAP, Serie B, Bd. XII, S. 171-73.

<sup>5</sup> Über die hier gedruckte Zusammenfassung Schubert's hinaus hieß es in der Aufz. vom 12. Juli (siehe Anm. 1): „Wir täten alles, um die Engländer zu beeinflussen. Wir arbeiteten natürlich auch in Paris. Wenn wir jetzt zu stark in der Öffentlichkeit arbeiteten, so entstehe die Gefahr, daß die französische Presse antworte, und daß dann die öffentliche Diskussion derartige Dimensionen annehme, daß dadurch unsere Absicht, in Paris den Kommissionsgedanken totzuschlagen, stark gefährdet würde.“

<sup>6</sup> Schubert – siehe Anm. 3 – hatte Wirth erklärt: „Ich sagte ihm schließlich, daß ich glaubte, er könne, soweit das Auswärtige Amt und ich in Frage kämen, Herrn Kaas durchaus beruhigen. Ich sagte schließlich, daß ich eine Gefahr darin sähe, daß die Gegenseite schließlich und endlich auf einen Kompromiß hinsteuern könnte, daß wir die Kommission bis 1935 einsetzen und daß dann gesagt würde, im Jahre 1935 würden wir uns weiter darüber unterhalten, ob die Kommission weiterbestehen solle oder nicht. Ich bezeichnete diesen Kompromiß als nicht möglich.“ Außerdem notierte Schubert: „Herr Wirth wies mich auf die in der Presse veröffentlichte und in der gestrigen Sitzung des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren gefallene Äußerung des Herrn Thyssen hin, daß der Youngplan eine Anerkennung der Kriegsschuldfrage sei und daß dies, wie Vögler mitgeteilt habe, wiederholt bei den Sachverständigenverhandlungen zum Ausdruck gekommen sei.“-ADAP, Serie B, Bd. XII, S. 171. Durch einen Telefonanruf bei Schacht am selben Tage überzeugte sich Schubert, daß in Paris niemals von der Kriegsschuldfrage die Rede gewesen sei. Schacht lehnte es jedoch ab, ein Dementi abzugeben, ebd., S. 171f. Anm. 1. Zu diesem Vorgang siehe auch AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. 825-28.

<sup>7</sup> Zum Text der Briefe siehe WTB-Meldung Nr. 1369 vom 12. Juli 1929. Fundort: PA, R 28981.

eine Stelle des Briefes des Herrn Kaas, die so ausgelegt werden könne, als ob dabei Wirth gegen Stresemann ausgespielt werde. Auf seine Bitte erteilte ich Kaufmann die Ermächtigung, Herrn Katzenberger zu Herrn Wirth zu schicken und ihm nahe zu legen, die Stelle des Kaasschen Briefes zu ändern. Eine Stunde später teilte mir Kaufmann mit, daß Wirth die Stelle geändert hätte. Dann habe ich noch am gleichen Tage Herrn Bernhard zu mir kommen lassen, der am gleichen Abend zu Stresemann nach Bühlerhöhe reiste.<sup>8</sup> Ich habe ihn unter Darlegung des Tatbestandes beauftragt, den Reichsminister genau zu informieren, auch über meine negative Ansicht über das von Stresemann beabsichtigte Interview.<sup>9</sup>

## 213

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Telefongespräch mit Reichsminister  
Stresemann, Bühlerhöhe  
Berlin, 19. Juli 1929**

*Original. PA, R 28982.*

Unmittelbar nach dem Telefongespräch zwischen Herrn von Maltzan und Herrn Strohm telefonierte mich der Herr Reichsminister an.

Er sagte mir, er habe in den Zeitungen die Nachricht gelesen, daß die Konferenz erst später stattfinden werde als am 6. August.<sup>1</sup> Er fragte mich, ob wir darüber etwas Offizielles wüßten. Dies verneinte ich. Ich sagte nur, im „Berliner Tageblatt“ hätte heute ein Artikel gestanden, der auch von dieser Möglichkeit spreche, aber hinzufüge, eine Verschiebung käme nicht in Frage. (Der Herr Reichsminister hat mir also nicht gesagt, er wünsche, daß wir eventuell auf eine Verschiebung hinarbeiten sollten.) Der Herr Reichsminister sagte ferner, er habe aus Mergentheim gehört, der Herr Reichskanzler habe einen Rückfall erlitten, der allerdings nicht schlimm sei.<sup>2</sup> Im übrigen würde er – der Herr Reichsminister – es sehr begrüßen, wenn der Herr Reichskanzler an den Verhandlungen der politischen Konferenz teilnehmen könne, besonders auch mit Rücksicht auf die Genfer Verhandlungen im September vorigen Jahres.<sup>3</sup> Ich stimmte dem Herrn Reichsminister zu.

<sup>8</sup> Am 13. Juli 1929 beschwerte sich Stresemann telefonisch bei Strohm – siehe Anm. 2 – über die Veröffentlichung.

<sup>9</sup> Bernhard erstattete nach seiner Rückkehr aus Bühlerhöhe am 15. Juli 1929 in Berlin Bericht. Stresemann verdächtigte Schubert, den Briefwechsel zusammen mit Wirth initiiert zu haben, Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. XII, S. 214 Anm. 4. In einem Telefongespräch vom selben Tage erklärte Schubert Stresemann den Sachverhalt, ebd., S. 213f. Stresemann kritisierte, daß der Eindruck entstehen könne, im Kabinett herrsche Uneinigkeit in der Frage.

<sup>1</sup> Gemeint ist die erste Haager Konferenz.

<sup>2</sup> Dazu AR, Kab. Müller II, Bd. 1, S. 764 Anm. 1.

<sup>3</sup> Siehe dazu Dok. 193.

Der Herr Reichsminister fragte mich sodann nach der Rede des Herrn Briand,<sup>4</sup> worauf ich ihn im Sinne unserer gestrigen Pressebeeinflussung orientierte.

214

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit  
dem britischen Geschäftsträger Nicolson  
Berlin, 19. Juli 1929**

*Durchschrift. PA, R 28982.*

Der Englische Geschäftsträger, der sich bei mir angesagt hatte, suchte mich heute vormittag auf und zeigte mir ein Telegramm, welches er von seiner Regierung erhalten hatte und das einen Auftrag für ihn enthält.

Dieses Telegramm, das, wie mir Herr Nicolson sagte, auch nach Paris gegangen ist, sagt etwa Folgendes: Der Englische Botschafter in Washington [Sir Esme Howard] ist beauftragt worden, nach London zu berichten – eventuell nach privatem Benehmen mit dem Staatsdepartement, wenn er dies für zweckmässig hält – über das beste Verfahren, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einzuladen, an der Regierungskonferenz [über den Young-Plan] teilzunehmen. Herr Nicolson wird von dem Resultat der Demarche des Englischen Botschafters in Washington unterrichtet werden.<sup>1</sup>

Hierzu gab Herr Nicolson folgende Erläuterung: Der Botschafter in Washington hätte berichtet, daß in bezug auf eine Teilnahme oder Nichtteilnahme der Amerikaner an der politischen Konferenz eine schwierige Situation entstanden sei. Der Senat stelle sich mehr und mehr auf den alten amerikanischen Standpunkt, daß Amerika sich von europäischen Dingen fernhalten solle. Das Staatsdepartement andererseits teile diesen Standpunkt offenbar nicht, sei aber auch der Ansicht, daß die Angelegenheit der Teilnahme oder Nichtteilnahme Amerikas an der Konferenz eine sehr delikate Angelegenheit sei. Ferner meinte Herr Nicolson, der Sinn seiner Instruktion, die er eben bei mir ausgeführt habe, sei wohl der, daß die Engländer Wert darauf legen würden, daß, insbesondere von Paris aus, nichts in der Frage geschehe, ehe nicht die Englische Regierung das Resultat ihrer Sondierung in Washington erfahren hätte.

Ich dankte dem Geschäftsträger für seine Mitteilung. Ich sagte ihm, wir hätten in dieser Sache bisher nichts getan. Ich hätte lediglich vor einigen Tagen Gelegen-

---

<sup>4</sup> Siehe Schultheß', Bd. 70 (1929), S. 332f.

---

<sup>1</sup> Tel. Foreign Office/Nicolson vom 18. Juli, DBFP, Series I A, Bd. VI, S. 431f. Nicolson berichtete mit Tel. vom 19. Juli über sein Gespräch mit Schubert, ebd., S. 431f., ebenfalls am 19. – eingegangen am 20. Juli – übermittelte Howard die Antwort der amerikanischen Regierung nach London, ebd., S. 436f. Über den weiteren Verlauf siehe das britische Memorandum, das Nicolson am 24. Juli 1929 übergab, ADAP, Serie B, Bd. XII, S. 260f.

heit gehabt, ganz allgemein mich mit dem Amerikanischen Botschafter [Schurman] über die augenblickliche Situation zu unterhalten.<sup>2</sup>

Herr Nicolson sagte mir, er würde mich sofort unterrichten, sobald er von London eine Nachricht über das Resultat der Sondierung in Washington erhalten hätte.

Augenscheinlich aus eigener Initiative kam dann Herr Nicolson auf die allgemein mit der Konferenz zusammenhängenden Fragen zu sprechen, wobei er betonte, er habe nichts aus London gehört. Er wußte auch scheinbar nur sehr wenig von dem Gespräch zwischen Herrn Sthamer und Herrn Henderson.<sup>3</sup> Herr Nicolson sagte, was den Ort anlange, so glaube er nicht, daß man in London einen Schweizer Ort annehmen werde, und zwar deshalb, weil dann Herr MacDonald gezwungen sein würde, öfters zwischen diesem Ort und London hin- und herzufahren, was für ihn unbequem sei. Herr Nicolson fragte mich nach unserer Stellungnahme zu Ostende, das er doch als im Bereiche der Möglichkeit zu halten schien. Ich erwiderte, ich hätte bisher stets angenommen, daß Ostende nicht in Frage kommen würde. Ich selbst sei nicht entzückt von diesem Gedanken, da ich rein aus äußerlichen Gründen Ostende nicht für passend hielt. Herr Nicolson sprach dann von Brüssel, worauf ich erwiderte, Brüssel sei schon deshalb unmöglich, weil es zu dieser Jahreszeit außerordentlich heiß sei. Herr Nicolson sprach endlich vom Haag und meinte, hierauf würden die Engländer wohl eingehen. Ich sagte, auch mir schiene der Haag recht zweckmäßig zu sein. Herr Nicolson sprach dann von dem Zeitpunkte und sagte, der 5. August scheine ja nun festzustehen. Wir sprachen dann auch von der vorläufigen Nichteinberufung der Organisationskomitees. Ich sagte, ich hielt es für sehr unpraktisch, wenn die Organisationskomitees nicht vor der Konferenz einberufen würden. Wir könnten jetzt aber nichts weiter tun, nachdem wir in London gehört hätten, daß die Engländer die Komitees nicht vor der Konferenz einberufen wollten. Ich sagte, ich verstehe zwar, dass die Engländer allerlei Sorgen wegen des Verteilungsschlüssels usw. hätten. Trotzdem verstehe ich es nicht, warum die Engländer nicht auch dafür wären, daß die Organisationskomitees vorher vor allen Dingen allerlei Routine-Arbeiten erledigten. Herr Nicolson sagte, ihm sei die Stellung von London in dieser Beziehung auch durchaus nicht verständlich. Wir sprachen dann auch über die Saar-Frage, wobei ich unseren Standpunkt in kurzen Zügen auseinandersetzte. Ich hob unter anderem hervor, daß die Engländer scheinbar garnicht wüßten, wo eigentlich das Saar-Gebiet liege, und daß das Saar-Gebiet doch schließlich ein Teil des Rheinlandes sei. Herr Nicolson sagte, das sei wohl richtig, man habe in England keine Ahnung. Außerdem aber werde man den Vorwurf erheben, daß, wenn man den Deutschen etwas konzediere, sie immer mehr verlangten. Ich erwiderte, das sei eine vollkommen falsche Idee. Wir hätten stets Rhein und Saar in einem Atem genannt. Außerdem sei es vollkommener Unsinn, wenn Herr Briand jetzt so tue, als ob die politische Konferenz nichts anderes zu erledigen habe, als die Ausführung des sogenannten Genfer Programms. Ich setzte im einzelnen auseinander, warum diese Idee abwegig sei, indem

<sup>2</sup> Aufz. Schuberts, 16. Juli 1929, ebd., S. 218f.

<sup>3</sup> Sthamers Tel. vom 16. Juli, ebd., S. 219-21. Schuberts Antwort, Tel. vom 18. Juli, ebd. Anm. 3.

ich auf den Ursprung der Genfer Verhandlungen zurückging. Herr Nicolson schien dies zu verstehen. Endlich aber setzte ich auseinander, warum es meiner Ansicht nach ein ungeheurer politischer Fehler wäre, die Saar-Frage jetzt beiseite zu lassen.<sup>4</sup> Ich betonte, daß gerade die neuen Leute in England<sup>5</sup> doch hierfür unbedingt Verständnis haben müßten. Herr Nicolson schien einiges Verständnis für meine Ausführungen zu haben, meinte aber doch immer wieder, er fürchte, daß wir nicht auf irgendeine Unterstützung der Engländer rechnen könnten.

Kurz kam dann auch noch Herr Nicolson auf die Conciliations-Commission<sup>6</sup> zu sprechen, worauf ich ihm auch hierüber kurz unseren Standpunkt auseinandersetzte, den er sehr einleuchtend zu finden schien. Ich sprach dann auch noch im Sinne meines gestrigen Telegramms nach London über die Festsetzung des Konferenzprogramms und die hierin liegenden Gefahren und erwähnte endlich die Unmöglichkeit, die Konferenz gleichzeitig mit der Völkerbundsversammlung in Genf tagen zu lassen.

Sch[ubert]

<sup>4</sup> Im Tel. Schuberts an Hoesch vom 18. Juli 1929, ebd., S. 232f., heißt es: „Wie ist diese These [des ‚Genfer Programms‘, dazu ADAP, Serie B, Bd. X, S. 82 Anm. 3] mit der ständig wiederholten, auch in seinen letzten Kammerreden wieder besonders unterstrichenen Behauptung des Herrn Briand zu vereinbaren, daß eine Gesamtliquidation aller aus dem Kriege resultierenden Fragen unbedingt nötig sei? Will Herr Briand etwa leugnen, daß wir seit Thoiry unter ‚Gesamtliquidation des Krieges‘ stets die Befreiung von Rhein und Saar verstanden und diesen Standpunkt stets in aller Öffentlichkeit proklamiert haben? Ist Herr Briand sich darüber klar, welche Folgen entstehen würden, wenn sich nach Regelung der Reparationsfrage und nach Räumung des Rheinlandes aller zwischen Deutschland und Frankreich vorhandene Zündstoff im Saargebiet in intensiver Weise konzentrieren würde? Sieht Herr Briand nicht ein, daß eine Verständigung über das Saargebiet unter Umständen das beste politische und wirtschaftliche Geschäft sein könnte, was je zwischen unseren beiden Ländern getätigt worden ist?“ Zum Stand der Vorbereitungen und zu den deutschen Konzessionen in der Saar-Frage am 31. Juli ebd., S. 295-97. Einen weiteren Aspekt erwähnte Schubert (Aufz. vom 1. August, ebd., S. 300) im Gespräch mit Frank, der ihn um seine Beurteilung der Pläne Briands „über eine Zusammenfassung der europäischen Staaten“ bat: „Indem ich betonte, daß ich bloß für meine Person sprechen könnte, sagte ich dem Gesandten, daß an sich der Briandsche Plan natürlich durchaus einen vernünftigen Kern enthielte. Auch ich sei der Ansicht, daß man auf einen wirtschaftlichen Ausgleich in Europa hinarbeiten müsse, wenn man nicht einer großen Katastrophe entgegengehen wolle. Der Briandsche Plan sei mir nur in doppelter Beziehung etwas unheimlich. Erstens hätte ich die Befürchtung, daß Briand dieses weitgesteckte Ziel jetzt in den Vordergrund stellen wolle, um den Versuch zu machen, andere näherliegende Probleme für den Moment loszuwerden. Was uns angehe, so dünkte ich da in erster Linie an die Saarfrage. Zweitens aber hätte ich die Befürchtung, daß, wenn Herr Briand diesem an sich sehr ersten Problem eine falsche politische Färbung gäbe, dies für die Verfolgung des Problems selbst sehr mißliche Folgen haben könnte.“

<sup>5</sup> Am 5. Juni 1929 war MacDonald von George V. mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Er bildete ein Kabinett aus Labour und Liberalen, Schultheiß, Bd. 70 (1929), S. 286-88.

<sup>6</sup> Siehe Dok. 210 Anm. 9, 212.

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem britischen  
Delegationssekretär Sir Maurice Hankey  
Scheveningen, 5. August 1929**

*Original. PA, R 28984.*

Sir Maurice Hankey suchte mich heute vormittag um  $\frac{1}{2}$  11 Uhr auf und sagte mir, er habe mich besucht, da er Wert darauf lege, sofort zwischen unseren Delegationen einen Kontakt herzustellen. Er sei vorgestern hier eingetroffen, um auf Wunsch der Holländer die Konferenz etwas vorzubereiten. Er habe auch Gelegenheit gehabt, mit Herrn Massigli zu sprechen, welcher gestern hier eingetroffen sei. Er habe mir nun den Vorschlag zu übermitteln, daß die Hauptdelegierten der sechs einladenden Mächte sich heute abend um  $\frac{1}{2}$  8 Uhr im Hotel des Indes bei Herrn Briand einfinden würden, um über das zunächst einzuschlagende Procedere zu beraten. Die Zeit sei nicht sehr bequem, es könne aber keine andere genommen werden, da die Franzosen erst um 6 Uhr im Haag eintreffen würden. Herr Briand sei aber über die beabsichtigte Zusammenkunft um  $\frac{1}{2}$  8 Uhr orientiert und hiermit einverstanden. Ich erwiderte, ich glaubte, schon jetzt eine Zusage geben zu können. Ich fragte Sir Maurice, ob ein oder zwei Hauptdelegierte kommen sollten. Sir Maurice sagte mir etwas verlegen, er bäte, daß zwei kämen, denn Snowden sei der rangälteste Minister und als solcher Führer der Delegation, andererseits müsse natürlich Henderson dabei sein. Ich erwiderte, das werde bei uns keine Schwierigkeiten machen, obgleich bei uns vier Hauptdelegierte vorhanden seien.<sup>1</sup>

Sir Maurice sagte ferner, morgen könnte vielleicht eine Eröffnungssitzung stattfinden, zu der auch das diplomatische Corps und die Presse zugelassen werden würden und zwar um 11 Uhr. In dieser Sitzung werde der holländische Außenminister [Beelaerts van Blokland], der sich hierzu bereits bereiterklärt hätte, eine Eröffnungsrede halten. Es würde dann einer der anderen Delegierten sprechen und dann würde diese rein formale Sitzung geschlossen. Es würde sich dann anschließen die erste wirkliche Sitzung natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit, wenn auch unter Hinzuziehung der Sachverständigen.

Sir Maurice kam dann auch auf das Procedere selbst zu sprechen und sagte mir, in seiner Delegation habe man die Meinung, daß eine Rotation im Vorsitz stattfinden sollte, obgleich dieser Ausweg nicht gerade sehr schön sei. Ich erwiderte, auch ich fände das an sich nicht sehr schön. Man könne ja ventilieren, daß der älteste Ministerpräsident, als welcher Herr Jaspas bezeichnet werde, den Vorsitz füh-

---

<sup>1</sup> Über die vorbereitende Sitzung Aufz. Schmidts, ADAP, Serie B, Bd. XII, S. 316-18. In diesem Band auch eine ausführliche Dokumentierung des Konferenzverlaufs vom 6.-31. August 1929. Die deutschen Hauptdelegierten waren Stresemann, Curtius, Hilferding und Wirth. Über die Ernennung Snowdens zum Delegationsleiter Aufz. Breitscheids vom 22. Juli (ebd., S. 250) über dessen mit Schubert beratenen – PA, R 29984 (16. u. 17. Juli) – London-Besuch: „Wenn die Konferenz auf dem Festland stattfindet, wird MacDonald nur wenige Tage teilnehmen, und der Hauptdelegierte wird Snowden sein, der so ‚stubborn‘ ist, daß er offenbar selbst dem Foreign Office auf die Nerven geht.“



re. Hierauf erwiderte Sir Maurice, man nehme aber englischerseits an, daß wir Jasper nicht sehr gern haben würden, was ich verneinte. Ich sprach dann von Briand als ständigen Vorsitzenden, worauf Sir Maurice mir sagte „we would I think support him“.

Ich betonte aber, daß dies nur so eine Idee von mir sei. Ich fügte hinzu, daß mir doch auch sehr wichtig erscheine der Vorsitz in den beiden Kommissionen, der finanziellen und der politischen. Hierauf sagte Sir Maurice, er glaube, daß man auch hierfür eine Rotation vornehmen könnte.

Endlich sprach ich Sir Maurice auch auf das Generalsekretariat an. Er sagte mir, er hätte dies zunächst Herrn Massigli angeboten, der aber erwidert habe, er könne diesen Posten nicht annehmen, da er sich schon ziemlich frühzeitig über Paris nach Genf begeben müsse. Darauf habe aber Herr Massigli ihm – Sir Maurice – den Posten angeboten. Dies sei ihm nicht sehr angenehm, da er, – er sei offiziell „Sekretär der Delegation“ –, wenn er doch den neutralen Posten eines Generalsekretärs annehme, nicht mehr imstande sein würde, seine Delegation so, wie ihm das richtig erscheine, zu beraten. Ich sagte ihm, ich fände es das einzig Richtige, wenn er den Posten annehme. Schließlich sagte er, er sei schließlich und endlich damit einverstanden und ich hatte den Eindruck, daß er sich bereits mit der Ernennung als einer Tatsache abgefunden hatte. Er bat mich dann auch, einen Herrn um 3.15 Uhr in die Sitzungsräume der Konferenz in der ersten Kammer zu entsenden. Ich sagte ihm, ich würde Herrn Boltze schicken.

Schließlich verabredeten wir, daß ich mich mit ihm um 5 Uhr noch einmal in Verbindung setzen würde.

Ich habe nach dem Mittagessen um 3 Uhr die vier Herren Minister<sup>2</sup> über mein Gespräch mit Sir Maurice ins Bild gesetzt. Nach längerer Diskussion wurde ich ermächtigt, Sir Maurice noch vor der Konferenz am Abend etwa Folgendes zu sagen:

1.) Eine Rotation in dem Gesamtvorsitz sei uns recht, auch wären wir damit einverstanden, wenn (diesen Vorschlag machte mir Hankey, ich vergaß dies oben zu notieren) als erster Vorsitzender Herr Briand ernannt würde, und daß dann die weiteren Vorsitzenden nach dem Alphabet folgen würden.

2.) Wir seien aber der Ansicht, daß bei den Kommissionen ein ständiger Vorsitz vorzuziehen sei. Wir seien der Meinung, daß für die finanzielle Kommission am besten die Italiener, für die politische die Engländer den Vorsitz führen sollten.

Am Nachmittag konnte ich Hankey nicht erreichen; das vorgesehene Gespräch fand also nicht statt.<sup>3</sup>

Sch[ubert]

---

<sup>2</sup> Siehe Anm. 1.

<sup>3</sup> Dieser Satz von Schubert hschr. unter das Schriftstück gesetzt.

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung  
mit Reichsminister Stresemann  
Scheveningen, 5. August 1929**

*Original. PA, R 28984.*

Heute nachmittag um 6 Uhr ließ mich der Herr Reichsminister kommen, und wir hatten eine Unterhaltung von etwa einer Stunde. Ich setzte ihm die Hauptschwierigkeiten der kommenden Konferenz auseinander. Das Material für die Unterredung liegt bei.

Sch[ubert]

RM<sup>1</sup>

1). Im ersten Gespräch kam im September Briand bei RK auf Thoiry zu sprechen; da, sagte er, müsse man anknüpfen.<sup>2</sup>

1)a) In Besprechung am 13. September<sup>3</sup> war auch immer von Thoiry die Rede.

2). Zu Herrn von Hoesch kürzlich:<sup>4</sup> er wolle an Thoiry anknüpfen.

3). In Thoiry spielte Saar Hauptrolle.

[wieder gestrichen:]

Hymans zu Müller am 10. Sept. 28:

Stre[se]m[ann] habe im Frühjahr Kontrolle bis [19]35 angeboten<sup>5</sup>.

Stre[se]m[ann] beruft sich Briand gegenüber selbst auf seine Rede bis [19]35! Auch Kompromiß (Str[esemanns])<sup>7</sup>: S. 9.<sup>8</sup>

Argument bei RM: Young-Plan sei neues factum.

Thoiry

1). Besuch Briands bei Str[esemann] am 11. Sept. 26<sup>9</sup>

Br[iand]: will an ruhigem Ort sprechen über Fragen, die uns gemeinsam betreffen, nämlich:

Truppenfrage im Rheinland

Saarfrage (mit besonderer Betonung!)

<sup>1</sup> Von hier an hschr.

<sup>2</sup> Gemeint sind die Beratungen anlässlich der IX. Völkerbundsversammlung vom 3.-26. September 1928 in Genf. Das Gespräch Müllers mit Briand fand am 5. September statt, Aufz. Schmidts, ADAP, Serie B, Bd. X, S. 9-14.

<sup>3</sup> Ebd., S. 53-61; Müllers Tel. vom 14. September, ebd., S. 63-66.

<sup>4</sup> Hoeschs Tel. vom 1. August 1929, ebd., Bd. XII, S. 305.

<sup>5</sup> Ebd., Bd. X, S. 31.

<sup>6</sup> Ebd., S. 500.

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Dahinter etwas tiefer, schräg von links unten nach rechts oben am Rand (Zeilenende) „recte!“; bedeutet offensichtlich Aufhebung der Streichung.

<sup>9</sup> Schuberts Aufz., ebd., Bd. I, 2, S. 179-81.

Dawesplan  
Kontrollfrage

2). Hesnard<sup>10</sup>

Briand will in Thoiry sprechen von

1) Aufhebung der Rheinlandbesetzung

2) Saargebiet – Rückgabe

3) Aufhebung der Militärkontrolle

dafür soll Deutschland:

Frankreich wirtschaftlich entgegenkommen.

3) Thoiry<sup>11</sup>

Briand: Keine Teillösungen, sondern Gesamtlösung aller Fragen.

Können Sie wirtschaftlich entgegenkommen? Ich denke nicht nur an die Rückgabe der Saar, sondern an die Aufhebung der gesamten Rheinlandbesetzung.

Stresemann: Verwertbarkeit der Eisenbahnobligationen stößt auf Widerstand in Deutschland. Wir denken an Revision des Dawesplans: es soll übrig bleiben: Eisenbahn- und Industrie-Obligationen.

Also Aufhebung der Gesamtbesetzung?

Briand: Ja.

Aber welche Möglichkeiten wegen Obligationen?

Stresemann: Saargruben außer Frage (Rückkauf, ca. 300 Millionen)

Wieviel Obligationen Weltmarkt aufnehmen kann, steht dahin. Vielleicht 1 1/2 Milliarden, davon Frankreich 52%, daher Frankreich:

750 + 300 = 1 Milliarde.

Aber: zu studieren.

Briand: Ich auch.

Werde im Oktober Sachverständige nach Berlin schicken.

Stresemann: Volksabstimmung im Saargebiet?

Briand: Lege keinen Wert darauf.

[Am Rand:] Communiqué Saar unerwähnt!<sup>12</sup>

Dann: Militärkontrolle, Eupen-Malmedy.

Briand: Wenn Gesamtproblem gelöst wird, wird auch EM [Eupen-Malmedy] gelöst werden!

Verringerung der Truppen im Rheinland, Ordonnanzen,

Kabinettschef [Léger] teilt (21. Sept.) RM mit, fr[an]z[ösisches] Kabinett habe seinen Vorschlägen zugestimmt!<sup>13</sup>

---

<sup>10</sup> Ebd., S. 180 Anm. 4.

<sup>11</sup> Vom 17. September 1926, dazu Dok. 155 Anm. 3.

<sup>12</sup> Zu dem Communiqué siehe Schultheß', Bd. 67 (1926), S. 483. Es enthält – auch abgesehen von der Saarfrage – keinerlei Einzelheiten; wahrscheinlich ist die zusätzliche Randnotiz Schuberts unabhängig von Thoiry zu verstehen und bezieht sich auf das Communiqué vom 16. September 1928; ADAP, Serie B, Bd. X, S. 82 Anm. 3.

<sup>13</sup> ADAP, Serie B, Bd. I/2, S. 237 Anm. 4.

RM

## Kontrolle

I) Rede Frühjahr 28<sup>14</sup>:

- 1). Hymans zu Müller 10. Sept. 28 (S. 4)<sup>15</sup>  
„Str[esemann] habe im Frühjahr Kontrolle bis [19]35 angeboten.“
- 2). Str[esemann] zu Briand (12.12.28), S. 8<sup>16</sup>  
„beruft sich selbst auf seine Rede bis 35.“

II) Kompromiß.

- 1) Angedeutet von Cushendun 16. Sept. 28 , S. 14<sup>17</sup>
- 2) Stresemann zu Chamberlain 10.12.28, S. 9<sup>18</sup>
- 3) Stresemann zu Briand 12.12.28, S. 9<sup>19</sup>

217

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung  
mit Reichsminister Stresemann  
Scheveningen, 5. August 1929**

*Original. PA, R 28984.*

Heute nachmittag erzählte mir der Herr Reichsminister, er habe gehört, daß vor einiger Zeit eine Besprechung einiger Herren stattgefunden habe, der auch der frühere Reichstagsabgeordnete Lammers beigewohnt habe. Bei dieser Gelegenheit habe Herr Schacht ausgeführt, die Sachverständigen-Beratungen seien auch deshalb so schwer gewesen, weil sie diplomatisch schlecht vorbereitet gewesen seien. Auf die Frage, was er damit meine, habe Herr Schacht geantwortet, die ganze Sache sei durch die Verhandlungen in Thoiry<sup>1</sup> erschwert worden.

Sch[ubert]

<sup>14</sup> Dazu Dok. 182 Anm. 17.

<sup>15</sup> ADAP, Serie B, Bd. X, S. 29-33, hier S. 31.

<sup>16</sup> Ebd., S. 496-503, hier S. 499f.; für das Folgende oben Anm. 5-8.

<sup>17</sup> Ebd., S. 73-82, hier S. 78-80.

<sup>18</sup> Das Gespräch fand am 9. Dezember 1928 statt, Aufz. Stresemanns, ebd., S. 460-65, hier S. 464f.

<sup>19</sup> Siehe Anm. 16, dort S. 500.

<sup>1</sup> Siehe Dok. 155 Anm. 3.

**Telegramm von Schuberts über eine Unterredung mit  
dem chinesischen Gesandten Chiang Tso-ping  
Genf, 14. September 1929**

*Tel.-Vervielfältigung. PA, R 35607; Ankunft im AA: 15.9., 1<sup>15</sup> Uhr (morgens),  
Stempel: „Ganz Geheim!“*

Für Ministerialdirektoren Köpke und Trautmann.

Chinesischer Gesandter<sup>1</sup> aufsuchte mich heute abend erneut und fragte mich, ob ich ihm bereits eine Antwort auf die Protestnote<sup>2</sup> geben könnte, die er mir vorgestern eingehändigigt hätte. Ich erwiderte, ich hätte die Note sofort nach Berlin weitergegeben von wo sie nach Moskau übermittelt worden sei.<sup>3</sup> Eine Antwort hätte ich noch nicht erhalten. Der chinesische Gesandte fragte weiter, ob die Russen schon irgendeine Antwort auf die chinesischen Gegenvorschläge gegeben hätten, die er mir doch bereits am Montag dieser Woche übergeben hätte.<sup>4</sup> Er fragte ferner, ob ich ihm irgend etwas über die Stellungnahme der russischen Regierung sagen könnte, und ob die Russen überhaupt antworten würden. Ich erwiderte, auch hierauf hätte ich eine Antwort noch nicht erhalten, ich glaubte, daß die Russen antworten würden. Was im übrigen die Stellung der Russen anlangt, so hätte ich ihm bereits gesagt, daß nach meinen Eindrücken die Russen sehr steif seien. Sodann fragte mich der Chinese erneut, ob wir den Russen nahelegen könnten, daß sie ihre militärische Aktion stoppten. Ich erwiderte, ich hätte den ganzen Sachverhalt, wie die Herren ihn mir auch mündlich geschildert hätten, über Berlin nach Moskau weitergegeben. Eine bestimmte Antwort bedauerte ich, nicht geben zu können. Unser Botschafter in Moskau [v. Dirksen] sei allein in der Lage, die Sachlage auch nach der taktischen Seite hin zu beurteilen. Sodann sagte mir chinesischer Gesandter, er habe ein Telegramm aus China erhalten, wonach die Russen seit Ende Juli an mehr als 18 Stellen in China eingebrochen seien. In der Zeit vom 1. bis 21. August und

<sup>1</sup> Bearbeitungsmerkmale in Berlin bleiben unberücksichtigt.

<sup>2</sup> ADAP, Serie B, Bd. XIII, S. 63 Anm. 5.

<sup>3</sup> Der russisch-chinesische Konflikt um die chinesische Ostbahn war im Sommer 1929 entstanden. Siehe dazu Schultheß', Bd. 70 (1929), S. 464-67 und ADAP, Serie B, Bd. XII, S. XV-XVII, Bd. XIII, S. XVIII f. Unter anderem war es zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen beider Länder gekommen. Am 18. Juli 1929 hatte Schubert dem chinesischen Gesandten erklärt: „Ich sagte sodann dem Gesandten, ich hätte gehört, die chinesische Regierung stelle das Ersuchen an uns, die chinesischen Interessen in Rußland zu vertreten. Ich könne ihm hierauf die Antwort erteilen, daß Deutschland sehr gern bereit sei, sich dieser ehrenvollen Aufgabe zu unterziehen [...] Ich teilte sodann dem Gesandten mit, daß die russische Regierung uns gestern gebeten hätte, den Schutz der Russen in China zu übernehmen. Wir seien im Begriff, den Russen mitzuteilen, daß wir diesem Wunsche entsprechen würden. Eine solche beiderseitige Interessenvertretung sei im Weltkrieg öfters vorgekommen. Hierzu hatte der Gesandte nichts zu bemerken.“-Aufz. Schuberts, ebd., Bd. XII, S. 231.

<sup>4</sup> Am 9. September, ebd., Bd. XIII, S. 63 Anm. 5.

vom 4. September bis zum heutigen Tage feuerten die Russen fast jeden Tag auf die chinesischen Grenzgarnisonen mit Gewehr, Maschinengewehr und Artillerie und ließen durch Aeroplane Bomben abwerfen. Viele Zivilisten und Soldaten seien getötet, viele öffentliche und private Gebäude zerstört worden. Auch hätten die Russen mehrfach versucht, chinesische Grenzposten zu überfallen. Die Chinesen seien ja nun noch immer in Verhandlungen mit den Russen begriffen. Sie seien aber sehr erstaunt darüber, daß die Russen sich während der Verhandlungen zu solchen Gewaltmaßnahmen hinreißen liessen. Unter diesen Umständen sei es zweifelhaft, ob die russischen Gesandten wirklich die Absicht hätten, zu verhandeln. Gesandter sagte dann, er bitte um meine Ansicht, ob die Verhandlungen nun zu einem Ende kommen würden oder ob noch Hoffnung auf eine friedliche Einigung bestände.

Ich erwiderte, ich müsse ganz offen sagen, daß ich die Frage nicht beantworten könnte. Der Gesandte müsse bedenken, daß ich seit Wochen von Berlin abwesend und daß es mir nur möglich sei, auf Grund Rückfragen mir ein gewisses Bild zu machen, dieses Bild sei aber naturgemäß unvollständig. Ich würde mich sofort erneut mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung setzen und könnte vielleicht am folgenden Montag<sup>5</sup> nachmittag in der Lage sein, ihm Antwort auf seine verschiedenen Fragen zu geben. Der chinesische Gesandte bedankte sich und insistierte, ob er tatsächlich Montag nachmittag Auskunft von mir haben könnte. Ich erwiderte, sicher könne ich ihm dies bei dem komplizierten Verkehr zwischen Genf-Berlin und Moskau nicht versprechen.

Schließlich sagte mir Gesandter, er sei einer von denjenigen, die am allerstärksten für Verhandlungen eingetreten seien. Durch die oben geschilderten Verhältnisse sei er in eine höchst unangenehme Lage gekommen. Die Nanking-Regierung sei sehr aufgeregt. Er müsse darauf hinweisen, daß in China eine starke Partei bestehe, die einen Vorwand sucht, um die Verhandlungen zum Abbruch zu bringen. Er, der Gesandte, wolle noch eine letzte Anstrengung machen, um den Abbruch der Verhandlungen zu verhindern. Die Russen sollten doch in Beantwortung der chinesischen Gegenvorschläge endlich sagen, was sie wollten. Indem der Gesandte bat, diese letzte Bemerkung streng vertraulich zu behandeln, wies er mich mit großem Ernst darauf hin, daß in einer weiteren Verzögerung eine sehr große Gefahr liege.

Schluß Unterredung mit chinesischem Gesandten.

Ogleich der Gesandte persönlich aus guter Quelle informiert zu sein scheint, indem er sich seiner Regierung gegenüber vielleicht etwas weit vorgewagt hat, machen seine Mitteilungen doch einen aufrichtigen Eindruck. Sein immer mehr verstärktes Drängen paßt jedenfalls zu der Meldung der Gesandtschaft Peking vom 13. September, wonach die Nanking-Regierung sich mangels befriedigender Rückäußerung von Moskau in den nächsten Tagen an den Völkerbundsrat wenden will.<sup>6</sup> Ich nehme an, daß Dirksen die Nachrichten von hier und aus Berlin der Sowjetregierung gegenüber verwertet, um von ihr eine einigermaßen klare Antwort darüber zu erhalten, wie sie sich eigentlich den Chinesen gegenüber zu verhalten gedenkt.

<sup>5</sup> 16. September.

<sup>6</sup> Siehe dazu das Tel. Köpkes an Schubert (Genf) vom 13. September, ebd. Anm. 3.

Im übrigen möchte ich noch bemerken, daß meine Einwirkung auf die hiesigen chinesischen Vertreter in dem Sinne, daß sie nicht an den Völkerbundsrat herangehen, nicht so leicht ist, wie man sich vielleicht denken sollte.<sup>7</sup> Nach unseren hiesigen Erfahrungen fassen die Chinesen ihre Entschlüsse anscheinend auf Weisung von Nanking, ohne mit jemandem vorher Fühlung zu nehmen (vergl. den ganz unerwarteten Vorstoß wegen des Artikels 19).<sup>8</sup>

Es ist klar, daß wir in der Tat durch eine Anrufung des Völkerbundsrats durch China in eine außerordentlich unbequeme Lage geraten würden, auf keinen Fall wird man mit den Chinesen hier erfolgreich über die Sache sprechen können, bevor ich nicht genau weiss, was die Russen wollen, auch bezüglich des sogenannten chinesischen Gegenvorschlags.<sup>9</sup>

Ich hoffe, bis zur nächsten Unterhaltung am Montag nachmittag im Besitz der nötigen Informationen zu sein.

Schubert

---

<sup>7</sup> In einem Gespräch am 17. September warnte Schubert vor Anrufung des Völkerbundes: „Ich fürchtete, daß für die Chinesen bei der Anrufung des Völkerbunds nichts Gutes herauskommen würde. Entweder würde angesichts der Tatsache, daß der Artikel 17 doch ein sehr umstrittenes Gebiet darstelle, der Völkerbund unter Umständen garnichts tun oder aber er würde etwas unternehmen, wie zum Beispiel die Entsendung einer Enquête-Kommission, was den Chinesen höchst unbequem werden könnte.“-Aufz. Schuberts, PA, R 35607. Nach einer Unterredung mit dem chinesischen Legationsrat Liang am 20. September telegraphierte Schubert an das AA: „Ich muß aus seinen Äußerungen schließen, daß die Gefahr der Anrufung des Völkerbunds durch die Chinesen unmittelbar bevorsteht. Ich wiederhole, daß eine Befassung des Völkerbunds mit der Sache für uns ganz unabsehbare politische Folgen haben könnte. Es muß daher meiner Ansicht nach alles getan werden, um sie zu verhindern. An sich teile ich den dortigen Standpunkt, daß wir Zurückhaltung üben und von einer eigentlichen Vermittlung absehen müssen. [...] Andererseits frage ich mich, ob wir nicht irgend etwas tun könnten, um die Chinesen mindestens bis nach Beendigung der hiesigen Völkerbundtagung hinzuhalten.“-ADAP, Serie B, Bd. XIII, S. 65.

<sup>8</sup> Siehe Schultheß', Bd. 70 (1929), S. 538, 544.

<sup>9</sup> Die deutsche Vermittlungspolitik war bestrebt, weder bei den Russen noch bei den Chinesen eine Entfremdung gegenüber der deutschen Politik eintreten zu lassen; Aufz. Michelsens, 22. Oktober 1929, ADAP, Serie B, Bd. XIII, S. 145. Als ersten Schritt zur Entspannung schlug die deutsche Regierung einen gegenseitigen Gefangenaustausch vor; Tel. Schuberts an Botschaft Moskau, 1. Oktober 1929, PA, R 85582. Das Angebot wurde am 9. Oktober veröffentlicht. Schubert instruierte die Gesandtschaft in Peking, Tel. vom 10. Oktober 1929: „Wir hatten uns gedacht, daß, wenn der Vorschlag über Freilassung Internierter von beiden Seiten angenommen wird, Einsetzung einer Roten-Kreuz-Kommission von uns vorgeschlagen werden könnte, die entweder ausschließlich aus russischen und chinesischen Mitgliedern bestehen oder unter deutschem Vorsitz zusammentreten würde. Dabei könnten die beiden Regierungen vielleicht als ihre Bevollmächtigten Persönlichkeiten ernennen, die über die erforderliche politische Autorität verfügen, was die Möglichkeit eröffnen würde, daß die Sitzungen der Kommission allmählich zu einer Brücke für eine politische Diskussion werden.“-PA, R 35608.

**Von Schubert an Ministerialdirektor Köpke  
Genf, 17. September 1929**

*Durchschrift. PA, R 29424.*

Persönlich!

Lieber Herr Köpke!

Eine halbe Stunde freier Zeit möchte ich dazu benutzen, um Ihnen zwei Schriftstücke zu übersenden:

Erstens eine Aufzeichnung über ein Gespräch, das ich am 9. ds. Mts. mit dem österreichischen Bundeskanzler hatte. Herr Stresemann hatte am Tage seiner Abreise, nämlich am 11. September, noch einmal ein Gespräch mit dem Bundeskanzler, bei dem, wie Herr Stresemann mir kurz vor seiner Abreise in aller Eile erzählte, der Bundeskanzler das Thema erneut zur Sprache brachte.<sup>1</sup> Ich wollte den Bundeskanzler dann vor seiner am 15. ds. Mts. erfolgten Abreise noch einmal aufsuchen. Es gelang mir aber nicht, da bis dahin jede Stunde des Tages für mich besetzt war. Vielleicht könnte man doch der Sache in Berlin etwas nachgehen.

Zweitens sende ich Ihnen eine Aufzeichnung über Mitteilungen des Herrn Reichsministers über das berühmte Frühstück über die Vereinigten Staaten von Europa.<sup>2</sup> Wie Sie aus dem Inhalte ersehen, ist bei diesem Frühstück nicht allzu viel herausgekommen, was mir der Herr Reichsminister auch mündlich bestätigte. Ich stelle anheim, in großen Zügen die Russen zu informieren, die sich ja stets darüber beschweren, daß man sie nicht orientiere. Dabei muß man aber etwas vorsichtig sein, weil sonst die Russen sagen könnten, Herr Henderson sei (siehe Seite 2 der Aufzeichnung) für Rußland eingetreten, wir aber nicht.

Ich könnte Ihnen noch stundenlang über alle möglichen interessanten und wichtigen Dinge schreiben. Leider aber warten, wie ich eben feststelle, bereits wieder eine Reihe von Klienten teils in meinem sogenannten Vorzimmer, teils in der Halle des Hotels. Der Geschäftsbetrieb ist hier schlimmer denn je. Ich selbst bin ziemlich erledigt. Auch Sie haben ja in Berlin nichts zu lachen!<sup>3</sup> Vielleicht finden Sie die Zeit, mir einmal kurz allgemein zu schreiben.<sup>4</sup> Die Sache zieht sich hier

<sup>1</sup> In Österreich vermutete Unterstützung der Heimwehren durch deutsche Gelder, Köpkes Tel. vom 21. September 1929, ADAP, Serie B, Bd. XIII, S. 69f., zu Schuberts Aufz. vom 9. September ebd., S. 69 Anm. 1.

<sup>2</sup> Aufz. o.U. (Schuberts?) vom 9. September 1929, ebd., S. 19f. Im Aktenverzeichnis 1932/33 (Nl. v. Schubert) notierte Schubert zu PA, St.S. Vötag, Bd. 15 (PA, R 29424): „9. September 1929: Nach dem Frühstück bei Briand, an dem die ersten Vertreter vieler Mächte teilnahmen, entwickelte Briand seinen Europaплан.“

<sup>3</sup> Als stellvertretender Staatssekretär mußte Köpke in diesen Tagen an den fast täglich stattfindenden Kabinettsitzungen neben seinen aktuellen Tagesaufgaben im AA teilnehmen.

<sup>4</sup> Brief Köpkes vom 21. September 1929 an Schubert über Saarverhandlungen, Verhältnis zu Österreich, Personalien und Neuigkeiten aus Berlin. PA, R 29424.



wieder einmal über Gebühr hin, sodaß die Hoffnung, bald hier wegzukommen, vorläufig sehr gering ist. Herr Stresemann sagte mir vor seiner Abreise, er wolle mit möglichst wenig Sachen behelligt werden, um sich gründlich ausruhen zu können, was er in der Tat sehr nötig hat.<sup>5</sup> Ich lasse ihn daher meinerseits ganz in Ruhe, obwohl ich des öfteren den Wunsch hätte, ihn an den auf den verschiedensten Gebieten liegenden Entscheidungen, die ich hier zu treffen gezwungen bin, zu beteiligen.

Mit herzlichsten Grüßen bin ich, wie stets

220

**Von Schubert an Reichsminister Curtius  
Grünhaus, 24. Oktober 1929**

*Abschrift. PA, R. 29154.*

Hochverehrter Herr Reichsminister!<sup>1</sup>

Nachdem ich aufgrund eines telefonischen Anrufes vom Auswärtigen Amt vom 15. d. M. an Herrn Köpke geschrieben und ihm eine kurze Schilderung meines Gespräches mit Herrn Severing gegeben hatte, glaubte ich einem Briefe des Herrn Köpke vom 17. Oktober entnehmen zu können, daß die Stahlhelmaffaire<sup>2</sup> ihre Erledigung gefunden hätte, mindestens, soweit die Beteiligung des Auswärtigen Amtes

---

<sup>5</sup> Stresemann war aber bereits gesundheitlich so angeschlagen, daß er sich nicht wieder erholte und knapp drei Wochen später, am 3. Oktober 1929, verstarb. Über seinen Gesundheitszustand Koszyk, Gustav Stresemann, S. 212-17, 325-50. Nachruf Schuberts, Dok. 225.

---

<sup>1</sup> Hschr. Zusatz „(Curtius)“ (am 4. Oktober 1929 mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Außenministers beauftragt und ab 8. November 1929 Reichsminister des Auswärtigen). – Nach der Bestattung Stresemanns hatte sich Schubert zur Erholung auf sein Weingut Grünhaus bei Trier begeben, wo er bis Ende Oktober blieb.

<sup>2</sup> Der Stahlhelm war eine 1918 gegründete Vereinigung ehemaliger Frontsoldaten, die den antidemokratischen Rechtsparteien (DNVP, NSDAP) nahestand, mit ihnen die Republik offen zu bekämpfen begann und seit Juli 1929 das sogenannte Volksbegehren gegen den Young-Plan gestartet hatte. Vor allem wegen seiner paramilitärischen Übungen im besetzten Gebiet hatte der Reichsinnenminister Severing die westdeutsche Gruppierung des Stahlhelms im Rheinland und in Westfalen am 9. Oktober 1929 verbieten lassen. Zuvor hatte er auch eine Stellungnahme des AA eingeholt, wobei Schubert aus außenpolitischen Erwägungen einem Verbot unmißverständlich zugestimmt hatte. Diese Zustimmung hatte Severing in seiner Begründung zum offiziellen Stahlhelmverbot öffentlich bekundet. Vor allem die Rechtspresse griff diesen Sachverhalt auf und behauptete, daß das Stahlhelmverbot auf eine Initiative Schuberts zurückgehe. Im Anhang an das Schreiben findet sich eine Reihe von Zeitungsausschnitten zur Mitschuld Schuberts am Stahlhelmverbot, PA, R 29154. Zum Stahlhelmverbot siehe AR, Kab. Müller II, Bd. 2, S. 1073-83. Zur Rolle des AA in der Vorgeschichte des Verbotes siehe ebd. S. 1073 Anm. 1. Ebenso Berghahn, Der Stahlhelm, S. 131-42.

in Frage kommt.<sup>3</sup> Aus Mitteilungen, die Sie mir heute morgen am Telefon zu machen die Freundlichkeit hatten, muß ich zu meinem großen Bedauern entnehmen, daß dies nicht der Fall ist. Es tut mir sehr leid, daß Sie sich die Mühe machen mußten, mit mir zu telefonieren. Ich möchte mir erlauben, in Folgendem ganz kurz einige Bemerkungen zur Sache zu machen.

Was zunächst die beiden Briefe des Auswärtigen Amtes anlangt, die ich bei dem Besuche des Herrn Severing nicht kannte und deren Inhalt mir auch heute nur ganz allgemein aus der Anlage des oben erwähnten Briefes des Herrn Köpke an mich bekannt ist, so bin ich der Ansicht, daß es ganz einfach eine Pflichtverletzung des Auswärtigen Amtes gewesen wäre, wenn diese Briefe nicht geschrieben worden wären. Aus langjähriger Erfahrung ist mir bekannt, wie außerordentlich scharf die Franzosen alles beobachten, was im besetzten und unbesetzten Rheinland und in der neutralen Zone vor sich geht. Leider sind sie meistens sogar über die kleinsten Vorkommnisse orientiert. Ich erinnere mich mit Schauer vieler Demarchen des Französischen Botschafters, die auf mich stets besonders peinlich und demütigend gewirkt haben. Wir haben daher, glaube ich, im Auswärtigen Amt die Pflicht, darauf hinzuwirken, daß Zwischenfälle, die nun einmal gegen die leider bestehenden, uns aufgedrungenen Verpflichtungen verstoßen, unterbleiben, Zwischenfälle, die geeignet sind, unsere Politik empfindlich zu stören und uns kaum zu ertragenden Demütigungen auszusetzen.

Was nun den kurzen Besuch des Herrn Severing bei mir anlangt, verlief er meiner Erinnerung nach etwa folgendermaßen: Er sagte, er komme vom Herrn Reichskanzler, mit dem er über die Notwendigkeit eines Verbots des Stahlhelms in der betreffenden Region gesprochen habe. Herr Severing zeigte mir dann verschiedene Fotografien über Übungen des Stahlhelms, von denen er einige als doch sehr bedenklich bezeichnete, worin ich ihm recht geben mußte. Dann stellte er an mich die Frage, ob ich glaubte, daß vom außenpolitischen Standpunkt Bedenken gegen das Verbot zu erheben seien. Nach meiner Erinnerung sagte ich zunächst, daß vielleicht Bedenken insofern zu erheben seien, als das Verbot im Ausland Aufsehen erregen und als Beweis für gewisse Vorwürfe herangezogen werden könnte, welche das Ausland gegen uns ständig erhebt. In der folgenden kurzen Diskussion mußte

<sup>3</sup> Köpke hatte am 17. Oktober Schubert geschrieben: „Vorweg bemerkt sei aber, daß die Angelegenheit inzwischen zur allseitigen Zufriedenheit aufgeklärt und geregelt und längst wieder vergessen ist.“ Zur näheren Erläuterung teilte er aber mit: „Nicht nur in der Presse, sondern vor allem auch beim alten Herrn [Hindenburg] tauchte, von irgendeiner Seite her lanciert, das Gerücht auf, daß das Stahlhelm-Verbot nicht etwa nur nach Benehmen mit dem Reichsministerium des Innern und dem AA, sondern auf dessen ausdrückliche Anregung hin erfolgt sei. Also das alte Bild, daß man eine innenpolitisch unbecuem und gefährlich werdende Angelegenheit schleunigst auf das Konto des AA umzuschreiben sich anschickte. Herr Reichsminister Curtius, dem die Zusammenhänge natürlich nicht bekannt waren, ließ sich darauf die Akten geben, worin er die Bestätigung fand, daß wir uns lediglich beim Innenministerium [...] nach dem Sachstande erkundigt hatten [...]“-BA, Nl. Köpke. Schubert beantwortete dieses Schreiben in einem hschr. Brief vom 23. Oktober: „Die Stahlhelmgeschichte ist doch recht sonderbar. Ich hatte dem Besuche des Herrn [Severing] bei mir seinerzeit keine sonderliche Bedeutung beigemessen; sollte ich mich darin geirrt haben? Andererseits ist doch das ständige Mißtrauen von anderer Seite gegen das AA recht langweilig; vielleicht müßte man einmal stark auftrumpfen, um zu zeigen, daß man dieses Mißtrauen als Kränkung empfindet.“-Ebd.

ich aber zugeben, daß umgekehrt, wenn nichts geschähe, die Folgen auch sehr un-  
bequem werden könnten, und daß wir andererseits unter Hinweis auf das Verbot  
ferneren unverschämten allgemeinen Vorstellungen oder Demarchen der Gegensei-  
te die Spitze abbrechen und uns eine Einmischung verbitten könnten. Schließlich  
sagte ich, ich glaube in Würdigung aller Gesichtspunkte nicht, daß vom außenpoli-  
tischen Gesichtspunkte Bedenken gegen das Verbot zu erheben seien.

Die innerpolitische Seite der Angelegenheit, die mich garnichts angeht, wurde  
natürlich in keiner Weise berührt.

Ich muß ferner betonen, daß Herr Severing mir über die Form und Begründung  
des Verbots keinerlei Angaben machte; obgleich wohl inzwischen eine entspre-  
chende Zeitungsnotiz erschienen sein wird, ist mir hierüber bis zur Stunde nichts  
bekannt bzw. nichts mehr darüber erinnerlich.

Ich hoffe, daß Herr Severing die Richtigkeit meiner Schilderung unseres Ge-  
spräches bestätigen wird, ich gebe sie lediglich nach meiner Erinnerung, Notizen  
habe ich mir darüber damals nicht gemacht.

Ich bin nach reiflicher Überlegung und aufgrund meiner trüben Erfahrungen  
in den vergangenen Jahren auch heute noch der Ansicht, daß es falsch gewesen  
wäre, außenpolitische Bedenken gegen das Verbot zu erheben. Ob es vom  
außenpolitischen Standpunkte aus bedenklich wäre, das Verbot jetzt wieder  
aufzuheben, kann ich schwer beurteilen, da mir erstens, wie gesagt, die Form und  
Begründung des Verbotes nicht bekannt bzw. nicht mehr erinnerlich ist, da ich  
zweitens nicht weiß, welchen Eindruck das Verbot in Frankreich gemacht hat, und  
da mir drittens nicht bekannt ist, welches Resultat die inzwischen angestellten  
Erhebungen über die Verfehlungen der betreffenden Gruppe des Stahlhelm ergeben  
haben.

Jedenfalls würde ich es, außenpolitisch gesprochen, für sehr unerwünscht hal-  
ten, wenn der Zwischenfall innerpolitisch über Gebühr aufgebauscht würde, da mit  
Sicherheit anzunehmen ist, daß dann unsere Freunde vom Echo de Paris und ande-  
re so oder so daraus Kapital schlagen werden.

Am Montag<sup>4</sup> morgen werde ich wieder in Berlin eintreffen usw.

gez. Schubert

221

**Von Schubert an den Staatssekretär in der Reichskanzlei Pünder  
Berlin, 5. November 1929**

*Durchschrift. PA, R 70074.*

Nach dem Briefe des Herrn Heile an den Herrn Reichskanzler vom 7. Oktober  
1929 beabsichtigt der Bund für europäische Kooperation ein praktisches Aktions-  
programm nebst begründender Denkschrift auszuarbeiten, worin dargelegt werden

---

<sup>4</sup> 28. Oktober 1929.

soll, welche Maßnahmen Europäischer Kooperation auf dem Gebiete der Politik, der Wirtschaft, der Verwaltung und der Kultur schon heute oder doch in absehbarer Zeit von den Regierungen der europäischen Staaten verwirklicht werden können.<sup>1</sup> Die Denkschrift soll endgültig festgelegt werden in einer Arbeitswoche, zu welcher der geschäftsführende Ausschuß des Bundes sowie Vertreter möglichst aller Länder Europas nach Berlin einberufen werden sollen.

Die Reichsregierung hat gegenüber den Bestrebungen, die von dem Bund für Europäische Kooperation sowie von anderen ähnlichen privaten Organisationen verfolgt werden, bisher immer eine wohlwollende Haltung eingenommen. Auch gegen die in dem Schreiben des Herrn Heile ausgeführten Pläne dürften an sich keine Bedenken bestehen. Für eine nach außen hin in Erscheinung tretende Förderung dieser Pläne durch die Reichsregierung erscheint jedoch zum mindesten noch zur Zeit eine gewisse Zurückhaltung geboten. Denn was an dem paneuropäischen Gedanken gesund und spruchreif ist, hat sich noch nicht deutlich genug herauskrystallisiert. Eingehende Studien sind nötig, um hier die erforderliche Klarheit zu schaffen. Unter allen Vorschlägen für eine engere Zusammenarbeit der europäischen Staaten ist bisher noch keiner gemacht worden, der sich über Allgemeinheiten erhebe oder dessen Verwirklichung nicht ganz erheblichen Schwierigkeiten sowohl in Deutschland wie in anderen Staaten begegnen würde. Sodann wird jede Art von engerem Zusammenschluß Europas in außereuropäischen Ländern, namentlich in den Vereinigten Staaten von Amerika und auch in Rußland, nur zu leicht aggressiv gedeutet werden. Einzelne der bisher hauptsächlich von französischer Seite auf wirtschaftlichem Gebiete gemachten Vorschläge haben offensichtlich diese Tendenz. Es läge jedoch keineswegs im deutschen Interesse, wenn etwa auf amerikanischer Seite oder sonstwo der Eindruck entstünde, daß solche Tendenzen von der Deutschen Regierung gefördert würden. Schließlich ist die Frage der europäischen Kooperation anläßlich der letzten Völkerbundstagung in Genf von den dort versammelten Vertretern der Europäischen Staaten besprochen und der französische Ministerpräsident gebeten worden, eine Denkschrift darüber den übrigen Staaten zugehen zu lassen.<sup>2</sup> Zu dieser in einiger Zeit zu erwartenden amtlichen Denkschrift der Französischen Regierung wird die Reichsregierung dann Stellung zu nehmen haben. Solange aber über den Umfang und die Einzelheiten der französischen Vorschläge nichts bekannt ist, könnte eine vorherige amtliche deutsche Äußerung zu den Plänen des Bundes für Europäische Kooperation unter Umständen die spätere Stellungnahme der Reichsregierung zu den Vorschlägen der Französischen Regierung erschweren. Aus allen diesen Gründen würde ich es nicht für angezeigt halten, daß der Herr Reichskanzler oder einer der Herren Reichsminister auf der geplanten Arbeitswoche des Verbandes in Berlin das Wort ergreift.

Daß die Herren MacDonald und Briand etwa zu der Veranstaltung nach Berlin kommen, halte ich für äußerst unwahrscheinlich. Dies wurde Herrn Heile, der vor kurzem seine Pläne im Auswärtigen Amt auch persönlich vortrug, hier bereits

<sup>1</sup> PA, Sonderreferat Völkerbund, Allgemeines B 2, Europäische Verständigungsaktion Dr. Nossig-Heile, Bd. 5.

<sup>2</sup> Dazu Dok. 219 Anm. 2.

mündlich zum Ausdruck gebracht. Bei dieser Gelegenheit wurde er übrigens auch darauf hingewiesen, daß seine Angabe auf Seite 3 Abs. 2 seines Schreibens an den Herrn Reichskanzler über die amtliche Stellung des Abgeordneten Rennie Smith auf einem Irrtum beruht. Denn Herr Rennie Smith ist nicht – wie Herr Heile annimmt – politischer Staatssekretär im Foreign Office, sondern lediglich Privatsekretär des parlamentarischen Unterstaatssekretärs Mr. Hugh Dalton.

Sollten gegen alles Erwarten wirklich aktive englische oder französische Kabinettsmitglieder zu der geplanten Tagung des Bundes nach Berlin kommen und dabei sprechen, so würde sich allerdings eine Ansprache eines Mitglieds der Reichsregierung wohl kaum vermeiden lassen. Dieses könnte sich jedoch dann auf unverbindliche allgemeine Ausführungen beschränken. Auf jeden Fall möchte ich empfehlen, dem „Deutschen Comité für europäische Cooperation“ vorerst keinerlei Zusage für eine Beteiligung der Reichsregierung an der geplanten Arbeitswoche zu geben.

Schließlich möchte ich nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß die Verwirklichung der weitreichenden Pläne des Herrn Heile sehr erhebliche Mittel erfordern dürfte, die ohne aktive Unterstützung seitens der Reichsregierung wohl kaum aufgebracht werden könnten. Auch aus diesem Grunde scheint mir Zurückhaltung geboten.

gez. v. Schubert<sup>3</sup>

222

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem Generalsekretär  
des französischen Außenministeriums Berthelot  
Den Haag, 4. Januar 1930**

*Durchschrift. PA, R 29000.*

Ich saß heute bei dem von den Franzosen gegebenen Frühstück neben Herrn Berthelot.<sup>1</sup>

Herr Berthelot vermied es, auf sachliche Anzapfungen meinerseits einzugehen: offenbar lag ihm nicht daran, geschäftliche Themata zu berühren.

Er zeigte sich dann sehr vergrämt. Indem er den Ausspruch eines französischen Staatsmannes erwähnte, ein „fonctionnaire“ könne auch einmal in einen Zustand geraten, daß er „sous ses fonctions“ bleibe, ließ er durchblicken, daß er nicht mehr lange mitmachen werde. Er sagte, es könne Augenblicke im Leben geben, wo

---

<sup>3</sup> Mschr. Originalzusatz.

---

<sup>1</sup> Schubert befand sich auf der 2. Haager Konferenz vom 3.-20. Januar 1930, ausführlich dokumentiert in ADAP; Serie B, Bd. XIV. Schubert nahm nur zeitweise daran teil; er leitete die deutsche Delegation auf der Tagung des Völkerbundsrates vom 13.-16. Januar in Genf.

man viel besser daran täte, alles Bisherige sein zu lassen. Er verbreitete sich sodann mit großer Bitterkeit über die Tätigkeit der Parlamentarier, die nur für den äußeren Schein arbeiteten, ohne sich um den sachlichen Kern der Dinge zu kümmern. Hierbei erwähnte er auch Herrn Briand und führte als Musterbeispiel Herrn Poincaré an.<sup>2</sup> Als ich sagte, daß meiner Ansicht nach heutzutage die Politik viel zu sehr durch Reden gemacht werde, gab er mir vollkommen Recht. Er erwähnte in diesem Zusammenhange, daß er einmal Henry de Jouvenel, als dieser aus Syrien zurückgekehrt sei, Folgendes gesagt habe. Er habe ihm vorgeworfen, daß er an einem Orte in Syrien eine Rede gehalten habe, in der er den Leuten alles versprochen habe, obwohl er gewußt habe, daß er keine dieser Versprechungen halten könne. Bald darauf habe er an einem anderen Orte in einer weiteren Rede ungefähr das Gegenteil gesagt. Hierdurch habe er die ganze Politik verdorben und seinem Nachfolger seine Aufgabe unmöglich gemacht. Herr de Jouvenel habe ihm geantwortet, er sei ganz anderer Ansicht. Er habe nicht den Frieden gepredigt, sondern den „Schein des Friedens“ und dieser Schein des Friedens sei viel wichtiger als der Friede selbst.

Wir haben dann das Thema noch etwas weiter erörtert.

Schließlich sagte Herr Berthelot, es wäre doch sehr gut, wenn wir die Vergangenheit nun liquidierten, um endlich zu einer praktischen Politik zu gelangen, die unbedingt notwendig sei. Hierin gab ich Herrn Berthelot vollkommen Recht.

Sch[ubert]

## 223

### **Aufzeichnung von Schuberts über Gespräche mit dem Reichstagsabgeordneten Breitscheid (SPD), Ministerialdirektor Gaus und Reichsminister Curtius (leicht gekürzt)**

**Den Haag, 6. Januar 1930**

*Durchschrift. PA, R 29000.*

Herr Breitscheid telefonierte mich heute vormittag an, sagte mir, daß er nachmittags um 3 Uhr nach Berlin zurückkehren werde und fragte mich, ob wir uns nicht treffen könnten; er wolle aber lieber nicht in mein Hotel kommen. Ich sagte ihm darauf, ich würde ihn im Auto in seinem Hotel abholen und wir könnten dann vielleicht in Scheveningen spazieren gehen. Dies geschah, und ich hatte mit Herrn Breitscheid eine etwa  $\frac{3}{4}$ -stündige Unterredung.

Herr Breitscheid erzählte mir, er habe während seines hiesigen Aufenthaltes zweimal mit dem Herrn Reichsminister Schmidt gesprochen und auch sonst noch mit einigen Leuten, z.B. mit dem Minister Hymans und mit Herrn Ganem vom Temps.

<sup>2</sup> Ab „und führte“ hschr. von Schubert eingefügt.

Wir sprachen dann zunächst über die Sanktionsfrage.<sup>1</sup> Herr Breitscheid behauptete, die ganze Sache sei doch ohne jede praktische Bedeutung. Ich setzte ihm kurz den Tatbestand auseinander und erklärte, so einfach sei die Sache nun doch nicht. Die Franzosen gingen offenbar darauf hinaus, sagen zu können, daß, wenn der Youngplan von uns beseitigt sei, die alten Verträge wieder auflebten. Herr Breitscheid meinte, ob man nicht vielleicht als eine Instanz, an die sich die Gegenseite in diesem Falle halten könnte, den Völkerbundsrat stipulieren könnte.

Herr Breitscheid erzählte mir dann, er habe von Herrn Ganem, aber auch von Herrn Reichsminister Schmidt gehört, die Gegenseite habe uns einen Vorschlag gemacht, die Kompetenzen des Reichsbankpräsidenten einzuschränken; wir aber hätten diesen Vorschlag abgelehnt.<sup>2</sup> Ich erwiderte, das sei nicht richtig. Es handele sich da unter den Punkten, welche die Gegenseite von uns verlange, unter anderem um eine 400 Millionen-Angelegenheit; dieser Punkt habe zwar etwas mit der Reichsbank zu tun, sei aber ohne jegliche praktische Bedeutung. Herr Breitscheid erwiderte, diesen Punkt, von dem er wisse, meinte er nicht. Es sei offenbar so, wie er mir gesagt habe. Der Vorschlag sei vertraulich an Herrn Curtius herangebracht worden. Vielleicht sei es gut, wenn ich mich nach dieser Sache erkundigte. Übrigens habe leider Herr Schiff von der Sache Wind bekommen. Herr Schiff habe offenbar vor, die Nachricht in einem Artikel zu verwerthen. Er habe auf Herrn Schiff einzuwirken versucht, daß er diesen Artikel nicht schreibe.

[...]<sup>3</sup>

Ich erzählte nach meiner Rückkehr kurz Herrn Gaus über mein Gespräch mit Herrn Breitscheid. Ich fragte Herrn Gaus, ob denn unter den hier im Haag von der Gegenseite vorgebrachten Punkten sich ein Punkt befinde, der sich mit der Beschränkung der Befugnisse des Reichsbankpräsidenten beschäftige. Herr Gaus verneinte dies, machte mich aber darauf aufmerksam, daß tatsächlich unter den als bevorstehend angekündigten Punkten Herr Dorn<sup>4</sup> in Berlin am 2. d.M. einen Punkt berührt habe, der sich mit den Formalien der Ernennung und Abberufung des Reichsbankpräsidenten beschäftige. Dieser Punkt sei aber hier nicht vorgebracht worden.

<sup>1</sup> Bei der sogenannten Sanktionsfrage ging es darum, was nach einer „Zerreißung“ des Young-Plans durch die Reichsregierung geschehen solle; Aufzeichnungen Paul Schmidts vom 5. Januar 1930, ADAP, Serie B, Bd. XIV, S. 24f.; Stern-Rubarths, 8. Januar, ebd., S. 34-38; Pünders vom 10. Januar, ebd., S. 50 und Pünders Tel., 11. u. 13. Januar, ebd., S. 54f., 61-63. Dazu zitierte Schubert aus einem Tel. der Delegation, Den Haag, 13. Januar 1930, im Aktenverzeichnis 1932/33 (Nl. v. Schubert) zu PA, St.S. CF, Bd. 17 (PA, R 28999): „Die heutigen überaus schwierigen und heftigen Kämpfe zwischen der deutschen und französischen Delegation haben erneut die schlimmen Folgen der Hugenbergschen Politik gezeigt. Nur die Anti-Young-Propaganda und das Volksbegehren haben die Gegner vor ihrer eigenen Öffentlichkeit geradezu gezwungen, auch den Fall des Zerreißens des Young-Plans durch Deutschland in den Kreis der politischen Erörterungen zu ziehen‘ usw.“

<sup>2</sup> Siehe Anm. 1, Aufz. Paul Schmidts.

<sup>3</sup> Breitscheid berichtete Schubert, daß es Sorgen wegen der Vordatierung der Zahlungstermine gebe. Außerdem forderte er Schubert auf, an der Sitzung des Völkerbundsrats teilzunehmen, falls Curtius verhindert sei.

<sup>4</sup> Dorn war damals Delegierter im Unterkomitee für die Reichsbahn im Organisationskomitee für die Anpassung der deutschen Gesetze an den Young-Plan.

Ich habe dem Herrn Reichsminister Curtius daraufhin über mein Gespräch mit Herrn Breitscheid Bericht erstattet.

Herr Curtius sagte mir, daß hier offenbar eine Verdrehung vorliege. Er habe mir ja erzählt, daß der Name Schacht bei der Unterredung, die er am 4. d.M. abends mit den Herren Tardieu und Briand gehabt habe,<sup>5</sup> eine gewisse Rolle gespielt habe. Es sei von den französischen Herren sehr auf Herrn Schacht geschimpft worden. Daraufhin habe er unter anderem gesagt, es sei die Schuld der Gegenseite, wenn Herr Schacht über so große Machtbefugnisse verfüge, denn diese resultierten aus dem Reichsbankgesetz, das uns gelegentlich des Abschlusses des Dawes-Abkommens aufgezwungen worden sei. Hierauf hätte Herr Tardieu erwidert, wenn wir Vorschläge zu machen hätten, wonach die Befugnisse des Reichsbankpräsidenten eingeschränkt werden würden, so würden die Franzosen diesen Vorschlag gern entgegennehmen. Er habe daraufhin erwidert, solche Vorschläge könne er doch nicht gut vorbringen.

Diese letztere Ansicht unterstrich Herr Curtius mir gegenüber erneut, wobei ich ihm recht gab.

Ich erzählte dem Herrn Reichsminister auch, daß die Gefahr bestehe, daß Herr Schiff aus dieser falschen Nachricht einen Sensationsartikel mache. Daraufhin bat mich der Herr Reichsminister, doch einmal mit Herrn Schiff zu sprechen.

Sch[ubert]

## 224

### **Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichsminister Curtius Den Haag, 8. Januar 1930**

*PA, R 29000.*

Ich habe heute nach dem Frühstück den Herrn Reichsminister allein aufgesucht und ihm Folgendes vorgetragen:

1.) Bekanntlich sei Herr Stern-Rubarth beauftragt worden, mit Herrn Tardieu, der ihn zu sich bestellt hätte, zu sprechen und ihm zu sagen, die Deutsche Delegation müsse absolut darauf bestehen, daß er an zwei Stellen ein Dementi des ungläublichen Havas-Communiqués<sup>1</sup> erlasse.<sup>2</sup> Ich betonte, meiner Ansicht nach genüge das nicht. Es herrsche in unseren Pressekreisen und in der Delegation eine

<sup>5</sup> Aufz. Paul Schmidts; ebd., S. 16-20. Die von Curtins berichteten Details finden sich jedoch in Schmidts Aufz. über die Unterredung vom 5. Januar, siehe Anm. 1.

<sup>1</sup> Zu dem Havas-Kommuniqué siehe Schultheß', Bd. 71 (1930), S. 421-23. In dem Kommuniqué wurden Äußerungen Tardieus wiedergegeben, der erklärt habe, daß Frankreich nicht gewillt sei, deutschen Forderungen nachzugeben.

<sup>2</sup> Aufz. Stern-Rubarths über sein Gespräch mit Tardieu, Briand, Loucheur und Chéron am 8. Januar 1930, ADAP, Serie B, Bd. XIV, S. 34-38.



außerordentliche Aufregung über das Communiqué, infolgedessen hielt ich es für notwendig, daß ein offizieller Schritt erfolgte. Ich schlug vor, Herrn Zechlin zum französischen Pressechef zu senden und dort unsere Forderungen anzubringen. Vielleicht könne man allerdings noch abwarten, bis Herr Stern-Rubarth zurück sei, um zu hören, ob er vielleicht Erfolg gehabt hätte. Der Herr Reichsminister gab mir vollständig Recht.

(Als Herr Stern-Rubarth bis 4 Uhr nicht zurückgekehrt war, schlug ich dem Herrn Reichsminister vor, sofort Herrn Zechlin zum französischen Pressechef zu senden. Hiermit erklärte sich der Herr Reichsminister einverstanden und gab noch einmal in meiner Gegenwart Herrn Zechlin die nötigen Instruktionen).<sup>3</sup>

2.) Ich sagte dem Herrn Reichsminister, ich hielt es nicht für gut, wenn unsere Minister nun ständig die Minister der Gegenseite aufsuchten. Heute morgen habe Herr Schmidt Herrn Graham aufgesucht, heute nachmittag gehe Herr Moldenhauer zu Herrn Snowden, außerdem hätte ich gehört, daß Herr Curtius beabsichtige, Herrn Tardieu aufzusuchen. Das sei zu viel.

Herr Curtius erwiderte, inzwischen habe er das Sanktionspapier erhalten. Herr Tardieu und Herr Briand hätten sich um 5 Uhr angesagt. Er beabsichtige, die Herren zu bitten, den Besuch zu verschieben und zwar mit der Begründung, daß er zu viel mit den Experten heute zu tun habe.

Daraufhin ventilierte ich zunächst die Idee, ob es nicht doch zweckmäßig sei, die Herren heute noch zu empfangen. Der Herr Reichsminister meinte, hiergegen hätte er aus zwei Gründen Bedenken. Erstens sei ihm nicht ganz klar, wie man über die betreffende Sache bis 5 Uhr noch beraten solle. Zweitens aber müsse doch der Zwischenfall Tardieu erst noch in Ordnung gebracht werden.

Schließlich beauftragte Herr Curtius Herrn Reinebeck, durch Herrn Hesnard die französischen Herren bitten zu lassen, ihn morgen um 10 Uhr aufzusuchen.

(Bald darauf kam Herr Reinebeck mit der Meldung zurück, Herr Briand sei gerne bereit, morgen zwischen 10 und 11 Uhr Herrn Curtius aufzusuchen, er müsse nur noch Herrn Tardieu verständigen. Eine endgültige Nachricht würden wir heute abend erhalten.)<sup>4</sup>

3.) Ich sagte dem Herrn Reichsminister, daß in den eigentlichen Reparationsfragen doch noch rechte Unklarheit herrsche. Ich hielt es für geboten, noch eine größere Klarheit zu schaffen, sonst befürchte ich, daß die Herren bei der morgigen Verhandlung eine außerordentlich schwere Stellung haben würden.

Herr Curtius gab mir Recht, meinte allerdings, er wisse nun auch schon gar nicht mehr, wie eine größere Klarheit hergestellt werden könnte.

4.) Ich sagte dem Herrn Reichsminister, man müsse sich sehr vorsehen, daß es in der Sanktionsfrage ebenso ginge, wie im August in der Saarfrage, die bekanntlich mit größter Mühe und Hängen und Würgen erst im letzten Moment leidlich geregelt worden sei.<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> Stern-Rubarth konnte einige Änderungen durchsetzen, ebd., S. 34f.

<sup>4</sup> Aufz. Pünders über diese Unterredung vom 9. Januar 1930, ebd., S. 45-47.

<sup>5</sup> Siehe die Aufzeichnungen Schuberts vom 29. u. 30. August 1929, ebd., Bd. XII, S. 520-22, 526.

5.) Ich sagte dem Herrn Reichsminister, ich hätte gehört, Herr Kastl<sup>6</sup> habe ihm geraten, die neuste Unverschämtheit des Herrn Schacht zu ignorieren; ich schlosse mich diesem Rat an. Der Herr Reichsminister sagte mir, er hätte eigentlich überlegt, Herrn Schacht einen Brief zu schreiben, er wolle aber jetzt davon absehen.

Ich antwortete, das schiene mir sehr richtig. Ich wisse aus der Erfahrung, zu welchen unerlösten Konsequenzen ein Briefwechsel mit Herrn Schacht führen könne, das hätte ich einmal mit Herrn Stresemann erlebt.<sup>7</sup>

Sch[ubert]

225

**Rede von Schuberts vor dem Völkerbundsrat zum Gedächtnis  
an Reichsminister Stresemann  
Genf, 13. Januar 1930**

*Durchschrift. PA, R 29425.*<sup>1</sup>

Herr Präsident [Zaleski]!

Ich bedauere es aufrichtig, daß der Reichsminister des Auswärtigen, Herr Dr. Curtius, seinen lebhaften Wunsch, dieser Ratstagung persönlich beizuwohnen, infolge dringender Pflichten als Führer der deutschen Abordnung im Haag in letzter Stunde aufgeben mußte, und daß er daher dieser Kundgebung des Völkerbundsrates nicht beiwohnen konnte. So ist es meine Aufgabe, Herr Präsident, als Vertreter des Deutschen Reiches im Rate Ihnen den aufrichtigsten Dank für die Worte zu sagen, mit denen Sie soeben das Andenken des Reichsministers Dr. Stresemann geehrt haben,<sup>2</sup> und die ich meiner Regierung und der Familie des Verstorbenen mitteilen werde. Ich darf Ihnen die Versicherung abgeben, daß die hohe Anerkennung, die der Persönlichkeit Dr. Gustav Stresemanns, dem Menschen, dem Staatsmann, dem Friedensfreunde in diesem Kreise geworden ist, nicht nur von der Reichsregierung und der Familie mit aufrichtigem und herzlichem Dank entgegengenom-

<sup>6</sup> Name hschr. in offen gelassene Stelle eingefügt.

<sup>7</sup> Siehe Dok. 203 Anm. 1. – Schacht provozierte im weiteren Verlauf noch eine Krise der Konferenz. Siehe Schultheß', Bd. 71 (1930), S. 426f. Siehe auch Pünders Telegramme vom 14. u. 15. Januar, ADAP, Serie B, Bd. XIV, S. 69-72 u. S. 76f.

<sup>1</sup> Französischer Text: Société des Nations, Journal Officiel, XI. Jg., 1930, S. 64f.

<sup>2</sup> Über die ursprünglichen Konferenz-Planungen im Haag und die beabsichtigte Reise Curtius' nach Genf Tel. Pünders (Den Haag), 10. Januar 1930, ADAP, Serie B, Bd. XIV, S. 50. Schubert hatte den Ablauf mit dem Präsidenten der Tagung des Völkerbundsrates, Zaleski, besprochen: „Herr Zaleski [...] gab mir den Text seiner [Gedenk-]Rede [auf Stresemann], indem er hinzufügte, daß auch andere Ratsmitglieder das Wort ergreifen würden, worauf wir verabredeten, daß ich dann als letzter antworten würde.“-Aufz. Schuberts (Genf), 12. Januar, ebd., S. 58.

men, sondern daß diese Kundgebung auch in der ganzen öffentlichen Meinung Deutschlands ein dankbares Echo finden wird. Und ich glaube, daß viele der schönen Worte, die Sie, Herr Präsident, als Mitglied des Rates, aber auch im Hinblick auf die besonderen Beziehungen Ihres Landes zu Deutschland, der auswärtigen Politik Dr. Stresemanns gewidmet haben, bei uns in Deutschland in weitesten Kreisen die Erinnerung wieder wachrufen werden an das unermüdliche und unbeirrbar streben des Verstorbenen, Deutschlands Stellung in der Welt durch aufrichtige Verständigung mit anderen Nationen, durch freundschaftliche Zusammenarbeit zu sichern und vorurteilslos mit allen, die guten Willens sind, die gemeinsame Bahn des Friedens zu gehen.

Meine Herren, ich bin während der ganzen Amtszeit des Reichsministers sein Mitarbeiter gewesen, habe ihn auf allen seinen Reisen zum Völkerbundsrat begleitet. Ich glaube daher, für die positive Stellung, die er dem Völkerbunde gegenüber einnahm, Zeugnis ablegen zu können. Die Jahre, in welchen Dr. Stresemann die deutsche Außenpolitik leitete, waren die Jahre der schwersten Wiederaufbauarbeit für sein Vaterland. Er erkannte, daß diese Wiederaufbauarbeit nur dann Erfolg haben würde, wenn die Kluft, die der Krieg zwischen den Völkern aufgerissen hatte, durch eine Politik der Verständigung und des Ausgleichs überbrückt werden könnte. Er erkannte frühzeitig, daß der Völkerbund in erster Linie dazu berufen ist, eine solche Politik des gerechten Ausgleichs zu fördern. Diese Erkenntnis führte zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, aber nicht sie allein. Denn niemand war, auch wenn gegenwärtige Unvollkommenheiten ihn immer wieder zu starker Kritik herausfordern mußten, tiefer überzeugt von dem idealen Gehalt des Völkerbundsgedankens, von der Notwendigkeit einer zwischenstaatlichen Organisation, die den Frieden und die Gerechtigkeit in den Beziehungen der Völker sichert. So ist Dr. Stresemann hier im Rate wie in der Versammlung stets für eine Politik der Verständigung und stets für eine Politik der fortschreitenden Verwirklichung des Völkerbundsgedankens eingetreten, wobei er sich nicht scheute, offen und mit Bestimmtheit auf die Hindernisse hinzuweisen, die dieser Politik entgegenstehen. Er war der Ansicht, daß nur eine ganz freimütige und klare Darlegung der wirklichen Tatsachen dem Frieden dienen könne. Weil er an den Völkerbund glaubte und an seine hohe Aufgabe, hielt er es für richtig, unerschrocken die Wahrheit zu sagen. Aber wie sehr er an ihn glaubte, bewies er wohl am besten dadurch, daß er unter Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit und seiner Gesundheit seit unserem Eintritt in den Völkerbund, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, wo er durch Krankheit verhindert war, an allen Sitzungen in Genf teilnahm und es ihn immer wieder hierher zog.

Dem Gedächtnis des Verstorbenen kann kein besserer Gedenkstein gesetzt werden – und ich spreche hier auch im Sinne des abwesenden deutschen Außenministers –, als dadurch, daß auch wir unsere Arbeit hier mit demselben Glauben, aber auch mit demselben Freimut fortführen, um die Hoffnungen und die Erwartungen zu erfüllen, die mit Dr. Stresemann und so vielen anderen hervorragenden Staatsmännern alle Nationen an den Völkerbund knüpfen.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Am 4. Oktober 1929 hatte Zechlin einen Entwurf für Schuberts Gedenkrede vor der Presse übermittelt und erklärt: „Wenn Sie im angedeuteten Sinne und in derselben warmher-

**Aufzeichnung von Schuberts über während der Genfer Völkerbundsratstagung  
geführte Gespräche (gekürzt)  
Berlin, 19. Januar 1930**

*Durchschrift. PA, R 29425.*

Streng vertraulich!

Während der Tagung des Völkerbundsrates in Genf hatte ich mehrfach Gelegenheit zu politischen Gesprächen mit einigen Ratsmitgliedern.

Was zunächst die Frage der See-Abrüstungs-Konferenz in London<sup>1</sup> anlangt, so äußerte sich der Italienische Außenminister Grandi recht skeptisch.<sup>2</sup> Er sagte mir, nach seinen Informationen werde die Konferenz sehr lange dauern. Er habe gehört, daß die Amerikaner sich sogar auf eine Konferenzdauer von vier Monaten eingerichtet hätten. Er ließ durchblicken, daß er in London eine sehr schwierige Position haben werde. Die Italienische Regierung sei von sich aus bereit, ein sehr großes Entgegenkommen zu zeigen. Die Italienische Delegation komme sozusagen mit der Ziffer Null nach London. Die Schwierigkeit liege nur darin, daß die Gegenseite zwar äußerlich auch so tue, als ob sie Entgegenkommen zeigen wolle, daß aber nach seiner Überzeugung die Gegenseite im Innern ganz anders eingestellt sei und sehr hohe Ziffern verlangen werde. Unter diesen Umständen würden sich, so fürchte er, die Verhandlungen sehr lange hinziehen und sich sehr schwierig gestalten.

[...]<sup>3</sup>

Herr Briand sagte mir, er habe nicht die Absicht, während der wahrscheinlich sehr langen Dauer der Konferenz in London zu bleiben.<sup>4</sup> Er wolle nach Paris zurückkehren, sobald man anfangs, sich mit rein technischen Problemen zu beschäftigen. Auch Herrn Briand sagte ich, daß wir an einem guten Endergebnis der Konferenz wegen der Land-Abrüstung interessiert seien. Auch ihm gegenüber wies ich auf die trostlosen Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungs-Kommission [des Völkerbundes]<sup>5</sup> hin. Herr Briand erwiderte, eine Einigung in der See-Abrüstungs-

---

zigen Weise sprechen, die gestern im Kabinett [AR, Kab. Müller II, Bd. 2, S. 990f.] so wirksam war, werden Sie des Eindrucks sicher sein.“-PA, St.S. IZ, 4527/ E 137866. Dort auch der Entwurf Zechlins mit Änderungen Schuberts.

---

<sup>1</sup> Vom 21. Januar bis 22. April 1930. Zum Verlauf Schultheß', Bd. 71 (1930), S. 479-493, Aufz. Schuberts, 18. März 1930, ADAP, Serie B, Bd. XIV, S. 366-68 und 25. März (mit Rumbold), PA, R 29202.

<sup>2</sup> Aufz. Schuberts vom 13. u. 14. Januar, PA, R 29425.

<sup>3</sup> Gespräche mit Henderson über die geplante Seeabrüstungskonferenz; dazu Aufz. Schuberts vom 13. u. 14. Januar, ebd.

<sup>4</sup> Die Unterhaltung fand am 15. Januar 1930 statt, Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. XIV, S. 73-75.

<sup>5</sup> Eingesetzt auf Grund der Resolution der Völkerbundsversammlung vom 25. September 1925 am 12. Dezember 1925 vom Völkerbundsrat zur Vorbereitung einer umfassenden

frage sei nun einmal eine Vorbedingung für eine vernünftige Land-Abrüstung. Auch er hoffe daher, daß es zu positiven Resultaten in London kommen werde. Auch Herrn Briand gegenüber drückte ich die dringende Erwartung aus, daß die Londoner Verhandlungen der Land-Abrüstung nicht in unangenehmer Weise präjudizieren würden. Dies bezeichnete Herr Briand als ausgeschlossen. Trotzdem erinnerte ich ihn daran, daß seinerzeit schon einmal die See-Abrüstung mit der Land-Abrüstung insofern in Verbindung gebracht worden sei, als man die Frage des Ausschlusses der ausgebildeten Reserven von der Land-Abrüstung behandelt und sogar versucht habe, hierüber zu einem Vorabkommen zu gelangen.<sup>6</sup> Diese Frage sei, wie Herr Briand wisse, für uns außerordentlich wichtig. Ohne in die Einzelheiten eingehen zu wollen, glaubte ich sagen zu können, daß doch in dieser Frage auch ein Ausweg gefunden werden könnte. Herr Briand meinte zwar, die ausgebildeten Reserven gehörten nun einmal in das Wehrsystem Frankreichs. Er sagte aber, auch er glaube, daß man hier in dieser Frage zu einer Einigung kommen könne. Ich antwortete, das sei meiner Ansicht nach auch absolut notwendig, denn eine Land-Abrüstung ohne Berücksichtigung der ausgebildeten Reserven sei ein Unding.

Die Idee eines Mittelmeer-Locarno wurde von keinem der Herren berührt.

Bei einem längeren Gespräch, das ich mit Herrn Grandi hatte,<sup>7</sup> äußerte sich Herr Grandi mit bemerkenswerter Offenheit über die Vorzüge und Nachteile des Regimes in Italien. Er ließ dabei durchblicken, daß in einigen Punkten dieses System doch etwas weitgehend sei. Er sagte, daß zwar die Italienische Regierung keine Schwierigkeiten mit dem Parlament habe, desto größere aber mit der Faschistischen Partei.

Das Gespräch kam auch auf den bevorstehenden Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Schober in Rom.<sup>8</sup> Herr Grandi sprach sich sehr lobend über Herrn Schober aus, der der Typus eines tüchtigen Beamten sei. In dieser Eigenschaft sei er geeignet gewesen, die Sache in Österreich in Ordnung zu bringen, was er sehr gut gemacht habe. Über den Besuch des Herrn Schober in Rom selbst äußerte sich Herr Grandi nicht weiter. Aus seinen Äußerungen ging hervor, daß er diesem Besuch keine übertriebene Bedeutung zuzumessen scheint. Er sagte, er selbst werde Herrn Schober wahrscheinlich nicht sehen, da er – Grandi – dann noch in London sein werde. Ob aber hinter diesem Besuch nicht doch mehr steckt, als Herr Grandi erkennen lassen wollte, lasse ich dahingestellt.<sup>9</sup>

Abrüstungskonferenz, siehe Schwendemann, *Abrüstung und Sicherheit*, S. 48f., 98f.; die Reichsregierung wurde zur Teilnahme eingeladen, Runderlaß Stresemanns, 26. Dezember 1925, ADAP, Serie B, Bd. I/1, S. 88-90.

<sup>6</sup> Siehe dazu Dok. 202 Anm. 2.

<sup>7</sup> Aufz. Schuberts vom 14. u. 16. Januar, PA, R 29425.

<sup>8</sup> Schober traf am 4. Februar 1930 in Rom ein.

<sup>9</sup> Schubert besprach die Angelegenheit am 25. Januar 1930 mit Frank (ADAP, Serie B, Bd. XIV, S. 127-29), damit nicht „in bezug auf unsere Stellungnahme zu dem österreichisch-italienischen Verhältnis irgendwelche Mißverständnisse auftreten. Es dürfe nämlich nicht der Eindruck erweckt werden – ich spräche hier nicht ohne einen Anlaß –, als ob wir umgekehrt auf Österreich einen aktiven Einfluß ausüben wollten, eine pro-italienische Politik zu treiben, oder als ob uns dieser Kurs der österreichischen Politik ganz besonders erwünscht sei. Hiervon könne natürlich keine Rede sein, so sehr wir es

Herr Grandi sprach dann von der Konferenz im Haag. Er zeigte ein großes Interesse daran, daß die Verhandlungen mit den Ungarn ein positives Ergebnis haben würden,<sup>10</sup> wenn auch wenig Aussicht hierfür vorhanden zu sein scheine. Er fürchte sehr, daß der ungarisch-rumänische Optantenstreit<sup>11</sup> wieder in Genf auftauchen werde. Von einer Erledigung dieser Sache in Genf schien er sich nicht viel zu versprechen. Er äußerte sich dann mit großer Sympathie über die Ungarn. Er meinte, er schätze ihre Energie sehr hoch ein, wenn er auch vielleicht zugeben müsse, daß sie etwas zu viel Politik trieben. Schließlich sagte er, er lege deshalb einen so großen Wert auf eine Regelung der Optantenangelegenheit, weil, wenn diese Regelung erfolgt sei, die Kleine Entente eigentlich dadurch, daß sich dann Ungarn und Rumänien einig würden, ihren Sinn verloren haben würde. Ich sagte, es bliebe aber dann schließlich noch die Tschechoslowakei übrig. Herr Grandi erwiderte, das sei zwar richtig; der größte Stein des Anstoßes sei aber das schlechte Verhältnis zwischen Rumänien und Ungarn. Aus der ganzen Art, wie Grandi die Konversation führte, ging klar hervor, ein wie großes Interesse er an einem Zerfall der Kleinen Entente nimmt.

Endlich kam Herr Grandi auch auf die im Rat behandelte Irak-Angelegenheit zu sprechen.<sup>12</sup> Er sagte mir, es sei ihm eigentlich nicht ganz klar, was die Engländer eigentlich vorhätten. Ich erwiderte, wahrscheinlich glaubten die Engländer, mit einem selbständigen Irak besser fertig zu werden, als wie mit einem unter Mandatsregime stehenden Irak. Herr Grandi gab mir vollkommen recht. Wir sprachen dann über die große Geschicklichkeit, aber auch über die Mängel der englischen Politik. Dabei sagte Herr Grandi, er müsse sich darüber wundern, eine wie geschickte Außenpolitik die Labour-Regierung treibe. Von Herrn Henderson habe er allerdings keinen sehr großen Eindruck gewonnen. Er sprach dann schließlich auch über

---

natürlich, wie gesagt, begrüßten, wenn [sich] das italienisch-österreichische Verhältnis sehr bessere und die Östreicher selbst, z.B. in der Anleihefrage hiervon Vorteil hätten. [...] Ich erwähnte dann ferner, daß Herr Schober dem Herrn Reichsminister im Haag gesagt habe, es scheine ihm so, als ob Italien versuchen werde, sich auf dem Umwege über Österreich mit Deutschland zu verständigen [ebd. S. 15, Aufz. Curtius, 14. Januar]. [...] Allerdings könne ich mir unter diesem ‚Umweg über Österreich‘ nicht viel vorstellen.“ Spätere Gerüchte über ein italienisch-österreichisches Geheimabkommen gegen Jugoslawien und die Tschechoslowakei wurden von Italien dementiert; Tel. aus Bern, 22. Februar, ebd., S. 285f. In einem Gespräch in Berlin mit Schober selbst, am 24. Februar 1930, kam Schubert erneut darauf zurück: „Nun seien mir aber neulich Gerüchte über eine ganz andere politische Version zugetragen worden, die aus Wien stammten, vielleicht allerdings nur von dort lebenden Deutschen. Diese Version gehe dahin, daß wir die unglücklichen Österreicher in die italienische Politik förmlich hineingetrieben hätten, und zwar aus dem egoistischen Interesse heraus, auf diese Weise eine Brücke zu Italien zu erhalten. Ich hätte meinen Interpellanten daraufhin erwidert, daß diese Version vollkommener Unsinn sei. Wir könnten unser Verhältnis zu Italien auf direktem Wege regeln, dazu bedürfe es nicht einer Vergewaltigung der österreichischen Politik.“-Aufz. Schuberts, ebd., S. 293.

<sup>10</sup> Die ungarische Außenpolitik suchte die Anlehnung an Italien, um letztlich eine Revision des Vertrags von Trianon zu erreichen. Vgl. zur ungarischen Außenpolitik Schoens Aufz. vom 15. Februar 1930, ebd., S. 235-38.

<sup>11</sup> Dazu Dok. 185.

<sup>12</sup> Siehe Société des Nations, Journal Officiel, Jg. XI, 1930, S. 75.

Ägypten und sagte lachend, England tue so, als wolle es Ägypten seine Freiheit wiedergeben, was in Wirklichkeit natürlich in keiner Weise der Fall sei.

Auch mit Herrn Briand hatte ich eine längere Unterredung.<sup>13</sup> Auch er sprach den Wunsch aus, daß es im Haag zu einer Einigung mit den Ungarn komme. Dabei äußerte er sich sehr günstig über Graf Bethlen. Er meinte, eine Bereinigung der ganzen Ostreparationsfrage habe doch auch für uns Interesse, denn es müsse uns doch daran liegen, daß im Balkan möglichst Ruhe herrsche. Soweit er wisse, gehe im Balkan unsere Politik darauf aus, lediglich unseren Handel zu entwickeln, und deshalb würde eine Regelung der Ostreparationsfrage doch sehr gut in unsere Politik hineinpassen. Ich erwiderte, das sei richtig, indem ich in kurzen Strichen den Sinn unserer Balkanpolitik darlegte, die allerdings darauf hinausliefe, lediglich unsere Beziehungen besonders auf dem Handelsgebiet zu den einzelnen Balkanstaaten zu verbessern und uns im übrigen in die Balkanhändler politisch möglichst wenig einzumischen.<sup>14</sup> Herr Briand erwiderte, hierfür habe er volles Verständnis, indem er durchblicken ließ, daß andere Staaten es in ihrer Balkanpolitik weniger leicht hätten.

Wir sprachen dann auch über die für den Februar einberufene [Völkerbunds-]Konferenz über den Zollfrieden.<sup>15</sup> Ich sagte, es seien in den verschiedenen Staaten Bedenken gegen eine solche Idee aufgetaucht, auch in Deutschland und Frankreich. Dies gab, soweit Frankreich in Frage komme, Briand zu. Er gab mir zu verstehen, daß er große Bedenken seines Handelsministeriums zu überwinden gehabt hätte. Ich führte dann aus, vielleicht werde es zu einem positiven Resultat über den Zollfrieden selbst nicht kommen, auf alle Fälle sei es aber doch sehr gut, wenn bei dieser Gelegenheit allgemein die Beteiligten sich über die Wirtschaftsverhältnisse in Europa aussprechen. Wir hätten ja schon öfters über die Gefahr gesprochen, welche der Wirtschaft Europas drohe. Ich hätte immer mehr den Eindruck, daß, wenn es nicht zu einer vernünftigen Wirtschaftspolitik in Europa komme, vielleicht einmal eine sehr große Katastrophe eintreten könne.<sup>16</sup> Herr Briand erwiderte, darin gebe er mir vollkommen recht. Es sei die höchste Zeit, daß man etwas tue, es sei aber andererseits auch noch nicht zu spät. Ich fügte dann hinzu, eine Zusammenarbeit in Europa dürfe aber keinesfalls eine Spitze gegen Amerika haben. Hierin stimmte mir Herr Briand sehr lebhaft zu. Er sagte mir, er habe über die Frage einer Konsolidierung Europas schon mit vielen bedeutenden Amerikanern gesprochen, die ihm versichert hätten, gegen eine solche Konsolidierung hätte Amerika nichts einzuwenden. Im Gegenteil, Amerika würde dies begrüßen. Ich erwiderte, auch ich hätte mit Amerikanern mit demselben Ergebnis gesprochen, z.B. auch mit Parker Gilbert.

<sup>13</sup> Am 15. Januar, siehe Anm. 4.

<sup>14</sup> Zu Schuberts Auffassung über Wirtschaft und Politik siehe Dok. 259.

<sup>15</sup> Vom 17. Februar-24. März 1930; Bericht: Weltwirtschaftliches Archiv 32 (1930), S. 274ff. Dazu Berichte Wiehls (Genf) an Schubert vom 4. u. 8. März 1930, ADAP; Serie B, Bd. XIV, S. 315-17, 336-38.

<sup>16</sup> Aus einem Gespräch mit De Stefani (im Beisein Orsinis) notierte Schubert am 13. Februar u.a.: „Auch Herr De Stefani schien [wie Schubert] der Ansicht zu sein, daß die bisherigen Methoden eines wirtschaftlichen Ausgleichs zwischen den verschiedenen Ländern veraltet seien und daß neue Wege gefunden werden müßten.“-PA, RM 2784/D 539363-65.

Schließlich kam ich auch noch kurz auf die Saarfrage zu sprechen. Ich sagte, ich hoffte, daß die Verhandlungen einen günstigen Fortgang nehmen würden und sprach die Erwartung aus, daß nötigenfalls Herr Briand sich dieser Verhandlungen annehmen und dafür sorgen werde, daß sie nicht stecken blieben.<sup>17</sup> Herr Briand erwiderte, die Verhandlungen würden ja demnächst wieder anfangen und er habe die Hoffnung, daß sie schließlich und endlich doch zu einem beiderseits befriedigenden Resultat führen werden. Als dann Herr Briand wieder einmal seine These von einer deutsch-französischen Zusammenarbeit entwickelte, erwiderte ich, eine solche Zusammenarbeit könne ich mir schon denken. Ich müsse ihm aber mit größter Bestimmtheit sagen, daß diese Zusammenarbeit sich nicht so abspielen dürfe, daß dabei der eine Partner mit einer sehr drückenden Hypothek belastet würde. Eine solche ungleiche Zusammenarbeit würde auch ein sehr schlechtes Paradigma für eine vernünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich im großen Rahmen abgeben. Herr Briand erwiderte, das sehe er vollkommen ein. Es müsse zu einer Zusammenarbeit kommen, bei der jeder Partner vollkommen gleichberechtigt sei. Ich erwiderte, das sei allerdings notwendig, sonst habe eine Zusammenarbeit überhaupt keinen Sinn.

[...] <sup>18</sup>

Über meine Verhandlungen mit den Polen habe ich bereits telegrafisch berichtet.<sup>19</sup> Bei dem Gegenbesuch, den Herr Zaleski mir machte, entwickelte sich nach Erledigung der eigentlichen Verhandlungspunkte ein politisches Gespräch, das sich aber nur auf ganz allgemeine Themata bezog.<sup>20</sup> Dabei sprach Herr Zaleski mit großer Sorge von der Entwicklung des Parlamentarismus in allen Ländern und im speziellen auch in Polen. Wenn sich die Parteiwirtschaft und die Parteizerklüftung so weiter entwickle wie bisher, werde es kaum möglich sein, eine vernünftige Politik zu treiben. Allerdings sei auch ein Zustand, wie er in Italien bestehe, nicht ideal zu nennen. Denn wenn Herr Mussolini einmal verschwände, werde man doch in Italien vor einem absoluten Vakuum stehen.

<sup>17</sup> Über den Fortgang der Saarverhandlungen und Schuberts Anteil daran ebd., S. XXXIVf. u. Bd. XV, S. XXXVIII-XL.

<sup>18</sup> Unterredung mit Dalton, insbesondere über die britisch-sowjetischen Beziehungen.

<sup>19</sup> Zaleski und Schubert führten in Genf am 12., 14. und 16. Januar 1930 Gespräche. Am 12. Januar äußerte Schubert: „Ich sei von Herrn Curtius beauftragt worden, ihm mitzuteilen, daß der Herr Reichsminister die feste Absicht habe, die Liquidationsangelegenheit endgültig zu bereinigen sowie auch den deutsch-polnischen Zollkrieg durch den Abschluß des Handelsabkommens zu beenden.“-Aufz. Schuberts, ebd., S. 58. Siehe allgemein ebd., S. XXVI-XXVIII.

<sup>20</sup> Aufz. Schuberts, 14. Januar, PA, R 29425.



**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem Journalisten Reiner  
Berlin, 10. Februar 1930**

*Durchschrift. PA, R 29358.*

Herr Reiner von der „Vossischen Zeitung“ suchte mich heute auf und bat mich um Auskunft insbesondere über die Bedeutung des Besuches des Herrn Schober in Rom.

Ich setzte ihn vertraulich über die Zusammenhänge in großen Zügen ins Bild, indem ich an das im „Berliner Tageblatt“ erschienene Interview des Herrn Schober anknüpfte.

Wie aus den Ausführungen des Herrn Reiner hervorging, schien er den Verdacht zu haben, daß Herr Schober gegen den Anschluß sei, und daß die Reise nach Rom damit in irgendeinen Zusammenhang gebracht werden könnte. Ferner fand er es sonderbar, daß Schober nicht zuerst nach Berlin gekommen sei. Aus diesem Grund, so meinte er, hätte er eigentlich vorgehabt, gegen Herrn Schober eine gewisse Kampagne zu beginnen. Ich ersuchte ihn dringend, hiervon Abstand zu nehmen, da eine solche Kampagne nicht gerechtfertigt sei und auch einen sehr schlechten Auftakt für den Besuch Schobers in Berlin bilden würde.<sup>1</sup>

Ferner meinte Herr Reiner, man müsse nach der Rheinland-Befreiung dem deutschen Volk doch nun wieder ein Ideal zeigen. Dieses Ideal sehe er in dem Anschluß Österreichs. Er scheint eine Propaganda hierfür machen zu wollen. Ich erwiderte, man würde dem Anschlußgedanken, der sich ganz normal entwickle, nur schaden, wenn man jetzt eine große Propaganda für den Anschluß entfalte.<sup>2</sup> Ich sagte, solche Probleme seien erst dann zu lösen, wenn sie reif seien. Zum Vergleich zog ich Locarno heran. Ich zog auch andererseits einen Vergleich mit dem [polnischen] Korridor und Eupen-Malmedy. In bezug auf diese Beispiele gab mir Herr Reiner recht. Schließlich gab er auch etwas in bezug auf den Anschluß nach. Ich sagte schließlich, es sei natürlich etwas anderes, wenn man den Gedanken wachhiele. Ich warnte aber dringend vor einer groß aufgemachten Propaganda, da, wie gesagt, eine solche Propaganda nur schaden könnte.

Sch[ubert]

<sup>1</sup> Vom 22.-24. Februar; AR, Kab. Müller II, Bd. 2, S. 1480-95; ADAP, Serie B, Bd. XIV, S. 290-94; außerdem Dok. 231.

<sup>2</sup> Bereits zu dieser Zeit waren erste Überlegungen über eine deutsch/österreichische Zollunion aufgekommen. Schubert telegraphierte darüber am 4. Februar 1930 an Lerchenfeld u.a.: „Es ist aber kaum daran zu zweifeln, daß die Signatarmächte der Genfer Protokolle [Dok. 231 Anm. 2] den Abschluß einer Zollunion zwischen Österreich und Deutschland als eine Maßnahme ansehen würden, die geeignet wäre, die wirtschaftliche Unabhängigkeit Österreichs zu gefährden, und daß sie deshalb ihre Zustimmung versagen würden. Eine Lösung der Frage würde sich daher wohl nur auf dem Wege einer diese außenpolitischen Momente berücksichtigenden, behutsam vorbereiteten Verständigung erreichen lassen. Diese anzubahnen, wäre gegebenenfalls Sache Österreichs.“-ADAP, Serie B, Bd. XIV, S. 180. In einem Gespräch mit Schober faßte Schubert dann am 24. Februar den Inhalt des Tel. kurz zusammen, Aufz. Schuberts, ebd., S. 292f.

228

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung  
mit Reichswehrminister Groener  
Berlin, 10. Februar 1930**

*Original. PA, R 29295.*

Vor einiger Zeit, ich glaube es war nach meiner Rückkehr aus dem Haag, es kann aber auch im Dezember vorigen Jahres gewesen sein, habe ich vor oder nach einer Kabinettsitzung kurz den Herrn Reichsminister Groener darauf angesprochen, daß ja einige Firmen in Deutschland neue Sachen mit den Russen machen wollten.<sup>1</sup> Ich sagte Herrn Groener, ich hielt es doch für sehr gut, wenn wir einmal die Sache besprechen.

Der Herr Reichsminister Groener erwiderte, seiner Ansicht nach sollte man die Firmen ruhig gewähren lassen und sich um sie nicht kümmern. Für eine Besprechung schien er weiter kein Bedürfnis zu haben.

Sch[ubert]

229

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit Reichsminister Curtius  
Berlin, 14. Februar 1930**

*Original. PA, R 29295.*

Während einer kurzen Besprechung, die sich auch auf unser Verhältnis zu Rußland usw. bezog, habe ich dem Herrn Reichsminister in aller Eile erzählt, es sei nun ein Vertrag mit den Russen in Moskau abgeschlossen worden,<sup>1</sup> der sich immerhin in gewissen Grenzen halte, aber trotzdem doch noch reichlich bedenklich sei. Ich hätte das Militär hiervon verständigt, das befürchtet hätte, daß ein Scheitern des Vertrages die bösesten Folgen für das Verhältnis zwischen den beiden Armeen haben werde.<sup>2</sup> Ich möchte nun aber dringend bitten, möglichst bald über diese ganze Sache dem Herrn Reichsminister Vortrag halten zu dürfen, schon aus dem

---

<sup>1</sup> Gemeint ist das Bestreben der Firma Rheinmetall, in der Sowjetunion ein Konstruktionsbüro für Rüstungsgüter zu errichten. Siehe dazu ADAP, Serie B, Bd. XIV, S. XXXVI-VIII.

---

<sup>1</sup> Das AA wurde am 12. Februar 1930 über den Abschluß eines Vorvertrages zwischen Rheinmetall und dem sowjetischen Waffenamt informiert, Moltkes Aufz., ADAP, Serie B, Bd. XIV, S. 217f.

<sup>2</sup> In einer Besprechung mit Schubert am 10. Februar hatte Hammerstein die Befürchtungen der Reichswehr zum Ausdruck gebracht, Aufz. Schuberts, ebd., S. 207-10.

Grunde, weil vielleicht demnächst wieder Presseangriffe erfolgen könnten: dann müsse doch wenigstens der Herr Reichsminister informiert sein.<sup>3</sup>

Der Herr Reichsminister erwiderte, er hoffe, daß er demnächst Gelegenheit zur Entgegennahme eines solchen Vortrags finden werde.

Sch[ubert]

230

**Aufzeichnung von Schuberts  
Berlin, 18. Februar 1930**

*Hschr. Aufzeichnung. Nl. v. Schubert, Pol 4, Lose Blätter.<sup>1</sup>*

Rußland

1) Große politische Linie einzuhalten.

Keine Auslieferung nach dem Westen.

Hilfsmittel gegen den Westen („Wolke“<sup>2</sup>).

Wegen Ostpolitik (Litauen, Polen).

Gefahr, daß Russen mit Anderen.

Exportnotwendigkeit.

Russen: wir machten „Westpolitik“.

---

<sup>3</sup> Schubert hatte bereits mehrmals – vergeblich – versucht, die Angelegenheit mit Curtius zu klären, Aufz. Schuberts, 10. Februar 1930, ebd., S. 210f. In der Aufz. heißt es: „Ich [Schubert] sagte dann in drei Worten, die Sache sei etwas unheimlich. Wir müßten sehr vorsichtig sein und andererseits verhindern, daß jetzt der Sache wegen ein Krach mit den Russen entstände. Der Reichsminister schien diesen Standpunkt zu billigen.“-Ebd., S. 211.

---

<sup>1</sup> Schwer zu entziffernder hschr. Randvermerk oben rechts: „Konferenz nächste Woche + Botschafter [Krestinski]. Programm für Nahen Osten“. Offensichtlich Vorarbeit für die eingehende Aussprache Curtius' mit Krestinski am 5. März 1930; Aufz. Schuberts vom selben Tag, ADAP, Serie B, Bd. XIV, S. 317-26. Dort (S. 317 Anm. 1) auch Hinweise auf weitere Vorbereitungen, vor allem Schuberts undatierte zehnteilige Aufz. für Curtius' Besprechung mit Krestinski. – Siehe dazu auch die hschr. Notizen Schuberts vom 8. Februar 1930 über eine Vorbesprechung mit Gaus, Ritter, Trautmann, Moltke, Köpke und Twardowski, in der es u. a. heißt: „1) [...] Moltke erzählte auch über die Einstellung des Reichswehrministeriums. Sonderbare Stellung des Generals Ludwig. 2) Twardowski: Rote Armee deutschfreundlich. General Ludwig gegenüber haben Russen Karten aufgedeckt. Sagen, das ginge unser Verhältnis an. [...] 5) Köpke: Interesse der Marine. [Schubert:] Mit Groener sprechen.“ Über diese Fragen ADAP, Serie B, Bde XIV, Dok. 90 u. 93.

<sup>2</sup> Eine Metapher Maltzans: Deutschland brauche „die russische Wolke über Europa“, kolportiert aus vertrautem Kreis während der Konferenz von Genua, PA, Nl. Ritter, „Rapallo“, S. 4. Vgl. dazu Aufz. Trautmanns für Schubert vom 15. Februar 1930: „Die Vorstellung, daß wir die russische Freundschaft als Gegengewicht gegen den Westen mit Erfolg benutzen könnten, hat sich als trügerisch erwiesen. Es ist weiter nichts übrig geblieben als eine im Osten vorhandene große Wolke, die drohend von der Ferne über Europa schwebt.“-ADAP, Serie B, Bd. XIV, S. 225-31, hier S. 227f.

2) Wirtschaftliche Beziehungen.

Kreditverhandlungen.

Konzessionen – Bereinigung (der einzelnen). [Schlichtungsausschuß?]<sup>3</sup> Niederlassungsabkommen<sup>4</sup>

Allgemeine Einhaltung des Handelsvertrages durch die Russen.

Reise von Industriellen nach Rußland.

RM: Handelsvertragsverhandlungen – Fortführung. – Aufbau russ. Industrien – aber nicht nach Deutschland exportieren. Konvention mit Russen: à la Roggen-Konvention mit Rußland.

3. Gravamina.

a) Einmischung in innere Verhältnisse.

α) Klärung mit den Russen.

β) Unsere Polizei pp. Beobachtung.

b) Russische Presse.

c) Verfolgung Reichsdeutscher in Rußland.

d) Bedrückung Deutschstämmiger in Rußland (auch: Landwirtschaft).

e) Bolschewistische Wettbewerbe in Deutschland.

f) Unsere Journalisten in Rußland.

4) Christenverfolgung.

Feststellung des Tatbestandes.

5) Beeinflussung unserer Presse.

Warnung vor Übertreibungen.

Abbau Kampagne wegen 5000!

6) Liquidierung von Einzelfällen.

Derop

Münchner Handelsvertretung

Tscherwonzen.

7) Intensivere Untersuchung des Zustandes in Rußland.8) „Gesten“.

Rede RMs.

Fahrt einer leitenden Persönlichkeit nach Rußland.

9) Auhagen.

Schriftstellerische Tätigkeit der landw[irtschaftlichen] pp. Attachés.

10) Russen müssen uns mehr über [in] ihre außenpolitischen Pläne einweihen!

11) Drohende Völkerwanderung<sup>5</sup><sup>3</sup> Eckige Klammern von Schubert im Original.<sup>4</sup> Durch Pfeil wurden die beiden letzten Punkte, „Schlichtungsausschuß“ u. „Niederlassungsabkommen“, unter „3) Gravamina“ im Anschluß an (a) versetzt.<sup>5</sup> Wegen der erwähnten Details siehe Moltkes Aufz. vom 13. Februar 1930, ADAP, Serie B, Bd. XIV, S. 218-20; Schuberts Aufz., 17. Februar, ebd., S 239-41. Ergebnis der Lagebeurteilung: Aufz. Schuberts vom 12. April 1930, ebd., S. 488f. Ausführliche Dokumentation der Probleme der deutsch-sowjetischen Beziehungen ebd., S. XXXVI-XLII.

**Notizen von Schuberts über den Besuch des österreichischen Bundeskanzlers  
Schober in Berlin im Februar 1930  
Grünhaus, Winter 1932/33**

*Original. Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. SO, Bd. 10  
(PA, R 29358).*

24. Februar 1930.

Protokoll über die politischen Besprechungen mit Herrn Schober vom 22. und 24. Februar 1930.<sup>1</sup>

Seite 21: Herr Schüller sagte, die Österreicher interessiere zunächst ein Punkt. In Österreich werde gesagt, warum macht Ihr keine Zollunion?.. Nach unserer Auffassung ist eine Zollunion nicht durchführbar. Die Entente steht auf dem Standpunkt, daß sie genauso verboten sei, wie der politische Anschluß. Dies war auch damals der Standpunkt der deutschen Regierung.

Hierauf verwies ich auf die Bindung Österreichs durch die Genfer Protokolle<sup>2</sup>, worauf Herr Schüller erwiderte, daß sie keine stärkere Bindung enthielten, wie die Friedensverträge.

Dann sagte Curtius, er zweifle nicht daran, daß die Entente die Friedensverträge zu unsern Ungunsten auslegen würde, aber man müßte doch schon bald Vorbereitungen über die Zollunion pflegen.

Schließlich wurde verabredet, die Sache beiderseitig zu prüfen.

Mein Gespräch mit Peter vom 24. Februar 1930.

Ich sagte ihm, den Beschluß, vorbereitende Arbeiten für eine deutsch-österreichische Zollunion zu machen, begrüßte ich sehr. Ich sei der Ansicht, daß, wenn man sich über Einzelheiten des zu erreichenden Ziels klar werde, man dann viel leichter übersehen könne, was man tun müsse, um das Problem zur Reife zu bringen. Herr Peter stimmte mir sehr lebhaft zu.

Dann noch langes Gespräch über andere Punkte.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Siehe darüber Dok. 227 Anm. 1.

<sup>2</sup> Anlässlich der Finanzsanierung Österreichs durch den Völkerbund, Text (4. Oktober 1922): ADÖ, Bd. 4, S. 428-37.

<sup>3</sup> Siehe dazu auch Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. XIV, S. 290; außerdem Dok. 246.

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit  
dem italienischen Botschafter Orsini Baroni  
Berlin, 15. März 1930**

*Original. PA, R 29345; ein Exemplar an Curtins, eines unter Rückerbitung an Köpke.*

Streng vertraulich!

Der Italienische Botschafter kam bei seinem heutigen Besuche auf die Urlaubsreise des Herrn Reichsministers nach Locarno zu sprechen und sagte mir, der Herr Reichsminister habe sich ja auch ein Laissez-passer für Italien geben lassen. Hieraus schließe er, daß der Herr Reichsminister die Absicht habe, sich eventuell von Locarno nach Italien zu begeben. Ich erwiderte, soweit ich über die Dispositionen des Herrn Reichsministers informiert sei, wolle der Herr Reichsminister seinen Urlaub in Locarno verbringen. Das Laissez-passer habe er sich wahrscheinlich geben lassen, um in der Lage zu sein, Ausflüge nach Italien machen zu können. Außerdem wäre vielleicht auch die Möglichkeit vorhanden, daß der Herr Reichsminister, falls das Wetter in Locarno sehr schlecht sei, einen Teil seines Urlaubs auch irgendwo in Italien verbringen würde.

Hierauf deutete der Botschafter, indem er hervorhob, er spreche nur für sich persönlich und wolle auch keineswegs über die ganze Sache nach Rom berichten, an, daß Herrn Mussolini es doch verstimmen würde, wenn der Herr Reichsminister, wenn auch nur für kürzere Zeit, sich nach Italien begeben würde, ohne in Rom einen Besuch gemacht zu haben. In diesem Zusammenhange kam das Gespräch dann auch auf den mehrfachen Aufenthalt des Herrn Stresemann in Italien, sowie darauf, daß Herr Stresemann öfters habe nach Rom kommen wollen, seine Absicht dann aber jedesmal aufgegeben habe. Der Botschafter ließ durchblicken, daß hierdurch eine große Verstimmung zwischen Herrn Mussolini und Herrn Stresemann entstanden sei.<sup>1</sup> Ich erwiderte, hierüber wüßte ich genau Bescheid. Herr Stresemann habe ganz impulsiv öfters dem Grafen Aldrovandi gegenüber die Absicht geäußert, nach Rom zu fahren. Aus Gründen der inneren Politik habe er aber jedesmal seine Absicht nicht ausführen können. Hieraus seien italienischerseits damals gewisse Schlüsse auf die Haltung des Herrn Stresemann gegenüber Herrn Mussolini und Italien geschlossen worden, die, wie ich versichern könnte, durchaus falsch gewesen seien. Der Botschafter schien das nicht recht glauben zu wollen. Er deutete an, daß doch Herr Stresemann gegen Mussolini eingestellt gewesen sei,

---

<sup>1</sup> Siehe u.a. Aufz. Stresemanns (mit Aldrovandi), 31. Dezember 1928, ADAP; Serie B, Bd. X, S. 589-92, dazu spätere Notiz Schuberts, Nl. v. Schubert, Aktenverzeichnis 1932/33, zu PA, St.S. Sit, Bd. 1 (PA, R 29344): „Stresemann beklagte sich darüber, daß er bisher immer nur Gelegenheit gehabt habe, mit Scialoja zu sprechen, aber selten mit Grandi. Stresemann fragte den Botschafter in's Gesicht, was ihn veranlasse, ihn (Stresemann) als einen Feind Italiens hinzustellen. Hierdurch wurde der Botschafter sehr verwirrt, er leugnete eine solche Berichterstattung ab usw. Es kam dann der abgesagte Osterbesuch zur Sprache. Stresemann klärte Aldrovandi genau auf.“

was wohl auch auf eine frühere, sehr viele Jahre zurückliegende Begegnung zwischen Herrn Stresemann und Herrn Mussolini in Deutschland zurückzuführen sei. Ich erwiderte, hiervon hätte ich noch nie etwas gehört.

Ich sagte dann, allerdings müsse alles vermieden werden, um durch irgendeine Zufälligkeit erneut eine Mißstimmung hervorzurufen. Ich fragte den Botschafter, ob denn überhaupt ein Besuch des Herrn Reichsministers in Rom erwünscht erschiene.

Der Botschafter wurde dann deutlicher und erwiderte, es erschiene ihm doch gut, wenn, auch angesichts der Tatsache, daß nach der Beendigung des Young-Kapitels eine neue Aera angehe, der deutsche Außenminister einmal mit Mussolini zusammentreffe. Der Reichsminister Curtius habe ja nun Gelegenheit gehabt, mit den führenden Persönlichkeiten der übrigen Länder zusammenzutreffen, nur Herrn Mussolini kenne er noch nicht. Außerdem aber habe Herr Grandi ihm, als er – Orsini – im November vorigen Jahres und im Januar dieses Jahres in Rom gewesen sei, gesagt, daß ein Besuch des Herrn Reichsministers in Rom sehr erwünscht erscheine.

Ich erwiderte, ich sei doch etwas zweifelhaft, ob der Reichsminister jetzt von seinem Urlaub heraus so ganz einfach Hals über Kopf nach Rom fahren könne. Es würde sich dann doch um einen Staatsbesuch handeln, der doch gewisse Vorbereitungen erfordere. Wenn ich auch persönlich im Interesse der Vertiefung unserer gegenseitigen Beziehungen eine persönliche Fühlungnahme zwischen dem Herrn Reichsminister und Herrn Mussolini sehr gut fände, müsse man doch überlegen, ob und wann ein solcher Besuch in die gesamte politische Landschaft passe. Jedenfalls müsse man vermeiden, daß ein Besuch angekurbelt würde und dann nicht ausgeführt werden könnte, vielleicht auch aus Gründen der innerpolitischen Behinderung des Herrn Reichsministers. Im übrigen entnehme ich den Äußerungen des Botschafters, daß Herr Mussolini wahrscheinlich darüber mißgestimmt sein würde, wenn der Herr Reichsminister, wenn auch nur für kürzere Zeit, sich nach Italien begeben würde, ohne dabei nach Rom zu fahren.

Der Botschafter erwiderte, das habe er nur nebenher erwähnen wollen. In erster Linie käme es ihm darauf an, überhaupt eine Begegnung zwischen dem Herrn Reichsminister und Herrn Mussolini ins Auge zu fassen, die er aus den angegebenen Gründen für sehr nützlich halten würde. Der Besuch brauche ja nicht jetzt, er könne auch später erfolgen. In diesem Zusammenhange erwähnte der Botschafter auch die Absicht des Herrn Grandi, nach Warschau zu fahren. Dort sei er bereits seit zwei Jahren einen Besuch schuldig. Den Gedanken, diesen Besuch auf der Rückreise von London auszuführen, habe er übrigens trotz aller Gerüchte, die der hiesige Polnische Gesandte [Knoll] zu verbreiten scheine, aufgegeben. Herr Grandi wolle diesen Besuch später im Jahr ausführen. Der Termin stehe noch nicht fest. Er erwähne das nur in dem Zusammenhange, daß, wenn der Herr Reichsminister inzwischen in Rom gewesen sei, Herr Grandi seinen Besuch in Warschau mit einem Gegenbesuch in Berlin verbinden könne.

Ich erwiderte, wir würden uns natürlich sehr freuen, Herrn Grandi in Berlin zu sehen. Herr Grandi habe mir bei unserem letzten Zusammentreffen in Genf so nebenbei gesagt, er würde sehr gern noch einmal nach Berlin kommen, worauf ich erwidert hätte, die beste Zeit für einen Besuch sei das Frühjahr oder der frühe Sommer.

Der Botschafter betonte dann noch mehrmals, daß er seine Anregung nur ganz persönlich und ohne eine Instruktion gegeben habe. Er wiederholte, er werde über unser Gespräch nicht nach Rom berichten. Vielleicht könne ich über die Sache nachdenken und wir könnten in einigen Tagen noch einmal darüber sprechen.<sup>2</sup> Dies sagte ich dem Botschafter zu.

Sch[ubert]

233

**Von Schubert an Botschafter von Prittwitz und Gaffron (gekürzt)**  
**Berlin, 13. April 1930**

*Ausfertigung. PA, Nl. v. Prittwitz und Gaffron, Bd. 4, Blatt 375-378.*

[...]¹

Wir haben hier alle eine außerordentlich schwere Zeit hinter uns. Die Durchbringung der Young-Gesetze und des polnischen Liquidationsabkommens [im Reichstag] bedeutete eine geradezu unglaubliche Würgerei, wie ich sie, glaube ich, noch niemals erlebt habe. Es ist nach meiner Erinnerung noch niemals vorgekommen, daß wir, wie bei dieser Gelegenheit, 17 Tage im [Auswärtigen] Ausschuß des Reichstages gesessen haben. Nachdem die Sache glücklich vorüber war, kam dann der Sturz des Kabinetts Müller<sup>2</sup> und eine weitere entsetzliche Würgerei wegen der Steuerreform und des Agrarprogramms. Die Steuerreform ist gestern in zweiter Lesung mit 11 Stimmen Majorität durchgegangen. Ich nehme an, daß morgen die dritte Lesung glatt verlaufen wird, obgleich dies auch noch nicht ganz sicher ist. Das Agrarprogramm wird wohl durchgehen. Welche Folgen das Agrarprogramm für unsere Handelsverträge haben wird, läßt sich noch nicht ganz voraussehen. Ich sehe aber recht düster.

Der Eintritt des neuen Kabinetts [Brüning] hat wieder zu wilden Gerüchten über das sogenannte Revirement<sup>3</sup> geführt. Alle diese Gerüchte waren zunächst, wie üblich falsch. Ich hatte bis jetzt noch nicht Gelegenheit, mit Herrn Curtius über die Möglichkeit eines Revirements zu sprechen. Ich will dies in den nächsten Tagen

<sup>2</sup> Am 18. März; Schubert erklärte, er glaube, „daß die Idee eines römischen Besuches des Herrn Reichsministers von Locarno aus nicht in Frage kommen könne.“-Aufz. Schuberts vom 19. März, ADAP; Serie B, Bd. XIV, S. 384 Anm. 7; dazu auch Aufz. Heerens vom 19. März, ebd., S. 383f.

<sup>1</sup> Schubert ging anfänglich auf Personalien ein und erwähnte Gerüchte über den am 7. März erfolgten Rücktritt Schachts.

<sup>2</sup> Am 27. März 1930; es begann die Phase der Präsidialkabinette.

<sup>3</sup> Von diesem Revirement sollte auch Schubert selbst betroffen sein. Am 8. April 1930 hatte die Berliner Zeitung am Mittag gemeldet, daß der Posten des Staatssekretärs frei werde.



tun. Sehr groß kann das Revirement nicht gut werden, da schließlich nur sehr wenige Posten frei werden oder zur Not frei gemacht werden können. Zu welchen Entscheidungen es kommen wird, weiß ich noch garnicht, weil ich auch die Intentionen des Ministers noch garnicht kenne. Ich glaube jedenfalls nicht, daß Du irgendwie betroffen werden wirst, was ich im jetzigen Moment Dir auch nicht wünschen würde. Wie ich Dich darum beneide, daß Du fern von diesem Durcheinander und Spülwasser einen unserer wichtigsten Posten in Ruhe verwalten kannst, kann ich Dir garnicht sagen.

[...]⁴

## 234

### Artikel aus der polnischen Zeitung Kurier Posnański, Nr. 221 vom 14. Mai 1930

*Übersetzung aus PA, Presseabtl., Deutschland 3: Deutsche Staatsmänner, Bd. 10.*

Herr von Schubert.

Vor einigen Tagen erschien die Nachricht, daß der Staatssekretär beim Deutschen Außenministerium, Karl von Schubert, zum deutschen Botschafter in Rom ernannt worden sei. Diese Ernennung ist für ganz Europa sehr wichtig.

Herr von Schubert, ein geborener Berliner, Mitglied einer sehr reichen und in geordneten Verhältnissen lebenden Familie, Enkel des Großindustriellen von Stumm, hat seine diplomatische Laufbahn im Jahre 1906 begonnen. Von Washington über Brüssel, Lissabon und London kommt er im Jahre 1915 nach Bern, wo sich während des Krieges die ganze deutsche Außenpolitik konzentrierte. Im Jahre 1920 ist er wieder in London, kommt dann nach Berlin, wo er 1924 den Posten des Staatssekretärs übernimmt, den bisher der von Minister Stresemann nach Washington gesandte Frhr. von Maltzan eingenommen hatte.

Über 6 Jahre war Herr von Schubert Staatssekretär in der Wilhelmstraße. Nach außenhin figurierte Minister Stresemann, aber hinter den Kulissen arbeitete ganz im Hintergrund von Schubert. Der Staatssekretär war nicht die rechte Hand des Ministers. Er hat die Außenpolitik Deutschlands selbst geführt. Er hat die Führung mit eiserner Hand gehalten und seine Herrschaft mit niemand geteilt.

Schubert hat für das Nachkriegsdeutschland alles errungen, was irgend zu erringen war: den Dawes- und Young-Plan, Locarno, den Berliner Vertrag mit Sowjetrußland im Jahre 1926, die Räumung des Rheingebiets, den europäischen Stahltrust sowie die ebenso wichtige Gewinnung der ausländischen Absatzgebiete.

Ein Jahr vor dem Tode Stresemanns kam in Berlin das Gerücht auf, daß der Minister sich des Lehrers entledigen wolle. Es wurde davon gesprochen, daß von

---

⁴ Schubert leitete einen Kettenbrief, den er von einem ihm als „sehr ernsthafter und hervorragender Mann“ bekannten französischen Industriellen erhalten hatte, weiter und bat Prittwitz, ihn deswegen nicht für verrückt zu halten.

Schubert einen der wichtigen ausländischen Posten übernehme: man sprach von London und Paris. Damals jedoch hat sich von Schubert stärker als Stresemann erwiesen und ist auf seinem Posten in Berlin verblieben. Er hat weiterhin im Hintergrund gearbeitet und trat nicht in den Vordergrund. Auf den Empfängen des diplomatischen Korps in Berlin war sein immer gerötetes Gesicht auch weiterhin eine seltene Erscheinung.

Die dominierende Rolle von Schuberts war bei denjenigen Personen, die mit dem Auswärtigen Amt in Berlin in unmittelbare Berührung kamen, kein Geheimnis. Er hat in allem entschieden und nicht Stresemann. Stresemann hatte manchmal eine Regung zum Idealismus, trotzdem er garnicht danach aussah. Angelegenheiten, die ihn persönlich nicht interessierten, hat er ganz einfach ignoriert. Er war ein großer Verehrer Shakespeares und Goethes. Er liebte die Gesellschaft gebildeter Menschen, besonders der Frauen. Er war lebhaft und impulsiv. Sein ganzes Gegenteil war und ist der Berufsdiplomat Herr von Schubert, dessen diplomatische Laufbahn nach englischem Muster gestaltet worden war. Schweigsam, außerordentlich ausgeglichen, sehr ruhig. Er ist über alles informiert, alles interessiert ihn in gleichem Maße. Er hat ohne persönliche Sentiments und Animositäten lediglich das Interesse Deutschlands im Auge.

Heute geht Herr v. Schubert nach Rom. Das heißt einfach: jetzt liegt der Schwerpunkt der deutschen Politik in Rom. Nicht in London und nicht in Paris, sondern in Rom.

Seit einigen Jahren ist in Deutschland die Entrüstung über die Unterdrückung der Tiroler verstummt. Nicht deswegen, weil die italienische Regierung mit der Italinisierung der Tiroler aufgehört hat, sondern deshalb, weil diese Entrüstungen es Herrn v. Schubert unmöglich gemacht haben, mit Italien in Kontakt zu kommen. Der von den größten Patrioten Deutschlands inszenierte Boykott gegen die italienischen Waren ist angeblich verstummt. Herr von Schubert hat seinerzeit angeblich Herrn Stresemann beruhigt, als er, in seiner Eigenliebe gekränkt, Mussolini antworten wollte. Darüber, was damals geschehen ist, um die italienisch-französische Verbindung zu untergraben, schweigt die offizielle Geschichte. Einige italienische Offenbarungen betr. die französischen und englischen Panzerschiffe auf dem Mittelmeer hat das Argument einer geglückten Probe der Befestigung der Dardanellen durch die Sowjetkreuzer und einer angeblich spanischen Basis der Unterseeboote in Vigo zerstreut.

Auf alle Fälle bleibt die Tatsache bestehen, daß Deutschland jetzt auf die zwischen Italien und Frankreich bestehenden schlechten Beziehungen gesetzt hat und daß es alles irgend mögliche tut, um dem Einsatz den Gewinn zu sichern.

S.B.

**Schreiben von Schuberts an den Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums  
Schäffer  
Berlin, 18. Mai 1930**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Privatbriefe, Material aus St.S. P, nicht registriert.*

Ausschließlich persönlich!

Mein lieber Herr Schäffer!

Ihrem Wunsche entsprechend habe ich unsere Archive nach einer Geschäftsordnung durchforschen lassen, die über die Verteilung der Gewalten zwischen dem politischen und wirtschaftlichen Staatssekretär Aufschluß gibt. Leider habe ich nur eine Büro-Verfügung ausfindig machen können, die erlassen wurde, als im Jahre 1920 das Amt des wirtschaftlichen Staatssekretärs eingeführt wurde. Ich füge sie hier bei. Aus dieser offenbar vorläufigen Verfügung ist aber nur sehr wenig zu ersehen.<sup>1</sup> Eine spätere Verfügung scheint nicht zu existieren. Es kommt hinzu, daß das Geschäftsverfahren bei uns schriftlich nie in so detaillierter Weise fixiert worden ist, wie dies bei anderen Ministerien üblich zu sein scheint.

Aus meiner Erinnerung heraus kann ich aber mit gutem Gewissen sagen, daß der politische Staatssekretär bei uns stets die Führung hatte und zwar nicht nur für die Zeit, wo der Minister abwesend war. Das schloß nicht aus, daß der wirtschaftliche Staatssekretär für sein Gebiet eine sehr große Selbständigkeit hatte. Immer aber, wenn es sich um große politische Entscheidungen handelte, wurde der politische Staatssekretär hinzugezogen und hatte den Ausschlag zu geben.

Nachdem der Staatssekretär von Simson ausgeschieden war, ließ man bekanntlich das Amt des wirtschaftlichen Staatssekretärs wieder eingehen. Dieser Entschluß ist meiner Erinnerung nach darauf zurückzuführen, daß man den bestehenden Zustand als anomal empfand.

Es tut mir leid, Ihnen nicht mit genaueren Angaben dienen zu können. Vielleicht können Ihnen meine kurzen Ausführungen aber doch von irgendeinem Nutzen sein.

Mit herzlichem Gruß bin ich

Anlagen

---

<sup>1</sup> Siehe außerdem die in den ADAP abgedruckten Geschäftsverteilungspläne.

## Abschrift

pp.

Es unterstehen

die Abteilung I<sup>2</sup> unmittelbar dem Reichsminister;

die Presseabteilung, abgesehen von dem der Reichskanzlei unmittelbar nachgeordneten Direktor, dem Unterstaatssekretär Pol[itik];

die übrigen Abteilungen den beiden Unterstaatssekretären gemeinsam;

die Außenhandelsstelle dem Unterstaatssekretär W[irtschaft].

Wegen der Sonderarbeitsgruppe des Unterstaatssekretärs W (Büro W) wird auf Hauszirkular Nr. 110 verwiesen.

Eine Sonderarbeitsgruppe des Unterstaatssekretärs Pol. ist in Bildung begriffen.

pp.

Berlin, den 19. März 1920.

gez. Schüler.

Berlin, den 10. Februar 1920.

Abschrift

Vfg. betr. das Büro des wirtschaftlichen Unterstaatssekretärs (Büro W)

1.)

Das Büro besteht aus den Referaten:

a) für Verwaltung und Verkehr (WV)

b) für allgemeine Wirtschaftspolitik (WA).

Die Abgrenzung der in diesen Referaten zu bearbeitenden Sachen gegenüber den [Länder-]Gruppen muß die Praxis ergeben. Zunächst ist von folgenden Richtlinien auszugehen:

Zu WV gehören:

Verhältnis der Außenhandelsstelle zum Auswärtigen Amt, Beirat des Auswärtigen Amtes, deutsche Handelskammern im Auslande, beratende wirtschaftliche Organisationen und ähnliches bei den Gesandtschaften und Konsulaten, zwischenstaatliche Vereine, allgemeine Verkehrs- und Auswanderungsfragen, usw.

Zu WA gehören:

Alle Angelegenheiten der allgemeinen deutschen und internationalen Wirtschaftspolitik, insbesondere auch allgemeine Finanzfragen, ferner die mehr als ein Land betreffenden wirtschaftlichen Fragen der Ausführung des Friedensvertrags.

2.)

Den Referenten WV und WA ist je ein Sekretär als Bürovorsteher zugeteilt.

Jedes der Sekretariate führt ein eigenes Journal, und legt neue eigene Akten an.

Sachen, die von innerhalb des Amtes zur Mitzeichnung oder Kenntnisnahme kommen, werden nicht eingetragen.

3.)

Von der Eingangsstelle sind in das Abholungsfach für den wirtschaftlichen Unterstaatssekretär zu sortieren:

---

<sup>2</sup> Die Abteilung I befaßte sich mit Personalfragen, Allgemeiner Verwaltung und Finanzfragen.

a) je ein Duplikat aller beim Auswärtigen Amt eingehenden Telegramme.

b) die wirtschaftlich besonders wichtigen schriftlichen Eingänge. Diese werden alsbald den zur Bearbeitung zuständigen Gruppen zugeteilt, soweit sie nicht etwa auf Bestimmung des Unterstaatssekretärs dem Reichsminister, dem Reichskanzler oder Reichspräsidenten vorzulegen sind.

c) die nach Ziffer 1 zur Zuständigkeit der Referate WV und WA gehörigen Sachen.

4.)

Von den Gruppen sind vorzulegen:

1) alle Angaben von wirtschaftspolitischem allgemeinem Interesse oder von grundsätzlicher Bedeutung.

2) alle auf den Reichsminister gestellten Aufgaben von wirtschaftspolitischer Bedeutung.

3) Rechtzeitige Anzeige über alle Sitzungen in wirtschaftspolitischen oder anderen, unmittelbar die Wirtschaftspolitik berührende Fragen, die im Amt oder bei den Ressorts stattfinden.

5.)

Der Unterstaatssekretär wird alle Angaben von politischer Bedeutung dem Politischen Unterstaatssekretär unmittelbar zur Kenntnis bringen. Den Gruppenleitern steht es natürlich frei, derartige Angaben gleich auf beide Unterstaatssekretäre zu stellen.

## Kapitel 5

### Botschafter in Rom und Versetzung in den Ruhestand (Oktober 1930 bis 18. Juli 1933)

236

#### **Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit Reichspräsident von Hindenburg und Staatssekretär Meissner Berlin, 9. Oktober 1930**

*Hschr. Aufzeichnung. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., lose Blätter.*

Empfang durch Hindenburg.<sup>1</sup>

Ich trat herein, der Reichspräsident begrüßte mich. Ich meldete: „Herr Reichspräsident, ich melde gehorsamst meine Zurdispositionsstellung als Staatssekretär

---

<sup>1</sup> Schubert war am 2. Juni als Staatssekretär zur Disposition gestellt (bis zum 30. September 1930), gleichzeitig mit Wirkung vom 1. Oktober zum Botschafter in Italien (Rom, Quirinal) ernannt worden. Übergabe der Geschäfte des Staatssekretärs an Bülow am 18. Juni, Übernahme der Geschäfte in Rom am 12. Oktober, Übergabe des Beglaubigungsschreibens am 25. November; siehe auch Dok. 233, außerdem PA, St. S. P, Bd. 18 mit Korrespondenz und Begegnungen zum Abschied vom Berliner Posten.

des Auswärtigen Amts, meine Ernennung zum Botschafter in Rom und meine eigene erfolgende Abreise auf meinen Posten.“ Während dieser Worte hielt Hindenburg meine Hand, sagte mir dann „ich möge ablegen“. Schon ehe wir uns setzten, sagte RP, er gratulierte mir, denn es sei doch ein Avancement.

Nachdem wir uns gesetzt hatten, hielt RP eine längere Ansprache an mich. Er sagte, er wisse, daß ich lieber nach London gegangen sei. Aber im Frontdienst sei es eben auch so, daß nicht immer alle Wünsche erfüllt werden könnten. Ohne Unterbrechung ging er dann auf Politik über. Wir müßten sehen, mit den Italienern in ein gutes Verhältnis zu kommen, aber nicht zu sehr, denn sehr verlassen könne man sich nicht auf sie, auch seien sie nicht viel wert, er kenne „die dortigen Grenzverhältnisse genau“. Zweitens wollten die Italiener andere Länder, auch Deutschland, mit dem Faschismus beglücken. Da müsse ich aufpassen und meine warnende Stimme eventuell erheben. Er achte Mussolini, da er doch allerhand zustande gebracht habe, aber andererseits sei er auch sehr sprunghaft. In Rom werde ich ja einen recht schönen Aufenthalt haben; es biete allerlei.

Das alles in einem Atem.

Als ich schließlich zu Worte kam, sagte ich, was unsere Politik anlange, so schlosse ich mich ganz den Ausführungen des RP an: Man müsse das Verhältnis zu Italien verbessern;<sup>2</sup> es sei ganz heilsam für die Franzosen, wenn sie das merkten. Auf der anderen Seite aber müsse man sich hüten, wie einige Leute das in Deutschland wollten, das Steuer unserer Politik ganz nach Italien heranzuworfen. Das würde schief gehen. Wir seien nun einmal, daran ließe sich nichts ändern, auf eine Politik mit Frankreich angewiesen.

Der RP stimmte mir zu.

Ich sagte dann, ich hätte gehört, daß man, bes[onders] im Norden, anfinde, mit dem System Mussolinis unzufrieden zu sein. Auch seien finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten vorhanden. Der Wirtschaft könne man nicht, wie dem anderen, kommandieren.

Der RP hörte interessiert zu. Er sprach vom König [Vittorio Emanuele III.], der doch wohl ein kluger Mann sei. Ich sagte ja: es sei sehr klug von ihm gewesen, damals beim Marsch auf Rom Mussolini in die Arme zu schließen (der RP nickte lebhaft). Wenn Mussolini jetzt was passierte, so wäre immerhin für Italien sehr wertvoll das Vorhandensein einer gefestigten Monarchie.

Ich sagte auch, RP müsse Geduld zunächst mit mir haben: ich sei seit 21 Jahren nicht in Rom gewesen und wenn ich auch die Politik, die wir gegenüber Italien zu machen hätten, kennte, so seien mir doch die Verhältnisse in Rom und Italien selbst unbekannt.

RP sagte, das sehe er völlig ein. Er erkundigte sich danach, wer Botschaftsrat sei; ich gab über Smend Auskunft.

RP fragte dann, was meine Frau dazu sage. Ich erwiderte, sie sei zu erst etwas erschüttert gewesen. Nordische Länder lägen ihr mehr. Sie wisse noch nicht recht, wie sie mit den Italienern zu Rande kommen würde. Sie ängstige sich aber vor den

<sup>2</sup> Hschr. Notiz Schuberts vom selben Tag (9. Oktober 1930; Nl. v. Schubert, Pol. Tgb., lose Blätter): „Orsini erzählte mir heute Folgendes: Aldrovandi verbreite, ich sei ein Feind Italiens. Daß ich nach Rom gekommen sei, sei ein erster Misserfolg Orsini's.“

vielen principessas und der römischen Gesellschaft, die an sich nichts zu sagen habe, die man aber andererseits nicht ganz links liegen lassen dürfe. Andererseits kenne sie eine ganze Reihe von Italienern – ihre Eltern hätten früher viel in Italien gelebt, [ihre] Großmutter habe Palazzo in Venedig gehabt. Hieran knüpfte RP Bemerkungen über italienische Bilder, die G[ra]f Harrach<sup>3</sup> gemalt habe.

Der RP sprach dann von seiner bevorstehenden Reise nach Trier, sagte, daß er Grünhaus<sup>4</sup> im Vorbeifahren gesehen habe. Dann sprachen wir über Weinaussichten, ich setzte Unterschied der Verhältnisse an Mosel und Ruwer auseinander.

Schließlich kam RP auch kurz auf innere Verhältnisse zu sprechen, sagte, es stünden schwierige Zeiten bevor, die überwunden werden müßten. Ich sagte, ich dürfe vielleicht wiederholen, was ich schon öfters gesagt hätte, daß nämlich man auf einem Trümmerhaufen keine feste Außenpolitik aufbauen könne. Hauptsache sei innere Einigung.

RP erwiderte, Deutsche seien nur auf Schlachtfeld einig, das sei seit [18]66 erreicht. Aber [er] sagt: kaum möglich. Er habe es beinahe aufgegeben.

Als ich dann aufbrach, sagte mir RP, schon im Stehen, er wolle mir sein Bild geben, was er tat. Er hoffe, daß es mir Freude machen werde, Meissner habe das behauptet. Ich dankte sehr warm für das Bild, sagte, ich dankte auch für das Vertrauen, das mir RP geschenkt habe. Er erwiderte, wir seien öfters verschiedener Meinung gewesen, das komme unter Männern vor. Ich fügte hinzu, ich hoffe, unten alles gut zu machen. RP erwiderte, davon sei er fest überzeugt. Er wünsche mir alles Gute und lasse meine Frau herzlich grüßen.

Als ich bei Meissner war und ihm in kurzen Zügen über mein Gespräch mit Hindenburg referierte, sagte Meissner, er müsse mir einen Scherz erzählen. Als er mit Hindenburg über das Bild gesprochen habe, habe Hindenburg ihn gefragt, ob das Bild mir Freude machen werde. Ich sei doch so böse auf ihn. Meissner habe erwidert, er sei überzeugt, daß Bild werde mir Freude machen. Als Hindenburg das Bild umschrieb, habe er gesagt: „Na, wer weiß, vielleicht wird er Scheibenschießen danach veranstalten!“

Ich habe Meissner noch kurz über meine damalige Stellung zu London und Rom aufgeklärt und ihm gesagt, ich sei extra damals nicht zu ihm gekommen, um nicht falschen Eindruck zu machen.

---

<sup>3</sup> Graf Ferdinand von Harrach, Maler, der Vater von Schuberts Frau, der allerdings bereits vier Jahre vor deren Heirat verstorben war.

<sup>4</sup> Weingut im Ruwertal im Besitz der Familie von Schubert.

**Von Schubert an Vortragenden Legationsrat Eisenlohr  
Rom, 18. November 1930**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 3.<sup>1</sup>*

Persönlich!

Mein lieber Herr Eisenlohr!

Ich muß Sie mit einer Anfrage theoretischer Art behelligen. Da diese Rückfrage meine krasse Unwissenheit auf handelspolitischem Gebiet verrät, möchte ich Sie bitten, diese Anfrage vertraulich zu behandeln. Andererseits wäre ich Ihnen für eine baldige Auskunft sehr dankbar, da es immerhin mißlich ist, mit Begriffen um sich zu werfen, unter denen man sich nichts Rechtes vorstellen kann.

Anläßlich der Demarche, die ich hier auftragsgemäß wegen der den südosteuropäischen Staaten eventuell zu gewährenden Präferenzzölle, unternommen habe, ist mir zu meinem Schauer plötzlich klargeworden, daß ich nicht recht weiß, was unter „Kontingentierungs-System“ zu verstehen ist. Ich habe versucht, mir durch das Studium der mir hier zur Verfügung stehenden Akten eine Ansicht zu bilden, das ist mir aber leider mißlungen. Was ich gefunden habe, ist folgendes.

1) In der mit Erlaß II Fr Nr. 2651 vom 3. Oktober 30 hierher gelangten Aktennotiz über die Unterhaltung Trendelenburgs mit dem französischen Handelsminister Flandin in Genf vom 20. September 30<sup>2</sup> findet sich folgende Bemerkung: „Flandin erklärte dann, er halte Präferenzsystem nicht für möglich.....Anders stehe es mit einem Kontingentierungssystem, das er für sehr zweckmäßig halte und das Deutschland selbst neuerdings wiederholt angewendet habe. ....“

2) In der mit Erlaß W 4401 vom 18. Oktober 30<sup>3</sup> hierher übersandten Übersicht über die Behandlung der Wirtschaftsfragen auf der 11. Völkerbundsversammlung wird auf Seite 2 bei Behandlung des Themas „Meistbegünstigungsklausel“ von dem Antrage der nordischen Staaten auf authentische Interpretation der Meistbegünstigungsklausel mit dem Ziele der universellen Anerkennung und uneinge-

<sup>1</sup> Hschr. Vermerk Schuberts am Rande: „ab durch Kurier 21/11/30“.

<sup>2</sup> Tel. Curtius' (Genf) an AA vom 22. September 1930, ADAP, Serie B, Bd. XV, S. 536 Anm. 2; Wiehl an Kirchholtes, 8. Dezember: „Italien erklärte sich nachdrücklich gegen Präferenzgedanken als solchen [...]“, ebd., Bd. XVI, S. 248, und Aufz. Curtius' über ein Gespräch mit Orsini am 3. Januar 1931: „Hinsichtlich der Wirtschaftsfragen habe ich ihm mitgeteilt, daß wir, wenn, unserer Erwartung entsprechend, die Frage einer Präferenz für südosteuropäisches Getreide aufgeworfen würde, uns positiv einstellen müßten. Wir hätten daran ein lebhaftes wirtschaftspolitisches Interesse. Wir glaubten auch, daß diese unsere Einstellung, so wenig sie vielleicht wirtschaftlich von Italien akzeptiert werden könnte, politisch in der Linie der italienischen Politik liege. Orsini bedankte sich für diese Eröffnung und glaubte für seine Regierung sagen zu können, daß diese aus politischen Gründen eine nähere wirtschaftspolitische Verbindung zwischen Deutschland und den agrarischen Südoststaaten begrüßen würde“-ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 333f.

<sup>3</sup> Runderlaß des AA, ebd., S. 22-26.



schränkten Meistbegünstigung gesprochen und gesagt, daß dieser Antrag dem Sinne nach gegen Deutschland gerichtet gewesen sei und vor allen Dingen zum Ziel gehabt habe, die deutsche Auffassung über die Anwendung von Zollkontingenten gegenüber meistbegünstigten Ländern als unvereinbar mit dem Prinzip der Meistbegünstigung hinzustellen. Wir hätten der Behauptung, daß die Anwendung von Zollkontingenten mit der Meistbegünstigung unvereinbar sei, widersprochen. Auch andere Länder machten von diesem Mittel Gebrauch, ohne daß es bisher beanstandet worden sei. Es habe bisher kein Zweifel darüber bestanden, daß auf Grund der Meistbegünstigungsklausel ein Kontingent nur in der gleichen Höhe, wie es der Vertragsgegner erhalten habe, beansprucht werden könne. Seine Inanspruchnahme nach dem Ausführbedürfnis und der Leistungsfähigkeit des meistbegünstigten Staates stehe mit dem Sinne der Kontingentierung selbst im Widerspruch. Solange Zollkontingente ein anerkanntes Instrument der Handelspolitik und der Meistbegünstigung seien, könne Deutschland auf seine Anwendung nicht verzichten. usw.

3) In der Rede, die der Herr Reichsminister Curtius in Genf am 16. September<sup>4</sup> gehalten hat – der Wortlaut liegt mir vor – ist er auch auf dieses Thema zu sprechen gekommen und hat dabei u. a. Folgendes gesagt: „Wir sind insbesondere damit einverstanden, daß die Meistbegünstigung in ihrem Verhältnis zum System der Zollkontingente geprüft wird. Nach dem gegenwärtigen Rechtszustand kann allerdings über diese letztere Frage ein Zweifel nicht bestehen. Sie ist durch die feststehende Übung der Länder, die gewöhnt sind, Handelsverträge mit Zolltarifabmachungen abzuschließen, seit Jahrzehnten einheitlich beantwortet.“ Von hier ab geht dann die Rede auf ein anderes Thema über.

Wie gesagt, kann ich mir aus diesen Unterlagen kein klares Bild darüber machen, was eigentlich unter einem Kontingentierungs-System zu verstehen ist und zu welchem Zweck eigentlich Zollkontingente vergeben werden. Ich weiß, was Meistbegünstigung, Zollunion, Präferenzzölle bedeuten. Ich kann mir auch vorstellen, daß im Rahmen der Zollpräferenzen Kontingente gewährt werden. Was aber Zollkontingente im Rahmen der Meistbegünstigung bedeuten, ist mir nachgerade vollkommen unklar geworden. Auch die oben erwähnten Sätze, die der Herr Reichsminister gesprochen hat, machen mich nicht klüger. Ich kann mir auch denken, daß man bei der Gewährung von Zollkontingenten verschiedene Zwecke verfolgen kann. Erster Zweck: Um nur soviel hereinzulassen, wie es einem bequem ist. Zweiter, ganz anderer, Zweck: Um einem gewissen Staat eine Gefälligkeit zu erweisen. Schließlich folgende Erwägung: Gewähre ich einem Staat ein Kontingent zu einem gewissen Zollsatz, den auch andere Staaten in Anspruch nehmen können, beschränke ich also dadurch die Einfuhr, wird dadurch auch allen anderen meistbegünstigten Staaten dieses Kontingent gewährt und andererseits dadurch die Einfuhr auf dieses Kontingent beschränkt?<sup>5</sup>

<sup>4</sup> AR, Kab. Brüning I, Bd. 1, S. 492 Anm. 13.

<sup>5</sup> Antwort Eisenlohrs vom 25. November 1930; u. a. schrieb er: „I. Zollkontingente [...] Diese [westlichen] Länder fürchten also, und damit haben sie garnicht so Unrecht, daß wir ihnen den Großteil ihrer Ausfuhr durch hohe autonome Zölle adresseln, sodaß praktisch nur noch die Kontingentsziffern aus jedem Lande herein kommen. [...] II. Präferenzen [...] Wir sehen in einem Präferenzsystem für den Südosten, um nur das nächstliegende zu berühren, die Möglichkeit, diesen Ländern die wirtschaftliche Existenz zu sichern,

Aus diesen wenigen Bemerkungen können Sie schon ersehen, in welche Verwirrung ich in einer Materie geraten bin, die ich nach so langen Jahren in Berlin eigentlich souverän beherrschen müßte.

Da diese ganzen Probleme mich sehr interessieren, und in gewisser Weise auch hier – siehe Südost-Europa – akut werden können, wäre ich Ihnen wirklich sehr verbunden, wenn Sie mir bald eine Aufklärung zuteil werden lassen könnten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie damit nicht bis zu dem erst in 14 Tagen wieder fälligen Kurier warten würden. Es bestehen gar keine Bedenken dagegen, wenn Sie mir Ihre Auskunft eingeschrieben hierher schicken.<sup>6</sup>

Mit aufrichtigsten Grüßen und bestem Dank im voraus bin ich  
[Mschr. Originalvermerk:] gez. Schubert

## 238

**Tagesaufzeichnung von Schuberts, Berlin, zum 15. Dezember 1930**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 4.*

Morgens kam ich an und begab mich in den Kaiserhof, wo ich so ganz still und heimlich mir ein Zimmer geben lassen wollte. Das mißlang vollständig. Der erste Direktor beauftragte den zweiten, mich in meine „Appartements“ zu führen, obgleich ich mich doch garnicht angemeldet hatte. Man führte mich in einen überlebensgroßen Salon und ein ebenso großes Schlafzimmer mit mehreren Nebenräumen. Dann klingelte das Telefon. Herr Auer rief mich an und sagte mir, was er für mich tun könne. Herr von Bülow sei heute außerordentlich überlastet. Ich erwiderte, ich brauchte garnichts. Ich hätte ja von Anfang an Herrn von Bülow in keiner Weise stören wollen.

Dann begab ich mich zur Stumm-[Aufsichtsrat]-Sitzung zu Hardy. Zuerst sprach ich mit Herrn Andreae. Dann verlief die Sitzung ganz ruhig. Die Lage ist allerdings nahezu katastrophal. Allerdings meinte Herr Wolff, er glaube, daß die Beschäftigung von Neunkirchen ganz normal und gut sein werde. Nach der Sitzung sprach ich mit Kühlmann, der behauptete, die Reise Schachts in Amerika hätte ge-

---

ohne zugleich unsere eigene Landwirtschaft zu ruinieren, und weiterhin den Anfang einer praktischen Ausführung für den wirtschaftlichen Zusammenschluß und die wirtschaftliche Kooperation in Europa. [...] Da wir für unsere Verhandlungen mit den Südost-Staaten in den Zollkontingenten ein Haar gefunden haben, propagieren wir nun den Gedanken einer regionalen Präferenz und fangen an, ihn in direkten Besprechungen mit Rumänien und Ungarn in die Tat umzusetzen. [...] Eine Verbindung von Präferenzsystemen mit Kontingenten ist theoretisch denkbar, die Südost-Länder aber wie wir lehnen eine solche Verbindung ab, weil sie uns nur Widerstände bei Ländern hervorrufen würde, für die, wie unter I ausgeführt, Zollkontingente ein rotes Tuch geworden sind.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 3. Siehe auch Dok. 242.

<sup>6</sup> Das Streben Schuberts nach möglichst vielen Informationen trat auf einem Auslandsposten wieder besonders in Erscheinung, deutlich im Briefwechsel mit Köpke; siehe etwa Brief Schuberts vom 20. November 1930, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 4; dazu generell auch BA, Nl. Köpke, Schriftverkehr mit v. Schubert (Botschafter) (1930-32).

radezu verheerend gewirkt.<sup>1</sup> Herr Andreae bestätigte dies, behauptete, die Reise habe die deutschen Banken etwa  $\frac{3}{4}$  Milliarden gekündigter Kredite gekostet. Das Schlimme sei gewesen, daß Herr Schacht überall gesagt hätte, wir wollten zwar zahlen, aber wir könnten nicht. Hieraus hätten die amerikanischen Bankiers die genannte sehr einfache Folgerung gezogen. Kühlmann behauptete, Herr Schacht habe wieder einmal sein Versprechen nicht gehalten. Vor der Reise habe er – Kühlmann – mit Weismann gesprochen, der behauptet habe, man könne sich über die bevorstehende Reise Schachts ganz beruhigen, Schacht habe ihm nämlich versichert, er werde während der Reise in Amerika das Wort „Reparationen“ nicht in den Mund nehmen (!). Kühlmann behauptete ferner, die Hitlerleute würden stark von den Italienern mit Geld unterstützt.<sup>2</sup> Als ich ihn fragte, worauf er diese Meinung basiere – ich hätte so etwas noch nicht schlüssig feststellen können – behauptete Kühlmann, daß die Italienische Botschaft in Berlin hierüber „wohl Auskunft geben könne“. Bei weiterer Nachfrage aber stellte sich heraus, daß es sich wieder einmal nur um Geschwätz handeln kann, in diesem Falle wenigstens. Ich sprach dann auch noch allein mit Flotow, der mir sagte, er hielt es für falsch, die Warenpreise und die Löhne gleichzeitig zu erniedrigen. Man hätte die Löhne ruhig so lassen sollen. Das hätten, er wisse das von Schering, die meisten Industrien schon machen können. Es komme doch in erster Linie auf die Steigerung des Verbrauchs an. Auf diese Weise, nämlich durch gleichmäßige Herabsetzung der Preise und der Löhne, werde das nicht erreicht.

Ich begab mich dann in der Kaiserhof, um dort „inkognito“ zu frühstücken. Das mißlang vollkommen. In der Halle traf ich Herrn Hemmen, der sich auf der Rückreise nach Buenos Aires befand und mir sehr herzliche Worte widmete. Kaum hatte ich mich im Restaurant hingesetzt, als ich von drei Tischen aus von mir un-

<sup>1</sup> Schacht hatte in Amerika erklärt, daß Deutschland außerstande sei, weitere Reparationen zu bezahlen; Schultheß', Bd. 71 (1930), S. 385-87. Siehe auch Tel. Kieps, 21. Oktober 1930, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 31-34.

<sup>2</sup> Ob die NSDAP von Mussolini Geld erhielt, konnte bis heute nicht geklärt werden. Siehe Woller, S. 101. – Von Interesse sind Schuberts Akten darüber: PA, St.S. Sit Mil (PA, R ). Im Aktenverzeichnis 1932/33 (Nl. v. Schubert) heißt es dazu u.a.: „Am 24. Dezember 1927 erhalte ich von Neurath ein Schreiben vom 21. Dezember. Er schreibt mir, wie er von einer stets gut unterrichteten Seite erfahren habe, befinde sich unter den regelmäßigen Geldempfängern aus den italienischen Propaganda-Fonds auch der ‚famose Herr Hitler‘. Gerade in der allerletzten Zeit soll ihm wieder ein größerer Betrag ausgezahlt worden sein usw. Unter dem 12. Januar 1928 schrieb mir Neurath über Herrn De Fiori; er teilte mir mit, De Fiori verkehre unter anderem häufig mit dem ‚famosen Herrn Hitler‘. Am 1. Februar 1928 erschien Herr von Graefe bei mir und teilte mir mit, er habe von einem gut informierten italienischen Vertrauensmann gehört, daß Hitler kontinuierlich von Mussolini unterstützt werde. Graefe sagte, das sei doch schrecklich. [...] Am 17. März sprach Herr von Graefe mit mir erneut über die Sache. Er habe noch einige Einzelheiten erfahren. Ich sagte ihm, es schienen noch andere Punkte vorzuliegen, nach denen Hitler in der Tat aus italienischen Propaganda-Fonds Geld erhalten habe. Mit solchen Nachrichten müsse man aber vorsichtig sein. Ich schrieb noch am gleichen Tag an Baron Neurath, dem, wie aus einem am gleichen Tage ankommenden Briefe Neuraths hervorging, Graefe seinen ganzen Salat auch schon bereits mitgeteilt hatte. Am 4. Juni 1928 kam dann heraus, warum sich Herr von Graefe so lebhaft für die Sache interessierte: Herr Hitler hat ihn nämlich wegen Beleidigung verklagt, weil er geäußert habe, Hitler befinde sich in seelischer und materieller Abhängigkeit von Mussolini.“

bekannten Leuten begrüßt wurde. Dann erschien, begleitet von dem Ehepaar Ulrich aus Bern, Herr Köpke, der außerordentlich erfreut war, mich zu sehen und mich fragte, ob ich „zitiert“ worden sei. Ich verneinte dies und setzte ihm den Zweck meiner Reise auseinander. Wir verabredeten, uns nach dem Frühstück zu sehen. In der Ferne wimmelte übrigens auch dann noch Herr von Grünau umher.

Nachdem ich eine kurze und vergebliche Fahrt zwecks Einkaufs eines Weihnachtsgeschenks in die Stadt unternommen hatte, traf ich vor dem Lift den „vielbeschäftigten“ Herrn von Bülow, der nach einem Frühstück beim Reichskanzler gekommen war, um mit mir zu sprechen. Er war furchtbar nett und freundlich. Natürlich war er sehr eilig, da am Nachmittag eine wichtige Reparationskonferenz beim Reichskanzler stattfinden sollte.<sup>3</sup> Aus dem Gespräch mit ihm – später kam dann Herr Köpke hinzu – ist Folgendes zu notieren:

1) Wir sprachen über die allgemeine außenpolitische Lage. Bülow gab zu, daß sie recht wenig erfreulich sei: mit Frankreich augenblicklich sehr schlecht, mit England nichts, mit Amerika auch nichts, mit Polen verkracht usw.

2) Bülow erzählte, der Reichsminister habe nach einiger Zeit wieder beschlossen, die Diplomaten zu sehen. Er habe u. a. den Französischen [Jacquin de Margerie], den Englischen Botschafter [Rumbold] und den Belgischen Gesandten [Everts] zu sich bestellt. Er habe ihnen im Sinne seiner Reichstagsrede unseren Standpunkt bezüglich unserer Finanzen und des Young-Plans auseinandergesetzt. Offenbar hätten sich nachher die drei genannten Diplomaten unter sich verständigt und hätten aus der zeitlichen Koinzidenz geschlossen, daß es sich um eine „Demarche“ des Ministers gehandelt habe. Die Folge hiervon sei dann offenbar ein Besuch des Englischen Botschafters gewesen, der im Auftrage seiner Regierung dem Minister sehr scharf zu erkennen gegeben hätte, daß ein Moratoriumsgesuch Deutschlands gänzlich unzeitgemäß sei.<sup>4</sup> (Die Aufzeichnung hierüber wird mir nach Rom zugehen.)

3) Gestern hatte der Minister ein Gespräch mit Herrn Kellogg, dem Di[e]ckhoff als Dolmetscher beiwohnte.<sup>5</sup> Nach Aussage des Herrn Di[e]ckhoff hat der Minister, ohne vorher irgendjemandem vom Amt etwas davon zu sagen, Herrn Kellogg nahegelegt, Amerika solle doch eine Reparationskonferenz einberufen. Ich erwiderte, anscheinend habe der Minister von Ruschdi Bey [Rüsdü Aras] abgeschrieben.<sup>6</sup> Bülow erwiderte lachend, das schiene ihm beinahe auch so. Er habe heute auf dem Frühstück bei dem Reichskanzler zwar keine Gelegenheit gehabt, mit Kellogg zu sprechen, er habe sich aber bei dem Amerikanischen Botschaftsrat danach erkundigt. Der Botschaftsrat habe ihm gesagt, er könne sich auch gar kein richtiges Bild

<sup>3</sup> Diese Reparationsbesprechung „diente einer ersten Aussprache über die Revision des Reparationsproblems“.-AR, Kab. Brüning I, Bd. 1, S. 728f.

<sup>4</sup> Siehe dazu Curtius' Aufz. vom 11. Dezember 1930, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 254-58, Bezugnahme Rumbolds auf die Unterredung mit Curtius im Anschluß an die Regierungserklärung Brünings über den Young-Plan (vom 16. Oktober; AR, Kab. Brüning I u. II, Bd. 1, S. 540) und den u.U. erforderlichen Aufschub der Reparationszahlungen; siehe die Aufz. Curtius' vom 27. Oktober, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 255 Anm. 3 und vom selben Tag über das Gespräch mit Margerie, ebd., S. 253-55, besonders S. 255.

<sup>5</sup> Aufz. Dieckhoffs, 16. Dezember 1930, ebd., S. 272f. Siehe auch Dok. 243 Punkt 3f.

<sup>6</sup> Dazu Curtius an Hoesch, 29. Dezember 1930, ebd., S. 316-18 und Anm. 4 dazu. Siehe auch Dok. 243 Punkt 3.

machen, was bei dem Gespräch eigentlich herausgekommen und wie es überhaupt verlaufen sei.

4) Bülow, von Köpke sekundiert, erzählte mir, es stehe in dieser Woche noch eine Ausschußsitzung bevor, wo Bernstorff in die Löwengrube herabsteigen müsse.<sup>7</sup> Es sei die Gefahr, daß irgendeine Resolution gefaßt würde, welche verlange, daß angesichts der Tatsache, daß keine Hoffnung auf Abrüstung bestehe, wir nunmehr Verlangen nach Aufrüstung stellen müßten. Ich sagte, das sei ja schrecklich: ich würde das für ganz falsch halten. Die Herren erwiderten, das sei ganz ihre Ansicht. Köpke erzählte Bülow, es sei mit Hilfe von Gaus eine der berühmten Formulierungen gefunden worden, die Sache einigermaßen abzubiegen und die Ausschußleute im übrigen zu befriedigen. Bülow sagte, die Ausschußsitzungen seien jetzt ganz anders wie früher. Es ginge jetzt in dem Ausschuß sehr hart auf hart.

5) Die Herren erzählten, der Reichsminister habe vor, die Kandidatur des Herrn Beneš für den Posten des Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz sehr stark zu bekämpfen.<sup>8</sup> Die Herren zweifelten daran, ob das sehr praktisch sei, denn sowohl, wenn der Versuch mißlinge als auch im Falle des Gelingens werde man Beneš auf's Höchste verärgern. Ich erwiderte, ich stimmte ihrer Meinung vollkommen zu. Italien allerdings sei anscheinend der Meinung, daß Beneš als Vorsitzender unmöglich sei. Ich aber sei der Meinung, Beneš sei garnicht so schlimm: wenn man es geschickt anfange, könne man schon mit ihm „ein Ding drehen“. Das war auch die Ansicht der Herren.

6) Die Herren erzählten mir folgende amüsante Geschichte. Herr Köpke äußerte sich mit Unmut darüber, daß Orsini Verkehr mit den Nationalsozialisten habe. Man habe u. a. Folgendes herausgebracht. Der Minister habe, etwas sehr offen, im Ausschuß auseinandergesetzt, warum wir die von mancher Seite verlangte Politik in Europa nicht treiben könnten. Dann sei sofort ein Nationalsozialist, wahrscheinlich Göhring [sic], bei Orsini gewesen und habe ihm alles brühwarm erzählt. Man wisse, daß Orsini hierüber auch berichtet habe. Ich erzählte den Herren über meine Unterhaltung mit Herrn von Müller (vgl. Aufzeichnung vom .....).<sup>9</sup> Ich sagte, nun würde mir klar, warum Herr Mussolini Herrn von Müller gesagt habe, daß anscheinend Herr Göhring ein tüchtiger Mann sei. Herr von Müller ist übrigens noch nicht bei Herrn Köpke gewesen, sondern hat heute erst nur Herrn Thomsen, glaube ich, besucht.

7) Ich sagte Herrn von Bülow, ich wollte ihn mit Einzelheiten nicht belästigen. Ich müsse ihm aber über meine große Pleite in Rom einmal persönlich berichten.<sup>10</sup> Herr von Bülow erwiderte, das solle ich nur tun. Er bat mich aber um einen Be-

<sup>7</sup> Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages am 18. Dezember 1930, Schultheß', Bd. 71 (1930), S. 244f.

<sup>8</sup> Dazu Dok. 239.

<sup>9</sup> Tagesaufz. Schuberts zum 3. Dezember 1930, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 4.

<sup>10</sup> Unklar; Grandi klärte Schubert am 12. November 1930 darüber auf, daß Schubert vor einem Antrittsbesuch bei Mussolini nach dem Reglement zuerst vom König [Vittorio Emanuele III.] empfangen werden müßte. Erst am 28. November 1930 kam es zu einer Zusammenkunft Schuberts mit Mussolini, siehe die Tagesaufz. zum 7. u. 12.11.30, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 2, und zum 28.11.30, ebd., Bd. 3, außerdem Dok. 249 Anm. 12.

richt, mit den man den anderen Stellen gegenüber etwas anfangen könne. Der Gesandte Müller in Bern habe schon einen sehr guten Bericht gemacht, der auch Eindruck gemacht habe. Mir wurde zugesagt, daß mir dieser Bericht zugänglich gemacht werden sollte.

8) Ich erzählte den Herren natürlich auch etwas Allgemeines über meinen Eindruck in Rom. Ich bat, mir doch nach der Formel „do-ut-des“ Einiges zu senden, was ich Herrn Grandi gegenüber, dessen Vernunft und Aufrichtigkeit ich herausstrich, verwenden könnte. Ich fand Verständnis bei den Herren. Ich erwähnte insbesondere das Briand-Memorandum, worüber ich ja berichtet hätte.<sup>11</sup> Ich erfuhr bei dieser Gelegenheit, daß die Antwort für Genf noch nicht fertig gestellt ist.

9) Ich erzählte den Herren übrigens, was mir bei der Stumm-Sitzung über die Schacht-Reise erzählt worden sei. Die Herren meinten aber, Herr Schacht habe doch im Großen und Ganzen ganz gut in Amerika gewirkt.

Bülöw verließ uns dann, und Köpke weinte sich noch ausgiebig bei mir aus. Er machte mir dabei auch einige schmeichelhafte Bemerkungen über die Berichterstattung. Ich suchte ihm, wenn auch nicht mit sehr großem sachlichen Erfolg, klarzumachen, daß das Hauptproblem die allgemeine Wirtschaftskrise sei.

Ich empfieng dann Herrn Deibert, um die Sachen der Offenen Handelsgesellschaft und Privatsachen, meist recht unerfreulicher Art zu besprechen. Er war sehr ordentlich.

Als ich dann bei Asher einige kleine Bücher kaufte, bewährte sich mein Inkognito wiederum wunderbar insofern, als mir ein wildfremder Mann guten Tag sagte. Den Gipfel der „Schwarzfahrt“ bildete aber mein Abschied vom Hotel. Als ich mich an der Eingangstür aufhielt, um noch einige Zeitungen zu kaufen, spie die Drehtür einen Bekannten nach dem anderen aus, nämlich Herrn Cremer (den „klugen Hans“), Herrn Kuenzer, den Minister Dietrich, Herrn Solf, Herrn Simons, den Minister Treviranus. Alle sprachen sehr freundschaftlich mit mir. Herr Dietrich meinte, ich hätte es wohl nicht mehr ohne Berlin aushalten können. Herr Treviranus sah mich, wie üblich, tiefinnerlich an und schüttelte bedenklich den Kopf. Als ich ihm mit tiefinnerlicher Betonung meinerseits sagte, die Hauptsache sei, daß es in Deutschland besser würde, trug mir dies einen weiteren, sehr kräftigen Händedruck ein. Schließlich erschien auch Herr von Seeckt, der sehr erfreut war, als ich von seiner Dresdener Rede, die er in Berlin noch einmal gehalten hat,<sup>12</sup> wußte. Das Geheimnis dieser zahlreichen Ansammlung war, daß die Herren sich zu einer Sitzung irgendeines im Kaiserhof tagenden Clubs zusammenfanden.

In der Bahn traf ich mit dem zurückkehrenden Herrn Smend zusammen.

<sup>11</sup> Vom 28. November 1930, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 224-28, hier S. 225.

<sup>12</sup> Dazu Meier-Welcker, Seeckt, S. 604f.

### Tagesaufzeichnung von Schuberts, Rom, zum 9. Januar 1931

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 6.*

[...]¹

Die Beneš-Angelegenheit macht mir große Sorge.<sup>2</sup> Ich verstehe Berlin nicht mehr. Der bisherige Verlauf, soweit meine Aktion in Frage kommt, war doch folgender: Ich soll sondieren, ob man hier geneigt ist, gegen die Kandidatur Beneš vorzugehen.<sup>3</sup> Ich tue dies und berichte nach Berlin, daß man eine Aktion für nützlich hält. Ich erhalte den verblühten Auftrag, festzustellen, ob man hier die Aktion in London machen will; zugleich soll ich sagen, daß wir uns dann „anhängen würden“. Ich berichte, daß die Italiener unter der Voraussetzung, daß wir eine ähnliche Demarche machen würden, nunmehr die Demarche in London vornehmen würden. Ich höre nichts weiter. Darauf sagt der Reichsminister Herrn Orsini in Berlin,<sup>4</sup> er schlage eine Arbeitsteilung vor: wir wollten für das Datum der Abrüstungskonferenz im Herbst 1931 uns einsetzen, die Italiener sollten für den Vorsitz kämpfen und wir wollten aus besonderen Gründen die Demarche in London nun doch nicht machen. Da schließlich ich beauftragt worden war, hier in Rom die Verhandlungen zu führen, so hätte man mich mit dieser Mitteilung an die Italienische Regierung beauftragen müssen. Zum mindesten aber hätte man mich sofort von der neuen Schwenkung in unserer Taktik und von dem Gespräch Curtius-Orsini benachrichtigen müssen. Dies ist aber nicht geschehen. Das betreffende Telegramm,<sup>5</sup> das mich doch spätestens am 6. Januar hier hätte erreichen müssen, kam erst am 8. an und war erst dechiffriert, als ich von meinem Besuch von Grandi<sup>6</sup> zurückkam. Grandi lag das Orsinische Telegramm ohne Zweifel vor, in dem, wie mir Orsini erklärte, er Herrn Grandi im Sinne des Berliner Telegramms Nr. 10 orientiert hatte. Es ist eigentümlich, daß Grandi mir hierüber nichts sagte, sondern sich darauf beschränkte, mir mitzuteilen, daß Herr Curtius zwar die italienische Demarche für sehr gut befunden hätte, aber nichts über unsere Demarche gesagt hätte. Das ist sonderbar. Schließlich aber ist zuzugeben, daß Herr Grandi eigentlich annehmen mußte, daß ich über die Sache ebenfalls orientiert war. Wenn er diese Annahme hatte, so

<sup>1</sup> Schubert notiert einige Begegnungen.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 238.

<sup>3</sup> Das entsprechende Tel. vom 17. Dezember 1930 findet sich: BA, R 43 I 495. Einzelheiten über die Vorgeschichte im Brief Köpkes an Schubert vom 15. Januar 1931: „Diese Sache ist, wie ich vorweg bemerken möchte, ohne daß Bülow oder ich dies hindern konnten, höchst seltsam und unglücklich gelaufen. Wir haben volles Verständnis dafür, wenn Grandi unsere Haltung in dieser Frage nicht sonderlich gefallen hat, und wir hoffen, daß Sie selbst durch das Hin und Her in der Angelegenheit nicht zuviel Ärger und Mühe gehabt haben.“ -BA, Nl. Köpke, Schriftverkehr mit v. Schubert (Botschafter) (1930-32). Ein weiteres Exemplar des Briefes: Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 7.

<sup>4</sup> Am 3. Januar 1931, Aufz. Curtius', ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 333f.

<sup>5</sup> Ebd., S. 334 Anm. 4. Dies ist das weiter unten erwähnte Tel. Nr. 10 von Bülow vom 7. Januar 1930.

<sup>6</sup> Dazu Brief Schuberts vom 8. Januar an Curtius, ebd., S. 363-65.

mußte er sich darüber wundern, daß ich ganz bieder sagte, ich hätte seinerzeit über unser Gespräch telegrafisch berichtet und gesagt, die Italiener würden unter der Voraussetzung, daß wir eine ähnliche Demarche unternehmen, in London vorstellig werden.

Auf diese Weise bin ich in eine recht dumme Lage gekommen. Aber davon abgesehen: nach meinem Telegramm,<sup>7</sup> auf das übrigens sonderbarerweise in dem Telegramm Nr. 10 in Berlin nicht Bezug genommen wird, hätten meiner Ansicht nach die Berliner sofort die Demarche in London unternehmen müssen.<sup>8</sup> Wenn aber nun auch noch das stimmt, was Herr Dufour mir mitgeteilt hat, daß nämlich die Möglichkeit besteht, daß wir im letzten Moment nun doch der Kandidatur Beneš zustimmen, so könnte daraus eine ganz unmögliche Situation entstehen. Der Tatbestand wäre dann folgender, daß wir ganz hinterlistig Herrn Grandi in eine Aktion hineingetrieben und ihn dann sitzengelassen haben. Ich hoffe immer noch, daß Dufour die Sache am Telefon verquatscht hat. Jedenfalls habe ich vor, bei meinem nächsten Besuch bei Herrn Grandi, der hoffentlich bald erfolgen kann, ihm das Te-

<sup>7</sup> Tel. vom 31. Dezember 1930; dies und den umfangreichen, komplizierten Schriftwechsel insgesamt ebd., S. 370 Anm. 3 u. 4.

<sup>8</sup> Zum Fortgang: Curtius' Tel. vom 10. Januar 1931 nach London, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 369f. Darin heißt es: „Ohne über Herrn Beneš persönlich irgendeine Kritik äußern zu wollen, seien wir der Ansicht, daß Charakter und Aufgabe künftiger Konferenz für Vorsitz eine Persönlichkeit geeigneter erscheinen lasse, die nicht dem Lager der Siegerstaaten des Weltkrieges, sondern den ehemals neutralen Ländern angehöre.“-Ebd., S. 370. Zu Köpkes Brief vom 15. Januar – siehe Anm. 3 – verfaßte Schubert am 21. Januar eine Reihe von „Bemerkungen“, die sich kritisch mit der deutschen Politik auseinandersetzten: „Der Begründung der Herren von Bülow und Köpke, warum es schließlich nicht so schlimm sein würde, Beneš zum Präsidenten der Abrüstungskonferenz zu machen, kann ich nicht recht beitreten. Sie ist zu kompliziert. Außerdem erschüttert mich etwas, daß die Herren jetzt schon ohne weiteres damit rechnen, daß die Abrüstungskonferenz zu einem Fiasko führen wird [So u.a. Curtius, Ministerbesprechung vom 13. Januar, AR, Kab. Brüning I, Bd. 1, S. 781]. Meiner Ansicht nach liegt die Sache ganz einfach. An sich würde ich Herrn Beneš deshalb für sogar garnicht uneben als Präsidenten halten, als man mit ihm nach meinen Erfahrungen allerlei anstellen kann. Dagegen aber spricht – und das ist ausschlaggebend – daß Beneš ein ganz falsches Etikett für die Konferenz abgeben würde. Insofern hatte Grandi recht, als er sagte, daß die Ernennung Beneš' sofort als eine erste Niederlage der in der Abrüstung notleidenden Staaten angesehen werden würde. Allerdings kommt noch hinzu, daß Beneš sich wohl auf die Konferenz vorzubereiten hätte, und da könnte er unkontrolliert allerlei Unfug anstiften. [...] Den Sinn, den die Berliner jetzt in die vorgeschlagene Demarche in Budapest, Wien und Sofia [Erlaß Bülows vom 19. Februar, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 69 Anm. 5] hineinlegen wollen, finde ich geradezu köstlich. Sie wollten, sagten sie, nicht etwa bei den genannten drei Regierungen eine Demarche gegen Beneš unternehmen, sie dachten vielmehr lediglich daran, diese Staaten dazu zu veranlassen, sich unserem Schritt London gegenüber anzuschließen. Da faßt man sich doch geradezu an den Kopf! Was ist denn mehr: wenn ich bei einer Regierung gegen Beneš stänkere, oder wenn ich dieser Regierung sage, sie möge sich unserem Stänkern in London anschließen? Doch wohl das letztere.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 7. Schubert spielte eine Zeitlang mit dem Gedanken, seine Überlegungen Berlin mitzuteilen: „Ich habe dann aber davon abgesehen, um nicht in den Verdacht zu geraten, à la Hoesch à tout prix recht behalten zu wollen.“-Ebd. Schubert antwortete dann am 22. Januar in milderer Tönen, ebd.



legramm Nr. 10 ganz einfach vorzulesen und ihn zu fragen, wie er sich zu der von Herrn Curtius vorgeschlagenen „Arbeitsteilung“ stellt.<sup>9</sup>

## 240

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch  
mit Kardinalstaatssekretär Pacelli  
Rom, 19. Januar 1931**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 7.*

Heute Morgen habe ich Pacelli besucht, was ich seit langem vorhatte. Herr von Bergen hatte freundlicherweise die Anmeldung übernommen und mir auch das Auto geschickt. Ich fuhr den üblichen Weg um die Peterskirche herum. An allen Ecken und Enden standen die Polizisten und Schweizer Garden, welche die Honneurs erwiesen. In dem bekannten Hof angekommen, begab ich mich in das Gebäude. Auf jeder Treppenstufe stand ein Schweizer mit einer Hellebarde, der präsentierte. Den ersten, der unten stand, fragte ich, ob es hier der richtige Weg sei, was er bejahte. Ich ging zunächst eine endlose Treppe hinauf, wo abermals ein Schweizer stand. Da ich dachte, es sei hier noch nicht richtig, ging ich eine weitere endlose Treppe hinauf, worauf ich in ein Zimmer kam, das, mit Gobelins angefüllt, einen sehr feierlichen Eindruck machte. Ein Zug Schweizer Garde hielt sich darin auf und machte, als ich eintrat, Miene, ins Gewehr zu treten. Die Sache wurde mir unheimlich, und ich fragte einen höheren Mann der Schweizer Garde, ob hier Herr Pacelli wohnte, worauf er sagte, das sei eine Treppe tiefer. Hier ginge es zum Papst. Ich machte kurz kehrt, ging die Treppe wieder hinunter und fragte nun den dort stehenden Schweizer, ob es hier zu Pacelli ginge. Schuldbewußt erwiderte er, das sei richtig: „Ich hatte angenommen, Sie wollten zum Papst!“

Endlich war ich also richtig. Ich wurde in einem Vorzimmer von einem älteren Geistlichen empfangen, der mich durch mehrere Zimmer in ein Vorzimmer führte, wo ein Bild des Papstes hing; vor diesem Bilde stand, der Wand zugekehrt, eine Art Thronsessel. Auf dem Wege passierte ich übrigens ein sehr feierliches Zimmer mit einem großen Tisch, der mit vielen silbernen Tintenfässern ausgestattet war. Ich frug den Geistlichen, der meine Annahme bestätigte, daß dies das Sitzungszimmer der Kardinäle sei. Nachdem ich einige Minuten gewartet hatte, öffnete sich die Tür, und Pacelli begleitete unseren Nuntius heraus, der wohl zum Rapport befohlen worden war.

Pacelli begrüßte mich mit außerordentlicher und, glaube ich, ehrlicher Freude, mich wiederzusehen. Wir hatten eine sehr offene und gemütliche Aussprache von über ½ Stunde. Pacelli erkundigte sich nach Renata, wie es uns hier gefiele usw. Dann ging das Gespräch auf die innere Lage Deutschlands über. Ich schilderte Pa-

<sup>9</sup> Schubert konnte im Rahmen eines Gespräches mit Grandi am 14. Januar die aufgetretenen Mißverständnisse klären, Tel. Schuberts, 14. Januar 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 399f.

celli die Schwierigkeiten unserer Lage, sowohl auf politischem als auch auf finanziellem und wirtschaftlichen Gebiet. Ich setze ihm auseinander, wie es zu dem großen Anschwellen der national-sozialistischen Partei gekommen sei. Aus Zwischenbemerkungen ersah ich, daß Pacelli von den Leuten garnichts hält. Er erzählte mir, er habe während seiner Münchener Tätigkeit, wenn auch nur von fern, Hitler beobachtet. Der Ton, in welchem er von Hitler sprach, war recht abfällig. Er erzählte auch von einem „Hitler-Putsch“ aus dem Jahre 1923, an dem sich auch Lüdendorff und Kahr beteiligt hätten. Ich erinnere mich daran nur dunkel. Ich sprach dann auch von Brüning, den Pacelli sehr zu schätzen scheint. Ausführlich sprachen wir auch über die wirtschaftliche Situation, wobei ich betonte, das Schwierige sei, daß wir es mit einer weltwirtschaftlichen Krise zu tun hätten, was zur Folge habe, daß kein Land sein wirtschaftliches Haus allein in Ordnung bringen könne. Darin liege die große Schwierigkeit. Pacelli pflichtete mir vollkommen bei. Wir sprachen auch von der russischen Gefahr, deren zwei Seiten, die wirtschaftliche und die politische, ich auseinandersetzte. Pacelli schien die politische mehr zu interessieren. Er gab mir vollkommen Recht, als ich sagte, daß wenn die Russen einmal in der Lage sein würden, darauf hinzuweisen, daß Rußland unter dem neuen System funktioniere, das für uns alle sehr gefährlich werden könne. Pacelli erkundigte sich auch sehr lebhaft nach dem Reichspräsidenten. Ich sagte, es ginge ihm körperlich sehr gut, wenn er auch, wie ich mir denken könne, jetzt auch von großen Sorgen geplagt würde. Als er sich nach Curtius erkundigte, erwiderte ich, daß Curtius sich außerordentliche Mühe gäbe, aber in einer sehr prekären Situation sei. Als Pacelli erwiderte, er habe wohl auch Schwierigkeiten mit seiner eigenen Partei, bestätigte ich dies. Das Gespräch kam dann auch auf Stresemann. Ich sagte, daß Stresemanns große Gabe gewesen sei, selbst trockene Gegenstände der Öffentlichkeit plastisch hinzustellen. Das liege Herrn Curtius leider weniger, obgleich ja in den Details Curtius sehr viel besser Bescheid wisse als Stresemann das je getan hätte. Ich betonte, daß überhaupt Curtius als Nachfolger von Stresemann einen sehr schweren Stand habe. Jedenfalls fehle uns Stresemann sehr. Pacelli erwiderte, das könne er sich denken. Er fand sehr warme Worte für Stresemann.

Pacelli brachte das Gespräch auch auf unseren Streit mit Polen.<sup>1</sup> Ich sagte ihm, das sei eine sehr beklagenswerte Angelegenheit. Ich sei immer dafür gewesen und habe immer dafür gearbeitet, ein vernünftiges Verhältnis mit Polen herzustellen. Die große Grenzbereinigung müßte vorläufig verschoben werden; denn keine polnische Regierung – darüber sei ich mir klar – könne jetzt schon in der Sache etwas machen. Die Sache sei ganz einfach. Entweder wir hätten Recht, daß der jetzige Zustand ganz unmöglich sei, dann würde sich das einmal mit Gottes Hilfe bewahrheiten; oder wir hätten nicht Recht, dann sei eben wahrscheinlich ohnehin nichts zu machen. Schließlich wäre die Sache nur dadurch, daß die Polen z. B. den Hafen von Gdingen ausbauten, wodurch jetzt schon Danzig sehr geschädigt würde, so

<sup>1</sup> Die Reichsregierung hatte im November/Dezember 1930 mehrmals gegen das polnische Verhalten in Oberschlesien beim Völkerbund protestiert, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. XXXVI-XXXIX, vor allem Tel. Curtius' (Genf) vom 24. Januar 1931 über die Behandlung der Beschwerden im Völkerbundsrat, ebd., S. 461-63; außerdem Schultheß', Bd. 71 (1930), S. 243, 245.

weit gekommen, daß das Grenzproblem viel eher akut würde, als das nützlich sei.<sup>2</sup> Herr Pacelli schien das alles sehr einleuchtend zu finden. Er sagte selbst, diese Grenzregulierung könne ja nur mit friedlichen Mitteln erfolgen. Schließlich sagte ich, wie dem auch immer sei, es sei nur beklagenswert, daß wir nicht auch auf wirtschaftlichem Gebiet jetzt endgültig mit den Polen zu Rande kämen. Statt dessen sei uns nichts anderes übrig geblieben, als die Sache vor den Völkerbundsrat zu bringen. Es sei auch im Interesse des Ansehens des Völkerbunds absolut notwendig, daß irgendetwas Positives herauskomme. Als Pacelli, offenbar nicht ohne Absicht, dazwischen warf, diese ganzen Ereignisse hätten sich ja während der Wahlen abgespielt, die ja immer heutzutage überall etwas stürmisch verliefen, erwiderte ich, das sei richtig. Ich könne ihm aber versichern, daß gegen die Minderheiten Sachen vorgekommen wären, die jedes erträgliche Maß überstiegen; deshalb sei uns eben nichts anderes übrig geblieben, als den Rat anzurufen.

Ich habe dann auch noch Herrn Pacelli gesagt, ich hätte, auch wegen der wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Welt, hier überall großes Verständnis gefunden. Im übrigen sei ich hier, vom König [Vittorio Emanuele III.] und der Königin [Elena] angefangen, außerordentlich freundschaftlich aufgenommen. Das habe mich besonders wohlthuend berührt. Herr Pacelli erwiderte dann, etwa in dem Sinne, das wundere ihn nicht weiter. Ich gab dann meine Begeisterung über die hiesige Stadt und ihre Schönheiten zu erkennen. Ich erzählte, daß ich gestern mit meinen kleinen Söhnen z. B. eine Katakombe und die kleine Kirche Quo vadis besucht hätte; überall tauchten Erinnerungen auf.

Wir sprachen dann auch über Mussolini. Ich sagte, hier in diesem Zimmer könne ich ja offen sagen, ich hätte den Eindruck, daß manche Leute in Italien mit dem herrschenden System, das viele als drückend empfänden, nicht ganz einverstanden seien. Andererseits aber müsse ich doch bestätigen, daß Mussolini sehr viel für den Auftrieb des italienischen Volks getan habe. Pacelli pflichtete mir vollkommen bei. Er sprach sich sehr anerkennend über Mussolini aus.

In diesem Zusammenhang erwähnte Pacelli auch die Knebelung der Presse, sagte aber selbst, in manchen Ländern wäre die Presse doch zu frei. Ich gab ihm Recht und erwähnte die deutsche Presse. Hierauf sagte Pacelli, er wisse ja selbst, daß mit der Presse in Deutschland seitens der Regierung garnichts anzufangen sei. Ich gab ihm recht. Das sei häufig auch sehr unbequem für die Außenpolitik. Entweder würde man von rechts in den Rücken gestoßen, oder von links, manchmal auch von der Mitte.

<sup>2</sup> Siehe auch Schuberts Tagesaufz. zum 25. Januar 1931, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 7: „Nachmittags besuchte mich  $\frac{3}{4}$  Stunden Lord D’Abernon, der sich ganz plötzlich angesagt hatte. Wir sprachen ganz allgemein über die wirtschaftliche und politische Lage der Welt. Dabei setzte ich ihm die Polenangelegenheit auseinander. Die Lösung der Korridorfrage bezeichnete ich als außerordentlich schwierig. Als Lord D’Abernon meinte, den Zugang zum Meere können die Polen auch über Litauen bekommen, sagte ich, an sich hätten die Polen eigentlich gar keinen Anspruch auf einen Zugang zum Meere. Die Tschechen hätten auch keinen und seien mit der jetzigen, in Ausführung der betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages getroffenen Lösung sehr zufrieden. Was die sogenannte litauische Lösung anlange, so sei sie in jedem Fall gefährlich wegen der Russen.“

Schließlich gab ich Pacelli gegenüber meiner Befriedigung Ausdruck, hier wieder Mensch werden zu können. Ich liebte die Wilhelmstraße sehr; aber ich sei doch froh, den ganzen Schwierigkeiten, wie die Kabinettsitzungen und die Beschäftigung mit dem Parlament sie mit sich brächten, entronnen zu sein.

Am Schluß der Unterredung erkundigte sich Pacelli auch nach Zech, der seinerzeit ja nur sehr ungern ins Amt gekommen sei. Ich erwiderte, es sei aber nötig, daß Auslandsbeamte auch mal im Amt beschäftigt würden, da sie sonst leicht verbummelten. Was mich anlange, so hätte ich allerdings die Absicht, zunächst einmal sehr stark in Rom zu verbummeln. Dann teilte ich Pacelli auch noch mit, daß kürzlich die Mutter von Zech gestorben sei.

Ich hatte von Pacelli einen sehr angenehmen Eindruck. Er war ganz der Alte. Er war auch garnicht etwa irgendwie steif, sondern wie stets außerordentlich humorvoll.

Pacelli sagte mir übrigens, er wolle mir einen Gegenbesuch machen und hoffe sehr, bei dieser Gelegenheit auch meine Frau wiederzusehen.

## 241

### Tagesaufzeichnung von Schuberts, Rom, zum 19. Januar 1931

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 7.*

Als ich gestern nachts nach Hause kam, fragte mich Renata, warum ich mit so großer Schärfe am Schluß meiner, wie sie sagte, sonst gut gelungenen, kleinen Rede das Wort „Republik“ ausgestoßen hätte.<sup>1</sup> Ich erwiderte, ich hätte nur die von Berlin vorgeschriebene Schlußformel gewählt. Renata sagte, sie habe das auch gestern erfahren, daß dies die vorgeschriebene Schlußformel sei [hschr. hinzugefügt: „und zwar von Marschall.“]. Sie habe sich aber eingebildet, daß ausgerechnet an dem Tage, an dem das deutsche Kaiserreich begründet worden sei, diese Schlußformel nicht hätte angewendet zu werden brauchen. Ich habe heute die Sache mit Baron Marschall noch einmal besprochen und mir auch noch einmal den von Stresemann unterzeichneten Erlaß vom 18. Mai 1929 angesehen. An sich bezieht sich dieser Er-

<sup>1</sup> Am Schluß seiner Rede zur Reichsgründungsfeier am 18. Januar hatte Schubert gesagt: „Ich glaube, daß wir alle, daß alle Deutschen mit stolzer und dankbarer Genugtuung auf jenen 18. Januar 1871 zurückblicken können, wo nach viel Leid und Kampf, nach viel Hader und Zwietracht die deutschen Stämme sich endlich wieder zusammen gefunden haben, in gemeinsamem Fühlen, in gemeinsamem Willen, in gemeinsamer Aufopferung, zu gemeinsamer Arbeit. Uns hieran zu erinnern, uns hieran aufzurichten, hieraus für die Zukunft zu lernen, dazu sind wir heute zusammengekommen. Wir müssen uns klar darüber sein, daß solche gemeinsame, aufopferungsvolle Arbeit auch für die Zukunft unseres Vaterlandes notwendig sein wird. Zu einer solchen Arbeit kann ein Jeder beitragen und das kleinste Scherflein, das in dieser Beziehung auf dem Altar des Vaterlandes so oder so niedergelegt werden wird, es wird nicht verloren sein. Geloben wir uns in dieser Stunde, daß wir hierzu bereit sein wollen, Jeder an seinem Teil! In diesem Gelöbnis bitte ich Sie mit mir aus vollem Herzen auszurufen: Unser geliebtes Vaterland, das in der Republik geeinte deutsche Volk, sie leben hoch!“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 7.

laß allerdings auf die Verfassungsfeier vom 11. August. Ich meine aber, daß auch bei ähnlichen Festen die Formel gebraucht werden muß, die schließlich vorgeschrieben ist, um den im Auslande befindlichen Missionschefs ihr Geschäft zu erleichtern und sie von Unannehmlichkeiten von Rechts oder Links zu bewahren. Marschall meinte von sich aus, es sei doch sehr gut gewesen, daß ich die Formel gewählt hätte, denn sonst hätten Böswillige wieder behauptet, bei der ganzen Feier sei wieder einmal das Wort Republik nicht ein einziges Mal gefallen.

Der Besuch bei Pacelli<sup>2</sup> hat mir viel Freude gemacht. Nachträglich wurde mir klar, daß es ganz gut war, ihn über die Polen nach Möglichkeit aufzuklären. Es scheint, nach dem was mir Herr Smend sagte, daß der Vatikan für Polen doch mehr übrig hat, als uns lieb ist. Dabei scheint eine Rolle zu spielen, daß der Papst [Pius XI.] seinerzeit in Polen tätig war.

Vorher empfing ich kurz Herrn Prüfer, der als Kurier hierher gekommen ist. Er entwarf von den Berliner Verhältnissen ein sehr düstres Bild. Der Kurier brachte allerlei Informationen. [hschr. eingefügt: „Unter Anderem auch die“] Aufklärungen Köpkes über den Fall Beneš, die mich recht wehmütig stimmten und meine Ansicht bestärkten, daß man so nur ohne Erfolg arbeiten kann.<sup>3</sup> Der Kurier brachte auch einen sehr unangenehmen Erlaß, der mir M. 7.000.-- für meine Wohnung ab 1. Oktober aufbürden will. Das geht unter keinen Umständen.

## 242

### **Von Schubert an Vortragenden Legationsrat Eisenlohr (gekürzt) Rom, 21. Januar 1931**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 7.*

#### Persönlich!

Lieber Herr Eisenlohr!

Für Ihren interessanten Brief vom 13. Januar,<sup>1</sup> der sehr prompt am 15. Januar in meine Hände gelangte, spreche ich Ihnen meinen aufrichtigsten Dank aus. Es war sehr freundlich von Ihnen, mich so genau ins Bild zu setzen. Hoffentlich habe ich Ihnen nicht zuviel Mühe gemacht. Fürchten Sie nicht, daß ich Sie schon wieder mit einer Bitte um Auskunft belästigen will. Das ist keineswegs der Fall. Ich möchte Ihnen nur schnell in aller Kürze einige Gedanken nahelegen, die mir beim Studium Ihres Briefes gekommen sind.

---

<sup>2</sup> Siehe Dok. 240.

<sup>3</sup> Siehe Dok. 239.

---

<sup>1</sup> ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 390-92; siehe auch Dok. 237.

An sich würde es mich sehr freuen, wenn es gelingen würde, mit Frankreich in der Frage Südosteuropa zusammenzuarbeiten und zusammenzugehen.<sup>2</sup> Wenn ich ihn richtig verstanden habe, ging der bisherige französische Plan einer Finanzierung der Ausfuhr doch ganz gegen unsere Interessen; auch war doch bisher Frankreich gegen die Gewährung von Präferenzen. Wie ich aus dem vorzüglichen Bericht Wiehls<sup>3</sup> sehe, sind wir ja leider in Genf mit der in Reinkultur aufgezogenen Präferenzidee ganz allein auf weiter Flur geblieben. Hoffentlich gelingt es, den französischen Plan so in unserem Interesse umzubiegen, daß er mit unseren Interessen vereinbar wird.

Was Italien anlangt, so wird meiner Ansicht nach nicht möglich sein, die Italiener für den Präferenzgedanken zu gewinnen. Wenn Sie annehmen, daß für Italien ausschlaggebend die Besorgnis sein würde, daß durch ein Präferenzsystem Jugoslawien wirtschaftlich gestärkt werden könnte, so weiß ich nicht, ob das ganz richtig ist. Nach den Feststellungen, die wir inzwischen hier treffen konnten, spielt vielmehr offenbar die Rücksichtnahme auf die überseeischen Staaten, insbesondere auch Argentinien, doch eine sehr bedeutende Rolle. Als Beweis hierfür möchte ich ein Gespräch anführen, das Herr Smend kürzlich mit dem Niederländischen Delegierten beim Internationalen Landwirtschafts-Institut, Herrn van Reyn, einer internationalen Kapazität in Landwirtschaftsfragen, hatte. Herr van Reyn erklärte, daß die schroff ablehnende Haltung der Italienischen Regierung weniger von politischen Bedenken (Abneigung gegen eine Förderung jugoslawischer Interessen) oder allgemein in wirtschaftspolitischen Erwägungen (Widerspruch mit Meistbegünstigungsprinzip) als vielmehr in allererster Linie von Rücksichten auf die amerikani-

<sup>2</sup> Schon im Brief an Köpke vom 20. November 1930, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 3, hatte Schubert betont: „Überhaupt macht mir die Entwicklung unserer Beziehungen zu Frankreich auf den verschiedensten Gebieten recht große Sorge. Diese Frage wird natürlich hier mit größter Aufmerksamkeit verfolgt und spielt daher für meine hiesige Tätigkeit eine ausschlaggebende Rolle.“ Nach wie vor zweifelte er im übrigen an einer französisch-italienischen Verständigung in der Seeabrüstung. Davon abgesehen erklärte er am 2. Dezember de Hory, „schließlich würde es mich auch nicht stören, wenn die Italiener darauf ausgingen, sich mit Frankreich gut zu stellen. Uns könne es nur recht sein, wenn die Spannung zwischen Frankreich und Italien sich vermindere. Ich hielte nichts von der Rolle des tertius gaudens.“-Ebd., Bd. 4. Und die italienische Balkanpolitik beurteilte er – an Köpke, siehe oben – so: „Die Behauptung meines türkischen Freundes [Kémalettin Pascha], Italien beabsichtige einen Balkanbrand, eine Revolution, herbeizuführen, dürfte auf einer völligen Verkennung der Tatsachen beruhen. Ich habe mir zwar vorgenommen, nicht gleich nach Antritt meines Postens apodiktische Urteile über die wichtigsten italienischen Probleme abzugeben, deren Einzelheiten ich natürlich erst allmählich studieren und kennenlernen kann. Soweit aber bin ich, auch beraten durch den ausgezeichnet orientierten Herrn Smend, schon im Bilde, um eine solche Darstellung, wie der Türke sie gibt, als unrichtig bezeichnen zu können. Die Politik Italiens auf dem Balkan scheint mir weit davon entfernt zu sein, einen Balkanbrand und damit eine kriegerische Entwicklung im Südosten Europas herbeizuführen. Vielmehr scheint sie mir trotz aller Brandreden Mussolinis bemüht zu sein, Komplikationen zu vermeiden und zwar schon deshalb, weil man sich hier darüber klar ist, daß man zurzeit wenigstens, einem Angriff der verbündeten Heere Frankreichs und Jugoslawiens nicht gewachsen sein würde.“

<sup>3</sup> Gemeint ist offensichtlich der von Wiehl ausgearbeitete und dessen Aufz. vom 31. Dezember 1930 enthaltende Erlaß Eisenlohns vom 2. Januar 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 390 Anm. 2 u. 3 sowie S. 248 Anm. 3.

schen Getreidelieferanten, vor allem Argentinien, diktiert werde. Er habe vor kurzem mit dem Handelsattaché der hiesigen argentinischen Botschaft, einem sehr einflußreichen und ungewöhnlich energischen Wirtschaftspolitiker über die Angelegenheit gesprochen. Dieser habe ihm erklärt, daß Argentinien zu den energischsten Gegenmaßnahmen übergehen und sich nicht scheuen werde, den italienischen Export einfach abzuriegeln, falls Italien es wagen sollte, seine Getreidepolitik unter Abkehr von Südamerika in der Richtung der europäischen Märkte zu orientieren. Das wisse man an maßgebender italienischer Stelle ganz genau und werde sich hüten, den ohnehin schon notleidenden italienischen Export nach Südamerika einem Plan zu opfern, der von der Mehrheit der europäischen Interessenten abgelehnt werde und für Italien weder in wirtschaftspolitischer, noch in politischer Beziehung interessant sei.

[...]⁴

Mit nochmaligem besten Dank und herzlichsten Grüßen bin ich

[Mschr. Originalvermerk] Schluß m. p.

(gez.) Schubert

## 243

### **Zusammenstellung von Schuberts über internationale Politik Rom, 11. März 1931**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10. Datum hschr.*

#### 1) Grandi. 12. November 1930.<sup>1</sup>

Was die ausgebildeten Reserven anlange, so müsse ich erstens in Berücksichtigung ziehen, daß der italienische Standpunkt in der Abrüstungsfrage sich erst seit zwei Jahren von dem Standpunkt der übrigen „Siegerstaaten“ entfernt habe. Ich müsse dafür Verständnis haben, daß schließlich die Italiener sich nicht in allen Punkten radikal von ihren bisherigen Partnern hätten trennen können. Zweitens hätten aber auch die militärischen Stellen mitzusprechen.

#### 2) Mussolini. 28. November 1930.<sup>2</sup>

Über kurz oder lang, glaubt er, wird es zu einer Streichung der gesamten internationalen Schulden kommen. Das nötig angesichts des großen Übergewichts

---

<sup>4</sup> Auf Eisenlohns Anfrage (ebd., S. 392) äußerte sich Schubert mit Vorbehalten über die Existenz des von Guariglia erwähnten „mysteriösen neuen italienischen Plan[s]“.

---

<sup>1</sup> Ber. Schuberts vom 13. November, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 138-41. – Die Aufstellung diene als Vorbereitung für Schuberts Berlin-Reise auf Weisung des AA.

<sup>2</sup> Ber. Schuberts, ebd., S. 224-28 (Antrittsbesuch im Zusammenhang mit der Übergabe des Beglaubigungsschreibens am selben Tag).

von Amerika. Es besteht seiner Ansicht nach in bezug auf wirtschaftliche und finanzielle Fragen eine Solidarität unter den Staaten Europas, aber nicht, wie Briand das will, politisch, sondern wirtschaftlich und finanziell. Der Standpunkt der Amerikaner, zwischen Reparationen und interalliierten Schulden sei kein Zusammenhang, sei kindlich. Wenn Italien nichts mehr erhalte, so werde es selbstverständlich nicht das Geringste mehr an Amerika zahlen. Er hat Berichte aus Amerika erhalten, aus denen hervorgeht, daß man sich doch allmählich mit dem Gedanken der Revision der Schulden befreundet und zwar deshalb, weil man einsieht, daß der augenblickliche Stand für Amerika keinen Nutzen bringt.

3) Ruschdi Bey [Rüstü Aras]. 29. November 1930.<sup>3</sup>

Es komme auf die Regelung von drei Fragen an:

- a) Neuregelung der Vorkriegs- und der Kriegsschulden;
- b) Regelung des internationalen Finanz- und Wirtschaftssystems;
- c) Regelung der Abrüstung.

Seiner Ansicht nach sollten diese Probleme auf einer großen internationalen Konferenz gelöst werden.

4) Grandi. 2. Dezember 1930.<sup>4</sup>

In Anknüpfung an unsre beiderseitigen Gespräche mit Ruschdi Bey sagte Grandi, die Idee einer Einberufung einer internationalen Finanzkonferenz sei nicht neu. Er habe schon aus Paris hierüber gehört, allerdings nicht aus französischen Kreisen. Vorläufig aber sei noch nicht zu erwarten, daß ausgerechnet die Amerikaner eine solche Konferenz, deren Opfer sie eventuell werden würden, einberufen würden. Vielleicht könne die Abrüstungskonferenz sich zu einer größeren Konferenz entwickeln. ... Die Idee einer internationalen Finanzkonferenz sei garnicht so schlecht.

5) Grandi. 10. Dezember 1930.<sup>5</sup>

Herr Grandi erwähnte die Möglichkeit einer Kandidatur Beneš zum Präsidenten der Abrüstungskonferenz.

6) Bülow. 15. Dezember 1930.<sup>6</sup>

Reichsminister hat mit Herrn Kellogg gesprochen und ihm nahegelegt, Amerika solle doch eine Reparationskonferenz einberufen.

<sup>3</sup> Ebd., S. 318 Anm. 4.

<sup>4</sup> Ebd., S. 318 Anm. 4. Eine Aufz. Schuberts über das Gespräch findet sich auch Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 4.

<sup>5</sup> Aufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 4, dazu Dok. 239.

<sup>6</sup> Dok. 238 Punkt (3) und Aufz. Dieckhoffs, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 272f.



7) Giurati. 17. Dezember 1930.<sup>7</sup>

Es werde darauf ankommen, die Friedensverträge, die unhaltbar seien, zu revidieren: nur auf diese Weise könne eine wirkliche Besserung, auch der wirtschaftlichen Lage der Welt geschaffen werden. Hierauf laufe die Politik des Herrn Mussolini hinaus. Um dieses Ziel zu erreichen, sei eine Revisionskonferenz notwendig. Als ich Zweifel darüber durchblicken ließ, ob eine solche Revisionskonferenz jetzt schon möglich sei, erwiderte Giurati, ich glaube also nicht an eine solche Konferenz. Ich erwiderte, an sich schon. Eine solche Konferenz sei durchaus denkbar. Ich fragte mich nur, wann eine solche Konferenz Erfolg versprechend sein würde. – Die [Vorbereitung der] Abrüstungskonferenz habe viel zu früh angefangen, denn niemand könne abrüsten, ehe nicht die Ursachen des Krieges (er meinte offenbar Folgen des Krieges) beseitigt seien. Auf meine Frage erwiderte Herr Giurati, unter „Beseitigung der Ursachen des Krieges“ meinte er die Änderung der Friedensverträge. Als ich ihn fragte, wann seiner Ansicht nach die Revisionskonferenz mit Aussicht auf Erfolg einberufen werden könnte, meinte er, die auswärtige Politik gehe ihn nichts an: es sei allerdings wohl außerordentlich schwer, den Zeitpunkt vorauszusagen.

8) Telegramm aus Berlin. 17. Dezember 1930.<sup>8</sup>

Auftrag wegen eventuellen Vorgehens gegen Kandidatur Beneš.

9) Gouverneur [Boncompagni] von Rom. 18. Dezember 1930.<sup>9</sup>

Ich klärte den Gouverneur über die Untat Aldrovandis und über die Politik Stresemanns in bezug auf Italien auf.

10) Grandi. 19. Dezember 1930.<sup>10</sup>

Antwort Grandis wegen Beneš.

---

<sup>7</sup> Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 281-83.

<sup>8</sup> BA, R 43 I/495. Vgl. Dok. 239.

<sup>9</sup> Aufz. Schuberts 18. Dezember 1930: „Stresemann sei eine sehr impulsive Natur gewesen und habe wirklich gern einmal nach Rom kommen wollen. Er habe das dann Aldrovrandi gesagt, der darüber sofort augenscheinlich nach Rom berichtet hätte. Als Herr Stresemann mir dann davon Mitteilung gemacht hätte, hätte ich ihm gesagt, er – Stresemann – müsse sich doch klar machen, daß an dem betreffendem Datum – einmal sei es Ostern gewesen – er aus innerpolitischen Gründen garnicht aus Deutschland sich werde entfernen können. Zweimal hätte ich dann von Stresemann den nicht ganz einfachen Auftrag erhalten, Aldrovrandi klarzumachen, daß er aus den genannten innerpolitischen Gründen seine Reise absagen müsse. Offenbar aber habe Aldrovandis mir das nie recht geglaubt und den Verdacht gehabt, daß Herr Stresemann aus irgendwelchen außerpolitischen Gründen den Besuch abgesagt hätte. Ich betonte, ich erzählte dem Gouverneur diese Geschichte auch deshalb, weil hieraus sich augenscheinlich große Mißverständnisse ergeben hätten, die, wie ich fürchtete, auch heute noch nicht beseitigt seien.“-NL. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 5. Siehe dazu auch Dok. 232.

<sup>10</sup> ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 290 Anm. 2.

11) Grandi. 19. Dezember 1930.<sup>11</sup>

Anregung Grandis wegen Zuziehung der Türkei und Sowjetrußlands zu den Arbeiten des Studienausschusses für die Europa-Union.

12) Telegramm aus Berlin. 22. Dezember 1930.<sup>12</sup>

Antwort wegen Beneš. „Italienisches Interesse an einem neutralen Konferenzpräsidenten ist größer als das unserige“.

13) Bericht nach Berlin. 7. Januar 1931.<sup>13</sup>

Im Hinblick auf ein Schreiben des Reichsministers an Herrn von Hoesch: Hinweis darauf, daß nicht der Eindruck entstehen solle, als ob Grandi [siehe Punkt 4] eine Finanzkonferenz angeregt habe.

14) Grandi. 17. Januar 1931.<sup>14</sup>

Mitteilungen Grandis über voraussichtliche Untaten der Botschafterkonferenz in der deutschen Entwaffnungsfrage.

15) Brief an den Reichsminister. 8. Januar 1931.<sup>15</sup>

Grandi teilt mit, daß er an einer Verständigung mit Frankreich arbeite. Dabei aber keinerlei Hintergedanken, daß er uns gegen Frankreich ausspielen wolle. Ne-

<sup>11</sup> Tel. Schuberts, ebd., S. 290f. Siehe auch die Tagesaufz. Schuberts über den Besuch D'Abermons am 25. Januar, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 7: „Lord D'Abermon schien einigen Zweifel zu haben, ob es richtig gewesen sei, Rußland zu dem Europa-Ausschuss einzuladen. Ich sagte, ich fände diesen Entschluß ganz richtig. Auf jeden Fall sei es mir lieber, wenn die Russen bei solchen internationalen Sitzungen dabei sind, als wenn sie abwesend seien. Das schien Lord D'Abermon einzuleuchten.“

<sup>12</sup> Ebd., S. 370 Anm. 3.

<sup>13</sup> Schuberts Tel. vom 8. Januar, ebd., S. 358-62.

<sup>14</sup> Gemeint 7. Januar, Tel. Schuberts vom 8. Januar, ebd., S. 357f.

<sup>15</sup> Ebd., S. 363-65. Curtius antwortete am 13. Januar 1931, PA, R 29514. Dazu Stellungnahme des AA, basierend auf einer Aufz. Köpkes vom 15. Januar: „Nach unser aller übereinstimmender Ansicht erleichtert es in der Tat die deutsch-italienischen Beziehungen und unsere politische Haltung gegenüber unseren anderen Nachbarn, wenn aus der verständnisvollen Zusammenarbeit mit Italien nicht Konsequenzen erwartet werden, die wir nicht ziehen können und wollen. Es zeugt zweifellos von dem realen politischem Sinn Grandis, wenn er die übertriebenen Anbiederungen der Hitler-Leute als ‚Bêtise‘ ablehnt und sich mit der natürlichen Interessengemeinschaft bescheidet, die uns in manchen Fragen mit Italien verbindet.“-ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 364 Anm. 5. In diesem Sinne sprach Curtius dann in Genf mit Grandi, Curtius' Aufz. vom 25. Januar 1931, ebd., S. 471-74. Schubert schrieb Köpke am 22. Januar: „Die deutsch-italienische Zusammenarbeit hat sich ja in Genf [im Völkerbundsrat] scheinbar bisher ganz gut angelassen; hoffentlich geht das so weiter, und hoffentlich gelingt es, die Quadratur des Zirkels zu erreichen und dieses Zusammenarbeiten mit einem vernünftigen Zusammengehen mit Frankreich zu koordinieren.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 7.

ben dieser auf eine Verständigung mit Frankreich hinzielenden Arbeit könne die von ihm geschilderte deutsch-italienische Zusammenarbeit in sehr nützlicher und gedeihlicher Weise weitergehen.

16) Grandi 10. Januar 1931.<sup>16</sup>

Ein allgemeines Zusammengehen zwischen Deutschland und Italien kommt seiner Ansicht nach nicht in Frage. Aber in einzelnen Angelegenheiten könnten wir doch zusammengehen.

17) Grandi. 14. Januar 1931.<sup>17</sup>

Bis jetzt ist es noch nicht sehr gefährlich, wenn Frankreich behauptete, es habe seinerzeit bereits stark abgerüstet und mehr wie andere Länder. Wenn es aber Frankreich einmal gelingen würde, England und vielleicht auch Amerika auf seine Seite zu ziehen, dann wird für Europa und Deutschland die Sache sehr bedenklich. Dann wird unsere Stellung auf der Abrüstungskonferenz sehr prekär werden. Es kommt daher darauf an, eine solche Entente zwischen Frankreich und England zu verhindern. Was im übrigen eine allgemeine Annäherung zwischen Frankreich und England anlange, so hat diese noch gute Wege. Hier spielt ja auch die sogenannte Goldfrage eine Rolle und die Verhandlungen, die in dieser Frage zwischen Frankreich und England geführt worden sind.

18) Grandi. 14. Januar 1931.<sup>18</sup>

Erfreuliche Nachrichten in der Mobilisierungsfrage.

19) Brief Köpke. 19. Januar 1931. (Brief vom 15. Januar).<sup>19</sup>

---

<sup>16</sup> ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 400 Anm. 5.. In einem weiteren Tel. vom 10. Januar berichtete Schubert über Klagen Grandis wegen mangelnder deutsch-italienischer Zusammenarbeit in der Frage der Hinzuziehung der Sowjetunion zum Europaausschuß, ebd., S. 376 Anm. 1. Bülow antwortete am 12. Januar: „Es liegt offenbar ein Mißverständnis vor. Wir stimmen mit Grandi darin überein, daß es sich nicht um übermäßig wichtige Sache handelt, legen aber Wert darauf, das Mißverständnis sofort auszuräumen und in dieser Frage wie bisher mit italienischer Regierung vollkommen offen zusammenzuarbeiten.“ Es sei alles Nötige veranlaßt, um die Sachlage richtigzustellen.-Ebd., S. 376. Schubert wurde wegen dieser Sache bei Grandi am 14. Januar vorstellig, Tel. Schuberts, ebd., S. 399f.

<sup>17</sup> Tel. Schuberts, ebd., S. 399f.

<sup>18</sup> Ebd., S. 362 Anm. 3, Tel. Schuberts: Italienische Regierung stimme deutschen Vorstellungen zu und verzichte vorläufig auf die Mobilisierung ihres Anteils an der ungeschützten Annuität des Young-Plans – entgegen ursprünglichen Absichten, Ber. Schuberts vom 8. Januar 1931, ebd., S. 358-62.

<sup>19</sup> BA, Nl. Köpke, Schriftverkehr mit v. Schubert (Botschafter) (1930-1932). Siehe Dok. 239 Anm. 8 und Schuberts Antwortschreiben vom 22. Januar, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 7, in dem es u.a. heißt: „Die Sache hat mir ziemlichen Kummer bereitet. Wie ich nach dem betreffendem Gespräch mit Grandi hinten herum, aber aus einer Quelle, die sich bisher stets als zuverlässig erwies, erfuhr, hat die Sache im gesamten Palazzo Chigi eine sehr große Verstimmung hervorgerufen. Man hatte dort tatsächlich den Eindruck, daß wir die Italiener sitzen gelassen hätten. Man legte, wie mir gesagt wurde, dem

Allerlei Begründungen in der Beneš-Affaire.

20) Köpke. 19. Januar 1931.<sup>20</sup>

Bestätigung meiner Ansicht in bezug auf Grandis Mitteilungen bezüglich seiner Politik zu Frankreich.

21) Gravina. 4. Februar 1931.<sup>21</sup>

Anknüpfend an unser Gespräch, das ich mit ihm am 27. Januar gehabt und bei welchen er mir gesagt hatte, es bestehe immer noch ein gewisses Mißtrauen gegen uns, bat ich Gravina um Auskunft. Er erwiderte, man sei hier der Ansicht, daß in der Zeit Stresemanns jedes Gespräch, das Stresemann mit dem italienischen Botschafter Aldrovandi geführt habe, 24 Stunden später in Paris bekannt gewesen sei. Ferner sei man hier der Ansicht, daß auch jetzt noch Ähnliches passiere. Man fürchte, daß man Paris ganz mit Absicht in dieser Weise orientiere und erblicke hierin ein politisches Manöver. Auf weitere Rückfrage betonte Gravina, man habe hier nicht nur Angst vor einem „Weiterklatzen“, sondern man sehe eben in der ständigen Weitergabe der italienischen Mitteilungen ein politisches Manöver.

22) Grandi. 11. Februar 1931.<sup>22</sup>

Grandi sprach über die Kandidatur Henderson.

Er äußerte mit größter Zufriedenheit über sein Zusammenarbeiten mit Herrn Curtius. Ein solches Zusammengehen natürlich nur „im Rahmen von Genf“: ein darüber hinausgehendes Zusammenarbeiten Deutschlands und Italiens sei für beide Teile nicht gut. Als ich sarkastisch erwiderte, erwiderte Grandi, man solle „den Karren nicht vor die Ochsen spannen“.

23) Mosconi. 11. Februar 1931.<sup>23</sup>

Die Idee einer internationalen Konferenz wirtschaftlicher Natur zeichne sich allmählich am Horizont ab. Gespräch über die Goldfrage. Französisch-englische Goldverhandlungen. Weltwirtschaftslage.

---

Vorfall an sich keine große tatsächliche, dafür aber eine umso größere psychologische und symptomatische Bedeutung bei. Angeblich hat man sogar eine gewisse antipolnische Presseaktion, die man vorhatte, und die für uns als Auftakt für Genf recht angenehm gewesen wäre, gestoppt. [...] Ich bin sehr froh darüber, daß dann doch sehr prompt die Weisung nach London [gegen Benešs Kandidatur Einspruch zu erheben, Tel. Curtius', 10. Januar, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 369f.] ergangen ist. Ich glaube, daß es mir gelungen ist, Herrn Grandi selbst vor seiner Abreise nach Genf sehr wesentlich zu beruhigen“, dazu auch Dok. 242 Anm. 2.

<sup>20</sup> Identisch mit Brief Köpkes in Anm. 19.

<sup>21</sup> Aufzeichnungen Schuberts vom 27. Januar (Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 7) u. 4. Februar (ebd., Bd. 8).

<sup>22</sup> Aufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 8.

<sup>23</sup> Aufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 8.

24) Brief an den Reichsminister. 12. Februar 1931.<sup>24</sup>

Über mein Gespräch mit Grandi vom 11. Februar d. Js.

25) Brief Bülow. 16. Februar 1931 (an[16.Febr.]: Brief v. 13. Febr.<sup>25</sup>)

Schäffers Räubernachrichten über finanziellen Zusammenbruch und Zusammenbruch des Regimes in Italien.

26) Grandi. 19. Februar 1931.<sup>26</sup>

Grandi will mit mir Kontakt halten, als „ami“. Sache mit der Rede des Ministers und seiner Erwähnung Italiens.<sup>27</sup>

27) Brief an Bülow. 19. Februar 1931.<sup>28</sup>

Grandi beklagte sich darüber, daß – [wie] es in unserem Interesse gelegen hätte – in der Entwaffnungsfrage nicht genügend Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien stattgefunden hätte. Italien hätte mehr machen können.

28) Henderson. 16. Februar 1931.<sup>29</sup>

Befürchtungen Hendersons über die Hitlerianer, die, ans Ruder gekommen, einmal einen Krieg hervorrufen könnten. Der Gedanke, eine Änderung der Verträge durch Gewalt herbeizuführen, sei unheilvoll.

29) Grandi. 28. Februar 1931.<sup>30</sup>

Mitteilungen über das Seeabkommen<sup>31</sup> und über die Kandidatur Karnebeek (Henderson!).

---

<sup>24</sup> Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 8. Schubert berichtet knapp über sein Gespräch mit Grandi vom 11. Februar (siehe Punkt 22).

<sup>25</sup> Brief Bülows, 13. Februar; zum Folgenden Tagesaufz. Schuberts zum 9. April 1931, Gespräch mit Wirth: „Schließlich sagte ich Herrn Wirth auch noch, daß die finanzielle Lage in Italien zwar auch prekär, aber durchaus nicht hoffnungslos sei. Ich hätte festgestellt, daß schon öfters, und zwar aus der Schweiz (wahrscheinlich aus französischer Quelle beeinflusst) Informationen nach Berlin, und zwar an Herrn Schäffer vom Finanzministerium gelangt seien, wonach so ungefähr jetzt mehrere große italienische Banken zusammenbrechen würden. In das entstandene Loch würde dann die ganze italienische Finanzwirtschaft usw., Faschismus, hineinfallen. Das sei nach meinen Informationen Unsinn.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 12.

<sup>26</sup> Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 9.

<sup>27</sup> Siehe Dok. 244, bes. Anm. 21.

<sup>28</sup> ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 557f.

<sup>29</sup> Gemeint 26. Februar, ebd., S. 601f.

<sup>30</sup> Ebd., Bd. XVII, S. 70 Anm. 9.

<sup>31</sup> Dazu ebd., Bd. XVI, S. 600 Anm. 5.

30) Telegramm aus Berlin. 4. März 1931. (an: 5. März)<sup>32</sup>

Anfrage Reichsministers über mein Urteil über Flottenabkommen und Beziehungen Italiens zu uns.

31) Telegramm nach Berlin. 5. März 1931.<sup>33</sup>

Meine Antwort hierauf.

## 244

### Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Staatssekretär von Bülow Berlin, 13. März 1931

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10.*

Unterhaltung mit Herrn von Bülow von 6 bis ½ 8 Uhr.<sup>1</sup>

Über die sehr konzentrierte Unterhaltung sind folgende Punkte zu notieren:

1) Siehe beiliegende handschriftliche Aufzeichnung.<sup>2</sup>

2) Ich sprach mit Bülow über die Sitzung des Zwölfer-Komitees<sup>3</sup> und teilte ihm den Teil der Aufzeichnung vom 9. März mit, über den ich nicht telegraphiert hatte.<sup>4</sup> Besonders, warum Grandi gegen Reise Hendersons nach Paris und ein Tête à Tête mit Briand für bedenklich halte.

<sup>32</sup> PA, Abt. II F. Abrüstung, Abr. 7, Bd. 24.

<sup>33</sup> Ebd., S. 600 Anm. 5.

<sup>1</sup> Schubert war, wie vor ihm Hoesch und Neurath, mit dienstlichem Privatbrief Bülows vom 26. Februar (an 4. März) für „etwa nach dem 9. [korrigiert aus „7.“] März“ ins AA einberufen worden; Abreise Schuberts aus Rom 12. März, Rückkehr 16. März; Hauptthemen: Reise Curtius' nach Wien „und die Genfer Mai-Tagung“, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10.

<sup>2</sup> Ebd. über Indiskretionen und möglichen Code-Bruch oder Informanten im Schriftverkehr mit Italien. – Schubert fertigte zunächst von seinen Gesprächen hschr. Aufzeichnungen an, die er später überarbeitete und diktierte. Dabei übernahm er nur Punkte, welche ihm wichtig erschienen.

<sup>3</sup> Die am 17. September 1930 von der Völkerbundsversammlung eingesetzte Studienkommission für die europäische Union (im Anschluß an Briands Europa-Plan, ADAP, Serie B, Bd. XV, S. 500f.) bestellte zur Vorbereitung ihrer Geschäftsordnung, Arbeitsmethode und einzelner Probleme auf ihrer Januar-Tagung 1931 ein Organisationskomitee, das Zwölfer-Komitee (ebd., Bd. XVI, S. 501-504). Bericht über die erste Sitzung in Paris von Köpke, 1.4.1931 (ebd., Bd. XVII, S. 147 Anm. 6).

<sup>4</sup> In Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10; dazu auch Punkt 4. Es ging um die Benennung der Delegierten für die Sitzung des Zwölferkomitees, z.T. in Verbindung mit der bevorstehenden Unterzeichnung des Abkommens über die Seeabrüstung – andere Themen in separaten Aufzeichnungen.

Bülow teilte mir das nach Rom abgegangene Telegramm Nr. 51 vom 12. März mit, in welchem die Ernennung Simsons zum Vertreter des Zwölfer-Komitees zur Kenntnis der Botschaft in Rom gebracht wird. Dieses Telegramm hatte sich, wie mir Bülow mitteilte, seltsamerweise mit meinem Telegramm Nr. 48 vom 10. März insofern gekreuzt, als dieses Telegramm erst vorlag, als das genannte Telegramm Nr. 51 schon abgefaßt war. Auf Weizsäckers Rat wurde dann das Telegramm Nr. 51 doch abgeschickt. (Ein komischer Geschäftsbetrieb: Das Telegramm Nr. 51 ist um 12 Uhr 55 am 12. März abgegangen. Mein Telegramm vom 10. März, das abends abging, hätte doch bereits am 11. morgens vorliegen müssen.) Ich hatte schon in der Bahn in einer Zeitung die Ernennung des Herrn Simson gelesen. Ich erinnerte mich daran, daß Grandi dringend geraten hatte, endgültige Entscheidungen erst zu treffen, nachdem man sich zwischen Deutschland und Italien verständigt hätte.<sup>5</sup> Mir war etwas unheimlich, daß Grandi uns vorwerfen könnte, wir hätten doch auf seine Bitte zunächst einmal eine gegenseitige Verständigung herbeiführen sollen. Das sagte ich Bülow. Darauf setzten wir zusammen das Telegramm Nr. 52 nach Rom auf, in dem gesagt wird, daß die Ernennung des Herrn von Simson bereits erfolgt gewesen sei, als ich mit Grandi am 9. d. Mts. über die Angelegenheit gesprochen hätte. Diese Angabe war insofern richtig, als am 9. die interne Entscheidung im Auswärtigen Amt fiel. Die Zustimmung des Herrn Reichsministers wurde allerdings erst am 10., die des Reichskanzlers am 11. März eingeholt. Bülow zeigte mir dann eine Aufzeichnung, die aus einer Mitteilung des Herrn von Renthe-Fink aus Genf stammt. Herr von Renthe-Fink teilt mit, daß von französischer Seite beabsichtigt würde, gelegentlich der Zusammenkunft des Zwölfer-Komitees in Paris eine Einheitsfront gegen Sowjetrußland herzustellen. Herr von Renthe-Fink wies ferner darauf hin, daß Grandi nach Paris fahren wolle. Vielleicht könne man ihn wissen lassen, daß derartige Absichten in Paris vorlägen. Zugleich zeigte mir Herr von Bülow ein von Herrn von Weizsäcker aufgesetztes Telegramm nach Rom. In diesem Telegramm wird Obiges mitgeteilt, und es wird der Auftrag hinzugefügt, Grandi zu informieren. Man könne ihm vielleicht sagen, daß nach unsrer Ansicht es sehr unangenehm sein würde, hierüber in Paris zu beraten. Vielleicht sei es besser, wenn wir unter diesen Umständen bloß Vertreter schickten, die unter der Begründung an der Beratung nicht teilzunehmen brauchten, daß sie nicht informiert seien und keine Instruktionen erhalten hätten. Dies, so wird endlich in dem Telegramm gesagt, würde vielleicht Grandi davon abhalten, die für uns sehr unerwünschte Reise nach Paris anzutreten.

Bülow sagte selbst, dieses Telegramm halte er für unmöglich. Ich stimmte ihm bei und sagte, wenn man Grandi dies stecke, so werde es ihn vielleicht erst recht veranlassen, nach Paris zu reisen, um für seine mehr oder weniger geliebten Russen einzutreten. Die Argumentation des Telegramms sei garnicht richtig auf die Psyche der Italiener eingestellt. Außerdem sei dies immerhin eine delikate Angele-

<sup>5</sup> Siehe Anm. 4; in Schuberts Aufz. vom 9. März heißt es: „Schließlich bat er [Grandi] mich dringend, dafür zu sorgen, daß wir uns gegenseitig auf dem Laufenden hielten, und in der Vertreterfrage ohne vorherige Verständigung keine endgültige Entscheidung trafen. Dies sagte ich ihm ausdrücklich zu.“ Durch zwei Striche am Rand markiert. Zur Vorgesichte auch Aufz. Schuberts (mit Grandi) vom 11. Februar 1931; Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 8.

genheit, die nur ich mit Aussicht auf Erfolg und ohne zu befürchten, daß ein Durcheinander entstehe, mit Herrn Grandi besprechen könnte. Herrn Smend würde das unter Umständen sehr schwer fallen.

Bülow gab mir recht und sagte, er wolle das Telegramm kassieren. Er stellte mir aber anheim, die Sache mündlich nach meiner Rückkehr vielleicht bei Herrn Grandi zu verwerfen.

Wir sprachen dann darüber, ob Grandi nach Paris gehen werde. Dies werde davon abhängen, so sagte ich, ob Henderson wirklich kommen werde. Bülow sagte mir, das sei in der Tat der Fall. Es sei soeben ein Telegramm von Neurath (Nr. 89 vom 13. März) angekommen, wonach Hendersons Reise nach Paris festzustehen scheine. Ich sagte, es sei mir recht zweifelhaft, was Grandi nun tun werde. Falls das Flottenabkommen [über die Abrüstung zur See] in der betreffenden Zeit gezeichnet werde, würde er wohl sicher kommen. Aber auch sonst würde er wohl Briand und Henderson nicht gern im Tête à Tête lassen. Auf alle Fälle aber würde ihm sicherlich die Reise nach Paris sehr unbequem sein.

Wir sprachen dann auch über das, was Herr Curtius tun werde. Bülow sagte, Curtius ginge sicher nicht nach Paris. Das sei auch insofern ganz gut, als der Minister in Paris in eine außerordentlich schwierige Lage kommen würde, aus allen möglichen Gründen. Simson könne mit Weizsäckers Unterstützung unter diesen Umständen die Sache viel besser machen.

Bei diesen Gelegenheiten sprachen wir auch noch kurz über das, was mir Grandi [am 9. März] über das Durcheinander der Unterzeichnung dessen, was in bezug auf das Flottenabkommen eigentlich unterzeichnet werden sollte, gesagt hatte.

Schließlich sagte ich Bülow, daß mir Grandi noch Einzelheiten über die italienische Pläne für das Zwölfer-Komitee in Aussicht gestellt hätte. Ich fragte Bülow, ob wir noch genauere Pläne ausgearbeitet hätten. Bülow sagte mir, er wisse darüber nur ungenau Bescheid. Weizsäcker solle mich hierüber noch heute orientieren.

3) Ich brachte dann die Aufzeichnung vom 9. März über die Mitteilung Grandis zur Botschafterkonferenz<sup>6</sup> zur Sprache. Ich sagte, das sei eine ganz üble Sache. Man müsse sich vor Massigli vorsehen. Bülow gab mir recht. Meritorisch<sup>7</sup> haben wir dann nicht mehr über die Sache gesprochen, indem ich auf den Bericht, den ich mitgebracht hatte, den aber Bülow noch nicht gelesen hatte, hinwies.

Bülow sagte mir, gegen sein Votum seien damals die ganz vertraulichen Mitteilungen, die mir Grandi gemacht hätte, bei einer Demarche in Paris verwandt worden, allerdings mit gebotener Vorsicht. Ich entgegnete, wenn die Vorsicht gewahrt worden sei, so hätte ich nichts dagegen. Denn daß eine Demarche in Paris gemacht wurde, hielt ich für sehr richtig.

4) Sodann sprach ich über die Frage des Präsidenten der Abrüstungskonferenz, indem ich meine Aufzeichnung vom 9. März zugrunde legte.<sup>8</sup> Ich sagte, daß,

<sup>6</sup> Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10; dazu auch Dok. 243 Punkt 14.

<sup>7</sup> Im Text „meditorisch“, Hschr. von Schubert verbessert.

<sup>8</sup> Darin heißt es: „Herr Grandi sagte mir ganz offen, er denke nach wie vor an Henderson, den er für den weitaus besten Kandidaten halte. Er sagte aber ferner, man müsse mit dieser Kandidatur außerordentlich vorsichtig umgehen, damit sie nicht scheitere. [...] Unter diesen Umständen halte er es, wie er mir schon vor einiger Zeit gesagt habe, für das Be-



was ich aus Sicherheitsgründen nicht berichtet hätte, Grandi auf Henderson lossteuern wolle. Das sei sein Kandidat. Er wolle aber anscheinend sehr vorsichtig mit dieser Kandidatur umgehen, damit sie nicht ebenfalls vorzeitig zu Fall gebracht würde, was nach Grandis Ansicht eventuell zur Folge haben könne, daß der schreckliche Briand wie ein Phönix aus der Asche als Präsident hervorgehen würde. Ich fragte Bülow, ob er denn wirklich die Kandidatur Karnebeek für so gut hielt.<sup>9</sup> Bülow sagte prompt, Beneš sei ihm lieber gewesen.<sup>10</sup> Auch die Militärs hätten sich mit aller Macht für Beneš eingesetzt, weil sie bei dieser Gelegenheit mit ihm irgendwelche auf die Tschechoslowakei bezüglichen Pläne zu behandeln hofften.

Ich erwiderte, wie dem auch immer sei, ich hielt Beneš für ein falsches Etikett. Ich fragte Bülow, wie er zu Henderson stände und Bülow erwiderte, die Kandidatur fände er ganz gut. Man habe aber, Herrn Grandi folgend, beschlossen, die Sache vorläufig ruhen zu lassen. Übrigens sei ja die Mai-Sitzung des [Völkerbunds-]Rats nur der erste Termin; der letzte Termin zur Ernennung des Präsidenten sei die September-Tagung.

Rümelin habe übrigens aus Sofia berichtet, daß nach Ansicht des dortigen Italienischen Gesandten, die Italiener begännen, sich mit Beneš abzufinden.

Diese Nachricht bezeichnete ich als falsch.

5) Sodann trug ich den Inhalt meiner großen Aufzeichnung vom 9. März<sup>11</sup> über mein sehr vertrauliches Gespräch mit Herrn Grandi vor. Dabei legte ich den größten Nachdruck auf die vertraulichen Mitteilungen Grandis, daß man in Rom über unsere Haltung enttäuscht sei, sowohl in der Vergangenheit, als auch in der Gegenwart, und daß die italienische Politik nach Grandis Ansicht in Berlin kein Echo fände. Ich erwähnte auch die auf Baron Neurath hinzielende Stelle der Aufzeichnung, indem ich betonte, es liege mir daran, diese Stelle nur Bülow mitzuteilen (das habe ich dann auch eingehalten).<sup>12</sup> Ich sagte Bülow, daß mir die Sache etwas unverständlich erscheine, was die Vergangenheit anlange. Ich hätte doch dafür gesorgt, daß Baron Neurath ständig über die Entwicklung der Locarno-Politik und ihre Bedeutung informiert würde. Ich hätte ihn auch mündlich mehrfach aufgeklärt. Ich müsse beinahe jetzt den Eindruck gewinnen, daß Baron Neurath unsere Politik hier nicht mit dem genügenden Nachdruck vertreten habe, vielleicht weil er

---

ste, vorläufig noch keine besonderen Schritte in der Sache zu tun, sondern etwa bis Ende dieses Monats damit noch zu warten.“

<sup>9</sup> Bülow vertraulich an Neurath, 18. März 1931, über „unsere Aktion zugunsten Karnebeeks“, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 69f.

<sup>10</sup> Dazu Dok. 239.

<sup>11</sup> Vgl. Anm. 4-6, 8.

<sup>12</sup> Der Passus lautet: „Die italienische Politik habe bei uns niemals ein richtiges Echo gefunden. Zur Charakterisierung dieser schon seit langer Zeit eingeschlagenen Politik könne er [Grandi] doch immerhin anführen, daß Herr Mussolini bereits vor dem Ruhreintritt im Jahre 1922 in London die These vertreten habe: keine interalliierten Schulden, keine Reparationen. Aber, wie gesagt diese Politik habe niemals ein Echo gefunden, nicht bei der Regierung, auch nicht in Regierungskreisen. Das Gespräch, das er jetzt mit mir führe, hätte er öfters vorgehabt, mit meinem Vorgänger, dem Freiherrn von Neurath zu führen. Das würde aber damals keinen Zweck gehabt haben, da, wie er wisse, sich der Freiherr von Neurath nicht gut mit der Stresemann-Regierung gestanden habe. Bei mir und bei meinen Beziehungen zu der Brüning-Regierung sei das etwas anders und deshalb führe er jetzt dieses Gespräch mit mir.“

innerlich ein Gegner dieser Politik gewesen sei. Als ich zum Beispiel mit dem Gouverneur von Rom [Boncompagni] einmal über die Vergangenheit gesprochen hätte, hätte ich festgestellt, daß dieser Herr ganz sonderbare Ansichten über die Stresemann-Politik gehabt habe. Er sei sehr erstaunt gewesen, als ich ihm auseinandergesetzt hätte, daß diese Politik durchaus nicht sich gegen Italien gerichtet habe und durchaus nicht exklusiv gewesen sei.<sup>13</sup> Aus einer gelegentlichen Äußerung des Herrn Smend hätte ich entnommen, daß Neurath mit der Locarno-Politik nicht einverstanden gewesen sei. Übrigens erinnerte ich mich auch eigentlich keines Berichts, in welchem Neurath klar der Enttäuschung der Italiener Ausdruck verliehen habe. Meine Ausführungen leuchteten Bülow sehr ein. Er sagte an sich nur, wahrscheinlich habe Neurath der Locarnopolitik gar nicht verstanden!<sup>14</sup>

6) Ich legte dann Bülow dar, daß ich es für absolut notwendig hielte, den Italienern nun endlich einige wirkliche Auskünfte zu geben. Auf die geheimen Mitteilungen, die ich in zwei Privatbriefen dem Reichsminister<sup>15</sup> zur Kenntnis gebracht hätte, hätte ich den Italienern nichts sagen können. Ich müßte ihnen jetzt aber eine klare Auskunft geben. Ich müsse auch wieder einmal zu Mussolini. Zu diesem Zwecke müßte ich aber eine Ermächtigung vom Reichskanzler haben. Mitteilungen von Curtius an Mussolini genügten nicht.

Bülow erwiderte, er sei hiermit durchaus einverstanden. Er glaube aber, daß es nicht richtig sei, Herrn Grandi schon etwas auf dem Gebiete der Abrüstung zu sagen. Wir hätten vor, nach Möglichkeit mit Paris auf diesem Gebiete weiterzukommen. Wenn wir jetzt den Italienern in der Abrüstung zu viel sagten so könne das irgendwie, vielleicht durch eine Indiskretion, in Paris bekannt werden. Dann könne vielleicht der Faden nach Paris abreißen.

<sup>13</sup> Dok. 243 Punkt 9.

<sup>14</sup> Dieser Satz hschr. von Schubert eingefügt. Siehe auch Dok. 247, 248. Über seinen Vorgänger notierte Schubert am 11. Februar 1931: „Es geht mir allmählich etwas auf die Nerven, daß meine Mitarbeiter in der Botschaft, wenn auch sicherlich in sehr wohlmeinendem Sinne, mich sozusagen als Testamentsvollstrecker meines Vorgängers ansehen. Sehr oft wird mir unter die Nase gerieben, Baron Neurath habe in diesem oder jenem Falle so oder so gehandelt, und es wird mir auch politisch anheimgegeben, den guten Rezepten Baron Neuraths zu folgen. Nun will ich keineswegs verkennen, daß Baron Neurath in den langen Jahren, die er hier war, sich eine gute Stellung geschaffen hat. Ob er aber tatsächlich, sowohl politisch, als auch auf gesellschaftlichem Gebiet einen besonderen Einfluß ausgeübt hat, will mir doch recht zweifelhaft erscheinen. [...] Schließlich muß ich mich doch daran erinnern, daß ich als Staatssekretär in den vergangenen Jahren öfters über die Tätigkeit Baron Neuraths nicht gerade sehr entzückt war. Bei schwierigen Aktionen erhielt ich selbst von dem nicht sehr ergebnigen Herrn Sthamer aus London ausführlichere Telegramme, während die Telegramme Baron Neuraths stets sehr kurz und außerordentlich nichtssagend waren. Wenn ich dabei auch in Rechnung stelle, daß bei diesen Aktionen meistens Italien nur nebenbeteiligt war, so konnte ich mich doch des Eindrucks nicht erwehren, daß der Kontakt mit der hiesigen Regierung ein recht mangelhafter war. [...] Ich kann mich des Eindrucks nicht entschlagen, daß ich hier, was den wirklichen politischen Kontakt anlangt, Neuland vor mir habe. Ich fürchte auch, daß mir hier die sehr schwierige Aufgabe zufallen wird, neue Wege zu suchen, die bisher – leider – nicht gesucht worden sind.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 8.

<sup>15</sup> Vom 13. Januar (über die mögliche Annäherung zwischen Frankreich und Italien; PA, R 29514) und 12. Februar 1931 (über Europäischen Studienausschuß, Abrüstung, Kandidatur Beneš, Nationalsozialismus); Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 8).

Ich ließ mich auf diese Argumentation nicht weiter ein. Ich führte aber aus, daß vielleicht eine Parallele mit den Verhandlungen gezogen werden könnte, die wir vor neun [Schreib-/Hörfehler?] Jahren in Genf bezüglich der endgültigen Abschaffung der Militärkontrolle<sup>16</sup> geführt hätten. Damals hätten wir Briand hierzu nur gebracht, indem wir uns die Unterstützung Chamberlains, Vanderveldes und auch bis zu einem gewissen Grade Scialojas gesichert hätten. Das sei auch, davon sei ich fest überzeugt, Briand ganz angenehm gewesen. Er habe ja damals nach Abschluß der Verhandlungen mehrere Wochen lang in Paris um sein Leben kämpfen müssen. Sicherlich habe er damals gesagt, daß er zwar mit Deutschland hätte fertig werden können: nachdem aber England, Belgien und Italien auf unsere Seite getreten seien, habe er ganz allein gestanden, und sich schließlich eben fügen müssen. Ich fügte hinzu, es sei meiner Ansicht nach ideal, wenn wir es fertig kriegen könnten, für die Abrüstungskonferenz eine deutsch-englisch-italienische Front zu schaffen, die sich übrigens nicht direkt gegen Frankreich zu richten brauche, sondern sehr sachlich aufgezogen werden könnte. Vielleicht würden wir dann auf der Konferenz eine gute Stellung und Aussicht auf Erfolg haben. Natürlich, so betonte ich, liege der Hebel in London; aber auch von Italien aus könne man allerlei machen.

Bülow erwiderte, meine Ausführungen leuchteten ihm sehr ein. Was London anlange, so sei Neurath leider wenig wendig.

7) Ich fragte Bülow, wie überhaupt seiner Meinung nach sich unsere Politik mit Italien weiterentwickeln werde.

Bülow erwiderte sehr richtig, das hänge in erster Linie von unserer Politik mit Frankreich ab. Die Militärs hätten in dieser Beziehung ganz phantastische Ansichten. Sie glaubten, mit Frankreich sehr weit kommen zu können. Sie glaubten an die Möglichkeit eines Militärbündnisses, und zwar in noch sehr viel weiteren Ausmaße als Rechberg.<sup>17</sup> Er selbst aber halte das für ganz unmöglich. Er sei viel mehr der Ansicht, daß wir mit den Franzosen in einigen Jahren<sup>18</sup> nichts machen könnten. Auch Hoesch sage immer, erst müsse die Atmosphäre noch besser werden.

Ich erwiderte, das sage Hoesch immer. Er habe ganz unrecht, wenn er ständig behaupte, wir müßten auf eine Besserung der Atmosphäre warten. Wenn wir ihm gefolgt seien, so würde weder Locarno, noch die Rheinlandräumung zustande gekommen sein. Hierbei erinnerte ich Bülow an unsere gemeinsame Vorarbeit für die damalige September-Sitzung des Völkerbundes [1928].<sup>19</sup> Bülow erzählte mir, bei seiner letzten Anwesenheit habe Hoesch in Berlin große Reden gehalten. Um ganz sicher zu sein, daß man ihn in Berlin verstanden hätte, hätte er noch nachträglich aus Paris eine große Aufzeichnung gesandt. (Diese Aufzeichnung ließ mir Bülow nachher geben. Ich habe sie am Abend durchgelesen und leider am nächsten Tage zurückgeben müssen. Diese Aufzeichnung war recht gewandt abgefaßt, aber in der üblichen Hoeschschen Art mit übertriebener Methodik. Hoesch sucht klarzuma-

<sup>16</sup> Sie fanden im Dezember 1926 statt. Siehe Dok. 158 und Anm. 2 dazu. Ähnliche taktische Hinweise Schuberts sind häufiger, etwa Dok. 281.

<sup>17</sup> Siehe dazu Hoeschs Aufz. vom 6. März 1931 über deutsch-französische Politik, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 8-18, hier S. 15f., außerdem Bülow an Hoesch, 14. Januar, ebd., Bd. XVI, S. 397-99.

<sup>18</sup> Im Text „in den nächsten zehn Jahren“; hschr. von Schubert korrigiert.

<sup>19</sup> Dazu Dok. 190, 192, 193.

chen, daß wir in allen möglichen Punkten, die er aufführt, immer mit großem Enthusiasmus an Gespräche mit den Franzosen herangehen, wobei sich schließlich immer wieder herausstellte, daß die Franzosen aus politischen Gründen keine praktische Arbeit leisten wollten. Sehr einleuchtend wendet sich Hoesch gegen die Möglichkeit eines Militärbündnisses, die er als nicht gegeben bezeichnet. Er behandelt in dieser Aufzeichnung auch das Saargebiet und sagt am Anfang dieses Kapitels, diese Frage sei, „wie er stets gesagt habe“, zu früh angeschnitten worden. Diese Äußerung finde ich sehr überflüssig und ganz falsch. Ich hätte Lust, hierüber Hoesch einen Brief zu schreiben. Im übrigen ist die Aufzeichnung von Hoesch, wie gesagt, hübsch geschrieben, ermangelt aber jeden neuen Gedankens. Hoesch kommt mir doch allmählich sehr ausgeleiert vor.)<sup>20</sup>

8) Ich sprach mit Bülow auch über die Curtius-Rede und sagte, etwas mehr als den einen Satz hätte Curtius doch vielleicht über Italien sagen können. Bülow erwiderte, Curtius habe deshalb nicht mehr sagen können, weil dies sonst von den Gegnern des Herrn Curtius als eine Verbeugung vor den Nationalsozialisten und vor Hitler gedeutet worden sei. Den Wolff-Schnitzer habe Herr Stern-Rubarth auf dem Gewissen.<sup>21</sup>

9) Bülow orientierte mich in großen Zügen über die österreichische Sache.<sup>22</sup> Er halte sie für einigermaßen gefährlich, aber sie müsse jetzt gemacht werden. Wirtschaftlicher Schaden erwachse übrigens den Italienern aus der geplanten Zollunion nicht.

10) Wir kamen noch einmal auf die Abrüstungskonferenz zu sprechen. Ich bezeichnete sie geradezu als ein Symbol. Aus dieser Konferenz könne sich allerlei entwickeln. London sei natürlich der Hebel. Aber auch von Italien aus könne man nachhelfen.

<sup>20</sup> Siehe Anm. 17.

<sup>21</sup> Im Text „verbockt“; von Schubert hschr. korrigiert. – Curtius hatte am 10. Februar im Reichstag zur auswärtigen Politik gesprochen, Schultheß, Bd. 72 (1931), S. 40-44; darüber Grandi zu Schubert: „Er wolle nicht weiter von der letzten Reichstagsrede des Herrn Curtius sprechen. Er verstehe als diplomatischer Fachmann, aus welchen Gründen solche Reden gehalten würden. Allerdings sei diese Sache dann noch durch die Ungeschicklichkeit des Wolff-Büros [W.T.B.] verschärft worden, welche die ganz kurze Erwähnung Italiens auch noch weggelassen habe. Aber immerhin: auch diese Rede, an der er, wie gesagt, als diplomatischer Fachmann an sich keinen Anstoß nehme, bildet doch auch einen Beweis dafür, wenn er sage, daß die italienische Politik in Deutschland kein Echo fände.“-Aufz. Schuberts vom 9. März 1931, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10.

<sup>22</sup> Schubert war wie Hoesch, Neurath, Koch und Schoen am 9. März ganz geheim vom Abschluß einer deutsch-österreichischen Übereinkunft über eine Zollunion anlässlich der Reise Curtius' nach Wien, 3.-5. März 1931 informiert worden, Schreiben Bülows, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 24, AR, Kab. Brüning I, Bd. 1, S. 915f. u. Bd. 2, S. 952f. Zur Entwicklung bis zu diesem Datum siehe ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. XXXIIIff. Zu seiner Zeit als Staatssekretär war Schubert bereits mit solchen Plänen konfrontiert worden. Gegenüber dem österreichischen Gesandten Frank äußerte er am 21. Januar 1928: „Wenn natürlich auch eine deutsch-österreichische Zollunion ein Idealzustand sei, der irgendwann einmal erreicht werden müsse, so seien wir uns doch mit den österreichischen Herren stets darüber klar gewesen, daß es vollkommen falsch sein würde, diesen Zustand jetzt schon verwirklichen zu wollen, und daß es daher lediglich darauf ankäme, durch geeignete Handelsvertragsverhandlungen diesen Zustand nach Möglichkeit vorzubereiten.“Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. VIII, S. 71. Siehe auch Dok. 227, 231.

Bülow gab mir recht. Leider sei Baron Neurath aber nicht sehr wendig.

Bülow sprach auch von der Möglichkeit, daß die Konferenz auffliegen könne. Diesen Moment müßten wir sehr sorgsam vorbereiten. Dann würden wir eventuell den Teil V des Vertrages von Versailles<sup>23</sup> zerreißen und aufrüsten. Das Militär sei im übrigen sehr verständig. Es wolle bloß erreichen, daß die anderen in richtiger Weise abrüsteten und daß das deutsche Militär im bisherigen Rahmen das ihm Erlaubte tun könne.

Ich sagte Bülow, man solle um Gotteswillen nicht zu früh von Aufrüstung sprechen. Darüber dürfe jetzt kein Wort fallen.

Bülow gab mir recht und sagte mir, er habe Anstalten in dieser Richtung getroffen. Auch den T.U.-Mann, mit dem er vor mir gesprochen habe, habe er in dieser Weise aufgeklärt.

11) Während des Gespräches wurde Bülow von dem Reichsminister antelefoniert. Er sagte mir nachher, es sei eine üble Panne passiert. In der Pressekonferenz habe der Reichsminister, stark von einigen Journalisten angegriffen eine „Schiele-Rede“<sup>24</sup> gehalten. Das solle nun durch irgendein Communiqué wieder gutgemacht werden.

12) Bülow erzählte mir, durch die ersten Nachrichten aus der englischen Presse, wonach ich aus eigener Initiative Herrn Henderson einen Besuch gemacht hätte, sei der Reichspräsident in Aufregung und Unmut geraten. Man habe mir schon telegrafieren wollen, ich solle telegrafieren, die Initiative sei nicht von mir, sondern von Henderson ausgegangen. Hierauf sei dann aber in diesem Sinne bereits ein Telegramm von mir eingetroffen.<sup>25</sup> Das habe man sofort dem Reichspräsidenten vorgelegt, und er sei dann wieder ganz beruhigt gewesen.

13) Bülow sagte mir, er sei doch recht müde. Er hoffe sehr auf die parlamentslose Zeit, die im April eintreten werde.

14) Mit dem Reichsminister komme er ganz gut aus. Es sei aber, wie ich im voraus gesagt hätte, manchmal sehr mühsam.

15) Den Herrn Reichspräsidenten sehe er sehr selten.

16) Bülow orientierte mich dann auch eingehend über die bevorstehende Aktion in London, Paris und Rom bezüglich der Zoll-Union. Ich sagte Bülow, ich hätte gleich so etwas gerochen, als mir seinerzeit Herr Auer telefoniert hätte, ich solle u. a. wegen der „Wiener Pläne“ hierher kommen. Ich sei natürlich etwas erstaunt darüber, daß die Sache jetzt so plötzlich komme. Bezüglich Italiens könne ich keine Prophezeiungen machen. Jedenfalls sei die Sache ernst und schwierig. Bülow gab mir recht. Er sagte, der Schuß müsse aber jetzt losgehen, da sonst Indiskretio-

---

<sup>23</sup> Teil V des Versailler Vertrages enthielt Bestimmungen über die weitgehende Begrenzung der Streitkräfte und des militärischen Potentials des Reiches. Die Abrüstungskonferenz des Völkerbundes wurde erst am 2. Februar 1932 eröffnet. Siehe auch ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. XVI.

<sup>24</sup> Zu der Schiele-Rede siehe Schultheß', Bd. 72 (1931), S.69f. Schiele (Deutsches Landvolk) war früher Mitglied der DNVP gewesen. 1925 war er Innenminister; 1927-28, 1930-32 Ernährungsminister. Seine alten Parteifreunde aus der DNVP erhoben gegen ihn – gestützt auf Äußerungen D'Abernon's in seinen Memoiren – Vorwürfe wegen seiner Rolle während der Vorverhandlungen für die Locarno-Konferenz.

<sup>25</sup> Tel. Schuberts vom 27. Februar 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 598-600.

nen vorkommen könnten. Die Sache liege sozusagen in der Luft. Deshalb müsse man sich eilen. Bülow gab mir noch einige Erlaubentwürfe<sup>26</sup>, damit ich Zeit hätte, sie heute abend noch durchzusehen. Auf diese Weise werde dann morgen unser Gespräch mit dem Minister erleichtert werden.<sup>27</sup>

## 245

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichsminister Curtius  
Berlin, 14. März 1931**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10.*

Von 11 bis  $\frac{3}{4}$  2 Uhr war ich heute beim Reichsminister.

Zunächst sah ich ihn allein und machte ihm ganz allgemeine Ausführungen über meine römischen Eindrücke. Ich erzählte ihm meinen Geschäftsverkehr mit Grandi, daß alle Leute sehr freundlich seien, daß ich Mussolini nur ein einziges Mal gesehen habe usw.

Dann rief er Bülow dazu und wir sprachen zunächst über den ersten mit Bülow gestern behandelten Gegenstand (vgl. hierzu besondere Aufzeichnung).<sup>1</sup>

Dann ging ich gleich auf das Thema meiner letzten Aufzeichnung über mein Gespräch mit Grandi vom 9. März über. Ich legte im Einzelnen dar, worauf die Enttäuschung und das Mißtrauen der Italiener zurückzuführen sei. (Die Neurathsche Stelle ließ ich dabei weg.)<sup>2</sup> Ich betonte, daß Italien seine Politik uns gegenüber ändern würde. Ich betonte aber ferner, daß, wenn wir nicht etwas täten, dann doch

<sup>26</sup> Im Text „Berichtsentwürfe“; hschr. von Schubert korrigiert.

<sup>27</sup> Siehe Dok. 245. Die Diskussion über die erforderlichen Schritte zur Ankündigung der Zollunion faßte Schubert in einer Zusammenstellung vom 12. Juni 1931 pointiert folgendermaßen zusammen: „1) 13. März. Zu Bülow: Grandi sagte mir, die italienische Politik fände in Berlin kein Echo. Bülow orientierte mich in großen Zügen über die österreichische Sache; er hielt sie für einigermäßen gefährlich. Ich sagte, ich sei erstaunt, daß die Sache jetzt so plötzlich komme. Bezüglich Italiens könne ich keine Prophezeiungen machen. Jedenfalls sei die Sache ernst und schwierig. Bülow gab mir recht. 2) 14. März. Zu Reichsminister und Bülow: Ich betonte in allgemeiner Rede, daß, wenn wir nicht etwas täten, die Gefahr bestehe, daß Italien auf einmal abschwimme. Ich bezeichnete es (ebenfalls ganz generell) als unbedingt notwendig, den Italienern einige Auskünfte über unsere Absichten zu geben. 3) 14. März. Zu Bülow und den Ministerialdirektoren: Ich erklärte kategorisch, man werde in Italien natürlich unseren Schritt als die erste Etappe zum Anschluß ansehen. Köpke als einziger gab mir recht. Man erzählte mir, Hoesch, der vor der Wiener Reise des Ministers in Berlin war, habe, gefragt, sich für die Sache ausgesprochen. Ich sagte endlich, es komme alles auf die Stellungnahme des Duce an. 4) 14. März. Zum Reichskanzler: Ich bezeichnete es als notwendig, nunmehr doch etwas mit den Italienern zu machen. Der Reichskanzler sagte, die österreichische Sache passe jetzt schlecht.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 16.

<sup>1</sup> Dok. 244 Punkt 1.

<sup>2</sup> Siehe dazu auch Dok. 244 Punkt 5.

die Gefahr bestände, daß Italien auf einmal abschwimme. Deshalb müßten wir etwas tun. Ich erwähnte auch den gestern gebrauchten Vergleich mit der Beendigung der Militärkontrolle. Ebenso sagte ich, man solle doch versuchen, eine deutsch-englisch-italienische Front für die Abrüstungskonferenz herzustellen.<sup>3</sup> Ich betonte auch, daß Herr Grandi großes Vertrauen in Herrn Curtius habe. Dem Reichsminister schienen meine Ausführungen einzuleuchten. Er sagte aber, daß schließlich Grandi ihn in mancher Beziehung in Genf im Stich gelassen hätte. Zum Beispiel in der polnischen Sache. Nachdem Curtius seine Rede gehalten hätte, hätte Grandi mit verschränkten Armen dagesessen. Er hätte keinen Ton gesagt, sondern lediglich ihm – Curtius – zugeflüstert, er habe eine sehr schöne Rede gehalten. Auch in der Memelsache hätte er ihm keinerlei Unterstützung zuteil werden lassen. Endlich sei Grandi für den Entwurf der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz eingetreten.<sup>4</sup> Das sei sehr überflüssig gewesen. Nur wegen des Heeresmaterials habe er schließlich etwas gesagt.

Als ich dann aber die verschiedenen Punkte hervorhob, in welchen uns die Italiener unterstützt hätten, wobei ich die Sache der Botschafterkonferenz [über den Stand der deutschen Entwaffnung] und die Mobilisierungsangelegenheit erwähnte, sagte der Minister, es wäre ihm eigentlich viel lieber gewesen, wenn die Italiener in der Mobilisierungsangelegenheit ihre ursprüngliche Absicht durchgeführt hätten.<sup>5</sup> Es sei ihm sehr schwer gewesen, Herrn Grandi in Genf in dieser Sache seinen Dank auszusprechen. Er habe das ja auch nachher in einer Form getan, die Herrn Grandi nicht gerade erfreut habe. Übrigens habe er damals sich dagegen wenden müssen, daß aus dem Gespräch mit Grandi zu viel gemacht würde. Der Artikel des „Popolo d' Italia“<sup>6</sup> sei doch unerhört gewesen.

Auf die italienische Politik zurückkommend, sagte ich dann andererseits, es sei schließlich Gewähr dafür gegeben, daß die Bäume zwischen Italien und Frankreich nicht in den Himmel wüchsen. Schon jetzt wären die Italiener garnicht sehr erfreut über den „Feuerzauber“, den die Franzosen losließen. Was die kommenden Verhandlungen angehe, so sei ich der Ansicht, daß in der lybischen [libyschen] Frage vielleicht bald eine Einigung erzielt werden könnte. Die tunesische Frage sei aber viel zu kompliziert und sachlich schwierig, um sie im Handumdrehen lösen zu können. Aber selbst wenn eine Einigung in diesen Fragen erfolgte, so wäre immer noch die Sache nicht so schlimm. Denn schließlich bliebe der Kampf um die Vorherrschaft im Mittelmeer zwischen Italien und Frankreich noch übrig. Außer-

<sup>3</sup> Dok. 244 Punkt 6.

<sup>4</sup> Siehe Runderlaß des AA vom 12. Januar 1931 über den Abschlußbericht der Vorbereitenden Abrüstungskommission und ihren Entwurf einer Abrüstungskonvention, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 379-88, und Aufz. Weizsäckers vom 2. März, ebd., Bd. XVII, S. 3-7.

<sup>5</sup> Dok. 243 Punkt 14 u. 18. Siehe auch Schuberts Aufz. vom 14. März über den zeitlichen Ablauf: „Dann fuhr ich mit dem schönen neuen Dienstauto mit Bülow, Köpke und Ritter in Bülow's Wohnung. Auf der Fahrt sagte mir Herr Ritter, er beglückwünsche mich sehr zu dem Erfolge in der Mobilisierungssache. Es sei fabelhaft, daß das durchgesetzt worden sei. Hierauf habe man im Amt garnicht gerechnet. Es folgte ein sehr nettes Frühstück bei Bülow [Dok. 246], wo inzwischen auch Herr Gaus eingetroffen war.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10.

<sup>6</sup> Hauptzeitung der faschistischen Partei; dazu Aufz. Curtius' (Genf) vom 25. Januar 1931 über eine Unterredung mit Grandi, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 473.

dem aber die jugoslawische Frage. Es sei schließlich nicht anzunehmen, daß den Italienern das ihnen 1915 gegebene Versprechen, daß sie die dalmatinische Küste bis Valona bekommen würden, eingelöst würde. Außerdem würden doch die Franzosen nach wie vor Jugoslawien als Sturmbock gegen Italien benutzen.

Ich bezeichnete es als unbedingt notwendig, wie ich Bülow gestern schon gesagt hatte, den Italienern einige Auskünfte über unsere Absichten zu geben.<sup>7</sup>

Hier sprang das Gespräch ab auf die Beteiligung des Ministers an dem [Europäischen] Studien-Komitee und auf die österreichische Frage. Die letztere setzte mir Herr Curtius in großen Zügen auseinander. Dann sprach er mit Bülow längere Zeit darüber, ob er nach Paris reisen solle. Der Herr Reichspräsident habe ihm schon ganz erschreckt vor kurzem gesagt, er werde doch nicht nach Paris reisen. Er halte diese Reise für ganz unmöglich. Er fürchte, daß er dann einerseits gezwungen werden würde, an dem Siegesjubiläum über das See[abrüstungs]abkommen teilzunehmen. Das sei ganz unwürdig für ihn. Andererseits aber fürchte er, daß man über die Abrüstung sprechen und versuchen werde, ihn hier in sehr unliebsamer Weise in die Zange zu nehmen. Der Studienausschuß selbst sei doch nur ein Vorwand. Aber auch hier könne er in eine unangenehme Lage kommen. Andererseits sei der Gedanke natürlich unheimlich, daß in Paris unter Umständen sämtliche Außenminister der Länder außer Deutschland vertreten sein würden.

Dann sprach der Minister lange über die österreichische Sache. Er sagte, die Demarche, die wir jetzt vorhätten, sei zeitlich sehr inopportun. Nicht mit Unrecht würden die anderen sagen, da sähe man wieder die „Boches“. Man sei zusammengekommen, um in Ruhe und Frieden die Weltlage und die Wirtschaftslage zu besprechen: jetzt platzten die Deutschen wieder mit diesem scheußlichen Osterei herein. Unter diesen Umständen erwäge er wirklich, ob man nicht doch die Demarche noch vor Ostern [5./6. April], aber nach der Sitzung des Studienausschusses, oder aber erst nach Ostern machen sollte.

Bülow widersprach ihm sehr energisch, indem er besonders darauf hinwies, daß die Sache nicht länger diskret bleiben könne. Die Presse habe schon Lunte gerochen. Es sei zu befürchten, daß auch unsere Gegner Lunte riechen würden. Ein ganz unmöglicher Zustand werde eintreten, wenn vorweg und ohne, daß wir Zeit gehabt hätten, unsere Demarche zu unternehmen, die anderen eine Demarche gegen unsere Absichten machen würden.

Der Minister schien dies einzusehen. Er kam aber immer wieder auf seine Argumentation zurück. Bülow sagte ihm dann mit großem Freimut, es komme vor allem darauf an, kein schlechtes Gewissen zu zeigen: das dürfe man nie haben. Man müsse bei der Demarche die Zollunion als eine gute Sache hinstellen. Hierin unterstützte ich Bülow. Das Gespräch kam dann auch auf die Absicht des Ministers, Ende dieses Monats bis in den April hinein eine Reise nach Sizilien anzutreten. Auf dem Rückwege könne er dann, so meinte er, einen halboffiziellen Besuch in Rom abstaten. Natürlich müsse ihm Mussolini ein Diner geben. Ich erwiderte, ich hätte doch große Bedenken gegen eine solche Reise. Vor allen Dingen dürfe aber der Minister keine „Stippvisite“ in Rom machen. Das würden die Italiener sehr übel nehmen. Bülow unterstützte mich einigermaßen.

<sup>7</sup> Dok. 244 Punkt 6.



Dazwischen hinein wurde telefonisch ein sehr wichtiges Telegramm von Neurath angekündigt: telefonisch aber wollte Neurath kein Wort über den Inhalt dieses Telegramms sagen.<sup>8</sup>

Übrigens sagte der Minister, seine Reise nach Sizilien erfahre natürlich dadurch eine Erschwerung, daß die Sitzung des Europa-Ausschusses schon vor der Mai-Sitzung des Rats<sup>9</sup> stattfinden solle, und zwar deshalb, weil sehr bald nach der Ratssitzung die Präsidentenwahl in Frankreich erfolgen werde und Briand bekanntlich einer der Kandidaten sei.

Endlich kam ich dann auch wieder darauf zurück, was ich Grandi sagen könnte. Ich wurde ohne weiteres ermächtigt, folgende Punkte zu berühren:

1) Wir wären einverstanden mit der Zusammenarbeit, wie sie Grandi wolle. (Kein Scheinwerfer)

2) Wir hätten volles Vertrauen, daß das Seeabkommen<sup>10</sup> eine gute Sache sei.

3) Wir wollten auf dem Abrüstungsgebiet mit den Italienern zusammenarbeiten.

4) Mehr oder weniger wurde ich auch ermächtigt, Grandi anzudeuten, warum (gestriges Gespräch mit Bülow)<sup>11</sup> Curtius in seiner Parlamentsrede über Italien nicht mehr habe sagen können.

5) Wir seien mit der italienischen Politik Frankreich gegenüber, wenn sie nämlich nicht auf unserm Rücken erfolge, ganz einverstanden.

6) Was unsere Politik gegenüber Frankreich anlange, so müsse Herr Grandi Verständnis dafür haben, daß wir mit Frankreich weiter arbeiten müßten. Ich wurde aber ermächtigt, Herrn Grandi ausdrücklich zu versichern, daß unsere Linie nicht nach dem Westen orientiert sei, sondern nach allen Seiten. Niemals würden wir Frankreich einen Preis zahlen, der in einer deutschen Abhängigkeit von Frankreich bestehen würde. Niemals würden wir uns in eine wirtschaftliche oder finanzielle Abhängigkeit von Frankreich begeben.

7) England gegenüber hätten wir wohl dieselbe Politik. Die englische Haltung in der Abrüstungsfrage habe sich ja gebessert. Auch seien wir der Ansicht, daß man in dieser Frage in England den Hebel ansetzen müsse.

8) Auch Frankreich und Rußland gegenüber hätten wir dieselbe Politik.

Was die innere Lage in Deutschland anlange, so kann ich mich allgemein dahin äußern, daß Brüning durchzukommen hofft. Bezüglich der Beurteilung der Hitlerbewegung wurden mir in der Eile bestimmte Richtlinien nicht gegeben.

Ich hatte bei dem Gespräch auch Gelegenheit, energisch zu sagen, die Schäferschen Nachrichten über den Zusammenbruch italienischer Banken, der italienischen Finanzen und daraus folgend auch des faschistischen Regimes, seien meiner Ansicht nach ganz falsch.<sup>12</sup> Eine Anleihe werde den Italienern natürlich sehr gut tun. Aber unter Umständen könnten sie die Fälligkeitstermine auch ohne eine sol-

---

<sup>8</sup> Tel. vom 14. März, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 80 Anm. 2 (Vorbereitung der Einladung an Brüning und Curtius).

<sup>9</sup> Gemeint ist die 63. Tagung des Völkerbundsrats vom 18.-23. Mai in Genf.

<sup>10</sup> Dok. 243 Punkt 29.

<sup>11</sup> Dok. 244 Punkt 8.

<sup>12</sup> Dok. 243 Punkt 25.

che überwinden. In Amerika würde ohne Zweifel verhandelt. Man müsse die Sache in Ruhe abwarten.

Endlich bat ich den Minister, den Reichskanzler um die Ermächtigung bitten zu dürfen, Mussolini von ihm Grüße zu bringen und auch etwas Politisches in seinem, Brüning's Namen, ihm zu sagen. Herr Curtius erwiderte, er habe keine Bedenken, daß ich diese Bitte an den Reichskanzler richtete. Ich solle aber vorsichtig sein: das Zentrum wisse, daß der Vatikan sehr schlecht mit der italienischen Regierung stehe. Aus weltanschaulichen Gründen sei das Zentrum gegen alles, was Faschismus usw. bedeute, sehr stark eingestellt. Unter diesen Umständen werde der Reichskanzler mir seine Bitte wohl abschlagen.

Ich erwiderte, das sei dann schließlich auch nicht so schlimm: dann könne ich eben Mussolini nicht sehen.

## 246

### **Aufzeichnung von Schuberts über Gespräche mit Staatssekretär von Bülow und den Ministerialdirektoren Gaus, Ritter und Köpke (gekürzt) Berlin, 14. März 1931**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10.*

[...]¹

Ich habe dann während des Frühstücks und nach demselben mit den Herren von Bülow, Gaus, Ritter und Köpke gesprochen.

Der größte Teil des Gesprächs befaßte sich mit der österreichischen Sache.<sup>2</sup> Es wurde mir erzählt, in den Monaten nach dem Schoberbesuch in Berlin sei die Sache, wie damals besprochen worden sei, weiter bearbeitet worden und zwar zwischen den Herren Ritter und Schüller, wobei Ritter die Hauptarbeit geleistet habe.<sup>3</sup> Bei der Januarsitzung des [Völkerbunds-]Rats sei dann wieder mit Schober gesprochen worden.<sup>4</sup> Vor der Wiener Reise habe der Minister dann plötzlich erklärt, er wolle die Sache jetzt zu Ende bringen.<sup>5</sup> Zuerst sei beabsichtigt gewesen, schon einen Vertrag zu zeichnen. Dann sei man darauf gekommen, nur ein pactum de contrahendo zu schließen; dadurch hoffte man evtl. den Gegnern gegenüber eine leichtere Stellung zu haben. Man könne sich dann noch etwas abhandeln lassen. Die Herren sagten, man rechne bestimmt mit einem starken Widerstand der Tschechoslowakei und Frankreichs, vielleicht auch Italiens. Vielleicht sei der Widerstand Italiens garnicht so schlecht, weil dann die Franzosen die Sache vielleicht weniger schlimm finden würden. Es wurde mir sogar freundlichst anheimgestellt, eine ge-

<sup>1</sup> Unterhaltung zwischen Bülow und Schubert während der Fahrt zum Frühstück bei Bülow.

<sup>2</sup> Siehe dazu Dok. 244-251. Außerdem ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. XXXIII-XXX.

<sup>3</sup> Dok. 231; ADAP; Serie B, Bd. XV, S. XXVIIIf., Bd. XVI, S. XXXIIIff.

<sup>4</sup> Völkerbundsratssitzung vom 19.-24. Januar 1931 in Genf; ganz geheimes Tel. Curtius' (Genf) vom 16. Januar 1931, ebd., Bd. XVI, S. 410-12.

<sup>5</sup> Curtius hielt sich vom 3.-5. März 1931 in Wien auf; siehe dazu Dok. 244 Punkt 9.

wisse ablehnende Haltung Italiens aus diesem Grunde direkt zu provozieren. (Ich glaube, daß sich auch der Minister heute vormittag in diesem Sinne aussprach.)<sup>6</sup> Ein solches Ansinnen aber lehnte ich kategorisch ab. Es wurde dann noch lange hin und her gesprochen, ob zuerst der Deutsche und dann der Österreichische Vertreter die Demarche unternehmen sollte oder umgekehrt. Zugunsten der ersten österreichischen Demarche sprach sich Ritter aus, da er davon erhofft, daß die Österreicher dann bei der Stange bleiben werden. Ich äußerte Zweifel, ob das in Rom praktisch sein würde. Lange wurde dann hin und her diskutiert, ob das Protokoll gleich zu übergeben sei oder erst für später in Aussicht gestellt werden sollte. Für die letztere Version sprach sich Bülow aus, indem er sagte, daß die anderen, wenn sie noch nichts Schriftliches in den Händen hätten, sich dann weniger leicht in Paris gegen uns einigen könnten. Gaus, von mir unterstützt, sprach sich für eine sofortige Übergabe aus. Eine Entscheidung wurde nicht getroffen. Allerlei weitere, ziemlich komplizierte Erwägungen, die insbesondere von den Herren Ritter und Gaus angestellt wurden, sind hier nicht weiter interessant.

Ich erklärte kategorisch, man werde natürlich den Schritt als die erste Etappe zum Anschluß ansehen. Ich fragte, was ich sagen sollte, wenn ich hierauf angesprochen würde. Die Herren meinten, ich soll sagen, der Anschluß sei etwas ganz anderes und habe damit nichts zu tun. Schließlich sagte ich, ich könne vielleicht meine bisherige Formel zur Anwendung bringen. Diese Formel laute etwa folgendermaßen: „Der Anschluß kommt entweder, das kann niemand verhindern, oder er kommt nicht, dann kann man ihn auch nicht forcieren. Man muß da in Ruhe abwarten.“ Diese Formel fand allgemein Anklang. (Schon heute morgen wurde ich übrigens von dem Minister ermächtigt, ganz glatt zu erklären, mit dem Anschluß habe die Sache nichts zu tun. Heute morgen hatte ich übrigens dem Minister gesagt, die Forderung Italiens, wenn es einmal zum Anschluß käme, sei ganz klar: Sie würden die Verbriefung mit vielen Siegeln der Brennergrenze verlangen und ferner, daß wir uns verpflichten, niemals wieder in Südtirol einen Einfluß ausüben zu wollen. Der Minister hatte darauf erwidert, das sehe er ein. Er machte dann Ausführungen, daß er gegen den Anschluß sei. Bülow sagte, er solle mich nicht zu sehr aufhetzen, da ich ohnehin schon ein Anschlußgegner sei. Der Minister ventilierte dann den Gedanken, ob ich, wenn hier in Rom von Anschluß gesprochen würde, nicht sagen könnte, daß ein solcher Anschluß schon aus Verfassungsgründen (Verlangen auch einzelner österreichischer Länder, eine eigene Repräsentation im Reich zu haben usw.) außerordentlich schwierig sei. Bülow riet davon ab, und ich pflichtete ihm bei.) Diese Ideen wurden auch jetzt wieder ventiliert. Köpke war der einzige, der mir recht gab, indem er sagte, natürlich würde man im Auslande sagen, das sei die erste Etappe zum Anschluß. Alle Herren waren der Ansicht, daß die Demarche jetzt und zwar noch vor der Sitzung des Zwölferkomitees<sup>7</sup> gemacht werden müsse. Schon jetzt sei die Gefahr einer Indiskretion sehr groß.

Auf meine Bitte setzte mir Herr Ritter auseinander, daß aus wirtschaftlichen Gründen der österreichische Plan sehr gut sei. Er will mir darüber noch eine Aufzeichnung geben. Vor allen Dingen aber, so betonten alle Herren, sei die Gefahr,

<sup>6</sup> Siehe Dok. 245.

<sup>7</sup> Dazu Dok. 244 Anm. 3.

daß die Österreicher sich sonst in eine Donau-Konföderation hineinbegeben, viel größer als man denke. Außerdem müsse vermieden werden, daß die Österreicher jetzt in den drei Hauptstädten sagten, sie hätten eigentlich nicht gewollt, sondern wir seien der treibende Teil. Das sei ganz falsch. Schober habe fest versprochen, daß seine Gesandten sagen würden, es liege in erster Linie ein österreichischer Wunsch vor, da Österreichs Wirtschaft sonst zu Grunde gehen würde.

Alle Herren waren sich darüber einig, daß ziemlich unangenehme Weiterungen entstehen könnten. Man müsse diese Weiterungen aber in Kauf nehmen. Bülow hätte schon heute vormittag<sup>8</sup> gesagt, wenn man warten wolle, bis der sogenannte günstige Moment gekommen sei, so könne man ewig warten; ein wirklich günstiger Moment komme doch nie.

Ich brachte das Gespräch dann auch auf die Weltkrise. Ich sprach von der Goldfrage. Ritter meinte, sie sei nicht ausschlaggebend, aber man könne sie gegenüber Amerika mit taktischem Erfolge verwenden. Als ich meine These vorbrachte, daß man doch die bekannte internationale Zusammenarbeit privater Natur noch fördern könne,<sup>9</sup> meinte Herr Ritter, eine solche Zusammenarbeit sei auf allen möglichen Gebieten schon da, und aus dieser Sache sei nicht mehr viel herauszuholen. Ich sagte Herrn Ritter, dann müsse er sich eben neue Wege ausdenken.

Zu der Wiener Sache erzählten mir übrigens die Herren über eine sonderbare Stellungnahme Trendelenburgs. Dieser habe die Ansicht vertreten, man solle die Österreicher ruhig in die Donauföderation hineinlassen. Das werde dann schief gehen, und die Österreicher würden uns dann kommen. Andererseits fürchte Trendelenburg, daß unsere Sache jetzt schief geht und daß die Österreicher dann doch abspringen und die Donau-Föderation suchen. Die Herren bezeichneten diese Stellungnahme Trendelenburgs als unverständlich. Ich pflichtete ihnen durchaus bei.

Es wurde dann auch noch über die Sizilien-Reise des Ministers gesprochen, die alle Herren ablehnten; ferner über die Absichten des Herrn Curtius, nicht nach Paris zu reisen. Die Herren hielten diesen Entschluß für richtig, wenn sie mir auch beipflichteten, daß es doch etwas bedenklich sei, wenn in Paris alle anderen Außenminister mit Ausnahme des deutschen vertreten seien.

Ich sprach auch über den Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz. Ich fragte, ob ich nicht mit einem gewissen Augenzwinkern sagen könne, daß wir Henderson doch schließlich acceptieren würden. Die Herren schienen das für unbedenklich zu

<sup>8</sup> Dok. 245.

<sup>9</sup> In einer Aufz. Schuberts über ein Gespräch mit D'Abernon am 25. Januar 1931 heißt es: „Ich entwickelte auch kurz meine These über eine gemeinsame internationale Arbeit der Industriellen. Ohne diese These abzulehnen, meinte Lord D'Abernon, er glaube fest daran, daß eine Lösung der Goldfrage die Hauptsache sei. Wenn man immer von Überproduktion als dem Ursprung der Geldkrise spreche, so sei das seiner Ansicht nach falsch, denn dieser Überproduktion stehe eben ein großer Bedarf gegenüber. Aber die Leute, die Waren und Güter nötig hätten, hätten eben kein Geld. Wenn das Gold aber richtig bewertet würde, würde sich die Situation mit einem Schlage ändern. Ich sagte D'Abernon, ich hätte allerdings auch in vielen Gesprächen mit Diplomaten der verschiedensten Länder den Eindruck gewonnen, daß irgendein gemeinsamer Nenner gefunden werden könne und müsse, auf den die Misere der Welt zu bringen sei. Ich suchte nach einem X. Vielleicht sei dieses X die Goldfrage. Allerdings müsste ich gestehen, daß ich von solchen Sachen sehr wenig verstehe.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 7.

halten. Ich hielt dann noch einen kleinen Vortrag über das Thema: Enttäuschung in Italien, Mißtrauen, kein Echo in Berlin. Ich setzte den Herren auseinander, daß wir mit Italien arbeiten könnten und müßten. Das schien ihnen einigermaßen einzu-leuchten, interessierte sie aber nicht besonders. Ihre Aufmerksamkeit war eben voll und ganz von der Wiener Sache in Anspruch genommen.

Als ich mich dann noch kurz über die innere Lage in Deutschland orientieren wollte, war die Zeit schon vorgeschritten. Die Herren brachen auf, und einige von ihnen sagten lediglich, vorläufig sei man ja die Hitler-Leute im Parlament los, und das sei ein sehr angenehmer Zustand.<sup>10</sup>

Als wir über die Wiener Sache sprachen, fragte ich, wie Herr von Hoesch sich dazu gestellt hätte, der ja bekanntlich vor der Wiener Reise des Ministers in Berlin war. Die Herren sagten mir, er sei ganz dafür gewesen. (Das finde ich doch recht merkwürdig.)

In bezug auf die vermutliche italienische Stellung sagte ich den Herren, wie übrigens, glaube ich, auch heute morgen dem Minister, es komme ganz darauf an, wie der Duce sich einstellen werde. Der Duce sei in solchen Fällen sehr extrem. Entweder werde er einen Wutanfall bekommen, oder aber er werde die Sache er-träglich finden. Eine Mittelstellung des Duce kann ich mir eigentlich nicht vorstel-len.

## 247

### **Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Staatssekretär von Bülow Berlin, 14. März 1931**

*Hschr. Aufzeichnung. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10.*

Ich sagte nach dem Gespräch mit den Direktoren<sup>1</sup> heute Bülow, die Christen-verfolgung, die der Herr Reichspräsident gegen mich seiner Zeit unternommen ha-be, sei doch sehr kränkend für mich gewesen, auch angesichts der persönlichen Dienste, die ich ihm öfters geleistet hätte. Es wäre aber noch kränkender, wenn der Reichspräsident diese Verfolgung jetzt noch fortsetzen würde. Ich hätte es doch komisch gefunden, daß der RP gleich wieder in Rage geraten sei, als ihm das fal-sche Gerücht zugetragen worden sei, ich hätte Henderson meinerseits aufgesucht.<sup>2</sup> Und nun habe er mich nicht empfangen wollen!

Bülow meinte, über den Nicht-Empfang solle ich mich wirklich nicht aufren-gen. Der Herr RP sei tatsächlich durch die Saison sehr ermüdet. Wäre ich 4 Tage in Berlin gewesen, so hätte natürlich ein Empfang stattfinden müssen. So aber, wo ich

---

<sup>10</sup> Die Nationalsozialisten waren anlässlich von Streitigkeiten über die Geschäftsordnung aus dem Reichstag ausgezogen. Siehe Schultheß', Bd. 72 (1931), S. 39.

---

<sup>1</sup> Dok. 246.

<sup>2</sup> Zu dem Treffen Hendersons mit Schubert in Rom siehe Schuberts Tel. vom 27. Februar 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 598-600.

schließlich nur einen Tag für den Empfang zur Verfügung gestellt hätte, liege die Sache doch ganz natürlich und harmlos.<sup>3</sup> Übrigens hätte sich seiner Erinnerung nach der RP vor einiger Zeit einmal über mich geäußert und zwar in durchaus freundlicher Weise.

Bülow betonte, der Reichspräsident würde doch recht alt.

Bei dieser Gelegenheit sagte ich Bülow, indem ich betonte, das könne ich ihm nur persönlich sagen, ich sei ja ganz zufrieden in Rom. Aber daß ich nicht nach London gekommen sei, werde ich nie verwinden: denn dort sei doch viel besser der Hebel anzusetzen, als in Rom. Ich hätte den Londoner Posten durchaus noch nicht aufgegeben.

Bülow verhielt sich „rezeptiv“.

## 248

### **Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Staatssekretär von Bülow Berlin, 14. März 1931**

*Hschr. Aufzeichnung. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10.*

Ich frug Bülow unter 4 Augen, was Neurath in London für Geschäfte mache.

Bülow erwiderte, zunächst sei die Sache ganz gut gegangen. Neurath habe zur Königin Beziehungen durch den württembergischen Hof. Auch habe er einigen Leuten fest auf die Füße getreten und das habe einen guten Eindruck gemacht. Jetzt aber gehe die Sache nicht recht weiter: Neurath sei der Sache intellektuell nicht gewachsen.

Gestern<sup>1</sup> hatte mir Bülow gesagt, Neurath sei nicht wendig genug.

<sup>3</sup> Siehe dazu Aufz. Schuberts über den genannten zeitlichen Ablauf seiner Besprechungen am 14. März: „Ich telefonierte dann auch mit Herrn Meissner. Ich sagte ihm, ich wäre nur für zwei Tage in Berlin. Ich wollte höflich sein und immerhin melden, daß ich da sei, falls der Reichspräsident mich zu sehen wüßte. Ich sei aber den Vormittag beim Reichsminister und müsse um ½ 6 Uhr nachmittags zum Reichskanzler. Herr Meissner erwiderte, dann könne er vielleicht mich beim Reichspräsidenten um ¼ 5 Uhr einschleusen. Ich erwiderte, das würde mir sehr gut passen. [...] Hierauf teilte mir Herr Kordt mit, Herr Meissner habe telefoniert, der Herr Reichspräsident liebe mich sehr herzlich grüßen, er habe aber nichts Besonderes für mich.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10.

<sup>1</sup> Dok. 244 Punkt 6 u. 10.

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichskanzler Brüning  
Berlin, 14. März 1931**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10.*

Heute nachmittag war ich bei dem Reichskanzler und zwar von  $\frac{3}{4}$  6 bis  $\frac{3}{4}$  7 Uhr.

Er empfing mich außerordentlich freundschaftlich. Er bat mich zunächst, ihm meine allgemeinen Eindrücke, die ich in Italien empfangen hätte, zu erzählen. Das tat ich. Ich schilderte den rein äußerlichen Geschäftsverkehr mit Grandi und Mussolini. Ich verbreitete mich sodann auch über das See[abrüstungs]abkommen und sagte, ich glaubte nicht, daß in Rom irgend etwas über die Landabrüstung abgemacht worden sei. Ich ging sodann auf eventuelle Rückwirkungen auf unser Verhältnis zu Italien über. Ich streifte die tunesische und lybische [sic] Frage.<sup>1</sup> Ich sagte dann aber auch, daß in Italien eine gewisse Enttäuschung darüber vorhanden sei, daß die italienische Politik in Deutschland gar kein Echo fände. Ich bezeichnete es als notwendig, nunmehr doch etwas mit den Italienern zu machen. Dabei bezeichnete ich die Italiener im Gegensatz zu ihrem Auftreten als kalte Rechner. Ich erwähnte auch, daß ich ja schon Herrn Kaas allerlei erzählt hätte. Aus einer Zwischenbemerkung des Reichskanzlers ersah ich, daß Herr Kaas ihm über mein Gespräch mit ihm berichtet hatte. Ich wies dann auch auf die Wichtigkeit der kommenden Abrüstungskonferenz<sup>2</sup> hin.

Der Reichskanzler hörte mich mit großer Aufmerksamkeit an. Er sagte mir, es habe ihn sehr interessiert, von mir zu hören, daß mit Italien etwas anzufangen sei. Mein Vorgänger hätte sich anders geäußert, nämlich dahin, daß mit Italien nichts anzufangen sei. Umso mehr hätten ihn daher meine Mitteilungen interessiert.

Ich erwiderte, bisher wenigstens hätten die Italiener uns ein recht großes Entgegenkommen gezeigt. Dabei erwähnte ich u.a. die Mobilisierung, worauf der Reichskanzler sagte, das sei in der Tat „ein großer Erfolg“ gewesen.<sup>3</sup> Ich sagte, für die Zukunft könnte man natürlich keine Prophezeiungen machen. Ich erwähnte, glaube ich, die mangelnde Unterstützung der Italiener in Genf in der Polen- und Memelfrage.<sup>4</sup> Ich betonte dann nochmals, daß man eben versuchen müßte, mit den Italienern etwas mehr anzufangen. Ich sagte, glaube ich, auch, daß man sich vor eventuellen italienisch-französischen Kolonialverhandlungen nicht zu sehr zu fürchten brauchte. Die Tatsache des italienisch-französischen Streits um den Vorrang im Mittelmeer und die Tatsache, daß schließlich Jugoslawien, von Frankreich unterstützt, auch noch da sei, sei eine Garantie dafür, daß die Bäume nicht in den

---

<sup>1</sup> Zu den Schwierigkeiten zwischen Frankreich u. Italien in Nordafrika siehe auch Schuberts Aufz. über sein Gespräch mit Grandi vom 22. März 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 100f.

<sup>2</sup> Dok. 245 Anm. 4.

<sup>3</sup> Dok. 243 Punkt 18.

<sup>4</sup> Siehe auch Dok. 245.

Himmel wüchsen. Ich fügte, glaube ich, aber hinzu, natürlich sei immer noch eine Gefahr vorhanden, daß die Italiener abschwimmen würden.

Der Reichskanzler schien meine Ausführungen durchaus einleuchtend zu finden. Er frag mich dann, ob die Italiener glaubten, daß wir die Reparationen auf die Dauer bezahlen würden. Ich erwiderte, bisher hätte ich auftragsgemäß in Rom immer gesagt, zunächst würden wir unser Haus in Ordnung bringen.<sup>5</sup>

Dann würden wir uns überlegen, ob wir von den Möglichkeiten, die uns der Youngplan biete, Gebrauch machen sollten. Ich hätte über das eigentliche Reparationsthema aber in der letzten Zeit nicht mehr mit den Italienern gesprochen. Ich glaubte zunächst sagen zu müssen, daß die Italiener wohl annähmen, daß wir vorläufig noch zahlen würden. Wenn wir aber einmal die Zahlungen stoppten, so habe mir ja Herr Mussolini ganz klipp und klar erklärt, daß dann die Italiener ihrerseits auch nicht mehr an Amerika zahlen würden.<sup>6</sup>

Ich fragte sodann den Reichskanzler, wie nun eigentlich jetzt unsere Stellung zu dem Youngplan sei. Hierauf machte mir der Reichskanzler sehr interessante Eröffnungen, die in der beifolgenden Aufzeichnung niedergelegt sind.<sup>7</sup>

Nach Erledigung dieses Themas kam das Gespräch auch auf die parlamentarische Lage. Der Reichskanzler sagte mir, daß noch große Schwierigkeiten in bezug auf die Durchbringung der verschiedenen Gesetze zu überwinden seien. Das Dumme sei, daß die noch im Reichstag versammelten Abgeordneten alle auf das „leere Loch“ starren. Dieses leere Loch beunruhige sie sehr. Denn sie dächten, so meinte der Kanzler lächelnd, natürlich immer daran, daß, während die Anwesenden im

<sup>5</sup> So auch zu D'Abernon am 25. Januar, mit dem Zusatz: „Übrigens sei es ganz falsch [bei Erleichterungen gemäß dem Young-Plan], nur immer von einem ‚Moratorium‘ zu sprechen. Es handele sich vielmehr um einen ‚Aufschub‘ (Lord D'Abernon stimmte mir bei und sagte sofort das richtige englische Wort ‚Postponement‘). Dann aber gäbe es noch andere Mittel, z.B. die Einberufung des in dem Youngplan festgesetzten Ausschusses. Lord D'Abernon schien dies alles durchaus einleuchtend zu finden.“ Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 7. Vgl. damit Pünder an Bülow, 3. Januar 1931, AR, Kab. Brüning I u. II, Bd. 1, S. 770f. Weiter Tagesaufz. Schuberts zum 9. April, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 12, u.a. Gespräch mit Wirth und dessen Hinweis, „daß es nicht damit getan sein würde, ein Transfermoratorium zu verlangen, denn einmal wäre der Transfer im Moment nicht schwer und zweitens käme es in erster Linie darauf an, daß wir die Reparationszahlungen nicht mehr aufbringen könnten. Hiervon würden wir aber nicht durch ein Transfermoratorium befreit. Ich sagte, also käme unser Petition auf etwas heraus, was über den Rahmen des Youngplans hinausgehe. Dem stimmte Herr Wirth zu. Hierauf sagte ich Herrn Wirth, daß es meiner Ansicht nach doch notwendig sei, die Italiener hierauf vorzubereiten. Nicht etwa in dem Sinne, daß man ihnen jetzt schon sagte, wir wollten im Mai oder Juni etwas unternehmen, sondern in dem Sinne, daß man ihnen ganz offen darüber Aufschluß gebe, daß es mit unserer Finanzsituation recht schlecht bestellt sei. Bis jetzt hätte ich immer noch stumpfsinnig gesagt, wir wollten unser Haus in Ordnung bringen, wir wollten dann abwarten und schließlich sehen, ob für uns die Notwendigkeit bestände, etwas im Rahmen des Youngplans zu unternehmen. Das sei aber meiner Ansicht nach nicht mehr genug. Man müsse vielmehr den Leuten sagen, daß wir finanziell recht schlecht dran und in Sorge wären. Man könnte daran immer die Bemerkung knüpfen, daß wir noch Hoffnung hätten, daß irgendwie eine Besserung eintreten werde.“ Siehe dazu auch Dok. 250.

<sup>6</sup> Siehe Schuberts Aufz. vom 28. November 1930, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 226.

<sup>7</sup> Dok. 250.



Reichstag zu tun hätten, die Abwesenden die Zeit benutzten, um im Lande herumzureisen, Propaganda zu machen und ihren Gegnern im Lande das Wasser abzugraben.<sup>8</sup> Was die Nationalsozialisten anlange, so hätten sie augenblicklich etwa 5000 Redner im Lande herumreisen. Ich erwiderte, das koste doch sehr viel Geld: woher das Geld wohl stamme? Der Reichskanzler meinte, wahrscheinlich von der Industrie. Wenn ich mich recht entsinne, hat der Reichskanzler dann auch eine Andeutung dahin gemacht, daß die Nationalsozialisten unter sich uneinig seien. Er sagte, glaube ich, auch, daß bei einem Zerfall der Nationalsozialisten die Gefahr bestehe, daß ein großer Teil zu den Kommunisten hinüberwechseln werde. Die Sozialdemokraten hätten vor den Kommunisten eine große Angst. Endlich sagte der Reichskanzler, es sei sehr schade, daß es unter den obwaltenden Umständen nicht möglich sei, eine vernünftige Opposition im Reichstage zusammenzubringen, mit der man arbeiten könne. Der Kanzler sagte mir ferner noch, wenn alles gut gehe, so solle Ende des Monats der Reichstag bis Ende September vertagt werden. Vielleicht werde er in der Zwischenzeit hier und da einmal auf einen Tag zusammenkommen.

Während des Gesprächs erzählte mir übrigens bezüglich der Reparationsfrage der Reichskanzler, er habe einmal mit dem Botschafter Sackett davon gesprochen, ob nicht vielleicht Amerika eine Art Finanzkonferenz oder etwas ähnliches einberufen, sich jedenfalls mit der Regelung der Reparationen beschäftigen könne. Sackett sei für diesen Gedanken Feuer und Flamme gewesen und habe auch an Hoover geschrieben. Sackett aber habe dann von Hoover eine durchaus ablehnende Antwort bekommen.<sup>9</sup> Der Reichskanzler sagte, hierüber sei ich wahrscheinlich informiert. Dies verneinte ich. Ich sagte, ich hätte allerdings aus der Berichterstattung unserer Vertreter in Amerika den Eindruck gewonnen, daß mit Hoover leider gar nichts anzufangen sei.

Der Reichskanzler erwähnte auch kurz im Verlauf des Gesprächs die österreichische Sache und meinte, diese Sache passe jetzt recht schlecht. Weiter äußerte er sich aber nicht. (Ich habe in diesem Punkte das Gespräch auch absichtlich nicht vertieft, da mir Bülow gestern gesagt hatte, ich möge das vermeiden, da in bezug auf die österreichische Sache der Kanzler noch nicht ganz im Bilde sei.)<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Am 10. Februar 1931 hatten nach Konflikten über eine neue Geschäftsordnung die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen den Reichstag verlassen, Schultheß', Bd. 72 (1931), S. 39f.

<sup>9</sup> Aufz. Brünings über seine Unterredung mit Sackett am 19. Dezember 1930, Aufz. Plancks über eine Besprechung beim Reichskanzler am 27. Dezember, Besprechung beim Reichskanzler über die Reparationen am 12. Januar 1931, AR, Kab. Brüning I, Bd. 1, S. 755-58, 766f., 777-79; außerdem Dok. 238 Punkt 3.

<sup>10</sup> Tagesaufz. Schuberts (Berlin) zum 19. Juni 1931: „Pünder erzählte mir allerlei von den Ereignissen der letzten Wochen. Wir sprachen über das österreichische Abkommen und die Reparationsfrage. Pünder sagte mir, der Reichskanzler sei über die österreichische Sache sehr spät, nämlich erst im Januar (!) orientiert worden. Das habe er etwas übel genommen und sei deshalb auf das [Auswärtige] Amt etwas pikiert. Was den Zusammenhang zwischen der österreichischen Sache und der Reparationsfrage angehe, so sei festzustellen, daß das Amt und Schäffer seinerzeit nicht so recht an das Akutwerden der Reparationsfrage geglaubt hätten. Sie hätten dann, als sie die österreichische Sache ankurbelten, den Reichskanzler gewissermaßen dahin festgelegt, daß die Reparationssache erst

Schließlich sagte ich dem Reichskanzler, daß ich eine Bitte an ihn zu richten hätte. Ich hielt es für notwendig, Herrn Mussolini einmal wiederzusehen. Hierzu müsse aber bei den römischen Gepflogenheiten ein besonderer Anlaß vorliegen. Ich bäte ihn daher, mir Grüße für Mussolini aufzutragen und ferner bäte ich ihn um die Ermächtigung, auch im Namen des Reichskanzlers einige politische Sachen vorbringen zu dürfen. Ich hätte hierüber mit dem Herrn Reichsminister ein kleines Programm verabredet, das ich ganz kurz skizzierte.<sup>11</sup>

Der Reichskanzler sagte, er gebe mir sehr gern die Ermächtigung, Herrn Mussolini von ihm zu grüßen. Auch könne ich politisch in seinem Namen vorbringen, was ich wolle. Ferner ermächtigte er mich auch, Herrn Mussolini zu bestellen, daß er – der Reichskanzler – für das Werk Mussolinis eine große Bewunderung habe, daß er die Fortentwicklung dieses Werkes mit größtem Interesse verfolge, usw.: in dieser Beziehung könne ich sagen, was ich wolle. Im übrigen hielt er es in der Tat für sehr nützlich, wenn ich Mussolini einmal wiedersehe. Denn die Nationalsozialisten behaupteten, wir hätten jetzt in Rom einen Botschafter, der „an Mussolini nicht herankomme“.<sup>12</sup>

Dann entließ mich der Reichskanzler wiederum sehr freundschaftlich und ließ sich meiner Frau empfehlen.

---

später angekurbelt werden sollte. Hieraus sei dann eine recht unbequeme Situation entstanden.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 17.

<sup>11</sup> Siehe Dok. 245.

<sup>12</sup> Am 30. Januar 1931 war im Völkischen Beobachter ein Artikel erschienen, der dies behauptete, da sich die Antrittsaudienz Schuberts als neuer Botschafter bei Mussolini verzögert hatte. Dazu schrieb Schubert am 12. Februar 1931 an Bülow: „Als ich gestern mit Grandi eine längere Unterredung hatte, kam er auch auf die neueste Haltung der Nationalsozialisten im Reichstag zu sprechen und fügte dann lächelnd hinzu, die Nationalsozialisten seien ja wohl auch nicht gerade meine Freunde. Er spielte damit natürlich auf den Artikel des ‚Völkischen Beobachters‘ an. [...] Herr Grandi erwiderte, es sei wohl unnötig darauf hinzuweisen, daß das Hinausschieben meines Empfanges durch Herrn Mussolini keineswegs auf einen Grund, wie ihn der ‚Völkische Beobachter‘ vorgebracht habe, sondern, wie ich wisse, lediglich darauf zurückzuführen gewesen sei, daß dieser Empfang erst nach der Audienz beim König habe stattfinden können. Er könne mir die Versicherung geben, daß man italienischerseits auf die Behauptungen des Artikels nicht das Geringste gebe. Man bringe mir als Deutschem Botschafter in Rom, das könne er mich versichern, vollstes Vertrauen entgegen. Ich erwiderte, hierfür sei ich sehr dankbar. Ich legte aber Wert darauf, daß nicht der Eindruck bestehe, daß ich als Staatssekretär sozusagen ein Feind Italiens gewesen sei. Ich glaubte darauf rechnen zu können, daß Herr Grandi aus Gesprächen, die ich mit ihm in den vergangenen Jahren geführt hätte, nicht diesen Eindruck gewonnen hätte.“-Nl. v. Schubert, Pol 4.

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichskanzler Brüning  
Berlin, 14. März 1931<sup>1</sup>**

*Hschr. Aufzeichnung. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10.*

Der Reichskanzler setzte mir auseinander, daß die finanzielle Lage Deutschlands sehr schlecht sei. Bekanntlich stünden die Banken sehr schlecht, besonders die Deutsche Bank; den Privatbanken gehe es etwas besser, besonders Mendelssohn. Die Städte seien in sehr übler Lage; sie verkauften z. Z. die letzten Vermögenswerte, über die sie noch verfügten, z. B. Gas- und Elektrizitätswerke. Um die schlechte Lage der Reichsfinanzen, aber auch der deutschen Städte zu illustrieren, wolle er mir folgenden Fall erzählen. Kürzlich sei es notwendig gewesen, binnen 3 Tagen von Reichs wegen für die Stadt Düsseldorf den Betrag von 2 Millionen Mark zu besorgen, da sonst Düsseldorf nicht mehr im Stande gewesen wäre, selbst die notwendigsten Zahlungen (für Wohlfahrt pp) zu leisten. Es sei ziemlich schwer gewesen, diese sage und schreibe 2 Millionen Mark zusammenzukratzen. Die Tabaksteuer bringe nur wenig ein, die Branntweinsteuer fast garnichts. Auch die übrigen Steuereingänge seien sehr zurückgegangen. Von den Banken zögen die Amerikaner, Franzosen pp regelmäßig Kredite ab; nur die Engländer hätten merkwürdigerweise noch garnichts zurückgezogen. Es sei (so ungefähr sagte er) unter diesen Umständen damit zu rechnen, daß wir im Sommer ein Defizit von 800 Millionen Mark (?) hätten, für das keine Deckung da sei.

Deshalb sei es absolut notwendig, im Mai von einer der Möglichkeiten des Youngplans Gebrauch zu machen, so unbequem das auch sei.<sup>2</sup> Staatssekretär Schäfer habe bisher ein Transfermoratorium ausgearbeitet; es frage sich aber, ob das das Richtige sei. Denn – so verstand ich den Reichskanzler – gerade der Transfer werde vielleicht am wenigsten Schwierigkeiten machen. Zugleich aber müsse er noch einmal ganz drakonische weitere Gehaltsherabstufungen vornehmen. Denn sonst, so verstand ich ihn, würden die ausländischen Kredite in einem Ausmaße zurückgezogen werden, daß die Banken nicht aushalten könnten. Das sei aber noch nicht alles. Ein Transfermoratorium oder etwas Ähnliches innerhalb des Youngplans werde nicht genügen: später würden wir ganz einfach die Zahlungen des Youngplans überhaupt einstellen müssen.

Ich fragte den Reichskanzler, ob die Währung in Gefahr geraten würde. Das verneinte der Reichskanzler, meinte aber, soviel ich ihn verstand, daß das Halten der Währung bedeutende Kosten verursachen werde. Luther sei in den obigen Gedankengängen mit ihm übrigens völlig einig. Da ich seine Ausführungen über das Abziehen der Kredite, wenn die Sache akut würde, nicht ganz verstanden hatte,

<sup>1</sup> Von Schubert irrtümlich „14. März 1930“ datiert.

<sup>2</sup> Am 3. Januar 1931 hatte Pünder dem AA Brünings Anschauungen zur Reparationsfrage übermittelt und dabei herausgestellt, daß es im Rahmen des Young-Plans für den Kanzler keine weiteren Möglichkeiten mehr gebe, Brief Pünders an Bülow, 3. Januar 1931, AR, Kab. Brüning I, Bd. 1, S. 770f. Dazu auch Dok. 249 Anm. 5.

fragte ich ihn, wie er also die Kreditabziehung stoppen wolle. Er antwortete in einer mir nicht ganz verständlichen Weise, daß bei einem von ihm vorhin gekennzeichneten Vorgehen – drakonische Maßregeln, dann ein Moratorium irgendwelcher Art – sich „die Sache von selbst ergeben werde“.

Ich fragte den Reichskanzler, wie er die Sache international ankurbeln wolle. Der Reichskanzler erwiderte, darüber sei noch nicht das Geringste beraten worden. Das Kabinett sei noch mit keinem Wort mit der Sache befaßt worden; auch habe er darüber mit Herrn Curtius nur ganz kurz gesprochen. Nur mit Herrn von Hoesch habe er sich ausführlich unterhalten.

Ich sagte dem Herrn Reichskanzler, daß man aber im Ausland die Sache rechtzeitig ankurbeln müsse. Der Reichskanzler erwiderte, ich könne darauf rechnen, daß, wenn es soweit wäre, ich und Hoesch und Neurath zusammen nach Berlin berufen werden würden, um dort gemeinsam das nötige Procedere zu besprechen.<sup>3</sup>

## 251

### Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Ministerialdirektor Ritter Berlin, 14. März 1931

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10.*

Nach dem Gespräch mit dem Reichskanzler<sup>1</sup> hatte ich eine kurze Zusammenkunft mit Herrn von Weizsäcker, der mir eine Aufzeichnung über unsere weiteren Pläne im [Europäischen] Studienausschuß überreichte.<sup>2</sup> Er sagte mir, es wäre doch für uns ganz angenehm, wenn wir über die italienischen Absichten noch Näheres erfahren.

Dann war ich noch einmal bei Herrn Ritter, der mit Schüller soeben telefoniert hatte.<sup>3</sup> Bei der österreichischen Demarche handelte es sich noch um folgende Punkte:

1. Die Österreicher wollen, daß, was die Absichten der Deutschen und Österreichischen Regierung anlangt, hierüber eine formulierte Erklärung zwischen Berlin und Wien vereinbart und diese Erklärung entweder übergeben oder verlesen wird. Hieran erst hätten sich die weiteren mündlichen Erklärungen der deutschen und österreichischen Vertreter zu knüpfen. Ritter konnte mir noch nicht sagen, ob wir hierauf eingehen sollen.

Schüller hat vorgeschlagen, in Paris sollte allein der deutsche Vertreter, in Rom allein der österreichische Vertreter die betreffenden Demarchen unternehmen. In Paris könne dann einige Tage später der österreichische Vertreter und in Rom

<sup>3</sup> Dies fand dann im Juni 1931 statt, siehe Dok. 259. Siehe über die Besprechung mit Brüning Schuberts Brief an Bülow vom 24. März 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 115f.

<sup>1</sup> Siehe Dok. 249 u. 250.

<sup>2</sup> Aufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10, dazu Dok. 244 Anm 3.

<sup>3</sup> Aufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10.

der deutsche Vertreter die Demarche ergänzen. Ich erklärte, was Rom anlange, so sei das ganz unmöglich. Herr Ritter pflichtete mir bei.

2. Es ist immer noch nicht entschieden, ob das Protokoll übergeben werden soll oder nicht. Ich sprach mich dafür aus.

Ritter will mir morgen (das hat er später auch getan) die Entwürfe der verschiedenen Erlasse – es kommt noch ein Erlaß, der für den österreichischen Gesandten bestimmt ist – schicken. Die endgültigen Erlasse sollen dann am Montag (26. [gemeint offensichtlich 16.]) abends nach Rom abgehen.<sup>4</sup>

252

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichsminister Curtius  
Berlin, 15. März 1931**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10.*

Ich habe heute nachmittag den Herrn Reichsminister an seinem Krankenlager von 6-¾ 7h aufgesucht. Er hatte offenbar ziemliche Magenschmerzen. Ich mußte mich deshalb sehr kurz fassen. Folgende Punkte wurden berührt.

1.) Ich fragte den Herrn Reichsminister nach dem Inhalt des Telegramms, das Neurath gestern morgen in meiner Gegenwart in Aussicht gestellt hatte.<sup>1</sup> (Ich hatte hierüber schon etwas von Herrn Kordt erfahren, was ich aber nicht sagte.) Der Reichsminister erzählte mir, Neurath berichtete, daß Henderson dem Reichsminister nochmals nahelegen lasse, nach Paris<sup>2</sup> zu kommen. Ferner aber frage er bei ihm an, ob er bereit sein würde, eine Einladung des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers für Anfang Mai vor der Ratstagung anzunehmen. Henderson habe bereits mir in Rom auseinandergesetzt, daß während der Flottenverhandlungen nicht das Geringste über die Landabrüstung abgemacht worden sei. Die Reise der beiden Herren nach London habe zum Zweck, hierüber den letzten Zweifel auszuräumen.

Der Reichsminister meinte, diese Reise werde sich zeitlich auch deshalb schwer durchführen lassen, da ja bekanntlich – Henderson habe offenbar die Zeit-  
tafel nicht vor sich gehabt – der [Europäische] Studienausschuß noch vor der Ratstagung, also noch Ende April, stattfinden solle. Der Reichsminister sagte, ich sei

<sup>4</sup> Am 16. waren die Ministerbesprechungen über den Protokollentwurf noch nicht beendet und am 18. März fortgesetzt worden, AR, Kab. Brüning I, Bd. 2, S. 952-55, 969-71. Der endgültige Erlaß wurde am 18. März abgeschickt, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 71-80.

<sup>1</sup> Dok. 245 Anm. 8.

<sup>2</sup> Dazu Dok. 244 Punkt 2, 245. – In einer Tagesaufz. zum 14. März, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 10, erwähnte Schubert aus einer späten Unterhaltung im Kaiserhof im größeren Kreis, daß der Reichstag auf längere Zeit nicht tagen würde, und fuhr fort: „Zu meinem Schauer machte Herr [Adolf] Müller eine Nebenbemerkung, indem er sagte, in der Zwischenzeit würden wir ja dann wohl den Anschluß machen. Ich habe mich hierauf natürlich in keiner Weise eingelassen.“

aber wieder andererseits doch auch der Ansicht, daß es unmöglich sei, die Einladung ganz einfach abzulehnen. Hierin stimmte ich ihm bei. Was den Reichskanzler anlange, so habe er die Befürchtung, daß die Einladung des Reichskanzlers vielleicht auf folgenden Vorfall zurückzuführen sei. Der bekannte Agent Baron Ropp habe nämlich ohne Wissen des Amts irgend einen Engländer dem Reichsminister zugeführt. Dieser Engländer habe dem Reichskanzler u. a. auseinandergesetzt, daß ein Zusammentreffen zwischen ihm und MacDonald vielleicht doch sehr gut sei. Vielleicht sei hierdurch der Anstoß zu der Einladung des Reichskanzlers gegeben worden.

2.) Der Reichsminister erklärte kategorisch, er bliebe hier und reise nicht nach Paris. Ich erzählte, daß Orsini aus Zeitungen wissen wolle, daß Grandi wegen Karolyis Anwesenheit in Rom nicht nach Paris reisen werde.

3.) Der Reichsminister erklärte, er habe sich jetzt davon überzeugt, die Wiener Demarche müsse jetzt gemacht werden und zwar noch vor der Sitzung des Zwölferkomitees.<sup>3</sup> Ich bestärkte ihn hierin, indem ich ihm sagte, die gestrige Anspielung Orsinis wegen der „Wiener Sache“ sei mir doch sehr verdächtig vorgekommen.

4.) Ich sprach von der Rede Grandis,<sup>4</sup> die ich als sehr gut bezeichnete. Der Minister stimmte mir bei und trug mir auf, Herrn Grandi hierüber ein freundliches Wort zu sagen. Ich erwähnte, daß in der Rede auch die Reparationen vorgekommen seien. Ich nähme an, daß ich ermächtigt sei, über unsere Stellung zu den Reparationen und zum Youngplan denselben Film loszulassen wie bisher. Dem stimmte der Reichsminister zu. Glücklicherweise fragte er mich nicht, ob und was der Reichskanzler gestern zu mir zu diesem Thema gesprochen hätte.<sup>5</sup> Er sagte lediglich, es könne ja nett werden, wenn wir im Mai die Reparationen anzurudern gezwungen wären. Ich erzählte dem Minister, daß der Reichskanzler mich ermächtigt habe, alles, was ich nur wünschte, in diesem Sinne Herrn Mussolini zu sagen.

5.) Auf seinem Wunsch setzte ich dem Reichsminister die Affäre Stresemann-Schacht-Kühlmann ausführlich auseinander, indem ich im übrigen auf den zurückgelassenen Aktenband verwies, um dessen vertrauliche Behandlung ich den Minister bat, was er mir zusagte.<sup>6</sup>

6.) Eigentlich hatte ich vor, den Reichsminister nochmals auf das festzulegen, was ich in seinem Namen Herrn Grandi sagen könnte. Wegen des Gesundheitszustandes des Ministers mußte ich hiervon aber absehen.

7.) Ich sprach kurz über die technische Ausführung der österreichischen Sache. Der Minister sagte mir, Herr Ritter sei heute noch einmal bei ihm gewesen. Er stimme meiner Ansicht durchaus zu, daß es unmöglich sein würde, wenn in Rom allein der Österreichische Gesandte [Egger] die Demarche unternehmen würde. Als ich den Minister fragte, ob denn nun ich oder der Österreicher zuerst die Demarche unternehmen sollten, meinte der Minister, da wisse er nicht recht Bescheid.

8.) Der Minister erklärte, er habe seine Sizilienreise aufgegeben.

<sup>3</sup> Vom 24.-26. März 1931. Dazu Dok. 244 Anm. 3.

<sup>4</sup> Grandi hatte am 14. März 1931 in der Kammer zur Außenpolitik gesprochen, Schultheß', Bd. 72 (1931), S. 387.

<sup>5</sup> Siehe Dok. 250.

<sup>6</sup> Siehe Dok. 203 Anm. 1.

9.) Über die innere Lage und die Hitlerleute sprachen wir nur ganz vage.

10.) Rußland streiften wir nur ganz flüchtig. Ich sagte, es scheine ja so, als ob wir zu neuen wirtschaftlichen Abmachungen mit Rußland kommen würden, was der Minister bejahte.<sup>7</sup>

11.) Ich sagte dem Minister kurz, über eventuelle kommende französisch-italienische Verhandlungen über Tunis und Libyen brauche man sich nicht weiter aufzuregen.

12.) Ich fragte den Minister, wie denn die Mission jenes mysteriösen Amerikaners in Amerika ausgelaufen sei, von dem man mir vor einigen Wochen nach Rom geschrieben habe. Der Minister erwiderte sarkastisch, der Reichskanzler habe sich eingebildet, mit diesem Amerika einmal ganz große Politik treiben zu können. Das sei aber schief ausgegangen, da der Amerikaner dann sehr bald gestorben sei.

13.) Schließlich kam ich, wegen des Gesundheitszustandes des Ministers leider nur ganz kurz, auf die Weltwirtschaftslage zu sprechen. Ich bezeichnete ihre Bekämpfung als das einzige wirklich große internationale Problem, alles andere sei Quatsch. Ich erwähnte die Goldfrage und die Frage eines weiteren Ausbaues und weiterer internationaler Vereinbarungen.<sup>8</sup> Dabei wies ich darauf hin, daß kürzlich in Luxemburg die Eisenleute, und zwar am 12. März, wieder zusammengetreten seien. Dabei seien zum ersten Mal auch Engländer erschienen. Das schien den Minister zu interessieren. Ich fügte aber hinzu, vielleicht müsse man noch andere Wege gehen. Hierauf sagte der Minister, das sei richtig und stieß das Wort „Marktregelung“ aus.

Dann mußte ich den Minister verlassen, da er mir recht erschöpft schien.

## 253

### **Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem österreichischen Gesandten Egger Rom, 19. März 1931**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 11.*

Ich begab mich heute zu dem Österreichischen Gesandten.

Er sagte mir, er könne mich ja auf meine Berliner Reise ansprechen, da sie nicht geheim geblieben sei: er habe darüber eine Notiz in der „Neuen Freien Presse“ gelesen. Ich sagte, diese Reise habe garnichts Geheimnisvolles gehabt: ich sei eben dienstlich nach Berlin berufen worden.

Hierauf fragte ich ohne weitere Einleitung den Gesandten, ob er bereits Instruktionen erhalten hätte. Der Gesandte erwiderte, er habe vorgestern, den 17. d. Mts. nachmittags, ein ganz kurzes Telegramm erhalten, in dem er beauftragt wor-

---

<sup>7</sup> Siehe die Besprechungen über Rußlandgeschäfte in der Reichskanzlei vom 11., 16. u. 24. März 1931, AR, Kab. Brüning I, Bd. 2, S. 935-37, 948-52, 980-82; außerdem ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. XLII-XLVI, u. Bd. XVII, S. XXXVIII-XLI.

<sup>8</sup> Dok. 246 u. Anm. 9 dazu.

den sei, sich für Sonnabend [21. März] bei dem italienischen Außenminister anzumelden, um „ihm Auskunft über die Besprechungen in Wien mit Herrn Curtius zu geben“. Das sei alles.

Hierauf sagte ich dem Gesandten, dann könne ich ihm ja von mir aus Auskunft geben. Ich erzählte ihm, daß ich in Berlin darüber informiert worden sei, daß unsere beiden Regierungen beschlossen hätten, in Verhandlungen über eine Zollunion einzutreten. Es sei ein pactum de contrahendo abgeschlossen worden, noch kein endgültiger Vertrag. Hieran anknüpfend, setzte ich ihm (im Sinne des mir übergebenen ersten Erlaßentwurfes) in großen Zügen die Sachlage auseinander. Ich fügte hinzu, daß auch ich den maßgebenden Erlaß nach einem Telegramm, das ich heute erhalten hätte, erst morgen früh bekommen würde.<sup>1</sup>

Der Gesandte sagte, allerdings habe er auch einen Brief von Herrn Schüller erhalten, mit dem er aber nicht viel anfangen könne. Er wolle mir das Telegramm und den Brief zeigen. Er ließ zu diesem Zwecke Herrn Vollgruber mit diesen Dokumenten kommen. Herr Vollgruber wohnte dann der weiteren Unterhaltung bei.

Das Telegramm, dessen Urtext ich las, hat nur den oben angegebenen kurzen Inhalt. Der Brief Schüllers, den ich mehrfach durchlas, ist zwei Seiten lang und hat einen merkwürdigen Inhalt, der etwa folgendermaßen lautet:

„Herr Curtius hat in Wien mitgeteilt, daß Deutschland beabsichtige, zum Zwecke einer engeren wirtschaftlichen Verbindung zwischen den Ländern ernste [gemeint offenbar ‚erste‘] Schritte zu unternehmen. Deutschland ist bereit, mit anderen Staaten, die dies wünschten, Zollunionen abzuschließen. In diesem Sinne hat Deutschland bereits anlässlich von Verhandlungen mit Rumänien und Jugoslawien gesprochen. In Wien ist auch die Möglichkeit des Abschlusses einer Zollunion zwischen Österreich und Deutschland erörtert worden. Diese Erörterungen werden fortgesetzt. Vielleicht werden Sie beauftragt werden, wegen dieser Sache dort Führung zu nehmen.“

Es kommt dann noch ein Absatz, in dem Schüller sagt, die obigen Mitteilungen seien zunächst ganz geheim zu behandeln. Wenn der Gesandte inzwischen auf die Wiener Besprechungen angesprochen würde, so solle er ganz allgemein davon sprechen, daß über die gemeinsamen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Österreich in Wien gesprochen worden sei.

Der Brief ist datiert vom 12. März und am 16. März in die Hände des Gesandten gelangt.

Der Gesandte sagte mir, auf das Telegramm hin habe er sich sofort vorgestern bei Herrn Grandi für Sonnabend angesagt, indem er habe durchblicken lassen, es sei ihm lieb, am Vormittag empfangen zu werden. Der Grund hierfür sei der, daß er am Nachmittag ein Konzert habe, das eine ihm von Wien aufgedrängte Sängerin gebe.

Der Gesandte schimpfte dann sehr auf den Geschäftsbetrieb in Wien. Es sei doch unerhört, daß er überhaupt nicht ins Bild gesetzt worden sei. Er wisse auch garnicht, ob die Instruktionen rechtzeitig bis Sonnabend ankommen würden. Der

<sup>1</sup> Dazu die Dok. 244-252; außerdem Aufz. Schuberts vom 17. März über Erlaßentwürfe und Zeitplanung, dazu das vorbereitende Tel. Bülow's vom 18. März, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 11; Erlaß Curtius' vom 18. März 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 71-80. Die formulierte Erklärung ging mit Tel. Ritters vom 19. am 20. März früh in Rom ein, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 11. Weitere Beratung mit Egger am 20. März, ebd.



Bahnverkehr mit Wien sei sehr schlecht: ein Brief dauere 36 Stunden. Außerdem wisse er auch garnicht, in welcher Form man ihm die Mitteilungen schicken werde. Manchmal schicke man Schriftstücke, die kaum versiegelt wären. Auf diese Weise würden ja vielleicht die Italiener seine Instruktionen früher erfahren als er selbst.

Der Gesandte sagte dann noch weiter, aus meinen Ausführungen entnehme er, daß es sich doch eigentlich um gar keine Zollunion handle. Ich sagte ihm, das sei doch der Fall, allerdings handle es sich um eine modifizierte Zollunion mit nicht so starken und langjährigen Bindungen wie etwa die früheren deutsch-luxemburgischen oder die österreichisch-Liechtenstein'schen.

Auf Grund meines Telegramms sprach ich auch von der formulierten Erklärung. Der Gesandte wiederholte, von all' diesen Einzelheiten wisse er nicht das Geringste. Im übrigen habe er die Erfahrung gemacht, daß die größten Mißverständnisse entständen, wenn er Herrn Grandi nicht ein inoffizielles Papier hinterließe. Ein solches Mißverständnis sei schon einmal entstanden, als er ihm eine Auskunft in der Südtiroler Frage gegeben habe. Das habe dann zu sehr unangenehmen Weiterungen geführt.

Ich erwiderte dem Gesandten, dieser Punkt sei auch für mich wichtig. Ich erzählte ihm, daß man sich in Berlin darüber gestritten habe, ob gleich bei der ersten Demarche die Richtlinien, d. h. das Protokoll, zu übergeben seien. Man sei aber davon, wenigstens bis zu meiner Abreise, abgekommen, weil man befürchtet hätte, daß sonst die anderen auf Grund des Papiers eher zu einer Gegenaktion sich einigen könnten. Wir würden wahrscheinlich aber beauftragt werden, den Inhalt des Protokolls doch zu verwerten. Unter diesen Umständen sei es aber doch wohl unmöglich, Grandi ein inoffizielles Papier zu überreichen, denn das würde eben doch eine indirekte Übergabe des Protokolls involvieren.

Der Gesandte erwiderte, er habe Verständnis dafür, daß man das Protokoll nicht gleich übergeben wolle. Er gebe mir ganz recht, daß unter diesen Umständen eine Übergabe eines inoffiziellen Papiers nicht möglich sei. Damit kein Mißverständnis entstehe, könnten wir dann aber doch vielleicht Grandi irgend etwas vorlesen: Grandi könne sich dann Notizen machen. Übrigens könne auf diese Weise die Gegenaktion der anderen schließlich ebenso gut einsetzen, als wenn wir das Protokoll überreichten.

Herr von Egger teilte mir dann noch weiter mit, daß Herr Schüller ihm außerdem noch mitgeteilt habe, er werde am Montag, den 23. März zu „wirtschaftlichen Besprechungen“ in Rom eintreffen.<sup>2</sup> Was darunter zu verstehen sei, sei ihm unklar.

<sup>2</sup> Unterredung mit Schüller: Aufz. Schuberts, 23. März 1931, ebd.: „Ich fragte Herrn Schüller, warum eigentlich Herr von Egger keine Instruktion zur Interpretation der von ihm abgegebenen Erklärung habe. Herr Schüller erwiderte, erstens wäre diese Instruktion doch nicht mehr rechtzeitig eingetroffen. Zweitens aber habe er die Erfahrung gemacht, daß solche Instruktionen oft den Glauben an die gute Sache der betreffenden Gesandten zu erschüttern geeignet seien. [...] Nach Schüllers Ansicht kommt es hauptsächlich darauf an, in der Folgezeit juristische Auseinandersetzungen, besonders mit Frankreich zu vermeiden und auch zu verhindern, daß die Angelegenheit von dem Völkerbundsrat behandelt wird. Man müsse hauptsächlich mit Paneuropa und mit dem Europa-Ausschuß arbeiten. Er erzählte mir dann noch allerlei über die Entstehungsgeschichte der Sache. Seiner Ansicht nach wäre es besser gewesen, die Sache erst während der Abrüstungskonferenz im nächsten Jahre vorzubringen. Er habe den Herren in Berlin gesagt, man dürfe

Der Gesandte bat mich, nicht zu verraten, daß er mir den Schüllerschen Brief gezeigt habe. Wenn Herr Schüller allerdings hier sei, könne ich diese Tatsache ihm ja ruhig zugeben.

Ich fragte den Gesandten, was er von der Aufnahme halte, welche unsere Demarche in Italien finden würde. Er erwiderte, man würde doch wahrscheinlich die Zollunion für den ersten Schritt in der Richtung auf den Anschluß betrachten. Im übrigen ließe es sich schwer voraussehen, wie sich die Italiener stellen würden.

Während des Gesprächs war ich übrigens auch auf den Anschluß gekommen und hatte ihm gesagt, daß nach unserer Ansicht die Zollunion in keiner Weise, weder im positiven, noch im negativen Sinne, dem Anschluß präjudiziere. Was den Anschluß selbst anlange, so sei ich stets der Meinung gewesen, daß diese Frage sich naturgemäß entwickeln müsse. Man solle sie weder forcieren, noch verhindern. Meiner Ansicht nach müsse, wenn überhaupt, der Anschluß sozusagen wie eine reife Pflaume vom Baume fallen. Der Gesandte erwiderte, das sei durchaus seine Ansicht.

Nachdem der Gesandte noch einmal weidlich über den Geschäftsbetrieb seiner Heimatsbehörde geklagt hatte, verabredeten wir schließlich Folgendes:

1) Ich werde mich bei Herrn Grandi für Sonnabend Nachmittag ansagen. Nötigenfalls – Egger hat ja noch gar keine Nachricht erhalten, ob er überhaupt von Grandi am Sonnabend empfangen werden wird – werde ich durchblicken lassen, daß ich nach ihm empfangen werden möchte.<sup>3</sup>

2) Der Gesandte wird mir morgen telefonieren, ob er seine Weisungen erhalten hat. Er wird mich, nachdem er sie studiert hat, dann eventuell morgen nachmittag aufsuchen, damit wir genau unsere Demarche besprechen können.

3) Nach seinem Gespräch mit Grandi am Sonnabend vormittag wird er mich ebenfalls aufsuchen, um über den Ausgang seines Gespräches mit Grandi zu berichten.

Als wir über den Schüllerschen Brief sprachen, sagte ich dem Gesandten, ich müsse offen sagen, daß ich diesen Brief nicht recht verstehe. Meiner Ansicht nach stelle er die Sache vom falschen Ende dar. Es handele sich doch in erster Linie um die österreichisch-deutsche Zollunion und dann erst um den Beitritt anderer Staaten, während Schüller die Sache doch sozusagen umgekehrt darstelle. Herr von Egger gab mir durchaus recht. Er sagte mir, dieser Brief sei offenbar ein Verlegenheitsprodukt. Ich müsse zugeben, daß er auf Grund dieses Briefes und des kurzen Telegramms doch überhaupt keine richtige Demarche unternehmen könne. Hierin gab ich ihm recht.<sup>4</sup>

---

die Sache nicht so allein („nackt“) vorbringen. Herr Curtius aber habe erwidert, man müsse die Sache jetzt machen, sie werde schon gehen. Herr Schüller teilte mir mit, daß er hauptsächlich in erster Linie wegen der Weizenkonferenz hierher gekommen sei, und zwar in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Comité Consultatif [des Völkerbunds].“ Über eine gemeinsame Besprechung mit ihm und Egger siehe Aufz. Schuberts vom 25. März 1931, ebd. Siehe auch Dok. 257 Punkt 6.

<sup>3</sup> Siehe Dok. 254.

<sup>4</sup> Nach Eintreffen der Instruktion suchte Egger am Abend desselben Tages Schubert auf: „Er zeigte mir ein ganz einfaches Couvert, in dem der Erlaß angekommen war. Die Siegel waren zerbrochen, was vielleicht durch die Größe des Couverts herbeigeführt worden ist. Der Gesandte meinte aber, er halte es für durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Italie-

**Zusammenstellung von Schuberts zur Vorbereitung einer Unterredung  
mit dem italienischen Außenminister Grandi  
Rom, 21. März 1931**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 11.<sup>1</sup>*

1) Die Deutsche und die Österreichische Regierung haben übereinstimmend beschlossen, daß alsbald in Verhandlungen über einen Vertrag zur Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse ihrer Länder auf Grund und im Rahmen gewisser Richtlinien eingetreten werden soll.

Deutschland und Österreich erklären sich bereit, auch mit jedem anderen europäischen Staat auf dessen Wunsch in Verhandlungen über eine gleichartige Regelung einzutreten.

2) Es ist zunächst ein pactum de contrahendo abgeschlossen worden. Die beiden Regierungen haben es für richtig gehalten, die anderen Regierungen vor Unterzeichnung eines endgültigen Vertrages zu unterrichten. Es werden unterrichtet: Rom, Paris und London, kurz Brüssel, Prag und Belgrad, ferner Haag, Bern, Kopenhagen, Kowno und Budapest, d. h. die angrenzenden Länder.

3) Die von dem Österreichischen Gesandten erwähnten Richtlinien sind in einem Protokoll enthalten, das demnächst den Regierungen mitgeteilt werden wird, wahrscheinlich Dienstag oder Mittwoch der nächsten Woche.<sup>2</sup> Sie konnten heute

---

ner den Inhalt bereits gelesen hätten, umso mehr als auf dem Couvert vorne das Bundeskanzleramt als Absender angegeben war. Der Gesandte gab mir seine Instruktion zu lesen und war darüber ganz entsetzt. In dem Erlaß, der sehr kurz war, wird ihm aufgetragen, mündlich eine ‚inserierte‘ Erklärung Herrn Grandi abzugeben. Weiter wird er lediglich beauftragt, zu sagen, daß er die in der Erklärung erwähnten ‚Richtlinien‘ erst in ein bis zwei Tagen bekommen und erst dann imstande sein würde, über diese Richtlinien Auskunft zu geben. Das ist alles. [...] Der Gesandte verbreitete sich sodann auch noch über den Inhalt der von ihm abzugebenden Erklärung. Er wies darauf hin, daß in dieser Erklärung an keiner Stelle das Wort ‚Zollunion‘ erwähnt würde. Über die Richtlinien, die dem Erlaß beiliegen, könne er natürlich am Sonnabend [21. März] noch kein Wort sagen. Er müsse sich ganz einfach auf die Abgabe der Erklärung beschränken. [...] Er schimpfte fürchterlich auf die Leute in Wien und sagte auch, die ganze Erklärung sei falsch zusammengesetzt. Es ginge darin alles durcheinander. [...] Ich sagte dem Gesandten, ich müsse noch einmal sagen, daß sein Erlaß nicht ganz dem entsprochen habe, was ich in Berlin gehört hätte. Vielleicht sei die Sachlage aber inzwischen auch dadurch verändert worden, daß zum Beispiel unser Kabinett zu einer anderen Einstellung gelangt sei.“ Abschließend urteilte Schubert für sich: „Die Erklärung ist übrigens in ihrem Tenor recht gut, da sie ganz auf die österreichische Initiative abgestellt ist.“-Siehe Aufz. Schuberts vom 19. März 1931, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 11.

---

<sup>1</sup> Hschr. Vermerk Schuberts: „21.3.1931. Zur Vorbereitung auf Grandi“. In den für einen anderen Teil des Gesprächs vorweg angefertigten mschr. Notizen unter demselben Vermerk hat Schubert hschr. am Rande Reaktionen Grandis festgehalten.

<sup>2</sup> 24. bzw. 25. März. Das Projekt selber war schon am 20. März – nachdem bereits am 17. März Ankündigungen in der österreichischen Presse erschienen waren – vom österrei-

noch nicht mitgeteilt werden, weil der Austausch der Kabinettsbeschlüsse zwischen Wien und Berlin erst in den letzten Tagen dieser Woche erfolgt.

4) Auf Grund meiner Berliner Besprechungen möchte ich aber doch schon einige Erläuterungen geben. Es ist darauf Bedacht genommen worden, die in Artikel 80 des Vertrages von Versailles, in Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und in den sogenannten Genfer Protokollen<sup>3</sup> enthaltenden Verpflichtungen nicht zu verletzen.

5) Die beabsichtigte Vereinbarung zwischen den beiden Ländern weicht sehr bedeutend von Zollunionen ab, wie sie früher zwischen Staaten abgeschlossen worden sind. Die belgisch-luxemburgische Zollunion, die frühere deutsch-luxemburgische Zollunion, der frühere deutsche Zollverein gingen viel weiter. Die frühere deutsch-luxemburgische Zollunion ging auf 50 Jahre. Die deutsch-österreichische Vereinbarung geht auf 3 Jahre, mit einjähriger Kündigung. In besonderen Fällen kann schon nach 6 Monaten gekündigt werden, Handelsvertragsverhandlungen mit dritten Staaten werden grundsätzlich nicht gemeinsam geführt usw.

6) Auf Anfrage: Ist das neue Abkommen eine Zollunion?: ja. Aber: kein gemeinsames Zollparlament, völlige Gleichstellung des kleinen Partners mit dem größeren Partner, keine grundsätzliche Verhinderung selbständiger Handelsvertragsverhandlungen, Änderung nur im Wege Neuregelung oder durch Schiedsentscheid: also ganz neue Form der Zollunion.<sup>4</sup>

7) Österreich und Deutschland sind bereit, mit jedem anderen Land über eine gleichartige Regelung zu verhandeln. Das liegt im Rahmen der paneuropäischen Bestrebungen.

8) Für Italien wird die Neuregelung zwischen Österreich und Deutschland wirtschaftlich keine Nachteile haben. Im Gegenteil. Der große deutsche Markt von 63 Millionen Verbrauchern wird in Zukunft eine unmittelbare Zollgrenze mit Italien haben. Daher Möglichkeit eines leichteren Warenaustausches mit Italien. In den Unterhaltungen zwischen Herrn Curtius und Herrn Schober ist die übereinstimmende Absicht festgestellt worden, an der Klärung der zur Zeit ziemlich verworrenen und schwierigen wirtschaftlichen und handelspolitischen Lage auf dem Balkan Hand in Hand mit Italien zu arbeiten. Schon früher hat Deutschland gelegentlich der Erörterung von Zollpräferenzen für südosteuropäisches Getreide Anregungen zu einer solchen Zusammenarbeit an Italien gelangen lassen. Italien hat damals diese Ideen nicht aufgegriffen. Aber unsere Haltung hat damals gezeigt, daß wir zu einer Zusammenarbeit mit Italien bereit waren: wir würden die gleiche Haltung auch in Zukunft einnehmen.<sup>5</sup>

9) Mit unseren Handelsverträgen läßt sich die Regelung absolut vereinbaren.

---

chischen Außenminister Schober bekanntgegeben worden, Schultheß', Bd. 72 (1931), S. 280. Die Veröffentlichung des Protokolls erfolgte am 21. März 1931, ebd., (1931), S. 88-90, dort auch der Text des Protokolls.

<sup>3</sup> Vom 4. Oktober 1922; ADÖ, Bd. 4, S. 428-37.

<sup>4</sup> Hschr. Ergänzung Schuberts: „Hier: selbständige Handelsvertragsverhandlungen, Schiedsgericht.“

<sup>5</sup> Siehe dazu u.a. Aufz. Curtius' vom 3. Januar 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVI, S. 333.

10) Auf Anfrage: Es handelt sich nicht um den politischen „Anschluß“: Das ist etwas ganz anderes. Die beiden Regierungen haben keinerlei Verabredung über einen politischen Anschluß getroffen. Der Stand der Anschlußfrage hat sich in keiner Weise geändert. Die Vereinbarungen beschränken sich auf die in dem Protokoll enthaltenen Richtlinien. Wir wollen ja auch mit anderen Ländern, sollten diese das wünschen, in ähnlicher Weise verhandeln. Nötigenfalls: meine Anschlußformel.<sup>6</sup>

11) Nötigenfalls: beide Regierungen werden an ihrem Entschluß unbedingt festhalten. Es werden keine bestehenden internationalen Verpflichtungen verletzt.

12) Beide Regierungen haben verabredet, am nächsten Montag abend oder Dienstag früh durch die Presse auch die Öffentlichkeit in großen Zügen zu informieren. Das nötig, weil durch Indiskretion Durcheinander entstehen kann. Eigentlich hätte die Veröffentlichung erfolgen müssen, nachdem die beiderseitigen Kabinettsbeschlüsse vorgelegen haben. Wir haben sie aber noch etwas zurückgestellt, damit die anderen Regierungen nicht durch die Presse überrascht werden.<sup>7</sup>

13) Nötigenfalls: Gefahr, daß Österreich sich der Idee einer Donau-Konföderation genähert hätte. Das hätte Stärkung der Kleinen Entente bedeutet.

14) Auf andere Weise war Österreich wirtschaftlich nicht zu halten.<sup>8</sup>

---

<sup>6</sup> Siehe Dok. 246.

<sup>7</sup> Hschr. Randbemerkung Schuberts zu Punkt 12: „Schon heute Abend, erfuhr ich soeben, da ‚durchgesickert‘.“

<sup>8</sup> Am selben Tag führte (21. März) Schubert sein Gespräch mit Grandi: „Herr Grandi hörte mich sehr aufmerksam und mit großer Ruhe an, ohne mich zu unterbrechen. Er sagte mir, er könne nicht sofort Stellung nehmen, da dieser ganze Fragenkomplex nicht zu seiner engeren Kompetenz gehöre. Gestern habe sich der Französische Botschafter noch in der Nacht dringend bei ihm angesagt und habe ihm erklärt, daß das beabsichtigte deutsch-österreichische Arrangement gegen die Genfer Protokolle verstoße. Er habe bei ihm ange-regt, daß Italien sich an einer Protestdemonstration in Wien beteiligen solle. Er habe dies abgelehnt und dem Botschafter erwidert, er werde zunächst den italienischen Geschäftsträger in Wien beauftragen, von Herrn Schober weitere Einzelheiten zu erbitten; außerdem hätte ich mich für morgen bei ihm angesagt und würde ihm wohl auch Auskunft geben können. [...] Ich erwiderte dem Minister, ich verstehe nicht recht, auf Grund welcher Mitteilungen der Französische Botschafter gestern Nacht bei ihm gewesen sei, da ich wisse, daß Herr von Hoesch seine Demarche [Tel. Hoeschs, 21. März, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 93-96] bei der französischen Regierung erst heute unternommen habe. Herr Grandi entgegnete, hierfür wisse er auch keine Erklärung.“-Aufz. Schuberts, 21. März 1931, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 11.

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit  
dem tschechoslowakischen Gesandten Mastný  
Rom, 26. März 1931**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 11.*

Nach einem Diner bei mir hatte ich mit dem Tschechoslowakischen Gesandten eine recht interessante Unterhaltung.

Der Gesandte sprach mich ohne irgendeine Vorbereitung auf das deutsch-österreichische Abkommen an.

Ich setzte ihm auseinander, daß dieses Abkommen eine gute Sache sei. Es sei hier ein praktischer Anfang auf einer sehr vernünftigen Linie gemacht worden. Auf die praktische Arbeit komme es aber an, nachdem die prinzipiellen Erörterungen in Genf sämtlich gescheitert seien, so die Wirtschaftskonferenz im November, als auch die kürzlich abgehaltene Zollkonferenz.<sup>1</sup> Indem ich auf die letzten in der Presse veröffentlichten Äußerungen des Herrn Beneš anspielte, sagte ich, es sei sehr bedauerlich, daß Herr Beneš nicht hier sei: ich hätte selbst sehr gern mit ihm die Sache von meinem Standpunkt aus auseinandergesetzt.

Der Gesandte erwiderte, er könne ja Herrn Beneš entsprechend orientieren.

Ich erzählte daraufhin dem Gesandten, ich hätte ja seinerzeit mit Beneš über diesen ganzen Fragenkomplex schon einmal gesprochen. Ich hätte ihm gesagt, wirtschaftlich gehörten die Tschechoslovakei, Deutschland und Österreich in geradezu idealer Weise zueinander. Was er betriebe, nämlich einen Wirtschaftsblock der Kleinen Entente unter Hinzuziehung Österreichs, sei viel weniger logisch, da es sich hier um Staaten handele, die nach ihrer wirtschaftlichen Struktur garnicht zusammengehörten.<sup>2</sup>

Der Gesandte sagte, seiner politischen Ansicht nach hätte ich durchaus recht. Die Tschechoslovakei, Österreich und Deutschland seien industrielle Staaten, die in der Tat zueinander paßten, während es sich bei der Kleinen Entente um zwei agrarische Staaten, nämlich Rumänien und Jugoslawien sowie um die industrielle Tschechoslovakei handele: in der Tat sei hier eine wirtschaftliche Kombination viel schwieriger herbeizuführen.

Ich fügte hinzu, ich glaubte damals bei Herrn Beneš für meine Darlegungen ein gewisses Verständnis gefunden zu haben. Er sei doch ein sehr vernünftiger und kluger Mann.

Hierauf fragte der Gesandte, wie es denn mit Ungarn stände. Ich erwiderte ausweichend, Ungarn hätte ich nicht besonders erwähnt: bei unseren von altersher bestehenden guten Beziehungen zu diesem Lande sei für uns eine Rücksichtnahme auf Ungarn selbstverständlich. Hierauf sagte der Gesandte, es sei so schlimm, daß

---

<sup>1</sup> Weltwirtschaftliches Archiv 34 (1931), S. 284-96 (Zweite Konferenz für ein vereintes wirtschaftliches Vorgehen, 17.-28. November 1930), und ebd., 35 (1932), S. 622 (2. Sitzung der Konferenz, 16.-18. März 1931).

<sup>2</sup> Dok. 183.

das Verhältnis zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei so schlecht sei. Ich erwiderte, allerdings sei dies eine sehr schwierige Frage. Von Budapest hätte ich immer gehört, in Prag hetze man gegen Ungarn, in Prag hätte ich stets gehört, in Budapest hetze man gegen die Tschechoslowakei. Wie da ein Ausgleich geschaffen werden könne, wisse ich auch nicht. Ich glaubte, man müsse sich hier Zeit lassen.<sup>3</sup>

## 256

**Tagesaufzeichnung von Schuberts (gekürzt), Rom, zum 10. April 1931**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 12.*

[...]<sup>1</sup>

Zum Frühstück hatten wir Chamberlains. Das Frühstück war ganz nett, obgleich mehrere Leute ausgefallen waren (Tableau beiliegend [nicht gedruckt]).

Nach dem Frühstück hatte ich zunächst keine Gelegenheit mit Chamberlain zu sprechen, da er sich auf ein Sopha mit Theodoli hingesetzt hatte. Erst als er aufbrach, nahm ich ihn noch einmal beiseite, um ihm eine kleine Geschichte zu erzählen, die ich schon bei Tisch Lady Chamberlain erzählt hatte, die mir gesagt hatte, diese Geschichte würde Chamberlain amüsieren. Ich sagte Chamberlain, Lady Chamberlain habe mir erzählt, daß Chamberlain heute Nachmittag bei Mussolini Tee trinken würde. Hieran anknüpfend stellte ich fest, daß Chamberlain einmal von der Sitzung der Völkerbundsversammlung aufgebrochen und nach Italien gereist sei, wo er in Livorno Mussolini getroffen hätte. Hieran knüpfte ich meine Geschichte. Es sei die Völkerbundssitzung gewesen, wo das Gespräch von Thoiry stattgefunden habe.<sup>2</sup> Das sei an einem Freitag gewesen, am Donnerstag vorher sei Chamberlain abgereist, nachdem er Stresemann gesagt hätte, ihm sei bekannt, was Briand Stresemann sagen wolle: er sei mit dieser Sache einverstanden unter der Voraussetzung, daß englische Interessen dabei gewahrt würden. Als ich nun nach Beendigung der Völkerbundssitzung nach Berlin zurückgekehrt sei, sei Lord D'Abernon bei mir erschienen und habe mich sehr steif gefragt, ob wir etwa beabsichtigten, unsere Dreieckspolitik (Deutschland, Frankreich, England) aufzugeben, um nun allein mit Frankreich weiterzuarbeiten. Ich hätte sehr erstaunt erwidert, davon sei gar keine Rede. Wir beabsichtigten durchaus, diese Politik fortzusetzen. Außerdem habe ja Herr Stresemann vor Thoiry von Herrn Chamberlain gehört, daß Chamberlain mit dem, was nachher mit Briand besprochen würde, einverstanden sei.<sup>3</sup> D'Abernon habe sich dann beruhigt. Er habe mir gestanden, daß er im Auftrage

<sup>3</sup> Ebenfalls am 26. März erstellte Schubert eine Zusammenfassung der Reaktionen auf das Zollunionsprojekt nach der internationalen Presse, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 11.

<sup>1</sup> Anruf Dieckhoffs, Unterredung mit Grandi (dazu Dok. 257 Punkt 16).

<sup>2</sup> 17. September 1926, siehe Dok. 155.

<sup>3</sup> Aufz. Schuberts, 11. u. 28. September 1926, ADAP; Serie B, Bd. I/2, S. 181-83, 275-79.

von Tyrrell bei mir gewesen sei. Tyrrell seinerseits habe nicht das Geringste über die Vorgänge in Genf erfahren, und zwar deshalb, weil Chamberlain von Genf aus auf Urlaub gegangen sei, ohne das Foreign Office irgendwie informiert zu haben. Auch Selby sei damals auf Urlaub gegangen. Deshalb habe Tyrrell wohl nur aus den Zeitungen seine Weisheit geschöpft. Auch die deutschen und französischen Zeitungen hätten damals allerdings zum Teil fürchterlichen Unsinn geschrieben.

Chamberlain erwiderte lachend, meine Darstellung sei richtig. Er habe sich geschworen, nie wieder Genf vorzeitig zu verlassen. Im übrigen habe er stets den Eindruck gehabt, daß sowohl Briand, als auch Stresemann damals sich in recht allgemeinen Reden ergangen und sich gegenseitig schöne Bilder vorgemalt hätten, was ursprünglich garnicht beabsichtigt gewesen sei. Es sei sehr schade gewesen, daß dieser Besprechung keine Sachverständigen beigewohnt hätten. Ich erwiderte, daran sei vielleicht etwas Richtiges. Zuerst habe Stresemann mich mitnehmen wollen, dann aber davon Abstand genommen, weil er befürchtet hätte, daß Briand sonst irgendeinen unangenehmen und störenden Sachverständigen mitgebracht haben würde. Stresemann habe mir, wie üblich, sofort nach dem Gespräch einige Mitteilungen gemacht. Erst am nächsten Tage habe er das Gespräch schriftlich fixiert.<sup>4</sup> Ich hätte dann, so fügte ich vertraulich hinzu, festgestellt, daß einige Punkte der Notizen, die ich mir gleich nach der ersten Mitteilung von Stresemann gemacht hätte, nicht ganz mit der schriftlichen Fixierung Stresemanns übereinstimmen.

[...]<sup>5</sup>

## 257

### **Zusammenstellung von Schuberts über die italienische Reaktion auf das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt (gekürzt) Rom, 24. April 1931**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 13.*

Bisherige Vorgänge zu dem Thema:

Befürchtungen Italiens wegen Rückwirkung des deutsch-österreichischen Abkommens auf den Handel Italiens in Deutschland und Österreich und auf dem Balkan.

#### 1) Erlaß vom 18. März 1931 (an: 20. März).<sup>1</sup>

„In Rom kann darauf hingewiesen werden, die Tatsache, daß der große deutsche Markt von 63 Millionen Verbrauchern in Zukunft eine unmittelbare Zollgrenze mit Italien haben werde, biete die Möglichkeit eines leichteren Warenaustausches mit Italien.

<sup>4</sup> Siehe aber Aufz. Stresemanns, 17. u. 20. September 1926, ebd., S. 188-91, 202-10.

<sup>5</sup> Notizen über den weiteren Tagesverlauf.

<sup>1</sup> ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 130f.



Ferner kann gesagt werden, daß bei meiner (Curtius') Aussprache mit Herrn Dr. Schober die übereinstimmende Absicht festgestellt worden ist, an der Klärung der zur Zeit ziemlich verworrenen und schwierigen wirtschaftlichen und handelspolitischen Lage auf dem Balkan Hand in Hand mit Italien zu arbeiten.“

2) Gespräch mit Grandi vom 23. März 1931.<sup>2</sup>

Grandi sagte, die Italienische Regierung sei durch den plötzlichen Schritt der Österreichischen und Deutschen Regierung in eine höchst unbequeme Lage gekommen. Die Sache hätte ganz anders ausgesehen, wenn wir noch etwas gewartet hätten, bis nämlich Italien in seinen Wirtschaftsverhandlungen mit Österreich, Ungarn und auch mit Jugoslawien etwas weiter gewesen sei. Wenn Italiens Wirtschaftsverhandlungen, besonders mit Österreich und Ungarn und auf derselben Linie, wie wir sie verfolgten, schon etwas weiter gediehen gewesen seien, so hätten wir zusammen marschieren können. So aber kreuzten sich gewißermaßen unsere Wege, während sie sonst hätten parallel laufen können.

3) Telegramm nach Berlin vom 24. März 1931.<sup>3</sup>

Ich werde von gut unterrichteter italienischer Seite darauf aufmerksam gemacht, daß die Haltung Italiens gegenüber deutsch-österreichischem Abkommen wesentlich davon abhängt, inwieweit Italiens Wirtschaftspolitik im Donaugebiet durch neue Konstellationen berührt werde. Abgestellt wird dabei in erster Linie auf Ungarn, als Hauptstützpunkt italienischer politischer und wirtschaftlicher Interessen in Südeuropa. Es wird betont, daß Italienische Regierung sich bei ihrer Stellungnahme zu dem Abkommen zum mindesten von Rücksichten auf weitere Entwicklung italienisch-ungarischer Beziehungen leiten lassen werde.

4) Gespräch mit Rocco vom 24. März 1931.<sup>4</sup>

Grandi ist sehr gekränkt.

5) Telegramm nach Berlin vom 25. März 1931 (Nr. 65).<sup>5</sup>

Wie mir aus guter Quelle bestätigt wird, stehen bei den gegenwärtigen Beratungen über die Haltung Italiens zu deutsch-österreichischem Abkommen wirtschaftspolitische Erwägungen im Vordergrund. Italienische Regierung wird ihre Entscheidung in erster Linie von Ausfall gegenwärtig in Bearbeitung befindlicher Gutachten über Auswirkung Abkommens auf Italiens Wirtschaftsinteressen abhängig machen...

Da mir die mitgeteilten, Italien gegenüber zu verwertenden Argumente nicht ganz ausreichen dürften, um Italiens von Frankreich genährte Besorgnisse hinsichtlich Schädigung italienischer Wirtschaft durch deutsch-österreichisches Arrangement zu beschwichtigen und möglicherweise zu erwartenden Anfragen zu ge-

---

<sup>2</sup> Dazu auch Punkt 9; außerdem Tel. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 107-09.

<sup>3</sup> Ebd., S. 109 Anm. 9. Vgl. auch Schuberts Schreiben an Bülow, 24. März 1931, ebd., S. 115f.

<sup>4</sup> Ebd., S. 109 Anm. 9.

<sup>5</sup> Ebd., S. 143 Anm. 5. Dazu Punkt 11.

nügen, wie Interessen Italiens sichergestellt werden könnten, wäre ich für umgehende drahtliche und möglichst ausführliche Information dankbar.

6) Gespräch mit Herrn Schüller vom 25. März 1931.<sup>6</sup>

Ich fragte Herrn Schüller, welche Argumente er mir in die Hand geben könnte, falls die Italiener mir sagen würden, die Sache sei für Italien schlecht. Er riet mir Folgendes:

1) Man müsse den Italienern sagen, daß, nachdem unser Arrangement definitiv zustande gekommen sei, nicht nur die beiderseitigen Zolltarife, sondern natürlich auch der deutsch-italienische und der österreichisch-italienische Handelsvertrag miteinander in Übereinstimmung gebracht werden müßten. Beide Staaten müßten dann nicht nur, sondern sie wollten dann mit Italien in Verhandlungen eintreten. Hieraus, so solle man hinzufügen, würden sich sehr interessante Kombinationen ergeben.

2) Man solle den Italienern sagen, daß die italienischen Wirtschaftsverhandlungen, die sie mit allerlei Staaten, darunter auch Österreich führten, durch das neue Arrangement in keiner Weise gestört werden würden. Sie könnten in aller Ruhe weitergehen.

3) Herr Schüller meinte, an den ersten oder zweiten Punkt könnte man vielleicht in vorsichtiger Weise die Einladung an Italien anknüpfen, sich an der Sache zu beteiligen. Man solle immer wieder von der Möglichkeit „interessanter Kombinationen“ sprechen.

Herr Schüller sagte auf meine Anfrage, von dem Argument, daß die neue Zollgrenze Deutsch-Österreichs große Vorteile für Italien für den Austausch von Waren bringen werde, halte er nicht viel. Als ich ihn weiter fragte, ob denn tatsächlich die Sache sehr gut für Italien sei, antwortete er ausweichend.

Auch von dem Argument, daß das neue Arrangement auch nützlich für eine Kooperation zwischen Deutsch-Österreich und Italien auf dem Balkan sei, hielt Herr Schüller nicht viel.

Er meinte, vorläufig würde wohl Italien viel lieber allein mit all' diesen Staaten verhandeln.

7) Gespräch des Herrn Kreutzwald vom 26. März 1931 mit Professor Guaneri.

Herr Guaneri sagte unter anderem, Italiens Ausfuhr nach Österreich sei zum Teil gefährdet, da die deutsche Industrie auf dem österreichischen Markt jetzt zu große Vorteile haben werde. Vor allem sei die italienische Textilindustrie bedroht.

8) Telegramm aus Berlin, gezeichnet Bülow, vom 26. März 31.<sup>7</sup>

Ich hatte an Herrn von Bülow in anderer Sache eine Anfrage gerichtet. Diese Anfrage wird beantwortet und es wird folgender Satz hinzugefügt:

„Bitte auch in österreichischer Sache keine Gespräche zu führen, die jetzt schon auf Kompensationsforderungen hinauslaufen.“

<sup>6</sup> Aufz. Schuberts vom 25. März 1931 über eine Unterredung mit Egger und Schüller, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 11. Siehe dazu auch Punkt 15.

<sup>7</sup> ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 116 Anm. 5. Siehe auch Punkt 10.

9) Telegramm Nr. 77 aus Berlin vom 27. März 1931.<sup>8</sup>

[Auszug aus der Antwort auf Punkt 2 und auf Schuberts Tel. darüber]

Zu den Ausführungen Grandis über die Führung der in gleicher Richtung wie deutsche liegenden italienischen Wirtschaftsverhandlungen mit Österreich, Ungarn und Jugoslawien ist folgendes zu bemerken:

Es ist an deutschen Stellen nichts bekannt darüber gewesen, daß Italien mit diesen drei Ländern oder mit einzelnen gleichgerichtete Verhandlungen geführt hat. Das einzige, worüber wir allgemein, ohne Kenntnis von Einzelheiten, unterrichtet waren, und zwar nicht aus italienischer oder ungarischer Quelle, sondern von dritter Seite, ist, daß seit einiger Zeit darüber verhandelt wird, in welcher Weise der Austausch ungarischer landwirtschaftlicher und italienischer industrieller Produkte durch Kontingentierung in Verbindung mit Kreditverbilligung und durch Ermäßigung der Frachten auf der Südbahn gefördert werden kann. Von italienisch-ungarischen Verhandlungen mit weit gestreckten wirtschaftlichen Zielen und überhaupt von Verhandlungen zwischen Italien einerseits und Österreich und Jugoslawien andererseits ist uns nichts bekannt gewesen. Wenn wir von Italien darüber unterrichtet worden wären, dann hätten wir selbstverständlich alle möglichen Rücksichten darauf genommen und uns auf jeden Fall mit der italienischen Regierung vorher in Verbindung gesetzt, um diese Verhandlungen nicht zu stören...

Da wir über Einzelheiten der italienischen Verhandlungen auch heute nicht unterrichtet sind, können wir nicht erkennen, in welcher Weise die italienischen Verhandlungen gestört werden. Insbesondere können wir nicht erkennen, inwiefern die italienisch-ungarischen Verhandlungen, sofern sie sich in dem uns bekannten, oben skizzierten Rahmen halten, durch die deutsch-österreichischen Absichten berührt werden. Wenn das doch der Fall ist, so muß uns gesagt werden, worin diese Störung liege. Wenn wir die italienischen Bedenken im einzelnen kennen, können wir prüfen, ob sich Auswege finden lassen, die den italienischen Bedenken Rechnung tragen.

10) Gespräch mit Herrn Schüller vom 28. März 1931.<sup>9</sup>

Herr Schüller erzählte, er habe gestern mit Herrn Ciancarelli gesprochen. Er habe auf Grund dieses Gespräches den Eindruck gewonnen, daß die Italiener gegenüber dem deutsch-österreichischen Abkommen doch voller Bedenken seien... Er habe den Italienern klar gemacht, daß nach Fertigstellung der deutsch-österreichischen Wirtschaftsvereinigung von österreichischer und deutscher Seite sehr interessante Verhandlungen mit Italien stattfinden würden. An dieses Argument habe man italienischerseits offenbar nicht recht geglaubt. Man habe es jeden-

---

<sup>8</sup> ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 130f. Tagesaufzeichnung Schuberts zum 28. März: „Das heute Morgen angekommene lange Telegramm Nr. 77 aus Berlin setzte mich zuerst in Erstaunen, dann in Entrüstung. Italien ist bisher das einzige Land, das sich immerhin recht anständig benommen hat. Das sollte man doch etwas anerkennen. Aber keine Spur: es erscheint Berlin besonders verdächtig. Ich habe dann sofort, noch am Vormittag, ein Antworttelegramm aufgesetzt, das ich mit einigen, wenigen Änderungen am Abend dann auch abgehen ließ.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 11. Schuberts Erwiderung, Tel. vom 28. März, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 142f.

<sup>9</sup> Aufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 11.

falls mit Reserve aufgenommen. Auf meine Anfrage sagte Herr Schüller, die Italiener seien mit keinem Wort auf Kompensationsforderungen<sup>10</sup> zu sprechen gekommen. Er selbst fürchte, im Gegensatz zu Herrn Ritter, solche Kompensationsforderungen nicht.

Herr Schüller sagte erneut, von dem Argument bezüglich der gemeinsamen Zollgrenze hielt er nichts. Die Befürchtungen der Italiener seien vielmehr zu einem gewissen Grade berechtigt.

Als ich sagte, ob man nicht den Italienern sagen könnte, daß sie sich in Zukunft einem größeren und aufnahmefähigeren Gesamtkomplex gegenüber finden würden, der dem gegenseitigen Handel einen größeren Auftrieb geben könnte, meinte Herr Schüller, auch hiermit sei nichts anzufangen. Gerade den Gesamtkomplex fürchteten die Italiener.

Schließlich meinte Herr Schüller, man müsse den Italienern etwa Folgendes sagen:

„Beide Länder, sowohl Deutschland, als auch Österreich, nehmen das größte Interesse an dem italienischen Markt. Nach Abschluß des Abkommens können Deutschland und Österreich die Verträge mit Italien vertiefen. Sie wollen ihre bisherige handelspolitische Linie gegenüber Italien nicht etwa aufgeben, sondern sie vielmehr mit den Methoden der Jetztzeit ausbauen.“

Erneut sagte Herr Schüller ferner, das Argument, Deutschland und Österreich seien bereit, mit Italien in wirtschaftlichen Balkanfragen, die sehr verworren seien, Hand in Hand zu gehen, sei nicht zugkräftig: die Italiener wollten lieber allein mit den Balkanstaaten verhandeln.

11) Telegramm Nr. 71 nach Berlin vom 28. März 1931.<sup>11</sup>

[...]

12) Bericht des Generalkonsuls in Mailand [Schmitt] vom 28. März 1931 (an: 30. März).

Bezüglich der beabsichtigten Zollunion selbst sagt man sich, daß die Bedeutung Wiens als Umschlagplatz für den Osten zunehmen und der deutsche Export nach den Balkanländern dem italienischen vermehrte Konkurrenz machen werde.

13) Gespräch mit Herrn Schüller vom 30. März 1931.<sup>12</sup>

Herr Schüller erzählte mir, Herr Ciancarelli habe ihm gesagt, die Freundschaft zwischen Österreich und Italien sei ja sehr groß: man dürfe sie aber auf keine zu große Probe stellen. Wenn Österreich jetzt die Sache fertig machen würde, ohne die Beratungen mit den anderen Mächten abzuwarten, so würden die Italiener sich das auch nicht gefallen lassen können.<sup>13</sup>

<sup>10</sup> Siehe Punkt 8.

<sup>11</sup> ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 142f. Siehe auch Punkt. 9.

<sup>12</sup> ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 215 Anm. 4.

<sup>13</sup> Am 1. April 1931 berichtete der ehemalige Reichsminister Bredt Schubert von einem Gespräch, das er mit Mussolini über die Zollunion geführt habe: „Herr Mussolini antwortete, Herr Bredt habe ganz recht; vom deutschen Standpunkt aus müsse die Sache gemacht werden. Wie Herr Bredt mir sagte, ging aus der Antwort des Herrn Mussolini durchaus

14) Gespräch mit Herrn Grandi vom 2. April 1931.<sup>14</sup>

[...]

15) Erlaß vom 2. April 1931 (an: 5. April).<sup>15</sup>

Es wird berichtet über die Unterredungen des Herrn von Schoen in Budapest mit Graf Bethlen vom 30. und 31. März.

Bethlen sagte, Italien habe – offenbar mit politischen Hintergedanken – schon früher die Bereitschaft gezeigt, Ungarn, Österreich und Jugoslawien wirtschaftliche Vorteile einzuräumen. Des Näheren hätte sich Rom zwar nicht erklärt, insbesondere nicht offiziell von Zollunion gesprochen. Wohl aber sei, so oft bei den jüngsten Verhandlungen des ungarischen Handelsministers in Rom sich Schwierigkeiten ergeben hätten, von italienischer Seite gesagt worden, daß eine Zollunion eigentlich der beste Ausweg wäre. Graf Bethlen glaubte, daß es die Absicht Italiens gewesen sei, nach Einigung mit den drei genannten Staaten auch mit Deutschland zu verhandeln. Er halte diesen Plan auch auf dem von uns betretenen Wege für durchführbar, sofern sich der französische Widerstand überwinden lasse.<sup>16</sup>

16) Gespräch mit Grandi vom 10. April 1931.<sup>17</sup>

Grandi sagte, Frankreich sei jetzt neurasthenisch: augenscheinlich setze es jetzt auf der ganzen Linie zu Gegenaktionen ein.

Ich erwiderte, offenbar spiele Herr Grandi darauf an, daß Frankreich das Bestreben habe, dem deutsch-österreichischen Projekt einen Gegenplan gegenüberzustellen.<sup>18</sup> Außerdem hätte ich ebenfalls aus den Zeitungen ersehen, daß Rumänien die handelspolitischen Verhandlungen mit uns und Österreich abgebrochen habe.

---

eine Zustimmung hervor; er sagte kein Wort, aus dem man auf ein Bedenken gegen das deutsch-österreichische Projekt hätte schließen können.“-Aufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 12.

<sup>14</sup> Aufz. Schuberts (mit 3 vorbereitenden Aufzeichnungen), Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 12, in der er alle Argumente und Überlegungen in bezug auf die deutsch-österreichische Zollunion und ihre Konsequenzen wiederholte, die Verbindung mit dem Anschluß Österreichs leugnete und erneut seine Formel, „entweder komme der Anschluß, dann könne niemand ihn hindern, oder er komme nicht, und dann könne man ihn auch nicht forcieren“, anbrachte. Ausführliches Tel. Schuberts vom 2. April, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 169-71.

<sup>15</sup> Zum Hintergrund siehe Aufz. Eisenlohns vom 31. März 1931, ebd., S. 150-52.

<sup>16</sup> Siehe dazu die Äußerung Schüllers, Aufz. Schuberts vom 25. März 1931 (siehe Punkt 6 Anm. 6): „Schließlich fragte ich Herrn Schüller, ob nicht die Gefahr bestehe, daß Italien unserem beabsichtigten ‚Block‘ einen anderen wirtschaftlichen Block mit anderen Staaten entgegensetzen könnte. Herr Schüller erwiderte, diese Möglichkeit erschrecke ihn garnicht. Denn unter Umständen könne der deutsch-österreichische Block sich mit dem anderen Block viel besser verständigen als mit einzelnen Staaten.“

<sup>17</sup> Tagesaufz. Schuberts zum 10. April (Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 12): „Über das Gespräch mit Grandi war ich, was den allgemeinen Ton anlangt, sehr zufrieden. Sorge bereitet mir aber die auf's neue wiederholte Behauptung, italienische Pläne seien zerstört. Ich wollte bei dem heutigen Gespräch diesen Punkt nicht appfondieren. Schon deshalb nicht, weil ich ja kein Gespräch führen soll, das dazu führt, italienische Kompensationswünsche herauszulocken.“ Zum letzten Satz Punkt 8.

<sup>18</sup> Tel. Hoeschs vom 10. April 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 193f.

Grandi erwiderte, er habe seine Informationen auch nur aus den Zeitungen. Frankreich setze offenbar seinen Hebel zunächst in Rumänien an, dann aber auch in Jugoslawien. Italien hätte vorgehabt, handelspolitische Verhandlungen mit Jugoslawien zu führen. Wenn, wie er durchblicken ließ, diese Verhandlungen auch nicht sehr viel Aussicht auf Erfolg versprochen hätten. Es scheine nun, als ob es zu diesen Verhandlungen jetzt nicht mehr kommen werde. Das sei ohne Zweifel auf französischen Einfluß zurückzuführen. Die Franzosen trieben eben auf der ganzen Linie Erpressung...

Auf meine Frage erklärte mir Grandi zunächst, daß der Standpunkt Italiens sich nicht geändert hätte. Dann aber sagte er mir sehr ernst, er müsse erneut betonen, daß unser plötzliches Vorgehen allerlei Pläne gestört habe, die er hätte verfolgen wollen. Hierdurch sei die italienische Politik in eine sehr unangenehme Lage geraten und die Weiterführung dieser Politik, deren Ziele er mir öfters dargelegt habe, werde sehr erschwert... Ich sagte schließlich, ich hoffte sehr, daß Herr Grandi nach immer erneuter gründlicher Prüfung sich nicht nur von der Nützlichkeit des Abkommens überzeugen, sondern auch zu der Erkenntnis kommen werde, daß es der italienischen Politik gelingen werde, die Schwierigkeiten, die ihr nach seiner Angabe durch unsere Demarche bereitet worden seien, zu überwinden.

17) Erlaß vom 8. April 1931 (an: 13. April).<sup>19</sup>

[...]

18) 19. April 1931:

[1] Sorgen italienischer Textilindustrie im Falle deutsch-österreichischer Zollunion]

2) Herr Trendelenburg zeigte mir einen Brief des Herrn Ritter,<sup>20</sup> in welchem Herr Ritter Herrn Trendelenburg bittet, doch gelegentlich seines Aufenthaltes in Mailand bei dem italienischen Handelsminister [Bottai] festzustellen, welches eigentlich die italienischen Wünsche uns gegenüber seien.

19) 20. April 1931: Telegramm aus Berlin (Nr. 104).<sup>21</sup>

[...]

20) Erlaß aus Berlin vom 21. April (an: 23. April 1931).<sup>22</sup>

[...]

<sup>19</sup> Ebd., S. 180-87.

<sup>20</sup> Während der Mailänder Messe, nicht ermittelt. Schubert berichtete über diesen Brief in einem Schreiben an Bülow vom 30. April 1931, ebd., S. 272f., in dem er zugleich betonte, „die hiesige Einstellung zu dem deutsch-österreichischem Abkommen [gefalle ihm] in letzter Zeit garnicht mehr“. Die Informationen des AA zeigten, „wie schwer es zu sein scheint, solche [von ihm gewünschten] durchschlagenden Argumente vorzubringen“. Schüller stehe den Argumenten aus Berlin sehr skeptisch gegenüber. „Was er mir seinerseits an die Hand gab, war reichlich vages Zeug.“

<sup>21</sup> Ebd., S. 246 Anm. 3.

<sup>22</sup> Aufz. Ritters vom 15. April 1931, ebd., S. 211-17. Diese Aufz. wurde mit Erlaß vom 21. April nach Rom und einigen anderen europäischen Hauptstädten gesandt, ebd., S. 211 Anm. 1.

21) Aktennotiz aus Berlin vom 21. April 1931 (an: 23. April).<sup>23</sup>  
[...]

258

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit  
dem italienischen Außenminister Grandi (gekürzt)  
Rom, 8. Juni 1931**

*Ausfertigung. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 16.*

[...]<sup>1</sup>

Hierauf sagte ich Herrn Grandi, wenn er noch einige Minuten Zeit hätte, so würde ich ihm gern noch einige Worte über das deutsch-österreichische Abkommen sagen, wenn auch die Sache zurzeit in suspenso sei.<sup>2</sup> Die Ereignisse in Genf hätten mich stark deprimiert.<sup>3</sup> Ich wolle nicht viel sagen, mich aber über einige

---

<sup>23</sup> Vgl. Ritters Aktenvermerk vom 23. April, ebd., S. 247 Anm. 7. Über die Gegenwirkungen gegen die Zollunion siehe Schuberts Aufz. über ein Gespräch mit Grandi vom 2. Mai 1931, ebd., S. 282-86; Curtius' Tel. vom 7. Mai, ebd., S. 301f.; Curtius' Aufz. über eine Unterredung mit Orsini, 8. Mai, ebd., S. 304-06. – In einer weiteren Aufstellung vom 12. Juni 1931, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 16 über diese Entwicklung vom 13. März-3. Juni 1931 (offensichtlich im Hinblick auf seine Berlin-Reise; siehe Dok. 259) klagte Schubert zunehmend über mangelnde Information und Reaktion aus Berlin.

---

<sup>1</sup> Die Unterhaltung beschäftigte sich einleitend mit der geplanten Konferenz von Chequers und der möglichen Einberufung einer Sitzung des Kontrollausschusses [Beratender Sonderausschuß nach Art. 119 des Young-Plans].

<sup>2</sup> Am 15. Mai telegraphierte Schubert über die italienische Haltung zum Zollunionsprojekt nach Berlin und berichtete, daß Italien in Genf sehr wahrscheinlich enge Fühlung mit Großbritannien halten würde: „Eine dilatorische, das Prestige beider Teile währende Behandlung des Falles, wie sie nach italienischer Ansicht etwa in einer Verweisung an die Haager Cour [den internationalen Gerichtshof] zu erblicken wäre, dürfte hier als eine diskutabile Zwischenlösung des Problems angesehen werden. Italien will zunächst Zeit gewinnen. Dem Projekt in seiner vorliegenden Form will es seine Zustimmung nicht erteilen, darüber kann nach Äußerungen von maßgebender Seite, die in der neuerdings stark kritischen Haltung der Presse ihre Bestätigung finden, kein Zweifel sein. Aber man wird wohl andererseits auch keine unbedingt ablehnende Haltung einnehmen, die zu einer unmittelbaren Vereitelung des Zollunionsplans führen müßte. Vor allem wird das wenig neue Gesichtspunkte bringende französische Gegenprojekt [ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 318f.], das hier in seiner allgemein gehaltenen, dabei die französischen Sonderbestrebungen im Donaubecken nur schlecht verhüllenden Form einen ungünstigen Eindruck gemacht hat, nicht akzeptiert werden.“-PA, Botschaft Rom (Quirinal), Geheimsachen Bd. 6, Deutschland-Österreich, Zollunion, (1931) W 1 b.

<sup>3</sup> 63. Ratstagung des Völkerbundes vom 18.-23. Mai in Genf. Dort verständigte man sich darauf, alle praktischen Schritte in der Zollunion ruhen zu lassen, bis ein Rechtsgutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes in Den Haag bezüglich der Verträglichkeit mit dem Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 ergangen sei, Schultheß', Bd. 72 (1931), S. 538-40. In einer Tagesaufz. zum 20. Mai notierte Schubert, daß er sich „außerordentlich über die italienische Stellungnahme in Genf geärgert“ habe. Er nahm sich vor, nach dessen Rückkehr mit Grandi „Fraktur“ zu reden. Weiter hieß es in der Aufz.: „Der

Punkte mit ihm aussprechen. Ich hätte sonst hier niemand, mit dem ich über diese Dinge sprechen könnte: also sei er mein Opfer. Die Franzosen hätten sich, als das deutsch-österreichische Abkommen plötzlich in Erscheinung getreten sei, offenbar überlegt, wie sie dieses Abkommen zu Fall bringen könnten. (Ich sagte einschaltend, ich wolle nicht in den Verdacht geraten, gegen die Franzosen bei ihm zu hetzen: ich sei nicht frankophob, das wisse er ja. Herr Grandi erwiderte kurz, natürlich könnten wir beide uns ja schließlich alles sagen.) Sie hätten es für das Beste gehalten, die politische Seite der Sache hervorzuheben und hätten daher behauptet, es handele sich ja lediglich um den Anschluß. Ich müsse nun zu meinem größten Leidwesen feststellen, daß Herr Grandi, wenn auch in sehr viel freundlicherer Form, dieselbe These vertrete und sich dadurch ganz auf die Seite der Franzosen gestellt habe. Wir hätten ja früher öfters darüber gesprochen, daß eine gewisse Verständigung zwischen Italien und Frankreich einerseits und zwischen Deutschland und Frankreich andererseits im gegenseitigen Interesse Deutschlands und Italiens liege. In diesem Falle aber müsse ich leider konstatieren, daß Italien und Frankreich sich gegen uns verständigt hätten.

Herr Grandi wollte sich zunächst offenbar um eine Antwort drücken. Als ich ihn aber fragend ansah, erhob er erneut sein bekanntes Klagelied. Er sagte mir, daß er bisher ja stets erklärt habe, unsere Demarche sei besonders unglücklich (malheureuse) gewesen. Offenbar sei in der deutschen Politik eine Änderung eingetreten: Vorher sei sie nach dem Osten eingestellt gewesen, jetzt wolle sie sich mehr nach dem Südosten orientieren. Er selbst sei in eine außerordentlich schwierige Lage geraten. Er kam auch wieder auf die selbständige Politik Italiens zurück. Er erklärte, er habe alles getan, um darauf hinzuweisen, daß hier parallele Wege Frankreichs und Italiens vorlägen, nicht aber ein gemeinsamer Weg usw.

Ich quittierte diese Bemerkungen Grandis mit bedauerlichem Kopfschütteln und sagte, ich hätte mich heute darauf beschränken wollen, auf diesen Punkt hinzuweisen: die Sache sei ja inzwischen sozusagen suspendiert worden. Herr Grandi erwiderte, er sei jederzeit bereit, mit mir noch einmal ausführlicher über den ganzen Komplex zu sprechen, wenn wir einmal etwas mehr Zeit hätten.

Sodann sagte ich Herrn Grandi, er habe ja mit Herrn Curtius auch über den Anschluß selbst gesprochen.<sup>4</sup> Offenbar sei dann aber das Gespräch unterbrochen und die Fortsetzung desselben auf den September vertagt worden.

---

schlimme Punkt ist allerdings, daß ich allmählich zu der Überzeugung komme, daß es doch ein schwerer Fehler unserer Politik war, zur Unzeit mit dem deutsch-österreichischen Plan hervorzuplatzen. Die Sache hätte gründlicher vorbereitet werden müssen. Trotz alledem, was ich loyal hier vertreten habe, wäre meiner Ansicht nach eine Vorbereitung zum Beispiel bei Italien und Ungarn doch möglich und nützlich gewesen. Vielleicht sogar eine Vorbereitung auch noch bei anderen Staaten, wie Frankreich und England. Wenn unser Plan dann in den Anfängen Schwierigkeiten begegnet wäre, so wäre das weit weniger schlimm gewesen als die Situation, in welche wir jetzt geraten sind. Denn was soll jetzt geschehen? Ich hoffe zu Gott, daß der Haag ein günstiges Votum fällt. Das ist aber doch keineswegs sicher. Ich fürchte, daß es zu keinem einheitlichen Votum kommen wird. Denn so ganz sicher scheint mir die Rechtslage doch noch nicht zu sein.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 15.

<sup>4</sup> Am 23. Mai 1931; siehe Tel. Köpkes vom 23. Mai 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 359f. Bereits am 15. Mai waren die beiden ein erstes Mal zusammengetroffen, ebd., S. 332 Anm. 3.



Herr Grandi bestätigte die Richtigkeit dieser Darstellung.

Ich fuhr fort, es sei nicht meine Absicht, diesem Gespräch vorzugreifen. Nur auf einen Punkt seiner Rede<sup>5</sup> wolle ich in diesem Zusammenhange eingehen. Er habe nämlich gesagt, daß die Entwicklung des deutsch-österreichischen Abkommens zu Möglichkeiten führen könnte, die nach den Verträgen ausgeschlossen und nicht annehmbar (inadmissible) seien. Damit habe er doch offenbar den Anschluß gemeint, was Grandi bestätigte. Das verstehe ich nicht, da der Artikel 80 [des Versailler Vertrages] – ich las den letzten Satz dieses Artikels auf französisch vor: „...., elle reconnaît que cette indépendance sera inaliénable, si ce n'est du consentement du Conseil de la Société des Nations.“ – doch die Möglichkeit des Anschlusses immerhin vorsähe. Herr Grandi lachte etwas geniert und deutete an, es handele sich eben doch um die Möglichkeit, daß wir den Anschluß ohne die Zustimmung des Rats effektuieren könnten. Ich erwiderte, davon könne doch keine Rede sein. Im übrigen sei ich persönlich der Ansicht, daß die Zeit jetzt für den Anschluß noch garnicht reif sei. Ich hätte schon öfters auseinandergesetzt, eine wie komplexe Angelegenheit der Anschluß, insbesondere auch für die beteiligten Staaten, nämlich Deutschland und Österreich, sei. Außerdem hätte ich in Berlin stets hervorgehoben, daß, wenn der Anschluß einmal praktisch ins Auge gefaßt werden sollte, man sich in erster Linie dabei auch um Italien zu kümmern haben werde.<sup>6</sup>

Herr Grandi erwiderte, ob man in Deutschland denn wirklich der Ansicht gewesen sei, daß sich die bekannte italienische Stellungnahme gegen den Anschluß in den letzten Jahren geändert hätte.

Ich erwiderte, hierauf komme es nicht an, sondern vielmehr darauf, daß Italien, wie ich ausgeführt hätte, bei der Beurteilung des deutsch-österreichischen Plans lediglich politische Momente in den Vordergrund gestellt hätte. Das bedauerte ich eben so sehr. Hierauf hatte Herr Grandi nichts Rechtes zu erwidern.

Ich habe sodann Herrn Grandi gesagt, ich wolle nur in einem Satz ihm meine persönliche Ansicht über den Anschluß sagen. Ich sei der festen Überzeugung, daß die Verwirklichung des deutsch-österreichischen Anschlusses keine schlechten Folgen für die Beziehungen Deutschlands und Italiens haben werde. Auf diesen „historischen“ Satz wolle ich mich heute beschränken. Herr Grandi vertiefte darauf seinerseits das Thema nicht weiter.

[...]<sup>7</sup>

Hierauf ging ich auf eine weitere Stelle der Rede Grandis ein. Ich sagte, er habe Herrn Curtius bereits in Genf gesagt, ob unser Abkommen nicht eine andere Form annehmen könnte.<sup>8</sup> Etwas Ähnliches habe er in seiner Rede gesagt, indem er betont habe, die italienische Haltung sei nicht endgültig, es gäbe vielleicht noch andere Lösungen. Ich fragte Herrn Grandi, ob er dabei ganz bestimmte, konkrete Lösungen im Sinne habe.

<sup>5</sup> Grandi hatte sich am 3. Juni vor dem Senat zur Außenpolitik geäußert, Schultheß', Bd. 72 (1931), S. 388.

<sup>6</sup> Zu Schuberts Stellungnahme in Berlin siehe Dok. 244-252.

<sup>7</sup> Italienische Experten behaupteten, daß das Zollunions-Projekt schädlich für Österreich und Deutschland sei. Schubert kann sich dieser Meinung nicht anschließen.

<sup>8</sup> Siehe Anm. 4.

Herr Grandi erwiderte, konkrete Lösungen habe er nicht im Sinne gehabt. Er habe vielmehr bei diesem Passus seiner Rede, wie auch an anderen Stellen, auf die Reparationsfrage, die jetzt das Hauptproblem sei, anspielen wollen. Italien erhalte bekanntlich von Deutschland eine Summe, die es instand setze, seine Schulden an Amerika und England zu begleichen. Außerdem sei aber noch darüber hinaus eine gewisse Marge vorhanden, die im Haag [1. Haager Konferenz, 6.-31.8.1929] noch etwas zu Gunsten Italiens erhöht worden sei. Es handele sich dabei an sich um keine allzu große Summe, aber immerhin eine Summe, mit der Italien stets gerechnet habe und jetzt noch rechne. Italien sei bereit, diese Summe zu opfern, wenn auf diese Weise das ganze Problem gelöst werden könne.

Ich erwiderte, ich hätte mit großem Interesse den Reparationspassus seiner Rede gelesen, als er gesagt hätte, daß die deutschen internationalen Verpflichtungen sehr schwer auf ganz Europa lasteten. Hierin könnte ich ihm nur zustimmen.

[...] <sup>9</sup>

Ich erklärte dann, was wir in der Reparationsfrage eventuell vorhätten, wisse ich nicht. Vorläufig sei das eingetreten, was mir der Reichskanzler bereits, als ich in Berlin gewesen sei, vorausgesagt habe, nämlich der Erlaß der Notverordnung.<sup>10</sup> Diese Notverordnung überschreite meiner Ansicht nach die Grenzen des Erträglichen. Wie ich aus den Zeitungen ersehen hätte, sei man auch allgemein in Deutschland sehr schlecht auf die Notverordnung zu sprechen. Diese Notverordnung sei aber in dem stets von uns vertretenen Gedanken erfolgt, daß wir zunächst auch das Unmöglichste tun müßten, um den Versuch zu machen, unser eigenes Haus in Ordnung zu bringen.

[...] <sup>11</sup>

Ich kam dann auch noch kurz auf die allgemeine Wirtschaftslage zu sprechen; Herr Grandi hatte schon öfters nach seiner Uhr gesehen. Ich sagte ihm, daß, wie schon seit langem, mir die allgemeine Wirtschaftslage Europas die größten Sorgen bereite. Es schiene mir so, als ob gewisse tiefere Gründe vorlägen, die man vielleicht nicht richtig erkenne. Einer dieser Gründe sei natürlich die Goldfrage, wenn auch vielleicht mein Freund D'Abernon die Bedeutung dieser Frage etwas übertreibe.<sup>12</sup> Eine andere Frage sei die Frage der Marktregelung, nämlich die Frage, wohin am besten die verschiedenen Produkte der Länder zu leiten seien und so weiter. Vielleicht sei, so fügte ich lachend hinzu, der Gedanke einer internationalen Wirtschaftskonferenz, wie sie unser Freund Ruschdy Bey ventiliere,<sup>13</sup> doch gar nicht so uneben.

Auf diese letztere Bemerkung antwortete Herr Grandi lediglich mit einem lauten und fröhlichen Gelächter. Er sagte, im übrigen verstehe er meine Bedenken durchaus. Er fügte aber lächelnd hinzu, in diese schwierige Wirtschaftslage sei aber nun eben unser deutsch-österreichisches Abkommen geplatzt.

<sup>9</sup> Grandi weist darauf hin, daß Italien Deutschland in der Reparationsfrage helfen könne.

<sup>10</sup> Siehe Dok. 250. Zu der Notverordnung siehe Schultheß', Bd. 72 (1931), S. 120-132.

<sup>11</sup> Innenpolitische Lage in Deutschland sei besorgniserregend; kurze Erwähnung der Abrüstung.

<sup>12</sup> Siehe Dok. 246 Anm. 9.

<sup>13</sup> Dok. 243 Punkt 3.

Ich erwiderte, ich wolle ihm hierauf ganz einfach Folgendes erwidern. Ich hätte mir die schönen Beschlüsse des Europa-Ausschusses<sup>14</sup> genau angesehen, fände aber da nur viele vage, wenn auch zum Teil gute, Ideen, an deren Verwirklichung in einem allgemeinen Rahmen ich nicht glauben könne. Herr Grandi erwiderte, darin hätte ich vollkommen recht. Der einzige praktische Vorschlag aber, so fuhr ich fort, sei schließlich unser Vorschlag wegen des deutsch-österreichischen Abkommens gewesen, obgleich er politisch (dieses Wort brauchte ich in sarkastischem Ton) vielleicht „etwas unbequem“ gewesen sei: das wolle ich doch einmal konstatieren.

Herr Grandi meinte etwas verblüfft, das glaubte ich also wirklich? Bei der großen Unruhe, die dieser Vorschlag hervorgerufen hätte? Ich erwiderte, diese Unruhe sei aber auch durch die Presse, nicht zum mindesten die italienische Presse, hervorgerufen worden. Die italienische Presse habe alle die schlimmen Punkte, die Herr Grandi in sehr netter Weise, so müsse ich zugeben, vorgebracht habe, in unerhörter Weise unterstrichen und verschärft. Ich erwähnte dabei besonders Herrn Gayda.

[...] <sup>15</sup>

259

**Tagesaufzeichnung von Schuberts, Berlin, zum 15. Juni 1931**

*Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 16.*

[...] <sup>1</sup>

Dann ging ich, von Bülow um 11 Uhr bestellt, ins Amt. Ich mußte zunächst etwas warten und hatte Gelegenheit zu einem kurzen vorbereitenden Gespräch mit Köpke.

<sup>14</sup> Siehe dazu Runderlasse des AA vom 31. Mai u. 10. Juni 1931 über die 3. Tagung des Studienausschusses für die Europäische Union vom 15.-21. Mai 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 378-81, 413-421.

<sup>15</sup> Weiteres Gespräch über die Presse; unbestimmte Pläne der Italiener für Genf; schließend betont Grandi, daß Italien weiter an Zusammenarbeit mit Deutschland interessiert sei.

<sup>1</sup> Private Angelegenheit; Schubert war am Morgen des 14. Juni 1931 zu dienstlichen und privaten Besprechungen in Berlin eingetroffen, hatte zunächst mit Wangemann private Angelegenheiten erörtert und ihn dann nach der allgemeinen Lage gefragt. Wangemann stellte u.a. fest, „Curtius klebe an seinem Amt, er sei nicht wegzubringen, das sagten sogar seine Freunde wie z. B. Stauß. Vom Auswärtigen Amt merke man gar nichts seit meinem Weggange. Als ich dagewesen sei, habe man doch schließlich gewußt und gemerkt, daß ein Staatssekretär dasei. Von Bülow höre man gar nichts. Herr Wangemann fragte mich, was denn Herr Gaus zu all' dem Unsinn, der gemacht würde, sage. Ich erwiderte, Gaus sei anscheinend etwas zurückgedrängt. [...] Ich nahm Anlaß, um darauf hinzuweisen, daß die Stresemann-Politik neuerdings durchaus gefälscht würde. Wenn man sage, daß das jetzige Schlamassel die Folge der Stresemann-Politik sei, so sei dies eine ungeheuerliche Verdrehung. Umgekehrt müsse man sagen, daß eben leider die Stresemann-

Dann war ich etwa zwei Stunden bei Bülow. Zuletzt zog er Ritter, aber nur kurz, hinzu.

Über das Gespräch mit Bülow ist etwa Folgendes zu notieren:

1) Ich fragte ihn nach Chequers, worauf er mir die hier anliegenden Aufzeichnungen gab.<sup>2</sup> Er erzählte mir, Brüning und Curtius hätten in London ein Moratorium [gemeint: Zahlungsaufschub der Reparationen gemäß Young-Plan] in Aussicht gestellt. Sie hätten sich sozusagen gebunden, dieses Moratorium nicht vor Stimson's Ankunft zu erklären.<sup>3</sup> Das müsse aber gewissermaßen geheim gehalten werden, denn der Finanzminister Dietrich hätte die Herren vor der Abreise dringend gebeten, sich nicht an ein Datum zu binden. Im übrigen hätten die deutschen Herren in London leider nicht genug gesagt. Der Ton ihrer Ausführungen hätte etwa dahin gelaute, daß die Sache in Deutschland so nicht weitergehen werde. Sie hätten aber sagen sollen, daß etwas geschehen müsse, und hierüber sprechen sollen. Dazu hätten sie am Sonnabend [6. Juni] in Chequers Gelegenheit gehabt, als nämlich MacDonald sie gefragt habe, was ihre weiteren Pläne seien. Daraufhin hätten sie sich offenbar nicht getraut, mit der Sprache herauszurücken. Man habe nämlich hier in Berlin schon seit längerer Zeit erwogen, die Idee von 3 Feierjahren, während deren außer der ungeschützten Annuität nichts bezahlt werden solle, zu ventilieren und irgendwie in die Welt zu setzen. Diese Frage aber hätten eben die deutschen Herren in London leider nicht angeschnitten. Im übrigen habe die Reparationsfrage in London etwa 90% der Zeit in Anspruch genommen, während man vorher gedacht hätte, daß in erster Linie über die Abrüstungsfrage gesprochen werden würde.

2) Bülow erzählte mir, es sei vorgestern eine Instruktion an Hoesch ergangen, die mir Bülow übergab.<sup>4</sup> In dieser Instruktion werde Hoesch beauftragt, Briand über Chequers und über die Lage in Deutschland aufzuklären. Die Instruktion sei zuerst

---

Politik nicht fortgeführt worden sei. Wenn Stresemann jetzt noch am Leben sei, würde er ganz sicherlich anders gehandelt haben. [...] Herr Wangemann schimpfte dann sehr auf das deutsch-österreichische Abkommen, das er als ganz verfehlt bezeichnete. Otto Wolff habe sich in seiner Gegenwart an den Kopf gefaßt, als er davon gehört habe. Ich fragte Wangemann, wer denn nun aber der Nachfolger von Curtius werden solle. Er erwiderte, vielleicht ein Beamter, in erster Linie ich. Ich bezeichnete eine solche Kandidatur, auch von mir, als unmöglich. Ein Beamter würde in der jetzigen Zeit durch die Parlamentsmaschine zermahlen werden. Wo wir nun einmal eine Parlamentswirtschaft hätten, sollten die die Sache gefälligst aussresen. Anders würde die Sache erst, wenn vielleicht einmal eine Art Direktorium mit besonderen Machtbefugnissen eingesetzt werden würde. Ich fragte Herrn Wangemann, ob seiner Ansicht nach die Währung in Gefahr sei, was er entschieden verneinte. Ich setzte Herrn Wangemann dann noch kurz auseinander, daß, was die Überwindung der Weltwirtschaftskrise anlange, meiner Ansicht nach zwei Stadien zu überwinden seien: zuerst eine Vertrauenskrise, zweitens aber müßten dann besondere und außerordentliche Wege internationaler Art gesucht und gefunden werden.“ – Tagesaufz. Schuberts zum 14. Juni 1931, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 16.

<sup>2</sup> Über die Ergebnisse von Chequers siehe Curtius' Aufz. vom 10. Juni 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 402-04; u. ebd., S. XXXIVf. Die von Schubert erwähnten Aufzeichnungen fehlen hier.

<sup>3</sup> Stimson sollte am 6. Juli 1931 eine Rundreise durch Europa beginnen, Schultheß', Bd. 72 (1931), S. 389.

<sup>4</sup> ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 438-42.

etwas weiter gefaßt worden, am Sonnabend aber habe Curtius selbständig manches, und zwar recht wichtige Stellen weggestrichen. Bülow übergab mir das ursprüngliche Telegramm, damit ich sehen könnte, welche Stellen weggefallen seien. Nach Rom hätte ein ähnliches Telegramm ergehen sollen, das aber weggefallen sei, da ich von Rom bereits abgefahren sei. Als „Ersatz“ werde Curtius heute vormittag noch Orsini sehen. Er halte es für richtig, wenn ich nachmittags Orsini besuchte, um festzustellen, ob Orsini Curtius richtig verstanden hätte, um eventuell noch einige Korrekturen anbringen zu können.<sup>5</sup>

3) Es bestehe der Plan, eventuell durch Hoesch und mich noch eine zweite Demarche machen zu lassen. Bei dieser Demarche sollten wir dann sagen, daß vielleicht eine Konferenz zu viert (Deutschland, England, Frankreich, Italien) gut sei. Wir wollten nämlich mehr als ein Moratorium, das uns eigentlich nichts nutze. Wir wollten 3 Feierjahre, in denen nichts bezahlt werden sollte außer dem ungeschützten Teil. Wir könnten, wenn wir diese Feierjahre kriegten, dann eventuell das Moratorium zurückziehen.

Wenn wir ein Moratorium erhielten, so brauchten wir nicht mehr zu transferieren, was zur Folge habe, daß die anderen Mächte nichts bekämen. Die Kontinentalmächte könnten dann zwar auch ein Moratorium in Amerika erklären, aber Amerika ginge leer aus. Die Amerikaner könnten vielleicht dann so beruhigt werden, daß man ihnen anheimstellte, auf ihr Guthaben, das sich in Deutschland ansammle, Schatzbonds auszugeben, deren Zinsdienst wir dann übernehmen könnten. (Ritter erwähnte später auch noch eine andere Möglichkeit. Die Amerikaner könnten ihre Staatsbürger dadurch vor erhöhten Steuerzahlungen schützen, daß sie ihre Kriegsschulden, die jetzt sehr schnell amortisiert würden, weniger schnell amortisierten.) Bülow hob hervor, daß wir natürlich 3 Feierjahre brauchten, die vielleicht dann ganz hinten an den Reparationsplan angesetzt würden. Nicht sei uns gedient mit Anleihen oder wenn die anderen uns sonst ein wertloses „Bukett“ servierten.

Die oben erwähnte zweite Demarche, die von Hoesch und mir ausgeführt werden sollte, hätte aber noch nicht den Sinn, die Idee der Feierjahre anzubringen, sondern nur, die Sache technisch weiter anzukurbeln.

Wenn allerdings in der nächsten Zeit etwas Schlimmes passiere, dann müsse etwas geschehen und schnell gehandelt werden. Eventuell müsse ein Moratorium vor Stimsons Ankunft erklärt werden.

4) Die Kabinettskrise werde hoffentlich von Brüning überwunden werden. Es fänden in den Parteien sehr eingehende Verhandlungen statt. Heute sei ein kritischer Tag, auch morgen.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Zu den Gesprächen Curtius/Orsini und Schubert/Orsini siehe den Schluß dieses Dokuments.

<sup>6</sup> Über die am 5. Juni in Kraft getretene „II. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ war es zwischen der Reichsregierung und den Parteien, die die Einberufung des Reichstages forderten, zu einem Konflikt gekommen. Brüning drohte mit der Demission seines Kabinetts und Reichstagsauflösung. Nachdem die Reichsregierung Verhandlungen über Veränderungen der Notverordnung zugesagt hatte, gelang es, die Krise am 16. Juni beizulegen, Schultheß', Bd. 72 (1931), S. 134f., S. 141f.

5) Die deutsche Finanzlage sei sehr schlimm. Die Reichsbank hätte große Devisenverluste erlitten. Hoffentlich sei aber das Schlimmste vorbei. Luther habe bei Behandlung der Frage, ob der Reichstag einberufen werden solle und Brüning in diesem Falle gehen müsse, sehr drastisch wegen der Devisenverluste gesprochen. Vorgestern sind allein 250 Millionen der Reichsbank entzogen worden.

6) Längere Zeit sprachen wir dann auch über das österreichische Abkommen.

Ich setzte Bülow auseinander, warum ich in einem fort um Material gebeten hätte, und daß ich nicht verstanden hätte, daß mir von ihm stets „Zurückhaltung“ auferlegt worden sei.<sup>7</sup>

Bülow erwiderte, er verstehe die Italiener nicht. Die Franzosen seien deshalb so böse gewesen, weil wir es gewagt hätten, eine Initiative zu ergreifen. Das hätte besonders ihren Zorn erregt. Dieser Zorn hätte aber doch den Italienern nur angenehm sein können. Es sei deshalb ihm unverständlich, warum die Italiener sich an die Seite der Franzosen gestellt hätten. Ich habe daraufhin Bülow ausführlich Grandis Politik auseinandergesetzt. Ich habe zu erklären versucht, warum Grandi seinen Standpunkt, und zwar nur sehr widerwillig, eingenommen hätte. Grandi hätte umgekehrt stets gesagt, es sei von uns sehr falsch gewesen, die neurasthenischen Franzosen, die dadurch sehr gefährlich seien, noch weiter aufzuregen. Schließlich führte ich aus, daß ich mein Möglichstes getan, aber eben nicht genug Material erhalten hätte.

Als ich in diesem Zusammenhang einmal mich ungefähr dahin äußerte, vielleicht hätte es manchmal den Anschein gehabt, als ob ich etwas sehr stark ins Zeug gegangen sei, erwiderte Bülow, allerdings hätte man in Berlin einmal den Eindruck gehabt, ich hätte zuviel getan. Bülow erzählte mir, Grandi hätte in Genf zu Schober gesagt, der Anschluß sei schon abgeschlossen: ich hätte lediglich mit Grandi gesprochen, Herrn von Egger aber habe er nicht gesehen. Ferner habe entweder Schober oder Schüller selbst uns in Genf erzählt, daß ich über den Kontrollauschuß [Beratender Sonderausschuß nach Art. 119 des Young-Plans] gesprochen und Grandi das übelgenommen hätte.

Ich erwiderte Bülow sehr bestimmt, meiner Ansicht nach hätte ich in der österreichischen Sache nicht zuviel, sondern zu wenig gemacht. Ich setzte auseinander, wie die Sache wirklich gelegen hätte. Nach der ersten Demarche hätte Herr von Egger zusammen mit Schüller mehrfach versucht, Grandi zu sehen, Grandi hätte aber die Herren ganz einfach nicht empfangen wollen. Infolgedessen hätte ich allein die Sache führen müssen. Was die Bemerkung Grandis zu Schober anlange, so könne ich mir nur denken, daß Grandi, der sarkastische Bemerkungen liebe und schwer pikiert über Schober sei, bei dieser Gelegenheit ganz einfach Schober eins habe auswischen wollen. Ich klärte ferner Bülow über meine Tätigkeit in bezug auf den Kontrollauschuß auf. Ich erzählte ihm, daß ich ganz einfach diese Sache im Rahmen von anderen Sachen vorgebracht hätte, und zwar auf Grund eines Informationstelegramms, das ich von Ritter erhalten hätte. Grandi hätte das ohne Zweifel garnicht übelgenommen, vielleicht aber seine Mitarbeiter im Amt, wie ich das seinerzeit schon Herrn Schüller auseinandergesetzt hätte. Ich schilderte ferner, daß

<sup>7</sup> Siehe u.a. Tel. Bülows vom 26. März 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 116 Anm. 5. Dazu Schuberts Tel. vom 29. März, ebd., S. 142f.

Egger niemals Instruktionen erhalte. Ich erzählte, daß, als ich am 17. März kurz vor der Demarche bei den Italienern in Rom wieder eingetroffen sei und auftragsgemäß Egger aufgesucht habe, dieser mir gestanden habe, daß er noch keinerlei Instruktionen erhalten hätte außer einem Telegramm, mit dem ihm aufgetragen worden sei, sich bei Grandi demnächst anzusagen. Ferner habe er mir nach einigen Zögern einen Brief von Herrn Schüller gezeigt, in dem Schüller ganz frech behauptet habe, Herr Curtius sei nach Wien gekommen, um seinerseits dort eine Zollunion vorzuschlagen.<sup>8</sup> Ich erzählte ferner das sonderbare Verhalten Schüllers

<sup>8</sup> Siehe Dok. 253. – Dazu ergänzend Tagesaufz. Schuberts zum 17. u. 19. Juni 1931, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 17, über weitere Gespräche; am 17. Juni u.a.: „Gaus war außerordentlich niedergedrückt und sehr wehmütig, so, wie ich ihn eigentlich noch nie gesehen habe. Er sprach sich vollkommen gegen das deutsch-österreichische Abkommen aus. Er betont, er habe die Sache dadurch bis zu einem gewissen Grade gerettet, daß er im letzten Moment ein pactum de contrahendo durchgesetzt habe, während man ursprünglich ein definitives Abkommen in Aussicht genommen hätte. Er jammerte sehr über die Entwicklung unserer Außenpolitik im letzten Jahr und sagte wörtlich: ‚Was ist aus unserer Politik seit dem letzten Jahr geworden!‘ Jetzt seien wir wieder einmal nur alleine die ‚Bittenden‘. Die Reparationsfrage sei außerordentlich ernst. Gaus musste dann zu einer Reparationsbesprechung in die Reichskanzlei gehen, und ich begab mich zu Herrn Köpcke, mit dem ich ein längeres Gespräch hatte. Er sagte mir, er sei stets gegen das deutsch-österreichische Abkommen gewesen. Er habe sogar seinerzeit ein schriftliches Gegenvotum gemacht, das aber keine Beachtung gefunden hätte. [...] Ich frühstückte dann sehr gemütlich mit Ritter und Gaus im Klub von Berlin. Wir unterhielten uns sehr ausführlich über die Reparationsfrage, wobei ich mich über die Einzelheiten genau informierte. Wir sprachen auch eingehend über das deutsch-österreichische Abkommen mit allen seine Facetten. [...] Beide Herren sprachen sich stark gegen das deutsch-österreichische Abkommen aus. Gaus salvierte sich dadurch, daß er sagte, wenn er gewußt hätte, daß die Reparationslage so schlecht sei, er sich stark gegen das Abkommen würde ausgesprochen haben. Ritter schob, wenn ich mich recht entsinne, bei dieser Gelegenheit die Schuld etwas auf den Reichskanzler. [...] Ich setzte kurz auseinander, daß die österreichische Demarche ein sehr großer Fehler gewesen sei, da sie überall die Atmosphäre zu unserem Schaden durchaus verdorben hätte. Die Herren stimmten mir zu. [...] Ich ließ mir dann noch einmal bestätigen, daß Herr von Hoesch, vor der Wiener Reise wegen des deutsch-österreichischen Abkommens befragt, sich sehr dafür erklärt hätte. [...] Nachmittags begab ich mich zum Reichsminister, mit dem ich mich  $\frac{3}{4}$  Stunden sehr eingehend und sehr gemütlich unterhielt. Wir sprachen zunächst über das deutsch-österreichische Abkommen. Er verteidigte es, es habe sein müssen. Die Grundlinie, nämlich größere Wirtschaftsräume zu schaffen, sei doch unbedingt richtig; darüber seien wir (er und ich) doch stets einig gewesen. Wenn er jetzt wegen des Abkommens demissionieren müsse, so werde er doch stets der Ansicht sein, daß seine Aktion berechtigt gewesen sei.“ Und am 19. Juni u.a.: „Nachdem ich mit Renata im Kaiserhof gefrühstückt hatte, ging ich um 4 Uhr zu Pünder, der mich außerordentlich herzlich empfing. Pünder erzählte mir allerlei von den Ereignissen der letzten Wochen. Wir sprachen über das österreichische Abkommen und die Reparationsfrage. Pünder sagte mir, der Reichskanzler sei über die österreichische Sache sehr spät, nämlich erst im Januar (!) orientiert worden. Das habe er etwas übelgenommen und sei deshalb auf das Amt etwas pikiert. Was den Zusammenhang zwischen der österreichischen Sache und der Reparationsfrage angehe, so sei festzustellen, daß das Amt und Schäffer seinerzeit nicht so recht an das Akutwerden der Reparationsfrage geglaubt hätten. Sie hätten dann, als sie die österreichische Sache ankurbelten, den Reichskanzler gewissermaßen dahin festgelegt, daß die Reparationssache erst später ankurbelt werden sollte. Hieraus sei dann eben eine recht unbequeme Situation entstanden. [...] Ich traf dann zufällig Hoesch und hatte unter vier Augen ein Gespräch mit ihm.

bei seiner zweiten Anwesenheit in Rom [Anfang Mai] bezüglich des „Bigamiehölzchens“.<sup>9</sup> Endlich erzählte ich, daß kurz vor der Abreise Grandis nach Genf eine Veröffentlichung wegen eines Generalabkommens zwischen Italien, Österreich und Ungarn vorgenommen worden sei, von der Herr Egger keine Ahnung gehabt habe, was ihn dazu veranlaßt habe, sich ausgerechnet im Palazzo Chigi danach zu erkundigen.

Ich wiederholte dann noch einmal, daß ich meiner Ansicht nach in bezug auf das deutsch-österreichische Abkommen zu wenig getan hätte. Ich hob sehr stark hervor, daß man Italien besser behandeln, daß man mit den Italienern offen reden, daß man auch einmal etwas riskieren, daß man vor allen Dingen aber die Italiener nicht unter dem Eindruck lassen müsse, daß man sie als *quantité négligeable* behandeln wolle.

Bülow meinte schließlich von sich aus, vielleicht könne man allerdings mit den Italienern etwas besonderes machen angesichts der Tatsache, daß Stimson zuerst nach Rom kommen werde. Hieraus ergebe sich ein Vorzugsargument für Italien.

7) Bülow erzählte mir, es sei eventuell eine Zusammenkunft zwischen Brüning und Curtius einerseits und dem französischen Ministerpräsidenten Laval und Briand andererseits in Aussicht genommen.<sup>10</sup> Man denke vielleicht an Luxemburg. Der Reichskanzler wolle allerdings lieber nach Paris gehen, da er hoffe, bei dieser Gelegenheit nicht nur Laval und Briand, sondern auch noch andere Franzosen wie zum Beispiel Tardieu sprechen zu können. Bülow erzählte mir, daß er über diese Frage einen Privatbrief an Hoesch geschrieben habe. Wir wollten nun sehen, was er mitbringe.

Ich erwiderte, wenn aber ein solches deutsch-französisches Zusammentreffen zustande komme, so sei es für mich in Italien katastrophal, dann müsse meiner Ansicht nach auch eine Zusammenkunft mit den Italienern stattfinden.

Bülow erwiderte, das sehe er an sich ein. Vielleicht biete sich aber auch die Gelegenheit zu einem gemeinsamen Zusammentreffen mit den Franzosen und den Italienern gelegentlich des Zusammentritts eines Genfer Ausschusses der europäischen Studienkommission. Wir brauchten uns ja heute noch den Kopf über die

---

Bei dieser Gelegenheit fragte ich ihn, warum er seinerzeit nicht gegen das österreichische Abkommen eingetreten sei. Er habe die Leute in Berlin doch vor der Reise nach Wien gesehen und hätte dazu reichlich Gelegenheit gehabt. Hoesch erwiderte etwas kleinlaut, er sei erstens stets der Ansicht gewesen, daß es eine gute Idee sei, größere Wirtschaftsräume zu schaffen. Zweitens handle es sich doch um eine ‚Hoffnung‘ der beiden Völker Deutschlands und Österreichs, die man nicht missachten könne. Wenn er allerdings, drittens, gewußt hätte, wie übel es um die Reparationsfrage bestellt gewesen sei, so würde er gesagt haben, man solle die Sache lieber nicht machen. Eine recht lahme Erklärung: offenbar hatte Hoesch ein sehr schlechtes Gewissen.“

<sup>9</sup> Tagesaufz. Schuberts zum 14. Juni 1931 (Anm. 1): „Ich sagte Ritter, Schüller sei ja ein netter Junge, und erzählte kurz, daß Schüller damals entgegen der Verabredung bei den Italienern den Gedanken einer besonderen Zollunion zwischen Österreich und Italien angekurbelt hätte. Ich bezeichnete bei dieser Gelegenheit und auch später diese Idee Schüllers als das ‚Bigamiehölzchen‘.“

<sup>10</sup> Aufz. Köpkes vom 23. Juni und Tel. Hoeschs vom 24. Juni 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 473-75, 483-86.



ganze Sache nicht endgültig zu zerbrechen. Wir wollten abwarten, was Hoesch mitbringe.

8) Ich setzte Bülow in kurzen Zügen meine These über die Weltwirtschaftskrise und die außerordentlichen Mittel auseinander, die man finden müsse, um sie zu beheben.<sup>11</sup> Bülow schienen meine Ausführungen einzuleuchten. Er vertiefte dieses Thema aber nicht.

9) Wir sprachen auch über Neuraths Tätigkeit in London. Bülow meinte, er wirke insofern gut, als er gelegentlich die Leute auf die Füße trete und ganz beliebt sei. Leider aber kapiere er die Reparationsfrage nicht so recht. Daher kämen immer nur kurze Gespräche heraus, wie er sie seinerzeit auch stets in Rom geführt habe.

10) Curtius halte sich. Die österreichische Sache sei ein Glück für ihn gewesen. Die Leute hätten eine aktive Politik vom Auswärtigen Amt und von Curtius verlangt. Diesem Verlangen sei durch die österreichische Sache Rechnung getragen worden. Daraufhin hätte das Amt denn immerhin wieder Ruhe gehabt. (Ich muß sagen, daß ich für diese etwas komplizierten Gedankengänge wenig Verständnis aufbrachte.)

11) Ich sagte Bülow in aller Offenheit, daß ich zwar zweihundertprozentig in Rom überall für die österreichische Sache eingetreten sei, daß ich aber doch konstatieren müsse, daß sie überall in sehr akuter Weise die Atmosphäre verdorben und daher sehr schlimme Folgen gezeitigt habe. Bülow erwiderte, er gebe zu, daß die Atmosphäre verdorben worden sei, soweit Frankreich und Italien in Frage kommen. Anders stehe es aber mit England. Erst nachdem wir das österreichische Abkommen in die Welt gesetzt hätten, nehmen uns die Engländer jetzt wieder sehr ernst (?!!). Außerdem, meinte Bülow, sei aber eine Erleichterung für die Young-Frage eingetreten. Durch die österreichische Sache sei die ganze Welt etwas in Aufregung geraten und durch die so geschaffene Situation sei es leichter gewesen, die Young-Frage anzukurbeln.<sup>12</sup> Wenn ohne diese „Vorbereitung“ die Young-Frage angekurbelt worden sei, so würde sich die ganze Welt dagegen gewandt haben. (Auch für diese verwickelten Gedankengänge konnte ich kein Verständnis aufbringen.)

12) Ich sagte Bülow, ich schlug ihm vor, daß wir uns immer ganz offen alles schreiben wollten. Ich hätte bisher manchmal Hemmnisse gehabt, weil ich befürchtet hätte, ihn zu ärgern oder zu stören. Ich schlug aber vor, daß wir hierauf in Zukunft keine Rücksicht nehmen wollten. Bülow war hiermit ganz einverstanden.

13) Ich erwähnte kurz und kritisch die Theodoli-Angelegenheit.<sup>13</sup> Er habe mir geschrieben, man müsse mit Theodoli furchtbar vorsichtig sein, da er uns als Sturmbock gegen die Engländer in der Mandatsfrage benutzen wolle. Das hätte ich übertrieben gefunden. Bülow erwiderte nur, der Brief sei von Herrn Ruppel (!) aufgesetzt worden.

14) Ritter präziserte die Mitteilungen Bülows in bezug auf das, was nun zu geschehen habe, etwa folgendermaßen:

---

<sup>11</sup> Dazu u.a. Dok. 246, 250, 258.

<sup>12</sup> Dazu u.a. Dok. 250. – Wichtig sind die ausführlichen Sitzungs- und Gesprächsaufz. Schuberts über das weitere Vorgehen in der Reparationsfrage am 14. u. 17.-19. Juni 1931 (Fundort Anm. 1 u. 8).

<sup>13</sup> Dazu Aufz. Schuberts vom 12. Juni 1931 über die Entwicklungen zwischen 13. März und 3. Juni, Punkt 13, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 16.

a) Erste Demarche (die stattgefunden hat): Mitteilung der Absicht des Moratoriums (den Engländern gegenüber in Chequers, Hoesch Briand gegenüber, Curtius heute Orsini gegenüber<sup>14</sup>).

b) Demnächst zu unternehmende weitere Demarche (Hoesch und ich) hängt davon ab, was Hoesch mitbringen wird. Jedenfalls Sinn: Hinsteuern auf eine etwas größere Konferenz zwischen Deutschland, Frankreich, England und Italien.

c) Auf dieser Konferenz, jedenfalls nicht schon bei der Demarche unter b), Anrüdern der Feierjahre.

15) Ich erwähnte auch Italiens Angebot.<sup>15</sup> Bülow und Ritter bestätigten, daß dieses Angebot in Berlin sehr gewürdigt worden sei. Wir besprachen die Bedeutung des Angebots. Die Italiener brauchen bloß auf 42 Millionen [RM] Surplus zu verzichten, die Franzosen müssen aber auf 500 verzichten. Ich erzählte Bülow dann auch noch die Einzelheiten meines übrigen Gesprächs mit Grandi, sowohl über das österreichische Abkommen, als auch über die Reparationssache.

16) Ich betonte immer wieder, man müsse mit Italien mehr unternehmen.

17) Bülow sagte mir, er fürchte noch immer, daß die Italiener politische Konzessionen verlangen könnten.

Ich antwortete, ich hätte mir das auch überlegt, ich fände aber nicht recht, worin diese Konzessionen bestehen sollten. Bülow meinte: Südtirol. Ich erwiderte, diese Frage sei in keinem meiner Gespräche auch nur am Horizont italienischerseits erschienen.

18) Wir sprachen dann auch über die wirtschaftlichen Pläne Italiens auf dem Balkan und ich erzählte, daß Grandi mir bereits schon zweimal gesagt habe, konkrete Pläne lägen eigentlich gar nicht vor.

19) Bülow sagte mir, jedermann wisse doch, daß für den Balkan wir keinen der berühmten pommerschen Grenadiere opfern wollten.

Ich erwiderte, das sei an sich zwar richtig, man müsse sich aber doch klarmachen, daß heutzutage Wirtschaft und Politik, besonders auch auf dem Balkan, auf das Engste verknüpft seien.

20) Bülow entwickelte dann noch eine sehr komplizierte Idee. Er meinte, wir könnten doch den Italienern sagen, wir wollten die Tschechoslowakei „töten“, seien auch bereit, die Ungarn in Ruhe zu lassen, dafür aber sollten die Italiener uns Polen überlassen. Ferner sollten wir den Italienern erklären, wir wollten nichts auf dem Balkan.<sup>16</sup>

Ich erwiderte, ich könnte ihm im Augenblick nicht sagen, wie zur Zeit Italiens Beziehungen zu Polen ständen. Die von ihm vorgetragenen Gedankengänge seien aber zu kompliziert, ich glaube nicht, daß die Italiener auf so komplizierte Gedankengänge eingehen würden. Auch sei ich der Ansicht, daß die Italiener uns das alles nicht recht glauben würden.

Ich habe dann noch kurze Zeit mit Ritter konferiert, um mir Aufschluß über einige technische Reparationsfragen geben zu lassen.

Als ich mich dann beim Minister anmeldete, rief er mich herein. Er teilte mir kurz sein Gespräch mit Orsini mit, das soeben stattgefunden hatte. (Ich hatte es so

<sup>14</sup> Aufz. Curtius' 15. Juni, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 442f.

<sup>15</sup> Siehe Dok. 258. Siehe auch Vogels' Aufz., 19. Juni 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 459.

<sup>16</sup> Siehe dazu Bülow an Koch, 15. April 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 219f.

eingrichtet, Orsini zu treffen, wobei ich mich mit ihm auf heute nachmittag verabredete.) Ferner erzählte mir der Minister kurz von der bestehenden Krise, die noch gar nicht gelöst sei.

[...] <sup>17</sup>

Dann suchte ich Flotow auf, um über die morgige Familiensitzung mit ihm zu beraten.

Bei dieser Gelegenheit sagte Flotow, man müsse sich doch unbedingt mit Frankreich einigen. Ferner müsse Ritter sich klarmachen, wie unendlich groß die finanzielle und wirtschaftliche Krise sei. Bei den Banken hätten die größten Abzüge stattgefunden. Die Reichsbank sei mit ihren Devisen demnächst zu Ende. Dann müßten die Banken unter Umständen ihre Zahlungen einstellen. Bei Hardy seien allein in den letzten Tagen 17 Millionen abgezogen worden.

Hierauf suchte ich Orsini auf, der sehr freundschaftlich war.

Ich stellte fest, daß er sein Gespräch mit Curtius richtig verstanden hatte. Er hat übrigens nicht telegraphiert, sondern schickt mit Kurier einen Bericht. Ich bat ihn, Grandi mitzuteilen, ich würde zwei Tage länger in Berlin bleiben. Es sei besser, ich komme etwas später, wisse aber umso besser Bescheid. Orsini versprach mir, dies zu tun.

Orsini beurteilte die Lage sehr ruhig. Er meinte, die schwere Zeit komme erst später.

Er sprach auch über das österreichische Abkommen, das ich verteidigte. Er sagte mir, er sei doch sehr traurig darüber, daß die deutsche Presse nicht viel Nettes über das Angebot Grandis gebracht hätte, die Presse spreche eben nur über Toscaninis Behandlung und ähnlich unangenehme Dinge. Er erzählte mir übrigens, daß Loebe kürzlich in Gleiwitz in einer Rede gesagt habe, die Zollunion bedeute den ersten Schritt zum Anschluß (!).

Ich ging dann ins Amt und sagte Bülow, der sehr beschäftigt war, kurz, daß nach meinem Eindruck Orsini richtig berichtet habe.

Ferner bat ich Herrn Kordt zu veranlassen, daß Rom über das Gespräch Curtius-Orsini informiert würde.

[...] <sup>18</sup>

## 260

### Tagesaufzeichnung von Schuberts, Berlin, zum 20. Juni 1931

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 17.*

Der heutige Tag war einer der wüstesten, die ich, glaube ich, je in meinem Leben miterlebt habe.

Im Amt eingetroffen, konnte ich zunächst des Herrn Köpke habhaft werden, wenn auch nur kurz. Ich erzählte ihm, ich hätte von dem italienischen Kriegsmini-

---

<sup>17</sup> Private Angelegenheiten.

<sup>18</sup> Privater Abend.

ster [Gazzera] die Tatsache der Kommandierung von italienischen Offizieren zur deutschen Armee und umgekehrt gehört, angefragt, aber keinerlei Auskunft vom Amt erhalten. Bülow, den ich kürzlich darauf angedreht hätte, hätte nichts gewußt. Herr Köpke erwiderte, auch er wisse nichts, werde sich aber um die Sache bekümmern. (Er schrieb mir nachher einen Brief, woraus hervorging, daß vor kurzem in der Sache ein Erlaß nach Rom abgegangen sei.)

Wiederum bat ich Köpke dringend, mich zu orientieren. Erst war Köpke hierüber etwas ungehalten, nachher versprach er mir, sein möglichstes zu tun. Ich wies ihn auch auf die gestrige Äußerung von Neurath über seine Orientierung über das österreichische Abkommen hin.<sup>1</sup> Herr Köpke sagte, das könne er sich garnicht denken.

Auf dem Gange traf ich zufällig den braven Margerie, der mich beinahe umarmte. Er flüsterte mir zu: „Wir sind sehr traurig, daß Sie nicht mehr hier sind!“

Ich empfing Herrn Konsul Bernhard, der mit mir die Memoiren des Herrn Stresemann besprach.<sup>2</sup> Er will mir zunächst den Rohdruck nach Rom schicken.

Dann empfing ich den Bankier Kempner, der sich bei mir angesagt hatte. Wir besprachen allerlei ganz große finanzielle und wirtschaftliche Gesichtspunkte. Ich entwickelte meine Idee von der Notwendigkeit, die Grundübel der Weltkrise festzustellen und etwas dagegen zu tun. Kempner stimmte mir bei.

Ich fragte Kempner, wie ein Moratorium wirken würde. Er erwiderte, wenn gesagt werden könne, alle Anderen seien dafür und wenn noch weiter gesagt werden könne, es würde noch etwas anderes erfolgen, dann habe er keine Bedenken.

Ich entgegnete, solche Erklärungen werden wir wohl kaum abgeben können, worauf er sagte, dann sei die Sache doch nicht ganz unbedenklich.

Ich fragte ihn, wie er von der Idee der Feierjahre denke. Er erwiderte, diese Idee sei ausgezeichnet.

Ich begab mich sodann zu Herrn von Flotow, um einige Privatsachen mit ihm zu besprechen. Anschließend hieran fragte ich ihn, welche Wirkung wohl eine Moratoriumserklärung haben würde. Er sagte, jedermann warte nur darauf. Flotow schimpfte dann sehr auf den heute erfolgten sonderbaren Schritt der Reichsbank bezüglich der Einschränkung des Privatdiskonts.<sup>3</sup>

Ich habe morgens in der Reichskanzlei angefragt, ob ich denn heute abend würde abreisen können. Ich erhielt die sybillinische [sic] Antwort, ich sollte mich auf die Abreise einrichten, vielleicht aber müsse ich noch dableiben!

Ich war dann kurz im Büro Wangemann, um verschiedene Privatsachen zu besprechen. Herr Wangemann war schon fortgegangen, ich traf aber glücklicherweise einen intelligenten Bürobeamten.

<sup>1</sup> „Ins Hotel zurückgekehrt, traf ich Neurath, der am Nachmittag angekommen war. Unter anderem erzählte er mir, er habe schon im Februar (!) von dem Plan der deutsch-österreichischen Zollunion erfahren, habe damals dringend abgeraten und sich dafür eingesetzt, daß man die Italiener rechtzeitig mit der Sache befassen solle. (Es ist doch ganz unerhört, daß man mich damals nicht benachrichtigt hat.)“-Tagesaufz. Schuberts zum 19. Juni 1931, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 17.

<sup>2</sup> Gemeint Stresemann, Vermächtnis.

<sup>3</sup> Siehe Anm. 7.

Für einen Augenblick ins Amt zurückgekehrt, traf ich Herrn Ritter auf der Treppe, der mir, maulig wie er ist, in großer Eile sagte, ich sollte mir oben ein aus Washington angekommenes Telegramm ansehen, durch das die ganze Situation grundlegend verändert würde.

Ich begab mich zu dem braven Kordt, der mir das betreffende Telegramm zeigte. Zu meinem grenzenlosen Erstaunen enthielt dieses Telegramm die Ankündigung Stimsons, daß Herr Hoover ein Feiertag, und zwar ein restloses in die Wege leiten wolle.<sup>4</sup> Das scheint mir die Rettung zu bedeuten!

Ich frühstückte mit Renata und Professor Plesch im Kaiserhof.

Hieran anschließend fuhr ich mit Plesch in seine Klinik, wo er mich einer gründlichen Untersuchung unterzog und sich im allgemeinen für befriedigt erklärte.

In den Kaiserhof zurückgekehrt, fand ich Herrn von Ritgen, Direktor der Telegrafien-Union, vor, mit dem ich mich sehr weise unterhielt und ihm auf's neue nahelegte, in der Presse Italien besser zu behandeln, was er versprach.

Hierauf empfing ich Joseph Rainer vom „8 Uhr-Abendblatt“, dem ich ähnliches ans Herz legte. Er war sehr zutunlich.

Immer noch recht im Ungewissen über meine Abreise, bat ich Renata, meine Koffer zu packen und sagte ihr, ich würde wohl erst recht spät in den Kaiserhof zurückkehren. Sie war bereits zu Raumers umgezogen.

Nach dem Frühstück hatte ich übrigens um  $\frac{3}{4}$  3 Uhr im Kaiserhof Hoesch getroffen, der mir mit großem Stolz erzählte, er habe den ganzen Vormittag mit Dietrich verhandelt. Um 4 Uhr sei er zum Reichskanzler bestellt.

Hoesch, Neurath und ich waren für  $\frac{3}{4}$  7 Uhr zum Reichskanzler zu der berühmten kleinen Besprechung bestellt worden.<sup>5</sup> Außerdem erhielten wir einen Telefonanruf, wonach wir uns um 6 Uhr beim Reichsminister einfinden sollten.

Als ich um  $\frac{1}{2}$  6 Uhr im Amt erschien, traf ich dort lediglich Neurath, mit dem ich mich im Botschafterwartezimmer ganz gemütlich unterhielt. Er erzählte mir von seiner Halskrankheit, die nicht bedenklich sei. Er sei aber doch nach Berlin gefahren, um sich wieder einmal behandeln zu lassen. Es erschien dann Dieckhoff. Während wir weiter sprachen, kam Herr Kordt und fragte, wie in einem Brief oder Telegramm der Reichspräsident den amerikanischen Präsidenten anzureden hätte. Nachdem wir, auch Tattenbach kam dazu, unsere Ansicht geäußert hatten, gingen wir in Dieckhoffs Zimmer, nachdem uns die Mitteilung geworden war, der Reichsminister könne uns beide leider um 6 Uhr nicht sehen, er habe Herrn von Hoesch bei sich.

Wir besprachen nun zunächst, was die mysteriöse Frage des Herrn Kordt wohl zu bedeuten hätte. Wir glaubten zunächst, daß Stimsons Anregung durch ein Telegramm Hindenburgs an Hoover beantwortet werden sollte, was wir nicht richtig fanden. Dann aber machten wir uns klar, daß inzwischen doch noch etwas anderes passiert sein müsse.

Schließlich gingen wir zu dritt in die Reichskanzlei zu der angemeldeten Besprechung beim Reichskanzler.

---

<sup>4</sup> Tel. Leitners vom 19. Juni, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 462f.

<sup>5</sup> Ebd., S. 460 (Aufz. Vogels'; dazu auch AR, Kab. Brüning I, Bd. 2, S. 1225 Anm. 18).

Wir fanden dort das übliche Durcheinander vor. Wir trafen Herrn Schäffer und einige kleine Leute der Reichskanzlei. Stückchen für Stückchen erfuhren wir dann so ganz nebenbei, was passiert war. Herr Sackett war nämlich um  $\frac{1}{2}$  5 Uhr beim Reichskanzler gewesen und hatte ihm gesagt, Herr Hoover wolle morgen ein Pronunciam[en]to wegen des Feierjahres loslassen. Zu diesem Zwecke habe er noch heute ein Telegramm des Herrn Reichspräsidenten nötig, in dem Hindenburg sich seinerseits über die schlechte Lage in Deutschland äußern solle.<sup>6</sup> Wir erfuhren ferner, daß in einem Nebenzimmer von irgendwelchen, offenbar recht kleinen Leuten ein Telegramm bereits konzipiert wurde. Ferner wurde uns gesagt, daß Meissner bereits telefonisch mit dem Reichspräsidenten, der sich in Neudeck befindet, in Verbindung getreten sei, was einige Schwierigkeiten mache, da dort nur Schulenburg zugegen sei und der Reichspräsident bekanntlich nicht telefonieren kann.

Neurath, ich und Dieckhoff waren stürmisch der Ansicht, daß uns die Situation nicht gefiele. Wir waren der Ansicht, daß ein solches Telegramm doch recht bedenklich sei und daß man den Reichspräsidenten doch für den allergrößten Notfall aufsparen sollte.

Das Gewimmel wurde dann größer. Es tröpften herein Meissner, Hoesch, Dietrich, Luther und dann auch Curtius.

Ich fragte Luther nach der Bedeutung des heute morgen erfolgten Schrittes der Reichsbank, den er mir erklärte.<sup>7</sup>

Ich fragte Hoesch, was seiner Ansicht nach wohl die Franzosen zu dem amerikanischen Schritt sagen würden? Ferner fragte ich Hoesch, was er denn eigentlich heute nachmittag alles gemacht habe. Hoesch erwiderte mit müder Geste, der Hoover-Schritt würde für die Franzosen „fürchterlich“ sein. Er habe heute nachmittag an allen Beratungen teilgenommen. Er sei aber zu müde, um mir alles zu erzählen. Dies bekam ich in die falsche Kehle und drehte ihm recht pikiert den Rücken.

(Inzwischen muß etwa Folgendes passiert sein:

1) Um 4 Uhr war Hoesch beim Reichskanzler.

2) Um  $\frac{1}{2}$  5 Uhr erschien unerwartet Sackett beim Reichskanzler, der später Herrn von Bülow hinzuzog.

3) Dann scheint eine kleine Beratung zwischen dem Reichskanzler, Bülow und Hoesch stattgefunden zu haben.

4) Der Reichskanzler empfing Herrn Layton.

5) Hoesch ging zum Reichsminister und beriet mit ihm.)

Neurath und ich suchten unsere Weisheit, nämlich unsere Abneigung gegen das Hindenburg-Telegramm an den Mann zu bringen. Wir sprachen unter anderem auch mit Curtius. Wir hatten aber keinen rechten Erfolg, da alle Leute ganz konfus durcheinander wimmelten.

Schließlich fand mit reichlicher Verspätung, nämlich gegen  $\frac{1}{2}$  8 Uhr die Sitzung statt, und zwar unter dem Vorsitz von Brüning.

Die obengenannten Leute waren zugegen, außerdem noch Ritter und Trendelenburg.

<sup>6</sup> Ebd., S. 1232 Anm. 1 mit weiteren Hinweisen.

<sup>7</sup> Die Reichsbank hatte Maßnahmen zur Verhinderung des Devisenabzugs ergriffen. Siehe Schultheß, Bd. 72 (1931), S. 144f.

Herr Ritter sagte mir ganz spaßhaft, die neue Wendung sei doch außerordentlich. Noch gestern habe man vorgehabt, Prittwitz nach dessen Ankunft dahin einzuspritzen, er solle allen Leuten hier sagen, man müsse sofort das Moratorium erklären, da von den Amerikanern doch nicht das Geringste zu erwarten sei!

Der Herr Reichskanzler referierte zunächst kurz über sein Gespräch mit Layton, das recht wenig ergiebig gewesen zu sein scheint. Über die englische Stellungnahme zum Moratorium scheint er wenig oder nichts gesagt zu haben. Dagegen scheint er betont zu haben, die österreichische Zollunion sei fast die Hauptfrage!

Der Reichskanzler gab sodann Luther das Wort, der aufgeregt erzählte, heute seien schon wieder Devisen-Abziehungen in Höhe von ca. 70 Millionen Mark erfolgt. Er erwäge, nach London zu fliegen, um mit Norman zu sprechen. Das habe aber wohl keinen Zweck, da bisher alle Bemühungen, sich mit Norman telefonisch in Verbindung zu setzen, vergeblich gewesen seien. Es wurde hin und her gesprochen. Der Reichskanzler wurde ungeduldig und legte Luther nahe, sofort sich zu Layton zu begeben, um mit diesem noch einmal zu sprechen. Andererseits sagte der Reichskanzler, auch er sei der Meinung, daß übermorgen bei der gespannten Situation Luthers Anwesenheit in Berlin absolut notwendig sei. Schließlich entfernte sich Luther.

Sodann wurde über das Telegramm Hindenburgs gesprochen. Es entwickelte sich aber in dieser Beziehung ein außerordentliches Durcheinander. In einem Nebenzimmer war von irgendwelchen Leuten ein Entwurf gemacht worden, der stückweise hereingebracht wurde. Ohne daß eine richtig geführte Diskussion stattfand, gab, außer Ritter und mir, so ungefähr jeder seinen Senf dazu. In einem anderen Zimmer wurde außerdem von einem zweitklassigen – Schmidt und die ersten waren nicht zu erreichen – Dolmetscher bereits die Übersetzung irgendeines Textes angefertigt. Es wurde immer später. Manchmal herrschte auch wieder Stille. Der eine oder andere Satz wurde kritisiert. Der Reichskanzler wurde sichtlich ungeduldig. Hoesch, der sich wegen seines Benehmens mir gegenüber vorhin etwas schämte und neben mir saß, sagte mir, er fände das Hindenburg-Telegramm doch auch recht bedenklich. In ähnlichem Sinne drückte sich auch Ritter, der auf der anderen Seite saß, aus. Curtius sagte garnichts.

Schließlich konnte ich es nicht mehr aushalten, ging zum Reichskanzler und fragte ihn im Flüsterton, ob ohne Zweifel feststehe, daß Hoover sein Pronunciamento nur machen wolle, wenn er das Telegramm von Hindenburg erhalten hätte. Der Reichskanzler erwiderte achselzuckend, er glaube das. Ich möge aber noch einmal Bülow fragen, der dabei gewesen sei. Ich fügte hinzu, vielleicht könne man doch noch einmal mit Sackett sprechen und diesen veranlassen, noch einmal mit Hoover zu telefonieren, es sei jetzt in Washington erst 2 Uhr. Der Reichskanzler, dem die ganze Situation offenbar nicht paßte, zuckte nur mit den Achseln.

Ich begab mich zu Bülow und erzählte, was ich dem Reichskanzler gesagt hätte. Bülow sagte sehr bestimmt, Hoover werde seinen Schritt nur machen, wenn er das Hindenburg-Telegramm erhalten hätte. Ich regte erneut an, ob man nicht doch noch einmal mit Sackett sprechen könnte. Bülow erwiderte, Sackett habe ohnehin heute nachmittag schon nicht alles am Telefon verstanden, außer daß Hoover absoluten Wert auf das Hindenburg-Telegramm lege. Sackett sei jetzt bei einem Diner. Wie solle man ihn zu einem Telefon[at] veranlassen? Ich hatte also kein Glück bei Bülow.

Bald darauf ging auch Neurath noch einmal zum Reichskanzler, wohl, um in demselben Sinne wie ich mit ihm zu sprechen.

Ich sprach meinerseits mit Curtius, der mir glatt zugab, der Schritt sei sehr gefährlich, aber sich dann in keiner Weise dem Reichskanzler gegenüber äußerte.

Hierauf sagte ich Bülow sehr pointiert, ich wolle ihm nur sagen, daß ich unter allen Umständen mit Sackett gesprochen hätte. Bülow sah mich hierauf aber nur mit einem gewissen Mitleid an.

Plötzlich war der Reichskanzler verschwunden. Er hatte übrigens sehr netter Weise kurz vorher Hoesch und mir ein Exemplar des Telegrammentwurfs persönlich gegeben, damit wir ihn prüfen könnten.

Es entwickelte sich sodann ein Zwischenspiel. Es wurde eine Aufzeichnung des Herrn Reinebeck hereingebracht, der soeben Herrn Hesnard empfangen hatte. Herr Hesnard hatte ihn gefragt, ob Brüning und Curtius nach Paris gehen würden.<sup>8</sup> Reinebeck hatte erwidert, es müsse doch eine Einladung vorliegen. Hesnard hatte weiter gefragt, ob Brüning und der Reichsminister eine solche Einladung annehmen würden. Herr Reinebeck erwiderte, das glaube er wohl. Darauf sei nach dem Bericht von Reinebeck Herr Hesnard „fortgetobt“.

Die Sache wurde nicht öffentlich, sondern so nebenbei behandelt. Curtius und Hoesch fanden die Antwort Reinebecks sehr korrekt. Ich muß sagen, daß nach meiner Ansicht Reinebeck sich auf keine Diskussion hätte einlassen sollen.

(Vorher war übrigens eine Sondierung irgendeines zweifelhaften Diamantenhändlers, ich glaube mit Namen Asher,<sup>9</sup> wegen eines Besuches in Paris erfolgt, mit dem man nichts Rechtes anzufangen wußte.)

Es wurde immer später. Alle Leute korrigierten, außer mir. Bülow, der hin und her ging, erklärte dann, der endgültige Text werde draußen irgendwo festgelegt.<sup>10</sup> Meissner erzählte, im Prinzip sei der Herr Reichspräsident einverstanden. Man dürfe aber nicht viel mehr ändern.

Ich sagte dann zu Bülow, ich müsse doch über die Entstehungsgeschichte des Hindenburg-Telegramms Grandi etwas sagen. Hierauf ermächtigte mich Bülow, Grandi ganz ruhig zu sagen, wie das Telegramm zustande gekommen sei, nämlich daß Hoover um ein solches gebeten habe.

Endlich, es war  $\frac{3}{4}$  9 Uhr, wurde mir die Sache zu dumm. Ich empfahl mich von den Anwesenden und ging weg. Draußen suchte ich mit Hilfe von Pünder den Reichskanzler, um mich von ihm zu verabschieden. Eigentlich hatte er mir ja auch noch nicht den Befehl erteilt, nach Rom zurückzukehren. Wir fanden ihn aber nicht und stellten schließlich fest, daß er ganz einfach in seine Wohnung zum Essen gegangen war.

Ich habe daraufhin Herrn Pünder gebeten, ihn von mir zu grüßen.<sup>11</sup>

<sup>8</sup> Siehe Köpkes Aufz. vom 23. Juni 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 473-75.

<sup>9</sup> Ascher, ebd.

<sup>10</sup> Text des endgültigen Tel. Schultheß', Bd. 72 (1931), S. 491f.

<sup>11</sup> Pünder und Schubert hatten ein freundschaftliches Vertrauensverhältnis. In einer gesonderten hschr. Aufz. vom 19. Juni 1931 notierte Schubert folgende Äußerungen Pünders über Brüning: „Pünder äußerte sich heute mit großer und herzlicher Sympathie über den Herrn Reichskanzler, der eine ganz vorzügliche Persönlichkeit sei, für die man die größte Sympathie haben könne. Allerdings sei er nicht der ‚starke Mann‘, als der er oft in der



Pünder sagte ich auch noch schnell meine Bedenken wegen des Hindenburg-Telegramms, die Pünder durchaus zu teilen schien.

Auch Curtius, Neurath und Bülow wurde anscheinend die Sache zu langweilig. Sie begaben sich jedenfalls in den Kaiserhof zum Essen.

Ich muß übrigens betonen, daß mir der erste Entwurf des Telegramms ganz besonders schlecht erschien: ganz jämmerliche Referentenarbeit. Man kann da wirklich von einem Mißbrauch des alten Präsidenten sprechen.

Auch Pünder sagte ich dann noch, ich würde in Rom ruhig über den Ursprung des Hindenburg-Telegramms reden. Pünder erwiderte, ich hätte ganz recht, ich könne ruhig in Rom etwas aus der Schule plaudern.

Ich begab mich in den Kaiserhof, wo die rührende Renata wirklich alle Koffer gepackt hatte. Mit Joachim aßen wir noch schnell und ich erreichte mit Mühe und Not den Zug.

Ich muß sagen, daß meine letzten Eindrücke in Berlin nicht gerade sehr zufriedenstellend waren. Hoesch hatte ganz recht, wenn er sagte, ein solches Telegramm könne doch nicht im großen Kreise redigiert werden. Aber die Hauptsache ist, daß ich das Telegramm selbst für ganz überflüssig und einen großen Fehler halte.

Daß es überflüssig war, hat sich später dann auch herausgestellt.<sup>12</sup>

---

Öffentlichkeit hingestellt würde. Schon physisch sei das nicht der Fall. Wenn ihm nur das Geringste fehle, so lege er sich zu Bett, der Arzt werde geholt, fühle ihm den Puls usw. Wenn wichtige Entscheidungen zu fällen seien, flüchte er gern in den Garten, um diese Entscheidungen hinauszuschieben. Charakterisch sei sein Benehmen am letzten Dienstag [16. Juni 1931] gewesen. Er habe es abgelehnt, selbst in den Ältestenrat [des Reichstags; zur Sache AR, Kab. Brüning I u. II, Bd. 2, S. 1214 Anm. 6] zu gehen, sondern Pünder beauftragt, ihn dort zu vertreten. Er – Pünder – habe ihn kurz vorher aufgesucht und ihm, auch an der Hand einer Aufzeichnung, vorschlagen wollen, was er – Pünder – in diesem außerordentlich wichtigen Moment wohl sagen könne. Der Reichskanzler habe sich aber für diese Details garnicht weiter interessiert und ihm gesagt, er solle nur machen, was er für richtig halte. So habe Pünder dann auf eigene Faust vom Leder ziehen müssen. Es sei ihm dann auch gelungen, die Situation zu retten. Trotzdem aber sei Brüning ein ausgezeichnete Mann, der einem klugen Rat jederzeit zugänglich sei.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 17.

<sup>12</sup> Tagesaufz. Schuberts nach einem Telefonat mit Bülow, 22. Juni 1931: „Hierauf sagte Herr von Bülow, ich solle den Italienern den Werdegang in der Form erklären, daß ich sagte, Hoover habe um eine Bestätigung von Hindenburg gebeten, daß die Lage in Deutschland tatsächlich schlecht sei. Übrigens sei die Kundgebung Hoovers bereits erfolgt, ehe das Hindenburg-Telegramm angekommen sei. Hoover sei durch irgendwelche, ich glaube innerpolitische, Gründe gezwungen worden, sein Pronunciam[i]ento etwas früher loszulassen. Das Hindenburg-Telegramm sei noch nicht veröffentlicht worden; soweit ich Bülow verstand, soll es auch vorläufig nicht veröffentlicht werden. Er bat mich daher, die Mitteilung den Italienern vertraulich zu machen.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 17. Siehe auch Bülows Aufz. vom 22. Juni, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 468f. – Die Heimfahrt nutzte Schubert, sich „über die Eindrücke in Berlin klarzuwerden“ (Aufz. in mschr. Reinschrift in Rom, datiert: „Auf der Reise, den 21. Juni 1931“). Nach scharfer Kritik daran, daß man in Berlin der „eminenten Gefahr“ in der Reparations- und Finanzlage nicht rechtzeitig begegnet sei, ging er zur Behandlung des deutsch-österreichischen Zollunionsprojekts über: „Außer Bülow sagte mir jeder, es sei falsch gewesen, diesen Plan ins Leben zu rufen. Der Reichsminister hat sich, eigentlich ganz nett, verteidigt. Gaus und Ritter aber haben alles Frühere abgeschworen. [...] Es ist doch toll, wenn Ritter ganz naiv sagte, hätte man gewusst, daß die Finanzlage in Deutschland so prekär sei und daß die

**Konzept einer Rede von Schuberts zur Verfassungsfeier  
Rom, 11. August 1931**

*Reinkonzept mit hschr. Änderungen Schuberts. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 21.*

Meine Damen und Herren!

Ich heiße Sie Alle, die Sie der Einladung zur Feier des Verfassungstages in so stattlicher Zahl gefolgt sind, auf deutschem Boden herzlich willkommen.<sup>1</sup>

Es ist die erste Verfassungsfeier, die ich im Ausland erlebe. Ich habe im vergangenen Jahrzehnt allen Feiern beigewohnt, die in Berlin stattgefunden und die ihre besondere Weihe stets durch die Anwesenheit der Herren Reichspräsidenten erhalten haben, zuerst des verewigten und unvergeßlichen Reichspräsidenten Ebert und dann so viele Male des verehrungswürdigen Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg.

Wenn ich<sup>2</sup> heute zum ersten Mal die deutsche Kolonie in Rom zum Gedächtnis des 11. August 1919 um mich versammele, so muß ich feststellen, daß der heutige Tag sein Gepräge durch den großen Ernst der Stunde erhält. Schon öfters in früheren Zeiten war das der Fall. Jetzt ist über unser Vaterland eine wirtschaftliche Krise von bisher nie geahntem Ausmaß hereingebrochen und wenn sich auch in Folge der energischen und weitsichtigen Maßnahmen der Reichsregierung<sup>3</sup> Zeichen einer leichten Besserung ankündigen, so dürfen wir doch keinen Augenblick vergessen, daß wir noch lange nicht über dem Berg sind und daß wir immer noch mit schweren Sorgen an die Zukunft unseres Vaterlandes denken müssen. In dieser

---

Reparationsfrage so bald kommen werde, dann hätte man das österreichische Abkommen lieber nicht machen sollen. Ritter aber war doch wirklich einer von Denjenigen, die das hätten voraussehen müssen. [...] Im Amt und zwischen den Ämtern treibt jeder gegen jeden Taktik. Jeder Schritt wird zunächst ‚taktisch‘ erwogen. Das ist doch vollkommener Blödsinn. Gaus scheint mehr oder weniger ausgeschaltet zu sein. Er war bei keiner der heutigen [20. Juni] wichtigen Besprechungen dabei. Das ist meiner Ansicht nach ein Unglück. Er wird nur noch herangezogen, um irgendwelche Dummheiten richtig zu formulieren. Die Lage in Deutschland hat mich mit allergrößter Sorge erfüllt. Ich hoffe, nur daß der Hoover-Schritt die Sache retten wird.“

---

<sup>1</sup> In einer Tagesaufz. zum 11. August 1931 vermerkte Schubert: „Nachmittags um sechs Uhr fand die Verfassungsfeier im Garten vor der Villa statt. Es waren angeblich 250 Personen zugegen. Ich hielt eine Rede [hschr. eingefügt: „Entwurf beiliegend“, d.i. dieses Dok.], die ich, zusammengestoppelt aus Entwürfen der Herren Smend und Scheffer, qualvoll auswendig gelernt hatte. Die Sache ging aber soweit ganz gut und die Stimmung war, wie Herr Smend behauptete, angeblich wundervoll. Es waren auch einige Wandervögel erschienen, von denen ich zuerst annahm, sie beabsichtigten die Feier durch den Ruf ‚Erwache Deutschland!‘ zu stören. Die Mehrheit stellte sich aber nachher als gut katholisch heraus. Die Jungens benahmen sich ganz gut und aßen sich einmal satt.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 21.

<sup>2</sup> Hschr. fortgesetzt: „im Andenken an diese erhebenden Feiern“.

<sup>3</sup> Hschr. fortgesetzt: „und des vielfachen Verständnisses des Auslandes, auch dieses Landes, in dem wir leben“.

ernsten Stimmung feiern wir heute die zwölfjährige Wiederkehr des Tages, an dem das deutsche Volk sich eine neue Verfassung gab. Auch damals lagen düstere Wolken über unserm schwer geprüften Vaterlande. Aber auch damals gab es Männer, die trotz aller Sorgen und Kümernisse der Zeit mit klarer Zuversicht in die Ferne blickten und mit festem Willen an die Zukunft unseres geliebten Vaterlandes glaubten. Wenn sich in jenen Schicksalstagen das deutsche Volk zusammengefunden hat, um den Staat auf eine neue Grundlage zu stellen, so sprach daraus der feste Wille der Nation, das Reich als ein in seinen Stämmen geeintes Ganzes zu erhalten und sich der Not der Zeit zum Trotz zu behaupten. Wenn dieser starke, unbeugsame Wille zum Staat, der in schwerer Zeit das Werk von Weimar schuf, in diesen Tagen ernster, wirtschaftlicher Depression mit all ihren inner- und außenpolitischen Auswirkungen unser Leitstern bleibt, so brauchen wir an der Zukunft unseres Volkes nicht zu verzweifeln. Deutschland hat im Laufe seiner zweitausendjährigen Geschichte schon Schwereres erduldet und es ist aus allen Stürmen, die den Bestand des Reiches und unseres Volkstums gefährdeten, immer wieder siegreich hervorgegangen. Gerade in schicksalsschwerer Zeit hat sich der Genius unseres Volkes und sein unzerstörbarer<sup>4</sup> Lebenswille siegreich bewährt und es haben sich noch stets hochgesinnte Männer gefunden, die das Staatsruder in kritischer Stunde kraftvoll ergriffen und das Schiff durch die Brandung in den sicheren Hafen gebracht haben.

Unsere Volksgenossen<sup>5</sup> in der Heimat, die sich heute überall zu Ehren des Verfassungstages zusammenfinden, wenden ihre Blicke auch auf uns Auslandsdeutsche, die mit ihrem Glauben an die Heimat, mit ihren Wünschen für ihr Wiedererstarken, mit ihrer täglichen, in Gedanken an die Heimat geleisteten Arbeit, das Symbol des Einheitsgedankens des Deutschtums vervollständigen müssen. Aus vielfachen Beobachtungen weiß ich, wie sehr an solchen Gedenktagen sich die Heimat mit uns Auslandsdeutschen verbunden fühlen will und verbunden fühlt.

Für unsere stattliche Kolonie in Rom bewahrheitet sich das heute noch in einem ganz besonderen Sinne. Vor wenigen Tagen haben der Reichskanzler und der Reichsaußenminister in der Ewigen Stadt geweiht.<sup>6</sup> Wir Alle stehen noch unter dem lebhaften Eindruck der herzlichen und liebenswürdigen Gastfreundschaft, die die italienische Regierung unsern verantwortlichen Staatsmännern hat zuteil werden lassen. Aus unmittelbarstem Miterleben und Beobachten kann ich versichern, welch große Genugtuung, welchen starken Eindruck Reichskanzler und Reichsaußenminister aus ihrem kurzen Aufenthalt in Rom, von der persönlichen Bekanntschaft, von den herzlichen und vielseitigen Besprechungen mit dem Chef der italienischen Regierung und mit seinem Außenminister mit in die Heimat genommen haben. Sie Alle haben dieses schöne Ergebnis bereits aus der Presse entnehmen können, und ich freue mich ganz außerordentlich, Ihnen diese Eindrücke bestätigen zu können, wie wir auch Alle sicher sein können, daß die italienischen Staatsmänner von ihren deutschen Gästen sehr nachhaltige Eindrücke erhalten ha-

<sup>4</sup> Hschr. statt „unbeugsamer“.

<sup>5</sup> Hschr. statt „Brüder und Schwestern“.

<sup>6</sup> Brüning und Curtius waren am 7. und 8. August zu einem Staatsbesuch in Rom. Zu Vorbereitung und Verlauf siehe ADAP, Serie B, Bd. XVIII, S. XXVf.; Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bde. 18-20.

ben und von der Ehrlichkeit und Tatkraft ihres Strebens, ihrer Ziele tief überzeugt sind. So darf gerade die deutsche Kolonie in Rom mit besonderer Befriedigung auf diese Tage zurückblicken und sich der Hoffnung hingeben, daß die außerordentlich freundschaftliche und rückhaltlos offene Aussprache zwischen den leitenden Persönlichkeiten der deutschen und italienischen Außenpolitik eine neue und gedeihliche europäische Zusammenarbeit darstellt.

Gern, das kann ich Sie versichern, hätten der Reichskanzler und der Reichsaußenminister auch persönlich die Bekanntschaft der gesamten deutschen Kolonie gemacht. Die Zeit fehlte und so haben mich die Herren beauftragt, Ihnen am heutigen Tage ihre besonderen Grüße zu übermitteln und ihrem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß sich mit Rücksicht auf ihre außerordentlich starke Beanspruchung und die Dringlichkeit ihrer Rückreise ein Empfang der Kolonie als solcher nicht ermöglichen ließ.

Meine Damen und Herren! Es ist meines Dafürhaltens jetzt nicht der Zeitpunkt für große und schöne Reden, es kommt in dieser schweren Zeit auf Taten an. Gestatten Sie mir also, daß ich mich auf diese wenigen, schlichten Worte beschränke. Gestatten Sie mir, daß ich wiederhole, was ich hier vor Ihnen schon öfters ausführen durfte,<sup>7</sup> daß mehr wie je es darauf ankommt, sich zu gemeinsamer, tatkräftiger Arbeit zum Wohl unseres Vaterlandes zu vereinen, unter Hinansetzung aller parteipolitischen Gegensätze, unter Hinansetzung eines eines großen Volkes nicht würdigen Kleinmuts. Diese Gefühle sollen uns auch am heutigen Verfassungstage beleben und uns Kraft geben, in schwerer Zeit durchzuhalten und an dem Emporstieg unseres Vaterlandes mitzuarbeiten. Dann wird es und muß es gelingen, unserm Vaterlande die Stellung in der Welt zurückzuerobern, die ihm als einem alten Kulturvolk von ruhmvoller Vergangenheit zukommt.

Lassen Sie uns dieser Gesinnung Ausdruck geben in dem Rufe:

Unser geliebtes Vaterland, das in der Republik geeinte deutsche Volk, sie leben hoch!

262

**Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Reichspräsident  
von Hindenburg (gekürzt)  
Berlin, 14. Oktober 1931**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 23.*

Der Herr Reichspräsident, bei dem ich heute etwa ½ Stunde war,<sup>1</sup> empfing mich sehr freundlich und fragte mich, wie es mir in Rom gefalle; ich hätte mich ja wohl dort gut eingelebt. Ich bejahte dies und sagte, daß ich mich in der Tat in Rom sehr wohl fühlte. Alle Leute seien bisher sehr nett zu mir gewesen.

<sup>7</sup> Dok. 241.

<sup>1</sup> Schubert befand sich dienstlich vom 12.-14. Oktober 1931 in Berlin.

(Ich hatte den Gedanken ventiliert, auf die erwartete Frage des Reichspräsidenten mit der Einschränkung zu antworten, Rom liege doch etwas weit ab von der großen Heerstraße. Ich habe dann aber Abstand davon genommen, dies zu sagen. Ich hätte sonst befürchten müssen, daß der Reichspräsident mich später andern Leuten gegenüber als mißvergnügten nobile bezeichnet hätte. Dies wollte ich vermeiden.)

Der Reichspräsident fragte sehr interessiert nach den Zuständen in Italien. Er erkundigte sich insbesondere danach, ob meiner Meinung nach das System Mussolinis nach dessen Tod fortbestehen werde.

Ich erwiderte, daß das System in jahrelanger, sehr intensiver Arbeit entstanden sei und überall doch tiefe Wurzeln geschlagen habe. Was geschehen werde, wenn Mussolini wegfalle, lasse sich schwer voraussagen, immerhin seien einige Leute da, die seine Nachfolgerschaft übernehmen könnten, wie zum Beispiel Herr Federzoni.<sup>2</sup> Ich sprach dann auch von den wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen Italiens und erwähnte dabei, daß es der Landwirtschaft schlecht gehe, der Industrie einigermaßen. Der Reichspräsident stellte verschiedene Zwischenfragen, die ich beantwortete.

Der Reichspräsident kam, wie mir das schon irgendjemand vorausgesagt hatte, auch auf seine Cousine, Frau von Hindenburg, zu sprechen. Er sagte mir, er habe gehört, daß Frau von Hindenburg in Rom gewesen sei und dort, auch einem Amerikaner gegenüber, verbreitet habe, sie habe von ihm – Hindenburg – Spezialaufträge erhalten. Davon könne keine Rede sein. Er habe demjenigen, der ihm dies erzählt habe, mitgeteilt, daß er sich bei seinen Aufträgen lediglich der Botschaft in Rom bediene. Der Reichspräsident klagte dann über Frau von Hindenburg, die immer wieder von ihm verlange, daß ihr Sohn und ihr Schwiegersohn in die Karriere aufgenommen würden. Davon könne doch keine Rede sein. Der Sohn sei doch garnicht leistungsfähig, wie er aus den Akten festgestellt habe, soweit so etwas aus den Akten festzustellen sei. Der Schwiegersohn sei ja nie in unserm Dienst gewesen, sondern nur Sächsischer Gesandter in Wien. Er sei im übrigen doch eine recht weiche Persönlichkeit.

Ich erwiderte, Frau von Hindenburg hätte ich vor einigen Monaten zwei Mal in Rom gesehen.<sup>3</sup> Ich hätte sie sehr hinfällig gefunden. Bei einem dieser Besuche, dem meine Frau beigewohnt habe, sei die alte Dame eingeschlafen. (Der Reichspräsident sagte hierbei, ich hätte sie dann hoffentlich schlafen lassen.) Sie hätte mir allerlei Politisches erzählt. In irgendeiner Beziehung sei damals auch mehrfach der Name des Herrn Reichspräsidenten gefallen. Später habe sie mir dann noch einmal einen etwas geheimnisvollen Brief geschrieben, in dem sie mich aufgefordert hätte, sie auf ihrem Landgut in Italien zu besuchen. Dieses hätte ich, weil von Rom nicht abkömmlich, abgelehnt. Der Sohn sei ein guter Freund von mir, aber ich beurteilte ihn ebenso, wie der Herr Reichspräsident.<sup>4</sup> Ich stimmte auch seinem Urteil über Herrn von Nostitz bei.

<sup>2</sup> Luigi Federzoni war ein ursprünglich nationalistischer Politiker, der unter dem Faschismus verschiedene Posten innehatte. 1931 war er im Senat vertreten und dessen Präsident.

<sup>3</sup> Tagesaufz. Schuberts zum 27. April 1931, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 13.

<sup>4</sup> Siehe dazu Dossier „Fall Herbert Hindenburg“, Herbst 1928, Stresemann vorgelegt; Nl. v. Schubert, Pol 4.

Schließlich sagte der Herr Reichspräsident, wir stimmten also in unserm beiderseitigen Urteil über Frau von Hindenburg überein.

Der Herr Reichspräsident fragte mich dann erneut, wie ich mich in Rom eingelebt hätte, worauf ich wiederum sagte, ich fühlte mich dort sehr wohl. Wir sprachen dann noch einmal über die italienische Politik. Ich ließ einfließen, daß man mit den Italienern ganz gut arbeiten könnte, wenn man sich auch auf sie nicht unbedingt verlassen könnte. Bei dieser Gelegenheit sagte ich, daß die Leute in Deutschland sich irrten, die annähmen, daß es den Italienern sehr angenehm sein würde, wenn wir ihnen eines schönen Tages ein Bündnis anböten.

Der Herr Reichspräsident erwiderte hierauf ganz schlagfertig, das könne er sich schon denken: die Italiener würden sich hüten, eine Bindung einzugehen. Daß auf die Italiener kein Verlaß sei, hätten sie bei Ausbruch des Krieges und durch ihren Eintritt in den Krieg gegen uns gezeigt.

[...]⁵

Der Reichspräsident erkundigte sich dann noch, wie es mit dem Wein in Grünhaus stände. Ich erzählte ihm, daß leider der Frost die Blätter beschädigt hätte, was die Qualität der Ernte beeinflussen würde. Ich erzählte ihm auch noch kurz über die Not der Winzer.

Indem er mir Grüße an meine Frau auftrug, verabschiedete mich der Reichspräsident sehr gnädig.

Über die innere Lage in Deutschland und auch über den bevorstehenden Besuch Grandis in Berlin⁶ wurde kein Wort gesprochen.

## 263

### Tagesaufzeichnung von Schuberts, Berlin, zum 7. Januar 1932

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 30.*

Um 7<sup>35</sup> Uhr morgens in Berlin angekommen, begab ich mich in das Hotel Kaiserhof.<sup>1</sup>

Etwas nach 11 Uhr ging ich in das Auswärtige Amt und meldete mich durch Herrn Kordt bei Bülow an.

Ich traf auf dem Gange Herrn Kroll, der mir dann in seinem Zimmer allerlei über die hiesigen Besprechungen über die Handelsvertragsverhandlungen mit Italien<sup>2</sup> erzählte. Warum eigentlich Herr Ritter dem Italienischen Botschafter [Orsini

<sup>5</sup> Schubert ging kurz auf die italienische Diplomatie ein, danach wendete sich das Gespräch der italienischen Armee im 1. Weltkrieg zu.

<sup>6</sup> Vom 25.-27. Oktober 1931; AR, Brüning I u. II, Bd. 3, S. 1836f.; ADAP, Serie B, Bd. XIX, S. 43-47 (Aufz. Bülows vom 27. Oktober).

<sup>1</sup> Schubert befand sich dienstlich in Berlin.

<sup>2</sup> Dazu siehe ADAP, Serie B, Bd. XIX, S. XXVIII f.

Baroni] gesagt hat, daß er sich wegen der Kündigung keine Sorgen zu machen brauche, konnte mir Herr Kroll nicht erklären.

Die Herren von Simson und Kraemer, die bei Herrn von Bülow gewesen waren, baten mich zu einer Besprechung, die dann auch stattfand und etwa eine halbe Stunde dauerte. Die Herren sprachen mit mir über die Handelsvertragsverhandlungen. Herr von Simson beklagte sich zunächst darüber, daß Herr Schmitt zum Delegationsführer ernannt worden sei. Das sei doch eine sehr falsche Maßnahme, nachdem bei den Verhandlungen vor 5 oder 6 Jahren Herr Schmitt vollkommen versagt habe.<sup>3</sup> Er sei damals abgesägt worden. Er kompliziere alles. Es sei sehr wünschenswert, daß bei den Verhandlungen Herr Willecke zu Worte komme, der, wie auch Herr Kraemer betonte, besonders geschickt sei. Was ferner die Verhandlungen selbst anlange, so müsse für die Industrie unbedingt etwas herauspringen. Besonders durch die Zollmaßnahmen, die England kürzlich getroffen habe,<sup>4</sup> gehe es der Industrie jetzt sehr schlecht. Infolgedessen müsse alles geschehen, um ihr zu helfen. Das Interesse für die Landwirtschaft dürfte nicht allein in den Vordergrund gestellt werden. Was die 15%ige Zollerhöhung in Italien anlange, so seien die Italiener bereit, diese Zölle in vielen Positionen herunterzusetzen. Die 15% igen Zölle würden im übrigen als falsche Maßnahme überall in Italien abgelehnt. Ferner führte Herr von Simson aus, daß die Italiener unter der Drohung einer deutschen Kündigung gelassen werden müßten. Eine solche Kündigung liege durchaus im Bereich der Möglichkeit. Denn wenn etwa noch neue Zollerhöhungen erfolgen sollten, oder wenn auch nur die bisherigen hohen Zölle gegenüber unserer Industrie in allen Positionen aufrechterhalten blieben, so würde die Industrie kategorisch die Kündigung verlangen. Endlich sagte Herr von Simson, Herr von Bülow habe den Herren eben gesagt, man müsse mit den Italienern psychologisch etwas vorsichtig umgehen: augenblicklich wollten sie handelspolitisch alles kurz und klein schlagen. Herr von Simson wurde bei verschiedenen Punkten seiner Ausführungen von Herrn Kraemer unterstützt. – Ich erwiderte den Herren zunächst, daß ich an der Wahl des Herrn Schmitt unschuldig sei.<sup>5</sup> Ich deutete an, daß man mich vor ein fait accompli gestellt habe. Was Herrn Willecke anlange, so hätte ich ihn sehr gern, und er sei sicherlich auch sehr sachverständig. Die Illusion der Herren aber, daß er so geschickt sei, müsse ich zerstören. Willecke sei im Gegenteil außerordentlich ungeschickt, indem er, was ganz falsch sei, die Italiener häufig anschauze. Ich fragte dann die Herren, woher sie denn ihre Weisheit hätten, daß die Italiener zu Konzessionen wegen der 15%igen Zölle bereit seien und diese Zölle so unpopulär in Italien seien. Die Herren sagten etwas verlegen, ihre italienischen Quellen könnten sie nicht gut nennen, im übrigen stamme ihre Information von Herrn Willecke. Ich erwiderte, ich hoffte, daß Herr Willecke recht hätte: jedenfalls sei ihm ja Gelegenheit gegeben, alles zu versuchen. Was aber die Zölle selbst anlange, so seien sie vielleicht nicht sehr populär in Italien, vielleicht habe man dort auch eingesehen, daß

<sup>3</sup> Zu den Handelsvertragsverhandlungen im Jahre 1925 siehe Dok. 123 und AR, Kabinett Luther I u. II, Bd. 1, S. 544f.

<sup>4</sup> Dazu Coatman, Die britische Reichswirtschaftskonferenz, und: The Economist, Nr. 4652 (22.10.1932).

<sup>5</sup> Schubert wurde von Köpke in einem Privatbrief vom 19. November 1931 über die Hintergründe der Ernennung aufgeklärt, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 26.

sie nicht recht funktionierten: das wolle aber noch lange nicht besagen, daß die Italiener bereit seien, sie aufzuheben. Ich hielte das für ganz ausgeschlossen. Ich glaubte auch nicht, daß, wie die Dinge jetzt lägen, sehr viel zu machen sein würde. – Herr von Sinsom meinte dann, er wisse von der Zeit, als die ersten Verhandlungen mit Italien geführt und zu einem glücklichen Abschluß gebracht worden seien, [daß] damals Baron Neurath außerordentlich nützlich dadurch gewirkt habe, daß er seinen Einfluß auf Herrn Mussolini habe spielen lassen. Die Herren hofften, daß ich das ebenso machen würde. – Ich entgegnete, Baron Neurath sei damals in einer ganz anderen Position gewesen, als ich das jetzt sei. Denn damals sei Mussolini noch Minister des Äußern gewesen und die Botschafter hätten bei ihm Zutritt gehabt. Jetzt aber sei das ganz anders. Alle Botschafter sähen Mussolini nur sehr selten. Wegen der Handelsvertragsverhandlungen könnte ich ihn sicher nicht aufsuchen. Ich könnte nur meinen Einfluß auf Herrn Grandi geltend machen, der sich aber für wirtschaftliche Dinge nicht sehr interessiere. Ich würde aber mein Möglichstes tun. Ich verspräche den Herren, daß alles geschehen werde, um die Wünsche der Industrie zu erfüllen. Ich warnte aber nochmals vor irgendwelchen zu hoch gespannten Erwartungen. – Meine Eröffnungen waren den Herren nicht sehr angenehm. Ich glaube aber, daß sie doch etwas beeindruckt waren. – Bei einer halb scherzhaften Schlußunterhaltung, bei der ich mich nach der innerpolitischen Lage erkundigte, sagte Herr von Sinsom, daß, wenn die Nationalsozialistische Partei ans Ruder komme, wahrscheinlich Hitler gar keine führende Rolle spielen werde. Man werde ihn vielleicht lediglich mit einem kleineren repräsentativen Posten abfinden. Die Prätorianer hätten in der Partei durchaus das Oberwasser.

Ich begab mich zu Herrn Vallette, bei dem ich mich lebhaft dafür bedankte, daß er mich reichlich mit Material versorgte.

Als ich mich dann zu Bülow begeben wollte, traf ich im Vorzimmer Hoesch, der anregte, wir sollten zusammen zu Bülow gehen. Leider blieb mir nichts anderes übrig, als hierauf einzugehen. – Bülow empfing uns sehr freundlich und erzählte uns zunächst allerlei über die innerpolitische Lage. Der Reichskanzler sei vor Weihnachten sehr niedergedrückt gewesen. Er sei drauf und dran gewesen, sein Amt niederzulegen und die Macht Hitler zu überlassen. Jetzt aber, nach seinem kurzen Urlaub, sei er sehr kampfesfreudig. Er sei fest entschlossen, mit Hitler zu kämpfen. Zweitens aber wolle er uns erzählen, daß der Reichskanzler vorhabe, Schritte zu unternehmen, um die Amtszeit des Reichspräsidenten zu verlängern, vielleicht auf Lebenszeit. Es sei da ein gewisser Widerstand des Reichspräsidenten zu überwinden. Wie er uns vertraulich sagen wolle, würde heute mit Hitler gesprochen. Das werde zunächst Herr Groener tun.<sup>6</sup> Vielleicht werde der Reichstag noch vor Lausanne<sup>7</sup> einberufen werden. Die Sache könne sehr schnell, in zwei Tagen, erledigt werden. Dann werde der Reichstag wieder nach Hause geschickt werden.

<sup>6</sup> Siehe AR, Brüning I u. II., Bd. 3, S. 2155 über die Unterredung zwischen Hitler und Brüning am 7. Januar; über weitere Besprechungen Vermerke Pünders, 8., 10., 13. Januar, ebd. S. 2159-67.

<sup>7</sup> Zunächst war beabsichtigt, die Reparationskonferenz noch Ende Januar einzuberufen, siehe Reparationsbesprechungen in der Reichskanzlei vom 5. sowie unter Beteiligung Hoeschs, Neuraths und Schuberts vom 7. und 8. Januar 1932; ebd., S. 2141-47, 2149-53.



Was die Reparationsfrage anlange, so seien alle Lösungen, die auf ein Moratorium von 2 Jahren oder auch von noch mehr Jahren hinausliefen, innerpolitisch nicht tragbar. Daher sei der Reichskanzler entschlossen, in Lausanne nur eine endgültige Reparationslösung zu vertreten. Er bitte uns, in der heutigen Nachmittags-sitzung<sup>8</sup> keinen anderen Standpunkt zu vertreten. Da die Verhandlungen in einem etwas größeren Gremium stattfinden würden, habe das gar keinen Zweck. Hoesch erwiderte darauf sehr bestimmt, dann müsse er schweigen. Denn er halte den Standpunkt, daß wir nicht auf ein Moratorium uns einlassen könnten, sondern nur auf eine endgültige Lösung, für falsch. Wenn wir den letzteren Standpunkt vertreten, so würde das nur zur Folge haben, daß die Gläubigermächte sich gegen uns zusammenschließen würden. Im anderen Falle aber, wenn wir uns weniger radikal benehmen, so könnten wir hoffen, daß eine Front der Schuldnermächte, in die wir eingereiht würden, gegen Amerika zustande komme. Hoesch verbreitete sich dann in der üblichen etwas langatmigen Weise über seine außerordentlich wichtigen Besprechungen in Paris. Anschließend an die Unterredungen, die Herr Riesser und dann er selbst mit Herrn Loulondre [Coulondre] gehabt habe,<sup>9</sup> brachte er einen neuen Plan vor, den Herr Riesser erfunden habe. Dieser Plan bestehe in einem dreijährigen Aussetzen des Plans. Ein solches Aussetzen habe die Bedeutung, daß nicht, wie bei dem Moratorium des Hoover-Jahres, für die ausgesetzte Zeit Nachzahlungen stattfänden.

Bülow erklärte, auch eine solche Lösung würde innerpolitisch nicht tragbar sein. Als er noch einmal den Appell an uns richtete, keinen Standpunkt gegen eine endgültige Lösung einzunehmen, sagte Hoesch, dann würde er also sich lediglich darauf beschränken, wenn er gefragt würde, darzulegen, wie er die französische Stimmung vorgefunden habe.

Ich meiner[seits] benutzte die Gelegenheit, um Bülow kurz zu erzählen, daß ich Grandi nicht mehr gesehen hätte und daß ich daher auch nicht Gelegenheit gehabt hätte, die Neujahrswünsche des Reichskanzlers ihm auszurichten. Ich erwähnte dabei den Brief des Reichskanzlers an mich, von dessen Existenz Bülow nichts zu wissen schien. Er interessierte sich auch dafür nicht weiter, sodaß ich keinen Anlaß hatte, ihm von meiner Antwort an den Reichskanzler zu sprechen.<sup>10</sup> Ich erzählte dann auch noch schnell und sehr konzentriert, was mir Herr Ghigi vor meiner Abreise gesagt hätte.<sup>11</sup> Ich erwähnte, ich hätte die italienische Antwortnote auf das französische Memorandum zwar nicht erhalten können.<sup>12</sup> Ghigi hätte mir aber gesagt, daß die Italiener darin den Franzosen mitgeteilt hätten, sie begrüßten den Gedanken, daß sich die gegenseitigen Experten vor Lausanne sähen: die italienischen Experten ständen hierzu immer zur Verfügung. Herr Ghigi habe mir ferner

---

Allgemein zur Entwicklung der Reparationsfrage bis zur Lausanner Reparationskonferenz vom 16. Juni bis 9. Juli 1932, ADAP, Serie B, Bd., XIX, S. XXXIX-XLV; Bd. XX, S. XXXIX.

<sup>8</sup> Siehe unten und Anm. 7.

<sup>9</sup> Brief Hoeschs an Bülow, 4. Dezember 1931, Tel. Hoeschs, 31. Dezember u. 5. Januar 1932, ebd., Bd. XIX, S. 213-16, 334-36, 353-55.

<sup>10</sup> Vom 30. Dezember 1931, ebd., S. 330-33.

<sup>11</sup> In der Nachmittags-sitzung in der Reichskanzlei – siehe Anm. 7 – ging Schubert auch darauf ein.

<sup>12</sup> Siehe dazu Tel. Ritters nach Rom, 11. Dezember 1931, ADAP, Serie B, Bd. XIX, S. 262f.

gesagt, vorläufig hätte diese Zusammenkunft nicht stattgefunden. Vielleicht aber werde sie noch stattfinden. Ein Zusammentreffen mit den deutschen Sachverständigen sei wohl nicht nötig, da die Italiener den deutschen Standpunkt kannten. Herr Ghigi habe ferner ganz richtig gesagt, unser Standpunkt gehe wohl dahin, daß wir eine endgültige Lösung erwarteten. Ich hätte die Richtigkeit dieses Standpunktes bestätigt. Im übrigen sei ich nicht weiter auf die Sache eingegangen. Ich äußerte mich dann ferner dahin, daß die Italiener vermutlich das tun würden, was die Engländer tun würden. Endlich unterstrich ich, daß wir die Italiener sehr gut als Kanal zu den Amerikanern gebrauchen könnten. Ich äußerte mich auch ganz kurz über die Konferenz selber. Ich sagte, meiner Ansicht nach müsse die Konferenz, nachdem wir unseren Standpunkt in der Reparationsfrage dargelegt hätten, auf eine Diskussion über allgemeine Finanzprobleme hinauslaufen.<sup>13</sup> Dies hielt ich für sehr wichtig. Bülow stimmte mir sehr lebhaft zu. Dann mußten wir leider die Diskussion abbrechen, da Bülow zum Frühstück eingeladen war.

Ich habe dann mit Hoesch zusammen im Esplanade gefrühstückt. Auf dem Wege dorthin sagte ich Hoesch, daß mir seine Franzosen garnicht mehr gefielen.<sup>14</sup> Es sei doch geradezu toll, wie sie sich benähmen. Auch von Herrn Laval sei ich sehr enttäuscht. Ich müsse offen sagen, ich sei zu der Überzeugung gekommen, daß offenbar in Frankreich die Leute nun Oberwasser gewonnen hätten, die es für das Beste hielten, wenn wir jetzt endgültig zu Grunde gingen. Man glaube in Frankreich offenbar, das riskieren zu können, da man in Frankreich selbst, was ich übrigens für falsch hielt, den Bolschewismus nicht fürchte. Hoesch bestritt diese meine Ansicht auf das lebhafteste. Er behauptete, zwar gebe es solche Leute ganz rechts in Frankreich. Die große Masse aber wolle uns durchaus nicht umbringen. Man wolle die Verständigung. Ich blieb bei meinem Verdacht, Hoesch hielt seine Ansicht aufrecht. Hoesch hat mir dann, was er in den nächsten Tagen noch öfters auch anderen Leuten gegenüber und in meiner Gegenwart wiederholte, ausgeführt, es sei ganz natürlich, daß die deutsch-französischen Beziehungen sich jetzt, wo die Reparationsfrage wieder akut würde, verschlechterten. Das habe er auch Herrn La-

<sup>13</sup> Am 25. November 1931 hatte Schubert die Reparationslage mit Kaas besprochen: „Die Frage des Herrn Kaas, ob die Italiener uns helfen würden, falls uns eine üble Reparationslösung zugemutet würde, beantwortete ich folgendermaßen. Ich sagte, vor allen Dingen müßten wir versuchen, daß es zu einem solchen Resultat überhaupt nicht komme. Es müsse uns gelingen, darauf hinzuwirken, daß eben die Diskussion bei der Verhandlung der Reparationsfrage sich erweiterte und auf andere große Gebiete überspringe. Natürlich würden wir unter Umständen in eine sehr üble Lage geraten, wenn eines schönen Tages man uns von allen Seiten den Vorwurf mache, daß an einer Nichtannahme der Reparationslösung das Wohl der Welt scheitere. Ich fürchte, daß in einem solchen Fall die Italiener uns kaum helfen würden.“-Aufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.) Bd. 27.

<sup>14</sup> „Ach, mein lieber, guter Köpke, ich will ja nicht öde Kritik üben, aber glauben Sie mir: so kann man mit den Franzosen nicht operieren, so kommt man mit ihnen nicht weiter. Sie reagieren nur auf eine deutlichere Sprache, wie sie übrigens auch Brüning ihnen gegenüber während seines Besuches in Paris geführt zu haben scheint, sie reagieren ferner nur auf konzentrischen Druck, wie ich das immer und immer wieder empfohlen habe. Kein Staat hat größere Angst vor einer Isolierung als Frankreich. Das muß man sich immer wieder klar machen!“-Brief Schuberts an Köpke, 2. Dezember 1931, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 28.

val gegenüber, als dieser über die Verschlechterung der Beziehungen geklagt habe, ganz offen gesagt. Er sei der Ansicht, daß solche Reibungen jetzt nicht zu vermeiden seien.

Beim Frühstück haben wir dann die ganze Weltlage besprochen. Hoesch trat nochmals sehr für eine Lösung ein, wie er sie Bülow vorgetragen hatte. Es sei das, auch wenn die Aussetzung des Young-Planes nur 2 Jahre dauern würde, für uns eine ganz ausgezeichnete Lösung, wie wir sie uns nicht besser denken könnten. Etwas anderes könnten wir keineswegs erreichen. – Ich erwiderte, bis zu einem gewissen Grade leuchte mir das ein, was er sage. Andererseits aber fürchtete ich, daß ein weiteres Moratorium uns nicht viel weiter bringen werde. Denn es bleibe dann doch immer noch die Unsicherheit darüber, was nach Ablauf des Moratoriums eintreten werde. Man habe ja bei dem Hoover-Feierjahr gesehen, was ein Moratorium nütze. Zuerst habe sich eine große Hoffnungsfreudigkeit gezeigt, dann aber sei sehr bald der Katzenjammer gefolgt. Ebenso würde es, so fürchtete ich, bei einem Moratorium geschehen, das lediglich einen Aufschub mit sich bringen würde. – Hoesch vertrat aber trotzdem wieder seinen Standpunkt.

Er ging dann auch auf die Bemerkung Bülows ein, wir sollten heute bei der Besprechung sozusagen nicht gegen den Stachel löcken. Er finde das ganz falsch. Denn nachher würde man doch wieder verantwortlich gemacht für einen Schritt, den man nicht billige. Er wolle mich nur an die Angelegenheit der Zollunion mit Österreich erinnern. Damals habe er dagegen gesprochen. Trotzdem habe man nachher auch ihn für die Sache verantwortlich gemacht. – Ich antwortete, diese Auffassung sei mir, offen gestanden, ganz unverständlich. Hoesch habe damals Gelegenheit zur Meinungsäußerung gehabt, als die Sache noch garnicht perfekt gewesen sei, das heißt vor der Reise der Minister nach Wien. Man habe mir damals zu meinem großen Erstaunen gesagt, daß er durchaus der Sache zugestimmt habe.<sup>15</sup> Er selbst habe mir das später im Sommer offen zugegeben. Er habe seinen damaligen Standpunkt damit begründet, daß die österreichische Zollunion eine idealistische Sache sei, gegen die man nicht hätte ankämpfen können und so weiter und so weiter. Ich hätte ihm damals schon gesagt, daß ich absolut nicht verstanden hätte, daß er sich nicht, rechtzeitig befragt, gegen den Plan ausgesprochen hätte. Ich selbst sei ja erst nach der Rückkehr der Minister aus Wien gefragt worden, als die Sache schon perfekt gewesen sei und unmittelbar vor ihrer Publikation. – Hoesch erwiderte recht unmutig, ich müsse ihn damals mißverstanden haben. Er habe sich durchaus nicht für die Sache ausgesprochen. Er sei aber damals auch schon vor ein fait accompli gestellt worden. Man habe ihm sozusagen ein fertiges Gericht vorgesetzt. – Ich hielt es für richtig, diese Ansicht zu korrigieren und Hoesch noch einmal darauf hinzuweisen, daß damals sowohl die Herren des Amts mir erklärt hätten, er habe – einige hätten sogar behauptet, mit Begeisterung – zugestimmt und daß er selbst mir auch bestätigt habe, daß er zugestimmt habe. – Hoesch war über diese Eröffnungen etwas traurig.<sup>16</sup>

---

<sup>15</sup> Siehe Dok. 246.

<sup>16</sup> Am 3. September war das Projekt der Zollunion zurückgezogen worden, Aufz. Curtius' (Genf) vom 4. September, ADAP, Serie B, Bd. XVIII, S. 367-75. Schubert war den ganzen

Nach Beendigung des Frühstücks setzte sich Herr Silberberg [Silverberg] kurze Zeit zu uns. Hoesch sprach sofort mit ihm über Lausanne. Herr Silberberg sagte, er sei durchaus für ein zweijähriges Moratorium.<sup>17</sup> Während dieser Zeit müsse man durch unsere Propaganda allen Leuten in der Welt klarmachen, daß eine Wiederaufnahme der Reparationszahlungen ein kompletter Unsinn wäre. Eine solche Lösung würde seiner Ansicht nach sehr gut sein und eine große wirtschaftliche Konjunktur herbeiführen. Hoesch erwiderte Herrn Silberberg reichlich offenerzig, daß er ähnliche Gedanken mir soeben auseinandergesetzt hätte. Ich meinerseits fragte Herrn Silberberg, ob er glaube, daß die von ihm dargelegte Lösung in der Öffentlichkeit tragbar sein würde. Herr Silberberg wußte hierauf nichts Rechtes zu erwidern.

Am Nachmittag sollte um ½ 6 Uhr die Sitzung beim Reichskanzler stattfinden, um den um 5<sup>07</sup> von England eintreffenden Baron Neurath die Beteiligung von Anfang an zu ermöglichen. Die Sitzung begann natürlich mit Verspätung. Ich benutzte dies, um Pünder aufzusuchen, der mich mit außerordentlicher Herzlichkeit empfing. Er erzählte mir, der Herr Reichskanzler hätte sich seinerzeit sehr für ein Telegramm interessiert, in dem ich angekündigt hätte, daß nach meinen Informationen Herr Mussolini weitere wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen werde. Der Reichskanzler habe von diesem Telegramm im Kabinett mehreren Ministern Kenntnis gegeben und ihnen gesagt: „Seht Ihr, die Ihr Zweifel an manchen Bestimmungen unserer Notverordnung hattet, auch der große Mussolini macht etwas ähnliches!“ Der Herr Reichskanzler habe sich öfters danach erkundigt, ob die von mir als wahrscheinlich bevorstehend gemeldeten Maßnahmen auch erfolgt seien. Ich erwiderte, das sei nicht der Fall. Vielleicht habe das neue Programm Mussolinis auch einen Aufschub erfahren durch den Tod Arnaldo Mussolinis,<sup>18</sup> der dem Duce außerordentlich nahe gegangen sei. (Pünder spielte auf mein Telegramm Nr. 263 vom 18. 12. v. Js. an, in dem ich gemeldet hatte, es würde vermutlich eine Senkung der Staatsgehälter und Löhne eintreten, eine Herabsetzung der Mieten, eine zwangsweise Zinsreduktion der öffentlichen Anleihen sowie eine 20%[ige] Herabsetzung des Nominalbetrags aller Hypotheken.)

Da der Reichskanzler gemeldet und Pünder zu ihm gerufen wurde, begab ich mich zu der Sitzung.<sup>19</sup> Auf dem Gang holte mich aber bereits der Reichskanzler ein und sagte mir in Gegenwart von Pünder, er danke mir sehr für meinen Brief, der ihn sehr interessiert hätte.<sup>20</sup> Ich bedankte mich meinerseits für den Brief des Kanzlers.

An der Besprechung nahmen teil: Hoesch, ich, Neurath (der, trotzdem man noch erst etwas gewartet hatte, etwa 15 Minuten zu spät kam), Luther, die Minister Dietrich und Warmbold, die Staatssekretäre Schäffer und Trendelenburg, Schwerin von Krosigk, Gaus, Ritter, Dieckhoff und eine Anzahl kleinerer Referenten des Fi-

---

September über nicht in Rom, so daß sich in seinem Nachlaß nichts über die Endphase der Zollunion findet.

<sup>17</sup> Siehe dazu auch AR, Brüning I u. II, Bd. 3, S. 2149 Anm. 2.

<sup>18</sup> Der Bruder Benito Mussolinis und Direktor des Popolo d'Italia war am 31. Dezember 1931 verstorben.

<sup>19</sup> Siehe Anm. 7.

<sup>20</sup> Brief Schuberts an Brüning vom 30. Dezember 1931, ADAP, Serie B, Bd. XIX, S. 330-33.

nanz- und Wirtschaftsministeriums.<sup>21</sup> Es war also ein verhältnismäßig großes Gremium. Die beiden Staatssekretäre und Minister Dietrich begrüßten mich sehr freundschaftlich, ebenfalls die Manipel des Auswärtigen Amts.

Der Reichskanzler eröffnete die Sitzung und erzählte, daß er kürzlich mit Herrn Spreag (? Mitglied der Bank von England? Amerikaner?)<sup>22</sup> gesprochen habe. Dabei sei festgestellt worden, daß ein 5jähriges Moratorium unmöglich sei, aber auch ein 2-3jähriges gefährlich, oder ein kürzeres. Wenn man jetzt keine endgültige Lösung erhalten könne, so sei es vielleicht gut, die Entscheidung um ein halbes Jahr zu verschieben. In diesem Zusammenhange sagte der Reichskanzler einmal: „Wir können uns nur vergewaltigen lassen!“ Herr Spreag habe auf seine Frage erklärt, seiner Ansicht nach könnten wir es bis Juni aushalten, auch wenn bis dahin noch nichts beschlossen worden sei. Es sei dann auch der Vorschlag ventiliert worden, daß bei endgültiger Lösung wir 4-5 Milliarden noch bezahlen sollten. – Der Reichskanzler teilte ferner mit, er habe gestern mit dem französischen Botschafter, François-Poncet, der inzwischen nach Paris abgereist sei, gesprochen. Er habe ihm die Notwendigkeit einer endgültigen Reparationslösung dargelegt. Herr Poncet habe diese Eröffnungen ganz ruhig aufgenommen. Er habe aber gesagt: „Wenn Sie aussprechen, daß Sie keine Reparationen mehr zahlen könnten, so bringen Sie damit das Kabinett Laval in eine unmögliche Lage.“ Er habe daraufhin Herrn Poncet gesagt, er habe aber vor, diese These ganz ohne jede Schärfe auszusprechen. – Der Reichskanzler führte ferner aus, daß bei einem Frühstück bei dem Botschafter Sackett, das, glaube ich, heute oder gestern [am 6. Januar] stattfand und an dem auch Bülow teilgenommen hatte, die Botschafter Sackett und Edge, dem zu Ehren das Frühstück stattgefunden hätte, darauf hingewiesen hätten, daß wir um Gotteswillen mit der Lösung der Reparationsfrage bis zum Juni warten sollten, dann werde nämlich der amerikanische Kongreß nicht mehr zugegen sein. Er werde wahrscheinlich bereits Ende Mai auseinandergehen. – Endlich sagte der Reichskanzler auch noch, die Amerikaner warteten seiner Ansicht nach darauf, in der Reparationsfrage von den Europäern vergewaltigt zu werden.

Hierauf erteilte der Reichskanzler uns Botschaftern das Wort und zwar zunächst Herrn von Hoesch, der am linken Flügel saß.

Hoesch hat dann ziemlich wortreich, und indem er betonte, er wolle nicht von der Zukunft reden, den französischen Standpunkt auseinandergesetzt. Seine Ausführungen waren etwas lang und er sprach nur über das, was ihm die großen Leute in Paris (Laval, Flandin) gesagt hätten.

Hierauf mußte ich, der ich neben Hoesch saß, mich äußern. Ich tat das in ziemlich kurzer Form. Ich teilte mit, ich hätte Herrn Grandi vor meiner Abreise nicht mehr gesehen. Ich hätte nur kurz mit Herrn Ghigi gesprochen, der mir zweierlei gesagt hätte. Erstens, daß unser Standpunkt wohl darauf hinauslaufe, daß wir eine endgültige Lösung haben wollten. Zweitens, daß von den Amerikanern zur

<sup>21</sup> Die Liste weicht von der der Reichskanzlei etwas ab; AR, Kab. Brüning I u. II, Bd. 3, S. 2149.

<sup>22</sup> Hierbei handelt es sich um den amerikanischen Finanzwissenschaftler Sprague, der als Berater der Bank von England tätig war. Besprechung am 5. Januar 1932, ebd., S. 2141-47 (ebenso ADAP, Serie B, Bd. XIX, S. 347-53).

Zeit aus innerpolitischen Gründen nichts zu erwarten sei. Hieran anknüpfend erklärte ich, ich glaube sagen zu können, daß die Italiener ständig die These vertreten hätten, daß die Reparationen und die interalliierten Schulden verschwinden müßten. Ich glaubte, daß sie diesen Standpunkt auch in Zukunft einnehmen würden. Zweitens müsse ich allerdings sagen, daß die Italiener sich sehr wohl dessen bewußt seien, daß Frankreich militärisch und finanziell außerordentlich mächtig sei. Der Herr Reichskanzler habe ja selbst Gelegenheit gehabt, sich von dieser italienischen Haltung in Rom zu überzeugen (Brüning nickte). Drittens sei ich der Ansicht, daß die Italiener wohl dem folgen würden, was die Engländer tun würden, allerdings aber erst, wenn, wie ich mit Betonung hinzufügte, eine englische Stellungnahme erfolgt sei. Ob diese Stellungnahme erfolgt sei, wisse ich nicht. Ich endigte meine Darlegungen mit der Bemerkung, ich wolle mich vorläufig auf diese „Weisheit“ beschränken. Hierauf wurde Baron Neurath zur Äußerung aufgefordert. Er berichtete, er habe gestern eine längere Unterredung mit Simon gehabt. Er habe darüber sofort eine Aufzeichnung angefertigt, die er dann vorlas (sie liegt im Originalabzug hier bei).<sup>23</sup> Besonders unterstrich im Anschluß daran Baron Neurath, daß Simon gesagt habe, die Reparationszahlungen müßten ein für allemal aufhören. Auch MacDonald sei für eine endgültige Lösung, wie er auch für einen baldigen Zusammentritt der Konferenz sich einsetze. Baron Neurath erzählte dann, daß in England verschiedene Strömungen vorhanden seien: a) die Minister, b) die Treasury, c) das Foreign Office. Die Kategorie a) sei durchaus für eine endgültige Lösung.

Nachdem Herr von Hoesch, wie er sagte, noch einige Sachen, die er vergessen hätte, nachgetragen hatte, bat Bülow den Minister Warmbold, seine Beurteilung der Wirtschaftslage Deutschlands, die er kürzlich einmal dargelegt habe, hier noch einmal zu wiederholen.

Hierauf machte der Minister Warmbold einige sehr bemerkenswerte Ausführungen. Er legte dar, daß die jetzige Wirtschaftskrise sich durchaus noch nicht ganz auf die öffentliche Hand ausgewirkt habe, nämlich auf die Etats des Reiches und der Länder. Die Krise sei durchaus noch nicht seiner Ansicht nach auf ihrem Tiefpunkt angekommen. Das Jahr 1933 werde seiner Ansicht nach noch immer keine wirkliche Besserung bringen. Er müsse offen sagen, daß, selbst wenn es in Lausanne gelinge, die Reparationsfrage zu lösen, dann immer noch nicht das Problem gelöst sei, wie man in der Zukunft die verschiedenen Etats balancieren könne.

Der Reichskanzler erklärte darauf, es komme noch hinzu, daß zum Beispiel in England an eine Stabilisierung der Währung nicht zu denken sei, solange nicht die Reparationsfrage gelöst sei. Bekanntlich gehe es in England sehr schlecht, sowohl im Bergbau als bezüglich der Schifffahrt, als bezüglich der Textilindustrie. Wenn das Pfund nicht stabilisiert würde, so „säßen wir schon im Jahre 1932 fest“. Der Reichskanzler sprach sich dann nochmals für eine endgültige Reparationslösung aus. Er betonte, im Inlande werde die Regierung eine geschlossene Front gegen sich haben, wenn wir etwa uns in Lausanne darauf einließen, die Zahlung der unaufschiebbaren Annuität zu übernehmen.

Hierauf konnte sich Hoesch nicht mehr halten. Mit erhobenem Zeigefinger wurde er entsetzlich logisch und sehr langatmig. Er sagte, man müsse sich klarma-

<sup>23</sup> ADAP, Serie B, Bd. XIX, S. 378f.

chen, daß es zwei Lösungsmöglichkeiten gebe, 1) eine materieller Art, 2) eine psychologischer Art. Die erste Lösung würde darin bestehen, daß wir sagten, wir könnten nicht zahlen. Dann werde ein provisorischer Ausweg gefunden werden müssen: dieser Weg werde darin bestehen, daß wir etwa drei Jahre nichts zu bezahlen hätten. Hoesch setzte dann die Vorzüge des sogenannten Riesser-Planes auseinander. Er erwähnte dann auch im Sinne der Ausführungen, die heute mittag Herr Silberberg gemacht hatte, daß man diese drei Jahre benutzen müßte, um überall klarzumachen, daß später nicht mehr gezahlt werden könne. Oder aber wir gingen auf die zweite, die psychologische Lösung los, nämlich, daß wir sagten, es sei eine Wiederaufnahme der Zahlungen überhaupt nicht mehr möglich. Dann würden wir nur eine Lösung erreichen, wenn wir uns auf eine Abschlagszahlung von einigen Milliarden einließen. – Wenn wir uns aber rein negativ verhielten und uns auf garnichts einließen, dann würden wir die Front sämtlicher Gläubiger gegen uns haben.

Es machte darauf der Herr Reichskanzler einige Ausführungen, ohne aber sich weiter mit den logischen Gedanken Hoeschs zu beschäftigen. Er sagte schließlich, die Amerikaner warteten seiner Ansicht nach darauf, daß wir erklärten, wir könnten nicht mehr.

Bülow äußerte sich dahin, daß der amerikanische Kongreß sicherlich keine Initiative ergreifen könnte. Aber er erwartete sicherlich eine Initiative von Europa. Seiner Ansicht nach würde Hoover eine Erklärung, die aus Europa käme, daß wir alle nicht mehr zahlen könnten, ganz einfach an den Kongreß weitergeben.

Im Verlaufe der weiteren Diskussion erklärte Herr von Hoesch, von den Franzosen sei seiner Ansicht nach ein Verzicht auf die unaufschiebbare Annuität keinesfalls zu erreichen.

Der Reichskanzler fragte Herrn von Hoesch, ob mit Rücksicht auf Frankreich er einen Aufschub bis zum Juni für nützlich halten würde.

Herr von Hoesch verneinte dies. Er sagte, man müsse damit rechnen, daß die französische Regierung von April bis Juni wegen der Wahlen und so weiter aktionsunfähig sei.

Der Finanzminister Dietrich fragte Herrn von Hoesch, wie es in Frankreich aussehe. Er habe gehört, daß die Industrie in Frankreich schlecht ginge, zum Beispiel die Schifffahrt, die Textilindustrie und so weiter.

Hoesch erwiderte, das sei richtig. Eine Anleihe, welche die Stadt Paris jetzt herausgebracht hätte, gehe garnicht. Was aber vielleicht am interessantesten sei, sei der Umstand, daß die Banken neuerdings keine Kredite mehr gäben.

Hierauf schloß der Reichskanzler die Sitzung.

Es fand dann eine Besprechung im engeren Kreise beim Reichskanzler statt, an der außer Herrn Pünder, nur wir drei Botschafter teilnahmen.<sup>24</sup>

Der Reichskanzler erzählte uns etwas über Innenpolitik. Der Herr Reichspräsident müsse im Amt bleiben. Gestern habe Herr Groener mit Herrn Hitler verhandelt. Heute habe er – der Reichskanzler – selbst mit Herrn Hitler, und zwar bei Herrn Groener gesprochen. Die Verhandlungen seien heute nicht so gut verlaufen, wie das gestern der Fall gewesen sei. Hitler sei zu Hugenberg gefahren. Erst über-

---

<sup>24</sup> Siehe Anm. 7; demzufolge nahm auch Bülow teil.

morgen wolle und könne er eine Antwort geben.<sup>25</sup> Wenn es nicht glücke, die Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten zu verlängern, dann sei das sehr übel. Dann könne er – Brüning – in Lausanne gar nichts abmachen, was irgendwie wie ein Kompromiß aussehe. Der Reichskanzler erklärte ferner, daß ein ganz unmöglicher und sehr gefährlicher Zustand eintreten würde, wenn die Hitlerleute daran kämen und die Frage dann noch nicht gelöst sei. Unter diesen Umständen habe er sich entschlossen, die Hitlerleute erst dann an die Macht heranzulassen, wenn die Reparationsfrage gelöst sei. Der Reichskanzler verbreitete sich dann auch über die wirtschaftliche Lage in Deutschland. Er äußerte sich noch pessimistischer, als dies der Minister Warmbold getan hatte. Er setzte uns auseinander, das Schlimme sei, daß die deutsche Wirtschaft jetzt einen Schrumpungsprozeß durchmache, der unaufhaltsam weitergehe.

Es entwickelte sich dann eine Diskussion über die von uns in Lausanne einzunehmende Stellungnahme. Der Reichskanzler führte aus, er wolle seine These, daß wir weder jetzt, noch in Zukunft Reparationen bezahlen könnten, sehr ruhig in Lausanne vertreten. Er wolle dabei nach Möglichkeit die Gefühle der Franzosen schonen. Vor allem aber wolle er darlegen, daß die Reparationsfrage deshalb aus der Welt geschafft werden müsse, und zwar endgültig, weil die Wirtschaft der ganzen Welt darunter litte. Er wolle also sagen, daß er diese Erklärung im Interesse der Gesundung der ganzen Weltwirtschaft abgäbe. Der Reichskanzler setzte dann auch noch weiter auseinander, daß innerpolitisch es nicht tragbar sein würde, uns unsererseits auf ein Moratorium einzulassen, das, wie lang es auch sei, immer doch den Zustand der Unsicherheit bestehen lasse. Ich habe mich auch an der Diskussion beteiligt. Ich habe zunächst wegen der Möglichkeit eines Moratoriums Rückfragen gestellt, die, glaube ich, den Reichskanzler etwas erstaunten. Ich habe aber dann mehr und mehr dem Standpunkt des Reichskanzlers beigepflichtet.<sup>26</sup> Auch Hoesch

<sup>25</sup> Siehe Anm. 6.

<sup>26</sup> Schubert schrieb in einer Aufz. vom 8. Januar: „Was die Frage anlangt, welchen Standpunkt wir in Lausanne in der Reparationsfrage einnehmen wollen, so habe ich mir die Sache sehr reiflich überlegt und bin zu folgender Ansicht gekommen. Ich erinnere mich eines Gespräches, das ich vor meiner Abreise mit Herrn Smend hatte, der sehr stark den Standpunkt vertrat, man solle unter allen Umständen in Lausanne einzig und allein für eine endgültige Lösung der Reparationsfrage, bestehend in der vollkommenen Streichung der Reparationszahlungen eintreten. Ich habe damals Herrn Smend gesagt, man dürfe doch nichts unternehmen, was sich nicht durchführen lasse. Man müsse sich doch klar machen, daß keine französische Regierung sich jetzt auf eine solche Lösung einlassen könnte. Als ich nach Berlin kam, war ich mir eigentlich darüber klar, daß man unsererseits gut daran tun würde, sich auf ein längeres Moratorium einzulassen. Ich muß bekennen, daß ich gestern meine Ansicht geändert habe, und zwar aus zwei ganz bestimmten Gründen. Einmal hat mir die These des Reichskanzlers sehr eingeleuchtet, daß er namentlich den Hauptnachdruck seiner Erklärungen auf die Unterstreichung der Tatsache legen will, daß die Reparationszahlungen deshalb aufhören müssen, weil sie einen der Hauptgründe dafür bilden, daß die Weltwirtschaft schwer unter einer Krisis leidet. Zweitens aber war ich, vielleicht unbewußt, durch die Zeitungsnachrichten beeinflusst, wonach es schien, als ob die Franzosen sich mit den Engländern bereits prinzipiell über ein Moratorium geeinigt haben. Baron Neurath hat uns aber bekanntlich gestern gesagt, er habe bei Simon gehört, daß die Engländer der Ansicht seien, die Reparationszahlungen müßten ein für alle Male aufhören. Natürlich ist auf die Engländer nie ein rechter Verlass. Aber immerhin scheinen sie vorläufig diese Linie einhalten zu wollen. Wie dem



mußte schließlich zugeben, daß aus innerpolitischen Gründen es für die Regierung unmöglich sein würde, sich auf ein Moratorium einzulassen.

Ich sagte dann aber, ich müsse doch darauf hinweisen, daß ich befürchtete, daß sich vielleicht inzwischen die Franzosen mit den Engländern geeinigt hätten, und zwar in bezug auf ein Moratorium, wie wir es nicht wünschten. Ich hätte mit Sorge in den Zeitungen über die ständigen Verhandlungen gelesen, die Lieth [Leith-]Ross in Paris führe. Ich hoffte, sie hätten noch zu keinem Resultat geführt.

Baron Neurath pflichtete mir bei. Er sagte, was er, glaube ich, bereits in der früheren Verhandlung mitgeteilt hatte, Simon habe ihn darauf hingewiesen, daß morgen abend eine wichtige englische Kabinettsitzung stattfinden werde. Unter diesen Umständen werde es nötig sein, daß die Engländer bis morgen nachmittag unseren Standpunkt erführen. Seiner Ansicht nach müsse man ihnen telefonieren. Dabei kam zur Sprache, daß ohnehin der Englische Botschafter [Rumbold] morgen vormittag den Reichskanzler besuchen werde. Dabei könne der Reichskanzler ihn informieren und ihm anheimstellen, sofort mit Simon zu telefonieren.<sup>27</sup>

Während der Diskussion habe ich auch dargelegt, daß nach meiner Ansicht in Lausanne, nachdem wir unsere Erklärung in der Reparationsfrage abgegeben und ihre Beseitigung als im Interesse der Weltwirtschaft stehend hingestellt hätten, man dann diese Besprechungen ausweiten und auch auf andere Grundübel, an denen die Weltwirtschaft litte, zu sprechen kommen sollte. Meine Ausführungen fanden zwar Anklang, das Thema wurde aber nicht sehr vertieft.

Schließlich wurde beschlossen, daß wir in der jetzigen Zusammensetzung, aber unter Hinzuziehung der Herren Dietrich, Warmbold und Luther morgen noch einmal eine Besprechung beim Reichskanzler abhalten sollten, und zwar vor dem Besuche des Englischen Botschafters.<sup>28</sup>

---

auch sei: die Hauptsache ist die Feststellung: Reparationszahlungen sind eins der Grundübel, auf die die Krisis der Welt zurückzuführen ist: also müssen die Reparationen wegfallen. Das ist ein durchaus logischer Standpunkt. Er wird sofort unlogisch, wenn wir uns auf irgendein Moratorium einlassen. Denn dann wird die Frage lediglich auf unsere Zahlungsfähigkeit – oder Zahlungsunfähigkeit – abgestellt.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 30.

<sup>27</sup> Aufz. Neuraths vom 8. Januar, ADAP, Serie B, Bd. XIX, S. 392-94.

<sup>28</sup> AR, Brüning I und II, Bd. 3, S. 2152f. – Schubert kommentierte am 8. Januar den Verlauf dieser und der vorangegangenen Sitzungen folgendermaßen: „Ich habe mir gestern abend und heute morgen klar gemacht, daß ich dadurch, daß mich Herr Grandi vor meiner Abfahrt nicht mehr empfind, in eine höchst unangenehme Lage geraten bin. Das stellte sich bei der gestrigen Beratung heraus. Und daß ich gezwungen war, vor versammeltem Kriegsvolk zu bekennen, daß ich den italienischen Minister in dieser wichtigen Zeit überhaupt nicht zu Gesicht bekommen hatte, während meine Kollegen ganz selbstverständlich solche Gespräche führen konnten, war weniger für mich persönlich peinlich als für die deutsch-italienischen Beziehungen. [...] Ich kam mir aber auch persönlich neben meinen ‚großen‘ Kollegen aus Paris und London recht erbärmlich vor. Ich konnte schließlich nur riskieren überhaupt etwas zu sagen als früherer Staatssekretär, aber nicht als Botschafter in Rom. Ich kam mir, das ist der beste Vergleich, doch etwas wie die ‚Unschuld vom Lande‘ vor.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 30. Am 10. Januar kam es zu einer erneuten Besprechung, in der Schubert von Brüning die Instruktion erhielt, die Sachlage mit Mussolini zu erörtern, Aufz. Schuberts, ebd., Bd. 31. Zurück in Rom sprach Schubert am 12. Januar mit Grandi, Aufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 31. Schubert schrieb noch am selben Tage an Brüning und das AA und teil-

Das Abendessen nahm ich allein sehr gemütlich mit Neurath im Kaiserhof ein. Wir unterhielten uns über alles mögliche. Folgendes kann ich vielleicht notieren.

1) Er war das letzte Mal im Dezember in Berlin. Er wurde vom Reichskanzler gerufen, um den Reichspräsidenten dahin zu beeinflussen, daß er noch länger im Amt verbliebe. Seine Besprechungen mit dem Reichspräsidenten seien sehr schwierig gewesen.

2) Er erhielt zu Neujahr viele Briefe und Karten aus Rom. Man habe ihm auch über die Untaten des Herrn Willis geschrieben. Er riet, Willis [gegenüber] gelegentlich recht grob zu werden, wie er das selbst öfters getan hätte.<sup>29</sup>

3) Als er das letzte Mal in Berlin gewesen sei, habe Hitler durch einen Mittelsmann mit ihm Fühlung gesucht. Er habe diese Fühlung aber abgelehnt. Er sei noch nie mit Hitler zusammengetroffen.

4) Wir sprachen über die Ernennung Nadolnys zum Führer der Delegation zur Abrüstungskonferenz.<sup>30</sup> Er sagte, er sei an dieser Ernennung nicht ganz unschuldig. Vorher hatte ich Zweifel geäußert, ob Nadolny so ganz der richtige Mann wäre für diesen Posten; Baron Neurath sagte mir, er teile diese Bedenken durchaus (!?). Neurath erzählte mir ferner, man hätte auch an ihn das Ansinnen gestellt, die Delegationsführung zu übernehmen. Er habe das aber abgelehnt. Ich sagte, wenn sich die Abrüstungskonferenz als technische Konferenz abspielen werde, so gehe es vielleicht mit Nadolny. Wenn sich aber aus der technischen eine politische Konferenz entwickeln sollte, so hätte ich meine großen Bedenken. Für eine sehr wichtige poli-

---

te ihnen mit, daß mit Italiens Unterstützung in der Reparationsfrage zu rechnen sei, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 31. Auch Mussolini ließ am 25. Januar Unterstützung für die deutsche Position erkennen, Tel. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. XIX, S. 492-94.

<sup>29</sup> Willis war Korrespondent mehrerer deutsch-nationaler Blätter und hatte in Rom einen Stützpunkt der NSDAP gegründet. Am 16. Dezember 1931 berichtete Schubert nach Berlin über Willis' Werbetätigkeit für die Partei und charakterisierte diese als recht erfolglos, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 29.

<sup>30</sup> Die Abrüstungskonferenz sollte am 2. Februar 1932 beginnen. Zu Nadolnys Ernennung Schuberts Tagesaufz. zum 20. Dezember 1931: „Ich las morgens die Nachricht, wonach Nadolny unsere Delegation bei der Abrüstungskonferenz anführen soll. Ich finde diesen Plan geradezu grotesk. Für den Fall, daß die Konferenz sich lediglich auf technischem Gebiet austoben wird, wird es vielleicht noch gerade gehen, obgleich ich auch in diesem Fall Nadolny nicht die Geschicklichkeit zutraue, die für uns bei dem Scheitern der Konferenz notwendig sein wird. Vielleicht bringt er die notwendige Grobheit auf, obgleich ich glaube, daß es mit reiner Grobheit nicht getan sein wird. Vielleicht aber bringt er nicht einmal diese Grobheit auf, denn es ist eine alte Erfahrung, daß Leute, die im Privatverkehr rauh sind, in großen Versammlungen den Mut zu starken Worten nicht aufbringen. Wird aber die Konferenz zu einer politischen, dann wird die Sache, fürchte ich, ganz übel. Dem ist der gute Nadolny bei all' seinem guten Willen nicht gewachsen. Auch die übrige Zusammensetzung der Delegation gefällt mir nicht. Weizsäcker ist natürlich am Platze. Aber was soll um Gottes Willen der arme Mutius schon wieder in Genf ausrichten. Was der mimosenhafte Göppert. Auch der dicke Frohwein wird die Sache wohl nicht schmeißen. Ich frage mich, wer sich Nadolny ausgedacht hat. Ich nehme an, er selbst. Der alte Herr [Hindenburg] wird sich schließlich und endlich gezwungen gesehen haben, ihm endlich einen Bonbon zu verabreichen.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 29. Der letzte Satz spielte darauf an, daß Nadolny bereits Ende 1928 versucht hatte, mit Hilfe Hindenburgs Botschafter in Moskau zu werden, und damals am Widerstand Stresemanns und Schuberts gescheitert war. Siehe dazu Dok. 199 Anm. 1.

tische Tätigkeit, wie sie sich dann für unsere Delegation als nötig erweisen werde, sei meiner Ansicht nach Nadolny zu plump. Neurath erwiderte, er sei ganz meiner Ansicht (!). Er hätte auch nur zu Nadolny geraten, da er überzeugt davon sei, daß die Abrüstungskonferenz sich nicht zu einer politischen entwickeln werde.

5) Wir sprachen dann auch über unsere beiderseitigen Beziehungen zum Reichspräsidenten. Ich sagte ihm, leider sei ich damals wegen der Kandidatur Nadolnys zum Botschafter in Moskau mit dem alten Herrn aneinandergeraten. Leider hätte ich mich damals dazu hinreißen lassen, auf den Tisch zu schlagen.

Hierauf behauptete Neurath, der Reichspräsident habe ihm von dieser Szene erzählt. Hindenburg habe ihm mehrfach gesagt, ich hätte auf den Tisch geschlagen und so weiter (??).

6)<sup>31</sup> Neurath fragte mich, ob ich mit meinen Leuten in Rom zufrieden sei. Ich bejahte das lebhaft und lobte alle sehr. Ich fragte dann, wie es bei ihm in London stehe: ob er besonders mit Bernstorff zufrieden sei. Neurath meinte, B[ernstorff] kenne zwar Gott und die Welt, aber er sei nicht zuverlässig, auch sehr indiskret. Dazu komme, daß B. an der Börse gespielt und verloren habe. Plötzlich sei einmal ein Vertreter einer Maklerfirma bei ihm (N[eurath]) erschienen und habe ihm mitgeteilt, B. schulde ihr 9000 £!! Er habe darauf B. kommen lassen, der das zugegeben habe. Er habe aber hinzugefügt, er wolle den berühmten „Spieleinwand“ machen. Mit Mühe habe er B. klargemacht, daß das doch ganz unmöglich sei. Es habe sich dann herausgestellt, daß B. außerdem noch 7000 £ schulde. Er habe sich für dieses Geld das nötige Geld in Deutschland geborgt, wolle das auch bezüglich der 9000 £ tun. Wie die Sache auslaufen werde, stehe dahin.<sup>32</sup> – Auch von Bismarck schien N. nicht sehr entzückt zu sein. Auch er hat an der Börse gespielt, verloren und ist dadurch in Schwierigkeiten geraten. – Nette Zustände!

## 264

### **Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit dem italienischen Abteilungsdirektor Guariglia Rom, 9. Februar 1932**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 34.*

Als wir bei meinem heutigen Besuch bei Herrn Guariglia über die Abrüstungskonferenz sprachen, sagte ich, auf dieser Konferenz könne man vielleicht auch über die Reparationsfrage etwas sprechen. Allerdings können dort keine Entscheidungen getroffen werden. Wir hielten nichts davon, daß auf dieser Konferenz so nebenher auch die Reparationen verhandelt würden. Daß jetzt in der Reparationsfrage so garnichts passierte, mache mir die schwersten Sorgen. Die Zeit laufe uns davon. Inzwischen hätten wir auch erneut mit den Franzosen über die Einberufung einer Konferenz gesprochen: der Erfolg sei aber Null gewesen.

<sup>31</sup> Dieser Abschnitt hschr. von Schubert hinzugefügt.

<sup>32</sup> Dazu Hansen, Albrecht Graf von Bernstorff, S. 189-91.

Herr Guariglia ging bereitwillig auf dieses Thema ein. Er meinte, es sei doch für die Franzosen recht schwer, sich jetzt auf eine vollkommene Streichung der Reparationen einzulassen. Er sei der Ansicht, daß ein längeres z. B. ein fünfjähriges Moratorium anzustreben sei, wobei man sagen müsse, daß dann nach fünf Jahren die Entscheidung endgültig getroffen werden müsse.

Ich erwiderte, daß ein solches Moratorium nicht den Effekt haben würde, den die Welt brauchte, nämlich, zu erreichen, daß nun endlich das Vertrauen wiederkehrte. Man gehe meiner Ansicht nach von einer ganz falschen Deduktion aus. Es handle sich nicht darum, festzustellen, ob und wann wir wieder im Stande sein würden, etwas zu zahlen. Es handle sich vielmehr darum, sich darüber klar zu sein, daß es darauf ankomme, die Reparationsfrage und die Frage der Interalliierten Schulden ein für alle Mal zum Verschwinden zu bringen. Die internationale Schuld[en]frage sei eines der Grundübel, an denen die Welt leide. Es gäbe deren auch noch vier oder fünf andere. Es komme darauf an, endlich diesen Grundübeln der Welt zu Leibe zu gehen und sie zu beseitigen. Nur so könne die Welt gesunden. Ich wolle einmal einen Vergleich anstellen. Die Franzosen täten immer noch so, als ob sie auf dem großmächtigen Young-Plan-Dampfer durch die Welt segeln könnten. Dabei hätten sie ganz übersehen, daß dieser Dampfer längst untergegangen sei und daß wir uns Alle in einem kleinen Rettungsboot befänden, das außerdem aber noch leck sei.

Herr Guariglia schien für meine Ausführungen einiges Verständnis zu haben. Er meinte aber, es sei doch etwas viel verlangt, wenn von dem Gläubiger verlangt würde, er solle den Schuldschein des Schuldners ganz einfach zerreißen. Er sei daher eben doch der Ansicht, daß ein längeres Moratorium ein erreichbares und daher auch erstrebenswertes Ziel sei.

Ich erwiderte, ich hätte offen gesagt zuerst auch dieser Ansicht zugeneigt, und zwar noch in dem Augenblick, als ich zu den Januar-Besprechungen nach Berlin gereist sei.<sup>1</sup> Bei den dortigen Besprechungen aber sei mir klar geworden, aus den von mir vorher dargelegten Gründen, daß ein solches Moratorium nicht ausreichen würde, um das nötige Vertrauen herzustellen. Das könne nur geschehen durch ein Verschwinden des ganzen Schuldenproblems. Von der Richtigkeit dieser These sei ich mehr denn je überzeugt. Herr Guariglia erwiderte, jeder Mensch müsse sich klar darüber sein, daß die Reparationen von dem Moment an nicht mehr existierten, wo das Hoover-Jahr verkündet worden sei. Im übrigen aber müsse man leider auf Frankreich und auch auf Amerika Rücksicht nehmen.

Auf die letzte Bemerkung antwortete ich, ich sei davon überzeugt, daß Amerika sozusagen nur darauf warte, vergewaltigt zu werden.

Herr Guariglia erwiderte, das sei ganz richtig. Eine solche Vergewaltigung sei aber nur in der Weise möglich, daß wir eines schönen Tages Alle plötzlich nicht mehr zahlten, nicht aber so, daß von Amerika ein ausdrücklicher Schuldenverzicht verlangt würde.

Ich wandte dann noch gegen das Moratorium ein, daß es wahrscheinlich mit allen möglichen unerfüllbaren Klauseln belastet werden würde, die wiederum zur Folge hätten, daß eben durch eine solche Maßnahme das Vertrauen in der Welt

---

<sup>1</sup> Siehe Dok. 263 und Anm. 26 dazu.

nicht wieder hergestellt würde. Herr Guariglia meinte nachdenklich, hierin hätte ich allerdings recht: man müsse Sorge dafür tragen, daß solche Klauseln nicht in Anwendung gebracht würden.

Schließlich meinte er, man müsse sich doch einmal ganz klar machen, welches Spiel gespielt würde. Die Deutschen benutzten verständlicherweise die Gelegenheit der zur Zeit bestehenden furchtbaren Weltkrise, um sich ihrer Reparationen zu entledigen. Die Franzosen andererseits seien bestrebt, um so mehr sich ihre Schuldenforderungen garantieren zu lassen.

Ich erwiderte, vielleicht hätte es bei uns den Anschein, als ob wir ein solches Spiel spielten: das sei aber nur scheinbar. Ich sei persönlich fest von der Wahrheit der These überzeugt, daß die Reparationen und die interalliierten Schulden unbedingt und ganz und gar verschwinden müßten, wenn die Welt gesunden solle. Ich malte dann noch einmal sehr schwarz die Möglichkeit einer Katastrophe an die Wand. Als ich sagte auch hier in Italien seien die Zustände nicht sehr erfreulich, stimmte mir Herr Guariglia durchaus zu.

Wir kamen dann auch noch einmal auf die spezielle Frage der Abhaltung einer Konferenz zu sprechen. Ich sagte, wir hielten eine solche Konferenz nach wie vor für notwendig. Denn auf anderem Wege könne meiner Ansicht nach keine Einigung erzielt werden. Ich könnte mir wohl denken, daß ein offener Meinungs- austausch auf einer solchen Konferenz in jedem Fall nützlich sein würde. Wenn man nicht gleich jetzt zu einem Resultat kommen könne, so liege es doch durchaus im Bereiche der Möglichkeit, diese Konferenz für einige Monate zu vertagen und zu vereinbaren, daß man sich in der Zwischenzeit eine Lösung im Einzelnen genau überlegen solle.

Herr Guariglia gab mir recht. Er sagte aber, seiner Ansicht nach wäre es das einzig Richtige, wenn die Regierungs-Chefs sich zu einer ganz kleinen Zusammenkunft träfen. Von einer großen Konferenz mit ungezählten Sachverständigen ver- spräche er sich garnichts. Sachverständige seien auch garnicht nötig. Was im Gro- ßen zu entscheiden sei, könnten die Regierungschefs auch ohne Sachverständige entscheiden. Ich stimmte Herrn Guariglia lebhaft zu.

Als wir über die Stellungnahme Frankreichs sprachen, sagte ich, meiner An- sicht nach werde es nötig sein, daß alle beteiligten Nationen den Franzosen klar machten, daß sie ihre bisherige Haltung in der Reparationsfrage nicht aufrecht er- halten könnten. Nur so würde man weiter kommen, nur so es den Franzosen viel- leicht überhaupt ermöglichen, ihre Stellungnahme zu ändern.<sup>2</sup> Herr Guariglia er- widerte, in diesem Sinne werde ja schließlich auch gearbeitet. Es sei aber doch

<sup>2</sup> Am 27. Januar 1932 schrieb Schubert an Köpke: „Vor allem aber möchte ich laut und ver- nehmlich ausrufen: bleiben wir fest bei der Vertretung unserer These, daß wir weder jetzt, noch später Reparationen zahlen können! Lassen wir uns auf diesem Gebiete auf keinerlei faule Kompromisse ein! Der Rubicon ist überschritten! Für die Vergangenheit gibt der Jude nichts! Ich glaube fest daran, daß wir durchkommen werden, wenn wir Frankreich gegenüber die richtige Politik verfolgen und alles in unsern Kräften Stehende tun, daß sie auch von andern [sic] verfolgt wird. Dabei möchte ich sehr stark betonen, daß ich nach wie vor der Ansicht bin und stets die Ansicht vertreten werde, daß wir uns unter allen Umständen schließlich und endlich mit Frankreich verständigen müssen! Man geht aber fehl, wenn man glaubt, das jetzt durch Anbiederung zu erreichen.“ -Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 32.

festzustellen, daß auch nicht einmal die Engländer in Paris irgendetwas ausgerichtet hätten.

Als wir von unserer Erklärung sprachen, daß wir nicht mehr zahlen könnten, setzte ich auseinander, daß durch die bekannte Reutersche Indiskretion unsere Stellungnahme etwas sehr prägnant zum Ausdruck gebracht worden sei.<sup>3</sup> Es werde darauf ankommen, unsern Standpunkt im großen Rahmen darzulegen. Geschehe das, so sei ich überzeugt, daß unser Standpunkt absolut verständlich erscheinen werde.

## 265

**Aufzeichnung von Schuberts über eine Unterredung mit dem Kabinettschef  
des italienischen Außenministers Ghigi  
Rom, 26. Februar 1932**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 36.*

Ich suchte heute Nachmittag um ½ 5 Uhr Herrn Ghigi auf und hatte mit ihm eine Unterredung von über einer Stunde.

Einleitend sagte ich, ich sei zu ihm gekommen, um mich bitter zu beklagen, und zwar – auf seine etwas erschreckte Rückfrage – über die letzte Entwicklung unser Wirtschaftsverhandlungen. So könne man nicht mehr weiter arbeiten. Ich wisse nicht mehr, was ich machen sollte. Eventuell müsse ich ihn bitten, die Freundlichkeit zu haben, über das, was ich ihm zu sagen hätte, Herrn Grandi zu telefonieren.

Ich setzte sodann Herrn Ghigi über die Entwicklung der letzten Zeit ins Bild,<sup>1</sup> und zwar in folgender Reihenfolge:

9. Februar: Gespräch mit Guariglia und Ghigi. Die Delegation übergibt die sehr beschränkte industrielle Wunschliste.

16. Februar: Die italienische Delegation lehnt diese Wunschliste nicht nur ab, sondern sie nimmt sogar von den bisherigen Konzessionen einige zurück. (Ich erwähnte nicht, daß die italienische Delegation einen Kündigungsverzicht bis zum 1. August 1933 verlangt hätte.)

<sup>3</sup> Über die Erklärungen Brünnings am 8. und 9. Januar 1932 siehe AR, Brüning I u. II, Bd. 3, S. 2170.

<sup>1</sup> Am 9. Januar hatte der Reichsverband der Deutschen Industrie Schubert geschrieben und eine Liste mit einer Reihe von Waren übermittelt, die von dem 15%igen italienischen Zollzuschlag ausgenommen werden sollten: „Wenn die Verhandlungen mit Italien zu einer fühlbaren Erleichterung für die Exportindustrien und annähernder Wiederherstellung des Gleichgewichts im Handelsvertrag führen sollen, müßte nach unserem Dafürhalten die Beseitigung der Wertzollzuschläge bei den genannten Waren erreicht werden.“ – Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 30. Zum weiteren Verlauf ebd., Bde. 34-36; ADAP, Serie B, Bd. XIX, S. XXIX, insbesondere Schuberts Tel. vom 13.1. u. 3.2.32, ebd., S. 422f., 533f.

19. Februar: Unsere Delegation macht ihr letztes Angebot. Dabei befindet sich auch die Konzession, den Kündigungsverzicht bis zum 1. Oktober [1932] zu bewilligen. An demselben Tage sprach ich mit Herrn Fani. Ich setzte ihn über die Bedeutung unseres letzten Angebots in Kenntnis.

23. Februar: Die italienische Delegation schlägt den 1. März 1933 für den Kündigungsverzicht vor. Sie lehnt es ab, eine Bindung einzugehen, die Regierungsverhandlungen über die Industriesache am 1. Oktober zu beginnen. Sie legt aber ein Gegenprojekt vor, Industrier Verhandlungen einzuleiten und daran je nach Möglichkeit Regierungsverhandlungen anzuknüpfen usw. Unsere Delegation hat darauf erklärt, nach ihren Instruktionen müsse sie nunmehr die Verhandlungen als geschlossen betrachten. Es bliebe nur noch übrig, ein Communiqué zu vereinbaren. Zunächst wollten die Herren sich zu mir begeben.

24. Februar: Herr Fani sprach mich bei einem Besuche, den ich ihm in der Memelsache machte, auf die Verhandlungen an. Ich habe ihm mein außerordentliches Bedauern darüber erklärt, daß nichts zustande gekommen sei. Ich habe auf die Rückwirkungen hingewiesen. Ich habe auseinandergesetzt, ich verstehe garnicht, daß man sich italienischerseits nicht auf den 1. Oktober einlassen wolle. Ich habe gebeten, über meine Ausführungen dem Regierungschef und dem Außenminister Grandi Mitteilung zu machen.

Noch an dem selben Tage habe ich Herrn Schmitt beauftragt, sich wegen des Communiqués zu Herrn Ciancarelli zu begeben und, auf ein Angebot Ciancarellis eingehend, ihn bitten zu lassen, sich zu mir zu begeben, um mir ein ganz klares Bild über die Sachlage zu machen.

25. Februar: Herr Ciancarelli suchte mich auf. Durch einen ganz besonderen Glücksfall, der sich inzwischen ereignet hatte, wurde ich in die Lage versetzt, Herrn Ciancarelli den 1. Januar anzubieten. Außerdem war ich in der Lage, ihm zu sagen, daß wir auf den Gegenvorschlag der Italiener bezüglich der Industrier Verhandlungen eingehen wollten, vorbehaltlich einiger kleinerer redaktioneller Änderungen.

Am selben Tage hatte ich bei einem Diner Gelegenheit, Herrn Mosconi ins Bild zu setzen, der der Meinung war, daß wir ganz obstinat seien.

26. Februar: also heute. Herr Schmitt erhält die Nachricht, daß Herr Anzilotti ihn am Nachmittag, wahrscheinlich wegen der „formula“ sprechen will. Was damit gemeint ist, wissen wir nicht. Andererseits ist aber noch gar keine Nachricht von Herrn Ciancarelli da.

Anschließend an diesen Tatbestand, den ich natürlich im einzelnen illustrierte, sagte ich Herrn Ghigi, die Sache ginge nun wirklich nicht mehr so weiter. Es müsse nun Schluß gemacht werden. Ich könne jetzt nicht mehr warten. Die Delegation auch nicht.

Es entspann sich dann eine lange Diskussion. Nach kurzer Zeit ging Herr Ghigi heraus, um sich zu erkundigen, wen er vielleicht fassen könne. Denn es stellte sich heraus, daß er doch über die Einzelheiten garnicht im Bilde war.

Er kam bald zurück. Er hatte offenbar kein großes Glück gehabt. Er sagte mir nur, Herr Ciancarelli habe offenbar deshalb noch keine Antwort geben können, weil er durch die Verhandlungen mit den Franzosen außerordentlich beschäftigt sei. Gestern zum Beispiel hätten diese Verhandlungen bis 1 Uhr nachts gedauert. Es müsse nämlich zu irgendeinem nahen Datum, das in diesen Tagen liege, ein Ab-

schluß mit den Franzosen erzielt werden. Die Verhandlungen seien sehr mühsam und schwierig.

Wir haben dann natürlich in erster Linie über das Datum des Kündigungsverzichts gesprochen. Auch Herr Ghigi meinte, ob man da nicht vielleicht auf ein Zwischendatum zwischen dem 1. Januar und dem 1. März abkommen könne. Ich erklärte das für vollkommen ausgeschlossen. Herr Ghigi sagte, er wolle mir offen anvertrauen, daß nach seinen Informationen man den hiesigen Interessenten fest zugesagt habe, daß bis zum 1. März n. Js. nicht gekündigt werden würde. Also sei auch italienischerseits der 1. März der „letzte Termin“. Es sei also sehr schwer, noch weiter herunter zu gehen.

Ich erwiderte u. a., ich müsse mir dann wohl Vorwürfe machen, daß ich gestern die Karten auf den Tisch gelegt hätte. Denn unter diesen Umständen wäre es ja viel schlauer gewesen, ich hätte irgendeinen Termin über den 1. Oktober hinaus nicht genannt. Man müsse doch eben davon ausgehen, daß wir zuletzt so verblieben wären, daß wir den 1. Oktober und die Italiener den 1. März verlangt hätten. Es sei doch klar, daß wir nun drei Monate entgegenkämen und von den Italienern ein Entgegenkommen von nur zwei Monaten verlangten. Als dann Herr Ghigi meinte, die Italiener seien uns ja bereits um sechs Monate entgegengekommen und durchblicken ließ, daß wir ihnen jetzt nur drei Monate entgegenkommen wollten, sagte ich, diese Rechnung sei leider vollkommen unrichtig. (Ich habe erst später gemerkt, daß die Italiener ja garnicht sechs Monate entgegengekommen sind, sondern bloß fünf, denn das ist die Zeitspanne zwischen dem 1. März und dem 1. August.) Ich machte dann eine andere Rechnung auf. Ich sagte, augenblicklich sei ja die Möglichkeit vorhanden, jeden Tag zu kündigen. Wenn man überhaupt solche blödsinnigen Rechnungen aufstellen wolle, so müßten wir vom 1. März an zählen. Wenn die Italiener dann vom 1. August n. J. rückwärts zählten und wir uns auf den 1. Januar 1933 einigten, so sei klar, daß wir zehn Monate entgegenkämen, die Italiener aber bloß acht. Ich wies ferner darauf hin, daß erstens der Eindruck doch nicht entstehen dürfe, als sei der Termin, auf den wir uns einigen würden, das Datum der endgültigen Kündigung; es sei doch so, daß wir an diesem Datum lediglich die Freiheit zur Kündigung erhielten, die noch garnicht ausgesprochen zu werden brauche. Zweitens aber müsse man die Sache doch so hinstellen, daß, wenn wir den 1. Januar bewilligten, der Vertrag auf alle Fälle nicht nur bis zum 1. Januar 1933, sondern bis zum 1. Juli 1933 auf alle Fälle gesichert sei. Man habe also lange Zeit, auch über den 1. Januar hinaus, um alle möglichen Verhandlungen zu führen.

Auch Herrn Ghigi gegenüber betonte ich, daß ich persönlich schon eine Bindung bis zum 1. Oktober für bedenklich hielte, eine Bindung bis zum 1. Januar aber einen „faute“ und für eine „bêtise“. Aber ich wolle mitmachen, um den Italienern entgegenzukommen.

Herr Ghigi hatte ein gewisses Verständnis für meine Darlegungen, besonders als ich dann noch mehrfach betonte, daß solche Rechenkünste, die sonst nur Kleinkrämer machten, außerordentlich töricht seien. Ich hob dann übrigens auch noch hervor, ich sei sehr froh, ein Abkommen mit einer Kündigungsverzichtbindung bis zum 1. Januar 1933 im Parlament in Berlin nicht vertreten zu müssen. Es sei mir nicht ganz klar, wie man eine solche Bindung der Industrie plausibel machen könne, die doch sehr wütend darüber sein werde, wenn sie erfahren werde, daß aus dem Abkommen für sie nicht das Geringste herausgesprungen sei.



Herr Ghigi fragte mich dann, ob ich der Meinung sei, ob es noch einen Zweck hätte, auf einen Termin über den 1. Januar hinaus hinzusteuern.<sup>2</sup> Ich erklärte, das sei vollkommen überflüssig. Hierauf könnte ich mich unter keinen Umständen einlassen. Herr Ghigi meinte dann, ob er vielleicht bei den Versuchen, sich für den 1. Januar einzusetzen, durchblicken lassen könne, daß wir bei den übrigen noch nicht geregelten Punkten mit uns reden lassen würden, zum Beispiel bei der Redaktion, und zwar insofern, als ich meiner Delegation nahelegte, sie müsse sich nicht auf jedes Komma versteifen und so weiter. Ich erwiderte, ich wolle ihm offen sagen, daß meine Konzession der drei Monate auch nur unter der Voraussetzung geschehe, daß die Italiener ihrerseits bei den noch übrigen offenen Sachen keine Schwierigkeiten machten. Ich erwähnte dabei die wenigen Änderungen in dem italienischen Industrieverhandlungs-Projekt, die aber, wie ich sagte, meiner Ansicht nach keinerlei Schwierigkeiten bereiten würden. Ich erwähnte ferner die Devisenangelegenheit. Ich sagte ihm, ich hätte den Eindruck, daß auch diese Sache bereits ausgestanden sei. Wir könnten in der Sache nichts tun. Herr Ciancarelli habe Herrn Schmitt gesagt, er wolle lediglich die Gründe noch einmal wissen, derentwegen wir keine Devisenklausele annehmen könnten. Herr Schmitt werde diesen Wunsch sobald als möglich erfüllen. Ich sagte, wenn irgendein Entgegenkommen sonst noch gebraucht würde, so liege es eben darin, daß wir nicht darauf verzichteten, uns auf den Beginn der Industrieverhandlungen im Oktober festzulegen, sondern das italienische Gegenprojekt annähmen. Vielleicht sei es auch töricht von mir gewesen, auch dieses Atout gestern schon auszuspielen, anstatt es bis zum letzten Moment in der Tasche zu behalten. Handeln aber liege mir nicht und ich hätte auch deshalb alles sogleich von mir gegeben, da ich in der Tat der Ansicht sei, daß man nun schleunigst zum Abschluß, so oder so, kommen müsse.

Herr Ghigi erwiderte, er könne mich versichern, daß ich seiner Ansicht nach recht gehandelt hätte, wenn ich offen die letzten Konzessionen schon gestern gesagt hätte. Dafür werde man hier großes Verständnis haben. Er könne im übrigen mir erklären, daß die Italiener unter keinen Umständen sich auf den 1. Oktober hätten einlassen können.

Herr Ghigi sagte dann, wenn er sich, wenn möglich, für den Termin einsetzte, so wolle er aber gern mit einem Augenzwinkern sagen können, daß wegen der übrigen Punkte von unserer Delegation keine Schwierigkeiten mehr gemacht werden würden. Ich erwiderte, das könne er ruhig tun. Schließlich sagte Herr Ghigi, er bitte mich sehr, noch etwas Geduld zu haben. Heute seien die Italiener mit den Franzosen außerordentlich beschäftigt. Morgen aber könnte vielleicht die Delegation abschließend zusammenkommen, vielleicht könne man nötigenfalls dazu auch den Sonntag (28. Februar) verwenden.<sup>3</sup> Er will heute mit Herrn Fani sprechen. Er ließ

<sup>2</sup> Zwischen „hinaus“ und „hinzusteuern“ hschr. gestrichen „auf den 1. März oder ein dazwischen liegendes Datum“.

<sup>3</sup> Am 28. Februar konnte Schubert nach Berlin berichten, daß man zu einer Einigung über das Zusatzabkommen zum Handelsvertrag vom 31. Oktober 1925 gekommen sei, ADAP, Serie B, Bd. XIX, S. 613f. Am 9. März 1932 schrieb Schubert an Wiehl: „Erst aus Ihrem jetzigen Briefe entnehme ich mit gelindem Schauer, daß wir uns eventuell auch ein Hinausgehen über den 1. Januar 1933 überlegt haben würden. Wie Sie wissen, habe ich, auf Ihrer Weisung fußend und auch aus eigener, voller Überzeugung den Italienern klipp und klar erklärt, der 1. Januar 1933 sei nun wirklich unser äußerster Termin. Ich sage Ih-

durchblicken, daß er auch mit Herrn Bottai sprechen wolle. Jedenfalls versicherte er, er werde alles tun, um zu helfen.

266

**Chronologische Zusammenstellung von Schuberts zum Tardieu-Plan  
und zum Südosteuropa-Problem  
Rom, 14. März 1932**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 39.*

1) Unsere Antwort auf den Appell Buresch vom 16. Februar.<sup>1</sup>

gegeben in Wien am 3. März,<sup>2</sup> mitgeteilt Herrn Fani am 3. März, Herrn Grandi um Stellungnahme gebeten am 5. März, keine definitive Antwort, er wurde gebeten, diesen Punkt in die bevorstehende Ministerberatung einzubeziehen.<sup>3</sup>

Inhalt:

Wenn die Empfehlungen des Finanzkomitees und des Völkerbundsrats und die Mitwirkung der anderen Staaten die Möglichkeit eröffnen, Österreich Zugeständnisse für seine Ausfuhr unabhängig von den Folgen der Meistbegünstigung zu machen, so ist Deutschland dazu bereit.

2) Unsere Stellungnahme zu 1) Problem Österreich-Ungarn, 2) Südost-Agrarländer, 3) Tardieu-Plan,<sup>4</sup> 4) Italien-Deutschland

---

nen ganz offen, daß ich nicht den leisesten Zweifel hatte, daß die Reichsregierung unter keinen Umständen über den 1. Januar 1933 hinausgehen würde. Ich möchte hinzufügen, daß ich ein solches Hinausgehen auch für einen außerordentlich schweren sachlichen und taktischen Fehler gehalten haben würde. Jedenfalls bitte ich Sie eben so herzlich wie dringend, dafür zu sorgen, daß nirgends nicht noch nachträglich der leiseste Zweifel darüber entsteht, daß der 1. Januar 1933 in der Tat unser letztes Wort war.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 38.

---

<sup>1</sup> Zu dem Gesamtkomplex siehe ADAP, Serie B, Bd. XX, S. XXIIIff., S. XXVII-XXX. Zum Appell Bureschs siehe Aufz. Lachmanns, 16. Februar 1932, ebd., Bd. XIX, S. 576f. Der österreichische Bundeskanzler hatte in einer Erklärung an die britische, deutsche, französische und italienische Regierung um Mithilfe bei der Überwindung der wirtschaftlichen Probleme gebeten.

<sup>2</sup> Bülow's Schreiben vom 2. März, ebd., Bd. XX, S. 8-13, deutsche Bereitschaft zur Mithilfe.

<sup>3</sup> Aufz. Schuberts, 5. März 1932, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 37. Darin hieß es: „Als er dann zu einer weiteren, bestimmten Äußerung nicht zu bewegen war, bat ich ihn, doch in die kommende Beratung mit den anderen Ministern auch unseren Vorschlag einzubeziehen. Dies sagte mir Herr Grandi zu. [...] Ich sagte ihm, ich sei einigermäßen geneigt, weil es mir nicht möglich sei, mich zu revanchieren: wie ich bereits ausgeführt hätte, hätte ich über unsere Stellung zu dem Projekt Tardieus noch keine Information oder Instruktion erhalten. [...] Herr Grandi ließ in seiner Antwort durchblicken, daß er es etwas bedauerte, daß ich meinerseits ihm nichts über diese Sache sagen könnte: er meinte lächelnd, ich sei also jetzt etwas in seiner Schuld.“ Schubert wurde mit Tel. Nr. 142 vom 4. März instruiert, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 15f. Möglicherweise war die Instruktion noch nicht entziffert, als Schubert mit Grandi sprach.

<sup>4</sup> Tardieu hatte am 3. März 1932 ein System von Vorzugszöllen für die Staaten im Donauraum untereinander vorgeschlagen, ebd. sowie S. 23-25 und generell S. XXVIII-XXX.

mitgeteilt Herrn Guariglia am 7. März (aber nur Telegramm Nr. 142).

Inhalt: (Tel. Nr. 142<sup>5</sup> und Tel. Nr. 151<sup>6</sup>)

1) Sofortige Hilfsaktion für Österreich und Ungarn zur Überwindung der akuten Krise. Einziger Weg: entsprechende Steigerung ihrer Ausfuhr durch Ermöglichung der Gewährung von Vorzugszöllen seitens der Abnahmestaaten ohne Verletzung der Meistbegünstigungsklausel. Das ist Sinn und Ziel unserer in Wien gegebenen Anregung. (Telegramm Nr. 151: Wir denken nicht an Vereinbarung zweiseitiger Präferenzen, sondern an Einräumung einseitiger Präferenzen an Österreich, wollen also keine Gegenkonzessionen in Gestalt von Präferenzen von Österreich verlangen. An Gegenkonzessionen zur Erleichterung deutscher Ausfuhr nach Österreich denken wir im allgemeinen nicht, wir haben jedoch auf Geltendmachung dahingehender Wünsche nicht von vornherein verzichtet, um sie in Einzelfällen vorbringen zu können, falls Verlauf der Verhandlungen dies erforderlich machen sollte.)

2) Problem wirtschaftlicher Sanierung Südosteuropas, insbesondere der Südost-Agrarländer kann nur gelöst werden durch wirtschaftlichen Zusammenschluß auf der Basis einer Zollunion oder eines Präferenzsystems der Südost-Agrarländer mit einem für die Agrarprodukte aufnahmefähigen Absatzmarkt, wie Deutschland und Italien es auf Grund ihrer geographischen Lage und ihrer wirtschaftlichen Struktur in erster Linie wären. (Telegramm Nr. 151: Unter Südost-Agrarländer verstehen wir entsprechend der seit 1930 verfolgten Getreidepräferenzaktion des Völkerbundes: Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien. Wirtschaftlicher Zusammenschluß dieser Länder untereinander und unter Einbeziehung von Österreich und der Tschechoslowakei durch Präferenzsysteme würde Tardieu-Plan entsprechen, der allerdings Bulgarien wegläßt. Einem solchen Zusammenschluß stehen wir ablehnend gegenüber, wenn er ohne den Einschluß Deutschlands verwirklicht werden soll. Im Falle einer Einbeziehung Deutschlands aber hätten wir gegen einen Einschluß Italiens keine Bedenken. Dabei verkennen wir nicht die gegen solche Gesamtlösung, insbesondere bei Frankreich, bestehenden Schwierigkeiten. Auch gegen Zollunion oder Präferenzsystem einzelner Donauländer mit Deutschland und Italien hätten wir an sich keine Bedenken, doch ist eine derartige Lösung bisher von keiner Seite vorgeschlagen worden, abgesehen von unserer Antwort an Österreich, die für Österreich einseitige Präferenzen von Deutschland und den Ländern vorsieht.)

3) Der Tardieu-Plan scheint uns nicht geeignet zur Lösung der gestellten Probleme, da aus ihm durch Ausschluß der Hauptabnehmerstaaten jedenfalls für Österreich keine Hilfe erwachsen kann und [er] daher auch den Südost-Agrarstaaten keinen hinreichenden Absatzmarkt für ihre Produkte eröffnet, also keinen Weg zu ihrer dauernden Sanierung weist. Der Plan ist also rein wirtschaftlich unzweckmäßig. Er bedarf außerdem der Zustimmung der meistbegünstigten Staaten, also auch des deutschen Einverständnisses, das wir im Falle unseres Ausschlusses aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen versagen müßten. Tatsache ist andererseits, daß sowohl unsere Erklärung in Wien, wie der Tardieu-Plan in der

---

<sup>5</sup> Siehe Anm. 3.

<sup>6</sup> Dazu ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 25 Anm. 6 (Runderlaß Bülow's vom 7. März).

Erkenntnis übereinstimmen, daß das Meistbegünstigungssystem gelockert werden muß. Wir hoffen, daß eine Einigung mit Frankreich und den anderen Großmächten über eine Hilfsaktion für Österreich im Sinne unserer Wiener Erklärung nicht ausgeschlossen ist.

4) Wir sind überzeugt, daß unsere Interessen an den Problemen, die sich aus der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Sanierung Südosteuropas ergeben, mit den Interessen Italiens, im großen gesehen, durchaus übereinstimmen, da weder uns, noch Italien die wirtschaftliche Abriegelung des südosteuropäischen Marktes erträglich sein kann. Aus diesem Grunde hoffen wir gerade jetzt, wo die allgemeine Lage immer mehr zu einer konstruktiven Lösung dieser Frage heranreift, in engster Fühlung mit Italien vorgehen zu können.

### 3) Übergabe des französischen Memorandums in Berlin am 6. März.<sup>7</sup>

Herr von Bülow erklärte dem Französischen Botschafter [François-Poncet] wir seien bereit, das Problem mit Frankreich und den anderen Mächten zu erörtern. Herrn Guariglia mitgeteilt am 7. März.

### 4) Deutscher Ministerrat vom 7. März<sup>8</sup> bestätigte bisherige deutsche Richtlinien.

Herrn Guariglia mitgeteilt am 7. März.<sup>9</sup>

5) Italienische Antwort auf französisches Memorandum mir mitgeteilt am 7. März abends.<sup>10</sup>

<sup>7</sup> Die Übergabe fand am 5. März statt, Aufz. Bülows, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 23-25.

<sup>8</sup> AR, Brüning I u. II, Bd. 3, S. 2356-59.

<sup>9</sup> Schubert notierte darüber: „Ich stellte dann noch einmal fest, daß Italien bestimmt damit rechnet, daß Deutschland an den Genfer Donau-Besprechungen teilnimmt. Ich habe dann noch einmal stark betont, der Moment erschiene mir sehr günstig für eine enge Fühlungnahme mit Italien. Herr Guariglia resümierte dann noch einmal kurz auf Grund seiner Notizen meine Mitteilungen, die sich auf unsere allgemeine Stellungnahme zum Donauproblem sowie auch auf unsere Stellungnahme zum Tardieu-Plan bezogen hätten, sowie auch auf unsere Wünsche, mit Italien eng zusammenzuarbeiten. Er sagte mir, ich werde es verständlich finden, wenn er zu dem Standpunkt, den wir einnahmen, vorläufig keine bestimmte Stellung seinerseits einnehmen könne. Die Sache sei doch außerordentlich kompliziert. Auf Rückfrage sagte er dann aber, es schiene ihm so, als ob in der großen Linie unsere Ansichten übereinstimmten. Als er übrigens meine Mitteilungen über eine deutsch-italienische Zusammenarbeit resümierte, wählte er nur einen etwas abgeschwächten Ausdruck, worauf ich betonte, daß wir auf ‚engste Fühlungnahme‘ Wert legten. Schließlich bat ich ihn, Herrn Grandi sofort zu verständigen, was er mir zusagte.“ - Aufz. Schuberts vom 7. März, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 38.

<sup>10</sup> Tel. Schuberts vom 7. März, AR, Kab. Brüning I u. II, Bd. 3, S. 2357 Anm. 4. Schubert schrieb Bülow am 9. März: „Mit der italienischen Antwort auf das französische Memorandum können wir, glaube ich, recht zufrieden sein. [...] Ich habe ferner den Eindruck, daß Italien jetzt bestrebt ist, wenn irgend möglich sein wirtschaftliches Verhältnis zu Österreich und Ungarn noch weiter zu vertiefen. Wie weit man dabei gehen will und kann, lasse ich dahin gestellt. [...] Vielleicht ist aber die kurze Wiedergabe eines Stimmungsbildes nicht ohne Wert, das ich aus einer sehr wichtigen und zuverlässigen Quelle gestern indirekt erhielt. Es scheint hier eine gewisse Unsicherheit in bezug auf die Entwicklung des Tardieu-Vorschlages sowie in bezug auf die Entwicklung der deutsch-italienischen und der italienisch-französischen Beziehungen zu bestehen. [...] Ich glaube, daß Sie mit mir übereinstimmen werden, wenn ich sage, daß bei dem außerordentlich komplizierten Spiel, das jetzt vor sich geht, Italien eine recht wichtige Rolle zufällt. Ich würde es für durchaus falsch halten, wenn wir den Eindruck erweckten, als wollten wir den Italienern nachlaufen. Andererseits sollten wir alles tun, um nach Möglichkeit eine vernünftige Zusammenarbeit sicherzustellen.“ - Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 38.

## 6) Unsere Antwort auf italienisches Memorandum

Herrn Fani mitgeteilt am 11. März.<sup>11</sup>

Inhalt: Wir zustimmen dem Grundgedanken der italienischen Antwort auf das französische Memorandum.

Insbesondere sind wir auch der Meinung, daß das Problem finanzieller und wirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen für Österreich und Ungarn am dringendsten ist und daher zunächst behandelt werden sollte. Als Gremium hierfür käme neue Finanz- und Wirtschaftskommission des Völkerbundes, vor allem Europaausschuß [Studienkommission für die europäische Union] in Frage.

Das andere zu lösende Problem einer wirksamen Bekämpfung der südosteuropäischen Agrarkrise<sup>12</sup> könnte gleichzeitig oder später zu Vorbesprechungen zwischen Vertretern der Südost-Agrarstaaten einerseits und der Hauptabnehmerstaaten andererseits gemacht werden, um so eine fruchtbringende Diskussion im Europaausschuß vorzubereiten.

Wir sind zur Teilnahme an erforderlich scheinenden Besprechungen bereit.

## 7) Instruktion des Telegramms Nr. 149 vom 11. März.<sup>13</sup>

1) Hoesch hat am 10. März über den Tardieu-Plan mit Berthelot gesprochen.<sup>14</sup> Berthelot sagte, Tardieu wünsche, die Sache selbst zu behandeln, er selbst könne sich nicht äußern. Tardieu will am 14., evtl. auch 15. und 16. März in Genf sein, um den Sanierungsplan mit maßgebenden Vertretern der Großmächte zu besprechen. Tardieu möchte auch einen deutschen autorisierten Vertreter in Genf vorfinden.

Wir fassen die Mitteilung Berthelots als Ausdruck des Wunsches von Tardieu auf, nunmehr auch Deutschland in seine Besprechungen über die von ihm angestrebte grundsätzliche Einigung der Großmächte über das weitere *procedere* bei der Sanierungsaktion der Donaustaaten einzubeziehen. Tardieu denkt dabei nicht an Referentenbesprechungen über wirtschaftliche Einzelheiten, sondern offenbar an Klärung grundsätzlicher Einstellung der Großmächte durch Besprechung mit maßgebenden Vertretern.

2) Wir hören aus Genf, daß Simon über Paris nach London reist, sich aber Rückkehr nach Genf für nächste Woche vorbehält, falls es dort zu besonders wichtigen Besprechungen kommen sollte.

---

<sup>11</sup> Aufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 38. Zur Beratung Anm. 8; siehe außerdem Tel. Hoeschs vom 10. März über die Erörterung des deutschen Standpunktes mit Berthelot, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 36f. – Ursprünglich hatte Schubert vorgehabt, die deutsche Antwort Grandi direkt mitzuteilen. Grandi hatte jedoch keine Zeit. Dies führte zu einer gewissen Verärgerung des Botschafters: „Allmählich nimmt der Geschäftsbetrieb mit Herrn Grandi immer groteskere Formen an. Ich weiß nächstens nicht mehr, was ich machen soll. Ich muß einmal einen meiner Botschafterkollegen fragen, wie bei ihm der Geschäftsbetrieb sich abwickelt. Ich glaube aber, daß die Mehrheit meiner Herren Kollegen so indolent ist, daß sie auf einen kontinuierlichen Geschäftsbetrieb keinen bedeutenden Wert legen. Vielleicht ist es aber ganz nützlich, das Sündenregister Grandis, soweit es sich in diesem Jahr abgespielt hat, festzulegen.“ Hieran schließt sich eine Aufstellung über Grandis „Sündenregister“ an, Tagesaufz. Schuberts zum 11. März 1932, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 38.

<sup>12</sup> Dazu „Agrarzollpräferenzen“, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. XXXIff.

<sup>13</sup> ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 37 Anm. 5.

<sup>14</sup> Tel. Hoeschs, ebd., S. 36f.

3) Herr von Bülow erwägt, nächste Woche nach Genf zu fahren, kann allerdings dort kaum vor Donnerstag, den 17. März sein. Voraussetzung wäre allerdings, daß es tatsächlich zu den von Tardieu beabsichtigten Besprechungen mit maßgebenden Vertretern der Großmächte kommt, daß also auch jedenfalls Grandi in Genf sein wird.

4) Herr von Hoesch ist beauftragt worden, durch persönliche Fühlungnahme mit Tardieu Gegenstand und Zeitpunkt der Genfer Besprechungen zunächst weiter zu klären und ihn wissen zu lassen, daß es Herrn von Bülow kaum möglich wäre, vor Donnerstag in Genf zu sein.

Herr Grandi soll von Vorstehendem verständigt werden.<sup>15</sup> Dabei soll betont werden, daß Herr von Bülow die größte Wichtigkeit darauf lege, im Falle des Zustandekommens der von Tardieu beabsichtigten Besprechungen in engster Fühlung mit ihm zu bleiben.

Es wird um Drahtbericht über die Absichten Grandis gebeten. Nach Rücksprache mit Herrn Guariglia am 12. März ist nach Berlin telegraphiert worden, Grandi werde, falls nicht besondere Umstände eintreten, jedenfalls bis Mittwoch, den 16. März in Rom bleiben.

#### 8) Unterredung Tardieu-Simon in Paris vom 12. März.<sup>16</sup>

Nach Zeitungsberichten ist die wirtschaftliche Lage Zentral- und Donau-Europas besprochen und ein Einvernehmen hergestellt worden, das heißt, eine Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Großbritannien zum Zwecke der Befriedung Europas usw.<sup>17</sup>

<sup>15</sup> Grandi und Schubert trafen am 15. März wieder zusammen: „Ich habe dann noch einmal sehr stark betont, daß ich jetzt immer mehr zu der Überzeugung käme, wie wichtig eine deutsch-italienische Zusammenarbeit und Fühlungnahme sei. Vielleicht ließen sich auf diese Weise irgendwelche Auswege finden. Auswege aber müßten gefunden werden, da, wie auch ich wisse, der Zustands Österreichs und Ungarns sehr bedenklich sei. Leider ließe uns die Zeit weg. Hierauf sagte Herr Grandi viel bestimmter, als er das zu Anfang getan hatte, auch er könne sich von einer Besprechung zwischen unseren beiderseitigen Technikern allerlei versprechen. Allerdings wüßten die Techniker manchmal selbst nicht recht, was sie wollten, so wenigstens sei es ihm ergangen.“-Aufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 39. Statt Bülow führen Posse und Heeren nach Genf, Ber. (Genf) vom 17. März mit Aufz. über die Besprechung mit Tardieu vom selben Tag, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 48-52. Darüber Tel. Bülows vom 22. März nach Paris (ebd., S. 61f.): Die „Besprechung [...] ließ so tiefgehende Verschiedenheiten über zweckmäßigste Art einer wirtschaftlichen Sanierung [der] Donaustaaten, insbesondere Österreichs und Ungarns, erkennen, daß weitere Klärung dieser Fragen und der Möglichkeiten einer Zusammenarbeit beteiligter Großmächte auf diesem Gebiete notwendig erscheint. Einem Vorschlag Posses, diese notwendige Klärung vor weiteren Schritten durch eine Zusammenkunft maßgebender Vertreter der vier Großmächte herbeizuführen, stimmte Tardieu mit dem Bemerkten zu, auch ihm schein eine derartige Aussprache, die ja schon in kürzester Frist erfolgen könne, zweckmäßig zu sein.“ Bülow erklärte die Bereitschaft „zu einer derartigen Aussprache“. Im Zusatz für Rom heißt es: „Wir würden es sehr begrüßen, wenn es möglich wäre, bei der ins Auge gefaßten Aussprache eine gemeinsame Linie mit Italien verfolgen zu können [...]“, ebd., S. 62.

<sup>16</sup> DBFP, Second Series, Bd. III, S. 510-13.

<sup>17</sup> Zur weiteren Entwicklung und zur Londoner Donau-Konferenz vom 6.-8. April 1932 siehe Ber. Bülows (Paris) an Brüning vom 10. April, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 102-05; Schultheß, Bd. 73 (1932), S. 417-422; außerdem Dok. 267. Bülow war von dem Auftreten

**Von Schubert an Ministerialdirektor Köpke**  
**Rom, 6. April 1932**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 43.*

Lieber Köpke!

Für die ausführlichen Aufklärungen, die Sie mir mit Ihrem Brief vom 1. April<sup>1</sup> gaben, war ich Ihnen ganz besonders dankbar. Auch das Material, das Sie mir sandten, war für mich höchst wertvoll; die Stücke, die Sie zurückhaben wollten, füge ich hier wieder bei.

Ich bin noch etwas erschöpft von den Goethefeiern, die sich in den letzten Tagen hier abspielten. Ich werde darüber noch einen Bericht erstatten. Jetzt schon möchte ich aber sagen, daß die Feiern einen sehr erfreulichen Verlauf nahmen. Die Atmosphäre wurde mit jedem Tag freundschaftlicher und war von jeder Banalität frei. Die Italiener waren von einer geradezu rührenden Herzlichkeit. Besonders bemerkenswert war es, daß sich Mussolini am Sonnabend [2. April] plötzlich entschloß, eine deutsche Gedenkrede auf Goethe zu halten, die bisher im Programm garnicht vorgesehen war.<sup>2</sup> Wie mir gesagt wurde, ist es das erste Mal gewesen, daß bei einer offiziellen Gelegenheit Mussolini deutsch gesprochen hat. Mit besonderem Lobe muß ich aber auch der offiziell hierher gekommenen deutschen Vertreter gedenken, die sämtlich einen vorzüglichen Eindruck gemacht haben. Vor allem hat sich Ministerialdirektor Richter, nicht zum mindesten durch seine ausgezeichnete

---

Grandis auf der Londoner Konferenz enttäuscht, Brief Bülow's an Schubert, 2. Mai 1932, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 46. Schubert erwiderte am 19. Mai: „Was die Donaufrage anlangt, so können wir wenigstens auf die Italiener insofern rechnen, als sie sicherlich gegen alle Pläne auftreten werden, die eine französische Hegemonie im Donaubekken herbeiführen sollen. Eine positive Zusammenarbeit in der Donaufrage ist allerdings insofern schwierig, als die deutschen und die italienischen Wirtschaftsinteressen im Donau- und auch im Balkangebiet nicht ganz kongruent sind, sondern sich sogar wohl in manchen Punkten kreuzen. Dazu scheint mir, wie ich auch neulich berichtet habe, zu kommen, daß nach den Erfahrungen des letzten Jahres der Verdacht, als wollten wir immer noch mit Österreich in der Anschlußlinie etwas machen, noch immer nicht ganz ausgerottet ist.“ Schubert betonte die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den Italienern. Dem stünden gewisse italienische Befürchtungen entgegen: „Es kommt hinzu, daß die Italiener nach wie vor, scheint es mir, den Verdacht haben, daß wir im Grunde doch nur darauf hinaus steuern, uns mit den Franzosen zu verständigen und daß wir sie fallen und im Stich lassen wollen, wenn eine solche Verständigung erreicht ist oder auch nur erreichbar erscheint. Dabei sind sich die Italiener meines Dafürhaltens als kalte Rechner, die sie sind, durchaus darüber klar, daß eine gewisse Verständigung mit den Franzosen für uns lebensnotwendig ist: sie wollen aber eben nicht riskieren, dabei zu Schaden zu kommen und zu ihren Ungunsten ausgespielt zu werden.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 47.

---

<sup>1</sup> Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 42.

<sup>2</sup> Mussolini, Schriften und Reden, Bd. VIII, S. 32f.

und geradezu ergreifende Rede allgemeine Sympathien erworben. Vielleicht sagen Sie gelegentlich Orsini ein freundliches Wort. Ich muß schon sagen, daß ich solche mit wirklicher Wärme getragenen Kundgebungen im Auslande eigentlich noch nie erlebt habe.

Sehr dankbar war ich auch über die Entsendung Posse und Wiehls. Wenn auch bei ihren Besprechungen mit den Italienern nichts Konkretes herausgekommen ist, was ich auch garnicht erwartet hatte, so waren doch, glaube ich, die Besprechungen sehr nützlich.<sup>3</sup> Dabei hat die frische und offene Sprache, die Herr Posse geführt und dem Herr Wiehl sehr gut sekundiert hat, eine sehr glückliche Rolle gespielt. Ich bin überzeugt davon, daß durch diese Aussprache manches Eis gebrochen worden ist. So, wie Herr Posse das getan hat, muß man meiner Ansicht nach mit den Italienern sprechen, dann kommen wir mit ihnen weiter.

Mit großer Spannung sehe ich dem Ergebnis der Konferenz von London entgegen.<sup>4</sup> Sie kennen meine These, wonach, was die wirtschaftliche Lage anlangt, keine Zeit zu verlieren ist. Ich hoffe daher, daß in London doch in bezug auf das Donauproblem irgendein Fortschritt erreicht werden wird. Natürlich hoffe ich in erster Linie, daß kein fauler Kompromiß auf unserm Rücken zustande kommt. Ich habe mich, obgleich mit den Goethefeiern sehr in Anspruch genommen, mit Posse und Wiehl sehr eingehend über das Thema ausgesprochen. Ich habe ihnen auch meine Meinung über die meines Dafürhaltens richtige Behandlung des wackeren Herrn Tardieu, wie ich Sie Ihnen in meinem letzten Briefe auseinandergesetzt hatte, nicht vorenthalten.<sup>5</sup> Die Herren schienen für meine Auffassung viel Verständnis zu haben. Ich habe Herrn Wiehl auf seine Bitte ermächtigt, mit Herrn von Bülow auf der Reise nach London hierüber zu sprechen.

Da der nächste Kurier noch in weiter Ferne liegt und da wohl damit zu rechnen ist, daß Herr Grandi noch einmal nach Rom zurückkehren wird, ehe er sich nach Genf begibt, und da ich auch sonst Gelegenheit haben könnte, mit hiesigen Leuten über London zu sprechen, wäre ich Ihnen ganz besonders dankbar, wenn Sie die aus London eintreffenden Nachrichten in einen Depeschenkasten stecken und mir dieses nützliche Instrument möglichst bald hierher senden könnten, falls die telegrafische Übermittlung zu teuer ist. Wenn es nur die Reichsfinanzen zuließen, daß ich in den hochwichtigen politischen Problemen ebenso gründlich auf telegrafischem Wege informiert würde, wie in der Memelfrage<sup>6</sup>, in der ich zeitweise bis zu fünf Telegramme täglich erhalte! Sehr interessieren würde mich auch zu erfahren, ob in London etwas über die Reparationsfrage gesprochen wurde und was.

<sup>3</sup> Posse und Wiehl hatten über „die Sanierung des Donauraums“ mit Ciancarelli und Anzilotti gesprochen, Aufz. Wiehls (Rom) vom 2. April 1932, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 81-84.

<sup>4</sup> Siehe Dok. 266 Anm. 17.

<sup>5</sup> Brief Schuberts an Köpke vom 23. März 1932: „Vor allen Dingen bedauere ich sehr, daß Posse sich auf seine Eigenschaft als wirtschaftlicher Sachverständiger zurückgezogen hat und [dem] Tardieu nicht einfach saugrob geworden ist. Dafür hätte Tardieu durchaus Verständnis gehabt, auch wenn diese Grobheit aus dem Munde einer im Range etwas niedriger stehenden Persönlichkeit kam. Ich kenne Tardieu zur Genüge vom Haag her, dieser Mann reagiert nur auf eine robuste Sprache: dann ist auch unter Umständen mit ihm etwas anzufangen.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930 ff.), Bd. 40.

<sup>6</sup> Dazu ADAP, Serie B, Bd. XX, S. XXIV.



Dann habe ich noch eine spezielle Bitte. Wie ich aus dem Memel-Telegramm Nr. 216 und aus der Zeitung ersehe, hat Herr von Hoesch Tardieu vor dessen Abreise nach London, es muß der 2. April gewesen sein, gesehen. Es wäre für mich von höchstem Interesse, was Tardieu Hoesch bei dieser Gelegenheit über seinen bevorstehenden Besuch in London gesagt hat.<sup>7</sup> Sollte Hoesch nach seiner Rückkehr Tardieu erneut gesehen haben, oder auch nur Berthelot, so wäre ich natürlich über eine Information hierüber auch sehr dankbar. Denn es ist für mich von größtem Wert zu erfahren, was bei dem Besuche Tardiens in London herausgekommen ist.

Meine Frau trägt mir auf, Ihnen zu sagen, Sie möchten doch nun endlich auch einmal nach Rom kommen! Ich schließe mich diesem Wunsche sehr lebhaft an und bin in alter Freundschaft Ihr stets getreuer  
gez. Schubert

268

**Von Schubert an Staatssekretär von Bülow  
Rom, 23. April 1932**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 45.*

Lieber Herr von Bülow!

Ihr Schreiben vom 18. April, das heute in meine Hände gelangte, hat mich in einiges Erstaunen versetzt.<sup>1</sup>

Ich hatte es seinerzeit für meine Pflicht gehalten, darauf hinzuweisen, daß ich eine Verringerung des Personals der hiesigen Botschaft, die zugleich ein umfangreiches konsularisches Geschäft wahrzunehmen hat, als mit der Aufrechterhaltung eines geregelten Dienstbetriebes nicht für vereinbar hielt. Ich habe mich dabei keiner Übertreibung schuldig gemacht und muß meine Bedenken aufrechterhalten.

Keine Organisation und keine Arbeitsweise kann Anspruch darauf erheben, mustergültig zu sein. Da ich selbst der Ansicht bin, daß die schwierigen und mannigfachen Aufgaben, die uns die heutige Zeit stellt, nur bei einer richtigen Ökono-

---

<sup>7</sup> Hschr. Zusatz Schuberts: „Soeben dankenswerter Weise hier eingetroffen!“ Tel. Hoeschs, 2. April 1932, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 78-81.

---

<sup>1</sup> Bülow schrieb u.a.: „Neben der Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches, müssen wir auch Bedacht darauf nehmen, daß die mehr und mehr in Erscheinung tretende Verknappung des Personals durch eine entsprechende Ökonomie in der Arbeitsmethode ausgeglichen wird. Wir konnten daher in Ihrem Falle nicht anerkennen, daß eine mit höheren und mittleren Beamten reichlich ausgestattete Behörde durch den Ausfall eines jüngeren Beamten so schwer getroffen wird, daß dadurch die Aufrechterhaltung eines geordneten Dienstbetriebes etwa in Frage gestellt würde. Sollte dies dennoch der Fall sein, so wäre dies ein Fingerzeig dafür, daß in der Organisation und der Arbeitsweise der Behörde Schwächen bestehen, deren Beseitigung unseres Erachtens zunächst volle Aufmerksamkeit zugewandt werden müßte.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 44.

mie in der Arbeitsmethode bewältigt werden können, bin ich hier stets bemüht gewesen, Alles in dieser Beziehung Nötige zu tun und habe dabei bei den hier beschäftigten Beamten lebhaftes Verständnis und starke Unterstützung gefunden. Jede Organisation ist verbesserungsfähig. Für jede Anregung bin ich dankbar.

Ich kann aber nicht zugeben, daß bezüglich der Organisation und der Arbeitsmethode der Botschaft in Rom Schwächen bestehen. Die hiesigen Arbeitskräfte werden durchaus rationell verwendet. Von überflüssigem Schreibwerk kann keine Rede sein. Wenn zeitweise eine Überlastung des Arbeitspersonals eingetreten ist, so ist das nicht auf eine unsachgemäße Arbeitsweise, sondern auf die allgemeine Geschäftslage dieser schwierigen Zeit zurückzuführen.

Die Berichterstattung der Botschaft in Rom hat sich natürlich in dem vom Auswärtigen Amt für nötig gehaltenen Rahmen zu halten. Es hätte in konkreten Fällen nur eines kurzen Hinweises bedurft: ich hätte dann sofort nach den Weisungen des Auswärtigen Amtes Remedur schaffen können. Die geforderte allgemeine Einschränkung der hiesigen Berichterstattung kann ich aber nur durchführen, wenn mir Richtlinien dafür gegeben werden, in welcher Weise das ohne Gefährdung der Aufgaben, die mir hier übertragen sind, geschehen kann. Ich habe als Leiter der Zentrale von einer allzu umfangreichen und weitschweifigen Berichterstattung der Missionen nie etwas gehalten und selbst stets auf eine Einschränkung einer solchen Berichterstattung hingewirkt. Ich habe nach diesem Prinzip während meiner 1 ½ jährigen Tätigkeit auch hier gehandelt und, wie ich jederzeit nachweisen kann, die politische Berichterstattung immer weiter und meiner Ansicht nach schließlich auf ein Mindestmaß beschränkt.<sup>2</sup> Was die öfters etwas ausführlichere telegrafische Berichterstattung anlangt, so bin ich in der Lage, in jedem einzelnen Falle die Gründe anzuführen, derentwegen ich sie für erforderlich hielt. Was die wirtschaftliche Berichterstattung anlangt, so ist sie auf das erforderliche Mindestmaß beschränkt, ebenso wie diejenige über kulturelle Angelegenheiten. Die Berichterstattung über die konsularischen Angelegenheiten ist von jeher auf der Botschaft so knapp als möglich gehalten worden.

Was Ihren Hinweis auf den Vergleich mit anderen wichtigen Missionen anlangt, so glaube ich in der Lage zu sein, auf Grund des mir vorliegenden Materials nachweisen zu können, daß die Berichterstattung vieler anderer Missionen ungleich umfangreicher ist, als die der Botschaft in Rom.

Die Ankündigung, daß der Botschaft in absehbarer Zeit eine Arbeitskraft entzogen werden soll, ohne daß dafür ein Ersatz gestellt werden kann, erfüllt mich mit Sorge. Wenn überall eine Einschränkung der Arbeitskräfte erfolgt, so kann selbstverständlich die Botschaft in Rom für sich keine Ausnahme beanspruchen. Das höhere Personal der Botschaft hat aber ohnehin gegen früher eine Verminderung

<sup>2</sup> Schubert beklagte sich auch über mangelnde Informationen aus Berlin. Am 4. Mai 1932 schrieb er an Köpke: „Ich glaube daher, daß angesichts der Tatsache, daß Grandi anscheinend vorläufig nicht nach Genf zurückkehren wird, es doch nützlich wäre, wenn ich allmählich die Fühlung wieder mit ihm aufnehmen. Das kann ich aber nur tun, wenn ich erstens bald einige weitere Informationen und wenn ich zweitens irgendeinen wichtigen Auftrag erhalte, auf Grund dessen ich mich bei ihm ansagen kann. Denn für Wald- und Wiesengespräche hat Grandi nicht viel Verständnis.“-BA, Nl. Köpke, Schriftverkehr mit v. Schubert (Botschafter) (1930-1932).

erfahren. Ich muß pflichtgemäß darauf hinweisen, daß trotz der vorbildlichen Arbeitsfreudigkeit, die bei sämtlichen Beamten und Angestellten der Botschaft in Rom besteht, ich gegen eine weitere Belastung des Personals, die durch eine Verminderung der Arbeitskräfte entstehen würde, die stärksten Bedenken erheben muß. Ich wäre dann in der Tat gezwungen, den sehr rationellen und in den kleinsten Einzelheiten geregelten Geschäftsbetrieb einzuschränken und das würde sich, wie ich ernstlich befürchte und voraussehe, zum Schaden des ständig wachsenden Aufgabenkreises der Botschaft auswirken müssen.

Ich bin gern bereit, alle Erklärungen, die mein Brief enthält, auf Verlangen im Einzelnen genau zu belegen.<sup>3</sup>

269

**Von Schubert an Ministerialdirektor Köpke  
Rom, 15. Juni 1932**

*Durchschrift. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 50.*

Mein lieber Köpke!

Abermals danke ich Ihnen sehr herzlich für Ihren Brief vom 11. Juni<sup>1</sup> und das schöne Material, das Sie mir sandten.

Sehr interessiert hat mich die Aufnahme, welche die Darlegung unserer Auffassung zu der Lausanner Konferenz<sup>2</sup> in Brüssel und Paris gefunden hat. Leider ha-

---

<sup>3</sup> In der fortgeführten Auseinandersetzung antwortete Köpke auf weitere Befürchtungen Schuberts am 11. Juni 1932: „Was Ihre Besorgnisse wegen neuer Gehaltskürzungen anlangt, so kann ich Ihnen nach Benehmen mit der Personalabteilung beruhigende Erklärungen abgeben. Wie ich mir eben noch einmal von unseren zuständigen Etatsmännern habe bestätigen lassen, ist hier über geplante Gehaltsherabsetzungen für die Auslandsbeamten nichts bekannt. Es muß allerdings damit gerechnet werden, daß die Auslandsgehälter, wie alljährlich, so auch diesmal wieder bei den bevorstehenden Etatsverhandlungen sehr genau auf die Möglichkeit von Kürzungen durchgeprüft werden. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß dabei in dem einen oder anderen Falle Abstriche vorgenommen werden, obwohl sich das Finanzministerium mit dem Haushaltsentwurf einverstanden erklärt hat, der neben durch besondere Umstände gerechtfertigten Kürzungen auch für einzelne Auslandsvertretungen Erhöhungen der Gehälter vorsieht. Außerdem ist, wie auch durch die Presse bekanntgegeben worden ist, mit einer besonderen Beschäftigungssteuer auch unter dem Kabinett Papen zu rechnen, deren Auswirkung auf die Auslandsgehälter sich auch vielleicht nicht ganz vermeiden lassen wird.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 50. Außerdem Dok. 270.

---

<sup>1</sup> Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 50.

<sup>2</sup> Reparationskonferenz vom 16.6.-9.7.32. Über die deutsche Haltung Erlaß Ritters nach London vom 4. Juni 1932 und Bülow's vom 6. Juni nach Paris, Rom und Brüssel, ADAP, Serie B, Bd. XX, S.235-39, S. 228 Anm. 4. Basis war die Chefbesprechung in der Reichskanzlei am 3. Juni, AR, Kab. Papen, Bd. 1, S. 7-10. Antwort Schubert, Tel. vom 9. Juni, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 277-79. Zur französischen und britischen Einstellung Tel.

be ich nichts darüber erfahren, wie das diesbezügliche Gespräch Neuraths in London mit MacDonald und Simon verlaufen ist. Ich nehme an, daß das darauf zurückzuführen sein wird, daß Neurath erst nach seiner Rückkehr mündlich in Berlin seine Eindrücke von London wiedergegeben hat. Aber natürlich ist die englische Einstellung zu unserer Auffassung mit am wichtigsten.

Wie Sie inzwischen erfahren haben, ist Herr Grandi nun doch am Sonnabend [11. Juni] abend und zwar ziemlich plötzlich nach Genf abgereist, obgleich er mir noch zwei Tage vorher gesagt hatte, er denke garnicht daran, nach Genf zu fahren. Seine unvermutete Abreise ist wohl erstens auf Mussolini zurückzuführen, dem er am Tage vorher Vortrag gehalten hatte, und zweitens auf eine Verabredung mit den Engländern. Der Pessimismus Grandis in bezug auf die Lausanner Konferenz wird übrigens, wie ich zufällig feststellen konnte, von seinen hiesigen Hauptmitarbeitern geteilt.

Sie können sich denken, mit welcher Spannung ich dem Verlauf der Lausanner Konferenz entgegen sehe. Ich habe bis jetzt die Meinung vertreten, daß eine Konferenz zu einem Fehlschlag verurteilt ist, wenn sie nicht genügend vorbereitet worden ist. Nachdem die Konferenz aber diesmal so ungefähr überhaupt nicht vorbereitet wurde, ist vielleicht ein Novum eingetreten. Jedenfalls hoffe ich, daß doch noch irgendetwas bei der Konferenz herauskommt, sonst sehe ich in der Tat allerdings ganz katastrophale Folgen für alle Beteiligten voraus.

Der Frage der Stellung Richthofens beziehungsweise seines Nachfolgers habe ich mich schon lange mit großer Liebe angenommen, und zwar insbesondere deshalb, weil ich es für unbedingt notwendig und außerordentlich wünschenswert halte, daß diese Zuteilung eines Militärs an die Botschaft aufrecht erhalten bleibt.<sup>3</sup> Ich habe mich hierüber auch verschiedenen hier anwesenden Militärs gegenüber ausgesprochen, zum Beispiel den Herren von Bredow und Karlewsky. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie gelegentlich den Herren des Reichswehrministeriums sagen würden, wie großen Wert ich auf die Beibehaltung des Postens lege. Ich fürchte aber sehr, daß der Wunsch einer Kommandierung zur Luftflotte oder zu einer in Rom stationierten Luftflottenformation ganz einfach nicht durchzusetzen sein wird. Einen Bittgang bei Balbo kann ich ganz einfach nicht antreten, schon deshalb, weil der Palazzo Chigi [Außenministerium], der für die Entscheidung zuständig ist, mir das ungeheuer übel nehmen würde. Andererseits verstehe ich wirklich nicht recht die Bedenken, die gegen die Zuteilung des Nachfolgers Richthofens als einfachen Attaché an die Botschaft sprechen. Wieso wir dadurch, wie das Reichswehrministerium einmal gesagt hat, den Verdacht erwecken würden, als „hätten

---

Hoeschs vom 10. u. 13. Juni, ebd., S. 287-89, 298-300. Siehe Schultheß', Bd. 73 (1932), S. 399-416.

<sup>3</sup> Anlaß: „Ich mache Sie besonders aufmerksam auf den Erlaß, den Sie mit dem heutigen Kurier erhalten, in dem die Frage Richthofen erneut behandelt wird. Der Erlaß beruht auf einer Besprechung, die Friedberg und ich eben mit dem Vertreter des Oberst Fischer, Herrn Major von Tippelskirch, im A.A. gehabt haben. Das Reichswehrministerium legt auf die Angelegenheit mit Recht größtes Gewicht. Auch wir sind der Ansicht, daß es doch glücken sollte, die Italiener von der Stichhaltigkeit unserer Gründe wegen der Aufrechterhaltung des Postens zu überzeugen. Haben Sie vielleicht eine Möglichkeit, Balbo selbst in der Sache einmal in Bewegung zu setzen? Vielleicht glückt es ihm, bei Mussolini die Bedenken des Auswärtigen Amtes zu zerstreuen.“-Brief Köpkes, wie in Anm. 1.

wir etwas zu verbergen“, ist mir etwas schleierhaft. Trotzdem habe ich natürlich diese Lösung bei Herrn Guariglia, mit dem ich die Sache gestern eingehend durchgesprochen habe, a limine abgelehnt. Ich glaube, daß nun nichts anderes mehr übrig bleibt, als bezüglich der Stellung des Nachfolgers Richthofens alles beim Alten zu lassen. Herr Guariglia hat mir diese Lösung aus eigener Initiative ans Herz gelegt, während noch vor nicht allzu langer Zeit man im Chigi von der Beibehaltung des jetzigen Zustandes garnicht entzückt war. Jedenfalls möchte ich diese Lösung in dem Bestreben, den Posten zu erhalten, empfehlen. Das Nähere haben Sie ja inzwischen aus dem Telegramm ersehen, das ich auftragsgemäß abgeschickt habe.

Heilfroh bin ich, daß ich nun heute nachmittag endlich in die Lage versetzt wurde, das Devisenabkommen mit den Italienern zu zeichnen.<sup>4</sup> Es war aber auch die höchste Zeit: der Makkaroni war äußerst dünn geworden.

[...]⁵

## 270

### Von Schubert an Ministerialdirektor Köpke Rom, 30. Juni 1932

*Original. BA, Nl. Köpke, Schriftverkehr mit v. Schubert (Botschafter) (1930-32).<sup>1</sup>*

Persönlich!

Lieber Köpke!

Ich bin Ihnen besonders dankbar, daß Sie sich bei der Personalabteilung meiner Personalwünsche in so effektiver Weise angenommen haben.

Ich will ja durchaus keine Schwierigkeiten machen und bin mir vollkommen bewußt, daß die Personalabteilung nicht sehr weit kommen würde, wenn sie wegen jeder Einzelversetzung mit jeder Mission in Verhandlung eintreten wollte. Ich habe aber, daran werden Sie sich vielleicht erinnern, als Staatssekretär, übrigens stets im Einvernehmen mit der Personalabteilung und mit Ihnen, immer mein Möglichstes getan, um besonders dringende Personalwünsche der Missionschefs, besonders der

<sup>4</sup> Siehe Warmbolds Schreiben vom 11. Juni 1932 an die Reichskanzlei, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 293-95. Weitere Verhandlungen wurden nötig; Tel. Botschaft Rom, 9. September 1932, ADAP, Serie B, Bd. XXI, S. 93-96.

<sup>5</sup> Rellstabs Bitte um Empfehlung an das italienische Außenministerium und Urlaubsge-such Schuberts „wegen schwieriger und dringender privater Angelegenheiten“ am 22. und 23. Juni 1932 in Berlin – „incognito“ und ohne Zeit für das AA.

<sup>1</sup> Hschr. Vermerk Köpkes vom 2. Juli: „Vertraulich! U[nter] R[ückerbittung] H[err]n Frhr. v. Grüna u z[ur] g[e]f[äl]l[igen] K[enn]tmis“ und Grünaus vom 6. Juli: „Mit bestem Dank zurückgereicht.“ – Hschr. Unterstreichungen Köpkes zur Kennzeichnung der einzelnen Personalsachen.

Botschafter, zu erfüllen. Ich rechne zuversichtlich damit, daß man diese Wohltat jetzt auch mir angedeihen lassen wird.

Was den Abbau bei der hiesigen Botschaft anlangt, so hoffe ich demnächst noch einen anderen Vorschlag dem Amt unterbreiten zu können. Ich glaube nämlich, ohne den hier seit Jahren beschäftigten Handelsrat auskommen zu können, der leider in absehbarer Zeit aus Gesundheitsrücksichten ausscheiden muß und für den ich keinen Ersatz verlangen werde.

Aus Ihrem Briefe ersehe ich zum ersten Mal, daß tatsächlich die Versetzung Marschalls beabsichtigt ist. Für diese Klarheit bin ich Ihnen sehr dankbar. Aber ich bitte sehr dringend, daß Marschalls Versetzung über den Herbst hinaus noch etwas verschoben wird. Im übrigen will ich Marschalls Glück keineswegs im Wege stehen, wenn wirklich etwas besonders Gutes für ihn in Aussicht genommen werden sollte. Auf jeden Fall aber müßte ich gehört werden, bevor definitiv mir jemand hier weggenommen wird.

Ich rechne bestimmt darauf, daß ich dem unglücklichen Herrn Holm durch das, was ich Ihnen erzählt habe, nicht geschadet habe. Der Mann tut mir ja leid. Aber Sie waren ja auch selbst über meine Beurteilung seiner Persönlichkeit nicht weiter erstaunt.

Da ich nun schon einmal auf das Gebiet der Versetzungen zu sprechen gekommen bin, so möchte ich ganz kurz noch einen anderen Punkt berühren, den Sie in Ihrem Brief vom 11. Juni<sup>2</sup> und bei dem Gespräch, das wir am 23. Juni<sup>3</sup> miteinander hatten, in einem Gefühl freundschaftlicher Gesinnung angeschnitten haben, für das ich Ihnen besonders dankbar bin: nämlich die Frage der Neubesetzung von London.<sup>4</sup> Ich bin auf diesen Punkt bis jetzt weder schriftlich noch mündlich eingegangen. Ich sehe aber nach reiflicher Überlegung nicht ein, weshalb ich einem alten, treuen Freunde, wie Ihnen gegenüber, aus meinem Herzen eine Mördergrube machen sollte. Ich möchte Ihnen daher sagen, daß mich Ihre Aufklärung nicht weiter überrascht hat, aber durchaus nicht spurlos an mir vorübergegangen ist. Die Wunde, die mir vor zwei Jahren geschlagen wurde, ist, das will ich Ihnen nur offen gestehen, niemals vernarbt und hat jetzt wieder zu bluten angefangen.<sup>5</sup>

Mit herzlichsten Grüßen bin ich

Ihr getreuer

[eigenhändig:]Schubert

<sup>2</sup> Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 50.

<sup>3</sup> Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 51.

<sup>4</sup> Köpke hatte am 11. Juni 1932 an Schubert geschrieben: „In Personalien ist alles noch mehr oder weniger in der Schwebe. Die Behauptung, daß Neurath sich London offen halten wollte, ist nicht richtig. Neurath hat sich vielmehr vorbehaltlos unserer Auffassung angeschlossen, daß er aus innen- und außenpolitischen Gründen das Außenministerium sofort bedingungslos übernehmen muß. Wer nach London kommt, ist noch völlig unklar. Der Kandidat des alten Herrn [Hindenburg] ist, soweit ich weiß, Roland Köster. Auch Schleicher, den ich gestern beim Reiten im Tiergarten traf, setzte sich mit großem Elan für unseren Personalchef ein. Auch Bülow und Neurath zeigen sich nicht abgeneigt. Vertieft haben wir die Unterhaltung hierüber allerdings nicht.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 50.

<sup>5</sup> Ab „die Frage“ bis zum Ende des Brieftextes von Köpke unterstrichen, die letzten beiden Sätze am Rand mit einem Ausrufezeichen markiert. Siehe auch Dok. 236.

## Tagesaufzeichnung von Schuberts (leicht gekürzt), Rom, zum 19. Juli 1932

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 53.*

Die Unterhaltung mit Grandi, die eine knappe Stunde dauerte, war recht befriedigend.<sup>1</sup> Meine Nachrichten schienen Grandi ganz außerordentlich zu interessieren. Gegen seine Gewohnheit machte er sich reichlich Notizen. Ich habe aber den Verdacht, daß die Liebe nur deshalb so heiß ist, weil die Italiener sich von den Engländern abgehängt fühlen.<sup>2</sup> Ich fürchte, daß, wenn die Engländer den Italienern ihre Liebe wieder zuwenden, wir den Italienern dann wieder etwas weniger interessant erscheinen werden.

Wenn Grandi von einer Komödie sprach, so hat er sehr Recht. Es ist von den Engländern und Franzosen recht unsauber gearbeitet worden. Ich glaube aber fest daran, daß, wie auch seinerzeit, Herriot sich in seiner eigenen Schlinge fangen wird. Ein Augenblickserfolg, auf den die größte Ernüchterung in Frankreich folgen wird.

Bei dem allen wird der Wirtschaftskatastrophe nicht abgeholfen. Das ist wirklich das größte Elend.<sup>3</sup>

Abgesehen davon scheint der Mord und Totschlag in Deutschland immer größere Dimensionen anzunehmen. Es sollte endlich gründlich durchgegriffen werden, auch den Nationalsozialisten gegenüber, denn das Blutvergießen in Altona, von dem heute und gestern die Zeitungen berichteten, ist doch schließlich auf den blödsinnigen Umzug größten Stils zurückzuführen, den die Nationalsozialisten dort veranstaltet haben.<sup>4</sup>

[...]<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Tel. Schuberts vom 19. Juli, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 517f.

<sup>2</sup> Frankreich und England hatten sich während der Lausanner Konferenz über eine außenpolitische Zusammenarbeit geeinigt, den sog. Konsultativpakt. Dies war am 13. Juli bekanntgegeben worden, Schultheß', Bd. 73 (1932), S. 414-16; Schuberts Tel. vom 14. Juli 1932, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 489f., Bernstorffs Ber. vom 14. Juli u. Hoeschs Tel. vom 15. Juli, ebd., S. 491 u. 492-94. Generell ebd., S. XXXIII-XXXV.

<sup>3</sup> Zu Botschafter Garrett bemerkte Schubert: „Endlich führte ich aus, daß eigentlich Lausanne zu einer Wiederkehr des Vertrauens in der Welt und zur Wiederankurbelung der Weltwirtschaft hätte führen sollen, ein Resultat, das leider nicht erreicht worden sei, was ich sehr bedauerte. Denn die Lage bei uns sei recht bedenklich, aber auch in den übrigen europäischen Ländern stehe es nicht gut, wohl auch nicht in Amerika selbst.“-Aufz. Schuberts vom 20. Juli 1932, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 53.

<sup>4</sup> Am 17. Juli 1932 war es in Altona zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu schweren Zusammenstößen gekommen, die 15 Todesopfer forderten. Die innenpolitischen Vorgänge hinterließen auch in Italien ihre Spuren. Am 10. Februar 1932 berichtete Schubert über die Werbearbeit der NSDAP unter in Italien lebenden Deutschen, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 34. Mit Oberst von Bredow erörterte Schubert am 16. April 1932 die Vorgänge in Deutschland, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 44. Der Unterstaatssekretär im Luftministerium Riccardi sprach Schubert am 5. Mai 1932 auf die NSDAP an. Der Botschafter erwiderte: „Ich habe ungefähr gesagt, es sei gar kein Zweifel darüber, daß in der Hitlerbewegung eine große Kraft stecke, von der man viel Gutes erwarten könne. Andererseits aber komme es meiner Ansicht nach darauf an, diese Kraft

### Tagesaufzeichnung von Schuberts (gekürzt), Rom, zum 22. Juli 1932

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 53.*

Heute Morgen brachte Herr Scheffer allerlei recht interessante Nachrichten von einem Vertrauensmann, dem Leiter der Stefani-Agentur [Morgagni]. Hiernach soll es zu einem [sic, versehentlich stehengeblieben statt „einen“] gewaltigen Krach zwischen Mussolini und Grandi gegeben haben, als ganz plötzlich die Nachricht von dem Abschluß des englisch-französischen Garantiepakts hier eintraf (vgl. darüber besondere Aufzeichnung).<sup>1</sup> Mein Verdacht, daß es sich bei der plötzlichen Verabschiedung von Grandi um sehr wesentliche Unstimmigkeiten zwischen Mussolini und Grandi gehandelt hat, scheint sich also zu bestätigen.<sup>2</sup>

---

richtig zu kanalisieren und zu nutzen (utilizer). Es sei auch, wie ich offen sagen müsse, eine gewisse Gefahr vorhanden. Insofern, als, wenn die Partei allein ans Ruder komme und dann vielleicht ein Mißerfolg eintreten würde, damit zu rechnen sei, daß ein großer Teil dieser radikalen Partei zu den Kommunisten hinüberwechseln könnte: in diesem Falle würden wir dann den schönsten Bolschewismus in Deutschland bekommen.“-Aufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 46. Über die Bildung des Kabinetts Papen bemerkte Schubert zu Köpke: „Ich sagte, ich sei zwar noch kein Nazi geworden: ich hielte es aber doch wohl für notwendig, sie irgendwie einmal in das Kabinett aufzunehmen. Köpke meinte, das sei richtig.“-Aufz. Schuberts, 23. Juni 1932, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 51.

<sup>5</sup> Hinweise auf einige Begegnungen.

---

<sup>1</sup> Gemeint ist der Konsultativpakt vom 13. Juli; dazu Dok. 271 Anm. 2. Am 14. Juli 1932 brachte Grandi gegenüber Schubert die italienische Unzufriedenheit über Verlauf und Ergebnis der Lausanner Konferenz zum Ausdruck, Aufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 52.

<sup>2</sup> Tel. Schuberts vom 20. Juli 1932; er meinte, daß sich der Inhalt der italienischen Außenpolitik wohl nicht ändern werde, jedoch sei mit einem Wechsel der Methoden zu rechnen, PA, R 28273. „Ob und inwieweit Mussolini mit der außenpolitischen Tätigkeit Grandis unzufrieden gewesen ist, läßt sich natürlich schwer feststellen. Daß manchmal Unstimmigkeiten zwischen Mussolini und Grandi vorhanden waren, habe ich mehrfach in Gesprächen mit Grandi selbst feststellen können. In letzter Zeit aber lag hierfür kein besonderes Anzeichen vor. Ich könnte mir denken, daß die Behandlung, die Italien bei den englisch-französischen Verhandlungen über die Konsultativklärung erfuhr, das Faß zum Überlaufen gebracht hat, besonders, da ich annehme, daß Grandi sich stets stark für eine nach England gerichtete Politik eingesetzt hat.“-Brief Schuberts an Neurath, 21. Juli 1932, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 53. Neurath antwortete am 25. Juli: „Die Übernahme der Außenpolitik durch Mussolini selbst kann für die künftige Weiterentwicklung der deutsch-italienischen Beziehungen von großer Bedeutung sein, da die allgemeine Politik der letzten Zeit die beiden Länder durchaus auf eine parallele Linie gebracht hat. Ich halte es für sehr möglich, daß Mussolini nunmehr in den großen internationalen Fragen persönlich aktiv eingreifen wird.“-ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 561 Anm. 2. Antrittsbesuch Schuberts bei Mussolini als neuem Außenminister siehe Ber. Vom 29. Juli, ebd., S. 561-67.



[...]³

Dann erschien Herr Chvalkovský. Die beiderseitige Begrüßung war geradezu stürmisch. Er entwickelte, wie üblich, eine außerordentliche, aber doch sehr sympathische Suade, die sich auf alle möglichen Gegenstände erstreckte.

Er blieb eine geschlagene Stunde. Nach Ablauf einer halben Stunde wurde das Gespräch etwas konkreter.

Er sagte mir, daß man mich im Diplomatischen Corps in Berlin sehr vermisse. Herr von Bülow sei zwar liebenswürdig mit den Missionschefs, er sage ihnen aber garnichts. Herr Köpke sei im Diplomatischen Corps sehr beliebt. Allgemein halte man ihn für sehr zuverlässig. Man könne sich darauf verlassen, daß das, was er sage, unbedingt der Wahrheit entspreche. Wenn er etwas nicht sagen könne und wolle, so sage er das ganz offen.

Etwas sprunghaft führte dann Herr Chvalkovský als Beispiel hierfür den Zwischenfall der deutsch-österreichischen Zollunion im vorigen Jahre an. Beneš habe damals durch eine Indiskretion schon vorher von der Sache erfahren. Darauf habe er Herrn Köpke gebeten, ihn zu empfangen. Ganz gegen die bisherigen Erfahrungen habe aber dann das Vorzimmer von Köpke nichts weiter von sich hören lassen. Er sei dann zu Herrn de Margerie gegangen, habe ihm die Nachrichten erzählt, die Herr Beneš erhalten hätte, habe ihn darauf hingewiesen, daß es ihm nicht gelungen sei, im Amt empfangen zu werden und habe Herrn de Margerie seinerseits empfohlen, im Amt vorzusprechen. Der gute Margerie habe ihm gesagt, er glaube kein Wort von diesen Gerüchten! Auch habe er es abgelehnt, sich in das Amt zu begeben. Der Österreichische Gesandte sei nicht da gewesen, er habe verständlicherweise die Flucht ergriffen und sich in jener Zeit auf 14 Tage ins Salzkammergut begeben. An dem berühmten Sonnabend [21. März 1931] habe ihm dann Herr Köpke sofort die fraglichen Papiere ins Haus geschickt.<sup>4</sup>

Wichtiger aber, als was er bisher erzählt hatte, waren die folgenden Mitteilungen des Herrn Chvalkovský. Er erzählte mir nämlich, er habe sich mit Herrn Beneš in Verbindung gesetzt und habe ihn darauf hingewiesen, daß die Tschechoslowakei keine Veranlassung habe, sich sehr über die Sache zu wundern. Er habe nämlich Herrn Beneš auf die vertraulichen Gespräche hingewiesen, die Beneš mit mir im Jahre 1928 gehabt habe.<sup>5</sup> Als damals Beneš mir seine Donaupläne entwickelt hätte, hätte ich ihm sehr offen und in inoffizieller Form unsere Ideen entwickelt. Ich hätte Beneš damals gesagt, daß es doch viel vernünftiger sei, ein engeres wirtschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei anzubahnen. Er hätte daran anknüpfend Herrn Beneš auseinandergesetzt, ich hätte ihm ja damals ganz loyal über unsere Tendenzen reinen Wein eingeschenkt. Was Beneš ihm darauf erwidert hat, erzählte mir der Gesandte allerdings nicht. Er erinnerte mich aber daran, daß Beneš damals gesagt hätte, er würde solchen Plänen nicht unbedingt ablehnend dann gegenüberstehen, wenn es uns gelungen wäre, mit Frankreich ins reine zu kommen. Hieran wiederum anknüpfend, erzählte mir Herr Chvalkovský, daß die Stimmung in der Tschechoslowakei sich gegenüber Deutsch-

<sup>3</sup> Hinweis auf Besuch Fanis.

<sup>4</sup> Siehe auch Aufz. Köpkes vom 23. März 1931, ADAP, Serie B, Bd. XVII, S. 103-05.

<sup>5</sup> Siehe Dok. 183.

land ständig gebessert habe. Diese erfreuliche Entwicklung dauere auch jetzt noch an. Etwas kompliziert werde die Sache allerdings dadurch, daß die Jugend in seinem Lande stark von nationalsozialistischen Ideen beeinflusst würde. Es gebe dort sehr viele Hakenkreuzler. Komplizierter werde die Sache aber noch dadurch, daß sowohl deutsche, als auch tschechische Hakenkreuzler vorhanden seien, die sich gegenseitig sehr befehdeten. Der Gesandte sagte dann auch noch, daß diese Besserung auch durch seine Tätigkeit wohl gefördert worden sei, und zwar weniger durch seine Tätigkeit im Auswärtigen Amt in Berlin, als dadurch, daß er jede Gelegenheit ergriffen hätte, um seine tschechischen Landsleute, die nach Berlin gekommen seien, darauf hinzuweisen, wie notwendig eine Zusammenarbeit der Tschechoslowakei mit Deutschland sei.

Hieran knüpfte der Gesandte einen kleinen Exkurs darüber, daß es sozusagen einen mitteleuropäischen Menschen gebe, den man in Holstein ebenso antreffe, wie in Berlin, Prag oder Wien. Ganz anders sei es in Frankreich und England, wo eine ganz abgeschlossene Rasse zu finden sei. Ebenso übrigens in Italien. Das sei ihm während seines kurzen Aufenthaltes hier bereits schon sehr aufgefallen.

[...] <sup>6</sup>

Das Gespräch kam auch kurz auf die Abrüstungsfrage. Als ich darauf hinwies, daß die Abrüstungskonferenz bis jetzt ein ganz klägliches Resultat gehabt hätte, was sehr bedenkliche Folgen haben könne, sagte mir Chvalkovský, bereits im Jahre 1928 hätte ich ja in Berlin in seiner Gegenwart mit größter Bestimmtheit Herrn Beneš auf die ganz ungenügende Arbeit der Vorbereitenden Abrüstungskommission [des Völkerbunds] hingewiesen und auch damals schon die Folgen erwähnt, die das haben könne. <sup>7</sup>

Nachmittags Stunde bei Frau Meurer.

## 273

### **Aufzeichnung von Schuberts zur Abrüstungspolitik Rom, 23. Juli 1932**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 53.*

Die Erklärung der Reichsregierung, die Herr Nadolny bei der Schlußsitzung [der ersten Phase] der Abrüstungskonferenz [des Völkerbunds] in Genf verlas, <sup>1</sup> stimmt mich sehr bedenklich. Wir verlangen, daß bis zum Wiederezusammentritt der Konferenz unsere Gleichberechtigung anerkannt wird: geschieht das nicht, so

<sup>6</sup> Schubert unterhielt sich mit Chvalkovský über dessen Versetzung nach Rom.

<sup>7</sup> Dazu Dok. 183. – Zur Entwicklung der Abrüstungsfrage bis zum Sommer 1932 siehe Schultheß', Bd. 73 (1932), S. 444-72; ADAP, Serie B, Bd. XX, S. XV-XXIII.

<sup>1</sup> Am 22. Juli, Text und Instruktion im Tel. Neuraths an Nadolny vom 20. Juli, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 521f.; siehe generell ebd. S. XV-XXIII u. Schultheß', Bd. 73 (1932), insbesondere S. 472.

werden wir uns an den Arbeiten der Konferenz nicht mehr beteiligen. An sich ist es zwar verständlich, daß wir jetzt kundgeben, daß uns die Geduld gerissen ist. Aber ich fürchte, wir begeben uns jetzt in eine Sackgasse, aus der wir dann später nicht mehr herauskommen können. Ich halte es für nahezu ausgeschlossen, daß wir es auf diplomatischem Wege erreichen, daß uns wirklich von allen Staaten die Erklärung abgegeben wird, daß wir völlig gleichberechtigt auf dem Abrüstungsgebiet sind, das heißt also, daß wir unter Umständen auch aufrüsten dürfen. Bestenfalls, so fürchte ich, wird man dann auf irgendeinen Kompromiß herauskommen, der uns dann aber auch große Schwierigkeiten bereiten wird, sowohl nach innen, als auch, was viel wichtiger ist, nach außen. Wenn wir aber nicht weiter an den Arbeiten der Abrüstungs-Konferenz teilnehmen, so ist vorauszusehen, daß die Konferenz wohl kaum mehr zusammentreten wird. Das aber wiederum ist außerordentlich bedenklich wegen der Amerikaner, die doch ein Nachgeben in der Frage der Interalliierten Schulden stets von wirklichen Resultaten in der Abrüstung abhängig gemacht haben.

Meiner Ansicht nach – natürlich ist es leicht von hier aus zu kritisieren – wäre es besser gewesen, zwar gegen die Resolution zu stimmen, aber nicht in dieser ultimativen Form unsere Forderung nach Gleichberechtigung vorzubringen. Es hätte meiner Ansicht nach vollkommen genügt, wenn wir diese Forderung erneut sehr stark angemeldet und unsere Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht hätten, daß wir bisher nichts in dieser Beziehung erhalten haben und daß auch nichts in die Resolution darüber aufgenommen wurde.

Ich nehme an, daß diese ultimative Forderung auch auf innerpolitische, deutsche Rücksichten zurückzuführen ist.

Wenn nur nicht das Ganze wieder einmal ein zu schneller Entschluß war. Man hat mir gesagt, daß Papen oft etwas „rasch“ handelt. Schließlich hat er, was die inneren Verhältnisse anlangt, zu gleicher Zeit auch recht „rasch“ gehandelt, als er Braun und Severing einfach hinaus warf.<sup>2</sup> Ob das gut gehen wird, ist mir auch noch nicht ganz klar.

Wohin soll das Alles noch führen?

Bezüglich der italienischen Presse vergleiche besondere Aufzeichnung.<sup>3</sup>

Heute erhielt ich zwei Briefe von Mussolini, der mir anzeigte, daß er das Ministerium des Auswärtigen übernommen hat und daß Suwich [Suvich] zum Unterstaatssekretär bestellt wurde, alles sehr korrekt. Ich bin nun sehr gespannt, wann Suwich mit mir Fühlung aufnehmen und ob Mussolini sich rühren wird.

<sup>2</sup> Gemeint ist die Absetzung der preußischen Regierung am 20. Juli 1932. Siehe die Einträge in AR, Kab. Papen, Bd. 2, S. 1096, unter: Preußen, Reichsintervention („Preußenschlag“) und Schultheß, Bd. 73 (1932), S. 120-24.

<sup>3</sup> Aufz. Schuberts, 23. Juli 1932: „Der Korrespondent des Giornale D'Italia sagt, man könne sich fragen, ob wir nicht einen taktischen Fehler begangen hätten, indem wir unsere gerechte Forderung nicht schon viel früher vorgebracht hätten: so habe man sechs Monate verloren. Es wäre schließlich nicht anzunehmen gewesen, daß eine andere Macht diese Forderung nach Gleichberechtigung der besiegten Staaten vorbringen würde. [...] Ich frage mich, was eigentlich die übrigen ‚besiegten Staaten‘ gemacht haben, nämlich Ungarn, Österreich und Bulgarien. Meiner Ansicht nach hätten sie doch den Mut aufbringen müssen, um ebenfalls gegen die Resolution zu stimmen. Hoffentlich haben sie sich wenigstens der Stimme enthalten.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 53.

Ein bestimmter Auftrag liegt zwar noch nicht vor. Immerhin aber hätte ich einige Angelegenheiten zu besprechen, sowohl auf dem Gebiete der Abrüstung, als auch vor allem auf dem Gebiete des Konsultativ-Pakts.<sup>4</sup>

[Hschr. Zusatz Schuberts] Die hier beiliegende Korrespondenz zwischen Schleicher und Schreiber wurde mir heute vorgelegt. Es ist zum Jammern!<sup>5</sup>

274

### Tagesaufzeichnung von Schuberts (gekürzt), Rom, zum 26. Juli 1932

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 54.*

[...]<sup>1</sup>

Es kam dann Herr Kastl. Er blieb 1 ½ Stunden und war außerordentlich weit-schweifig. Über seine Mitteilungen ist vielleicht kurz Folgendes zu notieren.

1.) Er hat Suvich gelegentlich der Young-Verhandlungen seinerzeit in Paris kennengelernt. Dort habe er keinerlei Rolle gespielt. Er sei zweiter Mann nach Pirelli gewesen, sei aber nur mit zweitklassigen Arbeiten beschäftigt worden. Wir hätten uns um ihn garnicht gekümmert. Er hätte einen sehr traurigen Eindruck gemacht.

2.) Das Resultat von Lausanne bezeichnete Herr Kastl an sich als ausgezeichnet. Aber er betonte, der Eindruck von Lausanne sei, und zwar durch Gentlemen-Agreement und Konsultativ-Pakt in Deutschland, aber auch in Amerika, geradezu verheerend. Es sei noch schlimmer als die Panne, die im vorigen Jahre, beim Hooverjahr passiert sei. Während Lausanne eigentlich doch das Vertrauen in der Welt hätte herstellen sollen, sei nun das Gegenteil eingetreten. Die Amerikaner sprächen von einer in Europa gebildeten Einheitsfront. Bei uns sei die erhoffte günstige Rückwirkung auf Handel und Wandel vollkommen ausgeblieben.<sup>2</sup>

<sup>4</sup> Siehe Dok. 271 Anm. 2 und die Aufz. Schuberts vom 29. Juli 1932 über seinen Antrittsbesuch bei Mussolini, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 561-67.

<sup>5</sup> In dem Briefwechsel ging es um die Rolle Schleichers beim Sturz der Regierung Brüning. Er wurde veröffentlicht in Germania Nr. 201 v. 21. Juli 1932.

<sup>1</sup> Schubert sprach mit Ludwig und beklagte sich darüber, wie schwer es sei, im italienischen Außenministerium Informationen zu erlangen.

<sup>2</sup> Gentlemen-Agreement: Ratifizierung des Lausanner Vertrags erst nach Regelung der interalliierten Schulden mit den USA, AR, Kab. Papen, Bd. I, S. 202 Anm. 13. – Zu den Vorgängen in Lausanne Dok. 271 Anm. 2. – Schubert schrieb in bezug auf den zunächst geheimen französisch-britischen Konsultativpakt am 13. Juli 1932 an Köpke: „Ich verstehe garnicht, daß die Herren Staatsmänner der Gegenseite immer noch nicht begriffen haben, daß es heutzutage höchst gefährlich ist, Geheimabkommen abzuschließen, da solche Abkommen doch nicht geheim bleiben können. Wir haben ja mit der Sache nichts zu tun. Trotzdem aber kann die Sache doch wohl sehr unangenehme Folgen haben. Die Amerikaner sind nun einmal, wie sie sind: es ist mit ihnen nicht zu spaßen! So sehr ich, wie oben gesagt, das Ergebnis von Lausanne begrüße, so beunruhigt bin ich über die mangelnde Wirkung, die es, soweit ich es übersehen kann, bisher ausgeübt hat. Auf diese

3.) Kastl erzählte, Hoesch habe sich bitter darüber beklagt, daß er während der Lausanner Konferenz in keiner Weise unterrichtet worden sei. Kastl meinte, er hätte doch bezüglich der Behandlung der Franzosen gute Ratschläge geben können. Ich selbst, so fügte Kastl hinzu, sei ja „weit vom Schuß“. Ich sagte, ich sei auch nicht sehr eingehend unterrichtet worden. Mit den Ratschlägen von Hoesch sei es aber eine eigene Sache. Noch vor der Konferenz habe er nach Berlin mitgeteilt, vielleicht könne man mit Herriot doch etwas machen. Dieser Hinweis sei ganz falsch gewesen. Er hätte im Gegenteil schreiben müssen, daß mit den Franzosen nichts anzufangen sei und daß man sich hierauf einstellen müsse.

4.) Wir sprachen auch von den politischen Forderungen.<sup>3</sup> Ich sagte, bei richtiger Einstellung gegenüber den Franzosen hätte man nie darauf rechnen dürfen, daß sie auf solche Forderungen eingehen würden. Jetzt seien uns die Forderungen gänzlich abgeschlagen worden. Kastl gab mir vollständig recht. Auch meinte er, man hätte die berühmten drei Milliarden, ihrer Zweckbestimmung nach, ganz anders aufziehen müssen. Man hätte den Amerikanern gegenüber darauf hinweisen müssen, daß mit den Reparationen endgültig Schluß gemacht worden sei und daß die drei Milliarden lediglich die Zahlung für das Hooverjahr darstellten. Aber sowohl Herriot, wie auch Papen hätten aus innerpolitischen Gründen so nicht handeln können.

5.) Kastl erzählte auch viel über die innere Lage. Kurz vor seinem [Brünings] Sturz war er bei Brüning, der ihm erzählte, er wisse garnicht, woran er sei. Offenbar stänkerten die Leute gegen ihn. Er wisse garnicht, was Hindenburg eigentlich über seine Pläne denke.

6.) Kastl erzählte mir vertraulich über den Abgang Brünings. Er hat seine Nachrichten von Brüning selbst. An dem maßgebenden Sonntag [29. Mai] hat die Unterhaltung zwischen Brüning und Hindenburg 25 Minuten gedauert. 21 Minuten lang hat Brüning dem Reichspräsidenten seine Notverordnungen auseinandergesetzt. Außerdem hatte er von ihm gefordert, daß er ihm sein Vertrauen schenke, um Lausanne und so weiter durchführen zu können, und zwar zunächst bis zum 1. Oktober, dann aber auch weiterhin bis zum 1. Januar oder 1. April. (Welches Datum genannt wurde, wußte Kastl nicht mehr genau.) Der zweite Teil der Unterhaltung dauerte nur 4 Minuten. Hindenburg antwortete, Notverordnungen mache er nun nicht mehr. Als dann Brüning fragte, was aus dem Kabinett werden solle, erwiderte Hindenburg, schon längst hätte Brüning, der doch über sehr große Vollmachten verfügte, das Kabinett umbilden sollen. Jetzt sei es zu spät. Hierauf sagte Brüning,

---

Wirkung kommt es doch aber in erster Linie an, denn Lausanne sollte doch die erste Etappe zur Wiederkehr des Vertrauens in der Welt und damit zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise bilden. Ich habe diese Hoffnung auch noch nicht aufgegeben.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 52.

<sup>3</sup> Die deutsche Forderung in Lausanne umfaßte als Gegenleistung für eine in der Höhe lange umstrittene Restzahlung auf die Reparationen (schließlich 3 Mrd. RM): Gleichberechtigung (*égalité de droit*) bei den Abrüstungsverhandlungen (also Ende der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages als Rechtsbasis) und eine entgegenkommende Erklärung in der Kriegsschuldfrage. Delegationsaufz. (Lausanne) vom 29. Juni, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 374, Papen an Planck, 2. Juli (S. 418f.), Aufz. Bülow's 7. Juli (431f.), englisches Protokoll Sitzung 7. Juli (S. 437-44). Dazu siehe die Zusammenstellung Schuberts zu den politischen Forderungen, 13. Juli 1932, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 52.

dann werde das Kabinett zurücktreten müssen. Hindenburg entgegnete, Brüning müsse aber in einem neuen Kabinett Außenminister bleiben, das lehnte Brüning ab. Die Unterhaltung schloß mit der Bemerkung Hindenburgs, Brüning solle sich die Sache noch einmal überlegen. Sei es ihm unmöglich, seinen Entschluß zu ändern, so solle er ruhig am nächsten Tage das Rücktrittsgesuch des Kabinetts mitbringen.

Am nächsten Tage, Montag, berief Brüning eine Kabinettsitzung, die nur kurz dauerte.<sup>4</sup> Das Kabinett beschloß zurückzutreten. Hierauf begab sich Brüning zu Hindenburg, dem er sehr deutlich die Meinung sagte. Hindenburg war ganz außer sich, er soll sogar geweint haben. Jetzt erst schien sich der Reichspräsident über die Folgen klargeworden zu sein.

Wer Papen erfunden hat, wußte Kastl nicht. Er will gehört haben, daß auch der junge Hindenburg eine gewisse Rolle gespielt hat. Er hat scheinbar auch gegen das Kabinett Brüning gehetzt, und zwar deshalb, weil er von seinen Standesgenossen in Ostpreußen nicht mehr begrüßt wurde, weil diese Kreise dem Reichspräsidenten seine bisherige Stellung übelnahmen.

7.) Kastl erzählte dann noch allerlei Unangenehmes. Die Generalskamarilla habe eine große Rolle gespielt. Schleicher, den er aber nicht für seriös hält, mache ungefähr Alles.<sup>5</sup> Unterdessen geht es mit der Wirtschaft und Finanz immer mehr abwärts.

8.) Wir sprachen auch darüber, was Herr Kastl hier mit Herrn Olivetti, der erst übermorgen in Rom eintreffen wird, besprechen will. Vergleiche darüber besondere Aufzeichnung.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Aufz. Pünders, 30. Mai 1932, AR, Kab. Brüning I u. II, Bd. 3, S. 2585f.; ebd. Anm. 3: Quellen zur Unterredung am 29. Mai.

<sup>5</sup> Siehe auch Schuberts Tagesaufz. zum 29. Juli 1932: „Mittlerweile las ich die Rundfunkrede von Schleicher [26. Juli, Schultheß', Bd. 73 (1932), S. 128-31], und zwar fand ich sie in der Börsenzeitung. Es ist das Unglaublichste, was ein Wehrminister je von sich gegeben hat. Es ist unmöglich, daß ein Militär sich in dieser Weise auf das Gebiet der auswärtigen Politik begibt. Es ist kein Wunder, wenn sich über so etwas die Franzosen aufregen. Eine Pflaume folgt auf die andere. Zum Beweis werden auch noch Engländer wie Lloyd George angeführt: das wird die Franzosen besonders freuen. Neurath tat am Telefon so, als ob es sich bei dem Gespräch Hoesch-Herriot [Tel. Hoeschs, 29. Juli, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 553-56], von dem die Zeitungen zu melden wissen, um eine gemütliche Aussprache handle. In Wahrheit wird natürlich Herriot sehr stark protestiert haben, ebenso wie der Französische Botschafter in Berlin. Auf diese Weise geben wir wieder einmal den Franzosen den Vorwand, überall gegen uns mobil zu machen. Es ist reinweg zum Verzweifeln.“ Zu der Rundfunkrede notierte Schubert am 30. Juli: „Heute morgen scheint aus den Zeitungen hervorzugehen, daß Neurath die Rundfunkrede Schleichers gebilligt hat; auch das Kabinett scheint sich in dieser Beziehung geäußert zu haben. Immer mehr komme ich zu der Überzeugung, daß die Verlautbarung Schleichers ein ungeheurer Blunder war. Wie kann sich Neurath so etwas gefallen lassen? Immer, wenn sich Militärs in die Politik einmischen, geht die Politik schief: das sollten wir doch allmählich gelernt haben. Aber Schleichers Stellung scheint eben überragend zu sein.“-Ebd.

<sup>6</sup> „[...] Kastl empfangen, der über seine Besprechung mit Olivetti berichtete. Sie war nach meinem Geschmack soweit ganz erfreulich verlaufen, wenn auch natürlich nicht viel dabei herausgekommen ist. Wieder zeigte es sich übrigens, daß man nur dann mit den Italienern weiterkommt, wenn man ständig drängelt. Olivetti wollte, wie mir Herr Kastl berichtete, zunächst garnicht an die Besprechung heran.“-Ebd. Näheres zu den Wirtschafts-

9.) Kastl meinte sehr bekümmert, der Reichspräsident habe nun auch den letzten Anhang verloren, den er bisher noch besessen habe. Das „Symbol“ – nur in dieser Beziehung habe doch Hindenburg Wert gehabt – sei nun weg.

[...]⁷

Abends gab ich unter Teilnahme sämtlicher Botschaftsmitglieder ein kleines Essen für Kastl mit Frau und Tochter. Der Abend verlief sehr gemütlich.

Ich hatte ein sehr langes Gespräch mit Kastl, das ganz allgemeiner Natur war und sich hauptsächlich auf wirtschaftliche Dinge bezog. Er sagte mir, seiner Ansicht nach stände es wirtschaftlich in Amerika viel schlechter als bei uns, in England mindestens eben so schlecht. Er sprach dann aber von dem sehr gefährlichen Schrumpfungsprozeß, der besonders auch bei uns zu konstatieren ist. Als ich ihn fragte, welche praktischen Mittel man vorschlagen könnte, um der Weltwirtschaft auf die Beine zu helfen, entwickelte er eine Idee, die, wie er sagte, bereits im Jahre 1917 von Stinnes vertreten worden ist, daß man von allen großen Produkten in allen Ländern eine Minimalabgabe erheben sollte, die dann in einen internationalen Fonds überführt werden müßte.<sup>8</sup> Dieser Fonds sollte dann zur Durchführung eines international durchzuführenden Arbeitsprogramms dienen. Kastl meinte ferner, daß bei den kommenden Wahlen seiner Ansicht nach die Nationalsozialisten in Verbindung mit den Deutschnationalen und sonstigen rechten Splitterparteien nicht die Majorität erhalten würden. Er rechnet mit einer Zunahme der Sozialdemokraten und mit einer starken Zunahme des Zentrums. Er meint, daß viele Leute das Zentrum nicht als solches, sondern als „Richtung Brüning“ wählen würden. Natürlich, so fügte er hinzu, würden alle Juden für Brüning stimmen.

## 275

### Aufzeichnung von Schuberts Rom, 1. August 1932

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 55.*

Ich muß feststellen, daß in letzter Zeit auf dem Gebiete der Information und der Instruktion aus Berlin eine schwere, dreifache Panne vorgekommen ist:

1.) In meinem Telegramm Nr. 162 vom 25. Juli hatte ich Berlin mitgeteilt, ich hätte, entsprechend dem hiesigen Protokoll, Herrn Mussolini von meinem Wunsche verständigen lassen, mit ihm als neuen Außenminister die Fühlung aufzunehmen. In meinem Telegramm Nr. 163 vom 26. Juli hatte ich gemeldet, daß Herr Mussolini mich am Freitag, den 29. Juli, nachmittags empfangen würde.

Hiermit hatte ich Berlin darauf hingewiesen, daß eine solche, immerhin doch wichtige, neue Fühlungnahme mit Herrn Mussolini stattfinden würde. Ich hatte

---

verhandlungen in einem Brief Kastls vom 3. August, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 55.

<sup>7</sup> Audienz bei Mussolini bestätigt, dazu Dok. 273 Anm. 4.

<sup>8</sup> Feldman, Hugo Stinnes, S. 501.

mit Absicht vermieden, um besondere Instruktionen zu bitten. Daß ich irgendetwas erwartete, lag auf der Hand: sonst hätte ich die telegrafische Meldung doch garnicht erstattet. Berlin mußte sich doch darüber klar sein, daß es diese Gelegenheit benutzen müßte, um den Italienern wenigstens irgendetwas zu sagen.

Als nichts kam, habe ich am Mittag den 29. Juli, an welchem Tage mich Herr Mussolini empfang, Berlin antelefonierte und Herrn von Neurath zwei Mal gefragt, ob etwas Besonders vorläge. Herr von Neurath verneinte dies und bat mich lediglich, Herrn Mussolini von ihm zu grüßen.<sup>1</sup>

Wenn ich besonders den Anfang meines Gespräches mit Mussolini bedenke, so verstärkt sich bei mir der Eindruck, daß er erwartet hatte, daß Berlin eine Botschaft materieller Art übermitteln würde.<sup>2</sup>

2.) In meinem Telegramm Nr. 164 vom 27. Juli 32 hatte ich mich nach der Berliner Einstellung zu den Erklärungen Borahs<sup>3</sup> erkundigt. In meinem Briefe vom 27. Juli an Herrn Köpke,<sup>4</sup> der am gleichen Tage abends abging, hatte ich begründet, warum ich gern über Borahs Äußerungen etwas wissen wolle: Herr Mussolini interessiere sich, wie mir bekannt sei, besonders für Amerika und sei bei unsern bisherigen Gesprächen stets besonders auf Amerika zu sprechen gekommen. (Meine Ansicht hat sich bewahrheitet: auch bei meiner diesmaligen Besprechung beschäftigte sich Mussolini stark mit Amerika.)

<sup>1</sup> „Ein Gespräch mit Berlin, wobei ich Neurath zu fassen bekam, verlief recht ergebnislos. Neurath stotterte allerlei daher. Das Gespräch mit Rom schien ihn sehr aufzuregen. Er brachte nichts Vernünftiges heraus.“-Tagesaufz. Schuberts zum 29. Juli 1932, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 54.

<sup>2</sup> Aufz. Schuberts, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 561-67.

<sup>3</sup> Borah hatte in einer Rundfunkrede vom 23. Juli 1932 die Einberufung einer internationalen Konferenz zwecks Revision oder Annullierung der Kriegsschulden gefordert, ebd., S. 579 Anm. 1 und Schultheß', Bd. 73 (1932), S. 366f.

<sup>4</sup> Darin heißt es: „Ich möchte Ihnen nur sagen, daß mir eine Information über die Stellungnahme eines Landes jetzt besonders am Herzen liegt, das sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Zunächst aus einem Grunde, der wiederum mit Mussolini zusammenhängt. Ich weiß nämlich, daß sich Mussolini ganz besonders für Amerika interessiert. Das habe ich auch persönlich feststellen können, da er noch bei jeder Unterredung, die ich mit ihm gehabt hatte, auf Amerika zu sprechen kam. Dann aber auch deshalb, weil mir jetzt der Schlüssel für die weitere Entwicklung der Weltlage hauptsächlich in Amerika zu liegen scheint. Mit Wehmut habe ich aus dem Material, das der letzte Kurier brachte, ersehen, wie ausgezeichnet zunächst die in Lausanne erreichte Einigung in Amerika gewirkt hat. Das ist ja auch kein Wunder, denn in Lausanne wurde doch nun endlich die langjährige Forderung Amerikas erfüllt, daß sich in der Reparationsfrage die europäischen Schuldnerstaaten unter sich einigen sollten. Dieser schöne Eindruck ist dann ja nun durch das törichte Gentlemen-Agreement [Dok. 274 Anm. 2] sowie durch den blödsinnigen französisch-englischen Konsultativpakt [Dok. 271 Anm. 2] alias Konsultativverständigung alias Vertrauenserklärung gründlich verdorben worden. Solche unsaubere diplomatische Arbeit, auch schon im rein äußerlichen, wie sie sich die Franzosen und Engländer dieses Mal geleistet haben, ist mir, glaube ich, kaum je vorgekommen. Der hiesige Amerikanische Botschafter [Garrett; ebd. Anm. 3], mit dem ich kürzlich sprach, war ganz außer sich. Inzwischen scheint man sich ja in Amerika wieder etwas beruhigt zu haben. Mittlerweile sind aber auch die merkwürdigen Verlautbarungen des Senators Borah erfolgt. Ich bin mir garnicht recht klar darüber, was davon zu halten ist. Ich habe mir deshalb erlaubt, heute um Auskunft zu telegrafieren, vor allem auch im Hinblick auf das Gespräch, das ich übermorgen mit Mussolini haben soll.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 54.



Als ich am 29. Juli noch keinerlei Antwort auf meine Anfrage erhalten hatte, habe ich Herrn von Neurath telefonisch um Auskunft über Borah gebeten, die er mir in der Form gab, wie sie durchs Telefon möglich war.

Das erbetene Informationstelegramm (Nr. 311 vom 29. Juli) kam aber erst am Abend dieses Tages und nach meiner Unterredung mit Herrn Mussolini an. Ganz offenbar hat dazu erst mein Telefongespräch den Anstoß gegeben.

3.) Zu dem gestern angekommenen Informationstelegramm Nr. 314 vom 30. Juli gab wiederum erst mein Telegramm Nr. 166 vom 29. Juli den Anstoß, in dem ich nämlich berichtet hatte, die Italiener würden wegen Punkt 4 des französisch-englischen Konsultativ-Abkommens in London anfragen. Erst hierauf hat man mich darüber orientiert, daß auch wir, und zwar scheinbar schon vor längerer Zeit eine Anfrage wegen des Punkts 4 nach London gerichtet haben.<sup>5</sup> Daß ich nicht im Stande war, am 29. Juli, als Herr Mussolini dieses Thema von sich aus anschnitt, ihm meinerseits Auskunft zu geben, kann recht bedenkliche Folgen haben.

Sch[ubert]

276

### **Konzept von Schuberts für eine Ansprache in der Universität für Ausländer in Perugia am 8. August 1932**

*Hschr. Konzept. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 55.<sup>1</sup>*

In der heutigen Zeit kommt es mehr denn je darauf an, der Vernunft in der Welt zum Siege zu verhelfen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die Völker, jedes für sich ihr Bestes einsetzend, sich gegenseitig kennen, verstehen und achten. Hierfür der Jugend den Blick zu öffnen ist eine Aufgabe, der die Königliche Universität zu Perugia unter Leitung ihres ausgezeichneten Rektors, des Herrn Astorre Lupatelli, in vorbildlicher Weise gerecht wird. Meine deutschen Landsleute empfangen hier auf klassischem Boden, wo zahllose Erinnerungen der Vergangenheit an die kraftvolle Gegenwart anknüpfen, tiefe Eindrücke von italienischer Kultur und Lebensart, die, auf dem fruchtbaren Boden der Jugend gepflanzt, im späterem Leben reiche Ernte tragen werden, zum Wohle beider Nationen!

---

<sup>5</sup> Tel. Neuraths vom 16., Bernstorffs vom 18., Neuraths vom 23. Juli 1932, ADAP, Serie B, Bd. XX, S. 505-07, 515, 535-37. Außerdem Dok. 274 Anm. 2.

---

<sup>1</sup> Grußadresse anlässlich eines Besuchs der 1926 im Rahmen der Königlichen Universität Perugia gegründeten Universität per Stranieri unter dem Rektor Astorre Lupatelli, einer beachteten Reformeinrichtung internationaler Studien, die noch heute besteht. Für Informationen danke ich Dr. Henning Salge (Köln/Cannara).

## Tagesaufzeichnung von Schuberts, Rom, zum 10. August 1932

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 55.*

Ich hatte vor meiner Abreise [nach Perugia; siehe Dok. 276] die Herren Smend und Scheffer gebeten, mir für die Rede, die ich am morgigen Verfassungstage halten muß, wie im vorigen Jahre, etwas aufzusetzen. Herr Smend legte mir daraufhin gestern [9. August] das hier beiliegende Elaborat vor, das mich in einiges Entsetzen versetzte.<sup>1</sup> Wenn er auf der zweiten Seite davon spricht, es wehe ein frischer, vaterländischer Wind in Deutschland, eine starke, nationale Bewegung sei aufgekommen usw., und wenn er hinzufügt, wir wollten uns an dieser Bewegung, hinter der vor allen Dingen die deutsche Jugend stehe, freuen usw., so ist das doch nichts anderes, als eine sehr unverhüllte, öffentliche Anbiederung an die Nationalsozialisten. Als ich mich heute bei Herrn Smend für seine Arbeit bedankte, sprach ich mit ihm im obigen Sinne. Zu meinem großen Erstaunen verteidigte Herr Smend seinen Entwurf. Er meinte, es sei notwendig, daß ich in irgendeiner Form der neuen Bewegung gedächte, umsomehr, als ich fälschlicherweise in manchen Kreisen in dem Verdacht stehe, eher „rosenrot“ zu sein. Ich erwiderte, nichts sei schlimmer, als wie als Opportunist angesehen zu werden.<sup>2</sup> Wenn ich Smends Rede hielte, so würden mich die Leute vom Schläge des Herrn Friedenthal totschiagen. Hierauf entgegnete Herr Smend, es komme jetzt weniger auf diese Leute an, als auf die Leute, wie Herrn Willis<sup>3</sup>!! Ich blieb bei meiner Meinung. Ich sagte Herrn Smend, auch er als Geschäftsträger würde eine solche Rede wohl kaum halten können. Er erwiderte sehr bockig, er würde ohne Zweifel und ganz sicher eine Rede in dem von ihm aufgesetzten Sinne Wort für Wort halten. Worauf ich erwiderte, dann würde er wohl verloren sein! Es gab also einen kleinen Zusammenstoß, der mich doch etwas erschütterte. [...]

Herr Scheffer lieferte seinerseits seinen Entwurf<sup>4</sup> erst am frühen Nachmittag [10. August]. Er gestand, er hätte große Hemmungen gehabt und die Arbeit sei ihm sehr schwer gefallen. Wie aus dem beiliegenden Entwurf hervorgeht, ist er, wenn auch nicht sehr prächtig, so doch annehmbar ausgefallen. Herr Scheffer war im Gegensatz zu Herrn Smend der Meinung, daß es durchaus unzweckmäßig sei, auf den Nationalsozialismus irgendwie anzuspielden.

<sup>1</sup> Anlage I.

<sup>2</sup> Am 12. August 1932 unterhielt sich Schubert mit Reisinger, der während eines Deutschlandbesuches mit Hitler zusammengetroffen war und in dem Gespräch Schubert als im nationalsozialistischen Sinne zuverlässig dargestellt hatte: „Ich muß sagen, daß mich diese Eröffnungen des braven Reisingers reichlich erschüttert haben. Wie kommt der Mann dazu, derartige Werturteile über Neurath und mich abzugeben? Die Sache wird allmählich geradezu lebensgefährlich. Ich hoffe nur, daß Hitler nicht den Eindruck gewonnen hat, als sei Reisinger in meinem Auftrage zu ihm gegangen, um mich bei ihm anzubiedern! Ich glaube allerdings, daß der brave Reisinger es mit dem, was er Hitler sagte, gut gemeint hat.“-Tagesaufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 55.

<sup>3</sup> Dazu Dok. 263 Anm. 29.

<sup>4</sup> Anlage II.

Ich habe mich dann am Nachmittag hingesetzt und selbst eine Rede entworfen.<sup>5</sup> Die Sache ist recht schwierig. Ich will mich aber lieber dem Vorwurf aussetzen, ich hätte zu wenig gesagt, als durch eine mit wunderbaren Schlaglichtern versehene Ansprache zu riskieren, daß man sich in Deutschland darüber die Mäuler zerreißt.

Im übrigen habe ich angefangen, den recht inhaltlosen Kurier langsam aufzuarbeiten.

**[Anlage I: Entwurf Smends für eine Rede zur Verfassungsfeier.  
Rom, 9. August 1932; Originalkonzept]**

Meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, Sie zunächst auf deutschem Boden alle herzlich willkommen zu heißen.

Die diesjährige Verfassungsfeier, zu der wir uns hier wieder zusammengefunden haben, fällt in eine bewegte Zeit. Auf dem Gebiet der auswärtigen wie der inneren Politik sind tiefgreifende Veränderungen zu verzeichnen, die in ihren Auswirkungen heute noch garnicht zu übersehen sind. In Lausanne ist es den Bemühungen der Reichsregierung gelungen, den Schlußstrich unter das dunkle Kapitel der Reparationen zu setzen, die wie ein Alb auf unserem Volke lagen und jedem wirtschaftlichen Wiederaufstieg Einhalt geboten. Die Völker haben inzwischen einsehen gelernt, daß es ohne ein lebensfähiges Deutschland nicht wieder aufwärts gehen kann und daß man uns zunächst wieder in den Sattel setzen muß, wenn nicht Europa, wenn nicht die Welt rettungslosem Niedergang verfallen soll. Das ist ein großer Schritt vorwärts auf dem Wege zur Normalisierung der Beziehungen unter den Völkern, die seit dem Kriege aus den Fugen gegangen sind. Wenn wir auf anderen wichtigen Gebieten unserer Außenpolitik bei den letzten internationalen Tagungen unser Ziel noch nicht erreicht haben – ich erinnere nur an die Frage der Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage und an das immer noch nicht befriedigend gelöste Kriegsschuldproblem, obwohl heute kein vernünftiger Mensch in aller Welt mehr an die Legende von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege glaubt – so darf und soll uns das nicht mutlos machen. Die Erkenntnis ist auch hier auf dem Marsch, und der Tag ist nicht mehr fern, an dem der Makel der Diskriminierung, die aus unserer Vaterlande eine Nation minderen Rechts, ein Pariavolk machen wollte, von uns genommen wird.

Mit dem neuen Werden auf internationalem Gebiet geht neues Leben in den großen Fragen unserer Innenpolitik Hand in Hand.<sup>6</sup> Es weht ein frischer vaterländischer Wind in Deutschland, eine starke nationale Bewegung ist aufgekommen, die nach neuen Wegen sucht, um Volk und Vaterland besseren Zeiten entgegenzuführen. Wir wollen uns dieser Bewegung, hinter der vor allem die deutsche Jugend steht, freuen und hoffen, daß sie die großen Kräfte, die ihr innewohnen, ohne Einseitigkeit in den Dienst am ganzen Volke zum Besten unseres gesamten Vaterlandes

---

<sup>5</sup> Anlage III.

<sup>6</sup> Von hier an bis zum Schluß lange Markierungsstriche Schuberts am Rand.

stellen wird. Denn, meine Damen und Herren, mag das Programm, mögen die Mittel und Wege, mit denen die eine oder andere politische Gruppe zur Macht im Staate strebt, noch so verschieden sein – das Ziel muß das gleiche bleiben: Deutschland, ein glücklicheres, stärkeres, aber auch innerlich geeinteres Vaterland, eine wahre Volksgemeinschaft, der über alles parteipolitisch Trennende hinweg der nationale Gedanke über alles geht. Diese vaterländische Geschlossenheit, von der wir heute, wie die traurigen, auch mit der Hitze des Wahlkampfes nicht entschuldigenbaren Ereignisse in der Heimat beweisen, leider noch weit entfernt sind, müssen wir vor allem erreichen, wenn es mit Deutschland wieder aufwärts gehen soll. Dies ist die Forderung des Tages, und an sie zu erinnern ist kein Anlaß so geeignet, wie der Tag, den wir heute begehen. Mag man sich im einzelnen zu dem Werke von Weimar stellen wie man will – der Tag, an dem das deutsche Volk sich in schwerster Zeit eine Verfassung gab und damit allen Bedrohungen von außen und innen zum Trotz seinen ungebrochenen Lebenswillen, sein Streben nach Einigkeit und Freiheit bekundete, dieser Tag wird immer ein Merkstein in der Geschichte unseres Volkes bleiben. Denn der Leitgedanke, der diese Verfassung beherrschte, war die Einigung des deutschen Volkes in allen seinen Stämmen. An diesem Tage sollen sich alle unsere Herzen zusammenfinden, mögen wir rechts, links oder in der Mitte stehen, zusammenfinden in dem einen Gedanken der Volksgemeinschaft, die nur ein Gefühl kennt, nur ein Streben, nur eine Hoffnung: Deutschland, unser geliebtes Vaterland.

Von diesem Gedanken der Zusammengehörigkeit aller Volksgenossen daheim und in der Fremde beseelt, lassen Sie uns rufen:<sup>7</sup>

**[Anlage II: Entwurf Scheffers für eine Rede zur Verfassungsfeier.  
Rom, 10. August 1932; Originalkonzept]**

Deutsche Volksgenossen, liebe Landsleute, hochverehrte Gäste!

Als Vertreter des Deutschen Reiches heiße ich sie alle am heutigen Tag herzlich willkommen. Ich begrüße die Mitglieder der deutschen Kolonie in Rom, ich begrüße nicht weniger lebhaft alle jene, die aus der fernen Heimat kommen und in der Ewigen Stadt für kurze Zeit sich aufhalten, in dem Wunsch, sie mögen mit einer reichen Bürde bleibender Eindrücke aus diesem unvergleichlich schönen Lande mit seinen reichen Schätzen in Kunst und Geschichte aber auch mit wertvollen Kenntnissen aus dem modernen Italien mit seinem neuen und großzügigen politischen Gestaltungswillen in die Heimat zurückkehren. Eine besondere Freude ist es mir, auch dieses Jahr wieder zahlreiche italienische Freunde unserer Heimat hier begrüßen zu können.

Zum Feste feiern, ist unsere Zeit nicht angetan. Wenn heute alle Auslandsdeutschen bei der Verfassungsfeier sich in Gedanken um die ehrwürdige Gestalt unseres Reichspräsidenten scharen, so heißt das, die tiefe Sorge des Lenkers der Reichsgeschicke mit ihm zu teilen, sich besinnen auf das schwere innere Ringen der Heimat, auf die innere und äußere Notlage unserer Volksgenossen, sich erhe-

<sup>7</sup> Der abschließende Ausruf fehlt.

ben über Verfallserscheinungen der Zeit, die den heiligen Inbegriff deutschen Wesens und deutscher Heimat nicht antasten können.

Überall, wohin wir blicken, tobt heute in den verschiedensten Erscheinungsformen die Krise, ohnegleichen in der Geschichte. Die Wirtschaft hat sie gelähmt; Handel und Gewerbe stehen still; Weltanschauungen zersetzt sie; die seelischen Kräfte des Einzelnen und der Völker zermüht sie; das sittliche Gebot scheint ins Wanken geraten.

Deutscher sein im Ausland, heißt immer: die Dinge in der Heimat in intensivster Weise mitzuerleben. Mehr als je, gilt das heute, wo wir bangen um die Erhaltung all des Großen und Edlen und Schönen was durch die Jahrhunderte der reichen deutschen Geschichte an geistigem Gut, an ureigenster Wesensart als Erbe auf uns überkommen ist, wo wir aber auch mit der ganzen Kraft des Herzens ersehnen, daß der neuen Generation, die jetzt tatkräftig vor uns steht, daß unseren heranwachsenden Geschlechtern der Gedanke an die Heimat und die Arbeit in ihr und für sie wieder mit dem Vollgefühl der Kraft, des Ansehens, der Weltgeltung des Vaterlandes und eines sicheren Friedens verbunden sein möge.

Deutscher sein, heißt aber auch: den unerschütterlichen Glauben an das Deutschtum, selbst in Zeiten härtester Prüfung und quälender Verwirrung, nicht verlieren. Gerade wir Deutschen im Ausland dürfen diesen starken Glauben nicht verlieren. Mehr als unsere Brüder und Schwestern in der Heimat haben wir in solchen Zeiten die Möglichkeit, den Blick klar und frei zu behalten. Wir sind es, die immer und fast tagtäglich die Sympathien sehen, die unser Volk in der ganzen Welt genießt. Wir sind es, die durch die Kenntnis des Auslands, durch tägliche Beobachtung der Art und Weise, wie fremde Länder den Kampf mit der vielgestaltigen Krise führen, einen sicheren Maßstab für die gewaltigen Leistungen der Heimat in der Krisenabwehr haben können. Und wir, als Gäste Italiens im besonderen, können uns in der heutigen Krisenzeit klar und fest vor Augen halten die Richtigkeit und unerschöpflich scheinende Kraft des Wortes: Hilf dir selbst, so hilft dir Gott.

Mit dankbarer Anerkennung dürfen wir da feststellen, daß in unserer geliebten Heimat bei dem oft übermenschlich dünkenden Unterfangen Kräfte und Männer am Werk sind, dem Vaterland in seiner Not zu dienen, dem deutschen Volk den Weg zu neuer Blüte zu ebnen, die schweren Zeiten zu meistern.

Ihrer wollen wir am heutigen Tag in Treue gedenken damit ihr Mühen und Sorgen und Wollen zum Besten unseres Volkes vom Erfolg gekrönt werde. In Treue richten wir unsere ehrfürchtigen Gedanken vor allem zu unserem Herrn Reichspräsidenten Generalfeldmarschall v. Hindenburg, zu dieser starken unentwegten deutschen Persönlichkeit, zu diesem in der ganzen Welt anerkannten Symbol der deutschen Sehnsucht nach Einigkeit und Recht und Freiheit, wie sie als Hoffnung und Ziel auch der Weimarer Verfassung zugrunde liegt.

An ihrem Jahrestag, der uns heute hier zusammengeführt hat, fassen wir unser ganzes Hoffen und Wünschen für das Wohlergehen und die neue Blüte des Vaterlandes zusammen in den Ruf:

Das in der Deutschen Republik geeinte deutsche Volk, es lebe hoch!

**[Anlage III: Konzept von Schuberts für eine Rede zur Verfassungsfeier.  
Rom, 10. August 1932]**

Meine Damen und Herren!

Ich heiße Sie alle, die Sie sich heute mit mir zur Feier des Verfassungstages auf deutschem Boden zusammengefunden haben, sehr herzlich willkommen.

Als ich im vorigen Jahre zur gleichen Zeit vor Ihnen stand, habe ich gesagt, daß der Tag sein Gepräge durch die Schwere der Zeit erhalte.<sup>8</sup> Wir haben damals die Wiederkehr des Tages, an dem das deutsche Volk sich eine neue Verfassung gab, in sehr ernster Stimmung begangen.

Das ist auch heute der Fall. Noch immer lastet die Not schwer auf dem geliebten Vaterlande. Noch immer und vielfach noch schärfer als im vorigen Jahre nagt die Sorge um das tägliche Brot, die Sorge um die Zukunft ihrer Kinder an den Herzen vieler unserer Volksgenossen in der Heimat. Dabei ist es kein Trost, daß auch in anderen Ländern sich die Not mehr und mehr einstellt: im Gegenteil, die wirtschaftliche Verbundenheit der Welt bringt es mit sich, daß die Schwierigkeiten des einen Landes die Schwierigkeiten des andern oft nur noch verstärken.

Aber trotz alledem: wenn wir auf das vergangene Jahr zurückblicken, so können wir hieraus schon die Hoffnung schöpfen, daß wir an der Zukunft unseres geliebten deutschen Volkes nicht zu verzweifeln brauchen. Vergegenwärtigen wir uns, mit welcher tiefen Sorge das deutsche Volk in den letzten Winter hineinging. Erinnern wir uns daran, daß es Propheten gab, die damals einen baldigen wirtschaftlichen und seelischen Zusammenbruch Deutschlands für unvermeidlich erklärten. Das ist nicht eingetreten, und warum? Weil trotz allen Widerstreits der politischen Anschauungen der eine Volksteil, dem es noch verhältnismäßig gut ging, dem andern, der Not litt, in vorbildlicher Weise half. Das ist nicht eingetreten, weil der Glaube an den Segen ehrlicher Arbeit und treuer Pflichterfüllung in unserm Vaterlande noch nicht geschwunden war. Das ist nicht geschehen, weil der überwiegende Teil unseres Volkes den besten Willen hatte, der Not der Zeit tapfer die Stirn zu bieten.

An dieser Erkenntnis dürfen wir uns auch heute nicht irre machen lassen, wenn wir feststellen müssen, daß manche treue Arbeit fruchtlos geblieben ist und wir sehen, daß die bittere Not manche Erscheinungen hervorgebracht hat, die uns allerdings mit Sorge erfüllen können. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß es dem starken und im Kern gesunden deutschen Volk gelingen wird, dieser Krankheitserscheinungen Herr zu werden. Ich habe die zuversichtliche Hoffnung, daß der Weg Deutschlands wieder aufwärts führen wird, wenn auch vielleicht viel Althergebrachtes über Bord gehen muß, an dem manches Herz hing.

In diesem Glauben bestärkt mich noch ein Anderes. Trotz aller Not der Zeit hat es sich gezeigt, daß das gewaltige, geistige Erbe, das uns unsere Vorväter hinterlassen haben, nicht zu Grunde gegangen ist. Trotz aller materiellen Hemmnisse hat die Schaffenskraft des deutschen Volkes auf allen Gebieten des geistigen Lebens neue, schöne Früchte gezeitigt und damit bewiesen, daß die alten Ideale noch nicht geschwunden sind. Wir Alle haben das, glaube ich, mit tiefer Freude empfunden,

---

<sup>8</sup> Siehe Dok. 261.

als wir in diesem Jahre hier zahlreichen Veranstaltungen beiwohnten, die hierfür beredetes Zeugnis ablegten und die dazu beigetragen haben, in diesem gastlichen Lande den deutschen Namen zu neuen Ehren zu bringen.

Wenn wir uns an dem heutigen Tage in Gedanken um die ehrwürdige Gestalt unseres Reichspräsidenten scharen, so glaube ich in Ihrem Sinne zu sprechen, wenn ich sage, daß wir Alle in tiefem Mitempfinden an dem schweren, inneren Ringen der Heimat teilnehmen. Ich glaube fest daran, daß trotz allen Unterschieds der politischen Einstellung und der Lebensauffassung das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit nur das eine Bestreben hat, nicht nur sich selbst, sondern der Gesamtheit zu helfen. Die Ansicht über den Weg, der hierzu beschritten werden muß, mag verschieden sein: Das Ziel, daß Alle im Auge haben, ist im Grunde das gleiche. Durch alle Verwirrungen hindurch wird sich der ehrliche Wille seine Bahn brechen.

Glauben Sie nicht, daß ich die ungeheuren Schwierigkeiten verkenne, die sich in diesem Winter, der, fürchte ich, noch schwerer sein wird, als der vergangene, vor uns auftürmen. Glauben Sie nicht, daß ich einem Optimismus das Wort reden will, der diesen Schwierigkeiten gegenüber die Augen verschließt und an Wunder glaubt. Ich glaube aber, daß es in der Tat notwendig ist, mit jenem Optimismus in die Zukunft zu blicken, der in dem festen Willen besteht, alles nur Menschenmögliche daran zu setzen, um zum Aufstieg des Vaterlandes beizutragen. Es ist ein neues, lebensbehahendes Geschlecht herangewachsen und alles wird darauf ankommen, dieser jungen Generation zur Entfaltung ihrer Kräfte zu verhelfen.

Wenn wir Alle einen festen Willen haben, und auch wir im Ausland lebenden Deutschen sollen und müssen ihn haben, wenn wir Alle einen verächtlichen Kleinmut bewußt von uns werfen, so wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Aber Eins ist nötig, wenn wir uns der Hoffnung auf bessere Zeiten und darauf hingeben wollen, daß unser deutsches Vaterland in Zukunft in der Welt immer mehr das Ansehen und die Anerkennung findet, die ihm gebühren. Dieses Eine hat im letzten Jahre unser verehrungswürdiger Herr Reichspräsident bei vielen Anlässen in kritischen Stunden dem deutschen Volk ans Herz gelegt: daß es sich über allen Streit der Meinungen hinweg in den großen Zielen einigen möge zum Wohl des Vaterlandes. Hoffen wir von ganzem Herzen, daß diese Einigkeit bald zur Wirklichkeit werden möge. Hoffen wir, ich spreche das sehr bewußt aus, hoffen wir das gerade in der jetzigen Zeit, wo die verschiedenen Strömungen mit besonderer Schärfe aufeinander prallen. Nur ein in seinen großen Zielen geeintes Volk kann sich, kann sich in der Welt durchsetzen! Das ist kein leeres Wort: noch zu jeder Zeit war deutsche Arbeit, deutsche Pflichterfüllung und deutsche Intelligenz von Erfolg gekrönt, wenn die Deutschen sich darauf besonnen haben, daß sie in erster Linie alle eines Stammes, daß sie Deutsche sind!

In diesem Sinne lassen Sie uns gemeinsam ausrufen: Unser geliebtes deutsches Vaterland, das in der Republik geeinte deutsche Volk, sie leben hoch!

## Tagesaufzeichnung von Schuberts, Rom, zum 11. August 1932

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 55.*

In Berlin scheint sich jetzt in Bezug auf das Kabinett und seine eventuelle Umbildung eine Entscheidung anzubahnen. Der Messaggero meldet, Herr von Papen habe, nachdem er von Hindenburg empfangen worden sei, die Absicht, zunächst mit dem Zentrum und den Deutschnationalen und sodann mit Hitler zu verhandeln. Das Blatt behauptet, entweder würden einige Nationalsozialisten in das Kabinett eintreten oder aber Hitler werde Reichskanzler, Strasser das Innere übernehmen und vielleicht Göhring [sic] das Verkehrs-Ministerium. Dann werde, so fügt das Blatt hinzu, Papen als Vize-Kanzler und Außenminister im Kabinett bleiben, während Neurath wieder den Posten in London übernehmen werde. Im Radio wurde heute Morgen verkündet, Papen habe demissioniert. Ich nehme an, daß es sich um die formelle Demission handelt, die in den Fällen üblich ist, wo eine neue Regierung gebildet werden soll.<sup>1</sup>

Es erschien der Japanische Botschafter, um seinen Abschiedsbesuch zu machen. Er war außerordentlich freundschaftlich und äußerte sich geradezu enthusiastisch über Neurath. Er sagte, wir könnten glücklich sein, in der jetzigen Zeit einen solchen Außenminister zu haben. Ich hatte den Eindruck, daß es sich dabei nicht um die üblichen Höflichkeitsfloskeln handelte.

Nachmittags fand die Verfassungsfeier statt. Ich hielt die anliegende Rede, die ich gestern selbst unter ziemlichlichen Qualen aufgesetzt hatte.<sup>2</sup> Die Veranstaltung verlief soweit recht nett.<sup>3</sup> Es soll sogar eine gewisse Stimmung vorhanden gewesen sein. Es waren ungefähr 200 Personen erschienen, also eine stattliche Anzahl. Es sollen 250 Liter Bier konsumiert worden sein. Die Journalisten waren nur durch Herrn von Stutterheim und Herrn Hildebrand vertreten. Alle andern waren, nach Angabe des Herrn Scheffer, auf Urlaub.

Abends hatten mich Bülow's zu einem recht gemütlichen Abendessen eingeladen, an dem noch Schmid-Krutina und Marschall teilnahmen.

<sup>1</sup> Dazu Ministerbesprechung vom 10. August 1932, AR, Kab. Papen, Bd. 1, S. 377-86, und 15. August 1932, ebd., S. 398-404. – In Schuberts Tagesaufz. zum 3. September heißt es: „Heute morgen erschien unerwartet Herr Reichsminister a. D. Koch-Weser, der auf einige Tage nach Rom gekommen ist. Wir sprachen über allerlei, auch über die innerpolitischen Zustände in Deutschland. Er sagte mir zu meinem Erstaunen, das parlamentarische System habe ganz abgewirtschaftet. Seiner Ansicht nach sei damit zu rechnen und auch zu hoffen, daß Papen am Ruder bleiben werde, der seine Sache recht gut mache. Ich sagte Herrn Koch, ich könnte mich seiner nicht mehr annehmen, da ich vielleicht bereits Montag [5. September] abreisen werde. Er machte einen schwachen Versuch, um eine Audienz bei Mussolini zu bitten. Ich habe durchblicken lassen, daß das unmöglich sei.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 58.

<sup>2</sup> Siehe Dok. 277 Anlage III.

<sup>3</sup> Hschr. Zusatz Schuberts am Ende der Seite: „Vgl. wichtige Aufz. über Verfassungsfeier vom 13. August 1932!“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 55. In dieser Aufz. kritisiert Schubert das Verhalten der Botschaftsangehörigen, deren Einstellung zur Verfassungsfeier er als nicht angemessen empfand.



[Folgender Absatz hschr. von Schubert:]

Es macht mir Freude, daß ich mit meiner Rede, vielleicht auch durch die Art des Vortrages, Glück hatte. Auf die üblichen Beifallskundgebungen der Menge und einzelner Kolonienmitglieder gebe ich nicht viel. Aber zwei Glückwünsche, oder drei, haben mich gerührt. Als ich im Dunkel zur Haupttür ging, um mich umzuziehen, lauerte mir Herr Gitschmann (Kanzleidiener) auf, um sich in seinem und „seiner Freunde“ Namen bei mir für die zu Herzen gehende Rede zu bedanken. Als ich bei Bülow ankam, sagte mir Frau von Bülow, sie gratuliere mir zu der Rede: sie sei sehr schwer zu machen gewesen und ich hätte das glänzend gemacht (oder so ähnlich). Endlich erzählte mir Herr Scheffer, Herr Hildebrand habe gesagt, die Rede sei sehr eindrucksvoll gewesen.

## 279

### Tagesaufzeichnung von Schuberts (gekürzt), Rom, zum 7. September 1932

*Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 58.*

Nach reiflicher Überlegung habe ich mich entschlossen, den Brief an Baron Neurath doch abzuschicken.<sup>1</sup> Ich habe mir gesagt, es sei doch besser, nach dem Sprichwort zu handeln: Quod non est in actis, non est in mundo!

Ich halte es unbedingt für notwendig, daß Berlin über die Stimmung, welche die nicht rechtzeitige Beteiligung Italiens an unserer Abrüstungs-Démarche offenbar hervorgerufen hat, Bescheid weiß.<sup>2</sup> Außerdem ist dieses Verfahren ein Glied in

<sup>1</sup> Schubert hatte am 5. September einen Brief an Neurath konzipiert, der laut hschr. Notiz am Rande am 7. September abgeschickt wurde. Zum Inhalt siehe Anm. 3. Zunächst hatte er sich anders entschieden: „Ich habe gestern einen Brief an Neurath aufgesetzt, der das Entsetzen von Smend erregte, da er befürchtet, Neurath würde sich sehr darüber ärgern. Ich halte mich aber für verpflichtet, Berlin über die hiesige Stimmung aufzuklären. Mein Telegramm über die Unterredung mit Mussolini [vom 2. September, ADAP, Serie B, Bd. XXI, S. 74-76] hat, wie ich aus dem Telefongespräch mit Bülow entnahm, in Berlin große Freude erregt. Vielleicht eben zu große Freude! Jetzt werde ich ja Gelegenheit haben, Neurath die Beschimpfungen unseres Gewährsmannes mündlich mitzuteilen. Vielleicht ist das auch besser.“-Aufz. Schuberts, 6. September 1932, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 58.

<sup>2</sup> Die Reichsregierung hatte am 29. August 1932 François-Poncet einen Vorschlag über gemeinsame Verhandlungen zwecks deutscher Gleichberechtigung in der Rüstung übergeben, Aufz. Neuraths, ADAP, Serie B, Bd. XXI, S. 54-58. Zu diesen Vorgängen schrieb Schubert am 1. September 1932: „Herr Smend hat heute gegen 11 Uhr auf meine Bitte Herrn Kordt angerufen und ihn gefragt, worum es sich bei den sogenannten offiziellen deutsch-französischen Besprechungen in der Abrüstungsfrage gehandelt hätte. Herr Kordt, der nicht sehr gut informiert schien [...] erwiderte, die Angelegenheit sei gelegentlich eines Frühstückes, das Staatssekretär von Bülow am 23. v. M. dem Französischen Botschafter in seiner Wohnung in strengster Intimität gegeben habe, besprochen worden. Auf die Frage, ob man diese Unterhaltung als eine offiziöse Besprechung bezeichnen könne, antwortete Herr Kordt, daß tatsächlich der wesentliche Inhalt des Telegramms Nr. 329 [mit diesem Telegramm wurde die Botschaft in Rom über den Gesprächsinhalt informiert, ebd., S. 55 Anm. 6] bei diesem Anlaß erörtert worden sei. Man habe darauf er-

einer ständigen Kette von, ich kann nicht anders sagen, Verfehlungen, die das Amt begangen hat. So kann man schließlich mit den Leuten hier nicht arbeiten, so kommt man nicht weiter. Ich rechne auch damit, daß Baron Neurath sich über meinen Brief nicht besonders, wenigstens nicht über mich, ärgern wird. Sollte er dies tun, so muß mir auch das gleichgültig sein. Ein gewisser Ärger über die Sache selbst wäre übrigens ganz gesund. Das könnte doch vielleicht zu einer Besserung beitragen!<sup>3</sup>

In wilder Hast habe ich die letzten Arbeiten und Vorbereitungen für die Reise erledigen können.<sup>4</sup>

[...]<sup>5</sup>

---

fahren, daß François-Poncet den Inhalt dieses Gespräches sofort nach Paris weitergegeben habe, worauf der Quai d'Orsay verschiedene Regierungen, darunter die Englische und die Italienische von dem Verlauf der Unterredung verständigt habe. Er sagte ferner noch, daß die weiteren Indiskretionen der Franzosen über das Gespräch Neurath/François-Poncet wahrscheinlich einen großen ‚Sturm‘ in Berlin heraufbeschwören würden, wodurch die Situation nicht gerade erleichtert werde.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 58.

<sup>3</sup> Schreiben Schuberts an Neurath vom 5. September 1932, u.a.: „Außerdem aber erhielt ich durch Herrn Scheffer am 2. September morgens eine Mitteilung von einem Gewährsmann, der Ihnen bekannt ist. Dieser Gewährsmann hatte Herrn Scheffer am Vorabend auseinandergesetzt, wie sehr man es im Palazzo Chigi bedauere, ja, wie verärgert man darüber sei, daß Deutschland seinen Schritt in der Gleichberechtigungsfrage nur in Paris unternommen habe. Mit recht bitteren Gefühlen sehe man hier einmal wieder, wie Italien wieder einmal von Deutschland übergangen werde.[...] Ich mache mir über die Hilfe, die uns die Italiener auf den verschiedensten Gebieten unserer Außenpolitik zu Teil werden lassen können und wollen, keine besonderen Illusionen. Ich weiß, daß sie uns öfters auf den internationalen Konferenzen, die in den letzten zwei Jahren stattgefunden haben, die Unterstützung nicht zu Teil werden ließen, die wir erwartet hatten. Auf der anderen Seite ist aber wohl kein Zweifel darüber, daß uns Herr Mussolini in der Reparationsfrage und in der Abrüstungsfrage stets sehr wirksam sekundiert hat. Dazu kommt, daß der italienische, für uns sehr nützliche Standpunkt festliegt und wohl kaum in der großen Linie jemals geändert werden wird. Endlich kann man wohl sagen, daß wir in beiden Fragen die Unterstützung Italiens und Mussolinis recht gut gebrauchen können. Unter diesen Umständen wäre es meines Dafürhaltens sehr wünschenswert gewesen, wenn es sich hätte ermöglichen lassen, Mussolini gleichzeitig, d. h. am selben Tag mit den Franzosen über unseren Standpunkt in der Gleichberechtigungsfrage aufzuklären. Noch mehr Eindruck hätte man hier hervorrufen können, wenn man sich dazu hätte entschließen können, Herrn Mussolini schon vor der Demarche bei Herrn Poncet vertraulich aufzuklären. Ich glaube, daß vielleicht im Gegensatz zu den Engländern, Herr Mussolini dichtgehalten hätte. Man hätte sich auf diese Weise von vornherein, meiner Ansicht nach, einen wertvollen Bundesgenossen schaffen können. Ich möchte mich mit diesen Ausführungen nicht dem Vorwurf aussetzen, einen unerbetenen Rat geben zu wollen. Ich bin lange genug im Amt gewesen, um zu wissen, daß sich vom Ausland aus gesehen, die Politik, die wir führen können und müssen, auch in den Einzelheiten oft sehr anders ansieht, als von der Zentrale aus. Trotzdem aber habe ich es nicht unterlassen wollen, Ihnen diese Erwägungen vorzutragen, und ich bin überzeugt davon, daß Sie das richtig auffassen werden.“-Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 58.

<sup>4</sup> „Bülow hatte mir bis abends Antwort versprochen. Sie kam dann etwa um 7 Uhr auch an. Ich habe mich daraufhin entschlossen, über die Saar nach Berlin zu fahren. Ich hoffe, daß dieser Entschluß der richtige ist. Bülow hatte mir ja gesagt, am Sonnabend [10. September] (dem Tage, an dem ich in Berlin eintreffe) erwarte man die französische Antwort und werde dann erst im Stande sein, Entschlüsse für eine größere Aktion zu unternehmen. Aus dem Telegramm, das mir Bülow sandte, geht ferner hervor, daß man

**Tagesaufzeichnung von Schuberts über die Besprechungen in Berlin  
am 10. September 1932, nachträglich diktiert  
Rom, 4. Oktober 1932**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 59.<sup>1</sup>*

Als ich heute morgen, nachdem ich kurz nach 7 Uhr in Berlin angekommen und im Kaiserhof abgestiegen war, in der Badewanne saß, klingelte das Telefon. Ich nahm zunächst hiervon keine Notiz, dann aber erschien ein Page, der mir sagte, das Auswärtige Amt habe dringend angerufen. Hierauf verließ ich die Badewanne und ließ mich mit dem Amt verbinden. Es meldete sich Herr Budde, der mir mitteilte, Herr Köpke lasse mich bitten, möglichst bald ins Amt zu kommen. Herr Köpke wolle der Erste sein, der mich in Berlin sähe. Wir verabredeten eine Zusammenkunft auf 10 ¼ Uhr.

Pünktlich fand ich mich bei Herrn Köpke ein, der mir mit ernster Miene sofort sagte, er habe mir etwas sehr Unangenehmes mitzuteilen. Ein Gewitter habe sich von allen Seiten um meinen Kopf zusammengezogen: ich solle zur Disposition gestellt werden. Die Nationalsozialisten seien gegen mich, aber auch Andere: Alle! Hindenburg habe wieder einmal zu Neurath gesagt, ich habe ja damals auf den Tisch geschlagen.<sup>2</sup> Köpke fügte hinzu, es treffe auch Andere. Hoesch, der von Paris weggehen müsse, hoffe man zu halten, indem man ihn nach London schicke. Auch Prittwitz wackle. Herr Will werde zur Disposition gestellt werden. Köpke schloß seine Erklärung mit dem Hinweis darauf, daß meine Verabschiedung definitiv sei. Ich erwiderte, hierauf sei ich allerdings nicht vorbereitet. Kopfschüttelnd fügte ich öfters hinzu: „das ertrage ich nicht“.

Köpke meinte, ich solle die Sache doch nicht so tragisch nehmen. Hindenburg lebe nicht ewig. In einem Jahr werde, nach seiner Überzeugung, die Sache ganz anders aussehen. Ich erwiderte, daran glaube ich nicht. Mein Leben sei damit zu Ende. Ich wiederholte die stereotypen Worte „ich ertrage das nicht!“ Köpke sagte dann, er rate mir, das Prävenire zu spielen und zu sagen, ich wolle den Abschied nehmen und zwar aus Privatrücksichten.

---

entweder die angekündigte Demarche unterlassen will, oder bei dieser Demarche auf meine Anwesenheit keinen Wert legt.“-Aufz. Schuberts, 6. September 1932, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 58.

<sup>5</sup> Bemerkungen u.a. über seine Reise nach Berlin mit einen Zwischenstopp am 9. September in Dillingen.

---

<sup>1</sup> Schubert hatte wie üblich in Berlin hschr. Notizen über seine Gespräche angefertigt, die er erst in Rom in eine endgültige Form brachte. Aus seinen Berliner Notizen sind hier nur die durch rote Anstreichungen besonders kenntlich gemachten an ihrer von Schubert gewählten Stelle eingefügt (s. Anm.).

<sup>2</sup> Siehe Anm. 11.

Ich erwiderte, das würde ich keinesfalls tun.

Er meinte daraufhin, ich sollte mir die Sache doch noch einmal überlegen. Ich lehnte die Anregung erneut ab.

Köpke sagte im weiteren Verlauf des eine kurze ½ Stunde dauernden Gesprächs, auch von italienischer Seite sei gegen mich gearbeitet worden. Auf meine Frage, wer das gewesen sei, antwortete er, das wisse er nicht.

Ich wies auch darauf hin, daß mein plötzlicher Abschied auch sehr unangenehme finanzielle Folgen für mich haben werde, worauf Köpke lebhaft sagte, das sei die letzte Sorge: ich könne sicher sein, daß man mir helfen werde.

Als ich im Laufe des Gesprächs einwarf, ich hätte doch schließlich in Rom allerlei getan, erwiderte Köpke mit einiger Betonung, vielleicht zu viel! Ich habe dieses Thema dann aber nicht vertieft.

Schließlich fragte ich Köpke, wann ich denn nun heute zu Neurath gehen sollte, der mich doch telegrafisch nach Berlin berufen hätte.

Köpke antwortete, das wisse er nicht und telefonierte in meiner Gegenwart mit Herrn Völckers, der zur Zeit das Vorzimmer des Ministers leitet. Völckers schien auch keine Stunde festgesetzt zu haben, worauf Köpke ihm sagte, er solle mir doch in den Kaiserhof sagen lassen, wann der Minister mich zu sehen wünsche.

Über politische Fragen, insbesondere über die Abrüstungsfrage haben wir nur kurz gesprochen, da Köpke, soeben erst vom Urlaub gekommen, angab, über die politischen Einzelheiten der letzten Zeit vollkommen unorientiert zu sein.

Beim Weggehen fragte ich Köpke, der mir riet, etwas im Tiergarten spazieren zu gehen, ob ich Neurath sagen könnte, daß ich von ihm – Köpke – orientiert worden sei. Nach kurzem Zögern erwiderte Köpke, ich solle das ruhig tun, denn er sei mit Neurath ja sehr befreundet.

Köpke war, wie üblich, etwas eilig. Er sagte mir, er erwarte den Belgischen Gesandten, der dann auch während unseres Gesprächs angemeldet wurde und kurze Zeit warten mußte.

Ich hatte sofort das Gefühl, daß die Mitteilungen, die Köpke mir machte, auf einer Verabredung zwischen dem Minister und ihm beruhten.

Von einem Besuche von Bülow mußte ich absehen, da ich bereits von Herrn Budde am Telefon erfahren hatte, daß Bülow auf ein Weekend gefahren sei und erst übermorgen, am 12. September, nach Berlin zurückkommen werde.

Ich ging sodann zu Herrn Völckers und fragte ihn, wann der Minister mich zu sehen wünsche. Herr Völckers teilte mir mit, der Minister, der heute noch garnicht im Amt gewesen sei, müsse im Frack heute vormittag bei dem Reichspräsidenten dem Empfange von drei ausländischen Gesandten beiwohnen. Er komme um ½ 1 Uhr ins Amt. Als ich dann fragte, vielleicht würde es dann dem Minister um 1 Uhr passen, meinte Herr Völckers, das werde wohl gehen, worauf ich sagte, also würde ich um 1 Uhr mich wieder im Amt einfinden.

Herr Völckers teilte mir übrigens mit, daß die Devisenverhandlungen gänzlich schief gingen. Wahrscheinlich werde das Devisenabkommen noch heute gekündigt werden. Er zeigte mir ein Telegramm des Herrn Smend, worin dieser auf die schweren politischen Folgen einer eventuellen Kündigung hinweist.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Tel. der Botschaft Rom vom 9. September 1932, ADAP, Serie B, Bd. XXI, S. 93-96; siehe auch Dok. 269 Anm. 4. Zum Konflikt wegen der Kündigung des Abkommens Tel. Neu-

Als ich das Amt verließ, traf ich auf der Treppe Hoesch, der ins Amt kam. Ich ging mit ihm noch einmal hinauf. Er suchte Herrn Völckers auf und verabredete mit dem Minister eine Zusammenkunft für  $\frac{3}{4}$  1 Uhr. Wir gingen sodann in dem Tiergarten spazieren.

Zuerst sprachen wir über unsere beiderseitige Reise nach Berlin. Hoesch erzählte, er sei erst gestern, ganz plötzlich, telegrafisch nach Berlin gerufen worden. Er habe noch gerade ein paar Sachen in den Koffer werfen und den Zug erreichen können. Heute morgen sei er angekommen. Er nähme an, daß es sich wahrscheinlich um eine gemeinsame Aussprache handeln werde.

Wir sprachen dann zunächst über Politik, insbesondere über die Abrüstungsfrage. Hoesch verurteilte unsere Demarche, und zwar vor allem, daß er die Sache nicht in Paris zu machen gehabt hätte. Seiner Überzeugung nach wäre sie dann ganz anders gelaufen. Es sei doch ganz falsch, in einer solchen Sache sich in Gestalt des Französischen Botschafters einen französischen Advokaten zu nehmen, anstatt eines deutschen!<sup>4</sup>

Ich hatte zunächst gezögert, ob ich Hoesch von den Mitteilungen Köpkes Kenntnis geben sollte. Ich hielt es dann aber doch für richtig, Hoesch vertraulich zu orientieren und erzählte ihm, was Köpke mir soeben gesagt hätte, auch das über Hoesch selbst.

Er erwiderte, diese Nachricht, soweit sie ihn selbst beträfe, komme ihm nicht unerwartet. Er wäre, wenn er nicht nach Berlin berufen wäre, ohnehin von selbst nach Berlin gekommen, vielleicht in Form eines Urlaubs. Er hätte vorgehabt, den Leuten hier zu sagen, daß er diese Politik in der Abrüstungsfrage nicht mehr mitmachen könne und daß er lieber weggehen wolle, wenn man so weiter machen wolle. Meine Sache sei ihm ganz überraschend gekommen. Hoesch erging sich dann in schönen und offenbar gut gemeinten Tiraden. Er sagte, wir hätten beide ein schönes Lebenswerk vollbracht, auf das wir stolz seien. Unsere amtliche Laufbahn sei eben sehr schnell und konzentriert vor sich gegangen. Andere müßten ja auch gehen, wie z. B. Trendelenburg.<sup>5</sup> Er selbst sei innerlich bereits ganz frei und „losgelöst“.

Ich erwiderte, das könne ich von mir nicht sagen. Der Gedanke, gerade im jetzigen Moment nicht mehr mitmachen zu können, sei für mich ganz unerträglich. Außerdem sei meine Situation von der seinen doch etwas verschieden, da ich für eine Familie zu sorgen hätte, was die Situation bedeutend kompliziere.

Hoesch gab das zu. Er fügte in seiner stets etwas lehrhaften Weise hinzu, die Hauptsache sei, mit Würde zu verschwinden.

Den Köpkeschen Gedanken, ich sollte das Prävenire spielen, indem ich aus Privatrücksichten um meinen Abschied bäte, verwarf er entschieden als ganz abwegig. Er riet mir dann so ungefähr, jetzt fleißig Golf zu spielen.

Wir sprachen dann noch weiter über Politik und wie die Verhandlungen in der Abrüstungsfrage weitergehen würden.

---

raths vom 9. September nach Rom, ADAP, Serie B, Bd. XXI, S. 100f.; siehe ebd., S. XXXVf.

<sup>4</sup> Siehe Dok. 279 Anm. 2, 281.

<sup>5</sup> Trendelenburg war bereits am 25. August zurückgetreten.

Er meinte, die französische Note werde ganz ablehnend sein. Wahrscheinlich werde man uns wegen unserer Abrüstungswünsche an Genf oder den Völkerbund verweisen.<sup>6</sup> Beides wollten wir doch aber nicht. Wir würden dann wohl mit der einseitigen Aufrüstung antworten. Hoesch sagte dann ganz im Ernst, unter dem Kabinett Tardieu würde Frankreich dann wohl mit einem Präventivkrieg geantwortet haben. Das wäre bei Herriot nicht zu befürchten. Herriot werde dann aber wohl alle Andern auf uns hetzen. Ich sagte meinerseits zu diesem Thema, daß wir im Falle einer richtigen Aufrüstung nicht auf die Unterstützung Italiens würden rechnen können. Wir waren uns darüber einig, daß in diesem Falle auch die Engländer und die ganze Welt gegen uns seien würden.

Um  $\frac{3}{4}$  1 Uhr kamen wir ins Amt. Hoesch ließ uns beide bei Neurath anmelden. Er wurde zunächst zum Minister gerufen und blieb bei ihm etwa 25 Minuten. Als er wieder herauskam, sagte er, es sei ihm also nun von Neurath mitgeteilt worden, daß er nach London gehen solle. Ich gratulierte ihm herzlich. Ich fügte „mit Würde“ hinzu, sein Leben fange jetzt an, meines gehe zu Ende, worauf Hoesch erwiderte, das sei Unsinn.<sup>7</sup> Hoesch erzählte dann noch schnell, er habe Neurath kurz seine Meinung über die Abrüstungsverhandlungen auseinandergesetzt, die er mir bei unserm Spaziergang mitgeteilt hätte.

Während ich wartete, war übrigens kurze Zeit Forster da, der, noch auf Urlaub befindlich, Hoesch begrüßt hatte.

Ich wurde dann zu Neurath hineingerufen, der mich sehr freundlich, aber offenbar sehr verlegen, empfing. Er sagte mir, „sein guter Freund Köpke“ habe mich ja schon orientiert. Er habe Alles getan, um mich zu halten: leider vergeblich.<sup>8</sup> Vier Wochen lang spiele die Sache schon. Das Erste, was die Nationalsozialisten seinerzeit verlangt hätten, als Verhandlungen mit ihnen geführt worden seien, sei gewesen, daß der Posten in Rom „frei gemacht“ würde. Göring habe ihn damals aufgesucht und habe große Töne gesprochen. Vor zwei Tagen (das würde also der 8. September gewesen sein),<sup>9</sup> sei dann von dem Reichspräsidenten die Sache entschieden worden. Hoesch komme von Paris fort und nach London.

Ich fragte, wer der Nachfolger von Hoesch seien würde, worauf er mir erwiderte: im Vertrauen, Herr Köster.

Die „Leute“ hätten ihm auch ins Amt hineinreden wollen in Personalfragen. Sie hätten Offiziere in das Amt hineinsetzen wollen. Das hätte er bis jetzt, wenn auch mit großer Mühe, verhindern können.

Ich erwiderte zunächst, ich sei sicher, daß Alles, was ich jetzt sagen würde, ganz lächerlich klingen würde. Trotzdem würde ich gern ganz kurz etwas sagen.

<sup>6</sup> Die französische Regierung wies in einer am 11. September 1932 übergebenen Note die deutschen Vorschläge zurück, siehe Tel. Neuraths nach London vom 12. September, ADAP, Serie B, Bd. XXI, S. 104-08; Schultheß', Bd. 73 (1932), S. 475f.

<sup>7</sup> Rot angestrichene Textstelle aus den Bleistiftnotizen: „Er sagte, das sei Unsinn. Ich sagte, London, das sei der Posten gewesen, wohin ich immer so gern gegangen wäre.“

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 282.

<sup>9</sup> Rot angestrichene Stelle aus den Bleistiftnotizen: „Notiz [Absatz] das wäre dann also Donnerstag, der 8. September gewesen. Vgl. spätere Aussagen Kösters.“ Die Aussagen Kösters finden sich in einer hschr. Aufz. Schuberts vom 15. September, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 59.

Neurath erwiderte, das verstehe er vollkommen: ich solle nur Alles ruhig sagen.

Ich erklärte daraufhin, es sei für mich ein ganz unerträglicher Gedanke, gerade jetzt in dieser schwierigen Zeit aus dem Dienst zu scheiden und mich nicht mehr nützlich machen zu können.

Neurath erwiderte, das verstehe er vollkommen.

Ich würde aber wenigstens gern, so fuhr ich fort, die Gründe für meine plötzliche Verabschiedung wissen.<sup>10</sup>

Neurath erwiderte, vor allem wolle er mir sagen, daß ich nicht wegginge, weil ich irgendetwas in Italien „versiebt“ hätte. Das sei durchaus nicht der Fall. Aber alle Leute im Kabinett seien gegen mich gewesen.

Ich erwiderte, das verstehe ich nicht: ich konnte ja die Mehrzahl der Herren garnicht und sie mich auch nicht.

Neurath entgegnete, die ganze Stimmung sei aber gegen mich gewesen. Er erwähnte dann so nebenher Papen und Schleicher, aber nicht in dem Sinne, daß gerade diese beiden Herren stark gegen mich eingetreten seien.

Es war nichts rechtes aus Neurath herauszubringen. Ich sagte, vielleicht spiele es eine Rolle, daß ich, da ich seinerzeit mit Stresemann zusammengearbeitet hätte, von den Rechtsleuten sozusagen als „roter Hund“ angesehen würde. Neurath erwiderte, das habe man nicht gesagt, aber er könne nicht leugnen, daß dieser Grund wohl auch eine Rolle gespielt habe. Auch die Deutschnationalen hätten gegen mich „mitgemacht“.

Ich erwiderte, ich gehörte keiner Partei an. Ich hätte mit den Sozialdemokraten seinerzeit zusammengearbeitet, das wolle ich in keiner Weise leugnen. Ich wäre dazu beauftragt gewesen. Außerdem sei aber mit den Sozialdemokraten, außenpolitisch, sehr gut zu arbeiten gewesen. Schließlich aber sei ich doch kein Sozialdemokrat. Was die Deutschnationalen anlange, so hätte ich gegen sie kämpfen müssen. Schließlich und endlich sei ich aber, wenigstens mit den Führern, ganz gut ausgekommen.

Neurath erwiderte, er habe für meine Ausführungen vollkommenes Verständnis. Auch er gehöre keiner Partei an. Auch ihm könne es einmal gehen, wie mir.

Ich erwähnte auch Neurath gegenüber, Köpke habe mir erzählt, Hindenburg habe schon wieder einmal gesagt, ich hätte seinerzeit auf den Tisch geschlagen.

Neurath erwiderte, jetzt habe Hindenburg hiervon nicht gesprochen, aber vor einiger Zeit einmal. Ich kenne ja den alten Herrn, der sei nun einmal so.

Ich ging dann noch kurz auf den Zwischenfall ein, wobei ich auf den Tisch schlug. Ich sagte, ich hätte damals einen Auftrag von Stresemann erfüllt und zwar hundertprozentig. Ich hätte doch oft intim mit Hindenburg gearbeitet und allerlei für ihn getan. Das sei nun der Dank. Hierdurch sei ich sehr vergrämt.<sup>11</sup>

Neurath meinte, das verstehe er vollkommen.<sup>12</sup>

---

<sup>10</sup> In den Kabinettsprotokollen ist über die Gründe nichts vermerkt, Ministerbesprechung vom 12. September, AR, Kab. Papen, Bd. 2, S. 540.

<sup>11</sup> Dazu u.a. Dok. 247, 263 Punkt 5.

<sup>12</sup> Rot angestrichene Stelle aus den Bleistiftnotizen: „N[eurath]: verstehe das alles. (Was nützt mich das?)“.

Ich sagte Neurath ferner, Köpke habe erwähnt, auch von italienischer Seite sei gegen mich gearbeitet worden.

Neurath erwiderte, das sei Renzetti<sup>13</sup> gewesen, wie er gehört habe. Er selbst kenne Renzetti noch garnicht.

Ich entgegnete, diese Nachricht erstaune mich nicht besonders, denn Renzetti arbeite, wie ich wisse, in enger Fühlung mit den Nationalsozialisten.

Ich fragte Neurath, wer denn mein Nachfolger in Rom sein würde. Er erwiderte, das sei noch nicht ganz sicher. Im Vertrauen könne er mir sagen, es werde wahrscheinlich Hassell sein. So werde wenigstens vermieden, daß ein ganz außenstehender Nationalsozialist nach Rom komme. Hassell stehe bekanntlich Rechts sehr nahe. Neurath sah mich daraufhin fragend an. Er erwartete offenbar ein Werturteil von mir über ihn. Ich gab aber, auch nicht durch mein Mienenspiel, kein Werturteil ab.

Neurath erzählte dann noch, die Nationalsozialisten hätten auch gedroht, sie würden, wenn der Posten in Rom nicht freigemacht würde, einen Nebenbotschafter nach Rom entsenden.

Neurath erzählte ferner, er habe über meine Verabschiedung vor zwei Tagen mit Bergen gesprochen und ihm gesagt, wie außer sich er hierüber sei.

Mehrmals betonte Neurath, wie sehr er für mich gekämpft habe, worauf ich erwiderte, das glaube ich ihm ohne weiteres.

Ohne Chronologie möchte ich dann über mein Gespräch noch folgendes notieren.

Ich erklärte, ich hätte mich stets ganz mit der Sache identifiziert und hätte kaum mehr ein Privatleben geführt. Ich wisse also nicht, was ich jetzt anfangen sollte.

Neurath erwiderte, er habe sich anders eingestellt. Er sei stets bereit gewesen, den Dienst zu verlassen und sei das auch heute noch. Jeden Moment könne es ihm passieren, daß er weggehen müsse. Ich erwiderte, er hätte mir seinen Standpunkt schon oft auseinandergesetzt, den ich stets bewundert hätte. Ich sei aber, vielleicht auch, weil ich so lange im Amt tätig gewesen sei, ganz anders eingestellt.

Ich erwähnte an passender Stelle, ich hätte mich in Berlin finanziell ruiniert, worauf Neurath sagte, man werde mir in jeder Weise helfen.

Ich fragte Neurath, ob denn noch Andere in die Wüste geschickt würden. Neurath erwiderte, Prittwitz wackle, vorläufig aber werde er bleiben. Ich erklärte daraufhin, also sei ich der Einzige. Neurath bejahte das.

Neurath sagte von sich aus, meine Laufbahn sei noch nicht zu Ende, worauf ich achselzuckend erwiderte, diese Sache wollten wir doch nicht berühren, worauf Neurath nicht mehr auf diesen Punkt zurückkam.

Ich erklärte auch unmutig, ich hätte ein Landgut, das ganz pleite sei, wie übrigens viele andere Güter auch. Außerdem liege mir das Landleben garnicht. Auch hätte ich nicht vor, Artikel oder Memoiren zu schreiben, oder auf Vortragsreisen zu gehen, wie etwa Herr Curtius. Ich sagte ferner, ich wisse garnicht, wie ich mich nun weiter betätigen solle. Neurath verstand mich falsch und meinte zögernd, viel-

<sup>13</sup> Renzetti betrieb im Auftrage Mussolinis eine Art faschistische Parelleldiplomatie, siehe Woller, 28. Oktober 1922, Die faschistische Herausforderung, S. 145.



leicht käme doch noch ein anderer Posten, eventuell Washington, für mich in Frage. Ich wehrte sofort ab und sagte, daß hätte ich damit nicht gemeint.

Ich erklärte, gerade aus Rom fortzugehen, sei sehr schwer für mich. Wie er wisse, sei ich seinerzeit nicht sehr gern nach Rom gegangen. Dann hätte ich mich hineingekniet und vielleicht doch, in Neuraths Fußstapfen wandelnd, allerlei vor mich gebracht. Unter diesen Umständen werde mir der Abschied gerade von Rom sehr schwer. Neurath äußerte lediglich seine Sympathie.

Schließlich sagte ich, ich sei doch sehr erbittert. Denn ich hätte alle meine Kräfte angesetzt und schließlich auch etwas getan. Daß ich nun so plötzlich, als ganz entbehrlich weggeschickt würde, sei für mich sehr schwer. Unerträglich sei es für mich gerade jetzt, nicht mitmachen zu können. Neurath erwiderte, es sei eben das Schlimme, was er auch mehrfach zum Ausdruck gebracht habe, daß gerade jetzt auf zwei wichtigen Posten ein Botschafterwechsel stattfinde. Das sei höchst unbequem.

Ich sagte Neurath dann noch, daß die Tatsache, daß Hoesch nach London ginge, die Sache für mich auch nicht gerade erleichtere. Ich fragte Neurath, wie die Sache nun eigentlich formell abgewickelt werden solle. Er erwiderte, er wisse das selbst noch nicht. Er müsse jetzt zunächst das Agrément für Hoesch nach London stellen.

Ich brachte das Gespräch dann noch kurz auf die Politik (vergleiche darüber die zusammenfassende Aufzeichnung vom 19. September).<sup>14</sup>

Ich habe auch gesagt, mein Weggang von Rom werde auch nicht so ganz einfach sein, und zwar wegen der Italiener. Neurath gab das zu.

Am Ende der Unterredung fragte ich Neurath, was ich nun hier in Berlin machen solle. Er erwiderte, er bäte mich noch ein paar Tage hier zu warten. Am Dienstag (13. 9.) könnten wir das weitere dann besprechen. Vorläufig werde nichts veröffentlicht werden.

Hierauf sagte ich, dann könnte ich in Rom ja die von mir angeregte politische Demarche bei Mussolini ausführen und am Schlusse sagen, meine Mission sei nun zu Ende. Das sei vielleicht ein praktischer Weg. Neurath erwiderte, diesen Weg könne er sich durchaus vorstellen.

Am Schlusse der Unterredung wollte Neurath mir Trost spenden, was ich ablehnte.<sup>15</sup>

Im Laufe der Unterredung hatte ich ihm auch gesagt, mit meinem Abgang habe es schließlich noch eine andere Bewandtnis, wie vielleicht bei manchen andern Diplomaten. Ich sei ganz und gar in der Sache aufgegangen, dadurch würde für mich ein geradezu unerträglicher Zustand geschaffen.

Neurath hatte mir auch gesagt, er hätte daran gedacht, mich in den letzten Wochen einmal darüber zu orientieren, was mir bevorstände. Er hätte das aber nicht getan, weil er immer noch gehofft hätte, den römischen Posten für mich zu retten.

---

<sup>14</sup> ADAP, Serie B, Bd. XXI, S. 124 Anm. 1.

<sup>15</sup> Rot angestrichene Stelle aus den Bleistiftnotizen: „Als er mir zum Schluß auch Trost spenden wollte, sagte ich: ‚nein, mit mir ist es zu Ende.‘“

Ich habe während des Gesprächs auch meine Stellung im Diplomatischen Corps in Rom kurz berührt.<sup>16</sup>

Nach meiner Rückkehr ins Hotel suchte ich mein Zimmer auf, das ich bis zum Abend nicht verließ.

Ich telefonierte um  $\frac{3}{4}$  3 Uhr mit Renata und bat sie, nach Berlin zu kommen.<sup>17</sup>

Von  $\frac{3}{4}$  8 bis  $\frac{1}{4}$  nach 8 besuchte mich Hoesch, der am Nachmittag auf dem Rennen gewesen war, und versuchte, mich zu trösten, was ihm nicht gelang.

Bald nach  $\frac{1}{2}$  9 Uhr telefonierte ich erneut mit Renata, die mir mitteilte, sie komme am Montag (12. September) morgens in Berlin an.

Ich ging mit Joachim, der inzwischen eingetroffen war, zu Kempinski, wo wir aßen. Über meine Verabschiedung sagte ich ihm nichts.

Eine seltsame Duplizität der Ereignisse. Abends sah ich im Börsenkurier, der soeben herausgekommen war, einen ausgezeichneten Artikel über die Abrüstungsfrage von Mussolini. Diesen Artikel brachte das Blatt mit der großen Überschrift „Deutschland im Recht.“<sup>18</sup>

<sup>16</sup> Rot angestrichene Stelle aus den Bleistiftnotizen: „Ich sprach auch einmal von meiner Stellung im diplomatischen Korps, deutete an, daß ich für viele so eine Art Orakel sei, Graham käme, Garrett. Im übrigen: die anderen Botschafter rissen sich ja in Rom nicht gerade die Beine aus. N[eurath] verständnisvoll, bes. zum letzteren.“

<sup>17</sup> Rot angestrichene Stelle aus den Bleistiftnotizen: „Ich habe ca. 2 Uhr mich mit Renata verbinden lassen und erreichte sie ca. um  $\frac{3}{4}$  3 Uhr. Ich teilte ihr die Nachricht meiner Verabschiedung mit und bat sie, wenn möglich heute, hierher zu kommen. Sie meinte, man soll sich, der einzuhaltenden Würde wegen, doch noch die Sache überlegen, ob es zweckmäßig sei, daß sie hierher käme, und noch dazu in den in die Augen fallenden Kaiserhof. Ich sagte, auf ‚Würde‘ allein käme es jetzt nicht an, sie müsse mir helfen, ich brauchte ihren Rat. Sie sagte, heute könne sie nicht mehr abreisen, sie müsse noch packen, etc. Ich erwiderte, ich müsse sie hierhaben, könne ihren Rat nicht entbehren, ich hätte ihr in Grünhaus nicht recht sagen können, wie es stünde mit mir, gestern in der Bahn hätte ich einen kleinen Nervenzusammenbruch gehabt. Sie sagte schließlich, sie bäte mich, sie heute nach 8 Uhr noch einmal anzutelefonieren. Ich sagte ihr, über die Sache dürfe nicht gesprochen werden.“

<sup>18</sup> Hschr. Zusatz Schuberts: „Vergleiche im übrigen die rot angestrichenen Stellen der Bleistiftnotizen; diese Stellen sind in dieser Aufzeichnung nicht verwandt worden.“ Rot angestrichene Stelle der Bleistiftnotizen: „Berlin, den 10. September 1932 Nachmittags 6 Uhr. Der Gedanke, fernerhin als Privatmann leben zu müssen, ist mir unerträglich. Ich kann als Privatmann nicht wirklich leben. Ich bin am 1. Januar 1907 in den diplomatischen Dienst eingetreten, versehe diesen Dienst also jetzt nahezu 25 Jahre. Neun Monate, in den Jahren 1914 und 1915, als ich in Berlin war, fallen aus. Mehr und mehr ist mein Privatleben ganz in den Hintergrund getreten, mehr und mehr habe ich mich nur noch meinen Pflichten gewidmet. Umsomehr, als ich glaubte, damit meinem Vaterlande einen Dienst erweisen zu können. Als meine Zeit als Staatssekretär des Auswärtigen Amts zu Ende ging, bat ich, mir den durch das Ausscheiden des Botschafters Sthamer freigewordenen Posten in London zu übertragen. Diese Bitte, nicht durch mich persönlich vorgebracht, erfüllte der Reichspräsident nicht, sondern sandte mich nach Rom. Dort habe ich versucht, nicht nur die Beziehungen zu Italien zu fördern, sondern auch, sie in einem großen Rahmen sehend, auf die allgemeine deutsche Außenpolitik einzuwirken. Denn in den letzten Jahren erfüllte mich das Schicksal Deutschlands mit immer größerer Sorge, das Schicksal weiter deutscher arbeitender Schichten.“

## Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Ministerialdirektor Gaus Berlin, 17. September 1932

*Hschr. Aufzeichnung. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 59.*

Ich sagte ihm, ich sei sehr beunruhigt, über Zukunft Deutschlands, wirtschaftlich, und auch über unsere Außenpolitik und ihre Führung.

Er sagte mir, er habe bereits mit Hoesch gesprochen und ihm gesagt, man müsse in Berlin sein, um zu wissen, daß es zur Zeit äußerst schwer sei, Politik zu machen. Man könne nicht sehr weit vordisponieren. Nur von heute auf morgen. Außerdem: was solle man innerpolitisch machen? Das Einzige, was noch da sei, sei die Armee: auf diese müsse man sich stützen.

Ich sagte, ich hätte garnichts gegen die Papen-Regierung. Ich würde froh sein, wenn sie durchkäme. Wer die Sache herausrisse, sei mir ganz egal.

Im übrigen aber könne ich ihm nicht recht geben. (Leider sagte ich ihm nicht, was mir später einfiel. Nämlich, daß es verbrecherisch ist, sich auf das letzte, das man an Ordnungszelle hat, zu stützen, nämlich auf die Armee. Es sei verbrecherisch, diese Armee auf diese Weise in Gefahr zu bringen, indem man sie zu einem politischen Werkzeug mache.) Ich sagte, es sei doch klar, daß die Sache schief ginge, wenn die Politik von Generälen gemacht würde.<sup>1</sup> Bei uns in erster Linie, aber auch in anderen Ländern.

Hauptsächlich aber hätte ich Folgendes vorzubringen. Es gehe uns wirtschaftlich sehr schlecht. Durch Autarkie könnten wir nicht hoch kommen. Die Sache sei leider international. Wie wird die Weltkrise gelöst? Durch 2 Etappen. 1) Gewisse Wiederherstellung des Vertrauens, 2) da das nicht genügt, internationale große Sanierungsmittel. Es sei aber ganz falsch, eine Politik von der Hand in den Mund treiben zu wollen. Die Leute bei uns sollten sich ein kurzes, gutes Konzept ausdenken, mit diesem Konzept vor die Welt treten: dann würden uns nicht nur die Leute in Deutschland, sondern auch in der Welt nachlaufen, geradezu um den Hals fallen. Das sei der richtige Weg.

Das macht gewissen Eindruck auf ihn, er widersprach nicht. Zweitens sagte ich, beunruhige mich Außenpolitik. Das hätten wir, Gaus und ich, früher gemacht: den Ring der Feinde um uns gelockert, den Anfang gemacht zu einem Ring um Frankreich. Letztere Politik sei die einzig richtige. Ich erinnerte ihn daran, daß wir auf diese Weise die Militärkontrolle beseitigt hätten.<sup>2</sup> Aber jetzt? Der Ring um Frankreich schwinde dahin, der Ring um Deutschland bilde sich wieder. Erster Fehler sei die blödsinnige Zollunion gewesen. Und jetzt Abrüstungssache! Ganz falsch angefangen. Erstes „vertrauliches“ Gespräch Bülow's.<sup>3</sup> Ist man denn wirklich

<sup>1</sup> Vgl. dazu Dok. 274 Anm. 5.

<sup>2</sup> Vgl. dazu u.a. Aufz. Schuberts vom 8. August 1931 – ADAP, Serie B, Bd. XVIII, S. 242f. – und Brief an Brüning vom 30. Dezember 1931, ebd., Bd. XIX, S. 330-33; für die Vorgänge selbst ebd., Bd. I/2, S. XXIII-XXVIII, u.a. Aufz. Schuberts vom 12. Dezember 1926, S. 605f., S. 605f. Außerdem Dok. 158 u. 159.

<sup>3</sup> Siehe Dok. 279, besonders Anm. 2.

so naiv, zu glauben, daß Franzosen dicht halten und das nicht benutzen würden, um gegen uns zu arbeiten? Glaubte man wirklich, sich [François-]Poncet, den ich genau kannte, anvertrauen zu können? Überhaupt: warum ist man denn immer den Franzosen nachgelaufen? Hat man denn garnichts gelernt? Einkreisungspolitik doch das Einzige Richtige. Nur, wenn der Franzose sich isoliert fühlt, wird er kirre. Davor hat er Angst.<sup>4</sup>

Ich wurde sehr munter. Gaus vergrub sein Gesicht, im Sessel sitzend in seiner Hand. Sagte nichts mehr. Schließlich sagte er, es wäre wohl besser gewesen, hätten wir die Sache [nicht] durch Poncet angefangen. Ich sagte: allerdings. Ich sagte, aber auch Hoesch – er wüßte, wie ich ihn schätzte [ – ] sei etwas ausgeleiert. Kein Wunder. Ich kannte die Franzosen, von außen, vielleicht besser.

Er sagte übrigens, daß Aufrüstung eigentlich schon angefangen habe. Alle möglichen Einstellungen (Fahnenjunker pp). Ich sagte, N[eurath] habe gesagt, er wisse garnicht, ob Militär überhaupt nicht schon Kanonen habe und Tanks. Vielleicht wisse es N. überhaupt. Gaus sprach auch von bevorstehender englischer Note und war sehr besorgt darüber.<sup>5</sup> Ich sagte: wie sollen wir dann über Winter kommen?

## 282

**Tagesaufzeichnung von Schuberts (gekürzt), Grünhaus, zum 7. Dezember 1932**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 66.*

Vormittags machte ich mit Tante Bertha [Gräfin Sierkstorff] einen längeren Spaziergang und sie erzählte mir, was sie in Berlin und auch auf der Reise, die sie in Ostpreußen gemacht hat, über meinen Abschied gehört hat.

Wie sie sagte, sei sie in den drei „maßgebenden“ Häusern gewesen. Zunächst in Neudeck, wo ihr Frau von Hindenburg in warmen Worten erklärt hätte, wie sehr

<sup>4</sup> Den Erfolg in der Abrüstungsfrage, die wenn auch bedingte und nicht uneingeschränkte Erklärung der Gleichberechtigung Deutschlands vom 11. Dezember 1932 (ADAP, Serie B, Bd. XXI, S. XXVII) führte Schubert dann auf die Verfolgung dieses Rezeptes zurück: „Ich gratulierte zur Lösung der Abrüstungsfrage. Budde sagte, man sei einige Zeit in Berlin in großer Sorge gewesen. Dann aber habe Neurath dadurch, daß er an die Franzosen Fragen stellte, die nicht beantwortet seien, es fertig gebracht, daß sich plötzlich eine Front für uns bildete. Ich erwiderte, diese Politik sei sehr richtig gewesen. Es komme auf eine Isolierung Frankreichs an, die mit einer Blockbildung gegen Frankreich nichts zu tun habe. Seit unserer Erklärung in Genf vom 23. Juli sei ich sehr besorgt gewesen. Auch später hätten wir dann die Isolierungsidee nicht gut durchgeführt. Ich erwähnte die Demarche Bülow's bei Poncet und meine Erfahrungen mit Suvich, bei dem ich festgestellt hätte, daß die Franzosen uns sofort verpöfien hätten. Damals seien die Italiener, wie auch übrigens die Engländer, sehr vergrämt worden.“-Tagesaufz. Schuberts (Berlin) zum 15. Dezember 1932, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 66.

<sup>5</sup> Britische Note zu den deutsch-französischen Verhandlungen über die Rüstungsgleichberechtigung vom 18. September 1932; dazu Tel. Bülow's nach London vom 19. September, ADAP, Serie B, Bd. XXI, S. 128-31, mit Sprachregelung; außerdem Schultheß', Bd. 73 (1932), S. 268f.

sie bedauert hätte, daß Renata und ich aus Rom fortgegangen seien. Sie hätte das schon seit längerer Zeit gewußt und immer an Renata schreiben wollen.<sup>1</sup> – Zweitens hat Tante Bertha in Berlin Frau von Neurath aufgesucht. An eine Bemerkung der Baronin Neurath anknüpfend, wie unbequem es sei, ständig umzuziehen, hat Tante Bertha davon gesprochen, daß ja nun „Schuberts“ auch Rom hätten verlassen müssen. Daran anknüpfend hat sie Baronin Neurath gefragt, worauf denn eigentlich meine Verabschiedung zurückzuführen sei. Baronin Neurath antwortete, daß sei darauf zurückzuführen, daß ich oft sehr „heftig“ gewesen sei. Außerdem sei ich mit Mussolini nicht ausgekommen.<sup>2</sup> Leider, so erzählte Tante Bertha, habe sie daraufhin Baronin Neurath darüber aufgeklärt, daß ich ihr Neffe sei. Baronin Neurath sei über diese Erklärung sehr bestürzt gewesen und habe das Thema sofort verlassen. Sie habe aber Baronin Neurath noch sagen können, daß sie – Tante Bertha – von meiner Heftigkeit noch nie etwas bemerkt hätte. – Endlich erzählte Tante Bertha, daß sie auch mit Papen eine Mahlzeit eingenommen habe. Sie habe ihn gefragt, worauf denn eigentlich mein Abschied zurückzuführen sei. Papen habe lediglich erwidert, das wisse er nicht, das sei Sache des Auswärtigen Amts!

Tante Bertha erzählte dann auch sonst noch allerlei. Sie sagte errötend, sie hätte zu ihrem Erstaunen gehört, daß verbreitet würde, wir hätten in Rom recht viel Geld ausgegeben: z. B. sei für uns ein Badezimmer in der Botschaft eingerichtet worden, das allein RM. 40.000.-- gekostet habe. Ich fragte Tante Bertha, wer ihr denn das erzählt habe? Sie erwiderte, das wisse sie leider nicht mehr.

Ich glaube, daß sie dabei nicht ganz die Wahrheit sprach. Es war aber nicht mehr aus ihr herauszubringen. Ich habe aber einen gewissen Verdacht, daß diese Räubernachricht wohl ebenfalls von Baronin Neurath stammt. Denn gestern hatte sie mir erklärt, Baronin Neurath habe irgendetwas gesagt, worauf sie erwidert habe, das sei falsch. Ich habe den Verdacht, daß sich diese Äußerung auf unsere römischen Geldausgaben bezog, vielleicht insbesondere auf die berühmte Badewanne und nicht auf die „Heftigkeit“, von der sie heute sprach.

Tante Bertha erzählte, was sie schon vor einigen Wochen Renata berichtet hatte, man habe vor einigen Monaten in Berlin davon gesprochen, daß wir seinerzeit in Berlin sehr viel Geld persönlich ausgegeben hätten und auch für die Umzugsko-

<sup>1</sup> Hschr. Zusatz Schuberts: „Die Stunden, die sie und ihr Mann bei uns in Rom verbracht hätten, würden ihr unvergeßlich bleiben.“

<sup>2</sup> Als Schubert am 19. September den Mitarbeitern der römischen Botschaft seine Dispositionsstellung mitteilte führte er u.a. aus: „Am letzten Tage meiner Anwesenheit in Berlin am 17. September ist mir von beachtlicher Seite ein Gerücht zu Ohren gekommen, wonach Verschiedenes über die Gründe meines Abschieds verbreitet wird. Es wird erzählt, ich hätte einen anderen Posten angestrebt, und sei vergrämt fortgegangen, weil ich diesen Posten jetzt nicht erhalten hätte. Ferner sei ich nicht gern in Italien gewesen. Auch sei ich nicht recht mit den Italienern ausgekommen. Endlich wird verbreitet, ich habe nicht mit Mussolini arbeiten können. Was die ersten beiden Punkte anlangt, nämlich, daß ich einen anderen Posten ambitioniert hätte, und daß ich mich hier nicht wohlfühlt hätte, so stellen sie eine infame Verleumdung dar. Es ist eine Lüge, wenn gesagt wird, ich hätte einen anderen Posten angestrebt. [...] Was die übrigen Punkte anlangt, nämlich, daß ich nicht mit den Italienern ausgekommen sei und das ich nicht mit Mussolini hätte arbeiten können, so überlasse ich die Beurteilung hierüber ganz Ihnen.“-Aufz. Schuberts, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 60.

stenfrage (Schneider) verantwortlich seien. Ich fragte sie sehr bestimmt, ob auch dieses Mal hiervon gesprochen worden sei, was sie ebenso bestimmt verneinte. Ich erklärte ihr daraufhin, daß die Badezimmerangelegenheit eine ganz törichte Verleumdung sei. Ich setzte ihr auseinander, wie damals in der Zeit der größten Spar-samkeit alle Veränderungen in der Botschaft vom Auswärtigen Amt und von der Reichsbauverwaltung vorgenommen worden seien. Ich erklärte endlich sehr be-stimmt, daß, wenn solche Gerüchte immer noch verbreitet würden, ich gezwungen werden würde, „scharf zu schießen“. Sie erzählte weiter, sie habe gehört, daß der Holländische Gesandte in Berlin, Graf Stirum, sehr über meinen Abgang ge-schimpft und sich sehr bestimmt dahin geäußert habe, es sei doch unglaublich, ei-nen Mann wie mich zu verabschieden.

Das habe Graf Stirum auch Köpke auseinandergesetzt, der, wie Tante Bertha meinte, wohl als mein Freund anzusehen sei.

In Ostpreußen ist sie zu ihrem Erstaunen von Herrn Schneider herumgeführt worden.

Sie hat erfahren, daß Neurath enge Fühlung mit Vicco [von Bülow-Schwante] und Helene hat. Neuraths sollen schon öfters bei ihnen gegessen haben. Auch über diese Verwandtschaft mußte Tante Bertha Baronin Neurath erst aufklären.

Ferner will Tante Bertha gehört haben, daß während meiner Anwesenheit in Rom Neurath eine kontinuierliche „geheime“ Korrespondenz mit Mussolini geführt hat. Ich bezeichnete das als sehr unwahrscheinlich.

Sie sprach auch von dem Staatssekretär von Bülow, mit dem sie, wie sie sagte, nicht recht weiter komme.

Die Leute hätten ihr auch gesagt, ich sei deshalb verabschiedet worden, weil ich so sehr intim mit Stresemann gewesen sei. Sie habe daraufhin den „Leuten“ er-klärt, daß es mit dieser Intimität nicht sehr weit her gewesen sei. Ich erwiderte, darin habe sie ganz recht: mein Verhältnis zu Stresemann sei in der Tat in den letz-ten beiden Jahren seines Lebens nicht so erfreulich gewesen, wie früher.

Endlich erzählte mir Tante Bertha, sie habe nach allem, was sie gehört habe, den Eindruck, daß alle Leute die größte Angst davor gehabt hätten, mir meine Ver-abschiedung mitzuteilen.

## 283

### Tagesaufzeichnung von Schuberts (gekürzt), Berlin, zum 13. Dezember 1932

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 66.*

[...]¹

Ich fuhr mit Kühlmann zum Frühstück bei ihm [...]².

Den Hauptteil meines Gesprächs bildete zunächst meine Verabschiedung. Kühlmann äußerte sich darüber sehr entrüstet. Ich setzte Kühlmann ziemlich ge-

¹ Ankunft in Berlin, geschäftliche und private Besprechungen.

² Zu Beginn kamen Angelegenheiten der Firma Gebrüder Stumm zur Sprache.

nau über die „italienische Legende“ in Kenntnis. Ich erzählte ihm mein Abschiedsdiner bei Mussolini usw.<sup>3</sup>

Kühlmann erwiderte, diese Legende sei vollkommener Unsinn. Auch er habe gehört, daß wir eine große Stellung in Italien gehabt hätten, besonders Renata.

Ich fragte dann Kühlmann sehr bestimmt, ob er wisse, wer mich nun eigentlich hinausgeworfen habe und warum.

Kühlmann erwiderte, den Grund wisse er nicht. Er nehme aber erstens als sicher an, daß Hugenberg dahinter stecke, der mit dem Sohn Hindenburg zusammen arbeite. Auch habe er gehört, daß die Nazis seinerzeit einen eigenen Mann nach Rom haben wollten, wobei man den Namen des Prinzen Waldeck genannt habe.<sup>4</sup> Zweitens aber habe er gehört, daß man verbreite, Mussolini habe einen anderen Mann in Rom haben wollen. Das halte er aber für vollkommenen Unsinn.

Wir sprachen dann über die innerpolitische Zukunft. Kühlmann meinte, Schleicher mache seine Sache ganz gut. Brüning und Kaas hätten gestern bei ihm gefrühstückt und der Meinung Ausdruck gegeben, das Kabinett Schleicher sei ganz günstig. Die Hauptsache sei, so hätten die Herren geäußert, daß man über den schweren Winter hinwegkomme. (Ich schaltete ein, diese Ansicht sei insofern etwas bedenklich, als es meiner Ansicht nach nicht nur auf die Überwindung des Winters ankomme, sondern, angesichts der Tatsache, daß es sich nicht nur um eine

<sup>3</sup> Seiner Verabschiedung galt in jenen Tagen Schuberts besonderes Interesse. So unterhielt er sich auch mit seinem Arzt – Plesch – darüber: „1.) Der neue Italienische Botschafter [Cerruti] hat Plesch mitgeteilt, das Abschiedessen Mussolini für mich sei eine ausgesprochene Demonstration für mich gewesen. 2.) Emil Ludwig hat ihm erzählt, Mussolini habe ihm gesagt, ich sei sehr genehm in Rom gewesen und habe weit über das Mittelmaß der Diplomaten hinausgeragt. 3.) Plesch meinte, Neurath habe mir wahrscheinlich sehr übel genommen, daß er seinerzeit meinetwegen von Rom wegversetzt worden sei, daher habe er jetzt eine Ranküne gegen mich. Ich erwiderte, das sei falsch: ich hätte ja damals eingehend mit Neurath über die Sache gesprochen. [Folgender Satz von Schubert hschr. nachgetragen:] Vielleicht ist aber doch etwas an der Sache. Es gibt Leute, die den Urheber ihres Kummers hassen, auch wenn der gar keine Schuld hat! 4.) Plesch meinte, Bülow hätte unter allen Umständen die Sache verhindern müssen. Das habe er ihm auch gesagt. 5.) Plesch meinte, die Sache werde sich noch rächen. 6.) Plesch behauptete, es herrsche über meine Verabschiedung eine allgemeine Empörung. 7.) Plesch riet mir dringend, nach Berlin zu kommen. Ich müsse hier die ‚drohende Faust‘ zeigen, das werde gut und notwendig sein.“-Tagesaufz. Schuberts zum 14. Dezember 1932, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 66. Über den Nutzen eines Aufenthalts Schuberts in Berlin gab es verschiedene Meinungen: „Ich traf Ow [Frhr. v. Ow-Wachendorf]. [...] Er meinte, er halte es für ganz gut, wenn ich nicht sofort nach Berlin gegangen sei. Wenn ich, was garnicht zu vermeiden gewesen wäre, dann hier als ein Mißvergnügter umhergelaufen wäre, dann hätte das seiner Ansicht nach meine Stellung von vorneherein verdorben. Ich erwiderte, ich sei ganz seiner Meinung.“-Tagesaufz. Schuberts zum 15. Dezember 1932, ebd.

<sup>4</sup> Schubert galt in rechten Kreisen als Linker. Er selbst äußerte sich in einem Gespräch mit dem Anwalt Wangemann darüber: „Ich setzte ihm auseinander, daß es mir durchaus nicht passe, als Linksmann zu gelten, obgleich ich mit den Sozialdemokraten stets sehr gute Erfahrungen gemacht hätte, was ich nie verleugnen würde. Ich hätte den Verdacht, daß auch in dieser Beziehung der Herrenklub, dem er angehöre, eine gewisse Rolle spiele. Herr Wangemann sagte, er sei 9 Monate lang nicht mehr im Herrenklub gewesen. Vielleicht werde er aber im nächsten Jahre wieder einmal hingehen. Er werde gern sondieren, ob mein Verdacht begründet sei und evtl. in meinem Sinne sprechen“-Tagesaufz. Schuberts zum 14. Dezember 1932, ebd.

Konjunkturkrise handle, um die Vorbereitung viel weitergehender Maßnahmen. Kühlmann widersprach mir nicht.) Ferner sagte Kühlmann, Schleicher mache alles, was [Otto] Wolff ihm sage: ohne Wolff mache Schleicher nichts. Meine Frage nach der Zukunft der Nazis beantwortet Kühlmann dahin, er selbst glaube, daß jetzt der Zerfall dieser Partei einsetze. Brüning und Kaas allerdings hätten ihn davor gewarnt, in dieser Beziehung zu weit gehende Folgerungen zu ziehen: diese Herren rechneten immer noch mit den Nazis als einer sehr mächtigen Partei. Sie seien daher bereit, mit den Nazis, wenn möglich zu paktieren. – Hugenberg bezeichnete Kühlmann als sehr mächtig.

Wir sprachen natürlich auch über die Außenpolitik. Auf meine Frage nach Neuraths Qualitäten äußerte sich Kühlmann dahin, immerhin müsse man anerkennen, daß Neurath ein vernünftiger Mann sei, von dem anzunehmen sei, daß er keine groben Fehler mache. Ich erwiderte, das sei vielleicht richtig. Andererseits aber habe Neurath keine konstruktiven Ideen, was meiner Ansicht nach zurzeit sehr notwendig sei.

Ich setzte dann Kühlmann, der, wie üblich, nicht viel Zeit hatte, meine „Grundübelidee“<sup>5</sup> auseinander. Er hatte ein gewisses Interesse dafür. Ich fragte ihn, woher man Material beziehen könnte. Er erwiderte: nur in Berlin. Er habe sich ja seit Jahren eine gewisse, sehr weit reichende Organisation geschaffen, die sich mit diesen Fragen beschäftige. Er habe ständig Leute unterwegs, die ihm Material verschafften. Er empfahl mir, mich auf zwei Publikationen zu abonnieren. 1.) Der „Volkswirt“ (Stolper) 2.) „Tagebuch“ (Schwarzschild).

Ich fragte Kühlmann, was er von der Lage in England halte. Ich hätte im Gegensatz zu den Informationen gelegentlicher Besucher von zwei wesentlichen Leuten gehört, die Lage in England sei sehr bedenklich. Kühlmann erwiderte, er stehe Nachrichten, die einen Zusammenbruch Englands voraussagten, von jeher sehr skeptisch gegenüber. Sie hätten sich noch stets als falsch herausgestellt. Ehe nicht der schlüssige Beweis vorliege, daß England erledigt sei, glaube er nicht daran. Die Leute kämen immer wieder auf die Beine.

Ich schaltete dann ein, ich hoffte, daß es Hoesch gelingen werde, die Sache in London zu machen. Er erwiderte, hiervon sei er überzeugt: Hoesch sei immerhin der beste all round Diplomat, den wir hätten.

Wir sprachen dann eine Weile über meine Zukunft. Er meinte es gebe zwei Wege, um mich zu betätigen: entweder müsse man publizistisch tätig sein, oder man müsse in den Reichstag gehen. Als er selbst seiner Zeit in jungen Jahren (42) weggegangen sei, habe er zunächst auch Angst vor Beschäftigungslosigkeit gehabt. Er habe dann aber sehr bald gesehen, daß er außerordentlich viel zu tun hätte. Jetzt befinde er sich ganz wohl in der Rolle eines „old man“, der von außen her die Ereignisse verfolge. – Ich erwiderte, Publizistik und Reichstag lägen mir nicht. Er sei damals (finanziell und sonst) in einer ganz anderen Lage gewesen, als ich jetzt. Er sei damals in Ehre in offener Feldschlacht gefallen, ich sei rausgeschmissen worden. Er erwiderte, das sähe ich falsch an: auch ich sei jetzt ehrenvoll einer politi-

<sup>5</sup> Die Gefahren für die internationale Wirtschaft beschäftigten Schubert seit Anfang der 1920er Jahre; unter den zahlreichen Äußerungen darüber siehe für 1931/32 etwa Dok. 259 Anm. 11, 262, 271.



schen Räumung zum Opfer gefallen. Ich wolle ganz offen sagen, ich würde am liebsten wieder mitmachen, obgleich ich dahingehende Redensarten von allen möglichen Stellen nicht allzuhoch bewerte. Er erwiderte, „Du willst also wieder in den Stall“, was ich bejahte. Ich setzte ihm auch auseinander, daß ich mir allerlei Rezipete ausgedacht hätte, die man aber nur selbst ausführen und deren Ausführung man nicht Anderen anvertrauen könnte. Hierfür hatte er Verständnis. Er riet mir aber sehr dringend, auf alle Fälle in absehbarer Zeit nach Berlin zu kommen: nur hier könne man so oder so wirken.

Ich sprach auch über meine bedrängte Finanzlage. Er erwiderte mit langen Ausführungen über seine eigene Lage, die auch sehr wenig schön sei. Seine Einnahmen (Stumm, Güter, besonders Holz) seien nicht mehr vorhanden. Andererseits habe er vielerlei Betriebe aufrecht zu erhalten. Mit Ramholz sei er sehr stark belastet. Seine Berliner Wohnung (RM. 16.000,-) habe er noch 1 ½ Jahre am Halse. Dabei erzählte er mir, daß, als er kürzlich mit einem Beamten der Postverwaltung, welcher jetzt das Haus gehöre, gesprochen habe, dieser Herr sich dahin ausgesprochen habe, „wir könnten die Wohnung an den bisherigen Botschafter in Rom vermieten, dann sind wir sie los!“

Ich setzte übrigens Kühlmann auseinander, warum wir vorläufig nach Grünhaus gegangen seien, wofür er durchaus Verständnis hatte.

Er sagte mir, wenn es ganz hart auf hart käme, würde er sein Leben als „amerikanischer Journalist“ fristen. –

Er sprach auch über seine Memoiren, die bereits zwölf Schreibmaschinenbände umfassen.<sup>6</sup> Natürlich sei er durch die Rücksichtnahme auf zwei Persönlichkeiten etwas behindert: Hindenburg und Pacelli. Er werde einige deutliche Sachen sagen. Ich erwiderte, er werde doch einige recht schwierige Klippen zu umschiffen haben. Er gab das zu und sagte dann aber, die ganze Sache werde nicht sehr sensationell werden. (Wenn die Memoiren eben so langweilig werden, wie sein bisheriges politisches Buch, so wird das eine Enttäuschung geben.)<sup>7</sup>

Ich fragte ihn nach seiner Amerikareise. Er will sie am 10. Januar antreten und im März wieder zurück sein. Vorher will er Herriot aufsuchen. Als ich sagte, Herriot werde wahrscheinlich gestürzt werden,<sup>8</sup> meinte Kühlmann, das mache weiter nichts aus: Herriot werde, da er an sich eine absolute und feste Majorität im französischen Parlament habe, immer eine sehr einflußreiche Persönlichkeit bleiben. – Ich bat ihn Parker Gilbert und Frau sehr von mir zu grüßen. Er sagte, das werde er gerne tun, er stehe mit Frau Gilbert in ständiger Korrespondenz.

<sup>6</sup> Sie sollten erst nach dem 2. Weltkrieg erscheinen: Kühlmann, Erinnerungen.

<sup>7</sup> Schubert meint Kühlmann, Gedanken über Deutschland.

<sup>8</sup> Dies geschah schon am nächsten Tag: „Ich hatte eben in der B.Z. gelesen, daß Herriot gestürzt sei, weil die französische Kammer die Schuldzahlung an Amerika mit großer Majorität verweigert hat. Mich stimmt die Sache sorgenvoll. Und zwar, weil dadurch eine gewisse Isolierung Frankreichs erreicht wird. Andererseits aber ist zu befürchten, daß der große Krach zwischen Amerika und Frankreich zu einer ungünstigen Rückwirkung auf die ansteigende Weltkonjunktur führen wird. Ich fragte Kühlmann um seine Meinung, der mit Inbrunst erklärte, die Sache sei ausgezeichnet für uns. Denn jetzt sähe Amerika, daß auch ein reicher Staat nicht zahlen könne und wolle. (Ich bin durchaus nicht seiner Ansicht.)“-Tagesaufz. Schuberts zum 14. Dezember 1932, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 66.

Ich fragte Kühlmann auch noch, ohne mich meinerseits zu äußern, nach seiner Meinung über Hindenburg. Er erwiderte, Hindenburg sei ganz stur. Er habe gehört, daß sich Hindenburg, wenn man über Kühlmann spreche, die Haare sträubten. – Ich fragte, wie lange wohl Hindenburg noch am Ruder bleiben werde. Kühlmann erwiderte sarkastisch, „solange er lebe!“ – Schließlich sagte Kühlmann, er selbst werde, auch wenn er wolle, niemals „drankommen“, solange Hindenburg lebe. Ich antwortete, bei mir sei, nach dem, was man mir gesagt habe, dasselbe der Fall. – Kühlmann sagte mir übrigens, Neurath sei der ausgemachte Spezi von Hindenburg, der einmal zu Neurath geäußert haben soll „wir beiden Edelleute werden jetzt die Sache in Ordnung bringen!“

Kühlmann kam noch einmal auf sein gestriges Gespräch mit Brüning zurück. Er sagte mir, er stände mit ihm in ständiger Fühlung. Allerdings „kabbele“ er sich öfters mit ihm, so z. B. gestern wegen Lausanne. Auf entsprechende Äußerungen habe er Brüning gestern ganz offen gesagt, auch er würde die Sache in Lausanne nicht umsonst bekommen haben. Kühlmann meinte, in Reparationsfragen läge Brüning manchmal nicht ganz richtig.

Kühlmann sprach auch über das Auswärtige Amt und fragte mich, wer denn dort etwas zu sagen habe. Als ich zunächst Bülow erwähnte, erklärte Kühlmann, Bülow habe er ganz abgeschrieben. Bülow sei steril und hochmütig. Köpke bezeichnete ich als einen guten, treuen Mann ohne politische Ambitionen. Als ich Meyer erwähnte, äußerte sich Kühlmann sehr schroff über ihn. Wenn er – Kühlmann – wieder einmal etwas zu sagen hätte, würde er Bülow und Meyer binnen vierundzwanzig Stunden hinauswerfen. Er äußerte sich wohlwollend über Dieckhoff und Weizsäcker.

Als ich zu Fuß zum Kaiserhof zurückging, traf ich Herrn Hossenfelder, der sich sehr unmutig über seine unerwartete Verabschiedung aussprach und sehr über Köster schimpfte. Als er Köster auch für meine Verabschiedung in Anspruch nehmen wollte, lehnte ich das ab, worauf Hossenfelder meinte, es sei wohl Papen gewesen. Hierauf gab ich ihm keine Antwort.

Dann traf ich Breitscheid, den ich noch bis zu den Linden zurückbegleitete. Breitscheid war sehr nett. Er sagte mir, mein Abschied habe ihm sehr leid getan. Er fragte mich, ob ich nicht in den Reichstag kommen wollte. Ich erwiderte, in diesem Falle müßte er mir, wie schon lange verabredet, das Reden beibringen. Ich fragte Breitscheid nach den Reichsfinanzen. Er meinte, sie ständen sehr übel. Ich sprach ganz allgemein über meine große Sorge und die Gefahr, daß der Staat plötzlich die Arbeitslosen nicht mehr ernähren könne. Er erwiderte, darin hätte ich ganz recht. Ich sagte ferner, ich hätte immer gehofft, ihn einmal in Rom sehen zu können, damit er Gelegenheit hätte „seinen großen Feind Mussolini“ zu sehen. Ich fügte hinzu, Mussolini sei ganz vernünftig, auch in Wirtschaftsfragen. Er erwiderte, das sei ganz natürlich, denn Mussolini habe doch auch seine großen Sorgen. Breitscheid bat mich beim Abschied, Renata zu grüßen. Er bat mich ferner, ihn anzurufen, wenn ich wieder einmal nach Berlin käme. Er hatte sich übrigens auch nach Schmid-Krutina erkundigt, dem ich ein glänzendes Zeugnis ausstellte.

Ich traf dann auch Herrn Schwendemann, der mir erzählte, er sei jetzt in Abrüstungsfragen tätig, worauf ich ihm meinen Glückwunsch zu dem Ergebnis von Genf [Abrüstungs Konferenz des Völkerbunds] darbrachte.<sup>9</sup> Herr Schwendemann

<sup>9</sup> Dazu Dok. 281 Anm. 4.

meinte ganz vernünftig, es ständen noch sehr schwierige Verhandlungen bevor. Ich sagte ihm, seinerzeit habe man im Amt den Fehler begangen, in der Abrüstungsfrage den Franzosen nachzulaufen. Er gab das vollkommen zu und meinte recht vernünftig, diesen Fehler habe man jetzt in Genf eben vermieden. Man habe einen konzentrischen Druck auf Frankreich ausgeübt. Ich lobte ihn dafür.

Nachdem ich mich im Kaiserhof etwas ausgeruht hatte, begab ich mich verabredungsgemäß um  $\frac{1}{2}$  6 Uhr zu Flotow, mit dem ich dann von  $\frac{3}{4}$  6 bis  $\frac{1}{2}$  8 Uhr verhandelte.

[...] <sup>10</sup>

Wir sprachen dann über meine Verabschiedung. Ich fragte ihn, ob er wisse, warum ich eigentlich hinausgeworfen worden sei. Seine Frau habe, wie ich gehört hätte, sich dahin geäußert, sie wundere sich darüber, daß wir so überrascht gewesen seien.

Flotow erwiderte, in der Tat habe er schon seit längerer Zeit von meiner bevorstehenden Verabschiedung gehört. Den Grund aber habe er nie erfahren können. Vielleicht handle es sich um einen Racheakt von früher her.

Ich setzte ihm ganz kurz mein Verhältnis zu den Italienern und meine letzten Erfahrungen mit ihnen auseinander.

Wir sprachen dann noch etwas über die Innen- und Außenpolitik und über die internationale Wirtschaftspolitik. Ich setzte ihm meine „Grundübelidee“ auseinander.<sup>11</sup> Er hatte viel Verständnis dafür. Er gab mir auch vollkommen recht, als ich ausführte, daß die jetzige Krise eine Folge des Krieges und nicht nur eine gewöhnliche Konjunkturkrise sei. Als ich ihn fragte, woher ich mir Material zum Studium meiner Ideen verschaffen könnte, meinte er, das Beste sei zunächst das Studium des Wirtschaftsatlases von Moellendorff. Es seien 4 bis 5 Bände. Wenn ich mich an den Präsidenten des statistischen Amtes, Herrn Wagemann, wenden wolle, so müsse ich natürlich an ihn scharf präzierte Petita stellen.

Ich fragte Flotow auch, wie ich vielleicht etwas Geld verdienen könne. Er sagte, er sähe garnicht ein, warum ich nicht in den Aufsichtsrat von Neunkirchen, von Achenbach und von König Wilhelm eintreten wolle. Ich solle doch einmal darüber mit Kühlmann sprechen. An andere Aufsichtsräte wollte Flotow nicht recht heran.

Flotow war sehr freundschaftlich.

[...] <sup>12</sup>

---

<sup>10</sup> Besprechung von Geschäfts- und Privatsachen mit Flotow.

<sup>11</sup> Zu Plesch sagte Schubert u.a.: „[...] Locarno sei auch in der Erkenntnis zustande gekommen, daß man die wirklichen Grundübel unseres Verhältnisses zu Frankreich beseitigen müsse. Plesch war hierüber ganz gerührt. Er sagte mir in diesem Zusammenhange, und zwar als Einziger, ich müsse zum Wohl des Landes einmal wiederkommen.“-Tagesaufz. Schuberts zum 14. Dezember 1932, Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 66.

<sup>12</sup> Privatangelegenheiten.

### **Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Graf Westerholt Grünhaus, 13. Mai 1933**

*Original. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 77.*

Gestern wurde ich von Graf Westerholt gefragt, welche außenpolitische Linie ich selbst jetzt wohl einschlagen würde. Ich erwiderte, das sei schwer zu sagen: Außenpolitik könne man machen, darüber viel zu reden, habe keinen rechten Zweck. Westerholt sah dies ein. Ich habe dann nur noch einige allgemeine Gedanken produziert.

Diese Gedanken bewegten sich etwa in der folgenden Richtung; ich führe sie hier etwas breiter aus.

Es ist eine Illusion zu glauben, daß uns mit einem engen Verhältnis mit einem Staate Europas gedient sei und daß wir überhaupt ein solches Ziel in absehbarer Zeit erreichen können.

Mit England in ein festes und dauerndes Verhältnis zu kommen, halte ich für nahezu unmöglich. Meine alte These halte ich aufrecht, daß England naturgemäß deshalb unzuverlässig ist, weil seine eigene Politik deshalb immer zwiespältig sein muß, weil England teils eine Kontinentalmacht, teils eine Weltmacht ist.

Mit Frankreich werden wir, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, auf absehbare Zeit nicht zu einem engeren Verhältnis kommen, obgleich eine wirkliche Verständigung auf allen Gebieten mit Frankreich das einzig Logische und Richtige wäre.

Italien allein kann uns nicht helfen. Auch dürften in Italien, das in erster Linie sich nach England richtet, noch Bedenken gegen ein engeres Verhältnis allein mit Deutschland bestehen, besonders wenn eben die Gefahr besteht, daß unser Verhältnis zu England nicht zum besten steht.

Was sollen wir machen?

Die Politik muß so eingerichtet werden, daß wir auf ein engeres Zusammengehen mit England und Frankreich und Italien hinsteuern. Ein solcher Block ist durchaus möglich. Innerhalb eines solchen Blocks würden sich viele Gegensätze gegenseitig ausgleichen, die leicht in einem Zweierverhältnis zu Tage treten könnten.

Natürlich dürfte sich ein solcher Block weder gegen Rußland, noch gegen Amerika richten.

Mit Rußland müßten wir eine Sonderpolitik etwa auf der Linie treiben, die wir zu Zeit Stresemanns innegehalten haben. Es müßte eine Art ausgleichende Politik sein. Wir müßten versuchen, uns über diese Politik mit den oben genannten drei Westmächten zu verständigen.

In ähnlicher Weise müßten wir uns mit den Westmächten über die den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber zu verfolgende Politik zu einigen versuchen.

Alle übrigen kleinen Staaten müßten wir nach Möglichkeit gut behandeln, die Politik diesen Staaten gegenüber im einzelnen aber der Politik mit den Großmächten unterordnen.

In bezug auf unsere Politik gegenüber Frankreich halte ich meine alte These aufrecht. Man kann, zurzeit wenigstens, mit Frankreich nur zu Rande kommen,

wenn man in vorsichtiger Weise darauf ausgeht, es zu isolieren.<sup>1</sup> Das ist aber ein sehr gefährliches Geheimrezept, das in keiner Weise an die Öffentlichkeit gelangen darf.

Ich halte es für notwendig, daß wir uns möglichst bald in die Diskussion über die Weltwirtschaft sehr energisch dadurch einschalten, daß wir mit einem zugkräftigen und wohlurchdachten, in wenigen Leitsätzen bestehenden Wirtschaftsprogramm hervortreten. Den Anderen fällt ja nichts mehr ein. Wir könnten daher einen großen Erfolg erzielen.

Außerdem müssen wir das allgemeingültige Gesetz beachten, daß wir in der internationalen Politik immer in der Vorhand sein müssen. Das bezieht sich im übrigen nicht nur auf wirtschaftliche, sondern auch auf rein politische Probleme.

Hierfür im einzelnen Richtlinien anzugeben, ist nicht möglich. Es ist nur möglich, wenn man mitten im Geschäft steht und alle Einzelheiten kennt.

285

**Erlaß des Reichsministers Frhr. von Neurath an von Schubert  
Berlin, 15. Juli 1933**

*Ausfertigung. Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 82.<sup>1</sup>*

Lieber Herr von Schubert!

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat zur Ausführung des § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April d.Js. in Verbindung mit der 3. Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz vom 6. Mai d.Js. Richtlinien erlassen, die es den einzelnen Behörden zur Pflicht machen, die Versetzung von Wartestandsbeamten in den dauernden Ruhestand in weitestgehendem Maße durchzuführen.

Ich sehe mich daher genötigt, Ihre Versetzung in den dauernden Ruhestand vorzunehmen. Ich wollte nicht verfehlen, Sie von der bevorstehenden Maßnahme persönlich in Kenntnis zu setzen und Ihnen gleichzeitig im Namen Ihrer alten Behörde für die langjährigen und hervorragenden Dienste zu danken, die Sie dem Reich geleistet haben.

Mit besten Grüßen

Ihr aufrichtig ergebener

[eigenhändig:] Frhr. von Neurath

---

<sup>1</sup> Diese Idee verfolgte Schubert schon seit längerem, siehe Dok. 281.

---

<sup>1</sup> Hschr. Vermerk Schuberts: „An 18/7/33“. – Der formelle kurze Erlaß mit Begleitschreiben vom 18. Juli 1933 verwies auf § 6 des Gesetzes vom 7. April/23. Juni im Unterschied zum Text oben vom 15. Juli, traf bei Schubert am 27. Juli ein, und der Empfang war auf einem anliegenden Vordruck zu bestätigen, was Schubert am 28. Juli tat. In einem in herzlichem Ton gehaltenen Brief vom 17. Juli gab Köpke weitere Erläuterungen, vor allem auch zum Ruhegehalt; Nl. v. Schubert, Pol. Tgb. (1930ff.), Bd. 82.

## Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
Abr.	Abrüstung
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
Abtl.	Abteilungsleiter
a.D.	außer Dienst
ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
adh.	adhibenda, Beiakten
Adl. H	Adelige Häuser
ADÖ	Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich
Allg.	Allgemeine
Anm.	Anmerkung
app.	appendix
AR	Akten der Reichskanzlei
Art.	Artikel
ASD	Archiv der Sozialen Demokratie
Aufl.	Auflage
Aufz.	Aufzeichnung
Ausg.	Ausgabe
BA	Bundesarchiv
Bd., Bde.	Band, Bände
BDFa	British Documents on Foreign Affairs
Bearb./bearb.	Bearbeiter/bearbeitet
Ber.	Bericht
betr.	betrifft, betreffend
BIZ	Bank für Internationale Zusammenarbeit
BR	Botschaftsrat
B.Z.	Berliner Zeitung
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
Cf.	Conferre =Vergleiche
d. h.	das heißt
d. i.	das ist
d. J.	dieses Jahres
d. M., d. Mts.	dieses Monats
d. R.	der Reserve
DA	Dienstantritt
DBFP	Documents on British Foreign Policy

DDP	Deutsche Demokratische Partei
dies.	dieselbe/dieselben
Dipl. Vtg.	Diplomatische Vertretung
Dir.	Direktor
Diss.	Dissertation
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Dok.	Dokument
Dr.	Doktor
DVP	Deutsche Volkspartei
Ebd.	Ebenda
Erl.	Erlaß
etc.	et cetera
evtl.	eventuell
Ew.p p.	Euer Exzellenz, Euer Hochwohlgeboren
f. , ff.	folgende Seite[n]
Febr.	Februar
Frhr.	Freiherr
geb.	geboren, geborene
gest.	gestorben
gez.	Gezeichnet
GGT Frhr. H.	Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Freiherrlichen Häuser
GHdA Adl. H.	Genealogisches Handbuch des Adels, Adelige Häuser
GLR	Geheimer Legationsrat
GOREgR	Geheimer Oberregierungsrat
GR	Gesandtschaftsrat
GRegR	Geheimer Regierungsrat
H.	Heft
HA	Handakte(n)
Hrsg. , hrsg.	Herausgeber, herausgegeben
hschr.	Handschriftlich
i.	in
Jg.	Jahrgang
Kab.	Kabinett
Kap.	Kapitel
Kl.	Klasse
Leg. Rat, LR	Legationsrat
LegSekr.	Legationssekretär
LR	Legationsrat
Ltg.	Leitung
Ltr.	Leiter
MAE	Ministère des Affaires Etrangères – Archives Diplomatiques
maschr.	maschinenschriftlich
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
m. E.	meines Erachtens
MICUM	Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines

Min.	Minister
Min. Dir.	Ministerialdirektor
Min. Rat	Ministerialrat
Mio.	Millionen
m. p.	manu propria = eigenhändig
Mr.	Mister
Mrd.	Milliarden
Mtgld.	Mitglied
N. J.	New Jersey
nachm.	nachmittags
NDB	Neue Deutsche Biographie
Ndr.	Nachdruck/Neudruck
NF	Neue Folge
Nl.	Nachlaß
Nr.	Nummer
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
o. D.	ohne Datum
OHL	Oberste Heeresleitung
o. J.	ohne Jahresangabe
ORegR	Oberregierungsrat
o. U.	ohne Unterschrift
P	Privatbriefe
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
pag.	pagina, page
Pol. Tgb.	Politisches Tagebuch
£	britisches Pfund
pp.	pergite (fahre fort, u.s.w.)
PRO	Public Record Office
Prof.	Professor
PS, ps	Postskriptum
RArM	Reichsarbeitsministerium
RdI	Reichsverband der deutschen Industrie
Ref.	Referat
RegR	Regierungsrat
Rep.	Repertorium
Repko	Reparationskommission
republik.	republikanisch
RErM	Reichsernährungsministerium
resp.	respektive
RFiM	Reichsfinanzministerium
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RInM	Reichsinnenministerium
RJuM	Reichsjustizministerium
RK	Reichskanzlei
R.M., RM	Reichsminister
RMbesG	Reichsministerium für die besetzten Gebiete
RMWid	Reichsministerium für Wiederaufbau



RP	Reichspräsident
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
russ.	russisch
RWeM	Reichswehrministerium
RWiM	Reichswirtschaftsministerium
S.	Seite
Sch.	Schubert
Sept.	September
Ser.	Serie
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
St.S.	Staatssekretär
Staatssekr.	Staatssekretär
Teilbd.	Teilband
Tel.	Telegramm
u.	und
u.a.	und andere
UDSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
uspr.	Ursprünglich
U.St.S.	Unterstaatssekretär
u.s.w.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
v., v	von, vom
VB, Vbd.	Völkerbund
Vertr.	Vertreter
Vfg.	Verfügung
Vgl.	Vergleiche
v.J., v.Js.	vorigen Jahres
VLR	Vortragender Legationsrat
v.M., v. Mts.	vorigen Monats
Votr.	Vortragender
VR	Völkerbundrat
VtrgR	Vortragender Rat
V.V.	Versailler Vertrag
WA	Referat für allgemeine Wirtschaftspolitik im Büro des wirtschaftlichen Unterstaatssekretärs im Außenministerium
WGLR	Wirklicher Geheimer Legationsrat
WLR	Wirklicher Legationsrat
WTB, W.T.B.	Wolffs' Telegraphen Büro
WV	Referat für Verwaltung und Verkehr im Büro des wirtschaftlichen Unterstaatssekretärs im Außenministerium
Z	zur
z. B.	zum Beispiel
z. D.	zur Disposition, einstweiliger Ruhestand
z.d.A., zdA	zu den Akten
z. T.	zum Teil
z. Zt., z.Z.	zur Zeit

# Quellen- und Literaturverzeichnis

## 1. Quellen

Archiv der Sozialen Demokratie Bonn (ASD)  
Nachlass Herrmann Müller, I, 7

Bundesarchiv Berlin (BA)  
Nachlass 1005 Hermann Pünder 66

Ministère des Affaires Étrangères Archives Diplomatiques Paris (MAE)  
Correspondance politique et commerciale 1914 – 1940  
Série Y: Internationale 1918–1940  
Série Z: Europe 1918–1929: Allemagne, corps diplomatique, Bd. 31–36

Nachlass Carl von Schubert im Privatbesitz der Familie von Schubert in Grünhaus bei Trier

Aktenverzeichnis 1932/33

Mappe Lose Blätter

Material aus P

Pol 4. „Versailles“

Lose Blätter (1928/29)

Fasz. Nadolny

Politisches Tagebuch, Bde. I – XV (1920–1921)

I Febr. – Mai 1920

II Juni – Juli 1920

III Aug. – Sept. 1920

IV Okt. – Nov. 1920

V Dez. 1920

VI Jan. 1921

VII Febr. 1921

VIII März 1921

IX April 1921

X Mai 1921

XI Juni 1921 (1)

XII Juli 1921 (2)

XIII Aug. 1921 (3)

XIV Sept. – Okt. 1921 (4)

XV Nov. 1921 (5)

Politisches Tagebuch, Bde. 3–17, 21, 23, 26–32, 34–36, 37–40, 42–47, 50–55, 58–60, 66, 77, 82 (1930–1932)

Politisches Tagebuch, lose Blätter

Privatbriefe, Bde. 6–24 (1921–1924)

6 Dez. 1921	15 Jan. – Febr. 1923	24 Aug.–Dez. 1924
7 Januar 1922	16 März –April 1923	
8 Febr. – März 1922	17 Mai 1923	
9 April 1922	18 Juni – Juli 1923	
10 Mai – Juni 1922	19 Aug. – Sept. 1923	
11 Juli 1922	20 Okt. – Dez. 1923	
12 Aug. 1922	21 März 1924	
13 Sept. – Okt. 1922	22 April – Mai 1924	
14 Nov. – Dez. 1922	23 Juni – Juli 1924	

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Berlin (PA AA oder PA)

Film–Nr. D 539363–65 ist in: PA AA R 28273

Film–Nr. E 137866 ist in: PA AA R 29160

Handakten Carl von Schubert

Handakten Direktoren Schubert, Schriftverkehr E, Bde. 1, 2 u. 9 a (dieser Bd. in: PA AA R 36011)

I B, Rep. IV, Personalia generalia, 136 adh., Bd. 3

II gen. 339 Türkei, Bd. 5

Nachlass Jagow Gottlieb v., Bd. 1

Nachlass Köpke Gerhard, Bd. 2: Schriftverkehr mit v. Schubert

Nachlass Maltzan, Bde. 6, 9, 15, 21, 30 (alte Sign. 1/6, 1/9, 2/15, 3/21, 3/29b) sowie 55, 57–62

Nachlass Prittwitz und Gaffron, Friedrich Wilhelm v., Bd. 4

Nachlass Ritter Karl, Bd. 1: Lebenserinnerungen

Nachlass Stresemann Gustav, Bd. 6: Allgemeine Akten (Jan. – Febr. 1924), Bd. 16:

Allgemeine Akten (Sept. 1924), Bd. 265: Politische Akten (1924/I), Bd. 281:

Politische Akten (1926/II), Bd. 294: Politische Akten (1928/II)

P 1, 13914–13921 (Personalakten Altes Amt, Personalakten Schubert, Carl v.)

P 13, Schubert Carl v. (Personalverwaltungsakten der Auslandsvertretungen, Personalakte Bern)

R 2357, 2358, 22005, 27367, 27380, 27813, 28064, 28130–132, 28140, 28219–221, 28264–374, 28420, 28488, 28564–568, 28645, 28663, 28669a, 28907, 28910–912, 28925, 28952–953, 28956–958, 28975, 28978–982, 28984, 28997, 28999, 29000, 29004–010, 29015, 29038, 29040–043, 29048, 29050, 29053, 29072, 29074–075, 29076, 29077, 29083–29087, 29090, 29091, 29092–96, 29108, 29146, 29154, 29160, 29161, 29171–172, 29174, 29202, 29213, 29216, 29243, 29245–247, 29249, 29254–256, 29295, 29297–299, 29304–305, 29313, 29315, 29318, 29328, 29337, 29338, 29343–345, 29347, 29358, 29359, 29370, 29372, 29374, 29377, 29378, 29381, 29384, 29391, 29403, 29407, 29410–413, 29416–420, 29422–425, 29427, 29514, 29838, 29907, 29914, 29953, 29968, 29984, 30586, 30601, 32366, 35607–608, 35664,

- 35991–35994, 35996, 35998, 36001–004, 30606, 36010–012, 36013, 36015, 36019, 53343, 70074, 76778, 77107, 84944, 85582, 96638–640  
 RAV Bern, Bd. 768: Handakte v. Schubert 1916–19, Bd. 1130: Handakte v. Schubert 1917–19  
 RAV Brüssel, 5/5: Akten der Legationssekretäre, Bd. 10  
 RAV London, 1257: Politische und wirtschaftliche Reparationsfragen, Völkerbundeintritt, Bd. 1  
 RAV Rom (Quirinal) Geheimakten, 6: Az. W 1b, Deutschland–Österreich, Zollunion 1931  
 REP. IV, Personalia Nr. 483, Bd. 3 in: PA AA P 1, Personalakte Schubert  
 RM 2784, kompletter Film Büro Reichsminister Az. 8 Italien in: PA AA R 28264–374  
 St.S.  
     C, Bd. 18, 23  
     CF, Bd. 1, 3, 17  
     Cgil, Bd. 1  
     Fab., Bd. 14  
     E 137866  
     F Kö, Bd. 1  
     FS, Bd. 1, 4, 5, 12, 13, 14, 15, 16  
     G rep., Bd. 2  
     IZ, 4527  
     P, Bd. 18  
     ORu, Bd. 1, 2, 8, 9, 10  
     Serba, Bd. 1–4  
     Sit, Bd. 1  
     SO, Bd. 10  
     Sobe  
     Ye  
     Vögen, Bde. 1-3,  
     Vötag, Bd. 5, 7, 8, 9, 11, 13, 14, 15

Public Record Office (PRO) Kew bei London (seit 2003 National Archives des Vereinigten Königreichs)

- FO 371, Bd. 10741, C 12661  
 FO 371, Bd. 12886, C 1583  
 FO 371, Bd. 8816, C 16055–C 16056, C 16199, C 17053

## 2. Gedruckte Quellen

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945: Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes.

- Serie A 1918–1925. Bde. I bis XIV. Göttingen 1982 – 1995. [alles auch online].  
 Bd. I: 9. Nov. 1918 bis 5. Mai 1919. Göttingen 1982.  
 Bd. II: 7. Mai bis 31. Dezember 1919. Göttingen 1984.  
 Bd. III: 1. Januar bis 30. September 1920. Göttingen 1985.

Bd. IV: 1. Oktober 1920 bis 30. April 1921. Göttingen 1986.

Bd. V: 1. Mai 1921 bis 28. Februar 1922. Göttingen 1987.

Bd. VI: 1. März bis 31. Dezember 1922. Göttingen 1988.

Bd. VII: 1. Januar bis 31. Mai 1923. Göttingen 1989.

Bd. VIII: 1. Juni bis 15. November 1923. Göttingen 1990.

Bd. IX: 16. November 1923 bis 6. April 1924. Göttingen 1991.

Bd. X: 7. April bis 4. August 1924. Göttingen 1992.

Bd. XI: 5. August bis 31. Dezember 1924. Göttingen 1993.

Bd. XII: 1. Januar bis 25. April 1925. Göttingen 1994.

Bd. XIII: 27. April bis 13. August 1925. Göttingen 1995.

Bd. XIV: 14. August bis 30. November 1925. Göttingen 1995.

Serie B 1925–1933. Bde. I bis XXI. Göttingen 1966–1983. [alles auch online].

Bd. I: Deutschlands Beziehungen zu Frankreich, Großbritannien, Belgien sowie deutsche Entwaffnung, Reparationen, Völkerbund und internationale Abrüstung. Dezember 1925 bis Dezember 1926. Bde. 1 u. 2. Göttingen 1966 u. 1968.

Bd. II: Deutschlands Beziehungen zur Sowjet-Union, zu Polen, Danzig und den baltischen Staaten. Dezember 1925 bis Dezember 1926. Bde. 1 u. 2. Göttingen 1967.

Bd. III: Deutschlands Beziehungen zu Süd- und Südosteuropa, Skandinavien, den Niederlanden und zu den außereuropäischen Staaten. Dezember 1925 bis Dezember 1926. Göttingen 1968.

Bd. IV: 1. Januar bis 16. März 1927. Göttingen 1970.

Bd. V: 17. März bis 30. Juni 1927. Göttingen 1972.

Bd. VI: 1. Juli bis 30. September 1927. Göttingen 1974.

Bd. VII: 1. Oktober bis 31. Dezember 1927. Göttingen 1974.

Bd. VIII: 1. Januar bis 30. April 1928. Göttingen 1976.

Bd. IX: 1. Mai bis 30. August 1928. Göttingen 1976.

Bd. X: 1. September bis 31. Dezember 1928. Göttingen 1977.

Bd. XI: 1. Januar bis 31. Mai 1929. Göttingen 1978.

Bd. XII: 1. Juni bis 2. September 1929. Göttingen 1978.

Bd. XIII: 3. September bis 31. Dezember 1929. Göttingen 1979.

Bd. XIV: 1. Januar bis 30. April 1930. Göttingen 1980.

Bd. XV: 1. Mai bis 30. September 1930. Göttingen 1980.

Bd. XVI: 1. Oktober 1930 bis 28. Februar 1931. Göttingen 1981.

Bd. XVII: 1. März bis 30. Juni 1931. Göttingen 1982.

Bd. XVIII: 1. Juli bis 15. Oktober 1931. Göttingen 1982.

Bd. XIX: 16. Oktober bis 29. Februar 1932. Göttingen 1983.

Bd. XX: 1. März 1932 bis 15. August 1932. Göttingen 1983.

Bd. XXI: 16. August bis 29. Januar 1933. Göttingen 1983.

Ergänzungsband zu den Serien A–E. Gesamtpersonenverzeichnis, Portraitfotos und Daten zur Dienstverwendung. Anhänge. Göttingen 1995. [auch online].

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Bde. 2 bis 13. Boppard a. Rhein 1980–1989. [alles auch online].

[Bd. 2]: Das Kabinett Bauer: 21. Juni 1919 bis 27. März 1920. Boppard/Rhein

1980. [Bd. 3]: Das Kabinett Müller I: 27. März bis 21. Juni 1920. Boppard/Rhein 1971.

- [Bd. 4]: Das Kabinett Fehrenbach: 25. Juni bis 4. Mai 1921. Boppard/Rhein 1972. [Bd. 5]: Die Kabinette Wirth I u. II (1921/22): 1. Mai 1921–22. November 1922. Teilbde. I u. II. Boppard/Rhein 1973.
- Bd. [6]: Das Kabinett Cuno: 22. November 1922 bis 12. August 1923. Boppard/Rhein 1968.
- Bd. [7]: Die Kabinette Stresemann I u. II: 13. August bis 30. November 1923. Teilbde. I u. II. Boppard/Rhein 1978.
- Bd. [8]: Die Kabinette Marx I u. II: 30. November 1923 bis 15. Januar 1925. Teilbde. I u. II. Boppard/Rhein 1973.
- Bd. [9]: Die Kabinette Luther I u. II: 15. Januar 1925 bis 17. Mai 1926. Teilbde. I u. II. Boppard/Rhein 1977.
- Bd. [10]: Die Kabinette Marx III u. IV: 17. Mai 1926 bis 29. Juni 1928. Teilbde. I u. II. Boppard/Rhein 1988.
- Bd. [11]: Das Kabinett Müller II: 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Teilbde. I u. II. Boppard/Rhein 1970.
- Bd. [12]: Die Kabinette Brüning I u. II: 30. März 1930 bis 30. Mai 1932. Teilbde. I – III. Boppard/Rhein 1982 u. 1990.
- Bd. [13]: Das Kabinett von Papen: 1. Juni bis 3. Dezember 1932. Teilbde. I u. II. Boppard/Rhein 1989.
- Aktenstücke zur Reparationsfrage vom 12. Juli bis 11. Dezember 1922. Berlin 1922.
- Aktenstücke zur Reparationsfrage vom Mai 1921 bis März 1922. Berlin 1922.
- À la recherche de la paix France-Allemagne: Les carnets d' Oswald Hesnard 1919–1931. Carnets et écrits. Hrsg. von Jaques Bariéty. (Les mondes germaniques 17). Straßbourg 2011.
- Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938. Bd. 4: Zwischen Staatsbankrott und Genfer Sanierung: 11. Juni 1921 bis 6. November 1922. Hrsg. v. Arnold Suppan. Wien 1998.
- Berliner Adressbuch für das Jahr 1882. Berlin 1882.
- Berliner Adressbuch für das Jahr 1925. Berlin 1925.
- Berliner Adressbuch für das Jahr 1926. Berlin 1926.
- Documents Diplomatiques Français. Hrsg v. Ministère des Affaires Étrangères, Commission des Archives Diplomatiques. Serie 1920–1932. Teil 7: 1922. Bd. 1: 1er janvier–30 juin. Brüssel u.a. 2007.
- Documents on British Foreign Policy 1919–1939. Hrsg. v. E[rnest] L[lewellyn] Woodward and Rohan Butler.
- Serie I: 1919–1925. Bde. 6, 8, 21, 28. London 1956–1986.
- Bd. 6: 1919. London 1956.
- Bd. 8: 1920. London. 1958.
- Bd. 9: German Affairs 1920. London 1960.
- Bd. 21: German Reparation and allied Military Control 1923. London 1978.
- Bd. 27: Central Europe, the Balkans, and Germany, January–October 1925, the Conference of Locarno October 1925. London 1986.
- Serie II: 1929–1938.
- Bd. 3: 1931–2. London 1948.
- Hassell, Ulrich von: Römische Tagebücher und Briefe 1932–1938. München 2004.
- I Documenti Diplomatici Italiani. Hrsg. v. Ministero degli Affari Esteri. Serie 7: 1922–1935. Bd. 10–13. Rom 1978–89.

- Bd. 10: 1 gennaio–4 settembre 1931. Rom 1978.  
Bd. 11: 4 settembre 1931–31 marzo 1932. Rom 1981.  
Bd. 12: 1 aprile–31 dicembre 1932. Rom 1987.  
Bd. 13: 1 gennaio–15 luglio 1933. Rom 1989.
- Kessler, Harry Graf: Das Tagebuch 1880–1937. Hrsg. v. Roland Kamzelak. Bd. 1–9. Stuttgart 2004–2010.
- Mussolini, Benito: Schriften und Reden. Bd. 8. Zürich u.a. 1935.
- Riezler, Kurt, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann. (Deutsche Geschichtsquellen d. 19. u. 20. Jahrhunderts 48). Göttingen 1972.
- Sammlung von Material für die Konferenz in Genua am 10. April 1922. Berlin 1922. Ergänzungsbd. 1–2. Berlin 1922.
- Stresemann Gustav: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Hrsg. v. Henry Bernhard. Bd. I–III. Berlin 1932/33.
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. v. Herbert Michaelis u. Ernst Schraepler. Bd. 5: Die Weimarer Republik. Das kritische Jahr 1923. Berlin [1960]. Bd. 6: Die Wende der Nachkriegspolitik 1924–1928. Rapallo, Dawesplan, Genf. Berlin [1961].
- Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte und Anlagen. Bd. 111, 343, 357, 391, 394, 425. Berlin 1890–1929.
- World War Debt Settlements. Hrsg. v. Harold Glenn Moulton/Leo Pasvolsky. Ndr. d. Ausg. New York 1926 New York 1972.

### 3. Sekundärliteratur

- Artaud, Denis: La question des dettes interalliées et la reconstruction de l' Europe 1917–1929. Paris 1978.
- Berghahn, Volker R.: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 33). Düsseldorf 1966.
- Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945. Hrsg. v. Auswärtigen Amt, Historischer Dienst: Maria Keipert/Peter Grupp. Bd. 1: A–F. Bearb. v. Johannes Hürter/Martin Kröger/Rolf Messerschmidt/Christiane Scheidemann. Paderborn u.a. 2000. Bd. 2: G–K. Bearb. v. Gerhard Keiper/Martin Kröger. Paderborn u.a. 2005. Bd. 3: L–R. Bearb. v. Gerhard Keiper/Martin Kröger. Paderborn u.a. 2008. Bd. 4: S. Bearb. v. Bernd Ispording/Gerhard Keiper/Martin Kröger. Paderborn u.a. 2012. Bd. 5: T–Z. Nachträge. Bearb. v. Bernd Ispording Gerhard Keiper/Martin Kröger. Paderborn u.a. 2014.
- Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik. Hrsg. v. Hermann Graml. München 1988.
- Bournazel, Renata: Rapallo, naissance d' un mythe. La politique de la peur dans la France du Bloc national. (Travaux et recherches de science politiques 28). Diss. Paris 1972.

- Campbell, Fenton Gregory: *Confrontation in Central Europe. Weimar Germany and Czechoslovakia*. Chicago 1978.
- Coatman, John: *Die britische Reichswirtschaftskonferenz von Ottawa*. Jena 1933.
- Conze, Eckhart u.a. (Hrsg.): *Das Amt und die Vergangenheit*. München 2010.
- Conze, Eckhart: *Das Auswärtige Amt. Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*. München 2013.
- Feldman, Gerald D.: *Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870–1924*. München 1998.
- Freund, Heinrich: *Russlands Friedens- und Handelsverträge 1918–1923*. (Osteuropa-Institut in Breslau. Quellen und Studien Abt. 1, H. 8). Leipzig u.a. 1924.
- Genealogisches Handbuch des Adels. Bd. 99: *Adelige Häuser B*. Bd. 19. Bearb. v. Hans Friedrich von Ehrenkrook u.a. Glückburg 1990.
- Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Freiherrlichen Häuser. Bd. 57, 2. Gotha 1907 [auch online].
- Gründer, Horst: *Walter Simons als Staatsmann, Jurist und Kirchenpolitiker (Bergische Forschungen 13)*. Neustadt/Aisch 1975.
- Grupp, Peter: *Harry Graf Kessler*. München 1995.
- Hansen, Knut: *Albrecht Graf von Bernstorff. Diplomat und Bankier zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*. (Europäische Hochschulschriften 03, 684). Frankfurt/Main u.a. 1996.
- Haupts, Leo: *Deutsche Friedenspolitik 1918–19. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges*. Düsseldorf 1976.
- Jacobsen, Hans-Adolf: *Militär, Staat und Gesellschaft in der Weimarer Republik*, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. (Bonner Studien zu Politik und Zeitgeschichte 22). Düsseldorf 1987, S. 343–368.
- Jacobson, Jon: *Locarno Policy. Germany and the West, 1925-1929*. Princeton, N.J. 1972.
- Jeannesson, Stanislas: *Poincaré, la France et la Ruhr 1922–1924. Histoire d'une occupation*. (Les Mondes Germaniques 7). Strasbourg 1998.
- Koszyk, Kurt: *Gustav Stresemann. Der kaisertreue Demokrat; eine Biographie*. Köln 1989.
- Kröger, Martin: *Schule der Diplomatie*, in: Villa Borsig. Gästehaus des Auswärtigen Amtes und der Akademie Auswärtiger Dienst. Hrsg. v. Auswärtigen Amt und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Köln 2006. S. 10–21.
- Kröger, Peter: *Carl von Schubert*, in: NDB. Bd. 23 (2007), S. 617–618.
- Kröger, Peter: *Carl von Schubert – Außenpolitiker aus Leidenschaft. Sein Beitrag zur internationalen Politik und europäischen Ordnung in der Ära der Weimarer Republik*. (Zeitgeschichtliche Forschungen, Bd. 51), Berlin 2017.
- Kröger, Peter: *Der deutsch-polnische Schiedsvertrag im Rahmen der deutschen Sicherheitsinitiative von 1925*, in: *Historische Zeitschrift* 230 (1980), S. 577–612.
- Kröger, Peter: *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*. 2. Aufl. Darmstadt 1993.
- Kröger, Peter: *„Es handelt sich darum, einen Kontinent wiederherzustellen“: Walther Rathenau als Außenpolitiker*, in: Hans Wilderotter (Hrsg.): *Walther Rathenau 1867–1922: Die Extreme berühren sich. Eine Ausstellung des Historischen Museums in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institut New York*. Berlin 1994, S. 189–202.



- Krüger, Peter: Friedenssicherung und deutsche Revisionspolitik. Die deutsche Außenpolitik und die Verhandlungen über den Kellog-Pakt, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 22 (1974), S. 227–257.
- Krüger, Peter: Locarno – Vorgeschichte und Ergebnis, in: Norman Weiß und Marten Breuer (Hrsg.): Das Vertragswerk von Locarno und seine Bedeutung für die internationale Gemeinschaft nach 80 Jahren. Ergebnisse eines interdisziplinären Rundgesprächs. (Studien zum Öffentlichen Recht, Völker- und Europarecht, Bd. 13). Frankfurt a. M., Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien 2007, S. 77–110.
- Krüger, Peter: Schubert, Maltzan und die Neugestaltung der auswärtigen Politik in den 20er Jahren, in: Auswärtiges Amt: Gedenkfeier für die Staatssekretäre Ago Freiherr von Maltzan und Dr. Carl von Schubert. Bonn 1987, S. 9–18.
- Kühlmann, Richard von: Gedanken über Deutschland. Leipzig 1931.
- Link, Werner: Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland, 1921–1932. Düsseldorf 1970.
- Meier-Welcker, Hans: Seeckt. Frankfurt a. Main 1967.
- Neue Deutsche Biographie. Bd. 1–25. Hrsg v. d. Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1953-2013 [bis Bd. 24 auch online].
- Newton, Douglas: British Policy and the Weimar Republic 1917–1919. Oxford 1997.
- Pogge-von Strandmann, Hartmut (Hrsg.): Walther Rathenau: Industrialist, Banker, Intellectual and Politician. Notes and Diaries 1907–1922. Oxford 1985.
- Pohl, Karl Heinrich: Adolf Müller, Geheimagent und Gesandter in Kaiserreich und Weimarer Republik. Köln 1995.
- Poidevin, Raymond/Bariéty, Jacques: Le relations franco-allemandes 1815–1975. Paris 1977.
- Priesdorff, Kurt von: Soldatisches Führertum. Bd. 10. Hamburg [1942].
- Rauscher, Walter: Ignaz Seipel, Edvard Beneš und der Mitteleuropagedanke in den österreichisch-tschechoslowakischen Beziehungen 1927–1929, in: Festschrift Kurt Peball (zum 65. Geburtstag). (Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 43). Wien 1993, S. 342–365.
- Rödder, Andreas: Stresemanns Erbe. Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929–1932. Paderborn 1995.
- Rupieper, Hermann Josef: The Cuno Government and Reparations. The Hague 1979.
- Salewski, Michael: Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland, 1919–1927. (Schriften d. Forschungsinstituts d. Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik 24). München 1966.
- Scheidemann, Christiane: Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869–1928); eine politische Biographie. Frankfurt/Main u.a. 1998.
- Scheuermann, Martin: Minderheitenschutz contra Konfliktverhütung?: die Minderheitenpolitik des Völkerbundes in den zwanziger Jahren. (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung 6). Marburg/Lahn 2000.
- Schlesinger, Moritz: Erinnerungen eines Außenseiters im diplomatischen Dienst. Köln 1977.

- Schmidt, Paul: Statist auf diplomatischer Bühne. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas. Bonn 1949.
- Schmidt-Klügmann, Annette: Bernhard Wilhelm von Bülow, Hans Heinrich Dieckhoff, Friedrich Gaus. Die Leitung des Auswärtigen Amts zwischen Kontinuität und Anpassung, in: Johannes Hürter/Michael Mayer (Hrsg.): Das Auswärtige Amt in der NS-Diktatur. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 109). Berlin u.a. 2014, S. 111–129.
- Schot, Bastiaan: Nation oder Staat? Deutschland und der Minderheitenschutz. Voraussetzungen deutscher Völkerbundspolitik in der Stresemann-Ära. Diss. Leiden 1983.
- Schröder, Stephen: „Ausgedehnte Spionage“– Benno von Sieberts geheime Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt (1909–1926), in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 64 (2005) H. 2, S. 425–463.
- Schubert, Carl von: Der Eintritt eines Gesellschafters in die offene Handelsgesellschaft. Diss. Heidelberg 1904. Berlin 1904.
- Schultheß, Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. v. Ulrich Thürauf u.a. Bd. 60–73 (1919–32). München 1923–33.
- Schulz, Matthias: Deutschland, der Völkerbund und die Frage der europäischen Wirtschaftsordnung. 1925–1933. (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte 19). Hamburg 1997.
- Schwendeman, Karl: Abrüstung und Sicherheit. Handbuch der Sicherheitsfrage und der Abrüstungskonferenz; mit einer Sammlung der wichtigsten Dokumente. Bd. 1–2. Leipzig 1932–1935.
- Société des Nations. Journal Officiel. Ser. 1: Jg. VI, 1925. Genf u.a. 1925. Jg. IX, 1928. Genf u.a. 1928. Jg. X, 1929. Genf u.a. 1929. Jg. XI, 1930. Genf u.a. 1930. Ser. 2: Supplément spécial 23, 1924. Genf u.a. 1924.
- Soutoh, Georges: Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt 1920/21, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 23 (1975), S. 237–270.
- Tooley, Terry Hunt: National Identity and Weimar Germany: Upper Silesia and the Eastern Border 1918–1922. Lincoln/Nebraska 1997.
- Torunsky, Vera, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922–1929. (Dissertationen zur Neueren Geschichte 14). Köln u.a. 1986.
- Weltwirtschaftliches Archiv. Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Bd. 32 (1930, II). Bd. 34 (1931, II). Kiel 1930–1931.
- Wintzer, Joachim: Deutschland und der Völkerbund 1918–1926. Paderborn u.a. 2006.
- Woller, Hans: Rom, 28. Oktober 1922. Die faschistische Herausforderung. München 1999.
- Wörterbuch des Völkerrechts. Bd. 3: Vasallenstaaten – Zwangsverschickung. Mit Anhang: Abessinien – Weltgerichtshof. Sachverzeichnis und Mitarbeiterregister. Berlin 1929.



## Personenregister

*Carl von Schubert und Namen in der Danksagung wurden nicht aufgenommen.*

- Achilles, Wilhelm, Kanzler in der diplomatischen Vertretung London 1920–39: 128
- Adachi (Adatci), Mineitcirō, Japanischer Botschafter in Paris, Berichterstatter d. VR, Präsidt d. Cour Permanente de Justice International d. VB seit 1931: 549, 568
- Adatci, Mineitcirō, siehe Adachi, Mineitcirō
- Aldrovandi-Marescotti, Luigi, conte di Viano, Ital. Botschafter in Berlin 1926–29, Tätigkeit im ital. Außenministerium seit 1929: 70, 441, 453, 480, 629, 637, 656, 659
- Alexandrowski, siehe Aleksandrowsky, Sergej Sergejewitsch
- Aleksandrowsky (Alexandrowski), Sergej Sergejewitsch, Sowjet. Gesandt. in Helsinki: 537
- Aman Ulla (Chan), afghanischer König: 497
- Andreae, Fritz, Aufsichtsratsvorsitzd. der AEG u. der Dresdner Bank: 74, 82, 503, 504, 508, 641, 642
- Anzilotti, Enrico, Generaldirektor im italien. Außenmin.: 742, 751
- Arfaed–Dovleh, Prinz, persischer VB-Delegierter: 442
- Arnhold, Eduard, Ltr. d. dt. Delegat. bei den Verhandlungen über den Erhalt Oberschlesiens in London nach 1918, Mtgld. d. Verwaltungsrats der Reichsbahngesellschaft bis 1925: 173
- Ascher, Niederländische Handelskammer Paris: 719
- Aschmann, Gottfried, LegSekt. in Paris seit 1920, Generalkonsul in Genf seit 1924, BR in Konstantinopel seit 1928: 315
- Asquith, Herbert Henry, 1st Earl of Oxford and Asquith, Führer d. britischen Liberalen: 101, 240, 241, 244
- Auer, Theodor W., Tätigkeit im preuß. Justizdienst seit 1922: 641, 668
- Avenol, Joseph Louis Marie Charles, Mtgld. d. Finanzkommission d. VB seit 1920, Stellvertr. VB-Generalsekr. 1923–33: 568
- Balbo, Italo, Ital. U.St.S. f. Luftfahrt u. Wirtschaft 1925–28, General d. ital. Luftstreitkräfte 1928, ital. Luftfahrtminister 1929–33: 755
- Baldwin, Stanley, Viscount Corvedale and 1st Earl of Bewdley, brit. Premierminister 1923–24 u. 1924–29: 257, 264, 266, 269, 281, 317, 364, 548
- Balfour, Arthur James, 1st Earl of Balfour, Ratspräsidt. d. Friedenskonferenz in Versailles 1919–22, brit. Vertr. beim VB seit 1920, Ratspräsidt. d. VB 1925–29: 508, 549, 552, 553
- Baligand, Albert von, VLR, Dirigent d. Abt. P im AA 1926–28; Gesandt. in Lissabon 1928–30: 493, 493, 555
- Balugdžić, Živojin, jugoslav. Gesandt. in Berlin: 450
- Barthou, Jean Louis, Präsidt. d. Reparationskommission 1923, franz. Justizmin. 1926–29: 276

- Bassewitz, Rudolf, Graf von, GR in Kopenhagen 1920–24, VLR im AA 1925–29, Generalkonsul in Kalkutta 1929–1932: 15
- Bauer, Gustav, Reichskanzler 1919–1920: 111
- Beelaerts von Blokland, Jonkheer Frans, Tätigkeit im niederländ. Außenministerium 1919–27, niederländ. Gesandtschaft in Brüssel 1927, niederländ. Außenmin. 1927–33: 72, 456, 463, 478, 479, 518, 599
- Behrendt, Gustav, Min. Dir. im AA, Ltr. d. Abt. IV 1920–21: 180
- Below (Schlatau), Paul von, GLR u. VLR in der Abt. IA d. AA 1904–07: 9
- Beneckendorff und von Hindenburg, Herbert von, Außerord. Gesandtschaft u. bevollmächtigter Minister im AA 1919, dann bis 1933 ohne Verwendung: 724
- Beneckendorf und von Hindenburg, Paul von, Reichspräsident 1925–34: 27, 28, 41, 67, 71, 82, 83, 85, 87, 371, 403, 449, 509–11, 525, 531, 534, 561, 572, 573, 580, 609, 649, 668, 671, 676, 677, 716–21, 723–25, 727, 734, 735, 737, 738, 757, 765, 772, 774, 778, 779, 782, 787, 792
- Beneš, Edvard, Außenmin. d. Tschechoslowakei 1918–35: 66, 69, 70, 71, 74, 82, 87, 324, 359, 368, 378, 379, 426, 435–39, 453, 454, 489, 499, 502, 509–11, 644, 646, 647, 652, 655, 656, 659, 664, 693, 760, 761
- Berchem, Johannes Graf von, LR, Geschäftsträger in Kiew bis 1919: 428
- Bérenger, Henry, frz. Botschafter in Washington 1926–29, frz. Delegierter beim VB 1932, Präsident der „Chargéur Réunis“ 1933: 447, 506, 507, 549
- Bergen, Carl Ludwig Diego von, Botschafter beim Vatikan 1920–43: 154, 783
- Berger, Hugo Fritz, ORegR im RFiM, Reparationsref. 1924–32, Min. Dir. u. Ltr. d. Abt. Ia im RFiM 1932–41: 545
- Bergmann, Carl, Stv. Dir. d. Deutschen Bank, Vorsitzd. d. dt. Kriegslastenkommision u. St.S. im RFiM 1919–21: 153, 181, 199, 202, 209, 223, 249, 352
- Bernhard, Georg, Publizist, Chefredakt. d. „Vossischen Zeitung“ seit 1914, MdR (DDP) 1928–1930, Emigration nach Paris 1933: 160, 295, 420, 421, 545, 595, 715
- Bernstorff, Johann Heinrich, Graf von, Ltr. d. vorbereitend. Maßnahmen für die Pariser Friedensverhandlungen 1918–19, Delegierter b. VB 1926–31: 62, 72, 111, 237, 262, 290, 295, 311, 322, 432, 472, 527, 560, 571, 644, 738, 758, 768
- Berthelot, Philippe Joseph Louis, Generalsekr. im frz. Außenmin. 1920–22, 1925–1933, frz. Botschafter in London seit 1930: 68, 74, 79, 396, 398, 399, 407, 412, 445, 464, 501, 502, 506–08, 589–91, 612, 748
- Bethlen von Bethlen, István Graf (Graf Stefan von), Ungar. Ministerpräsident. 1919–32: 700
- Bethmann, Marie Sophie, Freiherrin von, Bankierstochter, Ehefrau von Bernhard von Mutius: 11
- Bethmann Hollweg, Dietrich von, LR Bern 1916–18: 11
- Bethmann-Hollweg, Theobald von, Reichskanzler 1909–17: 16
- Bismarck-Schönhausen, Otto Fürst von, Herzog von Lauenburg, LegSkr. in Stockholm 1927, dann mit Unterbrechungen in London 1928–36, BR seit 1933: 738
- Blackett, Sir Basil, Finanzkontrolleur d. brit. Schatzamtes 1919–1922, Exekutivrat d. brit. Generalgouverneurs in Indien 1922–28: 197, 208, 212, 215, 216
- Blücher, Wipert von, LegSkr., dann LR im AA Abt. IA u. Abt. F 1918–22, GR in Stockholm 1922–26, dann in Buenos Aires 1926–1929: 237

- Bodman, Hans Freiherr von und zu, Gesandt. in Lissabon 1910–11: 16
- Boltze, Erich, LegSekt. in Stockholm 1921–23, dann in Budapest 1923–26, GR in Genf u. Mitgld. d. dt. Delegation bei der Abrüstungskonferenz 1926–29, dann in Den Haag 1930–37: 600
- Bonar Law, Andrew, brit. Premiermin. 1922–23: 229, 237–39, 241–45, 280
- Boncompagni, Francesco Ludovisi, Prinz von Piombino, Gouverneur von Rom: 656, 665
- Borah, William Edgar, US-Senator für Idaho 1907–40: 87, 235, 767
- Boris III., Zar von Bulgarien 1918–43: 77, 570, 571
- Bosdari, Alessandro, conte de/di, italien. Botschafter in Berlin 1922–26: 388
- Bottai, Giuseppe, italien. Handelsmin.: 701, 745
- Boyé Adolf, St.S. für wirtschaftl. Angelegenheiten im AA 1920–21, Gesandt. in Peking 1921–28: 53, 55, 111, 124, 167, 196
- Bradbury, Sir John Swanwick, 1st Baron of Winsford, brit. Hauptdelegierter in der Reparationskommission: 216, 223
- Brand, Robert Henry, Vizepräsident d. intern. Finanzkonferenz d. VB in Brüssel seit 1920, Mtgld. d. Experten-komm. z. Stabilisierung d. Mark 1922: 223
- Branting, Karl Hjalmar, schwed. Premiermin. 1920, 1922–23 u. 1924–25: 236
- Bratman-Brodowsky, Stephan Ioakimowitsch, Poln. BR in Berlin 1922–31: 403
- Braun, Otto, Preuß. Ministerpräsident. 1920–33 mit Unterbrechungen 1921 u. 1925: 541, 762
- Brauns, Heinrich, Reichsarbeitsmin. 1920–28: 493
- Brauweiler, Johann Heinrich Wilhelm, Preuß. Regierungspräsident. in Oppeln u. Marienwerder 1921–25: 173–75
- Bredow, von, Oberst: 755, 758
- Bredt, Johann Viktor, MdL Preußen (Wirtschaftspartei) 1921–1924, MdR (Wirtschaftspartei) 1924–32: 528, 699
- Breitscheid, Rudolf, MdR (SPD) 1920–33, außenpolit. Sprecher d. SPD: 64, 70, 78, 80, 214, 233, 237, 332, 335, 432, 528, 533, 581, 599, 613, 614, 615, 793
- Briand, Aristide, franz. Premier- und Außenmin. 1921–22 u. 1925–26: 5, 39, 67–69, 71, 72, 76, 77, 79, 147, 193, 198, 315, 324, 382, 383, 387, 388, 390–92, 396–98, 400, 401, 411, 415–17, 426, 431, 436, 439, 445, 446, 449, 451, 456, 458, 460, 461, 463–66, 475, 478, 479, 486, 487, 489, 506–09, 512, 521, 525, 532–34, 540, 544, 549–51, 555–60, 564, 565, 567, 576, 577, 582–85, 589, 590, 591, 596–603, 611, 613, 615, 616, 619, 620, 622, 623, 635, 655, 661, 664, 665, 672, 694, 695, 707, 711, 713
- Brockdorff-Rantzau, Ernst, Graf von, Zwillingbruder von Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau: 385
- Brockdorff-Rantzau, Ulrich, Graf von, St.S. im AA 1918, Reichmin. d. Auswärtigen u. Ltr. d. dt. Friedensdelegat. in Versailles 1919, Botschafter in Moskau 1922–28: 18, 67, 95, 325, 337, 344, 349, 360, 362, 363, 365, 385–87, 404, 424, 466, 467, 474, 536, 537, 561
- Bruce, Stanley Melbourne, austral. Premiermin.: 264
- Bruhn, Bruno, Mtgld. d. Aufsichtsrats d. Friedrich-Krupp-AG 1912–27: 314
- Brüning, Heinrich, MdR (Zentrum) 1924–1933, Fraktionsvorsitzd. d. Zentrums im RT seit 1929, Reichskanzler 1930–32: 40, 84–87, 631, 643, 649, 662, 664, 672, 677, 678, 680–83, 685, 686, 708–10, 716, 718–20, 722, 723, 727, 728, 731, 733–36, 741, 749, 763–

- 65, 786, 790, 791, 793
- Bryan, William Jennings, amerikan. Außenmin. 1913–15: 250
- Budde, Eugen, LegSekr. im AA 1929–34: 778, 779, 787
- Bücher, Hermann, VtrgR im AA 1919–21, Präsidiumsmtgld. d. RdF: 215, 253
- Bülow, Bernhard, Fürst von, Reichskanzler u. preuß. Ministerpräsidt. 1900–1909: 14
- Bülow, Bernhard Wilhelm von, Mtgld. d. polit. Kommission bei d. dt. Friedensdeleg. in Versailles 1919, VLR, Ltr. d. Abt. II u. d. Sonderref. VB im AA 1923–28, St.S. seit 1930: 9, 28, 29, 43, 45, 72, 73, 82–86, 216, 286, 310, 311, 319, 325, 327, 413, 472, 485, 641, 643–47, 655, 658, 660–77, 679–83, 687, 696, 697, 701, 706–09, 711–15, 717–20, 725–30, 732–34, 745–47, 749–51, 754, 757, 760, 764, 775–77, 779, 786, 787, 789, 790, 793
- Bülow, Helene von (geb. von Schubert), Ehefrau von Vicco von Bülow: 776
- Bülow, Vicco Karl Alexander von (genannt Bülow-Schwante), VLR u. Ltr. d. Ref. D im AA seit 1933: 11, 789
- Buresch, Karl, österr. Bundeskanzler 1931–32: 745
- Burgeois, Léon Victor Auguste, Erster Präsidt. d. Rates des VB seit 1920: 411
- Cadogan, Sir Alexander Montagu George, Beamter d. brit. Foreign Office 1908–33: 264, 412
- Carow, Ferdinand, Beamter im Auswärtigen Dienst: 51, 102, 103, 130, 138, 139
- Cavell (Cawell), Edith, brit. Krankenschwester in Belgien, 1915 von dt. Kriegsgericht hingerichtet: 499
- Cecil of Chelwood, Edgar Algernon Robert, 1st Viscount, Präsidt. d. VB seit 1923: 219, 253, 254, 434
- Černý, Jan, Premiermin. d. Tescho-slowakei 1920–21 u. 1926: 426
- Cerruti, Vittorio, italien. Botschafter in Berlin 1932–35: 790
- Chamberlain, Sir (Joseph) Austen, Brit. Außenmin. 1924–29: 64–66, 68, 73, 77, 85, 321, 323, 324, 329, 338, 347, 350–55, 366, 368, 369, 374, 375, 379, 387, 388, 396, 398–402, 406, 409–12, 415, 417, 431, 450–52, 460, 469, 478–82, 501, 502, 512, 519, 521–23, 529, 530, 533, 542, 555–57, 559, 560, 564, 566–68, 584, 666, 694
- Cheng Loh, Chines. Diplomat 481, 482
- Chéron, Henry, französ. Finanzmin. 1928–30 u. 1932–33: 615
- Chiang Tso-ping, Chines. Gesandt. in Berlin: 79
- Chilcott, Sir Harry Warden Stanley, brit. Militär, verschiedene auswärtige Missionen für das Foreign Office 1917–22: 178
- Churchill, Winston Leonard Spencer, brit. Schatzkanzler 1924–29: 182, 285, 548, 549, 551, 553
- Chvalkovský, František, tschechoslowak. Gesandt. in Berlin 1927–32: 87, 760, 761
- Ciancarelli, Bonifacio Francesco, Ltr. d. handelspolit. Abt. im italien. Außenmin., Vorsitzd. d. italien. Delegat. für die deutsch-italien. Wirtschaftsverhandlungen: 698, 699, 742, 744, 751
- Coffin, William, amerikan. Generalkonsul in Berlin: 199
- Colban, Eric Andreas, norweg. Gesandt. in Paris: 560
- Contarini, Salvatore, Generalsekr. im italien. Außenministerium: 355
- Coolidge, Calvin, Präsidt. d. USA 1923–29: 449, 484, 485
- Corbin, André Charles, Direktor d. Polit. Abt. d. franz. Außenministeriums: 549
- Coulondre, Robert, franz. Diplomat, Mtgld. verschied. frz. Delegationen bei intern. Währungs- und Schuldenkonferenzen: 728

- Cremer, Carl, MdR (DVP) 1920–32: 645
- Crowe, Sir Eyre Alexander Barby  
Wichart, ständiger U.St.S. im brit.  
Foreign Office seit 1920: 52, 58, 100,  
103, 105, 106, 122, 128, 141, 237,  
238, 254, 295, 339, 354
- Cuno, Wilhelm, Reichskanzler 1922–  
23, seit 1923 Vorstandsmtgld. der  
Hapag: 23, 58, 63, 220, 224, 225, 253,  
272, 274, 277, 326, 350, 354
- Curtius, Julius, MDR (DVP) 1920–32,  
Reichsaußenmin. 1929–31: 27, 28,  
79–85, 430, 498, 530, 575, 585, 593,  
599, 608, 609, 613–18, 621, 623, 625,  
626, 628–31, 639, 640, 643, 644, 646–  
49, 657, 661–63, 665, 667, 668, 670–  
75, 677, 681, 683–85, 687, 689, 696,  
703, 704, 706–08, 710–14, 717–20,  
722, 730, 783
- Curzon, George Nathaniel Lord, Mar-  
quess Curzon of Kedleston, brit.  
Außenmin. 1919–24: 102, 106, 150,  
238, 239, 242–245, 247, 254, 257, 258
- Cushendun, Ronald John McNeill, brit.  
Außenmin. 1928: 549, 550
- D' Abernon, Sir Edgar Vincent Lord,  
Viscount, brit. Botschafter in Berlin  
1920–26: 24, 27, 30, 59–64, 67–69,  
148, 150, 155, 156, 191, 198, 206,  
207, 228, 247, 258–61, 264, 272–75,  
278, 282, 283, 285, 287, 289, 293,  
296, 299, 300, 303–07, 309, 317, 320–  
23, 325, 329, 338, 339, 347–54, 357,  
358, 366, 367, 368, 371, 376, 383–85,  
387–90, 392–94, 396, 400–02, 409,  
410, 414–17, 425, 455, 549, 650, 657,  
668, 675, 679
- Dalberg, Carl Theodor von, Primas der  
dt. Kirche 1803–17: 14
- Dalton, Edward Hugh, Baron, U.St.S.  
im brit. Foreign Office seit 1929: 612,  
623
- Dandurand, Raoul, Präsidt. d. VB-  
Versammlung seit 1925, kanad. Dele-  
gierter beim VB 1927–30: 563, 566–  
68, 579, 581
- Dawes, Charles Gates, amerikan. Ban-  
kier u. Industrieller, Vorsitzd. d. Er-  
sten Sachverständigenkomitees d.  
Reparationskommission 1923–24: 61,  
62, 69–71, 74, 265, 270, 290, 293,  
296, 299, 301, 312, 313, 340, 384,  
440, 446, 447, 499, 504–06, 508, 546,  
550, 557, 575, 583, 602, 632
- Dehn-Schmidt, Georg v., Generalkonsul  
in Dublin seit 1923, Gesandt. I. Kl.  
dort 1930–34: 384, 387
- Deibert, Handelsvertr.: 645
- Delbrueck, Richard, Reichskommissar f.  
Gefangenenaustausch mit Polen  
1919–20, Tätigkeit im Ref. Vatikan d.  
AA 1920–22: 123, 188
- Denhard, Wilhelm, Min. Dir., Ltr. d.  
Abt. Zölle im RFiM 1921–25: 374
- Derby, Edward George Villiers Stanley,  
Earl of, Brit. Botschafter in Paris  
1918–20, Brit. Kriegsmin. 1922–23:  
244
- Dernburg, Bernhard Jakob Ludwig,  
MdR (DDP) 1920–33, Parteivor-  
standsmtgld. d. DDP: 528
- De Stefani, Alberto, italien. Finanzmin.  
1922–25: 622
- Desticker, Pierre Henri, franz. Divi-  
sionsgeneral: 351, 402
- Deutsch, Felix, Vorstands- und Prä-  
sidiumsmtgld. d. RDI 1919–28: 344
- Diamand, Hermann, Vorsitzd. d. poln.  
Sozialistischen Partei 1924–29: 423
- Dieckhoff, Hans Heinrich, BR in  
Washington 1922–27, Min. Dir. u. Ltr.  
d. Abt. II im AA ab 1930: 9, 548, 550,  
552, 553, 643, 655, 694, 716, 717,  
731, 793
- Dietrich, Hermann Robert, MdR 1920–  
33, Reichsernährungsmin. 1928–  
1930, Reichswirtschaftsmin., dann  
Reichsfinanzmin. 1930: 587, 588,  
645, 707, 716, 717, 731, 732, 734, 736
- Dirksen, Herbert von, VLR, dann Min.  
Dir. in der Abt. IV im AA 1925–28,  
Min. Dir. u. Ltr. d. Abt. IV ab 1928:



- 356, 360, 361, 387, 406, 422, 424,  
436, 493, 498, 604, 605
- Dorn, Herbert, Min. Dir. im  
Reichsfinanzmin. seit 1926, Präsidt.  
d. Reichsfinanzhofs: 614
- Doumergue, Gaston, Präsidt. der franz.  
Republik 1924–31: 303
- Dresel, Ellis Loring, US-Commissioner  
in Deutschland 1919–21: 54, 164,  
165, 183, 184, 185
- Drummond, Sir James Eric, Erster Ge-  
neralsekr. d. VB 1919–1932: 69, 73,  
348, 409–413, 478, 481, 489, 518
- Dubois, Louis Joseph Martie, franz. De-  
legierter in d. Reparationskommissi-  
on 1920–22: 217
- Dufour-Feronce, Albert, Freiherr von,  
GLR in London 1920–26, BR seit  
1922, U.St.S. d. VB u. Dir. im Sekre-  
tariat d. VB 1927–32, Gesandt. in Bel-  
grad 1932–33: 39, 44, 54–63, 66, 77,  
107–09, 112, 113, 127, 129, 130, 138,  
139, 141, 151, 153, 155, 158, 166,  
167, 172–74, 176–79, 181, 182, 185,  
187–91, 194, 202–04, 207, 208, 210–  
12, 216, 222, 223, 225, 230–35, 237,  
239–41, 245–53, 256, 259, 260, 262–  
64, 269–71, 278, 284, 285, 288, 294–  
96, 300, 301, 307, 308, 310, 311, 313–  
17, 321–23, 327, 329, 330, 357, 368,  
561, 562, 580, 647
- Ebert, Friedrich, Reichspräsidt. 1919–  
25: 31 f., 164, 344, 721
- Edge, Walter Evans, amerikan. Bot-  
schafter in Paris 1929–33: 732
- Egger-Möllwald, Lothar, Österreich. Ge-  
sandt. in Rom: 84, 685–90, 697, 709,  
710, 711
- Einem, Gerda (Herta), Baronin von: 426
- Eisenlohr, Ernst, GR in Lissabon 1920–  
23 u. Belgrad 1923–25, VLR im Son-  
derref. Wirtschaft im AA 1925–31:  
78, 82, 585, 639, 640, 652, 653, 700
- Elena, Prinzessin von Montenegro, Ehe-  
frau des italien. Königs Vittorio Ema-  
nuelle III: 650
- Erich, Rafael Waldemar, finn. Minister-  
präsidt. 1921–26, finn. Gesandt. in  
der Schweiz 1926–28, dann in  
Schweden 1928–36: 443
- Eulenburg, August-Graf zu, Oberhof-  
und Hausmarschall Kaiser Wilhelms  
II: 365
- Everts, Robert, Belg. Gesandt. in Berlin  
1924–31: 643
- Faille de Leverghem, Georg, Belg. Ge-  
sandt. in Berlin 1920–24: 351
- Fani, Amedeo, U.St.S. im italien.  
Außenministerium: 742, 744, 745,  
748, 760
- Federzoni, Luigi, italien. Senatspräsidt.  
1929–39: 724
- Fehrenbach, Konstantin, Reichskanzler  
1921–21, MdR (Zentrum) 1920–26:  
119, 125, 142, 155, 159, 170
- Ferdinand I., Zar von Bulgarien 1887–  
1918: 571
- Fischer, Herbert, Reichswehrmin.  
1924–29, Militär-Attaché in Budapest  
1933–36: 755
- Fisher, Herbert A. Laurence, brit. Poli-  
tiker u. Delegierter zur VB-Versamm-  
lung: 103, 254
- Fitzgerald, Desmond, irischer Außen-  
min. 1922–27, irischer  
Verteidigungsmin. 1927–32: 384
- Flandin, Pierre Étienne, franz. Handels-  
min. 1929–30, dann Finanzmin.  
1931–32: 639, 732
- Fleuriau, Aimé-Joseph, franz. Botschaf-  
ter in London 1924–33: 347
- Flotow, Hans von, GORegR, dann VtrgR  
im preuß. Handelsmin. 1916–20,  
stellv. Bevollmächtigter Preußens  
beim Reichsrat 1919–21, seit 1921  
Geschäftsinhaber d. Firma Hardy &  
Co. GmbH: 16, 88, 158, 160, 642, 714,  
715, 794
- Foch, Ferdinand, Oberbefehlshaber d.  
alliirt. Streitkräfte in Frankreich u.

- Belgien 1918, Teilnehmer an den Pariser Friedensverhandlungen 1919: 276
- Forster, Dirk, GR in Paris 1921–1925, VLR u Ltr. d. Ref. Abrüstung im AA 1926–31, BR in Paris 1931–37: 338, 354, 781
- François-Poncet, André, franz.  
Botschafter in Berlin 1931–38: 732, 747, 776, 777, 787
- Frank, Felix, österr. Vizekanzler 1922–24, österr. Gesandt. in Berlin 1925–32: 66, 377, 427, 497, 598, 620, 667
- Frassati, Alfredo, italien. Botschafter in Berlin 1920–22: 175
- Freytag-Loringhoven, Axel, Freiherr von, MdR 1924–1942 (DNVP, seit 1933 NSDAP): 365
- Friedberg, Heinrich von, VLR u. Ltr. d. Ref. Besetzte Gebiete im AA seit 1921: 755
- Friedenthal, Joachim, Journalist, Verleger, Schriftsteller: 769
- Frohwein, Hans, VLR Ref. Völkerbd u. Abrüstung im AA seit 1928: 737
- Fromageot, Henri, Rechtsberater d. franz. Außenministeriums, Mitgl. d. franz. Delegation bei der Konferenz in Locarno 1925; Delegierter zum VB 1928–30, Richter am ständig. Gerichtshof in Den Haag 1929–42: 75, 383, 393, 439, 524, 525, 530, 531
- Gafencu, Grigore, rumän. Jurist u. Journalist, Tätigkeit im rumän. Außenmin. seit 1928: 565
- Ganem, André, Tätigkeit im franz. Außenminist.: 613, 614
- Garret, John Work, amerikan. Botschafter in Italien 1929–33: 758, 767, 785
- Garvin, James Louis, brit. Journalist, leitend. Redakteur d. Encyclopaedia Britannica 1926–32: 322
- Gasparri, Pietro, St.S. v. Papst Benedikt XV. u. Pius XI. 1914–30: 166
- Gaus, Friedrich, WLR, Ltr. d. Rechtskommission d. Friedensdelegat. 1919, Referent f. Rechtsfragen 1921, Min. Dirigent u. Justiziar des AA, Ltr. d. Abt. V 1923–43, Min.Dir. 1924, U.St.S. 1939: 9, 19, 20, 58, 60, 63, 67, 73, 75, 80, 81, 88, 192, 248, 249, 251, 254, 256, 263, 275, 285, 288, 326, 327, 333, 337, 344, 347, 357, 360, 363, 365, 367, 375, 376, 379, 380, 383, 384, 388–91, 393–95, 424, 439, 454, 470, 483–85, 488, 498, 500, 502, 518, 522, 523, 525, 527, 529, 530, 531, 532, 533, 535, 542, 544, 557, 558, 560, 572, 579, 582, 594, 613, 614, 626, 644, 670, 673, 674, 706, 710, 720, 731, 786, 787
- Gayda, Virginio (Virgilio), italien. Faschist u. Journalist: 706
- Gazerra, Pietro, U.St.S. im italien. Kriegsmin. seit 1928, italien. Kriegsmin. 1929–33: 715
- George V., König von Großbritannien u. Irland 1910–1936: 242, 598
- Georgi, brit. Hauptmann: 322
- Gerothwohl, Maurice Alfred, brit. Journalist u. Politiker d. Liberalen: 322, 368
- Gebler, Otto Karl, Reichswehrmin. 1920–28: 272, 436, 451
- Ghigi, Pellegrino, Tätigkeit im italien. Außenministerium seit 1924: 86, 728, 729, 732, 741, 743, 744
- Gibson, Hugh, amerikan. Gesandt. in Belgien und Luxemburg 1927–33: 96
- Gilbert, Seymour Parker, U.St.S. im brit. Schatzamt 1921–23, brit. Generalagent für die Reparationszahlungen in Berlin 1924–30: 39, 69, 70, 72, 74, 76, 77, 414, 440, 462, 498, 501, 503–08, 546, 548, 553, 540, 542, 543, 546, 548, 549, 551, 553, 554, 557, 573, 575, 576, 592, 622, 792
- Girsa, Văclav, stellv. Außenmin. der Tschechoslowakei: 426
- Gitschmann, Kanzleidiener in der Botschaft Rom: 776
- Giuriati, Giovanni Battista, Präsident d. italien. Abgeordnetenversammlung, Generalsekr. d. Faschistischen Partei: 656

- Göppert, Otto, Min. Dir. im AA u. Ltr. d. dt. Friedensdelegat. in Paris 1920, Kommissar f. die Gemischten Schiedsgerichtshöfe u. die Staatsvertretungen 1922–31, Mtgld. d. dt. Delegat. z. Abrüstungskonferenz in Genf 1932: 111, 144, 532, 737
- Göring, Hermann, Reichstagspräsidt. seit 1932, Reichskommissar f. Luftfahrt u. das preuß. Innenministerium sowie preuß. Ministerpräsidt. seit 1933: 644, 775, 781
- Goethe, Johann Wolfgang von, Schriftsteller, Naturforscher, Jurist: 86, 633, 750
- Goldschmidt-Rothschild, Albert, Freiherr von, Bankier, Botschaftsattaché in London unter Kaiser Wilhelm II.: 122
- Graefe, Albrecht von, MdR (Deutschvölkische Freiheitspartei) 1922–28, Teilnahme am Hitler-Putsch 1923: 642
- Graham, Sir Ronald William, brit. Botschafter in Italien 1921–33: 616, 785
- Grandi di Mordano, Dino, conte, ital. Außenmin. 1929–32, italien. Botschafter in London seit 1932: 83–86, 87, 441, 619–21, 644–48, 654, 655, 657, 658, 660–64, 667, 669, 670, 672, 678, 681, 685, 687–92, 694, 696, 698, 700–06, 709–11, 713, 714, 719, 725, 727, 728, 732, 736, 741, 742, 745, 747–49, 750, 753, 755, 758, 759
- Gravina, Manfredi (Manfredo), conte di, italien. Delegierter beim VB 1924–29, Hochkommissar d. VB für Danzig 1929–32: 659
- Grażyński, Michał, Kommandeur bei den poln. Aufständen in Oberschlesien 1921, Wojwode von Kattowitz 1926–31: 458
- Grey, Sir Edward, 1st Viscount Grey of Fallodon, brit. Außenmin. 1905–16: 16
- Grigg, Sir Edward William Macleay, Sekr. d. brit. Premiermin. David Lloyd George 1921–22, Gouverneur in Kenia 1925–31: 182, 212
- Groener, Wilhelm, Erster Generalquartiermeister 1918, Reichsverkehrsmin. 1920–23, Reichswehrmin. u. Innenmin. 1928–32: 81, 625, 626, 727, 734
- Grünau, Werner Ernst Otto, Freiherr von, WLR u. VtrgR im AA seit 1918, Generalkonsul in Kattowitz 1925–30, Ltr. d. Personalabt. im AA seit 1930, Min. Dir. 1932: 643, 756
- Grumbach, Salomon, franz. Journalist, Abgeordn. d. franz. Nationalversammlung. 1924–32: 335
- Grunow, Johannes Eduard Ernst, Min. Rat im Reichsverkehrsmin.: 184
- Guariglia, Raffaele: 86, 738–41, 746, 747, 749, 756
- Guarneri Citati, Andrea, italien. Professor für Privatrecht: 697
- Guggenheimer, Emil, Reichskommissar f. den Wiederaufbau seit 1921: 181
- Haas, Walter de, VtrgR, dann Dirigent in den Abt. V u. III d. AA 1920–26, Min. Dir. 1926–30: 88, 264, 266, 314, 315, 317, 322, 328, 486, 493, 572
- Hagenow, Victor, Min. Dir. in der RK u. ständig. Stellvertr. d. St.S. 1927–32: 586
- Haldane, Richard Burdon Haldane, 1st Viscount of Cloan, brit. liberaler Politiker, Lordkanzler seit 1924: 291–93
- Hamilton J. G., außenpolit. Korrespondent d. „Daily Chronicle“, London: 227, 230
- Hammerstein-Equord, Kurt, Freiherr von, Generalleutnant seit 1929, Chef d. Heeresleitg. seit 1930: 625
- Haniel von Haimhausen, Edgar Karl Alfons, Generalsekr. d. dt. Friedensdeleg. in Versailles 1919, U.St.S. 1919–20, St.S. im AA 1920–22, Gesandt. u. Vertr. d. Reichsreg. in München 1922–33: 18–20, 51–53, 55, 96, 100–03, 105, 107, 110–12, 114, 116, 117,

- 119, 121–24, 127, 129, 130, 135, 137, 159–61, 164, 166, 167, 175, 181, 184, 188, 197, 204, 210, 214, 221, 224, 225, 284, 315
- Hankey, Sir Maurice Pascal Alers, brit. Sekr. d. Konferenzen in Paris, Washington, Genua, London, Den Haag: 79, 313, 599, 600
- Hardinge of Penshurst, Charles Hardinge, 1st Baron, permanenter U.St.S. im brit. Foreign Office 1916–20, Botschafter in Frankreich 1920–22, Delegierter beim VB 1923/24: 104, 107–109
- Hardy, Koloman (Kálmán), Oberstleutnant, Militärattaché an d. ungar. Gesandtschaft in Berlin: 641
- Harrach, Ferdinand, Graf von, Maler, Vater d. Ehefrau Schuberts: 638
- Harrach, Maria Theresia, Gräfin von: 19
- Hassell, Ulrich von, BR in Rom 1919, GR 1920, Generalkonsul in Barcelona 1921–26, Gesandt. in Kopenhagen 1926–30, Botschafter in Rom 1932–38: 29, 783
- Hatzfeld-Wildenburg, Hermann, Fürst von, Reichskomm. u. preuß. Staatskommissar f. die besetzten rhein. Gebiete in Koblenz 1921–1923, Ausweisung 1923: 11, 427, 428
- Hauschild, Herbert, LR 1919 im AA, dt. Vertr. auf dem intern. Kongreß d. Gläubigerstaaten Rußlands in Brüssel 1921, VLR im AA Abt. IVa 1922, Dirigent 1924, Gesandt. in Helsinki 1925–28: 279
- Havenstein, Rudolf (Emil Albert), Präsidt. d. Reichsbank 1908–23: 143, 253
- Heeren, Victor von, LR, dann GR II. Kl. in Madrid 1919–23, Tätigkeit im AA Abt. VI 1923–25, GR in Prag 1925–29, VLR im AA 1930–33: 749
- Heerling, Rudolf, Kanzlist in der Botschaft in London: 128
- Heile, Wilhelm, MdR (DDP) 1920–24, Vizepräsidt. d. Internat. Entente d. demokratischen Parteien: 610–12
- Hemmen, Hans Richard, Hilfsarb. an der Gesandtschaft Den Haag u. der Botschaft London 1918–23, LegSekr. u. GR 1922, Tätigkeit im AA, Abt. W 1923–27, VLR 1925, kommis. Ltr. d. Generalkonsulats in Melbourne u. BR in Buenos Aires 1928–1933: 317, 320, 642
- Hencke, Andor, persönl. Referent d. Botschafters Graf Brockdorff-Rantzau in Moskau 1922–29, LegSekr. 1925, Tätigkeit im AA, Abt. IV u. VI 1928–33: 362
- Henderson, Arthur, brit. Innenmin. 1924, Außenmin. 1929–31, dann Vorsitzd. d. Genfer Abrüstungskonferenz: 597, 599, 607, 619, 621, 659–61, 663, 664, 668, 675, 676, 684
- Herbette, Jean, seit 1924 franz. Botschafter in Moskau: 386
- Hergt, Oskar, MdR (DNVP) 1920–33, MdL (DNVP) Preußen 1921–23, Reichsjustizmin. u. Vizekanzler 1927–28: 451, 453, 492–95
- Hermes, Andreas, Reichsernährungsmin. 1920–21, Reichsfinanzmin. 1921–23, MdL (Zentrum) Preußen 1924–28, MdR (Zentrum) 1928–33, Präsidt. d. Reichsverbandes d. Landwirtschaft. Genossenschaften seit 1930: 585–88
- Herriot, Édouard, franz. Ministerpräsident. 1924–25, Unterrichtsmin. 1926–28, Ministerpräsident. 1932: 62, 64, 299, 302–05, 312, 321, 322, 324, 332, 333, 335, 338, 339, 348, 350–55, 758, 764, 765, 781, 792
- Hesnard, Oswald, Mtgld. franz. Delegationen bei intern. Verhandlungen 1919–32, Techn. Berater d. VB 1925–42, Gründer u. Direktor d. Institut Français de Berlin 1930: 71, 398, 445, 449, 458, 459, 602, 616, 719
- Hey, Siegfried, Generalkonsul in Charkow 1922–24, BR in Moskau 1924–29, Gesandt. u. Konsul in Tirana 1929–31, VLR in d. Abt. IV d. AA 1932–37: 386

- Hilferding, Rudolf, MdR (SPD) 1924–33, Finanzexperte d. SPD: 64, 332–335, 542, 543, 545, 546, 553, 574, 575, 582, 599
- Hiltebrandt (Hiltebrand), Journalist: 775, 776
- Hindenburg, Frau von, Cousine Paul von Hindenburgs: 724, 725
- Hindenburg, Herbert von, siehe Benckendorff und von Hindenburg, Herbert von
- Hindenburg, Margarete von, Schwiegertochter Paul von Hindenburgs: 724, 725, 787
- Hindenburg, Paul von, siehe Beneckendorff und von Hindenburg Paul von
- Hirsch, Julius, St.S. im RWiM 1919–23: 181
- Hitler, Adolf, Führer der NSDAP seit 1921, Reichskanzler 1933–45: 86, 642, 649, 657, 672, 676, 686, 727, 734, 735, 737, 758, 769, 775
- Hodža, Milan, tschech. Journalist, seit 1935 Ministerpräsident d. Tschechoslowakei: 426
- Hoesch, Leopold von, LegSchr., dann Botschafter in Paris 1921/23–32: 16, 19, 60–62, 64, 65, 67–69, 75, 78, 88, 93, 244, 266–68, 275, 278, 284, 285, 289, 295, 298, 301, 302, 309, 312, 316, 318, 319, 321, 322, 335, 337, 338, 348, 354, 377, 382–84, 388, 391, 396, 397, 401–03, 406, 407, 415, 416, 462, 464–66, 487, 489, 497, 505, 506, 508, 514, 525, 526, 532–35, 539, 549–52, 555, 558, 572–74, 583, 585, 589–91, 598, 601, 643, 657, 661, 666, 667, 669, 676, 683, 692, 700, 707, 708, 710–12, 713, 716–20, 727–35, 748, 749, 755, 758, 764, 765, 778, 780, 781, 784–87, 791
- Hoetzsch, Otto, Historiker, Politiker, Journalist, außenpolit. Kommentator d. „Kreuzzeitung“ 1914–24, ordentl. Professor 1920–28, MdR (DNVP) 1920–30: 65, 364–66, 527, 529
- Hoover, Herbert Clark, Handelsmin. 1921–29, dann Präsident d. USA 1928–33: 85, 680, 716–21, 730, 734, 739
- Horstmann, Alfred, GR in Kristiana/Norwegen 1920–21, VLR im AA Abt. III seit 1922, Dirigent seit 1925, Gesandt. in Brüssel 1928–31, in Lissabon 1931–33: 11, 94, 183, 188, 251, 314, 317, 330, 494, 495, 550, 553
- Hory, Andre de (András, Andreas von), ungar. Gesandt. in Rom: 653
- Hossenfelder, Erich, Tätigkeit im AA 1919–30, VLR, Ltr. d. Ref. Amerika 1923, Gesandt. in Addis Abeba 1930–32: 793
- Houghton, Alanson Bigelow, amerikan. Botschafter in Berlin 1922–25, dann in London 1925–29: 63, 223, 234, 331, 377
- Howard, Sir Esme (Esmé) William, brit. Botschafter in Madrid 1919–24, dann in Washington 1924–30: 497, 596
- Hugenberg, Alfred, Politiker, Wirtschaftsführer, MdR (DNVP) 1920–45, Vorsitzd. d. DNVP 1928–33, kurzzeitig Reichsmin. u. preuß. Landwirtschaftsmin. 1933: 614, 734, 90, 791
- Hughes, Charles Evans, amerikan. Außenmin. 1921–25: 58, 135, 184, 224, 246
- Hurst, Sir Cecil James Barrington, brit. Delegierter bei d. Pariser Friedenskonferenz 1918/19, Delegierter bei d. Locarno-Konferenz 1925, Mtgld. am internat. Schiedsgerichtshof in Den Haag 1919–50: 75, 524, 525, 530, 531
- Hymans, Paul, Belg. Außenmin. 1918–20, 1924–25, 1927–35: 355, 549, 550, 553, 601, 603, 613
- Ingram, Edward Maurice Berkeley, Mtgld. d. Nachrichtenabt. im brit. Foreign Office: 420
- Isenburg-Birstein, Franz, Fürst von, Fideikommissbesitzer: 468
- Ishii, Kikujirō, japan. Botschafter in Paris: 456

- Iswolski, Alexander Petrowitsch, ehemal. russ. Außenmin. u. Botschafter in Paris: 437
- Jagow, Gottlieb von, St.S. im AA 1913–16; seit 1916 Mtgld. d. preuß. Herrenhauses: 17
- Jackowski, Tadeusz, LR d. poln. Gesandtschaft in Berlin, Geschäftstr.: 72, 467, 468–470
- Jakubowitsch, Ignatij Semjonowitsch, Erster Sekr. an d. sowjet. Botschaft in Berlin: 424
- Jaspar, Henri, belg. Außenmin. 1920–24, Ministerpräsident. 1926–31, Finanzmin. 1932–34: 281, 599, 600
- Joël, Kurt (Curt) Walter, U.St.S. im RJuM, dann Reichsjustizmin. 1931: 493
- Jouvenel, Henry (Henri) de, franz. Botschafter in Rom: 613
- Kaas, Ludwig, MdR (Zentrum) 1920–33, Vorsitzd. der Zentrumspartei 1928–33: 79, 365, 432, 540, 593–95, 678, 729, 790, 791
- Kahr, Gustav Ritter von, bayer. Ministerpräsident. 1920–21, bayer. Generalstaatskommissar 1923, Präsident d. Bayer. Verwaltungsgerichtshofes: 144, 649
- Kalisch, David, dt. Schriftsteller: 160
- Kamphoevener, Kurt von, LegSekr. im AA seit 1919, GR 2. Kl. seit 1922, Leitung d. Konsulats in Liverpool 1923–26, GR dann BR in Madrid 1926–31, VLR in der Abt. II d. AA seit 1931 u. Generalsekr. d. dt. Delegationen beim VB: 310
- Kánya, Kalmán Kania, Baron von, ungar. Gesand. in Berlin 1925–33: 450, 498, 511
- Karachan, Lew (Leon) Michailowitsch, sowjet. Vertr. in Polen 1921–23, in China 1923–27: 538
- Karlewsky, deutscher Offizier: 755
- Karnebeek, Hermann Adriaan, Jonkheer van, niederld. Außenmin. 1918–27: 660, 664
- Károly von Nagykaroly, Gyula, Graf von, ehemal. Präsident d. ungar. Republik: 685
- Kastl, Ludwig, Reichsfinanzmin. seit 1921, geschäftsführend. Mtgld. d. RdI seit 1925, Mtgld. d. Mandatskommission d. VB 1929–32: 87, 431, 617, 763, 765, 766
- Katzenberger, Hermann, Direktor d. Verlags „Germania“ 1922–27, VLR im AA, Abt. P 1928–32: 595
- Kauder, Gustav, Korrespondent d. „Vossischen Zeitung“ in Rom: 113
- Kaufmann-Asser, Heinrich Ritter von, LR im AA seit 1919, dann an der Gesandtschaft Santiago de Chile 1921–24 sowie in Rio de Janeiro 1924–25, Tätigkeit im AA, Abt. P seit 1926, VLR seit 1928, Gesand. in Buenos Aires 1933: 493, 494, 594, 595
- Keller, Friedrich von, Geschäftstr. in Belgrad 1920–23, Gesand. in Brüssel 1924–28 sowie in Buenos Aires 1928–32: 382
- Kellogg, Frank Billings, US-Botschafter in London 1923–25, amerikan. Außenmin. 1925–29: 74, 75, 485, 486, 510, 524–29, 530, 531, 534, 536–39, 643, 655
- Kempner, Franz, Min. Rat in der RK 1919–23, ständig. Vertr. d. St.S. seit 1923, St.S. u. Chef d. RK 1925–6: 202, 356
- Kempner, Paul, Bankier: 715
- Kenworthy, Joseph Montague, Mtgld. d. brit. Unterhauses (Liberale): 178
- Kessler, Harry, Graf von, Mitarb. d. Gesandtschaft Bern 1916–18, zuletzt Gesand., Vermittler während der Ruhrkrise in London u. bei der Völkerbundtagung in Genf: 9, 12, 19, 23, 24, 26–28, 233, 237, 239–42, 244, 245, 248, 251–54, 298, 315

- Keudell, Walter von, MdR (DNVP), Reichsmin. d. Innern 1924–28: 493
- Keynes, John Maynard, 1st Baron of Tilton, brit. Ökonom, Vertr. d. brit. Finanzministeriums bei der Friederikonferenz in Versailles 1919: 223
- Kiep, Carl Otto, LR 1922, Min. Rat, dann Min.Dir. in der RK, Ltr. d. Vereinigten Presseabtlg. d. Reichsregierung u. des AA 1923–26, BR in Washington 1926–31, Generalkonsul in New York 1931–33: 419, 420, 486, 642
- Kilmarnock, Victor Alexander Sereld Hay, Lord (Eroll, Victor Alexander, 21st Earl of), brit. Gesandtschaftssek. in Kopenhagen seit 1918, dann in Berlin 1919–21, brit. Oberkommissar d. Interalliierten Rheinlandkommission 1921: 20, 100, 103, 105, 107, 108, 128, 134, 144, 150, 191
- Kircher, Rudolf, Londoner Korrespondent d. „Frankfurter Zeitung“: 162
- Kirchholtes, Johannes, LR, dann LegSekr. in Wien 1919–22, Tätigkeit in der Abt. IIb des AA 1922–25, GR, dann GR I. Kl. in Paris u. Bukarest 1925–1934: 639
- Klein, Fritz, Chefredakteur d. „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ 1925–33: 416
- Klimas, Petras, litauischer Gesand. in Paris: 477
- Knipping, Hubert, Min.Dir. u. Ltr. d. Abt. VIII im AA seit 1920, Gesand. in Rio de Janeiro 1925–32: 180
- Knoll, Roman, poln. Gesand. in Rom seit 1927, poln. Gesand. in Berlin 1928–31: 630
- Koch, August Friedrich, GRegR im AA seit 1919, dann WLR 1920–27: 18
- Koch, Walter, Gesand. in Prag 1921–35: 368, 425, 454, 498, 511, 667, 713
- Koch-Weser, Erich, MdR (DDP) 1920–30, Reichsinnenmin. 1919–21, Reichsjustizmin. 1928–30: 775
- Köhler, Heinrich Franz, Reichsfinanzmin. 1927–28, MdR (Zentrum) 1928–32: 493, 505, 506
- Köpke, Gerhard, Min.Dir. im AA seit 1921, Ltr. d. Abt. II u. Vertr. d. St.S. 1923–35: 46, 74, 76, 79, 83, 86, 87, 192, 251, 323, 379, 455, 482, 499–501, 518, 527, 532, 539, 541, 545, 554, 572, 580, 582, 604, 605, 608, 609, 626, 641, 643–47, 652, 653, 657–59, 661, 669, 670, 673, 674, 703, 706, 710, 711, 714, 715, 719, 726, 729, 740, 750, 751, 753–57, 759, 760, 763, 767, 778–83, 789, 793, 796
- Köster, Adolf, Reichsaußenmin. 1920, Reichsinnenmin. 1921–22, Gesand. in Riga 1923–28, in Belgrad 1928–30: 9, 73, 492, 494–96, 502, 569
- Köster, Roland, LR in Den Haag, Brüssel u. Prag 1919–25, VLR im AA 1925–29, Gesand. in Oslo 1929–30, Min.Dir. der Personalabt. d. AA 1931: 757, 781, 793
- Kopp, Victor, sowjet. Bevollmächtigter in Berlin f. Kriegsgefangenenwesen seit 1919, diplomat. Vertr. in Berlin seit 1920: 124, 350
- Kordt, Theodor, Generalkonsul in Neapel 1924–25, LR in Bern 1926–31; Büro d. St.S. im AA 1931–34: 677, 684, 714, 716, 725, 776
- Kraemer (Krämer), Hans, Vorsitzd. d. RDI: 726
- Kramář, Karel, ehemal. tschechoslowak. Ministerpräsident.: 379
- Krantz, Paul Albert, Schriftsteller: 495
- Krassin, Leonid Borisovič, sowjet. Volkskommissar f. Innen- u. Außenhandel 1917–19, Volkskommissar f. Außenhandel 1920–24: 124
- Krestinski, Nikolaj Nikolajewitsch, sowjet. Botschafter in Berlin 1922–30, seit 1930 stellvertr. Volkskommissar f. Auswärt. Angelegenheiten: 65, 68, 362–64, 402, 404, 405, 417, 418, 424, 435, 529, 536, 537, 626
- Kreutzwald, Reiner, Tätigkeiten an den Gesandtschaften Wien u. Reval 1925–27; LR dann LegSekr. an der Bot-

- schaft Rom 1927–31 u. im AA Abt. II 1932–33: 697
- Kriek, Otto, siehe Kriegk, Otto
- Kriegk, Otto: 420
- Krofta, Kamil, tschechoslowak. Gesandt. in Berlin: 392, 454, 487
- Kroll, Hans Anton, LR u. Vizekonsul in Odessa 1923–25, Generalkonsul in Chicago 1925–29, im AA Referat W seit 1929, LR seit 1932: 725, 726
- Krüger, Peter, Prof. Dr., Wiss. Mitarb. am AA 1966–74, Prof. f. Neuere Geschichte an der Univ. Marburg 1974–2002: 12, 29, 33
- Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav von, Aufsichtsratsvorsitzd. u. Inhaber d. Friedrich-Krupp-Werke 1909–43: 56, 199, 201
- Kühlmann, Marguerite von, Tante Schuberts und Ehefrau Richard von Kühlmanns: 93
- Kühlmann, Richard von, Onkel Schuberts, 1. Sekr. in London 1908–14, St.S. im AA 1917–18: 10, 16, 17, 82, 88, 93, 102, 107, 262, 573, 641, 685, 789, 790, 791–94
- Kuenzer, Hermann Emil, Reichskommissar f. die Überwachung d. öffentl. Ordnung seit 1920, Leiter d. politischen Büros d. Reichsinnenmin.: 172, 179, 188, 645
- Lachmann, Alfred, Ministerialamtman im AA 1920–35: 745
- Lammers, Clemens, MdR (Zentrum) 1924–29, Mtgld d. Vorstands d. RDI: 603
- Lampson, Sir Miles Wedderburn, Baron Killearn, Ltr. d. Abt. Mitteleuropa im brit. Foreign Office: 24, 322, 328, 398
- Landsberg, Otto, Reichsjustizmin. 1919, Gesandt. in Brüssel 1920–24, MdR (SPD) 1924–33: 214, 494
- Lang, Karl, GLR im AA 1919–21, Generalkonsul in New York 1921–25, a.o. Gesandt. in Havanna 1925–26: 199
- Langwerth von Simmern, Ernst, Freiherr von, U.St.S. im AA 1919, Botschafter in Madrid 1920–25: 94, 372
- Laroche, Jules Alfred, franz. Botschafter in Warschau 1925–35: 354
- Laurent, Charles-François, franz. Industrieller, Direktor d. Crédit National 1919, franz. Botschafter in Berlin 1920–22: 144, 149, 150
- Laval, Pierre, franz. Ministerpräsident. 1931–32 u. 1935: 711, 729, 732
- Layton, Sir Walter Thomas, brit. Vertr. bei der Bank f. Internat. Zahlungsausgleich seit 1927, Direktor d. Wirtschafts- und Finanzabt. d. VB 1929–30: 717, 718
- Leith-Ross, Sir Frederick William, brit. Vertr. bei der Reparationskommission 1920–25, stellvertr. Finanzkontrolleur im brit. Schatzamt 1925–33: 548, 553, 736
- Leitner, Rudolf, Vizekonsul u. zeitweise Konsul in Chicago 1923–27, LegSokr., dann GR, schließlich BR an der Botschaft in Washington 1927–36: 716
- Lenin (Uljanow), Wladimir Iljitsch, sowjet. Politiker, Vorsitzd. d. Rates d. Volkskommissare 1917–24: 205
- Lerchenfeld auf Köfering und Schönberg, Hugo Graf von und zu, GLR im AA 1919–21, bayr. Ministerpräsident. 1921–22, MdR (BVP) 1924–26, Gesandt. in Wien u. Brüssel 1926–33: 427, 454, 624
- Le Rond, Henry Louis Édouard, franz. Divisionsgeneral: 174
- Leygues, Georges Jean Claude, franz. Marinemin. 1917–1920, 1925–31 u. 1932–33: 147
- Liang Chi-chao, ehem. chines. Finanzmin.: 606
- Lichnowsky, Karl Max, Fürst von, Botschafter in London 1912–14: 16, 17
- Limburg-Stürum, Johan Paul, Graaf van, niederländ. Gesandt. in Ägypten 1922–27, dann in Berlin 1927–37: 72, 462, 789



- Lindsay, Sir Ronald Charles, brit. Botschafter in Berlin 1926–28, St.S. im brit. Foreign Office 1928–29: 417, 423, 447, 450–52, 462, 465, 482, 486, 487, 497, 502, 510, 525
- Litwinow, Maksim Maksimowitsch, sowjet. Politiker, stellvertr. Volkskommissar d. Äußeren seit 1919, Volkskommissar d. Äußeren 1930–39: 362, 364, 424, 462, 477, 482, 538
- Lloyd George, David, Earl of Dwyfor, brit. Premiermin. 1916–22: 37, 54, 56, 106, 118, 121, 122, 125, 126, 133, 146–48, 153–55, 157, 174, 175–77, 186, 189, 192–96, 202, 205, 206, 212, 213, 218, 245, 310, 765
- Loebe (Löbe), Paul Gustav Emil, MdR 1920–33, Reichstagspräsidt. 1920–32: 714
- Lothian Philip Henry Kerr, 11th Marquess of, brit. Journalist u. Diplomat, U.St.S. für Indien in der brit. Regierung 1932–33: 65, 126, 357, 358, 359, 368
- Loucheur, Louis, franz. Handels- u. Industriemin. 1924 u. 1931, franz. Arbeitsmin. 1928–31: 71, 181, 182, 193, 456, 502, 545, 615
- Loudon, Jonkheer John, niederld. Außenmin. 1914–18, Präsidt. d. vorbereitenden Konferenz d. Abrüstungskonferenz d. VB: 463, 560
- Lucius von Stodten, Hellmuth, Freiherr von, a.o. Gesandt. in Stockholm, Gesandt. in Den Haag 1921–27: 10, 427
- Ludendorff, Erich, „Erster Generalquartiermeister“ in der 3. Obersten Heeresleitung 1916–18: 228, 649
- Ludwig, Emil, dt. Schriftsteller: 790
- Ludwig, Max, Generalmajor, Chef d. Heereswaffenamtes im Reichswirtschaftsmin. 1926–29: 626, 763
- Lupatelli, Astore, italien. Rechtsgelehrter: 768
- Luther, Hans, Reichsfinanmin. 1923–24, Reichskanzler 1925–26, Vorsitzd. im „Bund zur Erneuerung des Reichs“ 1928, Präsident der Reichsbank 1930–33: 19, 25, 63, 65–67, 308, 313, 314, 344, 356, 357, 359, 365, 367, 379, 380, 391, 398, 411, 417–19, 682, 717, 718, 731, 736
- MacDonald, James Ramsey, brit. Premiermin. u. Außenmin. 1924, erneut Premiermin. 1929–35: 61, 62, 269, 272, 273, 278, 279, 281–83, 285, 286, 290, 293, 295, 296, 299, 304, 305, 307, 313, 315, 375, 380, 399, 582, 597, 598, 599, 611, 685, 707, 733, 755
- Mackensen, Hans Georg von, GR in Rom 1923–26, dann in Brüssel 1926–29, im AA 1929–31, BR in Madrid 1931–33: 59, 255
- Malcolm, Neill, Chef d. brit. Militärmission in Berlin 1919–21: 115, 163, 191
- Maltzan zu Wartenberg u. Penzlin, Adolf Georg Otto (Ago), Freiherr von, Min. Dr., Ltr. d. Ref. Rußland 1920, dann der Abt. IV 1921–22, St.S. 1922–24, Botschafter in Washington 1924–27: 19, 21, 23, 24, 29, 53, 64, 124, 125, 177, 180, 188, 190, 191, 198, 207, 210, 211, 224, 249–51, 256, 261–63, 265–67, 270, 275, 284, 289, 290, 295, 296, 299, 301, 304, 307–09, 314, 315, 319, 320, 322, 336, 337, 349, 415, 540, 541, 595, 626, 632
- Mantler, Heinrich, Vertr. des WTB in Paris: 190
- Mantoux, Paul, Historiker, franz. Dolmetscher bei den Friedensverhandlungen in Paris 1919: 413
- Margerie, Pierre de, franz. Botschafter in Berlin 1922–31: 67, 72, 78, 275, 303, 309, 331, 351, 361
- Margolin, Arnold Dawidowitsch, Chef d. ukrain. Mission in London: 125, 126
- Marschall von Bieberstein, Viktor,

- Freiherr von, LR an der Botschaft in Rom 1927–33: 651, 652, 757, 775
- Martius, Georg, VLR Abt. V im AA 1923–32, Gesandt. in Riga 1932–34: 457
- Marx, Wilhelm, Vorsitzd. d. Zentrums 1922–28, Reichskanzler 1923 u. 1926–28: 25, 61, 62, 267, 297, 312, 313, 399, 449, 450, 525, 540
- Masaryk, Tomáš, Staatspräsidt. d. Tschechoslowakei 1918–35: 426, 437
- Massigli, Ltr. d. VB-Abt. im franz Außenministerium: 549, 599, 600, 663
- Mastný, Vojtěch, tschechoslowak. Gesandt. in Rom: 84, 693
- Mataja, Heinrich, österr. Außenmin.: 377, 378
- Mayer, Wilhelm, Geschäftstr., außerordentl. Gesandt. in Paris 1920–23: 249
- McKenna, Reginald, brit. Bankier, Vorsitzd. d. Zweiten Sachverständigenkomitees d. Reparationskommission 1923–24: 270, 313
- Mecklenburg-Schwerin, Friedrich Franz, Großherzog von, letzter regierender Großherzog von Mecklenburg-Schwerin: 64, 345
- Meissner, Otto, St.S. u. Ltr. d. Büros d. Reichspräsidt. 1919–33/34: 77, 82, 492, 493, 495, 496, 502, 534, 572, 573, 580, 638, 677, 717, 719
- Melchior, Carl, Vorsitzd. d. Finanzausschusses d. dt. Waffenstillstandsdelegation 1918, Teilnahme an den Friedensverhandlungen in Versailles 1919, stellvertr. Vorsitzd. d. Verwaltungsrates d. Internat. Bank f. Zahlungsausgleich seit 1930: 126
- Mello-Franco, Afrânio de, brasil. Gesandt. beim VB 1924–26, brasilan. Außenmin. 1930–33: 566, 567
- Mellon, Andrew William, amerikan. Finanzmin. 1921–32, amerikan. Botschafter in London 1932–33: 447, 506, 507, 549
- Mertens, Josef, Gesandt. in Sofia 1920–23, Gesandt. II. Kl. in Kairo u. Luxemburg 1923–30: 427
- Meyer, Hans J., Bankier, Teilnahme an den Reparationskonferenzen in Paris, London Genua 1920 u. 1922, Beteiligung an der Ausarbeitung des Dawes- und Young-Plans 1924 u. 1929: 111, 793
- Michelsen, Erich, VLR in der diplomat. Vertretung Tokio 1920–26, Konsul 1920, GR 1922, Tätigkeit im AA Abt. IV, Leitung versch. Referate 1926–33: 606
- Millerand, Alexandre, Generalkommissar f. Elsaß-Lothringen 1919, frz. Ministerpräsidt. 1920, Präsidt d. Republik 1920–24: 116
- Moellendorf, Wichard G.O. von, Reichswirtschaftsmin. 1919, Direktor d. Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem 1923–31: 794
- Moldenhauer, Paul, MdR (DVP) 1920–30, Reichswirtschafts- und Reichsfinanzmin.: 616
- Moltke, Hans-Adolf von, LR 1919, Vertr. d. AA beim Bevollmächtigten für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien 1920–22, LegSekt. 1921, Mtgld. d. Gemischten Kommission f. Oberschlesien 1922–24; BR in Konstantinopel 1924–28, VLR Abt. IV im AA 1928–31: 625, 626, 627
- Monroe, James, amerikan. Präsident 1817–25: 527
- Mosconi, Antonio, italien. Finanzmin. 1928–32: 659, 742
- Müller, Adolf, Gesandt. in Bern 1919–33: 9, 94, 497, 645, 684
- Müller, Hermann, MdR (SPD) 1920–31, Reichskanzler 1920 u. 1928–30: 75, 79, 106, 119, 365, 525, 529, 531, 532, 534, 541, 544, 556, 577, 580, 586–88, 595, 601, 603, 610, 612, 631
- Müller, Max, brit. Gesandt. in Warschau: 287
- Murray, Gilbert, Vorsitzd. d. Kommission für Geistige Zusammenarbeit d. VB: 236

- Mussolini, Arnaldo, Bruder Benito  
 Mussolinis: 731, 789
- Mussolini, Benito, Gründer d.  
 Faschistischen Partei Italiens 1919,  
 italien. Ministerpräsidt. 1922–43: 67,  
 82, 83, 85, 87, 281, 379, 388, 392, 441,  
 471, 485, 551, 623, 629, 630, 637, 642,  
 644, 650, 653, 654, 656, 664, 665, 669,  
 671, 673, 676, 678, 681, 685, 694, 699,  
 724, 727, 731, 736, 737, 750, 755, 759,  
 762, 763, 766–68, 775–77, 783–85,  
 788, 790, 793
- Mutius, Gerhard von, Gesandt. in  
 Kristiania/Norwegen 1918–20, Vor-  
 sitzd. d. dt. Friedensdelegat. in Paris  
 1920–21, Leiter. d. Abt. II, dann Abt.  
 IIa im AA 1921–23, Gesandt. in Ko-  
 penhagen 1923–26, Gesandt. u. Gene-  
 ralkonsul in Bukarest 1926–31, Ge-  
 sandt. bei den Tagungen d. VR 1931–  
 33: 11, 143, 144, 155, 179, 180, 224,  
 293, 737
- Nadolny, Rudolf, WLR u. VLR 1914,  
 Geschäftstrg. in Persien 1914–17,  
 Rußland-Referent im AA 1917–19,  
 Geschäftstrg., dann Gesandt. in  
 Schweden 1920–24, Botschafter in  
 der Türkei 1924–33, Delegationsleit.  
 auf den Genfer Abrüstungskonferen-  
 zen 1932–33: 9, 77, 115, 561, 737,  
 738, 761
- Nano, Constantin G., rumän. Gesandt.  
 in Berlin: 494
- Nansen, Fridtjof, VB-Delegierter f.  
 Norwegen seit 1920: 70, 433, 434, 435
- Napoleon I. Bonaparte, franz. Feldherr,  
 Erster Konsul d. Französischen Re-  
 publik, „Kaiser der Franzosen“: 14
- Neuhaus, Albert, Min. Dir. im preuß  
 Handelmin. 1918–20, Reichswirt-  
 schaftsin. 1925: 400
- Neurath, Konstantin, Freiherr von, Bot-  
 schafter in Rom 1922–30 u. London  
 1930–32, Reichsmin. d. Auswärtigen  
 1932–38: 9, 29, 64, 83, 85, 88, 89,  
 336, 372, 441, 533, 551, 571, 642, 661,  
 663–69, 672, 677, 683, 684, 712, 715–  
 17, 719, 720, 727, 731, 733, 735–38,  
 757, 759, 761, 767–69, 775–77, 779,  
 781–83, 784, 785, 787–91, 793, 796
- Nicolson, Harold George, brit. Diplo-  
 mat, Teilnehmer an der Pariser Frie-  
 denskonferenz 1919, brit. Ge-  
 schäftstrg. in Berlin 1928–29: 79, 583,  
 584, 596–98
- Nollet, Charles Marie Édouard, franz.  
 Divisionsgeneral, Vorsitz. d. Interalli-  
 ierten Kontrollkommission 1919–24:  
 144, 271
- Nord, Erich, Konsul in der Abt. III,  
 dann Abt. VIII, schließlich Abt. II. d.  
 AA 1919–25, LR. I. Kl. 1920, VLR  
 1924, Generalkonsul in Jerusalem  
 1926–32: 316, 402
- Norman, Montagu Collet, Baron, Gou-  
 verneur d. Bank of England 1920–44:  
 253, 296, 380, 718
- Northcliffe, Alfred Lord, brit. Zeitungs-  
 verleger: 118
- Noske, Gustav, Verantwortl. f. Heer u.  
 Marine im Rat d. Volksbeauftragten  
 1918, Reichwehrminister 1919–20: 94
- Nossig, Alfred, Gründer d. Allg. Jüdi-  
 schen Kolonisationsorganisation  
 1908: 611
- Nostitz-Wallwitz, Alfred von, ehemalig.  
 sächsischer Staatsmin.: 724
- O' Grady, James, brit. Beauftragter für  
 den Kriegsgefangenenaustausch mit  
 der Sowjetunion: 191
- Olivetti, Gino, Generalsekr. d. Confede-  
 razioni Generale Fascista dell'  
 Industria Italiana: 765
- Olshausen Franz, GLR 1. Kl. in Buenos  
 Aires 1920–22, Gesandt. in Kowno u.  
 Belgrad 1922–28, Gesandt. in Santia-  
 go de Chile 1928–32: 337, 492
- Olszowski, Zygmunt Kazimierz (Kasi-  
 mir von), Leit. d. poln. Delegat. bei  
 den deutsch-poln. Verhandlungen

- über Oberschlesien in Genf 1922, poln. Gesandt. in Berlin 1923–28: 356, 361, 469
- Oppenheimer, Oscar Franclin, dt. Bankier: 319
- Orsini Baroni, Luca, italien. Botschafter in Bern, Wien, Brüssel u. Konstantinopel 1919–28 sowie in Berlin 1928–32: 81, 622, 629, 637, 639, 644, 646, 685, 702, 708, 713, 714, 725, 751
- Ow-Wachendorff, Wernher (Werner) Melchior, Freiherr von, LR bei der dt. Waffenstillstandskommission 1918–19, in der Gesandtschaft Belgrad 1920–22, GR 1921, LR 1923, im AA Abt. II, dann in den Gesandtschaften Brüssel u. London sowie schließlich VLR im AA Abt. III 1923–31, Gesandt. in Luxemburg 1931–34: 790
- Pacelli, Eugenio, päpstl. Nuntius in Berlin 1920–29, Kardinalstaatsekr. seit 1930, seit 1939 Papst (Pius XII.): 82, 360, 648–52, 792
- Padel, Wilhelm, VtrgR im AA Abt. III 1920–24, Generalkonsul in Smyrna 1924–31: 188
- Painlevé, Paul, franz. Ministerpräsident. 1925, franz. Kriegsmin. 1925–29: 61, 296–298
- Papen, Franz von, MdL Preußen (Zentrum) 1921–28, 1930–32, Reichskanzler 1932, Vizekanzler 1933–34: 87, 759, 762, 764, 765, 775, 782, 786, 788, 793
- Paul-Boncour, Joseph, franz. Sozialist, Delegierter beim VB 1924–26 u. 1932–36, Kriegsmin. 1932, Ministerpräsident. 1932/33: 74, 420, 421, 479, 512–14, 519, 521, 522, 529
- Paulucci di Calboli Barone, Giacomo, marchese, Untergeneralsekr. d. VB: 580
- Pennoyer, Richard Edmonds, Botschaftssekr. bei der amerikanischen Kommission in Berlin: 199
- Peter, Franz, Generalsekr. für die auswärt. Angelegenheiten im österr. Bundeskanzleramt: 71, 426, 427, 454, 628
- Pfeiffer, Maximilian, MdR (Zentrum) 1920–1926, Gesandt. in Wien 1922–26: 361, 427
- Piłsudski Józef Clemens, poln. Staatspräsident. 1919–22, poln. Ministerpräsident. 1926–28 u. 1930: 73, 469, 474, 478, 479, 481
- Pineton de Chambrun, Louis Charles, comte, franz. Gesandt. in Wien: 454
- Pius XI., Papst 1922–39: 652
- Planck, Erwin, Verbindungsoffizier, dann RegR u. ORegR in der RK 1924–32, St.S. in der RK 1932–33: 577, 680, 764
- Plesch, János, ungarisch-deutsch-britischer Internist: 261, 716, 790, 794
- Poensgen, Walter, LegSekr. in Bern 1920–23, im Ref. VB d. AA 1923–24, GR in Santiago de Chile 1928–30, Ref. Lt. d. Abt. I im AA seit 1930: 472
- Poincaré, Raymond, Präsident. d. franz. Republik 1913–20, Ministerpräsident u. Außenmin. 1922–1924, Ministerpräsident u. Finanzmin. 1926–29: 56, 57, 76, 193, 198, 205, 217, 218, 230, 231, 257, 262, 263, 267–70, 272–75, 278, 281, 289, 290, 295, 298, 299, 350, 352, 437, 456, 506–08, 526, 532, 533, 540, 542–44, 547, 549–52, 554, 555, 558, 583, 613
- Politis, Nicolaos Socrates, griech. Außenmin. 1917–19, griech. Delegierter beim VB 1920–38: 517–19, 567
- Poole, De Witt Clinton, BR an der amerikanischen Botschaft in Berlin: 73, 485–487, 488
- Popoff, Methodi, bulgar. Gesandt. in Berlin: 450, 571
- Posse, Hans Ernst, Min.Dir., Ltr. d. Abt. II d. RWiM 1924–33: 86, 749, 751
- Prévaux, Jaques, Marineattaché an der franz. Botschaft in Berlin: 569
- Primo de Rivera y Orbaneja, Miguel, marqués de Estella, marqués de Ajdir, General, span. Ministerpräsident. u. Militärdiktator 1923–30: 578

- Prittwitz und Gaffron, Friedrich von, LR u. Ltr. d. Ref. Deutschland im AA 1918–20, Konsul in Triest, dann in Rom 1920–27, GR I. Kl. u. BR 1921, Boschafter in Washington 1927–33: 73, 81, 223, 489, 508, 527, 537, 538, 631, 632, 718, 778, 783
- Procope (Prokope), Hjalmar Johan Frederik, finn. Außenmin. 1924–25 u. 1927–31: 579
- Prüfer, Curt, LR, dann VLR im AA, Abt. V. u. III 1920–24, Generalkonsul in Tiflis 1925–27, kommissar. Ltr. dann Gesandt. II. Kl. in der Gesandtschaft Addis Abeba 1927–30, VLR im AA Abt. III 1930–36: 211, 652
- Pünder, Hermann, RegR im RFiM seit 1919, St.S. u. Chef der RK 1926–32, Repräsiddt. in Münster 1932–33: 46, 80, 459, 492, 493, 561, 580, 582, 610, 614, 616, 617, 679, 680, 682, 710, 719, 720, 727, 731, 734, 765
- Quiñones de León, (y de Francisco-Martin), José María, span. Delegierter beim VB 1920–30: 568
- Radek (Sobelsohn), Karl Bernhardowitsch, Mtgld. d. russ. Delegat. bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk 1918, Mtgld. d. Zentralkomitees d. Kommunistischen Partei Rußlands 1918–24: 207, 364
- Rathenau, Walther, Präsidt. d. AEG seit 1915, Reichmin. f. Wiederaufbau 1921, Reichsaußenmin. 1922: 38, 56, 57, 181, 182, 184, 192–94, 196, 205–07, 210–12, 214, 219
- Rauscher, Ulrich, Pressechef der Reichsreg. u. Ltr. d. Abt. VI im AA 1918–19, Dir. d. RK 1919–20, Gesandt. in Tiflis 1920–22, Gesandt. in Warschau 1922–30
- Rechberg, Arnold, Industrieller, Publizist: 666
- Redlhammer, Hans, Tätigkeit im AA, Abt. II u. IIa 1920–23, dann im Reichsmin. f. die besetzten Gebiete 1924, GR Ltr. Sonderref. D im AA 1925–31, LR 1927, VLR 1928: 540
- Reinebeck, Otto, Vizekonsul in Kattowitz 1922–24, Konsul in Preßburg 1924–27, persönl. Referent u. Büroltr. d. Reichsaußenmin. Curtius 1928–32, Gesandt. in Reval 1932–36: 616, 719
- Reiner, Max, Redakteur d. „Vossischen Zeitung“ 1919–33: 80, 624
- Reisinger, Heinrich, Kanzler an der Botschaft in Rom: 769
- Rellstab, Ludwig, Ingenieur, Direktor im Wernerwerk der Firma Siemens & Halske: 756
- René, Carl, Honorarkonsul von Guatemala in Stettin: 315, 507
- Renner, Robert, Konsul am Generalkonsulat Kapstadt, dann in Prätoria 1920–32: 138
- Renthe-Fink, Cécil von; LegSekt., dann LR im AA 1919–21, GR in Paris 1922–23, VLR u. Generalsekr. d. Internat. Elbekommission 1926–27, Mitgld. d. Polit. Abt. d. VB-Sekretariats 1927–33: 580, 662
- Renzetti, Giuseppe, Journalist, italien. Konsul in Leipzig 1925–7, Ltr. d. italien. Handelskammer in Berlin seit 1927, dann der „Vereinigung der italienischen Handelskammern in Deutschland“ seit 1929: 783
- Réquin, Édouard, franz., General: 286
- Reuß j. L. (–Köstriz), Heinrich XXXIII., Prinz von, LR an der Botschaft Tokyo 1910–12, dann in Wien 1912–13: 15
- Rheinbaben, Werner, Freiherr von, St.S. in der RK 1923, Mitgld. d. dt. Delegat. bei der VB-Versammlung 1926–32 u. der Abrüstungskonferenz 1933: 188, 239, 240, 432, 527, 528, 529, 540
- Rhomberg, Edmund, GLR seit 1917, Gesandt. in Kristiania/Norwegen 1920–28: 178
- Riccardi, Arturo, italien. Admiral: 758

- Richter, Herbert, Attaché im AA, im Vorzimmer des St.S. 1925–29, Leg.Sekr. in Rom 1929–32, Vizekonsul in Kalkutta 1932–36: 750
- Richthofen, Herbert, Freiherr von, Ltr. d. Ref. USA im AA seit 1922, VLR im AA Abt. III 1923–30, Gesandt. in Kopenhagen 1930–36: 86, 188, 755, 756
- Riesser, Hans, GR in Riga 1923–26, in Paris 1926–33: 728, 734
- Rieth, Kurt, GR u. Geschäftrg. der Botschaft in Rom 1922–24, BR in Paris 1924–31: 464
- Riezler, Kurt, Ltr. d. Büros St.S. im AA 1918–19: 115
- Rintelen, Emil von, LegSekr. in Paris 1923–28, GR in Warschau 1929–32: 403
- Rintgen, Hermann von, siehe Ritgen, Hermann von
- Ritgen, Hermann von, Direktor der Telegraphen-Union: 716
- Ritter, Karl, Ref., dann Min.Rat im RFiM 1919–22, VLR, dann Min.Dir. im AA, Ltr. d. Ref. für Wirtschaft u. Reparationen, der Abt. Wirtschaft 1922–37: 74, 83, 84, 250, 256, 284, 312, 372, 499, 500, 501, 550, 572, 573, 582, 586, 626, 670, 673–75, 683–85, 687, 699, 701, 702, 707, 710–14, 716–18, 720, 725, 728, 731, 754
- Robbins, Warren Delano, BR an der amerikan. Botschaft in Berlin seit 1922: 234
- Rocco, Alfredo, ital. Justiz- und Kirchenmin.: 696
- Roediger, Conrad Frederick, LR u. pers. Sekr. Brockdorff-Rantzaus 1919, dann in London u. Brüssel 1920–24, GR in Den Haag 1924–30, VLR im AA Abt. VI: 113, 148, 155, 167, 177
- Rohland, Heinrich, WLR im AA 1919, Gesandt. in Bogotá u. Lima 1920–34: 18
- Romberg, Konrad-Gisbert, Freiherr von, Wirkl. GLR im AA seit 1918, Ltr. d. Ostreferats in der Pol. Abt. seit 1919: 16, 51, 55, 94, 178, 179, 181, 183
- Ropp, Wilhelm, Baron von der, brit. Journalist: 685
- Rosen, Friedrich, Gesandt. in Den Haag 1916–21, Reichsaußenmin. 1921: 178, 179, 181, 184, 187, 190
- Rosenberg, Frédéric Hans von, a.o. Gesandt. in Bern 1918–19, Dirigent, Ltr. d. Polit. Abt. d. AA 1919, Gesandt. in Wien u. Kopenhagen 1920–22, Reichsaußenmin. 1922–23, Gesandt. in Stockholm 1924–33: 58, 133, 228, 234, 238–40, 243, 245–47, 249, 250, 254, 336
- Roth, Paul Friedrich, Vizekonsul in der Gesandtschaft Warschau 1921–23, LegSekr. im AA Abt. IVa 1923–26: 275, 287
- Rothschild, Lionel Walter, 2nd Baron, Präsidt. d. English Zionist Federation: 186
- Rouzier, Pierre, franz. Unterleutnant in Gernersheim/Pfalz 1926–27: 446
- Rümelin, Eugen, WLR seit 1919, Ltr. d. Ref. Deutschland sowie der Abt. IIIb im AA 1920–23, Gesandt. I. Kl. in Sofia 1923–39: 77, 108, 109, 180, 561, 664
- Rumbold, Sir Horace George Montagu, 9th Baronet, brit. Gesandt. in Berlin 1928–34: 497, 559, 619, 643, 736
- Ruppel, Julius Georg Eugen, Min.Rat dann Min.Dir. im RMWid 1919–1924, stellv. dann Ltr. d. dt. Kriegslastenkommision in Paris seit 1924, Mtgld. d. Mandatskommission d. VB seit 1930: 508, 548, 552, 590, 712
- Ruschdi Bey (Rüstü Aras), Tefvik (Tewfik), türk. Außenmin.: 83, 643, 655, 705
- Sackett, Frederic Moseley, amerik. Botschafter in Berlin 1930–33: 680, 717, 718, 732
- Sahm, Heinrich, Senatspräsidt. u. Staatsoberhpt. im Freistaat Danzig 1920–30, Oberbürgermeister v. Berlin 1931–35: 360

- Salter, Sir James Arthur, Direktor d. Finanz- u. Wirtschaftsabt. im Sekretariat d. VB: 488
- Šámal, Přzemysl, Chef d. Kabinettskanzlei d. tschechoslow. Ministerpräsident.: 427
- Sami Pascha, Kemaleddin, türk. Botschafter in Berlin: 653
- Sauerwein, Jules Auguste, Journalist, außenpolit. Ltr. d. Zeitg. „Le Matin“ 1914–31: 509, 557
- Schacht, Hjalmar, Ltr., d. Nationalbank f. Deutschland, dann d. Danat-Bank 1916–23, Währungskommissar u. Reichsbankpräsident. 1923–30, erneut Reichsbankpräsident. 1933–39: 79, 294, 296, 422, 546, 553, 572, 573, 575, 589, 594, 603, 615, 617, 631, 641, 642, 645, 685
- Schäffer, Hans, Min.Dir. u. Ltr. d. wirtschaftspolit. Abtlg. im RWiM seit 1923, St.S. im RFiM 1929–32: 81, 634, 660, 672, 680, 682, 710, 717, 731
- Schätzkel, Georg, Reichspostmin. 1927–33: 585,
- Scheffer, Bernhard, Journalist, Korrespondent in Rom: 88, 721, 759, 769, 771, 775, 776, 777
- Scheinman (Schejman), Aron Lwowitsch, Präsident d. Staatsbank d. RSFSR resp. der UdSSR 1921–24 und wieder seit 1926, Vorsitzd. d. Amtorg AG New York 1929–33: 498
- Schering, Richard, Pharmazeut, Industrieller, Mitgl. d. Aufsichtsrat d. Schering-Kahlbaum AG: 642
- Schiele, Martin, MdR (DNVP) 1919–30, Innenmin. 1925, Reichsernährungsmin. 1927–28 u. 1930–32: 365, 366, 391, 400, 668
- Schiff, Viktor, außenpolit. Redakteur d. „Vorwärts“ 1920–33: 614, 615
- Schlagintweit, Theo, Konsul in Manchester: 102
- Schleicher, Kurt von, Chef d. Ministeramtes f. Politik- u. Pressewesen im RWeM seit 1929, Reichswehrmin. 1932–33, Reichskanzler 1932–33: 77, 569, 570, 757, 763, 765, 782, 790, 791
- Schlesinger, Moritz, Sachverständg. d. AA f. deutsch-sowjet. Wirtschaftsbeziehungen 1918–33: 372, 429
- Schlieben, Otto von, Min.Dir im RFiM 1920–25, Reichsfinanzmin. 1925, Präsident. d. Landesfinanzamtes Magdeburg: 1926–29: 400, 414
- Schmelzle, Hans, bayr. Staatsrat 1921, bayr. Finanzmin. 1927–30: 378
- Schmid-Krutina, Hermann, Tätigkeit an der Botschaft Rom, dann dort LR 1931–38: 775, 793
- Schmidt, Paul, Tätigkeit Abt. I des AA, dann Ltr. des Übersetzungs- und Sprachendienstes 1923–35, LegSekr. seit 1933, Hitlers Dolmetscher f. Englisch u. Französisch seit 1935: 556, 559, 561, 565, 584, 599, 601, 614, 615, 718
- Schmidt, Robert, MdR (SPD) 1920–30, kurzzeitig Vizekanzler u. Reichsmin. f. Wiederaufbau 1923, Reichswirtschaftsmin. 1929: 613, 614
- Schmitt, Ernst, VtrgR im AA, Ltr. d. Wirtschaftsdelegat. in Versailles 1919, Gesandt. in Lima 1920–34: 256, 699, 726, 742, 744
- Schneider, Oswald, VLR im AA 1924–26, Pressechef d. Reichsregierung 1926–30: 495, 561
- Schober, Johann, österr. Bundeskanzler 1921 u. 1929–30, Vizekanzler u. Außenmin. 1930–32: 81, 607, 620, 621, 624, 628, 673, 675, 692, 696, 709
- Schoen, Hans von, GR dann Geschäftfgr. in Wien u. Warschau 1920–22, Gesandt. in Athen 1922–26, dann in Budapest 1926–33: 621, 667, 700
- Schreiber, Walter (Walther), MdL Preußen (DDP) 1921–33, preuß. Handelsmin. 1925–33, preuß. Finanzmin. 1931–32: 763
- Schroeder, Thomas: 103
- Schubert, Andreas von, Sohn Schuberts: 11

- Schubert, Conrad von (Senior), preuß. Offizier, Industrieller, Mitgl. d. preuß. Abgeordnetenhauses 1904–18, MdR 1907–21, Vater Schuberts: 10
- Schubert, Conrad von (Junior), jüngster Bruder Schuberts, Attaché im AA Abt. III 1925–27, dann in Kopenhagen 1927–33, LegSekt. seit 1928: 11
- Schubert, Helene von, Schwester Schuberts, Ehefrau Vicco von Bülow-Schwantes: 11
- Schubert, Ida von, geborene Freiherrin von Stumm, Mutter Schuberts: 10
- Schubert, Ida von, Schwester Schuberts: 11
- Schubert, Irmgard von, Schwester Schuberts: 11
- Schubert, Konrad von, Sohn von Conrad von Schubert (Junior): 11
- Schubert, Renata von, geborene Gräfin von Harrach, Ehefrau Schuberts: 11, 19, 648, 651, 710, 716, 720, 785, 788, 790, 793
- Schubert, Richard, Bruder Conrad von Schuberts (Senior): 10
- Schüler, Edmund, WGL, dann Min. Dir., Ltr. d. Abt. I im AA 1919: 36, 107, 114, 127, 129–131, 137, 179, 635
- Schüller Richard, Sektionschef im österr. Bundeskanzleramt u. im österr. Ministerium f. Auswärt. Angelegenheiten, Sondervertr. d. österr. Regierung beim VB 1932–38: 628, 673, 683, 687–89, 697, 698, 699, 700, 701, 709, 710, 711
- Schulenburg, Friedrich Werner Graf von der, VLR im AA Abt. III 1921–22, Gesandt. in Teheran 1923–31, dann in Bukarest 1931–34: 717
- Schurman, Jakob Gould, amerikan. Botschafter in Berlin 1925–30: 66, 68, 71, 376, 377, 397, 446, 484, 499, 506, 530, 531, 536, 537, 538, 597
- Schwabach, Paul von, Bankier, Inhaber von ca. 35 Aufsichtsratssitzen im In- und Ausland: 106, 106, 194, 297, 298
- Schwantes, Günther, Oberstleutnant u. Chef d. Heeresabtl. im RWeM seit 1928: 569
- Schwarzschild, Leopold, Publizist u. Soziologe: 791
- Schwendemann, Karl, LegSekt. im AA seit 1925, Ltr. d. Schuldreferats 1928–31, LR seit 1929, Sekr. d. dt. Delegat. zur Genfer Abrüstungskonferenz seit 1932: 793
- Schwerin von Krosigk, Johann Ludwig (Lutz) Graf, Ltr. d. Reparationsabt. im RFiM seit 1931, Reichsfinanzmin. 1932–45: 731
- Scialoja, Vittorio, Vetreter Italiens beim VB 1931–32: 549, 567, 629, 666
- Seeckt, Hans von, Chef d. Truppenamtes im RWeM seit 1919, Chef d. Heeresleitg. 1920–26: 60, 271, 304, 372, 645
- Seipel, Ignaz K., österr. Bundeskanzler 1922–24 u. 1926–29, österr. Außenmin. 1930: 71, 79, 412, 454, 499
- Selby, Sir Walford Harwood Montague, Privatsekr. d. brit. Außenmin. 1924–32, dann der brit. Gesandtschaft in Wien 1933–37: 73, 76, 398, 481, 482–85, 555, 559, 695
- Severing, Carl Wilhelm, preuß. Innenmin. 1920, 1922–26 u. 1930–32, Reichsinnenmin. 1928–30: 588, 608–610, 762
- Seydoux, Charles, franz. Diplomat, Mitgl. d. franz. Delegat. in Spaa 1920, in London 1921 u. 1924, in Cannes u. Genua 1922, bevollmächtigter Min. 1923: 154, 296
- Shakespeare, William, englischer Schriftsteller: 633
- Shotwell, James Thomson, amerikan. Publizist u. Historiker: 216, 219, 285
- Sidzikauskas, Venceslas, litauischer Gesandt. in Berlin: 72, 473–75, 477, 480, 497, 520, 565
- Sierstorff, Berta, Gräfin von, geborene Freiherrin von Stumm, Tochter von Carl-Ferdinand von Stumm-Halberg, Tante Schuberts: 88, 787, 788



- Silberberg, Paul, siehe Silverberg, Paul
- Silverberg, Paul, Industrieller, stellvertr. Vorsitzd. d. RdI nach 1918, Präsidt. d. IHK Köln 1932–33: 507, 731
- Simon, Sir John (Allsebrook), Viscount, brit. Außenmin. 1931–35: 237, 238, 241, 242, 244, 733, 735, 736, 748, 749, 755
- Simons, Walter, Min.Dir. in der RK 1918, Generalkommissar d. dt. Friedensdelegat. in Versailles 1919, Reichsaußenmin. 1920–21 53, 54, 124, 130, 131, 143, 144, 154–57, 160–65, 167, 168, 170, 645
- Simson, Ernst von, GLR in der Abt. III d. AA 1918, Min.Dir., Ltr. d. Abt. F im AA seit 1919, Ltr. d. Ref. Frankreich 1920, St.S 1921–22, Mitgld. d. Verwaltungsrats d. IG-Farbenindustrie-AG 1926–38: 85, 117, 133, 149, 153–56, 159, 166, 180, 199, 202, 204, 210, 211, 212, 216, 498, 502, 527, 634, 662, 663, 726, 727
- Skobelew, Matwey Iwanowitsch, Mitgld. sowjet. Handelsdelegationen: 197
- Skrzyński, Alexander, Graf von, poln. Außenmin. 1922–24, poln. Ministerpräsident. 1925–26: 401
- Smend, Johann (Hans), LegSekr, dann LR, schließlich VLR im AA Abt. II 1920–27, BR in Rom 1927–35: 87, 88, 637, 645, 652, 653, 663, 665, 721, 735, 769, 770, 779
- Smith, Rennie, brit. Unterhausabgeordnt.: 612
- Smuts, Jan Christiaan, Ministerpräsident d. Südafrikan. Union 1919–24: 60, 264–266
- Snowden, Philip, 1st Viscount, brit. Schatzkanzler 1924 u. 1929–31: 296, 599, 616
- Solf, Wilhelm, Botschafter in Tokyo 1920–28: 645
- Soveral, Luis Maria August Pinot Marquês de, portugies. Diplomat u. Militär: 120
- Spears, Edward Louis, brit. Brigadegeneral, Mitgld. d. Unterhauses: 245
- Speck von Sternburg, Hermann, Freiherr von, ehemal. dt. Botschafter in Washington: 14
- Spieker, Karl, Min.Dir., 1930 für Sonderaufträge in das RInM berufen: 308
- Sprague, Oliver Mitchell Wentworth, Ökonom, Berater d. Bank of England 1930–33: 732
- Stambolski, Alexander, bulgar. Premiermin. 1919–23: 517
- Stampfer, Friedrich, Chefredakt. d. „Vorwärts“ 1916–33, MdR (SPD) 1920–33: 421
- Stauß, Emil Georg von, Mitgld. d. dt. Friedensdelegat. in Versailles 1919, Mitgld. d. Zentralausschusses d. Reichsbank 1919–42: 706
- Stegerwald, Adam, MdR (Zentrum) 1920–33, Reichsverkehrsmin. 1929–30, Reichsarbeitsmin. 1930–32: 592, 593
- Stein, Ludwig (Wolfgang C.), Prof. f. Philosophie, Präsidt. d. Mittwochs-gesellschaft in Berlin: 233, 498
- Stern-Rubarth, Edgar, Chefredakt. d. WTB 1925–33: 614–16, 667
- Sthamer, Friedrich, Außerordentl. Gesandt. u. Botschafter in London 1920–30: 20, 21, 26, 28, 53–61, 64, 100, 102, 104–09, 111–14, 116, 117, 121, 126, 127, 132, 133, 135, 136, 142, 144, 147, 152, 153, 155, 156, 158, 161, 164, 166–68, 170–73, 176, 179, 181, 182, 184, 186, 192, 193, 196–98, 203, 207–10, 225, 228, 233, 236, 237, 242, 245, 247, 254, 256, 258, 260, 261, 265, 269, 275, 278, 280, 282, 283, 285, 286, 288, 290–95, 296, 299, 305, 307, 313, 316, 318–20, 322, 338, 347, 351, 354, 355, 358, 366, 367, 369, 377, 396, 398, 402, 456, 561, 582, 591, 597, 785

- Stieve, Friedrich (Fritz), LR, dann VLR im AA Abt. II u. III 1920–28, Gesandt. in Riga 1928–32: 495
- Stimson, Henry Louis, amerikan. Außenmin. 1929–33: 707, 708, 711, 716
- Stinnes, Hugo, Industrieller, Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte: 194, 766
- Stockhammern, Karl, Edler von, WGL im AA seit 1918, Ltr. d. Abt. III 1920–22, Kommissar d. AA für Handelsvertragsverhandlungen seit 1922: 287, 317
- Stöcker (Stöcker), Walter, MdR (KPD) 1920–33, KPD-Fraktionsvorsitzd. im Reichstag 1924–29: 526, 528
- Stolper, Gustav, Chefredakteur von „Der deutsche Volkswirt“: 791
- Stomoniakow, Boris Spiridonowitsch, Mitgld. d. Kollegiums d. Volkskommissariats f. Auswärt. Angelegenheiten d. UDSSR: 536, 537
- Strasser, Gregor, MdR (NSDAP) 1924–32, Reichsorganisationsltr. d. NSDAP 1928–32: 775
- Stresemann, Gustav, Reichskanzler 1923, Reichsaußenmin. 1923–29: 9, 12, 19, 23–28, 34, 37, 38, 41, 59, 60, 62, 63, 65, 67, 69, 71, 73–80, 206, 214, 239, 240, 255, 256, 258, 259, 263, 265, 267, 268, 270–72, 275, 277, 283–85, 288, 290, 304, 307–13, 322, 325, 331, 340, 344, 350, 353–58, 360, 363–65, 367, 368, 372, 379–81, 386, 388, 391, 392, 394–96, 398, 400, 403, 404, 409, 411, 416, 417, 422, 424–26, 430, 439, 440, 441, 445, 446, 451–53, 456, 457, 459, 460, 465, 471, 472, 475, 479, 481, 484, 491, 495, 497, 499, 501, 503, 505–07, 509, 510, 512, 517, 519, 522, 524, 527, 530, 531, 533–35, 538–42, 546, 547, 553–57, 560, 561, 564, 566–68, 573–76, 578–82, 584–86, 589, 591–95, 599, 601–603, 607, 608, 617, 618, 629, 630, 632, 649, 651, 656, 659, 664, 665, 685, 694, 695, 706, 737, 782, 789, 795
- Strohm, Gustav, persönl. Referent Schuberts 1923–28, LR u. Konsul in Lyon 1928–33, in Paris 1933: 331, 541, 581, 594, 595
- Stumm Ferdinand, Freiherr von, 1. Sekr. in Brüssel 1914: 10, 11, 317
- Stumm, Wilhelm August, Freiherr von, U.St.S. im AA Abt. IA u. IV 1916–18, WGLR 1918: 10, 264, 317
- Stumm-Halberg, Carl-Ferdinand, Freiherr von, Großindustrieller, Mitgld. d. preuß. Abgeordnetenhauses u. d. Staatsrates, MdR (Freikonservativer), Großvater Schuberts mütterlicherseits: 10, 93
- Stutterheim, Kurt von, Korrespondent d. „Berliner Tagblattes“ in London: 775
- Sugimura, Yotaro, Untergeneralsekr. d. VB: 490, 502
- Suvich (Suwich), Fulvio de, U.St.S. im italien. Außenministerium: 762, 763, 787
- Švehla, Antonín, tschechoslowak. Ministerpräsident.: 438
- Tardieu, André, dreimal kurzzeitig Präsidt. d. franz. Ministerrates 1929–30, 1932: 86, 615, 616, 711, 745–749, 751, 781
- Tattenbach, Franz Graf von, VLR u. Ltr. d. Sonderref. E Protokoll im AA 1929–32: 716
- Theodoli, Alberto marchese, Vorsitz. d. ständig. Mandatskommission d. VB: 694, 712
- Thomsen, Hans, LegSkr., dann GR im AA Abt. P 1924–28, dann Abt. II 1928–32: 644
- Thomson, Sir Basil, Publizist, Ltr. d. Directorate of Intelligence resp. Special Branch (Polit. Abt.) von Scotland Yard 1919–21: 100
- Thyssen, Fritz, Industrieller, preuß. Staatsrat u. MDR (NSDAP) seit 1933: 594

- Tippelskirch, Werner von, LegSekt., dann GR in Moskau u. Riga 1925–31, GLR II. Kl. dann LR 1. Kl. in der Abt. IV d. AA 1931–35: 755
- Tirpitz, Alfred von, Großadmiral a.D., MdR (DNVP) 1924–28: 295
- Titulescu, Nicolae (Nicholas, Nicolas), Rumän. Außenmin. 1927–28, 1932–36: 499–501, 517, 565–67, 576, 579
- Torunsky, Vera, Historikerin: 31
- Toscanini, Arturo, italien. Dirigent: 714
- Trautmann, Oskar Paul, VLR, später Min.Dir. u. Ltr. d. Abt. IV im AA 1925–31, Gesandt. in Peking 1931–35: 572, 604, 626
- Trendelenburg, Ernst, St.S. im RWiM 1923–32, stellvtr. Reichswirtschaftsmin. 1930–31, Vertr. Deutschlands als Untergeneralsekr. beim VB 1932–33: 455, 639, 675, 701, 717, 731, 780
- Treviranus, Gottfried Reinhold, MdR 1924–32 (bis 1929 DNVP), Reichsmin. für die besetzten Gebiete 1930, Reichsverkehrsmin. 1931–32: 645
- Tschitscherin, Georgi Wassiljewitsch, Volkskommissar f. Auswärt. Angelegenheiten d. UdSSR 1918–30: 325, 349, 350, 404, 405, 407, 417, 455, 466, 467, 537, 538, 571
- Twardowski, Fritz von, LR im AA Abt. P 1926–29, BR an der Botschaft Moskau 1929–35, Mitgld. d. dt. Delegat. bei der Abrüstungskonferenz in Genf 1933: 515, 540, 542, 587, 626
- Tyrrell, Sir William George, stellvtr. U.St.S. im brit. Foreign Office 1919–25, dann dort St.S. 1925–28, brit. Botschafter in Paris 1928–34: 17, 24, 68, 230, 258, 259–61, 375, 406–08, 582, 695
- Ulrich, Robert, LegSekt. im AA Abt. II seit 1923, GR in Bern 1928–31, Tätigkeit im AA Sonderreferat Wirtschaft, dann Ltr. 1931–35, VLR seit 1932: 451, 643
- Underwood, Oscar, amerikan. Senator: 220
- Ustinow, Jona von, Vertreter d. WTB an der dt. Botschaft in London 1920–33: 323
- Valette, Armand, Konsul, Vizekonsul, dann LR im AA Abt. W 1924–34: 506, 727
- Vandervelde, Émile G., führend. Mitgld. d. Zweiten Internationale, belg. Justimin. 1919–21, Außenmin. 1926–27: 382, 388, 398, 459, 460, 666
- van Reyn, niederländ. Delegierter beim internat. Landwirtschafts-Institut: 653
- Vasconcellos, Augusto de, portug. Delegierter beim Völkerbund: 555
- Vietinghoff, Wilhelm Friedrich von, LegSekt. in London 1920–21, dann in Den Haag seit 1921, GR seit 1923, BR in Madrid 1926–29: 108, 113, 129
- Villegas, Enrique, chilen. Botschafter in London, chilen. Vertr. beim VR: 460, 564
- Vishnitzer, Marc, Ukrain. Delegierter bei der Pariser Friedenskonferenz 1919: 126
- Vissering, Gerard, Präsidt. d. Niederländ. Nationalbank 1912–31: 380
- Vittorio Emanuele III, König von Italien: 637, 644, 650
- Viviani, René, ehemaliger franz. Ministerpräsidt., franz. Delegierter beim VB: 165
- Vögler, Albert, Industrieller, Vorsitzd. d. Vereins dt. Eisenhüttenleute 1917–36: 594
- Völckers, Hans Hermann, Generalkonsul in Genf 1928–32, GR I. Kl. im AA, Ltr. d. Ministerbüros 1932–33: 779, 780
- Vogels, Werner, RegR im RMbesG 1923–27, Min.Rat beim Reichskommissar f. die besetzt. rheinisch. Gebiete 1927–30, dann im RJuM seit 1930: 713, 716

- Voldemaras (Woldemaras), Augustinas, Litauisch. Ministerpräsidents. u. Premiermin. 1918–29: 72, 73, 466, 469, 473–81, 497, 516, 517, 520, 522, 565
- Vollgruber, Alois, LR bei der österreich. Gesandtschaft in Rom 1928–33: 687
- Volpi di Misurata, Giuseppe, conte, italien. Finanzmin. 1925–28: 533
- Waldeck und Pyrmont, Josias, Prinz zu, LR u. Referent in der Abt. I d. AA 1933–34, danach SS-Laufbahn: 790
- Wallraf, (Ludwig Theodor Ferdinand) Max, MdR (DNVP) 1924–30: 494, 527
- Wallroth, Wilhelm Theodor Erich, Min.Dir. u. Ltr. d. Abt. IV im AA seit 1924, Gesandt. in Oslo 1928–29: 362, 493
- Wangemann, Paul, Patentanwalt, Ingenieur bei AEG u. Siemens: 706, 707, 715, 790
- Warburg, Max Moritz, Bankier, Berater d. dt. Delegat. in Versailles 1919, Mitgl. d. Zentralausschusses d. Reichsbank 1919–24, Mitgl. d. Generalrats d. Reichsbank 1924–33: 126, 224
- Warmbold, Hermann, Mitgl. d. Vorstandes d. BASF 1922–31, Reichswirtschaftsmin. 1931–33: 731, 733, 735, 736, 756
- Waterlow, Sir Sidney Philip Perigal, brit. Diplomat, Delegierter bei der Pariser Friedenskonferenz 1919, später brit. Gesandt. in Sofia: 141, 173
- Wauchope, Arthur Grenfell, Chef d. brit. Sektion d. internat. Militärkontrollkommission: 66, 370
- Wehr, Hermann, Rentmeister d. Carl von Schubert'schen Rentamts: 18
- Wezsäcker, Ernst, Freiherr von, VLR, Ltr. d. Ref.s Völkerbund im AA seit 1928, Gesandt. in Oslo 1931–33, Gesandt. in Bern seit 1933: 9, 518, 521, 524, 579, 662, 663, 670, 683, 737, 793
- Welczeck, Johann (Hanno), Graf von, LR im AA Abt. IV u. dann IA 1915–19, Gesandt. in Budapest 1923–26, Botschafter in Madrid 1926–36: 174
- Westarp, Kuno (Friedrich Viktor) Graf von, MdR 1920–32 (DNVP, seit 1930 Konserv. Volkspartei), Fraktionsvorsitzd. d. DNVP 1926–29 sowie Parteivorsitzd. 1926–28: 294, 494
- Westerholt-Ahrenfels, Fritz Graf von: 88, 795
- Wied, Victor Prinz zu, GR seit 1920, kommissar. Ltr. d. Gesandtschaft Budapest 1922–23, Gesandt. in Stockholm 1933–1943: 15
- Wiedenfeld, Kurt, VtrgR u. Dirigent in der Abt. II d. AA 1918–21, Min. Dir. seit 1920, Vorläufiger Vertret. in Moskau 1921–22: 129
- Wiedfeldt, Otto Karl Ludwig, Mitgl. d. Aufsichtsrats d. Friedr. Krupp AG, Botschafter in Washington 1922–24: 9, 56, 57, 200, 201, 220, 221, 224, 225, 234, 235
- Wiehl, Emil Karl Josef, LegSchr. in London 1921–22, Ltr. d. Büros St.S. im AA 1922–24, LR u. GR in Washington 1925–27, Generalkonsul in San Francisco 1927–28, VLR im AA Referatsgruppe W 1928–33: 86, 138, 622, 639, 653, 744, 751
- Wilhelm II., König von Preußen u. deutscher Kaiser: 11, 16
- Wilhelm, Omer, Mitarb. für Handelsangelegenheiten an der franz. Botschaft Berlin: 459
- Wilhelm, Prinz zu Preußen, Sohn Kaiser Wilhelms II.: 10, 12
- Will, Eugen, Deutscher Gesandt. in Mexiko 1924–33: 778
- Willecke, Carl, Min.Rat im RWiM seit 1923: 726
- Willis, Frederick Charles, Inhaber mehrerer nationalsozial. Blätter: 737, 769
- Wirth, Joseph Karl, Reichsfinanzmin. 1920, Reichskanzler 1921–22, Außenmin. 1922, Reichsmin. für die besetz-

- ten Gebiete 1929: 57, 79, 170, 172, 176, 186, 192, 197, 198, 206, 211, 214, 220, 221, 225, 352, 506, 528, 585, 593, 595, 599, 660, 679
- Wise, Edward Frank, brit. Wirtschaftsexperte, brit. Vertr. beim Supreme Economic Council in Paris 1919–20, Vertr. im Permanent Committee of the Inter-Allied Supreme Council: 176–178, 192
- Wolff, Otto, Industrieller, Mitbegründer d. Vereinigten Stahlwerke AG: 641, 707, 791
- Wolff, Theodor, Journalist, Chefredakteur d. „Berliner Tageblatts“: 667
- Young, Owen , amerikan. Finanzexperte, Mitgld. d. Sachverständigenausschusses zur Neuregelung d. Reparationschulden 1924, Ltr. d. Reparationskonferenz Paris 1929: 77, 78, 80, 84, 547, 573, 576, 582–84, 590–94, 596, 601, 614, 631, 632, 643, 658, 679, 682, 702, 707, 709, 712, 730, 739, 763
- Zaleski, August, poln. Außenmin. 1926–32: 41, 71, 436, 456–58, 466, 467, 478, 518–20, 522, 563, 566, 576, 617, 623
- Zaunius, Dovas, litauisch. Außenmin. 1929–34: 565, 566
- Zech-Burkersroda, Julius, Graf von, Gesandter in München 1921, Gesandter in Helsinki 1922–25, Ltr. d. Unterabt. Südost-Europa im AA seit 1925, Gesandter in Den Haag 1928–40: 178, 368, 378, 651
- Zechlin, Erich (Wilhelm), VLR seit 1924, Generalkonsul in Leningrad 1928–33: 616, 618, 619
- Zimmermann, Arthur, St.S. im AA 1916–17: 16